



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

~~PC 1311~~

KF 519

Harvard College Library



FROM THE FUND BEQUEATHED

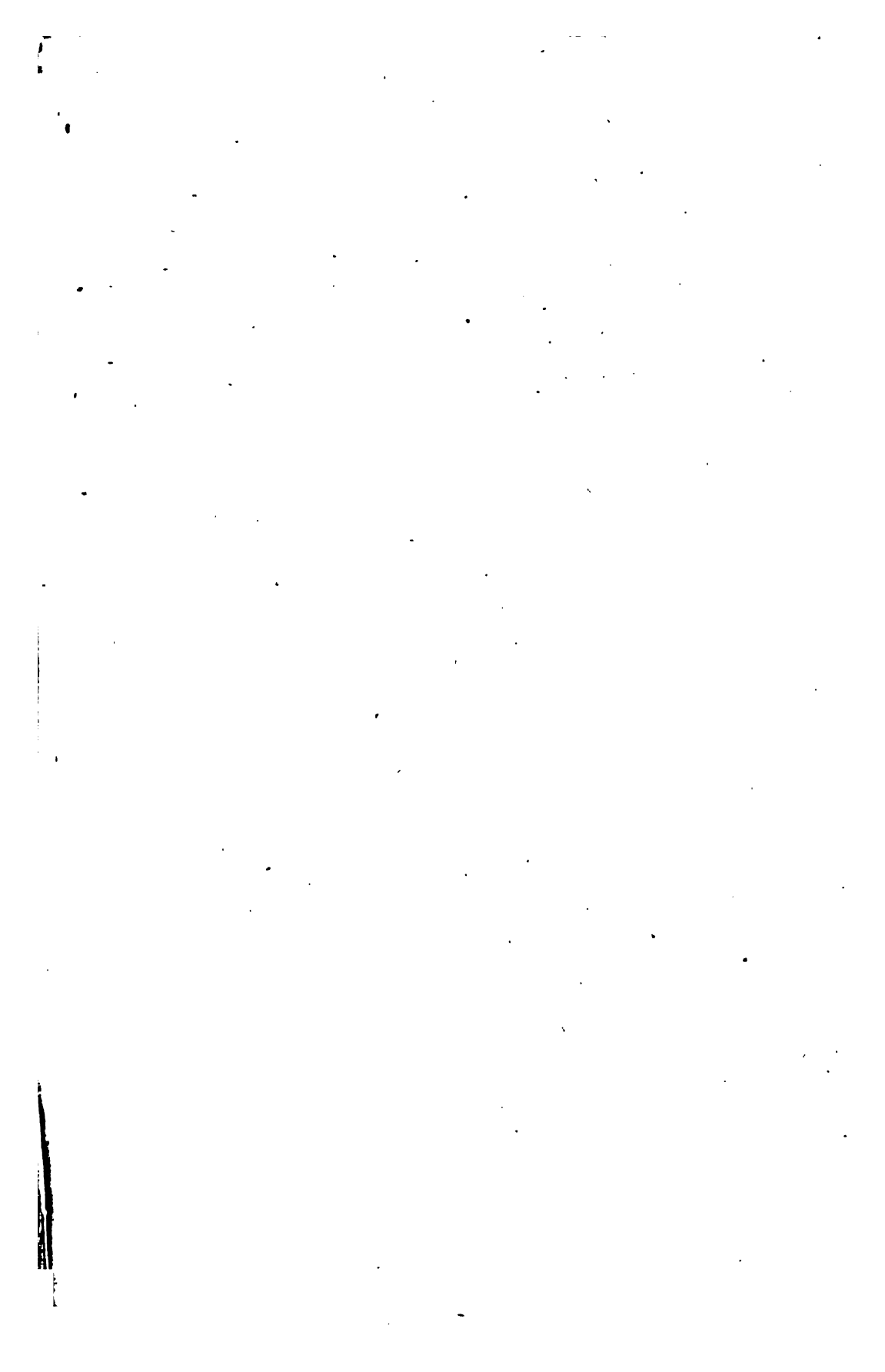
BY

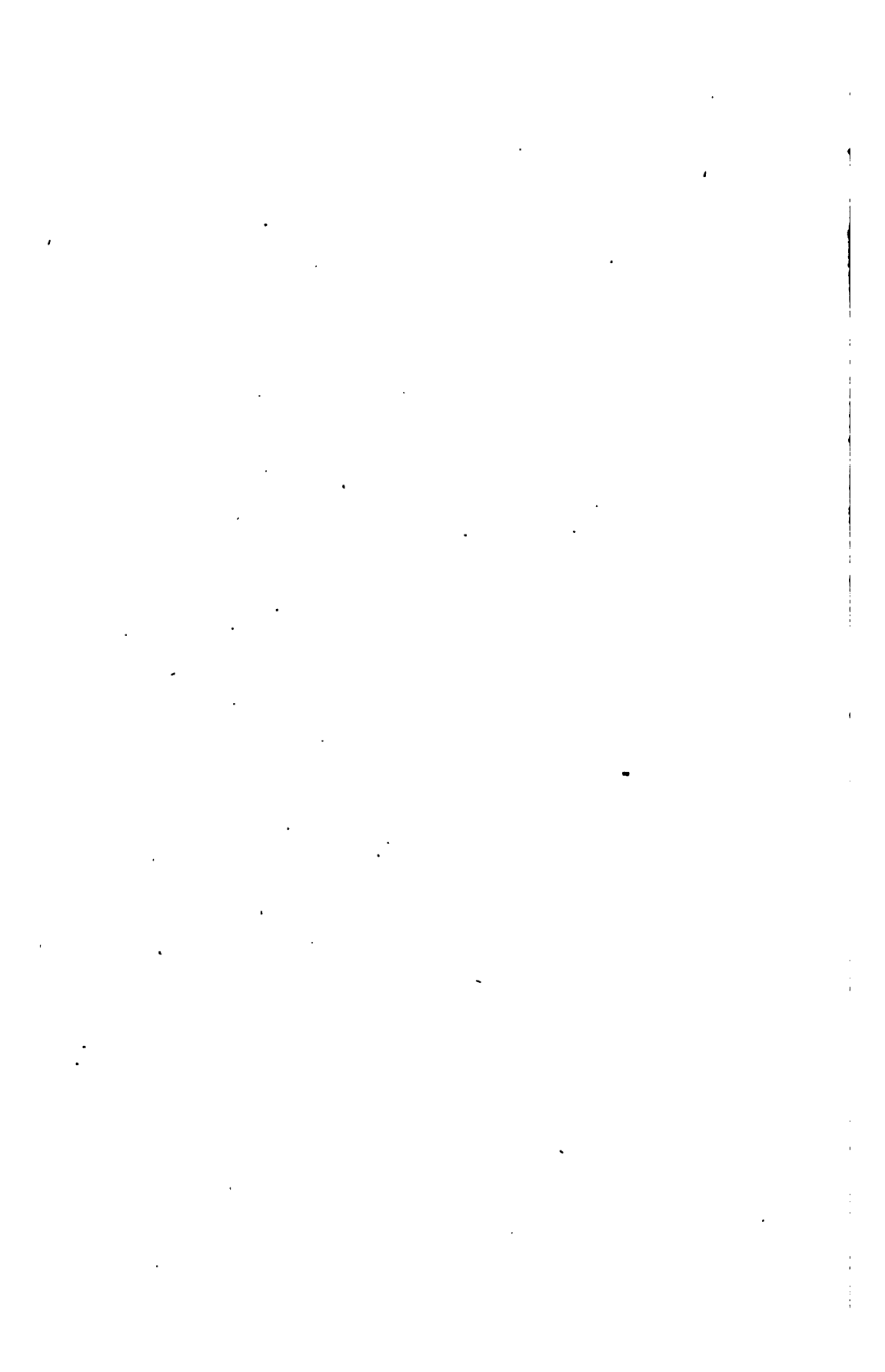
CHARLES SUMNER

(Class of 1830)

SENATOR FROM MASSACHUSETTS

"For books relating to Politics and Fine Arts"





Die Reform.

Wochenschrift,

redigirt von

Franz Schuselka.

Neunter Jahrgang.

Erstes Quartal.

Wien, 1870.

Druck von K. v. Waldheim.

HARVARD COLLEGE LIBRARY
NOV. 7, 1919
SUMNER FUND

P Germ 891.1

Inhaltsverzeichnis des I. Quartals.

Nr. 1	Seite 1—82
Der Entwicklungsprozeß der Freiheit. — Verwaltungsgerichtshof. — „Was denken Sie über Rußland?“ — Die deutsche Bewegung in Oesterreich. — Korrespondenz der „Reform“: (Ein billiges Verlangen für die Generalität.) — Kleine kritische Chronik: (Zur Ministerkrise. Dalmatien. Komreise. Aus der Militärgrenze. Napoleon III. Olivier. Spanien. Britisch-Columbia und Cuba. Egypten.) — Geschichtliche Beiträge : Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. (Fortsetzung.) VIII. Die habsburgische Herrschaft. — Offener Dank. — Demokratische Union.	
Nr. 2	83—64
Föderalismus d. i. Freiheit. — Die Opposition im römischen Konzil. — Korrespondenz der Reform. (Ueber die Gleichberechtigung aller Völker Oesterreichs. Vom Verfasser der Broschüre: „Oesterreichisches.“ — Zum Ausgleich am verfassungsmäßigen Boden. — Kleine kritische Chronik: (Aus dem Reichsrathe. Die Adressentwürfe. Die Ministerfrage. Aus der Militärgrenze. Stroßmayer. Die neue Aera Frankreichs. Ein wichtiger Fortschritt Preußens. Univerſität in Bukarest.) — Wiener Konzertsaison. — Geschichtliche Beiträge : Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. (Fortsetzung.) IX. Der erste habsburgische Herzog. — Eine romanische Adresse.	
Nr. 3	65—96
Der Sieg unserer Gegner. — Glossen zur Adressdebatte. I. Das Herrenhaus. — Kritische Streifzüge: (Zur geschichtlichen Belehrung des Herrn Kuranda. Die verfassungstreuen Abgeordneten und das Schwurgericht.) — Die Genesis der Agitation in Tirol bezüglich der Landesverteidigungsfrage. — Die Bulgaren. — Kleine kritische Chronik: (Rückblick auf die Memoranden. Minister, Parlament und Krone. Agitation der Verfassungstreuen. Dr. J. N. Berger. Die Deutschösterreicher. Dalmatien. Verwaltungsgerichtshof. Die türkischen Bahnen. Die Aufregung in Paris. Prinz Peter. Rochefort.) — Geschichtliche Beiträge : Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. IX. Der erste habsburgische Herzog. (Fortsetzung.) — Entgegnung auf das offene Schreiben eines Grenzers an die Magyaren.	

Nr. 4

Was ist in der schwebenden Ministerkrise verfassungsmäßig? — Stossen zur Adreßdebatte. II. Das Abgeordnetenhaus. — Wie man in Maggharien den Sieg des Dr. Gistra beurtheilt. — Zum Beispiel? — Der auswärtige Handel der österreichisch-ungarischen Monarchie im Jahre 1869. — Kleine kritische Chronik: (Die Ministerkrise. Graf Potocki. Biemialkowski. Die Adreßdebatte für und gegen die Fünf. Cattaro. Aus der Militärgrenze. Auch in Ungarn Energie. Ein romanisches Telegramm. Die Stimmung in Frankreich. Preußen und Oesterreich. Rußland und Frankreich. Vom Konzil.) — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. IX. Der erste habsburgische Herzog. (Fortsetzung).

Nr. 5 129—168

Neu-Oesterreich und Alt-Tirol. — Stossen zur Adreßdebatte. II. Das Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung und Schluß.) — Das Beispiel der Schweiz. — Zur Verwaltungsgerichtshofs-Frage. — Oesterreichs Handelsverträge im Jahre 1869. — Memorandum in Betreff der ungarisch-galizischen Eisenbahn. — Kleine kritische Chronik: (Die Ergänzung des Ministeriums. Graf Beust. Die galizische Resolution. Kundgebungen in Lemberg. Rechbauer's Antrag. Baron Tinti. Der Verfassungseid. Soldatenehre im Bürgerkrieg. Frankreich. Baierische Zustände. Vom Konzil.) — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. IX. Der erste habsburgische Herzog. (Fortsetzung.) — Korrespondenz der Redaktion. (Eine Titel-frage. Die polnische Frage.)

Nr. 6 169—200

Kein neues Ministerium und ein altes Programm. — Oesterreich und Rußland. — Die nationale Opposition der Rumänen Siebenbürgens. — Noch einmal der Verwaltungsgerichtshof. — Korrespondenz der „Reform“: (Der Abgeordnete Dietrich und das slavische Schlesien). — Kleine kritische Chronik: (Statthaltergerichte. Die galizische Resolution. Rechbauer's Anträge. Die Bewegung in Tirol. Agrarer Adresse. Longay. Die Arbeiter. Umrufen in Paris. Der neue Schlabau. Russische Rüstungen. Türkische Wagnisse. Vaterisches.) — Die Prachtbibel. — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. IX. Der erste habsburgische Herzog. (Fortsetzung.) — Korrespondenz der Redaktion.

Nr. 7 201—232

Die neue Aktion. — Die Polizei und Dr. Gistra. — Kritische Streifzüge: (Die rumänische Bewegung in Siebenbürgen und die Maggharen. Die Berliner Demokraten gegen die Czaren.) — Korrespondenz der „Reform“: (Zur tirolischen Frage.) — Die Bodenkultur mittelst Dampfkraft. — Eine Erklärung des Fürsten I. Sangușzlo. — Kleine kritische Chronik: (Ausführungsverhandlungen. Cattaro. Kjubissa. Die galizische Resolution. Der Antrag Petrinó's. Fischhof's Buch. Wahlreform. Koalitionsgezet. Segetstritte. Erwerbssteuer. Die Militärgrenze. Frankreich. Preussische Thronrede. Bismard. Die Ministerkrise

in Rumänien, Griechenland.) — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. IX. Der erste habsburgische Herzog. (Fortsetzung.)

Nr. 8 233—264

Der Worte sind genug gewechselt. — Was wollen die Franzosen? — Die cat-tarensche Angelegenheit. — Zur Debatte über das Erwerbssteuergesetz. — Kleine kritische Chronik: (Die galizische Resolution. Privatverhandlungen mit Czechenfürhern. Dr. Brauner. Benß und Laaffe. Adressenmanöver. Militärs. Die Rumänen. Der Secherstrich. Dezentralisation in Frankreich. Karlisten in Spanien. Türkei und Egypten. Baiern. Rumänien. Ein griechisches Ehren-diplom.) — Belletristik. — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. IX. Der erste habsburgische Her-zog. (Schluß.) — Korrespondenz der Redaktion. — Erwiderung auf das Schreiben des Herrn Anton Dani Josipovich.

Nr. 9 265—296

Zur deutschen Frage. — Kritische Streifzüge: (Eine Note und eine Rede des Grafen Benß. Eine Lehre aus der französischen Kammer.) — Korrespondenz der „Reform“: (Die Stimmung und die Parteien in Tirol.) — Was hilft aus der Suezkanal? — Aufruf an die romanische Intelligenz. — Kleine kritische Chronik: (Die böhmische Ablehnung. Herr v. Mener nach Ofen. Preßleitung. Erwerbssteuergesetz. Konfessionelle Gesetze. Der Secherstrich. Sieg des französischen Ministeriums. Der norddeutsche Reichstag. Türkische Klü-ßungen.) — Richard Wagner's „Meistersinger von Nürnberg.“ — **Geschicht-liche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staats-idee. X. Rückgang des Hauses Habsburg.

Nr. 10 297—326

Der kirchliche Kampf. — Kritische Streifzüge: (Die Ausgleichsfrage und die Magyaren. Die russische Agitation an den untern Donauländern.) — Aus der Bukowina: Rumänische Klagen. — Von der gemeinsamen Armee. — Eine dalmatinische Zollfrage. — Ein Arrondirungs-Goroskop. — Kleine kritische Chronik: (Die Ablehnung der Czechen. Neuwahlen in Böhmen und Mähren. Die galizische Resolution. Rechbauer. Petrinó. Die Polen. Dalma-tien. Türkenlose. Fürst Friedrich Schwarzenberg. Frankreich. Spanien. Bom Konjl.) — Publizistik. — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. X. Rückgang des Hauses Habs-burg. (Fortsetzung.)

Nr. 11 329—360

Fremde Freiheitsbeispiele und unsere herrschenden Liberalen. — Dr. Giska's Organisation der Medizinal-Verwaltung. — Die türkischen Bahnen und die Politik. — Der korrekt und tren österreichische Antrag des Abgeordneten Petrinó. — Kleine kritische Chronik: (Ministergerüchte. Die cattarensche Angelegenheit. Die galizische Frage. Südtirol. Arbeiterprozesse. Die katholische Bewegung.

Das Konzil und die katholischen Staaten. Algerien. Frankreich und Preußen. Ein deutscher Südbund. Prinzenbund. Montalembert. Die russischen Ostseeprovinzen.) — Wissenschaftlich Literarisches: Ueber Karl Bogt's Vorträge. — Geschichtliche Beiträge: Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. X. Rückgang des Hauses Habsburg. (Fortsetzung.) — Korrespondenz der Redaktion.

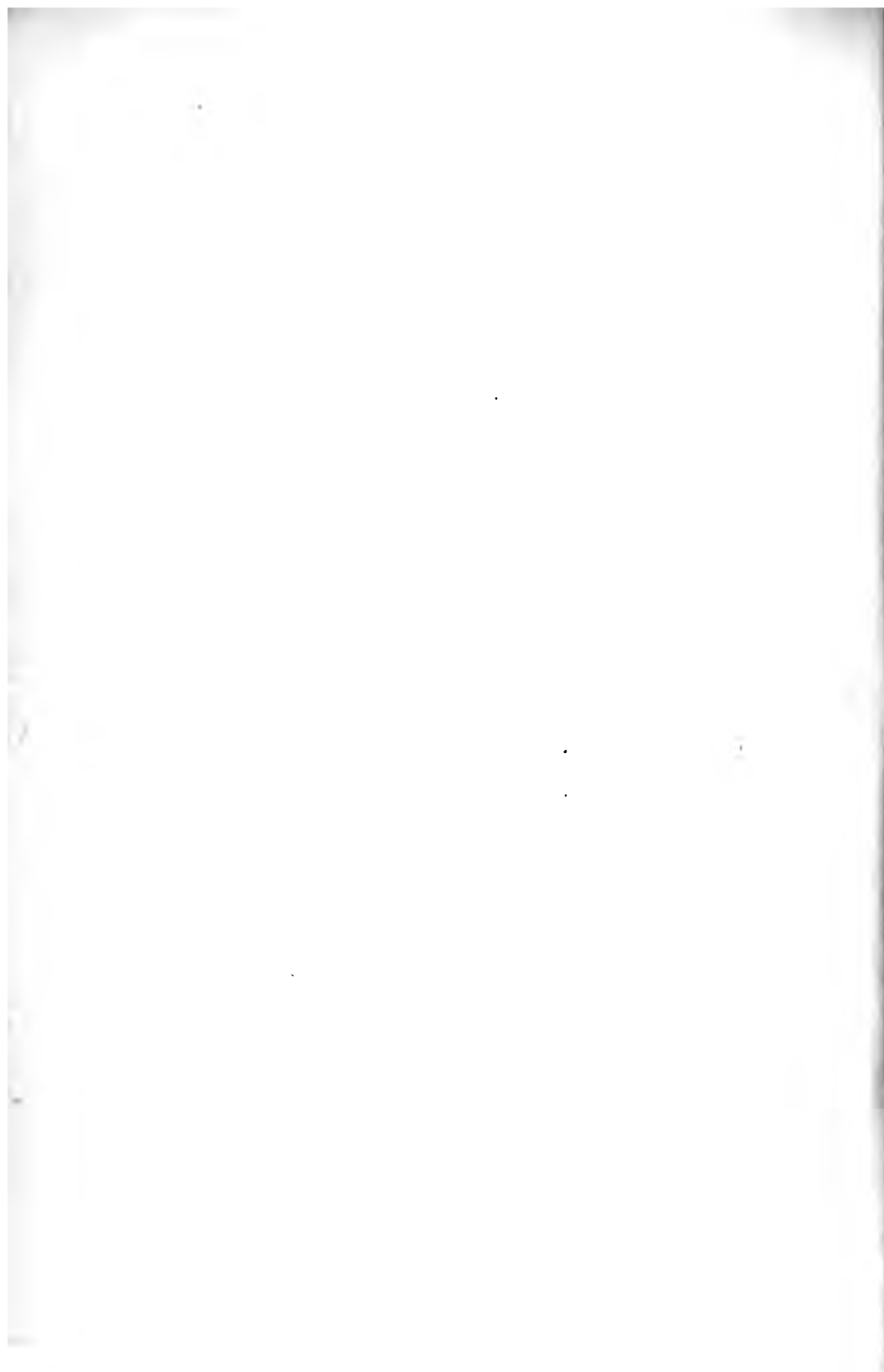
Nr. 12 361—392

Die Reichskrise. — Kritische Streifzüge: (Die perennirende Ministerkrise. Wie man in Magharien über das Ministerium Hasner-Giskra spricht. Die Stellung des Grafen Beust.) — Ungarn und die Vertragsverhandlungen mit Spanien und Portugal. — Korrespondenz der „Reform“: (Zur tirolischen Frage.) — Kleine kritische Chronik: (Die Wahlreform und Dr. Giskra. Aus dem Abgeordnetenhaus. Erklärung der Polen, Slovenen und Schindler's. Der neue Dispositions-Fond. Die dalmatinische Angelegenheit. Napoleon III. England und Irland. Russische Klagen.) — Aus der alten Registratur der Staatskanzlei. — Geschichtliche Beiträge: Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. X. Rückgang des Hauses Habsburg. (Fortsetzung.) — Korrespondenz der Redaktion.

Nr. 13 393—424

Was geschehen soll und muß. — Die Einundzwanzigtausend-Kaiserjäger-Resolution des Abgeordnetenhauses. — Die Insurrektion in Dalmatien. — Gegen das Erwerbssteuergesetz. — Korrespondenz der „Reform“: (Einige Worte über unser Kreditwesen.) — Kleine kritische Chronik: (Ministergeschichten. Aus dem Reichsrathe. Entwaffnung. Unterrichtswesen. Nothwahlgesetz. Galizische Resolution. Pierre Bonaparte. Vom Konzil. Strohmayr. Süddeutsche Bewegung. Republikaner und Brigantaggio in Italien.) — Geschichtliche Beiträge: Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. X. Rückgang des Hauses Habsburg. (Fortsetzung und Schluß.)





Die Reform.

No. 1.

Wien, den 6. Jänner 1870.

IX. Jahrgang.

Der Entwicklungsprozeß der Freiheit.

„Es ist die Menschheit nicht sowol aus der Knechtschaft befreit worden, als vielmehr durch die Knechtschaft,“ sagt Hegel.

Die Konsequenz dieses Satzes wäre, daß die Knechtschaft für die Menschheit nothwendig war, um zur Freiheit zu gelangen. Das folgt auch aus dem Hegel'schen Grundsatz, daß alles, was ist, auch vernünftig und daher berechtigt sei. Also, die Knechtschaft bestand, daher war sie vernünftig, und sie war es auch deshalb, weil sie den Zweck hatte, die Menschheit zur Freiheit zu führen, zu erziehen. In der That, wenn der aus dem Begriff und Wesen der Familie hervorgegangene patriarchalische Staat sich nicht zum Despotismus entwickelt hätte, so wäre die Menschheit in politischer Beziehung eben in dem patriarchalischen Zustande geblieben, ähnlich dem religiösen paradiesischen. In beiden war aber keine Freiheit, denn das alte Familienverhältniß war kein freies, weil das Familienoberhaupt unumschränkt herrschte, Herr über Leben und Tod aller Familienglieder war, und weil im Paradiese nicht der freie Wille, sondern der Instinkt des Guten geherrscht hätte.

Der patriarchalische Staat entwickelte sich zum feudalen, einer großartigen Institution, die eine Entwicklung der Menschheit herbeiführte, welche unterschätzt wird, weil man sie vom Standpunkte unserer modernen Begriffe und Verhältnisse beurtheilt. Der feudale Staat war die Auflösung einer großen politischen Familie in viele kleine. Es blieb aber der Begriff, ja das Bedürfniß eines höchsten Familienhauptes aufrecht, und dieses wurde alsbald zum Kampfe mit den untergeordneten Familienhäuptern herausgefordert. Beide waren von dem alten patriarchalischen Gedanken beherrscht. Die feudalen Dynasten wollten sich aus ihrer Unterordnung erheben, dem höchsten Oberhaupt so viel als möglich gleich sein, während dieses wieder in Folge des patriarchalischen Begriffes nach unbeschränkter Herrschaft strebte. So entstand ein allseitiger Kampf um die Herrschaft, und das Resultat dieses Kampfes war die Freiheit.

Es trat die merkwürdige Thatsache ein, daß die Herrscher, wenn auch unbewußt, die Freiheit als Mittel der Herrschaft benutzten. Sie strebten darnach die durch den Feudalismus in unzählige Theile aufgelöste politische Familie wieder zu einigen und über dieselbe die Alleinherrschaft zu erringen. Um nun den Widerstand der dynastischen Häuptlinge zu brechen, befreiten die Monarchen

immer zahlreichere Klassen der Bevölkerung aus den feudalen Banden, privilegierten sie als ihre unmittelbaren Unterthanen, um an ihnen ein Gegengewicht gegen die historisch privilegierten feudalen Mitregenten zu gewinnen. Die Monarchen schufen den Bürgerstand. Diese großartig folgenreiche Reform, obwohl sie zunächst dem Absolutismus diente, hat gleichwol die Freiheit zur Folge gehabt, welche vorzugsweise durch die Arbeit, den Reichtum, die Intelligenz des Bürgerthums ins Leben gerufen und ungeachtet der Dienbarkeit immer mehr herrschend wurde. Damit war aber der merkwürdige Entwicklungsprozeß noch nicht vollendet, denn die Freiheit war das Privilegium eines einzelnen Standes und daher beschränkt und unsicher; sie sollte aber Gemeingut des ganzen Volkes und dadurch vollkommen und dauernd werden. Auch diesem Fortschritt der Freiheit mußte die Herrschaft dienen. Die Herrscher sahen sich alsbald veranlaßt, auch wieder gegen die Mitherrschaft des Bürgerthums ein Gegengewicht zu suchen, sich eine neue Klasse unmittelbarer Unterthanen zu schaffen, um sie als Stütze der Herrschaft zu benutzen. Die Herrscher emanzipirten mehr und mehr die Bauern, erhoben sie zu unmittelbaren Staatsbürgern. Doch auch damit war und ist der Entwicklungsprozeß noch nicht beendet. Aus den Arbeitsgehilfen des Bürgerthums entwickelte sich immer zahlreicher ein eigener Stand, der Arbeiterstand, und in der raschen Entwicklung der neuen Kultur dauerte es nicht lange, daß die Herrschenden die Nothwendigkeit und den Nutzen erkannten, auch diesen neuen Faktor in die politische Berechnung zu ziehen. Es besteht zwischen den Herrschenden und den nach Herrschaft Ringenden ein Wettstreit, die Arbeiter für sich zu gewinnen. In Frankreich hat dieser Wettstreit zu merkwürdigen Resultaten geführt. Wiederholt ist es dort den Revolutinären gelungen, mit Hilfe der Arbeiter den Thron zu stürzen; aber auch Napoleon III. verdankte die Gründung seiner Herrschaft vorzugsweise, wenn auch nicht der Hilfe, so doch der Neutralität der Arbeiter. Es gehört keine besondere Vorausicht dazu, um zu erkennen, daß die Arbeiter bei der nächstkünftigen politischen Entwicklung, d. h. bei der Begründung der wirklich allgemeinen Volksfreiheit eine bedeutende Rolle spielen werden.

So ist denn durch das Bestreben der Herrscher, sich immer neue Stützen der Herrschaft zu schaffen, wirklich fortschreitend die Freiheit ins Leben gerufen worden, und insofern kann man mit Hegel sagen, daß die Menschheit nicht sowol aus, als vielmehr durch die Knechtschaft befreit worden sei. Es fragt sich nur, ob die Menschheit wirklich schon befreit sei? Diese Frage kann mit Ja und Nein beantwortet werden. Die Menschheit ist jetzt im hohen Grade frei, wenn man ihren Zustand mit jenem der früheren Zeiten vergleicht; berücksichtigt man aber, daß die jetzige Menschheit vieles als Knechtschaft empfindet, was für die Vorfahren ein Ideal der Freiheit gewesen wäre, so erkennt man, daß der freiheitliche Entwicklungsprozeß noch lange nicht vollendet ist.

Eine merkwürdige Erscheinung in diesem Prozesse war es, daß im vorigen

Jahrhunderte, dem sogenannt philosophischen, die Freiheit wieder in einer andern Beziehung von den Herrschern kultivirt wurde, und zwar jetzt mit vollkommenem Bewußtsein für denselben Zweck, nämlich zur Verherrlichung und dadurch zur Befestigung der Herrschaft. Damals war die freiheitliche Aufklärung an den Höfen, den russischen nicht ausgenommen, Mode geworden. Absolute Monarchen und ihre Minister wetteiferten in der Verehrung und theilweisen Realisirung philosophischer und philanthropischer Theorien, und es hatte den Anschein, als ob das durch die Jahrhunderte von den Herrschern im Interesse ihrer Herrschaft fortgesetzte Werk der Befreiung der einzelnen Volksklassen nun von den Thronen herab durch die Befreiung der Menschheit als solcher gekrönt werden sollte.

Doch jetzt trat eine für alle Zeiten entscheidende Wendung der Entwicklung ein. Das Freiheitswerk ging von den Herrschern an die Völker über. Was die aufgeklärten Monarchen zur Verherrlichung und Befestigung der Throne benutzten und theilweise den Unterthanen als Gnade schenken wollten, das forderte jetzt die Menschheit als ihr angebornes Recht und benutzte es zum Kampfe gegen jede Herrschaft überhaupt. Diese Wendung kam durch die große französische Revolution zum welterschütternden Ausdruck. Die Menschheit trat in eine neue Epoche, und man kann dieselbe ungeachtet aller darauf folgenden altpolitischen Reaktion doch als die Epoche der Freiheit bezeichnen. Das Wort der allgemeinen Freiheit war einmal Fleisch geworden und ist lebendig geblieben.

In Frankreich wurde ein Soldatenkaiser der Erbe der Revolution. Er sichtigte die Erbschaft gewaltig, mußte aber, um eben Erbe sein und bleiben zu können, viele werthvolle Güter übernehmen, werthvoll für die Menschheit, wenn auch vielleicht nicht durchaus für den Imperator. Die politische Freiheit war unterdrückt, aber in allen übrigen Beziehungen des Staats- und Menschenlebens blieben hochwichtige Reformen aufrecht. Napoleon I. aber hielt sich für berufen und berechtigt, diese Resultate des Freiheitskampfes der Franzosen in allen Ländern einzuführen, ein neues Europa, eine neue Welt zu schaffen. Wie Mohamed seine Religion, so verbreitete Napoleon I. seine Revolutionspolitik mit Feuer und Schwert. Er trat als bewaffneter Apostel, als martialischer Exekutor des frühern philosophischen Kosmopolitismus auf. Er hatte alle alten Regierungen gegen sich, aber der neue Geist der Zeit erleichterte ihm den Sieg.

Nachdem die alten Potentaten lange fruchtlos gegen den Revolutionskaiser gekämpft hatten, sahen sie sich genöthigt, zur Rettung ihrer Throne abermals die Freiheit zu Hilfe zu rufen. Da offenbarte sich aber in merkwürdiger Weise der neue Charakter der Zeit, das Resultat der bisherigen Freiheitsentwicklung. Die Potentaten konnten nämlich nicht mehr die Freiheit einzelner Stände, nicht die abstrakte philosophische Freiheit des Menschenthums anrufen; sie mußten an die Freiheit der Völker als solcher appelliren, an die nationale Freiheit. Die Völker selber hatten dazu den Wink gegeben. Ueberall, wo das Volk als solches sich zum Kampf gegen die fremden Eroberer erhob, in Spanien, in Tirol, in Ruß-

land, unterlagen dieselben, oder blieb ihr Sieg doch unentscheidend und fruchtlos. Da riefen denn die Potentaten die Völker als solche zum Kampfe für die nationale Freiheit auf.

Es trat da in merkwürdiger Weise die Vollenbung der Entwicklung des Volksstaates in Erscheinung, woran die Jahrhunderte hindurch gearbeitet worden war. Die Monarchen hatten, um ihre Herrschaft zu befestigen, die historisch privilegierten Stände dadurch bezwungen, daß sie nach und nach und in immer gleichem Maße die andern Stände befreiten und berechtigten. Sie hatten den Unterschied zwischen den Ständen nach und nach aufgehoben, die Gleichheit derselben anerkannt und begründet und dadurch das geschaffen, was man im eigentlichen Sinne ein Volk nennt, und was in den alten Zeiten in diesem Sinne gar nicht vorhanden, oder doch nicht zum klaren Bewußtsein gekommen war. Die Monarchen hatten, wenn auch nicht in der ursprünglich beabsichtigten Weise das erreicht, wornach sie stets gestrebt, nämlich die in viele Theile zersplitterte staatliche Gesellschaft zu einigen. Es war in der That der Familienstaat wiederhergestellt; nur war es nicht mehr die alte patriarchalische Familie von willenslos der unumschränkten väterlichen Autorität unterworfenen Kindern, sondern der Staat war jetzt eine Volks- oder Völkerverfamilie, deren gleichberechtigte Mitglieder zur Erreichung ihrer eigenen Zwecke dem im Monarchen verkörperten Gesamtwillen gehorchten. Die autokratische Politik war stufenweise und sogar ohne Wissen und Willen der Herrscher zur Volks- und Völkerpolitik geworden.

Durch die Kraft und Macht dieser Volks- dieser Nationalpolitik wurde Napoleon besiegt und gestürzt, und seit jener Zeit ist das Nationalitätsprinzip mächtig geblieben und immer mächtiger geworden, so daß es jetzt die Zeit beherrscht. Napoleon III. aber, aus dem Schicksale seines großen Vorgängers eine heilsame Lehre ziehend, hat das Nationalitätsprinzip auf seine Fahne geschrieben.

Die Völker haben durch jenen nationalen Freiheitskampf allerdings nur ihre nationale Selbständigkeit und die Throne ihrer Herrscher gerettet, nicht aber ihre politische Freiheit errungen und behauptet, sie haben sich jedoch alsbald auch zum Kampfe um diese Freiheit erhoben und ungeachtet mancher Niederlage doch im großen und ganzen entschiedene Siege erkämpft. Der Kampf um die staatsbürgerliche, geistige, soziale, kirchliche Freiheit ruht nicht und wird nicht ruhen, bis der vollständige Sieg errungen ist. Immerdar aber wird für die Völker die nationale Freiheit das nächste und dringendste Anliegen sein, die unerläßliche Vorbedingung jeder andern Freiheit. Niemals werden die Völker die verschiedenen politischen Freiheiten mit dem Verluste ihrer nationalen Selbständigkeit erkaufen. Es existirt in Europa kein einziges Volk, welches nicht die vollkommene politische Freiheit wollte, die ein Postulat der Bildung unsers Jahrhunderts ist; aber jedes einzelne Volk will eben als solches frei sein, und es ist dazu berechtigt und verpflichtet. Wie die persönliche Freiheit das unveräußerliche Recht, das höchste Gut jedes einzelnen Menschen ist, so ist sie es auch und in einem

noch höheren Grade für jedes einzelne Volk. Selbst im Genuße aller möglichen gemeinsamen Freiheiten ist der einzelne Mensch doch nicht frei, wenn er mit seiner Persönlichkeit einem andern Menschen unterworfen ist; und ebenso ist ein Volk unfrei, wenn es auch alle politischen Freiheiten genießt, aber mit seiner Individualität einem andern Volke untergeordnet ist. Das Bewußtsein und Gefühl dieses Zustandes ist in den Völkern so lebendig und mächtig, daß sie, zur Alternative gedrängt, gewiß lieber einen nationalen Despotismus ertragen, als unter einem fremden Volke liberal regiert werden wollen. Dieses Bewußtsein und Gefühl hat in dem oft zitierten und viel geschmähten Worte: „Lieber die russische Knechtschaft, als die deutsche Freiheit!“ seinen extremsten Ausdruck gefunden. Aber wir fragen: Würden nicht auch die Deutschen, Franzosen, Italiener, wenn sie keine andere Wahl hätten, lieber eine despotische nationale Regierung ertragen, als durch Unterwerfung unter eine fremde Nation staatsbürgerliche Freiheit genießen wollen? Allerdings kann daher der Kampf um die nationale Selbständigkeit der politischen Freiheit gefährlich werden, und ist es schon geworden; wer das aber verhüten will, der muß eben die nationale Freiheit jedes Volkes anerkennen und gewähren. Wenn der Nationalitätskampf da oder dort den Zwecken der Reaktion Vorschub leistet, so ist das nicht die Schuld derjenigen, welche für die Selbständigkeit ihrer Nationalität kämpfen, sondern derjenigen, welche sie in die verzweiflungsvolle Lage bringen, einen solchen Kampf führen zu müssen. Dies ist vorzüglich in einem Staate der Fall, der von mehreren Völkern bewohnt wird; also in Oesterreich. Wenn alle Völker in ihrer Nationalität befriedigt sind, so werden gewiß alle mit vereinten Kräften die politische Freiheit wahren und jede Macht als ihren gemeinsamen Feind betrachten, welche diese Freiheit verkürzen wollte.

Dadurch ist aber die Befriedigung der Nationalitäten zugleich die Garantie des Friedens, der Wohlfahrt und jeglichen humanen Fortschrittes. Thorheit oder Heuchelei ist es, das Nationalitätsprinzip deshalb zu verdammen, weil es den Grundsätzen und Aufgaben der Humanität widerspreche. Die Humanität steht allerdings höher als die Nationalität, aber nur in dem Sinne, daß sie das Produkt verschiedener selbständiger Faktoren ist. Diese Faktoren aber sind nach dem Willen Gottes eben die verschiedenen Völker, aus denen die Menschheit besteht. Wie in einem Volke jedes einzelne Individuum frei sein muß, um ein freies edles Volksthum zu bilden, so muß jedes einzelne Volk frei sein, damit alle Völker das gottherrliche Gesamtbild der Menschheit darstellen.

Es ist also das Nationalitätsprinzip zugleich das Prinzip des Friedens, der Freiheit und Humanität, und als das schönste, erfreulichste und segensreichste Resultat des die Menschengeschichte erfüllenden freiheitlichen Entwicklungsprozesses muß die Anerkennung und Befriedigung der nationalen Freiheit erkannt werden.

Verwaltungsgerichtshof.

Was für eine Verwandtniß hat es mit dem in der Ueberschrift bezeichneten Organe und mit welchen Funktionen ist dasselbe betraut? So mögen manche Leser der „Reform“ sich zweifelnd fragen, die zwar den freiheitlichen Institutionen unseres Rechtsstaates mit großem Interesse folgen, sich aber unter dem vielen Neuen, das die Staatsgrundgesetze geschaffen, noch nicht zu orientiren verstehen. Ist der Verwaltungsgerichtshof etwa jene Großjury des Reiches, die, bestehend aus vierundzwanzig vom Reichsrathe gewählten unabhängigen und gesekundigen Staatsbürgern, berufen ist, über in Anklagestand versetzte Minister den Wahrspruch zu fällen? Nein. Das Richteramt über verfassungswidrig amtirende Minister übt in der eben angedeuteten Zusammensetzung der Staatsgerichtshof. Derselbe ist, nachdem die Wahl seiner Mitglieder bereits vollzogen wurde, thatsächlich konstituiert; die Geschwornen hatten jedoch noch keine Veranlassung zur Zusammentretung, werden sie auch nicht sobald kriegen, da die Institution des Staatsgerichtes sammt der ihr zu Grunde liegenden Minister-Verantwortlichkeit erfahrungsgemäß mehr eine bloß prinzipielle als eine wirklich praktische Bedeutung hat. Dann dürfte der Verwaltungsgerichtshof sich allenfalls mit der Entscheidung bei Kompetenz-Konflikten und in streitigen Angelegenheiten des öffentlichen Rechtes zu befassen haben? Auch das nicht. Für die angeführten Zwecke besteht der Reichsgerichtshof mit Einem Präsidenten, seinem Stellvertreter und zwölf über Vorschlag der beiden Häuser des Reichsrathes sämmtlich vom Kaiser auf Lebensdauer ernannten Mitgliedern. Auch der Reichsgerichtshof, ein wahres Kollegium von Kronjuristen, ist bereits in Wirksamkeit getreten und hat erst vor kurzem einen Streitfall in öffentlicher Verhandlung entschieden. Der dort zur Austragung gelangte Kompetenz-Konflikt zwischen den Gerichts- und politischen Behörden wegen einer kontraktmäßigen Vorspannleistung war allerdings mit Rücksicht auf das Objekt von minderem Belange, indessen gewann die Sache durch das Ergebniß der Urtheilsschöpfung insofern ein erhöhtes und auch allgemeineres Interesse, als der aufgetauchte Meinungswidderstreit: Ob die Angelegenheit auf den Rechts- oder Verwaltungsweg gehöre — von der inappellablen Instanz des Reichsgerichtes zu Gunsten der ersteren Anschauungsweise gelöst wurde. Die Journalistik nahm davon mit Befriedigung Akt, denn eine Niederlage der politischen Auffassung gegenüber der juridischen wird stets als ein Sieg des Rechtes über die Opportunität empfunden. Noch durch eine andere wenngleich nur negative Entscheidung hat der Reichsgerichtshof von seiner Existenz und seiner fortgesetzten internen Thätigkeit Kenntniß gegeben, indem er in der allbekannten Dotations-Angelegenheit des Bischofes von Linz seine eigene Kompetenz ablehnte und den Bischof mit seiner Vorstellung gegen die Verfügung des

Auktusministers an den Verwaltungsgerichtshof verwies. Vor den Schranken dieses Forums kann nämlich Jedermann, welcher durch eine Entscheidung oder Verfügung einer Verwaltungsbehörde in seinem Rechte verletzt zu sein behauptet, seine Ansprüche im öffentlichen mündlichen Verfahren wider einen Vertreter der Verwaltungsbehörde geltend machen. Damit ist nun dem zweifelnden Leser der eigentliche Zweck der Einsetzung des Verwaltungsgerichtshofes klar gemacht. Nähere Aufklärung hierüber gibt das Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 über die richterliche Gewalt im Artikel 15; leider muß aber sogleich hinzugefügt werden, daß diese Institution, obgleich staatsgrundgesetzlich verheißen und verfassungsmäßig verbürgt, vorderhand nur auf dem Papier steht.

Staatsgerichtshof, Reichsgerichtshof und Verwaltungsgerichtshof, eine wahre Trias von Areopagen im Rechtsstaate Oesterreich! Unsere beschränkte Aufgabe gestattet nicht, dem staatsrechtlichen Accorde dieser drei außerordentlichen Rechtsinstitutionen eine nähere Aufmerksamkeit zu schenken. Wir haben es nur mit dem Verwaltungsgerichtshofe zu thun, der uns hauptsächlich deshalb beschäftigt, weil er noch immer nicht besteht und daher seine Wirksamkeit, welche das Gesetz ihm einräumt, zum offenbaren Nachtheil der Bevölkerung vorläufig nur eine virtuelle ist. Ganz eigenthümlich ist die Erscheinung, daß die großen Wiener Journale über die Verschleppung dieser Angelegenheit sich in tiefes Schweigen hüllen, während es gerade Aufgabe der Journalistik wäre, die Regierung, mit der so manches „Organ der öffentlichen Meinung“ in näheren Beziehungen steht, zu einer endlichen Aktion hinzudrängen. An praktischen Anlässen hiezu fehlt es wahrlich nicht, die Tagsgeschichte liefert Materiale in Hülle und Fülle. In einer Zeit, wo die Zentralgewalt der obiosen Aushilfe der Polizeivorschrift vom 20. April 1854 nicht entbehren will, ihrer Anwendung vielmehr eine Ausdehnung gibt, die man selbst zur Zeit ihres Schöpfers nicht nöthig gehabt; in einer Zeit, wo die Maßreglungen von Vereinen, deren Tendenzen nicht die der Regierung sind, an der Tagesordnung stehen; in einer Zeit, wo die höchsten Verwaltungschefs ihre Erlässe in Parteisachen zum Fenster hinausschreiben, um Politik damit zu machen, in einer solchen Zeit thut wahrlich eine Institution noth, die unabhängig von ministeriellen und parlamentarischen Einflüssen das oberste Richteramt ausübt. Ja wir begrüßen es als einen Akt hoher Weisheit, daß die Gesetzgeber die Ausbreitungen der Freiheit auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung voraussehend, in dem Verwaltungsgerichtshofe ein Bollwerk schufen wider den nivellirenden Drang nach Vermischung des Verwaltungsrechtes durch Verwaltungspolitik.

Se. Excellenz Herr Dr. Giskra möge gestatten, daß wir da einige Worte an seine unmittelbare Adresse richten. Nicht allein deshalb, weil die Ausführung des im Art. 15 erwähnten Spezialgesetzes in das Ressort des Ministers des

Innern einschlagen dürfte, sondern vorzugsweise aus dem Grunde, weil gerade Dr. Giskra es war, welcher durch die Einführung der Organisation der politischen Behörden das Bedürfniß der administrirten Bevölkerung nach einem Verwaltungsgerichtshofe noch näher legte, das Nichtvorhandensein desselben noch empfindlicher machte, als es vor dem Erscheinen des Schmerling-Kasser-Veccredi-Giskra'schen Statutes der Fall war. Dr. Giskra hat bekanntlich die bei den Verwaltungsbehörden bestehenden Kollegialkörper mit berathendem und beschließendem Stimmrechte aufgehoben, und die gesammte Verwaltung nebst der Handhabung des Verwaltungsrechtes in die autokratischen Hände der Landeschefs gelegt. Daß unter den letzteren auch einige Soldaten sich befinden, die unbeschadet ihrer sonstigen vortrefflichen Eigenschaften während ihrer militärischen Berufsausbildung vom Verwaltungsrechte nicht viel mehr gehört haben, als unser Einer von der Strategie, soll nur die Abwege andeuten, auf welche Dr. Giskra mit seiner eigenthümlichen Auffassung von dem Verantwortlichkeitsprinzipie gerathen ist. Verwaltungspolitik zu treiben, mag Jedermanns Sache sein, man braucht da nicht viel mehr als fünf gute Sinne; nicht so das Verwaltungsrecht, dessen Handhabung nun und nimmermehr abhängig gemacht werden darf von den Schwankungen der Tagesmeinung, von der Strömung der Zeit, oder von dem herrschenden Einflusse irgend einer Partei.

Daß Dr. Giskra die Absicht gehabt haben konnte, die cisleithanischen Provinzen, wie es den Anschein gewinnt, hinsichtlich der politischen Verwaltung auf das Niveau türkischer Paschaliks zu stellen, das wird dem allerweltbekannten Freisinne des seinerzeitigen Deputirten der Paulskirche in Frankfurt wol niemand zumuthen. Im Gegentheile wird eher Jedermann zu der Annahme sich hingedrängt fühlen, Dr. Giskra habe seinen politischen Verwaltungs-Organismus nicht getrennt gedacht von dem in Aussicht gestellten Verwaltungsgerichtshofe, der ja eben die verfassungsmäßig garantirte Bürgschaft wider die Vergewaltigung gewähren und das Korrektiv sein soll für Ausschreitungen autokratischer Verwaltungsbeamten mit zu kleinem Gehirn oder allzugroßer Leber.

Aber gerade deshalb können wir unseren Mißmuth darüber nicht verhehlen, daß unter den zwei Regierungsvorlagen, die Dr. Giskra auf den Tisch des kürzlich einberufenen Abgeordnetenhauses niedergelegt, jene über den Verwaltungsgerichtshof sich wiederum nicht befindet. Was die Medizinal-Organisation, die eine der beiden eben erwähnten Regierungsvorlagen, betrifft, so hätte der Minister des Innern für die Nichteinbringung derselben sich unserer vollsten Indemnität für versichert halten können. Oesterreich besitz bereits eine öffentliche Sanitätspflege, und wenn auch der Verbesserung bedürftig gleich jeder menschlichen Einrichtung, so ist sie doch so gut, daß sie noch für einige Zeit mit den bei den Gemeinden, Bezirken und Länderstellen, sowie beim Ministerium des Innern bestellten Sanitätsorganen vorhalten kann. Nachsichtsvoller beurtheilen wir die zweite der eingebrachten Regierungsvorlagen in betreff der polizeilichen Abschaf-

fung, da es wol den Forderungen der Zeit entspricht, diese etwas antiquirte aber noch immer nicht zu entbehrende Maßregel des polizeilichen Ostracismus mit dem Gesetz über den Schutz der persönlichen Freiheit in Einklang zu bringen.

Indessen weder die eine noch die andere dieser beiden Ausarbeitungen, so viel Mühe und Zeit auch darauf verwendet worden sein möge, ist geeignet den Abgang zu decken, welchen die Bevölkerung dadurch empfindet, daß man ihr die Institution des Verwaltungsgerichtshofes so lange Zeit vorenthält. Zwei volle Jahre sind verflossen seit dem Erscheinen des Staatsgrundgesetzes vom 21. Oktober 1867, welches am gleichen Tage in Wirksamkeit getreten ist, und dessen Artikel 15 die darauf bezügliche Bestimmung enthält. Der österreichische Staatsbürger hat ein Recht, ein verfassungsmäßig verbürgtes Recht auf den Schutz eines obersten Verwaltungsgerichtshofes wider arbiträre Verfügungen der Verwaltungsbehörden. Die Regierung wird sich der ihr diesfalls obliegenden Verpflichtung bewußt sein, daran zweifeln wir nicht; aber es wäre immerhin der Mühe einer Interpellation Seitens des Reichsrathes werth, die Regierung zu fragen, aus welchen Gründen sie noch nicht dazu gekommen ist, den Entwurf des Gesetzes über die Zusammensetzung des Verwaltungsgerichtshofes sowie über das Verfahren vor demselben auszuarbeiten und einem der beiden Häuser zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen.

Daran ließe sich wol auch die Frage knüpfen, wie die Regierung gegen jene Parteien zu verfahren gedenkt, die in der Zwischenzeit ihre an den Verwaltungsgerichtshof gerichteten Beschwerden gegen Entscheidungen oder Verfügungen einer Verwaltungsbehörde bei der betreffenden politischen Instanz anmelden, mit der Einbringung derselben aber zuwarten müssen, bis der Verwaltungsgerichtshof ins Leben tritt. Kann in einem solchen Falle die Exekutionsfähigkeit der rekurrirten politischen Entscheidung ausgesprochen werden? Es scheint das namentlich bei jenen politischen Entscheidungen oder Verfügungen, durch welche Rechtsverhältnisse berührt werden fraglich, die keinen dreifachen Rekurszug zu durchlaufen haben, wie dies bei allen in die Kompetenz des Ministeriums fallenden Angelegenheiten vorkommt, wo der Minister zugleich als erste und letzte, das heißt als einzige Instanz spricht.

Was wird zum Beispiel in dem konkreten Falle des Bischofs von Linz geschehen? Diesen Kirchenfürsten verweist der Reichsgerichtshof mit seiner Vorstellung wegen Rechtsverletzung gegen eine Verfügung des Kultusministers an den Verwaltungsgerichtshof. Der Reichsgerichtshof ist es, der das thut; die höchste richterliche Autorität des Reiches zur Entscheidung von Kompetenzfragen, verweist die Partei mit ihrer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof. Der Bischof von Linz folgt dem weisen Rathe der Kronjuristen und klopft an die Pforten des Verwaltungsgerichtshofes. Sie aber bleiben verschlossen. Ist es die Schuld des Klägers, daß er den Schutz, welchen er dort sucht, dort zu fordern

berechtigt ist, nicht finden, nicht erhalten kann? Die Minister eines Rechtsstaates mögen das wohl erwägen.

Die bezüglich der Dotation des Bisthums Linz gefaßten Resolutionen der beiden Häuser des Reichsrathes sind nichts weniger als übereinstimmend. Sie ließen dem Kultusminister die Wahl: entweder mit dem Bischof von Linz „kurzen Prozeß zu machen“ oder das diesfalls bestehende Rechtsverhältniß einer genauen Prüfung zu unterziehen. Herr v. Hasner entschied sich für das erstere. Der Besitzer der Religionsfondsgüter Garsten und Gleink wurde mit einem Federstrich depossedirt, ohne auch nur um seine allfälligen Einwendungen gefragt zu werden. Es mögen wichtige Beweggründe gewesen sein, welche die Regierung zu einer so summarischen Prozedur bestimmten, wir kennen dieselben nicht und kritisiren sie auch nicht. Aber zurückkehrend zu der früher aufgeworfenen Frage bezüglich der Exekutionsfähigkeit einer solchen Verfügung, die von dem Gutdünken eines einzelnen in seinem Wirkungskreise autokratischen Verwaltungschefs ausgehend, in das Verwaltungsrecht tief eingreift und von Seite der betroffenen Partei einen Protest wegen Rechtsverletzung hervorruft, wagen wir doch der Meinung zu sein, daß außer dem allgemeinen verfassungsmäßigen Rechte, welches Artikel 15 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Oktober 1867 dem Bischof von Linz freistellt, in der vorliegenden Streitfache seine Ansprüche vor dem Verwaltungsgerichtshofe im öffentlichen mündlichen Verfahren wider den Kultusminister geltend zu machen, noch andere besondere Momente vorhanden sind, die der Gerechtigkeit und Billigkeit des Aufschubes der rekurrirten ministeriellen Verfügung bis zum Eintritt des Verwaltungsgerichtshofes das Wort führen.

Von Gefahr im Verzuge kann wol nicht die Rede sein bei einem Rechtszustande, der, wie die Realdotation des Bisthums Linz mit den Religionsfondsherrschaften Garsten und Gleink, von Kaiser Joseph II. Zeiten sich herschreibt, und seit 1791 in ununterbrochener Wirksamkeit aufrecht besteht. Vielmehr liegt umgekehrt die Besorgniß nahe, daß die rasche Auflösung eines solchen Rechtsverhältnisses für den bisherigen Besitzer der Dotationsgüter, auf welche er im Vertrauen des vieljährigen ungestörten Besizes und im guten Glauben der Bilateralität seiner Investitur Ameliorirungs- und andere Bewirthschaftungsauslagen aufgewendet, mit Nachtheilen verbunden sei, die von der Regierung gewiß nicht beabsichtigt waren.

Die Schädigung der Interessen des Religionsfondes wäre gleichfalls eine Erwägung ohne innere Stichhaltigkeit. Der oberösterreichische Religionsfond bedarf keines Zuschusses aus Staatsmitteln und genießt auch keinen, er steht ganz auf eigenen Füßen. Dadurch gewinnt die Stimme seiner eigentlichen und natürlichen Vertreter an Wichtigkeit. Nun, das Domkapitel und der Gesamtklerus der Diözese Linz haben sich für die Fortbauer des bisherigen Zustandes ausgesprochen und eine dahin abzielende Petition bereits überreicht.

Ebensowenig ist für das Ansehen der Behörde ein Eintrag zu besor-

gen, wenn sie ihrem energischen Anlauf Einhalt gebietet. In den Augen wahrer Freisinnigkeit kann es nur die Achtung vor ihrem Rechtsbewußtsein stärken, wenn Verwaltungsmänner in Angelegenheiten von so eminentem streitigen Charakter wie die in Frage stehende, ihr persönliches Urtheil einem Kollegium von unabhängigen und unparteiischen Richtern bereitwillig unterwerfen.

Was endlich die Pflicht der Verantwortlichkeit betrifft, so sieht sich der Kultusminister einer Resolution des Abgeordnetenhauses gegenüber gestellt, die ja nach der eigenen Deutung des letzteren nur den Werth eines Wunsches beansprucht, der Kultusminister möge die angeregte Sache im gesetzlichen Wege austragen. Und der Bischof von Linz betritt diesen gesetzlichen Weg, indem er seine Beschwerde an den Verwaltungshof richtet, über dessen Nichtexistenz die Verantwortlichkeit dem Ministerium vielleicht schwerer fallen dürfte, als über die nur aufgeschobene, aber nicht aufgehobene und durch ein ablehnendes Votum des Herrenhauses paralysirte Resolution des Abgeordnetenhauses.

Nun bleibt uns noch die Person des Depossedirten zu besprechen übrig, weil wir gerade in ihr einen willkommenen Anlaß für den Kultusminister fänden, selbst den Schein zu meiden, als habe er mit seiner Verfügung eine demonstrative Aktion beabsichtigt. Der Bischof von Linz ist ein mißliebiger Mann, so mißliebiger, daß selbst wir uns einer Verdächtigung aussetzen, indem wir seine gerechte Sache vertheidigen. Das sichts uns nicht an. Haben wir doch die Genugthuung auf eine wesentliche Lücke in unseren Staatseinrichtungen hingewiesen und damit hoffentlich die endliche Aktivirung des Verwaltungsgerichtshofes angeregt zu haben. Muß ihn ja doch nach dem bekannten Sprüchlein: „Heute mir morgen Dir“ jede Partei schwer vermissen.

„Was denken Sie über Rußland?“

Unter diesem Lustspieltitel bringt der geist- und kenntnißreiche Publizist der strengkonservativen, dynastischen, christlichgermanischen Partei Preußens, M. v. Wittenburg in seinen lithographirten „Berliner Briefen“ einen sehr ernstesten Aufsatz über die russische Politik an und für sich und im Verhältniß zu Preußen und Frankreich. Die Ueberschrift des Artikels sollte eigentlich heißen: „Was denkt die orthodox konservative preußische Adelspartei über Rußland?“ Auf diese Frage antwortet nun Herr v. Wittenburg in sehr überraschender Weise stark im Widerspruche mit der vulgären Ansicht, daß die preußischen Altkonservativen russisch gesinnt wären. Nach der Darstellung des Berliner Brieffschreibers sind sie es nicht, doch allerdings nur deshalb nicht mehr, weil Preußen nicht mehr das alte ist, und in Folge dessen auch Rußland die alten Prinzipien seiner

auswärtigen Politik aufgegeben hat. Der Berliner Brief Nr. 15 enthält über die Gedanken und Gefühle der altpreussischen Adelspartei, welche so wenig resignirt hat, als die österreichische, so interessante Mittheilungen, daß wir uns wahrlich verpflichtet fühlen, einige Stellen daraus zu reproduziren und zu glossiren. Herr von Wittenburg schreibt:

„Die Frage: „Wie denken Sie über Rußland?“ — seit ihrer Verwendung zu einem Lustspieltitel zu einer Art fast sprüchwörtlichen Fragenphrase geworden, wenn man seine Verlegenheit um einen Erkundigungsstoff andeuten wollte — war schon in allem Ernst und vollem Gewicht seit einiger Zeit wieder auf der politischen Schaubühne erschienen. Sie war im Borrücken zu neuer Aktion aus dem dunklen Hintergrunde der Passivität in das helle Licht der offenen Scene begriffen; doch trat sie diesmal so geheimnißvoll verumumt auf, daß man noch nicht über den Charakter ihrer Maske ins Klare gekommen war. Sie erschien in Begleitung des neuen französischen Botschafters am russischen Hofe, Generals von Fleury. An seine Mission knüpften sich eigenthümliche Gerüchte von einer Wendung in der Politik Rußlands. Es wurde die Vermuthung wach, daß diese endlich aus ihrer Zurückgezogenheit in der Beschäftigung mit der Konsolidirung des Staates im nationalen Interesse heraustreten und in Konsequenz des sie dabei leitenden Prinzips nach außen initiativ und aggressiv vorgehen werde. Bestärkt wurde man in dieser Vermuthung durch die Haltung der offiziellen Stimmen Preußens in der Presse, da dieselben eine große Sorge um die Haltbarkeit der Freundschaft zwischen Preußen und Rußland verriethen und in wachsender Unruhe sich zeigten, als in der russischen Presse die Stimmen immer zahlreicher und lauter wurden, welche vom radikalen Standpunkte des Moskovitertums aus die preussische Politik im Gewande ihrer deutsch-nationalen Bestrebungen entschieden angriffen. Man erinnerte sich dabei der beunruhigenden Gerüchte, welche im vergangenen Sommer über den Gesundheitszustand des Czaren zirkulirt hatten und wonach derselbe in bedenklicherer Weise als der französische Cäsar an einer unheilbaren Krankheit leiden solle, da sie den Gang der russischen Politik nicht bloß in momentaner, sondern in wachsend anhaltender Weise zu stören und zu unterbrechen drohe. Man konnte so auf den Gedanken kommen, daß nun schon jenes Stadium in dem Befinden des Czaren eingetreten sei, wo der Geist nicht mehr durch sich selbst allein geleitet und bestimmt wird, und auf Grund fremden Einflusses eine Wendung in der russischen Politik sich vorbereite.

Wie weit das Interesse der russischen Politik für Preußen und seine nationale Politik bisher gegangen war, das war in dem Programm ausgesprochen, welches Fürst Gortschakoff den Agenten Rußlands durch ein Rundschreiben am 30. August 1866 schon mitgetheilt hatte, nachdem sein Verlangen „zur Betheiligung des dynastischen Europa bei der Lösung der politischen und territorialen Fragen, welche das auf gemeinschaftlich unterzeichneten Verträgen beruhende europäische Gleichgewicht gefährdeten“, keine Berücksichtigung gefunden. Es hieß darin:

„Da der Grundsatz der europäischen Solidarität gegenwärtig von denselben Mächten aufgegeben erscheint, auf deren wechselseitiger Uebereinstimmung sie beruhte, so hat Rußland nunmehr vollständig freies Feld zur Aktion vor sich: hiefür wird ihm das nationale Interesse zur einzigen Richtschnur seines Verhaltens dienen.“

Daß Rußland dieses sein Programm als ein, wenn auch nicht im Prinzip, so doch in der Form, d. h. in der rücksichtslosesten Fassung neues gehalten und wie es dasselbe seitdem befolgt hat, davon weiß nicht bloß die polnische Nationalität, sondern auch und vor allen die deutsche in den Ostseeprovinzen Rußlands mehr als genug zu erzählen, um Europa eine deutliche Ahnung davon zukommen zu lassen, in welche Aera es mit der Umwandlung Deutschlands aus einem neutralen Friedensreich in einen parteiischen und offensiven Kriegesstaat und mit seinem Abfall vom Legimitätsprinzip an das nationale Machtprinzip eingetreten ist.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß eine Völkerfamilie wie die europäische, nachdem sie auf der Grundlage des christlichen Kulturprinzips in engster Verknüpfung ihrer Lebensinteressen eine so hohe Stufe der Gesittung erreicht hat, daß jede Gewaltthat eine allgemeine öffentliche Verurtheilung findet, doch wieder auf einmal in einen Zustand der Verfeindung zurückfallen kann, der nothwendig in seiner weiteren ungehemmten Entwicklung die Zeiten der Völkerwanderung mit ihren Racenkämpfen heraufbeschwören muß. Und dahin führen die Konsequenzen der russischen Politik in Konsequenz der deutschen national-liberalen Politik Preußens. Damit, daß in Deutschland, im Centrum Europas und dem Schwerpunkt aller seiner Staaten an die Stelle der Herrschaft des sittlichen Gemeinschaftsprinzips die des Machtprinzips getreten ist, ist dieses auch für ganz Europa zum giltigen geworden, ist überall die Anarchie unter seinen Völkern etabliert und der Kampf Aller gegen Alle entseffelt.

Schon mit der Zulassung der lokalisirten Kriege und der Einschmuggelung des Nichtinterventionprinzips in die Politik durch den Krämeregoismus Englands war die Bahn gebrochen, daß wie im inneren Leben der Staaten, so auch in ihrem äußern der Egoismus alle Dämme der Solidarität und Gemeinschaft niederriß und die Grundlagen alles Völkerrechts zertrümmerte.

Fürst Gortschakoff wäre ein schlechter Leiter der russischen Politik und ein pflichtvergessener Minister seines Landes gewesen, wenn er, sich mit dem früheren Prinzip der europäischen Staatenpolitik und des Völkerrechtes verlassen und isolirt sehend, nicht das des nationalen Egoismus oder Interesses als das auch für Rußland fortan allein giltige proklamirt hätte.

Wir haben uns darüber nicht einmal zu verwundern, geschweige denn gar zu beschweren. Wir hätten zu letzterem selbst dann keinen Grund, wenn Rußland, wie wir es nicht für unwahrscheinlich halten, schon früher in derselben kurzschichtigen Machtpolitik, wenn auch mehr vom Standpunkt des dynastischen Interesses

und des Kabinettsgeistes befangen, Preußen zur Wandelung seiner Politik geführt hätte, indem es seine Pläne als zunächst höchst vortheilhaft für sich selbst eher begünstigte als verhinderte. Es würde das auch weder die Schwere unserer Schuld, noch die unserer Sühne mindern. Die Geschichte als das Weltgericht richtet die Staaten und Völker nur nach den Thatfachen, und nicht nach dem Antheil der geistigen Schuld dabei.

Als General Fleury vom französischen Cäsar nach Petersburg gesandt wurde, mußte man schon in sehr natürlicher Folgerung aus der veränderten Machtstellung Frankreichs gegenüber der deutschen Nordmacht annehmen, daß sich eine Aktion gegen Preußen vorbereite. Die französische Politik hatte übrigens auch schon im Jahre 1866 ihre neue Stellung offen und bestimmt bezeichnet. Ein fast gleichzeitig mit dem Rundschreiben Rußlands von Frankreich am 16. September erlassenes erklärte: „Nachdem die Koalition der drei Mächte (Rußland, Oesterreich und Preußen) zertrümmert worden ist, ist das neue Prinzip, welches Europa regiert, die Freiheit der Allianzen,“ — d. h. mit anderen Worten die Freiheit des Egoismus, die Befreiung von aller Pflicht und Sorge für Aufrechterhaltung von Verträgen, die Vernichtung des Völkerrechts, die Stabilisirung des Faustrechts oder, feiner gesagt, der Herrschaft des Machtprinzips nach dem bekannten Satz: „Macht geht vor Recht.“ Und jener damalige offene Ausspruch der französischen Politik findet jetzt nachträglich noch einen verdeutlichenden Kommentar in den Worten, welche der französische Gesandte in Berlin, Herr v. Benedetti, nach seiner Rückkehr vom Kriegsschauplatz zu dem Kriegskorrespondenten des „Siccle,“ Herrn Bilbort äußerte, und die derselbe in seiner vor kurzem (in Paris bei Charpentier) erschienenen Schrift über den Krieg von 1866: „Das Werk des Herrn v. Bismarck“ — veröffentlicht hat. Herr v. Benedetti sagte damals: „daß, wenn der preußische Ehrgeiz darnach zielte, über die ihm gesteckten Grenzen hinauszutreten, auch Rußland wie Oesterreich Frankreich die Hand bieten würden, um Preußen innerhalb derselben zurückzuhalten.“

Der erste Schwachzug Frankreichs gegen Preußen war also mit der Sendung Fleurys nach Petersburg geschehen, und in gespannter Erwartung sahen die Politiker dem Erfolg desselben in der Gewinnung Rußlands für die Pläne Frankreichs entgegen — da kommt auf einmal die Kunde, daß der Czar bei Gelegenheit der Feier des hundertjährigen Jubiläums des Kriegordens St. Georges dem König von Preußen das Großkreuz dieses Ordens verliehen habe, und sofort stoßen unsere offiziellen Pressstimmen in die Siegesposaune und können nicht genug Wesens davon machen, indem sie das Ereigniß als ein besonderes Zeugniß der Bestätigung und Bekräftigung des Freundschaftsbundes zwischen Rußland und Preußen ausschreien und mit Beziehung auf die Bestrebungen Frankreichs sogar als eine Niederlage für dessen Politik deuten.

Leider mußten wir, wenn wir Grund hätten, der Angelegenheit einen politischen Charakter unterzulegen, in derselben umgekehrt eine Niederlage der

preussischen Politik sehen; denn mit Rücksicht auf die wenigstens apathische, wenn auch noch nicht antipathische Haltung Rußlands gegenüber Preußen in Folge seiner jetzt nur noch nationalen Politik, könnte die Auszeichnung von Seiten Rußlands, wenn sie der Gegenwart ja doch mit gegolten hat und für eine Situation erfolgt ist, in welche Rußland als die einzige Macht unter den europäischen Kontinentalstaaten dasteht, die eine selbständige und unabhängige Stellung einnimmt und eine Politik freier Hand treiben kann, eher wie eine höhnische Anerkennung oder gar gnädige Belohnung erscheinen. — Diesen Eindruck konnte in der That das Ereigniß für den ersten Augenblick hervorrufen, als es von der officiösen Presse in so ungeschickter Weise behandelt und für einen politischen Akt ausgegeben wurde. Sie geberdete sich hier, als wenn ein Wunder geschehen und ein Alp von Preußen genommen worden wäre, als wenn nur die Freundschaft Rußlands unsere Sicherheit verbürge. Und ist es leider nicht so? Sind wir nicht immer tiefer in die Abhängigkeit von Rußland hinein gerathen? Hält es uns jetzt nicht an der Verbrecherkette für eine schwere Schuld fest, während es früher uns nur am Faden unserer ehrgeizigen Begierden leitete und gänzelte?

Vorläufig hat Rußland allerdings keinen Grund, uns aus seinen Diensten zu entlassen. Es hat ja noch immer damit zu thun, die reiche Saat der Vortheile, die wir ihm durch die Veränderung des europäischen Gleichgewichts und durch den Umsturz der alten Grundlage der europäischen Politik, so zu sagen in den Schoß geworfen, in Sicherheit zu bringen und einzubeimsen, oder in neuer Verwendung sofort zu verwerthen und auszubeuten. So ist es noch in voller Ausbeutung der ihm gewordenen Berechtigung, alle fremden Nationalitäten in seinem Land auszurotten; es darf in Konsequenz des jetzt in Europa herrschenden Prinzips des nationalen Interesses den anderen Volksstaaten keine Angriffspunkte mehr in verwandten Elementen oder anderen, noch nicht russifizirten Nationalitäten bieten. Es beutet die ihm gewordene weitere Berechtigung aus, bei den ihm verwandten Elementen der slavischen Stämme in Oesterreich und der Türkei offen seinen Einfluß zu befestigen und geltend zu machen.“ —

Unsere Leser werden zugeben, daß der preussische Publizist da eine sehr geistreiche Auffassung der neuen Verhältnisse kund gibt. Da Preußen von dem Prinzip der dynastischen Legitimität, von den positiven Satzungen des alten Völkerrechtes, der Grundlage der frühern Staatenordnung Europas abgefallen ist und lediglich eine egoistische Machtpolitik für nationale Zwecke ausübt, so fühlt sich Rußland dadurch aufgemuntert und berechtigt, das, was es früher nur geheim und im Widerspruch mit den altvölkerrechtlichen Allianzen gethan hatte, nunmehr offen und rücksichtslos zu thun, nämlich ebenfalls für die Realisirung des Nationalitätsprinzips eine aggressive Machtpolitik zu üben.

Soweit sind die Anschauungen des Herrn v. Wittenburg und seiner Partei richtig, und wohlbegründet ist auch die Folgerung, daß Rußland nicht Ursache hat, der preussischen Politik entgegen zu arbeiten, sondern dieselbe vielmehr

begünstigen muß, weil es sich ja auf diese Politik wie auf ein Beispiel und Muster berufen und durch dieselbe gleichsam die Berechtigung begründen kann, seinerseits das Gleiche zu thun. Ohne Zweifel kann Rußland zu Preußen sagen: „Du bringst das deutsche Nationalprinzip zur Geltung, ich das slavische; du strebst mit geistigen und physischen Waffen darnach, alle deutschen Stämme so weit als möglich unter deine direkte Herrschaft, oder wenigstens in Dein politisches System zu bringen, ich arbeite mit gleichen Waffen daran, das Gleiche in Betreff aller Slavenstämme zu erreichen.“

Vollkommen klar ist es auch, was jedoch der altpreussische Publizist charakteristischerweise nur flüchtig andeutet, klar ist es, daß Preußen und Rußland mit ihrer nationalen Machtpolitik in der Feindschaft gegen Oesterreich zusammenstreffen, und zwar durch den Zwang der thatsächlichen Verhältnisse zusammenstreffen müßten, selbst wenn sie es nicht wollten. Preußen kann nicht alle Deutschen, Rußland nicht alle Slaven vereinigen, solange Oesterreich besteht; es ist die Zertrümmerung Oesterreichs, wenn auch nicht der Zweck so doch das Mittel für die preussische und russische Nationalpolitik. Herr v. Wittenburg hat diese naturnothwendige Folgerung wol nur deshalb nicht klar ausgesprochen, weil sie sich von selbst versteht. In der That kann man die preussische und russische Nationalpolitik gar nicht besprechen, ohne die Auflösung Oesterreichs als selbstverständlich vorauszusetzen.

Während aber der preussische Publizist die ganz richtige Ansicht hat, daß Preußen und Rußland keine Ursache haben, sich in ihrer Politik gegenseitig zu stören, während er mit gutem Grunde sogar nachweist, daß die russische Politik durch die preussische ermuntert und gefördert wird, nimmt er bei der Beurtheilung der Stellung, welche Frankreich zu der Frage einnimmt, eine Voraussetzung als unzweifelhaft an, welche es der Sachlage nach nicht ist, und ignorirt gänzlich die Stellung der neuen Großmacht Italien.

Herr v. Wittenburg setzt als gewiß voraus, daß Napoleon III. die deutsche Nationalpolitik Preußens mit feindseligem Auge betrachte und gegen dieselbe über kurz oder lang mit den Waffen einschreiten werde, und für diesen als gewiß vorausgesetzten Fall glaubt er Rußland sowohl dem Willen als der Macht nach nicht für einen zuverlässigen Bundesgenossen Preußens halten zu können.

Was nun die Annahme betrifft, daß Napoleon die deutsche Nationalpolitik Preußens feindselig betrachte, so war sie anfangs ziemlich allgemein und ist durch mancherlei französische Aeußerungen gestärkt worden. Gleichwol war diese Annahme nicht sachlich begründet. Sie gründete sich nämlich auf die andere Voraussetzung, daß in Frankreich noch immer jene traditionelle Politik herrsche, welche in der Einigung Deutschlands eine Gefahr für Frankreich gefürchtet. Diese mißgünstige und furchtsame Anschauung herrscht nun zwar noch in den Köpfen alter französischer Politiker, aber das junge Frankreich bekennt sich nicht

mehr zu derselben. Die Neufranzosen haben sich die Verbrüderung der Völker durch die Freiheit zum Ziel gesetzt, und deshalb hat Thiers Fiasco gemacht, als er im gesetzgebenden Körper jene kriegerischen Tiraden gegen Deutschlands Einigung wiederholte, durch die er sich im Jahre 1840 blamirt und gestürzt hatte.

Wenn aber Napoleon persönlich wirklich eine Rancune gegen Preußen hätte, so ist er doch klug genug, um einzusehen, daß er durch einen Angriff auf Preußen die Einigung Deutschlands nicht verhindern, sondern befördern und beschleunigen würde, wenn auch vielleicht nicht gerade zu Gunsten der preussischen Herrschaft. Diese zu stürzen, könnte dem französischen Imperator vielleicht gelingen; dann aber würde sich nur umso rascher und entschiedener das große deutsche Volk einigen.

Doch es ist nicht zulässig, bei Napoleon eine wirkliche Feindschaft gegen die preussische Nationalpolitik vorauszusetzen, denn er muß ja in derselben nur die Nachahmung, die Konsequenz seiner eigenen Politik erkennen. Es ist ein Irrthum, daß Herr v. Wittenburg das Verhältniß so darstellt, als ob Preußen zuerst das Beispiel des Abfalles von der alten Legitimitätspolitik gegeben hätte. Die Initiative darin ist eben von Napoleon III. ausgegangen, er hat durch seine Thronbesteigung die alte dynastische Legitimitätspolitik gestürzt, und durch die Anerkennung des zweiten napoleonischen Kaiserreiches haben die europäischen Kabinete den Sturz des alten Systems sanktionirt. Ferner hat Napoleon III., um sich mächtigere und dauerndere Allianzen, als die der Kabinete zu verschaffen, das Nationalitätsprinzip proklamirt, er hat für die Realisirung desselben in Italien gegen das alte Legitimitätsprinzip die Waffen geführt, das Blut Frankreichs vergossen, und die europäischen Mächte haben durch die Anerkennung des italienischen Nationalstaates abermals den Sturz des alten Systems sanktionirt.

Wenn also nun Napoleon für das alte System gegen Preußen Krieg führen möchte, so wäre das im eigentlichen Sinne ein Kampf gegen das Prinzip seiner eigenen Herrschaft, gegen die Devise seiner eigenen Politik. Ein solcher Krieg wäre ferner eine offene Bedrohung der russischen und italienischen Nationalpolitik, und deshalb würde Preußen gewiß nicht isolirt bleiben, sondern Rußland und Italien, und zwar nicht bloß die beiden Kabinete, sondern die Nationen und dann noch das ganze deutsche Volk und noch andere Völker zu Bundesgenossen haben. Dies sind so klare Thatfachen, daß sie von einem so tief und weit blickenden Politiker wie Napoleon III. unmöglich verkannt werden können. Daher ist eine Verbündung Frankreichs mit Preußen, Rußland und Italien zur Durchführung des Nationalitätsprinzips viel wahrscheinlicher als ein Krieg Frankreichs gegen Preußen zur Hinderung der deutschen Nationalpolitik. Daß an einem solchen Bündniß wirklich gearbeitet wird, ist durch die Sendung des Generals Fleury nach Petersburg und des Baron Werther nach Paris, durch den Besuch

des preußischen Thronfolgers am italienischen Hofe und durch den ostentativen russisch-preußischen Ordens austausch in sehr bedeutsamer Weise signalisirt.

Da macht aber unser altpreussisch konservativer Publizist eine Bemerkung, durch die er seine Partei recht scharf charakterisirt. Er sagt nämlich wörtlich folgendes: „Es fragt sich, ob überhaupt die nationale Politik nicht auch in Rußland bald, und dort eher vielleicht als in Preußen, für eine der monarchischen Autorität gefährliche und verderbliche erkannt wird, und dagegen die Einsicht Platz greift, daß dem Vorschub, welcher mit derselben nur dem republikanischen Demagogenthum und seinem Ziele der Völkerliga geleistet wird, durch Wiederbelebung und Neubegründung einer dynastischen Solidaritätspolitik entgegengetreten werden müsse.“

Das ist echt altpreussisch junkerlich gesprochen! Mit Vergnügen bemerken wir den Gegensatz zwischen der preussischen und unserer österreichischen Adelspartei. Bei uns steht die Mehrheit des historischen Adels an der Spitze der Nationalitätspolitik, in der festen und treuen Ueberzeugung, daß nur durch Befriedigung der verschiedenen Nationalinteressen zugleich die Interessen der Dynastie gesichert werden können. In Preußen dagegen erhebt ein Mitglied der konservativen Adelspartei die erschreckende Mahnung, daß die nationale Politik der monarchischen Autorität gefährlich und verderblich sei, daß dieselbe sogar zunächst in Rußland dem republikanischen Demagogenthum Vorschub leiste! Bei uns werfen die doktrinären Freiheits-Worthelben den Nationalpolitikern vor, daß sie der Reaktion dienen; in Preußen aber wird von konservativer Seite gegen den Grafen Bismarck und den König Wilhelm I. und dann weiterhin gegen den Fürsten Gortschakoff und den Kaiser Alexander II. der Vorwurf erhoben, daß sie durch ihre nationale Politik das republikanische Demagogenthum fördern! Das sind in der That interessante und charakteristische Gegensätze. Daß in Rußland dem selbstherrschenden Czarenthum gegenüber Sozial-Republikaner existiren, ist allerdings Thatsache, die Extreme berühren sich eben; dessenungeachtet aber steht das monarchische Prinzip in Rußland sehr fest und wird in dem Maße fester, als die russische Politik nationale Tendenzen verfolgt. Nicht die Ausübung, sondern die Vernachlässigung der nationalen Politik könnte in Rußland die monarchische Autorität erschüttern. Was aber Preußen betrifft, so zeigt doch der Augenschein, daß die königliche Autorität der Hohenzollern durch die Erfolge der Nationalpolitik wahrlich nicht geschwächt worden ist.

Der republikanische Geist, welcher in unserer Zeit allerdings unverkennbar vorhanden ist, entspringt wahrlich nicht aus dem Nationalitätsprinzip, sondern geht über dasselbe hinaus und bekämpft es. Die Sozialdemokraten verdammen ebenso wie die zentralistischen Bureaukraten das Nationalitätsstreben, weil sie dasselbe für ein Hinderniß der Realisirung ihrer Ideen halten. Die Völker aber, welche nach nationaler Selbstständigkeit ringen, berufen und stützen sich dabei ja vorzugsweise auf ihre geschichtlichen Erinnerungen, und diese sind durchaus monar-

chische. Deshalb sieht man auch, wie die nach Anerkennung strebenden Nationalitäten Oesterreichs immer und immer an den Monarchen appelliren, von ihm ihr Recht, ihre Freiheit, ihr nationales Heil erwarten. Und wahrhaftig, wo hätten denn die Dynastien ihre Stütze, wenn nicht in den Völkern? Also können sie unmöglich ihre monarchische Autorität gefährden, wenn sie im Geiste der Völker regieren, d. h. eine nationale Politik ausüben. Darin können und sollen alle Dynastien solidarisch vorgehen, und in dieser Beziehung ist der Wunsch des Herrn v. Wittenburg nach der Wiederbelebung und Neubegründung einer dynastischen Solidaritätspolitik vollkommen gerechtfertigt. Diese Politik, wenn sie nützlich und überhaupt möglich sein soll, muß aber darin bestehen, daß jede Dynastie nach der Individualität, nach den Wünschen und Ansprüchen ihres Volkes, oder ihrer Völker regiere und alle andern Dynastie in der gleichen Politik nicht störe. Geschieht das, dann wird allerdings die erwünschte, durch die sozialen Interessen, durch die Aufgaben der allgemeinen Kultur, durch die Gebote der Humanität vorgeschriebene Völkerliga zu Stande kommen; es wird aber durch sie die monarchische Autorität nicht gefährdet sein, weil die Dynastien eben mit den Völkern eins sein werden.

Somit haben wir auf die Frage: „Wie denken Sie über Rußland?“ gewissermaßen nolens volens mit dem geantwortet, wie wir überhaupt von allen Staaten denken; und wir glauben, mit Recht, denn es besteht in der That bis zur Stunde kein wesentlicher Unterschied zwischen den Staaten.

Die deutsche Bewegung in Oesterreich.

Es ist uns sehr erfreulich, daß die deutsche Bewegung in Oesterreich recht lebhaft im Gange ist, um hinter den anderen Nationalitäten nicht zurückzubleiben. Selbst wenn diese Bewegung auf Abwege geräth, beweist sie doch, daß man eben geht, und das ist jedenfalls besser, als der Stillstand. Mit dem Motiv der deutschen Bewegung, daß nämlich das Deutschthum in Oesterreich bedroht und gefährdet sei, sind wir freilich nicht einverstanden. Wir sind, wie wir schon oft betont haben, zu stolz auf die deutsche Nationalität, als daß wir für dieselbe etwas fürchten könnten. Deshalb haben wir es mit einem peinlichen Gefühl vernommen, daß neulich der Herr Abgeordnete Czedit in einer verfassungstreuen Wählerversammlung auf der Wieden den Jammerruf ausgestoßen, die andern Nationalitäten wollten den Deutschen nicht bloß den politischen, sondern auch den geistigen Vorrang nehmen. Durch solche Lamentationen beweist man wahrhaftig keinen geistigen Vorrang des Deutschthums. Doch wenn die Deutschösterreicher sich vor der nationalen Bewegung der andern Völker fürchten, so beweisen

sie dadurch wenigstens, daß ihnen ihre Nationalität lieb und werth ist, und so mögen sie immerhin zum Schutz derselben thätig sein. Zu diesem Zwecke hat sich in Wien ein neuer deutscher Verein gegründet. Wir haben nichts dagegen. Nach den bei der Konstituierung gehaltenen Reden aber zu schließen, wird die Bedeutung dieses Vereins keine große sein.

Dagegen vernahmen wir aus dem Verein der Deutsch-Nationalen in Graz eine sehr interessante Kundgebung, nämlich eine Rede, welche vor einiger Zeit Herr Dr. Emil Strohhal gehalten und in Druck gegeben hat. Mit dem Antrage, der durch diese Rede motivirt wurde, sind wir allerdings nicht einverstanden, aber Dr. Strohhal kritisirte die bisherige verfassungstreue Politik der Deutschösterreicher so treffend und so bedeutend in unserm Sinne und er sprach so regelrecht föderalistische Anschauungen aus, daß wir uns und unserm Publikum die Genußthuung nicht versagen können, die bedeutendsten Stellen aus dem Bekenntniß eines Deutschösterreichers hier aufzunehmen. Sie lauten:

„Seit 20 Jahren machen wir Deutsche in Oesterreich, ich möchte sagen, vom bösen Geiste herumgeführt, Jagd nach unmöglichen Programmen; wir zeigen einen Uebermuth und eine Schwäche, eine Gefinnungslosigkeit, eine klägliche Wandlung der Meinungen und eine Verbissenheit, einen Mangel an Logik und eine Rabulisterei; wir geben das Beispiel einer Politik, welche banterott wird, weil sie des sieghaften nationalen Gedankens enttrathen zu können glaubt, das Beispiel einer Politik der kleinen Mittel in einer großen, gewaltigen Zeit.

Eine vielverschlungene historische Entwicklung, welche einerseits bedingt war durch Deutschlands territoriale Zerfetzung und andererseits durch das Bedürfniß nach dem Bestande einer starken mitteleuropäischen Großmacht, hat acht Millionen Deutsche vom kranken Körper des deutschen Reiches abgelöst und sie geknüpft an die Gescheide nichtdeutscher Länder.

Ich will heute nicht fragen, warum es nicht gelang, aus der habsburgischen Monarchie, welche aus diesem Prozesse hervorging, aus diesem Konglomerate von Königreichen und Ländern, wie man sie so oft genannt hat, einen einheitlichen Staat zu gestalten, warum es mißlang, ja warum es mißlingen mußte, aus den 20 Nationalitäten der Monarchie ein homogenes Ganzes, eine österreichische Nationalität zu schaffen.

Ich will heute nur konstatiren, daß alle dahin gerichteten Bestrebungen erfolglos blieben, und daß die innere Unhaltbarkeit der dem österreichischen Einheitsstaate zusteuernenden Politik schon am Ausgange des vorigen Jahrhunderts klar zu Tage lag, damals, als der zentralisirende und germanisirende Josefismus vor der mächtigen nationalen Gegenströmung, die er erzeugt hatte, sich beugen mußte.

Freilich hat Oesterreich bis in die jüngsten Tage den Anschein eines deutschen Staatswesens bewahrt: Ein deutsches Fürstengeschlecht regiert unsere Königreiche und Länder, deutsch ist die Hauptstadt unseres Reiches, deutsch unsere

Bureaokratie, deutsches Kommando hält unser vielsprachiges Heer zusammen, ja selbst unsere Diplomatie gab und gibt sich hie und da einen gewissen deutschen Anstrich.

Daß wir Deutsche in Oesterreich aber diesen äußeren Schein deutschen Wesens für Wirklichkeit nahmen, daß wir dieses Oesterreich für ein Werk deutscher Arbeit, für eine Errungenschaft unserer kolonisatorischen Kraft, für einen wahrhaft deutschen Staat hielten, das war der große Fehler, den wir begingen, und dieser eine große Irrthum über die Natur unseres Staates gibt uns den Schlüssel zu den zahllosen Verirrungen unserer äußeren und inneren Politik seit 1848.

Es ziemt uns heute zwar nicht, über unsere Achtundvierziger, über diese Männer voll des besten Willens, des redlichsten Strebens und der opferfreudigsten Begeisterung verächtlich die Achsel zu zucken, aber alle Sympathie für das Lautere und Große, was in dieser Bewegung lag, darf uns nicht hindern, es offen und rückhaltslos auszusprechen, daß als die unreife von allen jenen unklaren Bewegungen, mit denen das stürmische Jahr 1848 gesegnet war, die Bewegung in den deutschen Ländern Oesterreichs bezeichnet werden muß.

Wir Deutsche allein von allen Völkern Oesterreichs wußten damals nicht, was wir wollten. Wir begrüßten mit freudiger Zustimmung die ungarischen 48er-Gesetze, aber wir erklärten uns schroff wider die nothwendigen Konsequenzen derselben; wir sympathisirten mit den Einheitsbestrebungen Italiens, und wir illuminirten bei jedem Siege Radetzky's; wir glühten in schwarzrothgoldener Begeisterung für das einige Deutschland, aber wir wollten die Voraussetzungen nicht, unter welchen der deutsche Staat allein möglich war. Wir standen im Jahre 1848 vor einer doppelten politischen Aufgabe: wir mußten uns klar werden über unsere Stellung zu Deutschland und über unsere Stellung zu den nichtdeutschen Völkern Oesterreichs.

Die eine Position war bedingt durch die andere: denn nur dann konnten wir am deutschen Bundesstaate Theil nehmen, wenn wir es verstanden, uns auseinanderzusetzen mit den nichtdeutschen Völkern Oesterreichs, nur dann konnten wir mit Deutschland eine reale Verbindung eingehen, wenn es zwischen uns und Ungarn, Galizien und Dalmatien kein anderes Band gab, als den gemeinsamen Monarchen. Wenn wir aber die Dinge in Oesterreich damals für die Personalunion noch nicht reif hielten, wenn wir glaubten, daß sie erst mühsam errungen und erkämpft werden müsse, wenn wir die Bedingungen, welche uns Deutschland stellte, nicht erfüllen konnten, dann durften wir es Deutschland nicht verwehren, daß es sich vorläufig konstituiren ohne uns, wir durften es dem deutschen Volke nicht zumuthen, daß es geduldig harre, bis wir das Werk des Sisyphus vollbracht, bis wir die österreichische Verfassungsfrage gelöst hätten. Wir hatten aber damals nicht Einsicht genug, um diese herbe Wahrheit zu begreifen, und nicht Patriotismus genug, um darnach zu handeln.

Die Revolutionsjahre 1848 und 1849 haben freilich auch anderwärts keine festen politischen Gestaltungen hervorgebracht; aber sie waren wenigstens für Deutschland und für Italien, ja ich möchte auch sagen für Ungarn politische Lehrjahre, sie haben die Ueberzeugung gefestigt, daß große politische Gedanken der Zeit und zäher politischer Arbeit bedürfen, um in Thaten umgesetzt zu werden.

An uns Deutschen in Oesterreich aber sind diese ereignißvollen Jahre vergebens vorüber gerauscht, wir haben die Sprache der Thatfachen nicht verstanden, wir haben es nicht verstanden, aus den Erfahrungen dieser Jahre unsere Bilanz zu ziehen. Als im Jahre 1861 die parlamentarische Arena bei uns neuerdings eröffnet war, wurden wir Deutsche in Oesterreich die Kämpen der Februarverfassung, einer Verfassung, an deren Durchführbarkeit nur Derjenige glauben konnte, der kein Auge hatte für den nationalen Zug unseres Jahrhunderts, einer Verfassung, die, wenn sie durchführbar war, mit Nothwendigkeit zur Kontumazirung der Deutschen in Oesterreich führen mußte.

Die Februarverfassung ist gefallen, und wir haben keine Ursache, ihren Fall zu bedauern; denn sie hat uns selbst das nicht gewährt, was sie leicht gewähren konnte, Bürgschaften einer freiheitlichen Entwicklung. Aber täuschen wir uns nicht! Die Februarverfassung ist nicht deshalb gefallen, weil sie unfreisinnig war, ihr Fall war unvermeidlich, auch wenn sie die freieste Verfassung der Welt gewesen wäre. Sie ist gefallen, weil sie die unmögliche Herrschaft von 8 Millionen Deutschen über mehr als 20 Millionen Nichtdeutsche etabliren wollte, weil sie im Widerspruche war mit dem historischen Entwicklungsprozeß unserer Monarchie, weil sie ausgehungert wurde durch den passiven Widerstand der Majorität der Bevölkerung.

Wir haben diese Wahrheit nicht in ihrer vollen Bedeutung erkannt; wir haben zwar Ungarn wieder in seine nationalen Rechte eingesetzt, und Dank sei jenen Männern, welche den Muth hatten, den Ausgleich mit Ungarn in des Zentralismus „Maienblüte“ zu fordern; wir haben aber mit den februaristischen Traditionen nicht völlig gebrochen, wir haben nicht, wie wir sollten, „ganze Arbeit“ gethan. Deshalb laufen wir Gefahr, mit der Dezemberverfassung in dieselbe Sackgasse zu gerathen, wie seinerzeit mit der Februarverfassung.

Die Dezemberverfassung ist nicht hervorgewachsen aus der Natur unserer politischen Verhältnisse, sie ist nur eine forcirte Fortsetzung der Februarverfassung auf kleinerem Terrain, das Produkt künstlicher Konstruktion, ein Ausweg in der Noth des Augenblicks.

Unter kaum zu bewältigenden Schwierigkeiten ist jener Reichsrath zusammengetreten, welcher uns die Dezemberverfassung geschenkt hat. Nur durch die Drohung der Auflösung konnte der föderalistische Landtag Galiziens bewogen werden, seine Delegation nach Wien zu senden; nur durch eine Preßion ohne Gleichen gelang es, die unter dem Regime Belcredi's gewählten tschechischen

Landtage Böhmens und Mährens durch neugewählte zu ersetzen, in welchen die Deutschen eine starke Majorität erhielten, nur durch Praktizirung einer Wahlordnung, welche es möglich machte, daß in Mähren wie in Böhmen die Stimmen von etwa 30 Großgrundbesitzern den Ausschlag gaben für den Charakter der Landtage.

Dieses Vorgehen fand seine Rechtfertigung in der Zwangslage, ich möchte sagen in dem Zustande der staatsrechtlichen Nothwehr, in dem wir uns befanden; wir mußten vim vi repellere, um einem politischen Chaos ohne Gleichen ein Ende zu machen, wir mußten an den engeren Reichsrath der Februarverfassung anknüpfen, wenn wir nicht wehr- und rechtlos den entfesselten nationalen Elementen gegenüberstehen wollten. Aber ein Anderes war es, diesen Zustand, welcher auf einer unnatürlichen deutschen Majorität im böhmischen und mährischen Landtage balancirte, zum dauernden, diesen mühsam zusammengeschweißten Reichsrath von 1867 zum regelmäßigen zu machen und eine Verfassung zu delretiren, welche nur durch jene künstlichen Mittel gehalten werden kann, durch welche sie geschaffen worden ist. Noch haben wir Deutsche im cisleithanischen Reichsrathe die Majorität, und wir werden sie wol so lange behalten, als die Männer des gegenwärtigen Regime's am Ruder bleiben. Haben wir aber auch nur die geringste Garantie, daß wir dieselbe auch behaupten können gegenüber einem Ministerium, welches wider uns ist? Die Schmerling'schen Wahlordnungen mühen sich zwar ab, den Deutschen eine künstliche Majorität selbst dort zu verschaffen, wo die faktischen Bevölkerungsverhältnisse ihnen ungünstig sind. Aber selbst diese Schmerling'schen Wahlordnungen sind schon gegen uns gebraucht worden, und wir können wol auch noch ein zweites Mal mit unseren eigenen Waffen geschlagen werden.

Ein föderalisirendes Ministerium braucht nur ein Zehntel jenes Druckes, dessen wir uns seinerzeit bedienten, auf den böhmischen und mährischen Großgrundbesitz auszuüben, um die verfassungsgetreuen Landtage Böhmens und Mährens abermals in czechische zu verwandeln. Und dann mag es wol geschehen, daß die Czechen im Vereine mit den Polen uns unsere Dezemberverfassung in völlig verfassungsmäßiger Weise vor unseren Augen wegmanövriren, es mag geschehen, daß eben jene Institutionen, welche wir als Bollwerk gegen den Föderalismus aufzurichten vermeinten, als Hebel für denselben benützt werden.

Wir haben die Frage der Wahlreform auf die Tagesordnung gesetzt, aber wir sind unfähig, sie in befriedigender Weise zu lösen; wir möchten gerne das unlogische Gruppensystem aufgeben, aber wir dürfen es nicht wagen, das durchzuführen, was wir als nothwendig erkennen; wir brauchen durchgreifende Maßregeln, aber wir müssen uns mit Halbheiten herumschlagen; denn wir wissen, daß jede gründliche Wahlreform das Mißverhältniß zwischen Bevölkerungszahl und Vertretung an den Tag bringen, und daß sie der föderalistischen Oppo-

sition auch die parlamentarische Majorität verschaffen muß, wie sie die faktische schon hat.

Der vierte Stand pocht an die Pforten unseres Parlamentes und fordert mit immer mächtigerer Stimme das allgemeine Stimmrecht, ein Recht, das ihm auf die Dauer nicht vorenthalten werden kann. Unsere Staatsmänner haben aber für solche Forderungen nur ein Rouher'sches jamais zur Antwort, denn sie wissen, daß das allgemeine Stimmrecht ihr künstliches Gebäude zusammenbricht.

Wir rühmen uns heute eines parlamentarischen Ministeriums, aber wir dürfen ihm keine Opposition machen, denn sonst möchten die Tage Belcredi's sich erneuern. Und auch ein zweiter Belcredi wird eine parlamentarische Majorität erlangen, denn nach dem Mechanismus unserer Verfassung bildet nicht die parlamentarische Majorität das Ministerium, sondern das jeweilige Ministerium schafft sich durch den Wahlapparat die parlamentarische Majorität.

Und deshalb ist es nicht wohlgethan, wenn wir der föderalistischen Opposition mit gekreuzten Armen gegenüberstehen, wenn wir ihr nichts entgegenzuhalten wissen, als den Buchstaben der Dezemberverfassung. Wir müssen den Muth haben, diese Verfassung für uns zu revidiren, wenn wir nicht wollen, daß sie gegen uns revidirt wird, wir müssen den Muth haben, jene heterogenen Elemente aus dem Rahmen der Dezemberverfassung auszuscheiden, welche uns nur Verlegenheiten bereiten.“

Der Antrag, welchen Dr. Strohal mit dieser Rede motivirte, und der von der Vereinsversammlung auch wirklich resolvirt worden ist, geht dahin, „daß diejenigen Länder der österreichischen Monarchie, welche vormalß dem deutschen Bunde angehörten ein staatsrechtliches Ganzes bilden sollen, daß Dalmatien von der westlichen Reichshälfte an die östliche übergehen, und dem Königreich Galizien mit der Bukowina eine völlig selbständige staatsrechtliche Stellung eingeräumt werden solle. Eine Verfassungsrevision in diesem Sinne sei auch von den Deutschen in Oesterreich mit allen gesetzlichen Mitteln zu erstreben.“

Also die Slaven Böhmens, Mährens, Schlesiens, Krains, des Küstenlands, Steiermarks und Kärntens sollen sammt den Italienern der Küstenländer in eine deutsche staatsrechtliche Gruppe hineingezwungen werden! Und aus welchem Grunde? Weil die Länder, in welchen diese Völkerschaften leben, vormalß dem deutschen Bunde angehörten! Da nun aber der deutsche Bund nicht mehr besteht, und da die genannten Völker dem vormaligen Bunde ohne ihre Zustimmung einverleibt waren, so kann aus dem vormaligen Bundesverbande doch wahrlich kein Rechtsgrund resultiren, nahe an sieben Millionen Slaven und Italiener in eine deutsche staatsrechtliche Verbindung hineinzuziehen. Sie würden auch gewiß nicht darein willigen, man müßte ihnen daher Gewalt anthun. Und das nennt Dr. Strohal einfach eine Verfassungsrevision! Und wie sonderbar würde diese deutsche staatsrechtliche Gruppe aussehen, da sie nahezu zur Hälfte aus Slaven und Italienern bestünde? Und mit welchem Rechte will Dr. Strohal die Bukowina staatsrechtlich mit

Galizien verschmelzen? Er erkennt und bekennt, daß die Dezemberverfassung nur eine Fortsetzung der Februarpolitik auf einem kleineren Gebiete ist; er selber aber will dieselbe Politik fortsetzen, nur eben auf einem noch kleineren Gebiete!

Korrespondenz der „Reform.“

(Ein billiges Verlangen.) Es sei mir vergönnt, ein Wort zu reden zu Gunsten einer Menschenklasse, um die sich meines Wissens und Erinnerns noch nie Jemand angenommen, die vielmehr — heutzutage wenigstens — fast allgemein, wenngleich hie und da vielleicht nicht ganz unverdient — angegriffen und verlegt wird — ich meine die — — — Generale der k. k. Armee.

Zur Beruhigung aller jener Freunde des allnivellirenden Sozial-Kommunismus, der trotz ewiger Deklamationen im Allgemeinen doch noch sehr weit — selbst nur vom Beginn — seiner Verwirklichung steht, aber gleichwol im Militär, dieser konservativsten aller Kasten durch die Gage-Erhöhung der Offiziers-Chargen vom Major abwärts mehr als im bloßen Prinzip offiziell dekretirt ist, schicke ich gleich voraus, daß es sich um keine Existenzverbesserung der Generale handle, obwol auch in dieser Beziehung nachstehendes Raisonnement keineswegs unbillig wäre.

Der Lieutenant hat vom 1. Jänner 1870 ab mehr als das Doppelte an Gage, wie sie z. B. vor 20 Jahren bestanden, — der General hingegen ist — in seiner Fouragegebühr wenigstens — im Laufe der letzten zwei Decennien sehr empfindlich restringirt worden, von den eingestellten Tafelgelbern, Funktionszulagen, Festungskommando-Emolumenten u. gar nicht zu reden. Haben sich die Lebensbedürfnisse in diesen Jahren so sehr vertheuert, daß eine Gageerhöhung nothwendig war, so sind jene Titel für den General gewiß nicht billiger geworden. — Daß die überschüssigen, folglich in soluto empfangenen Fourage-Portionen wol kein moralischer Zwang zur Haltung von wirklich eben so viel Reitpferden sein sollten, weiß Jedermann; es sollte dieser Ueberschuß vielmehr eine immerhin schwache Zubeße für Ankauf und Unterhalt der — obwol für den Dienst doch — aus eigenen Mitteln zu bestreitenden Pferde bilden.

Jeder Unparteiische muß einsehen, daß es sehr hart sei für Jemand, der vor 20 Jahren längere Jahre als Lieutenant 2. Klasse mit 24 fl. monatlich leben mußte und sich freute, einstmals nach langer Dienstzeit wenigstens als Oberst und General besser zu existiren, nun sieht, wie die Chargen vor ihm immer zugeflukt, und jene hinter ihm immer aufgebessert werden; — wenn der Betreffende selbst diesen die Aufbesserung vom Herzen gönnt, so kann er doch nicht umhin, etwas Aehnliches auch seiner Sphäre zu wünschen. Doch lassen wir

das, das Rad des Kommunismus ist im Militär nun einmal im Rollen, halte es auf, wer kann!!

Mein Plaidoyer zu Gunsten der Generale ist viel unschuldiger, viel zahmerer Natur, es soll weder das Budget belasten, noch das Gewissen der Wagen-Nivelleurs, sofern diese Herren mit diesem heutzutage häufig für überflüssig und entbehrlich gehaltenen Artikel überhaupt versehen sein sollten, wachrufen; mein Plaidoyer will vielmehr das Privatbudget der Generale entlasten und ihnen mehr Bequemlichkeit verschaffen; es handelt sich bloß um eine reine Adjustirungsfrage.

Dem jetzigen Reichskriegsminister verdammt die Armee außer vielen anderen Reformen auch einige in der Adjustirung, welche allgemein freudig, ja begeistert begrüßt worden sind; ich hebe nur hervor: 1. die Blousen, 2. die niedern Krägen an den Waffenröcken, 3. die dunklen Uniformen, 4. die Bartfreiheit.

Die Generalität, ganz entgegen dem Grundsatz: „Gleiches Recht für Alle“ — genießt nur Punkt 4 und entbehrt die andern drei.

Die Punkte 1 und 2 zielen auf größere Bequemlichkeit ab; wer nun — frage ich jeden Billigdenkenden — hat auf Bequemlichkeit mehr Anspruch, Jemand, der schon circa 40 Jahre dient und daher um so viel älter ist, oder der eben avancirte Lieutenant? — Ja, ich beanspruche nicht einmal mehr Bequemlichkeit, sondern nur die gleiche für die ältern Herren, wie für die jungen.

Man gebe also dem General gleichfalls die Blouse und den niedern Kragen, denn höchst peinlich ist der Eindruck, den z. B. ein General mit dickem Gesicht und vorschriftswidrig kurzem Halse (meinem gesunden Menschenverstande nach, sollte die Kragenhöhe vom menschlichen Halse abhängig sein, nicht aber umgekehrt) macht, wenn er in seinem hohen, und der Goldborde wegen recht steifen Waffenrockkragen eingehastelt erscheint, die Wangen aufgedunsen und blauroth, die Augen hervorgequollen, den Athem beengt (was besonders beim Kommandiren der Brigade mit der Stimme sehr zweckmäßig sein mag), kurz mit dem Aussehen, als sollte ihn jeden Augenblick der Schlag treffen. Der General kann ja die schmälere allgemeine Stabsoffiziersborde tragen, er ist durch Rockfarbe, deffinierte Knöpfe und Lampashosen genug ausgezeichnet, überdies könnte man ja noch die Armelaufschlagborden verdoppeln, wie es vor 20 Jahren die Feldzeugmeister hatten.

Ferner, wozu hat der General der Einzige in der Armee in Parade noch den weißen Waffenrock? — Bis vor zwei Jahren hatte er ihn naturgemäß, weil die große Masse der Armee mit diesem unpraktischen Kleidungsstück heimgesucht war; da hatte es noch einen Sinn, obgleich der Kavalleriegeneral mit seiner feuerrothen Husarenuniform, insolange wenigstens die ungarische Garde selig im Herrn schlummerte, als gesottener Krebs einzig in der Armee dastand, — nun aber, was soll der weiße Rock des Generals, zumal er ihn im Jahre bloß dreimal anzieht?

Die Generals-Paradeuniform erinnert mich lebhaft an die Zeit, wo für jeden Offizier Kittel- und Manteltragen Vorschrift war, ohne aber daß ihn je Jemand tragen durfte (die zahllosen Beschränkungen im Tragen dieser Kleidungsstücke kamen nahezu dem Tragverbote gleich) — nur mit dem Unterschiede, daß die Generals-Paradeadjustirung sehr theuer anzuschaffen, folglich das Verliegen, Vergilben, Verschießen und Vermodern dieser nie getragenen, obendrein in sehr heißen Farben schimmernden Sorten desto empfindlicher ist.

Soll die Tortur der Generale mit hohen Krügen, ewigem Waffenrock und Paradeuniform vielleicht eine Strafe sein für die großen Kriegeruhm-Fiaschi, an denen wir seit 11 Jahren so ausgezeichnet reich sind, für Montebello, Palestro, Magenta, Solferino und für die fast unzählbaren Schlappen des Jahres 1866? Wie kommen aber da alle Generale dazu, da doch nur die Wenigsten unter ihnen Schuld tragen, und von den Schuldigen mehr schon zur ganz großen Armee dort oben eingerückt sind, während die Uebrigen fast Alle im bequemen Zivilrock des Ruhestandes einhergehen und ihre unschuldig gemarterten aktiven Kameraden getrost verlachen können.

Und sind denn endlich selbst die schuldigen Generale nicht nur schuld in zweiter Linie? Sind es in erster Linie nicht vielmehr unsere unseligen Regierungssysteme, die in beschränkter oder böswilliger Verkennung des herrschenden Zeitgeistes immer solche verkommene Ideen versuchten, welche den Stempel der Unhaltbarkeit und der Niederlage schon von vorneherein auf der Stirne trugen? Hatte die Armee nicht einfach nur die elende Suppe auszufressen, welche andere Herren aus faulem Fleisch zubereitet, mit schimmeligem Brod vollgebrockt und erbärmlich versalzen hatten?

Fort also auch mit der Paradeuniform der Generale, welche nur ein Heidengeld kostet, von der übrigen Armee grell absticht, und doch von Hause aus nur zum Vermodern bestimmt ist. — Denn entweder sind die hohen Krügen und der weiße Rock zweckmäßig und bequem — warum beraubte man dann die ganze Armee dieser Annehmlichkeiten — oder sie sind unzweckmäßig und unbequem — warum läßt man sie gerade auf dem ältesten und somit auf Bequemlichkeit das meiste Anrecht habenden Theil der Armee, auf der Generalität lasten??

Ein Offizier.

Kleine kritische Chronik.

Vom 29. Dezember 1869 bis 5. Jänner 1870.

I n l a n d.

Die Ministerkrisis hat sich ins neue Jahr herübergeschleppt und wird sich wol noch wochenlang hinschleppen. Das ist ein sehr schlimmes Provisorium und macht einen sehr ungünstigen Eindruck. Es entspricht den konstitutionellen Begriffen schlecht, daß die Minister während der Vertagung des Reichsrathes mit Programmen hervortreten und von dem Monarchen verlangen, daß er sich auf seine Verantwortung für eines derselben

entscheiden solle. Der ministerielle Zwiespalt bestand gewiß schon vor der Vertagung des Reichsrathes, und es wäre daher konstitutionelle Pflicht gewesen, mit der Sache sofort vor das Parlament zu treten, wozu überdies die Einbringung der galizischen Resolution die schädlichste Gelegenheit und eine dringende Veranlassung gab. Von Seite des Monarchen aber wäre es durchaus nicht unkonstitutionell, das ganze Ministerium zu entlassen, ein interimistisches einzusetzen, den Reichsrath und die Landtage aufzulösen, um mit neuen Vertretungen sofort die unerläßlich nothwendige Ausgleichsaktion zu beginnen. Schließlich wird man jedenfalls so verfahren müssen; jede Woche aber, welche unbenutzt verstreicht, steigert die Gefahr. —

In Dalmatien macht die unblutige Pacifizirung erfreuliche Fortschritte. Es ist zu hoffen, daß sie bald vollendet werden wird, da nunmehr FML. Rodich auf dem Schauplatze angekommen ist. Für den Amtsantritt des Baron Fluck ist es ein gutes Zeichen, daß der Bezirkshauptmann Franz entfernt wurde. —

Es war von einer Komreise des Kaisers die Rede, und einige Tagesblätter knüpften an dieses Gerücht konstitutionelle Bedenken und liberale Besorgnisse, welche zugleich kindische Furchtsamkeit und liberalen Despotismus verriethen. Der Konstitutionalismus verlangt durchaus nicht eine Beschränkung der persönlichen Freiheit des Monarchen, die sich kein einziger Bürger gefallen lassen möchte, und es heißt die Opposition gegen Rom doch ins unschädlichste Extrem treiben, wenn man verlangt, daß der katholische Monarch eines vorwiegend katholischen Staates nicht nach Rom reisen solle, um seine Frau abzuholen, seine Verwandten zu sehen und bei dieser Gelegenheit auch das Oberhaupt seiner Kirche zu begrüßen. Aber freilich, unsere herrschenden Liberalen stecken noch so tief in den politischen Kinderschuhen, daß sie es für nothwendig halten, mit politischen Gegnern auch im gewöhnlichen Leben nicht einmal den konventionellen Verkehr zu pflegen. In wahrhaft politisch gebildeten Ländern würde man das als eine Brutalität verspotten und verdammen. Die Art und Weise, wie das Reisegerücht offiziös dementirt und dabei auf eine bevorstehende Zusammenkunft Seiner Majestät des Kaisers mit Viktor Emanuel hingewiesen wurde, hat auf uns einen peinlichen Eindruck gemacht. Dieses beständige demüthige Liebäugeln mit dem Hofe von Florenz nützt durchaus gar nichts und kompromittirt das Ansehen Oesterreichs. —

Die antimagyarische Bewegung in der Militärgrenze nimmt immer größere Dimensionen an. Neuerdings haben die Vertretungen der Troiskvaner und Kapeler Kompagnien des zur stückweisen Auflösung auserkornen St. Georger Grenzgimentes ferner hundert Gemeinden des Sluiner Regiments, wovon auch der sogenannte Sichelburger Distrikt mit den zwei Kompagniegebieten Kostanjevica und Kalje zur Auflösung bestimmt sind, mit soldatischem Freimuth in eigenen Seiner Majestät unterbreiteten Repräsentationen sich gegen die stückweise Auflösung der Grenze und für den Status quo ausgesprochen und um baldige Ausführung der vom Reichskriegsministerium angeregten, von den Grenzern berathenen und angenommenen Reformen gebeten. Wahrlich, die „Presse“ hat sehr recht, wenn sie verlangt, man solle den Dingen in der Grenze beizeiten die Aufmerksamkeit zuwenden, um nicht von schlimmen Ereignissen überrascht zu werden; aber freilich müßte es die richtige und gerechte, nicht aber die jeßige magyarische Aufmerksamkeit sein.

A u s l a n d.

Napoleon III. hat sich am Neujahrstage ganz korrekt als konstitutioneller Monarch ausgesprochen und erntet dafür allgemeinen Beifall. Die Franzosen haben jetzt ein parlamentarisches Ministerium, welches dem Lichte des neuen Sternes am politischen Himmel Frankreichs, Ollivier folgen wird. Man hat alle Ursache dem Kaiser Napoleon und den Franzosen zu dieser neuen Epoche aufrichtig Glück zu wünschen.

Spanien bietet noch immer das merkwürdige, aber keineswegs anziehende Schauspiel einer Republik, die sich nach einem Monarchen sehnt und keinen finden kann. Die Herzogin von Genua, Tochter des Königs von Sachsen, will ihren Sohn nicht preisgeben, und Viktor Emanuel soll erklärt haben, daß er der Mutter nicht Gewalt anthun könne.

Während die spanische Republik ängstlich bemüht ist, eine Monarchie zu werden, setzt die wichtigste Kolonie Spaniens, die Insel Cuba den Kampf um die republikanische Freiheit fort, obwol sie von Nordamerika im Stich gelassen wird. Die Nordamerikaner wollen sich keine Mühe und Kosten machen, weil sie wissen, daß ihnen die Perle der Antillen über kurz oder lang von selbst in den Schooß fallen wird. Interessant ist es, daß aus Britisch-Columbia an den Präsidenten Grant die Bitte gelangt ist, mit der englischen Regierung behufs der Abtretung des Gebietes an die Union Unterhandlungen einzuleiten.

Es stellt sich klar heraus, daß das gepriesene diplomatische Meisterstück der Ausöhnung des Sultans mit dem Vizekönig von Egypten eitler Schein ist. Der Sultan geht aber auch wahrlich ins Extrem, wenn er verlangt, der Khedive solle ihm 200.000 Hinterlader und einige Kriegsschiffe nach Konstantinopel schicken. Vielleicht kommt Ismail Pascha alsbald mit diesen Waffen persönlich nach Stambul!

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

VIII.

Beginn der habsburgischen Herrschaft.

Man kann sagen, daß nach dem Tode Ottokars sofort die wirkliche Herrschaft des Hauses Habsburg in den österreichischen Ländern begann, obwol sie zunächst noch nur im Namen des Kaisers als solchen für das deutsche Reich geführt wurde. Doch alle Maßregeln, welche Rudolf traf, zeigten schon deutlich seine Absicht an, das babenbergische Erbe an sein Haus zu bringen und die Länder dafür vorzubereiten. Zu diesem Zwecke blieb der Kaiser, obwol er jetzt von Böhmen nichts mehr zu fürchten hatte, doch noch in Oesterreich und beschäftigte sich mit der Ordnung der Verhältnisse der Herzogthümer so ausschließlich, daß er darüber manche dringende Reichsgeschäfte vernachlässigte.

Charakteristisch ist es, daß Rudolf für die babenbergischen Länder einen gemeinsamen obersten Rath einsetzte, welcher aus dem Pfalzgrafen Ludwig, dessen Bruder Heinrich, dann dem Burggrafen von Nürnberg, dem Grafen von Sahn und dem Kanzler Rudolf von Hohenegg bestand, denen mehrere österreichische und steirische Landherren beigelegt waren. Doch war dieser oberste gemeinsame Rath nur eine provisorische Institution und fungirte nicht lange; auch beschränkte sich seine Thätigkeit doch hauptsächlich nur auf das Land unter der Enns. Für Steiermark ernannte der Kaiser den Herrn Otto von Riechtenstein zum Landeshauptmann und den ausgezeichneten Abt Heinrich von Admont zum Landschreiber. Landeshauptmann und Landrichter von Oberösterreich wurde der vom Kaiser besonders hochgeschätzte Ulrich von Capellen. Graf Meinhard von Tirol wurde Verweser von Kärnten.

Im Herbst des Jahres 1279 besuchte der Kaiser die Steiermark und hielt sich in Graz, Judenburg und andern Städten auf, überall die freudige Huldigung der Bewohner empfangend. Längere Zeit verweilte er auch im Kloster Admont in freundschaftlichem Umgang mit dem gelehrten Abt Heinrich. Dann begab sich Rudolf nach Linz, wo er, umgeben von mehreren Fürsten und Bischöfen längere Zeit Hof hielt. Dasselbst traf der Kaiser unter dem Beirathe der geistlichen und weltlichen Fürsten eine wichtige Verfügung in Betreff der babenbergischen Allodgüter, welche Ottokar in Besitz genommen hatte. Es wurde nämlich entschieden, daß diese Güter zunächst an den Kaiser und dann an diejenigen fallen sollten, welchen er mit den Herzogthümern belehnen würde. Damit wurde, wie schon früher durch die bischöflichen Lehnen ein starker Grund für eine habsburgische Hausmacht in Oesterreich gelegt. Nachdem Rudolf auch Nürnberg besucht und dort ausgebrochene Unruhen gestillt hatte, kehrte er nach Wien zurück und verkündete einen zehnjährigen Landfrieden, welchen „die Stet, Ritter und Schnappen von dem Lande ze Osterreich“ beschworen.

Der Kaiser hielt sich nun schon im sechsten Jahre in den österreichischen Ländern auf. Jetzt forderten aber die allgemeinen Angelegenheiten im Reiche draußen dringend seine Anwesenheit, und er entschloß sich im Frühling 1281 zur Abreise aus Oesterreich. Bevor er Wien verließ, unternahm er einen bedeutungsvollen Akt. Er hob nämlich den provisorischen obersten Rath auf und setzte im Mai 1281 seinen ältesten Sohn Albrecht zum Reichsverweser über Oesterreich ob und unter der Enns, Steiermark, Krain und die windische Mark ein. Dem Reichsverweser wurde ein Rath von fünfzehn Landesedlen beigegeben, und alle größeren Städte, ja sogar einzelne angesehenere und einflußreiche Bürger mußten ihm besonders Treue schwören, worüber eigene Urkunden ausgestellt wurden. Mit dem Versprechen, auf dem nächsten Reichstage den österreichischen Ländern einen Landesherrn zu geben, reiste Rudolf ab, um das ihm so lieb gewordene Oesterreich nicht wiederzusehen.

Der nächste Reichstag wurde zu Nürnberg gehalten, ohne daß Rudolf sein den Oesterreichern gegebenes Versprechen erfüllte. Die gesetzliche Frist, binnen welcher erledigte Reichslehnen weiter vergeben werden mußten, war längst verstrichen, und noch immer zögerte Rudolf mit Einsetzung eines neuen Herzogs für die babenbergischen Länder. Er war bereits entschlossen, dieselbe an sein Haus zu bringen, und hatte diesen Akt auch schon vorbereitet, doch scheute er den Widerspruch der großen Reichsfürsten, von denen er wußte, daß sie die Gründung einer starken kaiserlichen Hausmacht mit Mißtrauen betrachteten. Doch hatte der Kaiser nicht das Recht, die österreichischen Länder noch länger in seinem Namen verwalten zu lassen; es mußte der entscheidende Schritt geschehen. Also bewarb sich Rudolf mit bewährter Geschicklichkeit und Klugheit um die Einwilligung der Reichsfürsten zur Belehnung seiner beiden Söhne Albrecht und Rudolf mit den babenbergischen Ländern. Die sämmtlichen Reichsfürsten, auch König Wenzel II. von Böhmen gaben ihre Einwilligung. Wichtig für spätere Zeiten war der Willebrief des Pfalzgrafen Ludwig von Baiern, in welchem es heißt, daß der Kaiser die Fürstenthümer Oesterreich, Steyer, Kärnten, Krain und die windische Mark, welche lange Zeit dem Reiche entrisen waren, mit vielem Schweiß und Blutvergießen wieder an dasselbe gebracht und daher diese Länder seinen Söhnen, die sich um dieselben verdient gemacht, für ewige Zeiten verleihen möge. Der Pfalzgraf machte also keinen Vorbehalt in Betreff eines Rechtes des bairischen Hauses auf Oesterreich und Steyer als Theilen des alten Herzogthums Baiern.

Später aber, nämlich beim Erlöschen des habsburgischen Mannesstammes wurde bairischerseits ein solcher Vorbehalt behauptet. Der Kurfürst Siegfried von Köln machte in seinem Willebrief den Vorbehalt, daß die Belehnung sich nicht auf das Reich oder die Königswürde beziehen dürfte; womit angedeutet war, daß man in Deutschland die Söhne Rudolfs nicht als für die Nachfolge auf dem Kaiserthron bestimmt betrachten wollte.

Im Jahre 1282 wurde in Augsburg ein Reichstag gehalten, und am 27. Dezember dieses Jahres erfolgte im Frohnhofe zu Augsburg unter den üblichen Feierlichkeiten die Belehnung der Grafen Albrecht und Rudolf von Habsburg mit Oesterreich ob und unter der Enns, Steyer, Kärnten, Krain und der windischen Mark. Die Fahne von Kärnten gaben aber die beiden neuen Herzoge dem Kaiser zurück und baten, dieses Land dem Grafen Meinhard von Tirol zu verleihen; was erst im Jahre 1286 geschah.

In der Belehnungsurkunde heißt es, daß der Kaiser, indem er, dem Naturgesetze gehorchend, der Erhöhung seiner Nachkommen sein Streben zuwendet, Oesterreich, Steyer, Krain und die windische Mark mit allen Ehren, Rechten, Freiheiten und allem Zubehör, so wie sie von den Herzogen Leopold und Friedrich, gloriwürdigen Andenkens besessen worden, sammt allem, was weiland König Ottokar von Böhmen in diesen Ländern rechtmäßig erworben, seinen erlauchten und geliebten Söhnen Albrecht und Rudolf verleihe und dieselben den Fürsten des Reiches feierlich beigeselle. In einer besondern Urkunde bestätigte Rudolf alle Privilegien, welche Oesterreich von frühern Kaisern empfangen hatte.

Am 29. Dezember 1282 erließ der Kaiser ein Befehlsschreiben an die Stände von Oesterreich, Steyer und Krain, worin er ihnen die Belehnung seiner beiden Söhne anzeigte und gebot, daß die Gesamtheit der Einwohner in Zukunft den Fürsten Albrecht und Rudolf als ihren wahren Herren und Herzogen mit voller Treue, Ehrfurcht und Unterwerfung gehorchen sollten.

Die Verfügung Rudolfs fand in den österreichischen Ländern durchaus nicht ungetheilten Beifall. Zunächst waren die Wiener höchst unzufrieden, daß sie das Recht einer freien Reichsstadt wieder verlieren sollten. Sie wehrten sich volle sechs Jahre, bevor sie auf das ihnen von dem Kaiser Friedrich II. und von Rudolf selber verliehene Privilegium der Reichsunmittelbarkeit verzichteten. Allgemein unzufrieden aber war man mit der Einsetzung zweier Herzoge. Die Stände schickten eine zahlreiche Gesandtschaft an den Kaiser, der sich eben zu Rheinfelden befand, und stellten ihm vor, daß es sehr mißlich, ja gefährlich wäre, den Rücken unter das Joch zweier Herren zu beugen, weshalb sie ihn bäten, ihnen seinen Sohn Albrecht zum alleinigen und wahrhaften Herrn zu geben. Kaiser Rudolf gab nach und ernannte durch eine neue Urkunde seinen ältesten Sohn Albrecht und dessen männliche Erben für ewige Zeiten zu alleinigen Besitzern und Herren der österreichischen Fürstenthümer. Der mitbelehnte Rudolf sollte, falls er kein anderes Fürstenthum bekäme, mit Geld entschädigt werden; auch blieb ihm für den Fall, als Albrecht seiner Lehen verlustig werden, oder ohne männliche Erben sterben sollte, die Nachfolge in den österreichischen Ländern zugesichert.

Hierauf beschworen am 11. Juli 1283 die österreichischen und steierischen Stände die neue Hausordnung und die unverbrüchliche Beobachtung derselben, worüber an demselben Tage zu Wien eine eigene Urkunde ausgefertigt wurde. Damit war die Herrschaft des Hauses Habsburg in den österreichischen Ländern in aller Form Rechtsens begründet.

(Fortsetzung folgt.)

Offener Dank.

Den Gefinnungsgeossen zu Senftenberg in Böhmen und der Citabuica in Triest, welche mich durch Glückwunsch- und Anerkennungs schreiben erfreut und geehrt haben, sage ich hiermit hochachtungsvoll meinen herzlichsten Dank. Möge Gott es fügen, daß das Ziel, nach welchem wir zum Heile Oesterreichs streben, im neuen Jahr erreicht werde.

Dem kriegeriſchen Sänger in Triest, der mir mittels Korrespondenzkarte und mit voller Namensunterschrift schwungvolle Verse für den Kampf der Grenzer gegen die Magyaren mitgetheilt, erwidere ich herzlich seinen Gruß; hege jedoch die Hoffnung, daß Recht und Freiheit siegen werden ohne Anwendung von Gewalt.

Franz Schusella.

Demokratische Union. Die nächste öffentliche Plenarversammlung findet Donnerstag 13. Jänner 1870 um halb acht Uhr Abends im Bauers Restauration, verlängerte Johannesgasse statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verifizierung des Protokolles der letzten Sitzung. 3. Mittheilung des Vorstandes. 4. Vortrag über die Frage: durch welche staatl. Maregeln kann den volkswirthschaftlichen und sozialen Uebeln am besten abgeholfen werden; gehalten vom Obmann Dr. J. J. Prochazka. 5. Vorberathung über die ordentliche Generalversammlung. 6. Anträge der Mitglieder.

Mit vorliegender Nummer beginnt das 1. Quartal. Wir bitten die Erneuerung der Pränumerationen ebemöglichst zu veranlassen, damit Störungen in der Expedition vermieden werden.

Die N. Z. Abonnenten, welche die „Reform“ im Wege der k. k. Postanstalten beziehen, ersuchen wir um deutlich geschriebene Adresse und um Angabe der letzten Post.

Die Pränumerationen bitten wir, falls der Bezug nicht im Wege des Buchhandels stattfindet, einzuleiten:

Für Wien: Expedition, Schulerstra Nr. 13.

Für die Provinz: Mit direkter Postversendung bei der unterzeichneten Administration, welche sich die Bestellungen franko erbittet.

Administration der „Reform“
in Wien, Laborstra Nr. 52.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schusella.
Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstra.

Administration: Laborstra Nr. 52.  Druck von R. v. Waldheim 

Die Reform.

No. 2.

Wien, den 13. Jänner 1870. IX. Jahrgang.

Föderalismus d. i. Freiheit.

Je kleiner die Zahl der buchstabengläubigen Verfassungstreuen wird, desto lauter schreien sie ihren Schlachtruf: „Festhalten an der Verfassung!“ Um aber dieses Feldgeschrei, welches unter den bei uns waltenden Verhältnissen nichts anderes ist, als der Aufruf zu einer Gewaltpolitik, zu einer Politik der Verfolgung und Unterdrückung und in weiterer nothwendiger Entwicklung einer Politik von Blut und Eisen, vor der Welt und wol auch vor dem eigenen Bewußtsein zu beschönigen, schreien die Verfassungstreuen fortwährend die Behauptung aus, ihr Festhalten an der Verfassung sei gleichbedeutend mit Aufrechterhaltung der Freiheit. Sie werden nicht müde, immer und immer zu behaupten, daß eine Aenderung der Verfassung im Sinne der wahren allgemeinen Gleichberechtigung d. h. im föderalistischen Sinne zur Beschränkung, zum Untergang der Freiheit, zur Herrschaft der feudalen, klerikalen, absolutistischen Reaktion führen würde.

Dieses Geschrei entspringt bei der Mehrzahl der Verfassungstreuen aus einem Irrthum. Aber es ist ein schuldbarer Irrthum, denn es fehlt den Irrenden nicht die Gelegenheit, sich eines bessern zu belehren. Doch sie wollen sich nicht zur bessern, zur einzig richtigen Ueberzeugung führen lassen und belehren. Sie verschließen ihre Augen und Ohren vor den lehrreichen Thatfachen, vor den klarsten Widerlegungen. Sie hören nur Eine Stimme, und je lauter, hochmüthiger, terroristischer diese schreit und kommandirt, desto williger glauben und gehorchen sie ihr. Sie sind sartastische und grimmige Gegner der päpstlichen Unfehlbarkeit, glauben aber blind und blöb an die Unfehlbarkeit ihres Journals, obwol die Behauptungen und Forderungen desselben fortwährend und in allen Beziehungen durch die Thatfachen widerlegt und zu Schanden gemacht worden sind.

Bei einem Theile der Verfassungstreuen, und zwar gerade bei dem aktiven, agitatorischen Theile und namentlich bei den lautesten Wortführern entspringt die Behauptung, das Festhalten an dem Buchstaben der Verfassung sei gleichbedeutend mit der Erhaltung der Freiheit, nicht aus einem Irrthum, sondern ist eine offenbare, mit Bewußtsein und Absicht ausgesprochene Unwahrheit. Wenn diese Partei von Freiheit spricht, so versteht sie darunter nichts anderes, als ihre eigene Herrschaft. Sie anerkennt keine andere Freiheit, als die ihrige, und ihr Freiheitsgenuß besteht in der Befriedigung ihrer Herrschsucht, sie will ihren Freiheitsbegriff zum alleinherrschenden Gesetz machen, um alle andern Parteien,

um das eigene Volk, zu dessen Vertreter sie sich aufwirft, und alle Völker zu beherrschen, und deshalb schreit sie über Gefährdung der Freiheit, falls alle Parteien, alle Völker gleichberechtigt frei sein würden. Diese herrschsüchtige Partei handelt gänzlich nach dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel“; aber sie gebraucht für einen unheiligen Zweck unheilige Mittel. Ihr Zweck ist Herrschaft und dafür fälscht sie die Geschichte, beschimpft die Bildung der Zeit, verdächtigt die edelsten wahren Freiheitsbestrebungen, erhebt sich hoffärtig über die größten Autoritäten der Kultur, wagt sie es, dem Wunsch und Willen der Nationen ein despotisches Veto entgegen zu setzen. Sie thut dies, indem sie den Föderalismus als den Gegensatz der Freiheit darstellt, während die erleuchtetsten und edelsten Denker und Staatsmänner aller Nationen gerade in dem Föderalismus das Ideal der Freiheit erkennen und anstreben. Als ob diese Partei für unwissende blindgläubige Kinder schriebe, schildert sie die angeblichen Schrecknisse eines föderativen Staatswesens mit so grellen Farben, wie nur ein Pater Cochem die Hölle geschildert hat. Sie wagt es, sich als die privilegierte deutsche Partei zu brüsten, und verspottet und verdammt den Föderalismus, der doch vorzugsweise das Lebensprinzip gerade der deutschen Nation ist, in so hohem Grade, daß man in Wahrheit sagen kann: Der Germanismus ist Föderalismus.

Das Verfahren der despotischen antiföderalistischen Partei hat sich eben jetzt bei uns in sehr merkwürdiger Weise charakterisirt. Die Redaktion der „Neuen freien Presse“ hat von dem berühmten spanischen Deputirten Castelar ein Schreiben empfangen, in welchem sich derselbe mit tiefem Denken und edelstem Willen für den Föderalismus ausspricht. Castelar hat dies schon in jener Parlamentsrede gethan, durch welche er berühmt, und die zuerst gerade von der centralistischen „Neuen freien Presse“ nachgedruckt worden ist. Unsere Leser erinnern sich, daß wir damals den von allen Verfassungstreuen bewunderten Spanier mit großer Befriedigung als einen Gewährsmann des Föderalismus begrüßt und dabei sogleich den Einwurf widerlegt haben, daß nach Castelar der Föderalismus sich eben nur für die Republik eignen würde, indem wir nachwiesen, daß die föderative Organisation gerade in der monarchischen Form eine verstärkte Garantie der Festigkeit hat, weil da zur Realunion noch die Personalunion in der Zentralgewalt kommt. Schon früher hatten wir die föderalistische Bewegung in Spanien besprochen und hervorgehoben, daß die besten politischen Denker Spaniens sofort nach der Erringung der Freiheit darnach strebten, das Reich auf Grundlage der historischen Entwicklung föderativ zu konstituiren und dadurch eine recht lebendige Garantie der Freiheit zu gewinnen. Wir erinnerten daran, daß dieselbe Erscheinung auch in Oesterreich hervorgetreten. Kaum war im Jahre 1848 die Freiheit errungen, so strebten sofort die historischen politischen Individualitäten vor allem andern darnach, sich möglichst selbständig zu konstituiren. Das geschah nicht etwa bloß in Böhmen, Mähren und Galizien, sondern in allen Ländern der Monarchie, auch in den rein deutschen. Das kleine Salzburg z. B.

hatte kein dringenderes Anliegen, als von Oberösterreich getrennt, als selbständiges Kronland konstituiert zu werden. Was war das anderes, als Föderalismus? — Kommen wir auf die Angelegenheit Castelar-Etienne-Friedländer zurück.

Die Politiker der „Neuen freien Presse“ geriethen durch das Schreiben Castelar's offenbar in eine arge Verlegenheit *). Der berühmte Föderalist richtet an die berüchtigten Centralisten ein Schreiben zur Verherrlichung des Föderalismus, welcher in der „N. fr. Pr.“ tausendmal als der Inbegriff alles Unsinnigen, aller Unfreiheit, aller Niederträchtigkeit verspottet und verdammt worden ist! Als Republikaner steht Castelar bei den Staatsmännern der „N. fr. Pr.“ hoch in Ehren; wenn er nur nicht Föderalist wäre. Was thun? Gewiß hätten die Herren Etienne und Friedländer das Schreiben Castelar's mit stolzer Selbstgefälligkeit gern sofort abgedruckt, denn von einem so berühmten Manne aus dem fernen Spanien ein solches Schreiben zu empfangen und darin als Vertreter nicht nur der ganzen deutschen, sondern gewissermaßen der europäischen Presse respektirt zu werden, das ist wahrhaftig keine Kleinigkeit, sondern eine große Auszeichnung. Doch kann, darf ein orthodox centralistisches Blatt eine genial gedachte, unwiderleglich begründete, unwiderstehlich überzeugende Verherrlichung des Föderalismus verbreiten? Aber kann und darf man die Zuschrift eines berühmten ausländischen Föderalisten so ignoriren, wie man die Schriften österreichischer Föderalisten ignorirt? Oder darf man einen Castelar etwa in derselben Weise kritisiren, wie man einen Fischhof kritisiert hat? In diesen Zweifeln schwebten und schwankten die Redakteure der „N. fr. Pr.“ vom November bis Ende Dezember 1869. Dann halfen sie sich in recht charakteristischer Weise aus der Verlegenheit. Gedruckt mußte der Brief Castelar's werden, weil sonst die Welt nicht erfahren hätte, daß der berühmte Spanier an die „N. fr. Pr.“ geschrieben, um sie als europäisches Organ zur Verbreitung seiner Ansichten zu gebrauchen. Also brachte das Blatt in seinem Premier am 1. Jänner eine abermalige Verdamnung des Föderalismus und in der Beilage den Brief Castelar's ohne jegliche Bemerkung. Das war gut gemacht, aber es dürfte unsers Erachtens ein Irrthum sein, wenn man das Verfahren der „N. fr. Pr.“ mit der Voraussetzung erklären will, sie hätte mit der Veröffentlichung der Castelar'schen Lobrede auf den Föderalismus solange gezögert, bis bei uns der Centralismus wieder gesiegt hätte. Er hat nicht gesiegt und wird nicht siegen; es ist bloß eine Verzögerung des Sieges des Föderalismus eingetreten. Das entgeht den klugen Politikern der „N. fr. Pr.“ gewiß nicht. Man muß sich auf einen anständigen Uebergang vorbereiten, und dazu dient die Veröffentlichung des spanischen Briefes in trefflicher Weise. Castelar muß auch wirklich die Befehung der „N. fr. Pr.“ zum Föderalismus schon als ganz gewiß voraussetzen, sonst hätte er die Redak-

*) Das „Neue Wiener Tagblatt“ hat darüber einen sehr interessanten Artikel gebracht, in welchem sich dieses einflußreiche Blatt ganz entschieden zum Föderalismus bekennt. Es ist jedoch abzuwarten, ob es diesem Bekenntniß treu bleiben wird.

teure derselben unmöglich als seine Freunde anreden und sich als „mit ganzem Herzen der Ihrige“ unterzeichnen können. Eigentlich aber hat Castelar nicht an die Herren Etienne und Friedländer geschrieben, sondern an die Deutschen. Ihnen ruft er ins Gedächtniß, daß sie vorzugsweise die Träger des föderalistischen Freiheitsprinzips waren und daher sein und bleiben sollen. Es ist daher sehr dankenswerth, daß die „Neue freie Presse“ den Brief Castelar's abgedruckt hat, denn es können jetzt die Deutschösterreicher aus ihrem Lieblingsblatte wenigstens lernen, daß man sehr freisinnig, ja sogar ein Republikaner und doch Föderalist sein kann. Nachdem die verfassungstreuen Deutschösterreicher den Brief Castelar's gelesen und gewiß bewundert haben, können sie unmöglich mehr die Behauptung nachplappern, daß der Föderalismus der Gegensatz der Freiheit sei. Wir aber wollen noch einmal einiges dazu thun, um die Deutschösterreicher für die Ueberszeugung empfänglich zu machen, daß man Föderalist sein muß, wenn man gerecht und freisinnig sein will.

Jeder Staat überhaupt, selbst der von einem einzigen Volke bewohnte, muß, wenn er nicht eine bloße Gewalt, sondern eine Rechtsinstitution sein soll, als eine freie Föderation aufgefaßt werden. Diese Wahrheit tritt, wenn man den Staat vernünftig betrachtet, so mächtig hervor, daß die Philosophie, sobald sie sich mit dem Wesen der Staaten zu beschäftigen anfing, sich genöthigt fühlte, einen ursprünglichen Staatsvertrag, eine freie Vereinbarung d. h. eine Föderation vorauszusetzen, um den Staaten nachträglich einen rechtlichen Charakter zu geben. Dieser vorausgesetzte Urvertrag, durch welchen sich die Nationen, oder Theile derselben nach geographischen und ethnographischen Verhältnissen gruppenweise zu Staatsgemeinschaften vereinigt d. i. föderirt hätten, um in denselben ihre individuellen Rechte und Freiheiten zu schützen und gemeinsame Zwecke zu erreichen, ist die vernunftrechtliche Grundlage der Staaten, aus welcher alle politischen Freiheitsentwickelungen hervorgegangen sind, bis es dahin kam, daß der fingirte Staatsvertrag, die staatliche Föderation wirklich abgeschlossen wurde, wodurch die modernen konstitutionellen Monarchien und wirklichen Freistaaten entstanden sind. Bei jedem Staate, selbst bei dem nur von einem einzigen Volke bewohnten, hängt der Grad, in welchem er als freier Rechtsstaat anerkannt werden kann, von dem Maße ab, in welchem jeder einzelne Mensch und jede, wie immer genannte Vereinigung von Menschen nicht ein unterworfenenes, sondern ein selbständiges, aus freiem Willen in die staatliche Föderation eingetretenes Mitglied ist. Wenn dies nun schon von Staaten gilt, welche von einem einzigen Volke gebildet werden, umwieviel mehr muß es von Staaten gelten, in denen mehrere Völker wohnen! Wie dürfte man das, was in einem Rechtsstaate jedem einzelnen Menschen gewährt werden muß, nämlich die persönliche Freiheit, das Recht der selbständigen individuellen Entwickelung, wie dürfte man das ganzen Völkern verweigern und dabei doch von einem freien Rechtsstaate sprechen wollen! Wenn schon alle Individuen eines und desselben Volkes,

welches einen Staat bildet, als frei und gleichberechtigt fördernte Mitglieder der Gemeinschaft respektirt werden müssen, so muß dies schon nach dem Gesetze der Logik umso mehr von den Völkerindividualitäten gelten, welche zu einer politischen Gemeinsamkeit vereinigt werden sollen.

In Betreff der Menschen (abgesehen von ihrer Nationalität), welche sich zu einem Staate vereinigten, fand die philosophische Staatsrechtstheorie sogar die Annahme zulässig, daß diese Menschen in dem vorausgesetzten Urvertrage alle ihre Rechte auf das Staatsoberhaupt übertragen, sich demselben also gänzlich unterworfen hätten. Diese Theorie wurde in religiöser Weise sanktionirt mit der Steigerung, daß ein göttliches Monarchenrecht aufgestellt wurde, kraft dessen die Monarchen als von Gott eingesetzt, als dessen Stellvertreter waltend erschienen, so daß durch den Gehorsam gegen die Monarchen zugleich dem göttlichen Gesetze gehorcht würde. Auf diese Weise wurde es gerechtfertigt, daß einzelne Menschen über ganze Völker herrschten, Millionen dem Willen eines Einzelnen unterworfen waren; es erhielten die Alleinherrschaft der Regenten, der Absolutismus der Regierungsgewalt und die Unterthänigkeit der Völker, der Menschheit eine philosophische und religiöse Begründung. Dafür aber, daß ein Volk über ein anderes, oder über andere Völker herrschen sollte, daß gewisse Völker aus was immer für Gründen bestimmt sein sollten, andern Völkern zu gehorchen, ihnen unterthänig zu sein, für diese Art von Herrschaft hat niemand es gewagt, eine vernunftrechtliche oder religiöse Theorie aufzustellen, sondern im Gegentheil ist die Herrschaft eines Volkes über ein anderes oder über andere Völker immer und überall lediglich als ein gewaltthätiger Zustand betrachtet, als Unterjochung und Unterdrückung bezeichnet und beurtheilt worden, und wenn dabei von einem Rechte doch die Rede war, so war es kein anderes als das Recht des Schwertes, das Kriegerrecht.

Es ist wol oft vorgekommen, daß Völker aus ihrer wirklich oder vermeintlich höheren Bildung und auch aus ihrer Religion das Recht ableiten wollten, über andere Völker zu herrschen, sie zu unterdrücken, ja sogar auszurotten; doch dabei waren Bildung und Religion nur scheinbare, irrthümliche oder heuchlerische Rechtsmittel, um die rohe ungerechte Gewalt zu beschönigen. Was die Religion betrifft, so konnte sie nur in falscher Auffassung, in Entartung als Rechtstitel zur Unterdrückung von Völkern mißbraucht werden. Obwol die Christen und die christliche Kirche als solche selber in dieser Beziehung oft und viel gegen die göttliche Lehre von der Gleichheit aller Menschen gesündigt haben, so ist dieser herrliche, die Quelle alles Rechtes und aller Freiheit in sich fassende Grundsatz doch selbst in den finstersten und rohesten Zeiten nicht gänzlich untergegangen, er hat zu allen Zeiten die Gewaltthätigkeit wenigstens theilweise gemildert, er ist bekanntlich von Rom aus selbst auf die Wilden in den neu entdeckten Welttheilen angewendet worden. Was die Bildung betrifft, so veranlaßt dieselbe allerdings im Völkerleben ebenso wie im Leben der einzelnen Menschen als solchen

einen vielfach maßgebenden Einfluß der Gebildeten auf die Un- oder Mindergebildeten, eine Ueber- und Unterordnung. Das ist der natürliche Lauf der Dinge, der sich wie im sozialen, so auch im internationalen Leben geltend macht. Doch weder auf dem einen noch auf dem andern Gebiete des Lebens darf dieser natürliche Zustand einen positiven Unterschied in den politischen Rechten begründen. In dem Verhältnisse zwischen den Völkern darf ebenso wenig wie im Verhältnisse zwischen den Individuen eines Volkes aus der Verschiedenheit der Bildung ein Unterschied, eine Ungleichheit im politischen Rechte abgeleitet werden. In ihren physischen und geistigen Kräften, in der Entwicklung und Kultur dieser Kräfte sind die Menschen und die Völker ungleich, aber im Menschen- und Völkerrechte sind sie gleich, und es muß daher zwischen ihnen Gleichheit vor dem Gesetze, es muß Gleichberechtigung herrschen. Ein gebildeter Mensch, ein gebildetes Volk, sie sind eben durch die Bildung in vielfachen Lebensbeziehungen privilegiert, und es wäre daher eine umso größere Ungerechtigkeit, sie auch noch politisch privilegiren zu wollen. —

Die Anwendung aller dieser Wahrheiten auf die Verhältnisse Oesterreich-Ungarns ergibt sich von selbst, aber wahrlich nicht zum Ehrenvorteil der zwei Völker, welche in diesem Reiche für sich politische Vorrechte, ja die Herrschaft über die andern Völker beanspruchen. Worauf gründen denn diese beiden Völker ihre Vorrechte, ihre Herrschaftsansprüche?

Die Magyaren erklären offen: „Wir sind die Herren in den Ländern der Stephanskrone, weil wir dieselben erobert haben.“ Also da ist ein Volk, welches auf seine Bildung, auf seine Freisinnigkeit so stolz ist, und seine politische Stellung lediglich auf das Recht des Schwertes, auf die Gewalt gründet und sich dadurch unmittelbar neben die Türken stellt, ohne zu bedenken, daß diese Türken nach demselben Grundsatz das Recht der Herrschaft über Ungarn beanspruchen würden, wenn sie noch einmal die Macht dazu erlangten. Auch vergessen die Magyaren bei ihrer Berufung auf das Eroberungsrecht ein tragisches Ereigniß ihrer neuesten Geschichte. Wie denn, wenn Rußland sein Eroberungsrecht auf Ungarn geltend machen möchte, an die Zeit anknüpfend, wo Ungarn nach dem stolzen Ausdruck des russischen Feldherrn zu den Füßen des Czaren gelegen? Oesterreich gegenüber haben die Magyaren mit vollem Rechte gegen das Eroberungsrecht protestirt; die Völker ihres eigenen Reiches aber wollen sie kraft dieses Rechtes als ihre Unterthanen behandeln. Dabei vergessen sie, daß dem Kriege recht eben wieder das Kriege recht, dem Eroberungsrecht das Befreiungsrecht gegenübersteht. Doch es ist nicht bloß ungerecht, unfreisinnig und unklug, sondern auch historisch unrichtig, dem ungarischen Völkerreiche das magyarische Eroberungsrecht als Grundlage zu geben. Man braucht nicht zu der philosophischen Hypothese eines politischen Urvertrages die Zuflucht zu nehmen, um dem Reiche der Stephanskrone eine Rechtsgrundlage zu verschaffen, denn es sind wirkliche Verträge abgeschlossen, es sind positive Gesetze vereinbart worden, durch

welche das ungarische Reich den Rechtscharakter eines Völkervereins, einer Föderation erhalten hat. Ungarn ist stets eine Föderation von Völkern, Volksstämmen und Korporationen gewesen und als solche hat es ungeachtet oftmaliger äußerster Gefahren seine Selbständigkeit behauptet; als es aber zum ersten Male die weisen, gerechten und freisinnigen Föderativstatuten umstürzte, um sich nach französischem Muster zu einem centralisirten Parlamentsstaate zu machen, kam es dem Untergange nahe. Und gegenwärtig, wo jene doktrinaire Nachahmungspolitik wiederholt wird? Nun gegenwärtig sind ungeachtet alles äußeren Glanzes die innern Zustände des Stephansreiches gefährlicher als in den Jahren 1848 und 1849. Ungarn ist kein freier Staat, weil nicht alle seine Bewohner, nicht alle seine Völker gleichberechtigt frei sind, weil die Mehrheit derselben sich unfrei fühlt, mit Recht über lebensgefährliche Unterdrückung klagt. Und die Magyaren selber sind nicht frei, obwohl sie herrschen. Aber der Herrscher, welcher sich beständig vor den Beherrschten fürchten muß, ist eben nicht frei. Oder fürchten sich die Magyaren etwa nicht? Fürchten sie nicht die unbezwungene historisch staatsrechtliche Opposition der kroatischen Nationalen? Fürchten sie nicht das Aufstreben des rumänischen und serbischen Volkes? Blicken sie nicht mit wahrer Angst auf die Militärgrenze?

Die Deutschösterreicher gründen ihren Herrschaftsanspruch zwar nicht auf ein Eroberungsrecht, sondern auf einen Vorsprung in der Bildung; ihre entschiedensten Wortführer aber sind ungebildet genug, um die Herrschaft nöthigenfalls, wenn es nicht anders ginge, mit Gewalt zu erringen und zu behaupten. Und es geht wirklich nicht anders, wie der Augenschein zeigt. Erstlich gibt Bildung an sich schon keinen Anspruch auf positive Vorrechte, auf politische Herrschaft, sondern wahre Bildung perhorrescirt Privilegien, und dann ist die Bildung der Deutschösterreicher im allgemeinen offenbar nicht so überwiegend mächtig, daß sie auf natürlichem Wege eine Unterordnung der andern Völker herbeiführen würde. Dies geschieht vorzüglich deshalb nicht, weil die Deutschösterreicher, wenn sie auch im allgemeinen wirklich das höchstgebildete Volk wären, doch in politischer Bildung den andern Völkern nicht nur nicht überlegen sind, sondern ihnen nachstehen. Die Deutschen könnten also wirklich nur durch List und Gewalt einen politischen Vorrang erringen und behaupten, und auf diese ihre Politik würde alles das Anwendung finden, was zur Verdammung einer Politik der Ränke und Gewalt überhaupt gesagt werden muß. Eine Politik, welche dem Rechte, der Freiheit, der Humanität widerspricht, ist selbstverständlich auch im Gegensatze mit der Bildung des Geistes und Herzens, und ein wahrhaft gebildetes, ein im Geiste und Gemüthe edles Volk muß eine solche Politik perhorresciren, müßte sich derselben schämen, es müßte die Gewaltherrschaft über andere Völker, wenn es dieselbe besäße, freiwillig aufgeben, wie ja auch aufgeklärte freisinnige Monarchen unter allgemeinem Beifall freiwillig ihre Vorrechte beschränken und die Regierungsgewalt vertragsmäßig, d. h. föderativ mit den Völkern theilen.

Neben diesen höchsten und allgemeinen Prinzipien und Postulaten der Gerechtigkeit und Freiheit haben die Deutschösterreicher es auch schon erfahren, daß unter ihrer Herrschaftspolitik ihre eigene individuelle Freiheit und die speziellen konstitutionellen Freiheiten nicht gedeihen konnten. Solang man den Ungarn die deutsche, die wienerische Centralfreiheit aufzwingen wollte, wurde weder die allgemeine, noch die besondere Freiheit lebendig; sobald man aber die Gewaltpolitik wenigstens nach einer Seite hin aufgegeben, das freie Recht Ungarns anerkannt, mit Ungarn eine Föderation geschlossen hatte, machten dies- und jenseits die speziellen Freiheiten des Konstitutionalismus bedeutende Fortschritte. Thorheit oder Lüge ist es daher, zu behaupten, der Ausgleich mit den andern Völkern werde die Freiheit stürzen, die Reaktion triumphiren machen. Die überwiegende Mehrheit in den Völkern, welche den staatsrechtlichen Ausgleich verlangen, ist dabei gewiß mindestens ebenso freisinnig konstitutionell, wie die Mehrheit der Deutschösterreicher, die reaktionären Elemente sind in jenen Völkern gewiß nicht zahlreicher und mächtiger als unter den Deutschen. Gerade ein deutscher Stamm mag in einer Beziehung eine Ausnahme machen, nämlich die Tiroler in kirchlicher Beziehung; aber da ist es eben auch ein Postulat des konstitutionellen Prinzips, den Sinn und Willen auch dieser Majorität, auch diese spezifische Tirolerfreiheit zu respektiren.

Wie nun der Föderalismus die Grundlage und Quelle der Freiheit, ja seinem innern Wesen nach die Freiheit selber ist, so ist er auch in äußerer Beziehung eine mächtige Garantie derselben. Im centralisirten Staate hat die Freiheit gleichsam nur einen Kopf, die Hauptstadt. Ist dieser Kopf niedergedrückt oder gar abgehauen, so ist die Freiheit überhaupt und überall unterdrückt und todt. Das haben die Franzosen unter dem ersten und dritten Napoleon erfahren. Im föderativen Staate aber hat die Freiheit so viele Köpfe, als es selbständige Glieder des Bundes gibt. Diese vielen Köpfe können aber nicht so leicht niedergebeugt oder abgehauen werden. Das Beispiel sieht man nicht blos in der Schweiz und in Nordamerika, man sah es auch in der Föderation des vorigen deutschen Reiches und Bundes. In der Kaiserstadt, in der Bundesstadt, und in den großen Centralorten war die Freiheit unterdrückt, aber sie fand da und dort in verschiedenen Gebieten der Föderation ihre Stätte. Zugleich ist der Föderalismus auch für die Centralgewalt, für die Regenten eine Stütze. In centralisirten Staaten, selbst wenn es republikanische sind, hängen die Regenten von der Hauptstadt ab. Wer sich der Hauptstadt bemächtigt, hat den ganzen Staat in der Hand, weil der centralisirte Staat eben kein lebendiger Organismus, sondern eine Maschine ist. Frankreich erlag gegen den Willen der Mehrheit der Nation der Herrschaft der Pariser Schreckensmänner, und andererseits fanden Napoleon I., Karl X. und Ludwig Philipp, als sie aus Paris flüchten mußten, im ganzen Reiche keine Ruhestätte mehr, geschweige denn einen Ort, um ihren Thron aufzustellen. Anders war es in dem föderativen Oester-

reich. Zweimal war Wien von den Franzosen eingenommen und einmal stand es unter der Herrschaft der Revolution, aber die Kaiser Franz I. und Ferdinand I. fanden in Ungarn, in Tirol, in Mähren Stätten, wo sie ihre Herrschaft fortsetzen konnten. ---

Der Föderalismus ist das eigentliche Wesen und die einzig richtige Form der staatlichen Freiheit. Jeder Staat, auch der nur von einem einzigen Volke bewohnte, und umso mehr ein Völkerstaat ist nur dann und in dem Maße ein freier Rechtsstaat, wenn und in wie weit alle einzelnen Individuen und die Völkerindividualitäten zur Wahrung ihrer persönlichen Freiheit und nationalen Selbständigkeit und für die Erreichung gemeinsamer Zwecke durch freie Vereinbarung gleichberechtigt verbunden d. h. fördert sind.

Die Opposition im römischen Konzil.

Die Welt, welche den Verlauf der Kirchenversammlung in Rom offenbar mit einer ängstlich gedrückten Stimmung beobachtet, athmet förmlich auf bei der Kunde, daß in dieser merkwürdigen Versammlung eine energische Opposition hervorgetreten ist. Man hat das bezweifelt, man hat es für unmöglich gehalten, dadurch aber nur bewiesen, daß man die Geschichte früherer Konzilien nicht kennt. Es hat in keiner dieser Versammlungen an Opposition gefehlt, und dieselbe ist oft sehr heftig gewesen, es ist in den Konzilien nicht selten stürmischer zugegangen, als in weltlichen Parlamenten. Die episcopale Opposition hat sich bis zu der Erklärung erhoben, daß der Bischof von Rom nur *primus inter pares* (der Erste unter Gleichen) sei, daß das Konzil über dem Papste stehe; und es hat Kirchenversammlungen gegeben, welche diesen Spruch praktisch ausführten, indem sie Päpste absetzten. Allerdings hat all diese Opposition an dem Wesen der katholischen Kirche nichts geändert, ja daran in der That auch gar nichts ändern wollen, sie hat namentlich die päpstliche Autorität nicht nur nicht geschwächt, sondern fortwährend gestärkt, so daß gerade in den neuern aufgeklärten Zeiten das Papstthum in kirchlicher Beziehung, den Bischöfen gegenüber mächtiger ist, als im Mittelalter, daß die Päpste im Innern der Kirche desto unbeschränkter herrschen, je mehr sie an äußerem weltlichen Einfluß ohnmächtig geworden sind. Dieser Stetigkeit im Wesen und in der Form und der päpstlichen Autokratie, wieviele Konflikte auch daraus entstanden sind, verdankt die katholische Kirche ihren bewunderungswürdigen einheitlichen Organismus, welchen selbst ihre Gegner respektiren müssen, und den die schismatischen Kirchen, freilich fruchtlos, nachzuahmen streben.

Besonders interessant ist es, daß vorzugsweise notable österreichische Bischöfe zur Opposition des jetzigen Konzils gehören, ja daß Einer derselben in dieser

Stellung bis nun den ersten Platz einnimmt. Das hatte man schon gar für ganz unmöglich gehalten. Die verfassungstreuen Journale hatten sich rastlos bemüht, ihrem gläubigen Publikum die österreichischen Bischöfe, weil sie erstlich eben Bischöfe sind und dann noch dazu der staatsrechtlichen und nationalen Opposition angehören, durchaus als reaktionäre Finsterlinge darzustellen; und nun müssen sie berichten, daß die Karbinäle Kaufcher und Schwarzenberg in den Reihen der Konzilsopposition stehen, sie müssen konstatiren, daß gerade der begeisterte kroatische Patriot und entschiedene Gegner des Andraffy-Deust'schen Systems, der Föderalist Strossmayer, Bischof von Diakovar mit glänzendstem Erfolge eine höchst freisinnige Rede gehalten, die Redefreiheit selbst gegen den vorsitzenden päpstlichen Legaten behauptet, das Wesen der Religion der Liebe und die kirchlichen Gegensätze geschildert hat und gegen den Jesuitenorden mit schweren Anklagen aufgetreten ist. Der vielgepriesene Bischof von Orleans, Dupanloup hat den kroatischen Bischof den ausgezeichnetsten Redner des Konzils genannt, und der Cardinal Merobe rief nach der Rede Strossmayers aus: „Das Konzil hat seinen Mann gefunden!“ So hat denn ein slavischer Bischof vor aller Welt und am Sitze des Papstthums selber wahrhaft schlagend den perfid verdächtigenden Vorwurf widerlegt, daß die slavische, überhaupt die nationale Opposition in Oesterreich finstere, reaktionäre Tendenzen verfolge.

Bischof Strossmayer hat sich plötzlich Weltruhm erworben, sein Name wird in allen Theilen der Erde gefeiert, freilich auch vielfach getadelt, vielleicht verdammt werden. Unsere herrschenden Liberalen sehen sich gezwungen, diesem Manne, den sie bisher seiner nationalen Opposition wegen mit Verunglimpfungen überhäuft hatten, nun die höchste Anerkennung zu zollen. Vor nicht langer Zeit hatten die dienenden Organe der in Pest herrschenden Partei die Aufgabe, diesen Bischof Strossmayer mit den giftigsten Verdächtigungen zu übergeifern, weil er ein treuer Sohn seines kroatischen Vaterlandes, ein standhafter Vertheidiger der Rechte desselben ist. Die Bosheit wurde an ihm zu schanden; das kroatische Volk nennt den Bischof Strossmayer den ersten Sohn Kroatiens, und nun wird sein Name in aller Welt mit Ehren und auch von den Gegnern mit Achtung genannt werden.

Die herrschenden Parteien gehen dem Bischof von Diakovar, wie früher mit Verunglimpfungen, so jetzt mit Lobsprüchen scharf zu Leibe. Sie nennen ihn gar einen Freidenker! Das ist er nun gewiß nicht, wenigstens nicht in dem Sinne der modernen irreligiösen Freidenker. Er ist eben ein christlich freisinniger, aber dabei doch treu gläubiger katholischer Bischof, wie es deren in allen Jahrhunderten gegeben hat, noch gibt und immer geben wird. Die Geschichte des deutschen und französischen Episcopats ist besonders reich an solchen Namen. Bischof Strossmayer hat den Wahlspruch: „Sve za vieru i za domovinu“ (Alles für den Glauben und für das Vaterland). Er ist ein gelehrter Theologe, Doktor der Theologie, zu welcher Würde er in Wien als Jüngling des Augustinums promovirt wurde.

Später stand er dieser Anstalt, aus welcher viele der ausgezeichnetsten Theologen und Bischöfe der ganzen Monarchie hervorgegangen sind, als Direktor vor. Er wurde im fünfunddreißigsten Lebensjahre Bischof von Diakovar, als welcher er auch den Titel Bischof von Bosnien führt, obwohl sich die Jurisdiktion des Bisthums jetzt nicht mehr über die türkische Grenze erstreckt. Daß Bischof Stroszmayer die Wissenschaft nicht als mit dem Glauben in Widerspruch stehend erkennt, beweist er dadurch, daß er als Protektor an der Spitze der südslavischen Akademie der Künste und Wissenschaften steht, die er mit 60,000 fl. dotirt hat. Eine gleiche Summe spendete er auch für die Universität in Agram. Ueberhaupt verwendet er bei höchst einfacher Lebensweise von den ansehnlichen Einkünften seines Bisthums fortwährend große Summen für patriotische Zwecke, zur Hebung der Kultur seines Landes und Volkes. Als Politiker trat er zuerst im Jahre 1860 im verstärkten Reichsrathe hervor. Im Jahre 1861 wurde er zum Obergespan des Effeker Komitats ernannt. Seine nationale Opposition machte ihn mißlieblich, und während des Ausgleichslandtages sah er sich veranlaßt, nach Paris zur Weltausstellung zu reisen, anstatt an dem Kampfe der wahrhaft kroatischen Nationalen gegen die Magyaronen theilzunehmen.

Jetzt hat Bischof Stroszmayer seinen Namen in den Mund aller Völker gebracht und in die Weltgeschichte eingezeichnet. Man hat Ursache, auf die Entgegnung gespannt zu sein, welche ihm von Seite der Jesuiten zu Theil werden wird. Der volkfreundliche Bischof wird wahrscheinlich auch für die Einführung der Volkssprache beim Gottesdienste das Wort ergreifen, in welcher Beziehung er mit der czechischen Fortschrittspartei übereinstimmt. In der Zengger Diözese des kroatischen Küstenlandes wird kraft eines besondern Privilegiums der katholische Gottesdienst schon längst in der Volkssprache gehalten.

Es ist interessant zu bemerken, daß auch auf dem Tridentinischen Konzil ein kroatischer Bischof, nämlich Graf Draškovic, Bischof von Agram sich so rühmlich ausgezeichnet hat, daß er den Ehrennamen Speculum episcoporum (Spiegel der Bischöfe) erhielt.

Korrespondenz der „Reform.“

Ueber die Gleichberechtigung aller Völker Oesterreichs. Vom Verfasser der Broschüre „Oesterreichisches“.

In Nr. 38 Ihres geschätzten Blattes haben Sie dem Schriftchen, welches ich unter dem Titel „Oesterreichisches“ der Oeffentlichkeit übergeben habe, eine sehr günstige und wohlwollende Beurtheilung gewidmet. Ich war auf Ihr Urtheil, dem ich einen hohen Werth beilege, gespannt; umso freudiger berührte mich die

freundliche Aufnahme, welche meine Schrift bei Ihnen gefunden; umso mehr mußte ich aber ein Mißverständniß bedauern, welches Sie am Schlusse Ihrer Besprechung als einen Dissens hervorheben. Denn nur auf einem Mißverständnisse beruht, wie mir scheint, jener angebliche Dissens.

Daselbe aufzuklären, wäre gleich damals mein Wunsch gewesen; offen gestanden war, was mich davon abhielt, zunächst der Zweifel, ob denn meine Broschüre über einen kleinen Kreis Gleichgesinnter hinaus Verbreitung gefunden habe, und dann auch die Scheu, durch eine Replik auf Ihre Bemerkungen den Schein auf mich zu laden, als legte ich meiner Schrift einen zu hohen Werth bei. Seitdem habe ich die Erfahrung gemacht, daß „Oesterreichisches“ weit mehr Leser gefunden hat, als ich erwarten durfte; jenes Mißverständniß habe ich seither auch an anderer Stelle begegnet (in der Broschüre: „Die Militärgrenz-Frage und der österreichisch-ungarische Konstitutionalismus“). Fischhofs an tiefen Gedanken reiches und von sittlichem Ernste durchwehtes Buch hat in den jüngsten Tagen wieder die Aufmerksamkeit der Geister der Erörterung jener großen Frage zugewendet, für deren Lösung Sie arbeiten und kämpfen, und zu deren Erforschung auch ich ein Scherflein habe beitragen wollen: der Frage der Rekonstruktion Oesterreichs auf seine natürlichen Grundlagen. Und darum gestatten Sie mir, daß ich heute, wenn auch verspätet, versuche, jenes Mißverständniß aufzuklären und den daraus entstandenen Dissens zu lösen, und gönnen Sie diesem Versuche Raum in Ihrem geschätzten Blatte.

Sie machen mir den Vorwurf: ich „falle selbst aus der Konsequenz der österreichischen Staatsidee,“ indem ich „nur die Postulate der böhmischen Kronländer und Tirols anerkenne, die Postulate Galiziens und der Südslaven aber in der Schwebe lasse.“ Der Umstand, „mit welchem ich dies rechtfertige,“ der Umstand nämlich, „daß die Forderungen dieser Länder nicht so klar hervortreten, wie die der früher genannten Länder, und daß einerseits den Postulaten Galiziens und der Südslaven der feste Boden einer eigentlichen historischen Rechtsgrundlage fehle, andererseits die Anschauungen und Bestrebungen dieser Länder, wie sie sich in der öffentlichen Meinung und den Vorgängen auf ihren Landtagen äußern, im Widerspruche zu dem Verhalten ihrer Vertreter im Wiener Reichsrathe stünden“ — sei nicht stichhältig, denn in der einen Beziehung „müsse die österreichische Staatsidee für Galizien und für die Südslaven gewiß eben so vollkommen gelten, wie für Böhmen, Tirol und die anderen deutschen Länder“ — in der anderen Hinsicht dürfe der Umstand, daß „die Reichsrathsdelegation der Polen und Südslaven im Widerspruche mit der öffentlichen Meinung und mit der Willensäußerung ihrer Landtage handeln, nicht diesen Ländern zum Nachtheile gereichen, sondern könne eben nur die Verurtheilung der Delegirten derselben zur Folge haben.“

Ohne Zweifel wäre ich der Konsequenz der österreichischen Idee untreu geworden, wenn ich hätte die Entscheidung der Frage: ob Galizien und dem

slavischen Theile der südlichen Länder ihr Recht werden solle, — in suspenso lassen wollen, während ich nur die Lösung der Frage in der Schwebelassen zu müssen glaubte: wie ihnen ihr Recht, das von mir so oft betonte gleiche Recht aller Länder, aller Nationen werden soll.

Ich habe im Verlaufe des Kapitels IV. „Von Experimenten zur Lösung“ die Rückkehr zum Oktobergedanken als den einzig möglichen österreichischen Weg bezeichnet, weil in ihm jedes gute Recht seinen Platz findet, weil nur er alle Königreiche und Länder zu befriedigen vermag, indem nur er allein im Stande ist, die vielfach divergirenden Postulate derselben durch deren Gewährung mit einander zu versöhnen. Die divergirenden Postulate, welche, wie die Dinge heute stehen, vor allem versöhnt werden müssen, habe ich in ihren Hauptrichtungen gekennzeichnet, als:

„das Postulat Ungarns, die errungene Rechtsstellung zu behaupten;

das Postulat derjenigen Länder, welche kraft historischen Rechtes und tatsächlicher Verhältnisse politische Individualitäten sind und sich als solche fühlen, — insonderheit also der Länder der Krone Böhmens und Tirols — diese ihre Individualität anerkannt und gewährleistet zu sehen;

endlich das Postulat eines großen Theiles der deutschen Länder nach einem parlamentarischen Vertretungskörper in Wien.“

Als Grund, warum ich unter jenen Postulaten nicht auch die Forderungen Galiziens und der slavischen Theile der südlichen Provinzen genannt habe, führe ich an: „daß die Stellung dieser Länder in Hinsicht auf die divergirenden Postulate in jenen bezeichneten drei Hauptrichtungen nicht so klar und bestimmt hervortritt, wie die Stellung der früher genannten Länder, die sich eben in wenigen Worten präzisiren läßt“, und habe weiters die Ursache der geringeren Klarheit ihrer Stellung einerseits in dem Umstande zu finden geglaubt, daß ihren Wünschen und Forderungen der feste Boden einer eigentlichen historischen Rechtsgrundlage fehlt, und andererseits auch dem Widerspruche zur Last gelegt, welcher zwischen den in der öffentlichen Meinung und in den Landtagen zu Tage tretenden Anschauungen und Bestrebungen dieser Länder und dem Verhalten ihrer Vertreter im Wiener Reichsrathe obwaltet.

Nachdem ich betont, daß eine eingehende Besprechung von Detailfragen außer dem Bereiche meiner Schrift liege — (und eine solche Detailörterung wäre nöthig gewesen, um die Form zu suchen, unter welcher die an und für sich noch nicht klar gestellten Forderungen dieser Länder mit den klarer formulirten Postulaten der übrigen in Einklang gebracht werden könnten) — habe ich mit unmittelbarer Beziehung auf die Polen und Slovenen hinzugefügt, daß jedenfalls der Oktobergedanke geeignet ist, auch ihnen Befriedigung zu bieten. „Denn,“ fuhr ich fort, „im Rahmen dieses Gedankens liegt ja ein weiter und fruchtbarer Raum nicht nur für altes, sondern auch für neues Recht, nicht nur für Ansprüche, die sich auf historisches Recht berufen, sondern auch

für solche, welche in den Verhältnissen und Forderungen des realen Lebens begründet sind.“

Wenn Sie diese Sätze, welche ich hier fast wörtlich und nur mit geringer Veränderung in ihrer Reihenfolge — wie es eben zum Zwecke der Erläuterung nöthig war — wiederholt habe, nochmals prüfen und dieselben zusammenhalten wollen mit der im II. Kapitel gebrachten Formulirung der österreichischen Staatsidee und jener Ideen, die ich „österreichische Ideen“ nannte — und mit jenen Forderungen, welche ich im letzten Abschnitte als „petition of right“ geltend gemacht habe, so werden Sie meiner Versicherung wol Glauben schenken, daß es nur ein Mißverständniß ist — ich will gern zugeben, daß es durch einen an der bezüglichen Stelle unterlaufenen Mangel an Klarheit in der Darstellung meiner Anschauungen hervorgerufen wurde — daß es nur ein Mißverständniß ist, das Ihnen Anlaß zu dem Vorwurfe bot: „ich anerkenne nur die Postulate Böhmens und Tirols“, — ein Vorwurf, der von anderer Seite (in der erwähnten Broschüre über die Grenzfrage) dahin ausgedehnt wurde: „daß sich der Verfasser auch nicht zur Idee der Gerechtigkeit für alle Völker Oesterreichs zu erheben vermochte.“

Das Recht Galiziens und der südslavischen Länder erkenne ich eben so rückhaltlos an, wie das Recht aller Königreiche und Länder Oesterreichs; die vollste Freiheit, in eigenartiger Existenz ihre höchsten Güter zu wahren und zu pflegen, fordere ich für die Polen und die Slovenen ebenso, wie für jede Nation im weiten Reiche.

Die Art und Weise aber, in welcher diese Länder und Nationen ihr Recht zur Geltung bringen, ihre Freiheit genießen, ihre Eigenexistenz wahren, ihre Interessen vertreten, ihre Angelegenheiten verwalten wollen, — ist weder durch historisch begründete und staatsrechtlich ausgeprägte Rechtsformen als Grundlage weiterer zeitgemäßer Gestaltungen von selbst gegeben und unzweifelhaft vorgezeichnet, wie es in den Ländern der Krone Böhmen, in Tirol der Fall ist; — noch auch ist der Wunsch und Wille der Nation so klar und unverleugbar zum Ausdruck gelangt, wie es durch die solidarisch einmüthige und konsequente Haltung des slavischen Volkes und seiner Vertreter in Böhmen und Mähren, durch das unerschütterte Benehmen der oppositionellen Majorität in Land und Landtag von Tirol geschieht.

Und in diesen Beziehungen ist es eben unläugbar, daß Böhmen, Mähren, Tirol einerseits — anderseits Galizien, Krain u. s. w. mit ihren Forderungen dem Rekonstruktionsprozeß Oesterreichs gegenüber in verschiedenem Verhältnisse stehen.

Gestatten Sie mir, hieran einige Bemerkungen zu knüpfen, welche zwar über den Rahmen einer Erläuterung hinausreichen, sich aber doch auf denselben Gegenstand beziehen und vielleicht geeignet sein dürften, meine Anschauungen bezüglich des zwischen uns strittigen Punktes genauer zu präzisiren und überhaupt zur Klärung der Ansichten über die österreichische Frage beizutragen.

Wir sprechen vom Rechte der Länder, der Nationen, dem eigenen selbstständigen Rechte der Länder, dem ewigen, gleichen Rechte der Nationen; — wir sprechen von den Rechtsansprüchen und Forderungen, welche sie aus dem Oktoberdiplom ableiten, und von den Rechten, welche die Politik des Oktobergedankens ihnen gewährt oder neuerdings als gültig zuerkennt. Ist dieses gleiche Recht auch gleichartig? Ist die Gleichheit des Rechtes dahin zu verstehen, daß jeder dieser Faktoren genau dasselbe zu verlangen, genau dieselben Forderungen zu erheben vermag?

Eine Distinktion wird uns die Antwort bieten: die Distinktion zwischen allgemein moralischer Berechtigung, welche im ethischen Gesetze ihren Grund findet, und positivem Rechte, welches aus menschlichen Satzungen entspringt, — kürzer, wenn auch vielleicht nicht ganz schulgemäß richtig gesagt: zwischen ethischem und positivem Rechte.

Wie das ethische Gesetz in jedes Menschen Herz geschrieben ist, und die Gebote des ethischen Gesetzes ihn auch dann verpflichten, wenn keine menschliche Satzung jenes Gebot bestätigt und stützt, — so bleibt auch das auf ethischem Gesetze beruhende ethische Recht (als moralische Berechtigung) für den Menschen als einzelnes Individuum oder als individuelles Volk anrecht, gültig und unantastbar, mag es in menschlicher Satzung seinen Ausdruck finden oder nicht. Dieses ethische Recht kann seiner Natur nach nur ein allgemein gleiches sein für Alle; denn es beruht auf jenem Rechte, das Gott dem Menschen gab, als Er nach Seinem Ebenbilde ihn erschuf: dem Rechte freier Selbstbestimmung innerhalb der Schranken des sittlichen Gesetzes. Das ist — für das Individuum — das ewige, göttliche Recht der menschlichen Freiheit; das ist — auf Nationen übertragen — die ewige, gleiche Berechtigung derselben, alle Bedingungen selbstständiger, selbstthätiger und selbstfortschreitender physischer und moralischer Existenz gewahrt und gesichert zu sehen.

Das positive Recht hingegen kann ein verschiedenes sein, je nachdem die menschliche Satzung, aus welcher es entspringt, es dem einzelnen Individuum in größerem oder geringerem Maße zugesteht; — insofern speziell politisches Recht in Betracht kommt — je nachdem die menschliche Satzung, auf welcher ein staatlicher Organismus beruht, die Beziehungen und Verhältnisse des Individuums als Gliedes dieses staatlichen Organismus regelt. Wir sehen auch wirklich, daß in den verschiedenen staatlichen Gebilden der Vergangenheit und Gegenwart das Maß des politischen Rechtes, welches die diesen Gebilden zu Grunde liegenden Satzungen dem Individuum einräumen, ein sehr verschiedenes ist, je nach der größeren oder geringeren moralischen oder nationalen Macht des Individuums, — dem Grade seiner geistigen oder physischen Befähigung u. s. w. Der Grad dieser Verschiedenheit steigt oder fällt mit der niedrigeren oder höheren Entwicklungsstufe des gegebenen Zeitalters oder der gegebenen Nation, — verschwinden gesehen haben wir diese Verschiedenheit noch nicht, und selbst ein

idealer Gleichheitsstaat der Zukunft müßte gewisse, in der menschlichen Natur liegende Verschiedenheiten als Verschiedenheiten im Besitze und in der Ausübung politischer Rechte konstituiren, wollte er nicht dadurch ad absurdum geführt werden, daß er z. B. den halbreifen Schulknaben mit dem gewiegten Mann, den ehrlosen Verbrecher mit dem unbescholtenen Ehrenmanne auf gleiche Linie stellte.

Wenden wir diese Reflexionen auf die Verhältnisse an, die uns beschäftigen — auf Oesterreich, seine Länder und Völker und deren Recht: so werden wir — über das Individuum und sein individuelles ethisches und politisches Recht hinaus — die Nationen als die Träger des ethischen, die Länder als die Träger des politischen Rechtes erkennen; wir werden somit das Recht der Nationen als ein unbedingt und ewig gleiches erklären, zugleich aber zugeben müssen, daß das politische Recht der Länder — das Maß dieses Rechtes — ein verschiedenes sein kann, je nachdem es die dem staatlichen Organismus zu Grunde liegenden, dessen Verhältnisse regelnden Satzungen zugestehen.

Besteht eine solche — theoretisch mögliche — Verschiedenheit auch wirklich, und worin kann sie bestehen?

Nur jene menschlichen Satzungen haben Anspruch auf sittlichen Werth, haben Aussicht auf Erfolg und Dauer, welche mit dem ethischen Gesetze im Einklange stehen, und welche in dem positiven Rechte, das sie gewähren, die Forderungen des ethischen Rechtes befriedigen. In einem staatlichen Organismus werden diese Satzungen also — nebst allgemein ethischen Prinzipien — übereinstimmen müssen mit der sittlichen Idee, welche der Existenz dieses Staates zu Grunde liegt, — in Oesterreich mit der österreichischen Staatsidee.

In „Oesterreichisches“ wurde entwickelt, daß die der Existenz Oesterreichs zu Grunde liegende Idee, die Idee der Gleichberechtigung aller Nationalitäten naturgemäß in sich schließend, das gleiche Recht jedes Landes dem anderen gegenüber innerhalb des durch freiwillige Vereinigung entstandenen Verbandes, und das eigene Recht jedes Landes dem Monarchen gegenüber wie der frei eingegangene Vertrag es ihm ausbedang, umfaßt. Das gleiche Recht jedes Landes dem andern gegenüber muß jedes Land davor sichern, daß eines dem anderen oder eine Mehrzahl der anderen Länder ihm gegen seinen Willen den ihren imponiren könne. Dieses Recht muß jedem Lande in gleichem Maße zustehen, dem kleinsten gegenüber dem größten, dem einzelnen gegenüber der Mehrzahl. Das eigene Recht jedes Landes dem Monarchen gegenüber kann hingegen verschieden sein und war verschieden, je nachdem ihm die der Vereinigung zu Grunde liegenden Verträge ein größeres oder geringeres Maß von Rechten und Freiheiten gewährte. Dieses, dem Maße von Einzelrechten und Freiheiten nach verschiedenartige eigene Recht der Länder blieb nach unserer Auffassung aufrecht bestehen, trotz aller im Laufe der Zeiten eingeschlichenen oder gewaltsam aufgedrängten Beschränkung.

So standen die Dinge bis zum Oktoberdiplom.

Das Oktoberdiplom — oder sagen wir lieber: der Oktobergedanke in seiner ursprünglichen Reinheit — bietet zwei Hauptmomente: erstens den Entschluß des Monarchen der durch die Wirren der Zeit entstandenen absoluten Gewalt zu entsagen, und zweitens die Anerkennung der Rechtsansprüche der Königreiche und Länder. Die Rechtsstellung der einzelnen Länder Oesterreichs seit dem Oktoberdiplome ist also die: die Königreiche und Länder stehen — wie früher eines dem anderen, und jedes dem Monarchen — nun in gleicher Weise auch der Gesamtheit der Länder, dem Reiche und jenen Institutionen gegenüber, welche in Folge des Verzichtes des Monarchen auf die absolute Herrschaft zur Geltung kommen.

Jedes Land hat also nun das gleiche, mit dem Rechte jedes anderen gleichgewichtige Recht, Theil zu nehmen an der Ausübung jener Gewalt der Gesetzgebung, zu welcher der kaiserliche Akt der Entsagung alle Völker des Reiches berufen hat; das gleiche Recht, das vordem jedes Land davor sichern mußte, daß ihm gegen seinen Willen der Wille eines anderen Landes imponirt werden konnte, muß es nun in gleicher Weise sichern gegen den durch ein Majoritätsvotum zum Ausdruck gelangenden Willen einer parlamentarischen Gesamtvertretung; und um diese Sicherstellung zur Wahrheit werden zu lassen, muß jedem Lande das gleiche Recht zustehen, seine eigenen Interessen selbst zu vertreten, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu verwalten.

Neben diesem für alle Königreiche und Länder unbedingt gleichen Rechte steht aber auch jedem Lande sein besonderes, eigenes Recht dem Monarchen und dem Reiche gegenüber zu. Dieses eigene Recht stammt entweder von Verträgen her, welche das betreffende Land mit dem Monarchen abgeschlossen hatte, und ist demnach ein verschiedenes je nach dem Inhalte dieser Verträge; — oder es ist in realen Verhältnissen, realen Nothwendigkeiten begründet, welche es als eine Forderung des ethischen Rechtes erscheinen lassen, daß diesem einzelnen Lande in der Art und Weise des Genusses nur die Ausübung des allen Ländern gleichen politischen Rechtes, oder über dieses hinaus, ein besonderes, eigenes Recht zugestanden werde, — und auch in diesem Falle kann und wird das Eigenrecht dieses einzelnen Landes ein von den Eigenrechten anderer Länder verschiedenes sein.

Im ersteren Falle ist dieses Eigenrecht konkret vorhanden und klar formulirt im Staatsrechte des betreffenden Landes; es kann von diesem Lande selbst durch seine legale Vertretung in Uebereinstimmung mit dem Monarchen seinem Inhalte nach modifizirt, seiner Form nach den neuen Verhältnissen angemessen geändert werden, — bis dahin steht es aber als gegebene Thatsache, als valides Rechtsverhältniß in Geltung.

Dies ist z. B. der Fall in Böhmen.

Im zweiten Falle, wo dem Eigenrechte des Landes kein zwischen Herrscher und Land abgeschlossener Vertrag zu Grunde liegt, wo kein eigenes, positives

Staatsrecht das Maß und die Form dieses Eigenrechtes bestimmt, sondern wo viele Verhältnisse es für das betreffende Land zu einer vitalen Nothwendigkeit machen, daß ihm in der Art und Weise des Genusses und der Ausübung des allen Ländern gleichen Rechtes oder über dieses hinaus ein besonderes, eigenes Recht zugestanden werde: da steht diesem Lande dieses Eigenrecht zwar virtuell, aber nicht formell zu, d. h. es steht ihm das ethische Recht zu, nebst dem allen Ländern gleichen politischen Rechte noch ein besonderes, eigenes politisches Recht zu fordern, aber das Maß, die Form dieses letzteren muß erst gesucht, muß erst vereinbart werden.

So stehen die Dinge z. B. in Galizien.

Dort endlich, wo eine Komplikation dieser beiden Sachlagen obwaltet, wo innerhalb eines individuellen Landes die Geltendmachung jenes allen Nationen gleichen ethischen Rechtes Seitens einer Nation in Kollision geräth mit positivem Landesrechte oder den auf dasselbe basirten Forderungen einer anderen Nation, — dort muß weise Mäßigung, ernster Wille und gewissenhafte Gerechtigkeit auf dem Wege freier Verständigung jene Gestaltung des positiven Rechtes anstreben und erreichen, welche wir früher für jede menschliche Sagung als die Bedingung ihres moralischen Werthes, ihrer Dauer und ihres Erfolges bezeichnet haben: den Einklang mit dem ethischen Gesetze, die Befriedigung des ethischen Rechtes.

Auf diesem Wege wird z. B. die Lösung der slowenischen Frage gesucht und gefunden werden müssen.

Die österreichische Idee fordert das unbedingt gleiche Recht der Nationen; sie fordert das gleiche Recht aller Königreiche und Länder; sie fordert aber auch das besondere, eigene Recht derselben: dessen Anerkennung, wo es historisch begründet — dessen Gewährung, wo es von realer Nothwendigkeit bedingt ist. Die Versöhnung dieser Rechtsforderungen mit den Bedingungen des untheilbaren kräftigen Verbandes unter der neuen Zeit entsprechenden Formen — das ist die Rekonstruktion Oesterreichs.

Diese Rekonstruktion ist nothwendig, weil der Bestand Oesterreichs selbst eine Nothwendigkeit ist für seine Nationen — also muß sie gelingen.

Die einzige Möglichkeit dieses Gelingens bietet der Oktobergedanke — er wird siegen.

Wie lange es noch währen wird bis zum Tage, auf den wir hoffen — wir wissen es nicht. Aber es dünkt uns, als sähen wir aus den zurückweichenden Wolken der Vergangenheit und durch die sinkenden Nebel der Gegenwart hindurch — bleich noch und schwankend, doch mit der unaufhaltsamen Entwicklung einer Naturnothwendigkeit — das Morgenroth des sich verjüngenden Oesterreich hervorstrahlern.

Im Dezember 1869.

Anmerkung der Redaktion: Wir sprechen dem hochgeehrten Herrn Verfasser die Versicherung aus, daß wir durch seine Erläuterung über seine Intentionen zu unserer vollsten Befriedigung aufgeklärt sind.

Zum Ausgleich am verfassungsmäßigen Boden.

Die freien Stimmen für den Ausgleich der Verfassungskonflikte mehren sich in erfreulicher Weise. Man darf wol sagen, daß bereits die Mehrheit der Deutschösterreicher von der Nothwendigkeit eines friedlich freien Ausgleichs überzeugt ist, und in der That werden Viele eben nur durch falsche Scham abgehalten, sich zu dieser Ueberzeugung offen zu bekennen. Es fällt schwer, einen lang gehegten Irrthum, in welchem man sich wohlgefallen, mit dem man sich gebrüstet hat, einzugestehen, zumal wenn man der sichern Gefahr ausgesetzt ist, von einem usurpatorischen, despotischen Preßgerichtshofe der Verspottung und Verdammung unterzogen zu werden. Desto ehrenvoller müssen die Stimmen begrüßt werden, welche dem herrschenden Terrorismus zum Troste der Wahrheit Zeugniß geben. Eine solche Stimme spricht sich in einer soeben bei Alex. Curich in Wien unter obigem Titel erschienenen Flugschrift aus, welche der anonyme Verfasser den Oesterreichern slavischer und deutscher Zunge gewidmet. Es ist das ein schlichtes Wort zur rechten Zeit, und darf man wol hoffen, daß es an mancher Stätte einen guten Ort finden werde. Der Verfasser erkennt die Nothwendigkeit eines Ausgleichs mit der national-staatsrechtlichen Opposition und will denselben auf verfassungsmäßigem Wege, d. h. ohne Aufhebung oder Eistirung des konstitutionellen Regimes, ohne Otkrohung herbeigeführt sehen. Zu diesem Zwecke beantragt er zunächst die Aenderung des §. 38 der Landesordnungen und des §. 15 des Gesetzes über die Reichsvertretung. Er motivirt seine Anträge ohne Phrasen mit der Kraft der Wahrheit in folgender Weise:

„Keinem Zweifel kann es mehr unterliegen, daß die Tage der Februarverfassung *) gezählt sind — wer wagte es aber zu sagen, daß es die letzten Tage Oesterreichs sind, weil konkrete verfassungsmäßige Zustände sich unhaltbar erwiesen haben. Oesterreich, eine politische Nothwendigkeit, wurde durch schwere Katastrophen nicht zerstört, es wird daher gewiß auch diese Krisis überstehen, die allerdings das Symptom einer schweren politischen Krankheit ist. Diese Krankheit besteht aber darin, daß die politische Lebensthätigkeit in vielen Theilen des Staatskörpers anormal, in andern Theilen darum aber relativ größer sein muß, als sie den natürlichen Kräften entspricht.

Die Slaven Oesterreichs (wir bezeichnen damit das nicht ungarische) 11¼ Millionen von 19.6 Millionen der Gesamtzahl stehen den gegenwärtigen Zuständen feindlich gegenüber, die Czechen außer dem Reichsrathe, die Polen

*) Der Verfasser unterscheidet gar nicht zwischen Februar und Dezember, und er hat darin Recht, denn in Betreff der in Rede stehenden Frage ist die Dezemberverfassung mit der Februarverfassung identisch und soll eben nur auf ein kleineres Gebiet angewendet werden.

Die Red.

und Slovenen in demselben. Alle verlangen eine Aenderung der gegenwärtigen Verfassung. Daß die Stimme der Majorität der nationalen Parteien nicht länger mehr ignoriert werden darf, dürfte Jedermann klar sein, der aus den wenigen Jahren unserer Experimentalpolitik (Schmerling, Belcredi, Beust) gelernt hat, daß jede nationale Partei den Staat schädigen und seine Fortentwicklung hemmen kann. Es war ein Grundfehler Belcredi's, daß er glaubte, er könne ohne Deutsche Oesterreich regeneriren *), wie es ein solcher Beust's war, zu glauben, daß er die Slaven zur Wiederbelebung Oesterreichs nicht brauche.

Allerdings scheinen diese so manches zu fordern, was mit dem Bestande des Reiches nicht vereinbar ist, und das ist denn auch gewöhnlich das Hauptmotiv der Abweisung derer, welche von einer Befriedigung der Slaven nichts wissen wollen. Wer könnte es auch leugnen, daß die Centrifugalkraft sich besonders in den letzten Jahren stark entwickelt hat — warum aber? weil die Centripetalkraft, die Anziehungskraft des Centrum's so gering war, denn für Slaven konnte eine aus Führern der ihnen feindlichen Partei bestehende Centralregierung gewiß keine Attraktion ausüben. Das ist aber vorübergehend — der Widerwille der Slaven wird mit Aenderung der Personen der Regierung wenigstens theilweise besiegt werden. Gegen das Reich Oesterreich haben sie keine Antipathie, im Gegentheile finden die Czechen und Slovenen nur in demselben ihre Befriedigung, die Polen halten wenigstens jetzt zu Oesterreich, bis ihr Polen wieder aufersteht, was denn doch noch lange nicht geschehen dürfte. Die extremen Forderungen, welche von slavischer Seite aufgestellt wurden, sind nur hervorgerufen durch die Gegenforderungen der deutschen und bureaukratischen Centralisten, und werden mit dem Einsinken in die Bahn des Ausgleiches nach und nach verschwinden. Wenn sie aber auch noch so extrem sind, sie bilden eine Basis der Verständigung, da doch nicht behauptet werden kann, daß man, weil man nicht alles gewähren kann, nicht einmal in Unterhandlung treten dürfe. Ist doch die galizische Resolution, deren vollständige Gewährung auch eine Unmöglichkeit (?) ist, jetzt vom Reichsrathe der verfassungsmäßigen Behandlung unterzogen worden.

Es ist eine Forderung der Staatsklugheit, keiner namhaften Partei im Staate berechtigten Anlaß zu der Klage zu geben, daß sie unterdrückt werde. Gleichberechtigung — selbstverständlich nur relative, d. h. gleiches Recht unter gleichen Bedingungen — muß jede Verfassung den Parteien gewähren. Der Staat kann aber nur von politischen Parteien regiert werden; die konservative, liberale, demokratische Partei hat ein, wenn auch vielleicht nicht in den Einzelheiten ausgesprochenes, so doch feststellbares Programm. Die nationa-

*) Von solchem Glauben war Graf Belcredi weit entfernt, und ist es der persöbste und zugleich lächerlichste Vorwurf, der diesem Minister gemacht wird, daß er die Deutschen in Oesterreich unterdrücken gewollt hätte. Er wollte als echt österreichischer Staatsmann eben nur die Gleichberechtigung aller Völler, und heute sieht wol jedermann ein, daß Oesterreich nur durch diese Gleichberechtigung regeneriert werden kann. Die Red.

len Parteien sind aber nicht regierungsfähig, denn in ihr vereinigen sich alle politischen Richtungen — ihr Endziel ist blos, gegen die Unterdrückung und für die Beförderung des nationalen Lebens zu wirken.

Kommt durch eine politische Ungeschicklichkeit eine nationale Partei an das Staatsruder, so wird sie, um sich wenigstens ihrer nationalen Partei gegenüber halten zu können, genöthigt sein, auf dem Wege des faulen Kompromisses zwischen konservativen und fortschrittlichen Ideen fortzuschleichen zu müssen. Wir sehen dies bei unserer gegenwärtigen Regierung, diese hat die feudalen, ultramontanen und konservativen Deutschen gegen sich, wollte sie die Zustimmung der ganzen deutschen Partei als Nationalität haben, so müßte sie mit allen auf Kosten der Freiheit sich ausgleichen. Das kann und will sie nicht, die übrigen nationalen Parteien stehen ihr ebenfalls feindlich gegenüber, und deshalb ist sie für die Länge der Zeit unhaltbar. Und so würde es den Slaven gerade gehen — können von dieser nationalen Partei liberale Minister an's Ruder — das Ende wäre immer dasselbe. Bei einem Ausgleich mit den nationalen Parteien muß es daher als erster Grundsatz gelten, daß dieser so zu geschehen hat, daß keine, weder die deutsche noch slavische Nationalpartei als solche sich der Zügel der Regierung bemächtigen kann, sondern, daß nur die wirklichen regierungsfähigen politischen Parteien, die sich aus allen Nationalitäten zusammensetzen, zur Regierung gelangen.“

Das sind sehr gesunde Ansichten, und sie wirken umso kräftiger, je einfacher und anspruchsloser sie ausgesprochen werden. Der Leser wird im Verlauf der kleinen Schrift, welche wir ihm empfehlen, recht beachtenswerthe Angaben über den Modus finden, wie der Ausgleich bewerkstelligt werden könnte, ohne dem konstitutionellen Prinzip irgend etwas zu vergeben. Gewiß muß jeder Gerechte und Freisinnige dem Verfasser beistimmen, der am Schlusse seines Schriftchens sagt:

„Alle diese Vorschläge setzen selbstverständlich den guten Willen der Betheiligten, insbesondere aber voraus, daß keine Nationalität über die andere herrschen, aber jede Oesterreich erhalten will. Fehlt dieser Wille, dann fehlt auch die Grundbedingung für die konstitutionelle Regierung in Oesterreich.“

Kleine kritische Chronik.

Vom 5. bis 12. Jänner.

I n l a n d.

Wir müssen unsern Ausdruck wiederholen, daß von dem jetzigen Reichsrathe für eine glückliche Lösung der Verfassungsfrage nichts zu hoffen ist. Die Adressentwürfe für beide Häuser bekräftigen uns in dieser traurigen Voraussicht. Wir haben vor einigen Wochen unserntheils eine Adresse an den Reichsrath gerichtet, unter der Ueberschrift:

„Der Reichsrath soll das Reich beraten.“ Wir riefen die Versammlung auf, zu der Ausgleichsaktion die Initiative zu geben. Wir haben uns damit lächerlich gemacht und werden uns solches nie mehr zu Schulden kommen lassen. Man hat es nicht mit einer Reichs-, sondern nur mit einer Parteipolitik zu thun. Eine sehr klein gewordene und täglich kleiner werdende Partei will lediglich ihr eigenes Ansehen bewahren, und zwar durch harte Konsequenz in der einmal vorgefaßten Idee, obwohl dieselbe durch Thatfachen als eine irrige, undurchführbare, verderbliche demonstriert worden ist.

Der Verfasser des Adressentwurfes für das Herrenhaus, Graf Anton Auerberg hat den Erwartungen der „Neuen freien Presse“ entsprochen und eine entschiedene Manifestation für das Wort Verfassung gemacht. Er erklärt jede weitere Konzeption an die Völker für unmöglich, weist also jeden Ausgleich ab. Unglückselige Verfangenheit in einer Verfassungspolitik nach der Schablone! Es ist uns unbegreiflich, daß der edle Freiheitkämpfer Anastasius Grün für die unsere Zeit bewegende nationale Freiheit weder Verstandniß noch Gefühl hat. Doch er hat es; aber leider nur für die deutsche Nationalität allein. Für das Abgeordnetenhaus hatte Graf Spiegel einen Adressentwurf ausgearbeitet, welcher der thatsächlichen Situation entsprach. Er wurde vom Comité verworfen. Nun hat Baron Tinti einen Entwurf konzipiert, welcher des Beifalles der verfassungstreuen Terroristen sicher ist. Baron Tinti offenbart eine bureaukratische Anschauung und Gesinnung, die ihn würdig macht, neben Giska und Herbst Minister zu werden. Er wagt es, die nationale und staatsrechtliche Opposition ganzer Völker als ungeheuerlichen Widerstand eines irreführten Theiles der Bevölkerung zu bezeichnen! Doch ist er mildherzig genug, den oppositionellen Völkern, wenn sie sich unterwerfen, einige reichsräthliche Gnaden in Aussicht zu stellen. Wahrlich, wenn man diesen Passus des Tinti'schen Entwurfes liest, so glaubt man eine Proklamation eines Generals an die Borchsen zu lesen. — Doch es ist nicht der Mühe werth, die Adressentwürfe weiter zu kritisiren. Man muß in der That wünschen, daß sie unverändert angenommen, ja noch verschärft werden mögen, denn dann wird die dringend nothwendige Entscheidung rascher eintreten.

Nach pikanten Berichten über vertrauliche Verhandlungen der verfassungstreuen Minister und Abgeordneten, Berichten, welche zwar das Publikum amüsiren, aber für das Ansehen weder der Minister, noch der Abgeordneten nützlich sind, ist die Ministerkrisis noch immer akut. Es ist keine Versöhnung eingetreten. Die Verfassungstreuen hoffen, daß die Fünf nicht bloß über die Drei, sondern über Vier, d. h. auch über den Grafen Beust triumphiren werden. Dann würde Giska allmächtiger Minister, was ihm gewiß sehr angenehm wäre, zumal er dann durch energische Mittel die Verfassung durchführen und der Regierung — Achtung verschaffen könnte. Ueber den Grafen Beust wird im Namen der Fünf (aber doch wol nicht in ihrem Auftrage) in den verfassungstreuen Journalen erbittert geklagt. Beust ist ausgleichsfreundlich, er will als Reichskanzler sich nicht bloß mit dem Ausland, sondern auch mit dem Inland beschäftigen und — hört! — das Ohr des Monarchen ist ihm täglich offen, und dann hat er auch noch den Dispositionsfond in Händen! Dieser Fond spielt bei der Ministerkrisis eine merkwürdige Rolle. Traurig charakteristisch ist es, daß diese Krisis so aufgefaßt wird, als ob es sich nicht um Oesterreich, sondern eben nur um die Fünf und die Drei handelte. Ein rascher Entschluß, um Oesterreich aus der Rottepolitik zu retten ist dringend nothwendig. Morgen sollen die Memoranden der beiden Ministerfraktionen veröffentlicht werden. Man wird nicht viel Neues erfahren.

Aus der Militärgrenze haben wir neuerdings zwei gegen die Pester Politik protestirende Repräsentationen zu verzeichnen, nämlich von den Kompagniekationsorten Babinagreda und Gundinac. Nachgerade beschäftigen sich auch die verfassungstreuen

Blätter angelegentlich mit der Grenzfrage. Die beiden Warasdiner Regimenter sollen bereits thatsächlich aufgelöst sein. Das wäre allerdings ein Zeichen, daß Graf Andrássy sehr mächtig ist, aber wegen der geographisch isolirten Lage des bezüglichen Bezirkes nicht entscheidend für die eigentliche Grenzfrage.

Auf Bischof Strophmayer soll in Rom ein Mordattentat versucht, aber glücklich vereitelt worden sein.

U n s l a n d.

Die neue Aera in Frankreich beginnt ganz gemüthlich. Die Interpellationen und Anträge der Rochefort's, Raspail's und Gambetta's bilden nur pikante Episoden. Die blutige Affaire zwischen dem Prinzen Peter Napoleon und einem Mitarbeiter Rochefort's könnte üble Folgen haben; doch der Prinz ist verhaftet (er hat sich freiwillig gestellt) und der Kaiser hat es gebilligt. Ob Napoleon III. sich wirklich aufrichtig zum Konstitutionalismus bekehrt hat? Warum sollte er es nicht? Er hat alle Fähigkeiten, um die Rolle eines konstitutionellen Monarchen zu spielen und dabei doch wirklicher Monarch zu sein. Die Welt hat Ursache, dem französischen Parlamentarismus ein glückliches Gedeihen zu wünschen, denn er sichert den Frieden.

So hat Bismarck in aller Stille, ohne gestört zu werden, einen wichtigen Akt vollziehen können, nämlich die Vereinigung des preussischen Ministeriums des Aeußern mit der norddeutschen Bundeskanzlei. Ein bedeutsamer Schritt zur Unifizierung.

Ein erfreuliches Zeichen des Fortschrittes der Kulturthätigkeit in Rumänien ist die Eröffnung der neuen Universität in Bukarest (in Jassy besteht schon lange eine Hochschule). Die Eröffnung hat mit entsprechender Feierlichkeit in Anwesenheit des Fürstenpaares stattgefunden. Fürst Karl sprach die bedeutsamen Worte: „Unsere Nation, voll Jugend und Intelligenz und so sehr der Civilisation zugänglich, wird mit Erfolg von der Frucht der Wissenschaft kosten, und unser Land wird einen Mittelpunkt der Aufklärung im Orient bilden können.“ Allgemeiner Beifall bewies, daß die Bedeutung dieser Worte wohl verstanden wurde und große Hoffnungen erweckte.

Wiener Konzertsaison.

H. W. „Per me si va nella città cantante.“ Das hätte Meister Theophil Hansen über die Pforte jenes prachtvollen Tempels schreiben können, den er für die Gesellschaft der Musikfreunde ausgerichtet hat, und der am 5. d. M. bei der Feier der, vom Kaiser selbst vorgenommenen Schlusssteinlegung als vollendet proklamirt worden ist. Und der herrliche Bau, der das sonst so wenig poetische Ufer der Wien mit dem Refleze hellenischer Baukunst schmückt, ist wirklich vollendet, der König hat gebaut, aber die Kärntner haben noch immer zu thun, — nicht etwa die kritisirenden Herren, deren Tagewerk in diesen, der Harmonie geweihten Hallen erst jetzt beginnt und sich wie bisher ohne Zweifel durch Disharmonie auszeichnen wird (die Majestät der öffentlichen Meinung, gegenüber der Majestät des Kunstwerks!), sondern die leidhaftigen, larrenschreibenden Exekutivorgane des anordnenden Geistes, die Tischler, Anstreicher und Konferten. Unbeirrt von diesen Mächten niederer Ordnung, deren Mißach-

tung sich an den eröffnungslustigen „Musikfreunden“ höchstens durch eine Verbrämung der Garderobe mit Hobelspänen und Farbentlecken oder durch einen Rheumatismus rächte, fand am Tage der Drei Könige das erste Gesellschaftskonzert im neuen Hause statt. Wir werden es heute nicht rezensiren, dieses Konzert, an das sich eine unübersehbare Reihe von Musikproduktionen im großen und kleinen, im guten und vielleicht auch im schlechten Ethyle ketten wird, — denn alle Künstler, die bis jetzt im großen oder kleinen Redoutensaal auftraten oder durch die geheimnißvollen Löcher des Vereinshauses unter den Tuchlauben schlüpfen, sie werden von nun an das neue Haus aufsuchen, um mit ihren Tönen zur musikalischen Welt zu reden, vorausgesetzt, daß es ihnen nicht am Gelde fehlt, um ein so glänzendes Postament ihres Ruhmes auch zu bezahlen. Hoffentlich wird die Gesellschaft der Musikfreunde so musikalisch und so freundlich sein, gar manchen guten Leuten und schlechten — Zahlern, die eben ein Lokale für ihre Unsterblichkeit brauchen, ein Asyl zu bieten mit Ritter Bertrams beachtenswerthen Worten: „Ja, das Gold ist nur Chimäre!“ In der That, wir zweifeln nicht, daß in diesen Räumen das gesammte musikalische Wien repräsentirt sein wird, diese *città cantante*, über deren „leitende Motive“ gewiß auch der rappellköpfigste Mensch entzückt sein müßte, wenn er nur „an'dre Ohren hätte.“

Wie gesagt, beim Eröffnungskonzerte des Musikvereins wollen wir uns heute nicht aufhalten, obwol die Produktion sehr gelungen war, und obwol der Dirigent Herbeck nicht mit so heftigem Applause empfangen wurde, als — er selbst gewünscht haben soll. Wir werden nicht musikalische Zukunftspolitik treiben, sondern lieber eine Rückschau halten auf das, was in den letzten Monaten des nun abgeschiedenen Jahres auf musikalischem Gebiete Erwähnenswerthes zu Tage getreten ist. Fast möchten wir eine solche Revue über Vergangenes eine Todtenschau nennen, denn ach, auch die berauschesten Melodien sind längst verklungen, über die Leiden und Leidenschaften der Künstler, über ihre Kämpfe und Siege ist das musikalische Wien mit seinem Straußenmagen jetzt bereits zur Tagesordnung übergegangen (es ist ja inzwischen die Murska gekommen), und wir selbst sind ganz darnach gestimmt, das Amt des Todtenrichters *sine ira et studio* auszuüben. Doch es wird sich nicht so fürchterlich ernst anlassen, als du etwa besorgen magst, lieber Leser. Denn sieh, dem Verfehlten gegenüber haben sich die Runzeln unserer Stirne allmählig geglättet, und die Strenge der Richtermiene ist dem gutmüthigen Lächeln des Humors gewichen; das Andenken des Schönen und Erhabenen jedoch lebt — mächtiger Anregungen voll — in unserer Seele fort, ein um so theurerer Besitz, eben weil wir die Ereignisse selbst dem Staube der Vergangenheit nicht mehr entreißen können. Warum sollt' es uns verwehrt sein, vom Vergangenen zu sagen, daß es nicht vergessen sei? Warum sollen wir nicht dem Wunsche Faust's Ausdruck geben: „O tönet fort, ihr süßen Himmel, lieber!“ Es wird ja durch die Ragenmusik unsers politischen Lebens hinlänglich

dafür gesorgt, daß die Resonanz der „Himmelslieder“ nicht gar zu lang nachhalle.

Fangen wir mit den „großen“ Konzerten an. Wem sollen wir da den Vortritt lassen: den philharmonischen, oder den Abonnementskonzerten im neuen Opernhause? Wir beabsichtigen über diesen kläglichen Punkt demnächst einen jener Gelehrten zu befragen, die das Gras wachsen hören, wenn es — von Herbed gesäet ist. Da wir viel zu schüchtern sind, um uns in das Getümmel und mitten unter die fliegenden Pflastersteine der Herbed-Dessoff-Schlacht zu wagen, so seien die beiden Konzertinstitute hübsch anständig in Eine Reihe gestellt. Herbed rechts oder links, Dessoff links oder rechts, und zwischen beiden Propheten unsere Wenigkeit als „Weltkind“ mitten drinnen. Das Weltkind findet nun auf beiden Seiten dasselbe Hofopernorchester, nur für den kleineren Raum (im alten Operntheater, wo die Philharmoniker zu Hause sind) in kleineren, für den größern Raum in größeren Dimensionen; es findet in den beiderseitigen Programmen hinsichtlich der Instrumentalwerke die gleiche Richtung, hier und dort einen feingebildeten, praktisch erprobten Musiker am Dirigentenpulte, hier und dort volle Säle und jubelnden Applaus. Könnten damit nicht beide Feldherren und ihr Anhang zufrieden sein? Wäre es wirklich für Wien ein Vortheil, wenn es neben den Konzerten im neuen Opernhause keine philharmonischen mehr gäbe, oder wenn in beiden derselbe Mann, der von uns aufrichtig hochverehrte Johann Herbed den Taktirstab schwingen würde? Wir können uns nur freuen, wenn uns die Rivalität beider Dirigenten Gelegenheit gibt, die Meisterwerke der Tonkunst stets in würdiger Aufführung, aber doch in jener Verschiedenheit individueller Geistesrichtung kennen zu lernen, welche dem Temperamente jedes der beiden hochverdienten Dirigenten entspricht. Der Eine hat mehr Feuer, der Andere vielleicht mehr Objektivität; wie werthvoll ist jede dieser Eigenschaften für den Leiter eines Orchesters! Vergesse nur Keiner, daß die Objektivität nicht zur Indifferenz, die Subjektivität nicht zur manierirten Nuancirung, nicht zur Sucht führen dürfe, wo möglich alles anders zu machen, als die Vorgänger. Ein Punkt aber ist es, gegen den wir ein unbedingtes Veto einlegen müssen, dagegen nämlich, daß in den kolossalen Räumen des neuen Opernhauses Vieder für eine Singstimme mit Klavierbegleitung vorgetragen werden.

Von den hiesigen Chorvereinen für gemischten Gesang, war jener der „Singakademie“ der einzige, welcher im alten Jahre noch mit einem großen Konzerte vor's Publikum trat, und zwar mit einem Programme, welches allen Anspruch darauf hatte, die Aufmerksamkeit der Musikkreunde zu erregen. Der aus tiefer Verkommenheit wieder lebenskräftig emporgestiegene Verein, dessen Mitglieder unter Weinwurm's artistischer Führung mit rühmendwerther Energie zu einander halten, ist nach Jahren der Trübsal und innerer Sammlung jetzt zum erstenmale wieder in den großen Redoutensaal eingezogen und hat durch seine Leistung jedem Unpartheiischen den Beweis geliefert, daß die Singakademie

berechtigt sei, unter die Faktoren des Wiener Musiklebens gezählt zu werden. Ein Kritiker hat ihr zwar zugerufen: „L'art de vaincre est perdu sans l'art de subsister;“ aber wir antworten darauf, daß der Krieg sich selbst ernähren muß, und daß die Singakademie, obwohl sie derzeit nur erst halb so groß ist wie der Singverein, sich bei ihrer „Kunst, zu siegen“ ganz wohl befindet. Nicht vor den publizistischen Reulenschlägen ihrer Gegner hat sie sich zu fürchten, denn solcher Grimm mag ihr nur beweisen, daß sie für sanftere Hiebe bereits zu stark geworden, — sondern vor gewissen Nadelstichen, die auch dem robustesten Körper unerträglich werden müssen, wenn er ihnen nach des Schicksals Rathschluß nicht entgehen kann. Auch wer zufälligerweise sich selbst sticht, empfindet den Schmerz. Wenn man übrigens der Singakademie aus Anlaß ihres letzten Konzertes den Vorwurf machte, daß Ferd. Stegmaier todt und Rud. Weinwurm am Leben sei, so mögen die wohlwollenden Tadler uns doch die Frage beantworten, wer denn dem armen Stegmaier, als er noch lebte und Chormeister der Singakademie war, die erbittertste Opposition gemacht hat? Herr Weinwurm soll sich daher ja nicht voreilig begraben lassen, denn sonst könnte ihm die Freude verdorben werden, aus dem Munde derselben Publizisten die Worte zu hören: „Ja, wenn die Akademie ihren Weinwurm nicht verloren hätte! Der hat sie emporgebracht.“

Wir wissen nicht genau, wie viele Männergesangsvereine es demalen in Wien gibt; wenn man aber von „dem“ Wiener Männergesangsvereine spricht, so meint man bekanntlich nur einen einzigen, dessen Civilgott Nikolaus Dumba ist, und dessen Kriegsgott einst Herbed war. Herbed ist später ins Emphyreum eines Ehrengottes emporgestiegen, und ließ auf Erden Herrn Weinwurm als dienstthuenden Stellvertreter zurück. Seit aber Herbed in neuester Zeit dazu berufen wurde, dem Pegasus des Hofoperentheaters (oder gar den beiden Pegasusen!) auf die Flügel zu helfen — was selbst für den Ehrengott eines Gesangsvereins eine allzu anstrengende Arbeit ist — vertheilte der Verein die Kriegsführerschaft nach dem beliebten dualistischen Prinzip unter die Herren Weinwurm und Kremsler. Wir fürchten immer, daß einer von ihnen plötzlich mit einer „Konvedarnee“ aufmarschiren, und dann der andere seine „Landwehr“ nur auf — dem Papiere finden wird. Doch — ein politischer Witz, ein garstiger Witz, den wir nur damit entschuldigen wollen, daß er gar nicht auf die beiden Chormeister unseres Männergesangsvereins, sondern auf ganz andere Meister und deren Gefellen gemünzt ist. Im ersten Konzerte des Vereins dirigirten beide Chormeister friedlich und erfolgreich neben-, rectius hintereinander. Die Situation der ausschließlich von Männern gebildeten Chorvereine wird übrigens im öffentlichen Leben, d. h. im Konzertsale von Jahr zu Jahr schwieriger, weil die Literatur des Männergesangs mit der Größe der Gesangskonsumtion keineswegs im gleichen Maße fortschreitet. Das ist selbstverständlich kein Vorwurf für die Sänger, aber ein Malheur für ihre Konzertprogramme. Das Gute ist schon zu oft gehört worden,

und das Neue keineswegs immer gut, wenigstens nicht für eine Konzertaufführung. In dieser Noth haben die Männergesangsvereine freilich einigen Trost im Hinblick auf das eigenthümlich zusammengesetzte Publikum gerade für diese Spezies von Musikaufführungen. Man thut diesem Publikum im Ganzen und Großen weder unrecht noch wehe, wenn man es ein „gemischtes“, oder ein „naives“ nennt, das an die Tonkunst wenig höhere Ansprüche stellt, als daß sie „ins Ohr gehe“. Nun, daran ist kein Mangel. Wir unbescheidenen Leute jedoch würden der gesammten Männerfingerei rathen, für einige Zeit das Konzertgeben ganz beiseite zu lassen und sich in die gemüthliche Runde ihrer Liedertafeln zurückzuziehen. Dort herrscht ein ganz anderes Leben, wovon sich Jeder überzeugen konnte, der bei der Sylvesterfeier des Wiener Männergesangsvereins zugegen war. Bei der Liedertafel treibt der Humor ungestört sein tolles, übermüthiges Wesen, und gibt Ersatz für manche musikalische Mittelmäßigkeit; wenn man aber den Humor im schwarzen Frack aufs Konzertpodium schleppen wollte, so würde ihm auf der Stelle übel werden.

Es ist unmöglich, mit der Vergangenheit abzuschließen, ohne dem alten Musikvereinssaale einen Scheideblick zuzuwenden, jenem bescheidenen Kunsttempel, in dessen Cercle der „Herr Mathias“ mit väterlicher Strenge darüber wachte, daß in der Numerirung der Sitze ja nicht etwa die arithmetische Ordnung überhand nehme. War ein „Virtuosenzkonzert“ schlecht besucht (und das war in den verfloffenen zwei Monaten fast regelmäßig der Fall), so konnte sich ein Stammgast des fashionablen Cercle der Länge nach auf den Sitzen Nr. 20, 36 und 49 und auf Nr. 15, 90 und 64 u. s. w. ausstrecken, um der ästhetischen Verdauung zu pflegen. Im Allgemeinen bewies das Publikum blutwenig Interesse für die hier konzertirenden Damen und Herren, obwohl ihrer gar nicht viele waren; wir entsinnen uns nur der Fräuleins Rahrer und Stern, der Herren Stiehl, Straus und Besekirsky. Nur ein Name wie Klara Schumann konnte durchdringen und das dichtgefüllte Haus mit Beifallsjubiläum erfüllen. Das ist für kleinere Größen freilich betrübend, aber lehrreich, und wird uns vielleicht heuer in der gefährlichen Zeit bis Ostern vor dem sonst weit geöffneten Rachen des brüllenden KonzertsLöwen einigermaßen beschützen. Auch drei Streichquartett-Gesellschaften hatten sich unter den Tuchlauben etablirt, die der Herren Grün, Hellmesberger und Becker; doch nur die zwei letzteren vermochten sich zu behaupten und die ihnen gebührende hohe Anerkennung zu erringen. Der vor zwei Jahren wüthend entbrannte Streit zwischen den Parteien Hellmesberger und Becker (Florentiner) hat nun gottlob ausgetobt, und es musiziert nun jeder drauf los, als ob es keinen Gott gebe außer ihm. So ist's recht, so will es unser Vorthheil, der für die Quartettisten beider Lager gewiß kein Nachtheil ist.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

(Fortsetzung.)

IX.

Der erste habsburgische Herzog.

Es war Albrecht I. sowohl nach den tatsächlichen Verhältnissen als nach seinem Charakter nicht gegeben, die habsburgische Herrschaft über die österreichischen Länder freundlich und friedlich einzuleiten. Die Zeit seiner Regierung war von innern und äußern Kämpfen erfüllt. Nicht nur Wahrung und Befestigung, sondern Erweiterung seiner Rechte und Macht war das Ziel Albrechts, nach Norden und Süden, nach Osten und Westen griff er kriegerisch aus und im Innern strebte er mit harter Strenge darnach, sich unbeschränkte Alleinherrschaft zu gründen.

Gleich im ersten Jahre seiner Regierung, 1283, zog Albrecht gegen den Herzog Heinrich von Baiern ins Feld. Diesem waren die oberösterreichischen Städte für den Brautshaß seiner Gemalin, der Tochter des Kaisers Rudolf verpfändet. Albrecht wollte diese von seinem Vater verflügte Belastung Oberösterreichs nicht anerkennen und sammelte bei Wels ein Heer, während Heinrich von Baiern ebenfalls mit bewaffneten Schaaren heranzog. Da vermittelten Graf Meinhard von Tirol und die Bischöfe von Salzburg, Regensburg und Passau den Frieden. Albrecht befriedigte den Herzog Heinrich mit einigen Summen und befreite Oberösterreich von der baierischen Sequestration, ließ aber nach dem Friedensschlusse einige Burgen brechen, um die Grenzen zu sichern.

Durch die Feindseligkeiten, welche zwischen dem neuen Erzbischof von Salzburg, Rudolf, und dem Abmonter Abt Heinrich herrschten, ließ Albrecht sich wiederholt zu blutigen Fehden mit dem Erzbischof hinreißen, obwol dessen Vorgänger der treueste Anhänger Rudolfs und ein mächtiger Förderer der habsburgischen Herrschaft über Oesterreich gewesen war. Albrecht trat fortwährend als Beschützer des Abtes von Admont auf, den er zum Landeshauptmann von Steiermark erhoben hatte und sich von ihm in allen Angelegenheiten fast willenlos leiten ließ. Daraus entstanden Fehden, welche für die beiderseitigen Länder äußerst verderblich wurden. Albrechts fromme Gemalin Elisabeth vermittelte wiederholt den Frieden und bewog schließlich den Erzbischof von Salzburg, nach Wien zu kommen. Er folgte im Vertrauen auf den Einfluß der Herzogin der Einladung, ohne sich freies Geleite zu sichern, wurde in Wien zwar mit Ehren empfangen, machte aber bald die Erfahrung, daß Albrecht ihn als Gefangenen betrachtete und durchaus nicht gewillt war, ihm irgend eine Konzession zu machen. Da verlangte der Erzbischof freies Geleit zur Heimreise, erhielt dasselbe aber nur für den Weg über die österreichisch-steierische Grenze bis zur ersten salzburgischen Feste. Dies bedeutete, daß der Kirchenfürst auf steierischem Boden von den herzoglichen oder abmontischen Dienstmännern aufgehoben werden würde. Um

diesem Schicksale zu entgehen, willigte Rudolf in alle Forderungen Albrechts. Darauf wurde er von dem Bischof von Chiemsee und Ulrich von Kapellen nach Salzburg geleitet, um daselbst in der Kathedrale alle Urkunden auszuliefern, auf welche er seine Rechte gegen Admont stützte. Er that es weinend in Gegenwart der Domherren und Ministerialen. Der Bischof von Chiemsee schnitt von den Urkunden die Siegel ab, und Ulrich von Kapellen zerriß dieselben. Hierauf begab sich der Erzbischof nach Erfurt, wo der Kaiser einen Reichstag hielt. Doch Rudolf entschied zu Gunsten Admonts und befreite das Kloster von allen Verbindlichkeiten gegen das Erztstift Salzburg. Das tränkte den Erzbischof Rudolf so sehr, daß er am Altare, während er die Messe zelebrierte, vom Schläge getroffen wurde und drei Tage darnach starb. Es war auch die Vermuthung verbreitet, daß er vergiftet worden sei.

Auch gegen Ungarn führte Albrecht wiederholt Krieg; zunächst aber nur gegen den wilden Grenzgrafen Iwan von Güssing, den sein eigener König nicht bezwingen konnte, und der auf eigene Faust wiederholt räuberisch in Steiermark eingebrochen war. Zweimal schlug er die Steirer und Oesterreicher, welche ihm zuerst unter dem Abt von Admont und dann unter dem herzoglichen Feldhauptmann von Landenberg entgegen gezogen waren, und Albrecht mußte sich zu einem nachtheiligen Frieden mit dem wilden Freibeuter herbeilassen. Da aber die Räubereien desselben nicht aufhörten, beschloß Albrecht den „räuberischen Wolf“ zu züchtigen. Dazu waren zwei blutige Feldzüge nothwendig, bis es Albrechten gelang, die feste Burg Iwans, Güns zu erobern. Sie erhielt nun österreichische Besatzung und wurde mit dem größten Theile der Besitzungen Iwans der Herrschaft Albrechts unterworfen.

Der ungarische König Ladislaus, der sich über die Züchtigung seines übermüthigen Vasallen freute, ließ diese österreichische Besitzergreifung ohne Widerspruch geschehen, und dies war mit eine Ursache, warum der König von drei humanischen Hauptlingen überfallen und gräßlich ermordet wurde (1290). Ladislaus hinterließ keine Kinder, und nun trat ein Ereigniß ein, welches in merkwürdiger Weise die weit reichenden Intentionen offenbarte, von welchen die habsburgische Politik schon damals erfüllt war. Herzog Albrecht eilte nämlich nach Erfurt, um seinen kaiserlichen Vater zu bitten, die ungarische Erbangelegenheit zu entscheiden. Wirklich erklärte nun Kaiser Rudolf in einer Urkunde vom 31. August 1290, Bela IV. sei vom Kaiser Friedrich II. mit Ungarn belehnt worden, dieses Königreich sei daher ein durch den kinderlosen Heimgang des Königs Ladislaus an das deutsche Reich heimgefallenes Lehen. An demselben Tage belehnte Kaiser Rudolf seinen Sohn Albrecht, Herzog von Oesterreich mit dem Königreich Ungarn. Dieser Akt hatte zunächst nichts als einen blutigen Krieg zur Folge.

Vor den erzählten Ereignissen und während derselben brach eine Empörung der Wiener gegen den Herzog Albrecht aus. Die Wiener waren, wie bereits erwähnt, höchst unzufrieden damit, daß Albrecht ihr Privilegium der Reichsunmittelbarkeit als durch seine Belehnung stillschweigend aufgehoben betrachtete. Vergebens protestirten sie dagegen. Der Herzog behandelte Wien mit Strenge wie die andern Landstädte, belegte es mit Steuern und verhielt es zur Stellung von Krieglenten für seine beständigen Fehden, während die Wiener nach ihren Privilegien nur vor ihren eigenen Thoren und nur von Sonnenaufgang bis Untergang zum Waffendienste verpflichtet waren. Auch begünstigte Albrecht entgegen dem alten Stapelrechte Wiens die fremden Kaufleute, wodurch die Wiener Kaufherren und die vielen in ihren Diensten stehenden Arbeiter sich schwer benach-

theiligt sahen. Die Unzufriedenheit wurde immer größer und allgemeiner, und der Stadtrath, in welchem noch der Geist Paltrams herrschte, begünstigte dieselbe. Viele Landeble, welchen die strenge Herrschaft Albrechts verhaßt war, stachelten die Wiener auf und versprachen ihnen Hilfe.

Endlich kam es gegen Ende des Jahres 1287 zur offenen Empörung. Das Volk rottete sich zusammen, zog vor die Burg, stieß heftige Schimpfreden und Drohungen gegen den Herzog und seine Schwaben aus und mißhandelte mehrere Hofleute, welche aus der Burg kamen, um zur Ruhe zu ermahnen. Die Bürgerschaft versammelte sich und schickte Abgesandte an den Herzog und ließ ihn aufordern die Rechte der Stadt unangetastet zu lassen, da jeder Einwohner entschlossen wäre, dieselben mit Gut und Blut zu vertheidigen. Besonders revolutionär geberdeten sich die Schuster, welche den Herzog wissen ließen, sie hätten Kräfte genug, um den Burggraben auszufüllen und die Achtung der Stadtrechte zu erzwingen.

Doch Herzog Albrecht ließ sich nicht einschüchtern. Er erklärte den Abgeordneten der Bürgerschaft, daß er sich durch Drohungen nichts abzwängen lassen, so denn die Rebellen gebührend bestrafen werde. Selbst seine Räte wurden ängstlich und riefen zur Nachgiebigkeit, doch Albrecht gab ihnen folgende charakteristische Antwort: „Wozu rathet ihr? Wenn ich jetzt nachgebe, müßte ich mich auch fernerhin ihrem Willen beugen und noch ungestümere Forderungen bewilligen.“ Bevor Volk und Rath zu einem Entschlusse kamen, verließ der Herzog in Eile mit seiner Familie und seinem Hofstaat die Wiener Burg und bezog die auf dem Leopoldsberge, um von da die empörte Stadt zu bezwingen.

Seine Maßregeln waren wohl berechnet. Er ließ Wien eng umzingeln, alle Zugänge zu Wasser und zu Lande mit Bewaffneten besetzen, jede Zufuhr von Lebensmitteln, jeden Handelsverkehr abschneiden. Als bald entstand in der Stadt eine furchtbare Theuerung der Lebensmittel, und stockten alle Geschäfte. Die Folge davon war, daß die Handwerker und ihre Gehilfen nun ihren Zorn gegen die Vornehmen und Reichen wendeten und von ihnen verlangten, entweder Lebensmittel und Geld zu schaffen, oder mit dem Herzog Frieden zu machen. Nur mit Mühe gelang es dem Stadtrathe und den Patriziern, unter denen sich vorzüglich der Ritter Konrad von Breitenfeld durch heftige Feindschaft gegen den Herzog auszeichnete, das Volk noch zu beschwichtigen und eine Frist zu gewinnen, binnen welcher nach ihrer Hoffnung und Verheißung der Herzog nachgeben würde.

Doch Albrecht dachte nicht an Nachgiebigkeit, denn er war der für ihn günstigen Entwicklung der Dinge sicher. Bald herrschte in Wien Hungersnoth, brachen Seuchen aus, und das Volk wurde nun gegen die Vornehmen, die es seine Verföhler nannte, wüthend. Zwar gelang es der Geistlichkeit, blutige Gewaltthaten zu verhüten, doch das Volk erklärte, daß binnen sechs Tagen Frieden gemacht werden müßte, sonst würden die Häupter der Stadt gefesselt dem Herzog überliefert werden. Diese sahen sich nun gezwungen, zwischen zwei Uebeln das kleinere zu wählen; um der Wuth des Volkes zu entgehen, sich dem Herzog zu unterwerfen. Doch sie wagten es nicht, vor demselben zu erscheinen, sondern baten den Abt zu den Schotten, sich in die Herzogsburg zu begeben und die Vermittlung der Herzogin Elisabeth zu ersuchen.

Die mild gestimmte Frau erfüllte diese Bitte, konnte aber von dem strengen Gemal nichts erreichen, als daß er den Wienern entbieten ließ: „Drei Tage und Nächte sollen eure Abgesandten sicheres Geleit haben, um zu mir zu kommen und meine ernste Willensmeinung zu vernehmen.“ So mußten sich nun die

Stadthaupter persönlich zu der schweren Bußfahrt entschließen, und es ritten „von Wienn die pesten“ auf den Leopoldsberg, wo sie jedoch nicht vor den Herzog gelassen, sondern an dessen Rätthe gewiesen wurden. Ihnen erklärten sie, daß sie dem Herzog mehr als früher steuern wollten, nur möchte er der Stadt ihre alten Handvesten lassen. Die Rätthe meldeten dies dem Herzog, doch dieser erklärte: „Die Abgesandten sollen sofort heimkehren und den Wienern sagen, es wäre an keine Ausöhnung und Gnade zu denken, bevor sie nicht ihre sämtlichen Handvesten ausgeliefert hätten; ferner müßten sie die Ringmauern an zwei Stellen den Burghoren gegenüber niederreißen; zur Erfüllung dieser Bedingungen seien ihnen noch drei Tage gewährt, als allerletzte Frist.“

Diese strenge Botschaft verbreitete unter den vornehmen Wienern Schrecken und Zorn. Die muthigeren, Konrad von Breitenfeld an der Spitze, wollten zum Kampf gegen den Herzog ausbrechen und dabei zugleich die Armen aus der Stadt schaffen, damit sie auf dem Lande Nahrung fänden; doch das Volk empörte sich gegen diese Maßregel und drohte mit Mord und Brand. So mußten denn neue Abgesandte gewählt werden, um dem Herzog die Handvesten der Stadt auf seine Burg zu bringen. Zu diesem Akte hatte Albrecht auch alle jene Landedlen herbeischaffen lassen, welche mit den aufständischen Wienern konspirirt. In feierlicher Versammlung wurden nun die Freiheitsurkunden Wiens laut verlesen, und alle, in denen Vorrechte enthalten waren, welche den herzoglichen Rechten und Einkünften Abbruch thaten, wurden im Angesichte der Abgeordneten der Stadt zerrissen. Darauf mußten der Stadtrath und der Bürgerausschuß dem Herzog den Eid der Treue leisten, worüber am 18. Februar 1288 eine Urkunde ausgestellt wurde. In derselben versprachen die Wiener dem Herzog Albrecht und seinen Erben für alle Zeiten aufrichtige und unverbrüchliche Treue und gelobten, wenn gegen ihn wieder eine Verschwörung entstehen sollte, dieselbe sofort anzuzeigen, widrigens sie als treubruchige, ehrlose Menschen mit ihren Gütern und Leibern dem Herzoge verfallen sein sollten. Doch das genügte dem Herzog noch nicht, sondern neun Tage später mußten der Stadtrath und die Gemeinde von Wien eine neue Urkunde ausstellen, in welcher sie förmlich und feierlich auf alle Rechte und Freiheiten, sie mochten Namen welche immer haben, die ihnen Kaiser Rudolf verliehen, unbedingt Verzicht leisteten. Der Kaiser selber erließ am 26. April 1288 aus dem Lager von Weissenburg an die Oesterreicher jedes Standes ein Befehlsschreiben, worin er ihnen auftrug, seinem Sohne Albrecht und seinen Nachfolgern zu gehorchen, unangesehen aller Eide, die sie ihm selbst, oder dem römischen Reiche geleistet hätten, von denen sie hiermit entbunden wären, und unangesehen aller Urkunden und Privilegien, die er ihnen verliehen. In Folge dieses Befehles stellten die Edlen und Bürger Wiens neue Unterwerfungsurkunden aus, und Herzog Albrecht verlangte solche besonders von denen, welche bei dem Aufstande eine hervorragende Rolle gespielt, namentlich von Konrad von Breitenfeld.

Auf solche Art wurde Wien der habsburgischen Herrschaft unterworfen, und damit eine Landesherrlichkeit gegründet, wie sie damals kein anderer Reichsfürst, ja der Kaiser selber nicht besaß. Albrecht begnügte sich aber mit dieser Unterwerfung und verhängte über niemanden eine Strafe. Wien blieb ihm fortan getreu, und er belohnte es am 11. Februar 1296 mit einer neuen werthvollen Handveste.

(Fortsetzung folgt.)

Eine romanische Adresse.

Von der romanischen Jugend in Pest-Ofen erhielt ich eine Anerkennungsadresse, für welche ich hiermit meinen innigsten Dank ausspreche und die ich, mit Weglassung einiger allzuschmeichelhafter Ausdrücke, hier abzu drucken mich verpflichtet fühle, weil sie Zeugniß gibt von der edlen Gesinnung und den begeisterten Gefühlen der Jugend des mächtig aufstrebenden romanischen Volkes.

Franz Schusella.

„In den Kranz der Verdienste, die Sie sich auf dem Gebiete der Journalistik durch die heldenmüthige Vertheidigung der Rechte und Freiheiten aller Menschen und aller Nationen und unserer, der romanischen Nation insbesondere erworben haben, fügten Sie in jüngster Zeit einige sehr werthvolle und glänzende Blätter, die uns zur Bewunderung hinreißen.

Wir fühlen uns glücklich, Sie, geehrtester Herr, als einen mächtigen Kommitenten in den Reihen unserer nationalen Vorkämpfer begrüßen, und Ihr geschätztes Organ „die Reform“ als die Vertreterin unserer gerechten Sache vor dem gebildeten deutschen Publikum hochschätzen zu können.

Die Sache der romanischen Nation ist die Sache des ewigen Rechtes der Freiheit, der Zivilisation und des Fortschrittes, also mit dem Ziele der Menschheit identisch; deshalb begreifen wir es auch sehr wohl, ja wir fühlen es aus Ihren Schriften, daß Sie die Menschheit schätzen und lieben; denn nur wer diese schützt und liebt, ist eines solchen Kampfes mit solcher Losagung und Ausdauer fähig, und deshalb schätzen und lieben auch wir Sie mit aller Kraft und Aufmerksamkeit junger und offener Herzen.

Gestatten Sie daher uns, der ihre Nation anbetenden, für deren glückliche Zukunft schwärmenden romanischen Jugend, daß wir Ihnen für die kräftige Unterstützung und edle Vertheidigung unserer nationalen Sache hiemit unseren innigsten Dank und unsere tiefgefühlte Anerkennung ausdrücken.

Indem wir Sie schließlich bitten, auf dem Pfade der Belämpfung der Unterdrücker und Unterstützung der unterjochten Nationen immerfort auszuharren, und insbesondere unserer theuern romanischen Nation auch in Zukunft Ihre Geistes-Waffe recht oft zu widmen, zeichnen wir uns mit aller Hochachtung

Pest, den 26. Dezember 1869.

Im Namen der gesammten romanischen Jugend von Pest-Ofen u.

(Folgen einunddreißig Unterschriften.)

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schusella.

Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 62.

Druck von R. v. Waldheim

Die Reform.

No. 3.

Wien, den 20. Jänner 1870.

IX. Jahrgang.

Der Sieg unserer Gegner.

Die herrschenden orthodoxen Verfassungstreuen haben gesiegt, zunächst durch das Votum des Herrenhauses und in Folge dessen durch den Rücktritt der drei ausgleichsfreundlichen Minister, und sie werden ohne Zweifel auch im Abgeordnetenhaus siegen. Wenn sie sich über diesen Sieg freuen, so gönnen wir ihnen nicht nur von ganzem Herzen diese Freude, sondern wir freuen uns selber ganz außerordentlich darüber, daß sie in solcher Weise gesiegt haben.

Dieser Sieg der Verfassungstreuen ist für uns keine Niederlage. Wir sagen im Gegentheile mit voller Ueberzeugung, mit gesteigerter Zuversicht, daß der momentane Sieg unserer Gegner, genau betrachtet, eine Niederlage derselben ist, eine Niederlage, die sie sich selber beigebracht haben, während wir und die Millionen, für die wir schreiben, applaudirende Zuschauer und in unserer Stellung ganz intakt und aufrecht und nur noch befestigter sind.

Worin besteht denn der Sieg unserer Gegner eigentlich? Fünf Minister haben über drei, die Majorität des Herrenhauses hat über die Minorität gesiegt, und ebenso wird die Majorität des Abgeordnetenhauses über die Minorität siegen. Aber sind denn diese drei Majoritäts Siege der Sieg der Majorität an und für sich? Mit nichten. Die Minister-, die Herren- und Abgeordnetenhaus-Majoritäten vertreten die Minorität der Reichsbevölkerung; die Völkermajorität ist in der entschiedensten Weise gegen sie. Und diese Majorität besteht nicht blos aus den Slaven Böhmens, Mährens und Schlesiens, aus den Polen und Ruthenen, aus den Slovenen und Tirolern, sondern auch aus einem sehr beträchtlichen Theile der übrigen Deutschösterreicher, ja sogar der Wiener. Es ist eine eitle Täuschung, wenn die herrschende Partei glaubt, alle Deutschösterreicher für sich zu haben; es sind im Gegentheile alle politisch selbstbewußten, alle praktisch einsichtsvollen, alle wahrhaft gerechten und freisinnigen Deutschösterreicher gegen diese Partei, wenn sie auch, was wir zugeben, noch nicht vollständig mit uns einverstanden sind.

Was ist denn eigentlich geschehen, daß die Organe der verfassungstreuen Partei einen Sieg derselben ausrufen? Was für ein Kampf hat denn bisher stattgefunden, daß von einem Siege die Rede sein könnte? Es haben die Minister à la camera, es haben die Reichsräthe innerhalb der Mauern ihrer Häuser miteinander gekämpft, nicht aber mit den Völkern in den Königreichen und Ländern draußen. Diesen Millionen hat die herrschende Partei aus ihrem konstitu-

tionellen Kastell heraus, ihre Kraft überschätzend, bloß zugerufen, daß sie sich ergeben, unterwerfen sollten. Die Millionen haben diese Aufforderung zurückgewiesen und stehen mit ruhigem Selbstbewußtsein, guten Muthes auf dem festen und freien Boden ihres Rechtes. Es ist klar, daß die beiden Parteien sich nicht immer so gegenüber stehen bleiben können; es muß zur Entscheidung kommen. Dadurch ist die herrschende Partei gezwungen worden, aus ihrem mit Artikeln und Paragraphen verschanzten Lager auf das offene Schlachtfeld herauszukommen und zu kämpfen. Sie hofft zu siegen, was bei jedem in einen Kampf Gehenden gelobt werden muß; wenn sie aber bereits einen Sieg verkünden läßt, so ist das sehr voreilig, und wenn sie glaubt, daß die Opposition sich vor dem nun zum ernststen Kampf anrückenden Feind schrecken und sich unterwerfen wird, so ist das ein eitler Wahnglaube *).

Nach den Proklamationen der herrschenden Partei wird jetzt der energische Kampf beginnen. Wir nehmen ihn an, und zwar mit der festen Zuversicht des Sieges unserer Sache, denn es ist die Sache des Rechtes und der Freiheit, und der Sieg dieser hohen heiligen Ideen ist unanfechtbar, wenn auch ihre Kämpfer persönlich fallen. Es stehen immer wieder neue Kämpfer auf, und das Schicksal ihrer gefallenen Vorgänger schwächt nicht, sondern stärkt und begeistert ihren Muth. Sollte aber unsere Sache erliegen, so wird dies jedenfalls nur eine vorübergehende Niederlage sein und für die Sache unserer Gegner wahrlich auch kein Sieg.

Glossen zur Adreßdebatte.

I.

Das Herrenhaus.

Durch das Votum des Herrenhauses und noch mehr durch die Mithwirkung desselben ist in entscheidender Weise unser oft wiederholter Ausdruck bestätigt, daß von dem jetzigen Reichsrathe für eine glückliche Lösung unserer Verfassungsfrage, für die friedliche und freie Einigung Oesterreichs nichts zu hoffen ist. Daß das Herrenhaus sich mit großer Majorität gegen die in der Thronrede

*) Indem wir von dem bevorstehenden Kampf sprechen, erinnern wir uns mit Schrecken daran, daß der Präsident des Herrenhauses den oppositionellen Fürsten Sanguetso sehr streng zurechtgewiesen hat, weil derselbe von einer Kriegserklärung gesprochen. Wir bitten Seine Durchlaucht den Fürsten Carlos Auersperg demüthiglichst, ja nicht zu glauben, daß auch wir etwa an einen physischen Kampf dächten. Das ist fern von uns und möge von allen fern bleiben. Aber den geistigen Krieg erklären wir den Gegnern offen und wir werden ihn mit Gottes Hilfe noch kräftiger führen als bisher.

ausgesprochene Absicht des Kaisers erklärt hat, ist von trauriger Bedeutung. In der Thronrede wurde nicht gefragt, ob versöhnende Schritte gethan werden sollen, oder nicht, sondern es wurde ganz klar und deutlich die Erkenntniß der Nothwendigkeit versöhnender Schritte ausgesprochen, und es wurde das Parlament zu einer Ausgleichsaktion aufgefordert. Von diesem klaren Sinn und Wortlaut der Thronrede, die doch gewiß von der Majorität des Ministerrathes gut geheßen worden sein muß, ist nun die Majorität des Ministeriums nachträglich abgefallen, indem sie in ihrem Memorandum jeden weiteren Ausgleich zurückweist, und das Herrenhaus hat dieses gegen die Thronrede gerichtete Memorandum durch seine Adresse sanktionirt. In der Thronrede wurde es als die Hauptaufgabe der parlamentarischen Aktion aufgestellt, „der Verfassung jene allgemeine und thatsächliche Anerkennung zu erwerben, welche ihr zum lebhaften Bedauern des Kaisers von mancher Seite noch versagt wird.“ Also in der Thronrede, welche, wie gesagt, von der Majorität des Ministerrathes beschlossen worden sein mußte, wurde eingestanden, daß die Verfassung noch nicht allgemein anerkannt ist, und es wurde darüber das kaiserliche Bedauern, nicht aber ein kaiserlicher Zorn ausgesprochen. Dadurch ist offenbar eingestanden worden, daß die allgemeine Anerkennung der Verfassung zur wirklichen Rechtskräftigkeit derselben nothwendig ist, daß die allgemeine Anerkennung das Resultat einer freien Vereinbarung sein muß. Deshalb stellte die Thronrede die Aufgabe, der Verfassung die allgemeine Anerkennung zu erwerben. Erwerben ist nun gewiß nicht gleichbedeutend mit Erzwingen. Wer etwas erwerben will, der muß sich darum bewerben. Die Worte der Thronrede schlossen jeden Zwang aus, denn sonst hätten sie lauten müssen: „Es ist die Aufgabe, der Verfassung den allgemeinen thatsächlichen Gehorsam zu verschaffen, der ihr von mancher Seite noch versagt wird.“ Außern Gehorsam kann man den Gesetzen erzwingen, wenn man die Macht hat; Anerkennung der Gesetze aber kann nicht erzwungen werden, denn Anerkennung kann dem Sinn und Wesen nach nur ein freier Akt des Geistes und Willens sein.

Indem nun der Kaiser in der feierlichen Thronrede die Aufgabe aufstellte, der Verfassung allgemeine Anerkennung zu erwerben, hat er dadurch offenbar eine Ausgleichsaktion verlangt und angekündigt, und es ist das ganz deutlich ausgesprochen worden, indem es in der Thronrede heißt, „der Kaiser erwarte, daß dem allseitigen Wunsche der Verständigung nicht die Absicht in den Weg treten werde, dem Verlangen der Königreiche und Länder nach Selbständigkeit engere Grenzen zu ziehen, als es die Kraft und Macht des Reiches nach Innen und Außen gebieterisch fordert.“ Diese Worte der Thronrede sprechen offen die Anerkennung der Nothwendigkeit aus, daß über das Verhältniß der Selbständigkeit der Königreiche und Länder zu den Interessen des Gesamtreiches eine Verständigung, ein Ausgleich herbeigeführt werden müsse. Von dieser gerechten und weisen Intention der Thronrede, welche, wir wiederholen es, von

der Majorität des Ministerrathes ausgegangen sein mußte, ist die Majorität des Ministeriums abgefallen und hat dadurch unser Erachtens mit schwerer Verantwortlichkeit das Ansehen der Krone kompromittirt. Das Herrenhaus hat sich mit seiner Adresse an die Seite dieser Ministermajorität gestellt und ist dadurch in Opposition gegen die Thronrede getreten. Das hohe Haus war dazu jedenfalls vollkommen berechtigt; daß aber die Majorität der Minister, welche die von ihnen ausgegangene Thronrede, für die sie die Person des Monarchen eintreten ließen, im Handumdrehen durch ein ausgleichsfeindliches Memorandum perhorreszirten, daß diese Minister im Amte bleiben, um nun eine Politik durchzuführen, welche der von Seiner Majestät dem Kaiser unter Zustimmung derselben Minister verkündeten feindlich entgegengesetzt ist, das charakterisirt den Konstitutionalismus der neuesten Aera in wahrhaft abschreckender Weise.

Das Herrenhaus hat sich für die Fortsetzung und Forcirung einer Politik erklärt, deren Erfolglosigkeit, oder richtiger gesagt, deren gefährliche und verderbliche Wirkung seit drei Jahren immer allgemeiner erkannt und gefühlt wird. Die Redner der verfassungstreuen Majorität des hohen Hauses haben sehr effectvoll gesprochen, aber für ihre Sache durchaus keine neuen Argumente vorgebracht, sondern nur alles das wiederholt, was die verfassungstreuen Journale zuerst in Betreff der ganzen habsburgischen Monarchie und dann wenigstens für ihr sogenanntes Eisleithanien dozirt und deklamirt haben und täglich frisch aufwärmen. Wir wollen gern glauben, daß die verfassungstreuen Lords nur ihre freie Uezeugung ausgesprochen haben; aber in Betreff einiger dieser Herren müssen wir es lebhaft bedauern und können es nicht begreifen, daß Männer von solcher Bildung und Lebenserfahrung so hartnäckig in einer Meinung verharren, deren Irrigkeit durch wahrhaft schlagende Thatfachen erwiesen ist. Mit Nachdruck müssen wir ferner hervorheben, daß andere dieser Herren ein sehr schwaches Bewußtsein, im Recht zu sein, verriethen, indem sie sich hinreißen ließen, den Mangel an stichhaltigen Argumenten durch wahrhaft brutale Beschimpfung der politischen Gegner ersetzen zu wollen.

Die Redner der oppositionellen Minorität, die Fürsten Lobkowitz, Czartorski, Sanguszko, Jablonowski, die Grafen Mittrowsky und Kueffstein sprachen mit größter Mäßigung, ja mit einer den heftigen, beleidigenden und verdächtigen Aeußerungen der terroristischen Majorität gegenüber staunenswerther Selbstverleugnung und Resignation. Sie wiesen das schreckliche Wort Föderalismus von sich ab, sie ließen sich herab, den übermüthigen Hochverrathsanklagen gegenüber ihre Loyalität und Treue zu betheuern, ihre Amendements waren so unfänglich, als nur irgend möglich, sie verlangten in fast flehendem Tone nicht mehr, als daß die herrschende Partei den Faden der Verhandlungen nicht gänzlich abreißen, den nichtdeutschen Völkern nicht alle Hoffnung nehmen möge. Die parlamentarischen Absolutisten des Herrenhauses haben ihrtheils diesen Völkern wirklich jede Hoffnung genommen, indem sie alle einen Ausgleich auch nur

andeutenden Amendements verwarfen und den despotischen Adressentwurf, welchen der Freiheitskämpfer Graf Anton Auersperg verfaßt hat, unverändert annahmen.

Mit diesen Bemerkungen haben wir bereits unser Urtheil über die Politik der verfassungstreuen Lords ausgesprochen. Das, was sie zur Begründung dieser ihrer Herrschaftspolitik anführten, haben wir in diesen Blättern schon hundertmal widerlegt und zu nichte gemacht. Wir wollen aber doch einiges aus den fleghaften Majoritätsreden glossiren.

Hofrath v. Arneth begründete und legitimirte in charakteristischer Weise sein centralistisches Votum mit seinem Verufe als Durchforscher der Geschichte Oesterreichs. Im Reichsarchiv hat er nun mit ziemlich leichter Forschung gefunden, was ohnehin allgemein bekannt ist, daß nämlich Maria Theresia eifrig daran gearbeitet, alle habsburgischen Länder zu einem bureaukratischen Einheitsstaate zu machen, und daß sie ihren Nachfolgern aufgetragen hat, an diesem Werke fest zu halten. Und nun rief Herr v. Arneth unter dem Beifall der Majorität: „Weil Maria Theresia centralisirt hat, so müssen auch wir centralisiren.“ Diese merkwürdige Schlussfolgerung könnte leicht mit einer andern perfisirt werden, nämlich mit folgender: „Maria Theresia hat eine Keuschheitskommission eingesetzt, also müssen wir ebenfalls eine solche einsetzen.“ Doch wir wollen Herrn v. Arneth, den wir sehr hoch schätzen, nicht perfisiren, sondern ganz ernsthaft mit ihm sprechen, und zwar auf seinem eigenen Gebiete, nämlich auf dem der österreichischen Geschichtsforschung. Wenn der Herr Hofrath und Archivsdirector in seinen Forschungen etwas weiter zurückgeht, als bloß in die Zeit Maria Theresias und ihrer unmittelbaren Vorgänger, so findet er gewiß, daß Oesterreich ursprünglich und Jahrhunderte hindurch kein centralisirter Einheitsstaat gewesen ist, sondern eine Föderation historisch selbständiger Länder unter einem und demselben Monarchen. Er findet ferner, daß in Oesterreich wie in andern Ländern die mächtiger werdende Fürstenpolitik eifrig bemüht war, die französische Centralisation nachzuahmen. Er findet aber auch, daß die Völker sich gegen diese Fürstenpolitik lang und stark gewehrt haben, und daß ihre Niederlage eben eine Niederlage dessen war, was in jenen Zeiten Recht und Freiheit gewesen, ein Sieg der absoluten Fürstengewalt. Unter Karl VI., dem Vater Maria Theresias hatte der Absolutismus eine bis dahin in Oesterreich nicht dagewesene hohe Macht erlangt; gleichwol aber hat dieser Karl VI., obwol er sich ganz als Selbstherrscher fühlte, die historische Selbständigkeit der Königreiche und Länder nicht bloß wenigstens der Form nach bestehen lassen, sondern er sah sich veranlaßt, die Anerkennung dieser Selbständigkeit durch eine sehr bedeutame praktische That zu dokumentiren, indem er nämlich seine pragmatische Sanction den Vertretungen aller Königreiche und Länder zur Verathung und freien Annahme vorlegte. Daß dessenungeachtet das Centralisationsstreben fortgesetzt wurde, lag im Charakter der Zeit. Der Absolutismus hatte in jedem einzelnen Lande das Rechtsbewußtsein niedergebrückt, das nationale Gefühl war damals nicht sehr

lebhaft, es herrschte der Drang nach einer sogenannten kosmopolitischen Bildung. Dies alles konnte Maria Theresia zu dem Glauben bringen, daß es möglich sein werde, alle habsburgischen Länder bürokratisch zu centralisiren. Ihr Sohn und Nachfolger Josef II. gab sich diesem Glauben in noch höherem Maße hin und er dictirte nicht bloß die Centralisation, sondern sogar die Germanisirung Oesterreichs. Aber was für einen Erfolg hatte diese Politik? Jedermann weiß, daß gerade durch jene Centralisirungs- und Germanisirungsdekrete die staatsrechtliche und nationale Opposition aus ihrem Schlummer geweckt und alsbald so lebenskräftig gemacht worden ist, daß Josef II. selber noch wenigstens in Betreff Ungarns seine Dekrete widerrufen mußte und auch in Betreff der übrigen Länder seine Unifizierungspolitik nicht vollständig durchführen konnte. Seine Nachfolger lernten aus dieser Erfahrung, sie unterließen es, den nationalen Widerstand zu provoziren, sie verschmähten es nicht, sich als Könige von Böhmen und Ungarn krönen zu lassen und dabei den Inauguraleid zu leisten, sie respektirten die Selbständigkeit auch der nichtungarischen Länder, indem sie speziell von den einzelnen Landtagen die auf das Land repartirte Steuersumme und Rekrutenzahl verlangten. Aus den Landtagsakten aber kann Herr v. Arneth sich überzeugen, daß die Stände selbst in den Zeiten Metternichs nicht unbedingt zu allem Ja sagten. Da kam die Zeit, wo man in radikal durchgreifender Weise das Centralisirungsbeispiel Maria Theresias nachahmte. Nach dem Revolutionskriege wurde nicht bloß der Versuch der bürokratischen Centralisirung des ganzen Reiches gemacht, sondern diese Centralisirung wurde mit großer Macht und mit einem wahrhaft großartigen Erfolge wirklich durchgeführt. Plötzlich war die ganze habsburgische Monarchie ein vollkommener Einheitsstaat, der einige Jahre hindurch mit scheinbar unerschütterlicher Macht da stand und von aller Welt angestaunt wurde. Doch ein einziger Schlag von außen zertrümmerte das glänzende und stolze Gebäude, und zwingender, als je zuvor trat die Nothwendigkeit ein, die Selbständigkeit der Reichstheile anzuerkennen. Der große Gedanke des Oktoberdiploms wurde aber leider in der Ausführung entstellt und verdorben, indem man das wahrhaft utopische Experiment machte, die Centralisation durch den Parlamentarismus herbeizuführen, d. h. von den Völkern zu verlangen, daß sie auf das, was ihnen die absolute Gewalt nicht entreißen gekonnt, nunmehr freiwillig verzichten sollten. Der Erfolg dieses Experimentes war, daß man dem Königreich Ungarn eine größere Selbständigkeit gewähren mußte, als es seit der Verbindung mit Oesterreich jemals besessen. Darauf sollte das Experiment der parlamentarischen Centralisation wenigstens in der andern Hälfte der Monarchie vollbracht werden, und das Resultat dieses Versuches ist der gegenwärtige Zustand, den wir nicht abermals zu schildern brauchen, weil die beiden Parteien des Ministeriums selber die Mühe auf sich genommen haben, denselben in seiner ganzen Kläglichkeit darzustellen. Das sind die Lehren der Geschichte, und da begeistert sich Herr v. Arneth mit selbstgefälliger Hervorhebung seines

Berufes als Geschichtsforscher zu dem Ausruf, daß er und seine Gesinnungsgenossen stolz darauf seien, die centralisirende Politik Maria Theresias nachzuahmen, welche schon unter Josef II. und dann bei jedem erneuerten Versuche Fiasco gemacht hat. —

Großen Beifall hat sich Hofrath Unger von den Verfassungstreuen erworben, besonders dadurch, daß er das Gleichniß von der Artischode, welches bekanntlich die Piemontesen in Betreff ihres Appetites auf die Lombardie gebraucht haben, auf Oesterreich anwendete. Nun haben aber die Piemontesen, gerade während in Oesterreich der absolutistische Centralismus herrschte, die Lombardie wirklich wie eine Artischode verspeist; zuerst die Tomelina und dann in der Zeit, wo der Centralismus in Oesterreich scheinbar am mächtigsten war, die ganze Frucht. Und dann ist es historisch ganz unrichtig, von einem österreichischen Reichsapfel zu sprechen, den die Föderalisten in eine „Reichsartischode“ verwandeln wollten. Das von den verfassungstreuen Journalen gepriesene „geflügelte Wort“ des Herrn Hofrathes Unger ist ein Nonsens. Es gibt keinen österreichischen Reichsapfel. Die Beherrscher der Königreiche und Länder, welche die habsburgische Monarchie bilden, haben bei der deutschen Kaiserkrönung den deutschen Reichsapfel, bei der böhmischen und ungarischen Königskrönung den böhmischen und ungarischen Reichsapfel in der Hand gehabt, aber eine österreichische Kaiserkrönung, bei welcher ein österreichischer Reichsapfel figurirt hätte, hat bis jetzt noch nicht stattgefunden. Eine solche Krönung ist von Franz I., als er das Erbkaiserthum Oesterreich proklamirte, und dann wieder zur Zeit, als nach Niederwerfung der Revolution der Einheitsstaat wirklich fertig zu sein schien, in Aussicht genommen worden, und wenn wir nicht irren, so hat man sich damals mit Plänen zur Anfertigung spezifisch österreichischer Krönungsinsignien beschäftigt; aber man ist damit nicht fertig geworden, und die beabsichtigte Kaiserkrönung hat nicht stattgefunden, und da jetzt kein Kaiserthum Oesterreich mehr vorhanden ist, sondern nur eine österreichisch-ungarische Monarchie, so wird von einer solchen Krönung und daher auch von einem österreichischen Reichsapfel wol nicht mehr die Rede sein können.

Wie sehr Herr Hofrath Unger in politischen Dingen ein Doctrinär, um nicht zu sagen, ein Dilettant ist, bewies er durch die Art und Weise, wie er für die Wahlreform plaidirte. Er will dieselbe ausdrücklich zu dem Zwecke, um den Reichsrath von den Landtagen unabhängig zu machen. Es ist doch sehr charakteristisch, in einem Athem unverbrüchliches Festhalten an der Verfassung zu proklamiren, und den Umsturz der wesentlichsten Bestimmung dieser Verfassung zu verlangen. Hofrath Unger will also den Landtagen das Recht nehmen, aus ihrer Mitte die Reichsrathsbelegirten zu wählen. Diese radikale Aenderung der Verfassung kann aber der Reichsrath, wenn er nicht gewaltthätig vorgehen will, nicht für sich allein vollbringen, sie hängt von der Zustimmung der Landtage ab, und wie in dieser Beziehung die in der staatsrechtlichen Opposition stehenden

Völker denken, ist kein Geheimniß mehr. Hofrath Ungar will, daß diesen Völkern nicht nur keine neue Konzession gemacht, sondern daß ihnen sogar ein wichtiges Verfassungsrecht genommen werden solle. Die Hoffnung, die er von dieser Verfassungsänderung hegt, ist wahrlich eine kindlich naive. Der Herr Hofrath sagte nämlich: „Lassen Sie einmal in das kleine Haus vor dem Schottenthore Repräsentanten des ganzen einheitlichen Oesterreich einziehen; ich bin überzeugt, daß dann ein ganz anderer Geist aus diesem Hause sprechen wird.“ Nun ja wol, man möchte die Repräsentanten des ganzen einheitlichen Oesterreich gern in das Haus vor dem Schottenthore einziehen lassen, wenn sie nur einziehen wollten. Auch die Herren Schmerling und Rasser haben sich ein Parlament des ganzen einheitlichen Oesterreich sehr schön gedacht, sie hätten gar gern die Magyaren und Kroaten, ja sogar die Venetianer in das Haus vor dem Schottenthore einziehen lassen. Diese Völker sind aber nicht gekommen, und es sind überdies die Böhmen wieder fortgegangen. Wären aber wirklich Repräsentanten des ganzen Oesterreich in das Wiener Parlamentshaus gekommen, so würden sie wahrscheinlich gleich in der ersten Sitzung jenem Parlamente ein Ende gemacht und bewiesen haben, daß ein parlamentarisch geeinigtes Oesterreich unmöglich ist. Gegenwärtig wartet man bereits drei Jahre lang, daß die nationalen Vertreter Böhmens und Mährens in das Haus vor dem Schottenthore kommen möchten, und man hat manche sanfte und grobe Gewalt angewendet, um sie hereinzuziehen; sie kommen aber nicht, und zudem muß man mit jedem Tage fürchten, daß die Polen, Slovenen, Tiroler, Triestiner fortgehen werden. Thöricht aber ist es, zu hoffen, daß direkte Wahlen dies ändern würden. Das wird nicht geschehen, so wenig als es etwas genügt hätte, wenn Schmerling in Ungarn und Kroatien mit direkten Reichsrathswahlen experimentirt hätte. Vollkommen recht aber hat Herr Hofrath Unger, wenn er überzeugt ist, daß in dem Falle, als Repräsentanten des ganzen einheitlichen Oesterreich in das Haus vor dem Schottenthore einziehen möchten, dann ein ganz anderer Geist aus diesem Hause sprechen würde. Dieser andere Geist würde aber dem Herrn Hofrathe und seiner Partei gewiß nicht angenehm sein, weil es gewiß und wahrhaftig nicht der Geist der doktrinären Verfassungstreue, des parlamentarischen Absolutismus, nicht der Geist der deutschen Herrschaft wäre.

Wir kommen nun zu zwei Rednern, welche sich in traurigster Weise dadurch ausgezeichnet haben, daß sie die politischen Gegner beschimpften. Das haben die Herren Professor Leopold Neumann und Graf Anton Auersperg gethan. Das der Hofrath und Professor Dr. Neumann den Mangel sachlicher Argumente durch Beschimpfung und Verdächtigung und Denunzierung der politischen Gegner, der Föderalisten zu ersetzen suchte, darüber braucht man sich nicht zu wundern und nicht zu kränken, aber tief schmerzt es uns, konstatiren zu müssen, daß auch Graf Anton Auersperg, der Freiheitfänger Anastasius Grün durch seinen doktri-

nären Verfassungseifer hingerissen worden ist, die Opposition, welche sich den terroristischen Diktaten der Verfassungstreuen nicht unterwerfen will, durch ein Gleichniß zu verunglimpfen, welches ein Dichter der Freiheit, ein freisinniger Politiker nicht einmal denken, geschweige denn über seine Lippen hätte kommen lassen sollen. Lord Neumann wirft als getreuer Nachbeter der „Neuen freien Presse“ den österreichischen Föderalisten die „äußerste Begriffsverwirrung“ vor. Er beweist dadurch, daß er das föderative Wesen, ja nicht einmal das Wort Föderalismus versteht. Der Föderalismus ist seinem Begriff und Wesen nach nicht Trennung und Auflösung, sondern Vereinigung, Verbündung zur Erreichung gemeinsamer Zwecke mit vereinten Kräften; nur muß es eine freie Einigung selbständiger gleichberechtigter Mitglieder, nicht aber eine gewalthätige Zusammenkoppelung unterworfenen Unterthanen unter der Diktatur eines Selbstherrschers, einer Partei, oder eines einzelnen Volksstammes sein. Lord Neumann überhebt sich bis zu der Behauptung, er wisse, daß die Föderalisten „die Bundesgenossen dunkler Mächte sind und daß ihre Bestrebungen in Berlin und Petersburg die lebhafteste Sympathie finden.“ Darauf entgegnen wir: Gerade die herrschsüchtigen Verfassungstreuen, welche eine friedliche und freie Einigung Oesterreichs unmöglich machen, sind blinde Bundesgenossen dunkler Mächte, wirksame Werkzeuge der Reaction, sie bereiten dem Absolutismus die Wege vor, sie werden ihn zur Nothwendigkeit machen, und ihre Bestrebungen finden nicht blos in Berlin und Petersburg, sondern auch in Florenz und München, überhaupt überall, wo es Leute gibt, welche auf den Zerfall Oesterreichs spekuliren, die lebhafteste Sympathie. — Graf Anton Auerberg hat, was wir mit schmerzlichsstem Gefühle konstatiren müssen, die nationale und staatsrechtliche Opposition, zu welcher nicht blos einzelne Individuen, nicht blos eine Partei, sondern ganze Völker gehören, welche die große Majorität der Reichsbevölkerung bilden, mit Dieben und Schmugglern zusammengestellt. Er wendete auf die staatsrechtliche Opposition, die mit den bestehenden Verfassungsgesetzen unzufrieden ist und daher eine Aenderung derselben verlangt, folgendes Gleichniß an: „Die Gesetze zum Schutze des Eigenthums, die Zollgesetze werden von sehr Vielen nicht anerkannt; soll man diese Gesetze so lange umarbeiten, bis sie die Anerkennung der Betreffenden finden?“ Nachdem der Herr Graf dieses unedle Gleichniß vorgebracht hatte, und zwar unter „großer Heiterkeit“ des hohen Herrenhauses, setzte er allerdings hinzu: „Ich wollte durch diesen Vergleich durchaus nicht verletzen;“ dadurch wurde aber der Eufasmos nur noch schneidender. Wenn der Herr Graf nicht verletzen wollte, so konnte es ihm doch unmöglich entgehen, daß sein Gleichniß verletzen mußte. Zudem hinkt dieses Gleichniß auf beiden Füßen. Nicht die Völker, welche gegen die Verfassung in Opposition stehen, wollen den Verfassungstreuen etwas nehmen, sondern umgekehrt wollen die Verfassungstreuen diesen Völkern das höchste Gut, nämlich die individuelle Selbständigkeit, die persönliche Freiheit rauben. Und was den Vergleich mit Schmugglern betrifft, so

weiß man ja, daß dort, wo vollkommene Handelsfreiheit besteht, kein Schleichhandel getrieben wird. — Wahrlich, Graf Anton Aueršperg, dieser illustre Vertreter des Deutschthums, hat mit seinem Gleichniß der deutschen Bildung keine Ehre gemacht. Und doch will er vorzugsweise mit dieser Bildung die Herrschaft der Deutschen in Oesterreich begründen und rechtfertigen.

Den Sieg der Majorität im Herrenhause hat vorzugsweise Freiherr von Richtenfels entschieden, und das ist von sehr interessanter Bedeutung. Ein entschiedener, hochbegabter, erfahrungs- und einflußreicher büreaukratischer Centralist hat mit Energie für das Festhalten an der Deceंबरverfassung gesprochen. Wir bezweifeln es, daß die Verfassungstreuen die Bedeutung dieser Thatsache richtig erkennen. Eine dunkle Ahnung scheinen sie zu haben, denn ihre Organe können sich über diesen siegeskräftigen Bundesgenossen offenbar nicht recht freuen. Wir aber erkennen den Standpunkt des Freiherrn v. Richtenfels ganz klar und anerkennen, daß er von diesem seinen Standpunkt aus ganz ausgezeichnet gesprochen hat. Auch sind wir überzeugt, daß dieser praktische Staatsmann, vielleicht allein unter allen Majoritätsrednern, seine Worte mit dem vollsten und klarsten Bewußtsein der Gründe und Zwecke gewählt hat. Ob aber Freiherr v. Richtenfels auf demselben Standpunkt steht, wie die übrigen Verfassungstreuen, das wird die Zukunft offenbaren.

Kritische Streifzüge.

(Zur geschichtlichen Belehrung des Herrn Kuranda.) Der Herr Reichsrath Kuranda ist eine große Notabilität des Parlamentes, besonders im Fache der auswärtigen Politik, so daß wir nichts sehnlicher wünschen, als diesen ausgezeichneten Staatsmann zum Minister des Aeußern erhoben zu sehen, weil dann Oesterreich gewiß eine glänzend imponirende Rolle spielen würde. Aber eben weil wir die Bedeutung dieses Mannes so hoch schätzen und die großen maßgebenden Wirkungen kennen, welche jedes seiner Worte auf alle Kreise der politischen Welt machen, sehen wir uns veranlaßt, den Aeußerungen desselben eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, sie zu deuten, zu erklären, wol auch zu kritisiren, um den nachtheiligen Folgen, welche so gewichtige Worte für die Sache, welche wir vertheidigen, haben könnten, nach unsern schwachen Kräften vorzubeugen.

Da hat nun Herr Kuranda in einer Comitéverhandlung über die Adresse des Abgeordnetenhauses sich gewohnterweise als Geschichtskenner gezeigt, oder zeigen wollen, indem er den slovenischen Abgeordneten Evetec, der ziemlich schüchterne Versuche machte, einigen föderalistischen Schein in die Adresse zu bringen, mit

historischen Anführungen niederschmetterte. Wir müssen uns mit diesen Citaten beschäftigen, denn sie betreffen zunächst das herrliche Königreich Böhmen, welches wir lieben, dessen Rechte wir vertheidigen.

Um die warnende Hinweisung auf die Unzufriedenheit der Böhmen zu entkräften, machte Herr Kuranda die Bemerkung: „In Böhmen hat seit dem 15. Jahrhunderte in jedem Jahrhunderte eine große Revolution stattgefunden, und doch ist Oesterreich in seiner Machtentwicklung fortgeschritten; also braucht man sich auch durch die jetzige Renitenz der Böhmen auf seinem Wege nicht beirren zu lassen.“

Das ist eine entsetzliche Anklage, welche Herr Kuranda hiermit gegen sein Vaterland Böhmen erhebt. Das böhmische Volk wäre das revolutionärste der ganzen Welt, da es in jedem Jahrhunderte eine große Revolution gemacht hätte. Das könnte die Freunde der Ordnung und Ruhe wahrhaftig zu dem Urtheil bewegen, daß dieses böse böhmische Volk unterdrückt, ja ausgerottet werden müßte. Zum Glück ist die Anführung Kurandas ganz unrichtig, so daß man annehmen muß, daß er entweder die Geschichte Böhmens nicht kennt, oder solche Unkenntniß bei denen, zu welchen er sprach, voraussetzt und sich daher eine Fälschung der böhmischen Geschichte erlaubte, um seiner verfassungstreuen Rede größeren Nachdruck zu geben. Die Geschichte Böhmens kennt in der That nur zwei große, überhaupt eigentliche Revolutionen, nämlich den Hussitenkampf im fünfzehnten Jahrhunderte und dann die wirklich große Revolution, welche mit dem Fenstersturz zu Prag begann und mit der Schlacht am weißen Berge endete. Die Folge beider Revolutionen war wirklich, daß die herrschenden Gewalten das böhmische Volk unterdrücken, es in seiner Nationalität ausrotten wollten. Das ist aber, wie der Augenschein zeigt, nicht gelungen.

Was bezweckte Herr Kuranda damit, daß er das böhmische Volk sogar mit Geschichtsfälschung als ein erzrevolutionäres bezeichnete? Er fühlte selbst, daß er etwas sagte, was sich mit dem Charakter eines gerechten und freisinnigen Mannes nicht verträgt, deshalb erklärte er, die Anklage Böhmens nur im Comité aussprechen, sie aber nicht ins Haus bringen zu wollen. Das war wirklich sehr großmüthig von Herrn Kuranda, daß er seine slavischen Landsleute denn doch nicht vor dem Parlamente eines in jedem Jahrhunderte losgebrochenen revolutionären Temperamentes beschuldigen wollte. Doch er wußte ja, daß bei uns die Comitéverhandlungen nicht geheim bleiben, er wußte, daß seine Aeußerung in die Oeffentlichkeit gelangen würde, und er hat also mit Bewußtsein öffentlich eine falsche, eine verleumderische Anklage gegen das böhmische Volk, gegen sein böhmisches Vaterland ausgesprochen. Soviel für den Historiker Kuranda.

Wie hat sich aber bei diesem Anlaß der Staatsmann Kuranda geoffenbart und charakterisirt? Er behandelte die wirklichen und die von ihm fingirten Revolutionen Böhmens mit hochmüthiger und leichtsinniger Geringschätzung, indem er hervorhob, daß ungeachtet der böhmischen Revolutionen Oesterreich sich doch

ungehindert mächtig entwickelt habe. Daraus zog er die Lehre, daß Oesterreich sich auch durch die jetzige „Renitenz“ der Böhmen nicht beirren lassen, sondern über dieselbe hinwegschreiten solle.

Herr Kuranda kennt doch wol die Art und Weise, wie Oesterreich über das revolutionirte Böhmen hinweggeschritten ist, wie es sich ungeachtet der böhmischen und anderer Revolutionen zur Macht entwickelt hat. Kuranda hat ja selber gegen jene Machtpolitik gekämpft und er hat seine „Grenzboten“ der Oppositionspartei der böhmischen Stände zur Verfügung gestellt. Jene Oppositionspartei hat aber nicht bloß nach der allgemeinen konstitutionellen Freiheit gerungen, sondern sie strebte ganz speziell nach der Wiederherstellung der historischen Rechte des Königreichs Böhmen. Diesem Streben hat Herr Kuranda damals mit seiner eigenen sehr wirksamen Feder und durch sein historisch merkwürdig gewordenes Journal rühmlich gedient. Jetzt aber will er von dem historischen Rechte des Königreichs Böhmen nichts wissen, weil er noch immer in dem vorwärtzlichen doktrinären Liberalismus, in dem durch schlagende Thatfachen zu schanden gemachten Irrthum befangen ist, daß Oesterreich durch den Konstitutionalismus nach der Schablone geeinigt werden müsse, geeinigt werden könne.

Durch den Absolutismus hat sich Oesterreich allerdings, unbekümmert und unbeirrt durch die historischen und nationalen Rechte der Böhmen wie der Deutschen und aller andern Völker, zur Machteinheit entwickelt; aber obwohl diese Rechte der Völker, der Königreiche und Länder unterdrückt waren, so wurden sie doch weder getödtet, noch haben die Völker auf dieselben verzichtet. In dem Momente, wo der Absolutismus beseitigt war, traten auch alle österreichischen Völker ohne Ausnahme wieder mit ihren historischen und natürlichen Rechten auf, und es offenbarte sich in überwältigender Weise, daß das Rechtsbewußtsein dieser Völker unter dem langen schweren Drucke nicht nur nicht erstorben, sondern sogar noch kräftiger und fester geworden war.

In besonders hohem Grade war das bei dem böhmischen Volke der Fall. Obwohl man sich seit der Schlacht am weißen Berge um das böhmische Nationalbewußtsein nur insofern bekümmert hatte, daß man es unterdrücken und ersticken wollte, und obgleich man sich während der durch den Absolutismus erzwungenen Stille dem Wahn hingeben mochte, daß dies wirklich gelungen wäre; so sah man dieses böhmische Volk plötzlich wieder mit seinem vollen kräftigen und berechtigt stolzen National- und Rechtsbewußtsein auftreten und man war und ist eben jetzt wieder gezwungen, sich um dieses Volk gar sehr zu kümmern. Daraus sollte Herr Kuranda erkennen, wie fruchtlos es ist, über die Revolutionen, über die „Renitenz“ von Völkern mit hochmüthigem, vermessenem Machtvertrauen, mit eitlem Machtbünkel hinwegzuschreiten. Indem Herr Kuranda den Rath gibt, das zu thun, tritt er ganz und gar in die Fußtapfen der alten Absolutisten, er versteht entweder nicht, oder er verleugnet die Prinzipien, für welche er zur Zeit der absoluten Herrschaft ruhmwürdig gekämpft hat.

Die Absolutisten haben das Nationalbewußtsein der Völker ignorirt, die historischen Rechte derselben unterdrückt, aber sie sind dabei doch wenigstens offen und ehrlich gewesen, sie haben nicht die Freiheit im Munde geführt. Die jetzigen Herrscher dagegen schreien sich als Freiheitspender aus, während sie den Völkern die Grundbedingung jeder Freiheit, nämlich die individuelle Selbständigkeit nehmen. Sie setzen an die Stelle des bureaukratischen Absolutismus den parlamentarischen. Jener war aber doch wenigstens logisch richtig, während der parlamentarische Absolutismus ein Widerspruch in sich selbst ist, weil er die Freiheit proklamirt und zugleich von den Völkern verlangt, die Freiheit dazu anzuwenden, um sich einem einzelnen Volke zu unterwerfen. Der parlamentarische Absolutismus ist widerwärtiger, schwerer zu ertragen, unausstehlicher, als der bureaukratische. Dieser, das Werkzeug der Alleinherrschaft eines angestammten Fürsten, gab sich offen als das, was er war, er spielte keine Freiheitskomödie, er behandelte alle gleichmäßig und hatte eine lange, zum Theil sogar großartige Geschichte für sich; der parlamentarische Absolutismus dagegen trägt die heuchlerische Maske der Freiheit, er setzt an die Stelle der Monarchie die Oligarchie, die Herrschaft erkünstelter Majoritäten, eigennützig verbundener Koterien und Kameradschaften, er hat keine Geschichte, ist nichts als ein ephemeres Experiment und führt nolens volens zu dem Urbilde, welches er nachäfft, nämlich zum wirklichen autokratischen Absolutismus zurück. Die Geschichte lehrt, daß die Völker leichter den Absolutismus eines Autokraten ertragen, als die Herrschaft eines Stammes, die Diktatur einer Partei, einer Clique. Vor unsern Augen hat sich das in Oesterreich bewiesen. Die Herrschaft des Absolutismus haben alle Völker lange Zeiten hindurch ertragen; aber die Diktatur der doktrinär liberalen Wiener Koterie und ihrer Filialen in Graz, Linz, Krems u. s. w. wurde und wird von allen Völkern zurückgewiesen. —

Herr Kuranda hat auch wieder einmal auf das Beispiel der englischen Verfassung hingewiesen, welche zwei Jahrhunderte hindurch feindlich angegriffen worden und doch zur glänzenden Geltung gelangt sei. Das ist im allgemeinen allerdings richtig, aber bei der Anwendung auf Oesterreich muß man unterscheiden zwischen der englischen Verfassung an und für sich, insofern darunter die konstitutionelle Regierungsform, die allgemeinen Rechte und Freiheiten verstanden werden, und zwischen der Verschmelzung Englands, Schottlands und Irlands zu einem parlamentarisch geeinigten Reiche. Die englische Verfassung als solche, d. i. in freiheitlicher Beziehung betrachtet, hat sich historisch entwickelt, und es war das ein langwieriger Entwicklungskampf mit den widerstrebenden absolutistischen, dynastischen, hierarchischen Elementen. Dieser Entwicklungsprozeß wird noch immer fortgesetzt, es hat die englische Verfassung eben jetzt wieder durch die Wahlreform einen freiheitlichen Fortschritt gemacht. Sie wird noch große Fortschritte machen müssen, um aufzuhören, eine Oligarchie zu sein, was sie gegenwärtig noch immer ist.

In Betreff dieser freiheitlichen Entwicklung der Verfassung nun kann, ja muß Oesterreich allerdings das englische Beispiel nachahmen, und in dieser Beziehung mag man immerhin sich über die innern Mängel der österreichischen Verfassung damit trösten, daß die englische zu ihrer gegenwärtigen Ausbildung zwei Jahrhunderte gebraucht hat. Allerdings wäre es nicht nothwendig, das englische Beispiel dadurch nachzuahmen, daß man beim ABC des Konstitutionalismus anfängt und mit Geduld und Ausdauer zum Buchstabiren u. s. w. fortschreitet; wie man auch bei der Annahme irgend einer andern fremden Erfindung nicht auf die ersten Versuche zurückgeht, sondern sofort das vollendete Werk nachahmt. Doch lassen wir die successive Nachahmung gelten. Sie hat auch wirklich schon zu erfreulichen Resultaten geführt, denn die Dezemberverfassung ist in freiheitlicher Beziehung besser als die Februarverfassung.

Aber wenn unsere Verfassungstreuen auf das englische Beispiel hinweisen, so denken sie dabei weniger an die innere freiheitliche Entwicklung der Verfassung, als vielmehr an die Einigung des Reiches. Die Engländer errangen sich frühzeitig eine parlamentarische Verfassung, aber mit dem Besitze derselben besaßen sie noch nicht Schottland und Irland. Gerade so hatten die Deutschösterreicher die Februarverfassung, aber damit doch nicht das Königreich Ungarn, und sie haben jetzt die Dezemberverfassung, aber damit nicht das Königreich Böhmen. Die Engländer sind aber wirklich zur Herrschaft über Schottland und Irland gelangt, beide Länder haben ihre historische Selbständigkeit verloren, sind Provinzen des Reiches der Engländer geworden. Das ist es vorzüglich, worauf unsere Verfassungstreuen hinweisen, wenn sie zur Nachahmung des englischen Beispiels aufmuntern.

Wie sind nun die Engländer zur Herrschaft über Schottland und Irland gelangt? Der große Geschichtskenner Kuranda wird es wol wissen. Die Engländer haben mit den Schotten und Iren viele blutige, schreckliche Kriege geführt, bevor es ihnen gelang, Schottland und Irland mit Altengland zu einem britischen Reiche zu verschmelzen; nur durch eine wahrhaft barbarische Politik der List und Gewalt haben die Engländer es dahin gebracht, daß die Vertreter Schottlands und Irlands im Londoner Parlament sitzen, wo sie die Minorität bilden und beherrscht werden. Unsere Verfassungstreuen verlangen die Nachahmung dieses englischen Beispiels.

Aber es ist ja bereits in hohem Maße nachgeahmt worden. Oesterreich hat gegen Böhmen und Ungarn blutige, schreckliche Kriege geführt, um beide Länder zu bloßen Provinzen eines österreichischen Einheitsstaates zu machen. Böhmen ist schon vor zweihundertfünfzig Jahren mit Waffengewalt bezwungen, mit blutiger Strenge niedergedrückt worden, und wir selber haben den jüngsten furchtbaren Krieg mit Ungarn erlebt, haben gesehen, daß Oesterreich sogar die Russen zu Hilfe rief, um das für seine historische Selbständigkeit kämpfende Ungarn niederzuwerfen.

Die englische Gewaltpolitik ist in Oesterreich wahrlich mit fürchterlichem Eifer nachgeahmt worden, aber die Nachahmung ist nicht gelungen. Böhmen und Ungarn konnten weder durch Gewalt, noch durch die Lockung des doktrinären Wiener Scheinkonstitutionalismus dahin gebracht werden, auf ihre nationale und staatsrechtliche Selbständigkeit zu verzichten. Ungarn gegenüber hat man die Politik der Gewalt und List endlich aufgegeben, selbst die Verfassungstreuen haben, wenn auch jammernd, das ungarische Staatsrecht anerkannt; aber in Betreff der andern historisch politischen Individualitäten und besonders des Königreichs Böhmen wollen sie kein anderes Staatsrecht anerkennen, als dasjenige, welches ihnen selber zuerst durch die Krone und dann durch die Magyaren oktroyirt worden ist. Gegen die Slaven Böhmens, Mährens und Schlesiens, gegen die Polen und Ruthenen, gegen die Tiroler und Slovenen fordert Herr Kuranda zur Nachahmung der englischen Gewaltpolitik auf. Die Nachahmung ist ja bereits versucht worden, aber ohne Erfolg. Was hat der Belagerungszustand, was hat die draconische Strenge gegen die böhmische Oppositionspresse genützt? Die Folge war nur Stärkung der Opposition.

Die Gewaltpolitik wird immer und überall zu schanden werden, und umsomehr, wenn sie in der Maske der Freiheit einherschreitet. Sie ist selbst in Großbritannien nur unvollständig gelungen. Schottland hat sich gefügt, die Schotten verzichten darauf, in der Geschichte genannt zu werden; die Irländer aber protestiren fortwährend gegen die Unterdrückung, durch die Einverleibung Irlands haben die Engländer sich eine beständig blutende Wunde ihres Reichkörpers geschaffen. Immer und immer muß das freie England in Irland die Verfassungsrechte suspendiren, das Martialgesetz herrschen lassen; eben jetzt hat es eine Armee aufbieten müssen, um die zum Verzweiflungskampfe getriebene irische Opposition abzuwehren. Wenn zur Nachahmung der gewalthätigen englischen Unisizirungspolitik aufgefordert wird, so muß man auf Irland blicken, dann wird man erkennen, daß England für Oesterreich kein aufmunterndes, sondern ein abschreckendes Beispiel ist.

(Die verfassungstreuen Abgeordneten und das Schwurgericht). Daß den Ministern Giskra und Herbst, oder vielleicht der Regierung überhaupt die Verbisse der Geschwornen, durch welche in Böhmen und auch anderswo Journalisten der nationalen und staatsrechtlichen Opposition freigesprochen wurden, nicht angenehm sind, das kann man begreiflich finden. Es war auch schon das Gerücht aufgetaucht, daß die Regierung das Schwurgericht für Preßdelikte suspendiren wolle, und nach den Antecedentien des Herrn Justizministers Dr. Herbst und nach den im Memorandum der Ministermajorität ausgesprochenen Ansichten und Tendenzen könnte man durch eine solche Maßregel nicht eben überrascht sein. Daß aber verfassungstreue Deputirte, die sich doch beständig als die Hüter und Vertheidiger der konstitutionellen Freiheit selber

preisen und preisen lassen, daß sogar der Abgeordnete, welcher sich gerühmt hat, auf der Hochwacht der Freiheit zu stehen, daß solche Männer in ihrer offiziellen Eigenschaft ihr Mißfallen über die freisprechenden Urtheile der Geschwornen aussprechen, weil eben ihre politischen Gegner frei gesprochen worden sind, das charakterisirt den Liberalismus dieser Herren in äußerst nachtheiliger Weise und zeigt zugleich, daß diese Notabilitäten der neuesten Ära das Wesen der Jury nicht richtig verstehen.

Durch den Tadel, welchen die Herren Schindler, Kuranda und Rechbauer im Adresscomité über die Urtheile der Prager Geschwornen ausgesprochen haben, ist in der That nur den Gegnern des Schwurgerichtes überhaupt ins Horn geblasen worden. Gegner des Schwurgerichtes sind die strengen starren Juristen, welche nach dem Grundsatz richten: *Fiat justitia, pereat mundus*, wobei sie unter *Justitia* den Buchstaben des Gesetzes verstehen und verlangen, daß diesem Buchstaben buchstäblich gehorcht werden müsse, wenn das auch dem höheren sittlichen Rechte widerspräche, wenn das menschliche Gefühl sich dagegen empörte, wenn die Welt darüber zu Grunde ginge. Diese orthodoxen Juristen sagen: „Die Jury ist kein eigentliches Rechts-, sondern ein politisches Institut, es findet bei derselben selten eine richtige Rechtsfindung statt, sondern es werden Gefühlsurtheile gesprochen, und namentlich bei politischen Delikten sprechen die Geschwornen in der Regel nicht nach dem Gesetz, sondern nach ihrer eigenen Parteiensicht und nach der herrschenden Meinung der Zeit.“ Die Gegner der Jury haben mit diesen Behauptungen in der That nicht ganz unrecht. Es ist in der wissenschaftlichen Welt allgemein anerkannt, daß das Schwurgericht kein striktes Rechtsinstitut im streng juristischen Sinne ist. Aber gerade deshalb ist die Jury ein Postulat des freien Staates, und es verlangen die wahren Freunde der Freiheit das Schwurgericht, damit nicht das starre Recht des todtten Gesetzbuchstaben herrsche, sondern das lebendige Recht der moralischen Ueberzeugung, des humanen Gefühles, der sittlichen Gerechtigkeit. Die Geschwornen finden bei ihren Urtheilssprüchen allerdings nicht immer das strikte Recht nach dem Buchstaben des Gesetzes, aber sie schaffen dafür das lebendige Recht für solche einzelne Fälle, in denen das Urtheil nach dem im Buchstaben des Gesetzes gleichsam versteinerten Rechte, das größte Unrecht wäre. Dies gilt ganz besonders für politische Prozesse. Die Vertheidiger der Jury gehen von dem Erfahrungssatze aus: „*Summum jus, summa saepe injuria*,“ das größte Recht, ist oft das höchste Unrecht.

Daß nun Herr Kuranda, welcher bei seiner sonstigen tiefen und hohen Gelehrsamkeit und eminenten staatsmännischen Bildung eben nicht Zeit und Gelegenheit gehabt hat, sich auch wenigstens mit den vulgären Elementen der Rechtswissenschaft bekannt zu machen, sein hohes Mißfallen über die Verdicts der Prager Geschwornen ausgesprochen, das könnte man aus dem angeführten Grunde entschuldigen; nicht aber daß dieser vielgepriesene Freiheitskämpfer die

zum Schwurgericht berufenen Prager Bürger dahin verdächtigte, sie hätten ihre Urtheile nach einem *mot d'ordre* ihrer Partei gesprochen und dieselben schon diktirt bekommen, bevor die Prozesse begonnen. Wir wissen nicht, ob die Strafgesetze, welche zum Schutze der Ehre und Würde der k. k. Amtsrichter bestehen, auch den in die Jury berufenen Volksrichtern zu Gute kommen; das aber wissen wir, daß ein wahrhaft freisinniger Mann diese Volksrichter nicht verdächtigen soll, wenn sie seine politischen Gegner freisprechen.

Einen höchst unangenehmen Eindruck macht es, daß zwei Doktoren der Rechte, nämlich die Herren Rechbauer und Schindler in dem verdächtigen Tadel der Prager Geschwornen mit Herrn Kuranda übereinstimmten. Dr. Rechbauer war mehr naiv als ungerecht, indem er sagte, daß, wenn in Graz solche Fälle vorkämen wie in Prag, die Grazer Geschwornen gewiß ein Schuldig sprechen würden. Da Herr Dr. Rechbauer, der die Grazer kennt, es sagt, so muß man es glauben und kann es auch begreiflich finden, daß Grazer verfassungstreue Schwurmänner einen föderalistischen Schriftsteller, welcher seine politische Ueberzeugung in einer mit dem Strafgesetze kollidirenden Heftigkeit ausgesprochen hätte, rücksichtslos verurtheilen würden. Es ist aber doch auch denkbar, daß Grazer Bürger als Geschworne sich mehr von der Rücksicht auf die Freiheit des Meinungsausdrucks, als von Parteileidenschaft bestimmen ließen. Andererseits wäre es ebenfalls ganz begreiflich, daß föderalistisch gesinnte Schwurrichter in Böhmen fanatische Dezembristen verurtheilen würden; es wäre aber auch da möglich, daß die Freisinnigkeit stärker sein könnte als die Parteileidenschaft. Wenn aber das weder da noch dort der Fall wäre, wenn wirklich in Graz die Föderalisten, und in Prag die Dezembristen von der Jury verurtheilt würden, so wäre dies eben nur ein Beweis der ohnehin bekannten Wahrheit, daß die Jury mehr ein politisches, als ein streng juristisches Institut ist. Dabei müssen wir bemerken, daß die Staatsbehörde den böhmischen Geschwornen noch nicht Gelegenheit gegeben hat, in dieser Beziehung ihre Gesinnung zu erproben, und ebenso wenig den verfassungstreuen Schwurrichtern. Diese sind noch nicht in die Lage gekommen, über einen Journalisten ihrer Partei zu urtheilen, und ebenso wenig haben föderalistische Geschworne bisher einen dezembristischen Schriftsteller vor ihrem Forum gehabt. Herr Kuranda, welcher sagte, daß zwischen der deutschen und czechischen Presse Wind und Sonne nicht gleich vertheilt sind, hat damit recht, aber nur in dem Sinne, daß bisher nur die czechische, nicht aber auch die deutsche Presse, wie sehr diese auch den Völkerhaß aufreizen mochte, strafgerichtlich verfolgt worden ist.

Am weitesten ging Herr Dr. Schindler. Er behauptete, „daß es in allen civilisirten Staaten unerhört sei, daß Geschworne gleich den böhmischen sich einem Thatbestande gegenüber und bei einem Vorgange, den jede juristische Autorität und auch die Autorität des gesunden Menschenverstandes für eine Gesetzesverletzung halten muß, sich negativ verhalten.“ Diese Behauptung ist ganz unrichtig

und sie verräth in der That, daß auch Herr Dr. Schindler das Wesen und den Zweck der Jury nicht richtig erkennt. Die Geschichte der Jury aller Staaten zeigt, daß die Geschwornen sehr oft bei erwiesenem Thatbestande, bei klar gestellter Gesetzesverletzung ein Nichtschuldig sprachen, weil Schwurrichter eben ihr Urtheil nicht nach dem materiellen Thatbestande, nicht nach dem starren Buchstaben des Gesetzes fassen, sondern nach ihrer moralischen Ueberzeugung, nach ihrem Gewissen, nach dem humanen Gefühle über die Schuldfrage entscheiden. Das Urtheil des Schwurgerichtes entscheidet nicht, ob etwas geschehen und ob dadurch ein Gesetz verletzt worden sei, sondern nur, ob derjenige, dem eine solche gesetzwidrige That zur Last gelegt wird, schuldig oder nichtschuldig sei. Daher sind unzählige Fälle vorgekommen, wo die Geschwornen so gut wie die Amtsrichter und jedermann erkannten, daß eine gesetzwidrige That wirklich geschehen und wirklich von dem deshalb Angeklagten vollbracht worden war, und denselben dennoch freisprachen. Und das geschah nicht etwa bloß bei politischen, sondern auch bei gemeinen Delikten. Wie oft sind Fälle vorgekommen, daß eine Tödtung ein Mord durch That- und Zeugenbeweise und durch Geständniß klar konstatiert war, und der überwiesene und geständige Angeklagte dennoch von den Geschwornen freigesprochen wurde, und zwar unter allgemeinem Beifall und zur freudigen Befriedigung der öffentlichen Meinung. Gerade deshalb wird ja die Jury von allen freisinnigen und edlen Menschen verlangt und hochgeschätzt.

Herr Dr. Schindler hat vollkommen recht, wenn er sagt, daß jede juristische Autorität die in den jüngsten Prager Prozeßproben vorgekommenen Thatbestände für eine Gesetzesverletzung halten muß. Ganz gewiß wären alle die jetzt von den Geschwornen freigesprochenen Journalisten von Amtsrichtern streng verurtheilt worden; aber ebenso gewiß würden Geschworne die früher von Amtsrichtern streng verurtheilten Publizisten freigesprochen haben. Da offenbart sich eben das eigenthümliche Wesen der Jury. Das kann manchen Leuten unangenehm sein, aber es besteht eben der große Nutzen der Jury darin, daß in Fällen, wo der an das starre Gesetz gebundene Amtsrichter oft gegen sein Gefühl, gegen seine moralische Ueberzeugung verurtheilen müßte, die Geschwornen freisprechen können, weil sie eben nach ihrem Gewissen, nach dem sittlichen Rechte urtheilen. Viele edle juristische Richter selber haben die Jury deshalb gepriesen, sind als Menschen froh gewesen, durch das Verdikt der Geschwornen von der harten Nothwendigkeit befreit worden zu sein, gegen ihre moralische Ueberzeugung eine Verurtheilung aussprechen zu müssen. Anderentheils bietet aber die Jury auch die Möglichkeit, daß die Geschwornen in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung, zur Befriedigung des Rechtsgefühles des Volkes ein Schuldig sprechen können, wo die Amtsrichter wegen Mangels gesetzlicher Erfordernisse auf Losprechung erkennen müßten.

Wenn dieses von allen wahrhaft freisinnigen und edlen Menschen aus Gründen der Freiheit, der Humanität, des höheren sittlichen Rechtes hochgeschätzt

Wesen der Jury dem Parteigefühle des Herrn Dr. Schindler zuwider ist, so kann er den Antrag stellen, daß das Schwurgericht suspendirt, oder ganz aufgehoben werde. Dazu ist er als Abgeordneter befugt; durchaus nicht berechtigt aber war er, den Prager Geschwornen vorzuwerfen, daß sie gegen ihren Eid gesprochen hätten. Das ist eine Verdächtigung freier Bürger, welche ein wahrhaft freisinniger und volksfreundlicher Abgeordneter nicht denken, geschweige denn gar öffentlich aussprechen sollte. Die Geschwornen verpflichten sich eidlich, nach ihrem besten Wissen und Gewissen zu urtheilen. Wenn nun ein Geschwornener nach seinem besten Wissen die Ueberzeugung des angeklagten Schriftstellers theilt, wenn ihm sein Gewissen sagt, daß er selber geradefo geschrieben hätte und schreiben würde, und wenn er in diesem Bewußtsein und Gefühle ein Nichtschuldig ausspricht, so verlegt er dadurch mit nichts seinen Eid. Das gilt von den Geschwornen jeder Partei. Wir selber z. B. würden es politisch und menschlich ganz begreiflich finden, wenn wir wegen eines föderalistischen Oppositionsartikels von Wiener verfassungstreuen Geschwornen verurtheilt würden; und aus denselben Gründen finden wir es begreiflich und gerechtfertigt, daß die föderalistischen Prager Geschwornen die Journalisten der nationalen und staatsrechtlichen Opposition freisprechen.

Die Genesis der Agitation in Tirol bezüglich der Landesvertheidigungsfrage.

Aus dem Unterinntal.

Der bekannte, seiner Zeit auch von der „Reform“ besprochene Majoritätsbeschluß des tirolischen Landtages zu §. 4 des Regierungsentwurfes der Landesvertheidigungsordnung, der Beschluß nämlich, daß die Tirolerlandeschützen nur mit Bewilligung des Landtages außerhalb der Landesgrenzen verwendet werden dürfen, macht noch immer vielen Rumor in den Zeitungen, die je nach ihrer Parteistellung sich „für“ oder „gegen“ herumzanken. Dieser Lärm pflanzt sich natürlich fort bis in die äußersten Winkel unserer Thäler, wo er dann in Zustimmung- oder Ablehnungsmanifestationen von Seite der Gemeinden und anderer Körperschaften seinen Wiederhall findet.

Es kann nicht in unserer Absicht liegen, die staatsrechtliche und politische Diskussion über einen bis zum Ueberdruß erörterten, an sich sehr einfachen Gegenstand noch weiter fortzuspinnen; uns genügt es, zur Klarstellung der Sachlage aus dem reichhaltigen Schätze des von Publizisten, Geschichtsforschern, und Rechtsgelehrten zusammengetragenen Materiales zwei entscheidende Momente hervorzuheben: erstens die Thatsache, daß der Standpunkt des tirolischen Landtages

in der bezeichneten Frage ein korrekt tirolischer war; zweitens die Erwägung, daß der in Rede stehende Majoritätsbeschluß der „Förderung verfassungsmäßiger Freiheit und des zeitgemäßen Fortschrittes“ nicht zuwiderläuft, folglich ein freisinniger ist. Wir besorgen keine stichhältige Einwendung dagegen von irgend einer Seite. Spricht die geographische Lage des Landes mit einer glänzenden Kriegsgeschichte und einem wohl verbrieften bis in die Gegenwart reichenden und erst im Jahre 1864 neuerdings bestätigten Landesrechte für das erstere der beiden Merkmale, so findet bezüglich des letzteren der Verfassungsfreund seine volle Beruhigung in der analogen Bestimmung des allgemeinen Landwehrgesetzes, dessen §. 3 die Verwendung der Landwehr außerhalb der Reichsgrenzen von der Zustimmung der Reichsvertretung abhängig macht. Wol aber gewärtigen wir die sehr nahe liegende Frage, wie über einen Landtagsbeschluß, der als echt tirolischer den Einen zusagt, und als wahrhaft freisinniger den Andern nicht widerstrbt, nichtsdestoweniger ein so scharfer, das ganze Land durchziehender Meinungskampf habe entstehen können. Es ist das allerdings eine auffallende Erscheinung, für die sich jedoch eine Erklärung findet, sobald man sie nur am rechten Orte sucht.

Als nämlich der Tiroler Landtag unmittelbar nach Anhörung einer sehr ausführlichen, etwas selbstgefälligen, mitunter nicht besonders taktvollen Rede des Statthalters auf außerordentliche Art geschlossen worden war, trat kurz darauf der konstitutionelle Verein in Innsbruck zusammen, um in Angelegenheit des vorerwähnten §. 4 eine Petition an das Gesamtministerium zu beschließen. Die hierüber verfaßte, ihrer Bestimmung zugeführte und vom kleinen Vereinsmoniteur sogleich veröffentlichte Adresse ist ein ganz merkwürdiges Schriftstück, nach Form und Inhalt gleich bemerkenswerth. Ohne ein prinzipieller Gegner des konstitutionellen Vereines zu sein, vielmehr der Anschauung huldigend, daß derlei politische Institute einem wahren Bedürfnisse der Gegenwart entsprechen, braucht man nur den Eingebungen einer kaltblütigen, durch keine vorgefaßte Meinung beirrten Empfindung zu folgen, um den Geist, der das besagte Memorandum durchweht, nichts weniger als zusagend zu finden. Der konstitutionelle Verein „sieht mit tiefem Bedauern“ darin so vieles und „beklagt“ so manches an der Landtags-Majorität, und er kann sich dabei so widerwärtig verdächtigender Gedanken nicht erwehren, daß wir gern auf die Reproduktion dieser kritischen Ausfälle verzichten, sowie auch dem Leser die „dankbare Anerkennung“ vorenthalten, welche der konstitutionelle Verein der „hohen Regierung“ zu zollen Veranlassung nimmt; nicht als ob uns für solche konventionelle Formen das Verständniß fehlte, sondern weil es einem liberalen Organ nicht gut ansteht, sich in eine gehobene Stimmung zu versetzen dafür, daß die Regierung, was doch am Ende ihre einfache Schuldigkeit ist, die Verhältnisse Tirols gut gekannt, vielleicht sogar besser gekannt hat, als jene anderer südlicher gelegenen Provinzen des Reiches. Dagegen glauben wir jene Stellen der Petition, welche zu dem Zwecke unserer Aufgabe in näch-

ster Beziehung stehen, im getreuen Wortlaute des Textes citiren zu sollen. Diese lauten:

„Es wäre ein schwerer Schlag für das Land Tirol, wenn Regierung und Reichsrath, durch dieses abstoßende Verhalten der Landtagsmajorität herausgefordert . . . beschließen würden, den Artikel III des Wehrgesetzes, in welchem sie dem Lande Tirol seine Ausnahmestellung noch ferner zugestanden haben, durch ein neues Gesetz wieder aufzuheben. . . . Als Angehörige des Volkes von Tirol ermessen wir aber die schmerzliche Last, welche das an Arbeitskräften ohnehin arme Land empfinden müßte, wenn es sein altgewohntes, ehrenvoll erprobtes Vertheidigungsinstitut aufgeben, dafür aber die doppelte Soldatenzahl und überdies noch Landwehrbataillone stellen müßte, die gleich der Landwehr der übrigen Länder ausnahmslos verpflichtet wären, auch außerhalb des heimathlichen Bodens und selbst außerhalb der Grenzen des Reiches Dienste zu thun. . . . In dieser Erwägung wolle die hohe k. k. Regierung beschließen, den Faden der Verhandlung durch den beklagenswerthen Landtagsbeschluß nicht als abgerissen zu betrachten . . . sondern vielmehr das Werk der Vereinbarung mit einer künftigen Tiroler Landtagsversammlung noch einmal zu versuchen.“

Also Regierung und Reichsrath sollten den Art. III des Wehrgesetzes, das sie erst vor wenigen Monaten gemacht haben, wieder aufheben! Es heißt doch sehr geringschätzig denken von der Umsicht unserer Legislatoren, ihnen zuzumuthen, sie hätten die Sonderstellung Tirols deklarirt nicht aus überzeugenden sachlichen Gründen, sondern lediglich aus persönlichen Rücksichten des Wohlwollens. Jedenfalls ein neues Polizeimittel im Rechtsstaate Oesterreich, das da proponirt wird: Gesetze aufheben, um widerhaarige Landtage zur Raison zu bringen, und sie wieder einführen, um gefügige Landtage zu belohnen!

Ob ferner diesen „Angehörigen des Volkes von Tirol“, wie sich die Herren konstitutionellen Vereinsmitglieder zur Charakterisirung der unter ihnen vorkömmlichen landmannschaftlichen Verschiedenartigkeit in höchst bezeichnender Weise selber nennen, ihre warme Befürwortung des Landesvertheidigungsinstitutes vom Herzen kommt, oder ob ihnen der Bauer in Waffen nicht noch weniger sympathisch ist, als der Kaiserjäger, das möge dahin gestellt bleiben; aber geradezu drollig ist es, glauben machen zu wollen, die Regierung und der Reichsrath könnten im Ernste daran denken, das Kaiserjäger-Regiment zu verdoppeln. Das würde man gewiß unter keinen Umständen thun, ganz besonders aber nicht nach der Erfahrung in Cattaro.

Was für ein unnützer Lärm endlich, um ein offenes Thor einzurennen! Denn daß die „hohe k. k. Regierung“ ihre Vorlage noch einmal vor den Landtag bringen wird, wenn sie, nach den Erfahrungen mit den Bockhesen, auf deren unveränderter Annahme besteht, versteht sich doch von selbst, wie ja auch die von dem konstitutionellen Verein angestrebte Auflösung des Landtages wol schon vor der Ernennung unseres neuen Landeshauptmannes vollzogen worden

wäre, wenn von einem Appelle an das Volk ein praktischer Erfolg sich hätte erwarten lassen. Da muß eben noch eine Umstimmung der Wähler sich vollziehen, und gerade darin liegt der Kernpunkt der Frage, der Schlüssel zur Aufklärung der eingangs besprochenen auffallenden Erscheinung.

Der konstitutionelle Verein von Innsbruck steht mit Herrn v. Lasser in fortgesetzter Fühlung. Das ist ein offenkundiges Geheimniß. Seine maßgebenden Mitglieder sind gewissermaßen die Karpatiden unserer Regierung im Lande. Selbst Professor Birchow, eine liberale Autorität Europa's, soll gelegentlich der letzten Naturforscherversammlung in Innsbruck in einer — von den Zeitungen todtgeschwiegenen — Banketrede den hiesigen konstitutionellen Verein schlechtweg einen Regierungsverein genannt haben. Das geflügelte Wort des berühmten Oppositionsmitgliedes der preussischen Kammer behält, auch wenn es thatsächlich nicht gesprochen worden wäre, unter allen Umständen den Werth einer guten Erfindung, da es die Tendenzen unseres konstitutionellen Vereines in schlagender Weise charakterisirt. Sich für die Beschränkung einer Landesfreiheit durch die Regierungsgewalt interessiren und erwärmen, ist doch nichts weiter als ein Regierungsliberalismus.

Nun tritt dieser konstitutionelle Verein mit einer feierlichen Petition an das Gesamtministerium auf, worin es sich um nichts weniger handelt, als gefahrdrohende Eventualitäten vom Lande abzuwenden, die von einer Landtagsmajorität heraufbeschworen seien mit Hintansetzung der wirklichen Landesinteressen, nur zur Ausnützung ihrer Parteivorthelle. Bei den obwaltenden Wechselbeziehungen zwischen dem petitionirenden Vereine und der Regierung gewinnt ein solcher Schritt und ein solches Wort an Bedeutung. „Der konstitutionelle Verein ist gut unterrichtet, er weiß wol was er spricht und muß es ja wissen“: so raunt der Nachbar seinem Nachbarn ins Ohr. Und siehe da, in kürzester Frist ist der allgemeine Allarm fertig. Man hört schon und sieht nichts anders mehr im ganzen Lande als den leibhaftigen Aufmarsch von 22.000 Kaiserjägern. Vorläufig freilich nur in der Schreckengestalt von Gespenstern; indessen geht es bei dieser geistigen Revue begreiflicherweise nicht ab ohne physisches Murren wider die Urheber so unheilvollen Geschehens.

Die im Lande herum verbreiteten konstitutionellen Vereine hatten auch wirklich nichts eifrigers zu thun als dem Beispiel ihres Muttervereines in der Hauptstadt zu folgen und analoge Petitionen nach Wien zu senden. Die liberale Gemeindevertretung von Innsbruck, erst kürzlich mit sehr mobilen Elementen verjüngt, that desgleichen in einer, wie die „Neue freie Presse“ berichtet, meisterhaft stilisirten Adresse. Ebenso die Gemeindevertretung von Bogen unter Streiters Führung, der wol schon selbst dafür gesorgt haben wird, daß sein Auftreten in dieser Sache in tirolischen Korrespondenzen der Wiener Journale ins gehörige Licht gesetzt wurde. Auch andere liberale Gemeinden durften bei dem

Abreßmonstrum nicht fehlen, dem nun auch neuestens viele Schießständsvorstellungen und die Schützenoffiziere sich anschließen.

So war denn nach der einen Richtung hin die beabsichtigte Wirkung erreicht. Aber nach der andern Richtung schlug sie fehl. Der Choc erzeugte einen Gegenchoc, der sich in massenhaften Zustimmungsadressen der konservativen Gemeinden aus allen Theilen des Landes zu dem Landtagsbeschlusse kund gibt.

Das ist die Genesiss der allerneuesten Agitation in Tirol bezüglich der Landesvertheidigungsfrage.

Traurig ist es wahrzunehmen, wie ein Landtagsbeschuß, der nach seiner ausschließend politischen Tendenz und Tragweite geeignet erscheinen mußte, die sonst auf anderem Felde sich gegenüberstehenden Meinungen versöhnend unter Einen Hut zu bringen, dazu ausgebeutet wurde, um die vorhandenen Gegensätze zu schärfen. Wer dahinter steckt, möge nicht schlaue lächeln; es ist gefährlich mit den Gefühlen eines Volkes zu spielen. — —

Istis ein Klerikaler oder ein Liberaler, der so aus und über Tirol schreibt? Weber das Eine noch (nach landläufigen Begriffen) das Andere. Autonomist; dem Fortschritt der Zeit aufrichtig zugethan; das Gute aus Parteirücksichten niemals zurückweisend, woher es auch komme; ein entschiedener Gegner der Vergewaltigung der katholischen Kirche durch den Staat und umgekehrt; ein unbedingter Anhänger des Prinzips der freien Kirche im freien Staat, aber nicht als Lüge wie in Italien, sondern als Wahrheit wie in Amerika; so in der rechten Mitte zwischen dem unbeugsamen suspendirten Gymnasial-Professor Moriggl und dem schmieg-samen Aesthetik-Professor Dr. Wildbauer und mit beiden Großpublizisten des Landes gleich gut kaiserlich: Da haben Sie Ihres ungekannten Briefstellers politisches Glaubensbekenntniß, womit er übrigens keineswegs allein steht. Seine Gesinnungsgenossen finden sich in allen Theilen des Landes in allen Ständen der Bevölkerung, in allen Schichten der Gesellschaft, sogar in den beiden einander schroff gegenüberstehenden Lagern der Klerikalen und Liberalen. Die zerstreuten Elemente in eine Mittelpartei zu sammeln wäre Sache eines leider noch fehlenden Führers.

Die Bulgaren.

Entweder bringt uns unsere türkenfreundliche Publizistik gar keine Nachrichten aus Bulgarien, welches uns doch so nahe liegt, oder es sind ihre äußerst seltenen Berichte über dortige „Umtriebe“ derart entstellt und sich widersprechend, daß man ihnen keinen Glauben schenken darf. Man hat allerdings seinerzeit mit den angeblich auf rumänischem Boden organisirten bulgarischen Bänden viel

Auffehens gemacht, man ging sogar soweit, von einigen bewaffneten Bulgaren den Frieden Europas gefährdet zu sehen; nie ist man aber zur Idee gekommen, auch einmal die kirchlich-nationalen Bestrebungen der bulgarischen Nation mit aller Objektivität näher ins Auge zu fassen. Man begnügte sich, die Bulgaren als eine willenlose, von Agitatoren fortwährend aufgeheizte Volksmasse zu betrachten. Gegen diese Zumuthung würde aber jeder nur halbwegs aufgeklärte Bulgare entschieden protestiren.

Unter allen unmittelbar der Türkei untergebenen Völkerschaften haben die Bulgaren von jeher am schwersten den Druck der türkischen Herrschaft verspürt. Das durch die kirchlichen und staatlichen Abgaben gänzlich verarmte Volk sehnt sich nach Freiheit. Das Nationalgefühl ist erwacht und regt sich mächtig unter den Bulgaren. Die türkische Regierung betrachten sie als eine fremde, als ihren Feind, und umgekehrt werden sie von der Pforte nur als besiegte, rechtlose, nur von der Gnade abhängige Untergebene angesehen.

So auf sich selbst angewiesen, streben die Bulgaren, sich durch eigene Thatkraft emporzuschwingen. Sie haben auf wissenschaftlich-nationalem Gebiete sowol, als auch in kirchlicher und politisch-nationaler Beziehung bereits schöne Resultate aufzuweisen. Die bulgarischen Blätter verzeichnen fast jedesmal einen Fortschritt mehr in der Errichtung von Volksschulen in den verschiedenen und bedeutenderen bulgarischen Kommunen. Junge Bulgaren, welche im Ausland und besonders in den bulgarischen Schulen von Braila, Galatz, Bolgrad u. s. w. in Rumänien sich ausgebildet haben, gehen nach Bulgarien und errichten dort Volksschulen, in welchen sie die bulgarische Sprache und Geschichte lehren. So besteht zum Beispiele in der Gemeinde Negotin seit zwei Jahren eine bulgarische Schule, in welcher bei hundert Knaben unterrichtet werden. Diese Gemeinde zählt 300 bulgarische und 40 türkische Familien, welche letztere bulgarisch sprechen, und sie hat alle Sonntage einen Wochenmarkt. Gewissermaßen als Centralmarktflecken vereinigt Negotin alle umliegenden bulgarischen Dörfer, welche ebenfalls ihr Kontingent an Schulkindern stellen. Auf diese Weise entstehen und organisiren sich allerorts Schulen, welche die Nationalität und Sprache unter dem Volke kultiviren.

Interessant ist der Kampf, den die Bulgaren auf kirchlichem Gebiete mit dem griechischen Patriarchen von Konstantinopel führen, und der in neuester Zeit sehr akut geworden ist. Die Bulgaren, folgend dem Beispiele der anderen christlichen Völker, wollen ebenfalls die kirchliche Unabhängigkeit, die Befreiung von der äußerst lästigen und drückenden Bevormundung durch das griechische Patriarchat. Die Bulgaren wollen ebenso wie die Rumänen, Serben und Griechen die Autokephalie ihrer Kirche. Sie verlangen eine von der griechischen unabhängige bulgarische Synode in Konstantinopel. Deshalb haben die Bulgaren in letzterer Zeit die ihnen vom griechischen Patriarchen aufgedrungenen Erzbischöfe nicht anerkennen wollen und gegen eine derartige Ernennung protestirt, indem sie erklärten, daß

sie das griechische Patriarchat und die von ihm gesendeten Bischöfe nicht anerkennen. In diesem Sinne petitionirten sie auch bei der hohen Pforte und verlangten das Zusammentreten einer bulgarischen Synode in Konstantinopel. So verfuhr im Dezember v. J. die Gemeinde Skopia gegen ihren ernannten Erzbischof, und die Bulgaren von Veles erklärten, daß sie, bevor ihre kirchlichen Angelegenheiten nicht geordnet sein werden, von Konstantinopel keinen Bischof, und sei er auch ein Bulgare, mehr annehmen werden. Der religiöse Druck, den die griechischen Patriarchen als kirchliche und weltliche Vorsteher auf die Bulgaren insbesondere so schonungslos ausübten, rächt sich jetzt an ihnen. Nicht genug, daß das Volk die kirchlichen Abgaben an die fremden Bischöfe kaum mehr erschwingen kann, muß es noch auch jedesmal eine gewisse Summe für den respektiven türkischen Ferman, der bei Erbauung von Kirchen u. s. w. geholt werden muß, entrichten. Was bleibt ihm noch, wenn auch die, strengstens durch die Paschas eingetriebenen Steuern hinzukommen?

Wir wollen noch schließlich hervorheben, daß sich die Bulgaren auch in politisch-nationaler Beziehung zu organisiren trachten. Als Mittel hiezu dient die Gründung und Organisirung von bulgarischen Gemeinden. Es wurde beispielsweise lezthin in den bulgarischen Blättern kundgemacht, daß die bulgarische Gemeinde von Solun gesetzlich besteht, und daß ihr Siegel das Bild der heiligen Cirill und Methodius führen wird. Die Gründung von solchen nationalen Municipien ist der erste und hauptsächlichste Schritt zur politischen Freiheit.

Man urtheile also, ob das vier Millionen zählende bulgarische Volk wirklich nur eine türkische willenlose Heerde sei, oder eine Nation, welche, ihres Zieles bewußt, systematisch nach individueller Freiheit und Unabhängigkeit strebt. Bemerken wollen wir noch zulezt, daß die Bulgaren in ihrem Streben von den Rumänen, mit welchen sie sehr gut freundschaftlich leben, unterstützt und ermuntert werden und überhaupt im freien Rumänien eine wohlthuende Zufluchtsstätte vor den Verfolgungen der strangulirungelüsternten Paschas finden. Sollte nicht die geschichtliche Erinnerung an die glänzende Epoche des einstigen großen romanisch-bulgarischen Königreichs es sein, welche diese beiden Völker so sehr einander nähert? —

Kleine kritische Chronik.

Vom 12. bis 19. Jänner.

I n l a n d.

Wir konnten in der vorigen Nummer nur noch die bevorstehende Veröffentlichung der beiden Ministermemoranden ankündigen, da es nun einmal das Fatum der „Reform“ ist, daß interessante und wichtige Ereignisse gerade erst an dem Tage eintreten, wo unser Blatt schon unter der Presse sein muß. Wir haben gesagt, daß man aus den

Memoranden nichts Neues vernehmen würde, und in der That war das Wichtigste des Inhaltes bereits bekannt, selbst der merkwürdige Umstand, daß die Majorität des Ministeriums auf die galizische Resolution nicht eingehen wolle aus — Furcht vor Rußland. Eine nachträgliche Kritik der beiden Altensprüche können wir uns füglich ersparen, denn die Ansichten und Tendenzen der Herren Giskra und Herbst haben wir längst vorher wiederholt, und wie wir uns schmeicheln, vernichtend kritisiert, und die von Herrn Dr. Berger verfaßte Denkschrift der Minorität schildert die Zustände und Aufgaben im wesentlichen ganz übereinstimmend mit uns, ja stellenweise geradezu mit unsern Worten. Ueber die Art und Weise, wie es im Schooße des Ministeriums zugeing, wie die beiden Fraktionen gegen einander agitirten, schweigen wir, nachdem die öffentliche Meinung mit seltener Einmüthigkeit darüber ihr Urtheil ausgesprochen hat. Es lautet dahin, daß so etwas noch nie und nirgends vorgekommen, daß es aber ein trauriger Vorzug für Oesterreich ist, eine solche Erfahrung zu machen, und zwar in der gepriesenen allerneuesten Ära und an dem anfangs geradezu vergötterten Bürgerministerium. Die Veröffentlichung der beiden Memoranden war ein sehr fataler Akt für die Bürgerminister.

Die drei ausgleichsfeindlichen Minister sind, weil ein Ausgleich mit der Majorität unmöglich war, auf ihrer Demission bestanden und haben dieselbe erhalten, nachdem das Herrenhaus sich für die Majorität erklärt hatte. Ohne Zweifel wird sich auch das Abgeordnetenhaus für die Majorität erklären, und somit werden die fünf Minister einen parlamentarischen Sieg errungen haben. Es fragt sich nun, wie die Krone sich zu diesem Ereignisse verhalten wird.

Für den Moment scheint die Krone mit der Majorität des Parlamentes und des Ministeriums gehen zu wollen, denn da die fünf Minister im Amte bleiben, und der älteste derselben, Herr v. Plener mit der „Ergänzung“ des Ministeriums beauftragt ist, so hat die Krone die in der Thronrede angekündigte Versöhnungs- und Ausgleichspolitik wenigstens momentan aufgegeben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses Verfahren korrekt konstitutionell sei, denn die Krone hat gewiß das Recht und sie kann sich verpflichtet fühlen, der Majorität des Ministeriums und Parlamentes nachzugeben. Indem wir dies anerkennen, erlauben wir uns aber die Bemerkung, daß auch ein entgegengesetztes Verfahren korrekt konstitutionell wäre. In der Thronrede ist, gewiß mit Zustimmung der Majorität des Ministeriums, eine Ausgleichspolitik angekündigt. Nachträglich trat die Majorität des Ministeriums mit einem der Thronrede ganz entgegengesetzten Programm hervor, das Herrenhaus sprach sich für dieses Programm aus, trat also in Opposition gegen die Thronrede, und das Abgeordnetenhaus wird ohne Zweifel diesem Beispiele folgen. Ganz gewiß hätte also die Krone das konstitutionelle Recht, das ganze Ministerium zu entlassen, den Reichsrath und die Landtage aufzulösen und an die Bevölkerung zu appelliren. —

Die Verfassungstreuen agitirten und agitiren eifrig, um Vertrauensdemonstrationen für die Ministermajorität zu Stande zu bringen, und ihre Organe üben wieder das unehle Heldenthum, den abgetretenen Ministern Schimpf und Spott nachzuschreien. Die drei Herren werden sich zu trösten wissen. Dr. Berger hat auch seine Mandate niedergelegt, zieht sich also ganz ins Privatleben zurück. Es ist kein gutes Zeichen für Oesterreich, daß eine so eminente Kapazität dahin gebracht ist. Dr. Berger war unter den Bürgerministern der beste Kopf, er überragt diese Herren und ihren ganzen Anhang an politischer und allgemeiner Bildung im höchsten Maße. Hoffentlich wird er nicht ganz unthätig sein; es bleibt ihm ja seine gewandte und scharfe Feder. — Die Agitatoren des Ministeriums haben wirklich viele Vertrauensadressen zu Stande gebracht, aber sie gehen doch nur von einer in der Minorität befindlichen einzigen Partei aus,

sie repräsentiren nicht einmal die Majorität der Deutschen. Diese fangen doch endlich an, den Unsinn zu erkennen, den wir ihnen seit Jahren beständig demonstirt haben, nämlich den Unsinn der Behauptung, daß die Deceinberverfassung zum Schutze des Deutschtums nothwendig sei, während im Gegentheile die andern Rationalitäten diese Verfassung nur anzunehmen brauchten, um die Deutschen parlamentarisch zu beherrschen. —

In der Bocca di Cattaro ist glücklicherweise der Friede wieder hergestellt. Viele glauben die Art und Weise, wie das geschehen, tadeln zu müssen. Wir loben und preisen dieses Verfahren. Durch grobe Fehler der Administration war das Unglück herbeigeführt worden und es entwickelte sich während der Abwesenheit des Kaisers in so gefährlicher Weise, daß es das dringendste Interesse war, die Sache rasch zu beendigen. Die Autorität des Staates an und für sich hat dadurch nicht gelitten, höchstens die Autorität gewisser Staatsmänner, welche in ihrer slavenfeindlichen Gesinnung an einem Slavenstamme ein Exempel statuiren wollten. Wir danken dem Kaiser für die Milde, die er den Boschen bewiesen; und auch sie werden gewiß dankbar sein. —

Es gereicht uns zur Befriedigung, daß unser Artikel über den Verwaltungsgerichtshof bereits praktische Folgen hat. Der politische Verein in Linz hat bereits eine Petition an den Reichsrath gelangen lassen, um die Konstituierung des durch die Verfassung zugesagten Verwaltungsgerichtshofes zu urgiren, und wie wir vernehmen wird auch die hiesige Advokatenkammer diesen Schritt thun. Ein dringender Gegenstand für den Verwaltungsgerichtshof wäre zunächst die Angelegenheit des Bischofs von Linz. Das Reichsgericht hat denselben mit seiner Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gewiesen, der aber noch nicht erklirt. Darauf hat der Bischof in einem Majestätsgesuche um Sistrirung der über ihn verhängten Deposition gebeten. Dieses Gesuch ist vom Kultusminister abschlägig beschieden, und bereits die Liquidation des Fundus instructus der bischöflichen Güter anberaunt worden. Die Liberalen werden dieses Vorgehen billigen, weil es einen Bischof und gerade den Bischof von Linz betrifft. Doch was heute dem Bischof geschieht, kann morgen einem andern Staatsbürger, einer Korporation, einer Gemeinde geschehen. Es ist jedenfalls ein sehr schlimmer Zustand, eine schreiende Anomalie in einem Rechtsstaate, wenn man durch ein bloßes Dekret eines Ministers kurzweg aus einem rechtmäßig erworbenen langjährigen Besiß hinausgeworfen werden kann.

Die türkischen Bahnen, auf denen lange noch nicht gefahren werden wird, haben im lieben Oesterreich doch schon einen ganz allerliebsten Sclandal herbeigeführt. Wir haben den politischen Schwindel, welcher mit diesen Bahnen getrieben wird, schon wiederholt charakterisirt; in die finanzielle Chronique scandaleuse wollen wir uns nicht einlassen. Nur so viel sagen wir: Diejenigen, welche schon jetzt, bevor diese türkischen Bahnen gebaut sind, ihren Proffit in der Tasche haben, mögen sich dessen freuen; die Aktionäre aber werden nicht viel Freude erleben.

A n k u n d.

Die Vorgänge in Paris absorbiren die ganze Aufmerksamkeit. Es ist für den konstitutionell gewordenen Kaiser und sein parlamentarisches Ministerium äußerst fatal, daß der Beginn der neuen Ära durch die blutige That des Prinzen Peter gestört wurde. Daß diese That von der politischen Leidenschaft ausgebeutet wird, ist leider sehr begreiflich, aber gewiß kein Zeichen von Gerechtigkeit und Billigkeit der politischen Agitatoren. Du lieber Gott, jede Familie kann das Unglück treffen, unter ihren Mitgliebern einen Verbrecher zu haben; wer wird aber deshalb die ganze Familie verdammen! Diejenigen, welche das thun, wenn es sich um eine hochgestellte Familie handelt, beweisen dadurch wahrlich nicht Freisinnigkeit, sondern Servilismus, indem sie den Glauben verrathen, daß die Hochgestellten auch höhere Wesen, gleichsam ohne die

menschlüche Erbsünde geboren sein müßten. Da haben z. B. die Franzosen den Traupmann, der aus gemeiner Habsucht acht Menschen gemordet hat; es hat da ein Sohn des Volkes acht Kinder des Volkes menschlüch umgebracht. Was würden nun die Volkstribunen sagen, wenn die Hochgebornen dem Volke den Vorwurf machen möchten, daß es solche Bestien hervorbringt! Die Aufregung in Paris scheint wirklich groß zu sein; sie herrscht jedoch offenbar nur in einem Theile der Bevölkerung. Die solide Majorität ist auf Seite der Regierung. Das beweist auch die überraschend große Majorität, mit welcher der gesetzgebende Körper die gerichtliche Verfolgung Rocheforts bewilligt hat. Es wäre vielleicht klug gewesen, diesen exaltirten Mann nicht zu verfolgen, sondern es ihm selber zu überlassen, sich zugründzurichten. Doch wird man gerecht und billig anerkennen müssen, daß der Staatsanwalt wirklich amtlich verpflichtet war, gegen die alles Maß überschreitenden Angriffe auf die kaiserliche Familie einzuschreiten, und andererseits kann Napoleon mit Recht sagen: Ich darf als konstitutioneller Monarch in den Gang der Gerichte nicht eingreifen. Alle Franzosen aber, welche das republikanische Prinzip aufrichtig hoch halten, müssen erkennen, daß durch das Treiten Rocheforts und seiner Trabanten diesem Prinzip keine Ehre geschieht, keine Freunde gewonnen werden können.

Geschichtliche Beiträge.

Nur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

IX.

Der erste habsburgische Herzog.

(Fortsetzung.)

Bald nach der Unterdrückung der Empörung Wiens wurde Oesterreich durch einen Einbruch der Ungarn schwer getroffen. Wie bereits erwähnt, war Albrecht nach der Ermordung des Königs Ladislaus von seinem kaiserlichen Vater mit Ungarn belehnt worden. Er that jedoch nichts, um diesen papierernen Rechtstitel durchzusetzen, umso weniger, da auch der Papst Nikolaus IV. Ungarn für ein der Kirche heimgefallenes Lehen erklärte und sowol den Kaiser als den Herzog von Oesterreich ernstlich warnte, die Rechte des heil. Stuhles zu verlegen. Der Nationalstolz der Ungarn empörte sich dagegen, daß Kaiser und Papst über Ungarn verfügen wollten, und sie erhoben Andreas den Venetianer auf den Thron, den letzten männlichen Sprößling aus dem Stamme der Arpaden.

Dieser neue Ungarkönig Andreas III. verlangte vom Herzog Albrecht die Anerkennung und die Zurückgabe jener ungarischen Bezirke, welche nach der Besiegung des Grafen Swan von Güssing unter österreichische Herrschaft genommen worden waren. Albrecht verweigerte beides, und nun erklärte Andreas den Krieg und brach mit einem großen Heere in Oesterreich ein, welches bis an die Mauern Wiens furchtbar verwüstet wurde. Albrecht, durch frühere Fehden erschöpft und von den mit seiner strengen Herrschaft unzufriedenen Landherren wenig unterstützt, konnte dem mächtigen Feinde nur schwachen Widerstand leisten,

und nach sechs Wochen bewogen ihn der Jammer des Volkes und die Vorstellungen der Geistlichkeit, Frieden zu schließen. Der ungarische König stellte keine höheren Forderungen, als die ursprünglichen. Albrecht erfüllte dieselben, d. h. er entsagte allen Ansprüchen auf Ungarn und gab die eroberten Bezirke zurück.

Schon vor diesem kurzen Kriege mit Ungarn war Kaiser Rudolf gestorben (1291), und Herzog Albrecht strebte nach der deutschen Kaiserkrone. Er bereitete sich vor, an den Rhein zu ziehen, um seine Wahl zu betreiben. Dazu brauchte er Geld, aber sein Schatz war erschöpft, und Oesterreich verwüstet. Da zog Albrecht nach Steiermark, um dort Subsidien zu erlangen. Er wurde mit großen Ehren empfangen, als er aber den Ständen seine Geldforderung bekannt gab, stellten diese die Gegenforderung auf, daß der Herzog nicht mehr länger zaubern möge, den Steirern die Handvesten zu bestätigen, welche sie von den alten Fürsten, von Kaiser Friedrich II., von König Ottokar und von des regierenden Herzogs Vater, dem Kaiser Rudolf erhalten hatten. Sie erinnerten daran, daß sie dem Herzog in allen seinen Fehden Hilfe geleistet, und er ihnen jedesmal die Bestätigung ihrer Rechte versprochen hätte. Während der Kriegsnöthen hätten sie es vermieden, den Herzog mit Bitten zu bestürmen; jetzt aber, nach hergestelltem Frieden hofften sie, er werde ihre Bitte und sein Versprechen huldreich erfüllen.

Albrecht, in seinem Herrscherstolz verletzt, antwortete den Ständen, er werde die Sache überlegen und besprechen. Diese ausweichende Antwort machte auf die Stände einen so ungünstigen Eindruck, daß sie sofort erwiderten: „Gott möge Euer Sinne lenken, daß Ihr unsere Bitte erfüllet; thut Ihr es nicht, so mögt Ihr uns verzeihen, wenn wir nicht mehr nach Wien reiten, um Euch zu dienen.“ Der Zorn Albrechts wollte ausbrechen, doch bezwang er sich und entließ die ständische Deputation mit der Erklärung, daß er in drei Tagen seinen Willen kundgeben werde. Darauf berieth sich der Herzog mit den schwäbischen Herren aus seinem Gefolge und mit dem Abte Heinrich von Admont, und das Resultat der Berathung war der Entschluß, den Steirern nicht nachzugeben.

Am dritten Tage erschienen die ständischen Abgeordneten wieder vor dem Herzog und sie hatten den Bischof Leopold von Seckau zum Sprecher gewählt, weil er bis dahin ein treuer Anhänger Albrechts gewesen war, und man sich von seiner Vermittlung einen günstigen Erfolg versprach. Auf die demüthige Bitte des Bischofs, daß der Herzog seinen gnädigen Willen bekannt geben wolle, sprach Albrecht: „Meine obersten Rätthe sind in Wien, ich bin daher nicht im Stande, Euch so schnell zu antworten, wie Ihr es wünschet.“ Darauf erlaubte sich der Bischof die Bemerkung: „Es wäre billig, daß Ihr etliche steirische Herren in Euren Rath aufnehmen möchtet, sie würden Euch zum Besten rathe.“ — „Das will ich wol glauben,“ rief der Herzog mit einem zweideutigen Lächeln, „ich traue ihnen das Beste zu,“ und damit wollte er die Deputation entlassen. Da trat der Bischof näher an den Herzog heran und fragte dringend, ob er durchaus keine andere Antwort geben wolle. Barsch entgegnete Albrecht: „Hätt' ich's gewollt, so wäre es schon geschehen.“ Jetzt erglühete Bischof Leopold und rief mit erhobener Hand und Stimme: „Run merket was ich Euch sage. Von dieser Stunde an sage ich Euch im Namen der Landherren Treue und Eid auf, denn der uns von Eurem Vater verliehenen Handveste Inhalt ist, daß der Landesfürst nach ihm geleisteten Schwüren nicht säumen solle, dem Lande seine Rechte und Freiheiten zu bestätigen, und so er das nicht thut, soll man ihm von Stund an in nichts verbunden sein. Darnach richtet Euch, Herr!“ Albrecht erwiderte diese Drohung mit dem stolzen Wort: „Wie mein Vater diese

Land der Gewalt der Böhmen entrissen hat, so halte ich sie, nicht minder und nicht mehr.“ Darauf machte Friedrich von Stubenberg die kühne Bemerkung, daß der Böhme diese Lande nur deshalb verloren habe, weil er die Rechte und Freiheiten derselben nicht geachtet. Jetzt wandte sich Albrecht an den Bischof mit den jornigen Worten: „Ich will wissen, ob das ein Widerpot (Absage) sei.“ Mit unerschüttertem Muth sprach der Bischof: „Wie ich Euch zuvor gesagt, wir haben uns vereinigt, weil Ihr uns nicht leistet, was Ihr sollt; darum wollen wir still sitzen und Euch nicht dienen, bis Ihr Euch uns gereigt zeigt und unsere Bitte gewähret.“ Mit bitterem Vorwurf rief jetzt der Herzog aus: „Ich wußte es längst, daß nach meines Vaters Tode alles gegen mich aufstehen wird,“ und hiermit kehrte er der Deputation den Rücken und begab sich sofort nach Admont, um dort zu jagen und dadurch den Steirern zu zeigen, wie wenig er sie fürchte.

Die steirischen Stände trauten aber diesem Frieden nicht, denn sie zweifelten nicht, daß der stolze Herzog zu den Waffen greifen würde. Sie hielten daher zu Graz eine Versammlung, um Vertheidigungsmaßregeln zu beschließen. Sie schlossen Bündniß mit dem Erzbischof Konrad von Salzburg und dem Herzog Otto von Baiern, mit denen Albrecht noch immer in Streit war. Hierauf empfing der Herzog, der inzwischen nach Wien zurückgekehrt war, die Kriegserklärung Baierns und Salzburgs und auch einen Absagebrief von dem steirischen Dynasten Friedrich von Stubenberg. Die Steirer trafen auch schon Vorsorge, sich einen neuen Herzog zu geben. Sie erkoren dazu zuerst den Grafen Ulrich von Feunburg, der eine Prinzessin von habenberg'schem Geblüte zur Gattin hatte, zugleich machten sie aber auch dem Herzog von Baiern Hoffnung, Herr der Steiermark zu werden. Als Albrecht dies hörte, rief er aus: „Wenn die Steirer den Baier zum Herzog bekommen, werden sie ihn nicht ein Jahr behalten.“

Albrecht saß in Wien scheinbar ganz ruhig, als ob er sich um die bairische und salzburgische Kriegserklärung und um den Aufstand der steirischen Landherren gar nicht kümmerte. Seine Gegner hielten dies für Muthlosigkeit und begannen den Kampf. Die Steirer brachen mehrere herzogliche Burgen, die Baiern und Salzburger eroberten Rottenmann, Admont und Leoben und rückten bis Bruck an der Mur vor. Diese Stadt erhielt der schwäbische Marschall von Landenberg in der Treue für den Herzog. Die Feinde schickten sich an, die Stadt zu belagern, und sie hielten sich für ganz sicher, weil die einzige Straße über den Semmering dermaßen verschneit war, daß ein Truppenmarsch von Oesterreich her als ganz unmöglich erschien.

Doch Herzog Albrecht, der im stillen Kriegsvolk gesammelt hatte, bot nun hunderte von Bauern auf, die ihm den Weg durch den Schnee bahnen mußten, und nun überraschte er seine Feinde dermaßen, daß sie, von Schrecken überwältigt, die Flucht ergriffen. Nun zog Albrecht unter dem Jubel des Volkes in Bruck ein. Landenberg aber brach aus, verfolgte die Feinde, schlug sie und nahm mehrere steirische Edle, auch den Stubenberg gefangen. Die Empörung war unterdrückt, die fremden Feinde waren aus dem Lande getrieben.

Nun zeigte Albrecht wieder die edle Seite seines Charakters, indem er den Besiegten verzieh. Die schwäbischen Herren riethen ihm, die vornehmsten Häupter des Aufstandes, besonders den Stubenberg hinrichten zu lassen. Doch Albrecht sagte: „Das müssen wir besser wissen. Unserthalben soll Gnade für Recht ergehen. Wir pflegen der Gewohnheit, einem Manne, so übel er auch

gethan habe, wenn wir über ihn gesiegt haben, den Weg zur Besserung nicht abzuschneiden. Friedrich von Stubenberg hat uns offen abgefragt. Ist er dadurch zu Schaden gekommen, und verzeihen wir ihm seine Schuld, so wird sein Bemühen, unsere Gnade zu gewinnen, desto größer sein.“ Auch den Vorschlag, wenigstens die Güter der Rebellen einzuziehen, verwarf Albrecht. Er wollte, sagte er, kein Fürst ohne Landherren sein, selbst wenn er alle Güter derselben zu eigen bekommen könnte. Doch mußte Stubenberg drei Burgen übergeben und vorläufig im Gefängniß bleiben. Die übrigen gefangenen Edlen wurden gegen Lösegeld freigelassen.

Von Bruck a. d. M. zog Albrecht gegen die salzburgische Stadt Friesach, welche erobert und eingeschert wurde. Die Burg ergab sich, und daselbst hielt nun der Herzog einen Hoftag. Es erschienen die steierischen Landherren und leisteten erneuert die Huldigung. Jetzt gewährte Albrecht freiwillig, was er sich nicht durch Drohungen abtrotzen gelassen. Am 20. März 1292 bestätigte er die Freiheiten, Rechte und Gewohnheiten der Steiermark und stellte darüber eine eigene Urkunde aus. Ja er gewährte den Steirern etwas, um das sie gar nicht zu bitten gewagt hatten; er entthob nämlich seinen Liebling, den von den Steirern gefaßten Abt von Admont der Landeshauptmannsstelle und erhob auf dieselbe den steierischen Edlen Hartneid von Stadel.

So beruhigte Albrecht die Steiermark und befestigte daselbst seine Herrschaft.
(Fortsetzung folgt.)

Entgegnung auf das offene Schreiben eines Grenzers an die Magyaren (Nr. 51 d. Reform).

Bemerkung der Redaktion. Wir hielten uns für verpflichtet, den nachfolgenden Brief nach seinem ganzen Inhalt und unveränderten Wortlaut abzudrucken, und überlassen es dem Einsender des „Offenen Schreibens“ darauf zu erwidern. Wir unsererseits geben dem Herrn A. Dani Jossipovich blos die Versicherung, daß sein Gegner ein wirklicher leidhaftiger, notabler und in den Angelegenheiten seines Vaterlandes sehr bewandelter und erfahrener Grenzer ist. Deshalb haben wir auf seine Autorität hin, jenes Schreiben aufgenommen, obwol wir auf unserm Standpunkte in die Details der Frage, namentlich in die persönlichen Verhältnisse nicht eingeweiht sind. Wir waren nur von dem Wunsche befeelt, einer Stimme Ausdruck zu geben, welche in aufrichtiger Weise für die wirkliche dauerhafte Versöhnung der beiden Brudervölker spricht, um die beiden drohenden Gefahren abzuwenden.

„Geehrter Herr Redakteur! Da mir Ihre Freiheits- und Gerechtigkeitsliebe bekannt, rechne ich mit Zuversicht darauf, daß Sie mir bereitwillig diese Zeilen in Ihr Blatt aufnehmen werden. In der Probe-Nummer der „Reform“ habe ich ein offenes Schreiben eines Grenzers an die Magyaren gelesen, in welchem auch meine Ehre angetastet wird. Ich kann nicht glauben, daß dies ein ehrlicher, echter Grenzer gethan hätte, da ein solcher sehr gut weiß, wie eine Ehrenbeleidigung schmerzt, und würde nie einem Menschen, dem so viel unverdiente Unge-

rechtfertigen in den letzten zwei Dezennien widerfahren sind, die Ehre angetastet haben; dies kann nur ein Pseudo-Grenzer, der zu jener clique Menschen gehört, denen nichts auf dieser Welt heilig ist, um ihre eigennützigen Ziele zu erreichen, veranlaßt haben. Jener Pseudo-Grenzer stempelt mich kurzweg Vaterlandsverräther, ohne welchen gesetzlichen Beweis zu liefern; sagt, daß die Magharen bis zum Edel Abgötterei mit mir getrieben, und endlich, daß ich nach Freilassung aus dem Kerker verschollen und für die Magharen verstorben bin.

Um ein Land verrathen zu können, muß man entweder eine große Würde bekleiden, oder, durch das Land zum bestimmten Vertreter ermächtigt, das Vertrauen mißbraucht haben. Da ich mir nie eingebildet, noch angemaßt, das Land zu vertreten, noch welche große Würde bekleidet habe, muß der mir vorgeworfene Verrath jenen wirklichen Machthabern zur Last gelegt werden.

Versichere den Herrn Pseudo-Grenzer, daß ich mein Vaterland über Alles liebe; was ich für die Freiheits- und Gerechtigkeitsidee gesprochen, geleistet und geopfert, nur meinen eigenen Gefühlen und Ueberzeugung Folge leistete, um meinem schwer geprüften Vaterlande, so weit es einem einzelnen Freiheitskämpfer möglich war, zu dienen.

Der Herr Pseudo-Grenzer wirft den Magharen vor, daß sie mich hoch ausgezeichnet haben! — Es ist bekannt, daß in früheren Zeiten sich zwei Parteien gegenüber gestanden. Die eine hat dadurch ihre Zufriedenheit den Freiheitskämpfern Ausdruck gegeben, daß sie solchen Ehrenrechte erteilte, und da mir diese schon in vielen Komitaten und Städten zugefallen, rechnet dies der Herr Pseudo-Grenzer als Verbrechen an. Wahrscheinlich, weil der Herr Pseudo-Grenzer sehr gut fühlt, daß jene Partei, welche er so warm vertritt, sich nicht mit so gering scheinender Auszeichnung begnügte, sondern Anstellungen, Orden und große Pensionen sich zu verschern vorzog, um welche Ehren ich sie nie beneide und dem geehrten Publikum die Einsicht überlasse, welche von diesen Auszeichnungen der misera contribuens plebs drückend zur Last fallen? — — Daß ich eingekerkert war wegen des Freiheitskampfes, ob dies mir zur Last gelegt werden kann, urtheile darüber die aufgeklärte Welt, aber versichere den Herrn Pseudo-Grenzer, daß ich nicht verschollen bin, daß ich meinen Prinzipien treu geblieben bin und für diese bis zum letzten Athemzuge einzustehen nicht aufhören werde.

Zum Schluß, da ich nicht befugt und mich zu unbedeutend fühle, um auf jene Sätze, die sich der Herr Pseudo-Grenzer als maßgebend anmaßt, zu antworten, überlasse ich es Jenen, die sich dazu gesetzlich berechtigt und berufen fühlen müssen.“

Ergebener

Anton Dani Josipovich.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schusella.
Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 52.  
Druck von R. v. Balzheim

Die Reform.

No. 4.

Wien, den 27. Jänner 1870.

IX. Jahrgang.

Was ist in der schwebenden Ministerkrisis verfassungsmäßig?

Die Verfassungstreuen verkünden triumphirend, daß die Ministerkrisis einen ganz korrekt verfassungsgemäßen Verlauf habe. Um das gründlich beurtheilen zu können, nehmen wir zunächst die Fiktion an, daß die Dezemberverfassung wirklich allgemein anerkannt, der Reichsrath wirklich die perfekte Vertretung des Reiches wäre, daß wir also ganz ordentliche ebene Verfassungsverhältnisse hätten.

Unter dieser Voraussetzung und Annahme kann man sagen, daß bei uns wie in andern gewöhnlich konstitutionellen Staaten nicht nur das verfassungsgemäß sei, was durch die Verfassung ausdrücklich vorgeschrieben, sondern auch das, was durch die Verfassung nicht verboten ist, was sich aus dem Begriff und Wesen des Konstitutionalismus von selbst versteht.

Demnach hat der Monarch unzweifelhaft das verfassungsmäßige Recht, der Majorität des Ministeriums und des Parlamentes nachzugeben, also auch von der zwar durch die Thronrebe angekündigten, aber nachträglich von der Majorität des Ministeriums und auch von der Majorität der beiden Häuser des Reichsrathes nicht acceptirten Politik abzugehen und den Vollzug der von diesen Majoritäten beschlossenen Politik zu gestatten.

Ebenso ist es durch die Verfassung nicht verboten, also verfassungsgemäß, daß der Reichskanzler von der Minorität zur Majorität übergeht, und daß die Majorität der Minister von der früher von ihr gutgeheißenen Thronrebe abgeht, derselben ein direkt widersprechendes Programm entgegengestellt. Es ist durch die Verfassung auch nicht verboten, daß die Majorität der Minister und der Reichskanzler über die wichtigste Angelegenheit des Reiches entgegengesetzter Meinung sind, daß beide Theile öffentlich gegeneinander die schwersten Anklagen erheben, sich aber dann, ungeachtet ihre Meinung verschieden bleibt, doch versöhnen, neben einander im Amte bleiben, um mit vereinten Kräften den status quo aufrecht zu erhalten. Dies alles ist gewiß nicht gegen unsere Verfassung, sondern nur gegen den allgemeinen konstitutionellen Gebrauch, nach welchem in einem gleichen Falle gewiß in jedem andern konstitutionellen Staate jeder der gegnerischen Theile den Rücktritt des andern Theiles zur Bedingung seines Verbleibens im Amte machen würde. Die Herren Taaffe, Potocki und Berger haben den allgemeinen konstitutionellen Gebrauch befolgt; sie würden aber gewiß nicht verfassungs-

widrig gehandelt haben, wenn sie sich der Majorität unterworfen hätten. Dem Herrn Reichskanzler besonders ist es durch unsere merkwürdige Verfassung wirklich vorgeschrieben, nur nach außen zu blicken, für die internen Zustände des Reiches aber weder Augen, noch Ohren und besonders keinen offiziellen Mund zu haben, und es ist ihm verfassungsmäßig gewiß unbenommen, sogar auf das Recht jedes gewöhnlichen Staatsbürgers zu verzichten, auf das Recht nämlich, wohlmeinend für Verständigung und Versöhnung zu wirken.

Insofern kann man sagen, daß die Ministerkrisis einen ganz verfassungsmäßigen Verlauf habe. Aus demselben Grunde kann und darf aber auch behauptet werden, daß das entgegengesetzte Verfahren ebenfalls ganz korrekt verfassungsgemäß wäre.

Der Kaiser hat keineswegs die konstitutionelle Verpflichtung, immer der Majorität des Ministeriums und Parlamentes nachzugeben, sondern er hat das vollkommene konstitutionelle Recht, gegen diese Majoritäten an die Völker zu appelliren. Daher enthält das Memorandum der drei nun zurückgetretenen Minister durchaus nichts Verfassungswidriges, und diejenigen, welche diese drei überzeugungstreuen Männer einer Verfassungsverletzung beschuldigen, verstehen entweder weder das Wesen des Konstitutionalismus nicht, indem sie den Monarchen zu einem willenlosen Werkzeug der Majoritäten machen wollen, oder sie erheben mit Bewußtsein und Absicht eine perfide verleumderische Anklage.

Der Kaiser hätte unzweifelhaft das konstitutionelle Recht gehabt, die Minister, welche durch ihr Memorandum die Thronrede desavouirten, zu entlassen und den Reichsrath, der sich diesem Verfahren beigegeben, aufzulösen, um an die Völker zu appelliren. Diese Appellation haben die drei abgetretenen Minister vorgeschlagen, also nur zur Ausübung eines unzweifelhaften konstitutionellen Monarchenrechtes gerathen.

Der Kaiser hat das konstitutionelle Recht, den Reichsrath und demzufolge die Landtage in jedem Augenblicke aufzulösen; und wann könnte die Ausübung dieses Rechtes verfassungsgemäßer sein, als in dem Momente, wo es sich darum handelt, die widerstrebenden Völker für die Verfassung zu gewinnen! Der Kaiser hat das konstitutionelle Recht, alle oder einzelne Landtage auch außer der regelmäßigen Zeit einzuberufen; und wann könnte die Veranlassung dazu dringender sein, als wenn es eben die dringendste Aufgabe ist, mit entscheidend wichtigen Völkern unselige Verfassungsdifferenzen auszugleichen. Der Kaiser hat das unzweifelhafte Recht, den Reichsrath außer der gewöhnlichen Zeit, in außerordentlicher Weise einzuberufen. Das kann und muß z. B. bei einer außerordentlichen Kriegsgefahr, überhaupt in außerordentlichen Fällen geschehen. Das ist dann ein gewiß ganz verfassungsmäßiger Reichsrath ad hoc. Wie sollte nun ein solcher Reichsrath verfassungswidrig sein, wenn das ad hoc darin besteht, die größte Lebensgefahr, den Verfassungszwiespalt zu beseitigen, die Verfassung endlich wirklich rechts-

kräftig und lebensfähig, sie allgemein zu einem freien Vertrage zwischen Fürst und Volk zu machen!

Bei diesen Betrachtungen hat uns die Natur der Dinge von selbst dahin geführt, von der eingangs angenommenen Fiktion, daß wir ebene, regelmäßige Verfassungsverhältnisse hätten, abzugehen. Wir haben solche Verhältnisse eben nicht, und deshalb ist vieles, was in andern Staaten ganz perfekt konstitutionell wäre, bei uns nur der Form nach konstitutionell, im Wesen aber das äußerste Gegentheil eines verfassungsmäßigen Zustandes, nämlich ein bloßer Gewaltzustand. Wenn die fünf Minister im Amte bleiben, sich mit Männern ihrer Partei verstärken und nach ihrem Memorandum regieren werden, so wird das äußerlich, der Form nach korrekt verfassungsgemäß, im Wesen aber nur die Fortsetzung jener Fiktion sein, der man sich anfangs in Betreff der ganzen Monarchie hingegeben hat, und jetzt bezüglich der Hälfte derselben mit verschlossenen Augen, Ohren und Herzen hingibt.

Glossen zur Adreßdebatte.

II.

Das Abgeordnetenhaus.

Den verfassungstreuen Journalen ist die Adreßdebatte des Abgeordnetenhauses wieder eine große Schlacht gewesen und sie triumphiren abermals über einen großen Sieg. Doch wie paßt das Gleichniß einer Schlacht auf einen Kampf, dessen Resultat schon in vorhinein festgestellt ist und darin besteht, daß alles eben ganz genau so bleibt, wie es vor diesem Kampfe und ohne denselben gewesen, und wie kann man von einem Siege und von einer Niederlage reden, wenn jede der kämpfenden Parteien unerschüttert und ungeschwächt in ihrer Position verbleibt. Ein solcher Kampf gleicht in der That bloß einem Schauspiel, welches von geringem Interesse ist, weil man eben den Ausgang schon in voraus kennt. Dieses Schauspiel macht einerseits den Eindruck einer Komödie, wenn man sieht, wie die durch die physische Kopfzahl herrschende Partei sich den Anschein gibt, als müßte sie sich das, was sie physisch bereits besitzt, erst durch große geistige Anstrengung erringen; andererseits aber hat man den Eindruck einer Tragödie durch den Anblick der physisch schwächern Partei, welche durch die parlamentarische Maschinerie physische Gewalt erleidet, aber derselben die ungeschwächte, unbeflegbare geistige Kraft entgegensetzt.

Eigentlich war diese ganze lange Adreßdebatte überflüssig. Die ihrer Sache im voraus sichere, physisch herrschende Majorität hätte füglich die En bloc-Annahme der Adresse beantragen und beschließen können; und die Oppositoin

würde eine sehr imponirende Demonstration gemacht haben, wenn sie ganz geschwiegen hätte, oder noch besser gar nicht anwesend gewesen wäre.

Damit wollen wir jedoch nicht geleugnet haben, daß in diesem lebhaften Wortgefecht einzelne interessante Momente vorgekommen seien, und das veranlaßt uns auch, dieser wortreichen Debatte einige Glossen anzuhängen.

Interessant und auch sehr nützlich war es, daß nicht nur die Opposition ihr unerschüttertes Bewußtsein kund gab, den Siegesjubil der Gegner mit sehr ernststen Warnungen dämpfte und die Erfolge der bürgerministerlichen Politik, die Zustände des Reiches im wahren Lichte darstellte, sondern daß auch von Seite der Majorität die Siegesminister nicht durchaus Vertrauensvoten und Huldigungen empfangen, sondern sehr herben Tadel einstecken mußten. Dieser Tadel traf allerdings vorzüglich nur den Mangel an Energie der Bürgerminister. Das ist aber eben sehr interessant. Die Majorität ist mit der im Herbst-Bischoff'schen Memorandum angekündigten Politik der Geduld und Ausdauer durchaus nicht einverstanden, sie verlangt Energie, Durchführung der Verfassung um jeden Preis, ihre Losung ist: „Biegen oder Brechen!“ Das erinnert lebhaft an die letzte Zeit der Schmerling'schen Epoche. Damals verging der Majorität des Reichsrathes ebenfalls die Geduld mit der Politik des „Wir können warten.“ Es wurde bitter und immer bitterer über die Energielosigkeit des Ministeriums geklagt, und die Kinder der Februarverfassung verweigerten dem Vater derselben den Gehorsam. Mit diesem Ministerium geht es nicht, riefen die wortkräftigen Matadoren des Abgeordnetenhauses, wir müssen energische Minister haben. Und ein Staatsmann, der zwar kein Portefeuille hatte, aber in bescheidener Zurückgezogenheit ganz im stillen die Fäden der Politik lenkte, flüsterte den Parlamentshelden beifällig ins Ohr: Ihr habt recht, so geht es nicht, es müssen andere Minister kommen. Da dachten diese Herren selbstgefällig: Diese andern Minister können doch nur wir sein! Und nun stürmten sie heldenkühn gegen Schmerling los und bildeten sich ein, ihn gestürzt zu haben. Und es kamen wirklich andere Minister, aber es waren ganz und gar andere. Das war eine schlimme Zeit für die Helden des Parlamentes. Doch sie wurden aus ihrer Niederlage durch die Heldenthaten der Preußen, durch die Niederlage Oesterreichs gerettet, und aus Sachsen ging ihnen der Morgenstern des Glückes auf. Einige von ihnen wurden wirklich Minister. Diese befinden sich aber jetzt genau in derselben mißlichen Lage, wie seinerzeit Schmerling. Man wirft ihnen Mangel an Energie, Unthätigkeit vor, und dieselbe Partei, welche damals von Schmerling als regierungsunfähig bezeichnet wurde, ist jetzt nahe daran, diesen Vorwurf gegen ihre ehemaligen Führer zu erheben. Schon ertönt wieder der Ruf: Mit diesen Ministern geht es nicht, wir müssen thatkräftigere haben! und wenn man die Majoritätsreden der Abreßdebatte aufmerksam betrachtet, so erkennt man deutlich die Männer, die sich durch möglichst starke Worte als diejenigen bemerkbar machen wollten, welche den gehörigen Grad von Energie besäßen, um die Politik des

Diegens oder Brechens durchzuführen. Dr. Gistra, Excellenz möge sich in Acht nehmen, daß es ihm nicht so gehe, wie es Herrn v. Schmerling ergangen; aber auch die energischen Parlamentshelden mögen sich versehen, daß sie sich nicht ebenso täuschen, wie sich diejenigen getäuscht haben, welche gegen Schmerling Sturm gelaufen sind.

Jedenfalls aber ist es sehr interessant, daß die Bürgerminister von ihrer eigenen Partei zu energischer Thätigkeit aufgestachelt werden, und wir wünschen sehnlichst, daß sich diese Herren dadurch zu einem sehr raschen Ritte in den Verfassungskampf spornen lassen möchten; denn die Todten reiten schnell. — Doch man mißverstehe uns nicht! Wir wünschen den jetzigen Ministern ein recht gesundes und kräftiges Leben und freuen uns auf die Energie, die sie entwickeln werden, nachdem sie sich zweier Grafen und nebenher auch eines unbequemen bürgerlichen Geistes entledigt haben. Eine energische Politik wird jedenfalls die Entscheidung herbeiführen, und wir leben nach Entscheidung, denn der jetzige Zustand ist nicht mehr auszuhalten. Wahrhaftig jede Aenderung, selbst wenn sie gegen uns ausfällt, ist uns erwünscht, schon deshalb, damit wir endlich etwas anderes schreiben können, denn sonst müssen wir fürchten, daß der alte Kohl, den wir immer und immer aufwärmen müssen, unserm Geiste tödtlich werden könnte. Unsere freundlichen Leser werden zugeben, daß es keine Kleinigkeit ist, acht Jahre lang ein und dasselbe Thema zu variiren. —

Von großem Interesse und von wichtiger Bedeutung sind die heftigen Vorfälle, welche der Abgeordnete der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer in seiner jetzigen Eigenschaft als Reichskanzler und in der früheren als allmächtiger Nachfolger Belcredi während der Adreßdebatte in beiden Häusern erfahren mußte. Wer hätte das jetzt vor drei Jahren für möglich gehalten? Unsere Wenigkeit hat es freilich vorausgesagt, und zwar schon, bevor Herr v. Beust direkt in österreichischen Staatsdienst getreten war. Wir haben es demselben vorhergesagt, daß er als Politiker weder für Oesterreich, noch für seinen eigenen staatsmännischen Ruf heilsam wirken werde. Es war von vornherein ein Unglück für ihn, daß er weder in den thatsächlichen, noch persönlichen Verhältnissen Oesterreichs richtig orientirt war und sich ausschließlich von einem Sanguiniker berathen ließ, der es wol gewiß recht gut meinte, aber leider ganz und gar nur von den Anschauungen und Tendenzen der Wiener Koterie beherrscht war, und gänzlich verkannte, daß es zur Befriedigung Oesterreichs durchaus nicht genüge, den Wienern und Pestern zu schmeicheln und zu huldigen, alles übrige aber vornehm über die Achsel anzusehen, die Deutschen und Magyaren zu fürchten, alle andern Völker aber zu verachten. Derart berathen, konnte Beust unmöglich glücklich operiren. Wie glänzend auch sein Werk eine Zeit lang äußerlich da stand; die tiefe Unzufriedenheit der Majorität der Reichsbevölkerung warf einen verbunkelnden Schatten darauf, und wie maßlos auch Herr v. Beust anfangs gepriesen und mit wahrhafter Abgötterei, oder besser gesagt, mit ekelhaftestem Servilismus ange-

betet worden ist; der Schmerz und Jorn der Völkermajorität bildete zu diesen tollen Saturnalien einen vernichtenden Gegensatz. Wir haben es dem Herrn Grafen Beust vorhergesagt, daß er weder von den Magyaren, noch von den Deutschen Dank erleben werde, und daß gerade diejenigen, welche er hoch erhoben hat, sich bemühen würden, ihn niederzudrücken. Die Magyaren behandelten ihn alsbald im Sinne des „der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen“, und jetzt weisen ihm auch die deutschen Verfassungstreuen schon ziemlich deutlich die Thür; ja selbst seine Reichenberger sind als seine gestrengen Hofmeister aufgetreten. Gegenwärtig thut man aber dem Grafen Beust entschieden Unrecht. Er ist durch die logische Konsequenz endlich zur Erkenntniß gebracht worden, daß es eher möglich gewesen wäre, allen Völkern alles zu verweigern, als es möglich ist, nur zweien Völkern alles zu gewähren und allen andern alles zu verweigern. Graf Beust will also den weiteren Ausgleich durchführen. Doch die herrschsüchtigen deutschen Verfassungstreuen wollen keinen weiteren Ausgleich, und sie werden darin von den ebenso herrschsüchtigen Magyaren bestärkt, weil diese eine Rückwirkung auf die von ihnen terrorisirten Nationalitäten fürchten, oder weil sie vielleicht wünschen, daß wir uns nicht einigen, damit, während das eigentliche Oesterreich zerfällt, mittlerweile das große magyarische Ostreich fertig werde. Doch die Magyaren mögen sich hüten! Wenn die jetzige deutsch-magyarische Diktatur noch lange dauert, so wird sie eine gemeinsame Aktion aller oppositionellen Völker provociren. Die Magyaren mögen ferner die Reden der verfassungstreuen Reichsräthe aufmerksam betrachten und sie werden finden, daß diese Herren auch mit dem ungarischen Ausgleich höchst unzufrieden sind, so zwar, daß sie denselben gewiß in wesentlichen Beziehungen rückgängig machen möchten, sobald sie die Macht dazu hätten.

Wir haben es dem Herrn Grafen Beust vorausgesagt, daß er nicht nur mit seiner Reichskanzlerschaft, sondern auch als Minister des Aeußern alsbald in der Luft stehen werde. Wir dürfen nicht voraussetzen, daß der Herr Graf unser obstures Blatt seiner Aufmerksamkeit gewürdigt; jedenfalls aber sieht er jetzt, daß ihn diejenigen, deren Stimme allein er gehört hat, an die Luft setzen wollen. Sie werfen es ihm als ein gesetzwidriges Attentat vor, daß er sich auch mit der innern Politik beschäftigte, sie wollen ihm das absolut verbieten. Eine überaus merkwürdige Karikatur! ein Reichskanzler ohne Reich, ein Minister des Aeußern, der in der innern Politik nicht nur keine maßgebende Stimme haben, sondern sich sogar verpflichten soll, diese Politik auch nicht einmal gesprächsweise zu berühren! Wahrlich, wenn wir den Grafen Beust jemals beneidet hätten, jetzt müssen wir ihn bemitleiden.

Charakteristisch für die Herren der Majorität ist es, aber wahrlich nicht in günstiger Weise, wie sie sich als Zuhörer bei den Reden benehmen. Spricht Einer der ihrigen, so nehmen sie eifrig ihre Plätze ein, gruppiren sich auch wol um den Redner, saugen förmlich die Worte von seinen Lippen, ermuntern ihn mit

stürmischen Bravos, bekräftigen seine Sätze mit getreuen „Sehr wahr! Ganz richtig!“ — ergreift aber ein Mitglied der Opposition das Wort, so zeigen die Majoritätsherren ihre Geringschätzung dadurch, daß viele mit Geräusch den Saal verlassen, während die andern störend laut konversiren, oder den Redner durch terroristische Unterbrechungen, spöttische Zurufe, große Heiterkeit zu ärgern und zu verwirren trachten. Das ist wahrlich der Uebermuth derjenigen, welche auf das physische Uebergewicht pochen, welches ihnen durch die Kopfhaut gesichert ist. Diese Herren offenbaren mit Ostentation den Gedanken: „Diese Oppositionsleute mögen reden, was und wie sie wollen, es nützt ihnen doch nichts.“ Es ist wahrlich zu verwundern und fast zu tadeln, daß die Oppositionsmänner es in diesem Hause noch aushalten.

Nach diesen Bemerkungen wollen wir uns in den Redestrom dieser Adreßdebatte werfen und dies und das herausfischen, was zu glossiren, wir der Mühe werth finden.

Sprechen wir zuerst über die langwierige Verhandlung noch ein allgemeines Urtheil aus. Fast alle Redner beider Parteien glichen dem Jeremiaß, sie sprachen so, als ob sie schon auf den Ruinen Oesterreichs Klagelieder hätten singen müssen. Verfassungstreue und Oppositionelle schilberten unsere traurigen Zustände mit den grellsten Farben, gestanden ein, daß Oesterreich sich in einer so gefährlichen Krise befindet, wie noch niemals im ganzen Verlaufe seiner Geschichte, daß es sich um Sein oder Nichtsein dieses Reiches handelt. Die Oppositionsredner glichen dabei in gutem Sinne dem Jeremias, indem sie die Schuld alles Unglücks mit voller Berechtigung der herrschenden Partei zur Last legten; die Redner der Majorität dagegen, weit entfernt von Selbsterkenntniß, wollten lediglich die Regierung und einzelne Persönlichkeiten derselben für die lebensgefährlichen Gebrechen des Reiches verantwortlich machen, sie wollten sich und der Welt weiß machen, daß alles gut stehen würde, wenn das Ministerium mit Energie gegen die Opposition vorgegangen wäre, wenn nicht sogar einzelne Glieder des Ministeriums zu Versöhnungsversuchen sich hätten hinreißen lassen. Gegen diese doktrinaire Verblendung, gegen diese verbissene Herrschsucht läßt sich nichts mehr sagen; wol aber muß die Frage aufgeworfen werden: Welchen Eindruck müssen diese Debatten auf das Ausland machen? Wahrhaftig, es kann kein für die neue Aera und für die Schöpfer und Vertreter derselben günstiger sein. Drei Jahre lang haben unsere verfassungstreuen Journale und unzählige offiziöse Wiener Korrespondenzen auswärtiger Blätter dem Auslande vorklamirt, daß Oesterreich gerettet, befriedigt, durch Freiheit beglückt, zu seinem alten Machtansehen erhoben sei; und nun hört das Ausland aus der Adreßdebatte der beiden Häuser des Wiener Parlamentes, daß die herrschende Partei und die Opposition gleichmäßig die Lage Oesterreichs als eine verworrene, traurige, lebensgefährliche darstellen, und daß die herrschende Partei kein anderes Mittel der Rettung kennt, als eine energische Gewaltpolitik, um die Opposition, welche aus ganzen Völkern, aus

der Majorität der Gesamtbevölkerung besteht, mit Gewalt zu biegen. Was muß sich das Ausland von diesem Zustande unserer neuen Ära und von der Gerechtigkeit, Freisinnigkeit und Staatsweisheit der Schöpfer und Vertreter dieser Ära denken?

Auch eine andere Frage müssen wir aufwerfen, nämlich: Welchen Eindruck machte die Adreßdebatte auf das Publikum, welches die herrschende Partei für das ihrige hält? Wahrhaftig auch keinen günstigen, oder besser gesagt, einen so geringen, daß es eigentlich gar keiner ist. Man kann sich auch in der That nicht wundern, daß dieses Publikum sich nicht mehr angeregt, oder gar begeistert fühlt, wenn es nun in Betreff der Dezemberverfassung immer und immer wieder von denselben Personen genau dieselben Deklamationen anhören muß, die es früher fünf Jahre hindurch in Betreff der Februarverfassung angehört hat. Es ist eine arge Täuschung, wenn der Reichsrath glaubt, daß er bei dem deutschen, namentlich bei dem Wiener großen Publikum noch in großem Ansehen stände, daß man von ihm eine glückliche Beendigung der Verfassungswirren, überhaupt eine maßgebende erspriessliche Thätigkeit hoffe. Man wende dagegen nicht etwa ein, daß das Publikum sich zu der Adreßdebatte drängte. Die Galerien waren allerdings überfüllt, aber das Publikum blieb im allgemeinen in wirklich demonstrativer Weise ruhig und kalt, es wurde namentlich nicht durch die eigentliche Verfassungsfrage angeregt und es offenbarte für die fünf siegreichen Minister und für die proklamirte Politik der Energie durchaus keine Sympathie. Nur durch besondere Reizmittel wurde das Galeriepublikum einigemal etwas aufgeregt, und vorzugsweise nur dem Abgeordneten Dr. Schindler gelang es, sich den Beifall der Galerien zu erwerben, indem er mit den Schlagworten Konfordat, Reaktion operirte, indem er charakteristischerweise erzählte, daß die Reaktion bald als „schmucker Soldat“, bald als „frommer Bischof“ und jetzt „im nationalen Schmucke“ bei Hofe aufträte; indem er ferner dem Abgeordneten Greuter vorwarf, daß er „nicht mit deutscher, sondern mit römischer Zunge“ spreche, indem er im Geschnacke eines nicht näher zu bezeichnenden Theiles des Publikums sogar den edlen Aunsausdruck „Posttirolerei“ gebrauchte. —

Wir gehen nun daran, einiges aus den einzelnen Reden zu glossiren. Doch es ist so viel und so lang gesprochen worden, daß es uns unmöglich ist, allen Rednern gerecht zu werden; wir werden uns aber bemühen, sowol den Gegnern als den Gesinnungsgenossen ihren Theil zukommen zu lassen. Selbstverständlich werden wir unsere Sympathien für die Oppositionsredner nicht verleugnen. Diese Männer wurden von den ministeriellen Organen so maßlos und wahrhaft cynisch verspottet, beschimpft und verdächtigt, daß wir, selbst wenn wir nicht in der Sache mit ihnen übereinstimmten, uns doch verpflichtet fühlen würden, für sie zu sprechen.

Den Reigen der Oppositionsredner eröffnete Dr. Loman. Er hat das historische Wesen der habsburgischen Monarchie, die diesem Wesen widerstrebende

Verfassungsgeſchichte und die dadurch herbeigeführte Spaltung, Zerklüftung und Verwirrung Oeſterreichs treffend gezeichnet und die herrſchſüchtige Gewaltpolitik der Verfaſſungstreuen mit vernichtender Schärfe verurtheilt. Allen Majoritätserbndern enthielt Toman ſofort den ſchreienden Widerſpruch, unverbrüchliches Feſthalten an der Verfaſſung zu proklamiren und zugleich eine Wahlreform durchſetzen zu wollen, durch welche den Landtagen das ihnen durch die beſtehende Verfaſſung garantirte Recht der Reichsrathswahlen genommen werden ſoll. Als ſehr charakteriſtiſch muß konſtatirt werden, daß Toman mittheilte, Miniſter Dr. Giskra habe zu einem dem Redner bekannten Manne geſagt: „Mit den Landtagen geht es nicht, mit den Landtagen kann ich nicht regieren.“ Darauf ließ der Miniſter ein „Nicht wahr!“ hören; Toman aber hielt die Wahrheit ſeiner Mittheilung ſehr entſchieden aufrecht, und der Miniſter ſchwieg.

Dr. Mayrhofer hielt eine recht korrekte verfaſſungstreue Rede. Dieſer Abgeordnete repräſentirt in intereſſanter Weiſe die Wiener Doktoren- und Bourgeoiſepolitik. Es iſt bezeichnend für den Charakter dieſer Partei, daß Mayrhofer den Reigen der Redner eröffnete, welche den Reichskanzler im offenen Parlamente einer geſchwindrigen Beeinflußung der innern Angelegenheiten beſchuldigten. Die Partei, welche Herr Mayrhofer in ſeiner doppelten Eigenschaft als Doktor und Bourgeois repräſentirt, zeichnet ſich in ſehr nachtheiliger Weiſe durch raſche Uebergänge, durch unüberlegte Sprünge von einem Extrem ins andere aus, von vertrauensvoller unbedingter Hingebung an politiſche Perſönlichkeiten, von geradezu abgöttiſcher Verehrung zu mißgünſtigſter Verächtlichung, zu ungerechteſter Verurtheilung derſelben. Dieſen raſchen Gefinnungswechſel erfuhren Mitglieder dieſer Partei ſelber, z. B. Schmerling und Dr. J. N. Berger, und jetzt erfährt ihn Graf Beuſt, welchen dieſe Partei eine Zeit lang als den Meſſias Oeſterreichs anbetet, um ihn jetzt wie einen böſen Dämon zu fürchten und austreiben zu wollen.

Grocholſki ſprach mit jener echt ſtaatsmänniſchen Ruhe und Feinheit, durch die ſich die Vertreter Galiziens ſtets auszeichnen und auch ſchon im Wiener und Kremsierer Reichstage rühmlich ausgezeichnet haben. Er kennzeichnete den ſehr gemäßigten Standpunkt der Polen, indem er nur „Änderungen in der Verfaſſung, nicht Änderungen der Verfaſſung“ verlangte. Ob es wahr iſt, daß Grocholſki ſeine Rede gemäßigt habe, weil eine günſtige Verückſichtigung der galiziſchen Reſolution verſprochen worden, müſſen wir dahin geſtellt ſein laſſen, weil wir in die parlamentariſchen Konſilienzeheimniſſe nicht eingeweiht ſind.

Dr. Kaiſer's Rede iſt dadurch bemerkenswerth, daß dieſer Abgeordnete den Schreden vor dem Worte Föderalismus überwunden hat und muthig genug war, zu ſagen, daß der föderaliſtiſche Gedanke durch die Dezemberverfaſſung „verwirklicht“ ſei. Enthalten iſt nun dieſer Gedanke wirklich in dieſer Verfaſſung, und einige Konſequenzen deſſelben ſind in der That anerkannt; aber vollkommen

verwirklicht ist das föderalistische Prinzip noch nicht, und durch die logische und juristische Konsequenz wird diese Verwirklichung gefordert.

Von besonderem Interesse ist es, daß Graf Dürckheim mit einer schwungvollen, kräftigen, mit schwer wiegenden Thatfachen begründeten Oppositionsrede aufgetreten ist. Graf Dürckheim hat mit dieser Rede eine Stellung eingenommen, welche von denjenigen, welche diesen eifrigen, gerechten und wahrhaft freisinnigen Abgeordneten mit Geringschätzung betrachten, ja ihn sogar mit trivialem Spotte mißhandeln zu dürfen glauben, nicht mehr erschüttert werden können. Es ist von erfreulichster Bedeutung, daß ein deutscher Graf, ein Vertreter Oberösterreichs so kräftig für die Ausgleichs- und gegen die Vergewaltigungspolitik aufgetreten ist. Wenn auch die Majorität des Abgeordnetenhauses die vom Grafen Dürckheim beantragte Resolution: „Daß die fünf Minister, welche das Memorandum unterschrieben haben, das Vertrauen der Länder auch nicht besitzen,“ mit Gelächter aufgenommen hat, so ist diese Resolution doch gewiß durch die laute Zustimmung der Majorität der Reichsbevölkerung bekräftigt.

Der Abgeordnete v. Streeruwitz hat sehr grimmig gesprochen, und zwar umso tapferer und muthiger, da diejenigen, welche er so grimmig angriff, nicht gegenwärtig waren. Der Ritter v. Streeruwitz setzte ein Helbenthum darein, den abgetretenen Minister und Exdeputirten Dr. J. N. Berger in wahrhaft cynischer Weise zu beschimpfen. Mit tieft unedler Schadenfreude bezeichnete er denselben als „flügelahm“, ja als bereits todt und gefiel sich darin, den Kranken, oder gar schon todtten Mann wenigstens in effigie hinzurichten. Herr v. Streeruwitz hielt es für ritterlich, den persönlichen Charakter Berger's zu beschimpfen, er nannte das von demselben verfaßte Minoritätsvotum ein „schlaues Gemisch von perfider, jesuitischer Kasuistik und geriebener advocatischer Rabulistik.“ Bezeichnend ist es, daß nicht nur die Majorität des Hauses, sondern auch der Präsident diese Beschimpfung einer Persönlichkeit ruhig anhörten, während sich der Präsident gewiß hätte veranlaßt sehen sollen, die persönlichen Ausfälle des Redners wenigstens als unparlamentarisch zu bezeichnen, was bei Oppositionsrednern in viel weniger flagranten Fällen stets eifrig geschieht. Die kriminalistische Passion des Herrn v. Streeruwitz und sein persönlicher Haß und Rachedurst gegen Berger gipfelten in dem lächerlichen Geständniß, daß ihm, nämlich dem Herrn v. Streeruwitz, „beinahe der Gedanke komme, das Minoritätsmemorandum biete hinreichenden Stoff, den Urheber desselben in Anklagestand zu versetzen.“ Es ist sehr schade, daß Herr v. Streeruwitz diesen seinen genialen Gedanken nicht wirklich ausgeführt hat. Es wäre doch sehr interessant gewesen, den Dr. Berger und mit ihm selbstverständlich auch die Grafen Taaffe und Potocki in Anklagestand versetzt zu sehen, weil sie auf Befehl des Kaisers ihre ehrliche Ueberzeugung ausgesprochen haben. Interessant wäre es auch, zu wissen, ob Herr v. Streeruwitz so tapfer gesprochen haben würde, wenn der Kaiser nicht die drei, sondern die fünf Minister entlassen hätte.

Peter Groß aus Galizien sprach mit würdevoller Ruhe und lotharster Mäßigung. Schlagend charakterisirte er den Widerspruch, in welchem die Verfassungstreuen sich bewegen, indem sie für ihre Zwecke eine radikale Aenderung der Verfassung durch die Wahlreform vornehmen wollen und der Opposition gegenüber diese Verfassung als ein unveränderliches Dogma hinstellen. Zur Ehre gereicht es dem polnischen Deputirten, daß er die Beschimpfung Berger's mit gerechter Entrüstung verdammt. Beschämt aber müssen die verfassungstreuen Deutschen sein, daß zuerst ein Nichtdeutscher den Charakter eines Mannes vertheidigen mußte, den die Deutschen solange als einen ihrer ersten Führer geehrt, dessen Worte sie als Orakelsprüche betrachtet haben.

Herr Kuranda pries die Freiheitschöpfungen der Majorität des Reichsrathes. Dagegen läßt sich nichts einwenden; sehr viel aber dagegen, daß Herr Kuranda dabei von einer „Großmuth“ der Majorität sprach. Von Großmuth kann und darf keine Rede sein, wenn ein Parlament nach dem Willen und Auftrag des Volkes eben nichts als seine Schuldigkeit thut. Der Reichsrath aber hat in vielen Stücken sogar noch nicht seine Schuldigkeit gethan. Herr Kuranda gefällt sich aber ganz besonders darin, als parlamentarischer Gnadenspenden zu figuriren, deshalb war er auch so gnädig, den Polen Hoffnung zu machen, daß ihre Resolution „heuer ein besseres Schicksal haben dürfte, als im Vorjahr“; wenigstens findet er, nämlich Kuranda, in dieser Resolution jetzt „manches Material, das KonzeSSIONen zugänglich ist.“ Wie sonderbar! die galizische Resolution ist heuer ganz unverändert so, wie sie im vorigen Jahre gewesen ist; also muß Herr Kuranda in dieser Beziehung sich geändert haben, wozu wir ihm gratuliren. Seinem Vaterlande Böhmen, seinen slavischen Landsleuten gegenüber bleibt jedoch Herr Kuranda nicht bloß bei seinem „Ich kann nicht!“ welches er voriges Jahr den Polen mit einer edlen Mitleidsthräne zugerufen; nein, dem böhmischen Volke ruft er mit unbeugsamer Strenge zu: „Dir will und werde ich gar nichts gewähren!“ — Das arme böhmische Volk, was soll es denn thun, um vor dem großen gewaltigen Parlamentsheros Kuranda doch ein bißchen Gnade zu finden!? Es ist alles umsonst. Der große Staatsmann und Geschichtsfenner bleibt bei der genialen Behauptung, das böhmische Staatsrecht sei „eingeschlafen.“ Nun gut, wenn es wirklich eingeschlafen war, so ist es jetzt, wie doch der Augenschein zeigt, aus dem Schlafe erwacht. Herr Kuranda aber gehört zu Denjenigen, welche das böhmische Staatsrecht nicht etwa bloß wieder einschläfern, sondern es todtschlagen wollen. Für Herrn Kuranda schläft übrigens das böhmische Staatsrecht wirklich; deshalb weiß er von demselben ganz und gar nichts, und diese Unwissenheit hat er in seiner Rede abermals glänzend bewiesen.

Herr Svetec wies mit aufrichtigen Worten den Vorwurf zurück, daß die Slaven die Deutschen beherrschen wollten. Mit Recht hob er hervor, daß die Slaven niemals in der Lage waren, eine solche Herrschaft auszuüben, wenn sie

auch den Wunsch darnach gehabt hätten, was jedoch niemals der Fall war. Er hätte hinzufügen können, daß die Slaven gerade dann in die Lage kommen würden, die Deutschen zu majorisiren, wenn sie nach dem Wunsche der Verfassungstreuen sämmtlich in das Haus vor dem Schottenthore kommen möchten.

Daß Herr v. Kaiserfeld vom Präsidentenstuhl herabstieg, um eine Rede zu halten, wurde für ein wichtiges Ereigniß ausgegeben und mochte das für die Verfassungstreuen auch wirklich sein. Für die Opposition im Hause, für die Völkermajorität im Reiche aber war diese fleißig ausgearbeitete und einstudirte Rede unbedeutend, und sie hat sogar das Publikum der Galerie ganz kalt gelassen. Herr v. Kaiserfeld hat in schönen Worten nur alle die Dogmen and Uktase wiederholt, welche die Verfassungspartei in ihrer Infallibilitätsanmaßung und Selbstherrschafusurpation immer und immer verkündet, nach dem despotischen Grundsatz „Car tel est notre plaisir.“ Herr v. Kaiserfeld hat mit seiner Rede nichts bewiesen, als seine Inkonsequenz, seinen Servilismus gegen die Magyaren und seine mangelhafte Kenntniß des echten Konstitutionalismus. Der Ruhm des Herrn v. Kaiserfeld datirt von jener Rede, mit welcher er unter Schmerling für das ungarische Staatsrecht, für die abotische Verfassung der Magyaren eingetreten ist; aber er stürzt diesen seinen Ruhm jetzt um, indem er für die übrigen Völker Oesterreichs nicht nur keine positiven historischen, sondern nicht einmal die natürlichen angeborenen Rechte gelten lassen will. Zu Gunsten der Magyaren anerkannte Herr v. Kaiserfeld die Zeugnisse der Vergangenheit; in Betreff Böhmens aber spricht er spöttisch wegwerfend von Archivarien und alten Pergamenten, die für die Gegenwart keinen Werth hätten, über Polen geht er, wenn auch mit mildem Tritte, so doch prinzipiell ganz russisch hinweg, die Slovenen, von denen er doch erwiesener- und eingestandenermaßen selber abstammt, existiren für ihn nur als aufzuzehrendes physisches Material und die Majorität der Tiroler glaubt er gänzlich ignoriren zu können. Wir wollen gern voraussetzen, daß Kaiserfeld für Ungarn gesprochen hat, weil er das Recht desselben wirklich anerkannte, und nicht etwa bloß deshalb, weil er die Unmöglichkeit eingesehen, dieses ungarische Recht zu unterdrücken; aber wenn er ein konsequenter Denker wäre, so hätte er gleich damals eben die Konsequenzen seines Botums für Ungarn erkennen müssen, oder er müßte sie wenigstens jetzt erkennen, wo sie ihm thatsächlich vor den Augen liegen und von Millionen Stimmen in die Ohren geschrien werden. Ungarn alles zu gewähren, und den gleichberechtigten übrigen Völkern alles zu verweigern, ist nicht bloß ungerecht, unfreisinnig, sondern auch logisch absurd. Mit dieser Ungerechtigkeit, Unfreisinnigkeit und Absurdität beweist aber Herr v. Kaiserfeld zugleich seinen Servilismus gegen die Magyaren. Wir sagen das auf die Gefahr hin, den Stolz der Magyaren zu verletzen. Aber wir haben viel früher für das Recht Ungarns plaidirt, als Herr v. Kaiserfeld, der es ziemlich erst in der zwölften Stunde gethan, als es eben schon nicht mehr anders ging. Doch als

wir für die Anerkennung des Rechtes Ungarns stritten, haben wir nicht daran gedacht, dem Rechte der Magyaren das Recht aller andern Völker zum Opfer zu bringen, wir haben nicht daran gedacht, das Recht der Deutschösterreicher durch die Wohlgewogenheit der Magyaren patentiren und garantiren, Oesterreich von einem Magyarenreiche ins Schlepptau nehmen zu lassen. Herr v. Kaiserfeld aber sagt im Namen seiner Partei: „Der Ausgleich mit Ungarn hat zwischen uns und den ungarischen Patrioten eine Solidarität geschaffen, welche nicht gestört werden darf.“ Kaiserfeld anerkennt also nur in der magyarischen Partei, welche den Ausgleich diktiert hat, Patrioten; er beschuldigt also die Kroaten, Slovaken, Serben, Rumänen und auch die Siebenbürger Sachsen, also die Majorität des Reiches der Stephanstrone des Unpatriotismus! Ebenso vindiziert er für Eisleithanien die Tugend des Patriotismus ausschließend sich selber und seiner Partei, obwol er früher im Namen dieser Partei das unvergessene Wort gesprochen, daß derselben, wosfern sie nicht befriedigt würde, an Oesterreich nichts mehr gelegen wäre. Also anerkennt Herr v. Kaiserfeld, daß rechtliche Befriedigung die Bedingung des Patriotismus ist. Das muß aber doch gewiß für alle Völker gleichmäßig gelten. Wenn also die magyarischen und verfassungstreu deutschen Separat-Patrioten alle andern Völker zu politischen Heloten machen wollen, dann müßten diese Völker allerdings aufhören, Patrioten zu sein. Noch sind aber, Gott sei Dank, eben die oppositionellen Völker gewiß und wahrhaftig die echten Patrioten Oesterreichs, und dieser Patriotismus wird Oesterreich erhalten. — Wie schwache Begriffe Herr v. Kaiserfeld endlich von dem Wesen des echten Konstitutionalismus hat, das bewies seine Rede in wahrhaft betäubender Weise. Er verherrlichte die Dezemberverfassung, schilderte aber in einem Athem die kläglichen Mißerfolge derselben. Die Ursache dieser Uebel erkannte er aber nicht in der Verfassung selber und in der totalen Unfähigkeit des Ministeriums und Reichsrathes, die richtige Abhilfe zu schaffen, sondern einzig und allein darin, daß — Graf Beust nicht Mund, Augen und Ohren geschlossen und verstopft, daß er versöhnungsfreundliche Momente gehabt, daß er mit den Führern der Czechen direkt und indirekt konversirt und dadurch Ausgleichshoffnungen erregt hat. Diese entsetzliche Aktion des Grafen Beust ist nach Herrn v. Kaiserfeld einzig und allein schuld, daß Eisleithanien nicht schon der glücklichste parlamentarische Einheitsstaat ist! Das Ministerium ist nach dem Eingeständniß Kaiserfelds so schwach gewesen, daß ihm (diesem verfassungstreuen Ministerium) durch die momentanen Gefühlsanwandlungen, durch die oberflächlichen Ausgleichskonversationen des Grafen Beust die Durchführung der Verfassung erschwert ja unmöglich gemacht wurde, alle Welt weiß, daß dieses Ministerium theils gar nichts, theils nicht das Richtige für seinen Zweck gethan hat, alle Welt hat mit Staunen und Entrüstung gelesen, daß auch die übriggebliebenen fünf verfassungstarren Minister in ihrem langathmigen Memorandum nichts anderes zu verkünden wissen, als die geduldig ausdauernde Fortsetzung ihrer bisherigen

Politik, und Herr v. Kaiserfeld selber spricht deutlich genug die Ueberzeugung aus, daß es diesen Ministern nicht gelingen wird, auch nur eine theilweise Verbesserung der Lage, geschweige denn die wirkliche glückliche Beendigung unserer Wirren und Gefahren herbeiführen — und doch tritt Kaiserfeld mit seinem ganzen Ansehen für diese Minister ein, glaubt alles gethan zu haben, indem er dem Grafen Beust die strenge Weisung gibt, keine Augen und Ohren zu haben und hübsch den Mund zu halten, stimmt für eine Politik, die er doch offen verwirft, und stellt es sogar als ein Glück für Oesterreich dar, daß die fünf Minister sich noch herbeilassen, die Geschäfte fortzuführen. Das ist der echte und rechte Scheinkonstitutionalismus, das ist nicht Staats-, sondern lediglich Roteriepolitik.

Nach einer sehr gemäßigten Minoritätsrede des Grafen Wodzicki hielt Herr Stene wieder eine seiner derben Prügelreden. Ja, wenn die Verfassungstreuen könnten, wie Herr Stene es gern möchte, dann wäre die Verfassung bald fertig; aber freilich, was für eine! Uebrigens ist die Konsequenz Stene's anzuerkennen. Er ist und bleibt ein entschiedener Centralist, er hat nicht mit den Magyaren kokettirt und thut es mit Niemand. Am liebsten möchte er offenbar alle niederschlagen.

Der Abgeordnete Greuter hat eine seiner besten Reden gehalten. Das müssen alle Gerechten anerkennen, wenn sie den Standpunkt des Redners auch nicht in allen Beziehungen theilen. Aber es ist jedenfalls der Standpunkt eines überzeugungstreuen Mannes, eines ehrenhaften kräftigen Charakters. Wie schwer und scharf die Wahrheiten Greuters trafen, das bewiesen die wiederholten Unterbrechungen von Seite des Präsidiums, die Exclamationen und auch die affektirte „Feiterkeit“ der Majorität und besonders der Umstand, daß die verfassungstreuen Blätter ihren Lesern diese Rede nicht unverstümmelt und unentstellt mitzutheilen wagten.

Eine sehr schwache Rede hielt der Abgeordnete Klier. Stark war nur die sehr charakteristische Aeußerung: „Wir Deutschböhmen haben immer den österreichischen Standpunkt hochgehalten; zwingt man uns, denselben aufzugeben, dann zwingt man uns, nur Deutsche zu sein.“ Diese Drohung wurde von der Majorität mit einem Bravo belohnt, welches gewiß auch in Berlin ein freudiges Echo finden wird. Nach der Ansicht Klier's bestünde der österreichische Standpunkt darin, daß die Deutschen über die Slaven überhaupt, und speziell die Deutschböhmen über die Tschechen herrschen müssen. Dies war aber selbst unter dem Absolutismus nur scheinbar der Fall, indem nicht die Deutschen als solche, sondern nur die deutschen Bureaukraten herrschten. Der frei österreichische Standpunkt kann aber nur der sein, daß kein Volk über ein anderes herrsche, sondern daß alle Völker gleichberechtigt frei seien. Diesen österreichischen Standpunkt halten die Slaven hoch. Will man sie zwingen, denselben aufzugeben, will man sie dem unfreien Standpunkt der deutschen Herrschaft unterwerfen, so wird man

sie zwingen, eben auch bloß Slaven zu sein. Und wenn die Deutschböhmen in Betreff der von Herrn Kier ausgesprochenen eventuellen Drohung offenbar nach Berlin blicken, so wird man es den Slaven nicht übel nehmen können, wenn sie in Betreff der gleichen Eventualität nach Petersburg blicken.

Ganz ausgezeichnet hat der neugewählte galizische Abgeordnete Dr. Weigel gesprochen. Die polnische Delegation kann sich zu diesem neuen Mitgliede Glück wünschen. Wie schon Greuter, kennzeichnete auch Dr. Weigel in schärfster Weise die taktlose, das Ansehen Oesterreichs kompromittirende und obendrein nicht aufrichtige Aeußerung des Fünfer-Memorandums, daß die galizische Resolution nicht erfüllt werden könnte aus Rücksicht auf Rußland. Treffend nannte Weigel dieses Majoritätsmemorandum ein politisches Begräbniß, wo die Minister nur noch die Ausdauer haben, den ganzen Kondukt mitzumachen, darauf aber sterben müssen.

Was sollen wir über die Rede des Abgeordneten Schindler sagen? Seine Reden lassen sich nicht eigentlich kritisiren. Betrachtet man sie, wir möchten sagen, bloß vom literarischen Standpunkte, so kann man sie als Potpourris von Spaß und Ernst goutiren, etwa so wie die tragikomischen Poesen unserer jetzigen Volkedramatiker; das politische Urtheil aber muß die meisten Reden Schindlers und besonders die jüngste entschieden verwerfen und verdammen. Es ist geradezu frevelhaft, in solcher Weise wie Herr Schindler von und zu ganzen Völkern zu sprechen. Uebrigens konstatiren wir, daß Schindler abermals unter großem Beifall und zur heitersten Befriedigung der Majorität gesprochen hat, wodurch diese Majorität mitschuldig wird an der cynischen Verspottung und Beschimpfung der Völker.

Einen beschämenden Gegensatz zu den injuriösen Ausfällen, welche Schindler angeblich im Namen des deutschen Kulturvolkes gemacht hatte, bildete die würdevolle ruhige Rede des Polen Sawczynski. Er konnte keine neuen Argumente vorbringen, aber in ergreifender Weise charakterisirte er die Stellung der Polen und aller Nichtdeutschen mit folgenden Worten: „In den wichtigsten Fragen, in Fragen, die unser ganzes Sein betreffen, seine Rechte in einer angelernten Sprache, wie mir die deutsche ist, hier vertheidigen zu müssen, das ist sehr mißlich; und ich wünsche Ihnen nur, daß Sie niemals in die gleiche Lage kommen, daß Sie niemals ihre Rechte in einer Sprache vertreten müssen, die nicht ihre Muttersprache ist.“ — Haben die Terroristen der deutschen Verfassungspartei für diese schmerzliche Aeußerung des Polen ein Gefühl?

Herr Dr. v. Waidele hielt eine Majoritätsrede ganz im Geiste des doktrinären und offiziellen Liberalismus und der bureaukratischen Infallibilität. Er bewies sogar, daß Galizien rechtlich an Oesterreich gekommen sei. Nachdem dann noch der Abgeordnete Guszalewicz den gerechten Klagen der Ruthenen Ausdruck gegeben und sich, obwohl als Minoritätsredner eingeschrieben, schließlich zur großen, aber sehr eiteln Freude der Linken und des Zentrums, d. h. der Ministe-

riellen für die Majoritätsadresse erklärt hatte, ergriff der Herr Abgeordnete der Reichenberger Handels- und Gewerbelammer das Wort.

Der Rede des Grafen Beust wurde mit großer allgemeiner Spannung entgegengesehen. Er war von ministerieller Seite so heftig angegriffen worden, daß man in der That Ursache hatte, auf seine Vertheidigung neugierig zu sein; es herrschte aber auch noch eine höhere Neugierde, man glaubte, man erwartete, daß die Rede des Reichskanzlers die Situation klären, eine Entscheidung herbeiführen, oder wenigstens ankündigen würde. Diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen. Dies zeigt der Erfolg der Rede bei den sich entgegen stehenden Parteien. Die eine verlangte, daß Beust den drei abgetretenen Ministern nachfolgen sollte; die andere glaubte sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, er werde im Amte bleiben, um das Minoritätsmemorandum dennoch zur Ausführung zu bringen, und daher sollen die fünf Minister unmittelbar nach der Rede des Grafen Beust wieder an ihre Demission gedacht haben. Der Herr Abgeordnete für Reichenberg hat sehr ruhig, sehr gewandt, sehr berebt gesprochen, aber nur in Betreff des Bewußtseins seiner Verdienste um Oesterreich auch offen und klar. In Betreff der Sache, um die es sich jetzt handelt, ist er mit dem, was er sagte, und noch mehr durch das, was er aus besonderen Rücksichten nicht sagen zu dürfen versicherte, sehr unklar geblieben. Er hat eben diplomatisch gesprochen, und Diplomaten gehen bekanntlich nicht gern mit der Farbe heraus und brauchen lange, bis sie zu einem Ultimatum kommen. Graf Beust ist nicht ganz rechts und nicht ganz links gegangen, ja er hat das merkwürdige Kunststück produziert, zugleich links und rechts zu gehen. Ganz klar war er nicht bloß in der Aufzählung seiner Verdienste, sondern auch im Bekenntnisse jener Aktionen, welche ihm von den Verfassungs-Inquisitoren als verfassungswidrige Regereien vorgeworfen werden. Mehr kann man in dieser Beziehung von dem Reichskanzler wahrhaftig nicht verlangen, als das im offenen Parlamente abgelegte Geständniß, daß er es bereue, das große Unglück veranlaßt zu haben, daß Oesterreich seinen ersten parlamentarischen Ministerpräsidenten verlor. Ja freilich, wenn Fürst Carlos Auersperg Ministerpräsident geblieben wäre, da stünde Oesterreich schon ganz anders da. Aber wie konnte Graf Beust denken, daß seine wahrlich höchst unschuldige Konversation mit den Czarenführern den ersten Cavalier des Reiches veranlassen würde, das Reich im Stich zu lassen? Das merkwürdigste in der Rede des Grafen Beust ist, daß er offen bekannte, als Reichskanzler für das Minoritätsmemorandum gewesen zu sein, als Abgeordneter aber für die Majoritätsadresse stimmen wolle.

Mit dieser Rede hatte die Verhandlung den Höhepunkt des Interesses erreicht. Was noch darauf folgte, mußte im natürlichen Lauf der Dinge ermaten. Wir schließen daher für jetzt unsere Blößen ab, werden sie jedoch fortsetzen, zumal wenn sich auch das Ministerium hören lassen sollte.

Wie man in Maggharien den Sieg des Dr. Giskra beurtheilt.

„Ganz Ungarn hat wie Ein Mann für Dr. Giskra gestimmt!“ So ist zu lesen in „Bethlens diplomatischer Wochenschrift.“ Wir citiren dieses Blatt öfter, obwol es in Oesterreich wenig bekannt ist. Man lernt aus demselben viel besser, als aus den ministeriell inspirirten ungarischen Blättern die wahren Gesinnungen und Tendenzen aller Maggharen kennen. Graf Nikolaus Bethlen spricht diese Gesinnungen und Tendenzen nicht mit diplomatischer Reserve, sondern mit offenster Aufrichtigkeit, mit echt maggharischer Naivetät aus. Ferner ist seine Wochenschrift vorzüglich für das Ausland, ganz speziell für Preußen berechnet; sie kultivirt mit wärmstem Eifer ein Bündniß zwischen Ungarn und Preußisch-Deutschland.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Dr. Giskra seinen Sieg wesentlich der Stimme der Maggharen verdankt. Hören wir nun, wie Graf Nikolaus Bethlen wahrhaft im Namen aller Maggharen, ohne Partei-Unterschied, den Sieg Giskra's beurtheilt. Er schreibt:

„Es gibt keine griechische Tragödie, in der die unsichtbare Hand des Fatalismus den Knoten mit mehr Sicherheit schürzen und der endgiltigen fatalistischen Lösung zuführen würde, wie es heute in der Tragödie des Kaiserthums von Oesterreich geschieht. Man fühlt instinktmäßig, daß ein morsches Gebäude langsam zusammenstürzt und in der Nähe ein neues Gebäude aus der Erde sich erhebt. L'Autriche s'en va. Die Schuld hat Niemand. Die österreichischen Staatsmänner könnten noch weiser, oder noch beschränkter, die Generale talentvoller, oder noch unglücklicher, die Parteien leidenschaftlicher, oder gemäßigter sein — es wäre Alles umsonst. Die Zeit ist um.

Wie Rom nach dem Tode des Augustus wieder eine Republik hätte werden können und dennoch einen Herrn gesucht hat, weil es in Rom keine Republikaner mehr gab, so ist auch Oesterreich heute frei und könnte sich als freier Staat konstituiren, wenn es Oesterreicher gäbe. Aber es gibt keine.

Wir leben eben die letzten Tage von Pompeji. Nicht auf die Zukunft dürfen wir blicken, nur auf die Gegenwart. Heute roth, morgen todt. Von diesem Standpunkte aus betrachtet ist der Sieg des Dr. Giskra ein erfreuliches Ereigniß für die Interessen der Freiheit und der Zivilisation. Nennen wir das Kind beim Namen. Es ist der Sieg des parlamentarischen Absolutismus über den nackten Absolutismus der Jesuiten und der feudalen Herren.

Wir leben in der Zeit des dualistischen und parlamentarischen Absolutismus. Wollen wir nicht besser scheinen, als wir es sind. Ja, sagen wir es offen

heraus, „wir Deutsche sind die Herren in Wien und wir Ungarn sind es in Pest; wir wollen den übrigen Nationalitäten alle jene Konzessionen machen, die unsere Suprematie nicht gefährden. Aber jeden Angriff auf diese Suprematie werden wir zurückweisen, und zwar aus dem einfachen Grunde, „weil wir die Stärkern sind.“

Wir gratuliren dem Herrn Dr. Giskra zu dieser magharischen Bundesgenossenschaft! Sie hat ihm zu seinem jetzigen Siege geholfen und sie kann ihn wol auch längere Zeit am Ruder erhalten; aber wohin er das Staatsschiff steuert, das sagt ihm Graf Nikolaus Bethlen sehr deutlich und gewiß im Namen aller Magharen, ohne Partei-Unterschied. Wir aber haben es dem Dr. Giskra und Andern schon längst gesagt. Doch getrösteten wir uns noch immer mit der Hoffnung, daß die wahre Freiheit, die echte Zivilisation über die Gewaltspolitik der „Stärkeren“ siegen, und Oesterreich als wahrhaft freier Rechtsstaat erhalten bleiben wird.

Zum Beispiel?

Eine auf die parlamentarisch absolutistische Ära angewendete Erinnerung aus der absolutistisch bürokratischen Zeit.

In dem sehr geregelten Verwaltungs-Organismus Oesterreichs unter der Regierung weiland Kaiser Franz I. nahm der Staatsrath einen hervorragenden Platz ein. Berufen, in allen inneren Angelegenheiten des Reiches die auf Allerhöchste Resolutionen abzielenden Vorträge der Hofstellen und anderer Zentralbehörden zu prüfen, war er das höchste beratende und begutachtende Kollegium für die Monarchie. Später, als der wachsende Einfluß der Staats- und Konferenz-Minister mehr die Oberhand gewann, ward der Staatsrath unmerklich bei Seite geschoben, und das Jahr 1848 ging an diesem morsch gewordenen Institute auch nicht spurlos vorüber. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß seit jener Zeit der Staatsrath mit jeder neuen staatsrechtlichen Katastrophe, von denen unser Vaterland in kurzen Zwischenräumen heimgesucht war, eine andere Metamorphose an sich vollziehen sah, bis er endlich wenige Jahre vor seiner definitiven Auflösung nur mehr als eine Art von Mausoleum benützt wurde, in dessen Gruft im Staatsdienste abgenützte Größen ihre Beisetzung fanden.

Wir aber versetzen uns im Geiste zurück in das goldene Zeitalter des Staatsrathes, in jene eingangs angedeutete Periode, wo der Staatsrath, in vollster Lebenskraft blühend und durch seine in allen Verwaltungszweigen gebildeten und hocherfahrenen Mitglieder wirkend, einen maßgebenden Einfluß auf die Geschichte des Staates ausübte. Dazumal war, durch das besondere Vertrauen des

Kaisers geehrt, wegen Geschäftskundigkeit von seinen Amtsgenossen geschätzt, Staatsrath Weiß Edler von Starlkensels eines der einflussreichsten Mitglieder dieser hohen bureaukratischen Körperschaft. Zu diesem gefürchteten Manne, der in Personalfragen das letzte, oftmals ausschlaggebende Wort an den Kaiser zu sprechen hatte, kamen die Bewerber um erledigte höhere Dienstplätze, wie sich denken läßt, von allen Seiten des Reiches. Die Anhörung der Wünsche und Ansprüche jedes Einzelnen war eine zeitraubende Pflicht für den vielbeschäftigten Staatsmann, jedoch für das offene Auge eines scharfsinnigen Denkers, der seinen Blick über die Akten hinaus in das wirkliche Leben werfen will, von nicht zu unterschätzendem Vortheile, da das Détail oftmals zur Klärung der Sachlage wesentlich beiträgt. Daß Bittsteller, die in persönlichen Anliegenheiten vor dem Staatsrath Weiß erschienen, sich im besten Lichte zu zeigen bestrebt waren, gehört zu den sehr verzeihlichen Schwächen des Menschen. Der schwarze Frack mit kanariengelben Glacé's, ein unvermeidliches Erforderniß für den feierlichen Akt der Vorstellung, gab nur der äußeren Erscheinung des Audienzandidaten den offiziellen Anstrich. Je weniger aber in dieser nivellirenden schwarzen Uniform ein günstiges Unterscheidungsmerkmal vor anderen allfälligen Mitbewerbern lag, die ja ganz ebenso angezogen sein mußten, desto entschiedener gab sich das Bestreben kund, den Geist gehörig in den Vordergrund treten zu lassen. Das geschah auch in dem möglichst kleidsamen Gewande einer wohl einstudirten schönen Anrede.

Durch mündliche Ueberlieferung wissen wir nun, daß Staatsrath Weiß für solche Fälle ein probates Mittel zur Hand hatte. Er hörte den zur Vorstellung sich meldenden Bewerber mit Gelassenheit an, und folgte seinen Worten mit Aufmerksamkeit, sobald jedoch der selbstgefällige Sprecher, den Boden des konkreten Falles verlassend, sich in allgemeine Bemerkungen verlor, ward er sofort vom Staatsrathe Weiß im weiteren Flusse seiner Rede mit den Worten unterbrochen: „Zum Beispiel?“ Stockte der Angesprochene, so war das Gesagte eben nur ein beliebter Gemeinplatz, eine schöne Phrase, nichts weiter, welche dem, der sie pathetisch von sich gab, schwerlich zur Empfehlung diene; wußte der Unterbrochene dagegen Bescheid, nun so war das Gespräch auf ein beiden Theilen gleich gezeißliches, praktisches Feld zurück geführt.

„Zum Beispiel.“ Diese sinnreichen zwei Worte eines weisen Praktikers in der Staatskunst, wie oft möchte man sie unseren Phraseologen der Gegenwart zurufen! Uns selber nicht ausgenommen, da wir uns in diesem Augenblick auf einer allgemeinen Bemerkung ertappen, die durch Beispiele erläutert werden muß, soll auch sie einen Werth haben.

In dem schweren Kampfe der Autonomisten mit den Centralisten wird von den letzteren stets hervorgehoben, daß die Länderautonomie im Entgegenhalte zu dem vom Februarpatente geschaffenen Zustande durch die Dezemberverfassung eine wesentliche Erweiterung erfahren habe. Da Niemand so gütig war, uns über

diese behaupteten wichtigen Unterscheidungsmerkmale nähere Auskunft zu geben, so betrat unser Wissensdrang den Weg eigener Forschung. Doch die Autobiastik führte uns nicht sehr weit.

Richtig ist, daß während nach dem Februar-Patente alle jene Angelegenheiten zur Kompetenz des (engeren) Reichsrathes gehörten, welche nicht ausdrücklich durch die Landesordnungen den Landtagen vorbehalten sind, nach der Dezemberverfassung die umgekehrte Bestimmung getroffen und verfügt wurde, daß alle dem Reichsrathe nicht ausdrücklich vorbehaltenen Gegenstände in den Wirkungsbereich der Landtage gehören. Ob dabei die Länderautonomie gewonnen oder verloren hat, das kann nur aus einer sehr eindringlichen Bilanz resultiren. Über übrigens sich den §. 11 der Dezemberverfassung ansieht und die Objekte prüft, welche da in taxativer Aufzählung von litt. a bis litt. o dem Wirkungsbereich des Reichsrathes vindicirt werden, der verliert bei dem damit vollständig erschöpften Verwaltungsmateriale den Muth, herauszutipfeln, was etwa für Cappalien noch abfallen an den Landtag, dem ja die eigene Landesordnung schon die ziemlich behabare Kompetenz einräumt: „Sonstige die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände anzuordnen.“

Wenn wir aus der Gegenüberstellung der Landes-Angelegenheiten 1861 mit den Reichs-Angelegenheiten 1867 den Schluß ziehen, es sei mit dem so oft betonten Dezemberkompromiß bezüglich der Kultivirung der historisch politischen Individualitäten der einzelnen Königreiche und Länder nicht weit her, so mag das immerhin auf Rechnung unserer Kurzsichtigkeit kommen. Desto berechtigter wäre aber dann unsere staatsrechtliche Neugierde, darüber von maßgebender Seite endlich eine entsprechende Auskunft zu erhalten, worauf wir nun seit zwei Jahren vergeblich warten.

Allgemeine Sätze, so viel man ihrer haben will, aber keine berechneten Exemplifikationen. „Die Landesautonomie hat durch die Dezemberverfassung eine bedeutende Erweiterung erhalten,“ so verkünden mit einer nahezu instruktionsmäßigen Einstimmigkeit die Herren Regierungsvertreter den eröffneten Landtagen, als ob sich das von selbst verstünde; — „die Unvollkommenheiten der Verfassung vom Jahre 1867 liegen nicht in den zu enge gezogenen Grenzen der Länderautonomie,“ wiederholen mit einfacher Variation des Thema's die fünf Minister in ihrem berühmt gewordenen Memorandum und sagen damit eigentlich gar nichts; — endlich steigt Herr v. Kaiserfeld herab vom Präsidentenstuhl des Abgeordnetenhauses, um in seiner Minister-Randbatenrede, die wol nur seiner eigenen Partei zusagenden Worte zu sprechen: „Wer die Geschichte der §§. 11 und 12 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung kennt, der wird vielleicht der Meinung sein, daß dabei eher die Kompetenz des Ganzen, als die der Theile Schaden genommen hat.“

Aus alle dem mag ein Anderer klug werden. „Zum Beispiel,“ meine Herren, „zum Beispiel!“ Aber die Beispiele bleiben die Verfassungstreuen schul-

big und sie bleiben dabei, der Opposition zuzurufen: „Die Dezemberverfassung hat die Kompetenz der Landtage bedeutend erweitert!“ — Die staatsrechtliche Opposition aber muß, auf Thatfachen gestützt, erklären, daß die den Landtagen jetzt gewährte Autonomie so ziemlich derjenigen gleicht, nach welcher die Partei, deren Haupt eben Herr v. Kaiserfeld ist, oder war, den Namen angenommen hat, ohne für die Sache, für das Wesen selber irgend etwas zu thun.

Die staatsrechtliche Opposition aber ist dem „Zum Beispieler!“ nicht aus dem Wege gegangen, sie ist die Exemplifikation ihrer Autonomie-Forderungen nicht schuldig geblieben, sondern hat dieselbe sehr klar und deutlich gegeben in der böhmischen und mährischen Deklaration, in der galizischen Resolution und in den genau formulirten Anträgen des krainerischen und tirolischen Landtages, welche Anträge, wenn auch durch präventive Schließung der beiden Landtage der Form nach unterdrückt, doch gewiß und wahrhaftig der entschiedene Willensausdruck der Majorität von Krain und Tirol sind.

Der auswärtige Handel der österreichisch-ungarischen Monarchie im Jahre 1869.

Am Schlusse des abgelaufenen Jahres 1869 wurden von Seite der Regierung die Handelsausweise für die Monate Jänner bis einschließlich September 1869, und zwar in Zusammenstellung mit der gleichen Periode des Vorjahres veröffentlicht, und wir wollen diese Daten heute Revue passiren lassen, ohne uns bei den Ziffern aufzuhalten. Vergleicht man die beiden letzten Jahre hinsichtlich der Werthe der Ein- und Ausfuhr, und bringt man die pro 1869 ausgewiesenen Verminderungen der Handelswerthe von den Vermehrungen in Abzug, so ergibt sich bei der Einfuhr eine Steigerung um 22 Millionen Gulden, bei der Ausfuhr dagegen nur um 1 Million. Die Einfuhr kulminirte in der Klasse der Metalle (roh und als Halbfabrikat) mit einem Plus von 9.3 Millionen Gulden und sank am tiefsten bei den Garnen (um 5 Millionen). Die höchste Steigerung der Ausfuhr zeigt sich bei den Web- und Wirkwaaren (um 7.8 Millionen Gulden), die größte Abnahme, und zwar um 20.4 Millionen Werthes bei den Garten- und Feld-Früchten. Uns ist es hier darum zu thun, die in vielhundertfältigen Details erscheinenden Variationen der Ein- und Ausfuhr, ihrer Werthe und Quantitäten, unter einige gemeinschaftliche Gesichtspunkte zu bringen, wozu uns die amtlichen Publikationen das Material liefern.

Auf die Handelsbewegung in einem großen Staate wirken selbstverständlich sehr verschiedene Faktoren ein, und gar oft bedingt einer den andern, so daß sie geradezu untrennbar scheinen. Man wird also einzelne Thatfachen der Handels-

Bewegung auf mehrere Ursachen zurückführen, oder sich begnügen müssen, nur das wichtigste Moment hervorzuheben. Zu den glücklichsten Ursachen einer erhöhten Einfuhr gehört ohne Zweifel die Erhöhung der inländischen Konsumtionsfähigkeit, sei es nun in Folge der Verbesserung des allgemeinen Wohlstandes der Bevölkerung, oder in Folge des vermehrten Betriebs einzelner Etablissements oder Unternehmungen; sei es, daß die Rauffähigkeit des Publikums durch eine Vermehrung der Zahlungsmittel oder durch Verwohlfeilerung der importirten Artikel gestiegen ist.

Eine sehr günstige Wirkung auf die Einfuhr übten die umfassenden Bauten in Wien (Stadterweiterung) und in Pest aus. Sie waren es namentlich, die den Bedarf an Werkholz, Ziegeln und Cement, Fournieren und Parketten, großen Fenstergläsern und groben Eisenwaaren um ein Bedeutendes steigerten, so daß die inländische Industrie der Nachfrage bei weitem nicht genügen konnte. Die Hauswirthschaft und die Fabrikation machten größere Ansprüche auf Rohlen, die Kerzen- und Seifenproduktion auf Stearin und Pottasche, die Lederfabrikation auf Thran und Garberlohe, die Drechslerei auf Schnitzstoffe, die Bierbrauerei auf Harz und Kolophonium (zum Verpicken der Fässer), die Weinerzeugung auf gewisse Formen ordinären Hohlglases für imitirte ausländische Weine; die überbeschäftigte Maschinenfabrikation und der Eisenbahnbau auf Eisenmaterialie, neuerrichtete Spinn- und Webetablissemments auf eiserne Maschinen neuester Konstruktion, speziell auch auf Webe- und Rundstähle (letztere besonders für die Trumauerfabrik). Die Ausbreitung und Verbesserung der Photographie steigerte das Bedürfniß nach photographischen Apparaten, und die fortschreitende Entwicklung der ganzen gewerblichen Industrie überhaupt drängte zu vermehrter Einfuhr chemischer Produkte der verschiedensten Art. Die Wohlfeilheit der Viehmästung mit Kukuruz führte zur Vermehrung des Importes von Schweinen, der vorausgegangene massenhafte Export von Getreide zur (zollfreien) Wiedereinfuhr der Emballagesäcke und Packleinwand, die vermehrte Bierausfuhr zu stärkeren Retoursendungen der leeren Fässer, die Ausbreitung der Fabrikation von Möbeln aus gebogenem Holze zur vermehrten Einfuhr von Stuhlrohr, während die gesteigerte Einfuhr von feinem Leder mit dem Aufschwunge der sogenannten Galanterie-Industrie zusammenhängt. Endlich zeugt auch der zunehmende Import von Gold- und Silberwaaren von dem Wachsthum des Wohlstandes im Inlande.

Unter den Gegenständen, welche vorzüglich ihrer Billigkeit wegen im Jahre 1869 einen stärkeren Import aufzuweisen hatten als im Vorjahre sind insbesondere zu nennen: Feigen, Reis, Mehl, Häringe, Oliven- und Kokosnußöl, Schiefertafeln, englisch Garn, Decken von Kokosfasern und Farbstifte. Den durch die Handelsverträge gewährten Zollermäßigungen oder Zollbefreiungen ist zu verdanken die vermehrte Einfuhr von getrockneten, gedörrten Eichorien, Pelswerk, Schweizerkäse, Branntwein, Wein in Flaschen, Teigwerk, Zinnplatten und -Blachen, Baumwollwaaren überhaupt, Bürstenbindearbeiten, Papiergattungen,

Spiegeln, Waffen, Metallwaaren, Personen- und Eisenbahnwägen, Gold- und Silberwaaren und Seife. Die Zollfreiheit aber, welcher die starke Einfuhr von Webe- und Rundstählen zugeschrieben werden muß, beruht auf keinem Vertrage, sondern auf der im administrativen Wege angeordneten Verlängerung einer früher erteilten Ausnahmsbegünstigung im Interesse der inländischen Webindustrie. Diese Ausnahme erlosch mit Ende 1869, dürfte jedoch über Andringen vieler Handels- und Gewerbekammern neuerdings für ein paar Jahre in Wirksamkeit treten, falls die Intentionen des cisleithanischen Handelsministeriums bei den übrigen, an der Sache interessirten Ministerien in Oesterreich und Ungarn sowie bei den beiderseitigen Parlamenten durchdringen.

Bei einigen Artikeln darf freilich nicht übersehen werden, daß das Vordringen der ausländischen Waare auf Störungen der inländischen Produktion, auf einer ungenügenden Ernte und auf der Höhe der inländischen Marktpreise beruht, die dem fremden Erzeugnisse die Konkurrenz ermöglichte und erleichterte. Dahin gehören Zuckermehl, Hopfen, Ochsen und Stiere, frisches Fleisch und Branntwein; endlich auch das Kochsalz in Folge der Einstellung der Viehsalzproduktion. Dagegen bewirkte bei anderen Artikeln die Steigerung der ausländischen Preise selbstverständlich eine Verminderung der Einfuhr, was namentlich bei den Webe- und Wirkstoffen, rohen Baumwollgarnen, dann bei den halbgaren Ziegen- und Schaffellen der Fall war. Rüböl wird immer mehr durch Petroleum verdrängt. Die aus Rücksichten auf die Viehseuche verlängerte Kontingenzzeit für das aus Serbien und Bosnien kommende Vieh wirkte lähmend auf die Einfuhr von Rüben, desgleichen die Einstellung der Kupferkapseln- und Patronenhülfsen-Erzeugung auf die Einfuhr von Rohkupfer.

Das merklliche Sinken des Importes von Pfeffer, frischen Runkelrüben, Neps, Farbholzblöcken, chemischen Hilfsstoffen, Stahl, Zinn, Messing, Paffong, rohen Baumwollgarnen und Hadern dürfte wol wesentlich von dem Umstande herrühren, daß von den großen Importquantitäten des Vorjahres noch erhebliche Vorräthe zur Disposition standen, während anerkannt werden muß, daß sich bei manchen Erzeugnissen der Import hauptsächlich deshalb vermindert hat, weil die eigene Leistung des Inlandes entweder für seinen Bedarf überhaupt ausreichte, oder einen wirklichen Aufschwung nahm. Solche Gründe lassen sich geltend machen für die verminderte Einfuhr von Getreide und Hülsenfrüchten, von Neps, Butter und Schmalz, chemischen Hilfsstoffen diverser Art, gemeinen und mittelfeinen Baumwollwaaren, bedruckten dichten Wollenwaaren, gemeinen Seidenwaaren und gemeinstem ungeleimten Papier. Da man sich hierlandes mit Erfolg auf die Produktion des sogenannten Ruba-Rums verlegt, so kommen die Bezüge an echtem Jamaica-Rum natürlich schon wegen des hohen Preises in Abnahme.

Was die Ausfuhr betrifft, so ist dieselbe, wenn man das Plus nicht mit dem Minus zusammenhält, fast ebenso hoch gestiegen, als unter derselben

Bedingung die Einfuhr sich stellen würde, und das ist ohne Zweifel ein sehr respektables Resultat; zumal der Ausfall von 20 Millionen Gulden beim Getreide lediglich den Zufälligkeiten der Ernte auf die Rechnung zu schreiben ist. Die an und für sich erhebliche Steigerung der Ausfuhr haben die österreichischen Erzeugnisse laut der veröffentlichten offiziellen Ausweise ganz vorzüglich ihrer Billigkeit und guten Qualität und nur in sehr bescheidenem Maße den vertragsmäßigen Zollbegünstigungen zu danken. Die Wohlfeilheit und Preiswürdigkeit ist es, welche den Kaffeesurrogaten einen bedeutenden Absatz nach Italien und der Türkei verschafft, und den Export von Zwetschlen, Delsaat, Rindshäuten und rohen Kalbfellen befördert hat. Die ungarische Mastung ermöglichte dem Schweinefett und Speck die Konkurrenz mit Amerika. Mit Hilfe ermäßigter Eisenbahnfrachtsätze stellten sich auch Kohlen und Harz so billig, daß der Begehr des Auslandes zunahm. Eisenvitriol, Schwefelsäure, Chlorkalk, Messingsaiten und Messingrollen, Wiener Spielkarten und Wiener Cartonagen, Thonwaaren und Kraftmehlprodukte, Schuhwische und gemeine Händwaaren erfreuten sich gleichfalls der Billigkeit wegen einer wachsenden Nachfrage des Auslandes.

Gute Qualität, vereint mit billigen Preisen erzielten den Mehrerport von Mehl (nach Holland, England u. s. w.), von böhmischem Graphit, von Stahl und Eisenbract, von Baumwoll- und Wollenwaaren, von gemeinen, mit Wolle, vermischten Seidenwaaren, von Cartonagen, Wiener Schuharbeiten, Sensen, Sichel, feinen Scheeren, Pfeifenfabrikaten, insbesondere in Verbindung mit Bernstein, endlich auch von Klavieren. Daß bei manchem dieser Artikel, wie überhaupt bei der Vermehrung der Ausfuhr auch der hohe Stand des Silberagio im Spiele war, versteht sich allerdings von selbst. Eine günstige direkte Einwirkung der Handelsverträge auf den Export ist nur bei Kaffeesurrogaten (im Verkehr mit Norddeutschland), und bei verschiedenen Arten von Abfällen nachgewiesen. Daß endlich auch Wein, Flachs und Hanf in größeren Mengen als im Vorjahre zum Export kamen, ist der relativ befriedigenden Ernte im Allgemeinen, hinsichtlich des Weines aber begreiflicher Weise auch der guten Weinlese zuzuschreiben. Dagegen ist das Agio als die wichtigste Ursache der vermehrten Ausfuhr von Ochsen, Stieren, Schafen und Schweinen, von Garnen und Wollenwaaren anzusehen. Die Mehrausfuhr von Tabakfabrikaten bezog sich auf die Tabakniederlage im Zollauschusse Triest, jene von Ziegeln auf den Ban des abgebrannten Triester Bahnhofes, jene von Bier in Fässern auf die von österreichischen Bierbauern im Auslande errichteten Restaurationen. Die hölzernen Schiffe, welche große Getreidemengen auf der Weichsel und auf dem Dniester exportirten, wurden im Auslande verkauft. Was aber die aus den Nachweisen pro 1869 ersichtliche Mehrausfuhr von Glasperlen und Glasknöpfen betrifft, so ist dieselbe aus dem Umstande zu erklären, daß diese Artikel in den Listen des Vorjahres noch unter der Tarifsabtheilung „Kurzwaaren“ enthalten und daher nicht speziell ausgewiesen waren. Indem jedoch in Folge der Begünstigungen des Konven-

tionaltarifs viele Artikel, welche früher als Kurzwaaren, gemeinste, zur Einfuhr kamen, im Jahre 1869 genauer deklarirt wurden, weisen die Ausfuhrlisten dieses Jahres für gemeinste Kurzwaaren ein Minus aus, das freilich nur formell ist.

Einen wirklichen Rückschritt machte die Ausfuhr von Werthholz, Roheisen und Eisenblech, jedoch nur aus dem Grunde, weil die großen Bauten in Wien und Pest, deren schon oben (bei der „Einfuhr“) gedacht worden, außerordentliche Ansprüche an die Produzenten von Baumaterialien, und zwar begreiflicher Weise nicht nur an die ausländischen, sondern vor allen an die einheimischen stellten. Der Winderexport von Oelfuchen wird dem Umstande zugeschrieben, daß dieser Artikel im Inlande selbst mehr als in früheren Jahren zur industriellen Verwendung kam. Die Mißernte, von der das Ausland im Jahre 1868 heimgesucht worden war, hatte damals einen sehr starken Export von Weizen, Korn und Gerste aus der österreichisch-ungarischen Monarchie zur Folge gehabt, welcher sich 1869 bei geänderter Sachlage nicht mehr wiederholen konnte, während dem österreichischen Hopfenexporte vorzüglich die gute Hopfensechzung Baierns Eintrag that. An Eisen- und Stahlplatten waren 1868 bedeutende Mengen für die k. k. Marine und für das Koydarsenal über die Zollgrenze geschafft worden, welche den Bedarf dieser Konsumenten noch weiter deckten, und daher im Jahre 1869 einen Ausfall an den analogen Exportartikeln verursachten. Aus ähnlichem Grunde verminderte sich die Ausfuhr von Lokomotiven, indem der diesbezügliche Bedarf der preussischen und russischen Eisenbahnen durch die vorausgegangenen Lieferungen aus Oesterreich bereits gedeckt worden war.

Einer ungünstig ausgefallenen inländischen Rübernte und Honiggewinnung muß die verminderte Ausfuhr von Rübenzucker und Honig zugeschrieben werden, und jene von Kleeaat und Weinstein hat sich gleichfalls mit den Produktionsvorräthen vermindert. Frisches Fleisch und Buntpapiere mußten unter der Höhe der Produktionskosten leiden, und der geringere Export von Brod ist hauptsächlich der Betriebseinstellung der Pralauer Dampf-Brodbackerei zuzuschreiben. Die immer weitere Verbreitung des Petroleums als Beleuchtungsstoffes brachte es naturgemäß mit sich, daß die Nachfrage des Auslandes nach fetten Oelen abnahm; desgleichen wendete sich die Glasfabrikation immer mehr dem Verbrauche der Soda als dem der (theuern) Pottasche zu. Derlei Aenderungen in den Konsumtionsverhältnissen können eben nicht vermieden werden; bedauerlicher ist es, daß einzelne Erzeugnisse der österreichisch-ungarischen Monarchie vor der Konkurrenz gleichnamiger Produkte des Auslandes auf den fremden Märkten zurückweichen mußten. So siegte z. B. nicht bloß die belgische und preussische Arsenikfabrikation, sondern auch die australische Schaafwolle und die asiatische Seide über die hierländischen Produkte. Daß übrigens bei gar manchen einheimischen Erzeugnissen die Höhe der Eisenbahntarife ein merkliches Hinderniß der Export- und Konkurrenzfähigkeit auf den ausländischen Märkten ist, muß --

obwol eine bekannte und oft beklagte Thatsache — hier neuerdings betont werden. So könnte z. B. österreichischer Zucker gemeinster Sorte in Macedonien und den andern Hinterländern des Hafens von Salonich lukrativen Absatz finden, wenn der Lloyd und die Südbahn miteinander den österreichischen Zuckerfabrikanten durch ausgiebige Tarifiermäßigungen in die Hände arbeiten wollten, um die französische Konkurrenz in Salonich aus dem Felde zu schlagen und der heimischen Industrie einen Export von circa 50.000 Ztr. jährlich zu sichern. Aber statt des einzig Nothwendigen: daß jeder Faktor zum Gelingen des Ganzen das Aeußerste thue, zieht jeder Theil es vor, zu versichern, daß es an ihm nicht fehle, und die Schuld auf den andern zu schieben. Sie liegt aller Wahrscheinlichkeit nach in der That nicht bei einem Theile allein, ganz gewiß aber in dem Mangel einträchtigen Zusammenwirkens.

Kleine kritische Chronik.

Vom 19. bis 26. Jänner.

U n g a r n.

Die Ergänzungskrisis des Ministeriums ist ziemlich langwierig. Wir begreifen es, daß notable Politiker Bedenken tragen, sich an den Triumphwagen der Fünf spannen zu lassen, um den arg verfahrenen Staatswagen auf guten Weg bringen zu helfen. Das verneuerte Ministerium wird jedenfalls nur ein sehr provisorisches sein und sich in der Geschichte Oesterreichs nicht berühmt machen, oder doch nur sehr traurig. Allem Anscheine nach wird die Ergänzung aus dem innersten Parteikreise erfolgen. Dann werden die Herren so recht unter sich sein, wodurch aber durchaus nicht verbürgt ist, daß sie unter sich einig sein werden. Das verneuerte Ministerium wird zeigen, daß die orthodoxe Verfassungspartei schon gänzlich auf sich selbst beschränkt ist, sie hat nicht bloß alle Nichtdeutschen, sondern auch die Majorität der Deutschen gegen sich.

Der abgetretene Minister Graf Potocki hat bei einem Banquet seine Ueberzeugungstreue bewährt und das Geschwätz zu Schanden gemacht, daß er nur ungern aus dem Kabinet getreten sei und wol bald wieder in dasselbe eintreten würde. Dagegen soll Dr. Ziemiakowski einem Rufe des Ministeriums nach Wien gefolgt sein, um die Gnadenpendung für sein Volk zu vermitteln. Was wird die galizische Delegation thun? Sie steht vor einer schweren Verantwortung, denn von ihr hängt es wesentlich ab, ob die lebensgefährliche Krankheit zu einer heilsamen Krisis geführt werden, oder fortbauern und sich zur Unheilbarkeit entwickeln soll.

Die übermäßig lange Generaldebatte des Abgeordnetenhauses ist beendet. Wenn auch durch die physische Kopfszahl der Sieg der Ministeriellen gesichert ist, so hat doch gewiß jeder Unbefangene erkannt, daß die Minorität geistig gesiegt hat, und da diese Minorität die mächtig überwiegende Majorität der Gesamtbevölkerung vertritt, so kann man die Adressdebatte schon jetzt als eine Niederlage des Ministeriums bezeichnen.

Dagegen helfen deutschböhmische Vertrauensadressen und selbst Fackelzüge nichts. In Wien hat eine massenhaft besuchte Volksversammlung den fünf Ministern ein schar-

tes Mißtrauensvotum gegeben. In gemeinderäthlichen und kaufmännischen Kreisen ist der Versuch einer Vertrauensdemonstration gescheitert. Um unparteiisch zu sein, konstatiren wir, daß die Freunde des Ministeriums eine Vertrauensadresse von 3000 Arbeitern zu Stand gebracht haben. Die Herren Giska und Herbst werden sich aber dadurch wol nicht zu dem Glauben verführen lassen, die Sympathie der Arbeiterbevölkerung zu besitzen.

Die Vochesen sind nun vollständig beruhigt. Die näheren Nachrichten über den Akt der Unterwerfung, die Verkündung der Amnestie, die Zurückgebung der Waffen, die Heimkehr der Flüchtlinge aus Montenegro sind rührend. Bedeutsam ist es, daß die zur Treue gegen den Kaiser Zurückkehrenden offen erklärten, sie seien durch die Administration zu dem Verzweiflungskakte der Rebellion getrieben worden, daß sie über Vernachlässigung und Unterdrückung ihrer Nationalität klagten, gegen die Italiensirung ihres Landes protestirten. Wahrlich, das, was in Dalmatien geschehen, wäre allein hinreichend, einen radikalen Ministerwechsel zu rechtfertigen.

Neben den guten Nachrichten aus Dalmatien machen die Berichte aus der Militärgrenze einen umso traurigeren Eindruck. Von dort ertönen wahre Verzweiflungsschreie. Die treuen Grenzer scheinen wirklich dem Magharismus willenlos preisgegeben werden zu sollen. Die Abberufung des Fürsten Mensdorff-Dietrichstein ist ein ominöses Zeichen. Graf Andrássy hat freilich unlängst erklärt, die Grenzer würden nach und nach schon einsehen, wie gut man es mit ihnen meint, und sie würden an ihrer Nationalität keinen Schaden leiden, weil sie ja zu Kroatien kämen. Nun ja, zu dem magharonisirten Kroatien! Wie es dort zugeht, das zeigt nebst vielem andern der unerhörte Fall, daß den Agramer Studenten verboten wurde, dem Bischof Stroschmayer eine Huldigungsadresse zu senden! Das ist die Freiheit unter der Herrschaft der Desakisten!

Das ungarische Ministerium ahmt jezt eifrig das Beispiel nach, welches Giska und Herbst in Böhmen gegeben haben, nämlich die nationale Opposition mit drakonischer Strenge erdrücken zu wollen. Der Abgeordnete und Redakteur der „Föderatiunea“ Herr Romann sitzt bereits, wie Dr. Furban auf ein Jahr im Kerker, und nun ist auch der Interimredakteur dieses Blattes Herr Porutiu auf sechs Monate verurtheilt. Gegen den serbischen Abgeordneten Herrn Miletics und gegen das einzige noch lebendige kroatische Oppositionsblatt, den „Zatočnik“ in Sissef sind Prozesse eingeleitet. Es lebe die Freiheit wie in Ungarn!

Aus Siebenbürgen erhielten wir folgendes bedeutsame Telegramm:

„Die romanische Intelligenz aus allen Theilen Siebenbürgens hat zur Bekämpfung des bestehenden Systems die Erzielung eines näheren Einverständnisses und gleichförmigen Vorgehens mit allen unzufriedenen Völkern Oesterreichs beschlossen.“

A u s l a n d.

Rochefort und Andere wurden verurtheilt, aber Paris blieb ruhig, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die überwiegende Mehrheit des französischen Volkes diese Besonnenheit theilt. Die französische Opposition wird mit edleren Waffen kämpfen müssen, als Rochefort und Genossen, wenn sie den Bestand und Fortschritt des neuen Systems sichern will.

In Betreff des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Preußen ist es als ein erfreuliches Zeichen richtigerer Erkenntniß zu betrachten, daß der Gegenbesuch, welchen Erzherzog Karl Ludwig in Berlin gemacht hat, von den Journalen nicht mehr so jauguinisch beurtheilt wird, wie der Besuch des Kronprinzen von Preußen in Wien. Die Berliner Blätter sind diesmal sogar sehr auffallend kühl geblieben. Recht charak-

teristisch ist es, daß einige preussische Blätter sarkastisch bemerkten, Preußen wünsche ein freundliches Verhältniß zu Oesterreich deshalb, weil König Wilhelm in der nächsten Padesaison nach Karlsbad gehen will!

Was der französische Gesandte in Konstantinopel zur Zeit, als Graf Bentz dort in Vermittlungspolitik debutirte, drohend in Aussicht gestellt hat, daran wird jetzt gearbeitet, nämlich an einem Einverständniß zwischen Frankreich und Rußland zu Gunsten des Vicelönigs von Egypten. Neuerdings wird auch wieder von starken russischen Rüfungen in der Nähe unserer Grenzen gesprochen.

Vom römischen Konzil wissen die Tagesblätter interessante Personalien zu erzählen, so z. B., daß Kardinal Fürst Schwarzenberg überhaupt, oder doch wenn die Unfehlbarkeit Dogma würde, nicht mehr in seine böhmische Diözese zurückkehren werde. Das scheint ein leeres Gerücht zu sein. Gegen die Unfehlbarkeit haben übrigens die deutschen Bischöfe eine sehr merkwürdige Erklärung gegeben, deren Verfasser niemand anderer als Kardinal Rauscher sein soll.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

IX.

Der erste habsburgische Herzog.

(Fortsetzung.)

Nachdem Albrecht die Steiermark durch die Bestätigung ihrer Rechte und Freiheiten beruhigt hatte, gedachte er das hohe Ziel seines Ehrgeizes, nämlich die deutsche Kaiserkrone zu erringen. In Albrecht war der große Herrschergedanke des Hauses Habsburg viel stärker verkörpert, als in seinem Vater, dem Kaiser Rudolf; kaum unter die Fürsten des Reiches erhoben, strebte er schon darnach, das Haupt desselben zu werden, und hatte den klaren Plan, ein neues Kaisergeschlecht zu gründen, welches, gestützt auf die starke österreichische Hausmacht, eine kräftige Herrschaft führen könnte.

Rudolf hatte sich eifrig bemüht, seinem Sohne die Nachfolge im Reiche zu verschaffen; doch die Kurfürsten zeigten sich nicht willfährig. Schon Rudolf war ihnen ein zu starker Kaiser; desto weniger waren sie dem Herzog Albrecht geneigt, dessen strenger Herrschergeist allgemein bekannt war. Kaiser Rudolf erfuhr die Kränkung, daß ihm auf dem Reichstage zu Frankfurt a. M. (1291) die Reichsfürsten geradezu erklärten, sein Sohn könne nicht gewählt werden, denn man dürfe es nicht zum Gebrauche werden lassen, daß auf dem deutschen Throne der Sohn dem Vater nachfolge, weil dadurch die deutsche Freiheit gefährdet werden würde.

Albrecht gab aber deshalb die Hoffnung nicht auf. Nach des Kaisers Tode ließ er durch geheime Unterhändler für sich wirken, sparte nicht glänzende Versprechungen und brachte es dahin, daß der Pfalzgraf Ludwig bei Rhein sich durch eine eigene Urkunde verpflichtete, alle seine Kräfte aufzubieten, um die Kurfürsten zur Wahl des Herzogs von Oesterreich zu bewegen. Ja noch mehr; als der Wahltag herannahete, schickte der Kurfürst Gebhard von Mainz, der sich bei Leb-

zeiten Rudolfs ganz entschieden gegen die Wahl Albrechts erklärt hatte, nun an diesen einen Hilboten mit der Aufforderung, an den Rhein zu kommen, denn die deutsche Krone könnte ihm nicht entgehen.

Diese frohe Nachricht erhielt Albrecht in Friesach, als er eben durch Befriedigung der Steirer seine Herrschaft befestigt hatte. Zu dem Hoftage in Friesach waren auch viele Edle aus Ober- und Unterösterreich gekommen, und diese lud der Herzog nun ein, ihn auf der Kaiserfahrt zu begleiten. Darauf schlug er in Friesach fünfzig edle Jünglinge zu Rittern, die ihm auf dem Zuge als prächtige Leibwache dienten. Gleich von Friesach brach Albrecht nach dem Rhein auf und zog mit großem Prunke nach Hagenau, um daselbst das Resultat der in Frankfurt stattfindenden Wahl abzuwarten.

Doch seine Hoffnung wurde bitter getäuscht. Die Kurfürsten wollten von dem mächtigen und strengen Herzog von Oesterreich nichts wissen, gegen den sich besonders heftig der böhmische König Wenzel erklärte. Aber auch der Pfalzgraf Ludwig fiel von ihm ab, und der Kurfürst Gebhard von Mainz, der ihn doch der Wahl versichert hatte, wirkte nicht für, sondern gegen ihn. So geschah es, daß Albrecht, der sich auf seinem Zuge schon als Kaiser hatte begrüßen lassen, gar keine Stimme erhielt. Am 5. Mai 1292 verkündete Erzbischof Gebhard von Mainz in der Dominikanerkirche zu Frankfurt den Grafen Adolf von Nassau als einstimmig erwählten römischen König. So hatten die Kurfürsten wieder einen armen unmächtigen Grafen auf den deutschen Thron gesetzt, in der Hoffnung, daß derselbe nicht so wie der Graf von Habsburg ein strenges Regiment führen würde.

Albrecht empfand die persönliche Zurücksetzung und die Abneigung, welche die Kurfürsten gegen sein Haus bewiesen, mit bitterer Kränkung und tiefem Groll; aber er ahmte nicht das Beispiel Ottobars nach, obwohl es ihm ein leichtes gewesen wäre, dem machtlosen Grafen von Nassau die Krone streitig zu machen. Er getröstete sich mit der Zukunft, lieferte dem neugewählten Kaiser die Reichsinsignien aus, die ihm sein Vater in Verwahrung gegeben hatte, und empfing von Adolf zu Oppenheim die Belehnung mit den österreichischen Ländern.

Hierauf sammelte Albrecht in Schwaben die Vasallen seines Hauses und zog gegen den Bischof von Konstanz und die Stadt Zürich, welche, während Albrecht mit dem Erzbischof von Salzburg in Fehde war, die habsburgischen Stammgüter überfallen hatten. Dieser Rachekrieg war jedoch von kurzer Dauer; Albrecht begnügte sich, die Ehre seines Hauses gewahrt zu haben. Hierauf verweilte der Herzog bis zum Frühling des Jahres 1293 in den Stammländern seines Hauses und kehrte dann durch die Steiermark nach Wien zurück.

Während seiner Abwesenheit hatten einige steirische Dynasten neuerdings einen Empörungskampf begonnen, wurden aber jetzt unterworfen. Auch der Erzbischof Konrad von Salzburg, welcher dem Herzog von Oesterreich und Steiermark den Salzbau in der Gosau streitig machte und dabei von dem Kaiser Adolf unterstützt wurde, bequeme sich zum Frieden, und so schienen denn endlich für Albrecht und seine Länder friedliche Zeiten zu kommen. Der Herzog, welcher in Graz mit großer Pracht die Vermählung seiner ältesten Tochter Anna mit dem Markgrafen Hermann von Brandenburg feierte, empfing daselbst einen Gesandten des Königs von Frankreich, Philipp des Schönen, mit welchem ein Bündniß verabredet wurde. Da trat ein unheimliches Ereigniß ein, welches verberbliche Folgen hatte.

Wenige Tage, nachdem Albrecht von Graz nach Wien zurückgekehrt war,

faß er (November 1295) an der Tafel und aß Wildpret und Fische. Da befiel ihn plötzlich eine Schwäche, und er schrie: „Schließet die Thüren, daß niemand hinaus kann, es ist Gift auf dem Tische.“ Entsetzen ergriff alle Anwesenden; zwei junge Puchheims aber, welche dem Herzog als Pagen dienten und die Speisen aufgetragen hatten, fielen über dieselben her und stopften, wie Ottokar v. Horned erzählt, aus beiden Schüsseln mit beiden Händen in den Mund, um ihre Unschuld zu beweisen. Da rief der edle Herzog: „Wehe mir! Wer es gut mit mir meint, der halte diese Kinder ab, daß sie nicht so gegen sich wüthen; ich weiß, daß sie unschuldig sind.“ Die beiden Knaben wurden vom Tische entfernt; sie hatten aber von den Speisen genossen, ohne dadurch Schaden zu erleiden. Dadurch ist wol hinlänglich bewiesen, daß kein Gift in den Speisen war, daß den Herzog ein natürliches Unwohlsein befallen hatte. Doch er hielt sich für vergiftet, und dieser Wahn verschlimmerte sein Uebel. Nachdem ihn die Ärzte fruchtlos mit verschiedenen Mixturen gequält hatten, wendeten sie eine wahnsinnig fürchterliche Kur an; sie hingen nämlich den Herzog an den Füßen auf, damit das Gift durch Mund, Nase und Ohren abfließen möchte. Der Kranke verlor unter dieser Behandlung die Besinnung, und man hielt ihn für todt. Er kam jedoch wieder zu sich und genas, aber ein Auge war verloren.

Das Gerücht von dem Tode des Herzogs hatte sich rasch verbreitet und veranlaßte unglückliche Ereignisse. Es war bis nach Salzburg gedrungen, und Erzbischof Konrad ließ sich dadurch zum Friedensbruch verleiten. Seine Söldner brachen in die Gosau ein, zerstörten die herzoglichen Salzwerke und verübten an den Arbeitern und ihren Familien abscheuliche Gewaltthaten. Bald aber erhielt der Erzbischof die Schreckenskunde, daß Herzog Albrecht nicht todt, sondern in der Genesung begriffen sei, und sofort auf die Kunde von der in Gosau verübten Schandthat Befehl gegeben, alle Güter, welche das Erzstift Salzburg in Oesterreich und Steiermark besaß, mit Beschlagnahme zu belegen und Truppen zu sammeln, um den Friedensbruch zu rächen. Nun erschienen Gesandte der Stadt Salzburg in Wien, um Schonung zu erbitten, mußten aber unverrichteter Dinge wieder abziehen. Der Erzbischof aber eilte nach Meissen zu dem Kaiser Adolf, um dessen Beistand gegen den Herzog von Oesterreich zu erlangen.

Während so ein schwerer Krieg bevorstand, brach in Oesterreich selber ein Aufstand der Landherren aus, was beweist, daß es den Habsburgern sehr schwer gewesen ist, ihre Herrschaft in den österreichischen Ländern fest zu begründen. Viele österreichische Edle hatten, wie bereits erzählt, schon mit den aufständischen Wienern und Steirern sympathisirt; jetzt erhoben sie selbständig die Fahne der Empörung. Sie rechtfertigten es mit Gründen, welche zum Theil unwiderlegbar waren. Sie klagten über die Strenge, mit welcher der Herzog gegen die alten Rechte und Gewohnheiten des Landes Selbstherrschaft übte, über die beständigen Kriege, über die oftmalige Verschlechterung der Münze. Die Hauptklage aber war gegen die Schwaben gerichtet, die der Herzog wirklich maßlos begünstigte, ihnen die wichtigsten Ämter verlieh, ihrem Rathe blindlings folgte, sie mit den reichsten Gütern belehnte. Als sich nun das Gerücht von dem Tode Albrechts verbreitete, glaubten die unzufriedenen Landherren den Augenblick gekommen, sich von allen Uebeln zu befreien. Ohne sich zu erkundigen, ob denn der Herzog wirklich todt sei, brachen sie los, indem sie die Burgen der Anhänger Albrechts, besonders der Schwaben überfielen und ihre Ländereien verwüsteten.

Das war geschehen, als bekannt wurde, daß der Herzog nicht gestorben. Diese Nachricht wirkte nicht niedererschlagend auf die Unzufriedenen. Sie waren

schon zu weit gegangen und beschlossen, das begonnene Werk gegen den Herzog selber fortzuführen. Zahlreich versammelten sie sich zu Stoderau, und es erschienen daselbst sogar Herren, welche bis dahin dem Herzog treu ergeben waren, ja in seinem Rathe gesessen; ein Beweis, daß die Unzufriedenheit eine allgemeine und in vieler Beziehung begründet war.

Die Versammlung in Stoderau faßte sofort den kühnen Beschluß, eine Gesandtschaft nach Prag zu schicken, um vom König Wenzel Hilfe zu erlangen. Heinrich von Liechtenstein und Herr Hadenberger gingen sofort nach Böhmen ab. Darauf sandte die Versammlung eine Deputation, bestehend aus Leutold von Chuenringen, Albrecht von Puchheim, Hadamar von Stubenberg und Konrad von Summerrau, nach Wien, um den Herzog zu bitten, er möge das Land nach den alten Rechten und Gewohnheiten regieren, widrigenfalls ihm die Landstände fürder nicht mehr dienen würden. Albrecht hörte diese Botschaft gegen seine frühere Gewohnheit mit großer Ruhe an und erklärte in freundlichem Tone, daß er geneigt sei, jede billige Bitte zu gewähren; man solle ihm daher, die Punkte, welche man verlange, bestimmt vorlegen, er werde dieselben mit seinen Rätthen in Erwägung ziehen.

Diese milde Antwort steigerte den Muth der Landherren. Sie beriefen nun von Stoderau aus einen förmlichen Landtag nach Triesensee bei Tulln, um dort die Antwort aus Böhmen zu vernehmen, und dann zu berathen, mit welchen Postulaten man vor den Herzog treten sollte.

Die Antwort aus Böhmen lautete günstig. König Wenzel versprach Hilfe und versicherte zugleich, daß der Kaiser damit einverstanden sei, ja selber gegen den Herzog von Oesterreich auftreten würde. Durch solche Zusage fühlten sich die Landherren ermuthigt, viele und strenge Forderungen zu stellen. Sie schickten durch dieselbe Deputation dem Herzog eine sehr umfangreiche Beschwerdebuch, so daß der Chronist Horned sagt, es wären so viele Beschwerden gewesen, daß er sie nicht alle aufzählen könnte. Die zwei Hauptpostulate aber waren, daß der Herzog künftig ohne Zustimmung der Stände kein Geld ins Ausland senden und daß er alle Schwaben aus dem Lande entfernen sollte.

Albrecht hielt Rath mit seinen schwäbischen Vertrauten, und diese waren treu und edel genug, den Herzog nicht um ihre willkürlichen Gefährden zu wollen; sie baten ihn daher, er möge sie entlassen, da er ihnen ja auf seinen andern Besitzungen Aemter verleihen könnte. Albrecht ging mit Widerwillen darauf ein, doch er erwog die Gefahr, in die er gerathen würde, wenn er im eigenen Lande einen Aufstand bekämpfen müßte, während er von Salzburg, von Böhmen und vom Kaiser mit Krieg bedroht war. Nachdem er daher am nächstfolgenden Tage mit großer Andacht die Messe gehört hatte, ließ er die ständische Deputation vor sich kommen und erklärte, daß er alle Forderungen bewilligen, auch die schwäbischen Edlen aus dem Lande weisen wolle, nur nicht den Marschall Hermann von Landenberg und die Gebrüder Eberhard, Heinrich und Ulrich von Walsee; „diese möge man ruhig bei ihren Frauen wohnen lassen.“ Doch gerade diese vier Herren, welche die allmächtigen Rätthe des Herzogs und von ihm mit Reichthümern überschüttet waren, wurden von den Landherren am heftigsten gehaßt. Als daher die Antwort des Herzogs nach Triesensee gelangte, schickten die Stände sofort an Albrecht die Botschaft, „daß sie sich lieber hundert andere Schwaben gefallen lassen wollten, als diese vier.“ Da endete die Geduld des Herzogs. Heftig erzürnt darüber, daß man ihm, während er alles andere bewilligte, seine besten Freunde rauben wollte, gab er der Botschaft folgenden Bescheid:

„Saget denen, die Euch gesandt haben, dieses Land sei mein, darin ich Herr sein will mit Gottes Hilfe und mir und meinen Kindern durch Gewalt und Hochfahrt kein Joch aufbürden lasse. Was mit Demuth erbeten wird, gewährt ich gern. Abzwingen lasse ich mir nichts, so wahr ich Albrecht heiße; nicht den geringsten Rückenjungen entließe ich auf diese Art. Vom heutigen Tage an widersage ich ihnen; man wird sehen, wer das Feld räumt. Hiermit genug der Rede.“

Sofort sandte nun Albrecht Eilboten nach Franken, Schwaben und an den Rhein, um die dortigen Vasallen und Freunde zur Hilfe aufzurufen. Es setzte sich auch unverzüglich ein ansehnliches Heer in Marsch nach Oesterreich. Auf die Kunde davon, schickten die aufständischen Landherren Eilboten nach Prag, um den König von Böhmen aufzufordern, die versprochene Hilfe zu leisten. Doch Wenzel gab eine abschlägige Antwort, denn seine Gattinutta, Albrechts Schwester, hatte ihn zu dessen Gunsten umgestimmt. Nun wendeten sich die Landherren an die Wiener mit der Aufforderung, mit ihnen gegen den Herzog gemeinsame Sache zu machen; aber die Wiener erinnerten die Herren daran, daß sie die Stadt im Stich gelassen, ihr nicht die geringste Hilfe geleistet, und sie versicherten, daß sie nun „mit dem Herzog in den Tod reiten wollten.“ Albrecht erneuerte dafür die Privilegien Wiens und zog darauf mit einer erlesenen Schar aus der Stadt, um über die Donau zu gehen und die Aufständischen am linken Ufer des Stromes zu bändigen, während die aus dem Reich kommenden Hilfstruppen am rechten Ufer vordringen sollten.

Ohne Hilfe von außen und ohne Halt im Innern, brach nun der Aufstand in sich selbst zusammen. Die meisten Theilnehmer wandten sich an die Herzogin Elisabeth und erlangten durch ihre Fürbitte Verzeihung. Bald war das ganze Land am rechten Donauufer beruhigt, und die Edlen folgten dem Herzog auf das linke Ufer, um die dortigen Auführer bezwingen zu helfen. Doch auch hier gewährte Albrecht den Reuigen volle Verzeihung. Nur der mächtige Leutold von Chuenringen wollte sich nicht unterwerfen. Er eilte persönlich nach Prag, um Hilfe zu erlangen; wurde jedoch abgewiesen. Mittlerweile waren bereits zwei seiner Burgen den Waffen des Herzogs erlegen; da eilte er heim und unterwarf sich. Albrecht reichte ihm die Hand und sagte: „Leutold, ich will dir so hold sein, wie je zuvor.“ Nur der einzige Konrad von Summerau blieb hartnäckig und kündigte dem Herzog Fehde bis zum Tode an. Doch das war eine ohnmächtige Drohung. Albrecht begnügte sich damit, den Trotzigen aller seiner Lehen verlustig zu erklären, und ließ ihn persönlich unbehelligt zum Kaiser Adolf fliehen.

So hatte Albrecht durch Standhaftigkeit und Milde eine große Gefahr beschworen und seine Herrschaft in dem Stammlande der Monarchie dauernd befestigt. Bald darauf, im Jahre 1297 schloß der Herzog eine wichtige Familienverbindung, er verheiratete nämlich seine Tochter Agnes mit Andreas III. von Ungarn. Die Hochzeit wurde zu Wien mit außerordentlicher Pracht gefeiert, und Albrecht konnte nun bei der Verfolgung der großen Zwecke, mit denen sich sein rastloser Ehrgeiz beschäftigte, auf die Freundschaft Ungarns rechnen.

(Fortsetzung folgt.)

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schafella.
Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Tabakstraße.

Administration: Tabakstraße Nr. 55. ☛

Druck von R. v. Waldheim

Die Reform.

No. 5.

Wien, den 3. Februar 1870.

IX. Jahrgang.

Neu-Oesterreich und Alt-Tirol.

Es ist ein böser Dämon, der in Neu-Oesterreich unablässig dazu aufreizt, Alt-Tirol in der Eigenthümlichkeit der Mehrheit seiner Bewohner zu verlegen. Es ist in gefährlichster Weise ominös, daß Alt-Tirol in Opposition gegen Neu-Oesterreich steht. Es ist die Verblendung der Hoffahrt und des Uebermuthes, daß die Notabilitäten der neuesten Aera ihr Selbstenthum darin suchen, diese gloriose neue Zeit vor dem standalsüchtigen in- und ausländischen Publikum dadurch zu vertreten, daß sie die heiligsten Gefühle der Tiroler mit Füßen treten.

Sie glauben sich damit entschuldigen zu können, daß sie ja nur gegen die „klerikalen, ultramontanen, verfinsterten und verdummtten“ Tiroler wütheten, den aufgeklärten, liberalen, verfassungstreuen dagegen die Freundeshand reichten, den Bruderkuß gäben. Doch das, was die in Wien terroristisch herrschende Partei Finsterniß und Verdummung nennt, ist für die Mehrheit des tirolischen Volkes eben religiöses Licht und Leben, ist die angestammte, durch die Jahrhunderte entwickelte und erhaltene Eigenthümlichkeit des tirolischen Geistes und Herzens. Die liberalen Terroristen sündigen also gegen die Natur des tirolischen Volkes. Wir wissen, daß es aufgeklärte Tiroler gibt, welche der strenggläubig katholischen Richtung der Mehrheit ihres Volkes nicht folgen; wir sind jedoch überzeugt, daß unter diesen aufgeklärten Tirolern alle diejenigen, welche noch nicht gänzlich in religiöser, politischer und nationaler Beziehung dem nihilistischen Liberalismus verfallen sind, sich eben als Tiroler ebenfalls verletzt fühlen durch, empört sind über die maßlosen Verhöhnungen und Beschimpfungen Tirols, welche in den liberalen Blättern und leider sogar im Reichsrathe förmlich zur Mode geworden sind.

Die liberalen Terroristen wollen ihr Verfahren damit rechtfertigen, daß sie auf der Höhe der Zeitbildung stünden und daher gegen die Unbildung kämpfen müßten. Aber ist es wahre Bildung, wenn man Andersdenkende und Andersgläubige mit Spott und Schimpf überhäuft, sie mit Gewaltmaßregeln nicht nur bedroht, sondern ihnen wirklich physische Gewalt anthut, um ihren Geist zu bekehren? Kann man wahre Aufklärung und Bildung durch Verhöhnung, Beschimpfung und brutale Gewalt verbreiten?

Die terroristischen Liberalen verdammten mit Recht die religiöse Unbulsamkeit früherer Zeit; aber wer ist intoleranter als sie selber! Lavater sprach

einst von einer „*Heulerartigen Frömmigkeit*“ und verstand darunter die „*immer verfolgende, folternde, jede individuelle Lebensrichtung verdamnende, immer mit dem Schwerte der bittersten Scharfrichterei dreinschlagende Frömmigkeit.*“ Alle diese Bezeichnungen kann man jetzt mit vollem Rechte auf den bei uns herrschenden Liberalismus anwenden. Die Liberalen haben über die Unbulsamkeit der früheren Zeiten geseigt, ahmen dieselbe aber jetzt nach. Verfolgen sie nicht beständig alle Andersdenkenden, foltern sie dieselben nicht durch öffentliche Verpottung, Beschimpfung und Verächtigung, verdammen sie nicht jede individuelle Lebensrichtung, belauern sie nicht nach Art der schlimmsten Inquisitoren jeden Gedanken, jedes Wort der Andersdenkenden, schicken sie nicht ihre Spione sogar in die Gotteshäuser, um die Prediger zu denuncziren, verlegen sie für ihre Zwecke nicht sogar das Briefsgeheimniß, rufen sie nicht beständig die Staatsgewalt auf, mit dem Schwerte der bittersten Gerichtsbarkeit dreinzuschlagen!

Und dabei deklamiren sie von Freiheit, brüsten sich als Schöpfer und Spender, als Wächter und Kämpfer derselben. Aber dort besteht keine Freiheit, wo eine Partei herrscht und von allen andern unterwürfigen Gehorsam fordert, es herrscht nicht Freiheit, sondern Despotismus und Knechtschaft, wo eine terroristische Partei das, was sie denkt und fühlt, glaubt und für sich als gut erkennt, allen andern als Lebensgesetz aufzwingen will.

Alles das verübt Neu-Öesterreich an Alt-Tirol, und dadurch werden große Gefahren heraufbeschworen. Man hüte sich, mit den Gefinnungen und Gefühlen des Tiroler Volkes ein vermessenenes Spiel zu spielen. Es ist aber in der That Vermessenheit, zu dekretiren und es mit Zwang durchsetzen zu wollen, daß die Tiroler in ihrem Denken und Fühlen, in ihrem Glauben und Hoffen, in ihrem Familien- und öffentlichen Leben gerade so sein müßten, wie die jetzt in Wien herrschende Partei und ihr Anhang. Die Stimmung des Volkes von Tirol ist schon längst eine tief aufgeregte. Wenn der Statthalter Freiherr v. Vasser Augen und Ohren hatte, um zu sehen und zu hören, und wenn er aufrichtig ist, so mußte er Berichte machen, durch die sich das Ministerium zur Fortsetzung der bisherigen Politik unmöglich aufgemuntert fühlen kann, sondern davon zurückgeschreckt werden muß. Baron Vasser mußte bekennen, daß ihm seine Mission gänzlich mißlungen ist.

Daß nun die Art und Weise, wie die deutschtirolischen Delegirten gezwungen worden sind, den Reichsrath zu verlassen, die Stimmung Tirols gewiß nicht besänftigen kann, sondern die äußerst entgegengesetzte Wirkung machen muß, darüber wird sich die Regierung wol keine Täuschung machen, und noch weniger dürfte Herr v. Vasser sich zutrauen, durch seine Persönlichkeit jenen aufreizenden Eindruck zu paralyisiren. Die officiösen Journale haben allerdings sich und ihr Publikum über den Austritt der sechs Deutschtiroler damit getröstet, daß dieselben nicht das ganze Tirol vertreten, indem ja der Augenschein zeige, daß drei Wälschtiroler im Reichsrathe geblieben sind; wir können jedoch nicht glauben,

daß das Ministerium selber sich durch diesen Trost beruhigt fühlen könnte. Die Stimmung Wälschtirols kann dem Ministerium unmöglich unbekannt sein, und ganz besonders muß es wissen, daß die Herren Leonarbi, Prato und Degara gewiß und wahrhaftig nicht die Gesinnung und die Tendenzen der Wälschtiroler repräsentiren. Es wäre die unglaublichste Wahnpolitik, wenn Herr Dr. Giskra sich zu dem Experiment verleiten ließe, mit Wälschtirol gegen Deutschtirol operiren zu wollen.

Ober glauben etwa die Minister und Herr von Lasser, daß durch die Heldenthat, welche Baron Tinti, während er als Ministerlandbidat figurirte, gegen die Herren Greuter, Jäger und Giovanelli verübte, das Volk von Tirol eingeschüchtert worden sei, oder etwa durch die Auflösung des Landtages eingeschüchtert werden würde? Das wäre eine arge Täuschung. Baron Lasser hat schon eine schlimme Täuschung erlebt, als seine Organe den Schreckschuß losbrannten, Tirol könnte zur Strafe für den Landtagsbeschluß in Betreff der Landesvertheidigung künftig doppelt so viele Kaiserjäger stellen müssen. Unser hochgeehrter Autonomist aus dem Unterinntale hat die Wirkung jenes vermeintlichen Schreckschusses treffend gezeichnet, und die Ereignisse bestätigen seine Schilderung. Der konstitutionelle Verein von Innsbruck hat mit seiner demuthsvollen Petition an das Ministerium bei dem Volke von Tirol ganz entschieden Fiasco gemacht; während er durch seine Filialen für seine Gespensterfurcht verrathende Petition nur einige und dreißig Beitrittserklärungen zu Stande brachte, haben gegenwärtig bereits nahe an zweihundertundsechzig Gemeinden ihre Zustimmung zu dem Landtagsbeschlusse kundgegeben.

Wir wissen nicht, ob Freiherr v. Lasser noch Lust hat, auf seinen Posten in Innsbruck zurückzukehren. Wenn er aber zurückkehrt, um die Auflösung des Landtages zu vollziehen und die neuen Wahlen zu dirigiren, so wird er schlimme Erfahrungen machen.

Oesterreich aber macht durch die gegen Tirol geübte Politik der neuen sogenannten freien Aera eine Erfahrung, welche jeden aufrichtigen Oesterreicher mit tiefer Trauer und schweren Besorgnissen erfüllen muß. Tirol war und ist mit allen seinen Eigenthümlichkeiten ein von aller Welt hochgeschätztes und geliebtes Land, es war in den gefährvollsten Zeiten eine feste Burg für das alte und auch schon für das neue Oesterreich. Unter den vielen gefährlichen und verwerflichen Aktionen des allerneuesten Oesterreichs ist es eine der allergefährlichsten, daß man die festen Mauern dieser altehrwürdigen Trenburg mit den Sturmböcken eines herrschsüchtigen Liberalismus nach der Schablone zertrümmern will, um ebenen Boden für den charakterlosen Nihilismus zu machen.

Glossen zur Adreßdebatte.

II.

Das Abgeordnetenhaus.

(Fortsetzung und Schluß.)

Wir hoffen die Billigung unserer Leser, daß wir die Glossen zur Adreßdebatte bis zum Schlusse derselben fortsetzen, obwohl wir damit spät kommen müssen. Es sind jedoch Reden gehalten worden, welche zu wichtigen Bemerkungen geradezu herausfordern, und es ist neben den vielen Worten auch zu einer sehr ernststen und ohne Zweifel folgenreichen That gekommen.

Das Resultat der langen Debatte war, daß der von Baron Tinti verfaßte Adreßentwurf ganz unverändert angenommen wurde. Somit richtet die Verfassungspartei eine Adresse an Seine Majestät den Kaiser, die in direktem Widerspruche mit der Thronrede steht. Wir haben das schon früher nachgewiesen und wiederholen hier nur den wesentlichen, entscheidenden Hauptsatz. Die Thronrede stellte es als die dringende Aufgabe des Reichsrathes auf, der Verfassung die allgemeine Anerkennung zu erwerben, d. h. also für eine Ausgleichsaktion die Initiative zu ergreifen; die Adresse des Abgeordnetenhauses spricht dagegen bloß die Geneigtheit zur Versöhnung aus, lehnt aber jede eigene Initiative des Reichsrathes ab und verspricht bloß, an das Haus gelangende Wünsche und Vorschläge gnädig in Erwägung ziehen zu wollen. — Nach dieser allgemeinen Bemerkung gehen wir zur Glossirung der einzelnen Reden über.

Der Abgeordnete Cerne sprach mit sehr kräftigen Worten und Gründen für die Minorität. Er machte die Deutschösterreicher darauf aufmerksam, daß sie sich mit der jetzigen Verfassung im Widerspruch befinden nicht nur mit allen nichtdeutschen Nationalitäten Oesterreichs, sondern auch mit dem deutschen Volke draußen und mit der großen nationalen Idee unserer Zeit. Eine traurige, aber unleugbare Wahrheit sprach Cerne mit den Worten aus: „Wenn ein Staat sich zur herrschenden Zeitidee in Gegensatz stellt, so wird er nur noch ein Theilungsobjekt für die Großmächte sein und eine Rolle spielen, wie die Türken. Und das ist in Folge der jetzigen Verfassung mit Oesterreich der Fall.“ Es erschollen da im Hause viele „Hört! Hört!“ Ja wol, möge man die ernste Mahnung nur recht gut gehört haben.

Die Rede des Dr. Rechbauer zeigte diesen wackern Mann in einer merkwürdigen Doppelgestalt. Durch seine Biederkeit, durch sein Rechtsgefühl ist er gedrängt, mit der Minorität doch einigermaßen zu sympathisiren, er erkennt die Nothwendigkeit der Verständigung mit den politischen Gegnern, er bekennt, daß er niemals zur Vergewaltigung irgend einer Nationalität die Hand bieten

werde, er ist auch in Bezug auf die Autonomie zu Konzessionen geneigt und deshalb hatte er ursprünglich die löbliche Absicht, die Adresse im Sinne der Minorität zu amendiren. Aber der ministerielle Doktrinarismus hat ihn herumgekrüppelt, so daß er für die Majoritätsadresse in Haufsch und Bogen stimmt. Er thut das, „weil er es Angesichts der großen allgemeinen Frage für gerathen hält, die kleinen Differenzen fahren zu lassen und für die Gesamtheit der Adresse zu stimmen.“ Aber die Majoritätsadresse ist ja eben in einem Geiste verfaßt, als ob es sich nur um kleine Differenzen handelte, und deshalb wird durch diese Adresse der großen allgemeinen Frage gar nicht genügt, sondern nur geschadet. Gerade angesichts der großen allgemeinen Frage muß man die Majoritätsadresse verwerfen. Rechbauer aber hofft, die große allgemeine Frage durch ein Nationalitätengesetz und durch die Wahlreform lösen zu können. Das ist eine eitle Hoffnung. Ein Nationalitätengesetz wird für Böhmen, Mähren und Schlesien, für Galizien und die Bukowina, für Steiermark, Kärnten, Tirol u. s. w. nothwendig werden; aber die große allgemeine nationale und staatsrechtliche Opposition kann durch ein allgemeines Nationalitätengesetz nicht befriedigt werden, und ohne diese Befriedigung wird kein aus der direkten Wahl der Völker hervorgehendes Volkshaus zu Stande kommen, wird überhaupt die Wahlreform die große allgemeine Frage nicht lösen, sondern nur noch mehr verwirren. Dr. Rechbauer ist Autonomist; aber die Art und das Maß von Autonomie, wonach Rechbauer und Genossen sich Autonomisten nennen, genügt eben den Völkern Oesterreichs nicht. Auch Rechbauer glaubte, gegen jene Unterhandlungen deklamiren zu müssen, „welche hinter dem Rücken der Regierung mit Männern gepflogen werden, welche außerhalb des Gesetzes stehen, mit Männern, die freien Zutritt zu den höchsten Kreisen haben;“ und da meint Rechbauer, die Minister hätten erklären sollen: „Solche Einflüsse müssen aufhören, sonst gehen wir!“ Nun, wenn es zum Wesen der bestehenden Verfassung gehört, daß weder der Reichskanzler persönlich, noch irgend ein Beamter der Reichskanzlei mit irgend einem Oppositionsmanne sprechen dürfen, so haben wir nichts dagegen. Doch was soll denn der Ausdruck bedeuten, daß diese gewissen Männer „außerhalb des Gesetzes“ stünden? Will Dr. Rechbauer die Führer der Opposition etwa für vogelfrei erklären? Hinter diesen Führern stehen aber ganze Völker, steht die Majorität der Gesamtbevölkerung. Steht man denn außerhalb eines Gesetzes, wenn man es nicht als zweckmäßig, gerecht und freisinnig anerkennt? Leider nicht, denn man muß die Lasten ertragen, welche ein solches Gesetz auferlegt. So geht es auch den oppositionellen Völkern Oesterreichs. Von den Einflüssen, welche dadurch geübt würden, daß gewisse Männer freien Zutritt in die höchsten Kreise haben, hätte Rechbauer anständigerweise schweigen sollen. Faßt er denn etwa die konstitutionelle Monarchie so auf, daß ein konstitutioneller Monarch durchaus nur mit Anhängern des Ministeriums, und niemals mit einem Oppositionsmanne sprechen dürfte, oder daß er überhaupt jedesmal die Minister fragen müßte, ob

sie ihm erlauben, diesen oder jenen Mann zu empfangen und mit ihm über Politik zu sprechen?! Gemäß einer solchen Auffassung müßte ein Paragraph der Verfassung lauten: „Der Monarch muß immer und überall, Tag und Nacht einen Minister bei sich haben.“

Nachdem Dr. Loman in scharfer Weise gegen den Doktrinarismus Reichbauers polemisiert, die Widersprüche und Inkonsistenz der Majorität nachgewiesen und ihr mit vollem Rechte vorgeworfen hatte, daß sie bei allen ihren Freiheitsdeklamationen doch in Uebereinstimmung mit Ekene die Verfassungsfrage lebiglich als Machtfrage betrachtet, hielt der Abgeordnete Wolfrum eine Rede, in welcher zum tausendstenmal dargethan wurde, daß vorzugeweise der Deutschböhmen wegen an der Verfassung nichts geändert werden dürfte. Dabei wurde wieder in sehr charakteristischer Weise auf Preußen hingewiesen. Das ist eine traurige Geschichte!

Baron Petrino hat eine meisterhafte Oppositionsrede gehalten. Schade, daß er so spät zum Worte gelangt ist. Aber freilich, eine praktische Wirkung auf die Majorität hätte seine Rede in keinem Falle gehabt. Da ist alles umsonst. Viele Mitglieder der Majorität wissen, daß dieselbe unrecht hat, uns selber hat gar mancher verfassungstreue Deputirte zugestanden, daß wir recht haben; aber es ist eben für die Herrscher sehr schwer, einen Irrthum zu bekennen und von demselben zu lassen. Petrino wies zuerst mit gerechter Entrüstung die Beschimpfungen zurück, welche Schindler gegen die Nationalitäten geschleudert. Dabei wurde er vom Vicepräsidenten v. Hopfen unterbrochen und wies mit Recht darauf hin, daß Schindler in seiner die Völker beleidigenden Rede nicht unterbrochen worden ist. Petrino kritisirte die herrschende Politik in wahrhaft vernichtender Weise. Er hielt den Ministern und der Majorität den Spiegel zur Selbsterkenntniß vor. Mit scharf treffendem Sarkasmus hob er hervor, daß die Majorität über den wichtigsten Inhalt des Memorandums der Drei, nämlich über die vorgeschlagene Auflösung des Reichsrathes schweigend hinweggegangen. Da gab Petrino seinen Herren Kollegen von der sogenannten Linken die ernste Lehre: „Das rechte Mittel, eine parlamentarisch unheilbare Situation zu lösen, ist die Auflösung des Hauses, der Appell an die Wähler. Die Völker sollen sprechen in dem Streite, in welchem wir uns nicht einigen können.“ Die Rechte nahm dieses Postulat des wahren Liberalismus und Konstitutionalismus mit Beifall auf; die liberale Linke aber schwieg! Doch sie schwieg wenigstens, und wir wollen annehmen, daß sie durch dieses Schweigen ihre Zustimmung zu erkennen gegeben hat — wenigstens im Prinzip. In klarster Weise wies Petrino nach, daß in Oesterreich eine wahrhaft konstitutionelle parlamentarische Regierung und eine konstitutionell berechnete Parlamentsmajorität nur aus einem Kompromiß nationaler Minoritäten hervorgehen kann, und dabei sprach er das treffende Urtheil: „Von dem Momente, als die Majorität des Hauses die Machtfrage zu einer nationalen gemacht hat, hat sie den Konstitutionalismus

verlassen.“ Baron Petring schloß seine ausgezeichnete Rede mit den gewichtigen Worten: „Ich glaube, unter der gegenwärtigen Situation wird die jetzige Regierung, je länger sie im Amte bleibt, nur umso glänzender den Beweis führen, daß jener Ausdruck Schmerlings eine Wahrheit ist, nämlich daß sie regierungsunfähig ist.“

Der Abgeordnete Hofrath Dr. Klun hätte als Slovenc und in der Erinnerung an die Art und Weise, wie er als Kandidat des krainerischen Landtages aufgetreten ist, ja damals sogar eine Zeit lang die Rolle eines Märtyrers der nationalen Opposition gespielt hat, es unterlassen sollen, in der Adreßdebatte gerade gegen die Slovenen zu sprechen. Herr Dr. Klun hat Gegenstände genug, über welche er als Fachmann sprechen kann; in dem nationalen und staatsrechtlichen Verfassungstreite aber sollte er sich Schweigen anferlegen. Den Vortrag, welchen Herr Dr. Klun zur Belehrung der Föderalisten über die Schweiz hielt, müssen wir in einem eigenen Artikel besprechen.

Der polnische Abgeordnete Czerkawski sprach so gründlich, loyal und eindringlich, ja herzlich, daß durch seine Rede allein die Majorität hätte umgestimmt werden müssen, wenn es überhaupt möglich wäre, den doktrinären Eigensinn, die rabulistische Konsequenzmacherei zu praktischen Einsichten zu bekehren und die hochmüthige Herrschaft den Forderungen der Gerechtigkeit und Freiheit weichen zu machen. Der Redner schilderte die Eigenthümlichkeit und Aufgabe Oesterreichs mit einer Erkenntniß und Loyalität, die im Munde eines Polen wahrhaft bewunderungswürdig sind und dankbare Anerkennung verdienen; aber er klagte auch mit tief treffenden Worten darüber, daß die Majoritätsadresse die Hoffnungen der treuen Völker niederschlägt, den Kampf proklamirt, und daß die Majoritätsredner die Gefühle der Völker und namentlich auch der Polen tief verletzten. Mit gerechter Entrüstung brandmarkte Czerkawski es, daß man sich nicht entschödet, im österreichischen Parlamente die Theilung Polens rechtfertigen zu wollen. Es ist abzuwarten, ob die Polen den Gefühlen, welche ihre Redner ausgesprochen haben, gemäß handeln werden. Czerkawski schloß mit den ernstesten Worten: „Oesterreich braucht Kraft und Stärke zum Kampfe, kann sie aber nur in der nationalen Begeisterung finden. Der jetzt eingeschlagene Weg führt auch zu einem Kampfe, aber zum Racenkampfe.“

Nachdem Dr. Dienstl in dankenswerther Kürze sein verfassungstreues Gewissen durch die Erklärung befriedigt hatte, daß er für die Majoritätsadresse stimme, weil diese Abstimmung das Verdikt über die Verfassung, das eigene Werk des Reichsrathes sei, hielt Dr. Figuly eine Rede, die obwol für die Majoritätsadresse stimmend, doch einen wahrhaft versöhnlichen Charakter hatte. Mit Befriedigung bemerkt man, daß Figuly, von echtem Freiheitsgeföhle beseelt, die Pflicht erkennt, allen Völkern gerecht zu werden. Daß er sich der Meinung hingibt, diese Pflicht könne und werde nach den in der Majoritätsadresse enthaltenen Worten und Normen durch den jetzigen Reichsrath und durch die Wahlreform

erfüllt werden, ist freilich ein Irrthum. Aus den Worten der Rede Figuly's geht unverkennbar hervor, daß dieser Mann in seinem Innersten etwas ganz anderes will, als die Majorität, deutlicher gesagt, daß er eigentlich mit dem Memorandum der Ministerminorität übereinstimmt. In gleicher Lage befinden sich noch mehrere Mitglieder der Majorität, aber sie gehen eben mit, weil sie nun einmal dabei sind und weil sie es scheuen, in der „Neuen freien Presse“ beschimpft zu werden.

Der Abgeordnete Dr. Gustav Groß (Reichenberg) hat eine Rede gehalten, die ihn würdig macht, in ein Ministerium der Energie aufgenommen zu werden. Verhöhnung der Czechen, Polen, Slovenen und Tiroler, Entstellung der Geschichte das sind die Argumente dieses hoffnungreichen deutschböhmisches Abgeordneten, und das Universalmittel, welches er zur Beglückung Oesterreichs vorschlägt, ist Gewalt. Er entblödete sich nicht, das Beispiel anzuführen, daß in einem böhmischen Bezirke seit zwei Jahren die Steuern sehr sparsam einfloßen, woran natürlich bloß die nationale Opposition schuld war; auf die bloße Nachricht aber, daß Exekutionsmannschaft im Anmarsch sei, ist dann binnen fünf Tagen mehr Steuer eingegangen, als die ganzen zwei Jahre vorher. Der verfassungstreue Herr Dr. Gustav Groß machte das Ministerium auch aufmerksam, daß unter dem „Strahle der Pressfreiheit mehr Unkraut unter den Weizen gekommen sei, als der Besteller des Aekers gewünscht haben mag.“ Die Konsequenzen dieser Anführungen des Herrn Dr. Gustav Groß sind offenbar Aufhebung der Pressjuris, militärische Exekutionen, Belagerungszustand. Wir wollen es für unmöglich halten, daß dieser verfassungstreue Terrorist im Sinne der Mehrheit der Deutschböhmen gesprochen habe.

Was sollen wir von der Schlußrede des Berichterstatters Baron Tinti sagen? Das schmeichelhafteste, was wir ihm zurufen können, ist: „Si tacuisses, philosophus mansisses.“ Und er hätte wahrlich schweigen können. Es waren so viele und so lange Reden gehalten worden, die beiden Parteien hatten mit solcher Gründlichkeit und Ausführlichkeit alles gesagt, was nur gesagt werden konnte, der Sieg der Majoritätsadresse war so sicher gestellt, und es war so evident unmöglich, auch durch die glänzendste Rede auch nur einen einzigen Mann der Minorität zu bekehren, daß Baron Tinti sich füglich darauf hätte beschränken können, eben nur diese Thatsachen zu konstatiren. Aber er wollte eine Rede halten, er wollte sich besonders in einer jetzt in Wien vorherrschenden Richtung als sehr liberal zeigen und so sprach er denn mit großer Selbstgefälligkeit eine Stunde lang und brachte es wirklich dahin, die Minorität zu schwächen, aber nur dadurch, daß er sechs Mitglieder derselben aus dem Hause vertrieb. Man sollte glauben, daß es nach den vom Reichsrathe selber verkündeten Prinzipien eigentlich eine dringende Aufgabe für ihn wäre, Außenstehende in das Haus vor dem Schottenthore hineinzuziehen, oder doch die darin Befindlichen, aber sich längst nicht mehr wohlbefindenden freundlich festzuhalten; doch siehe da, Baron Tinti kennt die

Interessen und Aufgaben des Reichsrathes besser, er hat mit einer Energie, die man ihm gar nicht zugetraut hätte, den Tirolern die Thür gewiesen. Man möchte freilich sagen, den Tirolern sei recht geschehen, weil sie schon längst freiwillig aus dem Hause hätten austreten sollen, in welchem sie bei jedem Anlaß in ganz unerhörter Weise Gegenstand der Verspottung waren. Baron Tinti aber hat einen Meisterstreich gemacht, der seinen Namen, wenn nicht in der ganzen Welt, so gewiß in Tirol verewigen wird. Es ist schade, daß er nicht auch die Polen und Slovenen derart angebonnert hat. Er hätte dieselben jedenfalls etwa in folgender Weise apostrophiren können: „Was sitzt Ihr denn noch da, wenn Ihr immer etwas anderes wollet, als wir? Eines Sitzes in diesem Hause sind nur Diejenigen würdig, welche sich von uns leiten lassen und alles mit Dank empfangen, was wir ihnen großmüthig gewähren.“ Im englischen Parlamente gibt es einen sogenannten Eintreiber; Baron Tinti aber hat fortan Anspruch auf den Titel Reichsrathsaustreiber. Doch weiß Gott, er würde verdienstlich wirken, wenn er so Viele austriebe, daß nur seine eigene Partei übrig bliebe! Bevor Baron Tinti sein Heldenstück gegen die Tiroler verübte, hielt er eine ziemlich lange und sehr salbungsvolle Rede, aus welcher jedoch nur Eine Stelle hervorgeht zu werden verdient. Der Redner forderte nämlich die Vertreter der Nationalitäten auf, „bei ihren Stammesgenossen dahin zu wirken, daß dieselben mehr die Menschenwürde als die Nationalität bekennen möchten, dann würden sie auch leichter Oesterreicher werden.“ Darin liegt erstlich für die sämmtlichen nicht-deutschen Nationalitäten der Vorwurf, daß sie bisher mehr Polen, Tschechen, Ruthenen, Slovenen, als Menschen seien. Während aber Baron Tinti alle Nicht-deutschen derart verunglimpfte, applizierte er den spezifischen Oesterreichern eine faustdicke Schmeichelei. Er sagte nämlich offen, daß man erst durch einen Entwicklungsprozeß von der angeborenen Nationalität durch die Menschenwürde zum Oesterreichertum gelange. Wir sind nun wahrlich gute Oesterreicher, müssen aber den hoffärtigen Satz des Baron Tinti geradezu lächerlich finden. — Aber nachdem der Herr Baron das Oesterreichertum als die höhere Entwicklung der Menschenwürde bezeichnet hatte, und während er selber jedenfalls ein ziemlich hoch hervorragender Repräsentant dieses die Menschenwürde überragenden Oesterreichertums ist, hielt er es für mit diesem seinem hohen Kulturstandpunkte vereinbar, die Vertreter der Mehrheit des tirolischen Volkes in ihrem persönlichen Charakter zu beleidigen, in ihren heiligsten Gefühlen tief zu verletzen. Es ist doch wahrlich unerhört, daß ein Oesterreicher andern Oesterreichern, ein Katholik andern Katholiken im offenen Parlamente die Beleidigung in's Angesicht schleuderte: „Sie sind keine Deutschen, Ihre Sprache ist auch nicht deutsch, Sie sind auch keine Oesterreicher; Sie sind Römer, und Ihr Kaiser ist der Papst!“ Baron Tinti hat mit diesen Worten nicht bloß die sechs tirolischen Deputirten, nicht bloß die Mehrheit des Volkes von Tirol, sondern auch viele Millionen der Bewohner Oesterreichs überhaupt und auch der außerösterreichi-

sehen Deutschen, er hat alle wahren Katholiken beleidigt, selbst diejenigen, welche nicht der strengen Richtung der Tiroler folgen; er hat alle gebildeten Menschen verlegt, denn es ist nicht ein Zeichen von Bildung, sondern von Barbarei, derart frivol und despotisch in das religiöse Heiligthum Anderer einzubringen. Charakteristisch ist es auch, daß Baron Tinti seine beleidigenden Apostrophen an die Tiroler halten konnte, ohne von dem Herrn Vicepräsidenten v. Hopfen im geringsten beehelligt zu werden. Gegen andere Redner, d. h. gegen die Redner der Opposition war Herr v. Hopfen viel strenger. Als z. B. Graf Dürckheim nur im allgemeinen das Haus, oder die Majorität apostrophiren wollte, ohne Namen zu nennen, wurde er sogleich streng ermahnt, geschäftsordnungsmäßig die Worte nur an den Präsidenten zu richten, und als Greuter eine Persönlichkeit beim Namen nennen wollte, wurde ihm das sogleich verboten. Baron Tinti aber hatte vollkommene Redefreiheit, selbst bis zur offenen Beschimpfung Anwesender und Abwesender. Auch verweigerte Herr v. Hopfen den so schwer Beleidigten die Genugthuung, welche Baron Giovanelli mit voller Berechtigung in ihrem Namen verlangte. Dies beweist nicht minder als das Benehmen des Baron Tinti, wie hoch die politische Leidenschaftlichkeit der Verfassungstreuen gestiegen ist, so daß sie lieber den Bestand des Reichsrathes in die Schanze schlagen, als in irgend einem Punkte nachgeben wollen. Herr v. Hopfen glaubte die Sache dadurch beilegen zu können, daß er einen Unterschied zwischen der Stellung eines Mannes im politischen und im Privatleben machte (eine Unterscheidung, die man sehr leicht auf arge Absurditäten hinausführen könnte) — er beschränkte sich auf die Erklärung, daß er persönlich das Vorgehen Tinti's nicht billige; fand sich aber als Vorsitzender nicht veranlaßt, gegen den Berichterstatter den Ordnungsruf auszusprechen.

Die Folge dieses Verfahrens war der Austritt der deutschen Tiroler. Diese historisch merkwürdige Scene spielte sich am 27. Jänner in folgender Weise ab:

Abgeordneter Giovanelli: Ich gebe namens der Tiroler Abgeordneten, die hier auf dieser Bank sitzen, die Erklärung ab, daß wir mit dem heutigen Tage unser Mandat als Reichsraths-Abgeordnete niederlegen. Die Gründe dieses Schrittes behalte ich mir vor, dem Landtage anzugeben, von dem wir unser Mandat erhalten haben, doch möge mir der Herr Präsident gestatten, auch hier unseren Schritt mit einigen Worten zu motiviren. Der Gedanke lebte schon lange in uns, daß unsere Stellung hier im Hause täglich unhaltbarer wird, und daß der Augenblick nahe sei, wo unser Verbleiben mit der Ehre und den Rechten unseres Landes unvereinbar ist. In der gestrigen Sitzung wurde hier der Ausspruch gethan, daß wir keine Oesterreicher sind, daß unsere Heimat Rom und unser Kaiser der Papst sei. Ich habe den Ordnungsruf verlangt und diese Genugthuung ist uns versagt worden. Diese Invektive trifft nicht uns allein, sie trifft ganz eigentlich die Gesinnung unserer Bevölkerung,

sie verletzt die tiefsten, heiligsten, loyalsten Gesinnungen derselben. Wir sind gegen die Verfassung, weil sie unserem Lande schädlich ist. Nun sehen wir, daß wir unserem Lande hier nicht mehr nützen können. Wir können nicht länger zuschauen, wie unsere heiligsten Gefühle auf dem Altare liberaler, ministerieller Gedankenlosigkeit geopfert werden....

Vorsitzender, Vice-Präsident Hopfen: Ich bitte den Herrn Redner, in den letzten Augenblicken, die er im Hause zubringt, die gebührende Mäßigung zu bewahren.

Abgeordneter Giovanelli (fortfahrend): Wir wollen nicht länger dem System dienen, dessen nächsten Untergang wir voraussehen. (Bravo auf der Slovenenbank. Oho! links.) Als Tiroler, als Männer von Ehre treten wir aus diesem Hause mit dem Gefühle, daß wir wenigstens unsere Ehre, die Ehre unseres Landes gewahrt haben. Und so rufen wir zum Schluß noch den guten Tiroler Spruch: Für Gott, Kaiser und Vaterland!

Giovanelli scheidet sich an, den Saal zu verlassen; ihm folgen Brader, Zäger, Planer und Wiesler. Abgeordneter Greuter, der sich gleichfalls dieser Erklärung angeschlossen, ist nicht mehr im Hause anwesend. Auf der Tiroler Bank bleibt nur der Abgeordnete P. Heliodor Degara.

Vice-Präsident v. Hopfen: Bevor der Herr Abgeordnete scheidet, muß ich noch seine Erklärung, daß sein Verbleiben der Ehre des Landes zuwider sei, zurückschicken; denn noch bleiben einige Abgeordnete aus dem Lande Tirol hier im Hause, die sich durch diese Aeußerung verletzt fühlen können.

Abgeordneter Leonardi (aus Tirol, im Centrum): Ich halte mich zu der Erklärung verpflichtet, daß wir tirolischen Abgeordneten italienischer Zunge (Leonardi, Prato und Degara) durchaus nicht die Klage theilen, daß wir hier im Hause keinen Schutz finden. Ich gebe zu, es ist nicht Alles so geworden, wie es die Bevölkerung gewünscht hatte; ich gebe zu, daß Aenderungen an der Verfassung nothwendig sind, aber der Weg, der einzuschlagen ist, liegt in der Verfassung allein. (Bravo!) Daß die Ehre und Würde unseres Landes hier angegriffen worden sei, kann ich nicht zugeben und aus diesem Grunde erkläre ich, daß wir Tiroler Abgeordneten wälscher Zunge hier im Hause verbleiben. (Bravo!)

Hierauf verließen die deutschen Tiroler den Saal. Es befanden sich also gegenwärtig nur drei italienische Vertreter Tirols im Hause. Diese kleine Zahl dürfte aber bald noch kleiner werden. Doch wenn auch nicht, so werden diese drei Herren gewiß nicht behaupten können, daß sie die Gesinnungen und Wünsche Wälschtirols vertreten.

Wir sollten nun noch die Rede des Ministers Dr. Giustra glossiren, wir verzichten aber darauf, zwar nicht aus Mangel an Veranlassung zu scharfen Glossen, sondern weil wir alles, was wir sagen könnten, dem Herrn Dr. Giustra schon oft gesagt haben, und weil uns diese Rede desselben ganz wie eine Minister-

Abschiedsrede vorkommt. Irren wir uns darin, so werden wir noch genug Anlassung haben, die Politik des Dr. Gistra zu bekämpfen.

Auch die abermalige Versöhnungsrede des Herrn Abgeordneten der Linthenerberger Handels- und Gewerbekammer übergehen wir, weil wir auch hier nur das wiederholen müßten, was wir dem Herrn v. Beust seit dem Beginn seiner österreichischen Laufbahn schon oft gesagt haben.

Ueber die Spezialdebatte bemerken wir nur, daß es auf uns einen tiefer betrübenden Eindruck gemacht hat, die Opposition an dieser Debatte theilnehmen zu sehen. Nach unserm politischen Bewußtsein und Gefühl hätte die Opposition an der Generaldebatte genug haben sollen, ja mehr als genug. Das demüthigende Bestreben, doch noch einige Amendements anzubringen, müssen wir als kleinlich und angesichts der ernstesten, zur radikalen Entscheidung drängenden Situation ganz unpassend bezeichnen.

Das Beispiel der Schweiz.

Eine Gegenbelehrung für den Herrn Reichs- und Hofrath Dr. B. F. Klun.

In den publizistischen und parlamentarischen Debatten über die Konstitution Oesterreichs wurde von den Föderalisten oft auf das Beispiel der Schweiz hingewiesen. Auch in der „Reform“ ist das wiederholt geschehen; besonders eingehend aber hat Dr. Fischhof sich mit dieser Anführung beschäftigt. In der Adreßdebatte hat Dr. Loman das Beispiel der Schweiz citirt, und dies veranlaßte den Herrn Abgeordneten Hofrath Dr. Klun, in seiner Adreßrede einen förmlichen Vortrag über die schweizerische Verfassung zu halten.

Er hatte dabei offenbar die Absicht, uns Föderalisten zu belehren. Diese gute Meinung kann dankbar anerkannt werden, sie erhielt aber den Charakter einer Beleidigung dadurch, daß Herr Dr. Klun seinen Vortrag mit der Versicherung begann, er kenne die Schweiz nicht bloß aus Reisehandbüchern, oder als Tourist, denn durch diese professorliche Erklärung wurde uns Föderalisten indirekt der spöttische Vorwurf gemacht, daß wir von der Schweiz keine andere Kenntniß hätten, als die man sich als Vergnügungszügler mit dem Bädeler in der Hand erwirbt. Bei Herrn Dr. Klun, als ehemaligem Professor der Geographie und Statistik muß man allerdings eine genaue Kenntniß auch der schweizerischen Zustände voraussetzen, und überdies rühmt sich der k. und k. Hofrath, mehrere Jahre als Beamter in der Schweiz gelebt zu haben. Doch bei aller gebührenden Hochschätzung dieser wissenschaftlichen und Erfahrungskenntnisse muß man doch sagen, daß zur Kenntniß dessen, was Dr. Klun in seiner Rede über die schweizerische Verfassung docirt hat, die Lektüre des Artikels „Schweiz“ im

Konversationslexikon vollkommen ausreicht. Wir müssen übrigens dem Herrn Dr. Klun einige Gegenbelehrung zu Theil werden lassen.

Wenn wir Föderalisten auf das Beispiel der Schweiz hinweisen, so liegt darin gewiß nicht das Verlangen, die schweizerischen Institutionen in Bausch und Bogen in Oesterreich einzuführen. Wir Föderalisten wollen Oesterreich durchaus nicht nach irgend einer Schablone organisiren, denn wir berücksichtigen die ganz exceptionellen Verhältnisse der habsburgischen Monarchie. Die Verfassungstreuen, zu denen Dr. Klun sich gesellt hat, sind Schablonen-Politiker, denn sie wollen den Konstitutionalismus und Parlamentarismus nach der allgemeinen Doktrin auf Oesterreich anwenden, ohne die originellen historischen und nationalen Verhältnisse dieses Reiches zu berücksichtigen.

Wenn in der Schweiz „die Kompetenz der Bundesgewalt weiter ist, als manche Herren sie bei uns der Reichsgewalt concediren möchten,“ so folgt daraus gewiß nicht, daß alle österreichischen Föderalisten eine schwache Centralgewalt wollten, und auch nicht, daß Oesterreich genau eine solche Centralgewalt haben müßte, wie die schweizerische Eidgenossenschaft. Wir Föderalisten wissen mindestens ebenso gut wie Herr Dr. Klun, daß Oesterreich als aktive Großmacht eine im Großen stärkere Centralgewalt braucht, als die kleine neutrale Schweiz; daraus folgt aber gewiß nicht, daß die österreichische Centralgewalt auch bis ins kleinste Detail eine so weite Kompetenz haben müßte, wie die schweizerische Bundesgewalt. Bei uns ist die stärkere Centralgewalt schon dadurch gegeben, daß Oesterreich eine Monarchie ist, daß in allen großen Fragen in höchster Instanz eben das Souveränitätsrecht des Monarchen entscheidet, und zwar nicht bloß in Angelegenheiten des Reiches, sondern auch jedes einzelnen Landes. Das ist ein sehr wichtiger Unterschied, auf den wir den Herrn Hofrath besonders aufmerksam machen.

In der Schweiz waren vor der jetzigen Verfassung die einzelnen Kantone vollkommen souverän; in Oesterreich aber sollen auch nach dem System der Föderalisten die einzelnen Königreiche und Länder nicht vollkommen souverän, sondern der Souveränität des Monarchen untergeordnet, auch mit ihrer Landesgesetzgebung von der landesfürstlichen Sanktion abhängig sein. Die sogenannte Kantonsli-Souveränität der früheren Schweiz hat in vielen Beziehungen wirklich die Souveränität des Bundes beeinträchtigt und die Macht desselben gehemmt. Es war daher natürlich, daß man, um dieses Extrem zu beseitigen, darauf bedacht war, eine starke Bundesgewalt zu schaffen. Die Schweiz war bestrebt, durch die Hoheitsrechte, welche sie der Bundesgewalt über die bis dahin ganz souveränen Kantone einräumte, dem Bunde das zu geben, was Oesterreich schon hat, weil es eben eine Monarchie ist, in welcher ein Kaiser das höchste Recht über das Ganze und über alle Theile besitzt. Es ist gewissermaßen auch natürlich, daß man in der Schweiz in dem Bestreben, die Bundesgewalt gegenüber der Kantonalselfbständigkeit zu stärken, weiter gegangen ist, als absolut nothwendig

war, daß man dem einen Extrem das andere entgegengesetzt hat. Es gibt viele Schweizer, welche das beklagen. In Oesterreich aber war die Selbstständigkeit der Theile Jahrhunderte lang durch die absolutistische Centralgewalt fast ganz unterdrückt, und es ist daher natürlich und nothwendig, hier die Selbstständigkeit der Theile gegenüber der Centralgewalt zu stärken, und zwar umsomehr, weil in der monarchischen Form die Centralgewalt gar leicht auf Kosten der allgemeinen und individuellen Freiheit übermächtig wird.

Dr. Klun hat es nicht gewagt, zu sagen, daß die jetzige Bundesgewalt der Schweiz wirklich eine weitere Kompetenz habe, als die österreichische Reichsgewalt, sondern er sagte blos hypothetisch, daß manche Föderalisten unserer Reichsgewalt keine so weite Kompetenz concediren möchten; er muß aber zugeben, daß die Schweizer Kantone auch jetzt noch eine viel größere Autonomie besitzen, als die Länder Oesterreichs. Die Schweiz ist eine Republik, und ihre höchste Autorität ist daher das Bundesparlament, der Bundesrath. Dieser ist also durch die jetzige Verfassung mit jenen höchsten Prärogativen ausgestattet, welche bei uns eben der Monarch besitzt. Dr. Klun hob hervor, daß nach der Schweizer Verfassung jede Veränderung in den Kantonen erst dann in Kraft tritt, wenn der Bund sie sanctionirt hat, und da riefen Stimmen der Majorität: „Bei uns soll es umgekehrt sein!“ Mit nichten umgekehrt, sondern ganz so wie in der Schweiz, nur mit dem natürlichen Unterschiede, daß in der republikanischen Schweiz das Bundesparlament, in dem monarchischen Oesterreich aber der Kaiser das entscheidende Wort spricht. Auch bei uns tritt eine Veränderung in den Landesverfassungen erst dann in Kraft, wenn der Kaiser sie sanctionirt hat.

Wie verführerisch auch Dr. Klun die Entwicklung der jetzigen centralisirenden Schweizerverfassung darstellte, er konnte doch nicht verschweigen, daß diese Verfassung nur durch einen Bürgerkrieg möglich geworden ist. Soll Oesterreich dieses schweizerische Beispiel nachahmen? Dr. Klun rief freilich triumphirend aus, daß der schweizerische Sonderbund „mit wenigen Hieben hingestreckt lag“; aber es waren doch Hiebe, welche Schweizer auf Schweizer führten. Und hegt etwa Dr. Klun die stolze Hoffnung, daß, wenn sich, was Gott verhüten möge, ein österreichischer Sonderbund erheben möchte, derselbe auch mit wenigen Hieben hingestreckt liegen würde? In der Schweiz hat sich nur eine kleine Minorität für die alte Kantonalfreiheit erhoben, nur sieben Kantone und zwar zumeist die kleinsten, ärmsten und schwächsten (darunter freilich gerade die echten Urschweizer, die Nachkommen derer, welche die Freiheit der Schweiz gegründet) — in Oesterreich aber steht die große Mehrheit der Gesamtbevölkerung, stehen ganze Völker, Königreiche wie Böhmen und Galizien, in Opposition.

Der Herr Hofrath Dr. Klun wird ja doch schon als Geograph und Statistiker zugeben müssen, daß die genannten Länder nicht mit den Schweizer Kantonen in eine Kategorie gestellt werden können. Wenn das Beispiel der Schweiz

im Sinne des Herrn Klun auf Oesterreich angewendet werden könnte, so hätte sich ja auch das Königreich Ungarn mit der Stellung eines Schweizer Kantons begnügen müssen. Warum hat denn Herr Dr. Klun seine schweizerische Weisheit nicht auch gegen Ungarn geltend gemacht? Er hätte es wol gern gethan, wenn Aussicht auf Erfolg vorhanden gewesen wäre. Die Staatsweisheit des Herrn Hofrathes besteht also darin, auf den Erfolg zu pochen. Der Sonderbund, den, wie gesagt, gerade die Urkantone geschlossen hatten, um die alte Schweizer Freiheit aufrecht zu erhalten, wurde mit Hieben niedergestreckt, dann ist die neue Verfassung gemacht worden, und die mit Hieben Unterworfenen haben dieselbe angenommen, und somit ist alles gut, und könnte daher Oesterreich, nach der Darstellung des Herrn Hofrathes Klun offenbar nichts besseres thun, als ebenfalls eine Politik der Hiebe praktiziren.

Doch nein, Dr. Klun ist doch nicht so grausam; er fordert in einer andern Beziehung zur Nachahmung des schweizerischen Beispiels auf. Nach seiner Angabe soll es in der Schweiz jetzt gar keine Gegner der Verfassung mehr geben, selbst in den Urkantonen nicht. Klun bekräftigt diese Angabe mit folgendem merkwürdigen Sage: „Würde Einer heutzutage in den Urkantonen gegen die Verfassung reden, da würde er sich einem kuriosen Argumentum ad hominem aussetzen“ — d. h. also, deutsch gesagt, geprügelt werden. Also wieder die fatale Politik der Hiebe! Da scheint es denn doch, daß in den Urkantonen nicht so sehr die Vortrefflichkeit und allgemeine Beliebtheit der Verfassung, als die Furcht eben vor den Prügeln keine Aeußerung von Unzufriedenheit hervortreten lasse. Dr. Klun findet aber die Ursache darin, daß in den verflossenen zweiundzwanzig Jahren die schweizerische Generation unter der neuen Verfassung aufgewachsen ist und sich in dieselbe hineingelebt hat. Und nach dieser Anführung rief der Herr Hofrath aus: „Das wäre ein Exempel, das man nachahmen kann!“ und es rief die Majorität des Hauses: „Sehr gut!“ — Ja wahrhaftig, sehr gut! Das ist eine vortreffliche Befürwortung und Unterstützung der Politik des Wartens, der Geduld und Ausdauer, und man hat dabei den Trost, daß es in Oesterreich doch nicht zu einer Politik der Hiebe kommen werde. Denn die Schweizer haben die Hiebe früher ausgeübt, bevor sie die Verfassung machten, dann aber haben sie blos an der Verfassung festgehalten und an keine Revision derselben gedacht. Bei uns ist aber die Dezemberverfassung glücklicherweise ohne Hiebe zu Stande gekommen, und man braucht also nur an ihr fest zu halten, und vielleicht höchstens diesem oder jenem unzufriedenen Schreier ein Klun-schweizerisches argumentum ad hominem zu applizieren, und in zweiundzwanzig Jahren wird auch in Oesterreich allgemeine Verfassungseligkeit herrschen.

Also warten wir mit Geduld und Ausdauer, bis die Generationen der Böhmen, Polen, Ruthenen, Slovenen, Tiroler und Italiener unter der Dezemberverfassung heran- und in dieselbe hineinwachsen! Man könnte freilich mit

einigem Bedenken daran erinnern, daß alle diese Völker in Jahrhunderten nicht in die Wiener Politik hineingewachsen sind; aber weg mit Erinnerungen, die Vergangenheit gilt ja gar nichts mehr, wir müssen neuärarische Zukunftspolitik machen. Sie wird um so leichter gelingen, da ja bei uns bekanntlich die Opposition nicht von den Völkern selber ausgeht, sondern nur von einigen Verführern der Völker. Nun sind aber diese niederträchtigen Verführer und Aufwiegler der Völker glücklicherweise größtentheils schon so alt, daß sie kaum noch auf zwanzig Lebensjahre rechnen können. Und was sind für uns zwanzig oder dreißig Jahre? Wir haben ja Zeit in Hülle und Fülle, unter den vielen unerschöpflichen Hülfquellen Oesterreichs ist die Zeit jedenfalls die allerunerschöpflichste. Was haben wir uns überhaupt um die Zeit zu kümmern, da wir doch wissen, daß Oesterreich jedenfalls bis ans Ende der Welt dauern wird!

Zur Verwaltungsgerichtshofs-Frage.

In diesen Blättern (Nr. 1 der „Reform“, Jahrgang 9) haben wir der möglichst baldigen Einführung des Verwaltungsgerichtshofes in sehr eindringlicher Weise das Wort gesprochen. Wir finden es sehr begreiflich, daß das Bedürfnis nach diesem staatsgrundgesetzlich verheißenen und verfassungsmäßig verbürgten Institute in immer weiteren Kreisen sich kundgibt, und sehen nicht ohne Befriedigung, wie uns mächtige Stimmen nachfolgen, deren vereinten Kräften es wohl gelingen wird, die Regierung zu einer endlichen Aktion zu veranlassen, damit der Rechtsstaat auf dem ausgedehnten Gebiete der öffentlichen Verwaltung zur Wahrheit werde. Nicht nur der politisch-liberale Verein in Linz, auch die Advokatenkammer in Wien haben auf die baldige Aktivierung des Verwaltungsgerichtshofes bezügliche Petitionen an beide Häuser des Abgeordnetenhauses bereits überreicht, und wir sind in der That neugierig zu hören, womit das Ministerium den bisherigen Aufschub dieser hochwichtigen, durch das Gesetz selber als dringlich anerkannten Angelegenheit begründen wird.

Dem Ministerium liegt nämlich die Ausarbeitung des Entwurfes eines besonderen Gesetzes ob, womit die Fälle, in welchen der Verwaltungsgerichtshof zu entscheiden hat, dessen Zusammensetzung, sowie das Verfahren vor demselben näher bestimmt werden sollen. Nun kann weder die Zusammensetzung des Verwaltungsgerichtshofes, noch das Verfahren vor demselben besonderen kopfzerkerischen Schwierigkeiten unterliegen, da für das eine wie für das andere analoge, schon bestehende Einrichtungen bei dem Reichsgerichtshofe vorliegen, die mit einigen unwesentlichen Abweichungen auf die Institution des Verwaltungsgerichtshofes übertragen werden könnten.

Was dann die Frage der Kompetenz betrifft, so geben wir zu, daß die Festsetzung der dem Verwaltungsgerichtshofe zur Entscheidung vorzubehaltenden Fälle ein sehr eindringliches Studium und sachmännisches Verständniß der Sache erfordert. Vielleicht kommen wir auf diesen das Verwaltungsrecht berührenden Gegenstand nächstens zurück; für jetzt begnügen wir uns, die durch das Gesetz bereits festgestellten Grenzlinien zu markiren, innerhalb welcher der Wirkungskreis des Verwaltungsgerichtshofes sich zu bewegen hätte, ohne Gefahr zu laufen, damit in die Verwaltungs-Maschinerie das hemmende Radwerk einer vierten Instanz einzufügen.

Diese Grenzlinien sind: einerseits die Kompetenz des Reichsgerichtshofes in streitigen Angelegenheiten des öffentlichen Rechtes, wie sie der Artikel 3 des Staatsgrundgesetzes über die Einsetzung des Reichsgerichtes umständlich auseinanderlegt; andererseits die Bestimmung des Artikel 15 des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt, wonach es in allen Fällen, wo eine Verwaltungsbehörde über einander widerstreitende Ansprüche von Privatpersonen zu entscheiden hat, dem durch eine solche Entscheidung in seinen Privatrechten Benachtheiligten freisteht, Abhilfe gegen die andere Partei im ordentlichen Rechtswege zu ersuchen. Was dann nach Abfall der eben bezeichneten Objekte noch ins Bereich des streitigen Verwaltungsrechtes einschlägt, gehört bei vorkommenden Beschwerden wegen Rechtsverletzung wider eine Verwaltungsbehörde vor das Forum des Verwaltungsgerichtshofes.

Eine schlagendere Exemplifikation, als jene aus der Geschichte der allerneuesten Aera in Betreff der Deposition des Bischofes von Vinz, womit wir die Frage in einem früheren Artikel zu illustriren bestrebt waren, steht uns auch heute nicht zu Gebote. Daß der politisch-liberale Verein in Vinz diesen gerade ihm so naheliegenden praktischen Vorfall ganz außer Beachtung ließ, während er doch das Bedürfniß fühlte, seine Begründungen für die Nothwendigkeit der Aktivirung der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit einem abstrakten, nicht glücklich gewählten Beispiele zu erläutern, das finden wir an dem uns zur Einsicht mitgetheilten, mit Sachkundigkeit verfaßten Berichte des Dr. Rißling über obigen Gegenstand vom objektiven Standpunkte auszustellen.

Österreichs Handelsverträge im Jahre 1869.

Die Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsverträge, welche Contre-Admiral Freiherr v. Pez als Bevollmächtigter der k. und k. Regierung bei Gelegenheit der ostasiatischen Expedition am 7. Mai v. J. mit Siam, am 2. September mit China und am 18. Oktober (dem Jahrestage der Abfahrt der

Expedition aus dem Hafen von Triest) mit Japan abgeschlossen hat, können als die Glanzpunkte der österreichischen Handelspolitik während des Jahres 1869 betrachtet werden, obwohl das Resultat vorläufig nur ein formelles ist und erst durch die Selbstthätigkeit der österreichischen Industrie- und Handelswelt eine materielle Bedeutung erlangen kann. Aber die Sache wurde mit Pomp in Szene gesetzt und die Journale versicherten nicht, zu versichern, daß die Erzeugnisse der österreichischen Industrie, welche mit der Expedition nach Siam, China und Japan wanderten, auf die Ostasien einen sehr vortheilhaften Eindruck gemacht haben. Es erübrigt nur zu wünschen, daß dieser Eindruck ein nachhaltiger sei, und daß die Unternehmungslust das Eisen schmiede, so lange es noch heiß ist. Obwohl die verfassungsmäßige Behandlung dieser drei Traktate noch nicht vollzogen ist, so bestehen sie doch schon seit dem Tage der Unterzeichnung provisorisch in Wirksamkeit. Bei den Verhandlungen mit China soll sich Baron Bez auf's Aeußerste angestrengt haben, um für die Zulassung der katholischen Missionäre und für die freie Religionsübung aller in Oesterreich-Ungarn anerkannten Konfessionen im Innern des chinesischen Reiches, ferner für die Zulassung kaufmännischer Konsuln in den, dem fremden Handel geöffneten Häfen des Reiches der Mitte eigene Vertragsartikel zu erwirken; ja, an der Unmöglichkeit, den Religionspunkt durchzusetzen, wäre bald das ganze Vertragswerk gescheitert. Regierungsfreundliche Blätter haben ganz ernsthaft versichert, daß der chinesischen Regierung durch möglichst energisches Festhalten an der Forderung der Religionsfreiheit der Beweis geliefert werden sollte, daß sich Oesterreich vom römischen Konkordate emanzipirt habe. Diese Demonstration wäre durch die Vereitelung des Vertragsabschlusses allerdings zu theuer erkauft worden, auch wäre es entschieden besser, aber freilich schwieriger zu bewerkstelligen, daß statt der Chinesen die eigenen Völker Oesterreichs an die in jeder Beziehung und ohne Rücksicht der Religion freisinnige und gerechte Politik der k. k. Regierung glauben könnten. Die Nichtzulassung der sogenannten Honorarkonsuln, d. i. der nach Konsulstiteln und Einfluß strebenden Kaufleute ist kaum zu beklagen; dieselben leisten erfahrungsgemäß schon in viel geringerer Entfernung vom Heimatlande äußerst wenig für das allgemeine Beste. Der für Schanghai bestellte k. und k. Generalkonsul Herr Calice ist ein Mann von eminenter Befähigung für jeden Posten, auf welchem es eine umfassende Bildung, rastloses Studium und pflichtgetreue Energie, in Verbindung mit weltmännischen Formen und hohem Ehrgeiz zu verwerthen gilt; die Monarchie dürfte wenige Konsularbeamte seines Gleichen aufzuweisen haben. Sehr beachtenswerthen Vortheil kann es den österreichischen Interessen bringen, daß in Folge des Handelstraktates österreichische Nationalen Anspruch darauf haben, gleich den Angehörigen anderer Vertragsstaaten (z. B. Englands, Frankreichs, Preußens) bei den Inspektoraten der chinesischen Seezollämter bedientet, und im Falle sie zu diesem Zwecke nach Peking kommen, daselbst auch auf Kosten der chinesischen Regierung mit den

speziellen Vorkenntnissen zu diesem Verufe ausgerüstet zu werden. Der Aufenthalt der ostasiatischen Expedition hat sich in verschiedenen Häfen so sehr verlängert, daß sie ihre volle Reise nach dem ursprünglichen Plane nur mit einer bedeutenden Ueberschreitung des für diese Mission von den Legislativen bewilligten Kredites bewerkstelligen könnte. Es mußte daher Befehl erteilt werden, daß die Korvette „Friedrich“ von Japan direkt nach Oesterreich zurückkehren, die „Donau“ aber von St. Francisco aus nicht die ganze Westküste des amerikanischen Kontinents, sondern bloß die wichtigeren jener Freistaaten besuchen solle, mit welchen man Handelsverträge abzuschließen beabsichtigt. Auf diese Weise wird also die Hoffnung auf traktatmäßige Verbindungen mit Guatemala, Costarica, Ecuador, Columbia, für diesmal unerfüllt bleiben, und wahrscheinlich nur Uruguay, Peru, die argentinische Republik und Chili an die Reihe kommen, der letztgenannte Staat wol umso gewisser, als seine Regierung der unsrigen aus freien Stücken einen Vertrag angeboten hat, dessen Prinzipien noch liberaler sind als diejenigen, welche man diesseits als Traktatsbasis in Vorschlag bringen zu dürfen glaubte.

Ungleich mehr Sorgen als der Vertrag mit China hat dem Grafen Beust die Nachtragskonvention mit England gemacht. Das österreichische Abgeordnetenhaus war freilich dem Antrage des Finanzausschusses auf Ablehnung der ihm vorgelegten Konvention beigetreten, und hatte die Prinzipien festgesetzt, welche der Regierung bei ihren neuen Verhandlungen mit England zur Richtschnur dienen sollten. Aber es war schwer genug, die britische Regierung auf diesen veränderten Standpunkt herüberzuziehen. Endlich gelang es doch, und in den letzten Tagen des Jahres wurde die neue Nachtragskonvention unterzeichnet, welche für Wollen- und Baumwollwaaren statt der optativen Werthzölle fixe Gewichtszölle von sehr geringer Höhe stipulirt, im Uebrigen die Tariffsätze des Märzvertrages vom Jahre 1868 auf England ausdehnt, und die Artikel 3, 4, 5 des mit England eingegangenen Dezembervertrages vom Jahre 1865 und die Artikel 2 und 3 des Schlußprotokolls zu denselben mit dem Beisatze außer Kraft setzt, daß die Nachtragskonvention gleiche Gültigkeitsdauer wie der Hauptvertrag haben solle.

Die Negotiation von Handelsverträgen mit Spanien und Portugal schleppte sich aus dem Vorjahre ins Jahr 1869 herüber und konnte auch in diesem zu keinem Ende kommen. In der portugiesischen Handelspolitik herrschte vollständiges Aprilwetter, heute freundlich und warm, morgen kalt und unfreundlich. Wettermacher war die Protektionistenpartei in Portugal, deren Kräfte an der protektionistischen Bewegung in Frankreich erstarkten, und welche in Verbindung mit den politischen Ereignissen im eigenen Lande die Haltung der Regierung in der Frage der Handelsverträge sehr unverläßlich machten. So kam es, daß die Aspekte für die von österreichischer Seite lebhaft gewünschte Vereinbarung mit Portugal, welche zu Anfang des Jahres sehr schlecht standen, sich

später auffallend zu Besserem wendeten, und den Vertragsabschluß als von Woche zu Woche bevorstehend erwarten ließen. Als aber das Jahr zu Ende ging, erklärte Portugal mit großer Bestimmtheit, gewisse Punkte des österreichischen Vertragsentwurfes, die über die strengste Anwendung des einfachen Prinzips gegenseitiger Meistbegünstigung hinausgehen und auf welche die k. und k. Regierung vorzüglich um Ungarns willen Werth legt, durchaus nicht acceptiren zu können, und überhaupt dem österreichischen Handel die Rechte der meistbegünstigten Nation lieber im Wege einer administrativen Verfügung (unter dem Bedinge der Reciprocität) als mittelst eines Vertrages zuzuwenden. Ob man nun österreichischerseits die Hindernisse des Vertrages beseitigen, oder sich mit dem Erlasse eines königlichen Dekretes begnügen werde, ist im gegenwärtigen Momente noch unentschieden. — Ebenso langsam, aber doch stetiger entwickelten sich die Vertragsverhandlungen mit Spanien, welches im Laufe des Jahres 1869 seine Zolltarifsreform durchführte. Man hatte sich von derselben in liberaler Beziehung mehr versprochen, als die spanische Regierung (Figuerola) gegen den, auch in politischer Beziehung nicht bedeutungslosen Widerstand der protectionistischen Partei, namentlich in Catalonien, durchzubringen vermochte. Oesterreicherseits hatte man wol schon früher die Unmöglichkeit eingesehen, spezielle Zollbegünstigungen zu erwerben, ohne in dem eigenen Conventionaltarif bedeutliche Aenderungen eintreten lassen zu müssen. Dennoch hoffte man, der Umstand, daß die neuen spanischen Zollsätze nur während des ersten Exenniums (bis Juli 1875) ganz unverändert bleiben sollen, dahin deuten zu können, daß für die spätere Zeit gewisse Zollermäßigungen auch auf vertragsmäßigen Wege vorbereitet werden dürften. Dies stellte sich jedoch als eine Illusion heraus, indem die spanische Regierung in bestimmtester Weise erklärte, daß alle Tarifsmodifikationen, welche nach Ablauf des ersten Exenniums überhaupt als zulässig betrachtet werden können, ausschließlich nach der im neuen Zollgesetze selbst enthaltenen Richtschnur mit Ausschluß internationaler Vereinbarungen vorzunehmen sein werden. Da übrigens Spanien seine Bereitwilligkeit, mit Oesterreich einen Vertrag auf der Basis gegenseitiger Meistbegünstigung abzuschließen, nie widerrufen hat und da alle Inzidenzfälle, denen der langsame Gang der Negotiationen zuzuschreiben ist, diese Basis unberührt ließen, so darf man wol annehmen, daß der Vertrag in nicht gar ferner Zeit wirklich zum Abschlusse kommen wird.

Eine ganz neue Verhandlung über einen Handels- und Schifffahrtsvertrag wurde im verflossenen Jahre mit dem Kirchenstaate in Angriff genommen, da die älteren, auf Ministerialdeklarationen vom Jahre 1826 beruhenden Begünstigungen des österreichischen Handels und der Schifffahrt mittlerweile im Zeitalter der Zollverträge, so wie auch in Folge der politischen Ereignisse längst werthlos und unpraktisch geworden sind. Die Wiener Handelskammer regte im Hinblick auf den zwischen Rom und Frankreich zu Stande gekommenen Zoll und Handelsvertrag (dessen Vortheile sich auch der deutsche Zollverein zu sichern

gewußt hat) den Gedanken an, durch ein Reciprocitäts-Uebereinkommen auch dem Handel der österreichischen und ungarischen Monarchie die Rechte der meistbegünstigten Nation im Kirchenstaate zu verschaffen. Die päpstliche Regierung hat ihre Geneigtheit hiezu erklärt und der Abschluß der Konvention nach dem Muster des preussischen Vertrags dürfte ohne langwierige Diskussionen in Aussicht stehen.

Seltam haben sich die handelspolitischen Verhältnisse der österreichischen und ungarischen Monarchie zu Serbien und Rumänien gestaltet. Beide Länder haben ihren Wunsch zu erkennen gegeben, mit Oesterreich zur Regulirung der Zoll- und Verkehrsverhältnisse direkte Vereinbarungen zu treffen, und thun auf dem Gebiete des Verzehrungssteuerwesens und der munizipalen Auflagen zum Nachtheile des Fremdhandels (insbesondere mit Oesterreich und Ungarn) wirklich alles Erdentliche, um Jedem die Ueberzeugung aufzunöthigen, daß es in der alten Weise nicht länger fortgehen dürfe und könne. Selbstverständlich ist dabei, daß die genannten Fürstenthümer sich nach dem Momente sehnen, wo sie den alten Traktaten von Passarowitz und Sistow mit ihren dreiprozentigen Ein- und Ausfuhrzöllen (die in Wirklichkeit ohnehin nicht mehr existiren), und mit allen Beschränkungen des autonomen Besteuerungsrechtes durch einen Vertrag auf legitime Weise den Garauß machen können, und in den hiesigen Regierungskreisen dürfte wol Niemand darüber im Unklaren sein, daß für Oesterreich eine Handelskonvention mit Serbien und Rumänien soviel heiße, als das förmliche Aufgeben veralteter, in Prag längst nicht mehr respektirter, und mit Gewalt nicht durchzusetzender Rechtstitel. In dieser Beziehung jedoch wäre die Uebereinkunft vielleicht ohne Schwierigkeit zu erzielen. Aber mit den Zoll- und Steuerprivilegien wird ohne Zweifel auch die Jurisdiktionsfrage in Zusammenhang gebracht werden, und in diesem letzteren Punkte ist auf Seite der cisleithanischen Regierung eine Nachgiebigkeit kaum zu erwarten. In Ungarn wäre die Negation gewiß nicht so stark, wenigstens nicht in Beziehung auf Serbien, während man wol nicht darauf rechnen darf, daß die Magyaren den Rumänen eine Gefälligkeit zu erweisen bereit wären. Die Serben scheint man eben zu „brauchen“ um sie als Keil gegen die slavische Agitation in den türkischen Nachbarländern zu verwenden, und so könnte es den Serben glücken, mittels einer „Administrationskonvention“ mit der k. und k. Regierung sogar mehr zu erreichen als sie selbst anstreben. Gibt man aber die Jurisdiktionsprivilegien in Serbien wirklich nicht auf, so ist vielleicht die wesentlichste Ursache hievon die Furcht, der Konsequenz halber auch den Rumänen eine gleiche Konzession nicht verweigern zu können. Seit undenklicher Zeit hat der Handelsstand, namentlich in Ungarn, um den Abschluß einer Handelskonvention mit den Donaufürstenthümern petitionirt, und in den letzten Monaten des verflossenen Jahres hat endlich Minister Cogolnitschano selbst seine volle Bereitwilligkeit erklärt, eine solche Konvention einzugehen und zu diesem Ende die ausgiebigsten Konzessionen zu machen, aber Graf Beust scheint dies Anerbieten ignoriren zu wollen. In Einer Beziehung hat er freilich Recht: denn wenn Oesterreich-Ungarn nur an

die Fortsetzung der bisherigen türkenfreundlichen Politik denkt, so wäre auch die schönste Handelskonvention mit den Rumänen verlorne Mühe; dann aber ist es sehr ernstlich in Zweifel zu ziehen, ob sich eine zuvorkommende Haltung gegenüber Serbien unter solchen Umständen besser lohnen werde.

Die Ideen des russischen Generalzolldirektors Fürst Obolenski, den österreichischen Beschwerden gegen die russische Zollmanipulation und gegen andere Hemmnisse des Verkehrs über die österreichisch-russische Landgrenze auf kommissionellem Wege durch ein Arrangement in Petersburg nach Thunlichkeit abzuhelpen, ist — wenigstens äußerlich — ihrer Realisirung während des Jahres 1869 um keinen Schritt näher gerückt. Die österreichische Regierung hat zwar nicht ermangelt, sich über die Wünsche des diesseitigen Handelsstandes zu unterrichten, ist aber bis jetzt noch nicht in die Kenntniß der das Arrangement betreffenden Wünsche Rußlands gekommen. — Was die spezielle Angelegenheit der polnischen Brückenzölle betrifft, die am Schlusse des Jahres 1868 ganz trostlos aussah, so hat sich die russische Regierung späterhin bereit gefunden, diese Frage durch eine österreichisch-russische Kommission in Warschau nach Billigkeit lösen zu lassen. Es hat jedoch noch nichts darüber verlautet, ob diese Kommission ihre Thätigkeit begonnen, und welche Resultate sie eventuell erzielt habe.

Der mit der Türkei 1862 vereinbarte Zolltarif ist wie von Seite anderer Mächte, so auch von Oesterreich aufgekündigt worden; die Revisionsverhandlungen haben jedoch einen äußerst schleppenden Gang angenommen, ja sie sind vielleicht bis zur Stunde noch gar nicht an die einzelnen Tarifpositionen d. h. an die Schätzungen der im Tarife enthaltenen Artikel gekommen. Die fremden Mächte behaupten, daß der Tarif als ein Ganzes anzusehen sei und daher auch in jenen Partien, welche prinzipielle Bestimmungen über die Eruirung des Schätzungswerthes u. s. w. enthalten, der Revision unterliege, was von Seite des türkischen Kommissärs in Abrede gestellt wird. Da eine Vereinigung nicht zu erzielen war, so wurde die Sache den diplomatischen Vertretern zur Austragung überantwortet; mit welchem Erfolge, ist derzeit noch nicht bekannt. Die österreichische Handelswelt hat übrigens an dieser ganzen Tarifrevision, insbesondere aber an der entbrannten theoretischen Fehde nur ein sekundäres Interesse, und kann den Ausgang der Dinge um so ruhiger abwarten, als vor Feststellung eines neuen türkischen Tarifs von der Revision des denselben ergänzenden Spezialtarifs für Bosnien und die Herzegowina nicht die Rede sein kann. Auf diese letztere legt aber die türkische Regierung ein großes Gewicht, da es ihr darum zu thun ist, die veralteten Waarenschätzungen dieses zur Revision schon lange reifen Tarifs ehe thunlichst zu erhöhen.

Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß Tunis und Schweden mit Oesterreich in Verhandlungen zu treten wünschen. Bekanntlich besteht zwischen Oesterreich und Tunis bereits ein Handels- und Schifffahrtsvertrag aus dem Jahre 1856, der — allem Anscheine nach — ebenso wenig Nutzen als Schaden gestiftet.

tet hat. Gewiß ist, daß es noch gar keinen direkten Verkehr zwischen Triest und Tunis gibt, und daß jene österreichischen Produkte, welche auf indirektem Wege nach Tunis gelangen, dort keine schlechtere Behandlung genießen, als die Waaren anderer begünstigter Nationen. Wohin nun die Intentionen der tunesischen Regierung wegen Abänderung jenes Vertrages eigentlich zielen, ist schwer zu sagen; wichtiger wäre die Herstellung einer regelmäßigen Schifffahrtsverbindung zwischen Tunis und Triest. — Die schwedische Regierung strebt die Auswechslung von Ministerialerklärungen an, wonach dem beiderseitigen Handel die Rechte der meistbegünstigten Nation eingeräumt werden sollen. Ob damit auch eine Erneuerung der administrativen Verfügungen vom Jahre 1835 hinsichtlich der Aequiparirung der Flaggen überhaupt, oder lediglich das Zugeständniß der Konventional-Zolltarife gemeint sei, ist vorläufig noch nicht ausgesprochen, so wie auch die L. und L. Regierung das Ansinnen Schwedens bis jetzt weder acceptirt noch abgelehnt hat; als wahrscheinlich läßt sich jedoch annehmen, daß sie die Form einer bloßen Dekretation, die natürlich in jedem Augenblicke hinfällig werden kann, kaum für genügend halten werde.

Memorandum der königl. Stadt Visto in Angelegenheit des Bahnhofes auf der konzeßionirten ersten ungarisch-galizischen Eisenbahn.

Vorbemerkung der Redaktion. Gern erfüllen wir den im folgenden Schreiben enthaltenen Wunsch, umso mehr, da wir überzeugt sind, damit einer guten und gerechten Sache zu dienen. Wir wünschen und hoffen, daß das Memorandum auch an maßgebender Stelle seinen überzeugenden Eindruck nicht verfehlen wird.

Hochverehrter Herr Redakteur! Bei der Pressfreiheit, der wir uns in Oesterreich erfreuen, sollte das ein Leichtes sein, mit seinen Anliegen in die Oeffentlichkeit zu bringen. Dem ist jedoch nicht so — namentlich ist das nicht der Fall, wenn es sich um ökonomische Anliegen handelt, wie z. B. um eine Bank oder um eine Eisenbahnangelegenheit.

In dieser Hinsicht herrscht ein ganz eigenthümlicher Usus in Oesterreich: die politische Rathlosigkeit wird da eben erst recht auf ökonomischem Gebiete von den wortführenden großen Blättern ausgebeutet. Will jemand z. B. einem Minister derb zu Leibe gehen, oder einen scharfen Artikel gegen die Regierung loslassen — oder den Reichsrath herunterreißen, einzelne Persönlichkeiten oder gar ganze Völker tabeln — ihnen die unangenehmsten Dinge sagen und die größten Anschuldigungen vorwerfen, so findet er leicht Unterkunft damit, das eine oder

das andere Blatt, dem es in den Kram paßt, nimmt den Artikel auf, ohne viel Wesen zu machen, — nur darf das kein Artikel in einer Bank- oder Eisenbahnangelegenheit sein (!), denn der muß baar bezahlt werden. Mag auch darunter der Staat leiden, oder mögen daraus Vortheile für den Staat entstehen, die großen Journale scheeren sich blutwenig um derlei Kleinigkeiten, ein solcher Artikel wird nicht eingerückt — bis man nicht theures Kost- und Quartiergeld für seine Unterkunft in dem unansehnlichsten Winkel des Blattes zahlt. Es sind das eben eigenthümliche Verhältnisse in Oesterreich, die sich nicht so leicht ändern lassen. Manches Unternehmen ist durch die Korruption und den Skandal, der mit der öffentlichen Meinung getrieben wird, in ein unrichtiges Licht gesetzt worden, und das hat uns ein Heibengeld gekostet; dem Staate sind unerseßliche Nachtheile daraus erwachsen, weil das Publikum nicht die Wahrheit erfahren konnte.

Sie werden sich doch, hochverehrter Herr Redakteur, erinnern, welche Wege es hatte, bis das Unternehmen der kürzlich konzessionirten ersten ungarisch-galizischen Eisenbahn in das richtige Licht gesetzt wurde, welcher Anstrengungen es bedurfte, bis es gelungen ist, um die irrigen Ansichten, welche über diesen Gegenstand in Eis- und Transleithanien lange Zeit in kompetenten Kreisen maßgebend waren, einer gründlichen Prüfung und der richtigen Anschauungsweise zu unterziehen. Für die Veröffentlichung eines einzigen Artikels in dieser Angelegenheit forderte uns ein großes Wiener Journal ab: den Betrag von netto tausend Gulden!!

Eine freundliche Oase in dieser Wiener Blätterwüste bildet die „Reform“. Die „Reform“ hat uns oft uneigennützig und gastfreundlich mit unseren ökonomischen Anliegen in den Text ihres Blattes unterbracht. Die bezogene Eisenbahnangelegenheit war auch schon einmal das Thema einer Polemik in der „Reform“. Heute handelt es sich nunmehr um die Richtigstellung der Trace, damit aus dem Eisenbahnunternehmen wahrhafter Nutzen für den Staat und die Bevölkerung erwachse.

Wir erlauben uns nun im Interesse einer wichtigen Handelsstadt, der die Gefahr einer gänzlichen Preisgebung ihrer Existenz droht, Ihre Gastfreundlichkeit zu Hilfe zu rufen, und bitten Sie um die Einrückung des mitfolgenden Memorandums, welches wir im Namen der Stadtgemeinde Pisto, der hohen Regierung eben vorgelegt haben.

Genehmigen Sie, hochverehrter Herr Redakteur, die Ausdrücke wahrer Verehrung und Dankbarkeit, mit der wir verbleiben

Ihre ergebensten Diener

Mieczislaus Treter Ritter von Lubomir.

Felix Ritter von Czasteci, Bürgermeister von Pisto.

Michim Ginsberg, Gemeinderath von Pisto.

Wien, 31. Jänner 1870.

„In nächster Zeit soll der Bau der konzessionirten ersten ungarisch-galizischen Eisenbahn beginnen. Es hat betreff der endgiltigen Trace, auf der mittelst Konzessions-Urkunde vom 11. September 1869 Allerhöchst genehmigten Linie: „von Przemyśl über Chyrow, Wislo, Zagorcz und Szczawne an die galizisch-ungarische Landesgrenze bei Lupkow“ die definitive Entscheidung zu erfolgen.

Nach Art. 2 der bezogenen Konzessions-Urkunde bleibt die Genehmigung für Aenderungen in den Bauprojekten und eine Abänderung der Bahntrace, welche sich als nothwendig oder wünschenswerth darstellt, der Staatsverwaltung vorbehalten. Die Kommune der Stadt Wislo hat ein besonderes Interesse, in dieser Angelegenheit ihre Wahrnehmungen darzulegen. Wislo ist nächst Przemyśl der wichtigste Punkt auf der ganzen Strecke, welche die Bahn zu durchlaufen haben wird.

Wislo ist nicht nur die wichtigste Handelsstadt auf der ganzen Strecke, aber es bildet seit langeher durch seine vortheilhafte Lage, im Bereiche und Genusse eines kombinierten Straßennetzes und am flößbaren Fluß San gelegen, den Gravitationspunkt für viele und weit verzweigte Interessen im weiten Umkreise.

Nebstdem, daß Wislo für das Land und die hiesige Bevölkerung eine hochwichtige Bedeutung hat, konzentriren sich in diesem Orte viele und wichtige Staatsinteressen. Wislo ist der Sitz der k. k. Bezirkshauptmannschaft, des k. k. Bezirksgerichtes, des Bezirks-Ausschusses. Die Bezirksvertretung hält ihre Sitzungen in Wislo. Die Regierung erhält ihre Organe im Interesse des Staatseinkommens und der öffentlichen Sicherheit. Das Steueramt, eine Finanzwach-Abtheilung und die Gendarmerie sind stabil hier locirt.

Nebst einem Bezirksarzt praktiziren hier einige Aerzte, welche von einer zahlreichen Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Auch ist eine Apotheke etablirt. Eine Normalsschule ist vorhanden. Die k. k. priv. Rustikal-Bank hat hier ihre Filiale.

Es bestehen in der Stadt zwei Lese-Vereine, welche den intellektuellen Bedürfnissen der Bevölkerung dienen. Die geologische Reichsanstalt hat eine meteorologische Beobachtungsstation hier errichtet. Das sind unstreitig Attribute einer Zivilisations-Stätte.

Diese Stadt, welche seit jeher Sitz der Regierungsorgane gewesen ist, und auch das Kreisamt mit dem ausgedehnten Wirkungskreise über den ganzen Sanoker Kreis hier früher seinen Sitz gehabt hat, gilt mit vollem Recht als Konzentrations-Punkt verzweigter Interessen.

Aber vielmehr noch als in politischer und administrativer Hinsicht ist Wislo als wichtiger Handelspunkt im Lande bekannt.

Begünstigt durch seine vortheilhafte Lage in einer reizenden Gegend unmittelbar an einer fruchtbaren Niederung gelegen, war es stets der Anziehungspunkt für weite Kreise. Seit langeher vermittelt es den Umsatz von Produkten mit Ungarn. Getreide, Eisen, Rohhäute, Wein, Wolle, Käse, Butter, Eier, Brand-

wein sind die Artikel, welche oft massenhaft hier aufgespeichert liegen und durch Vermittlung hiesiger Kaufleute zum Umsatz kommen.

Die statistischen Nachweise der letzten Jahre ergaben im Durchschnitt folgende Resultate:

Die Handelsbewegung betrug hier im Durchschnitt jährlich

in Getreide	200000	Zentner
„ Eisen	90000	„
„ Rohhäute	3600	„
„ Wein	5000	„
„ Käse	1200	„
„ Butter	1400	„
„ Wolle	5000	„
„ Eier	800	„
„ Brandwein	100000	„

Zusammen 407.000 Zentner.

Ganz besonders hervorzuheben ist der bedeutende Rind-, Vorstenvieh und Schaffhandel, welcher hier auf den besuchten Wochenmärkten einen lebhaften Umsatz findet.

Vom Hochgebirge bis in die Umgebung von Visko beschäftigt sich die Bevölkerung mit Viehzucht. Zahlreiche Brennereien um Visko partizipiren an diesem Handel. Auf den hiesigen Wochenmärkten herrscht gewöhnlich ein Verkehr, wie er nur in größeren Städten an Jahrmärkten stattfindet. Der wöchentliche Zusammentrieb beträgt im Durchschnitt wenigstens 1200 Stück Ochsen, 800 Stück Vorstenvieh und 400 Stück Schafe. Ein bedeutender Umsatz davon geschieht ins Ausland. Der Durchtrieb beträgt im Durchschnitt wöchentlich 350 Stück.

Der Bezirk Visko nimmt in Territorialbeziehung mit 32., Quadratmeilen Flächeninhalt und in den Populationsverhältnissen mit einer 70.000 Seelen tragenden Einwohnerzahl den zweiten Rang im Lande ein. Bei einem Areale von 32., Quadratmeilen weist der Katastral-Ausweis die produktive Fläche an Aedern, Wiesen, Gärten und Waldungen von 245.441 Joch aus, der Rest entfällt größtentheils auf Hutweiden, welche der Viehzucht zu Gute kommen.

Nebstdem findet hier in großen Dimensionen die Handelsbewegung in allerlei Forstprodukten statt. Visko ist im In- und Auslande als Stapelplatz für den Holzhandel bekannt. Große Waldkomplexe längst dem San bis in das Hochgebirge hinauf sind geeignet, zu weitreichenden Kombinationen aufzumuntern, sobald durch den Eisenbahntransport ein korrekteres Vorgehen in dieser Branche möglich wird, da erfahrungsgemäß der Holzhandel erst in Schnitt- und Spalt-Materialien einer konstanten Entwicklung fähig ist. Der Ausspruch der Wissenschaft und der Erfahrung kann da recht zur vollen Geltung kommen, daß „der Eisenbahntransport noch mehr auf die Förderung der produktiven Kräfte als auf Verbreitung der Produkte zu wirken bestimmt ist.“ Nicht nur den Einwohnern der Stadt, aber

auch der Bevölkerung der angrenzenden bedeutenden Verkehrsdistrikte, welche vorwiegend auf Forstkultur und Viehzucht angewiesen sind, würde daraus eine unverflegbare Quelle des Wohlstandes und einer niemehr rastenden Thätigkeit sich erschließen und eine Fabriksindustrie entstehen, welche ansehnlich den Werth der Arbeit und des Bodens steigern und die Steuerkraft außerordentlich heben müßte.

Diese Resultate könnten jedoch nur damals rasch realisiert werden, wenn die Eisenbahn, welche den Fortschritt und die Segnungen der Neuzeit in die Gegenden bringt, nicht erst künstliche Konzentrationspunkte schafft, nur auf natürlichen festen Grundlagen sich stützend — mit dem bestehenden Verkehrs-System ein ökonomisches Ganzes bildet.

Das vermessen wir leider bei der gegenwärtigen Trace. Bislo, nächst Przemyśl die einzige wichtige Handelsstadt auf der ganzen 17 Meilen langen Eisenbahnlinie, soll trotzdem die Allerhöchst genehmigte Konzessions-Urkunde Bislo als Berührungspunkt bezeichnet — von der Eisenbahn gemieden werden.

Der der Stadt nächstgelegene Bahnhof soll in den beinahe eine Meile von Bislo entfernten Ort Łukawica verlegt werden, in einen öden Platz, der entblößt von Kommunikations-Mitteln ist, die man hier erst mit großem Kostenaufwand schaffen müßte, um nur irgend welchen Nutzen von dem Bahnhofe zu haben. Es wäre das eine Kalamität für die Gegend, und der Zweck, den man mit der Eisenbahn erreichen will, würde nicht erreicht werden. — Der Handel, in seinen Verkehrs-Arterien gestört, wäre gezwungen auf künstlichen Ableitungswegen andere, außer dem Verkehrsstrom in Dörfern gelegene Bahnhöfe der durchziehenden Bahn aufzusuchen — wo er schutz- und obdachlos wol eine lange Zeit ein kümmerliches Dasein fristen müßte.

Der Staat, das Land und die Bahnunternehmung selbst würden hiedurch unvermeidlich zu großem Schaden kommen.

Angeichts dessen, sieht sich die Kommune genöthigt mit Beziehung auf den Art. 2 der obbezogenen Konzessions-Urkunde mit einem Korrektiv hervortreten, welches den gehegten Erwartungen, die sich an das Bahnunternehmen knüpfen, allseitig entsprechen dürfte. — Wir berufen uns hiebei speziell auf das ursprüngliche Tracen-Projekt, welches im Auftrage der Regierung im Jahre 1866, unter Leitung des Herrn Eisenbahn-Oberinspektor Bach zu Stande kam, und welches allen späteren diesbezüglichen Arbeiten wesentlich zur Grundlage gedient hat.

Die Kommune ist nicht in der Lage, Detail-Pläne der hohen Regierung vorzulegen, kann aber nicht umhin, ein Croqui beizuschließen, welches für den vorliegenden Zweck ausreichend genügt.

Wie aus dem Croqui ersichtlich ist, beschreibt die jetzige Trace — auf der Süblehne der Höhe von Bislo in Janówce angelangt, in weitem Umkreise von über $2\frac{1}{2}$ Meilen Längenprofil das Weichbild um Bislo, um zu dem $\frac{1}{2}$ Meilen in gerader Linie entfernten Punkte Zagórz—Wielopole zu

gelangen. — Die ursprüngliche Trace erreicht diesen Punkt auf der Nordlehne der Höhe von Visło in Zankowce angelangt — von da in gerader Linie mit einer nicht vollen Meile Längenprofil, passirt durch die hiesigen Stadtgründe, wo in der Nähe der Stadt und der gemauerten Chaussee, der Bahnhof mit allen Räumlichkeiten bequem situirt werden könnte. Diese Linie ist somit um wenigstens $1\frac{1}{2}$ Meilen im Vortheil.

Anderthalb Meilen repräsentiren aber die hübsche Summe von circa anderthalb Millionen Gulden, mit welchen der Bau-Konto belastet wird, — und für welchen der Staat 5% in Silber garantirt! Diese anderthalb Meilen repräsentiren einen Umweg, der im Gefolge kolossale Lasten dem Unternehmen auf immerwährende Zeiten aufbürdet. — Um diese $1\frac{1}{2}$ Meilen wird der Betrieb der Eisenbahn vertheuert.

Die Erhaltungskosten der Bahn und der auf diesen $1\frac{1}{2}$ Meilen zu bauenden Objekte — das plus der namhaften Baulichkeiten längst diesen $1\frac{1}{2}$ Meilen, das um so vielmehr anzuschaffende Fahrmaterial, Waggon, Fahrpart und um so viel beträchtlichere Abnützungspauschale — der vertheuerte Personen- und Frachtenverkehr um ganze $1\frac{1}{2}$ Meilen.

Das Alles muß dem Konto dieser $1\frac{1}{2}$ Meilen zur Last geschrieben werden, und repräsentirt jedenfalls, wenn man die sämtlichen Passivas jener $1\frac{1}{2}$ Meilen zusammenrechnet, ein Kapital von einigen Millionen, welches sich wohl nur approximativ berechnen läßt. Die Aktiva dieser $1\frac{1}{2}$ Meilen sind gleich Null, weil weder politische, noch strategische, noch kommerzielle Rücksichten hier maßgebend sein konnten, und nur das Gegentheil der Fall ist. Da man diesen $1\frac{1}{2}$ Meilen eben wichtige Staatsrücksichten, bedeutende Handelsinteressen und die Interessen der nächst Przemyśl bedeutendsten Handelsstadt geopfert hat. — Als Ursache so namhafter Opfer werden die technischen Schwierigkeiten hervorgehoben. Der Kostenpunkt wurde vorgedrängt.

Wir sind nicht in der Lage in eine Detailparallele einzugehen, doch ein Ueberblick überzeugt uns zu Gunsten der ursprünglichen Trace.

Ob bei der ursprünglichen Trace die Niveau- und Richtungsverhältnisse analog zu dem bei der jetzigen Trace beobachtenden Verhältniß stehen, können wir nicht mit Bestimmtheit angeben, jedenfalls dürfte hierbei nur ein unwesentlicher Unterschied in Betracht kommen, weil die topografischen Verhältnisse bei beiden Tracen so ziemlich dieselben sind.

Bei der ursprünglichen Trace, welche in gerader Linie in der Richtung auf Wielopole (Altinenz von Zagórz) projektirt wurde, ist nach Ueberschreitung des San in Pustolow unter überaus günstigen Bedingungen — eine Gebirgswand zu durchbrechen, was mittelst mächtigen Einschnitten und Tunnellängen in einer Gesamtentwicklung von circa 300 Klafter gerader Linie zu erreichen wäre. — Ungehindert gelangt man dann auf dem Plateau von Wielopole nach Ueberbrückung der Osława — eines kleinen, mit guten Ufern versehenen Seiten-

flusses des San in das Niveau und die Linie der jetzigen Trace von Wielopole-
Zagórz. Die technischen Schwierigkeiten, welche hiebei zu überwinden wären,
sind keineswegs der Art, daß sie nicht mit den augenspringenden Vortheilen der
geraden $1\frac{1}{2}$ Meilen kürzeren Linie über und über aufgewogen wären. — Er-
wägt man, daß die Gebirgswand, welche zu durchbrechen ist, keineswegs ein
mächtiger Gebirgsrücken mit tiefer und breiter Basis ist, nur ein Durchschnitt
eines Hügelterrain, dessen Höhe über dem Meerespiegel kaum 200 Klafter sich
erhebt, so gewinnt man bald die Einsicht, daß der Kostenaufwand weit von den
Vortheilen überholt wird, und unmöglich ein ernstes Hinderniß sein kann. Ganz
augenscheinlich tritt aber der Vortheil zu Gunsten der ursprünglichen Trace hervor, wenn
man die Kosten beider Linien mit einander vergleicht. Schon das Verhältniß
von $1\frac{1}{2}$ Meilen zu 1 Meile spricht deutlich genug, nebst dem sind jene $1\frac{1}{2}$
Meilen keineswegs günstiges Terrain.

Die Objekte, welche hier gebaut werden müßten, gehören zu den kostspielig-
sten auf der ganzen Linie. — die Uferversicherungen längst dem San in Manas-
terzec; kostspielige Böschungen, Einschnitte und Dämme, die der ganzen Linie
entlang angelegt werden müßten, ferner die Ueberbrückung des San bei Bykowce,
welche unter den ungünstigsten Bedingungen geschieht. — Unsichere Ufer, an-
sehnliche Breite und die veränderliche Strömung, welche hier zu überwinden
sind — erheischen ein sehr kostspieliges Objekt. — Erwägt man hiezu, daß der
projektirte Bahnhof in Lufawica in eine unwegsame Gegend hineingebaut — die
Anlegung eines ganzen Straßennetzes erfordern würde, um nur den Zutritt dort-
hin zu ermöglichen, so wird man einsehen, daß das Alles zusammen einen Kostenaufwand
erfordert, der außer allem Verhältniß zu den Kosten der bloß eine Meile be-
tragenden Linie des ursprünglichen Tracenprojectes steht.

Wenn aber bei der Parallele der technischen Schwierigkeiten und dem
Kostenpunkt, augenspringende Vortheile zu Gunsten des ursprünglichen Tracen-
Projectes hervortreten, so sieht man sich in Verlegenheit, welche Motive maß-
gebend gewesen sein mögen, um so viele wichtige Vortheile zu opfern.

Die Vortheile der ursprünglichen Trace sind von so tiefer Bedeutung, daß
selbst große Opfer und bedeutende Nachtheile hinsichtlich der Trace — was hier
aber nicht der Fall ist — in den Hintergrund treten müßten. Wir sind über-
zeugt, daß die hohe Regierung vor definitiver Entscheidung dieser Angelegenheit,
einer gründlichen Prüfung diesen Gegenstand unterwerfen wird. Es handelt sich
dabei um so wichtige Interessen des Landes, daß es aus Staatsrückichten ge-
boten ist, dieselben nicht zu opfern, und unsere Stadt, welche so lebhaften Antheil
an der Handelsbewegung des Landes nimmt, nicht der Verkümmernug
preiszugeben.

Der direkte Nutzen, welcher aus dem Korrektiv der Trace erwachsen
würde, ist von so nachhaltiger Bedeutung, daß er selbst namhafte Opfer auf-
wiegen würde. — Auf der ganzen Strecke von Przemyśl bis an die ungarische

Grenze und über diese hinaus noch einige Meilen, berührt die Trace keine bedeutende Stadt. — Die Unzuträglichkeiten hievon sind in die Augen springend; für den Staat und selbst für die Bahnverwaltung kann das nicht gleichgiltig sein.

Wenn Eisko in das Eisenbahnetz hineingezogen wird, und hier ein größerer Bahnhof mit den nöthigen geräumigen Räumlichkeiten errichtet wird, so kann man schon in der nächsten Zeit auf einen namhaften Aufschwung des Handels und lebhaften Verkehr mit Bestimmtheit rechnen. Hier sind bereits alle Bedingungen des Verkehrs vorhanden, die man erst in den in Dörfern verlegten Bahnhöfen künstlich schaffen müßte. Ein Blick auf die Karte überzeugt uns, daß die topographischen Verhältnisse Eisko begünstigt haben — und dazu beitrugen, daß Eisko eben eine Handelsstadt geworden ist. Der Lauf der Flüsse und der Fall der Gebirge schuf ein Kommunikationsystem, welches hier seinen Konzentrationspunkt findet. Erwägt man hierzu, daß Eisko der Sitz so vieler Regierungsorgane ist, daß viele wichtige Interessen des Staates und der Bevölkerung unaufhörlich hier zur Entscheidung kommen, daß die Rekrutirung, die Bequartirung von Militär bei Durchmärschen, regelmäßig sich wiederholen und hier ihre Erledigung finden, daß Eisko schon heute ein lebhafter Handelsort ist — und die hiesigen Wochenmärkte zu den besuchtesten im Lande gehören, der Rind und Vorstewiehhandel stets in großen Dimensionen hier getrieben wird, und oft auf hiesigem Markte Kaufleute vom Ausland sich einfinden, daß der Umsatz in Cerealien und anderen Handelsartikeln, wie wir statistisch nachgewiesen, ein bedeutender ist, und daß ein regelmäßiger steter Verkehr mit Ungarn bereits heute stattfindet, daß nebstdem für den Betrieb und die Erhaltung der Bahn die günstigsten Bedingungen hier schon vorhanden sind — zumal solche, die auf der ganzen Strecke, allen von der Bahn berührten Punkten entweder theilweise oder völlig abgehen, — wie geregeltes Kommunikationswesen und geregelter Postverkehr nach allen Richtungen, Niederlagen von allerlei Materialien und alle die Vortheile, welche eine Stadt gewähren kann, so muß man sich wahrhaft wundern, wie sich das Consortium für eine Trace entschließen konnte, die — der nebstdem daß ihr alle diese Vortheile mangeln und den Bau und den Betrieb der Bahn unter die schwierigsten Bedingungen stellen, noch um anderthalb Meilen länger ist, um auf ewige Zeiten dem Publikum die Benützung der Bahn zu vertheuern, — und bei — unter solchen Konjunkturen voraussichtlicher schwacher Rentabilität — beständig die Staatsgarantie in Anspruch zu nehmen.

Doch wir wollen solche Bedenken nicht aufsteigen lassen, und hoffen, daß bei der definitiven Entscheidung, das Korrektiv welches wir in Anregung brachten zur Geltung kommt, wie es eben das Staatsinteresse und die vitalsten Fragen des Landes und der Unternehmung selbst, erheischen.

Sollte jedoch, wider Vermuthen, die Verlegung der Trace in die ursprüngliche Linie auf unüberwindliche Hindernisse stoßen, dann bittet die Kommune um

eine Kombination . . . damit wenigstens der Bahnhof von Lukawica in die Nähe der Stadt verlegt werde, was bei der gegenwärtigen Trace, mittelst einer gelinden Abbiegung bei einem Fall von 1:80 zu erreichen wäre.

Pisko, 24. Jänner 1870.

Felix Czastedi m. p., Bürgermeister.

Robert Baranski m. p., Bürgermeister-Stellvertreter.

Jone Grauer m. p., Gemeinderath.

Reiner Larisch, m. p., Gemeinderath und Assessor.

Josaf Rauner m. p., Gemeinderath.

Anton Marymowicz m. p., Gemeinderath.

Josef Drzechowski m. p., Gemeinderath.

Wojciech Sankiewicz m. p., Radny miasta.

Kleine kritische Chronik.

Vom 26. Jänner bis 2. Februar.

U n d.

Vielleicht ist, während wir dies schreiben, und bevor diese Nummer, welche des Feierlages wegen früher unter die Presse gelangen muß, erscheint, die bis zur Unerträglichkeit langwierige Ministerkrise bereits zu Ende. Dieses lange Suchen nach Ergänzungsministern konnte nur einen höchst nachtheiligen Eindruck machen, nicht nur in Betreff der fünf Herren, welche niemanden finden konnten, der den Triumph ihres Sieges mit ihnen theilen wollte, sondern weit mehr in Betreff des Zustandes Oesterreichs, welcher sich bei diesem Anlasse in seiner ganzen Kläglichkeit offenbarte. Der Sieg der Fünf wurde wahrlich ganz aufgehoben dadurch, daß sich selbst in der intimsten Partei derselben keine hervorragende Notabilität ihnen anschließen wollte, geschweige denn eine andere gewichtige Persönlichkeit. Auf einen hochadeligen Präsidenten mußte man ganz verzichten, wie eifrig man auch einen solchen gesucht hatte. Wenn es wahr ist, daß Fürst Adolf Auersperg als Bedingung seines Eintrittes die Degradirung des Dr. Giskra zum bloßen Sprechminister verlangte, so wäre das höchst charakteristisch. Von einer Erneuerung des Ministeriums, von einer definitiv konstituirten Regierung ist keine Rede; es treten bloß für die erledigten Portefeuilles Ergänzungsmänner ein, es kommt nur ein provisorisches Cabinet zu Stande, welches umso hinfälliger provisorisch sein wird, weil es ein ganz exklusives Parteiministerium ist. Die deutsche orthodox verfassungstreue Partei hat ihren äußersten Schritt gemacht; es ist zugleich ihr letzter nach vorwärts, sie selber wird nun zum Rückzug blasen müssen. Es ist klar, daß durch die Präsidentschaft Hasners und durch den Eintritt der Herren Wagner, Streumayr, Washington oder Banhans kein neuer Geist in das Cabinet kommen wird. Die Herren Giskra und Herbst werden nach wie vor die Doppelseite der Regierung sein, und daß zwischen diesen zwei Seelen keine Harmonie herrscht, ist bekannt genug. Charakteristisch ist es, daß Dr. Giskra so eifrig bestrebt ist, auch Polizeiminister zu werden. Es waren da wol nicht bloß sachliche, allerdings für die Vereinigung der Polizei mit dem Ressort des Innern sprechende Gründe wirksam, sondern gewiß auch Gründe des persönlichen Ehrgeizes.

Der fleghafte Minister des Innern mußte doch als Trophäe eine Machterweiterung erlangen und da er schon nicht Präsident werden konnte, so muß er Polizeiminister werden. Die „Presse“ verräth noch einen andern nicht eben zarten Grund. Sie sagt nämlich wörtlich: „Herrn Dr. Giskra bestimmen außer prinzipiellen auch Opportunitätsgründe, auf seiner Forderung zu bestehen. Der Inhaber des Portefeuilles der Polizei erfreut sich vermöge dieser seiner amtlichen Stellung eines häufigeren Kontaktes mit dem Monarchen, als ein anderer Ressortminister.“ Wenn nun Dr. Giskra es wirklich opportun fände, Seiner Majestät dem Kaiser den persönlichen Kontakt mit ihm aufzudringen, so hätte die „Presse“ es als inopportun erkennen sollen, ein solches Geheimniß auszulaudern.

Was nun die neuen Persönlichkeiten betrifft, so kann die Berufung des Herrn J. M. v. Wagner zum Landesverteidigungsminister, alle Fachbefähigung zugegeben, doch nach den Ereignissen in Dalmatien unmöglich einen günstigen Eindruck machen. Herr Dr. Stremayr ist ein vortrefflicher Charakter und vielgewandter Geschäftsmann. Als Kultusminister wird er wahrscheinlich energischer als Hasner konfessionslos sein. Für den Posten des Unterrichtsministers dürfte ihm aber doch wenigstens der wissenschaftliche Ruf fehlen. Als Ackerbauminister wird von vielen Freiherr v. Washington genannt. Er wäre für das Fach gewiß eine gute Acquisition. Die Journale heben besonders hervor, daß dieser Washington ein Nachkomme des großen Gründers der nordamerikanischen Republik sei. Sollen damit republikanische Gesinnungen angedeutet werden? Aber dieser Nachkomme des Republikaners Washington ist Baron und, wenn wir nicht irren, mit einer Prinzessin von Oldenburg vermählt. Wenn Banhaus Ackerbauminister wird, so haben wir darüber nichts zu sagen. Den Pflug Oesterreichs mag er gut zu führen verstehen; wie er aber an der Führung des Steuerruders Oesterreichs theilnimmt, das weiß man zur Genüge.

Graf Beust soll von den Verfassungstreuen dahin begnadigt worden sein, daß er sein Mandat als Abgeordneter behalten darf. Gott sei Dank, so hat der Reichskanzler doch im Abgeordnetenhaus Sitz und Stimme und kann doch wenigstens bei guter Gelegenheit durch ein Amendement auf die Reichsregierung einwirken. Jeder andern Einmischung muß er sich aber gänzlich enthalten, denn die cisleithanischen Minister wollen durchaus ebenso unabhängig sein, wie ihre Kollegen jenseits der Leitha. Es lebe die separatistische Parität, und Gott segne das Doppelleben Oesterreich-Ungarns. Graf Beust aber wird schon das Wunderwerk ausführen, die äußere Politik des Gesamtreiches zu leiten, ohne von der innern Politik beider Theile mehr zu wissen, als was er aus den Zeitungen erfährt. —

Für die galizische Resolution ist also endlich doch ein besonderer Ausbruch eingeleitet. Dieser scheint aber nicht in der Stimmung zu sein, in dieser wichtigen Frage nach selbständiger Initiative vorzugehen, denn er hat die Verathungen ausgelegt, um die Konstituierung des neuen Ministeriums abzuwarten. Nur keinen Schritt machen, ohne am Gängelbunde des Ministeriums zu sein! Wir bekommen aber kein neues Ministerium, und wie die alten Minister über die galizische Resolution denken, das dürfte den Abgeordneten wol hinlänglich bekannt sein. Jedenfalls hat man die galizischen Delegirten durch die Verhandlung über die Resolution auf längere Zeit im Hause fest, und das ist viel werth, besonders jetzt, nachdem die Tiroler davongegangen. Auch können die polnischen Delegirten, da sie ja doch sehr bescheidene und geduldige und hoffnungsfelige Leute sind, frohen Muthes sein, denn in dem Ausschuss sitzt ja der großmüthige Polenfreund Kuranda und der wird diesmal dem Königreich Galizien jedenfalls einige Gnaden gewähren. In Galizien selber und besonders in Lemberg gibt es allerdings Leute, welche nicht so geduldig, nicht so vertrauensblind sind, wie die galizischen Herren Reichsräthe. Selbst der Klub der Resolutionisten verlangt eine reso-

lutere Haltung der Delegation, der demokratische Verein aber fordert ganz entschieden die sofortige Nachahmung des tirolischen Beispiels. Sogar der Exminister Graf Potocki wurde heftig angegriffen wegen seiner Laubheit in der Resolutionsfrage. Doch was konnte dieser Ehrenmann als Minister anderes thun, als daß er eben aufgehört hat, Minister zu sein?

Reichbauer hat sich beeilt, den üblen Eindruck, den die Adressdebatte allgemein gemacht hat, dadurch zu bejähigen, daß er die Einführung der obligatorischen Zivilehe und die gänzliche Abschaffung des Konkordates beantragte. Des Beifalles einer großen Menge ist Dr. Reichbauer sicher, ob er jedoch auch dem Ministerium eine Freude gemacht hat, dürfte fraglich sein. Wir unserntheils können es nicht loben, daß auch Reichbauer des Glaubens ist, die Völker Oesterreichs könnten durch völlige Konfessionslosigkeit über alle sonstigen Trostlosigkeiten getröstet werden. Er macht es gerade so wie die Minister und der Reichskanzler, die auf alle Klagen der Völker entgegnen: „Haben wir nicht für die konfessionellen Gesetze gestimmt und die Sanktionirung derselben erwirkt?“ Durch die obligatorische Zivilehe, durch die gänzliche formelle Aufhebung des Konkordates werden die Völker Oesterreichs nicht geeinigt, wird Oesterreich nicht zufrieden und glücklich werden. Wir haben jedenfalls zunächst viel dringendere Aufgaben. Viel besser wäre es gewesen, wenn Reichbauer den Antrag gestellt hätte, daß im Sinne jener Amendements, die er in der Adressdebatte zu stellen die Absicht gehabt hatte, an einem freien Ausgleich gearbeitet werden möchte.

Wir müssen für die Mit- und Nachwelt konstatiren, daß Baron Tinti die Würde eines päpstlichen Kämmerers bekleidet. Das haben wir nicht gewußt. Nun, umso interessanter ist das Auftreten des Herrn Kämmerlings gegen die Tiroler. Weil diese Männer als gute Katholiken dem Papste gehorchen, warf ihnen Baron Tinti vor, daß sie keine Deutschen, keine Oesterreicher seien, daß Rom ihr Vaterland, der Papst ihr Kaiser sei — und der Herr Baron selber gehört gar zum Hofstaat des Papstes, hat vielleicht einen eigenen Kämmerlingsseid abgelegt. Das ist doch eine sehr merkwürdige psychologische Erscheinung! —

Merkwürdig ist es auch, daß das Hauptorgan des modernen Liberalismus neuerlich wieder sehr eifrig verlangt hat, daß alle öffentlichen Funktionäre ganz eigens auf die Verfassung beeidet werden sollten. Wir finden dies nicht etwa deshalb merkwürdig, weil wir selber keinen Verfassungseid wollten, oder überhaupt auf alle Eide nichts hielten; wir wundern uns nur, daß gerade das Journal, welches den Professor Karl Vogt als den Apostel einer neuen Weltbildung begrüßt und begeistert verkündet hat, daß durch die Lehren dieses Apostels die Menschheit aus den Fesseln des religiösen Aberglaubens befreit werden wird, wir wundern uns, daß dieses Journal überhaupt auf Eide etwas hält und daß es besonders die von ihm geliebte Verfassung durch Beamten- und Soldateneide sicher stellen zu können hofft. Uns dünkt, daß diejenigen, welche an die Lehren Darwins und Vogts glauben, auch den Eid für einen religiösen Aberglauben erklären müßten. —

Die Wilde, mit welcher die Bocca di Cattaro pazifizirt worden ist, wird noch immer getadelt. Daß Leute, welche über jede Revolution entzündet sind, wenn dieselbe ziemlich weit von Oesterreich entfernt ist, Leute, welche jedem hübsch fernen aufständischen Volke den Sieg wünschen und diejenigen, welche ein solches Volk mit Waffengewalt bezwingen und mit kriegsrechtlicher Strenge bestrafen, als Barbaren und Tyrannen verdammen, daß diese Leute eine blutige Unterdrückung und kriegsrechtliche Bestrafung der Bocchesen, welche nicht nur Rebellen waren, sondern auch Slaven sind, gewünscht hätten, darüber sagen wir nichts, denn diese Leute, welche unter der Freiheitsschale blutgierig grausame Völkerfeinde sind, brandmarken sich selber hinlänglich;

aber mit Bedauern und Besorgniß haben wir vernommen, daß auch in den Kreisen der Armee, in militärischen Blättern über die großmüthige Behandlung der Bocchesen geklagt wird, ja daß man darin nicht bloß eine Beeinträchtigung der Staatswürde, sondern auch eine Verletzung der Soldatenehre finden will. Was ist denn nun in der Bocca geschehen? Der Kaiser hat verziehen. Durch edelmüthiges Verzeihen kann aber nie und nirgends irgend ein Ansehen verletzt werden, es gereicht immer und überall zur Ehre. Das Recht der Begnadigung ist aber besonders das schönste Vorrecht des Monarchen, er kann es zu jeder Zeit, an jedem Orte ausüben, und wann und wo er es thut, verletzt es mit nichts die Würde des Staates, weil es eben ein Akt der höchsten Staatswürde ist. Und wie steht es denn mit der Soldatenehre? Der Kaiser hat die friedliche Beilegung des Konfliktes befohlen. Es konnte also unmöglich die Soldatenehre verletzt werden dadurch, daß FML. Rodich mit soldatischem Gehorsam die Befehle des obersten Kriegsherrn vollzog. Was den FML. Rodich persönlich betrifft, so dürfte wol kein Soldat es wagen, ihm eine Verletzung der Soldatenehre vorzuwerfen. Worin besteht denn die Soldatenehre in einem Bürgerkriege? Sie soll und muß nur darin bestehen, daß jeder Soldat selber die möglichst rasche und möglichst unblutige Beendigung eines solchen Krieges wünscht. Für jeden Soldaten, der sich zugleich als Staatsbürger, als Sohn des Volkes fühlt, ist es die schmerzlichste und schwerste Pflicht, in einem Bürgerkriege kämpfen zu müssen, es wird daher jeder Soldat selbst mit Resignation auf kriegerische Auszeichnung sehnlichst wünschen, dieser traurigen Pflicht so schnell als möglich entledigt zu werden. Nicht diese Resignation verletzt die wahre Soldatenehre, sondern der Wunsch würde sie verletzen, den Kampf fortzusetzen, lediglich um sich für etwa erlittene Unfälle zu rächen. Selbst gegen einen auswärtigen Feind ist ein bloßer Raubkrieg inhuman. Noch weniger würde es der Soldatenehre dienen, wenn die Soldaten verlangen möchten, daß nach ihnen die Henker und Kerkermeister in Aktion treten sollten, wenn die Soldaten es mit Mißgunst betrachten wollten, daß der Monarch die Schäden des Bürgerkampfes so viel als möglich gut zu machen sucht.

U n g a r n.

In Frankreich kommt es der Regierung gut zu statten, daß der eigentlich politische Kampf einigermaßen durch eine handelspolitische Bewegung in den Hintergrund gedrängt wird. Das Ministerium kann da als Kämpfer der Freiheit, nämlich der Handelsfreiheit Lorbeeren pflücken. Es wird ihm aber auch das nicht leicht.

Bayern ist und bleibt das Land der politischen Paritäten und Wunder. Beide Kammern haben dem Ministerium Hohenlohe ein entschiedenes direktes Mißtrauensvotum gegeben, aber der König will nicht von diesem Ministerium lassen, sondern versichert den Fürsten Hohenlohe seines unveränderten vollkommenen Vertrauens. Was wird nun geschehen? Es war schon wunderbar genug, daß das Kabinet Hohenlohe im Amte blieb, obwol es schon durch die Wahlen ein Mißtrauensvotum des Volkes empfangen hatte.

In Rom wird immer heftiger über die Unfehlbarkeit gestritten. Wenn man die Erklärungen für und wider liest, so erkennt man, daß jede der zwei Parteien für sich selber Unfehlbarkeit beansprucht. Uebrigens hat Bischof Strozsmayer wieder eine freisinnige Rede gehalten und es ist ihm darin der ungarische Erzbischof Haynald nachgefolgt. Vielleicht werden diesem die ungarischen Studenten eine Adresse schicken wollen. Wir sind neugierig, ob das in Pest verboten werden wird, wie es in Agram in Betreff Strozsmayers verboten worden ist.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

IX.

Der erste habsburgische Herzog.

(Fortsetzung.)

Nachdem Albrecht abermals mit dem Erzbischof Konrad von Salzburg Krieg geführt, die Ländereien desselben furchtbar verwüstet, schließlich aber mit ihm in sehr nachgiebiger Weise Frieden und dauernde Freundschaft geschlossen hatte, erfasste sein hochstrebender Geist mit gesteigerter Energie wieder den Plan, den deutschen Kaiserthron zu besteigen, obwohl derselbe nicht erledigt war. So groß war der Ehrgeiz Albrecht's, so ungebulbig wünschte er das, was seinem Hause erst später zu Theil wurde, nämlich die Herrschaft über Deutschland, daß er zur Erreichung dieses Zieles es nicht verschmähte, sich in eine Verschwörung gegen den rechtmäßig gewählten, von ihm selber anerkannten Kaiser Adolf einzulassen, ja eigentlich das Haupt derselben zu sein.

Als Gelegenheit, die Verbündung zum Sturze Adolfs einzuleiten, wurde die Krönung des Königs Wenzel von Böhmen benutzt, welche zu Pfingsten des Jahres 1297 in Prag gefeiert wurde. Die Silberungen, welche gleichzeitige Schriftsteller, auch der österreichische Chronist Ottokar von Horneck als Augenzeugen, von jenem böhmischen Krönungsfeste machen, zeigen, in welcher Herrlichkeit damals das Königreich Böhmen und der Thron desselben dagestanden. Es wohnten der Krönung Wenzels achtundzwanzig weltliche und geistliche Fürsten des deutschen Reiches bei, darunter drei Kurfürsten, nämlich der Erzbischof von Mainz, dann die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg. Die sämtlichen Vasallen der Krone Böhmen und zahlreiche Ritter, Edle, Präbste und Äbte aus den böhmischen Kronländern und andern Gebieten hatten sich eingefunden und wurden sämtlich auf königliche Kosten reichlich bewirthet. Auch der österreichische Herzog Albrecht, Schwager des Böhmenkönigs, war mit einem überaus zahlreichen Gefolge nach Prag gekommen und trat daselbst, um sich als würdigen Kandidaten der Kaiserkrone zu zeigen, mit glänzendster Pracht auf, gewann sich durch verschwenderische Freigebigkeit viele Anhänger. Beim Krönungsmahle ereignete sich ein charakteristischer Fall. Herzog Albrecht, der dem neugekrönten König etwas sagen wollte, näherte sich dem Thronessel desselben und beugte sein Knie. Die Geschichtschreiber sind im Zweifel darüber, ob das blos zufällig, etwa zur Erleichterung der vertraulichen Ansprache geschehen, oder eine absichtliche Huldigung gewesen sei, um dem stolzen Böhmenkönig, dessen Freundschaft für die hohen Pläne Albrechts von großem Werthe war, zu schmeicheln. Genug, Wenzel duldete die demüthige Stellung des österreichischen Herzogs, was Ottokar von Horneck, in seinem österreichischen Gefühle verletzt, mit folgenden naiven Reimen rügt:

„Es war ain Vehmischer Lud,
Der in daz tuen hieß,
Daz er in so lang ließ
Knehen, den Hochgeporn,
Der da war außersporn
An aller Würdigkait.“

Es befand sich aber jemand an der Tafel, dem diese Demuth des sonst so stolzen Albrecht sehr wohlgefiel. Das war der Kurfürst Erzbischof Gerhard von Mainz, der dem Herzog in's Ohr flüsterte: „Nun erkenne ich Euch für würdig, den deutschen Thron zu besteigen.“

Nachdem die Krönungsfeste sehr schmerzlich durch den raschen Tod der Königin Jutta abgebrochen worden waren, so hatten die Fürsten umso mehr Zeit, sich mit der Verschwörung gegen den Kaiser zu beschäftigen. Dieser hatte wahrlich nichts gethan, was seine Absetzung irgend hätte rechtfertigen können. Aber er war schwach und arm und wollte reich und mächtig werden, und er hatte von England Subsidien Gelder angenommen, was man damals in Deutschland für eine Schmach hielt. Sein Hauptverbrechen aber bestand darin, daß er die Versprechungen, welche er seinen Wählern, namentlich auch dem Kurfürsten von Mainz gemacht hatte, nicht erfüllte. Dagegen erwies Albrecht sich höchst freigiebig (er sicherte z. B. dem Kurfürsten von Mainz 15.000 Mark Silber zu), und man konnte von dem reichen Fürsten hoffen, daß er sein Wort erfüllen würde. Also sollte Adolf abgesetzt, und Albrecht auf den Kaiserthron erhoben werden.

Da König Wenzel selber die Kurwürde besaß, so waren in Prag vier Kurfürsten, also die Majorität anwesend, und man hielt sich für berechtigt, über Deutschland zu entscheiden, umso mehr, da der Erzbischof von Mainz sich verbürgte, auch den Kurfürsten von Köln zu gewinnen. Die beiden Kurfürsten von der Pfalz und von Trier hoffte man, so wie den Kaiser selber schlimmsten Falles mit den Waffen zu überwältigen. Also beschloßen die Verschwornen die Absetzung Adolfs und die Erhebung Albrechts, und dieser wurde aufgefordert, sich ohne Verzug in wehrhaften Stand zu versetzen, um sobald als nöthig mit ausgiebiger Macht an den Rhein ziehen zu können. Um die näheren Maßregeln zu vereinbaren, wollte man demnächst in Eger zusammen kommen. Das wurde jedoch vereitelt, denn Kaiser Adolf, welcher von dem, was in Prag gegen ihn geschmiedet worden, genaue Kunde hatte, versperrte die Wege nach Eger und griff sofort gegen den Kurfürsten von Mainz zu den Waffen. Also beschloßen die Verschwornen, die Sache zu verschieben und die entscheidende Versammlung bei günstiger Gelegenheit in Wien zu halten.

Herzog Albrecht benützte die Zwischenzeit eifrig, um sich zu rüsten und durch Bündnisse zu stärken. Zu beidem brauchte er sehr viel Geld und mußte außerordentliche Finanzmaßregeln ergreifen. Er verkaufte Familiengüter, verpfändete Burgen und Schmucksachen und beutete alle Hilfsquellen seiner Lande bis zur Erschöpfung aus. Mit Salzburg und Kärnten wurde eine günstige Allianz geschlossen. Auch mit dem Herzog Otto von Baiern kam nach mühseligen Verhandlungen ein Bündniß zu Stande, jedoch nicht ganz nach dem Wunsche Albrechts. Der bayerische Herzog verpflichtete sich nämlich gegen Zusicherung von zweitausend Mark Silber bloß, „seinem lieben Schwager gegen jeden Feind beizustehen, nur nicht gegen den Kaiser.“ In die habsburgischen Stammlande, nach Schwaben und an den Rhein sandte Albrecht reich mit Geld versehene Eilboten, um sich eines möglichst starken Zuzuges zu versichern; und der Erfolg war ein günstiger. Auch nach Rom schickte der Herzog eine Gesandtschaft, um den Papst Bonifazius VIII. für den rebellischen Plan zu gewinnen. Der heilige Vater gab aber eine abschlägige Antwort und empfing gleich darauf Gesandte Adolfs, denen er die Versicherung gab, daß er die Absetzung desselben niemals bewilligen werde, ihn vielmehr in Rom zu sehen wünsche, um ihm die Kaiserkrone aufzusetzen. Doch die Raritäten gaben, wie man mit Grund glaubt eigenmächtig, dem österreichischen Gesand-

ten Briefe, aus denen man zwar nicht eine Billigung der Empörung, wenigstens aber so viel herauslesen konnte, daß man von Rom keinen ernstlichen Widerspruch zu fürchten hätte, wenn das Unternehmen einen glücklichen Erfolg haben würde.

Im Februar des Jahres 1298 fand die verabredete Versammlung in Wien statt. Wie früher die böhmische Krönung, so wurde jetzt die Verlobung des böhmischen Kronprinzen Wenzel mit einer Tochter des ungarischen Königs Andreas für die Zwecke der Verschwörung benutzt. Zu der Verlobungsfeier waren nebst den Königen von Böhmen und Ungarn so viele weltliche und geistliche Fürsten, so zahlreiche Ritter und Edle aus Deutschland, Böhmen, Ungarn und den österreichischen Landen gekommen, daß Wien die Menge der Gäste kaum fassen konnte. Dabei erzählt die Chronik, daß die Wiener mit den ungarischen Gästen sehr unzufrieden waren, weil diese nicht nur ihre Pferde in den Wohnstuben einquartierten, sondern sich auch gegen die schönen Wienerinnen brutale Zubringlichkeiten erlaubten. Es entstand deshalb einmal beim Stubenthor eine blutige Kauferei, in welcher zehn Ungarn erschlagen wurden.

Die Verlobung wurde mit außerordentlicher Pracht und glänzenden Festlichkeiten gefeiert. Während der öffentlichen Lustbarkeiten beschäftigten sich aber die Fürsten im geheimen mit dem sehr ernstesten Plane, den Kaiser vom Thron zu stoßen. Der König-Kurfürst von Böhmen, dann die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg waren persönlich anwesend, von dem Erzbischof von Mainz aber Bevollmächtigte. Dieses Kollegium beschloß nun definitiv die Absetzung Adolfs und die Wahl Albrechts. Dieser mußte sich aber die Stimmen theuer erkaufen. So verpfändete er z. B. für den Fall, als er wirklich Kaiser würde, dem König von Böhmen Eger, das Pleißner Land, Altenburg, Chemnitz, Zwickau, dann die Burgen Flöß und Parkenstein und die Stadt Waid, fast lauter Gebiete, die sich vorläufig noch unter der Herrschaft des Kaisers befanden. Zugleich sicherte Albrecht dem böhmischen König nicht nur die Bestätigung aller bisherigen Rechte und Freiheiten des Königreiches zu, sondern auch die Befreiung von allen Lehensobliegenheiten, auch von der Pflicht, auf den deutschen Reichstagen zu erscheinen. In ähnlicher Weise wurden auch die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg anticipando belohnt, während dem Kurfürsten von Mainz schon früher 15.000 Mark Silber zugesichert waren und nun noch gelobt wurde, daß ihm der künftige Kaiser in allen Dingen ergeben und in jeglicher Weise dankbar sein werde.

Die Festlichkeiten in Wien waren noch nicht zu Ende, als vom Kurfürsten von Mainz die ernste Mahnung einlangte, der Herzog möge nicht länger zögern, sondern so rasch als möglich an den Rhein kommen. Also trat Albrecht Mitte Fasten 1298 den verhängnißvollen Zug an. Sechstausend Gewappnete, darunter viele österreichische Herren, aber kein steirischer, begleiteten ihn, und in seiner Kriegsstärke befanden sich 22.000 Mark Silber. Von dieser Waffe mußte Albrecht gleich an der Grenze Baierns Gebrauch machen, denn Herzog Otto wollte ihm den Durchmarsch nicht gestatten, weil es „ja doch gegen den Kaiser ginge.“ Doch gegen Empfang von tausend Mark und die Zusicherung, daß Albrecht die Bedürfnisse seiner Leute baar bezahlen werde, ließ ihn Otto doch gegen den Kaiser durch Baiern ziehen. Auch Kaiser Adolf war bereits ins Feld gezogen, und bald standen sich die beiden Heere gegenüber; sie beschränkten sich jedoch auf kleine Scharmügel, denn kein Theil war sich des Uebergewichtes sicher, jeder erwartete noch Zugug, bevor er einen entscheidenden Kampf wagen wollte.

Während so die blutige Entscheidung hinausgeschoben wurde, beeilten sich die verschwornen Kurfürsten, die Sache in einer unerhörten Rechtsform zu erledigen. Es kamen nach Mainz zu dem dortigen Kurfürsten, dem Erzbischof Gerhard, die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, dann Bevollmächtigte des Königs von Böhmen und des Kurfürsten von Köln. Zwei Mitglieder des Kurkollegiums fehlten, nämlich die Kurfürsten von Trier und von der Pfalz. Doch sandte des Pfälzers Bruder, Ludwig, welcher die Kurstimme, obwohl bestrittenerweise mit seinem Bruder gemeinschaftlich besaß, einen Bevollmächtigten nach Mainz. Somit fehlte nur eine Stimme, die von Trier.

Das Kollegium der Sechs erlaubte sich nun den unerhörten Akt, den Kaiser Adolf nach Mainz vorzuladen, damit er die gegen ihn vorliegenden Anklagen hören, sich vertheiligen und sein Urtheil vernehmen möchte. Die Vorladung wurde dreimal wiederholt, und da der Kaiser selbstverständlich nicht Folge leistete, sondern die Sechs für Rebellen erklärte, so konstituirten sich diese als Reichsgericht, um den Kaiser in contumaciam zu richten. Erzbischof Gerhard führte den Vorsitz, und der Kurfürst Albrecht von Sachsen übernahm die Rolle des Anklägers. Er warf dem Kaiser sieben schwere Verbrechen vor, nämlich: Meineid, Nothzucht, Wortbrüchigkeit, Vestecklichkeit, Nichtaufrechthaltung des Landfriedens, dann daß er von England „Gold“ angenommen und endlich, daß er der Berufung vor das Kurfürstenkollegium nicht Folge geleistet. Ueber diese Anklagen wurde nun mit allen Förmlichkeiten verhandelt, und am 22. Juni 1298 fällte das Kollegium, selbstverständlich einstimmig das Urtheil, daß Adolf von Nassau der deutschen Krone verlustig sei, daß er mit der Reichsacht und mit dem Kirchenbanne bedroht werde, wenn er sich fortan noch die Ausübung königlicher Rechte anmaßen würde. Zugleich erging an alle Fürsten, Grafen, Herren und Vasallen des Reiches das Verbot, dem Adolf von Nassau ferner noch irgendwie zu gehorchen. Alle seine Anhänger wurden gleichfalls mit Acht und Bann bedroht, wofern sie ihn nicht sogleich verlassen würden.

Tags darauf trat das Kollegium formell zur neuen Königswahl zusammen und erklärte ohne alle Debatte abermals einstimmig, daß niemand der deutschen Krone würdiger wäre, als der Herzog Albrecht von Oesterreich und Steyer. Dies illustriert der Chronist Ottokar v. Horneck mit folgenden Reimen:

„Denn der von Oesterreich,
Der hat Er und Gut,
Ehraft und mändleichen Mut,
Wicz und Tugent manigfalt
Und möcht auch vor Gewalt
• Das Reich beschirmen wol.“

Sofort begaben sich nun die sechs rebellischen Königsmacher in die Kirche des heiligen Martin, wo Fürsten, Grafen, Ritter, Herren und Volk zahlreich versammelt waren. Erzbischof Gerhard trat an den Altar und proklamirte den Herzog Albrecht von Oesterreich und Steyer als erwählten römisch-deutschen König. Die versammelte Menge nahm die Kunde mit lautem Jubel auf und rief: Dem neuen Herrscher Heil und Segen! Darauf stimmte der Erzbischof das Te Deum laudamus an. Dann kündigte das Kollegium dem Kaiser Adolf seine Absetzung durch einen Reichsherold an, der aber äbel empfangen und schände abgewiesen wurde. Adolf, entschlossen, sein Recht mit den Waffen zu behaupten, erklärte die Sechs und ihren Erwählten für Rebellen und beschuldigte den Erzbischof von Mainz öffentlich der Simonie, des Mordes, der Blutschande und des Meineides.

Herzog Albrecht empfing die Nachricht von seiner Erwählung in seinem Kriegslager durch den Untermarschall des Reiches. Als die Ankunft desselben gemeldet wurde, trat Albrecht mit bleichem Angesicht aus seinem Zelte. Mit niedergeschlagenem Blicke hörte er die Botschaft und gab längere Zeit keine Antwort. Erst nachdem der Marschall alle Umstände, unter denen Adolfs Absetzung und die neue Wahl stattgefunden, ausführlich vorgetragen hatte, erklärte Albrecht, daß er die Krone annehme. Großer Jubel erscholl im Lager; Albrecht selber befand sich jedoch in sehr gedrückter Stimmung. Er war nun an dem ersehnten Ziele seines Ehrgeizes; sein Gewissen gestattete ihm aber nicht, sich dessen zu freuen. Er wußte auch, daß er sich die Krone erst mit den Waffen erkämpfen mußte. (Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz der Redaktion.

Herrn A. am Neubau hier: Ihre Mittheilung in Betreff des Titels eines vielgenannten Reichsrathsabgeordneten hat uns nur durch die Bestimmtheit überrascht, denn Zweifel hatten wir schon früher von mancher Seite vernommen. Wir selber folgten lediglich dem allgemeinen Gebrauch, ohne der Sache eine Bedeutung beizulegen. Obwol nun Sie und Ihre Freunde den Fall ernster auffassen, und wir die Berechtigung dazu vollkommen anerkennen, so hoffen wir doch, daß Sie es begreiflich finden und gütig billigen werden, wenn wir es ablehnen müssen, unserntheils zur Aufklärung dieser persönlichen Angelegenheit die Initiative zu ergreifen. — Durch Ihre gewichtigen Urtheile über die Zustände und Persönlichkeiten unserer neuesten Aera ist Ihr Brief wahrlich ein interessantes Dokument für die Zeitgeschichte. Es war hoch erfreulich für uns, solche Urtheile aus Wien, und vom Neubau zu vernehmen, und wir bedauern es lebhaft, Ihren Brief nicht abdrucken zu können. Wir hoffen mit Ihnen, daß bald eine bessere Zeit kommen wird. Dazu ist aber nothwendig, daß alle, welche so denken und fühlen, wie Sie, hochgeehrter Herr, mit ihrem Denken, Wissen und Wollen offen hervortreten. Die freundliche Anerkennung, welche Sie „im Namen gar Vieler“ dem Redakteur dieses Blattes persönlich ausgesprochen haben, ist mit Freude und innigem Dankgefühle empfangen worden. Mögen Sie und Ihre Gesinnungsgegnossen versichert sein, daß der Redakteur der „Reform“ unter allen Umständen, auch in dem von Ihnen angedeuteten Falle, sich gleich bleiben wird.

Der Kurgesellschaft zu Frohnleiten in Steiermark. Sie haben uns sehr angenehm mit einem Schreiben überrascht, in welchem Sie uns in höchst schmeichelhafter Weise auffordern, Ihnen die Frage zu beantworten: „ob außer den Polen jemand den Glauben an die Wiederherstellung Polens hegen kann, oder ob nicht im Gegentheile alle edlen Geister unter den Völkern diesen Glauben hegen müssen, ja ob dieser Glaube nicht sogar begründet ist, überhaupt und speziell begründet in der heutigen rapid sich entwickelnden Staatenbildung auf nationaler Grundlage?“ — Wir fühlen uns sehr geehrt durch den einstimmigen Beschluß der hochgeehrten Kurgesellschaft in Frohnleiten, von uns die Beantwortung dieser verhängnißvollen Frage zu wünschen, und wir sind zugleich sehr dankbar dafür, daß uns durch die Formulirung der Frage die Antwort erleichtert wird. Wir erlauben uns die Bemerkung, daß die verehrte Kurgesellschaft die Frage mit diplomatischer Feinheit gestellt hat, indem sie nur von dem Glauben an die Wiederherstellung Polens spricht. Da kann man die Frage rück- sichtslos und ohne die Furcht des Ministers Bismarck vor Rußland zu theilen mit einem

ganz entschiedenen Ja beantworten. Die Mitglieder der Kurgesellschaft, welche die „Reform“ lesen und vielleicht auch frühere Schriften des Redakteurs gelesen haben, konnten gewiß keine andere, als eine bejahende Antwort erwarten. Ja wahrhaftig, glauben kann und muß jeder edle Mensch an die Wiedererstehung Polens! Wer überhaupt noch an menschliche und göttliche Gerechtigkeit glaubt, der muß auch glauben, daß Polen noch nicht verloren sei. Das Wort: „Der Glaube macht selig.“ wird freilich schon in allgemeiner Beziehung oft bloß satyrisch angewendet, und so gibt es heutzutage selbst unter den ehemaligen enthusiastischen Polenfreunden viele, welche den Glauben an die Wiederherstellung Polens als einen eiteln betrachten und ihn nur insofern gelten lassen, daß er den Polen selber eine Linderung ihres Unglücks schafft. Aber eben weil die Polen ihr Vaterland mit so standhafter Treue lieben, mit wahrhaft religiöser Innigkeit an die Rettung desselben glauben, diese Rettung von der Gerechtigkeit Europas und Gottes hoffen, eben darum kann und wird dieses Glauben, Hoffen und Lieben des polnischen Volkes nicht fruchtlos bleiben.

Wann und wie aber der Glaube des polnischen Volkes, den alle Edlen, Gerechten, Freisinnigen mit diesem Volke theilen müssen, in welcher Zeit und auf welche Weise dieser Glaube realisiert werden wird, diese Frage zu beantworten, hat uns die geehrte Kurgesellschaft freundlicherweise nicht zur Aufgabe gestellt. Der unsere Zeit bewegende, immer mächtiger werdende Gedanke nationaler Staatenbildungen fordert allerdings mit logischer Konsequenz auch die Wiederherstellung Polens; doch dieser Gedanke hat auch Konsequenzen, welche den Hoffnungen der Polen nachtheilig sind. Das alte polnische Reich war kein reiner Nationalstaat, es herrschte auch über nichtpolnische Gebiete, und dem Nationalstreben tritt Rußland entgegen, welches den Gedanken der nationalen Staatenbildung höher und allgemeiner, als einen allslavischen auffaßt. Abgesehen von Rußland und Oesterreich kommen die Polen, indem sie für die Wiederherstellung ihres Reiches auch die nichtpolnischen Theile reklamiren, nicht nur mit Preußen, sondern mit dem ganzen deutschen Volke in Konflikt, welches niemals gewillig z. B. auf Danzig u. s. w. verzichten würde und auch nicht auf Posen, welches schon zur Hälfte germanisiert ist.

Als fast ganz zweifellos muß man es erkennen, daß die Polen mit ihren eigenen Kräften allein ihr Reich nicht wieder herstellen können. Wer aber wird ihnen Hilfe leisten? Gewiß hätte Napoleon III. viel mehr Ursachen gehabt, Polen aus der russischen Knechtschaft zu befreien, als Italien zu einigen. Doch Frankreich hat die Polen stets nur durch trügerische Hoffnungen zum Werkzeug für französische Zwecke gemacht. England will nicht die Wiederherstellung Polens, denn das egoistische Inselvolk fürchtet, daß Rußland nach dem Verluste Polens seine Uebermacht nach Asien wenden und das indobritische Reich gefährden würde. An preussische Sympathien für Polen ist nicht zu denken. Oesterreich hätte allerdings den hohen Verus die drei jagellonischen Kronen Böhmen, Ungarn und Polen zu vereinigen — aber!! So wird es vielleicht schließlich dahin kommen, daß Rußland selber zur Einsicht gelangt, ja sich gezwungen fühlt, Polen wiederherzustellen. Das wird dann freilich nicht die rechte Erfüllung des polnischen Glaubens, jedenfalls aber eine sehr empfindliche Beschädigung, eine sehr gefährliche Bedrohung Europas und besonders Oesterreichs sein.

Möge die geehrte Kurgesellschaft in Frohnleiten mit dieser unserer flüchtigen Beantwortung ihrer ernsten Frage einstweilen nachsichtsvoll zufrieden sein. Wir werden noch oft Veranlassung haben, uns mit der polnischen Frage eingehender zu beschäftigen.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: **Franz Schufella.**
Die Redaktion befindet sich: **National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.**

Administration: **Laborstraße Nr. 52.**
Druck von **R. v. Waldheim**

Die Reform.

No. 6.

Wien, den 10. Februar 1870. IX. Jahrgang.

Kein neues Ministerium und ein altes Programm.

Nach wochenlangen Geburtswehen, in welchen, wie anfangs verkündet und eine Zeit lang geglaubt worden war, ein neues Ministerium zur Welt gebracht werden sollte, ist bloß das alte, in politische Agonie verfallen gewesene Ministerium wieder in's Leben gerufen und lediglich ressortmäßig ergänzt worden. Die langwierige Krisis bestand bloß darin, zwischen den alten Ministern einigen Wechsel der Stellung zu Stande zu bringen und für die erledigten Portefeuilles Träger zu finden. Wir haben also kein neues, nicht einmal ein verneueretes Ministerium erhalten, denn darin, daß zwei bisherige Rätthe des Dr. Giskra und ein von ihm angestellt gewesener Statthalter in das Cabinet eingetreten sind, liegt doch gewiß keine politische Erneuerung, sondern eben lediglich eine ressortmäßige, um nicht zu sagen, eine bloß physische Ergänzung desselben.

Es war das vorauszusehen. Denn nachdem die drei Minister, welche eine neue Politik befürwortet hatten, entlassen waren, und dadurch das Memorandum der Fünf angenommen, d. i. die Fortsetzung der alten Politik gutgeheißen war, hätten wir selbst dann kein politisch neues Ministerium gehabt, wenn die sämmtlichen Minister ausgetreten, aber durch Männer ersetzt worden wären, welche sich ebenfalls zu dem Majoritätsmemorandum und zur Majoritätsadresse bekennen.

Da das Ministerium offenbar nur einen provisorischen Charakter hat und gar keinen andern haben kann, so wäre eigentlich eine Personaler Ergänzung gar nicht nothwendig gewesen. Man hat diese Ergänzung wahrscheinlich auch nur deshalb vorgenommen, um den provisorischen Charakter zu verhüllen. Diesen Zweck hat man aber nicht erreicht, denn dadurch, daß drei dem Minister des Innern untergeordnet gewesene Administrationsbeamte nunmehr Ministerseize einnehmen, dadurch wird gewiß niemand zu dem Glauben gebracht werden, daß wir ein für die Dauer gekräftigtes, in der Durchführung seiner Politik gesichertes Ministerium hätten. Bei dieser Bemerkung lassen wir die Ressortfähigkeit der drei Herren ganz aus dem Spiele; wir heben nur hervor, daß der Eintritt derselben die politische Stellung des Ministeriums nicht gebessert, sondern im Gegentheil sehr verschlimmert hat. Wenn die Fünf schon keine andern Kollegen suchen wollten, oder finden konnten, so wäre es in der That besser gewesen, daß sie die Geschäfte allein fortgeführt hätten. Und dies wäre doch gewiß nicht

unmöglich gewesen. Fühlte sich doch Herr von Beust schon nach ganz kurzem Aufenthalte in Oesterreich stark genug, mehrere Ministerien zu leiten. So hätte denn gewiß auch Herr von Hasner neben der Präsidentschaft, in der er allem Anschein nach ohnehin keine sehr aktive Rolle spielen wird, das Portefeuille des Unterrichts und Kultus behalten können. Wäre dies aber vielleicht deshalb nicht gegangen, weil Herr von Hasner sich als ehemaliger Zeitungsredakteur recht umfassend und tief eindringend mit der Presseleitung beschäftigen, ein wahrer Reichsredakteur sein will, so hätte gewiß Herr Dr. Herbst als ehemaliger Professor neben der Justiz auch den Kultus und Unterricht leiten können. Ganz besonders aber wird dem Herrn Dr. Giskra gewiß niemand die Kraft absprechen, mehrere Ministerien auf seine Schultern zu nehmen. Wir unserntheils trauen ihm sogar den Muth und Ehrgeiz zu, Universalminister zu sein. Jedenfalls aber hätte er mit leichter Mühe das ganze Portefeuille des Grafen Taaffe übernehmen können, nämlich nicht blos die Polizei, sondern auch die Landesvertheidigung. Herr Dr. Giskra ist ja in der That ein kriegerischer Charakter, und er hat als Berichterstatter über das Armee-Budget bewiesen, daß er nicht blos Landesvertheidigungs-, sondern Kriegsminister sein könnte. Sind ja doch in dem mustergiltigen England in der Regel Civilisten Kriegsminister, und in Rom ist es gar ein Cardinal. Und Graf Taaffe war ja auch kein Soldat, und Graf Andrássy ist auch keiner. Oder deutet die Berufung eines Generals zum Landesvertheidigungsminister vielleicht an, daß man sich auch in Cisleithanien endlich an die Landwehr erinnert, während Ungarn längst übereifrig bemüht ist, seine Honvedarmee auf die Beine zu bringen? Doch die Landwehr könnte bei uns, wie in Ungarn die Honveds durch einen Landwehrkommandanten organisiert werden, während die sonstigen Geschäfte, welche nach unserer wunderlichen Verfassung dem Landesvertheidigungsminister zugewiesen sind, gewiß ebenso eigentlich wie die Leitung der Polizei zur politischen Administration, also in den Ressort des Innern gehören. Die Personalergänzung des provisorischen Ministeriums war also gewiß nicht nothwendig. Allerdings wäre dann eine Kumulirung von Aemtern eingetreten, aber das ist ja im neuen Oesterreich überhaupt nichts Seltenes, sondern schon zur Regel geworden. Zugleich wäre durch diese Kumulirung eine Ersparung in den Staatsausgaben eingetreten, was der Herr Finanzminister Dr. Brestel wol hätte berücksichtigen sollen, da er doch in Betreff der Staatseinnahmen, d. h. in Betreff der Leistungen der Steuerträger bis in's kleinste genau ist und mit bewunderungswürdiger Findigkeit zu entdecken weiß, wo noch etwas heraus und herein zu bringen ist.

Vielleicht hat man die bloße Personalergänzung des Ministeriums hauptsächlich deshalb vorgenommen, um den persönlichen und Parteisieg recht efflant zu machen. Das ist sehr möglich. In der That dokumentirt die Ergänzung und Gruppierung des Ministeriums einen Sieg erstlich des Dr. Giskra und dann der deutschen Verfassungspartei, der deutschen Bourgeoisie und der gewöhnlichen

Liberalen. Für Herrn Dr. Giskra ist es wirklich ein großer Triumph; für so unentbehrlich gehalten worden zu sein, daß alle seine Wünsche (mit Ausnahme vielleicht eines einzigen) erfüllt wurden, um ihn im Amte zu erhalten. Es ist ein Triumph für ihn, drei Beamte seines Ressorts in das Kabinet gebracht zu haben. Die Fachbefähigung der drei Herren wollen wir, wie bereits gesagt, durchaus nicht kritisiren, aber in politischer Beziehung gelten sie uns für vollkommen eins mit dem Minister des Innern. Dr. Giskra ist jetzt im Ministerium vierfach anwesend. Allerdings wird er daher auch eine vierfache Verantwortlichkeit haben. Die Art und Weise, wie das Ministerium ergänzt worden ist, kann auch von der deutschen Verfassungspartei als ein Sieg betrachtet werden. Sie hat jetzt ein ganz reines, exklusives Parteiministerium, wie es nur aus einem Klub, aus einer Kameraderie oder Koterie, aus einem bloß persönlichen Freundschaftsbunde hervorgehen konnte. Die deutsche Verfassungspartei kann triumphirend sagen: „Jetzt regieren ausschließlich nur unsere Leute, jetzt sind wir die Herren der Situation, jetzt haben wir die Macht vollkommen in unsern Händen, jetzt gilt wahrhaftig von uns: Oesterreich das sind wir!“ Auch für die Bourgeoisie und für die Wortführer des trivialen Liberalismus ist diese Ministerergänzung ein Triumph. Sie haben jetzt ein Ministerium, in welchem sich gar kein Fürst oder Graf, überhaupt kein Aristokrat alten Diplomes befindet. Das ist eine große Errungenschaft! Wir sind überzeugt, die Herren Ritter v. Hasner, Ritter v. Wagner, Ebler v. Plener und Dr. v. Stremmahr werden ihren Adel nicht geltend machen, und die Herren Giskra und Brestel werden auch fernerhin auf die Baronisirung verzichten, um der Bourgeoisie und den Liberalen gemeinen Schlages nicht die Freude zu verderben, ein Bourgeois-Ministerium zu besitzen. Wir sagen ausdrücklich und absichtlich „Bourgeoisministerium“ und vermeiden den Ausdruck „Bürgerministerium“, denn zwischen Bourgeois und Bürger besteht ein Unterschied, der allerdings mit einem deutschen Worte bezeichnet werden könnte, was wir jedoch unterlassen, um nicht zu verlegen, oder gar zu den Sozialdemokraten gerechnet zu werden, die sich eben jetzt, mehr als ihnen lieb und gut ist, einer ganz besondern und sehr eindringlichen Aufmerksamkeit der hohen Regierung erfreuen.

Auch das Gesamtministerium kann über seine neue Stellung als über einen errungenen Sieg triumphiren, nämlich als einen über den Reichskanzler errungenen Sieg. Graf Beust hat reumüthig das Bekenntniß seiner ausgleichsfeindlichen Sünden abgelegt und feierlich gelobt, daß er derlei Sünden nicht mehr begehen werde. Sein Wirkungskreis soll noch schärfer begrenzt werden, als er es in dem Ministerium tripartitum der originellen österreich-ungarischen Monarchie ohnehin schon ist. Von der Staatspolizei und Presseleitung soll ihm nur das bleiben, was nach auswärts gerichtet ist; Graf Beust soll überhaupt so viel als möglich auswärts gebracht werden. Selbstverständlich wird man auch in Betreff des Dispositionsfondes Dispositionen treffen, welche das Feld der

Thätigkeit des Reichskanzlers beschränken, das des Ministeriums dagegen erweitern und fruchtbarer machen. Da Dr. Giskra die Polizei in der Hand haben wird, so kann er den Reichskanzler bewachen lassen, damit er nicht wieder hinter dem Rücken des Ministeriums Politik mache. Da ferner der Bürgerminister Herr Ritter v. Hasner als Geheimer Rath freieren Zutritt in die höchsten Kreise hat, und auch Dr. Giskra in seiner polizeilichen Eigenschaft öfter in „persönlichen Kontakt“, mit dem Monarchen kommen wird, so — nun so wird alles gut gehen, das purifizierte und ergänzte Ministerium wird mit ganzer unge störter Kraft operiren können.

Wir haben nicht ohne Selbstverleugnung gewissenhaft zugestanden, daß Personen und Parteien über das ergänzte Ministerium triumphiren könnten. Triumphiren sie aber wirklich? Wir haben davon bis jetzt so viel wie gar nichts bemerkt. Was das Ministerium betrifft, so war in der Antrittsrede des neuen Präsidenten wahrhaftig keine Spur von einer triumphirenden Stimmung zu erkennen. Ob Dr. Giskra sich wirklich als Triumphator fühlt, wissen wir nicht, es wird aber bald offenbar werden müssen. Herr Dr. Herbst ist ganz gewiß nicht triumphirlich zu Muth. Herr v. Plener dürfte in derselben Lage sein. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß der Herr Handelsminister, der doch interimistisch Ministerpräsident und mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt war, plötzlich aus dem Vordergrunde zurückgetreten ist. Herr Dr. Brestel ist ein zu guter Rechner und hat überhaupt nicht das Temperament, um leicht zu triumphiren, und falls er sich über den Sieg des von ihm mitunterzeichneten Memorandums wirklich freut, dürfte ihm diese Freude dadurch getrübt werden, daß er sich als Minister von seinem früher unzertrennlichen Freunde Dr. Berger getrennt hat. Wir zweifeln sogar, daß die Herren Dr. Vanhans und v. Stremaier sich mit vollkommener Beruhigung über ihr rapides Avancement freuen. Der einzige Minister, der sich vielleicht wirklich freut, ist der neue Landesverteidigungsminister FML. von Wagner; wenn er sich aber wirklich freut, so geschieht es nicht aus Partei-, sondern aus persönlichen Gründen. Auch das Abgeordnetenhaus war nicht in der Stimmung, das verneuerte Ministerium triumphirend zu begrüßen.

Selbst in den verfassungstreuen Blättern herrschte und herrscht kein Jubel über das mühsam erhaltene und ergänzte Ministerium, sondern im Gegentheil eine auffallend kühle, gedrückte Stimmung, ja man darf sagen, eine trübe Ahnung. Ein einziges Wiener Blatt macht eine Ausnahme, indem es die restaurirten und neu freierten Herren Minister mit servilstem Servilismus, mit wahrer Idolatrie lobpreist und ihnen auch dadurch schmeicheln zu müssen glaubt, daß es die beiden früheren Ministerpräsidenten und besonders in ganz unerhörter Weise den Dr. J. N. Berger beschimpft. Die Gößenbienerie dieses Blattes steigt bis zu dem Paroxysmus, daß es auf das verneuerte Ministerium den Satz anwendet: „Diese Regierung weiß alles, kann alles und will alles!“ —

Es wäre in vernichtender Weise charakteristisch für das Ministerium, wenn es glauben möchte, dieses Blatt sei wirklich ein Organ der öffentlichen Meinung; und andertheils ist das Ministerium sehr zu bedauern, daß dieses Journal im Publikum als sein bevorzugtes Organ betrachtet wird.

Die verfassungstreue Bourgeoisie betrachtet die Verneuerung des alten Ministeriums nicht nur mit Gleichgiltigkeit, sondern mit schweren Besorgnissen. Das Ministerium glaubt sich vorzugsweise auf die Verfassungstreue Wiens stützen zu können, es macht ausschließend Wiener Politik. Nun, wenn die Herren Minister über die Stimmung Wiens gut unterrichtet sind, so müssen sie wissen, daß Wien durchaus nicht zufrieden ist, durchaus nicht mit froher Hoffnung in die Zukunft blickt. Selbst der optimistischste Bourgeois fragt sich kopfschüttelnd: „Was kann denn herauskommen bei der alten Politik, welche so schlimme Früchte gebracht hat?“ Selbst dem schlichtesten Verstande drängt sich der Gedanke auf: „Das, was jetzt gebessert werden soll, ist ja schon vor zwei Jahren sehr schlecht gestanden, und die fünf Minister, welche jetzt alles gut machen wollen, sind ja schon damals die Majorität gewesen, hätten also gleich von Anfang an ihr Licht leuchten lassen, ihre schöpferische Kraft bewähren können; wie kann man also hoffen, daß sie jetzt erleuchteter und genialer sein werden, bloß weil zwei Männer, welche bereits im Ministerium gebient haben, nun selber Minister geworden sind, und weil dazu noch ein General gekommen ist, der sich in Dalmatien zwar als sehr strenger Krieger, aber durchaus nicht als glücklicher Staatsmann erwiesen hat.“ Im großen Publikum aber, im eigentlichen Volke herrscht die größte allgemeinste Unzufriedenheit, da gibt es wahrlich nicht einen einzigen Menschen, welcher glauben und hoffen möchte, das ergänzte alte Ministerium werde zum wahren Heile des Volkes wirken.

Anhänger des Ministeriums sind nur die orthodox verfassungstreuen Terroristen, die Leute, welche sich auf eine Politik der Energie, des Biegens oder Brechens freuen, vorzugsweise jene Wiener, die noch von dem alten Geiste des Absolutismus befallen sind und nach dem bekannten „Zustament“ despotisch verlangen, daß alles gerade so gehen müsse, wie sie es wollen. Die Anhänglichkeit dieser Partei ist aber selbstverständlich nur eine bedingte; ihre Bedingung ist, daß das Ministerium eben energisch drein gehen, was sich nicht biegen lassen will, brechen müsse. Deshalb sind diese Anhänger für das Ministerium sehr gefährlich, und es muß darauf gefaßt sein, sie alsbald als seine Gegner zu sehen, weil es eben mit der Politik der Energie Fiasko machen, weil es nicht im Stande sein wird, die Opposition ganzer Völker zu biegen oder zu brechen.

Das Ministerium ist jetzt wie früher, sogar mehr als früher ein bloßes Parteiministerium, und zwar, was in den Verhältnissen Oesterreichs ganz unzulässig und im höchsten Grade gefährlich ist, nicht ein politisches, sondern ein nationales Parteiministerium. Aber in beiden Beziehungen bildet es zugleich nur eine Minoritätsregierung. Es hat die Majorität der Gesamtbevölkerung, es

hat ganze Völker gegen sich, und keinen einzigen der österreichischen Völkerstämme für sich. Dieses Ministerium darf sich nicht einmal rühmen, auch nur die sämtlichen Deutschösterreicher zu vertreten, denn es hat erstlich einen ganzen Stamm derselben, nämlich die Tiroler in staatsrechtlicher und kirchlicher Beziehung, und unter den übrigen deutschen Stämmen, besonders auch unter den Wienern alle vorgeschrittenen Freisinnigen, alle Konservativen und alle deutschen Einheitschwärmer in allen Beziehungen gegen sich.

Unbedingt und wahrhaft servil ergeben sind diesem Ministerium nur die Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien. Sie sind aber auch in diesem Kabinet durch nicht weniger als fünf Minister vertreten, nämlich durch die Herren Hasner, Plener, Herbst, Gistra und Banhaus. Man kann und muß also das jetzige Ministerium als ein spezifisch deutschböhmisches bezeichnen, und es zeigt auch durch Wort und That, daß es sich immer und immer vorzugsweise von der Rücksicht auf die Deutschböhmen leiten läßt. Dieser ausgezeichnete Volksstamm verdient nun gewiß alle Berücksichtigung, man darf ihm aber doch nicht alle andern Völker unterordnen, man darf bei der Konstituierung Oesterreichs nicht vorherrschend die Wünsche, die Hoffnung und besonders die Furchtsamkeit der Deutschböhmen zur Richtschnur nehmen, und sie selber, wenn sie wirklich aufrichtige Oesterreicher sind, dürfen nicht verlangen, daß ihnen dieses Oesterreich gleichsam auf den Leib geschnitten werden sollte, denn das würde gewiß zur Zerreißung Oesterreichs führen.

Da nun dieses erneuerte Ministerium offenbar vorzugsweise nur ein Ministerium der Deutschböhmen ist, so kann es unmöglich ein wahrhaft österreichisches sein, d. h. ein solches, wie es Oesterreich in seiner ganz eigenen nationalen und historisch staatsrechtlichen Gestaltung braucht. Da dieses Ministerium in seiner Majorität aus den Deutschböhmen hervorgegangen ist und in der That vorzugsweise die Ansichten und Gefühle, die Furcht und Hoffnung dieses Stammes vertritt, und da vorzüglich die Deutschböhmen es sind, welche verlangen, daß Oesterreich nach dem Beispiele Bismarcks geeinigt und beherrscht werden soll, so müssen alle nichtdeutschen Nationalitäten und auch die deutschen Tiroler dieses Ministerium als ein ihnen feindliches betrachten, was sie auch wirklich aus vollem zorngefüllten Herzen thun. Das Ministerium war schon in seiner frühern Zusammensetzung den sämtlichen Nichtdeutschen und den Tirolern zuwider; doch aber weniger als in der jetzigen Erneuerung. Die oppositionellen Völker müssen diese Erneuerung als eine Verschlimmerung des Ministeriums erkennen. Früher konnten diese Völker wenigstens von dem Grafen Potocki als gewiß voraussetzen, daß er das Nationalitätsprinzip und die staatsrechtliche Autonomie der Königreiche und Länder doch einigermaßen vertreten würde, und in Betreff des Grafen Taaffe und des Dr. Berger herrschte der Glaube, daß sie wenigstens nicht ganz ausgleichsfeindlich seien; was sich auch thatsächlich bestätigt hat. Nachdem aber diese drei Minister ausgetreten und durch Männer ersetzt worden sind, von denen

es als gewiß gelten muß, daß sie nur das wollen, was Dr. Giskra will, müssen die oppositionellen Völker alle Hoffnung aufgeben, von diesem Ministerium auch nur im allergeringsten Maße Gerechtigkeit zu erlangen. Schon früher waren die Herren Giskra und Herbst durch ihre leidenschaftlich slavenfeindliche Parteipolitik ein starres Hinderniß der Versöhnung. Die Böhmen haben es schon als einen gegen sie feindlichen Akt betrachtet, als Dr. Banhans Vicelandmarschall und dann Sektionschef im Ministerium des Innern wurde. Die Südslaven haben sich schon bedroht gefühlt, als FML. Philippovic aus Dalmatien entfernt und durch FML. Wagner ersetzt wurde. Jetzt aber ist die Gegenstellung noch schroffer, da nun Dr. Banhans der gleichberechtigte Dritte im slavenfeindlichen Bunde geworden, da noch Dr. Stremayr dazugekommen, dessen exklusiv deutsche Richtung bekannt ist, und da FML. Wagner zwar aus Dalmatien entfernt, dafür aber Landesverteidigungsminister wurde.

Früher gab es unter den Nichtdeutschen wenigstens einzelne Leute, welche auf einen ausgleichsfreundlichen Einfluß des Grafen Beust eine Hoffnung bauen zu können glaubten, und der Herr Reichskanzler hatte, wie er selber eingestanden, diese Hoffnung wirklich genährt und er war nach offenem Geständniß der Gesinnungsgenosse der Herren Taaffe, Potocki und Berger. Nachdem aber nun Graf Beust darüber öffentlich Reue und Leid bekannt und feierlich gelobt hat, sich in die innere Politik nicht mehr einzumischen, ist die Situation auch von dieser Seite ganz hoffnungslos geworden. Graf Beust handelte jetzt gerade so wie gleich beim Beginn seiner österreichischen Laufbahn. Er trat damals in das Sistrungsministerium ein, d. h. in das Ministerium, welches die echt konstitutionelle Absicht hatte, die unausführbare oktroirte Verfassung durch eine allgemein frei vereinbarte zu ersetzen. Dann unterzeichnete Graf Beust das kaiserliche Patent, welches zu diesem Zwecke einen außerordentlichen Reichsrath berief. Doch die Magyaren fürchteten den außerordentlichen Reichsrath, weil sie mit Grund voraussahen, daß sich derselbe nicht gänzlich dem magyarischen Ausgleichsbittat unterwerfen würde; und zu gleicher Zeit perhorreszirten die deutschen Verfassungstreuen den außerordentlichen Reichsrath, weil ihnen an der sogenannten Rechtskontinuität des Februarpatentes mehr gelegen war, als an der Kontinuität des Reichsbestandes. Da ließ Beust sich durch die Pester und Wiener Opposition schrecken, gab das von ihm mitunterzeichnete kaiserliche Patent preis und führte das merkwürdige Kunststück aus, durch unbedingte Annahme des magyarischen Elaborates das Wesen der Februarverfassung zu vernichten und nichtsdestoweniger den deutschen Verfassungstreuen die Rechtskontinuität ihrer nicht mehr vorhandenen Verfassung anzuerkennen. Bei der jetzigen Krisis stand Beust auf der Seite der drei Minister, welche zur Lösung der Verfassungswirren einen Reichsrath ad hoc vorschlugen. Abermals fürchteten die Magyaren diesen außerordentlichen Reichsrath, weil sie es als möglich erkannten, daß derselbe zur freien Einigung Oesterreichs führen könnte, und abermals perhorreszirten die

deutschen Verfassungstreuen aus bloßer Rabulistik diesen Reichsrath, und abermals ließ Benst sich von den Magyaren und von den orthodox Verfassungstreuen schrecken zc.

Das jetzige Ministerium ist den radikal Liberalen viel zu wenig, und den Konservativen zu viel liberal; den Unkirchlichen erscheint es als zu katholisch, während es die wirklichen Katholiken tief verletzt; von allen Nichtdeutschen wird es als unversöhnlicher Feind betrachtet, während es der herrschsüchtigen Partei der deutschen Terroristen viel zu wenig deutsch ist. Das ist fürwahr eine bedauerwerthe Stellung. Am meisten aber muß man Oesterreich bedauern.

Doch das Ministerium ist guter Hoffnung, oder es stellt sich wenigstens so. Es behauptet seine Versöhnlichkeit und den gnädigen Willen, demüthige Bitten der Völker in Erwägung zu ziehen und nach Thunlichkeit zu erfüllen; zugleich aber wird strenge Energie angekündet. Das Ministerium ist von dem patriarchalischen Geiste beherrscht, die Völker Oesterreichs so zu behandeln, wie man gegen Kinder verfährt, wenn man ihnen die Ruthe und zugleich Spielzeug und Naschwerk zeigt und sagt: Wenn ihr nicht folgt, kriegt ihr die Ruthe, wenn ihr aber hübsch gehorsam seid, Spielereien und Süßigkeiten.

Da kein neuer Geist in das Ministerium gekommen ist, so konnte es natürlich auch kein neues Programm verkünden. Das, was der Ministerpräsident als ein Programm vorgetragen hat, enthielt auch nicht die Spur eines einzigen neuen Gedankens, und selbst die alten hundertmal ausgesprochenen Gedanken waren in so unbestimmten Formen, in so nebulöser Verhüllung gegeben, daß man aus diesem Ministerprogramm ebenso alles mögliche, bis auf das Richtige, Rechte und Nothwendige herauslesen kann, wie auch gar nichts.

Anerkannt mag werden, daß die acht Minister sich einige Mühe gegeben haben, die Schroffheit und Härte des Fünfermemorandums etwas abzuglätten und zu mildern. Daraus wollten manche Optimisten den Schluß ziehen, daß die siegreichen Minister von ihren besiegten Gegnern gelernt, sich zu den Ansichten derselben bekehrt hätten und das Minoritätsprogramm, wenn auch in anderer Weise durchführen würden. Doch die Opposition kann sich diesem Glauben nicht hingeben; denn sie weiß, daß in dem Fünfermemorandum, welches ja nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, die wahren innersten Gedanken und Absichten der Herren ausgesprochen waren. Diese Gedanken und Absichten sind aber so scharf gegen die Gedanken und Gefühle, gegen die natürlich und historisch berechtigten Forderungen der oppositionellen Völker gerichtet, daß der Ausdruck derselben von diesen Völkern als Verletzung empfunden wird, selbst wenn die Spitze mit versöhnungsfreundlichen Phrasen umwickelt ist. Hob ja doch Herr v. Hasner hervor, „daß er den Standpunkt des Ministeriums als bekannt voraussetzen könnte, weil die Mehrheit der Mitglieder des frühern Cabinets dem gegenwärtigen angehört und die andern Herren sich ihren Anschauungen angeschlossen haben.“ Der Ministerpräsident hielt sich ferner für berechtigt, beizufügen, „daß, insofern die

Anschauungen, welche das Abgeordnetenhaus in Beziehung auf die politische Lage und die einzuschlagenden Wege hegt, in der Adresse desselben ausgesprochen worden sind, die Regierung sich in Uebereinstimmung mit diesen Anschauungen befindet.“ Nun wol, dieser Uebereinstimmung der Minister unter einander und mit der Majorität des Abgeordnetenhauses gegenüber stimmen die oppositionellen Parteien und Völker in der Ueberzeugung überein, daß sie ungeachtet der Versöhnlichkeitsphrasen der Majoritätsadresse und des Ministerprogramms von diesem Reichsrathe und von diesem Ministerium die Erfüllung ihrer gerechten Wünsche nicht hoffen können.

Die Opposition kann sich einstweilen nur damit trösten, daß Herr von Hasner in sehr charakteristischer Weise bloß glaubte, die Einheit der Ueberzeugungen und Absichten im Schoße des Ministeriums mitbringen zu können. Also gleich in dem Momente, wo der Ministerpräsident das ergänzte Kabinet dem Hause vorstellte, sagte er nicht: „Wir sind einig,“ sondern nur: „Wir glauben, es zu sein.“

Der Herr Ministerpräsident stellte also die Einheit der Anschauungen und Absichten im Schoße des Ministeriums, eine Einheit, die er mit Recht die „wesentliche und unerläßliche Bedingung einer kräftigen Aktion jeder Regierung“ nennt, offenbar als problematisch hin. Wenn er nun unmittelbar darauf, „als ein Zweites, was der Regierung Kraft zu verleihen vermag, die Wahrheit ihrer Standpunkte und die Uebereinstimmung derselben mit dem Rechte“ bezeichnet, so ist dieses Zweite ebenso problematisch als das Erste. Oder glaubt etwa das Ministerium, sich im ausschließenden Besitze der absoluten Wahrheit zu befinden, glaubt es in Uebereinstimmung mit dem absoluten ewigen Rechte zu sein, weil es auf den Artikeln und Paragraphen der Gesetze von 1867 steht? So unbeschwieben ist das Ministerium doch gewiß nicht. Herr v. Hasner erklärte ja selber, daß die Regierung weder behauptet habe, noch jetzt behaupte, „es lasse sich über den Buchstaben der Verfassung nicht streiten, die Verfassung habe als ein Menschenwerk gleichwol keine Mängel.“

Wie stehen sich die Regierung und die Opposition gegenüber? In der That, was auf jeder Seite die Ueberzeugung betrifft, ganz gleich. Die Regierung hat die individuelle Ueberzeugung, daß ihre Standpunkte die wahren und in Uebereinstimmung mit dem Rechte seien. Das Recht und die Freiheit dieser individuellen Ueberzeugung wird der Regierung niemand bestreiten. Unzweifelhaft hat aber dasselbe Recht, dieselbe Freiheit der individuellen Ueberzeugung jeder Mensch, wenn er auch nicht Minister ist, und ebenso haben die oppositionellen Parteien und Völker dieses Recht und diese Freiheit. Nun hat aber die österreichische Opposition ihrerseits ebenfalls die individuelle Ueberzeugung, daß ihre Standpunkte die wahren und in Uebereinstimmung mit dem Rechte seien. Die Opposition hat für diese ihre Ueberzeugung stärkere Stützen, als die Regierung für die ihrige. Die Regierung stützt sich zuerst auf eine Auffassung der Reichs-

einheit, welche durch ältere und neuere und besonders durch die allernuesten Erfahrungen der österreichischen Geschichte als unrichtig, unpraktisch, gefährlich und verderblich erwiesen ist, sie stützt sich ferner auf ein erst vor kurzem einseitig, d. h. ohne die Theilnahme wichtiger Reichstheile und gegen den offenen Widerspruch anderer nicht minder wichtiger Theile lediglich nach dem Wunsch und Willen und zu Gunsten zweier Völker und sogar nach dem Diktate eines derselben gemachtes Gesetz. Die Opposition dagegen stützt sich erstlich auf das natürliche, ewige, unveräußerliche Recht der Menschen und Völker und dann auf das Jahrhunderte lang anerkannte, durch feierliche, oft erneuerte bilaterale Verträge gesicherte, mit heiligen Eiden beschworne historische Recht der Königreiche und Länder, dann auf den Charakter des Ursprungs und Wachstums, der historischen Entwicklung der habsburgischen Monarchie und auf die lehrreichen Erfahrungen der österreichischen Geschichte.

Es stehen sich also zwei Ueberzeugungen gegenüber. Die eine ist jung und hat schon einmal kläglich Fiasco gemacht, sie ist doktrinär, rabulistisch, ausländisch und auf ein imaginäres Staatsgebilde gerichtet; die andere ist altherwärdig und durch oftmalige Thatfachen gerechtfertigt, als die richtige erwiesen, sie ist praktisch, echt freisinnig, streng rechtlich, urösterreichisch und nach ihr soll die Neugestaltung des Reiches auf den positiven Grundlagen der Vergangenheit, nach den gegebenen und unabänderlichen Verhältnissen naturgemäß, organisch geschaffen werden. Die erstere Ueberzeugung wird nur von der Minorität, nicht einmal von Einem ganzen Volksstamm gehegt; die andere von der überwiegend großen Majorität der Völker.

Doch angenommen, wenn auch keineswegs zugegeben, daß beide sich gegenüber stehende Ueberzeugungen gleich stark und richtig begründet wären, was soll was kann geschehen, wenn jede der beiden Parteien hartnäckig bei dem Ausspruch bleibt: „Was ich für wahr und recht halte, das muß wahr und recht sein und bleiben!“ Offenbar können die beiden Parteien nicht so gegen einander stehen bleiben, bis entweder die eine oder die andere müde würde und umfiel, und am allerwenigsten könnte bei solcher Parteistellung Oesterreich bestehen bleiben. Es müßte also die eine oder die andere Partei die Gegner zur Unterwerfung zwingen. Damit wäre unsere Verfassungsfrage wirklich zur bloßen Machtfrage gemacht, wie das ja einige aufrichtige Terroristen des Parlamentes und der Journalistik schon oft verlangt haben. Dann würde diejenige Ueberzeugung äußerlich Recht behalten, welcher, nicht die stärkere Wahrheit, das stärkere Recht, sondern die größere materielle Gewalt zur Seite stünde. Verstehst das parlamentarische Bürgerministerium unter der angekündigten Energie, unter der in Aussicht gestellten kräftigen Aktion wirklich eine solche Gewaltpolitik? Nun dann könnte es ihm vielleicht gelingen, für eine gewisse Zeit äußerlich zu siegen, gerade so, wie es dem Absolutismus mehrmal gelungen ist. Wir unterlassen es, über diese Seite der Frage ausführlicher zu sprechen; es dürfte wol die bloße Erinnerung genü-

gen, zumal die Verhältnisse der Gegenwart und Zukunft nicht geeignet sind, zum Experiment einer Gewaltpolitik aufzumuntern.

Doch wir geben uns gern dem Glauben hin, daß keine Partei an Gewalt denke. Wer aber vor einer Politik der Gewalt zurückschreckt, der muß erkennen, daß der Verfassungszwiespalt nur durch eine freie Vereinbarung ausgeglichen werden kann; der muß wünschen und verlangen, daß man ohne Verzug aufrichtig daran gehen möge, die gegensätzlichen Standpunkte einander zu nähern, sie zu vereinigen, die Verfassung Oesterreichs auf einen allgemeinen freien Vertrag zu gründen. Das hat die Thronrede als die dringendste Aufgabe aufgestellt, und sie könnte umso leichter gelöst werden, da ja beide Parteien in einem wesentlichen Punkte übereinstimmen, da beide Oesterreich erhalten wollen.

In Betreff der Mittel und Wege zu diesem Zwecke steht jedoch das verneuerte Ministerium ganz und gar auf dem alten Standpunkte, auf demselben, an welchem man auch Ungarn gegenüber so lange festgehalten hat, bis man in die Zwangslage gerieth, anstatt den Magyaren gnädige Konzessionen machen zu können, willenlos das annehmen zu müssen, was die Magyaren ihrerseits uns zu konzebiren die Gnade hatten.

Aber ungeachtet dieser Erfahrung bleibt man hartnäckig dabei, den Rechtsstandpunkt auch der jetzigen Völkeroппosition nicht anzuerkennen, sondern zu verlangen, daß die oppositionellen Völker sich auf den ihnen oktroyirten Standpunkt stellen sollten, worauf man ihnen nach Gutdünken einige Konzessionen machen würde.

Herr v. Hasner fordert die Opposition auf, „unrealisirbare Standpunkte anzugeben.“ Wer aber hat auf Erden die Weisheit und Macht, um zu bekretiren, daß etwas, was die Völker, was die Menschen wollen, unrealisirbar sei, und was ist besonders in Oesterreich unrealisirbar? Wenn im Jahre 1848 jemand gesagt hätte: „Der Redakteur der Prager Zeitung muß Ministerpräsident werden!“ so würde das gewiß von aller Welt für unrealisirbar gehalten worden sein, und jetzt ist Herr v. Hasner doch wirklich Ministerpräsident! Und da er selber zur Zeit Schmerlings das, was in den ungarischen Landtagsadressen verlangt wurde, mit großer Verebnsamkeit für unrealisirbar erklärt und doch bald darauf der Realisirung dieser Forderungen zugestimmt hat, so sollte er es schon deshalb unterlassen, das „Niemals!“ des Herrn Dr. Giskra nachzusprechen.

Oesterreich und Rußland.

Eine Schrift über die „Waffenmacht Rußlands“ von dem aktiven russischen General Kostislaw Fadsjew hat Aufsehen gemacht und in Böhmen sogar gerichtliche Verfolgung erlitten. Ueber diesen Punkt bemerken wir gleich im voraus, daß wir es uns nicht zu erklären vermögen, warum die österreichischen

Behörden gegen diese russische Publikation eingeschritten sind. General Fadsjew ist allerdings ein Gegner, ein Feind Oesterreichs, weil er eben Oesterreich als den Feind, und zwar als einen gefährlichen Feind Rußlands betrachtet, aber er ist ein so offener und aufrichtiger Feind, daß man ihn respektiren, ihm dankbar sein sollte. Oesterreich kann von diesem russischen Feinde wahrhaftig lernen, und wir hätten es daher viel begreiflicher gefunden, daß unsere Regierung selber eine Uebersetzung seines Buches veranlaßt hätte, als daß sie mit Verboten gegen dasselbe operirte. Fadsjew's Buch kann sehr viel zur Klarmachung der russischen Frage beitragen, und eine solche Aufklärung wäre unsern Regierungs-, Parlaments- und Journalpolitikern sehr nützlich und nothwendig. Fadsjew enthüllt mit merkwürdiger Offenheit die Machtverhältnisse, die politischen und nationalen Tendenzen Rußlands. Das ist von großer Bedeutung, denn wenn ein im aktiven Dienst stehender General mit Nennung seines Namens der Welt die Tendenzen und Aufgaben Rußlands kund gibt, so darf man das für ein Zeichen halten, daß die russische Regierung nahe daran ist, in Aktion zu treten. Dabei hat der russische General einen überraschend großen Respekt vor der Machtstellung Oesterreichs und glaubt, daß Oesterreich sich gegen Rußland in der orientalischen, polnischen und allgemein slavischen Frage im Vortheile befinde. Er kann das freilich nur deshalb glauben, weil er erwägt, was Oesterreich in allen diesen Fragen thun könnte und sollte; gerade dadurch ist aber das russische Buch für die österreichischen Politiker sehr lehrreich.

Sehr dankenswerth ist es daher, daß ein österreichischer Staatsmann, dessen amtliche Thätigkeit jetzt auf die Alterthümer Oesterreichs beschränkt ist, sich durch Fadsjew's Schrift veranlaßt gefühlt hat, über Oesterreich und Rußland eine sehr interessante Broschüre zu schreiben. Da diese Broschüre hoffentlich nicht verboten werden, und das urtheilfähige Publikum sich von der Lektüre derselben nicht dadurch abschrecken lassen wird, daß der Autor, Baron Helfert, Unterstaatssekretär des Grafen Leo Thun gewesen ist, so werden zugleich mit den vortrefflichsten Weisungen für die österreichische Politik auch wesentliche Enthüllungen über die russischen Tendenzen bekannt werden. — Helfert citirt aus Fadsjew folgende Stelle:

„Es ist die höchste Zeit, daß sich Rußland über seine Bestimmung und eigentliche Aufgabe klar werde, und darnach mit aller Entschiedenheit seine Mittel ergreife. Rußland hat einen zweifachen Weg vor sich. Entweder es bleibt isolirt, als Reich des russischen Volkes, das allem andern, was jenseits seiner gegebenen Grenzen liegt, fremd dasteht, jeden Gedanken einer Zusammengehörigkeit mit den übrigen Stammes- und Glaubensgenossen, die es ihrem Schicksale überläßt, verwirft. In diesem Falle müssen wir Russen uns aber auf die Folgen gefaßt machen, die daraus entspringen werden. Wenn wir nur bleiben wollen, was wir sind, werden wir mit der Zeit nicht bleiben, was wir sind. Schon haben wir in den letzten Decennien einen Rückschritt um den anderen gemacht.

Der Friede von Paris 1856 hat uns um die Oberherrschaft auf dem schwarzen Meere gebracht; der Krieg von 1859, aus welchem ein geeinigtes Italien hervorging, hat uns einen neuen Konkurrenten im Orient mit 200.000 Streichern geschaffen; der dänische Krieg 1867 hat unserm Uebergewicht auf dem baltischen Meere einen Stoß versetzt; der österreichisch-preussische von 1866 hat uns den letzten Verbündeten in Europa genommen, Preußen, das in Folge dessen an die Spitze der deutschen Frage gedrängt wurde und das sich bisher nur noch durch die persönlichen Beziehungen unseres und seines Monarchen von wirklich feindseligem Auftreten gegen uns abhalten ließ. Wir werden bei der obigen Voraussetzung noch mehr Einbußen erleiden. Man wird uns aus dem schwarzen Meere ganz hinauszudrängen suchen; man wird uns Polen nehmen; wir werden es erfahren, daß unsere Ergänzungen, auf der einen Seite Finnland und Liefland, auf der andern Bessarabien und Krimm, europäische Fragen werden. Aus dieser herabstimmenden Alternative können wir uns nur durch die andere befreien, wenn Rußland aus seiner speziellen Sphäre heraus tritt und sich an die Spitze der gesammten slavischen und orthodoxen Welt stellt. Nicht dadurch, daß wir unsere Grenzen in Europa ausdehnen und dadurch die Feindschaft der übrigen Staaten, die sich uns schon jetzt bei jedem Anlasse entgegenstellt, noch mehr herausfordern; sondern dadurch, daß wir aus unsern jenseits der Grenzen Rußlands befindlichen Stammes- und Glaubensgenossen uns Verbündete schaffen und sie mit den engsten Beziehungen an uns fesseln.“

Der russische Autor erwägt dann die Frage, „wer Rußland bei Verfolgung seiner Ziele am empfindlichsten im Wege stehe?“ und antwortet darauf: „Nicht die Westmächte, sondern Oesterreich.“ Da heißt es:

„Dieses Oesterreich nun ist Rußlands natürlicher, ist Rußlands nächster und gefährlichster Feind. Betrachten wir fürs erste die orientalische Frage als solche. Die orientalische Frage, die uns so nahe und unmittelbar berührt, berührt eben so nahe und unmittelbar auch Oesterreich; sie ist für Oesterreich nicht bloß eine politische Frage wie für die Westmächte, sie ist für Oesterreich eine Lebensfrage wie für Rußland — nur für beide in entgegengesetzter Richtung. Je mehr die orientalische Frage ihrer unaufhaltsamen Lösung entgegengeht, desto schärfer muß sich das feindliche Verhältniß zwischen Oesterreich und Rußland zuspitzen; die ganze orientalische Frage ist im Grunde nur eine zwischen diesen beiden Großmächten. Wer hat bezüglich derselben allen Vortheil in Händen? Oesterreich! Der Schlüssel der strategischen Stellung im Orient ist in seinem Besitz; dies hat die Wendung bewiesen, die im letzten orientalischen Kriege in dem Augenblicke erfolgte, da Oesterreich mit in die Aktion eingriff. Wie die Dinge jetzt noch stehen, kann Rußland in den Angelegenheiten der europäischen Türkei nicht einen Schritt vorwärts machen, wenn nicht Oesterreich seine Einwilligung dazu gibt; diese Einwilligung wird aber Oesterreich nie geben. Doch weiter! Die orientalische Frage befindet sich schon lang nicht mehr auf jenem Punkte,

auf dem sie früher stand. Die Wiederaufrichtung des griechischen Kaiserthums ist unter den heutigen Verhältnissen eine Chimäre; Griechenland kann im besten Falle Epirus, Thessalien den südöstlichen Theil von Macedonien, dann Aetna und Cypern für sich in Anspruch nehmen. In allen andern Gebieten der Balkan-Halbinsel ist das Griechenthum nur eingesprengt; der überwiegende Theil der Bevölkerung gehört der albanischen, der romanischen und vor allem der slavischen Race an. Diese konnte man früher ignoriren und sie wurde früher ignorirt. Seit aber bei den Serben und Bulgaren das slavische Bewußtsein erwacht ist, seit zwischen ihnen und den österreichischen Slaven einerseits und Rußlands andererseits Sympathien erwacht sind, die täglich an Kraft und Ausdehnung zunehmen: seitdem hat sich die orientalische Frage zu einer wesentlich slavischen umgestaltet, und auch in dieser Richtung liegt der größere Vortheil nicht in den Händen Rußlands, sondern in denen Oesterreichs, das durch die stammverwandten Serben und Romanen innerhalb seiner Grenzen die Zukunftsfrage der Balkan-Halbinsel am linken Ufer der Save materiell, am rechten moralisch in seiner Gewalt hat und beherrscht.“

In höchst bedeutungsvoller Weise bespricht dann der Russe die polnische und allslavische Frage, überall erkennend, daß Oesterreich der russischen Politik einen Strich durch die Rechnung machen könnte, wenn es eben selber eine richtige Nationalitätspolitik üben möchte. Bemerkenswerth ist es, daß der russische General die Czechen vollständig preisgibt und glaubt, daß diese, weil überall von deutscher Kultur umgeben, sich nicht erhalten könnten. Nun, die Czechen haben ein besseres Bewußtsein und Gefühl, und selbst die österreichische Regierung glaubt dieser russischen Prophezeiung offenbar nicht, denn sie hat gerade in Böhmen die Schrift Fadäjew's verfolgt.

An die russischen Enthüllungen knüpft nun Baron Helfert eine ausgezeichnete Darstellung dessen, was Oesterreich thun sollte, um den Respekt, die Furcht, welche der russische Autor vor uns hat, zu rechtfertigen. Selbstverständlich muß diese Darstellung Helfert's eine scharfe Verurtheilung der jetzigen Politik Oesterreichs sein. Schlagend wird bewiesen, daß die jetzige Politik der Deutschösterreicher und Magyaren den Russen in die Hände arbeitet. Kurz, Baron Helfert tritt als vortrefflicher Gewährsmann der Prinzipien auf, welche auch in der „Reform“ seit Jahren verfochten werden. Helfert citirt den Deutschösterreichern die Worte, welche Mühlfeld am 24. Oktober 1848 in der Paulskirche gesprochen hat, nämlich: „Mag Oesterreich die deutsche Kultur und Sitte nicht mehr nach dem Süden und Südosten tragen, aber die Freiheit wird das freie Oesterreich dorthin bringen, und umso sicherer, wenn es als Föderativ-Staat mit Gleichberechtigung der verschiedenen Nationalitäten besteht, wenn es den fremden Völkerschaften Freiheit ohne Herrschaft bringt.“

Die nationale Opposition der Rumänen in Siebenbürgen.

Ist es denn aus mit Siebenbürgen? Sollte dieses schöne Land, welches sich so oft als eines der tüchtigsten und brauchbarsten Glieder des Reiches bewährte, wirklich nur dazu auserkoren sein, dem „werbenden magharischen Kolosse“ zum Fußstehemmel zu dienen? — Nein! Nimmermehr! ertönt es in den Reihen der nationalen Opposition der Rumänen, welche sich zu neuem Kampfe rüstet.

Damit hätten wir die gegenwärtige Situation in Siebenbürgen kurz gekennzeichnet, es erübrigt nur noch vor Allem zu konstatiren, daß die siebenbürgische Frage wol auf dem Papiere, thatsächlich aber noch nicht gelöst ist und es auch nicht sobald sein wird. Recht hatten die nationalen Deputirten des 1868er Pester Landtages, welche das einseitig, ja gewaltsam auf demselben durchgeführte Unionsgesetz als ein neues, trauriges, Siebenbürgen und den Magharen gleich schädliches Provisorium bezeichneten.

Ein ganzes Jahr ist verstrichen, seitdem Franz Deák, der „weise“ Führer der magharischen Regierungspartei, es für gut fand, begütigende Worte an die siebenbürgischen Rumänen zu richten. Er rieth ihnen, nicht den äußersten Weg der gesetzlichen Passivität einzuschlagen, um sich Recht zu verschaffen, denn, schrieb er im versprechenden Tone: „was noch zu machen ist, das muß auf brüderlichem Wege — sine ira et odio — im Einvernehmen mit unseren Mitbrüdern gemacht werden.“

Wenn nun auch nach dem Unions- und Nationalitätengesetze — noch etwas zu „machen“ übriggeblieben wäre, was haben dann der allmächtige Advokat und seine Partei seit einem vollen Jahre „im Einvernehmen mit den rumänischen Mitbrüdern“ gemacht? Ist etwa die magharische Regierung den von Haus und Hof vertriebenen Tosalvaer Dorfleuten zu Hilfe gekommen? Hat die Regierung im Einvernehmen mit den Rumänen etwas gethan, um den Ausnahmezustand, der seit drei Jahren wie ein Alp auf Siebenbürgen lastet, aufzuheben? Haben Deák und Genossen je daran gedacht, daß die heillose Konfusion in der politischen Administration und Justiz, wenn sie nicht bald aufhört, Siebenbürgen ganz zu Grunde richten wird? Mit nichts! Statt es zu heilen, wird das Uebel noch mehr verschlechtert, und haarsträubende Sachen ereignen sich innerhalb der siebenbürgischen Grenzen.

Wie verhält sich zu alledem Deák? Er schweigt, und von Zeit zu Zeit nur tritt er besänftigend unter seine Anbeter und betheuert es immer von neuem, daß es in Ungarn nur Eine politische Nation gäbe, und das sei unstreitig die magharische, daß aber alle Staatsbürger vor dem „magharischen Gesetze“ gleich seien. Sieht aber der weise Patriot nicht, wie die gewitterschwangeren Wolken sich am Firmamente seines Vaterlandes zusammenziehen, sieht er nicht wie die

Gefahr für den Magharismus von Tag zu Tag wächst? Es hat den Anschein, als sähe er sie, er scheint auch geneigt zu sein, etwas zu thun, um sie abzuwenden, aber er handelt offenbar nicht nach festen Ueberzeugungen, sondern nach momentanen Gefühlsanwandlungen, und deshalb kann er der gewaltigen Stimmung seiner Partei nicht mehr widerstehen — sie reißt ihn mit sich fort, er führt seine Partei nicht mehr, sondern wird von ihr geführt.

Die magharische Geschichte ist voll von gleichen Beispielen, wir erinnern nur an Szechenyi. In diesem Falle nun ist Deák zu beklagen. Die Nationalitäten Ungarns und Siebenbürgens haben das bischen Vertrauen zu Deák und seiner Partei gänzlich verloren. Nicht zu verwundern ist es daher, wenn jene Sprache des weisen Parteiführers auf das durch das Lärmen und Toben der mit Dampf betriebenen Botirung des Unions- und Nationalitätengesetzes ohnehin arg verletzte Trommelfell der Siebenbürger — gegentheilig, ja beleidigend wirkte. Die süßen Worte Deáks klangen wie eine traurige Ironie mitten in der traurigsten Wirklichkeit des siebenbürgischen Volkslebens. Statt zu besänftigen brachten sie noch mehr auf. Wirklich beschloßen die Rumänen Siebenbürgens bald darauf im Frühling des vorigen Jahres die gesetzliche Passivität. Die Rumänen gingen wolweislich nicht auf den süßen Keim der Versprechungen und zogen die Freiheit in ihren Bergen der Gefangenschaft im goldenen Käfig des Pester Landhauses vor. Hätten sie vielleicht als politische Paria's nach Pest um magharische Gnade betteln gehen sollen? Niemals! Das nationale Bewußtsein ist zu groß bei den Rumänen, sie sind heute schon zu vorgeschritten und fühlen es zu sehr, daß sie einen bedeutenden Faktor des Landes abgeben, als daß man ihnen so etwas zumuthen könnte.

Ja, werden die Magharen antworten, die Siebenbürger Rumänen waren ja auf dem Pester Krönungslandtag vertreten. Aber glaubt man denn, daß weil Graf Andrássy einige siebenbürgische Beamten-Automaten in Pest aufmarschiren ließ, Siebenbürgen nun schon seinem Jahrhunderte alten Rechte entsagt habe? Die Rumänen haben ja zu wiederholtenmalen feierlich erklärt, daß sie den Pester Landtag und die dort zufällig anwesenden wenigen Siebenbürger nicht anerkennen können und dürfen. Uebrigens haben selbst die wenigen Siebenbürger Rumänen, denen es nach dem Allerhöchsten Reskripte bloß „gestattet“ war, an dem Pester Krönungslandtag theilzunehmen, sich dort nur als politische Dilettanten betrachtet, — es fiel ihnen daher auch nie ein, wirklich die rumänische Nation in Pest zu vertreten. Man kann den Rumänen also nur soviel vorwerfen, daß sie, durch die unbegreiflich kurzsichtige Politik der österreichischen Regierung seit 1865 eine kurze Zeit desorientirt, nicht wußten, wo aus, wo ein, denn dies konnten sie nicht sobald begreifen, wie sie zu der Ehre gelangen sollten, das Schlachtvieh abzugeben auf dem magharischen Opferaltare! —

Doch allzubald mußten die siebenbürgischen Rumänen ihre traurige Situation erkennen. Der Pester Reichstag votirte für Siebenbürgen den Absolutis-

mus, und seit vollen drei Jahren herrschen dort die Bach'schen Gesetze sowohl, als die feudalen Approbatae, Compilatae constitutiones und das Tripartitum des Verboëgh. Unglaublich aber wahr! Das Strafenausmaß geschieht entweder nach österreichischem Strafrechte, oder nach Verboëgh, oder auch nach eigenem Ermessen des Richters — der natürlich jedesmal ein bespornter magharischer Edelmann ist.

Wie weit will man denn die diskretionäre Gewalt über Siebenbürgen treiben? Was wird alles noch erfunden werden, um Siebenbürgen zu vernichten? Vielleicht der Vereinsgesetzentwurf des Paul v. Kajner Excellenz, welcher jede nationale Zusammenkunft im voraus als eine die Integrität und Einheit des magharischen Staates bedrohende bezeichnet? Der Entwurf ist aber, hören wir, fallen gelassen worden — Deák wird einen neuen „liberalen“ wahrscheinlich ausarbeiten, er hat ja auch das berühmte Nationalitätengesetz von neuem zusammengeliefert!?

Bei so bewandten Umständen ist es Pflicht der Nationalitäten Ungarns und Siebenbürgens insbesondere im Einvernehmen mit einander auf konstitutionellem Wege dahin zu wirken, daß diese heillose Wirthschaft bald ein Ende nehme. Wir begrüßen daher freudig die Initiative der Rumänen Siebenbürgens in dieser Beziehung. Wir wünschen nur, daß die nationale Opposition der Rumänen in Siebenbürgen erstärke und die ewig gerechten Forderungen des rumänischen Volkes sich bald erkämpfe, denn wir sind der Meinung, daß das Heil Siebenbürgens und selbst Ungarns wesentlich von der Befriedigung der Rumänen abhängt. Die Rumänen anerkennen ja, daß die Interessengemeinschaft dieser beiden Länder einen engeren Verband als die bloße Personalunion erheischt, aber sie fordern mit vollem Rechte: Die Autonomie Siebenbürgens und einen eigenen auf demokratischer Grundlage einberufenen siebenbürgischen Landtag.

Der projektierte und im Werden begriffene magharische „Großstaat“ ist mit der Freiheit unverträglich. Wer das bis jetzt nicht eingesehen hat, der wird auch nimmer etwas einsehen. Der suprematistrende Magharismus muß in seinem Fortschreiten die Freiheit der Nichtmagharen mit Füßen treten. Die kroatische, sowohl als Militärgrenz- und siebenbürgische Frage, ist und bleibt solange eine Freiheitsfrage nicht nur für das Reich, sondern für den ganzen Orient, als sie nicht im Sinne der nationalen Gleichberechtigung vollkommen gelöst sein wird!

Noch einmal der Verwaltungsgerichtshof.

Welche Fälle gehören zur Entscheidung vor den Verwaltungsgerichtshof? Ja, das ist keine so leichte Antwort. Nicht wir haben uns aber darüber den Kopf zu zerbrechen. Der Verwaltungsgerichtshof steht einmal im Staatsgrund-

gesetz. Die Verfasser mögen sich Rechenschaft geben, was sie dabei gedacht haben, und das Ausführungsgegesetz, dem die Bürger des Rechtsstaates mit Ungebulb entgegensehen, wird die Aufklärung schon bringen. Indessen, da wir uns schon zu wiederholten Malen in der „Reform“ mit diesem Gegenstande beschäftigten, in einem früheren Artikel dem gerechten Nothschrei nach endlicher Aktivirung des Verwaltungsgerichtshofes unter Hinweisung auf einen flagranten, vor das Forum desselben gehörigen Falles Ausdruck gaben und in einem späteren Artikel bei Besprechung des zu gewärtigenden Ausführungsgesetzes in blos negativer Weise andeuteten, welche Objekte der öffentlichen Verwaltung durch die Staatsgrundgesetze selber von der Kompetenz des Verwaltungsgerichtshofes ausgeschlossen werden; so wollen wir uns der eingangs erwähnten schwierigen Frage nicht entziehen, selbst auf die Gefahr hin, für unsere Versuche, die Sache bei ihrer positiven Seite anzupacken, bei den Herren Ministern einen größeren Dank einzuharben, als bei dem zeitungslesenden Publikum.

Zwei Fragen sind es, die bei dem diesfälligen Studium sich zunächst aufdrängen: Erstens, was gehört auf den Rechtsweg, was auf den Verwaltungsweg? Zweitens, von dem, was auf den Verwaltungsweg gehört, was kann über Berufung vom Verwaltungsgerichtshofe entschieden werden?

Die erste Frage kann vorberhand noch bei Seite bleiben; man hat sich diesfalls auch vor der Verfassung ohne ein bestimmtes Gesetz beholfen. Gegenwärtig besteht doch ein Reichsgericht, welches über die Kompetenz entscheidet, während früher Justiz und Administration den Handel unter sich ausmachen mußten.

Bleibt also die zweite Frage. Wenn wir das Glück hätten, Professor zu sein, würden wir folgendermaßen sprechen: Meine Herren! In der Verwaltung unterscheiden wir das spekulative von dem judiciellen Elemente, die Verwaltungspolitik von dem Verwaltungsrechte. Man kann sich ganz gut eine Verwaltung ohne Gesetze denken; sie wird dann die Mittel ganz unbehindert nach den Zielen des allgemeinen Nutzens wählen. Es gibt dann nur Spekulation, Verwaltungspolitik. Von einem Verwaltungsrechte kann man nicht sprechen. Sobald aber die Gesetzgebung mit bestimmten Festsetzungen intervenirt, entsteht für jeden, der durch die Außeraachtlassung oder unrichtige Anwendung des Gesetzes sich benachtheiligt fühlt, das Recht der Reklamation. Er ruft das Gesetz an, ihm muß ein Richter werden. Wir haben ein Verwaltungsrecht. Zum Beispiel: Ob der Sitz eines Amtes dahin oder dorthin verlegt werde, ob dieses ärarische Bergwerk aufzulassen und jenes eröffnen, ob in der Stadt A die Verzehrungssteuer im Abfindungs- oder im Pachtwege eingehoben, ob die Straße in dieser oder in jener Richtung gezogen werde, das kann unzählige Interessen fördern oder schädigen; aber als „streitig“ (contentieux) kann der Gegenstand nicht betrachtet werden, denn kein positives Gesetz regelt die Aktion der Behörde (Anleitungen, Instruktionen sind ja keine gesetzlichen Regelungen), sie handelt blos spekulativ und hat nur ihrem Oberen Rede zu

stehen. Das Gleiche wäre bei Militärbefreiungen, Gewerbe-, Konzessionen-, Schul-, Wasserbau-Konkurrenzen u. dgl. m. der Fall, wäre nicht die Gesetzgebung mit bestimmten Normen dazwischen getreten: und umgekehrt beständen in den früher erwähnten Materien bestimmte Gesetznormen, so gäbe es auch auf diesem Felde Stoff für administrative Kontentiosa. — Das durchschlagende Charakteristikum liegt also immer darin, daß ein bestimmtes Gesetz angerufen werde. Hätten wir noch ein Beispiel anzuführen, so wäre es von den Avancements zu entnehmen. Wer möchte gegenwärtig von dem Reklamationsrecht eines Beamten an den Verwaltungsgerichtshof sprechen! Und doch gäbe es ein solches unzweifelhaft, wenn ein festes Avancementsgesetz bestände, womit übrigens nicht gesagt sein soll, daß ein solches vernünftig wäre.

Nach einem anderen Prinzip für das streitige Verwaltungsrecht sucht man vergebens. Wir sehen aber auch nicht, was diesem an Präzision abginge.

Es bliebe also für die Untersuchung nur noch die Frage, ob der Verwaltungsgerichtshof in allen streitigen Verwaltungsrechts-Angelegenheiten kompetent sein soll, oder nur in jenen, wo der Staat selbst Partei ist. Wären die Administrativbehörden durch gremiale Verfassung und geregeltes Verfahren darnach eingerichtet, um für die streitigen Fälle des Verwaltungsrechtes Beruhigung zu gewähren, so könnte füglich alles, wobei der Staat nicht Interessent ist, bei ihnen den definitiven Abschluß finden. Nachdem aber Dr. Giska bei seiner Organisation in der Zusammensetzung und in dem Verfahren jedes judizielle Element zerstreute, die Verwaltung daher rechtloser macht, als sie je früher war, so hat das Verwaltungsrecht seine Gewähr nur im Verwaltungsgerichtshofe, mögen Seine Excellenz, bei einer solchen Einrichtung noch so sehr ins Gebränge kommen.

Korrespondenz der „Reform.“

(Der Reichstagsabgeordnete Dietrich und das slavische Schlesien.) Die deutschen Bürger Troppaus sind sehr ehrenwerthe Leute, aber sie haben seit langer Zeit einen großen Fehler, sie leiden an der Herrsch- und Germanistrungssucht, und diese Krankheit des Geistes und Herzens hat sich besonders jetzt sehr stark entwickelt. Wie Troppau gesinnt ist, soll nolens volens ganz Schlesien, ja fast würde ich sagen, die ganze Welt gesinnt sein. Wie Troppau vorpfeifet, soll und oft auch muß die ganze Umgebung, ob deutsch oder slavisch, tanzen. Die Troppauer handeln damit ganz im Geiste des Absolutismus.

In den Fünfziger Jahren wurde im slavischen Schlesien ein besonders wichtiger k. k. Ministerialerlaß veröffentlicht, der dahin lautete, daß auch in allen rein slavischen Landeschulen als Unterrichtssprache die deutsche Sprache

eingeführt werden müsse. Und auf welchen Grund hin? — Darum, weil die slavischen Gemeinden eine starke Sehnsucht nach deutscher Kultur, d. h. nach Germanisirung geäußert haben sollten. Nach dieser Aeußerung müßte man meinen, daß die Slaven Schlesiens wirklich auf ihre Nationalitätsrechte verzichten wollten; allein man wäre im starken Irrthum: denn sobald die slavischen Bewohner von solchen Zumuthungen benachrichtiget wurden, erließen selbe auf sogenannten „Zustellungen“ (stavky) vor dem k. k. Kommissär einen energischen Protest gegen jedwede Germanisirungsversuche. Wie energisch diese Protestationen gemeint waren, erhellet aus einem späteren Ministerialerlasse, in welchem mit strengen Strafen jedem Widerspännstigen (gegen die Einführung der deutschen Sprache in die Volksschulen) gedroht wurde. Aber auch das war erfolglos; denn trotz mannigfachster Versuche wurde durch den passiven Widerstand der Bevölkerung alles vereitelt. Aus dieser kurzen Erwähnung geht klar hervor, daß jener erstere Ministerialerlaß auf falscher, fingirter Basis beruhte, und somit die hohe Regierung hinters Licht geführt worden war. Und von wem? Von den Troppauer Herren, deren innigste Sehnsucht ist, das bisher noch slavische Volk Schlesiens zu germanisiren.

Auf ähnliche Weise präparirten dieselben Herren im vorigen Jahre eine Ergebenheitsadresse für den beglückenden Eisleithanismus. Wenn das im Namen der Stadt Troppau, oder der deutschen Bevölkerung Schlesiens geschehen wäre, hätten wir natürlich nichts dagegen einzuwenden; aber es zu thun im Namen des ganzen Landes, also auch im Namen des slavischen Stammes, das heißen wir mehr als Dreistigkeit.

Ebenso wird im Namen von ganz Schlesien in die Welt hinein deklamirt, daß Schlesien ein durchwegs deutsches Land wäre, daß dort also nicht nothwendig wären slavische Landesverwaltungen, im politischen, juridischen, Post-, Telegraphen-, Handels- und Verkehrswesen; daß dort keineswegs nöthig wären slavische Gymnasial-, Real-, Präparandieschulen, Gesetze über Gleichberechtigung und Sprachenfreiheit u. s. w. Und dies wird herabdeklamirt in Wort und Schrift, und die ganze Welt fast glaubt diesen Deklamationen, und nicht blos Deutsche oder Franzosen, sondern auch Slaven sind in Folge dessen der Ansicht, Schlesien sei ein ganz deutsches Land, wo es nur einige wenige Polen gäbe an der Grenze von Galizien.

Dieselben Grundsätze wie die Troppauer Bourgeoisie scheint auch der Reichsrathsabgeordnete Herr Dietrich zu befolgen. Dieser Herr scheint der Meinung zu sein, als Vertreter des ganzen schlesischen Landes zu fungiren; aber hierin täuscht er sich gewaltig, denn der größere Theil der Bevölkerung Schlesiens, die Slaven, sind weder im Troppauer Landtage noch im Wiener Reichsrathe vertreten. Ebenso täuscht er sich, wenn er meint, daß ganz Schlesien verfassungsfreundlich dem Eisleithanismus ergeben wäre. Dieser Irrthum wäre noch größer als

erstere. Daß er aber diesem Irrthume hulbiget, beweist sein Protest in der letzten Adreßdebatte.

Herr Dietrich erlaubte sich, im Namen des ganzen schlesischen Landes zu erklären, daß das schlesische Volk nicht mehr im Verbanne der böhmischen Krone bleiben, sondern daß es ausgeschiedet werden wolle aus demselben, um desto inniger mit dem beglückenden Eisleithanismus verschmolzen zu werden.

Ist wol diese Aeußerung des Herrn Dietrich dem Herzenswunsche der sämtlichen Bevölkerung Schlesiens, also auch der Slaven, entnommen? Keineswegs! Dafür bürget uns für ewige Zeiten der Tabor von Chabičov, welchen die Slaven am 12. September 1869 gehalten haben. Dort auf den Anhöhen von Chabičov erklärte das zahlreich versammelte slavische Volk Schlesiens (12—15.000) unter freiem Himmel, vor der ganzen Welt offen und unverhohlen seine Gesinnung und Ueberzeugung, seinen Wunsch und Willen. Dort erklärte das versammelte slavische Volk einstimmig: es erkenne sich selbst als Theil des czechoslavischen Stammes, die Slaven Mährens und Böhmens seien seine stammverwandten Brüder; es erkenne und erkläre den König von Böhmen als eigenen König, das böhmische Staatsrecht als eigenes Staatsrecht, die Tendenzen der Böhmen als eigene Tendenzen; es bekenne, daß die St. Wenzelskrone auch seine Krone, daß Prag die Hauptstadt des ganzen Königreiches, also auch das Haupt seines Landes, also nicht bloß von Böhmen und Mähren, sondern von Schlesien ist; es schwöre Treue und Ergebenheit nur dem Könige von Böhmen, als dem eigenen von Gott gegebenen Könige und Landesherrn.“

Aus diesem Beweggrunde waren die Brüder Böhmens und Mährens zur Theilnahme an dem Tabor eingeladen, deshalb prangte an der Rednerbühne der böhmische Löwe mit dem mährischen Adler zur Rechten und dem schlesischen zur Linken, und oberhalb die böhmische Krone! Deshalb ertönten einstimmige stürmische „Slávas“ für Böhmen und Mähren, für die Krone und Rechte des Königreiches Böhmens und für deren König!

Was soll, Herr Dietrich und Genossen, dies alles bedeuten? Nicht wahr, die Stimmung des Volkes?! Und ist sie dieselbe wie die übrige? Oder wurden Sie vielleicht von uns aufgefordert, durch eine Ergebenheitsadresse, ohne uns über uns, ja gegen uns zu sprechen? Hätten Sie nicht besser gethan, wenn Sie ganz geschwiegen hätten? Für die Zukunft rathen wir Ihnen, eine kurze Betrachtung anstellen zu wollen über die bekannten Worte: „*Justitia rognorum fundamentum!*“

Ein slavischer Schlesier.

Kleine kritische Chronik.

Vom 2. bis 9. Februar.

J u l a u d.

Da die Ministerfauteuils besetzt sind, schwirrt jetzt die Luft von Statthaltergerüchten. Es sollen großartige Veränderungen eintreten, und zwar nicht bloß auf den Statthalterposten, sondern auch in den höheren Rängen der Ministerien. Das alte Ministerium braucht neue Leute. Auch will es verfassungstreue Leute und Länder belohnen. Wer nicht Minister werden konnte, möchte doch wenigstens Statthalter, oder Sektionschef, oder allermindestens Ministerialrath werden. Dem Verdienste seine Krone! Die verfassungstreuen Länder sollen durch parlamentarische Statthalter beglückt werden. Es dürften aber auch manche höhere Staatsbeamte, welche einige neue Aeren mit Resignation überstanden haben, in der allerneuesten Aera freiwillig zurüctreten. So hat z. B. der höchst verdienstvolle Sektionschef im Ackerbauministerium, Baron Karl Weis bereits um die Pensionirung gebeten.

Die Ausschußberatung über die galizische Resolution hat in einer Weise begonnen, daß die galizischen Deputirten daran wahrlich schon genug haben könnten. Der Ministerpräsident erklärte kategorisch, daß die Regierung nicht bloß die Resolution als ein Ganzes nicht acceptiren könne, sondern daß sie auch die einzelnen Bestimmungen derselben weder im Interesse des Reiches, noch des Landes als geboten betrachte; wenn daher die Regierung auf einzelne Bestimmungen eingehe, so sei dies von ihrer Seite nur eine Konfession, ein dem Frieden zu bringendes Opfer, und sie könne selbst auf einzelne Bestimmungen nur unter der Voraussetzung eingehen, daß ihr Garantien geboten werden, es werde dadurch die galizische Frage dauernd und im Großen gelöst. Die Logik dieser ministeriellen Erklärung ist merkwürdig. Die Regierung verwirft die Resolution im Großen und Ganzen und verlangt, daß durch das Eingehen auf einzelne untergeordnete Bestimmungen die Frage im großen Ganzen gelöst sein solle. Durch die Erklärung des Ministerpräsidenten ist das Schicksal der Resolution in der That schon entschieden, und zwar so, wie es jedermann längst voraussehen mußte. Die galizischen Delegirten haben aber doch die wahrhaft stolische Geduld, auf die Beratung einzugehen, durch welche nichts erzielt werden wird, als ein beklagenswerther Zeitverlust.

Reichbauer hat seinen Antrag auf Erlassung eines Religionsgesetzes, Einführung der obligatorischen d. i. Zwangsbillehe und gänzliche Abschaffung des Konkordates motivirt. Er beschränkte sich dabei bescheidenerweise auf die Rolle des Testamentsvollstreckers Mühlfeld's. Er siegte vorläufig insofern, daß sein Antrag einem neu gewählten konfessionellen Ausschuß zugewiesen wurde. Auch Minister stimmten dafür, namentlich Dr. Giskra. Doch halten die Gefinnungsgeoffenen Reichbauer's das wol nicht ohne Grund noch nicht für ein Zeichen, daß die Regierung die wirkliche Durchführung der Anträge befürworten werde. Man muß auf eine große Bewegung und Aufregung gefaßt sein. Die Kirchlichen werden gewiß aus allen Kräften reagiren. Sie treten überhaupt bereits in immer größerem Maße in Aktion, und wer möchte bezweifeln, daß sie sehr mächtig werden können, wenn sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Massen der katbolischen Bevölkerung in Bewegung setzen.

In Tirol herrscht bereits eine solche Bewegung. Es haben allerdings einige Stadtvertretungen, auch die Innsbrucker, gegen den Austritt der sechs Tiroler aus

dem Reichsrathe protestirt, und es mögen sich dem wol noch andere Stadträthe anschließen, aber es wäre thöricht, zu glauben, daß die ganze Bevölkerung dieser Städte mit dem Proteste einverstanden sei. Doch selbst wenn sie es wäre, so weiß man, daß in Tirol überhaupt nicht und namentlich nicht in der schwebenden Frage das städtische Element maßgebend ist. Die Verfassungstreuen selber gestehen zu, daß die Landgemeinden für Greuter und Genossen sind, und wenn diese Herren Zustimmungsadressen wünschten, so könnten sie deren hunderte haben. Deshalb wird den Verfassungstreuen auch schon ziemlich bange und sie wagen es nicht mehr, mit stolzer Zuversicht die sofortige Auflösung des Landtages zu verlangen.

Der magyarische Regent Kroatiens, Baron Rauch, hat sich über die vielen Angriffe, denen er ausgesetzt ist, in großartiger Weise trösten lassen. Der Gemeinderath von Agram hat ihn nämlich in einer submissen Adresse als großen Patrioten, als Wohltäter Kroatiens gepriesen. Doch nicht genug an dem, sondern es hat noch eine andere Stadtvertretung wieder an die Agramer eine Zustimmungsadresse votirt. Das ist immerhin sehr schmeichelhaft für Freiherrn v. Rauch; aber glaubt er, glaubt das ungarische Ministerium wirklich, daß solche Adressen die Stimmung des kroatischen Volkes kund geben?

Herr v. Lonyay soll wirklich bereits zum Reichsfinanzminister ernannt sein. Sachlich hat das nicht viel zu bedeuten, aber in politischer Beziehung ist diese Personalangelegenheit erfreulich, weil sie gewissermaßen in die Augen fallend die Realunion zwischen Oesterreich und Ungarn dokumentirt.

Arbeiterführer waren arg heimgesucht durch Hausdurchsuchungen und Schriftenbeschlagnahme. Merkwürdig ist die behördliche Erklärung, daß dies nur geschehe, damit das Gericht sich in Betreff des gegen andere Arbeiterführer schwebenden Prozesses orientiren könne. — Bezüglich der Arbeitskündigung des Personals der meisten Wiener Buchdruckereien ist wol binnen der vierzehn Tage noch ein billiger Ausgleich zu hoffen. Es wäre für das Publikum doch gar zu schrecklich, wenn es wochenlang keine Zeitungen hätte. Der Vorschlag, daß die Tagesblätter sich zur Herausgabe eines gemeinsamen Interimsblattes föderiren sollten, ist doch gar zu wunderlich, schon deshalb, weil die meisten dieser Blätter verschiedene Gegner des Föderalismus sind. Aber freilich, eine Zwangslage vermag viel.

A u s l a n d.

Die Verhaftung Rocheforts hat in Paris nicht ganz unbedeutende Unruhen hervorgerufen, es sind sogar Barrikaden gebaut worden, es ist Blut geflossen, doch sind diesmal, wie es scheint, nur Beamte das Opfer des tollen Ehrgeizes Rocheforts gewesen. Ollivier hat über den Vorfall mit muthigem Nachbewußtsein gesprochen. Er hat gewiß nicht unrecht mit der Behauptung, daß diesen Erzeffen gegenüber die Bevölkerung von Paris auf Seite der Regierung ist, und daß diese Agitation keine fünf Minuten dauern würde, wenn die Regierung brutal vorgehen wollte. Doch ist nicht zu verkennen, daß selbst diese Agitation ein bedenkliches Symptom ist.

Die einundzwanzig Kanones, welche für das Konzil als Entwurf veröffentlicht worden sind und deren Annahme wol keinem Zweifel unterliegt, haben großes Aufsehen erregt. In der That enthält aber dieser sogenannte neue Syllabus nicht einen einzigen neuen Satz. Er enthält ganz und gar nur die alten, längst festgestellten, oft promulgirten Satzungen der katholischen Kirche. Das ist eben der Katholizismus, wie er seinem Begriff und Wesen nach ist. Man mag sagen, daß es nicht nothwendig, daß es inopportun sei, diese alten Sätze gerade jetzt neuerdings zu verkünden und einzuscharfen, aber man kann von einem katholischen Konzil nicht verlangen, daß es alte, aus

dem Begriff und Wesen der Kirche fließende Satzungen widerrufe und preisgebe. Die Kirche hat allerdings nicht mehr die äußere Macht, diese Sätze durchzuführen, aber für das Gewissen hält sie dieselben aufrecht. Es ist also dem Gewissen überlassen, die Sätze anzuerkennen, oder nicht. Wer sie nicht anerkennt, ist nach der kirchlichen Gewissensnorm anathematisirt, d. h. nach dem eigentlichen und heutzutage allein geltenden Begriff dieses Wortes aus der geistigen Gemeinschaft der Kirche ausgeschlossen, keineswegs aber für Zeit und Ewigkeit verflucht. Wie mild die kirchliche Praxis in dieser Beziehung ist, zeigt der Augenschein, denn es leben gar Viele in der äußeren Gemeinschaft der katholischen Kirche, nehmen an ihrer Religionsübung theil und empfangen ihre Heilmittel, obwol sie gar manches Dogma nicht glauben, gar manche Satzung nicht befolgen. Die Kirche erwartet nämlich, daß diese Halbgläubigen doch noch zum vollen Glauben zurückkehren werden, und sie nimmt dieselben noch in der Sterbestunde ohne strenge Detailsprüfung in ihren Schooß auf.

Rußland rüstet so eifrig und mächtig, als ob es sich auf einen Frühlingseinzug gefaßt machen wollte, und es konzentriert große Truppenmassen in der Nähe der österreichischen Grenzen. Daß Preußen fortwährend auf der Bedette steht, daß Frankreich beständig die Hand am Schwerte hält, ist bekannt; nicht minder daß die italienische Regierung kein dringenderes Geschäft hat, als Armee und Flotte auf den größtmöglichen Stand zu bringen. Dazu kommen die wahrhaft waghalsigen Rüstungen der Porte. Sie hat gegen Montenegro, Serbien und Rumänien Truppenmassen vorgeschoben, als ob sie jeden Augenblick über diese Länder herfallen wollte. In ihrem Rücken aber sammeln die Griechen ihre Kräfte, und rüstet der Vicekönig von Egypten, wie zu einem Entscheidungslampfe. Und Oesterreich? Nun, das ist ja nach Vidra's poetischem Ausdruck „die vielumworbene Braut Europas“! Leider passiert es vielumworbene Bräuten nicht selten, daß sie — sitzen bleiben.

In Baiern hat Fürst Hohenlohe sehr interessant über Oesterreich gesprochen. Da es ihm nicht gelungen ist, sein noch 1866 ausgesprochenes Wort, durch welches er, nebenher gesagt, den Herrn v. Bismarck sehr geschreckt und in die Arme der Magyaren getrieben hat, das Wort nämlich, Baiern, müsse die deutschen Länder Oesterreichs an sich zu ziehen trachten, zu erfüllen, so ist er jetzt so resignirt, Oesterreich, wenigstens sich selber zu überlassen und Anderen, die etwa österreichische Geschäfte machen wollen.

Die Prachtbibel.

Dieses wahrhaft prächtige Werk ist jetzt vollendet, und schon als es erst zur Hälfte erschienen war, mußte die Verlags-handlung Eduard Hallberger eine zweite Auflage veranstalten. Es verdient aber auch in der That kein anderes Erzeugniß der Presse in so hohem Grade die allgemeinste Theilnahme des Publikums. Die Illustrationen von Gustav Doré sind bewundernswürdig, der geniale Künstler beweist einen fast unglaublichen Reichthum der Phantasie, indem er in jeder Zeichnung Neues schafft. Worte sind zu schwach, die Schönheit des Werkes zu schildern; nur durch das Auge kann die Seele sie empfinden und sich, von Bewunderung ergriffen und unwiderstehlich gefesselt, in sie vertiefen.

Die Ausstattung des Prachtwerkes übertrifft an Eleganz und Gediegenheit des Geschmacks wol Alles, was bisher von deutschen Verlegern geleistet wurde. Jede Seite enthält zwischen den beiden Spalten eine schlanke Zierleiste, und sogar in diesem genialen Arabesken Schmuck herrscht eine Mannigfaltigkeit,

die in Erstaunen setzen muß; der Druck des Textes und der Bilder auf dem herrlichsten Papier ist wundervoll, überhaupt die ganze Ausstattung in jeder Beziehung brillant zu nennen. Trotz alledem ist der Preis beispieellos billig, so daß dadurch jeder nicht ganz Unbemittelte in den Stand gesetzt ist, diese Bibel als einen dauernden Kunstschatz für sich und seine Familie anzuschaffen.

Wenn irgend ein Werk die Bezeichnung eines prächtigen verdient, so ist es diese Ausgabe der Bibel. Wir können das Buch der Bücher in dieser Ausstattung nicht warm genug als einen herrlichen Schmuck für Hausbibliotheken, als einen wahren Hauschatz und ein kostbares Ehrengeschenk von bleibendem Werth empfehlen, das wie kein anderes geeignet ist, den Sinn für das Erhabene, sowohl der Religion als der Kunst, zu wecken und zu beleben.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß die Prachtbibel in einer zweifachen Ausgabe erscheint, die eine für Katholiken nach der vom apostolischen Stuhle approbirten Uebersetzung des Dr. Josef Franz v. Allioli; die andere für Protestanten in der Verdeutschung durch Dr. Martin Luther. —

Zugleich empfehlen wir unsern Lesern neuerdings ein profanes Prachtwerk des Hallberger'schen Verlages, nämlich „Ueber Land und Meer“, obwol es fast einer Unterschätzung dieses ausgezeichneten Unternehmens gleich steht, die Lesewelt erst noch darauf aufmerksam machen zu wollen. Hackländer's „Ueber Land und Meer“ ist ja weit verbreitet und längst allgemein als unübertrefflich anerkannt, dieses Unternehmen hat sich nicht nur unter allen illustrierten Zeitschriften Deutschlands den ersten Rang errungen, sondern es übertrifft auch die französischen und englischen Illustrationen sowol durch die Gediegenheit und Reichhaltigkeit des in der That die ganze Welt umfassenden Inhaltes, als auch durch die in der Mehrzahl wahrhaft künstlerischen Bilder. Eine ganz besonders ausgezeichnete Spezialität unter allen illustrierten Journalen ist „Ueber Land und Meer“ durch seine Novellen. Man empfängt mit jedem Jahrgange eine werthvolle belletristische Bibliothek. Was kaum mehr für möglich zu halten war, hat das Unternehmen mit seinem zwölften Jahrgange in Wort und Bild noch einen höheren Aufschwung genommen.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

IX.

Der erste habsburgische Herzog.

(Fortsetzung.)

Bevor das Kurfürstenkollegium den rebellischen Akt der Absetzung Adolfs und der Wahl Albrechts verübt hatte, waren, wie bereits erwähnt, die beiden Gegner sich im Felde gegenübergestanden, vermieden jedoch ein entscheidendes Zusammentreffen. Kaiser Adolf hatte Boten an den Herzog von Oesterreich gesendet mit der Frage, warum er mit Kriegsmacht gegen Kaiser und Reich aufge-

treten. Albrecht glaubte sich mit der Angabe rechtfertigen zu können, daß die Kurfürsten ihn gerufen hätten. Beide Fürsten waren eifrig bemüht, Verstärkungen an sich zu ziehen. Albrecht empfing solche sehr reichlich aus Ungarn, Böhmen und Kärnten, sowie aus den habsburgischen Stammgütern, aber von den Reichsstädten traten nur Mainz und Straßburg auf seine Seite, alle andern blieben dem Kaiser Adolf treu. Auch von den Kurfürsten leistete dem von ihnen Neugewählten nur der Erzbischof von Mainz Waffenhilfe, während die Kurfürsten von Trier und der Pfalz und Herzog Otto von Baiern dem Kaiser Heerfolge leisteten. Albrecht selber hielt seine Sache für sehr unsicher und beschränkte sich daher wochenlang darauf, den Gegner durch listige Märsche zu ermüden und irre zu führen. Dadurch ließ Adolf sich zu dem Glauben verführen, der Herzog sei auf der Flucht begriffen und könne durch einen entschlossenen Angriff vernichtet werden.

Ohne daher den in gewöhnlicher Weise verzögerten Zuzug aus den Reichsstädten abzuwarten, rückte der Kaiser in Eilmärschen bis gegen Gelheim und Rosenthal vor, wo er sich überzeugte, daß Albrecht keineswegs auf der Flucht begriffen, sondern mit 24.000 Mann in einer sehr vortheilhaften Stellung auf dem sogenannten Hasenbühl in Schlachtbereitschaft stand. Adolf gebot nur über 14.000 Mann; dennoch entschloß er sich zur Schlacht. Sie wurde am 2. Juli 1298 geschlagen.

Der vorsichtige Herzog von Oesterreich trug die Rüstung eines gewöhnlichen Ritters, während Kaiser Adolf mit den glänzenden Abzeichen seiner Würde in den Kampf ging. Seine Schaaren mußten bergan stürmen und hatten dabei die glühende Juli-Sonne im Angesicht. Albrecht hatte sein Heer in drei Haufen getheilt. Das von ihm selbst befehligte, aus Oesterreichern, Böhmen und Ungarn bestehende Centrum hatte die Bestimmung, den Frontangriff des Feindes in unverrückter Stellung auszuhalten, während die beiden Flügel bergab dringen und dem Feinde in die Flanken fallen sollten. Dabei hatte Albrecht den folgenreichen Befehl gegeben, vorzüglich die Pferde der Gegner niederzustoßen. Dieser Schlachtplan gelang vortrefflich. Adolf richtete seine ganze Aufmerksamkeit auf das feindliche Centrum und wollte es mit seiner Hauptmacht durchbrechen. Alsbald sah er sich aber links und rechts überflügelt, und nun ging Albrecht zum Frontangriff über und drängte den Feind den Hügel hinab. Das Heer des Kaisers, von den Flügeln des Gegners umfaßt und im Centrum durchbrochen, verlor nun gänzlich die feste Haltung. Da drang Adolf, obwol ihn seine Getrennen zurückhalten und zum Aufgeben des Kampfes bewegen wollten, in die äußerste Schlachtklinie vor, stellte die Ordnung einigermaßen wieder her und führte nun die Schaaren zum neuen Angriff auf das Centrum des Feindes. Da stürzte das Pferd des Kaisers, der sich jedoch, obwol von dem Sturze betäubt, schnell auf ein anderes Streitroß heben ließ, ohne den ihm entfallenen Helm aufgesetzt zu haben. So sprengte der heldenmüthige Kaiser wieder in das dichteste Gewühl

der Schlacht; da traf ihn ein Lanzenstoß ins Auge und streckte ihn zu Boden, und ein Waffenträger tödtete ihn vollends. Es ist ungewiß geblieben, wer den tödtlichen Lanzenstoß geführt; einige Chronisten aber sagen, daß es der Herzog von Oesterreich selber gewesen. Der Kampf dauerte auch nach dem Tode des Kaisers noch längere Zeit fort, bis endlich der Pfalzgraf Rudolf und der Herzog Otto von Baiern die Fruchtlosigkeit weiteren Widerstandes einsahen, den Rest des Heeres sammelten und sich unverfolgt nach Heidelberg zurückzogen. Die Schlacht hatte sechs Stunden gedauert, es war aber wenig Menschenblut vergossen worden; doch bedeckten über zweitausend todtte Pferde das Schlachtfeld. Von den Reitern derselben waren mehr als siebenhundert gefangen, darunter sechzig Grafen und Freiherrn. Herzog Albrecht kampirte die Nacht über auf der Wahlstatt, um seinen Sieg zu dokumentiren.

So hatte also der rechtmäßige Kaiser und König Adolf gegen den Herzog von Oesterreich Thron und Leben verloren. Durch den Tod war jetzt der deutsche Thron rechtmäßig erledigt, denn die Absetzung Adolfs durch die Kurfürsten konnte nicht als rechtsgiltig betrachtet werden. Herzog Albrecht war jedoch unmittelbar nach dem Siege anderer Meinung, denn als ihn noch auf dem Schlachtfelde die Getreuen Adolfs baten, die Leiche desselben nach Speyer bringen zu dürfen, um sie daselbst in der Kaisergruft beizusetzen, verweigerte dies Albrecht mit der Bemerkung, daß Adolf bei seinem Tode nicht mehr Kaiser gewesen wäre. Bald jedoch besann er sich eines bessern und erkannte, daß es ihm nicht zum Vortheile und noch weniger zur Ehre gereichen würde, sein Thronrecht auf einen rebellionsakt zu stützen. Er betrachtete daher selber seine zu Mainz bei Lebzeiten Adolfs vollzogene Wahl als ungeschehen und enthielt sich aller Regierungshandlungen.

Vom Schlachtfelde zog Albrecht über Alzei nach Mainz, wo durch Vermittelung des Erzbischofes die Versöhnung mit dem Pfalzgrafen Rudolf stattfand. Von Mainz zog der Herzog nach Frankfurt a. M., wo sich sechs Kurfürsten persönlich einfanden; nur König Wenzel von Böhmen sandte bloß einen Bevollmächtigten. In einer feierlichen Versammlung leistete nun Albrecht auf alle Rechte Verzicht, die er aus der zu Mainz geschehenen Wahl hätte ableiten können, und forderte die Kurfürsten auf, den Würdigsten auf den deutschen Thron zu erheben. Die neue Wahl erfolgte am 24. Juli 1298 und sie fiel nunmehr mit allen sieben Stimmen auf den Herzog Albrecht von Oesterreich und Steyer. Nunmehr war Albrecht wirklich der rechtmäßig gewählte deutsche König und Kaiser.

Jetzt erinnerte man sich aber wieder an den Papst. Dieser hatte zwar in die Absetzung Adolfs nicht eingewilligt, für denselben jedoch gar nichts gethan, dem deutschen Kaiserriege ganz unthätig zugeesehen. Nunmehr schickten die Kurfürsten aus Frankfurt an Bonifazius VIII. ein Schreiben, in welchem sie die Tugenden Albrechts und seine treue Anhänglichkeit an die Kirche priesen und den heiligen Vater baten, denselben anzuerkennen und ihn sobald als möglich zur

Kaiserkrönung nach Rom zu laden. Zugleich schickte Albrecht eine Obedienz-Gesandtschaft an den Papst. Dieser erwies sich aber als im höchsten Grade feindselig. Er gab auf das kurfürstliche Schreiben eine ablehnende Antwort, in welcher er namentlich die geistlichen Kurfürsten bitter tadelte. Die Gesandten Albrechts aber erhielten den Bescheid, derselbe sei wegen seiner gegen den rechtmäßigen Kaiser verübten Verbrechen unwürdig, auf dem deutschen Throne zu sitzen und werde niemals die Anerkennung des heiligen Stuhles erhalten. Doch als Albrecht diese Antwort vernahm, rief er, ans Schwert schlagend aus: „Will mich auch der Papst nicht anerkennen, so bin ich doch durch die Wahl der Fürsten König und Kaiser!“

Am 23. August 1298 wurde Albrecht zu Aachen von dem Erzbischof von Köln feierlich gekrönt, wobei es sich aber zeigte, daß er sich die Gunst der Kurfürsten durch reiche Geschenke und durch Privilegien erkaufte hatte, welche das kaiserliche Ansehen wesentlich beeinträchtigten. Im November hielt Albrecht zu Nürnberg seinen ersten Reichstag, und es wurde daselbst auch seine Gemalin Elisabeth gekrönt. Bei der Krönungstafel verrichteten die sämtlichen Kurfürsten ihre Erzämter; auch König Wenzel von Böhmen ließ sich nach längerer Weigerung herbei, persönlich den Dienst des Erzmundschenken zu leisten. Im Königschmucke, mit der Krone auf dem Haupte kredenzte Wenzel dem Kaiser in goldenem Becher den perlenden Wein. Doch wenige Tage darauf stellte Albrecht seinem Schwager Wenzel eine Urkunde aus, in welcher er anerkannte, daß die Könige von Böhmen zwar vor dem Kaiser die Krone zu tragen berechtigt, jedoch nicht verpflichtet wären, mit der Krone auf dem Haupte den Dienst des Erzschenkenamtes zu leisten.

Doch es traten nun auch die unangenehmen Folgen der Erhebung des Habsburgers ein. Die Kurfürsten gestatteten nicht, daß Albrecht als Kaiser auch Herr der österreichischen Länder bliebe. Diese waren nun erledigt, und Albrecht mußte es als eine Gunst betrachten, daß die Kurfürsten ihm bewilligten, mit diesen Herzogthümern seine Söhne zu belehnen, obwol nach dem ersten friedricischem Privilegium diese Einwilligung gar nicht nothwendig war.

Im Widerspruche mit demselben Privilegium verließ nun Albrecht die Herzogthümer Oesterreich, Steyer und Krain, die windische Mark und Portenau seinen drei Söhnen, Rudolf, Friedrich und Leopold, was gefährliche Spaltungen befürchten ließ. Rudolf, der als Erstgeborner die eigentliche Regierung führen sollte, hatte noch kaum das Jünglingsalter erreicht, und es wurden ihm daher die in Oesterreich nicht beliebten Schwaben Marschall Landenberg und die Gebrüder Walsee als Räthe beigegeben. Durch diese hoffte Albrecht wenigstens indirekt der eigentliche Herr der österreichischen Lande zu bleiben.

Im Reiche übte Albrecht sofort eine hoch und weit zielende Kaiserpolitik, wodurch er jedoch alsbald die Fürsten des Reiches mit Mißtrauen und Unzufriedenheit erfüllte. Um gegen den feindseligen Papst eine Stütze zu haben,

schloß Albrecht mit dem König Philipp IV. dem Schönen von Frankreich ein Bündniß, welches durch die Vermählung der Schwester des französischen Königs, Blanka, mit Rudolf, dem ältesten Sohne Albrechts bekräftigt wurde. Dieses Bündniß war den deutschen Reichsfürsten unangenehm. Erstlich bestand der Franzosenkönig darauf, daß sein Schwager Rudolf Alleinherrscher der österreichischen Länder sein müßte, und dadurch wurden Rudolfs Brüder, die Herzoge Friedrich und Leopold wirklich gezwungen, auf die Mitregierung zu verzichten. Dies war nun für Oesterreich erwünscht; die deutschen Fürsten aber sahen es mit Unwillen, daß ein fremder Monarch sich maßgebend in eine Reichsangelegenheit einmischte, welche mit Zustimmung der Kurfürsten geordnet worden war. Eine wichtigere Ursache aber, warum die Reichsstände das Bündniß mit Frankreich sehr ungern sahen, war, daß König Philipp der Schöne nicht nur gegen den Papst, sondern auch gegen die Vasallen seines Reiches die Selbstherrschaft zu erringen strebte. Es fürchteten also die deutschen Reichsfürsten, daß Albrecht dieses französische Beispiel nachahmten, die deutsche Freiheit unterdrücken und nicht bloß gegen den Papst, sondern wol auch gegen die Stände des deutschen Reiches die Hilfe des Franzosenkönigs anrufen würde. In der That hatte auch Albrecht mit Philipp ein Schutz- und Trutzbündniß „gegen Jedermann“ abgeschlossen. Das dadurch erregte Mißtrauen war so groß, daß, als Albrecht sich zu der verabredeten Zusammenkunft mit dem französischen König nach Toul begab, ihn die drei geistlichen Kurfürsten und der Pfalzgraf am Rhein dahin begleiteten, um darüber zu wachen, daß die Interessen des Reiches nicht verletzt würden. Darunter verstanden sie aber, daß der Kaiser die von den Franzosen dem deutschen Reiche entriffenen Grenzbezirke zurückverlangen sollte. Auf dieses Verlangen einzugehen, fand jedoch Albrecht nicht angemessen, obwol er sich urkundlich verpflichtet hatte, die von seinem Vater, Kaiser Rudolf angeordnete Herstellung der Reichsgrenzen durchzuführen. Schon diese Weigerung Albrechts erregte den Unwillen der Kurfürsten; als aber nun der französische König sie in anmaßender Weise aufforderte, seinen Schwager, den Herzog Rudolf zum Nachfolger seines Vaters auf dem deutschen Throne zu erheben, und da mit Grund vorauszusetzen war, daß Albrecht diesem Akte des Franzosenkönigs nicht fremd wäre, geriethen die Kurfürsten in heftigen Zorn. Der Erzbischof Gerhard von Mainz erklärte mit rücksichtsloser Heftigkeit, daß man das deutsche Reich niemals nach französischem Beispiel zu einer Erbmonarchie machen, und am allerwenigsten einem fremden Monarchen irgend einen Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten gestatten würde. Darauf reisten die vier Kurfürsten nach Deutschland zurück, ohne von dem Kaiser Abschied zu nehmen. So hatte sich Albrecht ein Jahr nach seiner Thronbesteigung die drei geistlichen Kurfürsten und den einflußreichsten der weltlichen, nämlich den Pfalzgrafen am Rhein zu Feinden gemacht.

Diese Feindschaft kam bald zum bewaffneten Ausbruch. Veranlassung gab eine materielle Angelegenheit. Albrecht hatte nämlich die Rheinzölle, bis dahin

zu den Regalien der Krone gehörig, größtentheils an die vier rheinischen Kurfürsten abgetreten. Diese begnügten sich aber nicht mit den alten Zöllen, sondern legten willkürlich neue auf. Die dadurch schwer benachtheiligten Reichsstädte baten den Kaiser um Abhilfe, und Albrecht forderte die Kurfürsten zu wiederholten Malen auf, von der Bedrückung der Handelsleute abzulassen. Dadurch strigter er jedoch nur die Abneigung der vier Kurfürsten gegen ihn, und Erzbischof Gerhard von Mainz vermaß sich zu sagen, daß er noch mehrere Kaiser in der Laufe hätte. Da von Albrecht vorauszusehen war, daß er sich den offenen Ungehorsam nicht gefallen lassen würde, schlossen die vier Kurfürsten ein Schutz- und Trugbündniß und verabredeten die Absetzung Albrechts.

Als dieser davon Kunde erhalten, forderte er die Reichsstädte auf, ihre Beschwerden schriftlich vorzulegen. Abschriften sandte nun der Kaiser an die vier Kurfürsten und lud sie vor sein Gericht; würden sie nicht erscheinen, sollten sie als der ihnen zur Last gelegten Ungerechtigkeiten geständig betrachtet und gestraft werden. Sie erschienen nicht, und nun that Albrecht den Rechtsspruch, daß alle Zölle und Mauten, welche von den rheinischen Kurfürsten seit Friedrich's II. Tode errichtet worden, als dem Reiche verfallen und als aufgehoben zu betrachten wären.

Da der Kaiser entschlossen war, gegen drei geistliche Kurfürsten mit bewaffneter Hand vorzugehen, so war er gleich beim Beginn des Konfliktes daran bedacht gewesen, die Versöhnung mit dem Papste zu versuchen. Er sandte zu diesem Behufe den ihm sehr ergebenen und in großem Ansehen stehenden Bischof Peter von Basel nach Rom, und diesem folgte alsbald auch eine Gesandtschaft der Reichsstädte, um dem Papste und dem Kardinalkollegium die Beschwerden gegen die geistlichen Kurfürsten vorzutragen und die Genehmigung zu erbitten, daß der Kaiser Abhilfe schaffe. Bonifazius verharrete aber in seiner feindseligen Gesinnung gegen Albrecht und erließ unterm 13. April 1301 an die Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier den Befehl, im Reiche zu verkünden, „daß der heilige Stuhl den Herzog Albrecht, der sich einen römischen König nenne, aufgefordert habe, binnen sechs Monaten vor seinem Gerichte zu erscheinen, um sich wegen der gegen den römischen König Adolf verübten Verbrechen zu verantworten, widrigenfalls der Papst alle und jeden, so besagtem Herzog einen Eid der Treue geleistet, von demselben entbinden und gegen den Thronräuber und Königsmörder mit geistlichen und weltlichen Strafen verfahren würde.“ Dieses päpstliche Ausschreiben steigerte den Muth der geistlichen Kurfürsten bis zum Uebermuth, so daß sie nun dem Kaiser förmlich absagten, aber im Vertrauen auf die Hilfe des Papstes und darauf, daß Albrecht sich vor dem Papste fürchten werde, es versäumten, sich in entsprechender Weise zum Kriege zu rüsten.

Der Kaiser ließ sich jedoch durch die Drohung des Papstes nicht im geringsten einschüchtern. Er beantwortete das päpstliche Ausschreiben durch eine Erklärung, in welcher er mit scharfen Worten die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen

zurückwies und die kaiserlichen Rechte gegen die Eingriffe Roms wahrte, und diesen Worten ließ er sofort die That folgen, indem er ohne Zögern gegen die verschwornen Kurfürsten zu den Waffen griff. Die Oesterreicher, Steirer und Kärntner leisteten ihm zahlreiche Heeresfolge, die Reichsstädte, der Erzbischof von Salzburg, Herzog Otto von Baiern und selbst des Pfalzgrafen Rudolf Bruder, Ludwig stellten dem Kaiser Kriegsvolk. Auch ging in Erfüllung, was die Kurfürsten von dem Bündniß Albrechts mit Frankreich gefürchtet, es sandte der König Philipp der Schöne Hilfstuppen. Zwar machte es in ganz Deutschland einen sehr üblen Eindruck, daß der Kaiser Franzosen zur Bekämpfung deutscher Fürsten gebrauchte, und die vier Kurfürsten unterließen es nicht, daraus eine schwere Anklage gegen Albrecht zu machen; dieser ließ jedoch durch rasches Handeln die Unzufriedenheit nicht zum Ausbruch kommen. Er lähmte die Kraft der Gegner dadurch, daß er ihre eigenen Unterthanen gegen sie aufwiegelte, indem er alle ehemaligen Reichsfreien in den Ländern der vier Kurfürsten, welche diesen dienstbar geworden waren, aufrief, das Joch abzuschütteln. Dadurch waren die Kurfürsten in ihren eigenen Gebieten gefährdet, und das schnelle, energische Vorgehen des Kaisers überraschte sie so sehr, daß sie durch Unentschlossenheit und Planlosigkeit eigentlich schon geschlagen waren, bevor der wirkliche Kampf begann.

Albrecht eröffnete den Feldzug im Mai 1301 zunächst gegen den Pfalzgrafen am Rhein und den Erzbischof von Mainz. Die Kurfürsten hatten es nicht verstanden, ihre Streitkräfte zu vereinigen, und so wurden sie einzeln besiegt. Schlag auf Schlag nahm Albrecht ihre Burgen, und nachdem er ihre letzte Zuflucht, das für unüberwindlich gehaltene Bingen nach kurzer Belagerung erobert hatte, mußten sie die Waffen strecken. Der Kaiser wollte weiteres Blutvergießen vermeiden, beendete im Spätherbst den Feldzug und forderte die Kurfürsten von Köln und Trier mit milden Bedingungen zu freiwilliger Unterwerfung auf. Sie gehorchten jedoch nicht, obwol ihnen Albrecht den ganzen Winter Zeit zur Ueberlegung ließ. Daher mußten sie im Frühling des nächsten Jahres 1302 den starken Arm des Kaisers fühlen und wurden nach kurzem Kampfe gezwungen, um Frieden zu bitten. Albrecht gewährte ihn. Die vier Kurfürsten mußten auf die Zölle verzichten, mehrere Reichslehen herausgeben und sich urkundlich und eidlich verpflichten, dem Kaiser fortan treu und gehorsam zu sein, widrigens sie aller Lehen, Würden und Ehren verlustig werden sollten.

Albrecht hatte drei Kirchenfürsten mit den Waffen bezwungen, anstatt der päpstlichen Vorladung gemäß in Rom zu erscheinen, um vor dem heiligen Stuhl gerichtet zu werden. Papst Bonifazius VIII. hielt es aber unter den veränderten Umständen nicht für angemessen, sich daran zu erinnern und die gegen den Kaiser ausgesprochenen Drohungen zu erfüllen.

So stand Albrecht an einem hohen Ziele seines Ehrgeizes. Er hatte die stolze Kurfürsten, welche sich gewöhnt hatten, die Kaiser als ihre Kreaturen zu betrachten, gedemüthigt und das kaiserliche Ansehen im Reiche selbst und gegen das allmächtige Rom so stark gemacht, wie kaum einer der berühmtesten Vorgänger auf dem deutschen Throne. Das Schicksal schien aber schon diesem zweiten habsburgischen Kaiser Gelegenheit bieten zu wollen, in weiterem Umfange jene Macht und Herrlichkeit zu erlangen, worin das Haus Habsburg später Jahrhunderte hindurch gegläntzt hat.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz der Redaktion.

Herrn W. L. in Kroatien: In einer Korrespondenz, die Sie als „Illustration der Freiheit in Oesterreich-Ungarn“ bezeichnen, stellen Sie folgende Fragen auf: „Wer macht Propaganda für den Panславismus? Wer steckt Rubel ein? Wer ist der Friedensstörer? Wer untergräbt den Konstitutionalismus? Wer schwächt die Monarchie im Innern und bringt sie um Ansehen nach außen?“ Mit vollkommener Begründung weisen Sie die verfassungstreu beantwortung dieser Fragen, welche von den Dienern und Anhängern des Dualismus gegeben wird, um die nationale und staatsrechtliche Opposition zu verdächtigen und zu denunzieren, als Lüge nach. Sie haben vollkommen recht, und es ist wol die Zeit nicht mehr fern, wo alle Welt erkennen wird, auf welcher Seite Recht und Wahrheit. Sie illustriren besonders die Zustände des dreieinigten Königreichs durch achtzehn Ausführungen, von denen einige Dinge enthüllen, über die sich jeder wahrhaft Gerechte und Freisinnige entsetzen muß. Obwol wir nun im Prinzip vollkommen mit Ihnen einverstanden sind und auch von der Genauigkeit Ihrer Angaben subjektiv überzeugt sind, so können wir doch Ihren Aufsatz nicht mittheilen, weil wir auf unserm Plage solche Details, solche lokale und persönliche Spezialitäten nicht auch objektiv vertreten könnten. Sie werden gewiß so gütig sein, dies entschuldigend zu würdigen. Es wird ja ohnehin bald Licht werden. Das Sprichwort sagt: „Nichts wird so fein gesponnen, es kommt an die Sonnen;“ unser Gegner aber spinnen so faustdick grob, daß bald selbst die Blinden das Knechtungs-gespinnst, wenn nicht sehen, so doch fühlen werden.

Herrn B. B. B., Oberleutnant, „leidenschaftslossem Zuschauer der Begebenheiten und Volksfreund“, in Galizien: Ihr fast enthusiastischer Lobartikel auf den Grafen Beust würde gewiß Aufsehen machen; aber wir mußten nach reiflicher Ueberlegung leider zu dem Entschlusse kommen, ihn nicht abzudrucken. Wir sind überzeugt, daß Sie nicht glauben werden, es geschehe das aus feindseliger Animosität gegen den Herrn Reichskanzler, denn da Sie als Leser der „Reform“ wissen, daß wir in gar vielen Beziehungen gegen den Grafen Beust schreiben, und den Lobartikel auf denselben doch gerade uns anvertrauten, so haben Sie uns dadurch in erfreulicher Weise eine richtige Schätzung unsers Charakters bewiesen. Ihnen, geehrter Herr Baron, hätten wir gern durch Aufnahme Ihres Artikels einen Dienst erwiesen; doch wir müssen es unterlassen, weil wir überzeugt sind, daß durch die Veröffentlichung dem Herrn Reichskanzler gerade jetzt kein Gefallen geschehen würde. Doch konstatiren wir Ihre Versicherung, „daß Graf Beust im österreichischen Offizierkorps ungetheilte Sympathien besitzt.“ Dann citiren wir, daß Sie den Grafen Beust als den Mann bezeichnen, „der allein geeignet war, nach den 66er Vorgängen Oesterreich seiner mislichsten Lage zu entreißen, und dem es, ohne ihm boshaft entgegengesetzte Hindernisse, gelungen wäre, als muthigster Vorkämpfer des Fortschrittes an der Spitze eines einigen und starken Völkerbundes zu stehen.“ Ihre übrigen Schilderungen des Herrn Reichskanzlers, seiner leiblichen und geistigen Persönlichkeit, seiner hohen Begabung, seiner großen Erfolge als Redner und Diplomat, diese Schilderungen würde Graf Beust wol für sich allein gewiß nicht ohne Vergnügen und Befriedigung lesen; in der Öffentlichkeit aber würden sie ihm nicht nützen. Als so warmer Verehrer desselben werden Sie uns daher die Nichterfüllung Ihres Wunsches nicht übel nehmen. Für die freundlichen Gefinnungen, welche Sie, geehrter Herr Baron, bei diesem Anlasse auch dem Redakteur der „Reform“ kundgegeben, sei Ihnen der herzlichste Dank ausgesprochen.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: **Franz Schusella.**
Die Redaktion befindet sich: **National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.**

Administration: Laborstraße Nr. 62.
Druck von **R. v. Waldheim**

Die Reform.

No. 7.

Wien, den 17. Februar 1870.

IX. Jahrgang.

Die neue Aktion.

Unklarheit, Unentschlossenheit und Unselbständigkeit kennzeichnen auch die neue Aktion des alten Ministeriums, insofern überhaupt von einer Aktion desselben die Rede sein kann.

Die Unklarheit der politischen Anschauung hat sich in den beiden Antrittsreden des Ministerpräsidenten dokumentirt, sie zeigt sich darin, daß in Betreff der Wahlreform die vollständigste Konfusion herrscht, sie beweist sich thatsächlich dadurch, daß die fünf dominirenden Minister wenige Wochen nachdem sie ihr Memorandum aus innerster Ueberzeugung und innigstem Pflichtgefühl wie ein allein seligmachendes Dogma verkündet hatten, von diesem Dogma offen abfallen. Dabei liegen diese Staatsmänner in arger Unentschlossenheit darnieder. Sie zeigen das, indem sie es weder in Betreff der Wahlreform, noch in der galizischen Frage wagen, eine entschiedene Initiative zu ergreifen. Sie machen die ohnehin schon genug verworrene Wahlreformfrage durch außerparlamentarische Pourparlers noch konfuser, sie haben nicht den Muth, offen das zu bezeichnen, was sie von der galizischen Resolution acceptiren wollen, und dabei verlangen sie für etwas Hypothetisches Garantien, welche freilich nicht minder hypothetisch und problematisch wären. Das Benehmen des Ministeriums zeigt deutlich, daß es in beiden Fragen am liebsten gar nichts thun möchte, daß es jede entscheidende Aktion absichtlich hinauschiebt, um Zeit zu gewinnen, etwa ein rettendes Wunder zu erwarten, oder wenigstens noch eine längere Zeit in den gewöhnlichen Geleisen den werktagsmäßigen Kreislauf der Amtsherrlichkeit fortsetzen zu können. Zu der Unklarheit und Unentschlossenheit dieses Ministeriums kommt noch in überwältigendem Maße die Unselbständigkeit. Worin besteht diese? Wir wollen es ganz deutlich aussprechen.

Das Wiener sogenannte erste parlamentarische Ministerium ist vom ersten Momente seiner Entstehung an bis zum jetzigen Augenblicke ganz und gar von der Stimmung Ungarns abhängig, es unterliegt bei allen wichtigeren Fragen einer fast allmächtigen magharischen Pression.

Durch magharisches Diktat ist das jetzige System und in Folge dessen das jetzige Ministerium ins Leben gesetzt worden, die Magyaren haben diesem Ministerium das Pensum diktiert, die cisleithanischen Länder nach dem Beispiele in den ungarischen zu centralisiren, die nichtdeutschen Nationalitäten den Deut-

schen so zu unterwerfen, wie die Magyaren sich alle nichtmagyarischen Völkernschaften unterworfen haben. In treuem Gehorsam gegen dieses magyarische Diktat haben die Fünf ihr Memorandum verfaßt, und dadurch, daß sich „die Ungarn wie Ein Mann“ für Dr. Giskra erhoben, hat er gesiegt. Jetzt aber machen die Magyaren in dem Memorandum eine Ausnahme zu Gunsten der Polen. Die Fünf hatten sich auch gegen die galizische Resolution ablehnend ausgesprochen, und zwar aus Furcht vor Rußland; die Magyaren haben aber so viel Muth, daß sie Rußland nicht fürchten, und dann sind sie politisch klug genug, um einzusehen, daß man gerade durch ein befriedigtes Galizien sich gegen Rußland sichern könne. Also erheben sich die Ungarn wieder wie Ein Mann dafür, daß Galizien eine staatsrechtliche Sonderstellung bekommen solle, wie Kroatien sie hat.

Das Ministerium Hasner geht nur widerstrebend daran; allein die Zwangslage ist einmal vorhanden, und so werden die Polen ohne Zweifel ziemlich viel erlangen. Die Unterstützung der Magyaren ist ihnen sehr nützlich, hat offenbar schon jetzt die Situation sehr zu ihren Gunsten geändert und wird es noch mehr thun. Das deutschböhmische Ministerium wird schließlich mit den Polen umso lieber paktiren, als es dafür bei der Ablehnung eines Ausgleichs mit Böhmen u. s. w. der vollsten Zustimmung der Magyaren sicher ist und sogar auf die Zustimmung der Polen rechnen zu können glaubt. Man irrt gewiß nicht, wenn man in dieser Zustimmung und eventuellen Mitwirkung vorzüglich die Garantie erkennt, welche das Ministerium von den Polen fordert.

Wir gönnen selbstverständlich den Polen in vorhinein alles, was sie erlangen werden, wir sehen es ferner nicht ohne Selbstbefriedigung, daß die Regierung unter fortwährender Verwünschung und Verwerfung des Föderalismus eben schon im Begriff ist, einen föderalistischen Schritt zu machen. Denjenigen aber, welche sich dem Wahne hingeben, daß es zur Erhaltung Oesterreichs genügen werde, den Dualismus in einen Trialismus zu erweitern, widmen wir einige warnende Bemerkungen.

Die Magyaren befürworten die Forderung der Polen, weil sie erkennen, daß diese, falls sie sich der Opposition der Böhmen, Slovenen und Tiroler anschließen, im Stande wären, das jetzige System zu stürzen. Dagegen hoffen die Magyaren, daß dieses System aufrecht erhalten werden könnte, wenn die befriedigten Polen in dem Herrschaftsbunde der Deutschen und Magyaren die Dritten sein würden, daß dieser Dreibund dann die Macht hätte, alle andern Völker in Notmäßigkeit zu erhalten. Es ist aber eine unverkennbare und auch offen eingestandene Thatsache, daß die Magyaren die Aufrechterhaltung des jetzigen Systems nicht für eine lange Dauer, sondern nur für so lange wünschen, als sie dieses System für ihre eigenen Zwecke brauchen, für Zwecke, die durchaus keine gesamtösterreichischen sind. Die Magyaren aller Parteien gehen von der sichern Voraussetzung aus, daß die jetzige österreichisch-ungarische Monarchie im

natürlichen Laufe der Dinge auseinander fallen muß. Dann wird nach der Hoffnung der Magyaren Ungarn das europäische Ostreich sein, während die österreichischen Länder, welche vormals zum deutschen Reiche und zum deutschen Bunde gehört haben, mit dem durch Preußen geeinigten Deutschland verbunden würden. Galizien würde dieser deutschen Richtung natürlich nicht folgen, sondern wäre auf Ungarn angewiesen, wie ja Polen und Ungarn schon wiederholt miteinander verbunden waren, so daß eins auf das andere historische Ansprüche erheben kann. Arm in Arm mit den Polen hoffen dann die Magyaren nicht nur Rußland in seine altmoskowitischen Grenzen zurückzuwerfen, sondern auch jenseits der Donau und Save die Länder bis an den Balkan und bis an's schwarze Meer unter die Stephanskronen zu bringen. Dann wird im Osten und Südosten Europas das magyarisirte-polnische Doppelreich als Großmacht herrschen. Das ist die Zukunftspolitik der Magyaren.

Aber diese Politik ist in die Luft gebaut. Sie säet Wind und wird Sturm ernten. Sie wird durch einen slavischen Völkersturm hinweggefegt werden. Auch Deutschland wird sich mit dieser Politik nicht befreunden, zumal wenn es nach dem innigen Wunsche der Magyaren durch Preußen geeinigt wird.

Wenn die Magyaren an dieser Politik festhalten, und wenn die galizischen Polen sich darin den Magyaren anschließen, so werden die beiden Allirten allerdings den Zerfall Oesterreichs herbeiführen, zugleich aber an sich selber das Todesurtheil vollstrecken. Unmittelbar nach, ja zugleich mit dem Zerfalle Oesterreichs werden Ungarn und Polen von Rußland verschlungen werden.

Das sind die sichern Aussichten für die deutsch-magyarisirte-polnische Allianzpolitik, an welcher jetzt gearbeitet wird.

Die Polizei und Dr. Gistra.

Dr. Gistra hat das Polizeiministerium zertrümmert. Dieser Akt erfährt eine verschiedene Beurtheilung, und zwar sind sich die Urtheile ganz entgegengesetzt.

Diejenigen, welche in Dr. Gistra den Repräsentanten, Retter und Beschützer des Liberalismus verehren, preisen die Zertrümmerung des Polizeiministeriums als einen Akt der Freisinnigkeit. Sie rufen triumphirend und hosiend aus: „Der freisinnige Minister des Innern wollte keinen Polizeiminister neben sich haben, und er hat recht, und alle Liberalen sind ihm dafür zu Dank verpflichtet. Durch ein Polizeiministerium ist die Freiheit beständig gefährdet. Der Polizeiminister ist im Stande, die Thätigkeit aller andern Minister zu beeinflussen, zu stören, zu hemmen; ja, wo ein Polizeiministerium besteht, stehen die andern Minister selber gewissermaßen beständig unter polizeilicher Aufsicht.“

So hat denn Herr Dr. Gistra sich durch die Beseitigung eines selbständigen Polizeiministeriums bei denjenigen Liberalen, welche in trivialer Weise die Polizei solange als Gegensatz der Freiheit betrachten, bis sie etwa selber polizeiliche Hilfe brauchen, erneuerten Ruhm der Freisinnigkeit erworben. Wenn man freilich die Freudenäußerungen dieser Sorte von Liberalen hört, so möchte es einem fast scheinen, daß diese Leute so kindisch seien zu glauben, es werde, wenn das Polizeiministerium als solches aufgehoben ist, auch gar keine Polizei mehr geben, also die allgemeinste unbeschränkteste Freiheit herrschen.

Die Polizei ist ziemlich allgemein nicht nur sehr unbeliebt, sondern geradezu verrufen und verhaßt. Schon das bloße Wort erweckt unangenehme Gefühle, und es gilt für ein unentbehrliches Merkmal des modernen Liberalismus, die Polizei zu verachten, zu hassen, auf sie zu schimpfen. Die Liberalen können einen Staat nicht ärger verdammen, als wenn sie ihn als Polizeistaat bezeichnen. Diese Begriffe und Gefühle sind so unausrottbar in Fleisch und Blut des Volkes übergegangen, und sie sind für die Polizeithätigkeit so nachtheilig, daß man sich hier und da veranlaßt gesehen und bemüht hat, den obiosen Namen zu beseitigen, um der Sache zu nützen. Und wirklich kommt die Polizei bei dem Volke sofort mehr in Gnade, sobald sie nur nicht mehr eben Polizei heißt. Ein Beispiel hat man in Wien vor Augen; die 1. 1. Polizeiwache war dem Volke außerordentlich zuwider, die 1. 1. Sicherheitswache aber erfreut sich einer ziemlich günstigen Popularität. So werden sich denn diese gewöhnlichen Liberalen auch erleichtert fühlen, wenn der Minister des Innern zwar zugleich auch Polizeiminister sein, doch nicht so genannt werden wird.

Wie sehr nun die Liberalen, ja die Menschen im allgemeinen mit und ohne Grund gegen die Polizei eingenommen sind, so erkennt doch jedermann, daß kein Staat ohne Polizei bestehen kann. Selbst derjenige, welchem die Polizei im höchsten Grade zuwider ist, muß sie doch wenigstens als ein nothwendiges Uebel anerkennen. Sie ist aber ihrem wahren Begriff und Wesen nach kein Uebel, sondern eine überaus wohlthätige Anstalt. Wer die Polizei durchaus als ein Uebel betrachten will, der muß doch zugeben, daß dieses Uebel deshalb nothwendig ist, weil sich in der menschlichen Natur so viel Uebles befindet, daß in Folge dessen im sozialen Zusammenleben der Menschen unzählige Uebel zu fürchten sind, welche verhütet, abgewendet, verhindert, gut gemacht, bestraft werden müssen. Die Polizei ihrem wahren Begriff und Wesen nach ist eben die Stadt- und Staatsordnung, die Ordnungsanstalt und Aufsicht, die Ordnungs-, Sicherheits-, Sittenpflege. Der Begriff Polizei umfaßt eigentlich die gesammte Aufgabe und Thätigkeit des Staates, und in diesem Sinne wurde auch dieses griechische Wort in der alten Zeit gebraucht. Die Polizei ist die Thätigkeit der Staatsgewalt zur Entfernung der Hindernisse und Uebelstände, welche entweder als äußere Zufälle, oder als Folge der menschlichen Unvollkommenheit und Böswilligkeit entstehen und der Erreichung der nützlichen und nothwendigen Staats- wie der

erlaubten Privatzwede entgegenreten und weder durch die Kräfte der einzelnen Bürger selber, noch durch die verfassungsmäßige Thätigkeit anderer Behörden beseitigt werden können. Während die Justiz die Tilgung des bereits vollbrachten Unrechtes und die möglichste Wiederherstellung gestörter oder verletzter Rechte nach gesetzlich genau festgestellten Normen zu vollbringen hat, während die Volkswirtschafts- und Kulturbedörden die positive Förderung der materiellen und geistigen Interessen zur Aufgabe haben, hat die Polizei den mehr negativen Beruf, störende, verletzende Einwirkungen auf das Wohl und die Sicherheit des Ganzen wie der Einzelnen fernzuhalten, oder wenigstens in ihren Folgen zu beschränken. In der Erfüllung dieses Berufes wird die Polizei die unentbehrliche Gehilfin fast aller andern Staatsbehörden, sowie auch jedes einzelnen Bürgers. Die Justiz z. B. könnte ihre Aufgabe ohne polizeiliche Vorarbeit und Mitwirkung fast gar nicht erfüllen, oder sie müßte selber zugleich Polizei sein. Diese erfüllt auch in unzähligen Fällen wahrhaft nur den Willen der einzelnen Bürger und ersetzt die Thätigkeit derselben. Jeder ehrliche Bürger will gewiß, daß z. B. ein Angriff auf das Vermögen oder Leben eines Mitbürgers verhindert werde; aber sehr selten ist ein solcher Bürger geneigt, selber einzugreifen. Da wünscht und verlangt er denn, daß die Polizei rasch bei der Hand sei, und tadelt es bitter, wenn das nicht der Fall ist, was ihn jedoch nicht hindert, im allgemeinen über die Allgegenwart der Polizei zu klagen.

Weil im sozialen Zusammenleben die Fälle von Bedrohungen, Störungen und Verletzungen der allgemeinen und speziellen Ordnung und Sicherheit nicht voraussehbar und unzählbar sind, so ist es ganz unmöglich, die Fälle und die Art des polizeilichen Einschreitens im voraus genau zu normiren, d. h. genaue Polizeigesetze zu geben; es ist nicht zu vermeiden, daß die Polizei die Freiheit haben muß, nur unter der Beschränkung durch allgemeine Normen und der Verantwortlichkeit in den mannigfachen einzelnen Fällen nach eigenem Ermessen zu agiren. Weil ferner das polizeiliche Einschreiten in der Regel ein schleuniges sein muß, so tritt die Nothwendigkeit ein, daß die Polizei mit einer außerordentlichen Gewalt ausgerüstet und in vielen Beziehungen von den fest vorausbestimmten Beschränkungen befreit sein muß, an welche die Justizbehörden gebunden sind. Das fordert nicht nur die allgemeine, sondern auch die Sicherheit jedes einzelnen Bürgers. Was würde z. B. ein Bürger, bei dem ein Dieb eingebrochen war und eben davon läuft, sagen, wenn der zur Arretirung desselben aufgerufene Sicherheitswächter zuerst den Beweis verlangen, oder die Festnehmung des Flüchtlings verweigern möchte, weil erst ein Verhaftsbefehl ausgestellt werden müßte?

Ganz besonders verhaßt ist die geheime Polizei, und die vulgären Liberalen verkünden es als ein Dogma, daß in einem freien Staate gar keine geheime Polizei bestehen dürfe. Und doch ist auch diese geheime Polizei eine unentbehrliche Nothwendigkeit, und alle Staaten ohne Ausnahme haben sie, ja gerade in den freiesten Staaten besteht fast nur eine geheime Polizei. Hat nicht z. B. das

freie England seine berühmten Detektors, welche sich der mannigfachsten Vertiefungen bedienen und die raffiniertesten Mittel anwenden, um Verbrecher aufzuspiüren und in die Falle zu locken. Es stünde auch wahrlich sehr schlecht um die Entdeckung von Verbrechen und Verbrechern, wenn die Polizei immer und überall in voller Uniform auftreten, oder der nichtuniformirte Polizist sich bei seinen Forschungen stets mit der Erklärung einführen müßte: Ich bin von der Polizei! Aber die vulgären Liberalen finden nicht genug Worte der Verachtung gegen die sogenannten „Spizel“ und „Naderer“, und dann spotten und schimpfen sie doch wieder, wenn die Polizei nicht püffig genug ist, hinter die Schliche der Uebelthäter zu kommen. Diese Liberalen halten es für ein charakteristisches Merkmal eines freien Staates, daß man nirgends Polizei sehen soll, sie verlangen aber doch, daß die Polizei überall, wo es noth thut, gleich bei der Hand sei; also verlangen sie ja wirklich eben eine geheime Polizei. Sie freuen sich darüber, daß wir jetzt keinen eigenen Polizeiminister haben werden, und sie preisen das als einen großen freiheitlichen Fortschritt; dabei können sie aber doch nicht leugnen, daß nach wie vor Polizeiaktionen nothwendig sein werden. Also wird der Minister des Innern in der That geheimer Polizeiminister sein.

Doch alles das, was wir bisher von der Polizei gesagt haben, werden die modernen Liberalen wol in Betreff der gewöhnlichen, der eigentlichen Sicherheitspolizei gelten lassen müssen. Aber die politische Polizei! Die wird ganz besonders verworfen und verdammt. Und doch ist auch diese politische Polizei unentbehrlich nothwendig, und alle Staaten ohne Ausnahme üben sie im Innern und nach außen. Die Gesandtschaften aller Staaten haben auch die echt polizeiliche Aufgabe, in jeglicher Weise die Stimmung des Landes, in welchem sie fungiren, die Tendenzen der Parteien, der hervorragenden Persönlichkeiten, der Höfe zu erforschen und sofort alles nach Hause zu berichten (und zwar mit polizeilicher Vorsicht), was ihrer Regierung gefährlich oder bedenklich sein, oder doch wichtig und interessant erscheinen könnte. Die Diplomaten, welche in diesem polizeilichen Ausforschen und Aufdenzahnfühlen besonders geschickt sind, werden hoch gepriesen, während über diejenigen, welche kein polizeilich scharfes Aug und Ohr, keine polizeiliche Spürnase haben und sich von Ereignissen überraschen lassen, weiblich gespottet und geschimpft wird, welchem Spott und Schimpf auch schon mancher österreichische Gesandte gerade von Seite unserer Liberalen ausgesetzt war. Alle Regierungen ohne Ausnahme üben auch im Innern politische Polizei, alle bemühen sich, das, was sie nicht auf gewöhnlichem Wege erfahren können, auf polizeilichem kennen zu lernen. Selbst die freisinnigsten Regierungen üben das Recht und die Pflicht, auch mit polizeilichen Mitteln die Stimmung des Volkes, die Tendenzen der Parteien, Vereine und einzelner Persönlichkeiten zu erforschen. Haben sich nicht z. B. in dem freien England zu allen Zeiten und besonders gerade jetzt die Detektors in die Klubs aufnehmen lassen, welche der Regierung gefährlich schienen, sind sie nicht sogar den Verschwörungen bei-

getreten, um die Tendenzen und Mittel derselben kennen zu lernen und sie der Regierung zu denunziren? Glaubt vielleicht jemand, daß die Regierung der Schweiz, oder Nordamerikas, wenn daselbst z. B. eine monarchische Partei oder Verschwörung entstünde, Anstand nehmen würde, im ausgebehntesten Maße politische Polizei zu üben? Glaubt jemand, daß der gepriesene Lincoln während des Bürgerkrieges nicht politische Polizei geübt hat, und daß eine solche Polizei jetzt gegen die ehemaligen Secessionisten nicht mehr geübt wird? Die republikanische Freiheit kann ebenso wie die monarchische Herrschaft im geheimen gefährdet werden, und daher hat eine republikanische Regierung gerade so wie eine monarchische das Recht und die Pflicht, dieser geheimen Gefahr auch polizeilich entgegen zu arbeiten. Politische Polizei ist besonders gerade in denjenigen freien Staaten nothwendig, deren Freiheit noch nicht fest begründet, noch von vielen Feinden bedroht ist. Die Feinde der Freiheit kämpfen ebenso wie die Feinde des Absolutismus auch mit polizeilichen Waffen, weshalb es nothwendig ist, in beiden Fällen auch mit polizeilichen Waffen entgegen zu wirken.

Doch die gewöhnlichen Liberalen verdammen die Polizei nur insofern, als dieselbe eben gegen sie geübt wird, scheuen aber dabei durchaus nicht die Inkonsequenz, ihrerseits gegen ihre Widersacher von der Regierung die ausgiebigste Polizeihilfe zu verlangen, ja sogar selber Polizei zu üben. Gerade aus unserer allerneuesten Ära könnten wir davon sehr viele merkwürdige Beispiele anführen, welche das allerneueste parlamentarische Oesterreich im vollsten schlimmen Sinne des Wortes als einen Polizeistaat zeigen. Doch wir unterlassen es, die Vergangenheit zu citiren, weil die nächste Zukunft gewiß neue Beispiele liefern wird. Ist ja doch eine Politik der Energie angekündigt, und dabei wird die Polizei gewiß eine bedeutende Rolle zu spielen haben.

Deshalb betrachtet die Opposition die Vereinigung der Polizei mit dem Ministerium des Innern, welche in gewöhnlichen Verhältnissen ganz sachgemäß ist, unter den jetzigen ganz außerordentlichen Verhältnissen als eine Bedrohung. Die nationale und staatsrechtliche Opposition fühlte sich schon sehr arg bedroht, als ihr unversöhnlicher Gegner Dr. Giskra Minister des Innern wurde. Schon als solcher hatte er durch den weit und tief verzweigten Organismus der politischen Administration allüberall Gelegenheit und Macht, für seine Tendenzen eine schwere, hie und da unwiderstehliche Pression auszuüben; er wird das jetzt in gesteigertem Maße können, da er auch den polizeilichen Apparat unmittelbar in seiner Hand hat. Die Steigerung der Macht des Dr. Giskra ist für die Opposition jedenfalls eine sehr ernste Bedrohung. Sie erkennt das auch vollkommen, ohne jedoch dadurch erschreckt zu sein. Sie wird sich darnach zu richten wissen.

Selbst unter den Verfassungstreuen betrachten diejenigen, deren Liberalismus nicht einzig und allein in der Verfassungsbuchstabengläubigkeit besteht, die polizeiliche Machterweiterung des Herrn Dr. Giskra nicht ohne Bedenken, ja

sie haben geradezu die Besorgniß ausgesprochen, daß Dr. Gistra, obwohl er nicht Polizeiminister heißen wird, es doch etwa mehr sein könnte, als Minister des Innern. Es könnte wirklich im Naturell dieses Mannes liegen, ein sehr strenger Polizeileiter zu sein, die polizeilichen Zügel sehr straff zu halten. Man hat schon oft die Erfahrung gemacht, daß Oppositionsmänner, wenn sie zur Macht gelangen, gegen die Opposition sehr empfindlich werden. Nach manchen Zeichen zu schließen, gehört auch Dr. Gistra zu diesen Oppositionshelben. Ja, wir sehen uns nicht, noch weiter zu gehen und, auf offenkundige Thatfachen gestützt, zu sagen, daß Dr. Gistra, seit er Minister ist, eine Anlage des Geistes und Charakters geoffenbart hat, wonach er ganz vorzüglich zu einem Minister des Absolutismus geeignet wäre. Er wird uns diese Bemerkung wol nicht übel nehmen, denn der Absolutismus braucht ja gerade vorzugsweise sehr hochbegabte thatkräftige Minister, solche, welche „alles wissen, alles können und alles wollen.“ Jedenfalls kultivirt Dr. Gistra den parlamentarischen Absolutismus.

Der Hauptgrund, warum die Polizei so häufig Uebergriffe macht, die Bevölkerung belästigt, quält und gegen sich erbittert, liegt darin, daß die Polizei gerade weil ihr Wirkungskreis ein ganz unübersehbar weiter ist, von dem Gange ergriffen wird, sich in alles einzumischen, sich überall vorzudrängen, sich als Selbstzweck zu betrachten und so wirklich das Schreckbild des Polizeistaates zu schaffen. Eben deshalb sind auch die Liberalen gegen den Bestand eines selbständigen Polizeiministeriums, weil sie besorgen, daß eine solche oberste Behörde den natürlichen und künstlichen Trieb haben würde, sich eben wichtig zu machen. Deshalb loben es die Liberalen, daß Dr. Gistra das Polizeiministerium beseitigt hat. Doch die Art, wie dies geschehen, erscheint uns nicht als zweckmäßig.

Es ist gewiß nicht nothwendig, daß das Polizeiiinstitut in einem eigenen Ministerium gipfle, es kann das sogar schädlich werden und führt jedenfalls Geschäftsverzögerungen und amtliche Konflikte herbei. Es ist ferner unzweifelhaft, daß die Polizei, mit Ausnahme der diplomatischen auswärtigen, in den Ressort des Innern gehört. Wenn man aber ein besonderes Polizeiministerium als überflüssig und schädlich erkennt, so muß man doch auch einsehen, daß die Leitung der eigentlichen höhern Polizei, wenn sie zweckmäßig geschehen soll, sich in Einer Hand befinden müsse. Bei uns ist das aber jetzt nicht der Fall. Dr. Gistra hat das Polizeiministerium dadurch beseitigt, daß er es zertrümmerte und nur einen Theil an sich zog. Die Polizei wird nun von drei Ministern geleitet werden, vom Reichskanzler, vom Minister des Innern und vom Landesvertheidigungsminister. Es ist also eine Vervielfältigung der Polizei eingetreten, welche nicht blos in geschäftlicher, sondern auch in freirechtlicher Beziehung sehr nachtheilig werden kann. Es ist sehr zu besorgen, daß bei dieser Vervielfältigung der Polizei sich auch die polizeilichen Uebergriffe vervielfältigen werden. Wenn man Erfahrungsgemäß fürchtet, daß ein selbständiges Polizeiministerium sich zum Nachtheil der Freiheit prädominirend wichtig macht, so wird man aus demselben natür-

lichen Grunde fürchten müssen, daß bei der Theilung der polizeilichen Arbeit die mehreren Polizeileiter viel mehr geneigt sein werden, ihren beschränkten Wirkungskreis zu erweitern, als denselben freiwillig noch mehr zu beschränken. Daß durch die Theilung der Polizeileitung Weitläufigkeiten, Verzögerungen im Geschäftsgange und Kompetenzkonflikte eintreten werden, ist selbstverständlich; man braucht nur an die Gensdarmrie zu denken, welche dem Kommando des Landesverteidigungsministers untergeordnet ist, während sie jeden Augenblick den politischen Behörden zur Verfügung stehen soll. Von den Kosten der neuen Organisation, von den Nachtheilen, welche sie vielen Beamten bringen wird, wollen wir gar nicht reden. Nur eins bemerken wir noch: Wenn es so fortgeht, daß jedes unserer kurzlebigen Ministerien das, was die Vorgänger eingeführt, wieder umwirft, um mit neuen Organisationen zu experimentiren, so wird Oesterreich alsbald vollkommen desorganisiert sein.

Kritische Streifzüge.

(Die rumänische Bewegung in Siebenbürgen und die Magyaren.) Was den Magyaren Kummer macht, oder sie doch nicht den vollen Triumph ihrer Herrschaft genießen läßt, das ist die immer bewußter, stärker und allgemeiner werdende nationale Bewegung der Rumänen Siebenbürgens und Ungarns. Die magyarischen Herrscher waren in frühern langen Zeiten gewohnt, das rumänische Volk als politisch gar nicht vorhanden zu betrachten. Als die Rumänen im Jahre 1848 sich erhoben, da war durch die Wiener Verhältnisse den Magyaren die Möglichkeit geboten, die Behauptung aufzustellen, die Klage zu erheben, die rumänische Erhebung sei keine spontane, selbstbewußte, sondern von der Hofpartei für reaktionäre Zwecke hervorgerufen. Diese nicht bloß gegen die Rumänen, sondern auch gegen die Kroaten, Serben und Slovaken, ja zum Theil sogar gegen die Sachsen gerichtete Denunziation wurde weidlich ausgebeutet, nachdem der magyarische Separatismus wirklich für alle Völker Oesterreichs die Niederlage der Freiheit herbeigeführt hatte.

Gegenüber der jetzigen Oppositionsbewegung der Rumänen ist eine ähnliche Denunziation glücklicherweise nicht möglich. Jetzt sind die Rumänen mehr noch als die Kroaten von Wien den Magyaren preisgegeben, es drückt auf sie nicht bloß die magyarische Herrschaft, sondern diese wird sogar von Wien aus unterstützt, und es stehen jetzt den Magyaren die österreichischen Soldaten zur Verfügung, um diejenigen Völker nieder zu halten, welche damals an der Seite der österreichischen Armee gegen den magyarischen Separatismus für das Kaiserreich und für die Dynastie gekämpft haben. Und dennoch stehen die Rumänen

jetzt wieder in Opposition gegen den Maggharismus und sind fest entschlossen, ihre nationale Freiheit zu behaupten, die politische Gleichberechtigung zu erringen, und sie streiten für die historische Selbständigkeit Siebenbürgens. Das macht den Maggharen Kummer und Aerger. Sie hatten sich dem Wahn hingegen, mit den Rumänen leicht fertig zu werden, zumal sie sich einbilden, mit den Kroaten, Serben und Slovaken bereits fertig zu sein. In Siebenbürgen machten sie sich höchstens nur auf einige Opposition der Sachsen gefaßt, welche sie jedoch nicht hoch anschlugen, weil sie wissen, daß die Sachsen vorzugsweise Nützlichs- und Gelegenheitspolitiker und seit jeher gewohnt sind, von den Maggharen vieles zu ertragen, wenn diese dafür nur eben die Rumänen nicht aufkommen lassen. Aber siehe da, die Sachsen machen fast gar keine, die Rumänen eine sehr bedeutende Opposition. Die Maggharen haben freilich wieder eine Denunziation in Bereitschaft, sie behaupten auch jetzt wieder, die nationale Bewegung der Rumänen Siebenbürgens und Ungarns sei keine selbstbewusste, spontane, sondern sie werde von den Rumänen jenseits der Pässe aufgereizt; doch diese Denunziation ist durch Thatfachen widerlegt, denn jede Aeußerung der rumänischen Opposition beweist, daß dieses Volk jetzt wie im Jahre 1848 auf dem österreichischen Standpunkt steht und auf diesem nichts als seine nationale Freiheit, seine politische Gleichberechtigung erringen und sichern und die Selbständigkeit Siebenbürgens wiederherstellen will.

Wir haben in Nr. 4 der „Reform“ ein rumänisches Telegramm gebracht, welches mittheilte, daß die rumänische Intelligenz aus allen Theilen Siebenbürgens zur Bekämpfung des bestehenden Systems die Erzielung eines nähern Einverständnisses und gleichförmigen Vorgehens mit allen unzufriedenen Völkern Oesterreichs beschlossen hat. Wir hatten bei dieser Mittheilung absichtlich die Namen des Ortes und der Personen verschwiegen, denn bei der ganz eigenthümlichen Freiheit, welche in Ungarn herrscht, bei der absolutistischen Strenge, mit welcher das parlamentarische ungarische Ministerium gegen oppositionelle Vereine und Versammlungen einzuschreiten pflegt, wollten wir, so viel an uns liegt, den rumänischen Patrioten keine unangenehmen Erfahrungen veranlassen. Wir beschränkten uns darauf, die Mittheilung jenes Telegrammes als eine bedeutsame zu bezeichnen. Wir erkennen nämlich, daß mit dem Beschluß der rumänischen Oppositionsmänner der Gedanke lebendig zu werden beginnt, auf den wir die Maggharen und Deutschen schon wiederholt warnend aufmerksam gemacht haben, der Gedanke nämlich, daß die sämtlichen oppositionellen Völker sich zu einer gemeinsamen Aktion gegen die dualistische Herrschaft vereinigen werden, um mit vereinten Kräften für ihr eigenes Recht, für ihre eigene Freiheit und dadurch nach dem Wahlsprüche des Monarchen auch für Oesterreich zu wirken. Denn in der That, nur die oppositionellen Völker repräsentiren noch das wirkliche Kaiserthum Oesterreich, sie sind im vollsten Sinne des Wortes Seiner Majestät getreueste Opposition.

Es schien, daß die dualistische Presse den Akt der rumänischen Patrioten

todtschweigen würde; doch brachte der „Pester Lloyd“ endlich am 10. d. M. eine Aufklärung über jenes Ereigniß, und zwar in einer Korrespondenz aus Hermannstadt. Der Hermannstädter Korrespondent, der gewiß kein Rumäne, und wie wir doch hoffen wollen, wol auch kein Sachse ist, fühlte sich nun berufen, oder hatte den Auftrag, den Beschluß, welchen Vertreter der rumänischen Intelligenz in Torba gefaßt hatten, als ganz bedeutungslos darzustellen und ihn sogar lächerlich machen zu wollen. Er sagt zuerst, „daß durch unser Telegramm am allermeisten gerade die meisten Romanen überrascht waren, welche denn doch auch mit zur Intelligenz ihrer Nation gezählt sein wollen.“ Was ist nun damit gesagt? Niemand konnte glauben oder angeben, daß in Torba alle intelligenten Romanen versammelt gewesen seien, nichtsdestoweniger haben aber diejenigen, welche dort waren, die Intelligenz der Romanen vertreten, und es ist gewiß kein intelligenter Romane so blöde, sich deshalb, weil er nicht nach Torba geladen war, von der romanischen Intelligenz ausgeschlossen zu glauben. Hat sich denn etwa zur Zeit, als die Magyaren unterdrückt waren und nur im geheimen Oppositionsberathungen pflegen konnten, die magharische Intelligenz immer zu Tausenden versammelt, und war etwa damals irgend ein intelligenter Magyare so blöde, sich dadurch, daß er zu solchen Berathungen nicht beigezogen war, beleidigt zu fühlen? Der Hermannstädter Korrespondent glaubt die Versammlung von Torba auch durch die Angabe ihrer offensiblen Veranlassung lächerlich machen zu können. Er erzählt nämlich: „Der Namenstag des in Torba domizilirenden Advokaten und Rumänenführers Dr. Johann Ratin war am 19. v. M. (nach altem Sthl). Aus diesem Anlaß besuchten ihn einige Freunde, darunter Marcellarin, Zincu u. s. w. Um das Beisammensein nicht ohne allen politischen Beigeschmack zu lassen, wurde die Unterhaltung damit gewürzt, daß man, obzwar ohne Mandat, im Namen der rumänischen Intelligenz sich dahin einigte“ &c. Was ist damit gesagt? Hätten die rumänischen Patrioten die Versammlung in Torba öffentlich ankündigen und dazu allgemein einladen sollen? Sie würden das gewiß gern gethan haben, wenn in Siebenbürgen nicht noch immer die Gesetze des Absolutismus herrschen und von den magharischen Herren gegen die nationale Opposition mit rücksichtsloser Strenge angewendet werden möchten. Unter dem Drucke solcher Gesetze ist es sehr begreiflich und überall gebräuchlich, daß die Oppositionsmänner irgend einen unverfänglichen Anlaß benutzen, um wenigstens theilweise zusammen zu kommen. Die magharische Opposition hat dies in früheren Zeiten ebenfalls sehr oft gethan. Damit fällt auch der spöttische Vorwurf in nichts, daß die in Torba Versammelten kein förmliches Mandat gehabt hätten. Wie hätten sie ein solches erhalten können? Würde die magharische Regierung es etwa gestatten, daß das rumänische Volk sich versammle, um für eine oppositionelle Berathung Deputirte zu wählen? Doch die Torbaer hatten gleichwol ein Mandat, nämlich jenes ewige, von Gott selber in das Herz geschriebene, welches jeder treue Sohn eines Volkes zum Kampfe für

die Rechte desselben hat. Wenn durch unser Telegramm wirklich am allermeisten gerade die meisten Rumänen überrascht wurden, so fragt es sich doch wol, ob die Ueberraschung eine angenehme oder unangenehme gewesen ist. Wagt es der Herrmannstädter Korrespondent des „Pester Lloyd“, das letztere zu behaupten? Wir unserntheils sind fest überzeugt, daß alle Rumänen mit dem, was ihre in Torda versammelten Führer beschlossen haben, vollkommen einverstanden sind. Es verschlägt gar nichts, daß die Rumänen von jenen Beschlüssen „erst via Wien“ Kenntniß erlangt haben. Die Magyaren haben sehr oft gar via Paris, London und Turin Kenntniß von Beschlüssen ihrer Oppositionsführer erlangt. Es charakterisirt die Freiheit in Ungarn, daß die nichtmagyarischen Völker eben nur noch in Wien zum Wort gelangen können.

Was wurde denn in Torda beschlossen? Der Herrmannstädter gibt darüber nähere Auskunft. Es wurde beschlossen, gegen den Baron Karl Apor wegen der Tofalvaer Angelegenheit und dann um die Begnadigung des im Kerker sitzenden rumänischen Deputirten und Redakteur, Alexander Romanu Gesandte an Seine Majestät zu richten; es wurde ferner beschlossen, „in einem Programm die Ursachen darzulegen, weshalb die Rumänen gegen das jetzige System Opposition zu machen und die gleichgesinnten Nationalitäten zu unterstützen entschlossen seien.“ Der Ausdruck „unterstützen“ ist hier entweder falsch aufgefaßt, oder absichtlich entstellend gebraucht. Der Tordaer Beschluß lautet nicht dahin, daß die Rumänen den übrigen oppositionellen Völkern Hilfe bringen wollten, sondern er bezweckt nur eine Vereinigung aller unzufriedenen Völker, um durch gemeinsame Aktion ans Ziel zu gelangen.

Dieses Programm hätte nun, wie der gut unterrichtete Herrmannstädter weiß, in Broos gedruckt werden sollen, wurde aber faßirt und an den königlichen Kommissär in Klausenburg, Grafen Péchy eingeschickt. Dies charakterisirt abermals die Freiheit in Ungarn. Die Tordaer haben vielleicht eine peinliche Untersuchung zu gewärtigen. Jedenfalls beweist aber dieses Verfahren mit dem Programm, daß die Versammlung zu Torda der magyarischen Regierung denn doch nicht so bedeutungslos und lächerlich erscheint, wie dem Herrmannstädter Korrespondenten des „Pester Lloyd.“

Ueber den Inhalt des Programms erhielten wir ausführliche Mittheilungen, von denen wir das Wesentliche hier mittheilen:

Es soll zu Vertheidigung der Interessen der rumänischen Nation Siebenbürgens eine Generaldeputation, bestehend aus drei Mitgliedern und drei Supplenten, eingesetzt werden, welche mit der rumänischen Intelligenz in allen Theilen des Landes ins Einvernehmen treten wird. Die Generaldeputation hat die Aufgabe zu trachten, daß die nationale Sache in den Municipalkongregationen vertheidigt werde, selbst in denen, wo die Rumänen die Minorität bilden, besonders aber, daß in diesen Kongregationen Repräsentationen an den Monarchen zu Stande kommen behufs der Aenderung des jetzigen Systems. Die Deputa-

tion wird Sorge tragen, daß die nationalen Interessen auf jedem gesetzlichen Wege vertheidigt werden, besonders auch in der einheimischen und fremden Presse. Sie wird sich aber auch sobald als möglich mit den Rumänen im Banat und in Ungarn in die engste Verbindung setzen, um mit denselben ein Programm zu entwerfen, welches als Richtschnur für die Erringung der nationalen Rechte dienen kann. Es soll ferner ein Einvernehmen mit den Rumänen in der Bukowina und mit jeder unterdrückten Nation der Monarchie, besonders mit den Czechen, Kroaten, Serben, Slovenen u. s. w. vermittelt werden, um mit Uebereinstimmung in der Erreichung der nationalen Ziele sicherere Erfolge erwirken zu können. Es soll aber auch mit Aufrichtigkeit dahin gestrebt werden, die Magyaren selber durch Hinweisung auf die ihnen und allen Völkern der ungarischen Krone drohenden Gefahren für die Aenderung des jetzigen Systems zu kapazitiren. Die Generaldeputation soll in ihrer Thätigkeit durch Lokaldeputationen unterstützt werden, deren in jedem Municipium eine bestehen soll. Diese Vertretungen der Intelligenz werden gemeinsam in jeglicher Weise bemüht sein, die geistige Kultur und den materiellen Wohlstand des Volkes zu fördern und die pekuniären Mittel für die nationalen Zwecke aus freiwilligen Beiträgen der Patrioten aufzubringen.

Dieses Programm also, welches doch nichts anderes bezweckt, als mit gesetzlichen Mitteln die verfassungsmäßige Aenderung des jetzigen Systems herbeizuführen, durfte in Siebenbürgen nicht gedruckt werden, sondern wurde dem königlichen Kommissär in Klausenburg übersandt — zur weiteren Amtshandlung. Das ist die Freiheit überhaupt und besonders die Pressfreiheit unter der magyarschen Herrschaft!

Zu welchem Zwecke der königliche Kommissär in Siebenbürgen ist, das wurde im Pester Parlamente mit dankenswerther Aufrichtigkeit enthüllt. Die Opposition hatte nämlich mehrfach darüber geklagt, daß die Union mit Siebenbürgen noch immer nicht durchgeführt ist, daß Siebenbürgen sich noch immer im Zustande eines Provisoriums unter der Ausnahmeverwaltung des königlichen Kommissärs befindet. Da erklärte der Unterstaatssekretär Karl Zeyl, „die Regierung wünsche nichts lebhafter, als daß sie je eher das königliche Kommissariat in Siebenbürgen auflösen könne; es könnten aber manchmal an sich sehr nützliche Verfügungen in der Praxis zu sehr schädlichen werden, wenn sie übereilt und unvermittelt durchgeführt sind.“ Sehr richtig! Das paßt ganz auf die Union, denn sie ist sehr übereilt und ganz unvermittelt, weil gegen den Willen der Majorität von Siebenbürgen beschlossen, eigentlich diktirt worden. Hierauf machte der ungarische Unterstaatssekretär noch folgende Geständnisse: „In Siebenbürgen, wo die Realisirung der Union so manche private Interessen und Ambitionen zerstört oder doch beschädigt hat, ist gegenwärtig der Spiegel des Wassers glatt (?) allein man muß fürchten, daß jeden Moment ein Sturm losbrechen kann. Es ist daher vorerst noch nöthig, das Institut des Kommissariates aufrecht zu erhal-

ten.“ — Fürwahr eine merkwürdige, echt maggarische Auffassung. Die Union, d. h. die Absorbirung Siebenbürgens durch Ungarn hat die historische Selbstständigkeit, die Autonomie des Großfürstenthums ganz unterdrückt, den Landtag desselben gänzlich beseitigt, sie hat die nationalpolitischen Rechte, welche die Rumänen eben erst vor kurzem unter der Sanction des Monarchen erlangt hatten, gänzlich zerstört und die uralte Nationalfreiheit der Sachsen lebensgefährlich beschädigt, das alles aber bezeichnet der Herr Unterstaatssekretär bloß als Zerstörung privater Interessen und Ambitionen! Er widerspricht dem selber, indem er gesteht, daß in Siebenbürgen jeden Augenblick ein Sturm losbrechen könnte. Wäre dies der Fall, wann durch die Union bloß private Interessen und Ambitionen verletzt würden? Und wenn ein Sturm zu fürchten ist, und wenn er wirklich losbricht, glaubt man in Pest, ihn durch den königlichen Kommissariat beschwören zu können? Herr Zehl führte aber noch zwei „nicht wegzuleugnende“ Gründe an, warum das königliche Kommissariat noch in Siebenbürgen fungiren müsse. Er sagte wörtlich: „Solange Siebenbürgen keine direkte Eisenbahnverbindung mit dem Regierungscentrum Pest besitzt, so lange können seine polizeilichen Angelegenheiten nicht von hier aus geleitet und verwaltet werden. Dann machen die eigengearteten Verhältnisse Siebenbürgens es nöthig, daß seine Grundentlastungsangelegenheiten besonders verwaltet werden.“ Das sind sehr charakteristische Geständnisse. Also der königliche Kommissär muß in Siebenbürgen bleiben, um dort Polizei zu üben, und die ungarische Regierung braucht in Siebenbürgen eine besondere Polizei, weil dort jeden Moment ein Sturm zu fürchten ist. Dieser Sturm wird aber so lang zu fürchten sein, als das jetzige System herrschend bleibt. Es wird also der königliche Kommissarius noch auf unbestimmte Zeit hin in Siebenbürgen, und ebenso dieses Land im Ausnahmezustande bleiben. Nun, die Rumänen können sich über diesen Ausnahmezustand wenigstens in Einer Beziehung trösten, denn er beweist jedenfalls, daß die Union mit Ungarn noch nicht durchgeführt ist, und daß die maggarische Regierung sich fürchtet, sie durchzuführen. Mit den Grundentlastungsangelegenheiten hat Herr Zehl eine sehr fatale Sache berührt! Ja wol, die besondern Urbairialgerichte waren aufgehoben und fungiren jetzt wieder. Es sind bei denselben viele tausend Prozesse anhängig, und wenn dieselben so erledigt werden, wie der Tofalvaer Prozeß erledigt worden ist, so werden fast alle rumänischen Bauern depossedirt und zu bloßen Gnadenpächtern der maggarischen Grundherren gemacht sein.

Es ist in der That in Siebenbürgen jeden Augenblick das Losbrechen eines Sturmes zu fürchten.

(Die Berliner Demokraten gegen die Czechen.) Unsere verfassungstreuen Czechophagen haben stets eine große Freude, wenn in ausländischen Blättern über die Czechen geschimpft wird, und sie beeilen sich stets, solche

Artikel in ihren Journalen zu reproduziren und dabei dem Publikum zuzurufen: „Seht, so verurtheilt das gebildete Ausland die Czechen; wir brauchen uns also gar nicht zu geniren, wenn wir die Regierung auffordern, mit diesem wider-spensichtigen Volke gar keine weiteren Umstände zu machen, sondern es zu Paaren zu treiben.“ Ein großer Theil dieses Publikums weiß nun nicht, daß die meisten dieser aus fremden Blättern citirten Artikel in Wien und Prag geschrieben oder doch diktirt sind, also nicht die eigene Meinung jener auswärtigen Journale aussprechen. Das ist ganz besonders bei der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ der Fall, welche sich's seit lange zur Aufgabe, zum Geschäft gemacht hat, jeder österreichischen Regierung zu dienen. Gegenwärtig thut sie das mit besonderer Freude, weil es sich ja um die Herrschaft des Deuththums in Oesterreich handelt, und die Augsburgerin noch immer von dem burschenschaftlichen und Wolfgang Menzel'schen Teutonismus besessen ist. Was die Engländer und Franzosen betrifft, so hat ihr Urtheil über die innern Angelegenheiten Oesterreichs gar keinen Werth, denn sie haben von unsern ganz eigenthümlichen nationalen und staatsrechtlichen Verhältnissen gar keinen Begriff. Die Engländer wollen besonders die Opposition Böhmens nicht als berechtigt anerkennen, weil sie sonst das gleiche auch in Betreff des Widerstandes thun müßten, den ihre Gewaltpolitik in Irland findet. Die Franzosen sind ganz und gar im asiatischen Centralismus versunken, sie können sich das Königreich Böhmen nur wie ein französisches Departement vorstellen, und wie sie es verdammen und mit Gewalt unterdrücken würden, wenn ein Departement gegen die Pariser Herrschaft Opposition machen möchte, so billigen sie es, daß die Wiener Herrschaft die Opposition Böhmens verdamme und mit Gewalt bezwinde. Zudem hören die Pariser beständig, daß in Wien parlamentarische Freiheit herrsche, und sie können es daher durchaus nicht begreifen, daß irgend jemand dieser Freiheitlosigkeit widerstreben könnte.

Am liebsten citiren unsere verfassungstreuen Clavenfresser die Berliner „Volkszeitung“ gegen die Czechen. Dieses Blatt steht mit den Wiener verfassungstreuen Redaktionen in sehr intimer Verbindung und bringt häufig czechenfeindliche Artikel, welche von denen der Wiener Blätter gar nicht zu unterscheiden sind. Solche Artikel werden stets mit großem Wohlbehagen reproduzirt. Dabei wird stets versichert, daß die Berliner „Volkszeitung“ gewiß und wahrhaftig ein entschieden demokratisches Blatt sei, und dann folgt der Schluß: „Da die entschieden demokratische Berliner „Volkszeitung“ die czechische Opposition verdammt, so ist diese Opposition reaktionär, feudal, klerikal u. s. w. und muß ausgerottet werden.“ Doch die Politiker der Berliner „Volkszeitung“ heißen Demokraten wie lucus a non lucendo. Sie wollen, daß das Volk herrsche, ver- stehen aber unter Volk nur sich selber und ihre Partei; sie wollen, daß unter einer abstrakten Freiheit nach der Schablone jede individuelle Freiheit untergehe; um ihren Begriff von Volk zu realisiren, wollen sie ganze Völker unterdrücken

und ausrotten. Diese Demokraten sind die ärgsten Despoten; sie führen die Freiheit im Munde, haben aber Herrschsucht, Gewaltthätigkeit, Völkermord in Sinn und Herzen.

Korrespondenz der „Reform.“

(Zur tirolischen Frage *). Herr Redakteur! Angesichts der bekannten, für jeden aufrichtigen Freund des Volkes und des geistigen wie materiellen Fortschrittes wahrhaft betrübenden Verhältnisse in Tirol drängt es mich, der ich dem leidenschaftlichen Getriebe der Parteien in meinem lieben Vaterlande ferne stehe, mit jedem Tage mehr, einen wohlmeinenden Ruf zur Versöhnung ertönen zu lassen. Ich sage: Zur Versöhnung, zum friedlichen, dem Volkswohle gedeihlichen Nebeneinanderleben und Wirken zweier Parteien, von denen ein innerer „Ausgleich“, wie er in staatsrechtlichen Fragen nöthig wäre, nicht zu erwarten ist. Nationale Parteien können von ihren politischen Forderungen gegenseitig nachlassen und Konzessionen machen, aber in Sachen der religiösen oder wissenschaftlichen Ueberzeugung läßt sich Niemanden eine Konzession zumuthen. Soll also der konfessionelle Haß in Tirol, der dort alle Lebensfragen und die Politik imprägnirt, einmal ein Ende nehmen und nicht immer heftiger entbrennen, so wird in jenem Lande so bald als möglich ein Zustand geschaffen werden müssen, der den Gläubigen wie den Ungläubigen gestattet, mit freudigem Eifer am Dienste des gemeinsamen Wohles theilzunehmen, das ja doch gewiß kein Privilegium für gewisse Geistesrichtungen sein darf. Aber wo fände ich in Tirol ein Organ, das einer besonnenen, über den Parteien stehenden Erörterung dienen möchte? „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich“, so heißt es dort auf jeder Seite, und da eben jede glaubt, daß die Wahrheit und die politische Zweckmäßigkeit bei ihr stehe, so fällt es ihnen nicht ein, daß das Richtige an einem dritten Orte zu finden sein könne, und daß auch solche Leute, die es mit keiner der beiden großen Parteien unbedingt halten, ehrliche Freunde des Landes sein können. Um in Tirol als „journalfähig“ zu gelten, muß man sich entweder zum Krede des päpstlichen Syllabus oder zu dem der „Neuen freien Presse“ bekennen, und ich gestehe auf-

*) Wir halten uns für verpflichtet, diese Zuschrift eines notablen Tirolers aufzunehmen, obwohl wir in mancher wesentlichen Beziehung nicht mit ihm einverstanden sind. Namentlich sind wir es nicht in Betreff des alten Landesrechts Tirols. Doch müssen wir den Streit darüber füglich den Tirolern selber überlassen. Der Gedanke aber, den auch schon unser verehrte Unterinntaler Korrespondent angeregt hat, daß sich nämlich in Tirol eine vermittelnde Partei bilden sollte, dieser Gedanke verdient gewiß die höchste Beachtung.

richtig, keines von Beiden thun zu können. Mit den Tagesblättern der Residenz ist es auch eine eigene Sache; sie kümmern sich entweder gar nicht um das „Wärenland“, oder sie behandeln es in jener Manier, welche vor Kurzem sechs tirolische Abgeordnete aus dem Hause vor dem Schottenthore vertrieben hat, in einer Manier, von der man wirklich nicht weiß, ob das Land in der Person seiner Abgeordneten, oder die Abgeordneten durch die Verhöhnung, mit der man das Land zu traktiren pflegt, ärger beleidigt werden. Da nun die „Reform“ vielleicht das einzige Blatt ist, in dem eine Politik der Gerechtigkeit und Billigkeit zu Worte kommt, die nicht von dem religiösen Gefühle abhängig ist, so gönnen vielleicht Sie, Herr Doktor, diesen Zeilen eine freundliche Aufnahme in Ihrer Wochenschrift, obwohl ich nicht verhehlen will, daß die Antipathie gegen das, was Sie „nihilistische Weltanschauung“ nennen, Sie zu einer entschiedeneren Parteinahme für die autonomistischen Bestrebungen der Klerikalgesinnten veranlaßt haben mag, als mir nöthig und nützlich zu sein scheint. Sie haben aber hiezu freilich vom staatsrechtlichen Standpunkte aus einen zureichenden Grund, solange und weil eben die Majorität des Tiroler Landtages der klerikalen Richtung huldigt, und weil selbst die Regierung trotz aller Pressionsmittel, die ihr bei Landtagswahlen zu Gebote stehen, nicht hoffen kann, in Tirol durch Auflösung des Landtages oder durch direkte Wahlen ein für die Dezembristen günstigeres Resultat zu erzielen.

Diese Haltung des Innsbrucker Landtages, und die Thatfache, daß er sich auf die Majorität des tirolischen Volkes stützt, ist nun allerdings den parlamentarischen Centralisten sehr unbequem und scheint auch solchen Freunden des Fortschrittes, welche föderalistischen Grundsätzen huldigen, bedauerlich, aber es wäre ohne Zweifel ein großer politischer Fehler, wenn dieselbe von Staatsmännern, deren Aufgabe es ist, Oesterreich zu konserviren, gar nicht beachtet oder — was noch schlimmer — im Namen der „Freiheit“ durch Terrorismus und Hohn bekämpft werden wollte. Wie die Sachen stehen, könnte die Dezembrerverfassung in Tirol nur mittelst Gewalt zur Durchführung gebracht werden. Auf dem Rechtsgebiete kennt man keinen Glauben, sondern Beweise. Ich bin daher bei dem besten Willen, mich belehren zu lassen, außer Stande, an das „hundertbändige“, oder auch nur an ein zehnbändiges Landesrecht, ja selbst an eine einzige Gerechtsame des tirolischen Volkes zu glauben, welche zum Nachtheile Tirols durch die neuen Verfassungsgesetze beseitigt worden wären, und der Beweis für den ehemaligen Bestand solcher Rechte ist nie geliefert, vielmehr das Gegentheil eines wirklichen Landesrechtes urkundlich und erschöpfend nachgewiesen worden. Soll aber darum das Land durch die neue, viel größere „Freiheit“ mundtot und verurtheilt worden sein, etwas als sein Gut anzunehmen, was es als ein Gut nun einmal nicht erkennen will? Soll bei Konstituierung Oesterreichs nur das alte Recht, nicht aber das, so mit uns geboren ist, als ethische Kraft und Befugniß zum Widerstande gegen Neuerungen gelten, wie

gut diese immerhin von den Urhebern gemeint, und wie lieb sie anderen Ländern sein mögen? Der Widerstand mag vom Standpunkte der Philosophie und selbst der allgemeinen Kultur seltsam und thöricht erscheinen; aber warum sollte gerade Oesterreich ein Staat der Aufgeklärten sein müssen? Für den Politiker ist es doch gewiß wichtiger, daß dieses Oesterreich vorerst eine dauerhafte staatliche Konsolidation erhalte, die eben nur durch die Befriedigung jedes Landes zu erreichen ist.

Alein wenn ich es einerseits für höchst gefährlich halte, vor Thatfachen die Augen zu verschließen, um einem Ideale nachzujagen, das eben nur im Wunsche und in der Einbildung existirt, so muß ich doch anderseits ehrlich gestehen, daß es ebenso beklagenswerth wäre, die Interessen der Gewissensfreiheit, der Aufklärung und allgemeinen Bildung so zu sagen an Händen und Füßen gebunden auf den Opferaltar des Innsbrucker Landtags zu legen. Daß sich die ultramontane Partei zur Mäßigung bequemen werde, wage ich nicht zu hoffen; wenigstens dürfte ihr in dieser Beziehung wol keine Initiative zuzumuthen sein. Den Anfang müssen also die tirolischen Liberalen machen, die sich dann des Verdienstes rühmen dürfen, durch kluges Nachgeben die Wendung zum Besseren, zum äußeren Frieden ermöglicht und angebahnt zu haben.

Und in welchen Punkten sollen sie nachgeben? Wie läßt sich denken, daß Feuer und Wasser ruhig nebeneinander und miteinander wirken können? Nun, ich stelle mir die Sache so vor, daß unsere Liberalen das Wohl ihres Vaterlandes nicht als das Resultat eines Kampfes von rohen Naturgewalten betrachten sollen, wo entweder das Wasser durch das Feuer, oder das Feuer durch das Wasser vertilgt werden muß. Und ebensowenig ist ein politisches Problem mit einem Civilrechtsstreite zu vergleichen, wo stets der Eine Recht, der Andere Unrecht haben muß. Nicht um Recht oder Unrecht, sondern um den Frieden und die Wohlfahrt des Landes handelt es sich. Zu diesem Ende halte ich es für nothwendig (und glaube an der Realisirung dieser Idee trotz aller Schwierigkeiten nicht zweifeln zu dürfen), daß sich aus der Mitte der Liberalen eine neue Partei bilde. Zu dieser werden jene vorgeschrittenen selbständigen Denker und Patrioten gehören, die der Ueberzeugung zugänglich sind, daß man ein sehr freisinniger Tiroler sein kann, ohne sich am Gängelbände einer herrschsüchtigen Wiener Koterie, wie eine Marionette herumziehen zu lassen, daß man die speziellen Anliegen Tirols in Innsbruck genauer kennt als in Wien, und daß man von dem eigenen Lande mehr Eifer und Rücksicht für die tirolischen Interessen erwarten darf als von der Reichsregierung und dem Reichsparlamente in Wien. Ein liberaler Tiroler, der dies leugnen wollte, würde seine eigene Partei und sein ganzes Volk ärger beschimpfen, als es der bornirteste Dualist, der verwegenste Antipapist zu thun vermöchte.

Sobald nun die zur Versöhnung geneigten Liberalen Tirols sich in dem Bekenntnisse einigen, daß die Tiroler in allen Landesangelegenheiten, die nicht

mit dem Reichsverbande zusammenhängen, recht gut sich selbst berathen und regieren können, ohne deshalb streng ultramontan sein zu müssen, wird die Rückwirkung dieses Schrittes auf eine große Anzahl Derer, die jetzt im Interesse der inneren Selbständigkeit ihres Landes sich im Lager der Ultramontanen befinden, nicht ausbleiben. Denn ich zweifle nicht daran, daß ein bedeutender Theil der konservativen Bevölkerung des Landes an den Excentricitäten der Klerikalgefinnten durchaus nicht Gefallen findet und nur darum noch immer zu ihnen hält, weil sie mit den, die Selbständigkeit Tirols preisgebenden, nivellirenden Tendenzen der gegenwärtigen Liberalen ebenso wenig einverstanden sind. Sehr vielen besonnenen Leuten und braven Familienvätern ist es längst schon anwidern geworden, daß bei der bisherigen Spannung der Parteien nicht die unbedeutendste Sache verhandelt und beschloffen werden kann, ohne daß hiebei das religiöse Glaubensbekenntniß ins Spiel käme. Es gibt in meinem Vaterlande strenggläubige Katholiken, welche die rigorosen Forderungen der Religion zu allererst an sich selbst stellen, und von anderen Personen, mit denen sie in weltlichen Dingen verkehren, nichts weiter beanspruchen als ein rechtliches Verhalten und Verständniß. In dieser Klasse meiner Landsleute, deren Vorliebe für Tirols Eigenthümlichkeiten stärker ist, als für die Intoleranz des Wiener Liberalismus, wird die kräftigste Verstärkung jener Mittelpartei zu hoffen sein, deren Bildung ich in die Hände solcher Liberalen legen möchte, die sich im Dienste der „Neuen freien Presse“ nicht schon zu weit vorgewagt haben, um noch bei den ruhiger, vorurtheilslos denkenden Patrioten Tirols irgend ein Vertrauen erwecken zu können.

Was ich hier sage, sind nur Andeutungen und Anregungen. Jene Landsleute, die gleich mir das Bedürfniß fühlen, dem religiösen Parteihader auf weltlichem Gebiete ein Ende zu machen, werden mich verstehen, und wenn sie den Gedanken als einen richtigen und fruchtbringenden erkennen, im Lande selbst zur Verwirklichung meiner Idee schreiten. Vielleicht aber fallen meine Worte auf felsigen Boden und werden von den Stürmen der Parteileidenschaft verweht. Dann wird man eben auf eine spätere Zeit warten müssen, in welcher das Bedürfniß nach friedfertiger, harmonischer Entwicklung allgemeiner geworden ist. Die Zeit, die mittlerweile verloren geht, ist freilich zu beklagen, und wer weiß, zu welchem Aeußersten es im schönen Tirol noch kommen mag, wenn man nicht schon heute daran denkt, mit wahrer Vaterlandsliebe, Humanität, Energie und Klugheit eine Versöhnung von Kräften herbeizuführen, die all das Herrliche, was sie miteinander zum gemeinsamen Wohle wirken könnten, daran setzen, um sich gegenseitig zu zerstören, zu verderben, zu verächtlichen.

Ein Tiroler.

Die Bodenkultur mittelst Dampfkraft.

Alles mit Dampf! das ist die Losung unserer Zeit. Also sollen auch die Aecker mittelst Dampfmaschinen bestellt werden. Warum nicht? Der Technik ist jetzt nichts mehr unmöglich. Ob aber auch alles, woran die Technik ihre Macht beweist, gerade nothwendig, oder auch nur nützlich ist, das dürfte jedenfalls in gar mancher Beziehung fraglich sein. Die Menschheit ist nun aber einmal darauf veressen, die individuelle Arbeit fast ganz zu verdrängen, alles durch Maschinen machen zu lassen, auf die Gefahr hin, daß dadurch der größte Theil der Menschheit selber zur bloßen Maschine wird. Daß dadurch auch die individuellen Charaktere verschwinden, daß sich alles in eine bloß nach der Kopfszahl geschätzte Masse auflöst, wer kümmert sich darum? Noch weniger berührt es die modernen Weltbeglückter, daß sie einen guten und großen Theil der Poesie aus der Welt treiben. So verlieren z. B. dadurch, daß an die Stelle des Pflügers, des Säemannes, der Schnitter und Schnitterinnen u. s. w. Maschinen kommen, die Dichter und Maler ein ganzes Kunstgebiet. Doch wer dürfte sich darüber beklagen, ohne als sentimentaler Thor verlacht zu werden! Wir leben nun einmal im Zeitalter der Technik, alles wird technisch betrieben, die Wissenschaft und Kunst, die Politik, die Religion. Und die Technik hört mehr und mehr auf, Mittel zu sein; sie wird Selbstzweck. Man fragt nicht mehr zuerst, ob dies oder das technische Problem nothwendig, oder doch nützlich sei, sondern vor allem ob die Technik es lösen kann. Traut sie sich die Lösung zu, so wird das Werk unternommen, nicht selten bloß um zu zeigen, was die Technik alles kann, und ohne alle Berücksichtigung der oft höchst nachtheiligen materiellen und moralischen Folgen. Es werden in der That Wunder geschaffen, und deshalb ist die Gegenwart sehr geneigt, alle Werke der Vergangenheit für Plunder zu halten. Die technische Richtung des Zeitalters ist im rapiden Vorschritt. Welche geistige und moralische Resultate sie schließlich haben, was sie aus der Menschheit machen wird, das läßt sich noch nicht absehen; einen Vorgeschnack davon hat man aber doch bereits, einen Vorgeschnack, der nicht eben sehr angenehm ist.

Auf die Gefahr hin, für sehr bornirt gehalten zu werden, sprechen wir diese Bemerkungen aus als Einleitung zu einem Berichte darüber, daß jetzt in landwirthschaftlichen Kreisen mit großem Eifer daran gegangen wird, die Aecker mittelst Dampfmaschinen zu bestellen. Auch Neu-Österreich will darin selbstverständlich nicht zurückbleiben, und es kommt ihm dabei soeben Herr Gust. Ad. Toepffer aus Stettin zu Hilfe. Die k. k. Landwirthschaftsgesellschaft hat in vorigen Monate eine eigene außerordentliche Sitzung abgehalten, um einen Vortrag des Herrn Toepffer über die Dampf-Bodenkultur anzuhören. Charakteristischerweise gründet Herr Toepffer seinen Beruf, auch die österreichischen Land-

wirthe über die Dampf-Bodenkultur zu belehren, darauf, daß sein Sohn Richard vor sieben Jahren von dem Vizekönig von Egypten zum Betriebe und zur Verbreitung dieser Kultur dahin berufen worden ist und sich dort bei der Anwendung aller bestehenden Systeme von Dampf-Pflügeapparaten eine ausgebreitete Kenntniß und Praxis erworben hat. „Im Interesse der Sache würde sich nun Herr Richard Toepffer gern der Mühe unterziehen, auch bei uns Leute in der Führung und Verwendung der Apparate aufs beste und schnellste zu unterrichten.“

Selbst einem Laien möchte sich nun wol die Frage aufdrängen, ob denn das, was in den Nilschlammflächen Egyptens praktisch und profitabel sein mag, es auch auf unsern Aedern sein werde; indeß nach dem Beifall, welchen Toepffers Vortrag bei notablen Mitgliedern der Landwirthschaftsgesellschaft gefunden hat, muß der Laie schweigen. Herr Toepffer hatte aber auch noch den speziellen Zweck, vorzüglich die Dampf-Pflügeapparate von John Fowler & Komp. in Leeds zu rekommandiren. Wir nehmen einen Theil dieses Vortrages hier auf, damit unsere sachkundigen Leser sich selber ein Urtheil bilden können.

„Die Vortheile des Fowler'schen Apparates sind:

- a. bei der Tiefkultur das wirkliche Eingreifen des Pfluges auf 14" Tiefe, daß der Aufwurf sohin nahezu 25" beträgt;
- b. daß diese Auflockerung des Erdbodens überall gleichmäßig stattfindet;
- c. daß das Pflügen des Bodens dann stattfinden kann, wenn der Landwirth es am zweckmäßigsten hält, an keine Witterungsverhältnisse gebunden ist;
- d. daß der Dampf-pflüge-Apparat von John Fowler & Komp. überall angewendet werden kann, wo überhaupt gepflügt würde, daß selbst hügeliges Land und Boden, welcher kleine Steine hat, bearbeitet werden kann;
- e. daß durch die gleichmäßige und tiefere Kultur auch ein bedeutendes Mehrertragniß erzielt wird, insbesondere bei der Zuckerrüben-Kultur, daß es nicht so sehr darauf ankomme, was kostet ein Joch Land mit Dampf gepflügt, sondern was bringt das Joch so gepflügten Landes ein;
- f. daß der Boden durch das Dampf-pflügen nachhaltiger kultivirt wird und daher hauptsächlich bei der intensiven Landwirthschaft die besonderen Vortheile an den Tag treten.

Ein Dampf-pflüge-Apparat besteht aus: zwei selbstbeweglichen Lokomotiven (nicht Lokomobilen), sämmtlichen Pflügen, Umwende, Kultivator und Grübber und allen sonstigen zur Dampfkultur nöthigen Apparaten und Handwerkzeugen sammt Reservebestandtheilen.

Ein 14pferd. Apparat kostet mit Inbegriff Steuer, Fracht u. loco Wien circa	B. M. ö. W. fl. 22.780
ein detto 20pferd. Apparat	" " " " " 28.905
ein detto 25pferd. "	" " " " " 36.432

Angenommen: ein 25pferdebefräftiger Apparat koste mit allen Unkosten: £ 2962 = fl. 36.432 = Rthl. 20.000 bei einer Durchschnittsleistung von

12 Joch 14" tiefen Pflügen und 130 Pflugtagen im Jahre, so kostet ein Pflugtag:

Amortisation	}	20% = . . fl.	56
Zinsen			
Reparaturen			
Kohlen 5 Ztr. pr. Joch à 60 fr.		"	36
Arbeitslohn, Wasserfahren . .		"	11
Del, Schmiere zc.		"	2
			fl. 105

also pr. Joch = fl. 8·75;

bei der flacheren Kultur von 6 bis 8" Tiefe mit dem Gräbber und einer Leistung von 22 Jochen pr. Tag betragen die Kosten nur circa fl. 4·75 pr. Joch.

Die Maschinen können auch mit Torf, Holz und jedem anderen Brennmaterial geheizt werden, daher Steinkohlen nicht unbedingt nothwendig sind, die Feuerräume auch für ein anderes Brennmateriale durchaus nicht anders konstruirt zu werden brauchen.

Die Maschinen können ferner zu allen Nebenarbeiten, wie zum Dreschen, Mahlen, Sägen, Pumpen zc. zc. verwendet werden, und benöthigen die Lokomotive, da sie selbstbeweglich sind, auch keine separate Zugkraft. Alle diese Nebenarbeiten sind bei Berechnung des Kostenüberschlages pr. Joch nicht berücksichtigt worden, es stellt sich daher der Preis noch niedriger; es wird auch nicht stett Tiefkultur getrieben, in England z. B. ist die Flachkultur bis zu 10 Zoll, das sogenannte Gräbber-System, vorherrschend."

Diese Angaben des Herrn Loepffer fanden die lebhafteste Zustimmung der Versammlung. Der Herr Güterdirektor v. Jessä theilte mit, daß er in dem Etablissement von Fowler & Komp. und bei Herrn Richard Loepffer in Lincoln Gelegenheit hatte, sich von der Beweglichkeit der Lokomotive zu überzeugen, und daß eine derartige Maschine ohne jeden Anstand über ein 16" tief gepflügtes Feld (Lehm Boden) geführt wurde, ja selbst in und aus einem Graben mit Leichtigkeit sich bewegte, daß ferner Steine in der Größe eines Kopfes beim Pflügen aus dem Boden gerissen wurden, ohne den Gang der Maschine im Geringsten zu unterbrechen oder Bestandtheile zu ruiniren. Herr v. Jessä gab auch der Versammlung bekannt, daß er einen 20pferd. Apparat bei Fowler & Komp. bestellt habe, und derselbe im kommenden Frühjahr in Ungarisch-Altenburg aufgestellt werde, daher er Jedermann, der sich für diesen Gegenstand interessiren würde, einlade, sich durch persönliche Anschauung und Beurtheilung von der großen Leistungsfähigkeit dieser Apparate zu überzeugen. Ebenso befürwortet auch Herr Landwirthschafts-Rath v. Hofmann nach aus eigener Ueberzeugung geschöpften Resultaten die Einführung der Dampf-Bodenkultur. Herr Hofrath Dr. Hamm, der Gelegenheit hatte in Egypten Beobachtungen über das Dampf-pflügen zu machen, konnte sich darüber nicht genug lobend aussprechen und bemerkte, daß in Egypten

ten die niedrigste Volksklasse, die Fellahs, gegen welche unsere Bauern wahre Gelehrte seien, mit Vortheil zur Führung der Maschinen abgerichtet werden. Herr Professor Fuchs, ebenfalls ein warmer Fürsprecher der Einführung der Dampf-Boden-Kultur, bemerkte unter Anderem, daß die Lokomotive, welche bei den Fowler'schen Apparaten in Anwendung kommen, derart konstruirt wären, daß, so lächerlich es Manchen heute erscheinen dürfte, die Lokomotive bei einiger Verbesserung unserer Straßen auch zum Einheimsen der Ernte verwendet werden könnten, ja daß die Einführung der Dampf-Boden-Kultur nicht ohne wesentlichen Einfluß auf die Verbesserung unseres Straßenbaues wirken würde.

Offenbar werden diese Dampfspflüge wol nur von sehr großen Großgrundbesitzern angewendet werden können; behufs allgemeiner Einführung müßten unsere Bauern wol zuerst zu egyptischen Fellahs gemacht werden.

Eine Erklärung des Fürsten V. Sanguszko.

Fürst Sanguszko hat in der Adreßdebatte des Herrenhauses in sehr gemäßigter Weise gegen die von dem Freiheitskämpfer Grafen Auersperg (Anastasius Grün) verfaßte völkerfeindliche Adresse gesprochen. Es war selbstverständlich fruchtlos, das Herrenhaus nahm die jeden weiteren Ausgleich schroff und despotisch abweisende Adresse an. Darauf wurde das Ministerium für die abgetretenen Drei ergänzt. Ueber dieses verneuerte Ministerium wollte nun Fürst Sanguszko im Herrenhause sein Urtheil aussprechen und zwar als Antwort auf die Antrittsrede des Herrn v. Hasner; es wurde ihm jedoch das Wort verweigert und er spricht nun sein Urtheil in einem offenen Briefe aus, welcher überall bekannt zu werden verdient. Er lautet:

„Der Umstand, daß der Minister-Rath lediglich aus einer Rationalität gebildet ist, zwingt mich das Wort zu ergreifen, um Protest gegen ein so unpolitisches und ungerechtes Antecedens zu erheben. Ich verstehe eben so wenig den Muth derer, welche dieses Ministerium zusammen gesetzt haben, als die Passivität der Rationalen, welche dagegen nicht protestirten. Nicht genug daß das Ministerium rein deutsch ist und im Deuthume einer einzigen Partei angehört, es ist gänzlich aus einer Kaste, ja aus einer Koterie gewählt. In solchen Verhältnissen ist keine Gesinnungseinigkeit weder eine Kunst noch ein Verdienst. Weit entfernt bin ich davon, der Prärogative der Krone: Ihre Minister, wo es Ihr beliebt, frei zu wählen, eine Grenze setzen zu wollen, aber die Gewählten müssen sich selber prüfen, sie müssen die Lage beurtheilen. Staatsmänner hätten sich fragen sollen, ob heute ein rein deutsches, um nicht zu sagen ein Koterie-Ministerium, dem Reiche gute Dienste leisten könne, namentlich ob es das Dringendste, das Nothwendigste, den Ausgleich zu Stande zu bringen, fähig sei? In beiden Häusern hat zwar Sr. Excellenz mit Nachdruck das Bedürfniß eines Ausgleichs betont, und das in einer Weise, daß man sich zu der Frage berechtigt fühlt: Wo ist der Unterschied dieser Sprache mit dem Programm der Minorität? Wozu also die lange

Ministerraths? Wozu das Austreten der Minorität? Gesah es um des Prinzips willen, daß nur Deutsche als Minister angestellt werden dürfen? Ist es, um einer Oligarchie die ungetheilte Macht in die Hand zu geben? Namen haben ihre Bedeutung, und die Namen des jetzigen Minister-Rathes stehen im offenbaren Widerspruche mit dem, was sie erlangen sollen und wollen, — mit dem Ausgleich. Wenn diese Namen einen Ausgleich zu Stande bringen müssen, so können sie nur den ungarischen wiederholen, und ich bin der Letzte, welcher eine solche Wiederholung rathen würde. Ich glaube aber nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß andere Namen dasselbe billiger, um einen annehmbaren Preis erlangen könnten. Daß das jetzige Ministerium einen zweiten ungarischen Ausgleich abschließt, brauchen wir übrigens gar nicht zu besorgen; ich fürchte viel mehr, daß es den Widerstand zu beugen versuchen wird. Beugen ist jetzt der offizielle Ausdruck, hier heißt es aber so viel wie Brechen, und gebrochen kann der Widerstand nur mit physischem Zwang werden. Aber hier kommt ein neuer Widerspruch zum Vorscheine, nämlich, da die Verfassung kein Mittel zur Anwendung des Zwanges bietet, so werden Sie, die Verfassungstreuen, genöthigt sein, der Verfassung untreu zu werden, um die Renitenten mit Gewalt zu überzeugen und in treue Verfassungsliebhaber umzuwandeln. Dieses Ministerium steht im Widerspruche mit der Gleichberechtigung der Völker, so wie seine einzige Stütze, die Reichsraths-Majorität, im Widerspruche mit der Majorität der Bevölkerung steht. Es steht auch im Widerspruche, mit den liberalen Prinzipien, in deren Namen es regiert, denn es bildet eine Oligarchie ohne Wurzeln im Volke, selbst nicht im Deutsch-Oesterreichischen, dessen Mehrzahl seine politischen und antireligiösen Gesinnungen nicht theilt; und mit lauter Widerspruche kann man doch nicht regieren! Den Ausgleich ist es — auch mit dem besten Willen — unfähig durchzuführen, und das kleinste Uebel, welches es uns vorbereitet, ist ein bedauerlicher Zeitverlust. Ereignisse kommen aber, wenn man sie am wenigsten erwartet; darum sage ich: „Warten können wir nicht.“ Möge ich irren! aber es scheint mir, daß nach zweimonatlichen Wehen ein todtegebornes Kind auf die Welt gekommen ist. — Ist dies der Fall, so thut man desto besser, je früher man es begräbt.“ L. Sanguşzko.

Es fragt sich, ob alle galizischen Reichsräthe so denken? Von der Delegation wird behauptet, daß sie von einer Aristokratenpartei geleitet werde. Nun, wenn alle galizischen Aristokraten so denken, wie Fürst Sanguşzko, so wäre eine resolute Politik zu erwarten.

Aleine kritische Chronik.

Vom 9. bis 16. Februar.

I n l a n d.

Die wichtigeren Verhandlungen des Reichsrathes finden in den Ausschüssen statt; was man jedoch davon erfährt, macht keinen guten Eindruck. Das gilt besonders von der Verhandlung über Cattaro. Was bezweckt man mit der Aufrührung der nun einmal abgethanen odiosen Geschichte? Man scheint die Passion zu haben, dem Grafen Taaffe etwas nachzutragen. Doch die schweren Anklagen Eubissas sind offenbar gegen den Minister des Innern und dessen dalmatinische Organe gerichtet. Einen empörenden

Eindruck macht es, wenn liberal sein wollende Volksvertreter darüber klagen, daß gegen die Hochfesen zu wenig mit Feuer und Schwert vorgegangen worden. Man thäte wol am klügsten, die Sache auf sich beruhen zu lassen. —

Die Berathung über die galizische Frage scheint sehr langwierig zu werden, was bei der voraussichtlich nicht langen Reichsrathssession bedenklich ist. Doch die Polen sind ja in der Geduld geübt, und ganz leer wird man sie diesmal nicht nach Hause gehen lassen, schon deshalb nicht, weil man fürchtet, daß sie sich sonst nach Pest wenden könnten. Interessant ist es, daß bereits die Erkenntniß durchdringt, man müsse sich bei jedem Punkte der galizischen Resolution die Frage stellen, ob man das Gleiche auch andern Ländern gewähren könne. Das ist die Wirkung des genialen Antrags Petrino's, die galizische Resolution auf alle Länder nach deren Bedürfniß anzuwenden und darüber unter einem zu berathen. Der Antrag erhielt freilich knapp die notwendige Unterstützung und wird schwerlich an den Ausschuß gelangen; Petrino aber hat das Verdienst, klar ausgesprochen zu haben, was noth thut, er hat den Polen, die nur an sich denken, eine Lehre gegeben und zugleich auch der Majorität, welche nicht Rechte anerkennen, sondern nur Gnaden ertheilen will. Er hat die große Bölkermajorität für sich, die sich unter anderm auch dadurch kund gibt, daß Fischhof's Schrift bereits in dritter Auflage erschienen ist.

Bezeichnend für die Staatsweisheit des Ministeriums und seiner Anhänger ist es, daß sie die föderalistische Opposition beseitigen zu können glauben, wenn sie der jetzigen Verfassung durch direkte Wahlen auch das wenige nehmen, was sie föderalistisches in sich hat. Direkte Wahlen werden nicht legal eingeführt, sondern nur oktroyirt werden können. Dann wird aber das sogenannte Volkshaus entweder nicht zu Stande kommen, oder wenn es zu Stande kommt, werden darin die Slaven naturgemäß die Majorität bilden und das Reich nach ihrem Willen organisiren.

Das Abgeordnetenhaus hat das ministerielle Koalitionsgeßez angenommen. Die Gegner haben recht mit der Vorhersagung, daß dieses Geßez nicht befriedigen wird. Mittlerweile dauert in Wien die Koalition der Seßer zur Erlangung eines höheren Tarifes fort, und ist eine umfassende Arbeitseinstellung zu besorgen. Die Journale bemühen sich, das Publikum gegen die Seßer einzunehmen und bereiten es zugleich darauf vor, daß es eine Zeit lang weniger erhalten werde, als was es für seine pränumerando geleistete Zahlung zu fordern das Recht hat. Das ist eine sonderbare Geschäftsführung. Was würde man von nichtliterarischen Geschäftsleuten sagen, wenn sie sich zu bestimmten regelmäßigen Leistungen verpflichtet und die Bezahlung im voraus voll empfangen hätten, dann aber weniger liefern und das damit rechtfertigen würden, daß sie keine wohlfeilen Arbeiter fänden! Wir hoffen noch immer, daß ein Ausgleich zu Stande kommen werde.

Der famose Erwerbssteuergesekentwurf erregt doch selbst bei den verfassungstreuen Anhängern der Regierung ernste Bedenken. Dr. Mauthofer hat das Verdienst, eine Vertagung des Gegenstandes bewirkt zu haben, damit eine so schwere gesteigerte Belastung des ganzen arbeitenden Volkes und des gesammten Geschäftsverkehrs doch nicht gar so leichtthin bewilligt werde. Dr. Brestel ist ein vortrefflicher Schatzmeister der Regierung, aber nicht des Volkes, er bringt uns jedes Jahr ein kostbares Geschenk der Steuerreform, nämlich kostbar in dem Sinne, daß es dem Volke viel kostet.

Also Graf Andrássy ist entschlossen, in der Militärgrenze den magyarischen Willen durchzusetzen. All die hunderte von Witschriften der Grenzer haben nichts gefruchtet; niemand nimmt sich ihrer an. Doch ja, der Finanzminister Dr. Brestel macht, so heißt es, dem Grafen Andrássy einige Schwierigkeit. Doch nicht etwa aus nationalen, reichspolitischen Gründen, Gott bewahre, nur der Geldquote wegen! Für unjer

Ministerium und Parlament hat die Grenzfrage durchaus nur eine kleinlich finanzielle Bedeutung. Nun, man wird in Wien und Pest die nationale und politische Bedeutung der Militärgrenzfrage noch kennen lernen.

A u s l a n d.

Die Pariser Straßentumulte sind vorüber, Paris ist äußerlich ruhig, die Regierung hat über die Emeute-Versuche leicht gesiegt, Rochefort sitzt im Gefängniß, und Frankreich gönnt dem aufgeregten Manne diese Erholung. Doch jetzt steht plötzlich das Gespenst einer Verschwörung gegen den Kaiser und seine Familie da, und es werden sehr viele Verhaftungen vorgenommen. Solche Verschwörungsgeschichten haben überall, besonders aber in Frankreich viel bedenkliches an sich, sie werden mit Mißtrauen betrachtet und erzeugen nicht selten erst wirkliche Verschwörungen. Möge Napoleon sich hüten, daß er sich seinen leichten Sieg nicht nachträglich in eine Niederlage verwandle. —

König Wilhelm I. hat den norddeutschen Reichstag mit einer sehr stolz selbstbewußten Thronrede eröffnet. Er sprach wahrhaftig nicht im Tone eines Bundeshauptes, sondern eines Kaisers. Direkt drohend waren seine Worte nicht, doch sprach er ein sehr stolzes *Noli me tangere!* aus. In Betreff der süddeutschen Frage erklärte er beruhigend, daß er mit dem jetzigen Stande derselben zufrieden sei. Er hat auch alle Ursache dazu; einstweilen wenigstens, und das weitere wird sich schon machen. Interessant ist es, daß Bismarck über den Centralismus klagte, der jeden einzelnen Minister so mit Geschäften überhäufe, daß er sich um die andern Ressorts, also um eine gemeinsame Politik gar nicht umsehen könne. —

In Rumänien hat sich das Ministerium Ghika-Cogolnitscheanu, auf welches die europäische Diplomatie, und besonders Graf Beust, so große Hoffnungen gebaut, nicht lang gehalten. Es hat seine Demission erhalten, ist aber noch nicht ersetzt. Als Grund wird eine Geldgeschichte angegeben. Es arbeitete nämlich der Justizminister daran, dem Fürstenpaare eine Dotation zu verschaffen. Als die Opposition darüber Lärm machte, erklärte der Fürst, daß er von der Sache nichts gewußt habe, und daß er für sich und seine Gemalin solange auf eine Dotation verzichte, bis die Finanzen des Landes geregelt sein würden. Dies hatte zuerst eine theilweise und dann eine allgemeine Ministerdemission zur Folge. Die Geldgeschichte gilt als Anlaß, der wahre Grund aber ist, daß das Ministerium Ghika eben nicht der Nationalpolitik entsprach. Die Konstitution eines neuen Kabinetts wird wegen der auswärtigen Einflüsse schwierig sein.

Aus Griechenland wurde die Sensationsnachricht kolportirt, daß die königliche Familie sich durch eigenes Verschulden in einer unhaltbaren Lage befände. Wie vor-
auszusehen war, ist dieses Gerücht gänzlich dementirt worden. Hätte es nur die aller-
kleinste Begründung, so wäre das ein Unglück für Griechenland. Dieses diplomatisch
mißhandelte Königreich hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, welche aber durch
einen abermaligen Thronwechsel gewiß nur gesteigert werden würden. Jeder griechische
Patriot muß es als ein Glück erkennen, daß Griechenland jetzt wirklich eine Dynastie
hat, und als eine gebieterische Pflicht, an dieser Dynastie fest zu halten, zumal der
Sturz derselben Rußland beleidigen würde.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

IX.

Der erste habsburgische Herzog.

(Fortsetzung.)

Was Albrecht nicht für sich selber erreichen konnte, nämlich die deutsche Krone zu tragen und zugleich Herr der österreichischen Länder zu sein und es über die benachbarten Königreiche Böhmen und Ungarn zu werden, das suchte er wenigstens für seine Nachkommen vorzubereiten. Der erste habsburgische Herzog von Oesterreich übte in der That schon eine groß-österreichische Politik, zumal nachdem er Kaiser geworden war und fortfuhr, indirekt über Oesterreich zu herrschen. Das Schicksal schien seine Pläne durch ganz unerwartete Ereignisse zu begünstigen.

Um aber im Geiste jener Zeit mit Sicherheit vorgehen zu können, erkannte Albrecht die Nothwendigkeit, sich mit dem Papste zu versöhnen. Er fand in Rom geneigtes Entgegenkommen. Papst Bonifazius VIII. hatte seinerseits die Unmöglichkeit erkannt, dem deutschen Kaiser und dem König von Frankreich Widerstand zu leisten. Da mit dem ganz rücksichtslosen Franzosenkönig eine Versöhnung nicht möglich war, so wandte sich der Papst dem Kaiser zu. Er erklärte den Gesandten desselben, daß er ihn anerkennen wolle, und nach einigen Verhandlungen erfolgte die Anerkennungsbulle. Diese und das darauf folgende Obedienzschreiben Albrechts sind für die damalige Zeit so charakteristisch und sie zeichneten für eine so lange Zeit der habsburgischen Politik im Verhältniß zu Rom die Regel vor, daß wir die beiden für die Entwicklung der österreichischen Staatsidee sehr wichtigen Urkunden ihrem wesentlichen Inhalte nach hier aufnehmen.

In der päpstlichen Anerkennungsbulle vom Juni 1302 hieß es: „Demüthig und barmherzig war das Benehmen unsers göttlichen Erlösers, als er auf dieser Erde wandelte. Es ziemt dem Papste, in die Fußtapfen des Heilandes zu treten und mit väterlicher Milde diejenigen aufzunehmen, welche sich ihm mit frommer Unterwerfung nahen. Das Betragen des römischen Königs Rudolf gegen den römischen Stuhl und das seines Sohnes Albrecht erheischt Nachsicht und Wohlwollen. Nachdem König Adolf dem Lichte der Welt entzogen worden, ist Albrecht von den Kurfürsten gewählt und gekrönt worden und hat seit fünf Jahren die königliche Gewalt, wie seine Vorgänger im Reiche ausgeübt. Zwar sind wider ihn Klagen bei dem römischen Stuhle eingelaufen, die untersucht werden mußten, doch hat sich Albrecht stets wie ein kluger, frommer Sohn benommen, welcher der Liebe des Vaters vertraut und kein Urtheil fordert, son-

bern um Nachsicht flehet, obgleich er seine Unschuld fortwährend betheuert und Beweise darzubringen sich erboten hat. Auch hat Albrecht dem römischen Stuhle Treue und Gehorsam gelobt, auch verschiedenes, das sein Vater Rudolf und frühere Kaiser den Päpsten zugesagt, versprochen und übergeben haben, eidlich bestätigt und durch zwei besiegelte Urkunden bekräftigt. Da nun der Papst der Stellvertreter Desjenigen ist, der die Traurigen tröstet und seine Allmacht vorzüglich durch Gnade und Erbarmen offenbart, so haben auch Wir Bonifazius VIII. in Anerkennung der Demuth und Ergebenheit Albrechts der Barmherzigkeit den Vorzug vor der Strenge gegeben, auf daß der Gehorsam der heiligen Kirche zum Nutzen diene, den Verräthern aber der Ungehorsam und die Verachtung zum Verderben.“ Schließlich erging sich der Papst in scharfer Verurtheilung des verrätherischen Königs Philipp von Frankreich, um dadurch den Abfall Albrechts von dem Bündnisse mit demselben zu rechtfertigen, und ermahnte den nunmehr anerkannten Kaiser zum Gehorsam und zur Dankbarkeit gegen die heilige römische Kirche.

Das Obedienzschreiben des Kaisers ist aus Nürnberg vom 17. Juli 1303 datirt. Albrecht bekannte sich zuerst vor Gott, der Kirche und dem Papste für unzählige Wohlthaten zum tiefsten Danke verpflichtet. Dann hieß es: „Unser sehnlichster Wunsch ist erfüllt, und wir bergen es nicht, daß wir mehr empfangen, als wir je gehofft haben. Daher wollen wir denn auch aus pflichtmäßiger Dankbarkeit von nun an für Gott, für den Papst und für die Kirche alles thun, was nur irgend menschlichen Kräften möglich ist. Wir sind vollkommen überzeugt, daß das römische Kaiserthum durch den heiligen Stuhl den Griechen genommen und auf Karl den Großen übertragen worden; daß der Papst gewissen Fürsten des Reiches das Recht gegeben, den römischen König zu wählen, daß derselbe daher seine Macht von dem römischen Stuhle erlangt, und daß es seine erste Pflicht ist, diesen und den rechten Glauben zu schützen. Deshalb muß jeder römische König alles vermeiden, was der Kirche schaden, oder Uneinigkeit zwischen ihr und dem Papste stiften könnte. Wir schwören daher bei dem heiligen Evangelium, dem Papste treu und gehorsam zu sein, und nicht zu gestatten, daß derselbe irgendwie verlegt werde, es sei am Leben, an einem Gliede oder an der Freiheit. Böse Anschläge gegen den heiligen Stuhl werden wir verhindern, oder, dafern dies nicht möglich wäre, den Papst davon in Kenntniß setzen. Den Willen des Papstes, uns geoffenbart, werden wir niemandem mittheilen. Schirmen werden wir das Papstthum und die Vorrechte des römischen Stuhles, auch alles bestätigen, was von dem Kaiser Rudolf und dessen Vorfahren im Reiche den Päpsten verheißen, zugesichert, geschenkt oder bestätigt worden. Ferner geloben wir, den Primat des römischen Stuhles, seine Rechte und Freiheiten gegen jedermann zu schützen, ein Feind der Feinde eben dieses Stuhles zu sein, wären sie auch Kaiser und Könige; kein Bündniß gegen denselben einzugehen, und falls ein solches eingegangen wäre, demselben nicht gemäß zu handeln, vielmehr alle Feinde

desselben zu betriegen. Wir geloben ferner, die Geistlichkeit und Kirche nie wesentlich zu verletzen, vielmehr ihre Privilegien unverbrüchlich aufrecht zu erhalten. Wenn wir nach Italien ziehen wollen, werden wir es dem römischen Stuhle zuvörderst anzeigen und den Papst um geneigte Aufnahme bitten. Die Rechte des römischen Reiches werden wir wahren, die verlorenen wieder zu erlangen streben und alles, was wir in dieser Urkunde dem Papste gelobt, durch einen körperlichen Eid beschwören.“

Derart demüthigte sich der stolze und strenge Kaiser vor dem Papste, während sein bisheriger Bundesgenosse, Philipp der Schöne von Frankreich den Widerstand gegen Rom mit rücksichtsloser Energie fortsetzte. Doch es wirkte bei Albrecht nicht lediglich die angestammte kirchliche Frömmigkeit, sondern auch die Politik. Albrecht brauchte die Gunst Roms gegen gefährliche Konstellationen und für hochstrebende dynastische Pläne.

In Böhmen und Ungarn traten wichtige Veränderungen ein, durch welche Albrecht sich theils beunruhigt, theils zu großen Hoffnungen angeregt fühlte. König Wenzel II. erwarb zur böhmischen auch die polnische Krone. Durch diese Machtsteigerung des Nachfolgers Ottokars glaubte der Kaiser für den Besitz der österreichischen Länder fürchten zu müssen. Doch nicht genug an dem. In Ungarn war König Andreas III. eines plötzlichen Todes gestorben, und mit ihm erlosch der Mannsstamm der Arpaden. Andreas hinterließ blos eine Tochter erster Ehe, denn seine Ehe mit Agnes, der Schwester Albrechts war kinderlos geblieben. Es lag nahe, daß Albrecht den Wunsch hegte, das prächtige Nachbarreich, dessen Königin seine Schwester war, an sein Haus zu bringen. Doch in Ungarn fand dieser Gedanke gar keinen Anklang, und da die Magnaten fürchteten, die Königin-Witwe könnte sich im Sinne ihres kaiserlichen Bruders der Regierung bemächtigen, so behandelten sie dieselbe als Gefangene. Da ließ Albrecht den treuen Marschall Hermann von Landenberg mit einer Kriegeschaar in Ungarn einbrechen. Dieser bemächtigte sich zuerst des Wittthums der Königin Agnes, nämlich der Grafschaft Preßburg und gelangte dann ohne erheblichen Widerstand bis vor Ofen. Er hatte aber die Stimmung der Ungarn so richtig erkannt und würdigte sie so einsichtsvoll, daß er den Rückzug nach Oesterreich trat, nachdem ihm die Magnaten sowol die Witwe als die Tochter ihres verstorbenen Königs ausgeliefert hatten.

Während derart die Hoffnung des Kaisers Albrecht vereitelt wurde, sprach Papst Bonifazius, der vor allen andern Ländern besonders das Königreich Ungarn als ein Eigenthum des römischen Stuhles betrachtete, dem Prinzen Karl Robert von Anjou die Stephanskrone zu, der auch mit vom Papste bezahlten Reithtruppen nach Ungarn kam und daselbst nicht ohne Anhang war. Doch die Mehrheit der Magnaten erklärte sich gegen ihn, weniger an und für sich, als weil es den Nationalstolz der Ungarn verletzte, daß der Papst ihnen einen König aufbringen, sie des freien Wahlrechtes berauben wollte. Die Mehrheit der Mag-

naten einigte sich nun dahin, die Krone Ungarns dem Könige von Böhmen und Polen, Wenzel II. anzubieten. Eine feierliche Gesandtschaft, den Palatin und den Erzbischof von Kolocza an der Spitze, begab sich sofort nach Prag. Doch Wenzel II. hielt es für bedenklich, sich selber die Krone eines dritten Königreiches aufzusetzen, er schlug jedoch den Ungarn seinen gleichnamigen dreizehnjährigen Sohn vor. Die Gesandten willigten ein, und sofort rüstete König Wenzel ein stattliches Heer aus, mit welchem der junge Prinz nach Ungarn zog. Die Partei Karl Roberts leistete bewaffneten Widerstand, wurde jedoch wiederholt geschlagen, und der böhmische Prinz zog als Sieger in Stuhlweißenburg ein, wo ihm der Erzbischof von Kolocza die Krone Stephans des Heiligen aufsetzte. Karl Robert floh in das kroatische Küstenland, um von da schlimmsten Falles noch weiter, nach Italien fliehen zu können, woher er gekommen war.

Der böhmische König hatte nun wol die ungarische Krone nicht sich selber aufgesetzt, aber sie war auf dem Haupte seines Sohnes und Nachfolgers, und es befanden sich also die drei glänzenden und mächtigen Kronen von Böhmen, Polen und Ungarn im Besitze des Hauses der Přemisliden. Diesen großen Machtanwachs des böhmischen Königshauses glaubte Albrecht als für das Haus Habsburg gefährlich betrachten zu müssen, und er beschloß, die Macht des Böhmenkönigs zu brechen, oder doch zu schwächen. In diesem Vorhaben wurde er vom Papste nicht nur bestärkt, sondern er erhielt durch ein Breve förmlich den Auftrag, den Sohn des böhmischen Königs nicht auf dem Throne Ungarns zu dulden, vielmehr alles aufzubieten, um dem vom heiligen Stuhle eingesetzten Karl Robert die ungarische Krone zu verschaffen.

Diesem willkommenen Auftrage Folge leistend sandte Albrecht einen Bevollmächtigten nach Prag, um vom König Wenzel Verzichtleistung auf Ungarn, Herausgabe von Eger und Meißen und Zehentleistung von den Rutenberger Eilberwerken zu verlangen. Die Antwort war selbstverständlich eine abschlägige. Der Kaiser war mittlerweile nach Wien gekommen, und daselbst wurde noch einmal mit Bevollmächtigten des Böhmenkönigs fruchtlos verhandelt. So wurde denn der Krieg entschieden, und beide Fürsten rüsteten gewaltig und suchten sich durch Bündnisse zu stärken.

Inzwischen war jedoch in Ungarn eine für die böhmische Sache sehr ungünstige Wendung eingetreten. Papst Bonifazius drohte nämlich allen Anhängern des jungen Wenzel mit dem Kirchenbanne und leistete seinem Schützling Karl Robert so reiche Unterstützung, daß derselbe mit Heeresmacht in Ungarn einbrechen konnte und sich bald fast das ganze Land unterwarf. Anstatt daß also der König von Böhmen, wie er gehofft, aus Ungarn Hilfe gegen den Kaiser Albrecht erlangt hätte, kam nach Prag die Nachricht, daß der jüngere Wenzel von Verrath und Abfall umgeben, wie ein Gefangener in der Königsburg auf Ofen saße, so daß er, wenn nicht bald Hilfe käme, gezwungen sein würde, in Verkleidung die Flucht zu versuchen, um wenigstens das Leben zu retten.

vergaß König Wenzel der eigenen Gefahr, um dem Sohne Hilfe zu bringen. Rasch rüstete er ein Heer aus und zog mit demselben in Eilmärschen nach Ungarn, drang stürmend bis Gran vor, wo er das Schloß einnahm und das Domkapitel für die Anhänglichkeit an Karl Robert züchtigte. Dann zog er vor Ofen und er hätte die Herrschaft seines Sohnes wol für einige Zeit wieder herstellen können. Doch er verzichtete darauf und begnügte sich damit, die ungarischen Gewaltthaber so einzuschüchtern, daß sie den jungen König im vollen Königsschmucke in das Lager seines Vaters hinausziehen ließen. Da trat König Wenzel sofort den Rückmarsch an und nahm den ungarischen König sammt den Kroninsignien mit sich.

Da nun Ungarn dem vom Papste eingesetzten Karl Robert überlassen war, so wäre der Krieg gegen Böhmen eigentlich überflüssig gewesen. Doch der Umstand, daß König Wenzel die Stephanskrona nach Prag mitgenommen hatte ließ auf seine Absichten schließen, und Albrecht wollte überhaupt die Gelegenheit benutzen, um den mächtigen König von Böhmen und Polen zu demüthigen. Herzog Rudolf von Oesterreich schloß für sich und für seinen Vater, den Kaiser mit dem König Karl Robert ein Bündniß gegen Böhmen, welches jedoch keinen andern Erfolg hatte, als daß die ungarischen Schaaren auf ihrem Durchmarsche Oesterreich wie Feindesland grauenhaft vermütheten. Bei Budweis vereinigte sich Rudolfs Heer mit dem, welches Kaiser Albrecht aus dem Reiche herbeigeführt. Diese Streitmacht war so stark, daß ihr Sieg unzweifelhaft schien. Ohne bedeutenden Widerstand gelangten der Kaiser und sein Sohn bis nach Kuttenberg, welches erobert werden sollte. Kuttenberg war damals eine stark bevölkerte Stadt und hatte eine starke Besatzung unter dem Kommando des tapfern Heinrich von Lipa. Aber es hatten auch die Bürger selber zu den Waffen gegriffen, und namentlich waren die Vergleute zum äußersten Widerstande entschlossen. So wurden alle Angriffe der Belagerer zurückgeschlagen, und Albrecht glaubte, die Stadt durch Aushungerung bezwingen zu können. Doch bald fehlte es in seinem eigenen Lager an Lebensmitteln, es brachen böse Seuchen aus, und schaarenweise zogen Albrechts und Rudolfs Mithstruppen ab. Als unter diesen mißlichen Umständen die Nachricht kam, daß König Wenzel mit einem starken Heere von Nimburg her im Anzug sei, trennte sich Karl Robert sofort von seinen Bundesgenossen, um mit heiler Haut nach Ungarn zurückzukommen. Nun mußte Albrecht die Belagerung Kuttendorfs aufgeben und konnte auch nicht daran denken, eine Feldschlacht anzunehmen. Er zog sich eilig über Iglau nach Oesterreich zurück.

So war der mit so großer Mühe, mit ungeheueren Kosten unternommene Feldzug des Kaisers gegen Böhmen ganz resultatlos. Abermals war eine große Hoffnung Albrechts vereitelt, und sein Ansehen war so tief erschüttert, daß die meisten Bundesgenossen von ihm abfielen und sich mit dem Böhmenkönig versöhnten und verbündeten. Auch an Rom hatte Albrecht keine Stütze mehr, denn der thatkräftige Papst Bonifazius VIII. war in Folge der durch seinen unbesiegblichen Gegner, Philipp von Frankreich erlittenen Kränkungen gestorben. Nun mußte der Kaiser fürchten, daß der Böhmenkönig zum Angriff schreiten, in die österreichischen Länder einbrechen und dieselben dem Hause Habsburg entreißen würde.

In dieser Besorgniß sandte Albrecht Botschaft nach Prag und ließ dem König Wenzel unter sehr billigen Bedingungen den Frieden anbieten. Der Böhmenkönig wies jedoch alle Anträge stolz zurück, indem er bemerkte, daß für ihn der Krieg eben jetzt erst beginnen werde. Wenzel stand an der Spitze eines star-

ken, ganz intakten Kriegsheeres, während Albrecht und Rudolph ihre durch Noth und Krankheiten erschöpften Schaaren nicht beisammen behalten konnten. Unter solchen Umständen war dem König Wenzel II. wahrhaftig die Möglichkeit geboten, das Schicksal Ottokars zu rächen. Doch ein schwerer Unglücksfall, welcher das böhmische Volk und Königshaus traf, war für das Haus Habsburg ein rettendes Glück.

Mitten in den Vorbereitungen zur Eröffnung des Feldzuges wurde König Wenzel von einer schweren Krankheit befallen, welche seinem Leben am 21. Juni 1306 ein Ende machte. Er war erst fünfunddreißig Jahre alt. Sein erst sechzehnjähriger Sohn Wenzel, aus seiner ersten Ehe mit Jutta, der Tochter Rudolphs von Habsburg, bestieg nun den Thron von Böhmen und Polen und war zugleich gekrönter König von Ungarn und hatte die heilige Stephanskronen in seiner Verwahrung.

Kaiser Albrecht, eifrig und ängstlich bemüht, den Wiederausbruch des gefährlichen Krieges zu verhüten, schickte sofort Friedensboten nach Prag. Der junge König Wenzel III. war nicht in der Stimmung, seine Regierung mit einem blutigen Kriege zu beginnen, er gewährte den Frieden. Schon zwei Monate nach dem Tode Wenzels II. waren die Verhandlungen glücklich geendet. Am 18. August 1305 stellte Kaiser Albrecht zu Nürnberg über den durch seine Bevollmächtigten zu Prag mit dem Könige von Böhmen geschlossenen Frieden die Urkunde aus. Darin hieß es: „Der Zwist zwischen dem Kaiser Albrecht und dem König Wenzel II. von Böhmen ist mit dessen Tode beendet; zwischen dem Kaiser und dem jungen König von Böhmen und Polen, seinem vielgeliebten Neffen, soll ewig Eintracht bestehen. Die Reichsacht, welche gegen König Wenzel II. von Böhmen ausgesprochen war, ist aufgehoben, und ihre Folgen können dessen Nachfolger nicht treffen; zugleich werden alle Urtheilssprüche, welche gegen jenen erlassen worden, für kraftlos erklärt. Der Kaiser leistet unbedingt Verzicht, sowol in seinem als in des römischen Reiches Namen auf alle Länder und Besitzungen in Böhmen, Polen und sonst anderswo, welche König Wenzel III. durch Erbrecht oder wie immer erlangte; er erkennt daher seine oberherrliche Gewalt und sein ausschließendes Recht auf alle Titel, Ehren und Würden in denselben, so wie auf die Benutzung alles dessen, das sich in ihnen auf oder unter der Erde befindet.“ Als Gegenleistung hatte der König von Böhmen bloß versprochen, den Markgrafen von Brandenburg für das verpfändete Meißnen, welches Albrecht seinem Neffen Johann geben wollte, mit dem polnischen Lehen Pommern zu entschädigen. Am 20. August bestätigte Albrecht, ebenfalls zu Nürnberg, alle Privilegien, Rechte und Freiheiten des Königreichs Böhmen.

So war Kaiser Albrecht, nachdem er den Zeitpunkt gekommen geglaubt hatte, die Krone Ungarns für sein Haus zu erwerben und die gefährliche Macht Böhmens zu brechen, beiden Königreichen gegenüber in eine Stellung gekommen, welche seinem Stolz und Ehrgeiz wenig entsprach. Durch das Mißlingen seiner Pläne waren aber auch die österreichischen Länder sehr gefährdet, denn es herrschte in Böhmen und Ungarn Mißtrauen gegen das Haus Habsburg, und dadurch konnten beide Reiche jeden Augenblick veranlaßt werden, die Macht dieses hochstrebenden Hauses brechen zu wollen. Doch Kaiser Albrecht tröstete sich über das Unglück der Gegenwart mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, und seine Söhne theilten diese muthige Gesinnung.

(Fortsetzung folgt.)

Eigenthümer, Herausgeber u. d. verantwortlicher Redakteur: Franz Schjella.
Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 52.
Druck von R. v. Waldheim

Die Reform.

No. 8.

Wien, den 24. Februar 1870.

IX. Jahrgang.

Der Worte sind genug gewechselt.

Wir rechnen auf die Zustimmung unserer Leser, wenn wir ihnen fortan bis auf weiteres die Debatten über die Verfassungsfrage nicht mehr an erster Stelle vorführen; populär zu sprechen, wenn wir ihnen den tausendmal aufgewärmten Kohl von Centralismus und Föderalismus, Wahlreform, Ausgleich u. s. w. nicht als erste Schüssel vorsetzen. Dieses Gericht könnte unsern Lesern und uns, wie nach dem lateinischen Spruche den unglücklichen Lehrern tödtlich werden.

Die Generaldebatte über die Verfassungsfrage ist in dem Parlamente der öffentlichen Meinung erschöpft. Es hat auch bereits die Abstimmung stattgefunden, und die Opposition erwartet eben die Sanktionirung des zu ihren Gunsten lautenden Beschlusses. Mittlerweile wollen wir uns, wofern nicht außerordentliche Zwischenfälle eintreten, an erster Stelle mit andern Angelegenheiten beschäftigen und von dem alltäglichen Verfassungsgezänk, von der Wahlreformkonfusion, von den Ausgleichsexperimenten, von der Minister-Agitation und Parlaments-Stagnation nur nebenher kritisch Notiz nehmen.

Der Worte sind genug gewechselt; es müssen Thaten geschehen. Wir erwarten die Thaten des zu energischer Thatkraft verneuertem Ministeriums. Es hat freie Bahn, es ist von unbequemen Elementen purifizirt, seine Macht ist gesteigert. Das Ministerium muß seine Geschicklichkeit beweisen, sein Geschick erfüllen. Das Triumphrad dieses Bürgerministeriums muß auslaufen.

Es liegen auch schon ministerielle Thatsymptome vor. Das Ministerium hatte der kaiserlichen Thronrede sein Memorandum entgegengestellt und das Minoritätsmemorandum sammt den Verfassern desselben anathematisirt; jetzt aber scheint es seine eigene Denkschrift vergessen zu haben und vergessen machen zu wollen. Es parlamentirt mit den Polen und will mit den Tschechen außerparlamentarisch negociiren. Es scheint entschlossen zu sein, die Wahlreform zur Wahlunform zu machen und das Monstrum eines gemischten Reichsrathes zu erzeugen. Es scheint wieder auf seinem confessionellen, eigentlich confessionlosen Stedenpferde Parade reiten zu wollen und zu hoffen, daß ihm bei diesem Ritte die Völker Oesterreichs in den kalten Dezemberverfassungshimmel folgen werden.

Es steht also alles ganz gut. Doch das Ministerium ist vorsichtig. Einen Sündenbock behält es sich doch vor. Dieser Sündenbock ist der Reichskanzler. Für den Fall, daß die ministerielle Aktion Fiasko macht, muß Graf Beust herhalten.

Der Mann ist wirklich zu bedauern. Was ihm selber wirklich gelingt, will man ihm nicht als Verdienst gelten lassen, und für alles, was den Andern mißlingt, soll er die Schuld tragen. Der Kampf gegen ihn scheint das Lebensprinzip des von ihm geschaffenen Ministeriums zu sein. Da hat jetzt Graf Beust eine Protestnote gegen den Syllabus nach Rom gesandt, und nun wird ihm bitter vorgeworfen, daß er das nicht aus origineller Initiative gethan, sondern ein Plagiat an dem cisleithanischen Ministerium begangen habe, und es wird behauptet, daß er zu dieser Note ohne Ermächtigung von Seite der beiden Landesministerien gar nicht berechtigt gewesen sei. Darin offenbart sich so recht grell die schauerhafte Originalität der Regierungsverfassung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Diese Verfassung hat nun allerdings Graf Beust mit auf seinem Gewissen und er büßt bereits schwer dafür. Er hat es versäumt, gleich ursprünglich wenigstens den ernstesten Versuch zu machen, für die Reichsregierung einen positiven Boden zu behaupten, ihr ein wirkliches Machtbefugniß zu vindiziren; er hat das vernachlässigt, weil er in allzugroßem Selbstvertrauen hoffte, durch seine Persönlichkeit alles ausgleichen zu können. Bezüglich der Magyaren war diese Hoffnung in vorhinein eitel; in Betreff der cisleithanischen Minister aber kann man es allerdings begreifen, daß Graf Beust sich einer solchen Hoffnung hingeeben. In der That hätte man allgemein voraussetzen mögen, daß, nachdem einmal die Reichsverfassung so erzwungen war, wie sie eben ist, die cisleithanischen Minister und ihr Anhang, da sie sich doch als privilegiert gute und treue Oesterreicher preisen, es für ihre patriotische Pflicht halten würden, mit dem Reichskanzler einträchtig zu wirken, um wenigstens in der einen Reichshälfte eine gemeinsame Regierung darzustellen und nicht die Regierungsverfassung Neuösterreichs vor aller Welt geradezu lächerlich zu machen. Aber die Begierde nach Glanz und Macht der eigenen Stellung überwiegt den Patriotismus. Weil das Pesther Ministerium glanzvoll und ganz unabhängig mächtig dasteht und von einem Reichskanzler nichts wissen will, so muß das Wiener Ministerium es auch so haben! — Wenn das so fortgeht, so wird aller Wahrscheinlichkeit nach noch vor Ablauf des zehnjährigen deutsch-magyarischen Ehekontraktes eine gänzliche Scheidung eintreten, oder man wird eine Zwangshehe zu Stande bringen müssen.

In der That hat nur der Kriegsminister allein noch eine wirkliche Reichsgewalt, die sich auf beide Hälften der Monarchie erstreckt. Das ist gut, aber es ist zugleich auch ominös.

Was wollen die Franzosen?

Man irrt gewiß nicht, wenn man diese Frage mit den Worten des Kaisers der Franzosen beantwortet: Freiheit und Ordnung! Das sind zwei sehr schöne

und wahre Worte, und sie sind im unzertrennlichen Zusammenhange, denn ohne Ordnung ist keine Freiheit möglich, ebenso aber auch keine Ordnung ohne Freiheit, weil die Knechtung eines Volkes durch einen Einzelnen die himmelschreiendste Unordnung ist.

Napoleon scheint diese Wahrheit anzuerkennen, nur hat er eine Zeit lang die Ordnung von der Freiheit getrennt, und zwar jedenfalls länger, als nothwendig und in der Ordnung war. Wie er selbst sagt, machte er sich nach höchst-eigenem Gutdünken zuerst zur Aufgabe, die Ordnung fest zu begründen, um die Freiheit möglich zu machen. Durch diese oft wiederholte Erklärung und indem er bei der Eröffnung der jetzigen neuen Ära zu den Vertretern des Volkes sagte: „Ich habe bisher die Ordnung erhalten; helfen Sie mir jetzt, die Freiheit schaffen!“ gestand Napoleon ein, daß seiner bisherigen Ordnung die Freiheit gefehlt, daß also in Frankreich keine ordentliche, sondern eine erzwungene Ordnung geherrscht hat, und daß jetzt erst ein Staat geschaffen werden soll, wie ihn göttliche und menschliche Ordnung fordert. Die Ordnung unter Napoleon haben die Franzosen durch fast zwanzig Jahre ertragen; aber es ist die Frage, ob ihnen die Freiheit mit Napoleon genügen werde. Es gibt viele Leute, welche diese Frage ohne weiters verneinen, und sie berufen sich dabei auf die Thatsache, daß durch die neue Freiheit gleich bei ihrem ersten Beginnen die Ordnung gestört wurde, deutlicher gesagt, daß die Freiheit sofort als Waffe, nicht gegen die bisherige Art der napoleonischen Herrschaft, welche ja aufgegeben ist, sondern gegen Napoleon persönlich und gegen das monarchische Regime überhaupt gebraucht worden ist. Obwol nun die aus dieser Thatsache gezogenen Schlüsse gewiß wenigstens voreilig sind, so fragt Europa doch mit gespannter Besorgniß: „Was wollen die Franzosen?“ Diese Frage wird mit Furcht und Hoffnung gestellt; es fürchten nämlich die Einen, und es hoffen die Andern einen Umsturz in Frankreich. Die Franzosen können sich dadurch geschmeichelt fühlen, denn es zeigt ihnen, daß man sie noch immer für die politischen Tonangeber hält. Sind sie das wirklich noch?

Den Absolutismus haben die Franzosen in Europa entwickelt und für Jahrhunderte zum Muster für alle andern Staaten gemacht. Man sage nicht, daß die bourbon'sche Dynastie, nicht aber das französische Volk jenen Absolutismus entwickelt habe, denn um einen solchen Absolutismus, wie er in Frankreich so lange geherrscht hat, zu gestalten, dazu war allerdings ein Herrscherhaus wie das bourbon'sche, aber auch ein Volk wie das französische nothwendig. Das ist durch die Thatsache bewiesen, daß, obwol alle Dynastien den französischen Absolutismus eifrigst nachahmten, diese Herrschaft sich doch nirgends so blendend, glänzend, so üppig und allmächtig gestaltete, so populär geworden, so in Fleisch und Blut des Volkes übergegangen ist, wie eben in Frankreich.

Die Franzosen haben dann allerdings ebenfalls zuerst auf dem europäischen Kontinent den Absolutismus gestürzt. Dabei waren sie aber nicht mehr origi-

nell, sondern ahmten nach der Doktrin Montesquieu's das Beispiel der Engländer nach; diese den Engländern nachgeahmte Freiheit aber war nach dem Ausspruche desselben Montesquieu „in den deutschen Wäldern erfunden worden.“ In der Nachahmung der Freiheit waren aber die Franzosen nicht glücklich, sie konnten dieselbe nicht für sich selbst behaupten und daher auch nicht bei denjenigen Völkern unterstützen, welche nun das französische Freiheitsbeispiel nachgeahmt hatten. Der französische Absolutismus war Jahrhunderte lang herrschend und in allen Staaten nachgeahmt; die französische Freiheit dagegen, und besonders der französische Republikanismus war stets nur sehr kurzlebig.

In Betreff der Republik theilten die Franzosen das Schicksal der Engländer. Diese hatten nach der Justifizierung eines Königs eine kurze republikanische Episode; die Franzosen ebenfalls. Aber während die Engländer nach der Restauration der Monarchie es ungeachtet dynastischen Wechsels vortrefflich verstanden, die monarchische Herrschaft mit der Selbstregierung des Volkes zu vereinigen, vermochten die Franzosen dieses englische Beispiel nicht nachzuahmen. Sie hatten mit weltererschütterndem Fanatismus eine Republik gemacht, einen König und eine Königin geschlachtet, einen Kronprinzen dem leiblichen und geistigen Verkommen preisgegeben, das alte Geschlecht im Blute ersticken, ja Gott selber von seinem Himmelsthronen stürzen wollen, um alsbald knechtisch unter der Schreckensherrschaft eines Advokaten zu zittern, und dann nach Wiederherstellung der Monarchie der unumschränktsten Autokratie eines Soldaten zu erliegen.

Durch fremde Waffen wurden die Franzosen von dem Soldatenkaiser befreit, und die Restauration ihrer legitimen Dynastie brachte ihnen eine Konstitution, welche in der That ziemlich genau nach der Doktrin Montesquieus gestaltet war. Gewiß hätten die Franzosen unter der Restaurationcharte eine viel größere Freiheit genießen können, als unter der Konstitution des Kaiserreiches und selbst unter den verschiedenen Konstitutionen ihrer Republik. Doch sie verstanden es nicht, sich in kräftiger Aktivität auf den Boden der Charte zu stellen, denselben für sich fruchtbar zu machen, kurz das praktische Beispiel der Engländer nachzuahmen, und so verfielen sie wieder dem persönlichen Regimente der Könige. Unfähig, den konstitutionellen Entwicklungsprozeß zu ihrem Vortheil zu führen, machten sie wieder eine Revolution, stürzten mit den Waffen den legitimen Herrscher, um sofort die Herrschaft des revolutionären Zweiges der Dynastie als die „beste Republik“ auszurufen! Allerdings gaben sie sich jetzt eine freiere Verfassung, wußten sie aber wieder nicht auszunutzen. Der Parlamentarismus jener Zeit bestand vorzugsweise in zwar glänzenden, aber unfruchtbaren Redebühnen. Da die Franzosen sich nicht als fähig bewiesen, Selbstregierung zu üben, so war es wahrhaftig natürlich und sogar nothwendig, daß der Revolutionskönig in die Fußtapfen seiner legitimen Vorgänger trat, daß der Bürgerkönig Louis Philipp ebenfalls ein höchstpersönliches Regiment führte. Achtzehn volle Jahre gehorchten die Franzosen diesem Regimente, dann stürzten sie es, weil ihnen Reformbankette

verboten wurden, mit revolutionärer Gewalt, sie stürzten aber nicht bloß dieses persönliche Regiment, sondern gleich den Königsthron selber und experimentirten abermals mit der Republik. Doch kurz war der republikanische Jubel. Die Franzosen beeilten sich, den notorischen Prätendenten des napoleonischen Kaiserthrones zum Präsidenten der Republik zu machen, und dann sahen sie in eitler Selbstverblendung zu, wie der Napoleonide, seinem Sterne folgend, den republikanischen Präsidentensstuhl in den Kaiserthron verwandelte und im umfassendsten Sinne des Wortes den Cäsarismus restaurirte. Und als das geschehen war, lamentirten die 38 Millionen Franzosen, daß sie von einem einzelnen Menschen geknechtet würden! Aber durch fast zwanzig Jahre ertrugen diese Millionen diese Anechtung und beschränkten ihre politische Thätigkeit darauf, wie schüchterne Anfänger nur um einen geringen Grad jener konstitutionellen Freiheit zu kämpfen, welche ihnen unter dem Bürgerkönig in hohem Grade zu Gebote gestanden.

Gegenwärtig haben nun die Franzosen einen bedeutenden Grad jener parlamentarischen Freiheit wieder erlangt. Man ist sogar berechtigt, zu sagen, daß die Franzosen jetzt eine größere Freiheit haben, als unter Louis Philipp, denn wenn auch die jetzt reformirte Verfassung des Kaiserreiches an und für sich in manchen Punkten weniger freisinnig ist, als die des Bürgerkönigthums, so haben dafür die Franzosen jetzt das allgemeine Wahlrecht, während die Charte von 1830 durch ihren Censur den Konstitutionalismus zu einem Privilegium einer kleinen Minorität machte und in der That eine Oligarchie darstellte.

Napoleon III. hat sich mit überraschender Hingebung entschlossen, die Rolle eines konstitutionellen Monarchen zu spielen. Ob er es gern oder ungern gethan, entscheidet nicht. Es liegt im allgemeinen überhaupt nicht in der menschlichen Natur, gern auf Vorrechte zu verzichten, zumal wenn es verführerische Rechte monarchischer Allmacht sind. Auch die konstitutionelle Monarchie muß ihrem Begriff, Wesen und Zwecke gemäß Vorrechte des Monarchen feststellen, da ja selbst die Präsidenten der Republik solche Vorrechte haben müssen. Wer also die Monarchie, wer überhaupt einen geordneten Staat will, der muß Vorrechte des permanenten oder temporären Staatsoberhauptes anerkennen. Es handelt sich eben nur darum, daß durch die Vorrechte des Staatsoberhauptes nicht die Rechte der Staatsbürger, des Volkes verletzt und unterdrückt werden. Das beste, das einzige Mittel, das zu verhüten, besteht darin, daß die Staatsbürger beständig ihrer Rechte eingedenk seien, sie sorgfältig wahren, unverdrossen, rastlos, freimüthig ausüben und erkennen, daß die Ausübung dieser Rechte zugleich eine unerläßlich strenge Pflicht ist.

Erkennen das die Franzosen? Durch gewisse momentan lärmende Ereignisse lassen sich Viele zur Verneinung dieser Frage verführen. Uns scheint es jedoch keinem Zweifel zu unterliegen, daß die überwiegende Mehrheit des ebenso genialen als praktischen französischen Volkes die richtige Erkenntniß und das rechte Gefühl der tatsächlichen Verhältnisse und Aufgaben habe. Ob jedoch auch

den thatkräftigen Willen, dieser Erkenntniß, diesem Gefühle gemäß zu handeln, das dürfte fraglich sein. Es ist leider fast immer und überall gewöhnlich, daß im politischen Leben nicht die Gesinnung der Majorität des Volkes den Ausschlag gibt, weil es dieser Majorität eben an dem entschlossenen Willen fehlt, ihre Gesinnung geltend und herrschend zu machen. Die Majorität des Volkes läßt sich in der Regel von einer oft sehr kleinen, aber vordrängend entschlossenen, muthigen und festen Minorität leiten, drängen, treiben, beherrschen; abwechselnd von der reaktionär konservativen und von der revolutionär fortschrittlichen Partei. Wenn immer die Majorität ihren Willen geltend machen würde, wer könnte ihr widerstehen? Dann stünde es in Frankreich und überall viel besser um die stetige Entwicklung des politischen Lebens.

Man darf gewiß behaupten, daß die überwiegende Majorität des französischen Volkes nicht die Republik will. Nicht minder gewiß ist es, daß unter der Minorität der Republikaner abermals die Majorität nicht die Republik will, welche sich mit dem „Es lebe Rochefort!“ ankündigt. Gleichwol waren die Republikaner à la Rochefort im Stande, ernste Unruhen in Paris zu erregen, und sie sind im Stande, ganz Frankreich in Spannung zu erhalten. Die für Rochefort und seine Republik versuchte Emeute ist mit geringer Anstrengung unterdrückt worden. Es hat sich derselben augenscheinlich nur ein winziger Bruchtheil der Bevölkerung angeschlossen, und die Regierung ihrerseits, die Verhältnisse richtig erkennend und würdigend, hat alles vermieden, was, statt zu beruhigen, hätte aufreizen können. Dennoch liegt es nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß durch wiederholte solche Erhebungen die Bevölkerung in weitem Kreise und in höherem Maße aufgeregt werden könnte, während die Regierung sich durch fortgesetzte und gesteigerte Provokationen verleitet, oder gezwungen fühlen möchte, von schärferen Gewaltmitteln Gebrauch zu machen, wodurch erfahrungsgemäß überall, besonders aber gerade in Paris leicht der Funke ins Pulver geworfen, Del ins Feuer gegossen werden kann. Es ist nicht undenkbar, daß die Partei Rochefort's sich bei irgend einer ihr günstigen Gelegenheit zu einer größern und wirksamern Demonstration erhebt, daß dann die größere Partei welche den Rochefort und seine Anhänger offenbar nur als Provokateurs benutzt, selber in Aktion tritt, und daß es dann zu einem Konflikt kommt, welcher dann gleichsam mit der Gewalt eines zwingenden Fatums zu einer Umsturzkrisis führen kann, in welche sofort das ganze Reich hineingerissen wird.

Frankreich wird mehr als jeder andere Staat immer nur von einer kleinen Minorität beherrscht; Paris bestimmt in allen Beziehungen des Lebens die Regel, diktiert das Gesetz für das ganze Reich. Es ist das die äußerst nachtheilige Wirkung der Centralisation, nachtheilig, je nach dem Wechsel der Verhältnisse, für die Herrscher und für die Freiheit. Wer in Paris an die Spitze gelangt und die daselbst zusammenlaufenden und verknüpften Zügel des Staates, das Rad, welches die ganze Reichsmaschine in Bewegung setzt, in seine Hand bekommt,

der hat ganz Frankreich in der Hand. Ist es heute ein Autokrat, gehorcht ihm ganz Frankreich; sind es morgen Republikaner, so stürzt im ganzen Reiche die Monarchie. Wie Frankreich von der Minorität Paris beherrscht wird, so herrscht auch in Paris wieder nur die Minorität der Pariser.

Gegenwärtig strebt in Paris eine verhältnißmäßig kleine republikanische Partei nach der Herrschaft, während die Majorität von Paris und ganz Frankreich Ordnung und Freiheit will und die Ueberzeugung hegt, daß ein Umsturz nicht dazu führen würde, daß man durch praktische Benützung und organische Entwicklung der konstitutionellen Rechte und Freiheit, verbunden mit der kräftigen kaiserlichen Regierung, alles erlangen könne, was wünschenswerth und nothwendig ist. Die überwiegende Mehrheit des französischen Volkes will die Aufrechterhaltung der napoleonischen Dynastie, wenn auch gewiß nicht allgemein, ja nicht einmal vorherrschend aus Zuneigung für die Familie, so doch in Folge richtiger Erkenntniß und praktischer Würdigung der Verhältnisse. Wie ein großer Theil der Franzosen die Restauration der napoleonischen Herrschaft gleich von Anfang an als ein nothwendiges Uebel hingenommen hat, um größere Uebel zu verhüten, so faßt die Majorität der Franzosen jetzt umsomehr die Nothwendigkeit ins Auge, nachdem der Napoleonismus durch die längere Dauer seiner Herrschaft die Fähigkeit bewiesen hat, eine bleibende Regierung zu bilden, da man einerseits die vielen nützlichen Werke desselben anerkennen, andererseits aber die ganz unberechenbaren Nachtheile eines abermaligen Umsturzes erwägen muß. Die Mehrheit der Franzosen ist daher aus sehr triftigen Utilitätsgründen napoleonisch monarchisch gesinnt.

Dagegen ist die kleine republikanische Minorität, welche sich jetzt in den Vordergrund drängt, offenbar zunächst und vorwiegend von persönlichem Haß gegen Napoleon und seine Familie beherrscht und getrieben. Diese Republikaner wollen vor allem eine Politik der Rache. Sie nennen sich sehr bezeichnend die „Unversöhnlichen.“ Sie wollen Napoleon III. zunächst vorzüglich deshalb stürzen, um an ihm Rache zu nehmen dafür, daß er seinerseits die Republik gestürzt hat. Ist dieser nächste Zweck erreicht, dann ergibt sich das andere von selbst; nach dem Sturze Napoleons ist zunächst an nichts anderes zu denken, als an die Republik.

Zweimal schon haben die Franzosen mit der Republik experimentirt und jedesmal nach kurzer Zeit Fiasco gemacht, und zwar so stark, daß beidemal auf die republikanische Freiheit die militärische Diktatur folgte. Das erstemal wurde der nachtheilige Eindruck dadurch gemildert, daß ein außerordentlicher Kriegsheros, der auch mit den andern Herrschergaben im reichsten Maße ausgerüstet war, die Gewalt an sich riß; daß zweitemal aber war das Fiasco umso beschämender, indem die Republik freiwillig die höchste Gewalt einem Manne in die Hand gab, der einen Anspruch darauf zunächst nur deshalb erheben konnte, weil er eben der Neffe seines Onkels war, was ihn doch den französi-

schen Republikanern gerade nicht hätte rekommandiren sollen. Daß Prinz Louis Napoleon in die konstituirende Versammlung und dann zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, war ein ekklatanter Beweis, daß die große Majorität des französischen Volkes nicht republikanisch gesinnt ist. Man sage nicht, es seien damals die Wahlen eben beeinflusst worden, denn wenn die Franzosen wirklich ein republikanisches Volk wären, so hätte alle mögliche Wahlbeeinflussung unmöglich entscheidenden Erfolg haben können. Man ist historisch berechtigt, das bekannte Wort: „Zur Republik gehören Republikaner,“ vorzugeweiße auf die Franzosen anzuwenden. Sie haben es zweimal bewiesen, daß ihnen im allgemeinen jene Eigenschaften des Charakters, jene Tugenden fehlen, welche für die Republik unerläßlich nothwendig sind, und daß sie in hohem Maß an allen, dem republikanischen Wesen entgegengesetzten Mängeln, Schwächen, Eitelkeiten leiden. Es gab und gibt unter den Franzosen einzelne, ja sogar nicht wenige Männer von echtem, antik republikanischen Charakter, aber sie sind in zwei Perioden nicht im Stande gewesen, der französischen Republik selber diesen Charakter zu geben. Wenn die jetzigen Führer der republikanischen Partei sich als „Bürger“ tituliren lassen, so macht das auf uns einen komischen Eindruck, und es ist schon an sich allein ganz geeignet, in Frankreich, wo doch notorisch eine große Vorliebe für Uniformen, Orden und Titel herrscht, der Republik Feinde zu machen. Und in der That entspringt diese Ostentation mit dem Titel „Bürger“ ebenfalls aus Eitelkeit. Echte Republikaner, wie die Schweizer, Nordamerikaner würden es sehr lächerlich finden, wenn man sie mit dem Auszeichnungstitel „Bürger“ anreden wollte. Kurz, das ziemlich allgemeine Urtheil, daß die Franzosen keine Republikaner sind, ist triftig begründet.

Mit dem allen kann selbstverständlich nicht behauptet sein wollen, daß die Franzosen sich gar niemals zu Republikanern entwickeln könnten, daß in Frankreich die Republik absolut unmöglich wäre. Doch unter den jetzigen Verhältnissen und Zuständen hätte eine französische Republik gewiß nur auf eine kurze Dauer Aussicht, und sie würde nur durch eine, tausendfältige Interessen schwer beschädigende, unzählige Existenzen vernichtende Umwälzung und nur durch einen blutigen Kampf eingeführt werden können, der leicht Elemente heraufbeschwören möchte, welche für die jetzigen republikanischen Häuptlinge selber verderblich werden könnten. Und würde denn die republikanische Regierung nicht ebenfalls Feinde haben, oder gegen dieselben mächtiger sein, als die jetzige? Sie würde sich so vielen Feinden gegenüber sehen, daß sie sich gezwungen fühlen müßte, gewalthätiger zu herrschen, als die jetzige kaiserliche Regierung. Eine französische Republik hätte nicht bloß einflussreiche und ebenfalls unversöhnliche Klassen und Stände, sondern den Charakter, die Neigungen, Gewohnheiten und Traditionen des Volkes im allgemeinen gegen sich, sie müßte nebst der legitimistischen und orleanistischen auch noch gegen die napoleonische Prätendentenschaft auf der Futh sein, sie müßte gewappnet sein gegen jene Elemente, welche vollständige Anarchie,

radikalen Umsturz der bisherigen Gesellschaftsordnung wollen, sie würde sich in ihrem Bestande und in ihrer Wirksamkeit durch die entschiedene Abneigung aller maßgebenden Staaten Europas gefährdet sehen. Eitel wäre es, wenn eine französische Republik etwa auf die Sympathien der europäischen Völker Hoffnungen bauen wollte. Der französische Republikanismus hat selbst in der großen ersten Revolutionszeit nur schwache, im Jahre 1848 aber gar keine Nachahmung gefunden, und heutzutage sind die Völker sehr nüchtern praktisch, sie widmen sich der Interessenpolitik und würdigen die natürlichen und historisch gewordenen Verhältnisse richtig genug, um zu erkennen, daß den gemeinsamen und besonderen Interessen durch republikanische Experimente sehr schlecht gedient würde. Heutzutage dürften die französischen Republikaner umso weniger auf starke Nachahmung rechnen, weil sie selber nur als Nachahmer gar der Spanier auftreten würden. Das spanische Beispiel kann aber wahrlich nicht aufmunternd, sondern nur abschreckend wirken. Selbst wenn die Franzosen das republikanische Prinzip auf der Spitze des Schwertes in die Welt tragen möchten, würden sie ohne Zweifel wol momentane Erfolge erringen, aber das Ende würde nach innen und außen daselbe sein, wie das der ersten Republik.

Man kann also besser fragen: Was sollen die Franzosen wollen? Sie haben wahrlich alle Ursache, ihr jetziges Kaiserthum, welches doch nur sie selber möglich gemacht und durch wiederholte allgemeine Abstimmungen sanktionirt haben, aufrecht zu erhalten und ihre politische Thätigkeit mit praktischer Einsicht, mit schöpferischer Thatkraft darauf zu verwenden, dieses Kaiserreich zu einem wahrhaft freien zu machen. Das können sie jetzt unter Napoleon III., hätten es bei kräftigem Willen und mit praktischem Freimuth schon früher gekonnt und werden es unter einem Napoleon IV. noch mehr und besser können.

Die Cattaresische Angelegenheit.

Die Verhandlung über die Ereignisse in den Bocche di Cattaro nimmt einen praktisch ernsten Charakter an. Solang es den Anschein hatte, es sollte über diese entsetzlich traurige Sache lediglich in der bei uns herkömmlichen Weise hin und her geredet werden, ohne andern Zweck, als um glauben zu machen, daß man etwas thun wolle, während thatsächlich nichts geschehen, sondern nur den Zeitungen und der Neugierde des Publikums ein pikanter Stoff geboten werden sollte, solang glaubten wir verlangen zu dürfen, daß man diese dunkle, nun einmal geschehene Geschichte nicht aufrühren sollte. Der Abgeordnete Stephan Kjubisa hat aber der Sache eine ernst praktische Wendung gegeben.

Dieser würdige Vertreter der Bocche ist nicht Mitglied des Ausschusses,

wurde von demselben aber eingeladen, Auskünfte zu geben, und hat das mit der Wahrheitsliebe und Freimüthigkeit eines echten Volksvertreters gethan. Herr Ejubisa ist es aber nicht bloß darum zu thun, sich das Herz erleichtert, oder gar nur — populär gesprochen — das Maul ausgeleert zu haben, er beschränkt sich nicht darauf, das Unglück, welches seine Heimat, seinen Volksstamm getroffen, bloß für den künftigen Geschichtsschreiber zu schildern, sondern er will die Streitsache zur gerichtlichen Entscheidung bringen. Herr Ejubisa hat angekündigt, daß er vor dem Plenum des Abgeordnetenhauses den Antrag stellen wird, das Ministerium in Anklagestand zu versetzen. Bei einem Manne von dem Charakter Ejubisa's ist als gewiß vorauszusetzen, daß er dieses öffentlich gegebene Wort erfüllen wird.

Ob der Antrag die geschäftsordnungsmäßig nothwendige Unterstützung finden werde, ist ungewiß, ja bei der Stimmung des Abgeordnetenhauses sogar zweifelhaft. Gewiß aber ist es, daß das ganze Haus den Antrag unterstützen sollte, gewiß ist es, daß die allgemeine öffentliche Meinung denselben unterstützen muß, ihn schon jetzt aufs lebhafteste unterstützt. Die Minister selber sollten in ihrem eigenen Interesse die gerichtliche Behandlung des Falles verlangen.

Nachdem über das unglückselige Ereigniß so schauerliche Enthüllungen gemacht, von beiden Seiten so schwere Anklagen erhoben worden sind, ist es fürwahr strenge Pflicht, die Sache vor dem kompetenten Gerichte zur völligen Klarheit zu bringen. Es handelt sich nicht bloß um die ministeriellen Persönlichkeiten, sondern in der That um die Ehre Oesterreichs. Ungeachtet der bereits vorliegenden grellen Enthüllungen bleibt noch vieles in ein unheimliches Dunkel gehüllt, und es verbreitet sich mehr und mehr ein Verdacht, welcher für Oesterreich nach innen und außen gefährlich ist, der Verdacht nämlich, daß der Aufstand geradezu provoziert worden sei, nicht bloß um an einem Slavenstamme ein Exempel zu statuiren und für die slavenfeindliche Politik einen Rechtfertigungsgrund geltend machen zu können, sondern sogar, um den Aufstand als Anlaß zu einem Streich gegen die Türkei zu benutzen. Der Verdacht mag unbegründet sein, aber er besteht im In- und Auslande und er muß beseitigt werden. Er wird aber nicht beseitigt durch solche cavalière, mit den schrecklichen Ereignissen gleichsam tändelnde und scherzende Aeußerungen, wie die Herren Minister Giskra und Wagner von sich gegeben haben. Der Verdacht wird auch durch den Grafen Taaffe nicht beseitigt werden, wenn sich derselbe auch, wie es jetzt heißt, im Ausschusse vernehmen lassen wird. Er ist dazu jedenfalls nicht verpflichtet und kann überdies gerade so wie der Minister Wagner der Neugierde des Ausschusses die Behauptung entgegen stellen, delikate Geheimnisse nicht enthüllen zu dürfen. Der Ausschuß kann eben nicht mit richterlicher Autorität die Wahrheit verlangen. Graf Taaffe untersteht aber selbstverständlich auch als Exminister noch dem Gesetze der Ministerverantwortlichkeit und wird verpflichtet sein, vor dem Staatsgerichtshofe die volle Wahrheit zu sagen.

Herr Vjubiša tritt mit seinen Anklagen in öffentlicher Stellung, als Bürgermeister von Dubna, als Vertreter der Bocshesen auf, und seine Angaben wurden schon im voraus bestätigt durch die Denkschrift, welche der Bürgermeister und Abgeordnete von Castelnovo, Herr Wojnowic, Seiner Majestät dem Kaiser persönlich überreicht, sowie durch die Erklärung, welche die Minorität des dalmatinischen Landtages, von der die große slavische Majorität des Landes repräsentirt wird, ebenfalls an die Stufen des Thrones gebracht hat. In Folge dieser Darstellung befahl der Kaiser die friedliche Pacifizirung, und als Vjubiša dem Kaiser für diese Pacification dankte, vernahm er aus dem Munde des Monarchen Aeußerungen, welche ihn zu einem freudenvollen Telegramm an seine Landsleute begeisterten. Vjubiša berichtet und klagt als Augen- und Ohrenzeuge der Ereignisse; er hat mit den Aufständischen nicht nur unterhandelt, sondern sich sogar gezwungen gesehen, gegen dieselben die Waffen zu ergreifen, um das von militärischen Kräften entblößte Dubna zu schützen. Herr Vjubiša muß daher von jedem Unbefangenen jedenfalls als ein glaubwürdiger Kläger und Zeuge anerkannt werden. Doch sind wir weit davon entfernt, zu verlangen, daß die Angaben desselben schon die Kraft eines Urtheils haben sollten. Vjubiša selber prätendirt das nicht, sondern verlangt eine gerichtliche Untersuchung.

Die zwölf Klagepunkte Vjubiša's sind für die Geschichte dieser traurigen Episode von so wichtiger Bedeutung, daß wir sie hier wörtlich aufnehmen. Sie lauten:

„Seit dem Jahre 1859 hält die Regierung in den Bocche eine bewaffnete, aus 7000 Mann bestehende Landmiliz, welcher sie sich wirksam in den letzten zwei Kriegen bediente. Als nun im vorigen Jahre der Landwehrgeesekentwurf im Ausschusse der Berathung unterzogen wurde, habe ich meinen geehrten Kollegen, den Herrn Baron Prato, ersucht, folgenden, von einem Promemoria begleiteten Antrag einzubringen: „Die Durchführung der Landwehr in dem gewesenen Cattaroer Kreise und im kontinentalen Theile des gewesenen Ragusaner Kreises hat angeichts der dort bestehenden Landmiliz und in weiterem Anbetracht der geographischen und Lokalverhältnisse jener Bezirke im Verordnungswege zu geschehen.“ Ich habe schon damals lebhaft bedauert, daß ein solcher Antrag von Sr. Excellenz dem Herrn Minister des Innern bekämpft wurde, weil ich der Ueberzeugung war (wie es auch leider die Thatfachen bewiesen), daß, wenn die Regierung in dieser Frage die Hände frei gehabt hätte, sie das Gesetz ohne ernste Schwierigkeiten würde durchgeführt haben. Und dieser Antrag hätte von der Regierung umsomehr unterstützt werden sollen, als — auch abgesehen von dem Widerwillen, den die Bocshesen gegen den Militärdienst haben, und auch abgesehen von der Leichtigkeit dieser Bevölkerung zur Emigration — der Zeitraum von 24 Jahren erforderlich ist, um mittelst der Landwehr die Stärke der gegenwärtigen Wehrkraft jenes Landes zu ersetzen, wenn nämlich angenommen wird, daß jährlich die Zahl von 300 Mann zu derselben gestellt werden sollten; wo hingegen, wenn im Sinne des besagten Antrages jährlich die Zahl von 300

Landwehrmännern der bestandenen Wehrkraft (Landesmiliz) einverleibt worden wäre, sich diese letztere in 24 Jahren in die Landwehr umgewandelt hätte. Die Landesmiliz in den Bocche ersetzte die Stärke einer Armee von 15.000 Mann, welche der Staat im Falle eines Krieges daselbst hätte aufstellen müssen.

Der zweite Fehler der Regierung besteht darin, daß, anstatt die Militärgarnisonen in den Bocche di Cattaro zu vermehren, um so die Auflösung der Landmiliz und die Ausführung des Landwehrgesetzes zu erwirken, sie im Gegentheile in großem Maßstabe abrüstete. Die Kompagnien wurden auf 60 Mann reduziert; viele feste Plätze von Kanonen entblößt; die Artilleriemagazine aufgelassen; die Waffen- und Munitionsdepôts vermindert und die ganze Garnison auf ungefähr 1000 Mann reduziert, welche in mehr als 30 Posten zersplittert waren. Und diese Entwaffnung geschah gerade im ersten Aufwallen der Agitation, so daß die Leute glaubten, die Regierung beabsichtige keine ernste Durchführung des Landwehrgesetzes und es genüge ein wenig Lärm, um sie in ihrem Vorhaben zu beirren.

Der dritte Fehler der Regierung besteht in dem Fehler zu rechtfertigenden Faktum, daß sie das Landwehrgesetz den Gemeinden bisher in keiner der Landes Sprachen publizirt und mitgetheilt hat; man überließ es dem freien Ermessen böshafter oder einfältiger Menschen, die lächerlichsten Gesetzesinterpretationen anzustellen, und das Volk, das immer nur das Schlimmere zu glauben geneigt ist, ließ sich täuschen. Anstatt das Gesetz in tausenden von Exemplaren und in der Landessprache zu verbreiten, erging im Gegentheile der gemessene Befehl, die ganze in den Jahren 1847, 1848 und 1849 geborene Jugend solle sich binnen acht Tagen in die Landwehrlisten eintragen lassen. Den Dawiderhandelnden wurde mit Geldstrafen im Betrage von 100 fl., eventuell mit zwanzigtägigem Arreste gedroht. Den Gemeinden und Pfarrern wurde ein Wust von Blanquetten, Zeugnissen, Prospekten und anderen Drucksorten, wie man sie eben zur Zeit der gewöhnlichen Militäraushebung braucht, mit einem Furcht einjagenden, bureaukratischen Mechanismus aufgedrängt, ohne zu bedenken, daß sogar die Kuhpockenimpfung in den Bocche di Cattaro bisher nie ohne physische Gewalt vorgenommen werden konnte.

Der vierte Fehler der Regierung war der, daß sie die von den Gemeinden verlangte viermonatliche Frist nicht bewilligte, welche dazu gebietet hätte, die Renitenten zu überreden und die Pfarrmatriken, welche ungenaue und konfuse Daten über das Alter der Konfribirten lieferten, was die Situation nur noch mehr erschwerte, zu purifiziren. Indessen wäre in den vier Monaten das Gesetz verbreitet worden, die einflußreichen Leute hätten die Renitenten überzeugt und ihnen die Sache erklärt, mit einem Worte, die Regierung hätte diese Frist ohne irgend einen Nachtheil für den Dienst bewilligen und indessen ehrliche und unparteiische Leute an Ort und Stelle schicken können, um die der Regierung leider noch immer unbekannten Lokalverhältnisse zu studiren.

Der fünfte Fehler der Regierung bestand darin, daß dem dalmatinischen Statthalter nicht aufgetragen wurde, sich nach Oesterreichisch-Albanien zu begeben, um die Agitation zu bewältigen und die politisch und militärisch nothwendigen Präventivmaßregeln zu ergreifen. Die Regierung selbst sprach in ihrem Exposé es aus, daß seit dem 10. September 1869 die Agitation in den Bocche um sich griff, und daß bewaffnete Meetings mit behördlicher Intervention stattfanden. Ich bin vollkommen überzeugt, daß, wenn der Statthalter zwischen dem 10. und dem 30. September nach Cattaro gekommen wäre und mit den Vertretern der Gemeinden gesprochen hätte, die Agitation gewiß wäre unterdrückt worden; denn die Bauern waren gewohnt, die Gesetze und den Willen des Kaisers aus dem Munde der Statthalter zu vernehmen. Anstatt dies zu thun, wurden im Gegentheil die Gemeinden blos telegraphisch benachrichtigt, daß statt der verlangten Fristgewährung der Landwehrkommandant Major v. Bizzarro bald nach Cattaro kommen und „beruhigende Nachrichten und neue Erleichterungen bringen würde“. Als es schließlich dem Major gelungen war, die Häuptlinge der renitenten Gemeinden zur Unterwerfung unter das Landwehrgesetz zu bewegen, verbreitete sich plötzlich das Gerücht, der Statthalter sei auf einem Dampfschiffe im Hafen von Cattaro angekommen. Freudig begaben sich alle Häuptlinge zum Hafen, um den Neuangekommenen zu bewillkommen und aus seinem Munde die Bestätigung der Worte des Majors Bizzarro zu vernehmen. Was geschah aber? Der Statthalter schiffte sich nicht aus, sondern schickte an seiner Statt einen Obersten ab, um die versammelten Häuptlinge der Gemeinden mit Worten und auf eine Art zu haranguiren, welche zu hören die Bocchesen nicht gewohnt waren, und an die, wie ich glaube, auch die Soldaten der kroatischen Militärgrenze nicht gewohnt sind. Jene Rede war eine förmliche Kriegserklärung! Nach wenigen Minuten kehrte Seine Erzellenz, ohne das Land berührt zu haben, nach Zara zurück. Angesichts des sich schon zusammenziehenden Gewitters versammelten sich die Gemeinden noch einmal in Cattaro und unterfertigten ein Protokoll, in welchem sie sich dem Landwehrgesetze unbedingt unterwarfen; auch ernannten sie einen Ausschuß, mit dem Auftrage, eine Petition an Seine Majestät zu verfassen, in welcher nur um einige Erleichterungen gebeten wurde. Diese Petition wurde von allen Gemeinden, mit Ausnahme der Dörfer von Zuppa, Maini, Bobori, Braić, Krivosije und Ledenice, unterschrieben, welche Letztere ungestüm vor Allem das geschriebene Gesetz mit Seiner Majestät Unterschrift verlangten.

Der sechste Fehler wurde von der Regierung dadurch begangen, daß sie die Garnisonen von Castelnovo, Risano, Perasto, Dobrota und Pastrovichio, wie auch alle Gendarmerieposten zurückzog. Durch diese Maßregel wurden die treuen Gemeinden ohne Schutz der Wuth der Renitenten und der Gefahr ausgesetzt, entweder ausgeraubt oder mit Gewalt in die Opposition getrieben zu werden. Der allergewöhnlichste Menschenverstand hätte da gerathen, die Forts

Dragaß, Erkwice und Stanjevič, welche sich mitten in dem insurgirten Gebiete befanden, zu verlassen, indem sie wegen ihrer Entfernung nicht ohne große Hindernisse und Gefahren verproviantirt werden und keinen offensiven Zweck gegen die renitenten Ortschaften haben konnten. Mit der Beibehaltung der Garnisonen in den treugebliebenen Gemeinden hätte man den Einfluß derselben auf die renitenten Ortschaften nur wirksamer machen und das konservative Element, die wohlhabende und intelligente Klasse der Bevölkerung verstärken können.

Der siebente Fehler wurde durch die Verhängung des Ausnahmestandes begangen, welcher zu spät über die renitenten Ortschaften, zwecklos und unnötig über die treuen Gemeinden verhängt wurde. Hätte man z. B. gegen Mitte September im politischen Wege nur zwanzig Arretirungen vorgenommen, alles wäre glatt abgelaufen. Noch mehr, der Ausnahmestand traf die Gutgesinnten, war aber wirkungslos gegen die Renitenten. Die Ortschaften und Leute, welche einen Einfluß auf die Renitenten ausüben können, wurden verhindert, sich zu versammeln, zu sprechen, zu handeln, während die Bauern Versammlungen und Zusammenkünfte abhielten, welche zu verhindern man nicht die Macht hatte. Das Hausrecht, das Briefgeheimniß, mit einem Worte, alle die Garantien der persönlichen Freiheit wurden der gutgesinnten Bevölkerung genommen und damit ein wirklich skandalöser Mißbrauch getrieben, während die renitenten Ortschaften darüber spotteten.

Der achte Fehler, ein schwerer Fehler, welcher die Agitation bald in einen bewaffneten Widerstand verwandelte, war das Verbot des Waffentragens. Es war ein schwerwiegender Fehler, sage ich, weil er den treugebliebenen Theil der Bevölkerung entwaffnete, während man die erforderliche Macht nicht besaß, auch die Entwaffnung der Renitenten auszuführen. Es blieben also trotz des Verbotes die Gebirgsbewohner bewaffnet, welche, ohne zwischen Waffenbesitz und Waffentragen zu unterscheiden, angesichts dieser neuen Maßregel, von welcher sie wußten, daß sie nicht vom Kaiser, sondern von dem Gouverneur ausging, bald auf die Landwehr vergaßen. Daß dies ein Fehler war, welchen man später gutmachen umsonst sich alle Mühe gab, wird von dem Umstande bestätigt, daß, sobald die Feindseligkeiten ausbrachen, den Gemeinden Pastrovichio, Budua und Rtola das Waffentragen wieder bewilligt wurde.

Der neunte Fehler der Regierung war, Seiner Majestät das Votum der kleinen Majorität des dalmatinischen Landtages zu empfehlen, welches durch die Vertagung der Sitzungen der Regierung aus der Verlegenheit heraushalf, ihr Venehmen vor den Volksvertretern zu rechtfertigen und, was in den Wochen di Cattaro geschah, mit einem undurchbringlichen Schleier zu verdecken suchte.

Der zehnte Fehler der Regierung war, daß sie während sechs Monaten nicht den Muth hatte, die Gemeindevahlen von Cattaro zu bestätigen oder zu annulliren, und eine jedem wahren Vochesen mißliebige Gemeindevertretung fortbestehen ließ.

Der eilfte Fehler der Regierung war, daß sie das freundliche, mehr an die Person des Statthalters, als an die Centralregierung gerichtete Anerbieten des Fürsten von Montenegro nicht annahm, welches, ohne die Würde des Staates zu schädigen, viel genügt hätte. Indem man das Anerbieten zurückwies, gab man einigen von unseren in Montenegro lebenden Inquisiten Gelegenheit, Unterstüzungen von jener Seite in Aussicht zu stellen, Briefe zu improvisiren, Namen und Personen zu mißbrauchen, was Alles von der vollkommenen, von Montenegro beobachteten Neutralität widerlegt wurde. Jener Antrag des Fürsten von Montenegro hätte umsomehr gewürdigt und angenommen werden sollen, als es eine historische Thatsache ist, daß im Jahre 1849 am 1. April der damalige Gouverneur von Dalmatien und gleichzeitige Banus von Kroatien es mit der Würde Oesterreichs vereinbarlich fand, sich persönlich an den damaligen Vlatika von Montenegro mit dem Ersuchen zu wenden: „Daß er, insoweit es in seiner Macht steht, den Uebergang seiner Leute, welche mit feindlichen Absichten in die Bocche kommen sollten, verhindern wolle,“ und daß er ferner: „Wenn die Bocchesen bei ihm nach Rath fragen sollten, denselben sagen möge: wie sehr es für das Wohl des Volkes nothwendig ist, daß in Bocche di Cattaro die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werde, und daß sie ihre Wünsche und Beschwerden auf dem gesetzlichen Wege anbringen sollen.“

Der zwölfte Fehler, welcher die Serie so vieler anderer schließen sollte, war die Preisgebung Budua's, indem man das 27. Jägerbataillon, die Artillerie und Gendarmerie zurückzog, um einen unnützen Marsch nach Ledenice zu unternehmen, um Dragalj zu sehen, ohne es verproviantiren zu können. Ich bin überzeugt (und dieser Meinung sind mehrere militärische Notabilitäten, mit denen ich Gelegenheit hatte, darüber zu sprechen), daß, wenn das 27. Jägerbataillon, welches den Dörfern von Zuppa, Maini, Bobori und Braic Respekt einflößte, Budua nicht verlassen hätte, die Insurrektion sich auf die Dörfer von Ledenice und Krivosije beschränkt haben würde. Sobald aber die Boborianer Budua in den Händen von nur 40 Rekruten sahen, nahmen sie Stanjevic, in der einzigen Absicht, sich mit Pulver zu versehen; die Zuppa griff Gorazda, Braic, Rosmac an. Keck geworden, fielen die Insurgenten Budua an, welches vielleicht auch noch vor Ankunft des Militärs in ihre Hände gefallen wäre, wenn ich im Einvernehmen mit dem Bürgermeister von Pastrovichio die Waffen trotz des bestehenden Verbotes nicht ergriffen hätte. Aber auch nach diesen Vorgängen ergaben sich drei Viertel der Zuppaner und ein Drittel der Mainotten, ohne einen Schuß abzufeuern, auf Gnade und Ungnade. Die Uebrigen, höchstens 300 an der Zahl, setzten einen schwachen Widerstand entgegen.“

Diese Anklagen wurden im Ausschuß von Seite der Regierung nicht entkräftet und konnten es nicht werden, da sie durch Thatsachen bestätigt sind. Die Vertheidigung der Minister bestand lediglich darin, daß sie eingestanden, die Verhältnisse nicht gekannt und es nicht der Mühe werth gefunden zu haben, sie

zu erforschen. Diese Vertheidigung ist jedenfalls eine schwere Selbstanklage. Der Minister Dr. Giskra nahm sich seines ehemaligen militärischen Statthalter und jetzigen Kollegen mit einer Wärme an, durch die er das vollständige Einverständnis mit dem Gebaren desselben bekundete. Nun gut, der Minister ist schon an und für sich für das Gebaren seiner Organe verantwortlich und selbstverständlich umsomehr, wenn er mit demselben einverstanden ist. Als charakteristisch muß hervorgehoben werden, daß Dr. Giskra für den FML. Wagner die Schmeichelei vorbrachte, derselbe hätte durch seinen Zug gegen die Zuppa den Ruhm des Marschalls Marmont verbunkelt! Abgesehen nun davon, daß es schon an sich nicht sehr taktvoll war, den Marschall Marmont zu citiren, abgesehen auch von der geschichtlichen Konfusion, in welche Dr. Giskra dabei gerathen ist, muß man es doch ganz entschieden tadeln, daß unmittelbar nachdem durch einen Gnadenakt des Kaisers die Pacifizirung erfolgt ist, der Minister des Innern es als eine ruhmwürdige Heldenthats des FML. Wagner preist, mit 2000 Mann die von kaum 300 Bauern schwach vertheidigte Zuppa in eine Brandstätte verwandelt zu haben.

Charakteristisch ist das Auftreten des Herrn Kapenna. Wie Vubisa hervorhob, „lustwandelte dieser Herr Hofrath zur Zeit, als ein Theil seines Vaterlandes in Flammen stand, an den reizenden Ufern des Nil.“ Nun aber drängt sich Herr Kapenna als Vertheidiger aller Regierungsmaßregeln vor, er weiß alles besser, als diejenigen, welche mitten in der Gefahr an Ort und Stelle gewesen sind, und er schleudert gegen das slavische Volk von Dalmatien wieder schwer beleidigende Verdächtigungen und Anklagen. Vubisa hat ihm wahrhaft vernichtend geantwortet. Es ist die höchste Zeit, daß dem verhängnißvollen Einfluß, welchen Herr Kapenna auf die Angelegenheiten Dalmatiens nimmt, definitiv ein Ende gemacht werde.

Denjenigen, welche über die Milde klagen, mit welcher die Vochesen behandelt worden sind, hält Vubisa folgende Schilderung entgegen:

„Ich kann nicht umhin, bei den zur Unterdrückung des Aufstandes angewendeten Mitteln zu verweilen. In einem Telegramm hat Seine Excellenz der Herr Statthalter gesagt, er habe den Bewohnern von Zuppa und Bobori die verdiente Züchtigung angebeihen lassen. Also bin ich berechtigt, vorauszusetzen, daß die Regierung in der That dem Statthalter die richterliche Gewalt übertragen hat! — Wir wollen nun sehen, wie diese Gewalt in Vollzug gebracht worden. Man hat von der Bevölkerung verlassene Dörfer, aus denen kein Flintenschuß kam, geplündert und dann in Flammen aufgehen lassen. Man hat die Früchte einer reichen Ernte vernichtet und in alle Winde verstreut. Siebenundzwanzig Kirchen und Klöster wurden bombardirt, ausgeplündert und verwüstet, zu Spottpreisen wurden Kirchengegenstände und profane Einrichtungsstücke auf den Gassen von Dubua und Cattaro verkauft. Verstümmelte und in Verwesung begriffene Leichname wurden erst nach zehn oder vierzehn Tagen begraben. Zwei-

tausend Frauen, Greise und Kinder trauern nackt und hungrig auf den Brandstätten ihrer Häuser.

Nach diesem Allen konnte Herr v. Wagner telegraphiren: „Die Ordnung herrscht in den Bocche di Cattaro.“ Es gereicht gewiß zur Ehre unseres Jahrhunderts, daß solche Greuel mit etwaigen an Verwundeten und Gefangenen verübten Brutalitäten nicht gerechtfertigt werden konnten; es ist jedoch eine Thatsache, daß sich die Bewohner von Zuppa, Maina, Bobori und Draic nicht eines Kannibalismus schuldig machten. Im Gegentheil gaben sie unversehrte die Gefangenen von Stanjevic frei; sie begleiteten einen jener Katastrophe entflohenen Soldaten bis nach Cattaro, nachdem sie ihn bewirthet hatten. Die Draicaner wiesen ein Geschenk von 50 Gulden zurück, welches ihnen bei der Uebergabe der Leichen der unglücklichen Offiziere Wimpffen und Duboffé angeboten wurde und beteten kniefällig in Anwesenheit des Oberlieutenants H. Butkovic für das Heil ihrer Seelen. Auch das Standrecht, diese Schmach der menschlichen Gerechtigkeit, erschwerte die Pacifizirung. Ein Parlamentär der Mainoten erschien im Hauptquartier mit der weißen Fahne, um die Unterwerfung jener Gemeinde anzumelden; er wurde festgenommen, sein Grab gegraben, ein Priester ihm beigegeben, und dann nach Cattaro um das Standgericht telegraphirt, welches das Todesurtheil unterzeichnen sollte. Er wurde gehängt, die Anderen flohen. Auf diese Art hat man also die Repression vollzogen.“

Nun, genügt das den „verfassungstreuen liberalen Volksfreunden“ noch nicht? Hätten zur Aufrechterhaltung der Würde des Staates noch mehr solche Thaten vollbracht werden, hätten dann an den überlebenden Rebellen noch die Henker das verletzte Gesetz rächen sollen? Wahrhaftig, die Klagen über die Milde des Monarchen und gegen den FML. Rodich bekunden eine entsetzliche Verwilderung des Geistes und Herzens der jetzt herrschenden Pseudoliberalen!

Zur Debatte über das Erwerbssteuergesetz.

Muth hat der Reichsrath, das muß man zugeben; aber worin? Im Konsumaziren! Es ist wol in der ganzen parlamentarischen Geschichte noch niemals vorgekommen, daß eine Versammlung, welche doch das Bewußtsein haben muß, nicht die wirkliche und vollständige Vertretung auch nur eines Volkes, geschweige denn aller Völker des Reiches zu sein, welche zu diesem Bewußtsein täglich durch Millionen Stimmen und durch den eigenen Augenschein gebracht wird; es ist gewiß noch nie und nirgends vorgekommen, daß eine solche Versammlung frischweg für die nichtvertretenen Millionen Gesetze dekretirt, und zwar nicht etwa wohlthätige Gesetze, sondern vorwiegend solche, welche ganze Völker und zahlreiche Stände in ihren Gefühlen, Rechten und Interessen schwer verletzen.

Einen solchen Beweis von Kontumazirungsmuth gibt das Abgeordnetenhaus eben wieder bei dem Erwerbsteuergesetz, gegen welches, ganz abgesehen von dem in diesem Hause nicht vertretenen Ständen und Völkern, selbst von verfassungstreuer Seite so gerechte, schwere Bedenken erhoben worden sind. Diese Bedenken wurden selbst von sonst sehr ministeriell gesinnten Abgeordneten so gewichtig geltend gemacht, daß beim Schluß der Generaldebatte wenigstens die von Dr. Alier beantragte Vertagung des Gegenstandes gesichert schien. Doch da wurde sehr geschickt mit der Verschiebung der Abstimmung manövrirt, und siehe da, achtundvierzig Stunden genügten, um die oppositionellen Eindrücke der Generaldebatte zu verwischen und der prinzipiellen Annahme des Gesetzes eine ansehnliche Majorität zu verschaffen.

Der Antrag des volkfreundlichen Grafen Dürckheim, keine Lohnsteuer einzuführen, fand in dem privilegiert liberalen Hause fast gar keine Unterstützung, und selbst der Antrag, mit der Lohnsteuer doch wenigstens nicht diejenigen Klassen zu treffen, die sich ohnehin kaum so viel verdienen, um die dringendsten Lebensbedürfnisse bestreiten zu können, und bei der Befriedigung dieser Bedürfnisse die drückenden indirekten Steuern zahlen müssen, für welche also diese Steuern in Wahrheit eine Besteuerung der Erhaltung des nackten Lebens sind, selbst dieser von der Humanität gebotene Antrag fand keinen Anklang. Der Herr Finanzminister Dr. Brestel wurde sogar witzig, indem er sagte, daß es dem Volke freilich am liebsten wäre, wenn es gar keine Steuern zu zahlen hätte. Aus diesem Witz machte der Herr Doktor der Philosophie die merkwürdige Schlußfolgerung, daß, weil nun einmal Steuern gezahlt werden müssen, überhaupt jede Steuer, welche er, nämlich Herr Dr. Brestel, arithmetisch ausstüpfelt, willig getragen werden mußte. Es wurde geltend gemacht, man habe nun einmal bei der Grundsteuerreform A gesagt, und müsse daher bei dem Erwerbsteuergesetz B sagen. Ja wol, das ist so die rechte ABC-Politik. Ministerielle Redner priesen das Gesetz als ein Muster der Gerechtigkeit, und Baron Tinti verstieg sich gar zu der Behauptung, daß dieses Erwerbsteuergesetz ein echt demokratisches sei. Echt demokratisch! Eine nach dem ständischen Prinzip gewählte, im vollsten Sinne des Wortes eine Oligarchie darstellende Versammlung dekretirt für die nichtvertretenen Völker und Stände ein drückendes, veratorisches Gesetz, für die Stände, welche zur politischen Passivität verurtheilt sind, als politische Nullen betrachtet werden, für die Stände, denen Dr. Gisfra als die Gegenwart und Zukunft beherrschender Donnergott erklärt hat, daß sie in Oesterreich niemals Aktivbürger werden würden! Baron Tinti hat einen wunderlichen Begriff von der Demokratie; was freilich nicht zum verwundern ist. Die echte Demokratie muß die Finanzreformen des Herrn Dr. Brestel verwerfen, obwol dieselben arithmetisch ganz richtig ausgetüpfelt sind. Rechnen kann Herr Dr. Brestel vortrefflich, wenn er aber noch lange Finanzminister bleibt, so wird er bei der Durchführung seiner Finanzreformen die Erfahrung machen,

daß er die Rechnung ohne den Wirth gemacht hat. Damit könnte man sich über die Rechenexempel des Herrn Dr. Brestel trösten; aber es ist das ein trauriger Trost, weil wir wirklich eine Steuerreform brauchen.

Das Ministerium hat durch die prinzipielle Annahme des Erwerbsteuergesetzes einen Triumph gefeiert, der in der Spezialdebatte schwerlich bedeutend geschmälert und gewiß nicht bei der dritten Lesung aufgehoben werden wird. Bemerkt muß aber werden, daß das Ministerium diesen Triumph ganz allein dem Dr. Brestel überlassen hat; bei der Abstimmung über das Prinzip war nur der Finanzminister zugegen. Ist das etwa ein Zeichen, daß die andern Minister für dieses Erwerbsteuergesetz nicht gerade auf Leben und Tod einstehen wollen? Klug wäre das, denn populär ist das Gesetz nicht und es wird die Zahl der Anhänger des Ministeriums gewiß nicht vermehren.

Sehr merkwürdig ist es, daß die galizischen Delegirten, ja sogar Männer wie Petrino und Ljubisa für das Prinzip des Gesetzes gestimmt haben. Halten diese Herren das Gesetz für ein gutes und glauben sie, daß ihre Vollmachtgeber an diesem Erwerbsteuergesetz eine Freude haben, daß namentlich die nichtvertretenen, aber gerade deshalb umso gewissenhafter zu berücksichtigenden Klassen sich mit diesem Gesetze befreunden werden? Hat etwa die sonstige Opposition in diesem Falle ministeriell gestimmt in der Hoffnung, daß dieses Gesetz den Sturz des Ministeriums befördern werde? Oder wollten die Polen etwa mit aufopfern der Hingebung ihre Loyalität beweisen, sich der ministeriellen Gunst würdig zeigen und für die zu erhoffenden Gnaden gleich in vorhinein dankbar sein? Sie werden sich täuschen, wie das Ministerium sich täuscht, wenn es von der Annahme dieses Erwerbsteuergesetzes eine Befestigung seiner Stellung erwartet.

Nachdem wir unsere Meinung über dieses Gesetz im allgemeinen ausgesprochen haben, eine Detailkritik jedoch unterlassen, weil wir überzeugt sind, daß dieses Gesetz, so wie es ist, niemals lebendig werden wird, wollen wir noch erwähnen, daß Herr Dr. Brestel außerhalb des Parlamentes einen sehr warmen Vertheidiger gefunden hat. Es ist das Herr Dr. Ignaz Mandl, welcher sich merkwürdigerweise beeilt hat, eine Broschüre „Zur Generaldebatte über das Erwerbsteuergesetz im Abgeordnetenhaus“ erscheinen zu lassen (Wien, bei Markgraf & Müller). Herr Dr. Mandl ist für das Erwerbsteuergesetz so eingenommen, daß er die Behauptung ausspricht, die vielen gegen dieses Gesetz gerichteten Petitionen seien nur dadurch veranlaßt, weil die Petenten den Gesekentwurf nicht aus eigener Anschauung gekannt, sondern eben nur den Oppositionsblättern nachgesprochen hätten. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so würden nach der Ansicht Dr. Mandl's Petitionen um Einführung dieses Gesetzes eingelaufen sein. Wir überlassen es billig den betroffenen Korporationen, sich mit dieser Behauptung des Dr. Mandl zu beschäftigen. Vollkommen begründet ist aber seine Klage darüber, daß die Gesekentwürfe der Regierung dem Publikum, den Wählern ganz unzugänglich, nirgends zu haben, selbst in der Staatsdruckerei

nicht zu kaufen sind. Das ist sehr vom Uebel. Die Regierung und das Bureau des Reichsrathes finden es nicht einmal der Mühe werth, auch nur sämmtlichen Journalen die Gesetzentwürfe mitzutheilen; namentlich scheinen die Oppositionsblätter grundsätzlich von solcher Betheilung ausgeschlossen zu sein. Herr Dr. Mandl spricht in dieser Beziehung und in Betreff der Zuzugänglichkeit der Abgeordneten den Wählern gegenüber Wahrheiten aus, die sein Büchlein, abgesehen von dem eigentlichen Gegenstand desselben, werthvoll machen. Er apostrophirt z. B. die Abgeordneten in folgender Weise:

„Sie wissen, meine Herren! wie die wichtigsten Gesetze in Oesterreich regelmäßig als eine bereits abgemachte Sache zwischen den Interessenvertretern einerseits und der jeweiligen Regierung andererseits an die Tagesordnung gelangen. Jenes geringe Maß von Theilnahme an der Gesetzgebung, welches bei unserem Wahlmodus und bei der Unzugänglichkeit unserer Vertreter sich ohnehin blos auf die Meinungsäußerung über die jeweiligen Gesetzentwürfe beschränkt, wird dadurch noch weiter verkümmert, daß die Regierungsvorlagen für das Publikum nicht zu haben sind. Jener Theil der Bevölkerung, welcher sich zu etwas Besserem berufen fühlt, als blos zu wählen und nach vielen Jahren wieder zu wählen, und zuweilen von einer Neugierde beschlichen wird, oder ein lebhaftes Interesse fühlt, zu wissen, was eigentlich sein Vertreter in seinem Namen zu berathen und zu beschließen gedenkt, muß die höchst merkwürdige, aber sehr traurige Erfahrung machen, daß für ihn, den Wähler, den Vollmachtgeber, die Gesetzesvorlagen nirgends und um keinen Preis zu haben sind. Das Reichsgesetzblatt darf er sich kaufen, um zu lernen, was er thun muß; die Gesetzentwürfe, aus denen er erfahren könnte, was die Regierung thun will, und über die er sich äußern könnte, was sein Vertreter thun soll, kann er nicht kaufen. Sie sehen, daß auch nach der Dezemberverfassung durch unansehnliche administrative Maßregeln eigentlich ganz dasselbe, wie durch vormärzliche polizeiliche Maßregeln erzielt werden kann, nämlich: Fernhalten des beschränkten Unterthanenverstandes von jeder Einmischung in die gesetzgebende Weisheit der hohen Obrigkeit.

Besonders seit der Niederlage bei Königgrätz ist der Anfangs zum Theil bestandene volksthümliche Geist aus der Gesetzgebung immer mehr und mehr geschwunden, um einem unheimlichen, geheimen Kabinettsgeiste Platz zu machen. Alle wichtigen Gesetze der jüngsten Aera haben eine echt diplomatische Entstehung und ein wahrhaft dramatisches Zustandekommen aufzuweisen. Die Verfassungsrevision vom Jahre 68, unsere politischen, wirthschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Ungarn, die ganze Bank-, Handels- und Eisenbahn-Politik, die Militär-Organisation und besonders die in jüngster Zeit beabsichtigte, bereits neu in Scene gesetzte Verfassungsrevision geben Zeugniß davon, daß ein rastloser, höchst genialer Regisseur die überraschendsten Gesetzesakte schafft, bei denen das Volk die Zuschauer und manche seiner Vertreter die unfreiwilligsten Rollen zu spielen haben.

Ich will weiter gehen; warum spricht nie ein Bürgerminister zu den Bürgern, nie ein Volksvertreter zu dem Volke, ein Verwaltungsrath des jährlichen Budget von 300 Millionen zu den Steuerträgern, um die Zustimmung des Volkes und nicht blos der Mitglieder des Reichsrathes zu gewinnen? Mehr als alle geistreichen Bankettreden, mehr als alle studirten Parlamentsreden würde eine einzige Volksrede wirken; Sie würden die Syphusarbeit in den Ausschüssen ersparen; Sie würden durch den direkten Verkehr mit den Wählern längst den Krebschaden unserer Verfassung, die Wirkung unseres Wahlsystems die Gleichgiltigkeit des Publikums beseitigt haben.“

Gewiß sehr triftige Wahrheiten. Doch wen versteht Herr Dr. Mandl unter dem „rastlosen, höchst genialen Regisseur?“ Niemand andern, als den Reichskanzler! Also soll dieser gar auch für die Brestel'schen Finanzreformen verantwortlich gemacht werden? Der arme Graf Beust!

Kleine kritische Chronik.

Vom 16. bis 23. Februar.

Inland.

Was man von der als ministerielles Lebensfristungsmittel in das Regierungsrezept aufgenommenen Ausgleichsfreundlichkeit zu erwarten hat, zeigen die Verhandlungen über die galizische Resolution. Sie machen einen wahrhaft kläglichen Eindruck. Man umgeht die wesentlichen Hauptpunkte, wie die Kage den heißen Brei, und vergeudet die kostbare Zeit mit nichtigen Konversationen über nebensächliche Bestimmungen. Bewunderungswürdig, aber nicht im guten Sinne des Wortes, ist die Haltung, eigentlich die Haltungslosigkeit der polnischen Delegirten. Die Politik dieser Herren ist räthselhaft, und wenn der Schlüssel zur Lösung dieses Räthfels wirklich der ist, den ein ziemlich lauter Verdacht kennzeichnet, so wird der galizische Landtag in die Lage kommen, über seine Delegirten ein strenges Gericht zu halten. Die Herren konnten schon nach der ersten Ausschusssitzung über die Intentionen der Regierung im klaren sein; aber sie ergaben sich selber mit großer Behaglichkeit in unfruchtbaren Debatten, ohne zu erkennen, daß sie dadurch zur abermaligen Verschleppung der Sache beitragen.

Die Behandlung der galizischen Resolution ist ganz geeignet, die Böhmen von Unterhandlungen mit diesem Ministerium zurückzuschrecken, wosern für die Böhmen überhaupt noch ein Abschreckungsmittel nothwendig wäre. Die Böhmen könnten es allerdings für einen nicht unbedeutenden Triumph halten, daß Dr. Giskra so bald nach dem ausgleichsfeindlichen Memorandum eine ausgleichsfreundliche Einladung an die Herren Rieger und Stadlovsky richtet. Man muß voraussetzen, daß Dr. Giskra wirklich einen Ausgleich bezwecke, denn er wird doch wohl nicht den eiteln Wahn hegen, die beiden Czekenführer zur Unterwerfung bereden zu können. Ob Rieger und Stadlovsky kommen werden? das ist eine Frage. Wir unferntheils können nur sagen, daß die beiden Herren einen Beweis von großer Selbstverleugnung geben würden, wenn sie gerade mit Dr. Giskra, der sich in der schroffsten Weise als slaven-

feindlicher Parteimann benommen hat, in Unterhandlung träten. Doch wenn sie auch kommen, so wird Dr. Gistra sie unverrichteter Dinge wieder abreisen sehen. Doch selbst das Unmögliche als möglich gedacht, nämlich daß es der berühmten Suada Gistra's gelingen könnte, die beiden Vertrauensmänner zu gewinnen, so hätte er dadurch doch nichts für seine Sache gewonnen. Die Herren Rieger und Sladkowski sind nicht das böhmische Volk, sondern nur Vertrauensmänner desselben und sie würden das Vertrauen des Volkes sofort verlieren, sie würden von diesem Volke verurtheilt und verworfen werden, wenn sie in irgend einem wesentlichen Punkte von den Grundsätzen und Forderungen abfielen, welche das Programm, nicht einer Partei, sondern der böhmischen Nation, des Königreichs Böhmen bilden. — Die Gesinnung des Ministeriums in der böhmischen Frage wird übrigens auch wieder dadurch illustriert, daß Dr. Brauner als Bürgermeister von Prag nicht bestätigt wurde, weil er ein Deklarant ist.

Daß Graf Laaffe Gesandter in München werden soll, ist den Befassungstreuen durchaus nicht recht. Sie spotten und schimpfen darüber. Ein dem Minister des Innern sehr nahestehendes Blatt bezeichnet diese Ernennung als eine feindliche Demonstration des Grafen Beust gegen das Ministerium. Eine schöne Regierungswirtschaft! Graf Laaffe ist gut konstitutionell aus dem Ministerium getreten, weil das von ihm unterzeichnete Programm nicht die allerhöchste Genehmigung erhielt. Soll er deshalb dienstunfähig sein? In der innern Verwaltung kann er allerdings unter einem Minister Gistra nicht dienen; doch gewiß unter dem Minister Beust in der äußern Vertretung. Soll Graf Beust sich nicht in die innern Angelegenheiten mischen, so muß das gleiche auch für das innere Ministerium in Betreff der äußern Angelegenheiten gelten. Dem Kaiser die Persönlichkeiten für die diplomatischen Posten vorzuschlagen, gehört aber unzweifelhaft in den Ressort des Ministers des Aeußern.

Das verfassungstreue Ministerium operirt bekanntlich gern mit Vertrauensadressen-Mandavern. Jetzt bekommt der Landesverteidigungsminister solche Adressen aus Dalmatien; doch nur von Italiern. Auch der Banus Rauch von Kroatien hat wieder eine Vertrauensadresse zu Wege gebracht.

Die Militärgrenze ist also von der Wiener Regierung wirklich preisgegeben, und zwar um den Preis, daß Ungarn künftig in seiner Reichsquote ein Drittel Percent mehr zahlen wird. Dieses Drittelpercent hat Dr. Brestel glücklich herausgerechnet, und das ungarische Ministerium angenommen, und so wäre denn die Militärgrenze verkauft und gekauft gewesen. Doch ist dieser faumose Vertrag noch nicht vollzogen, weil sich in Betreff der Formulirung Zwiespalt erhoben. Die Pester officiösen Blätter erklären aber, daß die ungarische Regierung sich durch diesen Zwiespalt in der successiven Abforbirung der Grenze nicht beeiren lassen werde. Vortrefflich! Nun wird es also nur noch darauf ankommen, was das verkaufte Grenzvolk sagen wird.

Nachdem im freien Ungarn bereits die Slovaken und Rumänen ihre Märtyrer der Pressfreiheit haben, sollen nun die Serben an die Reihe kommen. Das Pester Abgeordnetenhaus hat die gerichtliche Verfolgung des Abgeordneten Miletics bewilligt. Zugleich wird auch das letzte unabhängige kroatische Blatt, der „Zatocnik“, gerichtet werden. Es lebe die Freiheit wie in Ungarn!

Unter den Rumänen Siebenbürgens beginnt eine sehr ernste oppositionelle Aktion, der Druck der magyarischen Herrschaft wird diesem doch wahrlich sehr friedfertigen und geduldigen Volke unerträglich. Das Organ der siebenbürgisch-rumänischen Opposition, die „Gazetta“, ruft den Gewalthabern zu: Wenn euch an der Loyalität und Treue des rumänischen Volkes überhaupt noch etwas gelegen ist, so laßt demselben Gerechtigkeit widerfahren, denn auf die Dauer wird es sich's nicht gefallen lassen, als dienendes Material des Magyarismus betrachtet und behandelt zu werden. Einen erfren-

lichen Einblick in die Kulturthätigkeit der Rumänen in der Bukowina gewährt der Jahresbericht des „Vereins für rumänische Kultur und Literatur“ in Czernowitz. Der Verein hat in jüngster Zeit einen bedeutenden Aufschwung genommen, er erteilt mehrere Stipendien und viele Unterstützungen, besitzt eine schöne Bibliothek und Münzensammlung, ein Leselabirint und eine eigene literarische Zeitschrift.

Der Strike der Wiener Sezer ist bedauerlicherweise wirklich zum Ausbruch gekommen. Wir stehen auf Seite der Sezer, schon deshalb, weil sie offenbar die schwächere Partei sind. Aber selbst wenn sie unrecht hätten, sollten sie doch nicht von den Journalisten geschmäht und verdächtigt werden. Haben nicht die Journalisten das Koalitionsrecht der Arbeiter vertheidigt? Nun gut, jetzt machen die Sezer von diesem Rechte Gebrauch, um ihre Lage zu verbessern. Wenn sie dadurch zu Schaden kommen, so werden sie das ertragen müssen, wie sie ja auch schon den provisorischen Schaden tragen, während die Journale den Nachtheil des Strikes auf das Publikum wälzen. Wir unserntheils betrachten als Schriftsteller die Schriftsezer und Buchdrucker als unsere Mitarbeiter. Das war sonst überhaupt bei den Schriftstellern allgemeine Sitte. Haben nicht die Schriftsteller die göttliche Kunst Gutenbergs und auch die Jünger derselben glorifizirt? Wenn also auch die Zeitungseigenthümer den höhern Tarif wirklich nicht annehmen könnten, so sollten doch die Journalisten als Schriftsteller die Sezer nicht schmähen und verdächtigen. — Die gemeinsamen Blätter sehen übrigens wunderbar genug aus. Am wunderbarsten aber ist diese Journalsöderation. Wer hätte es für möglich gehalten, daß die drei Pressen, das alte und neue Fremdenblatt, letzteres und das Tagblatt, und alle die Journale gar mit dem Volksfreund sich zur Herausgabe eines gemeinsamen Blattes söderiren würden!

A u s l a n d.

In Frankreich ist die revolutionäre Bewegung fast ganz wieder auf die Schmärtikel zurückgegangen, welche Rochefort jetzt in der Form von Briefen aus dem Gefängnisse schreibt. Das macht diese Arbeiten natürlich um so pikanter. Es ist Geschmackssache, daran Gefallen zu finden, wenn in der Manier Rocheforts für die Freiheit, für die höchsten Prinzipien und Interessen der Völker, der Menschheit gekämpft wird, aber es charakterisirt die Bildung unserer Zeit nicht vorthellhaft, daß jedes Brieflein Henri Rocheforts wie eine hohe Offenbarung durch alle Welt getragen wird. — Interessant ist es, daß in Frankreich wieder einmal Dezentralisation versucht wird. Ob der Versuch gelingen wird, ob er ernstlich gemeint ist, bleibt zweifelhaft. In Frankreich ist das Volk, sind die verschiedensten Regierungen gar zu tief im asiatischen Centralismus versunken.

In Spanien wird eine doppelte Schilderhebung theils gefürchtet, theils gehofft, nämlich eine der Legitimisten für Don Carlos und eine für den Sohn Isabellas, den Prinzen von Asturien. Zugleich haranguirt der Herzog von Montpensier die Spanier fortwährend, damit sie ihn auf den Thron rufen möchten. Das befreite Spanien bietet ein merkwürdiges Schauspiel. Es kann nicht Monarchie und nicht Republik werden, und so bleibt es denn einstweilen die ergebige Domäne einiger Generäle.

In Baiern wird eine Politik fortgesetzt, welche, obwohl sie nicht mehr von Richard Wagner dirigirt wird, doch ganz so altromantisch ist, wie die Opern des Zukunftsmusikers und auch Charivariartig. Wenn jedoch Baiern so fortfährt, so wird es eine klägliche Zukunft haben; möglicherweise auch gar keine mehr.

Die Pforte scheint wirklich dämonisch getrieben zu werden, mit dem Vicekönig von Egypten in einen ernsten Konflikt zu gerathen. Nun verlangt die „Turquie“, daß in Alexandrien eine türkische Flotte Station nehmen solle, um den Rhedive permanent zu überwachen. Wenn das geschieht, so wird sich gewiß auch eine französische und

eine englische Flotte einfinden, und dann könnte es im Orient alsbald zu einem sehr lärmenden Zerzett kommen.

In Rumänien ist ein provisorisches Ministerium ins Leben getreten, welches gleich nach der Geburt nahe daran war, an einem Mißtrauensvotum der Kammer zu sterben. In dem jetzigen Rumänien wird sich kein Ministerium und auch kein Fürst auf die Dauer erhalten, wenn sie nicht offen und ehrlich der Nationalpolitik ergeben und entschlossen sind, dieselbe energisch durchzuführen.

Der Redakteur der „Reform“ empfing von der „Association pour la propagation de lettres Grecques“ das Diplom eines Ehrenmitgliedes mit folgendem Schreiben:

Athènes, le 30 Janvier 1870. Monsieur! J'ai l'honneur de porter à votre connaissance, que l'association pour la propagation des lettres Grecques dans sa séance du 18 m. c. vous a nommé à l'unanimité membre honoraire. Quoique notre tâche ne regarde actuellement que l'instruction et l'éducation élémentaires du peuple hellénique, nous serions flattés, si le caractère national de nos travaux pouvait intéresser en Allemagne ces esprits d'élite, qui ne perdent point de vue la solidarité du progrès des nations et la fonction de la Grèce dans l'oeuvre de la civilisation. Nous serions heureux surtout d'obtenir les sympathies de l'illustre défenseur du progrès et de la liberté, du généreux ami de la Grèce. Je profite de l'occasion pour vous prier d'agréer l'assurance de ma considération très distinguée.

Votre dévoué. Le secrétaire de l'Association G. G. Pappadopoulos.

Belletristik.

(Gedichte von Martin Greif. Stuttgart. Cotta.) „Ein neuer Tyrifer, wird man sagen, wer will doch heutzutage im politischen Getriebe Zeit gewinnen, um Heine'sche Gedanken verwässert zu finden? Wer bei dieser Sammlung so spräche, würde dem wahren Dichter, der sie in reizvoller Stimmung geschaffen, sehr unrecht thun, er würde, wenn er die Pieder ungelesen ließe, sich um hohen reinen Genuß bringen, denn in der That haben wir hier eine edle und schöne Gabe deutscher Lyrik vor uns. Gerade uns, die wir im harten oft prosaischen Kampfe politischer und materieller Interessen ringen, thut es manchmal Noth, uns wieder naiv und hingebend der Welt des Schönen, der Welt des Gefühles zu weihen, uns Eins zu fühlen mit der Natur und den Regungen warmer Menschenherzen zu lauschen. Das Büchlein Martin Greif's, weit über lyrische Dugendwaare, leichte Sentimentalität und Tendenz der Tagesmeinung erhaben, enthält keine flaue, kümmerliche Weltschmerzpoesie und ist frei von künstlich gemachter Empfindung, philosophirender Reflexion. Es ist Wahrheit, Einfachheit und echte Plastik in seinen Schilderungen, wie in dem Ausdrucke der Empfindung, der mehr anregend als darstellend ist und stets eine Saite auch in unserem Innern nachklingen läßt. Trefflich ist es dem Dichter gelungen, mit

wenigen Strichen uns ein Landschaftsbild oder eine Persönlichkeit so klar vor die Seele zu zaubern, daß sie in voller Frische vor unseren Augen erscheinen. Und von welch' unendlicher Sehnsucht und Wehmuth macht er mit wenigen Worten unser Herz erbeben, wie oft rührt er uns zu Thränen! Kurz, er hat die Vorzüge des Volksliedes und wie Herders Hinwendung zum Volksliede für unsere Poesie und nicht zuletzt für Goethe's *Yrlik* ein wahrer Segen gewesen, so wird es auch unserer in Manier und angekränkelten Gedanken vielfach stehenden *Yrlik* nicht schaden, wenn in ihr die kernige Kraft und geistige Gesundheit des Volksliedes zu Tage kommt. Bei dem begreiflichen Interesse, das wir an dem *Yrliker* Greif nahmen, gereichte uns die gründliche Einsicht in eine große dramatische Leistung desselben in ein Trauerspiel „*Bagard*“ zur besonderen Befriedigung. Wir sahen auch hier dasselbe tüchtige Talent, Wahrheit und scharfe Individualisirung der Figuren, Kühnheit und Originalität der Anlage und wir meinen, daß das feurig gehaltene Stück jeder Bühne Ehre machen könne, und überall echtdramatisches Leben aufweisen werde.

Dr. A. H.

(Novellen von Otto Roquette. Berlin, Verlag von Wilhelm Herp, 1870). Wir freuen uns immer, wenn wir dem Namen Otto Roquette begegnen. Er schmückt manche Zeitschrift mit seinen wunderlieblichen Erzählungen, und ein großes Publikum läßt sich mit innigstem Vergnügen von ihm vorfabuliren. Er fabulirt aber auch mit solcher Kunst und Wahrheit, daß man seine Geschichten mit erlebt, mit den Helden seiner Lebensbilder wahrhaftig gleichsam persönlichen Umgang pflegt. Und wie reizend sind besonders seine Heldinnen! Otto Roquette schafft bezaubernde Frauengestalten und ist dafür mit einer unererschöpflich reichen Zeugungskraft gesegnet. Er gehört unbestritten zu den ersten Novellisten der neuen Literaturperiode und ist nicht im geringsten von der grassirenden Nachahmungssucht, namentlich nicht von der französischen Manier angesteckt, sondern repräsentirt in originellster Weise die echt deutsche Originalität. Otto Roquette hat Vorzüge, in denen er unübertroffen ist. Dahin gehört besonders seine tiefe und seine Charakteristik; er schreibt wahre Seelengemälde. Wir sehnen uns immer darnach, Roquette's Novellen in ein Buch gesammelt zu sehen; sie gewähren dann einen neuen gesteigerten Kunstgenuß. Der vorliegende Band enthält vier Lebensbilder: „*Kumpelstilzchen*, *Einer von Beiden*, *Unsere Jugend*, *Peter Wehrich's Haus*.“ Darunter ist „*Kumpelstilzchen*“ ein wahres Meisterwerk der Charakteristik, eine einfache Familiengeschichte von fesselndem Reize und süßester Herzenserquickung. Diese Charitas, mit dem Märchennamen *Kumpelstilzchen* ist eine märchenhaft liebliche Jungfrauengestalt und dabei doch so herrlich für das wirkliche Leben begabt, daß man glauben kann; oder wünschen möchte, in jeder Jungfrau ein *Kumpelstilzchen* zu sehen. Wir können das Buch als eine der edelsten Gaben wahrer reiner Dichtkunst empfehlen.

Geschichtliche Beiträge.

Bar Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

IX.

Der erste habsburgische Herzog.

(Fortsetzung und Schluß.)

Der Reiz, welchen die ungarische Krone auf die Fürstenhäuser ausübte, führte unter Albrecht eine interessante Episode herbei. Die Habsburger hatten einstweilen auf die Erwerbung Ungarns verzichtet und ihr Streben ging nur dahin, dieses vielersehnte Königreich an kein anderes der benachbarten mächtigeren Häuser gelangen zu lassen. Nun war aber der junge König von Böhmen und Polen Wenzel III. auch gekrönter König von Ungarn und hatte die ungarischen Kroninsignien in seiner Verwahrung. Er verspürte aber in der Erinnerung an die demüthige und gefährliche Rolle, welche er in Ungarn gespielt, durchaus keine Lust, sein Kronrecht geltend zu machen; doch hielt er sich für berechtigt, die Stephanskronen einem andern Kandidaten zu überliefern, nämlich dem Herzog Otto von Baiern, welcher auf seine Abstammung von einer Tochter Bela's IV. Rechtsansprüche auf Ungarn gründete und auch wirklich einige Magnaten für sich hatte. Er begab sich nach Brünn, und empfing dort von Wenzel die ungarischen Reichsinsignien.

Den Baiernherzog auf den Thron Ungarns gelangen sehen zu sollen, war für das Haus Habsburg unerträglich. Kaiser Albrecht, welcher zur Zeit in Schwaben in eine Fehde verwickelt war, gab seinem Sohne, dem Herzog Rudolf von Oesterreich den Auftrag, alles mögliche zu thun, um den Plan Wenzels und Ottos zu vereiteln. Rudolf schlug zuerst einen friedlichen Weg ein, er schickte Gesandte nach Brünn, bot dem König Wenzel Freundschaft an und suchte ihn zu bewegen, die Bewerbung Ottos um den ungarischen Thron nicht zu fördern. Wenzel war jedoch gänzlich von Otto beherrscht, er gestattete den Gesandten Rudolfs keine Unterredung, bei der Otto nicht zugegen gewesen wäre. Dieser selber aber führte die österreichischen Gesandten in eine Kapelle, wo die ungarischen Kroninsignien, von vielen Lichtern umgeben, auf dem Altare lagen, und erklärte, daß er von den geistlichen und weltlichen Magnaten Ungarns zu ihrem König gewählt sei, und daß weder der Kaiser, noch sein Sohn ihn hindern könnten, den ungarischen Thron zu besteigen. Die Gesandten erwiderten drohend, daß ihm dies nicht so leicht gelingen werde, und eilten nach Wien zurück, während jedoch vertraute Männer ihres Gefolges in Brünn blieben, um die Schritte Ottos zu bewachen.

Da die Grenze zwischen Mähren und Ungarn von dem Grafen von Trentschin, einem Gegner des baierischen Thronkandidaten besetzt war, so konnte Otto nur durch Oesterreich nach Ungarn gelangen. Herzog Rudolf traf nun mächtige Anstalten, um die Grenze zwischen Mähren und Oesterreich so streng bewachen zu lassen, daß Otto nicht durchkommen könnte. Doch dieser hatte sich in Oesterreich Freunde erworben, darunter besonders den Stadtrichter von Wien, Meister Berchtold, und den Pfleger von Großenzersdorf. So erhielt er genaue Kunde von allen Vorkehrungen Rudolfs und die Zusicherung, daß man seinen geheimen Durchzug in jeder Weise begünstigen werde.

So trat denn der Baiernherzog im Jahre 1305 seine wahrhaft abenteuerliche Fahrt nach Ungarn an. Er packte in Brünn die Stephanskronen in eine Ledertasche, welche einem Trinkgefäße glich, Scepter und Schwert steckte er in ein Behältniß, welches wie ein Köcher aussah, und so verließ er mit wenigen Begleitern Brünn, als ob er auf die Jagd ginge. Den ganzen Tag trieb er sich in den nahen Forsten herum, mit Anbruch der Nacht aber suchte er das Weite und gelangte in nächtlichen Ritten glücklich über die Grenze nach Oesterreich und bis Enzersdorf, wo er durch die Vorforge des Pflegers über die Donau gesetzt wurde und unangefochten bis nahe an die Leitha kam. Da bemerkte er mit Schrecken, daß er die Tasche mit der Stephanskronen verloren hatte. Kühn ritt er zurück, fand das Kleinod, erreichte Debenburg und zog mit einem sehr kleinen Anhang nach Stuhlweißenburg, wo er im Beisein nur weniger Magnaten gekrönt wurde, den Ungarn zu Gefallen seinen deutschen Namen ablegte und sich Bela V. nannte. Aber König Karl Robert ergriff gegen diesen usurpatorischen Pseudo-Bela die Waffen. Der unglückliche Schauplatz dieses Kampfes war das Gebiet zwischen der Leitha und Raab, und da Herzog Rudolf von Oesterreich dem König Karl Robert Hilfstruppen gestellt hatte, so wurden auch die Grenzgebiete Oesterreichs von den Grafen Iwan und Heinrich von Güssing, welche zu Otto hielten, arg verwüstet. Der Gegenkönig glaubte sich durch die Vermählung mit einer Tochter des Woiwoden Ladislaus von Siebenbürgen stärken zu können, und gelangte glücklich in dieses Land; doch anstatt ins Brautgemach geführt zu werden, wurde er ins Gefängniß geworfen und erlangte nach Jahresfrist die Freiheit nur gegen Verzichtleistung auf die ungarische Krone. Durch Polen, Schlesien und Böhmen kehrte Otto dann nach Baiern zurück.

So war für das Haus Habsburg die Gefahr beseitigt, Ungarn mit Baiern verbunden zu sehen, und unmittelbar darauf eröffnete sich durch einen außerordentlichen Vorfall dem Kaiser Albrecht die Aussicht, die Krone Böhmens an sein Haus zu bringen. Es wurde nämlich am 4. August 1306 Wenzel III. von Böhmen in Olmütz ermordet, als er sich eben an die Spitze eines Heeres stellen wollte, um gegen den Pfaffen Lokietek zu ziehen, welcher ihm die polnische Krone streitig machte.

Mit Wenzel III. erlosch der Mannsstamm der Přemisliden. Da in

Betreff der Nachfolge nichts verfügt war, so trat eigentlich das Wahlrecht der Stände in Kraft. Das böhmische Volk aber und auch einige Barone waren für die Nachfolge der Prinzessin Anna, ältesten Tochter Wenzel II., die mit dem Herzoge Heinrich von Kärnten vermählt war. Dieser befand sich in Prag, und es hatte ihn Wenzel III., als er den Feldzug nach Polen antrat, mit der Verwaltung des Königreichs Böhmen betraut. Heinrich hätte daher bei einiger Thatkraft die Stimmung des Volkes wol benutzen und auf den Thron gelangen können. Da er es aber versäumte, mit Energie ein Erbrecht seiner Gemalin geltend zu machen und die höchste Gewalt, die er bereits in Händen hatte, zu seiner Thronerhebung wirken zu lassen, so schrieben die Herren, welche die obersten Landesämter bekleideten, einen Wahltag nach Prag für den 22. August 1306 aus.

Sofort auf die Nachricht von der Ermordung Wenzels faßte aber Kaiser Albrecht den Plan, die böhmische Krone für seinen Sohn Rudolf zu gewinnen. Er erklärte Böhmen für ein eröffnetes Reichslehen, bedrohte den Herzog Heinrich von Kärnten mit der Reichsacht, wofern er nach der böhmischen Krone greifen würde, und rückte, um seinen Worten Nachdruck zu geben, mit einem Heere, welches er eben in Thüringen gesammelt hatte, über Eger in Böhmen ein. Zugleich brach auch Rudolf von Oesterreich mit einer Kriegsschaar auf und erhielt vom Kaiser die Weisung, bis Iglau vorzurücken, und dort den Gang der Ereignisse abzuwarten.

Unter diesen Umständen trat der Wahltag ein. Heinrich hatte eine ansehnliche Partei für sich, und als die Töchter Wenzels II. in die Wahlversammlung kamen und die Stände weinend baten, ihnen das Königreich als ihr väterliches Erbe zu bewahren, wurde die Mehrheit der Wähler für Heinrich gestimmt. Eine starke Minorität aber, an deren Spitze der Oberstlandmarschall Tobias v. Beckh stand, war für den Kaiser, respektive für dessen Sohn Rudolf. Diese Partei machte mit großer Wirkung auf die Gefahren aufmerksam, welche für das Königreich entstehen würden, wenn man den Kaiser durch eine voreilige Wahl beleidigte. Diese Warnung wurde mächtig unterstützt durch die Thatsache, daß der Kaiser und sein Sohn von zwei Seiten mit Heeresmacht gegen Prag herandrückten. Auf diese Weise setzte die Partei Albrechts es vorläufig wenigstens durch, daß die Wahl auf den Landtag verschoben wurde, der im Oktober abgehalten werden sollte.

Albrecht benützte diese Zwischenzeit vortrefflich, indem er durch reiche Geschenke und glänzende Versprechungen die vornehmsten Anhänger Heinrichs für sich gewann. Er schickte eine feierliche Gesandtschaft nach Prag und empfahl den Ständen in den gewinnendsten Ausdrücken seinen Sohn Rudolf zum Könige, indem er die großen Vortheile schilderte, welche diese Wahl dem Königreiche bringen würde, während andererseits Herzog Heinrich von Kärnten nicht die Macht hätte, die Interessen Böhmens zu wahren. Rudolf war inzwischen von Iglau nach Böhmen aufgebrochen und zog mit nur geringer Begleitung vor

Prag, indem er den größten Theil seines Heeres entlassen hatte, um zu zeigen, daß er nicht als Feind komme. Er verpflichtete sich, eine der böhmischen Prinzessinnen zu heiraten, und wurde hierauf feierlich zum König von Böhmen gewählt. Doch war die Wahl nicht einstimmig, und mehrere Barone waren geneigt, für Heinrich von Kärnten zu den Waffen zu greifen. Dieser verlor jedoch den Muth und floh mit seiner Gemalin aus dem Lande.

Hierauf hielten der Kaiser und der neugewählte König ihren feierlichen Einzug in Prag. Rudolf, der unter den böhmischen Prinzessinnen die Wahl frei hatte, wählte die Wittve Wenzels II. die schöne Elisabeth von Polen, für die der junge König in leidenschaftlicher Liebe entbrannte. Der Kaiser begnügte sich aber nicht damit, die Krone Böhmens bloß für seinen Sohn Rudolf erworben zu haben, er wollte sie dauernd an sein Haus bringen. Wirklich gelang es ihm, die Stände Böhmens und Mährens zu bewegen, daß sie eidlich gelobten und durch Urkunden verbrieften, von nun an das Haus Habsburg-Oesterreich als ihr Königshaus anzuerkennen, so zwar, daß, wenn Rudolf ohne Erben sterben sollte, sie den Bruder desselben als König annehmen würden u. s. f. Die Urkunden hierüber wurden anfangs 1307 in Znaim ausgestellt. So schien also das Königreich Böhmen sammt seinen Kronländern für ewige Zeiten dem Hause Habsburg gesichert. Doch das Schicksal wollte es anders.

König Rudolf war ein Mann von sanften Sitten, großer Herzensgüte und aufrichtig bemüht, das Königreich Böhmen gut zu regieren. Dessenungeachtet gelang es ihm nicht, die Zuneigung der Böhmen zu gewinnen. Er war ihnen fremd, verstand ihre Sprache nicht, umgab sich gegen die Grundgesetze des Königreichs mit deutschen Räten und zeigte überhaupt in seinem ganzen Benehmen, daß er sich in Böhmen nicht heimisch fühlte. Dies erzeugte alsbald eine sehr ungünstige Stimmung im Volke, und diese wurde von den Anhängern Heinrichs von Kärnten ausbeutet. Bald wurde allgemein geklagt, daß Rudolf ein dem Lande aufgezwungener König sei, welcher die Tochter Wenzels II. um ihr Erbe gebracht. Noch war kein Jahr verflossen, und schon mußte Rudolf gegen die auf-rührerischen Barone ins Feld ziehen. Er brach mehrere Burgen, als er aber vor Horadowiz lag, wurde er von einer heftigen Ruhr befallen und starb am 4. Juli 1307, erst sechsundzwanzig Jahre alt und kinderlos.

Rudolfs Leiche wurde nach Prag gebracht und in der Wenzelskapelle beigesetzt. Nach dem beschwornen Erbvertrage hätte jetzt Rudolfs Bruder Friedrich König von Böhmen werden sollen; aber sowol das Volk als die meisten Großen waren dagegen und für Heinrich von Kärnten. Im Palaste des Bischofs Johann von Prag, zu dem sich sogar Rudolfs Wittve begeben hatte, beriethen die Stände über die Berufung Heinrichs. Nur Tobias von Bechin war noch habsburgisch gesinnt. An der Wicht leidend, ließ er sich in die Versammlung tragen, um für Friedrich von Oesterreich zu sprechen. Die Versammlung blieb jedoch dabei, das einheimische Königshaus müsse wenigstens durch die Prinzessin Anna fortgepflanzt, also Heinrich von Kärnten König werden. Da rief Tobias von Bechin spöttisch: „Wenn ihr durchaus einen Eingebornen haben wollt, so gehet hin nach Ratis, unter den dortigen Bauern findet ihr vielleicht einen Verwandten des erloschenen Königstammes; führt ihn her und setzet ihn auf den Thron eures Reiches.“ Ueber diese Spottrede ergrimmete Ulrich von Richtenburg so sehr, daß er den auf dem Bette des Bischofs liegenden Bechiner mit dem Schwerte durchbohrte. Darauf verließen alle Oesterreicher Prag und Böhmen, und am 15. August wurde Heinrich von Kärnten zum König von Böhmen gewählt. Bald kam er

durch Baiern in Böhmen an, zog im Triumph nach Prag, wo er mit dem größten Jubel empfangen wurde.

Sofort erhob sich aber Kaiser Albrecht zum Vernichtungskampfe gegen Heinrich, den er als einen Thronräuber betrachtete. Auf Geheiß des Kaisers brachen der steierische Landeshauptmann, der Erzbischof von Salzburg, die Grafen von Görz und Ortenburg in Heinrichs Stammlande ein und eroberten sie. Albrecht selber rückte mit zehntausend Gewappneten über Eger in Böhmen ein, während sein Sohn Friedrich durch Mähren heranzog. Die beiden Heere verriethen sich, ohne daß Heinrich es zu verhindern gesucht hätte. Wäre Albrecht sofort auf Prag losgerückt, so dürfte es ihm wol gelungen sein, Heinrich vom Thron zu stürzen. Doch da der Kaiser die Stimmung des Landes fürchtete, wollte er sich zuerst der festen Plätze versichern und verlor dabei viel Zeit. Kolín und besonders wieder Kuttenberg leisteten unbezwinglichen Widerstand, und abermals brachen im kaiserlichen Heere Noth und Seuchen aus, so daß Albrecht sich bei herannahendem Winter gezwungen sah, unverrichteter Dinge aus Böhmen abzugehen. Doch behielt er einige böhmische Burgen und einen Theil von Mähren in seiner Gewalt und war fest entschlossen, im nächsten Jahre den Kampf um Böhmen wieder aufzunehmen.

Doch das Schicksal hatte dem Kaiser Albrecht ein trauriges Ende bestimmt. Er wurde im schweizerischen Stammlande des Hauses Habsburg, als er in einem Nachen über die Reuß gesetzt hatte, um seine Gemalin einzuholen, von seinem eigenen Neffen, dem Herzog Johann, dem er ungeachtet oftmaligen Bittens und Drängens sein Erbe vorenthalten hatte, am 1. Mai 1308 ermordet.

So war es das tragische Geschick, daß Kaiser Albrecht, der mit hochstrebendem Geiste die große Laufbahn seines Hauses vorgezeichnet hatte, durch die Hand eines Habsburgers fiel, wodurch die stolzen Pläne Habsburgs für lange Zeit vereitelt wurden.

(Abschnitt X. folgt.)

Korrespondenz der Redaktion.

Dem verehrlichen Bürgerverein in Troppan: Vor allem versichere ich Sie, daß es mir eine außerordentlich freudige Ueberraschung war, aus Ihrer Mitte ein so freundliches Schreiben zu empfangen und darin einen mich hochehrenden Antrag. Ich hatte geglaubt, in Troppan und überhaupt unter den deutschen Schlesiern gar keinen einzigen Freund mehr zu haben, sondern lauter grimmig verfassungstreue Feinde. Es hat mich das umsomehr geschmerzt, da ich in früheren Zeiten in Schlessen gar manchen sehr lieben Freund und sogar sehr gütige Verehrer hatte. Aber die leidige Politik hat mir gar viele Liebesbände zerrissen, mir aus Freunden Feinde, aus Verehrern Verächter gemacht. Ich muß es eben ertragen und kann in Betreff der Ursache nur sagen: „So wahr mir Gott helfe, ich kann nicht anders!“ Aber siehe da, plötzlich erfahre ich, daß ich in Troppan denn doch nicht von allen mißverstanden, verkannt und verurtheilt bin. Ich danke Ihnen herzlich für diese erfreuliche Kundgebung. — Die Erfüllung ihres ersten Wunsches habe ich sofort angeordnet, und macht es mir ein großes Vergnügen, hierin dem geehrten Verein dienen zu können. Ihren zweiten Wunsch kann ich jedoch leider nicht erfüllen, so verlockend er auch für jemanden sein muß, der gern auch mit dem lebendigen Wort gewirkt hat, und nun zum Schweigen verurtheilt ist, und nur mit der Feder wirken kann. Doch ich muß der Versuchung widerstehen. Ertlich fehlt es mir wirklich an Zeit. Dann aber habe ich es mir zur Pflicht gemacht, mich in dieser neuesten Aera Oesterreichs in gänzlicher Zurück-

zogenheit zu halten, mich namentlich den verfassungstreuen Deutschösterreichern nie und nirgends aufzudrängen. Sie haben mich nun einmal, auf die Worte ihrer journalistischen Lehrmeister schwörend, verlezt und verdammt, obwohl sie sonst an Bannflüchen keine besondere Freude haben; ich will sie also nicht in die unangenehme Lage bringen, mit einem Verletzten und Verdamnten in Berührung zu kommen. Nicht als ob ich ihre Opposition fürchten möchte, denn ich habe gar manchem solchen Sturme die Stirn geboten und ihn mit meinen Worten besänftigt oder auch bezwungen. Aber ich will jetzt schweigen, mich nirgends sehen lassen und neben der Herrlichkeit der Verfassungstreuen verschollen sein. Ich warte mit vollkommen ruhigem Selbstbewußtsein, bis die Ereignisse mir Recht geben, was mit Gottes Hilfe und durch die eminente Staatskunst des parlamentarischen Bürgerministeriums bereits in nicht ganz unbedeutendem Maße geschehen ist. So darf ich vielleicht hoffen, in einer lichteren und freieren Zeit einmal Ihren Wunsch erfüllen zu können.

Herrn S.—H. in Olmütz: Welch ein liebes, freundliches Telegramm haben Sie mir gesandt! Man sieht es diesen Worten an, daß sie vom Herzen gekommen, und so habe ich sie auch in mein Herz aufgenommen und danke Ihnen innigst. O wenn alle, wenn nur die meisten, welche die Wahrheit erkennen, auch so wie Sie, geehrter Herr, dem Herzensdrange folgen möchten, die Wahrheit auch zu bekennen, dann stünde es bald besser mit uns und dem lieben, schwer bedrängten Oesterreich! Sie haben recht, wir leben in einer Zeit der Lüge und Charakterlosigkeit. Doch die charakterstarken Völker Oesterreichs werden der Zeit den bessern Charakter aufprägen, die Lüge wird zu Schanden werden, die Wahrheit muß siegen!

Herrn E. F. in Kroatien. Wir bedauern lebhaft, Ihren werthvollen Artikel, den Sie im Namen vieler herausgeforderten Kroaten und Zeitgenossen aus Cill-Kroatien anlässlich der in der Reform Nr. 3 d. J. veröffentlichten Entgegnung des Herrn Anton Dani Josipovich auf das „Offene Schreiben eines Grenzlers an die Magyaren“ einsandten, und worin Sie die Vaterlandsliebe des genannten Herrn und seiner Partei vor und in dem Jahre 1848, sowie die Haltung derselben während des Jahres 1849 illustriren nicht aufnehmen zu können. Wir haben pflichtgemäß dem Verfasser des „Offenen Schreibens“ die Antwort auf die Entgegnung des Herrn A. Dani Josipovich freigestellt und können uns auf die persönliche Angelegenheit nicht weiter einlassen.

Was jedoch die in dem zweiten Theile Ihres Artikels angeregte famose Lonjstopoljer Trockenlegungs- und die Limitalsalzgesehichte anbelangt, so mögen Sie versichert sein, daß wir dieselbe mit gebührender Aufmerksamkeit verfolgen und nicht säumen werden, seinerzeit auch zur Sprache zu bringen, sobald das Resultat des in eben dieser Angelegenheit gegen den „Zatošnik“ eingeleiteten Preßprozesses bekannt sein wird.

Erwiederung auf das Schreiben des Herrn Anton Dani Josipovich.
Hochgeschätzter Herr Redakteur! Bei Gelegenheit der im Nr. 3 vom Jahre 1870 veröffentlichten Entgegnung des Herrn Anton Dani Josipovich auf mein im Nr. 51 1869 der „Reform“ an die Magyaren gerichtetes offenes Schreiben überließen Sie es mir, darauf zu erwidern.

Recht gerne und mit dankbarem Herzen würde ich von dieser Ihrer Güte Gebrauch machen, hätte ich dem genannten Herrn überhaupt Etwas zu erwidern.

Mein offenes Schreiben war an die Adresse der Magyaren und nicht an die des Herrn Anton Dani Josipovich gerichtet. Von Seite der Adressaten erwartete ich daher auch eine Entgegnung, die jedoch ausbleiben zu wollen scheint, was im Uebrigen auch nicht das größte aller Uebel sein wird.

Auf eine magyarischerseits eingesandte Entgegnung hätte ich meritorisch, Punkt

für Punkt geantwortet, aber in eine Polemik mit dem Herrn Anton Dani Josipović mich einzulassen, halte ich für überflüssig, weil zwecklos. Nur möge er überzeugt sein, daß ich seiner Persönlichkeit nur insofern nothgedrungen gedächte, als es eben zur Illustration der damaligen Zeitverhältnisse und der den zwischen den Kroaten und den Magyaren ausgebrochenen Bürgerkrieg bedingenden Momente nothwendig schien. Als in den damaligen Zeitverhältnissen thätig gewesene und vermöge seiner amtlichen Stellung als Tiroler General an der Spitze eines zahlreichen Bauernabels gestandene und nicht zu unterschätzende Persönlichkeit kann er der Kritik und der Geschichte nun und nimmermehr aus dem Wege gehen. Wenn er jedoch behauptet, sein schwer geprüftes Vaterland über Alles zu lieben, so hätten wir gewünscht, daß er dieses sein Vaterland näher präcisire, ob er nämlich darunter sein engeres, Kroatien, oder aber weiteres Ungarn, verstehe, um darauf hin seine Liebe auf ihr gebührendes Maß zurückzuführen, so wie wir die Liebe zu seinem Vaterlande, soll sie nicht als eine hohle Phrase gelten, mit Rücksicht auf die Gegenstände, an denen er sie bethätigte, gerne tagaktiv aufgezählt gesehen hätten. Alle Menschen lieben, dabei aber an keinem einzigen die Liebe bethätigen, hieße so viel wie gar keinen lieben. Möge der Herr Anton Dani Josipović seine sich zurecht gemachte Vaterlandsliebe immerdar bis an sein irdisches Ende gleich einem Kleinkinde treu bewahren und ins Grab, ja selbst vor den Richterstuhl des ewigen Richters mitnehmen, wir werden ihm seine Freude nicht verderben, aber Eines müssen wir als eine Unterstellung zurückweisen, als ob wir ihm die durch die Erniedrigung seines engeren Vaterlandes von Seite der Magyaren zu Theil gewordenen Ehrenrechte „als ein Verbrechen“ anrechneten, wo wir bloß die mit ihm magyarischerseits bis zum Uebel getriebene Abgötterei konstatariren.

Mit seiner Freiheitsliebe, der er als Märtyrer zum Opfer fiel, und die er mit der Kerkerstrafe süßte, wollen wir nicht so streng rechnen wie mit seiner Vaterlandsliebe, und sind bereit, selbst auf die in Debreczin am 14. April 1849 erfolgte Dethronisirung des legitimen Königs Ferdinand's des V., sowie auf die Wahl Ludwig Kossuth's zum Präsidenten der magyarischen Republik den Schleier der ewigen Vergessenheit zu werfen, da die Krone selbst großmüthig verzichten hat; aber nie und nimmer können wir zugeben, daß Männer, die in den Jahren 1848 und 1849 in dem Kampfe für die Integrität der Monarchie und für die Gleichberechtigung aller unter der ungarischen Krone wohnender Völkerschaften unserem unsterblichen Ban Jellacic und seinen Truppen feindselig gegenüberstanden, im Jahre 1870 über das Grenzvolk zu Gericht sitzen und über sein Loos entscheiden sollen.

„Alzu scharf macht scharf“ und „Ehrlich währt am längsten“ und „Keiner preiße den Tag, ehe der Abend gekommen ist“, sagen deutsche Sprichwörter, und ein kroatisches Volkswort lautet: „Svačija sila za vremena, ali božja za njeke“ (Eines jeglichen Macht ist zeitlich, und nur Gottes Macht währt ewig). Diese Volkssätze mögen die magyarischen Gewaltthaber sich stets gegenwärtig halten, denn das Glücksrad rollt unaufhaltsam herum, wer oben war, ist unten, und wer unten ist, steigt auf; damit wir nicht eine zweite Auflage des Jahres 1848 erleben, wo die Dinge sich ganz anders gestalten könnten, als dieß das erstemal der Fall gewesen, auch damit der weise Spruch der Lateiner: *Lento gradu ad vindictam divina procedit ira etc. etc.* (Langsamem Schrittes schreitet der göttliche Zorn zur Rache), sich nicht wiederholt an diejenigen bewahrheiten, welche, die ewige Gerechtigkeit mit Füßen tretend, in ihrem Hochmuth sich selbst über die Gottheit erhaben wähnen.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schufelske.
Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 52.
Druck von H. v. Waldheim

Die Reform.

No. 9.

Wien, den 3. März 1870.

IX. Jahrgang.

Zur deutschen Frage.

Graf Bismarck hat einen hoch bedeutsamen Beitrag zur richtigen Beurtheilung der deutschen Frage geliefert. Man muß die Aufrichtigkeit Bismarcks rühmend anerkennen. Da sieht man einmal einen Diplomaten, der die Sprache nicht zur Verbergung seiner Gedanken gebraucht. Und mit welch stolzem Bewußtsein spricht der Kanzler des norddeutschen Bundes seine Gedanken aus! Bismarck ist in der That berechtigt, stolz zu sein auf das, was er bereits vollbracht hat, und in diesem Stolz mit Zuversicht der weitem Ausführung, der Vollendung des Werkes entgegenzusehen. Das thut er denn auch mit dem festen Bewußtsein, daß die Vollendung im natürlichen Laufe der Dinge eintreten müsse, und deshalb weist er mit Entschiedenheit den Antrag zurück, in den natürlichen Lauf der Dinge voreilig einzugreifen, weil dadurch eine Störung und Hemmung des Processes herbeigeführt werden könnte.

Neues hat Bismarck nicht gesagt, besonders nicht für die Leser unseres Blattes. Wir haben es wiederholt ausgeführt, daß Preußen einstweilen mit den jetzigen Errungenschaften zufrieden sein und das weitere der natürlichen Entwicklung der Dinge überlassen kann. Vorderhand hat Preußen vollauf zu thun, um den norddeutschen Bund zu konsolidiren und ihn zur Gewohnheit der Bevölkerung werden zu lassen. Es hat nicht nöthig, in Süddeutschland viel zu agitiren, oder gar zu operiren, weil daselbst die nationalen Gedanken, Gefühle und Bedürfnisse ohnehin sehr mächtig für die Einigung mit dem Nordbund arbeiten. Je mehr Preußen den Nordbund im nationalen Sinne befestigt und kultivirt, desto mächtiger, ja unwiderstehlicher wird die Anziehungskraft desselben auf den Süden sein. Deshalb erklärt Bismarck offen, daß er den Eintritt Badens ablehnen würde, wenn derselbe jetzt schon von der badischen Regierung und Volksvertretung direkt verlangt werden möchte. Man sieht also, daß Bismarck, obwohl sonst ein Mann des raschen Zugreifens doch auch die staatsmännische Geduld für eine Politik des Abwartens besitzt. Doch setzt er sich für diese Geduld offenbar keine lange Frist, denn er adressirt an die Badenser die bedeutungsvollen Worte: „Ich werde Euch den Zeitpunkt bezeichnen, wo uns Eure Aufnahme im Gesamtinteresse Deutschlands und im Interesse der Politik, die wir bisher — ich darf wol sagen — nicht ohne Erfolg durchgeführt haben, angemessen erscheint.“ Dabei beweist Bismarck seine Staatsklugheit und zugleich seine Aufrichtigkeit

durch die offene Erklärung, daß er den Fall ganz anders beurtheilen würde, wenn z. B. Baiern den Antrag auf Aufnahme in den Bund stellen möchte.

Von großer Bedeutung und ein Beweis des preussischen Machtbewußtseins ist es, das der Bundeskanzler bei der Beurtheilung des Falles offenbar nur die inneren Verhältnisse Deutschlands, die Stimmung der süddeutschen Regierungen und Volksstämme im Auge hat. Nicht aus Rücksicht auf fremde Mächte, oder gar aus Furcht vor denselben empfiehlt Bismarck eine Politik des Abwartens, sondern nur deshalb, damit der natürliche Prozeß im Innern friedlich vor sich gehe, die Stimmung der Süddeutschen reif werde, um sich dann über die gemeinsamen Institutionen in aller Freiwilligkeit zu einigen, sie ohne Drohung und Druck einzuführen. Dabei spricht der Mann der bisherigen Blut- und Eisenpolitik die interessanten Worte: „Der verstimimte, gezwungene Bair in der engsten Genossenschaft kann mir nichts helfen, und ich würde einem Zwange vorziehen, lieber noch ein Menschenalter zu warten.“ Offenbar fürchtet aber der Bundeskanzler nicht, so lange warten zu müssen. Aber er will nicht den Shakespeare'schen Heißsporn nachahmen, er ist der milben Ansicht, daß es jetzt, nachdem ein halbes Duzend todtgeschlagen worden sind, mit der Politik des Todtschlagens genug sei, daß das weitere durch eine Politik der freien Vereinbarung erreicht werden solle. Aus allen diesen Aeußerungen geht aber deutlich hervor, daß Bismarck die süddeutschen Staaten ohne Rücksicht auf fremde Mächte in den Bund aufnehmen würde, wenn sie die Aufnahme freiwillig verlangen möchten. Er behandelt also die weitere Entwicklung der deutschen Einigung als eine ausschließlich innere nationale Angelegenheit. Er nennt gar keinen Namen irgend einer fremden Macht. Auf Frankreich deutet er nur mit dem stolzen Worte hin, „daß der Bund wol mächtig genug sein würde, Baden mit seinem Mantel gegen den Westwind zu schützen“, und er setzt das noch stolzere Wort hinzu, „daß er auf die von dem Vorredner (Lasler) supponirten militärischen Möglichkeiten überhaupt kein so großes Gewicht lege.“ Von einem etwa gefährlichen Ostwinde spricht Bismarck gar nicht. Er scheint der Freundschaft Rußlands ganz sicher zu sein, und glaubt Oesterreich gänzlich ignoriren zu dürfen.

Von verhängnißvoller Bedeutung ist es, daß Bismarck bei diesem Anlaß zum erstenmal offenbar von einer Kaiserpolitik spricht. Mit berechtigtem Stolge rief er den ungeduldig unzufriedenen Nationalliberalen die Frage zu: „Liebt nicht das Präsidium des norddeutschen Bundes in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt, wie es seit 500 Jahren unter der Herrschaft der deutschen Kaiser nicht der Fall gewesen ist? Wo ist seit der Zeit der ersten Hohenstaufen ein unbestrittener Oberbefehl im Kriege und eine wirthschaftliche Einheit in den deutschen Ländern gewesen?“ — Dieses Stück kaiserlicher Gewalt auch über Süddeutschland übt der preussische König, und diese wirthschaftliche Einigung, die in den deutschen Landen noch gar niemals vorhanden gewesen, hat Preußen zu Stande gebracht. Das ist wahrlich nicht zu unterschätzen, und Bismarck hat sehr recht,

wenn er den Ungebuldigen zuruft,“ sie möchten einen Augenblick froh genießen was ihnen beschieden ist.“

Einen Augenblick! Bismarck verlangt also keine lange Geduld. Er hält es für gewiß, daß Baden, Württemberg und Baiern, „in welcher Form es auch sei,“ bald freiwillig zu dem norddeutschen Bunde kommen werden, und von den deutschen Ländern Oesterreichs schweigt er. Es wäre gewiß thöricht, dieses Schweigen für entschieden günstig zu halten, denn wenn Preußen die deutsche Nationalseinheit proklamirt, und da Bismarck bereits offen von einer Kaiserpolitik spricht, so wäre es gewiß kein pessimistischer Verdacht, darin eine stillschweigende aber selbstverständliche Beziehung auch auf Deutschösterreich zu erkennen. Doch ist man gegenwärtig wol noch zu der Annahme berechtigt, daß Preußen ungeachtet seiner großen Erfolge doch aus mancherlei persönlichen und sachlichen, innern und äußern Gründen noch an dem Programm von 1849 fest hält, nämlich: Einigung des ganzen außerösterreichischen Deutschland unter preussischer Führung und dann zwischen diesem Deutschland und Oesterreich ein internationales Bündniß für die gemeinsamen politischen und socialen Interessen. Wie verhalten sich nun die großen Mächte zu diesem preussisch-deutschen Programm, welche Bedeutung hat es besonders für Oesterreich, für die Völker desselben, namentlich für die deutschen Oesterreicher?

Zunächst galt es fast allgemein für ausgemacht, daß Frankreich sich der Ausführung des preussischen Programms selbst mit Waffengewalt widersetzen würde. Wenn jedoch diese Voraussetzung ursprünglich auch wirklich begründet gewesen wäre, so dürfte darin jetzt eine entscheidende Aenderung eingetreten sein. Wenn Napoleon III. aus Furcht vor der deutschen Machteinheit sich wirklich gestimmt gefühlt hätte, gerade Deutschland gegenüber gegen die von ihm selber proklamirte Nationalpolitik einzuschreiten, so dürfte er in der neuen Phase, in die er eingetreten ist, diese Stimmung, oder doch die Macht verloren haben, derselben zu folgen. Er hat das persönliche Regiment aus der Hand gegeben, und die Franzosen sind gewiß nicht geneigt, ihm zu einem großen Kriege die militärische Diktatur zu überlassen, zumal jeder Krieg überhaupt das französische Freiheitswerk stören und gefährden würde. Abgesehen davon weiß Napoleon, daß ein Krieg selbst mit dem jetzigen Preußen allein ein sehr schwerer sein, daß er durch einen Angriff auf die deutsche Einigung, dieselbe nur befördern, und eine Niederlage unfehlbar seinen Sturz herbeiführen würde. — Rußland wird der preussischen Politik in Deutschland gewiß nicht entgegenarbeiten. Beide Staaten sind nicht bloß durch innige persönliche Beziehungen, sondern auch durch wichtige sachliche Gründe verbunden, sie werden, wenn sie auch nicht Arm in Arm vorgehen, sich doch gewiß gegenseitig freie Hand lassen; Rußland den Preußen in Deutschland, Preußen den Russen im Orient. — Daß England, nachdem es sogar Hannover, ein Besitztum seines Königshauses ohne Widerrede preisgegeben, sich wegen Baiern, Württemberg und Baden in Unkosten setzen möchte, daran ist gar nicht

zu denken. — Italien, welches der Freundschaft Preußens so viel verdankt und sich auf dieselbe gegen Frankreich und Oesterreich stützen muß, wird unter allen Umständen für die preussische Politik arbeiten.

Selbstverständlich ist zunächst und zumeist das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen für die deutsche Frage wichtig. Man nimmt allgemein als gewiß an, daß Oesterreich der preussischen Politik entgegenarbeite. Eben jetzt wird Graf Beust wieder schwer beschuldigt, daß er in Süddeutschland agitire, daß er noch immer den Gedanken jener sogenannten Trias, des Dreibundes festhalte, ja daß er sogar daran arbeite, Oesterreich nicht bloß wieder mit Deutschland zu verbinden, sondern es wieder an die Spitze desselben zu stellen. Wir wissen nicht, ob dem so ist; das aber wissen wir, daß Graf Beust, daß überhaupt jeder österreichische Politiker, welcher die auswärtigen Verhältnisse und die Stimmung aller Völker Oesterreichs richtig erkennt und gewissenhaft würdigt, ein gegen das jetzige Programm der deutschen Politik Preußens gerichtete Politik als verderblich und als unausführbar betrachten muß. Wenn Preußen sein Programm von 1849 überschreiten, wenn es auf die Zertrümmerung Oesterreichs hinarbeiten würde, um die deutschen Gebiete desselben ebenfalls unter seine Führung zu bekommen, in diesem Falle könnte Oesterreich mit einiger Wahrscheinlichkeit auf auswärtige Allirte rechnen. Gewiß würden sich in diesem Falle auch die Völker Oesterreichs für die Erhaltung dieses Reiches erheben, weil die Slaven die notorische Germanisirungstendenz Preußens fürchten müßten, weil wenigstens der besonnene Theil der Magyaren sich nicht verhehlen könnte, daß ein von Oesterreich getrenntes Ungarn alsbald die Beute Rußlands sein würde, weil endlich selbst die Deutschösterreicher, wie mächtig auch ihr deutsches Nationalgefühl ist, doch die althistorische Selbständigkeit der preussischen Herrschaft vorziehen würden. Wenn dagegen Oesterreich die Realisirung des jetzigen deutschen Programms Preußens verhindern, wenn es Preußen von der Spitze Deutschlands verdrängen wollte, um selber wieder an diese Spitze zu gelangen, so könnte es für diesen Kampf unter den jetzigen Umständen nicht einmal auf Frankreich mit Sicherheit rechnen, ganz gewiß aber würde es Rußland und Italien gegen sich haben und dazu die überwiegende Mehrheit der deutschen Nation. Nicht minder aber auch alle eigenen Völker ohne Ausnahme; denn die Slaven sind gewiß nicht mehr geneigt, für die frühere deutsche Stellung Oesterreichs ihr Gut und Blut zu opfern, die Magyaren fürchten, daß der Triumph Oesterreichs über Preußen auch ein Triumph über die Selbständigkeit Ungarns sein würde, und die Deutschösterreicher, wenn sie auch aus alter Anhänglichkeit an das habsburgische Reich, aber nicht ohne Schmerz auf die direkte Verbindung mit Deutschland verzichten, würden es doch als einen Verrath am Deuththum erkennen, wenn sie ihrerseits die nationale Einigung wenigstens der andern deutschen Stämme verhindern helfen sollten.

Das sind Thatfachen, mit welchen jeder Politiker rechnen muß, der Oester-

reich erhalten will. Die Stellung, in welche Oesterreich durch die Katastrophe von Königgrätz gebracht worden ist, muß von dem praktischen Politiker als die Entwicklung der historischen Konsequenz erkannt werden. Es ist zur Vollendung gekommen, was schon unter den Babenbergern begonnen, sich dann stetig entwickelt hat und durch die Verbindung mit den großen Königreichen Böhmen und Ungarn, durch die Erwerbung der andern wichtigen nichtdeutschen Länder zur Nothwendigkeit geworden ist, nämlich daß Oesterreich neben Deutschland ein eigenes selbständiges Reich sei, einen besondern Beruf erfülle, und zwar einen Beruf, der zugleich für die Interessen Deutschlands und ganz Europas von höchster Bedeutung ist. Der geschichtlichen Nothwendigkeit folgend, hat Oesterreich jetzt die Aufgabe, sich seinem Ursprunge, seiner geschichtlichen Entwicklung, seinem Berufe gemäß frei, d. i. föderativ zu organisiren. In dem frei föderirten Oesterreich werden die Deutschösterreicher wie die andern Völker ihre Nationalität bewahren, und es wird zugleich den Deutschen draußen erleichtert werden, das freie föderative Prinzip zur Geltung zu bringen. Dann wird der innigen Verbündung beider freien Föderationen nichts im Wege stehen, denn alle österreichischen Völker, sobald sie in ihren nationalen Rechten gesichert sind, werden den mitteleuropäischen Völkerbund wollen, welcher bestimmt ist, der herrlichste Schauplatz und zugleich die unüberwindlich mächtige Stütze eines wahrhaft freien Kulturlebens zu sein.

So glauben wir, soll die deutsche Frage in Oesterreich und besonders von den Deutschösterreichern aufgefaßt werden.

Kritische Streifzüge.

(Eine Note und eine Rede des Grafen Beust.) Ueber die Note, durch welche Graf Beust in Rom von der Dogmatisirung des Syllabus und der päpstlichen Unfehlbarkeit abgemahnt hat, wird viel gesprochen. Man macht sehr viel aus dieser Note, und zwar von Seite der kirchlichen wie der antikirchlichen Partei. Die Kirchlichen tabeln die Note als eine unberechtigte Beeinflussung der Beschlüsse des Konzils, als eine Verletzung der Freiheit desselben; die Antikirchlichen dagegen freuen sich über die Note als über einen Akt der Freisinnigkeit und bedauern nur, daß Graf Beust zu artig und bescheiden, daß er nicht gebieterisch und drohend geschrieben. Unsers bescheidenen Bedünkens haben beide Parteien darin unrecht, daß sie aus dieser Note überhaupt etwas ungewöhnliches, außerordentliches machen. Wer die Geschichte der Konzilien nur einigermaßen gründlich kennt, der weiß, daß die weltlichen Regierungen zu allen Zeiten einen ähnlichen, und zwar einen viel stärkeren, einen entscheidenden Ein-

fluß auf die Konzilien geübt haben. Besonders ist das von Seite der griechischen und dann der römisch-deutschen Kaiser und auch der französischen Könige geschehen, welche nicht selten kraft ihres kirchlichen Schirmrechtes Konzilien einberufen, in denselben sogar den Vorsitz geführt haben. Die Monarchen beschränkten sich in den frühern Zeiten nicht darauf, bloß abmahnende und warnende Noten an die Konzilien expediren zu lassen, sondern sie nahmen an den Arbeiten derselben unmittelbar theil, manchmal persönlich, in der Regel aber durch eigene Gesandte und Kommissarien. So ist z. B. im Tridentinischen Konzil kein einziges der wichtigeren, auch dogmatischen Dekrete aus den Kongregationen in die Plenarberatung gekommen, bevor es nicht mit den kaiserlichen und königlichen Gesandten vereinbart worden war. Die Geschichte lehrt also, daß die Regierungen selbst in den Zeiten, wo das Papstthum ungleich mächtiger war, als heutzutage, in den Zeiten, wo noch viel allgemeiner eine innige Gläubigkeit herrschte, in den Zeiten, welche eben deshalb von den jetzigen Aufgeklärten als ganz finstere geschildert, verspottet und verdammt werden, daß die Regierungen selbst in jenen Zeiten den Freimuth hatten, den Konzilien gegenüber ihre Rechte zu wahren. Und Rom anerkannte die Berechtigung dieser weltlichen Theilnahme an den kirchlichen Arbeiten, die Monarchen wurden zu den Konzilien eingeladen, die Kongregationen verhandelten mit den weltlichen Kommissarien, und die Dekrete der Kirchenversammlungen wurden von den Gesandten der Monarchen mit unterzeichnet, und es galt dies für ein Erforderniß, damit diese Dekrete als Kirchengesetze promulgirt werden konnten.

Aus dieser geschichtlichen Erinnerung erhellt, daß die jetzigen Liberalen durchaus keine Ursache haben, die Note des Grafen Beust als einen Akt besonderer Freisinnigkeit und außerordentlichen Freimuthes zu betrachten. Wenn man aus der Geschichte weiß, in welcher energischen Weise Oesterreich unter Ferdinand III. durch Gesandte und auch durch Bischöfe an den Arbeiten des tridentinischen Konzils in oppositioneller Weise theilgenommen hat, so muß man es geradezu lächerlich finden, wenn die Liberalen etwas außerordentliches daraus machen, daß das darwinisch und vogtisch aufgeklärte, kirchlich emancipirte Neuösterreich durch den Protestanten Beust eine Note nach Rom schickte, deren Inhalt etwa lautet: Wir bitten und beschwören euch, dogmatist nicht den Syllabus und die Infallibilität des Papstes, denn wir könnten das, wenn wir auch vielleicht gern wollten, nicht acceptiren, weil wir uns vor unsern Liberalen fürchten.“

Heutzutage gehört wahrhaftig bloß eine ganz triviale Freisinnigkeit und gar kein Muth dazu, gegen Rom zu demonstrieren. Die weltliche Ohnmacht des Papstes, die Rauheit selbst der Mehrzahl der gläubigen Katholiken und überhaupt der herrschende religiöse Indifferentismus beschränken die Dekrete der Kirche auf das innere Forum, sie muß es dem Gewissen überlassen, ob ihre Satzungen angenommen und befolgt werden, kann aber Niemanden dazu zwingen, weil sie selber keine äußere Macht mehr hat, und weil ihr selbst die katholischen Regie-

rungen nicht mehr den weltlichen Arm leihen. So wird es auch bei den Beschlüssen des jetzigen Konzils der Fall sein. Die Väter mögen dekreten, wie sie wollen, Rom wird nicht die Macht haben, Jemanden zur Annahme und Befolgung dieser Dekrete äußerlich zu zwingen. Dieselben werden also für das äußere Leben bloß theoretische Sätze sein. Und wenn auch die Kirche über diejenigen, welche ihre Dogmen nicht glauben, ihren Satzungen nicht gehorchen, das Anathema ausspricht, d. h. die Ungläubigen und Ungehorsamen von ihrer Gemeinschaft ausschließt, so ist darunter doch, wie der Augenschein zeigt, nur die Ausschließung von der geistigen Gemeinschaft verstanden, denn sonst müßte ja z. B. Oesterreich längst exkommuniziert und mit dem Interdikte belegt sein.

Unter diesen Umständen ist es aber wahrhaft überflüssig, daß die Regierungen sich im voraus gegen künftige Konzilsbeschlüsse verwahren. Es ist das in der That eine polizeiliche Beeinflussung des Konzils, eine Verletzung der Freiheit desselben. Es gleicht das dem Verfahren eines Ministeriums, welches einem Parlamente prädenirend erklärt: „Wenn ihr das oder jenes beschließt, werden wir es nicht zur Sanction empfehlen,“ es gleicht der Amtirung eines Polizeikommissärs, welcher einer Versammlung im voraus gewisse Resolutionen anbietet. Eine solche Einwirkung auf das Konzil ist auch deshalb überflüssig, weil sie voraussichtlich ganz wirkungslos bleiben wird. Oder glauben etwa die Herren Beust und Daru, daß ihre Noten die Ansichten des Papstes und der Majorität der Kirchenväter ändern werden? Wir glauben, daß ganz im Gegentheil die römische Kurie und die Mehrheit der Väter jetzt nur noch entschiedener bei ihren Ansichten verharren werden, um sich nicht dem Verdachte und Vorwürfe aussetzen, in Dingen, in denen sie nach der Lehre der Kirche unter der unmittelbaren Leitung des heiligen Geistes stehen sollen, sich diplomatische Noten zur Richtschnur genommen zu haben. Graf Beust würde daher besser gethan haben, wenn er das Beispiel der preussischen Regierung nachgeahmt hätte, welche sich den ängstlichen Verwahrungen gegen voraussichtliche Konzilsbeschlüsse nicht anschließt, sondern in ihrer abwartenden Stellung bleibt, wodurch sie sich offenbar nichts vergiebt, sich aber klugerweise die freie Hand vorbehält. Man sage nicht, daß die preussische Regierung als eine protestantische in diesen Dingen leichteres Spiel habe, denn im Gegentheil gerade eine protestantische Regierung, unter welcher aber eine sehr ansehnliche Menge von Katholiken lebt, und zwar in sehr wichtigen und schwierigen Gebieten, gerade eine solche protestantische Regierung muß größere Rücksichten nehmen, um dem Vorwurf zu entgehen, daß sie nicht aus politischen Gründen, sondern aus kirchlicher Intoleranz und Feindseligkeit handle. —

Ein Diner bei dem Vertreter der nordamerikanischen Union hat dem Grafen Beust Veranlassung gegeben, in einer englischen Rede das freundschaftliche Verhältnis zwischen Oesterreich und der Union zu preisen und sogar zu proklamieren, daß die beiden Staaten das gleiche Ziel hätten, nämlich Freiheit und

Einheit. Wenn nun Graf Beust es mit Befriedigung preist, daß in dem Verhältniß zwischen Oesterreich und der Union keine Aenderung eingetreten, so bezieht sich das auf die Zeit seiner Amtirung in Oesterreich, denn vor derselben hat sich das Verhältniß zwischen Oesterreich und Nordamerika wirklich geändert, nämlich gebessert, nachdem es während des unglückseligen mexikanischen Kaiserreiches ziemlich unfreundlich geworden war. Wenn aber Graf Beust es rühmt, daß er, obwohl sonst als Neuerer verschrieen, in Betreff des Verhältnisses zur Union nichts Neues veranlaßt habe, so erlauben wir uns, ihm zu bemerken, daß es sehr gut sein würde, wenn er in dieser Beziehung wirklich eine Neuerung herbeiführen, d. h. das Verhältniß zwischen Oesterreich und der Union praktisch inniger gestalten möchte. Gegenwärtig ist dieses Verhältniß ein ganz gewöhnliches konventionell freundliches, aber weder in kommerzieller, noch in politischer Hinsicht von praktischer Bedeutung. Graf Beust weiß doch gewiß, daß die nordamerikanische Republik mit Rußland viel inniger und praktischer befreundet ist, als mit Oesterreich. Das hat gewiß praktische Gründe. Diese werden eintretenden Falles offenbar werden, es wird sich zeigen, daß die nordamerikanischen Republikaner in vielen Beziehungen, ganz besonders in der orientalischen Frage, weit mehr mit der russischen, als mit der österreichischen Politik einverstanden sind.

Wenn Graf Beust hervorhebt, daß Oesterreich wie Nordamerika die Freiheit zum Ziel habe, so kann uns das nur freuen. Wir denken dabei festhelfend, daß Graf Beust etwa gar die republikanische Freiheit als Muster für Oesterreich aufstellen wollte; er wird uns aber auch zugestehen müssen, daß Oesterreich noch weit von der gewöhnlichen Freiheit entfernt ist, welche in Nordamerika herrscht und auch in einer Monarchie möglich ist. Wir haben z. B. noch nicht die Press-, Vereins-, Versammlungs-, Wahlfreiheit wie die Nordamerikaner, und auch nicht dieselbe Gewissens- und Kirchenfreiheit. Einem nordamerikanischen Minister fällt es nicht ein, gegen die künftigen Beschlüsse des römischen Konzils zu protestiren, oder die Katholiken der Union zwingen zu wollen, ihre Kinder in konfessionslose Schulen zu schicken u. s. w. Wir denken aber hier an eine spezielle Freiheit, nämlich an die Autonomie der Reichstheile, und dies führt uns zu einer Betrachtung, die sich zugleich auf das zweite Ziel bezieht, welches Oesterreich nach der Angabe Beust's mit Nordamerika gemeinsam hat, nämlich auf die Einheit.

Die Union führt den Titel „Vereinigte Staaten von Nordamerika.“ In dem Patente, durch welches weiland Franz I. das Erbkaisertum Oesterreich proklamirte, wird dieses ebenfalls ausdrücklich ein „Staatenverein“ genannt. Die Titel sind also vollkommen gleich; aber in Betreff der Sache besteht ein bedeutender Unterschied. Jeder der vereinigten Staaten Nordamerikas, ob groß oder klein, alt oder jung, hat für sich genau dieselbe und zwar eine sehr große Autonomie wie alle andern, und alle sind in ganz gleicher Weise zu einer Reichseinheit verbunden; die Staaten Oesterreichs dagegen haben, mit Ausnahme einer

einigen, eine sehr geringe Autonomie und sie sind auch nicht in gleicher Weise zu einer Einheit verbunden. Ungarn hat eine ganz außerordentlich privilegierte Autonomie, ist ein Reich für sich, während alle übrigen Länder lediglich als Provinzen, als Departements der Centralregierung betrachtet und behandelt werden. Ungarn ist auch in Betreff der Einigung zu einem Gesamtreich so sehr privilegiert, daß seinetwegen sogar der Name der Monarchie geändert werden mußte. Wenn also Oesterreich dasselbe Freiheits- und Einheitsziel hat, wie Nordamerika, so ist es von diesem Ziele offenbar noch sehr weit entfernt. Graf Beust hat in entscheidender Weise dazu beigetragen, daß Ungarn eine privilegierte Autonomie erlangte, und daß die Verbindung desselben mit Oesterreich eine viel losere und hinfälligere ist, als die der nordamerikanischen Staaten; und anderntheils hat er ein System angenommen, nach welchem alle nichtungarischen Länder Oesterreichs in eine Einheit zusammengezwungen werden sollen, welche viel enger und strenger wäre als die nordamerikanische. Graf Beust hat also selber nicht nach dem nordamerikanischen Beispiel gehandelt, sondern im Gegensatz zu demselben, er hat den vereinigten Staaten Oesterreichs nicht die gleichberechtigte Freiheit und er hat dem Vereine nicht nur keine gleichmäßige, sondern überhaupt keine Einheit gegeben.

Was nun die Einheit betrifft, so hat der österreichische Staatenverein gewiß die dringende Aufgabe, sich gleich dem nordamerikanischen eine organische Einheit zu schaffen. Doch bei dem Streben darnach wird man nicht verkennen dürfen, daß zwischen den vereinigten Staaten von Nordamerika und den Gliedern des österreichischen Staatenvereines wesentliche, entscheidend wichtige Unterschiede bestehen. Die nordamerikanische Union ist nicht das Produkt einer langen historischen Entwicklung, sondern eine neue willkürliche Schöpfung unter günstigen ganz primitiven Verhältnissen. Die Bewohner der Union sind nicht geschlossene Völker, welche eine lange, ereignisreiche und ruhmvolle Geschichte fortzusetzen, nationale Staatsrechte zu wahren hätten, sondern zerstreute Auswanderer der verschiedensten Nationen, welche auf einem herrenlosen Gebiete zusammengekommen sind und sich daselbst für praktische Lebenszwecke, dem unmittelbaren Bedürfnis gemäß eingerichtet haben. Die Bürger der Union sind nicht als Volksstämme, oder gar als politische Kommunitäten nach Amerika gekommen, sondern als Individuen, sie hatten durchaus nicht die Absicht, in der neuen Welt die Geschichte der alten Mutterländer fortzusetzen, sondern sie haben sich im Gegentheil radikal von den alten Verhältnissen losgesagt und wollten entschieden etwas ganz Anderes werden. Kein einziger der nordamerikanischen Vereinsstaaten war früher ein selbstständiges, eigenberechtigtes Reich, sondern alle waren unterworfen Kolonien europäischer Reiche, oder Jagdgebiete der Indianer. Es ist daher einleuchtend, daß diese zerstreuten, aus allen alten Zuständen vollkommen emancipirten, das alte Staatsbewußtsein freiwillig wegwerfenden Bruchtheile von Völkern, diese willkürlich abgegrenzten Gebiete leichter nach einem

neuen Schema zu einer Staatseinheit verbunden werden konnten, als es bei den althistorischen Königreichen und Ländern, bei den eigenberechtigten, ihr altes Staatsbewußtsein mit gerechtem und unbeugsamem Stolz aufrecht haltenden Völkern Oesterreichs der Fall ist. In Betreff Ungarns hat Graf Benst die Wahrheit erkannt; wie kann er dann den andern vollkommen gleichberechtigten Ländern gegenüber die Nachahmung des amerikanischen Beispiels empfehlen? Dabei ist zu bemerken, daß selbst in der nordamerikanischen Union ungeachtet der eben geschilderten Verhältnisse sich während der kurzen Dauer des Bestandes doch schon in den Südstaaten ein starkes Sonderbewußtsein, eigenthümliche Bedürfnisse und Rechtsansprüche entwickelt haben, und daß das Bestreben, die Selbständigkeit dieser Staaten zu beschränken und überhaupt eine strammere Einheit zu schaffen, zu einem fürchterlichen Bürgerkrieg geführt hat, welcher die Union in die äußerste Gefahr des Zerfalles brachte, eine Gefahr, welche durch den Sieg der Nordstaaten keineswegs schon für immer beseitigt ist.

(Eine Lehre aus der französischen Kammer.) Es gereicht uns zu großer Befriedigung, daß unsere in dem Artikel „Was wollen die Franzosen?“ ausgesprochenen Ansichten von einem so ausgezeichneten Volksvertreter und Freiheitskämpfer wie Jules Favre durchaus bestätigt worden sind. Er sprach in seiner glänzenden Rede vom 21. d. M. die merkwürdigen Worte: „Nichts geht über eine friedliche Revolution, und besser ist eine eingeschränkte und allmählig fortschreitende Freiheit, als diejenige, welche durch Stürme errungen wird! Die Nation hat sich geltend gemacht, und das Staatsoberhaupt hat ihre Souveränität als eine rechtmäßige anerkannt. Das ist ein solider Boden. Jeder Widerstand gegen den von den freigewählten Vertretern der Nation ausgedrückten Volkswillen ist aufrührerisch und muß niedergeworfen werden, mag er nun von einer Minorität als Gruppe, oder von einem Einzigen ausgehen, und jeder Bürger ist verpflichtet, seinen letzten Blutstropfen für diese Volkssouveränität zu vergießen.“ Das ist eine Verurtheilung nicht nur des Absolutismus, sondern auch des Republikanismus, insofern derselbe nicht friedlich aus der allmählig fortschreitenden Freiheit, sondern aus revolutionären Stürmen hervorgehen wollte.

Daß Jules Favre sich zu beweisen ereifert, die neue Ära sei nicht aus der Initiative des Kaisers, sondern aus der des Volkes hervorgegangen, ist ein müßiger Streit. Genug, daß die neue Ära wirklich da ist. Und Jules Favre sagt doch selbst, daß diese Ära einen soliden Boden hat. Worin besteht dieser? Darin, daß die Nation ihren Willen kund gegeben, und der Souverän denselben anerkannt hat. Diesen soliden Boden, diese Anerkennung seines Willens hat aber Frankreich errungen, ohne daß ein einziger seiner Bürger dafür sein Blut hätte vergießen müssen. Jules Favre ruft aus: „Nicht der Souverän hat die Reformen gewollt, sondern die Nation hat ihn wissen lassen, daß sie dieselben will.“ Gut, aber der Kaiser hat sich sofort dem Willen der Nation gefügt.

Warum hat also die Nation ihm nicht schon früher ihren Willen kund gegeben? Jules Favre anerkennt Napoleon III. als einen „bedeutenden Mann, der sieben-jehn Jahre lang mit seinem Talente die persönliche Regierung verkörperte,“ und er nennt es „von einer so bedeutenden Macht einen Akt der Weisheit,“ da Napoleon sich jetzt dem Volkswillen unterworfen hat; wer kann also behaupten, daß dieser bedeutende, talentvolle, weise Mann vor mehreren Jahren noch nicht so weise gewesen wäre, wenn ihm die Nation ihren Willen deutlich zu erkennen gegeben hätte. Napoleon hat jetzt nachgegeben, obwohl er noch immer eine Majorität von 1,350.000 Stimmen für sich hatte; man ist daher aus psychologischen Gründen zu dem Schluß berechtigt, daß Napoleon schon früher nachgegeben, ja wol gar niemals angefangen hätte, persönlich zu herrschen, wenn er schon früher nur eine so kleine, oder gleich anfangs gar keine Majorität für sich gehabt hätte. Oder war das vielleicht unmöglich? Napoleon hat bei den letzten Wahlen noch genau dieselben Mittel anwenden lassen wie bei den frühern, und doch ist ihm eine so starke Minorität entgegengetreten, daß er in derselben die Majorität der Bevölkerung erkannte und nachgab. Da Jules Favre triumphirend hervorhebt, daß der Kaiser durch das Resultat der letzten Wahlen bewogen, ja gezwungen worden sei, das persönliche Regiment aufzugeben, so muß er auch zugestehen, daß Napoleon sich durch die Resultate der früheren Wahlen berechtigt fühlen konnte, zu glauben, daß die Nation sein persönliches Regiment wolle. Es ist also an der imperialistischen Episode weit weniger der Imperator, als die französische Nation schuld, und daher haben die Franzosen alle Ursache, über diese Vergangenheit zu schweigen und in der Gegenwart und Zukunft selber eine bessere freie Geschichte zu machen.

Jules Favre ist der Mann dazu und er kämpft auch bereits mit richtigem Verstandniß und edlem Freimuth dafür, auf dem gewonnenen soliden Boden die Freiheit fest zu begründen und organisch zu entwickeln. Dabei gibt er unseren verfassungstreuen Parlamentaristen sehr wichtige Lehren. Er warnt zuerst vor dem Scheinkonstitutionalismus, den er in drastischer Weise als einen Ministerialismus, als einen maskirten Absolutismus schildert, was für unsere Verfassungspartei sehr lehrreich sein könnte. Wenn diese ferner liest, daß Jules Favre mit Recht den soliden Boden für das neue französische Verfassungsleben darin erkennt, daß die Nation ihren Willen kundgegeben, und der Monarch diesen Willen als berechtigt anerkannt hat, so sollte sie sofort erkennen, daß unserm Verfassungsleben ein solcher solider Boden fehlt, weil bei uns sich ganze Völker, die überwiegende Majorität der Gesamtbevölkerung, gegen das bestehende System ausgesprochen hat, aber der Wille der Minorität als berechtigt gilt. Jules Favre beweist endlich, daß die jetzige Kammermajorität nicht den Willen der Nation repräsentirt, und er verlangt deshalb neue Wahlen nach vorausgegangener Reform der Wahlordnung. Nun, wie steht es denn mit unserer Kammermajorität? Diese repräsentirt nicht einmal den Gesamtwillen eines einzigen Volkes, nämlich der

Deutschösterreicher, und diese bilden doch nur die Minorität der Gesamtbevölkerung. Unsere Kammermajorität repräsentirt also eine sehr kleine Majorität der Gesamtminorität, also nicht einmal die ganze Minorität der Bevölkerung.

Sehr bemerkenswerth ist auch die Rede des ehemaligen Ministers Pinard. Auch dieser gibt unseren verfassungstreuen Zentralisten eine gute Lehre, indem er für Frankreich die Dezentralisation verlangt, und zwar nicht blos die Erweiterung der Autonomie der Gemeinden, Arrondissements und Departements, sondern „nöthigenfalls sogar die Wiederbelebung der alten Provinzen“!

Korrespondenz der „Reform.“

Aus Tirol. (Die Stimmung und die Parteien.) Herr Redakteur! Sie haben in Nr. 7 Ihres zwar nicht „liberalen“, aber eben darum wahrhaft „freisinnigen“ Journals einem „Tiroler“ die Spalten geöffnet. Wir sind Ihnen dafür recht dankbar*); dient es ja dazu, um im Austausch der Meinung endlich nicht blos Klarheit der Grundsätze, sondern auch ein einheitliches Handeln im Aufbauen zu erzielen, gegenüber einer Zeit, die ein Riese im Zerstören, aber ein Kind im gemeinsamen positiven Wirken und Schaffen ist.

Ihr Korrespondent hat unsern Verhältnissen gegenüber sich den leichtesten Standpunkt gewählt; er ist nämlich mit keiner der Parteien im Lande zufrieden und er möchte, von einem patriotischen Wunsche befeelt, Einheit und dadurch Kraft im Lande in so ferne schaffen, als er verlangt, daß beide gegenwärtige Parteien ihre Posten verlassen und gewissermaßen auf neutralem Boden sich die Hand zur Versöhnung reichen sollen. Ich will für heute, die edle Absicht anerkennend, nicht in eine nähere Würdigung dieses Wunsches eingehen; aber für eine Pflicht der Gerechtigkeit halte ich es, daß einige Ansichten des Herrn Korrespondenten richtig gestellt werden.

Vor allem erlaube ich mir Ihre verehrten Leser aufmerksam zu machen, daß, wenn von Tirol die Rede ist, sie nie vergessen mögen, daß eben die Rede von einem „Gebirgsvolk“ ist, das sich eben darum nach einer konstanten Erfahrung als solches wesentlich von den Bewohnern des flachen Landes unterscheidet. Es ist das Gefühl der Selbständigkeit und in Rücksicht auf die gewaltigen Felsen ein Gefühl der selbstbewußten Sicherheit, welche der Bewohner des flachen Landes nie haben wird, weil er sie ohne diesen gewaltigen Schutz der Natur auch nicht haben kann. Der fortwährende, und darum immer siegreiche

*) Es freut uns, daß der Zweck, den wir bei der Aufnahme jenes Artikels hatten, freundlich erkannt wird.
D. Red.

Kampf gegen zerstörende Elemente, welche der Flachländer nicht kennt, geben dem Gebirgsbewohner jene Zähigkeit des Charakters, der vor Hindernissen nicht zurückschreckt, sondern mit der Kraft und dem ausdauernden Muth e einer um die Existenz ringenden Beharrlichkeit an dieselben herantritt, um sie, diese Naturgewalten — für sich dienstbar zu machen. Nehmen Sie dazu die Thatsache, daß in unsern Bergen seit 400 Jahren ein freies Volk wohnte, welchem „Feudalismus“ und alles, was daran hängt, selbst dem Namen nach unbekannt ist, ein Volk, das in jedem Thale sich seit Jahrhunderten nach statuarischem Rechte, also nach eigenem Gesetz regierte, das seine „Gewohnheiten und Bräuche“ mit gewaltiger Energie vertheidigte gegen die römischen Juristen, deren Bücher, wie schon im 16. Jahrhunderte der allgemeine Ruf durch unsere Thäler lautete, man „verbrennen“ soll.

Ich bitte ferner zu bedenken, daß ein Volk in den Bergen mehr als jedes andere schon durch sein Leben an den religiösen Glauben und den Trost desselben angewiesen ist.

Wir sahen oft schon Fremde, deren bewundernde Sprache ob so vieler und so gewaltiger Herrlichkeit in ein Gebet sich auflöste, und was vielleicht seit Jahren in ihrer Seele untergegangen, auf der Höhe eines Berges feierte es die Auferstehung — der Glaube an die eigene Kleinheit, und an die Größe dessen der dieß Alles geschaffen.

Ein Volk ferner, das in Betreff seiner Existenz so großen Gefahren von Seite der Naturgewalten ausgesetzt ist, wird nur umso zuversichtlicher im religiösen Glauben und Hoffen an den Herrn dieser Naturgewalten sich anschließen. Ein leichtes Gemüth kann ich begreifen, das monatlich sein baares Geld vom Tische streicht, aber ein religiös lockeres Volk in einem Gebirgslande wird man schwerlich finden, weil es bei jedem Schritt an seine eigene Ohnmacht erinnert wird. Wer darum meint, er könne alle Uebel heilen, wenn er mit seiner Konfessionslosigkeit nicht bloß in die Städte, sondern auch in die Hütte des Landmannes, ja selbst in die Berghöfe des unabhängigen und doch so abhängigen Tiroler Bauers einzieht, der täuscht sich sehr. Soll sein: Gleiches Recht für Alle nicht zum Feigenblatte werden, womit er seine Ungerechtigkeit verdeckt, so ändere er die Natur der Verhältnisse, wenn er kann! Er gebiete dem gewaltigen Bergstrom, er halte die stürzende Lawine, er führe den Tiroler mit schwerer Last beladen, sicher über schauerliche Abgründe, kurz, er verwandle ein Gebirgsland in einen ebenen glatten Zahlungsbogen, dann erst kann er und versuche er das Unmögliche! Solang er aber das nicht kann, ist ein Mitteln an diesem festen Anker einer trostreichen Hoffnung eine Grausamkeit, die nur der modernen „Humanität“ möglich ist.

Aber gerade in der Auffassung dieser religiösen Seite unseres Volkes finde ich, daß Ihr Korrespondent nicht ganz richtig urtheilt. Er redet von einem „konfessionellen Pader, der bei uns alle Lebensfragen und die Politik imprä-

nirt, er redet von Excentricitäten der Klerikalgefinnten“ u. s. w.; und er meint, eine Partei über den Parteien sei nothwendig. Wer aber den Kampf unseres arbeitenden Volkes mit den „Herren des Zahlungsbogens“ genauer kennt, der wird doch etwas gerechter und darum billiger urtheilen.

Betrachten wir es näher. — Gegenwärtig ist es die Schulfrage, welche die gesammte Bevölkerung in eine ungeheurere Aufregung versetzt. Da der Landtag, der Natur des Volkes getreu, dem Werke der Wiener Weisheit keine Bewunderung schenken konnte, und da er glaubte, daß er zu dieser Nichtbewunderung auch ein verfassungsmäßiges Recht habe, so wurde nach der Logik der Verfassungstreuen an die Stelle eines Landesgesetzes ein einfacher Mas von Hasner gesetzt, und dieser wird jetzt von Gensdarmen und Bezirkshauptleuten durch's Land getragen und mit einer rigorosen Rücksichtslosigkeit den Gemeinden oktroyirt, welche selbst die tirolische Mutter nicht bloß mit namenlosem Schmerz, sondern noch mehr mit Ingrimme erfüllt. Worin bestehen denn aber in dieser Frage die „Excentricitäten“ der Klerikalen, die Ihr Korrespondent betont? Ich weiß darauf nicht besser zu antworten, als wenn ich Sie und Ihre Leser auf die Reden verweise, welche, um mit dem famosen Tinti zu sprechen, die Incarnation der Tiroler Klerikalen, Professor Greuter und Dr. Alb. Zäger in der Schulfrage in Wien gehalten haben. Was wollten sie denn, und was will denn mit ihnen heute das gesammte tirolische Volk, das eben jetzt in einer wahrhaft fieberhaften Aufregung gerade in Betreff der Schule sich befindet?

Sie verwahrten sich dagegen, daß der konfessionslose Staat als solcher monopolisirter Schulmeister sein soll. Sie verlangten in Betreff der Schulen: Stiftungsfreiheit und Unterrichtsfreiheit. Wenn Sie, sagte Greuter, und Unterrichtsfreiheit und die Freiheit der Stiftungen gestatten und den Zwang aufheben, daß die Kinder gerade Ihre Schulen besuchen, so sind wir Handel eins, dann schließen wir heute Frieden! Allein mit unserm Gelde Ihre Schulen gegen uns gründen, das können wir nun und nimmer zugeben. Beschließen Sie, sagte er weiter, über die Schulen, was Sie wollen, beschließen Sie meinen wegen eine konfessionslose Schule, aber bezahlen Sie sie mit Ihrem Gelde und schicken Sie Ihre Kinder in dieselbe! Wenn Sie hier nicht „Grundzüge“, sondern schon ein förmliches Gesetz votiren, wie es wirklich geschieht, was bleibt den Landtagen noch übrig? Nichts anderes mehr, als daß der Kultusminister die Vollzugsverordnung hinausgibt und den Landtagen und Gemeinden einfach sagt: Das Gesetz haben wir gemacht, Euch bleibt nichts übrig, als daß ihr uns das Geld gebt und die Kinder! Unterrichtsfreiheit, schloß Greuter die Rede, ist, wenn auch nicht ein liberales, doch ein freies Wort!

Ich möchte also nur fragen, wo liegt denn die Excentricität? Freiheit auf religiösem Gebiet, Freiheit der Presse, Freiheit im Handel und Wandel, überall Freiheit, nur Zwang und Monopol im Gebiete des Unterrichts — die

ser Zwang noch dazu geübt in der Zeit der Gewissensfreiheit!! gegen die Gewissen katholischer Eltern.

Ein Staat, der nicht einmal seine Domänen rentabel zu verwalten im Stande ist, unter dessen leitenden Händen jede Staatsfabrik dem Bankrotte entgegen treibt, dieser Staat soll einzig und allein in der Bildung der Jugend Wunder üben, und hier das Gegentheil von dem zu Wege bringen, was er auf allen andern Verwaltungsgebieten uns darstellt, nämlich ein Bild einer vollen deten Misßwirthschaft.

Wenn die Tiroler ihre Kinder zu einem solch gewagten Experiment nicht hergeben, handeln sie gegen ein freiheitliches, handeln sie gegen ein gerechtestes Prinzip? Ist ihr ernstest vernehmbarer Ruf nach einer Schule, in welcher der Geist der Familie in Unterricht und in Erziehung fortlebt und nicht in konfessionsloser Kälte ausgetrieben wird, ist er nicht dem natürlichsten aller Rechte, dem Rechte der Eltern auf ihre Kinder entsprechend?

Was das freie England, was Belgien und Amerika als ihr heiligstes Hausrecht vertheidigen, was das republikanische Frankreich im Jahre 1850 im Namen der Freiheit des Gewissens wieder gewährte, um das kämpft jetzt das Volk auf den Bergen Tirols! Ihr Korrespondent mag es Excentricität nennen; alle freien Männer der Welt haben dafür ein anderes Wort, zum tröstlichen Beweise, daß der Ausspruch des Blutmenschen Robespierre zur Ehre der Menschheit immer weniger geglaubt wird, der Ausspruch nämlich, daß die Kinder zuerst der Republik und dann erst den Eltern gehören; der demnach die Wohlthat des Unterrichts durch seinen Schulzwang in eine unerträgliche Knechtschaft verwandelte.

Will Ihr Korrespondent, daß Friede im Lande geschlossen werde, so muß endlich einmal die fortwährende Offensive von Seite unserer Gegner aufhören. Vom Geldbeutel bis hinein in das tiefste Heiligthum der Gewissen ist diesen neudararischen Hefegrimms nichts heilig! Mit allem tabula rasa, nur — mit unsern Bergen nicht, darum aber auch ewig nicht mit unserm Gefühl der Selbstständigkeit, mit unserm tief eingewurzelten Rechtsgefühl, das wir voll Pietät von unsern Vätern ererbten. Daher jene angestammte Liebe zu Oesterreich, weil dessen Abler schützend und schirmend über unserm Lande schwebte, sein Recht und die Sitte des Volkes wachend. Ginge es jetzt nach dem Wunsche liberaler Despoten, so müßte er wie ein Piratenschiff über unsere Berge und Thäler segeln, um auf jede freie Regung niederzufahren, und sie als Opfer in die Metropole der Intelligenz — nach Wien zu tragen; sein Scepter soll Polizeistock werden, und sein Schwert der Gerechtigkeit zum Schlachtmesser für Völlerrechte.

Da nun aber gerade Ihr Blatt von jeher gegen diese selbstmörderischen Velleitäten mit ebenso viel Ausdauer als Geschick in die Schranken trat, so war es nur konsequent — wenn der Tiroler, wie er ist, auch an Ihnen einen Vertheidiger fand. Was unsere Liberalen betrifft und ihre Sammelpankte in den

konstitutionellen Vereinen, so sind es meistens „Zwänglinge der neuen Freiheit.“ Da man avanciren will — aber nur durch den konstitutionellen Verein in's Himmelreich einer Gehaltsaufbesserung zu kommen hoffen darf, so ist's klar, daß die privilegierten „Ampelhüter“ der Freiheit, die Bureautraten aller Grade das zahlreichste und natürlich auch das überzeugungsfesteste Contingent desselben bilden, die aber durch ihr Geschrei in alle Welt erschren, was ihnen an Halt und Bedeutung im Lande abgeht. Von den Liberalen als Partei kann man also kaum reden, denn ein Kommando von Oben als Systemwechsel löst im Nu alle Parteien auf und läßt die bürgerlichen Mitglieder im Sande liegen.

Wird also bei uns im Namen der wahrhaft unparteiischen Gerechtigkeit, und nicht im Namen der Partei regiert, so wird von selbst Friede im Lande werden; denn dann ist ruhiger Besitz und naturgemäße Fortentwicklung an die Stelle des „neuesten Rechtes“ getreten, nach welchem man alles wagen darf, was man eben wagen kann. Will Ihr Korrespondent eine Partei schaffen, so schaffe er eine Partei der Gerechtigkeit, diese Partei aber wird die konservative im Augenblick als die ihrige erkennen; denn Männer, die ihr ganzes Leben einsetzen im Kampfe gegen fortwährende Attentate der Ungerechtigkeit, gegen fortwährende Kontumazirung ganzer Völker zu Gunsten einer privilegierten Clique denen ist ja der Sieg der Gerechtigkeit der einzige Preis dieses Kampfes — auch in Tirol.

Was hilft uns der Suezkanal!

Wir haben in allerneuester Zeit zwei Thatfachen erlebt, die ganz gerügt sind, den Schwindel des „akademischen Kongresses“ in Cairo ins rechte Licht zu setzen: Brenners ostafrikanische Expedition und die erste Fahrt eines Lloydampfers von Triest nach Bombay, beide Unternehmungen mit Benutzung des Suezkanals, beide im Dienste der österreichischen Industrie. Man weiß, mit welcher Eifer unsere Gewerbeleute nach diesen Gelegenheiten gegriffen haben, um ihren Produkten den langersehnten Weg ins rothe Meer und nach Indien zu eröffnen. Herr Brenner hätte trotz der Unterstützung des Triester Handelsmannes Escher und trotz seiner Verbindung mit der schweizerischen Handelskammer von St. Gallen aus Oesterreich gar keine Fracht für die Küstenländer des rothen Meeres, die ihm als erprobtem Africareisenden keineswegs unbekannt sind, erhalten, wenn nicht Herr Escher auf eigene Rechnung diverse Ankäufe gemacht hätte; und Loyds „Alpis“, ein Schiff von 1000 Tonnenlast, verließ Triest mit einer Ladung von 25 Tonnen österreichischer Produkte, obwohl in beiden Fällen die Publizität stark strapazirt wurde, um unsere Industriellen auf das willkür-

mene Unternehmen aufmerksam zu machen. Also deshalb haben wir die Industrieausstellungen in London und Paris mit pompösem Erfolge besucht und die Preismedaillen seelenvergnügt in die Tasche gesteckt! Und darum die große Enquête zu Kairo, wie Oesterreich mithelfen könnte, die Märkte Asiens zu erobern! Wie viel ist schon geschrieben worden über diesen Feldzug! Aber Diejenigen, von denen der Angriff ausgehen sollte, sagen, es fehle ihnen die Führung, und den Führern fehlen — wie der Augenschein beweist, die Kombattanten.

Es wird Niemand behaupten wollen, daß unsere Industriellen durch die Eröffnung des Suezkanals „überrascht“ worden seien und nicht Zeit gehabt hätten, sich „vorzubereiten.“ Auch daß der für die Schifffahrt bereits geöffnete Kanal noch großer Verbesserungen bedürftig sei, ist keine Entschuldigung dafür, daß die „Eroberer“ zu Hause bleiben, wenn sie eingeladen werden, ein Schiff, das den Isthmus von Suez wirklich benützt, zu besteigen. Sie sind eben Landratten und besuchen lieber die Börse als das rothe Meer. Unter solchen Umständen darf man freilich nicht ermüden, ihre Aufmerksamkeit immer und immer wieder auf das Riesenwerk des Herrn von Lesseps zu lenken, und von diesem Standpunkte aus sind wir auch dem publizistischen Organe unseres Handelsministeriums, der „Austria“ dafür dankbar, daß sie das Materiale der Suezkanal-Literatur vor kurzem wieder mit einigen Beobachtungen vermehrt hat, die sich einem österr. Suezreisenden bei der Eröffnung des Kanals aufgedrängt haben. Dieser Bericht ist, wie die „Austria“ versichert, der Denkschrift eines bewährten Fachmannes entnommen, beschränkt sich jedoch auf die technische und nautische Seite des für den Welthandel hochwichtigen Gegenstandes. Wir überlassen es den Technikern und Nautikern, die Angaben dieses Fachmannes zu prüfen und mit andern Berichten dieser Art zu vergleichen, und wollen nur bemerken, daß als Autor dieser Relation ein Mann genannt wird, der seinerzeit berufen war, nicht bloß Schiffe zu kommandiren, sondern auch Oesterreichs Handelspolitik zu leiten. Ist dem wirklich so, dann muß es bedauert werden, daß sich die „Austria“ begnügt, aus der ganzen Denkschrift bloß einen Auszug zu bringen, da wol angenommen werden darf, daß der Autor bei dieser Gelegenheit mit seinen sonstigen Ansichten über die von den Industriellen wie von der Regierung zu lösende Aufgabe nicht zurückhaltend gewesen ist. Der Herr Handelsminister theilt gewiß die allgemeine Ueberzeugung, daß seine Mitwirkung zur Nugbarmachung des Kanals mit der Eröffnungsfahrt noch nicht beendet sein dürfe.

Es ist unstreitig von höchster Wichtigkeit, auf die Herstellung einer Schifffahrtslinie Bedacht zu nehmen, welche für die kommerzielle Verbindung Oesterreichs mit Indien bahnbrechend zu wirken vermag und hinreichend dotirt ist, um die Schwierigkeiten des Anfangs, die *vis inertiae* unserer Landsleute zu überwinden und zu überdauern. Dieß muß und wird gelingen, wenn nicht Alles, was von dem kommerziellen Verufe Oesterreichs, von der Kraft und Zukunft seiner Industrie, von dem Aufschwünge seiner Handelspolitik in neuer, neuer

rer und neuester Aera gesprochen und geschrieben worden, eine lächerliche Probleme sein soll. Hic Rhodus, hic salta! Herr von Plener kann freilich sagen: „Warum haben die früheren Handelsminister nicht Alles das gethan, was jetzt von mir gefordert wird?“ Aber er selbst steht nun doch schon seit ein paar Jahren an der Spitze unseres Handelsamtes und wird wol schon vor dem November 1869 etwas von dem Suezkanal gehört haben. Sei dem übrigens wie ihm wolle, es gilt jetzt, das Versäumte um so schneller einzuholen, je länger die Sache verschlafen oder bloß als Gegenstand der Kauferie behandelt worden ist. Soll die Welt fernerhin noch daran glauben, daß in Oesterreich die Bedingungen für einen wirklichen Welthandel vorhanden sind, so darf insbesondere der Versuch direkter Fahrten zwischen Triest und Bombay nicht aufgegeben werden, mag auch der erste Anlauf auf's Klüglichsie mißlungen und auch auf den zweiten keine große Hoffnung zu setzen sein. Fehlt es dem Lloyd an Muth zur unerschrockenen Wiederholung seiner Versuche, dann wird sich's um so klarer zeigen, ob die Regierung und unser Parlament von dem Bewußtsein der ihnen obliegenden Pflicht durchdrungen sind, das mit den Kräften der Gesamtheit anzustreben und durchzusetzen, was von der Opferwilligkeit des Einzelnen (oder der Lloydgesellschaft) nicht zu erlangen ist und vielleicht billigerweise in der That gar nicht erwartet werden kann. Die Lloydfahrten von Triest nach Bombay sollen ohne Scheu vor Staatssubventionen den Charakter einer regelmäßigen Linie erhalten, mit bestimmter Fahrgeschwindigkeit und Berührung der an dieser Linie gelegenen Hauptpunkte des Verkehrs. Die Staatssubvention wird namentlich so lange unentbehrlich sein, als der enorm hohe Kanaltarif nicht eine Reduktion erfährt; aber welches österreichische Unternehmen könnte sich überhaupt auf eine regelmäßige Indiensahrt einlassen, wenn nicht eben der Lloyd?

Möglich ist es allerdings, daß die Staatssubvention zwar den Lloyd zur Indiensahrt, nicht aber unsere Industriellen zur Theilnahme daran veranlassen wird. Sollte uns diese Erfahrung bechieden sein, dann wird die Subvention aufhören, und einiges Geld ins Wasser geworfen sein. Das wäre im Allgemeinen bei uns wol nicht der erste Fall, im Grunde genommen käme jedoch dieser Aufwand ausnahmsweise einmal der Regierung zu Gute und sie hätte dann eine Antwort in Bereitschaft, wenn gelegentlich wieder in gewerblichen Kreisen die Staatshilfe zur Förderung des Exportes angerufen oder ein großes Wiafeln über den Zolltarif in Scene gesetzt werden sollte. Alle Völker des Reiches wüßten dann ganz genau, welchen Werth der Suezkanal für unsere Industriellen besitzt, und hätten jedenfalls Ursache, die Verschüttung des Kanals mit noch größeren Feierlichkeiten zu begehen, als seine Eröffnung.

Doch ohne Carlasmus gesprochen, wir halten es für die Pflicht der österreichischen Regierung, die Fortsetzung der Lloydfahrten nach Bombay via Suez auf eine bestimmte Zeit zu ermöglichen, sei es auch *à fonds perdu*. Ist diese Linie wenigstens provisorisch sichergestellt, dann versteht es sich wol fast von selbst,

daß sie auch zur Vermittlung des Postverkehrs zu benützen sein wird, denn Niemand kann daran zweifeln, daß durch eine solche Postverbindung für Oesterreich und ganz Mitteleuropa sehr werthvolle Beziehungen zu den Küstenländern des rothen Meeres und zu Indien hergestellt werden können, und daß es von entscheidender Wichtigkeit ist, diese Anstalt keiner fremden Hand anzuvertrauen. Die Korrespondenz befindet sich bekanntlich nicht bloß im Gefolge des Handelsverkehrs, sondern ist auch seine Avantgarde, deren er nicht entbehren kann. Die Organisirung eines solchen Postdienstes mag auf Schwierigkeiten stoßen, aber unser Ministerium wird sich eben mit deren Ueberwindung beschäftigen müssen. Der Suezkanal ist ohne uns entstanden, wird aber ohne unsere Mitwirkung für Oesterreich nutzlos, ja sogar verderblich sein, und wer den Schaden hat, darf für den Spott nicht sorgen. Gelingt es auch der Mithilfe des Staates nicht, unsere Industriellen aus ihrem Ruhmeschlase zu wecken, dann mag Herr v. Plener immerhin wieder sich in sein Eisenbahnetz einspinnen, und für den Fall, als Dalmatien in dieser Beziehung wirklich nicht mehr zu umgehen wäre, dafür sorgen, daß die Vochesen zum Friedensgeschäfte guter Bahnwächter herangebildet werden.

Aufruf an die romanische Intelligenz.

Die Zahl der Märtyrer wächst leider von Tag zu Tag. Bevor noch diese Zeilen vor das Publikum gelangen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein würdiger Sohn der romanischen Nation seiner persönlichen Freiheit beraubt sein.

Es ist kaum nöthig, den Namen unsers jungen Märtyrers zu nennen. Wir kennen ihn alle, es ist der energische Streiter für das Recht der Unterdrückten, für Gerechtigkeit und Menschlichkeit, der rastlose Bekämpfer der Grausamkeit, der Barbarei und der Unmenschlichkeit; es ist der brave Rumäne Johann Porutiu, interimistischer Redakteur der „Federatiunea“, der unter dem Eindrucke der schmerzlichsten Gefühle, und um weder sein Gewissen noch die öffentliche Meinung zu täuschen, für die unglücklichen Opfer von Iosalva von Gott und der Menschheit Mitleid, Gerechtigkeit und Gesetz beanspruchte, und der in Folge Verdiktes der Geschwornen wegen Preßvergehens zu einer Freiheitsstrafe in der Dauer von 6 Monaten und einer Geldbuße v. 241 fl. 84 kr. De. W. verurtheilt wurde.

Wenn der Konstitutionalismus, dessen eisernes Joch uns bedrückt, ein wahrer Konstitutionalismus, und nicht ein absolutistischer wäre; wenn die Presse, welche als frei (?) bezeichnet wird, derart beschaffen wäre, wie dieselbe der unsterbliche Anastasius Panu qualificirt hat; wenn es uns gestattet wäre, in

eine gründliche Besprechung der Schuld, — die unserm jungen Märtyrer zugemuthet wird, — einzugehen, so würde es uns ein Leichtes sein, an der Hand des Gesetzes darzuthun, daß nicht der inkriminirte Aussag, sondern im Gegentheile, die grausame Handlungsweise des Baron Apor die offenbaren Merkmale eines strafbaren Aktes enthalte.

Dieß zu thun, ist — glaube ich, wenigstens unter den obwaltenden Verhältnissen, — nicht gerathen. Hoffen wir jedoch, daß — und zwar binnen Kurzem — die Zeit kommen wird, wo die Söhne der nicht beachteten und allen nur erdenklichen Schmähungen ausgesetzten Nationen sich als Leidensgenossen auf dem Felde des gesetzlichen Kampfes finden werden; und ihre Kraft wird bedeutend sein, denn es ist die Kraft der nach Gerechtigkeit lechzenden Völker, und sie wird beugen den Starrsinn Jener, die in unerhörtem Hochmuth noch heutzutage glauben, — und dieß zum größten Nachtheile unseres gemeinschaftlichen Vaterlandes, daß sie uns durch Schmähungen und Verachtung, durch Terrorismus und Verfolgungen zwingen werden, den Kopf auf die Schlachtbank zu legen und unsere Ehre und unser Vermögen den Händen unserer Gegner preiszugeben, was der Romane niemals thun wird.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es — wie gesagt — nicht gestattet, uns in eine eindringliche Belämpfung des Urtheiles, welches unsern jungen Märtyrer getroffen, einzulassen, thun wir jedoch wenigstens das, was uns — wenn wir in Rath und That einig sind — keine Macht auf der Welt verbieten kann, und was die Pflicht eines jeden Romanen ist; appelliren wir an das väterliche Herz unseres guten und gerechten Monarchen und Großfürsten Franz Josef I. und erklären wir Allerhöchstdemselben mit vollstem kindlichen Vertrauen, daß das Reich nur dann groß und mächtig nach Innen und Außen da stehen wird, wenn die bei Gelegenheit der Reichsrathsöffnung im Jahre 1868 von der Höhe des allerhöchsten Thrones ausgesprochenen goldenen Worte — zu vollbrachten Thatfachen werden.

Appelliren wir an unsere Leidensgefährten, an alle gebildeten und civilisirten Nationen, an Gesamt-Europa durch Aufklärung der öffentlichen Meinung; sagen wir den Herren, die die Macht in Händen haben, daß die Politik, die sie befolgen, eine schädliche ist, daß diese Politik binnen kurzem nicht nur unser gemeinsames Vaterland, sondern das ganze Reich dorthin führen wird, wo sich das verblutete Polen befindet, daß nicht das schwankende Wohlwollen der außerwärtigen Mächte und die mit denselben abgeschlossenen Traktate, sondern die Gleichberechtigung der mitwohnenden Nationen die eigentlichen und wahren Bürgschaften für die Unabhängigkeit und Freiheit des gemeinsamen Vaterlandes bieten.

Sagen wir ihnen, daß zwei freie Nationen mit größerer Kraft dem gemeinsamen Feinde entgentreten können, als wenn eine die andere unterdrückt; daß der Abstand zwischen der Geduld und der Verzweiflung unterdrückter Völ-

ter auch seine Grenzen hat, und daß die Kraft eines zur Verzweiflung getriebenen Volkes groß und schrecklich ist.

Sagen wir ihnen ferner, nicht mehr und nicht weniger, als was sie im Jahre 1861 der damaligen Wiener Regierung durch nachstehende sehr lehrreiche Worte gesagt haben: „Eine erzwungene Einheit macht das Reich nicht mächtiger, das verletzte Bewußtsein jedes Volkes und die durch Zwang hervorgerufene Bitterkeit erwecken Absonderungs-, ja sogar Trennungsgelüste, wodurch das Reich gerade in jenem Momente, wo es seiner ganzen Kraft und der Begeisterung aller seiner Völker bedarf, am schwächsten wird. Der Schlag gegen die Rechte eines Landes, so wie eines Volkes, ist und bleibt ungerecht, und erzeugt Gefühle des Schmerzes und der Unzufriedenheit.“

Schließlich erachte ich's für unsere heiligste Pflicht, daß wir — zur Erreichung obangedeuteter Zwecke und zur Bestätigung unserer Anerkennung, die wir unserm jungen Märtyrer Johann Porutiu schulden — uns sämmtlich beeilen, auf den Altar der Nation die größtmöglichen Geldopfer zu bringen.

Dies vorausgeschickt, erlaube ich mir die dringende Bitte an die romanische Intelligenz zu richten, überall freiwillige Beiträge zu sammeln, namentlich bei öffentlichen Festlichkeiten, und die eingegangenen Beiträge sammt dem Verzeichnisse der großmüthigen Spender Herrn Jakob Bologna, k. Hofrath in Pension in Hermannstadt zu senden.

Gott mit uns und mit unserer gerechten Sache!

Hermannstadt, im Februar 1870.

E. Macellariu.

Kleine kritische Chronik.

Vom 24. Februar bis 2. März.

I n l a n d

Die Herren Rieger und Gladowsky haben die Einladung nach Wien, um mit Herrn Dr. Giskra über die böhmische Frage zu verhandeln, abgelehnt. Jetzt können wir, ohne den Vorwurf der Aufbegehrei fürchten zu müssen, sagen, daß wir unsertheils es nicht begreifen konnten, wie man in Prag auch nur einen Augenblick in Zweifel sein konnte, ob man der Einladung folgen solle oder nicht. Vertrauliche Verhandlungen können allerdings nützlich sein, und die böhmischen Führer erklären auch ihre Bereitwilligkeit dazu, aber es kommt doch entscheidend darauf an, mit wem unterhandelt werden soll. Daß nun Dr. Giskra nicht der Mann ist, mit welchem die Böhmen und überhaupt Slaven mit nur einigem Vertrauen unterhandeln könnten, das hätte dieser Herr Minister selber in vorhinein einsehen sollen, wofür er sich noch daran erinnert, wie er als ultrateutonischer Parteimann gegen die Slaven gesprochen und gehandelt. Umso unpaffender war es daher, daß Herr Dr. Giskra die böhmischen Führer zu sich berufen wollte, als ob es untergeordnete Beamte wären, die sich durch

das Vertrauen des Ministers hochgeehrt fühlen müßten und mit Diäten bedacht werden könnten. Seine Anhänger unter Volksvertretern kann ein Minister zu sich laden; aber Oppositionsführern gegenüber wird jeder Staatsmann von wirklich staatsmännischem, ja von blos gentleman'schem Takte die Nothwendigkeit erkennen, die Annäherung durch vertrauenswürdige Vermittler einzuleiten. — Was wird nun geschehen? Die Offiziösen sprechen schon von administrativem Hochdruck und sogar von einem Kriegslager in der Nähe Prags und sie hoffen auf das Rettungsmittel der Wahlreform. Das ist alles eitel und nichtig. Auffallend ist es, daß nicht der Ministerpräsident, sondern Herr v. Plener nach Ofen gegangen, um dem Kaiser Vortrag zu halten. Herr v. Hasner soll durch die Krankheit seiner Gattin abgehalten worden sein.

Die Presseleitung ist nun an das Landesministerium übergegangen und wird in höchster Instanz vom Ministerpräsidenten dirigirt werden. Nun, Thatsache ist, daß die bisherige Presseleitung, ungeachtet sie überaus rührig war, ganz entschieden Fiasco gemacht hat, daß es ihr nicht im geringsten gelungen ist, die öffentliche Meinung für die Regierung zu stimmen. Es ist abzuwarten, ob die neue Leitung geschickter sein wird. Graf Beust hat zu guter Letzt noch in der Wiener Abendpost feierlich erklärt, daß er gegen das Ministerium keinen geheimen Krieg führe. Originelle Regierungsverhältnisse!

Durch das Erwerbssteuergesetz hat das Ministerium den letzten Rest seiner einstigen Popularität verloren, und das Abgeordnetenhaus theilt dieses Schicksal, obwohl es einige Milderungen beschlossen hat. Wenn die Herren Volksvertreter während der Fastenferien Zeit gefunden haben, die Stimmung des Volkes kennen zu lernen, so werden sie das Gesetz in dritter Lesung verwerfen. — Minister Stremayr hat bei den Liberalen unglücklich debutirt durch die Erklärung, daß er die konfessionellen Fragen nicht durch ein allgemeines Religionsgesetz, sondern durch Spezialgesetze lösen wolle.

Der Seherstrife dauert fort zum empfindlichen Nachtheile des Publikums und gewiß auch der Druckereibesitzer. Die Journaleigenthümer profitieren materiell, dem Rufe der Wiener Journalistik aber wird das gemeinsame Blatt gewiß nicht nützen. Das Publikum aber ist geduldig, zumal man ihm vor der Arbeiterbewegung im allgemeinen Angst macht, ihm einredet, es handle sich um die Verhütung eines wirtschaftlichen Umsturzes. Und so sprechen vorzugsweise diejenigen Journale, welche früher, solange es nicht an ihren eigenen Sädel ging, sehr feurig für die Interessen der Arbeiter gesprochen haben! Nun will man Gießerinnen und Seherinnen bilden. Also die Mädchen und Frauen sollen wohlfeiler arbeiten, die armen Geschöpfe sollen auch bei dieser Arbeit, wie bei den meisten ihrer andern Hunger leiden, weiße Sklavin sein! Man warte nur; die Arbeiterinnen werden bald ebenfalls striken.

M u s I a n d.

Das französische Ministerium hat durch Ollivier und Daru einen Sieg errungen, es hat nun nur diejenigen gegen sich, welche kaiserlicher sein wollen, als der Kaiser selber. Napoleon III. soll in hohem Grade konstitutionell vergnügt sein. Es trifft das sehr günstig damit zusammen, daß das Kind Frankreich in diesem Monat vierzehn Jahre alt, also nach altem und neuem französischen Staatsgesetz volljährig, d. h. regierungsfähig wird.

Auch Bismarck hat einen Sieg errungen, indem er den Lascker'schen Antrag der Nationalliberalen gegen die Politik des Abwartens aus dem Felde schlug. Neben diesem politischen Siege wird Bismarck leicht die kriminalistische Niederlage verschmerzen, die er in Betreff der Todesstrafe erlitten, deren Abschaffung der Reichstag beschloß.

Die Türkei hat wunderbarerweise fortwährend Geld, um zu Land und zur See gewaltig zu rüsten. Die Pforte leidet in der That an einem Uebermuthesigel, dessen Ueberreiz lebensgefährlich werden kann.

Richard Wagner's die „Meistersinger von Nürnberg.“

(Zur ersten Aufführung im k. k. Hofopertheater am 27. Februar l. J.)

H. W. — Nachdem Richard Wagner die Welt der Götter und Gespenster, Leute von wenig beglaubigter Herkunft bereits in einigen Opern verherrlicht hat, war es kein übler Gedanke von ihm, des Späßes halber einmal auch sich selbst auf den weltbedeutenden Brettern zu glorifiziren. Seinen Kampf mit dem Judenthum auf die Bühne zu bringen, das ging freilich nicht an, da wäre die Sache zu tragisch und am Ende gar nicht aufgeführt worden. Aber sein gespanntes Verhältniß zu den musikalischen Gesetzen, seine ritterliche Kühnheit, mit all Denen, die bisher als „Meister“ galten, anzubinden, seine höhere Mission, den ganzen Mozart'schen Formeltram durch urwürdhige Kunst über den Haufen zu werfen, das Alles ließ sich ganz prächtig mit dem Mantel eines Dramas umkleiden, das — wie sich von selbst versteht — mit einem kolossalen Siege des Musikreformators über die alten Philisterzöpfe endet. Weil aber jeden Mannes, und insbesondere Herrn Wagners Zier die — Bescheidenheit ist, so wollte er die anzüglichliche Geschichte doch nicht im Tageslichte der Gegenwart, sondern hübsch weit hinten im Dämmer des Mittelalters vor sich gehen lassen. Da stieß er in seinen historischen Forschungen auf eine Zeit, wo Schuster, Seifensieder, Kupferschmiede u. dgl. sich einbildeten, Dichter und Sänger zu sein, weil sie gewisse, von ihnen selbst verfaßte Kunsthandwerksregeln anzuwenden wußten, und wo diese braven Leute sogar von der „öffentlichen Meinung“ (die damals noch nicht Zeitungsformat hatte) als Künstler anerkannt wurden. Es war die Zeit der deutschen Meistersingerei, wie jeder Gymnastast weiß: die Periode tiefsten Verfalls unserer nationalen Poesie, und nicht minder auch des Gesanges. Wenn Richard Wagner die Prätenfion hat, sich als Sieger über diesen Kunstgeschmack und über dieses Können zu proklamiren, so ist er wirklich nicht unbescheiden. Uebrigens muß der Kampf natürlicher Begabung gegen bornirte Kunstvorschriften auf jedem Gebiete, und gewiß auch auf dem musikalischen, allerdings als ein ganz geeignetes Sujet für ein Kunstwerk, für eine deutsche Oper angesehen werden, und so entstanden denn in dem zweifellosen Bestreben, aus einer allgemein gültigen Idee ein recht ansehnliches Kapital für persönliche Interessen zu schlagen, die vielgenannten „Meistersinger von Nürnberg“, zu denen Herr Wagner Text und Musik geliefert hat, denn nur

„Der Dichter, der aus eig'nem Fleiße,
Zu Wort und Reimen, die er erfand,
Aus Tönen auch fügt eine neue Weise,
Der wird als Meistersinger erkannt.“

Nun, wer sollte in dieser Oper den „Meistersinger“ Richard Wagner nicht

erkennen, wenn auch der Held des Stückes Walthar von Stolzing heißt? Denn nicht Walthar, sondern Wagner ist es, der sich unbekümmert um die Tabulatur unserer Musikschulen, unter die modernen Meisterfinger wagt, d. h. unter die Zunft der pedantischen „Notensucher“, die alles nach den eingetretenen Regeln des Klassizismus beurtheilen; er ist es, der mit seiner, von der Zunft verurtheilten Musik ohne Absatz („unendliche Melodie“), ohne Koloratur und ohne das, was die Zunft Melodie nennt, an das Volk selbst appellirt und hier einen Beifall findet, der, nach der Versicherung des Librettisten, selbst die zopfigen *Meister* bewegt, ihn, den halb unwilligen, als *Thersgleichen* anzugerkennen.

Leider ist aus dem Sujet unter Wagners Händen nicht das geworden was daraus werden konnte. Erschrickt man schon über die Länge des Textbuchs (125 Seiten!), so wird der Schrecken noch intensiver durch das, was auf so vielen Blättern in deutscher Sprache gedruckt und gefresselt worden ist, und was durch einige gelungene Stellen nicht aufgewogen wird. Die Hälfte des ganzen Libretto besteht aus dem armseligsten Geschwätze und verliert sich nicht selten auf ein Gebiet, auf dem man Leuten von gesundem Verstande und Autoren von einiger Bildung nicht zu begegnen pflegt. Manche Verse Wagners würden im Munde Nestor's Furore gemacht haben. Von zahllosen, schauderhaften Reimen und Sätzen, an denen nichts außer den Buchstaben deutsch ist, gar nicht zu reden. Daneben die langweiligsten theoretischen Auseinandersetzungen und Belehrungen über die Form des Meistergesangs, über die verschiedenen Namen der „Töne“ oder „Weisen“, was nur dazu dienen kann, dem Publikum die ganze Erbärmlichkeit jener Kunstperiode vor Augen zu halten, für welche uns Wagner in seiner Oper interessiren will. Das komische Element, das für die heutige Zeit in der ernsthaften Handhabung der Tabulaturgesetze liegt, verliert durch solche Umständlichkeit die heitere Wirkung, und was sonst noch „komisches“ geboten wird, hat ganz den Charakter der niedrigsten Poesie; so namentlich die kolossale Prügelei zwischen den Bürgern, Meistern, Gefellen und Lehrbuben der guten Stadt Nürnberg, womit der 2. Akt schließt.

Einen andern Opernkomponisten würde man wegen eines fehlervollen Libretto bedauern und sagen: „Er konnte nicht, wie er wollte, denn der eigensinnige Dichter ließ nicht mit sich handeln.“ Bei Richard Wagner jedoch muß unser Urtheil anders lauten. Er macht seine Texte selbst, weil ihm Niemand so zu Danke arbeiten könnte, wie er selbst. Er legt auf seine Dichtung um so größeren Werth, weil er sie ja den Völkern der gebildeten Welt als Muster hinstellt, wie ein Text aussehen müsse, um würdig zu sein, von dem Vater der Zukunftsmusik komponirt zu werden. Und wahrlich, er hat sich's nicht wenig kosten lassen, seine Meisterfingerverse musikalisch zu illustriren. Eine Oper, die — ohne Kürzungen — volle sechs Stunden dauert, binnen welcher Zeit großentheils die trivialsten oder langweiligsten Dinge hochpathetisch deklamirt und musikalische Prügeleien auf gar brastische Weise in Scene gesetzt werden, ist freilich

nicht mehr eigentlich komisch zu nennen, denn nach Verlauf der ersten drei Stunden hat das Publikum den Standpunkt des „Spaßes“ bereits überwunden, aber der Rede ist sie allerdings werth, und Herr Wagner hat schon vor zwei Jahren Sorge getragen, daß von den „Meisterfingern“ in ganz Deutschland und darüber hinaus gar viel geredet und geschrieben wurde. Jenen unserer Leser, welche sich um musikalische Dinge bekümmern, werden die verschiedenen Kritiken pro und contra von der Münchener Aufführung her noch in der Erinnerung sein. Im Munde der Wagnerianer heißen die „Meisterfinger von Nürnberg“ bekanntlich das „erste deutsche Nationallustspiel.“ Wir selbst sind der Ansicht, daß die Grundidee dieser Oper wirklich dem Genre der komischen Oper angehöre, und daß sie von innen heraus in dieser Richtung musikalisch dramatisch entwickelt werden mußte.

Wie sieht es nun aber mit der Musik der „Meisterfinger“ aus? In der einzigen Schlussscene des 3. Actes schlägt Wagner den echten, ungezwungenen Ton der komischen Oper an und versteht ihn ein halbes Stündchen lang festzuhalten; alle übrigen Versuche, komische Wirkungen feinerer Sorte zu erzielen, beschränken sich selbst bei der gelungensten Figur des „Lustspiels“, bei Hans Sachs, höchstens auf einzelne Momente, oder gehören (wie die Gesänge Beckmessers, des Lölpels unter den Meisterfingern) jener niedrigsten Stufe des Lächerlichen an, dessen Schauplatz vielleicht kaum in den Auen des Wurstelpraters zu finden ist. Das komische Element, das im philiströsen Formalismus der ganzen Sängerkunst liegt, ist unverwerthet geblieben, oder wol gar mit ernsthaftem Pathos aufgefaßt worden. Der ganze erste Act ist einer dürrn Wüste zu vergleichen, in welcher der Wanderer anderthalb Stunden lang herumirrt, um irgend ein Laßsal zu finden, und froh sein muß, wenn ihm statt eines frischen Trunkes ein paar Tropfen nicht allzuklaren Wassers in den Mund kommen. Da ist man dann freilich in der rechten Stimmung, dem lieben Gott für Alles zu danken und auch über Pogners Anrede an die Meister und über Walthers Gesang „am stillen Herd zur Winterszeit“ entzückt zu werden. Was übrigens die lyrische Partie Walthers betrifft, so kann man nicht in Abrede stellen, daß sie sehr große Schönheiten aufweist, und daß insbesondere die „Morgentraumdeutweise“ geeignet ist, auch den zopfigsten Kopf zu beifälligem Nicken zu bewegen. Diese „Weise“ spielt aber freilich in der Oper eine ziemlich aufbringliche Rolle und läßt sich öfter hören, als im Interesse der melodischen Mannigfaltigkeit erwünscht sein kann.

Die erste Hälfte des 2. Actes zeichnet sich durch eine wahrhaft poetische Behandlung des orchestralen Theiles aus und könnte ein reizendes Melodrama bilden, welches aber oft bis zur Unleiblichkeit dadurch entstellt wird, daß auf der Bühne nicht einfach gesprochen, sondern gesungen wird. Das läppische Dreinsingen zerstört jeden Genuß an der schönen zarten Konversation der Instrumentalstimmen. Daß Wagner überhaupt das Orchester mit ganz anderer Liebe und

Sorgfalt behandelt als die menschlichen Stimmen, ist eine längst bekannte Thatsache. Der Festmarsch beim Aufzuge der Zünfte im 3. Akte ist ein glänzendes Stück, aus welchem auch die Ouvertüre zugeschnitten wurde.

Die Oper erfreute sich in Wien bedeutender Abkürzungen und in jeder Hinsicht der sorgfältigsten Aufführung; jeder Mitwirkende leistete sein Bestes, obenan die Herren Walter (Walther von Stolzing) und Beck (Hans Sachs); aber auch die kleineren Rollen waren gut vertreten; insbesondere die kitzlige Partie Beckmessers durch Herrn Campe. Das allergrößte Verdienst darf Herbeck beanspruchen; nur hätte er sich dadurch nicht verleiten lassen sollen, vom Dirigentenpulte auf die Bühne zu steigen, um sich gleich einem Akteur für den Beifall des Publikums zu bedanken. Dieses war in zwei feindliche Parteien gespalten, aus deren Mitte man ebenso wüthendes Beifallsgejohle wie Zischen und Pfeifen vernehmen konnte. Weder das Eine noch das Andere ist gerechtfertigt; man hat mit dieser Oper von jeher im freundlichen und feindlichen Sinne weit mehr Lärm gemacht, als sie verdient. Man kann den größten Theil derselben ruhig über sich ergehen lassen, wie Dugende anderer Opern, die weniger „neu“ und dadurch für uns kaum weniger langweilig sind, als Wagners neue Oper, und man kann auch die Vorzüge der „Meistersinger“ ohne allzu große Ueberraschung dankbar anerkennen, denn es weiß ja doch längst schon Jeder, was er von Richard Wagner zu erwarten hat. Gewiß keine Reform der komischen Oper.

Geschichtliche Beiträge.

Nur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

(Fortsetzung.)

X.

Rückgang des Hauses Habsburg.

Nach dem Tode Albrechts machte das Haus Habsburg in seiner Herrlichkeit bedeutende Rückschritte. Unter Albrecht hatte es den deutschen Thron inne und auch eine Zeit lang die böhmische Krone getragen, und es war alle Hoffnung vorhanden, nicht nur letztere Krone wieder zu erlangen, sondern auch die deutsche bei dem Hause zu behaupten. Mit dem Tode Albrechts stürzte dieses Machtgebäude zusammen. Den Kaiser überlebten fünf Söhne, und obwol sie den ältesten, Friedrich den Schönen, als ihren Oberherrn erkannten, traten sie doch gemeinschaftlich in den Besitz der österreichischen Länder, was schlimme Parteiungen und Schwächung der Hausmacht befürchten ließ. Friedrich der Schöne

bewarb sich eifrig um die deutsche Krone und er wurde auch wirklich unter den Kandidaten genannt, aber als der letzte unter sechs. Die Kurfürsten wollten aber keinen dieser Kandidaten, sondern wählten am Katharinentage 1308 den wenig begüterten und bis dahin kaum genannten Grafen von Luxemburg, der als Heinrich VII. den deutschen Thron bestieg. Die Habsburger leisteten ihm ohne Widerrede die Anerkennung, und er versprach, sie mit den österreichischen Ländern zu belehnen, verschob das aber so lange, daß die Hausmacht Habsburgs unsicher erschien.

Friedrich der Schöne wollte sich nun wenigstens durch die Realisirung der einen Absicht seines verstorbenen Vaters, nämlich durch die Erwerbung der böhmischen Krone entschädigen. Albrecht hatte mit dem König von Böhmen, Heinrich dem Rärntner nicht Frieden geschlossen, und es waren in Böhmen und Mähren mehrere Plätze von österreichischen Truppen besetzt. Friedrich ließ nun die Bewohner dieser Orte für sich in Eid und Pflicht nehmen, proklamirte sich als König von Böhmen und sammelte ein Heer, um sich das Königreich zu erobern. Von dem trügen, den Böhmen bereits verhaßten Heinrich schien kein ernstster Widerstand zu fürchten zu sein, aber der Bruder desselben, Herzog Otto von Kärnten machte dem Habsburger eine gefährliche Diversion, indem er in Steiermark einbrach und zugleich den ungarischen Grafen Heinrich von Gäßing zur Feindschaft gegen Oesterreich aufreizte. Dadurch sah Friedrich der Schöne sich veranlaßt, mit Heinrich Frieden zu schließen. Die beiden Fürsten kamen in Jmair zusammen, Friedrich verzichtete auf alle Ansprüche auf Böhmen und dessen Kronländer, und Heinrich sicherte ihm dafür die Zahlung von 45.000 Mark großer Prager Pfennige zu.

War nun diese Verzichtleistung auf das begierig ersehnte herrliche Königreich ein harter Schlag für das Machtansehen Habsburgs, so lag doch einiger Trost, einige Bernähigung wenigstens darin, daß eben der träge und unbeliebte Heinrich von Kärnten auf dem böhmischen Throne saß und wenig Hoffnung hatte, denselben bei seinem Hause zu erhalten. Doch die Habsburger mußten noch Schlimmeres erfahren.

Die Unzufriedenheit der Böhmen mit ihrem trügen kärntnerischen Heinrich steigerte sich bis zur offenen Empörung. Zur Unterdrückung derselben rief Heinrich kärntnerische und meißnische Truppen ins Land, wodurch er in den Augen der Böhmen zum Landesverräther wurde. Die Stände schrakten nun nicht mehr vor dem Entschlusse zurück, den König abzusetzen und einen neuen Herrscher zu wählen. Einige Herren wollten die Aufmerksamkeit auf Friedrich von Oesterreich lenken, doch der Vorschlag wurde verworfen, und man beschloß, einen Sprößling des neuen luxemburgischen Kaiserhauses zu wählen und denselben mit der allgemal beliebten, schönen und geistreichen Prinzessin Elisabeth, Tochter Wenzels II. zu vermählen. Der Abt Konrad von Königsaal, welcher eben zu einem Generalcapitel des Cisterzienserordens nach Frankreich reiste, übernahm den Auftrag,

den Kaiser Heinrich VII. von dem Stande der Dinge in Böhmen zu unterrichten. Der Abt traf den Kaiser in Heilbronn, schilderte ihm das Unglück, in welches die Mißregierung Heinrichs das Königreich Böhmen gebracht, und bat um Abhilfe. Der Luxemburger ergriff die Gelegenheit, seine Macht über Böhmen auszudehnen, mit Freuden. Er erklärte über Böhmen verfügen zu wollen, da es durch das Aussterben des Mannsstammes der Přemysliden ein eröffnetes Reichslehen wäre, und Heinrich von Kärnten als König von Böhmen keine kaiserliche Bestätigung erlangt hätte. Da bat der Abt den Kaiser, er möge das Erbrecht der Töchter Wenzels II. nicht kränken und besonders die Prinzessin Elisabeth bedenken, welche durch ihren Charakter und durch die Liebe des böhmischen Volkes allein geeignet wäre, das Königreich wieder glücklich zu machen. Der Kaiser verstand diesen Wink, er versprach einstweilen, daß keine andere als Elisabeth Königin von Böhmen werden sollte; er wußte schon, welchen König er ihr an die Seite geben würde.

Mittlerweile wüthete in Böhmen und besonders in Prag ein blutiger Kampf zwischen den Böhmen und den fremden Truppen Heinrichs. Das Volk siegte, und der König sah sich bald auf die Burg auf dem Grabschin beschränkt. Er steigerte die Erbitterung gegen sich dadurch, daß er unter Preisgebung böhmischer Gebiete und Rechte mit dem Markgrafen von Meißen ein Bündniß zur Unterdrückung des Aufstandes schloß. Jetzt hielten die Stände im Juni 1310 einen feierlichen Landtag und beschloßen offen, eine Gesandtschaft an den Kaiser zu schicken und von ihm seinen Sohn Johann zum König von Böhmen und zum Gemal der Prinzessin Elisabeth zu erbitten.

Heinrich VII. hielt eben einen Reichstag zu Frankfurt a. M. Dort empfing er die böhmische Gesandtschaft mit großen Ehren und hörte das Anliegen der Stände Böhmens mit innigem Wohlgefallen. Doch wollte er nicht seinen erst vierzehnjährigen Sohn Johann, sondern seinen Bruder Walram auf den böhmischen Thron setzen; als aber die Gesandten mit ernster Entschlossenheit bei dem Beschlusse des Landtages und des Volkes von Böhmen beharrten, gab der Kaiser nach. Am 24. Juli 1310 wurde nun zu Frankfurt ein Fürstengericht gehalten, welches entschied, daß Heinrich von Kärnten, als im Vann der Kirche und des Reiches befindlich, von den böhmischen Ständen keinen giltigen Eid habe empfangen können, daß ihm daher kein Recht auf die böhmische Krone zustehe. Darauf erklärte Kaiser Heinrich, daß er mit Einwilligung der Kurfürsten seinen Sohn Johann zum König von Böhmen ernenne und denselben mit der böhmischen Erbprinzessin Elisabeth vermählen werde, welche zu diesem Behufe aufgefördert wurde, nach Speyer zu kommen. Hier wurde am 24. August der vierzehnjährige Johann mit der achtzehnjährigen Elisabeth getraut, und die Hochzeit drei Wochen lang mit glänzenden Festlichkeiten gefeiert. Dann zog das junge Königspaar, begleitet von dem Erzbischof Peter von Mainz und dem Grafen von Henneberg, als Bevollmächtigten des Kaisers, nach Nürnberg, wo ein Herr

versammelt war, um den König Johann nach Böhmen zu führen. Er mußte sich den Thron in der That erst erkämpfen, denn der Meißner leistete dem abgesetzten König mächtige Hilfe. Da jedoch das Volk für Johann war, da ihm alle Städte, auch Prag, freiwillig die Thore öffneten, da sich endlich auch der Meißner zurückzog, weil er von dem Kaiser mit der Reichsacht bedroht wurde, mußte Heinrich sich seinem Geschehe unterwerfen. Erst nachdem seine Gemalin Anna, (auch eine Tochter Wenzels II.) sich dem Erzbischof von Mainz zu Füßen geworfen hatte, wurde dem unglücklichen Königspaare erlaubt, Böhmen zu verlassen. Sie haben es nie mehr betreten; Heinrich führte jedoch bis zu seinem Tode den böhmischen Königstitel fort.

Am 7. Februar wurden Johann und Elisabeth in der Domkirche von Prag durch den Erzbischof Peter von Mainz unter dem Jubel des Volkes gekrönt.

So hatten nun die Habsburger an dem Hause Luxemburg einen mächtigen Nebenbuhler. Doch sie machten gute Miene zum bösen Spiele; Albrechts Söhne hatten nicht den stolzen Sinn des Vaters. Friedrich der Schöne beeiferte sich, mit dem neuen König von Böhmen in ein freundschaftliches Verhältniß zu kommen. Er verzichtete auf die Summe, welche ihm Heinrich von Kärnten zugesichert und für die ihm ein Theil von Mähren verpfändet war. Als König Johann sich in Mähren huldigen ließ, kam Friedrich der Schöne mit ihm in Raigern zusammen und erneuerte die Verzichtleistung auf das Pfandrecht, sowie überhaupt auf alle Ansprüche auf die böhmischen Länder. Im nächsten Jahre (1312) kam König Johann nach Wien, schloß mit den Herzogen von Oesterreich ein Bündniß und versprach ihnen in seiner Eigenschaft als Reichsvicar, wozu ihn sein Vater, Kaiser Heinrich beim Antritt seines Römerzuges ernannt hatte, Schutz und Beistand gegen alle Feinde. Dieses Verhältniß der Habsburger war nach der Rolle, welche die habsburgischen Kaiser Rudolf und Albrecht gespielt, ein sehr demüthigendes und ganz entgegengesetzt demjenigen, welches Kaiser Albrecht für sein Haus gegenüber von Deutschland angestrebt hatte.

Aber schon unter Albrecht selber hatte das Haus Habsburg gerade in seinen Stammlanden, der heutigen Schweiz, eine sehr schlimme Erfahrung gemacht, eine weithin wirkende Erschütterung seines Ansehens erlitten. Diese Erfahrung war die Entstehung des Schweizer Bundes, der schweizerischen Eidgenossenschaft. Unmittelbar war dieser Bund keine Schmälerung, sondern eben nur keine Erweiterung der habsburgischen Macht, in der Folge aber entwickelte sich derselbe zu einem Feinde, an dessen Bekämpfung das Ansehen der habsburgischen Fürsten scheiterte und ein großer Theil der einstigen Popularität des Hauses verloren ging. Man darf sagen, daß die Habsburger im ganzen Verlauf ihrer Geschichte durch die Erinnerung an ihre Schweizer Kämpfe gelitten haben.

Es ist kaum eine andere Geschichtsepisode so allgemein und gründlich bekannt, wie die Entstehung des Schweizer Bundes; Chronisten, Historiker und Dichter haben die Männer vom Rütli verewigt. Wir erwähnen daher hier nur

kurz die Veranlassung des folgenreichen Ereignisses. Das Haus Habsburg war in den Landen, welche jetzt die eigentliche Schweiz bilden, sehr mächtig. Es besaß den Thurgau und Aargau zum größten Theile, darin die Grafschaften Habsburg, Kyburg, Baden und Venzburg lagen. In Luzern, Freiburg, Zug und Glarus hatten die Habsburger ausgedehnte Besitzungen und übten wichtige Vogteirechte aus. Dagegen waren Zürich, Bern und Solothurn freie Reichsstädte, und ebenso sahen sich die sogenannten Waldstädte Schwyz, Uri und Unterwalden als reichsfrei an. Nun hatte schon Kaiser Rudolf den hohen Plan gefaßt, das Königreich Arelat und Burgund wiederherzustellen und es neuerdings in feste Verbindung mit dem deutschen Reiche zu bringen. Kaiser Albrecht erbte diesen Plan, beschränkte ihn aber dahin, bloß ein Herzogthum zu gründen. Den Kern desselben sollten die habsburgischen Besitzungen in der Schweiz und im obern Elsaß bilden. Zu diesem Behufe ging Albrecht mit mehr Eifer und Strenge, als Klugheit und Freisinnigkeit daran, nicht nur die wirklichen Besitzungen und Rechte Habsburgs klar zu stellen, sondern dieselben zu vermehren und zu erweitern, damit die Habsburger in dem neu herzustellenden Herzogthume möglichst unbeschränkte Herren würden. Dabei waren nun die freien Bauern und Hirten der Waldstädte ein Hinderniß. Albrecht suchte dasselbe zuerst friedlich zu beseitigen und hoffte, umso leichter ans Ziel zu gelangen, da die Waldstädter dem Hause Habsburg stets befreundet gewesen waren und namentlich den Kaiser Rudolf in seinen Kriegen ausgiebig unterstützt hatten. Albrecht forderte nun Schwyz, Uri und Unterwalden auf, freiwillig die Reichsunmittelbarkeit mit dem Schutze Habsburg-Oesterreichs zu vertauschen, und ließ ihnen für diesen Fall große und glänzende Vortheile verheißten. Die Waldstädte wiesen jedoch den Antrag ganz entschieden zurück. Sie versicherten zwar, daß sie dem Kaiser als dem allgemeinen Reichsoberhaupte allen schuldigen Gehorsam leisten, auch seinen Kindern in allen Wegen alle Ehre, Liebe und Dienstwilligkeit, soviel ihnen nur irgend möglich, erweisen wollten, erklärten aber zugleich, daß sie gestimmt seien zu bleiben wie von Alters her und wie es von den Vorfahren auf sie gekommen, nämlich als von Kaisern und Königen gefreite Leute, die vom Reiche nimmermehr verändert werden sollten; der Kaiser möge sie daher in Gnaden befohlen haben und ihre Freiheiten gnädiglich bestätigen, auch sie bei denselben handhaben und schirmen und diese ihre Antwort nicht in Ungnaden aufnehmen.

Kaiser Albrecht nahm aber diese Antwort sehr ungnädig auf, gab seinen Amtsleuten in Zug und Luzern Befehl, die stolzen Bauern der Waldstädte die kaiserliche Ungnade in jeglicher Weise empfinden zu lassen. Nachdem auf diese Weise viele Mißheiligkeiten entstanden waren, schickten die Waldstädte Gesandte an den Kaiser mit der Bitte, ihre Rechte und Freiheiten zu bestätigen und dem alten Herkommen gemäß, ihnen einen Richter über den Blutbann einzusetzen. Albrecht aber verweigerte die Bestätigung der Reichsfreiheit der Waldstädte und wies sie in Betreff des Blutbannes an seinen Amtmann zu Luzern und an seinen Vogt in Rothenburg. Darin sahen die freien Männer des Gebirges eine Beleidigung und Bedrohung. Dem Herkommen gemäß sollten die Blutbannrichter über die freien Bauern ebenfalls reichsfreie Eble sein; da nun Albrecht seine Dienstleute als solche Richter einsetzte, so fürchteten die Waldstädte nicht mit Unrecht, daß man ihre Anerkennung dieser Gerichtsbarkeit als Unterwerfung unter die Herrschaft des Hauses Habsburg geltend machen würde. Da nun die Amtsleute von Luzern und Rothenburg wirklich den Blutbann in den Waldstädten ausübten, so entstanden arge Streitigkeiten, welche schon zu blutigen

Konflikten führten. Abermals schickten die Waldstädte eine Gesandtschaft an den Kaiser mit der dringenden Bitte, ihnen alter Sagung und Gewohnheit gemäß einen freien Reichsvogt einzusetzen. Statt eines solchen reichsunmittelbaren Vogtes ernannte aber der Kaiser zwei seiner Dienstmänner als Landvögte, nämlich den Gefler von Brumet für Schwyz und Uri und den Peregrin von Landenberg für Unterwalden. Darin erkannten die Waldstädte das offene Bestreben, sie zu Unterthanen Habsburgs zu machen, zumal die beiden Vögte gegen das alte Herkommen, nach welchem der Reichsvogt nicht im Lande sesshaft sein durfte, ihren Sitz im Gebiete der Waldstädte nahmen, nämlich Gefler in dem Thurne von Altorf, und Landenberg in der Burg ob Sarnen. Letzterer setzte überdies den jungen frechen Edeltnecht Wolfenschieß als Burgvogt in die Feste Rospberg.

Diese Vögte verfuhrten nun gegen die Bewohner der Waldstädte mit harter Strenge und verübten an einzelnen Personen brutale Gewaltthaten, um, wie sie im Namen des Kaisers zu sagen beliebten, den Stolz dieser Bauern zu brechen. Abermals ging eine Gesandtschaft zum Kaiser, um Beschwerde zu führen und Abhilfe zu erbitten. Doch Albrecht ließ die Schwyzer Boten nicht vor sich, sondern wies sie an seine Rätthe, von denen sie nach langem Harren den Bescheid erhielten, „sie hätten sich ihre Leiden selber zugezogen, weil sie nicht gethan wie die andern, welche unter dem Schutze Habsburgs glücklich lebten; sie sollten nach Hause gehen, der Kaiser wäre mit wichtigeren Geschäften überladen, vielleicht werde er sie zu einer gelegeneren Zeit anhören.“

Dadurch hielten sich die Landvögte zu noch ärgeren Gewaltthaten ermächtigt. Der Junker Wolfenschieß drang in das Haus Konrad Baumgartens und verlangte von dessen schönen Frau, daß sie ihm ein Bad bereite und ihm dabei Gesellschaft leiste. Er wurde von Baumgarten erschlagen. Landenberg strafte die Freiheitsliebe des angesehenen Landmannes Heinrich von Melchthal dadurch, daß er ihm das schönste Paar Ochsen wegnehmen und ihm dabei sagen ließ, die Bauern sollten sich selber vor den Pflug spannen. Doch Melchthal's Sohn Arnold schlug den Knecht, welcher die Ochsen wegführte, so heftig auf die Hand, daß er ihm die Finger brach; dann floh er nach Uri, wo schon Baumgarten versteckt war. Darauf ließ Landenberg den alten Melchthal greifen und ihm beide Augen ausstechen. Gefler baute ein Zwing Uri und ließ auf dem Markte zu Altorf einen Hut aufstecken, dem jeder Vorbeigehende Ehrfurcht bezeigen mußte. Gefler beleidigte und bedrohte auch den angesehenen Werner Stauffacher, indem er, dessen schönes neues Haus betrachtend, sagte, „ohne seine Erlaubniß sollten die Bauern künftig keine Häuser bauen und sie dürften überhaupt nicht so frei leben, als ob sie Herren wären.“

Durch diese Rede des Vogtes beunruhigt, berieth sich nun Stauffacher mit dem reichen und weisen Landmanne Walter Fürst, der auch den jungen Melchthal ins Vertrauen zog. Diese drei Männer, nämlich Walter Fürst von Uri, Werner Stauffacher von Schwyz und Arnold Melchthal von Unterwalden vereinigten sich nun eidlisch über folgendes: „Jeder solle in seinem Lande bei seinen Blutsfreunden und andern vertrauten Männern um Hilfe und Beistand werben, sie unter Ablegung des Eides in das Bündniß ziehen, um die alte Freiheit wieder zu erringen, die tyrannischen Landvögte und ihre muthwillige Herrschaft zu vertreiben, einander bei Gericht und Recht zu schirmen und daran Leib und Leben zu setzen. Doch solle jedes Land dem heiligen römischen Reiche den gebührenden Gehorsam leisten, und jedweder solle seine Pflichten, die er gegen Gotteshäuser, Herren, Edle oder Uedle, inländische oder ausländische

habe, erfüllen, außer diese würden von ihren Freiheiten sie widerrechtlich zu verdrängen sich erdreisten.“

Die drei Verschworenen wirkten mit großem Erfolge unter den Landleuten. Aber auch der Adel war von den übermüthigen Landvögten vielfach beleidigt worden, und es traten daher die Herren Werner von Attinghausen und Ulrich von Rudenz dem Bauernbunde offen, viele Edle in Uri und Unterwalden aber heimlich bei. Bald war die Zahl der Verschworenen so groß, daß man, um ein voreiliges Losschlagen des ergrimten Volkes zu verhüten, darauf bedacht sein mußte, das Unternehmen durch einen festen einmüthigen Beschluß zu regeln. Es wurde also am Mittwoch vor Martini des Jahres 1307 eine nächtliche Versammlung auf dem Rütli abgehalten. Jeder der drei Stifter der Bundes brachte aus seinem Lande zehn der angesehensten und entschlossensten Männer mit, und diese Versammlung bekräftigte in andächtig feierlicher Weise den Bund und beschloß, daß am Neujahrstage des Jahres 1308 losgeschlagen werden sollte. Doch verpflichteten sich die biedern Männer, weder die Vögte, noch ihre Mannen zu tödten, außer im Falle dringender Nothwehr.

Doch bevor der Neujahrstag kam, wurde Uri von seinem Zwingherrn Gessler durch Wilhelm Tells sichertreffenden Pfeil befreit. Obwohl die Geschichte Tells von neuern historischen Zweiflern für eine bloße Sage erklärt worden ist, wird sie doch von allen Völkern bis ans Ende der Zeiten als merkwürdige Thatsache geglaubt werden. Die Verschworenen ließen sich durch die That Tells nicht zu früherem Losbrechen verleiten, aber getreu dem Rütlibeschlusse überrumpelten sie am Neujahrstage die Burgen Rosberg und Sarnen, trieben den Vogt Landenberg aus dem Lande und zerstörten Gesslers Zwing-Uri. Darauf ernannten die sämtlichen Bewohner von Schwyz, Uri und Unterwalden öffentlich und feierlich das Schutz- und Trugbündniß der Freiheit, und das ist der Ursprung der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Kaiser Albrecht würde gewiß nicht geögert haben, gegen die „rebellischen Schweizerbauern“ ins Feld zu ziehen, aber er hatte zunächst ein wichtigeres Anliegen, nämlich die Rüstung zur Erneuerung des Kampfes um die böhmische Krone, und schon vier Monate nach dem schweizerischen Ereignisse ereilte ihn der Tod durch Mördershand. So konnte die Eidgenossenschaft erstarken, und schon nach Jahresfrist stand der Bund so imponirend da, daß Albrechts Nachfolger auf dem Kaiserthron, Heinrich VII. demselben durch drei zu Konstanz am 3. Juni 1309 ausgestellte Urkunden die Freiheit bestätigte.

Das Haus Habsburg hatte durch die Gründung der schweizerischen Eidgenossenschaft nichts von seinem eigentlichen Gebiete verloren, denn die drei Kantone Schwyz, Uri und Unterwalden waren ihm nie wirklich unterworfen gewesen; aber das Ansehen des Hauses war in seinen eigenen Stammländern tief erschüttert, und das Herz des Volkes wandte sich von ihm ab. Albrecht's Söhne mußten bald die nachtheiligen Folgen erfahren, und diese entwickelten sich so omind, daß die Habsburger schließlich ihre schweizerischen Stammstge gänzlich verloren.

(Fortsetzung folgt.)

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schafelka.

Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Abmattstation: Laborstraße Nr. 52.

Druck von R. v. Baldeim

Die Reform.

No. 10.

Wien, den 10. März 1870.

IX. Jahrgang.

Der kirchliche Kampf.

Es gehört zur Aufklärungsmethode der Freigeister aller Zeiten, Religion und Kirche als etwas Untergeordnetes, Nebensächliches, vom allgemeinen öffentlichen, zumal vom politischen Leben gänzlich Getrenntes zu betrachten, als etwas, womit höhere gebildete Geister sich gar nicht mehr abgeben, was man lediglich als Privatsache dem Gefühlsbedürfnisse, der frommen Einfalt Einzelner, etwa gar nur jenen Armen am Geiste zu überlassen hätte, derer nach dem Evangelium das Himmelreich ist. Aber das wirkliche Leben widerlegt diese Theorie, es zeigt, daß die Idee der Religion und ihr Ausdruck in kirchlichen Formen ein unentbehrlicher integrierender Bestandtheil, ja der Hauptgrund und Zweck der gesammten menschlichen Gesittung in allen ihren Beziehungen ist. Der protestantische Historiker Leopold Ranke drückt dies in folgender Weise aus: „In Schule und Literatur mag man kirchliche und politische Geschichte von einander trennen; in dem lebendigen Dasein sind sie jeden Augenblick verbunden und durchbringen einander. — Wie es überhaupt keine menschliche Thätigkeit von wahrhafter geistiger Bedeutung geben wird, die nicht in einer tiefern, mehr oder minder bewußten Beziehung zu Gott und göttlichen Dingen ihren Ursprung hätte, so läßt sich eine große, des Namens würdige Nation gar nicht denken, deren politisches Leben nicht unaufhörlich von religiösen Ideen erhoben und geleitet würde, welche sie dann weiter auszubilden, zu einem allgemein giltigen Ausdruck und einer öffentlichen Darstellung zu bringen hat.“ Und der Philosoph Hegel sagt: „Das Geschäft der Geschichte ist, daß die Religion als menschliche Vernunft erscheine, daß das religiöse Prinzip, das dem Herzen der Menschen inwohnt, auch als weltliche Freiheit hervorgebracht werde. Die Freiheit im Staate ist bewährt und bestätigt durch die Religion, indem das sittliche Recht im Staate nur die Ausführung dessen ist, was das Grundprinzip der Religion ausmacht.“ Und Guizot sagt: „Sobald der Mensch aufhört an die übernatürliche Ordnung zu glauben und unter der Herrschaft dieser Ordnung zu leben, bringt sofort die Unordnung in den Menschen und in die menschliche Gesellschaft.“

Die Wahrheit aller dieser Sätze bestätigt sich wieder in unsern Tagen vor unsern Augen, sie ist der Grund und Zweck des immer heftiger werdenden kirchlichen Kampfes. Beide kämpfende Parteien erkennen die innige organische Verbindung des religiösen Lebens mit dem gesammten Kulturleben überhaupt; die eine Partei erhebt sich in dieser Erkenntniß für das Recht und die Pflicht,

diese Verbindung aufrechtzuerhalten, die andere fühlt sich zu dem Streben gedrängt, dieselbe aufzulösen und zu vernichten. Der Kampf wird nicht bloß im Katholizismus geführt, sondern auch im Protestantismus, denn dieser hat dieselben Gegner, weil es sich jetzt nicht um ein Mehr oder Weniger des religiösen Glaubens und der kirchlichen Disziplin handelt, sondern um diesen Glauben, um diese Disziplin überhaupt.

Es stehen sich die Extreme gegenüber. Die katholische Kirche, in ihren wesentlichsten Prinzipien angegriffen, in ihrer hierarchischen und theokratischen Verfassung, in ihrer organischen Einheit bedroht, stellt sich mit unerschüttertem Selbstbewußtsein, mit einem Muth, den selbst ihre Gegner anerkennen müssen, auf den Standpunkt, welchen sie in den Zeiten ihrer unbeschränkten Machtfülle eingenommen, und welchen der ultramontane Demokrat Jos. Görres in einer der unserigen ähnlichen Zeit mit folgenden stolzen Worten geschildert hat: „Dem Katholizismus ist sein Erstgeburtsrecht nicht um ein Linsengericht feil. Dieses Recht der Priorität und Erstgeburt wahrt sich die katholische Kirche ebensowol gegenüber vom Staate, wie gegenüber von andern Konfessionen. Daß sie dem Staate keine Ebenbürtigkeit zuerkennt, hat seinen Grund darin, weil Kirche und Staat als Ordnungen in der kreatürlichen Sphäre übereinanderstehen. Solcher Ordnungen sind drei; auf unterster Stufe die Ordnung oder der Haushalt der Natur, auf zweiter Stufe der Staat, auf dritter und höchster die Gnadenordnung der Kirche. Mit dem höheren Lichte durchscheint sie den Staat und theilt seinem irdischen Leben die Weihe des höheren Lebens zu, gibt also ihm wol Form, ihn über sich selbst erhebend, nimmt aber keine von ihm, weil dadurch für sie eine Deformation begründet und sie dadurch in Wahrheit unter sich hinabgestiegen wäre. Ebenso tritt die katholische Kirche mit keiner der Konfessionen, die sich von ihr ausgehoben, auf die gleiche Linie. Nur sie hat Anspruch auf ein göttliches Recht.“

Auf diesem Standpunkt steht Pius IX. steht die Majorität des Konzils, ja auch die Minorität der Väter theilt diesen Standpunkt, wenn sie es auch nicht so laut verkündet. Rom ist im Begriff die alten strengsten Lehren und Dekrete der katholischen Kirche neuerdings zu verkünden, Lehren und Dekrete, welche zwar niemals aufgegeben worden sind, die man aber gleichsam durch ein stillschweigendes Uebereinkommen lange Zeitläufte hindurch ruhen gelassen hat; Rom ist in Begriff, ein Attribut des Papstthums, welches bisher der freien frommen Devotion der Gläubigen überlassen war, nämlich die persönliche Unfehlbarkeit des Papstes (jedoch selbstverständlich nur im Betreff der kirchlichen Lehre und Disziplin) zum allgemeinen Glaubensgesetz zu machen.

Man könnte sich zu der Frage versucht fühlen, ob denn Pius IX. und die Majorität des Konzils der Mahnung eingedenk sind, welche der Apostel Paulus an die Römer geschrieben hat, nämlich: „Schicket euch in die Zeit.“ (12. 11).

Doch die jetzigen kirchlichen Römer antworten darauf wahrscheinlich: „Wir scheiden uns eben in die Zeit, wir thun, was wir in dieser Zeit nicht lassen dürfen. Man stürmt mit den Waffen des vollendeten Unglaubens gegen den Fels Petri; wir müssen daher auf demselben das Banner des reinen unveränderlichen Glaubens aufpflanzen. Man will sich nach vermessentlichem Gutdünken einen eigenen Katholizismus zurecht machen; wir müssen daher den echten Katholizismus verkünden, wie er war, ist und bleiben muß. Mögen die Ungläubigen von uns abfallen; wir selber müssen uns und der göttlichen Lehre trenn bleiben.“

Es ist offenbar, daß diese Haltung Roms der Welt imponirt. Wie geringschätzig und spöttisch man auch über das Konzil spricht, man fählt sich doch durch die voraussehtlichen Beschlüsse desselben sehr beunruhigt. Monarchen und Minister senden ängstliche Mahnungen nach Rom, und die Journalisten, welche zwar nicht genug Spott und Verachtung über die Ohnmacht des Papstthums haben, entwerfen doch schauerliche Schilderungen der Folgen, welche aus den Konzilsbeschlüssen entstehen würden. Doch diese Folgen werden gewiß nicht eintreten; diejenigen, welche sie schildern, glauben es selber nicht. Hat doch Cardinal Antonelli selber auf die Note Brüssls geantwortet, daß das Konzil eben nur die alten Lehren der katholischen Kirche republiziren, es aber dem Gewissen anheimgegeben bleiben werde, diese Lehren zu glauben und zu befolgen, oder nicht. Und so werden denn gewiß sehr Viele diese Lehren glauben, und ebenso gewiß werden Andere sich um dieselben gar nicht kümmern und doch nach wie vor Katholiken bleiben, oder wenigstens heißen.

Selbst die grimmigsten Gegner Roms wagen es nicht, eine gänzliche Niederlage desselben, den Sturz des Papstthums vorherzusagen; sie kündigen blos ein Schisma an. Nun, wenn ein solches eintritt, so wird Rom wie bei der lutherischen Reformation sagen: „Es ist besser, einen Theil zu verlieren, als das Wesen des Ganzen preiszugeben.“ Wir unserntheils glauben jedoch, daß nicht einmal irgend ein eigentliches Schisma, d. i. eine auch nur theilweise allgemeine Trennung von der katholischen Kirche eintreten wird. Allerdings stehen berühmte Bischöfe, ausgezeichnete Theologen, an deren strenger Rechtgläubigkeit bisher niemand gezweifelt hat, und hochgebildete notable katholische Laien gegen den Syllabus und die Infallibilität in Opposition; wir zweifeln jedoch, daß auch nur ein einziger dieser Männer im Falle der Dogmatifirung jener päpstlichen Sentenzen aus der Gemeinschaft der katholischen Kirche austreten wird. Und wenn es einer dieser oppositionellen Bischöfe thäte, so wäre es noch sehr die Frage, ob ihm auch nur seine eigene Diözese nachfolgen würde. Die Masse der katholischen Bevölkerung ist zum überwiegend großen Theile noch so kirchengläubig, daß sie etlicher neuer Dogmen wegen gewiß nicht von der Religion der Väter abgehen wird; und andernteils ist die Bevölkerung wieder so indifferent, ja bereits so gänzlich irreligiös, daß sie es gar nicht der Mühe werth

fände, eine Kirche mit einer andern zu vertauschen. Wie kann auch von einem Glaubenswechsel die Rede sein, wenn man stolz darauf ist, gar nichts mehr zu glauben!

Ein Schisma, eine Kirchenerneuerung kann nicht durch bischöfliche Episteln, durch theologische Streitschriften, und am allerwenigsten durch diplomatische Noten und antikirchliche Zeitungsartikel gemacht werden. Zur Gründung einer neuen Kirche genügt es nicht, dem Volke das Alte zu nehmen, man muß ihm dafür etwas Neues, Positives geben. Wäre Luther bei seinen negativen Sätzen stehen geblieben, so würde er keine neue Kirche gegründet haben. Luther nahm dem Volke die Tradition, die päpstliche Disziplin, er gab ihm aber dafür den sehr, ja starr positiven Bibelglauben und er wurde alsbald selber ein Buchstabenpapa genannt und er mußte es zu seinem schmerzlichen und zornigen Bedauern geschehen lassen, daß die weltlichen Regenten als Kirchenoberhäupter an die Stelle des Papstes traten und auch über das Gewissen der Unterthanen herrschten, daß Juristen und Bureauraten Glaubensbekenntnisse und Liturgien dekretirten. Die modernen Kirchenstürmer aber haben durchaus gar nichts, was sie dem ewigen religiösen Bedürfniß der Menschen bieten könnten.

In Folge der bevorstehenden Konzilsbeschlüsse mag der Protestantismus einige, vielleicht viele Anhänger gewinnen, aber schwerlich wird sich irgend ein ganzes Volk, oder auch nur ein kompakter Theil eines Volkes von der katholischen Kirche losagen. Ganz lächerlich aber ist es, wenn ein Wiener officiöses Blatt sich zu der Weissagung exaltirt, durch die Konzilsbeschlüsse werde ganz Europa protestantisch werden. Mit den Gesinnungsgegnossen solcher Blätter wäre dem Protestantismus wahrlich sehr schlecht gedient. Das wären eben solche Protestanten, wie Bayle sie charakterisirte, welcher, als ihn Cardinal Polignac fragte, ob er ein Anglikaner, Lutheraner oder Calvinist sei, antwortete: „Ich bin Protestant, denn ich protestire gegen alle und jede Religion.“

Wir glauben, daß man von dem Konzil einerseits zu viel hofft, andererseits zu viel fürchtet. Wir wollen nicht sagen, daß man viel Lärm um nichts mache; jedenfalls aber macht man zu viel Lärm. Keine Partei wird einen entscheidenden Sieg erringen, keine eine vernichtende Niederlage erleiden. Staat und Kirche werden sich nicht trennen, weil sie eben nicht auseinander können. Die Kirche braucht die staatliche Ordnung und sie sorgt für sich selbst, wenn sie diese Ordnung stützt und fördert; der Staat aber, wenn er sich auch moderner Weise in der sogenannten Konfessionslosigkeit gefällt, hat doch das höchste und dringendste Interesse daran, daß die Bewohner ein religiöses Konfiteor haben.

Kritische Streifzüge.

(Die Ausgleichsfrage und die Magyaren.) Als wir die Behauptung aussprachen, daß hauptsächlich der magyarische Einfluß den fünf Ministern den Sieg über die drei verschafft hat, war das nicht etwa bloß unsere individuelle Meinung, sondern eine allgemein verbreitete und auch gewiß nicht unbegründete Ansicht. Sämmtliche magyarische Journale haben für das Memorandum der Fünf plaidirt und die Vorschläge der Drei als föderalistische und dadurch gefährliche und verderbliche verdammt; Ungarn erhob sich wie ein Mann für Dr. Giskra.

Dieses Verfahren der Ungarn war zugleich konsequent und inkonsequent. Ersteres, weil ja die Magyaren den Dualismus diktiert hatten, der selbstverständlich nur aus zwei Einheiten bestehen kann, weil die Magyaren den Machtanspruch gethan, daß in der habsburgischen Monarchie fortan dies- und jenseits der Leitha je nur Eine freie Nation bestehen dürfe, und daß zwischen diesen zwei freien Nationen ein Herrschaftsbündniß bestünde. Da nun die Magyaren diese Fiktion von Einer freien Nation in ihrem Reiche wenigstens scheinbar realisiert haben, so sprachen sie sich konsequent für die fünf Minister aus, welche dieselbe Fiktion auch in dem eigentlichen Oesterreich realisiren wollten. Sie verlangten von dem Wiener Ministerium Gehorsam gegen das magyarische Diktat, sie erklärten, daß dies die Bedingung wäre, unter welcher Ungarn sich mit Oesterreich verbunden. Bei dieser Konsequenz wirkte auch die Furcht mit, denn da die Magyaren denn doch erkennen müssen, daß ihre eigene Einheit noch nicht für alle Zeiten fest begründet sei, so fürchteten sie, daß eine föderative Gestaltung Oesterreichs auf die ungarische Einheit auflösend wirken könnte. Die Magyaren verfuhrten aber zugleich inkonsequent, indem sie für die fünf Minister eintraten, welche sowohl die galizische Resolution, als die böhmische Deklaration für unausführbar erklärten, denn da die Magyaren selber dem Königreich Kroatien eine besondere staatsrechtliche Stellung eingeräumt haben, ohne daß dadurch der Dualismus beeinträchtigt worden wäre, so könnte ein ähnliches Arrangement gewiß auch mit den Königreichen Böhmen und Galizien getroffen werden. Zudem hatten ja notable magyarische Politiker sich früher offen für eine der kroatischen ähnliche Sonderstellung Galiziens ausgesprochen. Es war also inkonsequent von den Magyaren, nun plötzlich eine Politik zu befürworten, welche jeden Ausgleich überhaupt perhorreszirte. Auch bei dieser Inkonsequenz wirkte die Furcht mit. Weniger das, was die Ministerminorität wollte, als vielmehr die Art und Weise, wie es durchgeführt werden sollte, schreckte die Magyaren. Sie fürchteten, daß ein Reichsrath ad hoc einen allgemeinen Umschwung herbeiführen könnte, wie sie denn recht gut wissen, daß der außerordentliche Reichsrath Bel-

redi's sich dem magharischen Diktat nicht so blindlings unterworfen hätte, wie der ordentliche Reichsrath Beust's es gethan hat. Also erklärten sich die Magharen mit Heftigkeit gegen die Vorschläge der Herren Taaffe, Potocki und Berger, sie drohten für den Fall der Annahme dieser Vorschläge mit der Auflösung des österreichisch-ungarischen Pactes, ja sie stellten geradezu eine Revolution in Aussicht.

Mit besonderer Lebhaftigkeit und Aufrichtigkeit that dies die „Diplomatische Wochenschrift“ des Grafen Nikolaus Bethlen, und wir citirten die Aeußerungen dieses Blattes, um den Minister Giskra auf die Tendenzen seiner magharischen Protektoren aufmerksam zu machen. Wir lesen das Journal Bethlens überhaupt mit großem Interesse und halten es für bedeutender als manches große und vielgenannte Blatt, denn Graf Bethlen spricht in seiner diplomatischen Wochenschrift durchaus nicht als Diplomat, sondern mit der ganzen naiven Ungenirtheit, mit dem vollen rücksichtslosen Stolge eines echten Magharen und er verkündet gewiß die letzten Tendenzen aller Magharen ohne Unterschied der Partei.

Als sich nun das Wiener Ministerium ergänzt hatte, sagten wir, gestügt auf die früheren magharischen Aeußerungen, daß dieses deutschböhmische Ministerium schließlich mit den Polen umso lieber paktiren werde, als es dafür bei der Ablehnung eines Ausgleiches mit Böhmen u. s. w. der vollsten Zustimmung der Magharen sicher sei. Dieser unserer Behauptung tritt nun Graf Nikolaus Bethlen mit der Versicherung entgegen, daß dieselbe „jeder Begründung entbehre.“ Wir sind dem Herrn Grafen für diese Versicherung sehr dankbar und freuen uns, wenn unsere Behauptung jetzt nicht mehr begründet ist; früher war sie aber dadurch begründet, daß eben ganz Ungarn sich wie ein Mann für Dr. Giskra erhob, als derselbe einen Ausgleich mit Böhmen für unmöglich erklärte. Als wir unsere Behauptung niederschrieben, konnten wir freilich nicht denken, daß Dr. Giskra so bald von seinem Programm abgehen und versuchen würde, das von ihm für unmöglich Erklärte denn doch möglich zu machen. Dem Grafen Bethlen und den Magharen ist es dabei wol gerade so ergangen wie uns; wenn sie aber jetzt für den Ausgleich mit Böhmen sind, weil Dr. Giskra dafür zu sein scheint, so haben wir natürlich gar nichts dagegen, zumal wenn wir in der diplomatischen Wochenschrift folgende Motivirung lesen: „Die Sonderstellung der Königreiche Böhmen und Galizien hat mit dem Dualismus nichts zu schaffen, ebenso wie die Sonderstellung Kroatiens (oder daß Siebenbürgen durch einen königlichen Kommissär regiert wird) mit dem dualistischen Ausgleich in keinerlei Verbindung steht.“ Vortrefflich! aber doch gegen das Diktat Deak's, nach welchem in jeder Reichshälfte nur Eine freie Nation existiren soll. Gewiß kann zwischen den ungarischen und nichtungarischen Ländern der althistorische Dualismus, gewiß können alle freiheitlichen Errungenschaften des Königreiches Ungarn aufrecht bleiben, wenn auch in jeder Reichshälfte eine freie föderative

Organisation besteht. Die nationale und staatsrechtliche Opposition Cisleithaniens will den Ungarn wahrlich nichts nehmen; sie erlaubt sich nur die wohlmeinende Mahnung an dieselben, nicht allzu egoistisch alles für sich allein haben zu wollen, was unfehlbar zum Verderben des magharischen Stammes ausschlagen würde.

Die „Diplomatische Wochenschrift“ gibt dafür, daß Ungarn für das Ministerium Giskra eingestanden, einen merkwürdigen Grund an, sie sagt: „Wir wollen, daß das „bürgerliche“ Element in Oesterreich am Ruder bleibe, weil dies ein ungarisches Interesse ist.“ Das ist ein wahrhaft diplomatischer Satz. Warum ist es ein ungarisches Interesse, daß in Wien das bürgerliche Element am Ruder bleibe, während in Pest doch das adelige Element am Ruder ist? Etwa deshalb, weil das Wiener Bürgerministerium offenbar mit sehr wenig Geschick und Glück amtirt, während das Pester Adelsministerium glänzende Erfolge errungen hat und erringt; damit also Ungarn hübsch einen Vorsprung behalte, die hervorragende, die herrschende Rolle spiele?! Und repräsentirt denn Dr. Giskra, weil sein Vater ein Bürger war, und weil er noch kein Adelsdiplom besitzt, wirklich das eigentliche bürgerliche Element? — Uebrigens sollten wahrhaft aufgeklärte Männer, aufrichtige Patrioten denn doch schon über die Kastenunterschiede so erhaben sein, daß sie Minister wollen, die eben gut und glücklich zu regieren verstehen, ob sie nun bürgerlich oder adelig seien. Jedenfalls macht es einen sonderbaren Eindruck, daß ein Publizist, der jeden seiner Artikel mit „Graf Nikolaus Bethlen“ unterschreibt, dabei so dringend wünscht, daß bei uns Cisleithaniern das bürgerliche Element am Ruder bleibe. Aber während Graf Nikolaus Bethlen in dem Dr. Giskra das bürgerliche Element verkörpert sieht, macht er ihm doch folgenden Vorwurf: „Jeder muß zugestehen, daß es herzlich ungeschickt vom Minister des Innern gewesen, als er die Führer der Alt- und Jungcechen zu Ausgleichsberathungen einlud und zugleich das wichtigste Glied der czechischen Opposition, den czechischen Adel ignorirte.“ Klassisch magharisch naiv ist Graf Bethlen, indem er aus Anlaß der bekannten Cancan- und Trikotsgeschichte im Josephstädtertheater folgendes schreibt: „Ein System Giskra ohne Giskra wäre uns gar nicht unangenehm. Die Vorbeeren auf dem Gebiete der Sittenpolizei werden dem Minister Giskra keine Zeit übrig lassen, den Ausgleich der Völker zu betreiben, und es würde gar nicht schaden, wenn ein „anderer Bürger“ das Amt eines Ministers übernehmen und den Dr. Giskra gänzlich seinem Polizeiberufe überlassen möchte.“ — Ein System Giskra! Haben wir denn ein solches, hat Dr. Giskra ein System? Nein! Er und wir haben das von Deák diktirte System, und dieses ist in Cisleithanien eben unausführbar.

(Die russische Agitation in den untern Donauländern.)
Abermals wird Europa, besonders Oesterreich-Ungarn durch Schreckensnachrichten

alarmirt über „russische Wühlereien“ an der untern Donau. Polnische Stimmen sind es zunächst, welche diese Schreckensrufe ertönen lassen, und das Hauptorgan der österreichischen Verfassungstreuen, obwol sonst gegen polnische Schmerzensrufe ziemlich taub, macht sich sofort eifrig zum Echo der gegen Rußland gerichteten Klagen. Ja wol, diese Verfassungstreuen möchten so gern auf ihren Vorbeeren ruhen, aber das russische Gespenst läßt sie nicht schlafen, und da schreien sie beständig: „Die Russen kommen!“ und werden es so lange schreien, bis die Russen eines schönen Tages wirklich da sein werden.

Diesmal ist es die „Correspondance du Nord-Est,“ welche schrecken-erregende Enthüllungen über die russischen Umtriebe an der untern Donau macht. Es soll sich um nichts geringeres handeln, als um den Sturz des Fürsten Karl von Rumänien, um die Revolutionirung Bulgariens, um eine allgemeine Erhebung der christlichen Völker der Türkei. Thatsächlich beschränkt sich jedoch alles darauf, daß das bulgarische Aktionscomité, über dessen Auflösung unsere Türkenfreunde voreilig triumphirt haben, wieder fungirt, daß die nationale Partei in Rumänien mit den Führern der bulgarischen Bewegung sympathisirt, und daß Rußland an der untern Donau Agenten hat, welche nicht wie die Vertreter mancher andern Macht bloße Figuranten, sondern sehr thätig sind, und zwar selbstverständlich im Interesse Rußlands, zu diesem Behufe Land und Leute studiren, vielfältige Verbindungen anknüpfen, das Aufstreben der Stammes- und Glaubensgenossen werththätig unterstützen und dadurch für Rußland Sympathien und Vortheile gewinnen. Solches zu thun hat aber jeder Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht. Auch England und Frankreich vernachlässigen dieses Recht und diese Pflicht nicht. England hat überall thätige Agenten, wo für die britischen Interessen etwas zu hoffen oder zu fürchten ist, es läßt durch solche Agenten künftige Aktionen vorbereiten und hat sich auf solchem Wege in der alten und neuen Welt große Vortheile errungen, namentlich gerade auch im europäischen Orient. Frankreich hat zu allen Zeiten durch offene und geheime Agenten in aller Welt sich Einfluß, Vortheile, Herrschaft zu erringen gesucht und es thut dies jetzt mit großer Energie in Egypten, in Tunis und Tripolis, wie nicht minder in der europäischen und asiatischen Türkei. Rußland thut dasselbe und zwar vorzugsweise im Orient und es hat dafür in der That höhere Motive als England und Frankreich, weil es sich berechtigt und verpflichtet fühlt, die slavischen Stammes- die griechischen Glaubensgenossen zu unterstützen. Selbst die jüngste Großmacht, das mit sich selber noch lange nicht fertige Italien ahmt schon die so weit als möglich auswärts greifende Politik nach, und man wirft ihm eben jetzt zugleich mit Rußland vor, im Orient Umsturz- und Wühlereien zu treiben. Alle diese Staaten haben sich durch ihre Thätigkeit im Orient Sympathien, Parteien gewonnen; nur Oesterreich hat es durch seine unter Metternich begonnene und seitdem fortgesetzte Politik dahin gebracht, im Orient von allen Großmächten, besonders von Rußland überflügelt zu sein. In früheren Zeiten haben die christlichen

Völker der Türkei auf Oesterreich als auf ihren Hort, als ihren künftigen Befreier geblickt, haben sich nach der Herrschaft desselben gesehnt; jetzt ist dieses selbe Oesterreich jenen Völkern ein Gegenstand des Mißtrauens, der Furcht, des Hasses. Das ist die Wirkung der slavenfresserischen und türkenfreundlichen Politik, durch welche sich die neue Aera Oesterreich-Ungarns so traurig auszeichnet. Wahrlich, anstatt über die russische Thätigkeit beständig zu lamentiren und zu schimpfen, sollten unsere Verfassungstreuen und unsere Regierung diese Politik lieber nachahmen, sollten Rußland darin zu übertreffen streben.

Sie machen mit steigender Angst auf die Gefahren aufmerksam, welche dem Frieden Europas von der untern Donau her drohen. Sie haben darin nicht unrecht. Doch warum drohen aus jenen Gegenden Gefahren? Weil die christlichen Völker der Türkei mit ihrer jetzigen Lage nicht zufrieden sind und nicht zufrieden sein können. Wer also die orientalische Gefahr beschwören will, der muß die Unzufriedenheit dieser Völker als berechtigt erkennen, er muß ihnen Abhilfe zu schaffen suchen. Die Politiker unserer neuesten Aera thun aber das äußerste Gegentheil. Sie deklamiren von Civilisation und Freiheit und preisen zugleich die Türken als Musterregenten, sie verspotten und beschimpfen das Aufstreben der christlichen Völker und bedrohen dieselben mit dem Banne Europa's, wofern sie sich unterstünden, gleich andern Nationen vom Tode der Sklaverei auferstehen zu wollen. Dadurch werden gerade diejenigen, welche beständig über die russische Agitation lamentiren, selber die wirksamsten Agenten für Rußland, arbeiten mit durchgreifendem Erfolge der russischen Politik in die Hände. Wenn die christlichen Völker der Türkei sich von allen Staaten und Nationen, die sich als Führer der Freiheit und Civilisation rühmen, preisgegeben sehen, wenn sie vernehmen, daß die neuen Wiener Freiheitshelden es als Aufgabe Oesterreichs aufstellen, den status quo in der Türkei zu verewigen, wenn sie sehen, daß die Magyaren in ihrem Reiche die Slaven und Romanen unterdrücken und dabei ziemlich deutlich die Absicht verrathen, die Grenzen des Stephansreiches bis an den Balkan und das schwarze Meer auszudehnen; was Wunder dann, daß diese Völker sich zu Rußland hinwenden, welches ihnen Freundschaft erweist, Unterstützung bietet, Rettung verspricht, und zu dem sie überdies durch die Bande der nationalen und kirchlichen Genossenschaft hingezogen werden. Dieses Verhältniß ist in der That ein ganz natürliches, und daher übt Rußland im Orient eine natürliche Politik. Die Politik derjenigen aber, welche beständig die Freiheit im Munde führen und dabei den Völkern der Balkanhalbinsel ewige Knechtschaft diktireen wollen, ist widernatürlich und rechtswidrig.

Dabei wagen es diese Politiker, jenen Völkern die Hinneigung zu Rußland als Beweis ihres Slavenfinnes vorzuwerfen. In Betreff der Bulgaren widersprechen sie sich aber sofort selber, indem sie frohlockend behaupten, daß dieser Volksstamm keine Vorliebe für russische Intriguen habe. Das kann wahr sein, umsomehr da es eine offenkundige Wahrheit ist, daß überhaupt kein einziges

der christlichen Völker der Balkanhalbinsel russisch werden will. Alle diese Völker aber wollen frei werden, und wenn sie in diesem Freiheitsstreben von den civilisirten freien Völkern nicht nur nicht unterstützt werden, sondern wenn diese Völker, und besonders die Deutschösterreicher und Magyaren sich jeden Augenblick bereit zeigen, Hand in Hand mit den Türken die Slaven, Romanen und Hellenen zu unterjochen, dann ist es wahrlich nicht zu verwundern und noch weniger zu tadeln, daß die so Verlassenen, so mannigfach Bedrohten die Hilfe nehmen, wo sie dieselbe eben finden, also auch von Rußland, ja daß sie, zum Entweder-Oder gedrängt, ohne Zweifel die russische Herrschaft der türkischen vorziehen würden.

Und was bezwecken denn unsere halbmondsüchtigen Türkenfreunde mit ihren beständigen Denunziationen der russischen „Wühlereien“ im Orient? Sie adressiren ihre Klagen immer an die österreichische Regierung, und zwar im Tone eines bitteren Vorwurfs der Mitschuld durch Unterlassung der Abwehr. Selbstverständlich soll damit vorzüglich Graf Beust getroffen werden, dem es unsere türkenfreundlichen Publizisten schon als Verbrechen zurechnen, daß er zur Befreiung der serbischen Festungen vor den türkischen Garnisonen mitgewirkt hat. Was soll denn Graf Beust thun? Soll er etwa von der russischen Regierung verlangen, daß sie immer bei ihm anfrage, wie viele und welche Agenten sie in die türkischen Länder schicken dürfe, daß sie ihm die Instruktionen dieser Agenten zur Einsicht, Prüfung und Zensur unterbreite und überhaupt ihre orientalische Politik der österreichischen Kontrolle unterwerfe? Und soll in dem voraussichtlichen Falle, daß Rußland dieses Verlangen nicht erfüllt, Graf Beust Arm in Arm mit dem türkischen Padißchah gegen den Czar ins Feld ziehen? Wahrhaftig, unsere türkenfreundlichen Publizisten machen sich lächerlich, indem sie gleich Klatschfüchtigen Kindern beständig mit aufgehobenen Händen flennend und greinend schreien: „Der böse Ruß hat schon wieder da und dort dies und das gethan! der schlimme Ruß gibt uns gar keine Ruß!“ — Aber sie werden so lange die Russenglocke läuten, bis, wie das beim Wetterläuten nicht selten geschah, der Blitz gerade dort einschlagen wird, wo man ihn durch eitles Gebimmel und Gebamel verschonen zu können glaubte.

Aus der Bulowina.

(Rumänische Klagen.)

Auf welche Art die Bulowina an Oesterreich kam, ist geschichtlich bekannt. Bei der Uebnahme hat die österreichische Regierung die Wahrung des „Status quo“ in religiöser und nationeller Hinsicht garantirt; doch die bald nach Uebnahme des Landes getroffenen Verfügungen haben bewiesen, daß es der Regierung mit jener Garantie nicht ernst war, denn alsbald wurden Missionäre in's Land geschickt, welche den Zweck verfolgten, die Bewohner als Bekenner des

griechisch orientalischen Ritus, der katholischen Kirche in die Arme zu führen. Die Schulen wurden dem katholischen Konsistorium untergeordnet, welches nur katholische Glaubensbekenner als Lehrer anstellte und dadurch die Kandidaten griechisch orientaler Konfession zur Annahme des katholischen Glaubens zwang; das Land wurde als Kreis von Galizien unter die Statthalterei in Lemberg gestellt; es wurden Beamte polnischer, ruthenischer und deutscher Zunge in allen Gauen Bukowina's installiert, und binnen Kurzem war es dahin gekommen, daß in diesem Lande alle Macht sich in der Hand der Fremden befand, welche fortan nach Herzenslust germanisirt, polonisirt und ruthenisirt haben! Für die Volksbildung wurde nicht nur nichts gethan, sondern alle Einrichtungen derart getroffen, daß dem Volke die Schule geradezu verhaßt gemacht wurde. Die liegenden Güter des Bisthums und der Klöster wurden im Jahre 1786 eingezogen, und daraus der griechisch orientalische Religionsfond gebildet. Man rühmt die Weisheit dieser Einrichtung, und wahrlich, es hätte der griechisch orientalische Kultus und die Volksbildung bis heute einen anderen Aufschwung erhalten, wenn man diesen reich dotirten Fond für die ihm zugewiesenen Zwecke verwendet hätte. Wir wollen gegen Niemanden Vorwürfe erheben, dennoch können wir die Ansicht nicht unterdrücken, daß, wenn man diesen Kirchenfond, dessen Aktivkapitalien sich auf neun Millionen Gulden belaufen, für so gekräftigt ansah, um aus demselben für Kriegszwecke im Jahre 1859 eine Million und im Jahre 1866 hunderttausend Gulden zu schenken, um ferner zur Errichtung eines Hospitals in Jerusalem sechshunderttausend Gulden anzubieten und zur Erbauung eines Palastes für einen Bischof fremder Konfession, wie auch für ein benachbartes Kronland große Summen gegen sehr geringe Zinsen zu leihen, um dann für den griechisch orientalischen Bischof in Czernowitz einen Palast mit einem Kostenanwande von mehr als einer Million zu bauen und leztlich selbst die viel Geld verschlingenden, betriebschweren und eher Schaden als Nutzen bringenden Bergwerke in Jakobeni zu kaufen, so hätte dieser Fond für Kultus und Bildungszwecke denn noch mehr leisten sollen, als er bisher geleistet hat. Der Anblick der hutenartigen Kirchlein gerade auf den Religionsfondsgütern, dann der bedauerlichen Lage der Seelsorger und des Zustandes der Volksschulen überzeugt Jedem, welch' große Versäumnisse der Religionsfonds-Verwaltung zur Last fallen! In neuester Zeit wurden aus den Mitteln dieses Fondes einige Volksschulen subventionirt, dann ein Gymnasium in Suczawa und eine Ober-Realschule in Czernowitz errichtet. Damit geschah wol etwas. Aber wie sollen in diese Mittelschulen die Landesfinder kommen, wenn nicht früher für gute Volksschulen, wie auch für fähige und unterrichtete Lehrer gesorgt wird? Man hat eben das Gebäude vom Dache zu bauen begonnen!

Aber wenden wir uns einem anderen Uebelstande zu.

Als Bukowina an Oesterreich gelangte, bestand die Bevölkerung des Landes aus Rumänen und in dem sogenannten russisch Rimpolunger Okole aus

Ruthenen. Dessenungeachtet wurde die deutsche Sprache in der Administration und Justiz eingeführt. In dieser Sprache wird auch noch jetzt amtirt, trotz der Vorschriften der §§. 14, 237 und 238 der Gerichtsordnung, trotz des Hofdekrets vom 22. Dezember 1835 Z. 109. J. G. S., trotz der §§. 123 und 189 der Strafprozeßordnung, trotz des Erlasses des Staatsministeriums vom 4. Juli 1860 Z. 2166, trotz der Justiz-Ministerial-Verordnungen vom Jahre 1862 und 1865, sowie des Rundschreibens des Staatsministers vom 30. Juli 1865. Wir erinnern uns, daß im Bukowinaer Landtage im Jahre 1862 und 1866 die Regierung wegen der endlichen Einführung der Landessprache im Amte, wegen Verhaltung der angestellten Beamten zur Erlernung der rumänischen Sprache und wegen Anstellung nur solcher Beamten und Richter, welche der Landessprache in Wort und Schrift mächtig sind, interpellirt wurde. Aber ungeachtet der schönsten Versicherungen von Seite der Interpellirten wird auch heute noch selbst im Verkehre mit dem Volke nur deutsch amtirt; nach wie vor werden Beamte und Richter, die kein Wort rumänisch verstehen, angestellt, und selbst der Landespräsident, Ritter von Mürbach, welcher in der Landtags-sitzung vom 17. Februar 1866 die Aneignung der Landessprache für seine Person zusagte, hat sein Versprechen nicht gehalten, denn er kann heute noch ebensowenig rumänisch, wie an dem Tage, wo er Bukowina zum ersten Male gesehen hat. Von den Regierungsräthen verstehen drei gleichfalls kein Wort rumänisch; unter den Bezirkshauptmännern reden nur drei diese Sprache, keiner von ihnen kann aber in derselben schreiben; unter den Kommissären und Konzipisten sind nur fünf, die dieser Sprache in Wort und Schrift mächtig sind; der Landeschulinspektor und der administrative Referent bei der Landeschulbehörde verstehen gar nicht rumänisch. Desgleichen sind bei der hierländigen Justiz der Landesgerichts-Präsident und fünf Rätthe der rumänischen Sprache gar nicht mächtig, trotzdem wurde jüngst, obgleich auch Kandidaten mit der Kenntniß der romanischen Sprache vorhanden waren, ein Mann zum Rathe ernannt, der rumänisch gar nichts versteht. Vier Bezirksrichter und die meisten Subaltern-Beamten verstehen gleichfalls kein Wort rumänisch. Und ein solches Personal (!) regiert und richtet über die rumänische Bevölkerung im Lande! Zwar wurde gelegentlich zur Entschuldigung angeführt, daß es an genügender Zahl anstellbarer, der Landessprachen mächtiger Personen mangle, indem die einheimische aus den Studien tretende Jugend es vorzieht, auf anderen Berufswegen ihre Zukunft zu gründen. Wer trägt aber die Schuld daran? Niemand anderer, als die Regierung selbst, theils weil sie das Schulwesen ganz und gar vernachlässigt, in Folge dessen nur wenige Jünglinge in die höheren Schulen gelangen, um sich für den Beamtenstand vorzubereiten, theils aus dem Grunde, weil die Regierung bei Besetzung der Stellen Fremde bevorzugt, einheimische Beamte aber nicht selten verfolgt und unterdrückt hat. Als Beispiel hiefür erwähnen wir die Thatsache, daß im Laufe des Jahres 1866 ein Oberlandesgerichtsrath, zwei i

Rathsekretäre und ein Bezirksvorsteher, sämmtlich rumänischer Nationalität, ihrer Stellen entsetzt worden sind. Wie willkürlich und ungerecht jene Akte waren, beweiset der Umstand, daß zwei jener Beamten restituirt wurden, einer die Wideranstellung ablehnte und einer sich gar nicht darum beworben, sondern mit der Pension sich zufrieden gestellt hat. Wie sollen nun junge Leute rumänischer Nationalität unter solchen Umständen den Muth haben, in den Staatsdienst einzutreten?

Wie außerordentlich nachtheilig der Mangel sprachkundiger Beamten im Lande sich geltend macht, wie tief dieser Nachtheil in die Verhältnisse der Bevölkerung eingreift, das ersieht man erst recht, wenn man den Geschäftsgang zwischen den Beamten und den Parteien, namentlich zwischen den Richtern und den vor ihnen stehenden Individuen betrachtet. Die Parteien verstehen den Richter nicht, und der Richter versteht nicht die Parteien, und die zur Aushilfe dienenden Dolmetsche kennen den Geist weder der einen noch der anderen Sprache. Die Protokolle werden durchgehends in deutscher Sprache aufgenommen, und selbst die Schlußverhandlungen so durchgeführt, daß der Staatsanwalt die Anträge in einer dem Beschuldigten unverständlichen, d. i. in der deutschen Sprache vorbringt, die Verttheidigung in derselben Sprache vorgetragen und das Urtheil ebenso in der deutschen Sprache niedergeschrieben und dem Beschuldigten in seiner Sprache nur die Strafe oder das Nichtschuldig ohne Begründung gesagt wird! Ob ein solches Verfahren dem Geiste der Gerechtigkeit, ob es der sittlichen Würde des Staates entspricht, und welche Rückwirkung die Unkenntniß der Landessprachen von Seite der Beamten auf den Rechtszustand im Lande übt, das zu entscheiden überlassen wir dem Leser selbst.

Es würde uns viel zu weit führen, wollten wir all' die Schäden und Mängel, welche sich in dem ganzen Verwaltungs- und Gerichtswesen im Lande fundegeben und als drückender Alp jeden freieren Aufschwung der Bevölkerung hemmen, jede Hoffnung auf das Gedeihen des nationalen Wohlstandes zu nichte machen, beleuchten. Nur eine überaus wichtige Angelegenheit müssen wir noch ausführlich erörtern, weil sie das heiligste Interesse der gesammten griechisch orientalischen Bevölkerung tief berührt.

Die griechisch orientalischen Glaubensbekenner in der Bukowina waren in der vormärzlichen Zeit, so wie Alle, welche sich in ihren Rechten verletzt fühlten, gezwungen, das Unrecht mit Geduld zu ertragen. Doch gleich im Jahre 1848 wurde in einer Landespetition unter anderem auch die Autonomie auf dem Gebiete der Kirche in Anspruch genommen.

Eine zweite Adresse wurde an den allerhöchsten Thron im Jahre 1860 gerichtet. Im Jahre 1863 hat der Landtag der Bukowina an Seine Majestät den Kaiser eine Petition in Betreff der auf historischer und kanonischer Basis begründeten Autonomie dieser Kirche eingereicht und eine solche im Jahre 1866 wiederholt. Diese Petitionen wurden aber zum größten Schmerze der griechisch

orientalischen Glaubensgenossen abschlägig beschieden. Im Jahre 1868 wendeten sich die griechisch orientalischen Glaubensbekenner in abgesonderten Petitionen und zwar mit Berufung auf den Art. 15 des St. G. Gesetzes vom 21. Dezember 1867, sowol an den Reichsrath als auch an das Ministerium für Kultus und Unterricht. Das hohe Haus der Abgeordneten faßte eine Resolution im Sinne des Petitions, und der Herr Minister Dr. Hasner fand sich bestimmt, von der geistlichen Behörde und der Kirchengemeinde eine darauf Bezug habende Vorlage abzuverlangen. Nachdem diese Vorlage noch im vorigen Jahre eingebracht wurde, erwartete man mit aller Sicherheit die alsbaldige Erfüllung der lange gehegten gerechten Wünsche. Doch wie groß war die Enttäuschung, als mit dem Erlasse des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 12. Dezember 1869 in den wichtigsten Punkten, nämlich in Betreff der Wahl des Bischofs und der Verwaltung des Kirchenvermögens eine ablehnende, in den anderen Punkten aber eine ausweichende Antwort erfolgte. Der erwähnte Erlaß, ein Meisterstück bureaukratischer Kühnheit gegenüber den ausdrücklichen Bestimmungen der St. G. Gesetze, beweist zur Genüge, wie wenig man den schönen Worten und den feierlichen Versicherungen unseres Bürgerministeriums trauen kann. Es ist daher ganz erklärbar, wenn der Reichsraths-Abgeordnete Andriewitz einen Passus der Adresse auf die kaiserliche Thronrede, der sich auf die konfessionellen Angelegenheiten bezieht, dazu benützte, um dem gerechten Schmerze der griechisch orientalischen Religionsbekenner Ausdruck zu geben und der Regierung ein langes Sündenregister vorzuhalten.

Was einige Organe der Regierung unter der Autonomie der Kirche verstehen, und wodurch dem Art. 15. des St. G. Gesetzes vom 21. Dezember 1867 nach ihrer Ansicht entsprochen werden kann, dies hat der Regierungs-Kommissär in der Bukowina vom 20. Oktober 1869 ausgesagt. Der Herr Landespräsident, Ritter von Mürbach sagte nämlich, daß der Art. 15. der St. G. Gesetze nichts Neues, sondern nur das in der kaiserlichen Verordnung vom 31. Dezember 1851 Enthaltene darbringe, daß die griechisch orientalische Kirche sich im Besitze des Religionsfondes befinde, und daß das durch die St. G. Gesetze der Kirche eingeräumte Recht der Regelung der inneren Angelegenheiten durch die Erlassung der Geschäftsordnung für das Konsistorium genügend gewahrt sei. Die erstere Behauptung ist ein öffentlich abgelegtes Bekenntniß, daß der griechisch orientalischen Bevölkerung die geforderten, schon bei Uebernahme des Landes garantierten Rechte noch seit 1851 vorenthalten werden. Daß ferner der griechisch orientalische Religionsfond sich im Besitze der griechisch orientalischen Kirche befinde, wurde sowol in dem angeführten kaiserlichen Patente, als auch in der Cirkular-Verordnung der Landesregierung vom 31. Juli 1869 ausgesprochen, was aber die Regierung unter „Besitz“ versteht, ist schwer zu begreifen. Ihrer Meinung nach, ist die Kirche deshalb im Besitze des Fondes, weil Organe anderer Konfession und Nationalität darüber nach Belieben verfügen. Wenn endlich Richter

von Mürbach die Autonomie der griechisch orientalischen Kirche durch Erlassung der Geschäftsordnung für das Konsistorium vollkommen zur Geltung gebracht wissen will, so hatte er wahrscheinlich den §. 24 dieser Geschäftsordnung vor Augen, wornach die geistliche Behörde in Sachen des Religionsfondes ein Gutachten abzugeben berechtigt ist. Wie aber die Regierung mit solchen Gutachten des Konsistoriums umgeht, erhellt aus dem Anlaufe der Manziischen Bergwerke und der bevorstehenden Reform in der Verwaltung der Religionsfondsgüter gegen das ausdrückliche negative Votum des Konsistoriums.

Nach dem Ausspruche der Regierungsorgane besteht also die im Art. 15 der St. O. Geseze gewährleistete Autonomie der griechisch orientalischen Kirche der Bukowina darin, daß die Regierung den Fond eigenmächtig und ohne jegliche Kontrolle verwaltet, den Bischof und die Konsistorialräthe ernennt, von diesen abhängigen Dignitären Gutachten abverlangt und dieselben nach Belieben berücksichtigt oder nicht!

Welch' Ironie auf die Autonomie!

Insolange daher an der Spitze der Verwaltung und der Justiz im Lande nicht Männer stehen, welche das Vertrauen des Volkes genießen und mit demselben in seiner Sprache verkehren; insolange nicht die Landessprache in Verwaltung und Justiz, wie z. B. in Galizien, vollständig eingeführt sein wird; insolange endlich die Autonomie der Kirche nicht in vollem Maße nach Inhalt des Art. 15 durchgeführt sein wird, kann die Bevölkerung der Bukowina unmöglich zufrieden gestellt werden.

Die Rumänen der Bukowina haben sich stets loyal und opferwillig bewiesen, und sie sind es noch heute; möge aber die Regierung wol bedenken, daß es hoch an der Zeit sei, diesem Volke gerecht zu werden und dessen wolbegründete Forderungen in nationeller und konfessioneller Hinsicht endlich zu erfüllen.

Von der gemeinsamen Armee.

Wir haben noch im Jahrgang 1868: „Die Einheit der Armee“ als den kostbarsten Schatz bezeichnet, welchen die Monarchie aus dem Schiffbruche des Dualismus gerettet hat, und auf die Gefahren hingewiesen, welche daraus entstünden, falls es gelänge, diese für die Machtstellung des Staates unbedingt notwendige Einheit zu zertrümmern.

Heute ist jene Partei, welche einen solchen Plan in ihr Zukunftsprogramm aufgenommen hat, dem ersehnten Ziele um ein gutes Stück näher gerückt. Der magyarische Separatistengeist hat es glücklich durchgesetzt, daß Ungarn schon gegenwärtig eine ganz stattliche nationale Armee nicht allein auf dem Papiere, son-

bern in Wirklichkeit auf den Weinen hat. In allen Landwehr-Distrikten und Bezirken sind die Offiziersstellen bereits vollständig besetzt, und die Mannschaft wird allerorten tüchtig eingeschult. Die zur Landesvertheidigung bestimmten Truppen haben nicht nur ihre besondere Verwaltung, sondern auch eine eigene Gerichtsbarkeit. In neuester Zeit wurde sogar ein besonderes Obergericht für die Landwehr kreirt. Für die Unterkunft und Verpflegung, Bewaffnung, Ausrüstung und Demontirung der Honvedm. Mannschaft wird mit rührigem Eifer gesorgt. Was besonders hervorgehoben werden muß, ist die Thatsache, daß ein jedes Verdienst, welches sich der Geringste von ihnen um die rasche Förderung des patriotischen Zweckes erwirkt, sofort nach Gebühr gewürdigt und belohnt wird. Uns selbst ist ein Fall bekannt geworden, daß ein Unteroffizier, welcher als Zugführer in die Landwehr eingetreten war, unmittelbar nach beendeter Abrihtung der neuassentirten Rekruten wegen seiner dabei an den Tag gelegten erfolgreichen Thätigkeit zum Ober-Offizier befördert wurde.

Zum großen Leidwesen der Magyaren besteht dermalen die Honvedarmee nur aus Infanterie und Kavallerie. Ihr nächstes Streben ist nun dahin gerichtet, die Landwehr auch mit technischen Truppen zu ergänzen. Sobald dieser Lieblingswunsch erfüllt ist — und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß ihnen günstige Chancen zu Gebote stehen — wird mit der Errichtung eines eigenen Arsenal, welches man als Waffendepot und zur Erzeugung des Kriegsmaterials für unumgänglich nöthig hält, ein weiterer Akt des Dramas in Szene gesetzt werden. Schon jetzt sind Unterhandlungen wegen einer eigenen Gewehrfabrik im Zuge, und vielleicht werden auch bald eigene Karonengießereien und Pulverfabriken errichtet, um die vaterländische Industrie nach Kräften zu heben und zu unterstützen.

Dabei läßt man sich, so lange das Ei noch nicht völlig ausgebrütet ist, aus Opportunitätsrücksichten gerne gefallen, daß die außerungarischen Länder der Monarchie zur Erhaltung der gemeinsamen Armee ihren Kostenbeitrag mit 70 Percent an die gemeinsame Kriegskasse abführen. Bis man aber einmal mit den Vorarbeiten zu Ende ist, und sämtliche ungarische Regimenter im Lande dislocirt sind, dann wird man ganz ungenirt die Maske fallen lassen und mit dem einfachen Hinweis auf die augenblickliche Friedenslage des Staates die fernere Leistung der stipulirten 30 Percent verweigern. Diese solenne Erklärung wird man noch überdies mit dem kräftigen Argumente motiviren, daß sich im Falle einer Bedrängniß Ungarn durch seine nationale Armee stark genug fählt, um seine Grenzen gegen äußere Feinde wirksam zu vertheidigen. Dem Wiener Reichrath bleibt dann in einer solchen neuen Zwangslage wol kaum etwas anderes übrig, als die Verantwortung den Ungarn zu überlassen und sich mit den beschiedenen Mitteln der Westhälfte des Reiches einzurichten, so gut oder übel es eben gehen mag. Vielleicht daß sogar die ex offio liberale Majorität des Abgeordnetenhauses ein dikirtes Triumphgeschrei über die erfreuliche Herabminderung des Armee-

budgets erhebt, ohne in ihrer Weisheit zu bedenken, daß eine derartige Preisgebung der Machtfrage von Seite des Kaiserstaates einer völligen Abbitlation gleich käme.

Es ist leider kein Nebelbild, was wir hier in den Hauptumrissen flüchtig entworfen haben, sondern die einfache Darstellung der Konsequenzen, welche der politische Feldzugsplan der Magyaren im Falle des Gelingens nach sich ziehen wird und muß. Selbst in Armeekreisen macht man sich bereits mit dem Gedanken vertraut, daß früher oder später eine namhafte Reduktion eintreten werde, und der häufige Uebertritt von Linienoffizieren in die ungarische Landwehr, wobei ihnen keinerlei materielle Vortheile geboten sind, erklärt sich leicht durch die Versorgung, im Falle einer Verminderung der Armee auf Halbsold gesetzt zu werden.

Wie begründet unsere Voraussetzung ist, zeigt übrigens schon ein Blick auf die heutige Lage der gemeinsamen Armee, in deren einheitlichen Bestand der Dualismus bereits dadurch einen mächtigen Keil getrieben hat, indem für dieselbe keine einheitliche Gesetzgebung mehr besteht. Mit dem Gesetze vom 20. Mai 1869, wirksam für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, wurde für die Armee in Oesterreich eine neue Jurisdiktionsnorm geschaffen, während für die Armee in Ungarn noch das Patent vom 22. Dezember 1851 Geltung hat. Der Entwurf des ersteren sollte zwar in dieser Session dem ungarischen Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt werden, was aber bisher aus unbekannten Gründen unterblieb. Es dürfte übrigens unschwer zu errathen sein, daß die ungarische Regierung nur deshalb mit der Vorlage zögert, weil es ihr nach dem dargestellten Zukunftsplane überflüssig erscheinen mag, sich mit einem Gesetzentwurfe zu beschäftigen, der eventuell für Hungarien gegenstandslos werden kann.

Auch in Oesterreich zögert man mit den Avancementsgesetz und Dienstreglement, mit dem Pensionsnormale und Gebührenreglement, ja selbst mit der vorlängst angekündigten Militär-Gerichtsordnung für Strafsachen, vielleicht aus gleichem Grunde. Wenigstens ist nicht einzusehen, warum namentlich die Einbringung der Regierungsvorlage über das Strafverfahren bei Militärgerichten und über den gleichfalls bereits vorbereiteten Militär-Strafkodex von einer Zeit auf die andern verschoben wird. Für Ungarn soll von dem letzteren, wie es heißt, erst eine authentische Uebersetzung angefertigt werden, so daß kaum anzunehmen ist, der Entwurf werde noch im Laufe der gegenwärtigen Session zur Verhandlung kommen. Und doch, sollte man glauben, müßte die Regierung in Wien und Pest, falls sie anders die Nothwendigkeit der einheitlichen Armee begreift, alle Hebel ansetzen, um diese so wichtige Angelegenheit je eher zur Reife zu bringen. Eine Armee mit zweierlei Gesetz gibt es in keinem Staate der Welt. Nur Oesterreich-Ungarn macht hiervon eine Ausnahme, aber gewiß nicht zu seinem Vortheile.

Wenn sich übrigens Ungarn vielleicht doch entschließen wird, die gedachten

Vorlagen in Berathung zu ziehen, wer garantirt uns denn, daß das Experiment gelingt, den kaiserl. Reichstag dahin zu bringen, das Elaborat der Wiener Kronjuristen ohne weiters en bloc anzunehmen? Wird aber daran auch nur ein Vota geändert, so ist die Einheit der Armee — ein schöner Traum gewesen. Wir wünschen aufrichtig, daß die Ereignisse unsere Befürchtungen nicht rechtfertigen mögen, und sehnen selbst lebhaft die Stunde herbei, welche unsere trüben Anschauungen glänzend widerlegt. Allein die Erfahrung der Vergangenheit sowie der heutige Stand der Dinge läßt uns wenig Hoffnung übrig, daß die Reichsfahne der gemeinsamen Armee auch das Symbol ihrer Zukunft bleibt.

Eine dalmatinische Zollfrage.

Durch das Reichsgesetz vom 4. Dezember 1868 wurde bestimmt, daß „jene Artikel, welche nach den bestehenden Handelsverträgen bei der Einfuhr aus den Vertragsstaaten zollfrei zu behandeln sind, auch bei der Einfuhr aus dem allgemeinen österreichischen Zollgebiete und aus den Zollausschlüssen Istrien, Triest u. s. w. in Dalmatien zollfrei behandelt werden sollen.“ Demzufolge nahmen die dalmatinischen Zollämter keinen Anstand, Getreide, Mehl u. a. im Märzvertrage vorigen Jahres 1868 zollfrei erklärte Gegenstände, welche zu Schiffen nach Dalmatien importirt wurden, sofort ohne Erhebung irgend eines Zolles eintreten zu lassen, und wie sich von selbst versteht, gingen diese Waaren zu einem durch die Zollfreiheit ermöglichten billigen Preise alsbald in andere Hände über.

Da fiel am 1. April vorigen Jahres plötzlich eine Verfügung des Finanzministers wie ein Blitz aus dem heiteren Regierungshimmel. Minister Breslauer erklärte, daß die dalmatinischen Zollämter keineswegs berechtigt seien, solche Handelsgegenstände, welche zwar nach dem mit dem Zollverein abgeschlossenen Handelsvertrage zollfrei sein sollen, die aber — wie Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte u. s. w. unter die Bestimmungen des Schlußprotokolls zu Art. III des Vertrages fallen, bei der Einfuhr zur See zollfrei zuzulassen; denn das erwähnte Schlußprotokoll mache die ausdrückliche Beschränkung, daß die Zollfreiheit der betreffenden Waaren lediglich als eine Begünstigung des Grenzverkehrs zu betrachten, und daher von dem unmittelbaren Uebergange aus dem Zollvereine nach Oesterreich abhängig sei. Mit Beziehung auf Dalmatien könne eine solche Unmittelbarkeit des Uebertrittes nur im Verkehre über die kroatische Grenze angenommen werden, für den Verkehr zur See aber selbst dann nicht, wenn die Bedingung des Gesetzes vom 4. Dezember 1868 erfüllt und die Einfuhr aus einem Hafen des österreichisch-ungarischen Zollgebietes oder

seiner Zollausschlüsse bewerkstelligt worden wäre, denn (so sagt das Finanzministerium) sonst könnte Getreide, Mehl u. dgl. aus anderen Ländern z. B. aus England, Frankreich, Italien, welches mit Rücksicht auf das Schlußprotokoll des Märzvertrages in keinem Falle die Zollfreiheit in Oesterreich beanspruchen darf, künftighin ohne irgend einen Zoll nach Dalmatien kommen, weil man die Waare vor ihrer Einfuhr nach Dalmatien nur in den nächstbesten Hafen eines Zollausschlusses zu bringen brauchte, um ihr die vollständige Zollfreiheit in Dalmatien zu sichern. Da nun gewiß Niemanden einfallen würde, einen solchen Vorgang vertheidigen zu wollen, da endlich selbst die analogen Erzeugnisse des österreichischen Zollgebietes, wenn sie zur See in Dalmatien eintreten, nach den Bestimmungen des dalmatinischen Zolltarifs vom Jahre 1857 nur unter gewissen Bedingungen die Begünstigung des halben Tariffazes genießen, so folgere aus all' diesem mit Nothwendigkeit, daß die dalmatinischen Zollämter, welche bei Zuerkennung der Zollfreiheit für die Einfuhr gewisser Artikel zur See von der im Schlußprotokolle des Märzvertrages enthaltene Beschränkung dieses Konventionalrechtes keine Notiz nahmen, den Sinn des Gesetzes vom 4. Dezember 1868 irrig aufgefaßt haben.

Das Finanzministerium konnte sich aber allerdings der moralischen Ueberzeugung nicht verschließen, daß die Handeltreibenden durch diesen Irrthum der Zollorgane zu dem guten Glauben verleitet worden seien, es bestehe z. B. für Mehl- und Mahlprodukte auch bei der Einfuhr aus Triest zur See nach Dalmatien unbedingte Zollfreiheit, und daß sie es somit in optima fide unterließen, jene Bedingungen zu erfüllen, unter denen die Zulassung der Provenienzen Oesterreichs und der Zollausschlüsse zur Hälfte des tarifmäßigen Zollfazes gestattet ist. Und aus diesem Grunde gewährte das Ministerium nachträglich für jene Mehlsendungen, welche vor Kundmachung der Verordnung vom 1. April 1869 entweder schon in den dalmatinischen Zollmagazinen eingelagert, oder doch auf dem Transporte nach Dalmatien begriffen waren, die Begünstigung des halben Zolles, ohne die Beibringung der sonst zu diesem Behufe vorgeschriebenen Urkunden zu fordern, sobald nur kein Zweifel obwaltet, daß die Sendung entweder aus dem allgemeinen Zollgebiete oder aus einem Zollausschlusse herstamme. Hiermit glaubte die Regierung genug gethan und ihre Sache gut gemacht zu haben.

In Dalmatien ist man jedoch anderer Meinung, und ohne zu untersuchen, ob die Unzufriedenen Italiener oder Slaven seien, müssen wir von Rechts- und Billigkeitswegen ihnen beistimmen. Da ist vor allem das Gesetz vom 4. Dezember 1868 nichts weniger als gut gemacht. Seine Mache erscheint umso unglücklicher, je überzeugender die Motive sind, welche das Finanzministerium für seine Anschauung ins Treffen führt, denn im genannten Gesetze ist kein einziges derselben, vielmehr das direkte Gegentheil zu finden. Der klar zu Tage liegende Sinn dieses, speziell für Dalmatien erlassenen Gesetzes besteht einfach darin, daß jede vertragsmäßige Zollfreiheit auch für Dalmatien gelten sollte, ohne Unter-

schied, ob die Einfuhr zu Lande, oder zur See (aus Triest u. s. w.) erfolge. Wenngleich nun nach dem Märzvertrage die Zollfreiheit jener Artikel, welche in Punkt 3 des Schlußprotokolls angeführt sind, dem Zollvereine gegenüber nur für den unmittelbaren Grenzübertritt gilt, so ist diese Beschränkung durch das 1868er Gesetz für Dalmatien durch dessen klaren Wortlaut umso gewisser beseitigt, als das Gesetz keineswegs sagt, die Zollfreiheit gelte für Dalmatien auch unter denselben Beschränkungen wie für den Zollverein. Dies kann auch ebensowenig gesagt als gedacht sein. Denn wie denkt sich wol Dr. Brestel die Einfuhr z. B. von Mehl aus Triest nach Dalmatien? Etwa auf dem Landwege über Rinn? Wir wollen nicht hoffen. Daß England, Frankreich und andere Vertragsstaaten die Zollfreiheit für jene Waaren, die im Punkte 3 des Schlußprotokolls zum Märzvertrage verzeichnet sind, nicht beanspruchen dürfen, was kümmert das Dalmatien? Die fraglichen Waaren sind darum nicht minder „vertragsmäßig zollfrei,“ und das Gesetz vom Dezember 1868 ist ja nicht für England, Frankreich u. s. w. erlassen.

Sollte aber der Märzvertrag für Dalmatien eine größere Kraft haben als das ebengenannte spezielle Gesetz, so möchten wir nur darauf hinweisen, daß der oft citirte Punkt des Schlußprotokolls ausdrücklich erklärt, der Uebergang über den Bodensee sei dem unmittelbaren Uebergange gleichzuachten. So gewiß es nun ist, daß Niemand die kroatisch-dalmatinische Landgrenze mit der österreichisch-zollvereinsländischen Landgrenze verwechseln wird, daß also für die Unmittelbarkeit des Uebergangs zu Lande eine Analogie herhalten muß, wenn die dem Zollvereine gewährte Grenzbegünstigung überhaupt eine Anwendung auf Dalmatien finden soll, ebenso gewiß ist es gestattet und nothwendig, auch für den „unmittelbaren Uebergang zu Wasser“ zwischen dem Zollvereine und Dalmatien eine Analogie zu suchen. Und da es nun einmal an unserer Südküste keinen zweiten Bodensee gibt, so wird man eben dem Uebertritte der Waare aus einem österreichischen Hafen zur See nach Dalmatien vernünftigerweise dieselbe Wirkung zuschreiben müssen, wie dem Uebergange über den Bodensee, obgleich wir im Uebrigen den Unterschied zwischen den Schifffahrtsverhältnissen auf dem Meere und jenen auf dem Bodensee recht gut zu würdigen wissen. Wer das Schlußprotokoll zum Märzvertrage in dieser dalmatinischen Zollfrage anruft (was wir aus obgedachten Gründen für unzulässig halten), der darf nicht einen Satz herausnehmen und den andern fallen lassen. Uebrigens geben wir bereitwilligst zu, daß das Finanzministerium mit dem Gesetze von 4. Dezember 1868 wirklich keine Aufhebung der traktatmäßigen Beschränkungen für die Zollfreiheit gewisser Waaren beabsichtigt habe. Daß es ihm aber gänzlich misslungen sei, dieser Absicht einen verständlichen Ausdruck zu geben, das zeigt unsere Auseinandersetzung und der anfängliche Vorgang von Seite der dalmatinischen Zollämter, bis sie am 1. April 1869 „zurückgewiesen“, oder wie es im Kurialstyle heißt: „belehrt“ wurden.

Nehmen wir nun aber einen Fall an, der thatsächlich nicht vorliegt, nehmen wir an, daß das Gesetz vom 4. Dezember 1868 wirklich das ausspreche, was das Finanzministerium herausliest, so ist es evident, daß die Begünstigung des hohen Zolles nicht bloß für Mehl- und Mahlprodukte, sondern für alle jene Waaren ertheilt werden mußte, welche vom 22. Dezember 1868 bis 1. April 1869 aus dem österreichisch-ungarischen Staatsgebiete zur See nach Dakmatien gelangt sind und auf welche — nach der Anschauung des Finanzministeriums — die im Märzvertrage stipulirte Zollfreiheit nicht anwendbar war. Schließlich jedoch drängt sich die Frage auf: wie kommt denn der Handelsstand dazu, für den Irrthum der Zollbehörden zu büßen und für Waaren, die er in gutem Glauben und im Hinblick auf das Gesetz zu ermäßigten Preisen (weil zollfrei) verkauft hat, nachträglich irgend eine Zollzahlung zu leisten, die nun selbstverständlich nur ihm zur Last fällt und nicht mehr auf die Käufer überwältigt werden kann? Diese Frage ist vor Kurzem von der Handelskammer in Zara an die Regierung gestellt worden, und wir sind keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß das Ministerium die Verantwortlichkeit für einen Irrthum seiner Organe und die Buße für die Unverständlichkeit eines Gesetzes nicht auf die Schultern der Privaten werfen dürfe. Wir halten es für ein Gebot der administrativen Gerechtigkeit, daß den betroffenen Kaufleuten die nachträgliche Zollentrichtung gänzlich erspart, und daß das Gesetz vom 4. Dezember 1868 auf authentische Weise erklärt, beziehungsweise emendirt werde. Wäre dies nicht zu erlangen, so schiene uns hier ein Fall vorzuliegen, über den der leider noch immer nur „im Prinzip“ bestehende Verwaltungsgerichtshof zu entscheiden berufen wäre.

Ein Arrondirungs-Sprosskop.

Die Vorstellungen über die Folgen des freigewordenen Verfügungsrechtes mit dem Grundeigenthume sind sehr divergirend. Die gedruckte öffentliche Meinung liefert über diesen Gegenstand Lichtbilder, die den Verdacht erregen, es hätten die Beurtheiler selbst die Sache gar nicht angeleuchtet, weil sie sonst am Objekte auch dunkle Stellen wahrgenommen haben müßten; dagegen verkünden Andere, diese Freigebung habe die Wandorabüche geöffnet, sie sehen es schon deutlich, wie alle Felder und Wiesen, in Staubtheile aufgelöst, verwirbeln, wobei nicht einmal der Platz zurückbleibt, den sie einst eingenommen, sie erfüllen uns mit Schauder über den lieberlichen Bauer, der alle seine Grundstücke verkauft hat und zuletzt mit dem Bettelstabe herumvagabundirt. Diese Gegensätze sind bloß gesteigerte Konsequenzen verschiedener Standpunkte.

Es gibt wenig Geseze, die mit allgemeinem Beifall aufgenommen werden; denn was dem Einen Vortheil bringt, benachtheiligt den Andern. Die Uebereinstimmung der Ansichten ist eine umfassende nur in Betreff der Naturrechte. Diese aber werden in der Regel nicht dekretirt, es sei denn, daß sie durch einige Zeit suspendirt gewesen waren und nun die Einsezung in den früheren Stand erfolgte. Ein solches Gesetz war die Freigebung des Verfügungsrechtes mit dem Grundeigenthume. Jahrhunderte mußten vergehen, bis anerkannt wurde: „Wer eine Sache besitzt und damit nicht disponiren darf, der hat sie nicht.“ Wem aber soll das Verfügungsrecht über ein Grundstück zustehen, als demjenigen, der es besitzt? Der von der Humanität diktirte legale Zuspruch dieses natürlichen Rechtes wurde daher allgemein freudig begrüßt.

Das Forum der Humanität, wol autokrat für Prinzipien, ist aber kein ausschließend privilegiertes in Ansehung der Ausführungen. Die Menschen lassen sich bei ihren Handlungen weniger von allgemeinen Grundsätzen, als vielmehr von ihren, nach den verschiedenen Lebensstellungen gefärbten individuellen Anschauungen leiten. In dem gegebenen Falle handelt es sich um eine spezifisch bäuerliche Angelegenheit, und da wird wol die eminente Berechtigung, die Sache vom Standpunkte der jetzigen Grundeigenthümer aus zu betrachten, nicht erst bewiesen werden müssen.

Durch die Verfügungsfreiheit mit dem Grundeigenthume gelangten die Besitzer zu einer ansehnlichen Erhöhung der Realwerthe; die Konsumenten gewannen Aussicht auf Erwerbung eigenen Grundbesizes und auf Vermehrung der Produktion im Allgemeinen.

Von dem ersten Vortheil hat die Bauernschaft bereits Besitz ergriffen. Wir wünschen, daß der Herr Ackerbauminister eine länderteilweise Zusammenstellung über das Flächenmaß, die Kulturgattungen, Klassen und Preise der seit der Wirksamkeit des Freigebungsgesetzes veräußerten ehemaligen Hausgründe anordnen und veröffentlichen möge, um einen ziffermäßigen Anhaltspunkt zur Beurtheilung der Thatfache zu erhalten, wie schnell die Bevölkerung den rechten Hebel zu finden und zu hantiren versteht, wenn es gilt einen Schatz zu heben.

Der Vortheil der Konsumenten, um derentwillen die ganze Maschinerie eigentlich in Bewegung gesetzt wurde, ist bis jetzt noch nicht deutlich zu Tage getreten. Im Interesse der Konsumenten wird nämlich gewünscht, daß der Bauer, insbesondere zum Zwecke der leichteren und intensiveren Bewirthschaftung der vom Dorfe weit entfernten Felder sich beeilen möge, seine in der Flur zerstreut liegenden Grundstücke zu einem Komplex zu vertauschen und in denselben sein Haus zu bauen. Doch auf den Eifer des Landmannes, sich zur Mehrproduktion anzustrengen und zu diesem Zwecke seine Grundstücke zu arrondiren, ist nicht sicher zu rechnen. In Betreff der Mehrerzeugung argumentirt er: „Bei allgemein erhöhter Produktion ist wol die vermehrte Arbeit sicher, nicht aber ein gesteigerter Lohn. Je mehr wir Nahrungsmittel auf den Markt bringen, desto

tiefer sinkt der Preis.“ Der Bauer soll aber diesen Zustand nicht bloß dulden, er soll denselben selbst schaffen. Derselbe Mann, dem die Grundsteuer aus dem Titel der durch die zunehmende Bevölkerung, ohne sein Zuthun, steigenden Produktpreise, fast jährlich höher perzentuirt wird, soll große Opfer bringen, um durch Mehrproduktion die Preise hinabzudrücken!

Als eine unerlässliche Vorbedingung der Mehrproduktion wird die Zusammenlegung aller Grundstücke zur Bildung abgeschlossener Wirthschaftshöfe erwartet. Wir wollen die Bitterkeiten, Entbehrungen und Verluste, die eine solche Dislocation nach sich zieht, näher betrachten. Zwar wird hie und da ein Einzelner zu finden sein, der unter Benützung lokaler Begünstigungen, oder weil sein Wohnhaus von Grund aus niedergebrannt liegt, sich zu entschließen vermag, mit Weib und Kind aus dem Dorfe auszuweichen und auf einem exponirten, jedoch fruchtbaren Terrain sich häuslich niederzulassen. Bei solchem Anlasse und wenn dem Landmanne nur zugemuthet wird, seine fern situirten Felder gegen hofwärts gelegene zu vertauschen, wird sich manche Aenderung vollziehen. Doch in der Nähe des Dorfes ist nicht für Alle Raum, von den hundert Wirthschaftshäusern, die das Dorf umfaßt, müssen ihrer achtzig das Weite suchen. Geschlossene Ortschaften bedingen zerstreute Grundstücke; die Gruppierung derselben weist die Wohnsitze in's Feld hinaus.

Der Hausvater soll es auf den Zufall ankommen lassen, in seinem eigenen Hause zu bleiben, oder auszuwandern. Nun trifft ihn das Loos, sein angestammtes Haus zu verlassen, die von seinem Großvater her je am Geburtstage eines Kindes gepflanzten und nach denselben benannten Obstbäume andern zum Genuße, sogar zum Eigenthume zu übergeben und zuzuwarten bis er von seinem neuen Garten die ersten Früchte genießen kann. Er soll an der Grenze der Flur sich ein neues Haus auf grünem Ager errichten, wo kein Bach fließt, von wo aus seine alte Mutter nur selten die Kirche besuchen kann, seine Kinder erst nach einer Wegstunde die Schule zu erreichen vermögen. Er soll die erst jüngst behördlich empfohlenen und mühsam zu Stande gebrachten Einrichtungen, den gemeinschaftlichen Backofen, die Obstbörre u. aufgeben und zur Ueberwachung seiner weidenden Thiere Hirten auf eigene Kosten bestellen. Er soll in der Einöde sich eine Wohnstätte gründen, fern von seinen beratenden Freunden und hilfreichen Verwandten und ohne Verkehr mit der rasch wechselnden Zeit. Der Bauer, dem jede Aenderung ein Gräuel, soll Alles was ihm lieb und theuer, was unbewußt ihm ans Herz gewachsen, er soll seine Individualität aufgeben und großer Vortheile sich entäußern — um einige Meßgen Korn mehr produziren zu können!

Wahrlich, „Herr Puffendorf und Feder“ wird sich noch einige Zeit gedulden müssen, bis dieses Alles in Erfüllung geht. Die Bauernschaft wird sich diesfalls eine Uebereilung sicherlich nicht zu Schulden kommen lassen. Aber nicht der bauerliche Klar- und Starrsinn allein ist es, an dem die allzu utopischen

Erwartungen zerschellen müssen, sondern auch die intellektuellen Bedürfnisse, zum mindesten ebenso berechtigt wie die körperlichen, fordern im Namen der civilisatorischen Mission des Dorfes das Zusammenleben, denn nur in geselliger Vereinigung kann Bildung und Fortschritt gedeihen. Der Mensch lebt nicht allein vom Brote!

Noch ist eine Betrachtung vorzuführen, die der idealen Komposition abträglich ist. Nehmen wir an, es wären alle Oekonomien eines Gemeindegebietes vollkommen arrondirt und isolirt, so könnten dann Einzelgründe, Ueberlände, nicht mehr bestehen. Im Angesichte dieser Thatsache würde der Landmann erkennen, daß er all die unsäglich Mühe und Kosten nur darauf verwendet, um auf zwei Abwege zugleich zu gerathen. Für sein ganzes Realeigenthum hat er den wahren Besitzzwang, die Unbeweglichkeit und Unveräußerlichkeit aller einzelnen Bestandtheile erst recht geschaffen, und durch die Aufhebung des Verkehrs mit Grundstücken sich das einzige rationelle Mittel der Selbstverwaltung seiner Ersparnisse genommen. In welcher Form soll nun der Landwirth seine Ersparnisse aufbewahren? Soll er sein Geld auf Zinsen leihen? Soll er Aktien kaufen? Bisher war keine Entbehrung ihm zu hart, er darbt den Groschen vom Munde und sammelte, um sich Grundstücke anzuschaffen, deren Ertrag im Alter den Familienfrieden besser sichert, als die bei der Hausübergabe stipulirte und verklausulirte Naturalausnahme, die oft lästig wird für die allzulange lebenden Eltern. Die Erkenntniß, daß in der Arrondirungsperiode die bewährte Kapitalsanlage nicht mehr möglich ist, wird dem klugen Hausvater stets warnend zur Seite stehen.

Man wird daher gut thun, von der Arrondirung vorläufig weder zuviel zu hoffen, noch zu fürchten. Es wird ziemlich lang dauern, bis sich der Einflang zwischen Theorie und Praxis herstellt.

Kleine kritische Chronik.

Vom 2. bis 9. März.

B u n d.

Der interessanteste Gegenstand der Besprechung war das Ablehnungsschreiben der Herren Rieger und Stadlowitz. Die verfassungstreuen Kamelaken fanden den Ton des Schreibens hochmüthig, insolent u. s. w., wir finden denselben allzu demüthig einem Manne gegenüber, der den Böhmen bisher nur offene Feindschaft erwiesen hat. Versid sind diejenigen, welche den Böhmen, weil sie die jetzige Majorität des Landtages und Reichsrathes nicht anerkennen, vorwerfen, daß sie keinen Konstitutionalismus wollen. Die Böhmen sind konstitutioneller als die sämmtlichen privilegiert Verfassungstreuen. Es heißt, daß die Regierung den Faden der Unterhandlung nicht als abgerissen betrachte. Doch erklärt ein ~~Banner~~ Blatt, daß Graf Beust jetzt mit Dr. Wiertra vollkommen darin einverstanden sei, die böhmische Deklaration nicht erfüllen zu können. Natürlich, dem Grafen Beust haben nur die Magyaren imponirt. Jetzt will

man wieder mit Landtagswahlen in Böhmen und Mähren experimentiren und man hofft, die Junggehehen von den Altgehehen trennen zu können. Das ist alles eitel und nichtig, so wie auch die famose Wahlreform, welche den Königreichen und Ländern oktroyirt werden und lediglich in der Verdoppelung der aus den Gruppenwahlen hervorgehenden Reichsräthe bestehen soll. Es wäre schade, über dieses todte Projekt auch nur noch ein Wort zu verlieren.

Die galizische Resolution wird in endlosen Konversationen hingeschleppt. Jetzt hat Reichbauer einen eigenen Antrag gestellt, nach welchem dem Königreich Galizien ziemlich genau eine Autonomie gewährt werden soll, wie Kroatien sie besitzt. Das ist gewiß gut gemeint, wird aber die Verhandlung nur noch mehr verwirrt und erfolglos bleiben. Den galizischen Herren Reichsräthen gefällt es aber doch in Wien gut und es macht ihnen, wie es scheint, Spaß, die Verfassungskrise recht lebensgefährlich langwierig zu machen. Die Politik dieser Herren ist unter aller Kritik, es ist die vollendetste Unpolitik. Sie haben die Beratung des schauerlichen Erwerb- und Lohnsteuergesetzes möglich gemacht und konnten es nicht zum Fall bringen, obwohl sie in dritter Lesung dagegen stimmten. So wird also dieses fürchterliche Gesetz die Völker drücken und quälen, weil sonst Oesterreich des Glückes verlustig geworden wäre, den Dr. Brestel zum Finanzminister zu haben! Die Polen haben auch die Heldenthat geübt, gegen das Gesetz über die Regelung des Schulwesens zu stimmen und zu protestiren, ließen es sich aber demüthiglich gefallen, daß der Präsident den Protest als geschäftsordnungswidrig zurückwies. Um aber die ministerielle Gnade nicht ganz zu verlieren, haben die Polen gegen den Antrag Petrino's gestimmt. Petrino beantragte bekanntlich, die galizische Resolution sofort mit verhältnismäßiger Beziehung auf alle Länder in Beratung zu nehmen. Dieser Antrag wurde gleich bei der ersten Lesung verworfen, und die galizischen Delegirten haben für diese Verwerfung gestimmt. Das ist unerhört. Es fehlen uns die Worte, um dieses Verfahren der Vertreter Galiziens gebührend zu verdammen. Also diese Herren denken in wahrhaft empörendem Egoismus nur an sich, sie wollen für ihr Land eine privilegierte Stellung und versagen dem Freiheitstreben der andern Völker jede Unterstützung. Wahrlich, diese hoffärtige und eigennützige Isolierung wird ihnen schlecht bekommen.

Die Verhandlung über die cattareische Angelegenheit scheint sich zu einem Mißtrauensvotum gegen das Ministerium zuzuspitzen, jedoch zu keinem scharfen, sondern zu einem sehr stumpfen und unwidelteln. In der Woche ist übrigens der Ausnahmezustand aufgehoben, doch zucken von dem wilden Brande noch einzelne Flammen auf.

So wird denn die Welt und auch das aktienreiche Oesterreich mit Türkenlosen beglückt werden. Die Sache ist pomphaft in Scene gesetzt und für die Anlektion des Publikums ausgiebig gesorgt. Wir möchten die Summen kennen, welche diese Reklame gekostet hat und noch kosten wird. Daß den Völkern in der Türkei Eisenbahnen zu gönnen sind, ist selbstverständlich; ebenso gewiß aber ist es, daß erstlich der Bau große Hindernisse finden wird, und daß sich die Bahnen noch lange, sehr lange nicht rentiren werden, und endlich, daß die kaiserlich ottomanische Regierung durchaus nicht in der Lage ist, irgend eine sichere Garantie zu bieten. Das ist das Traurige an der Sache; das Lächerliche aber besteht darin, daß man von diesen türkischen Bahnen eine friedliche Lösung der orientalischen Frage prophezeit. Und es sind hochgestellte Staatsmänner, welche das thun. Sie wissen wol warum. Die türkische Herrschaft aber wird mit diesen Bahnen rascher zum Untergang gelangen. —

Sie haben den „verabschiedeten Lanzknecht“, den Fürsten Friß Schwarzenberg begraben. Wer erinnert sich nicht mit Vergnügen an sein „Wandербuch“? Da ist ein ebenso origineller als ehrenhafter und lebenswürdiger Charakter heimgegangen. Er

paßte auch nicht mehr in unsere Zeit. Ob er nicht etwa Aufzeichnungen hinterlassen hat über den Charakter, die Ereignisse und Notabilitäten dieser Zeit? Das wäre gewiß eine sehr interessante und pikante Lektüre.

A n s l a n d.

Frankreich bietet ein merkwürdiges Schauspiel. Der Imperialismus hat dort so feste Wurzeln geschlagen, ist so stark und eigenwillig geworden, daß jetzt die Imperialisten gegen den Imperator Opposition machen, weil er nicht mehr Imperator sein, sondern konstitutioneller Monarch werden will. Napoleon III. hat sich jetzt nicht vor den Republikanern, sondern vor den Imperialisten zu fürchten, er muß seine schwärmerrishesten Anhänger bitten und beschwören, sie möchten ihm ihre Treue doch dadurch beweisen, daß sie ihm erlauben, nicht mehr Autokrat zu sein!

In Spanien scheint nun doch der Herzog von Montpensier Aussicht zu haben, auf den Thron zu gelangen. Die Minister haben sich freilich, bis auf Einen, gegen ihn erklärt, und seine Erhebung wäre auch gegen den Beschluß: „Keine Bourbons mehr!“ weil ja der Prinz sammt seiner Gemalin zum bourbon'schen Hause gehört, aber er hat jedenfalls eine Partei für sich, und wenn er Geschicklichkeit und Muth hat, so kann es ihm gleichsam durch Ueberrumpelung gelingen, auf den leeren Thron sitzen zu kommen. Ob damit Spanien befriedigt sein würde, ist freilich sehr in Frage. Auch Isabella's Sohn, der Prinz von Asturien hat viele Anhänger, und seine Mutter hat das Geschick und die Mittel, zu agitiren. Auch die Allegitimisten, die Carlisten haben ihr Spiel noch nicht verloren gegeben. Am wenigsten dürften die Republikaner zu fürchten sein, denn die Castelar's sind in Spanien wie überall sehr rar, und die Revolutionsregierung selber hat der republikanischen Partei einen Schlag versetzt, von dem sie sich nicht so bald erholen wird. Jedenfalls ist es die höchste Zeit, daß Spanien eine definitive Regierung erhält.

Allem Anscheine nach lassen sich Pius IX. und die Majorität des Konzils durch die oppositionellen Reden und Schriften, durch die diplomatischen Warnungen nicht einschüchtern, sondern fühlen sich im Gegentheil geradezu durch diese Einwirkungen nur umsomehr bestimmt, ihre Entschliessungen zu feierlichen Beschlüssen zu machen. Man muß auch wirklich sagen, daß die Diplomatie sich dem Konzil gegenüber sehr ungeschickt, sehr undiplomatisch benommen hat, und ganz besonders trifft dieser Vorwurf den französischen Minister Daru. Der Charakter Pius IX. ist doch hinlänglich bekannt, und auch von dem Geiste, der sich in einer Versammlung von Bischöfen und Prälaten aus allen Welttheilen natürlich entwickelt, konnte man sich leicht einen Begriff machen, man hätte daher voraussehen müssen, daß durch öffentliche Zurechtweisungen und Drohungen nichts zu erreichen sein würde. Wollten die Regierungen auf das Konzil einwirken, so hätten sie von dem alten Rechte Gebrauch machen sollen, durch Gesandte an den Arbeiten theilzunehmen.

P u b l i z i s t i k.

(Studien über Dalmatien und Oesterreichs Politik. Von einem österreichischen Offizier. Graz, Verlag von Josef Poel.) Es wird allgemein angenommen und ist von Seite der Regierung selber zugestanden worden, daß Unkenntniß der lokalen Verhältnisse die Hauptursache der unglücklichen Ereignisse in Cattaro gewesen. Solche Unkenntniß ist überhaupt im allgemeinen

ein großes Uebel in Oesterreich und Ursache vieler verderblicher Fehlgriffe, schwerer Unglücksfälle. Mehr als irgend ein Staat fordert Oesterreich zu einem gründlichen Studium seiner so originell und mannigfach verschiedenen Verhältnisse auf, aber in keinem Staate der Welt finden es die Bewohner so wenig der Mühe werth, sich über diese besondern Verhältnisse nicht etwa eine genauere, sondern überhaupt eine Kenntniß zu verschaffen, wie eben in der habsburgischen Monarchie. Da betrachtet jedes einzelne Land und Volk alle andern als vollkommen fremd, im vollsten Sinne des Wortes als Ausland. Dieser Vorwurf trifft besonders die beiden privilegierten Völker, die Deutschen und Magyaren.

Am allerwenigsten bekümmern sich die binnenländischen Oesterreicher um die Küstengebiete, um die Seepositionen des Reiches, und doch sind diese Länder nicht nur in politischer und kommerzieller Hinsicht von höchster Wichtigkeit, sondern auch durch großartige Naturscenen, originelle Bevölkerung und geschichtliche Denkmäler äußerst interessant. Doch wem fällt es ein, diese interessanten Gebiete durch eigene Anschauung kennen zu lernen? Der „Lloyd“ hat einmal den Versuch gemacht, eine Vergnügungsfahrt nach den dalmatinischen Hafenplätzen zu veranstalten, aber das Unternehmen scheiterte an der Theilnahmslosigkeit des Süßwasserpublikums.

Zu welchen Folgen die Unkenntniß der Lokalverhältnisse führt, haben die blutigen Ereignisse in den Bocche di Cattaro gezeigt. Aber selbst als die öffentliche Aufmerksamkeit in so trauriger Weise auf jenes Küstenland gelenkt war, zeigte sich doch nicht ein Streben nach genauerer Kenntniß von Land und Leuten; im Gegentheil behandelte man den Schauplatz verhängnisvoller Ereignisse erst recht mit Geringschätzung. Die Journale beschränkten sich darayf, über die slavischen Barbaren zu schimpfen, zur scharfen Züchtigung derselben aufzufordern, und im Publikum konnte man Stimmen vernehmen, welche geradezu verlangten, daß man sich eines so wilden Landes lieber ganz entledigen sollte.

Unter so ungünstigen Verhältnissen ist es doppelt verdienstlich, daß ein österreichischer Offizier sich der Mühe unterzog, in dem oben genannten Büchlein eine sorgfältig genaue Schilderung Dalmatiens zu liefern, und empfehlen wir die Lektüre dieser Schrift aufs angelegentlichste. Der Verfasser bespricht auch die Politik Oesterreichs in Betreff jenes Küstenlandes und kann da leider nicht loben. Er hebt die Bedeutung hervor, welche Dalmatien für das Reich haben könnte und sollte, aber leider noch nicht hat, weil die Regierung dort theils unthätig, theils verkehrt thätig gewesen ist. Der Verfasser schließt mit folgenden beherzigenswerthen Sätzen:

„Möglichste Urbarmachung des Bodens, Anlage von Straßen und Bahnen aus der Monarchie nach Dalmatien, in diesem selbst und in die türkischen Hinterländer, Eindringen in diese durch Handelsverträge, dadurch Hebung des Handels und der Industrie, Hebung des Volksunterrichtes und des Alerus, entchiedene Parteinahme für die Slaven, Propaganda gegen Rußland und für

unsere Interessen, — das sind die Aufgaben, welche die Regierung zu erfüllen hat. Geschieht dies mit Energie und Geschicklichkeit, dann wird Dalmatien nicht der arme, verwahrloste, unnütze „steinerne Schweif“ bleiben, sondern eine blühende Provinz werden, welche das für sie ausgelegte Kapital reichlich verzinsen wird. Es muß ein mächtiger Rückhalt, eine prächtige Basis, eine kräftige Unterstützung für uns werden, wenn einmal die orientalische Krisis Oesterreich in ihre Wirbel ziehen wird.“

(Die Arrondirung des Grundbesizes und die Anlegung gemeinschaftlicher Feldwege von Karl Pehrer, Minist.-Sekretär im Ackerbau-Ministerium. Wien, k. k. Staatsdruckerei 1869.) Die Freigebung des Verkehrs mit Grund und Boden wird von der gesamten Intelligenz als die segensreichste Institution der neuen Ära gepriesen. Das bezügliche Gesetz hat auch das Eigenthümliche, daß mit demselben nicht etwa verordnet wird, daß dies oder jenes und wie es „bei sonstiger Exekution“ geschehen soll, sondern es hebt die bestehenden lästigen Beschränkungen des Verfügungsrechtes mit dem Grundeigenthume auf und überläßt es dem Ermessen eines Jeden, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen, oder nicht.

Die thatsächliche Ausführung dieser Besitzveränderungen ist aber nicht allein von größter Wichtigkeit, sondern auch in Anbetracht der vielgegliederten Personen-, Sach- und Rechtsverhältnisse ungemein komplizirt.

Um nun den massenhaft bevorstehenden Wechsel des Grundbesizes möglichst zu erleichtern und eine Gleichförmigkeit des Verfahrens zu erzielen, hat der Herr Autor der eingangs bezeichneten Schrift im Sinne der vorgeschrittenen Neuzeit das Ideal eines Arrondirungsgesetzes entworfen, in welchem alle Formen, sowol im materiellen Rechte, als im Verfahren, die der Arrondirung hinderlich sind, so weit abgestreift werden, als es möglich ist, ohne dem materiellen Rechte selbst Gefahr zu bringen. Ebenso befriedigend hat der Herr Verfasser die sich selbst gestellte Aufgabe gelöst: Das Arrondirungsgesetz so einzurichten, daß es dem Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden, beziehungsweise Wirthschaftsgenossenschaften volle Rechnung trage, den Betheiligten die fortgesetzte tiefgreifende Einwirkung in alle Theile des Verfahrens sichere, ihnen aber zugleich alle Hilfsmittel gewähre, über welche die organisirte Staatsgewalt und andere organisirte Körperschaften und Vereine gebieten.

Möge dieses Gesetz recht bald vollinhaltlich zum Vollzuge gelangen und den Segen verwirklichen helfen, welchen das freie Realverfügungsrecht andern Ländern bereits gebracht hat.

Geschichtliche Beiträge.

zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

X.

Rückgang des Hauses Habsburg.

(Fortsetzung.)

Kaiser Heinrich VII. der Luxemburger hatte sich's zur Hauptaufgabe gemacht, das kaiserliche Ansehen in Italien wieder herzustellen, während die beiden habsburgischen Kaiser, Rudolf und Albrecht das gänzlich vernachlässigt hatten. Es hatte allen Anschein, daß die Luxemburger ein Kaisergeschlecht gründen würden, welches sich machtvoll und glänzend den vorausgegangenen hohensaußischen, stauischen und fränkischen anschließen könnte. Dadurch wäre selbstverständlich das Haus Habsburg mit seinen ererbten Kaiserplänen weit zurückgesetzt worden; doch Albrechts Söhne fügten sich dem Verhängniß und leisteten dem neuen Kaiser willig Gehorsam.

Heinrich VII. war in Rom gekrönt worden und rüstete zu Land und zur See, um den König Robert von Neapel zu stürzen. Er erwartete nur noch die Ankunft seines Sohnes Johann, der sich bereits an der Spitze eines großen böhmischen Heeres auf dem Marsche nach Italien befand. Da empfing der Kaiser in dem Kloster Buonconvento bei Siena das Abendmal, erkrankte unmittelbar darauf und starb nach wenigen Stunden (24. August 1313). Es wird allgemein angenommen, daß der Kaiser von dem Dominikanermönch, welcher ihm zum Hinabspülen der Hostie auch nichtkonsekrierten Wein reichte, vergiftet worden sei. Die Aerzte wollten Brechmittel anwenden, was jedoch der Kaiser aus Frömmigkeit nicht gestattete. Es gibt aber auch gleichzeitige Geschichtschreiber, welche den plötzlichen Tod Heinrichs natürlich erklären.

Der Kaiser war in der Fülle der Manneskraft gestorben, und mit ihm gingen die großen Pläne zu Grabe, die er für das Reich und für sein Haus gehegt. Dem Reiche standen wieder die Gefahren eines Waffstankes bevor, und das Haus Luxemburg, welches in direkter Linie nur durch Heinrichs einzigen Sohn Johann, König von Böhmen vertreten war, hatte keine Aussicht, die deutsche Krone zu behaupten. Johann bewarb sich zwar um diese Krone und er hatte die zwei geistlichen Kurfürsten von Mainz und Trier für sich, da er jedoch kaum erst das Knabenalter überschritten hatte, so wurde seine Wahl selbst von seinen Fremden als unmöglich erkannt.

Desto entschlossener trat das Haus Habsburg auf, dem der plötzliche Tod des

luxemburgischen Kaisers als ein besonderer Glücksfall erschien. Herzog Friedrich von Oesterreich kündigte sofort seine Candidatur an, und seine Brüder und Schwäger versprachen ihm jegliche Unterstützung. Friedrich hatte von den Kurfürsten den Pfalzgrafen Rudolf, den Markgrafen Heinrich von Brandenburg und den Herzog von Sachsen für sich und gewann mit vielem Gelde auch den Erzbischof von Köln. Auch der entthronte König von Böhmen, Heinrich der Kärntner, sowie Herzog Ludwig von Baiern sagten ihm ihre Unterstützung zu.

Ganz entschieden gegen die Habsburger waren die beiden geistlichen Kurfürsten von Mainz und Trier, dann König Johann von Böhmen. Diese drei kamen überein, den Herzog Ludwig von Baiern zu wählen, wodurch sie ihre ganz besondere Feindseligkeit gegen Habsburg bewiesen. Der Baiernherzog hatte zwar feierlich versprochen, den Herzog Friedrich von Oesterreich in der Bewerbung um die deutsche Krone nicht nur nicht zu hindern, sondern aus allen Kräften zu unterstützen, er ließ sich aber leicht überreden, daß dieses sein Versprechen sich nicht auf den Fall beziehen könnte, wenn ihm selber die deutsche Krone angeboten würde. In ähnlicher Weise gelang es dem Erzbischof von Mainz auch, die Markgrafen von Brandenburg von dem habsburgischen Candidaten abwendig zu machen. Beide Thronwerber leisteten ihr möglichstes, um die Wahlfürsten zu bestechen, und so trat denn recht auffällig das Unglück eines Wahlreiches zu Tage.

Am 19. Oktober 1314 war der Wahltag. Die Stadt Frankfurt war dem Herkommen gemäß gesperrt, um erst dem Gewählten geöffnet zu werden. Beide Thronandidaten waren persönlich und mit großem kriegerischen Gefolge erschienen. Friedrich der Schöne von Oesterreich lagerte mit den Seinigen am linken Ufer des Main bei Sachsenhausen. Von Wahlfürsten befanden sich bei ihm nur der Pfalzgraf am Rhein, Rudolf, der Herzog von Sachsen und der Titularkönig von Böhmen, Heinrich der Kärntner, welcher sich für berechtigt hielt, die böhmische Kurfstimme zu führen. Der Erzbischof von Köln war ungeachtet der bestimmtesten Zusage nicht erschienen, sondern hatte seine Stimme dem Pfalzgrafen übertragen. Es stand also die Sache des Habsburgers schlecht, denn er hatte nur drei Stimmen für sich, da der entthronte König von Böhmen durchaus nicht als wahlberechtigt erscheinen konnte. — Herzog Ludwig von Baiern befand sich mit seiner Partei am rechten Mainufer, dort wo vor alters das eigentliche Wahlfeld gewesen. Bei ihm befanden sich die beiden geistlichen Kurfürsten von Mainz und Trier, dann der König Johann von Böhmen, die beiden Markgrafen von Brandenburg und der Herzog Johann von Sachsen-Lauenburg, welcher letzterer sich für berechtigt hielt, die sächsische Kurfstimme zu führen.

Am Morgen des Wahltages beschieden sich die beiden Parteien mit der gegenseitigen Aufforderung zum Zusammentreten. Doch kein Theil war geneigt, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Darauf wartete die österreichische Partei bis zum Nachmittag und schritt dann für sich allein zur Wahl, welche selbstverständlich auf Friedrich von Oesterreich fiel. Der Pfalzgraf Rudolf proklamirte

in seinem und im Namen des Erzbischofs von Köln, des Herzogs Rudolf von Sachsen und des Herzogs Heinrich von Kärnten als König von Böhmen, den Herzog Friedrich den Schönen von Oesterreich als gewählten römischen König. — Die Partei Ludwigs von Baiern ließ dagegen den ganzen Wahltag verstreichen, immer erwartend, daß die Gegenpartei sich zum gemeinsamen Wahlakte mit ihr vereinigen würde. Als das nicht geschah, vielmehr die Sonderwahl Friedrichs bekannt wurde, bestimmte die Majoritätspartei den folgenden Tag, nämlich den 20. Oktober zum Wahltag, und fand an demselben die Wahl Ludwigs ebenso leicht statt, wie Tags vorher die Friedrichs. Der Erzbischof von Mainz erklärte um neun Uhr Morgens in seinem und im Namen des Kurfürsten von Trier, des Königs Johann von Böhmen, der Markgrafen Walbemar und Heinrich von Brandenburg und des Herzogs Johann von Sachsen-Lauenburg den Herzog Ludwig von Baiern als erwählten römischen König.

Offenbar waren beide Wahlen ungiltig, denn nach dem Reichsgesetz mußten die Kurfürsten den Wahlakt gemeinsam vollziehen, durften nicht in Parteien getheilt Sonderwahlen vornehmen. Abgesehen davon aber erschien Ludwig von Baiern als rechtmäßig gewählt, denn er hatte die Majorität der Kurstimmen. Es hatte also Habsburg Baiern gegenüber eine Niederlage erlitten, welche den Stolz des Hauses empfindlich kränken mußte. Beide in Wirklichkeit rechtsungiltig gewählte Fürsten nahmen jedoch sofort den königlichen Titel an und waren entschlossen, denselben mit Waffengewalt geltend zu machen. So war das Unheil eines Bürgerkrieges heraufbeschworen.

Es kam nun zunächst darauf an, für welche Wahl sich das Volk erklären würde. Zuerst hatte die Wahlstadt Frankfurt ihr Votum abzugeben. Es fiel das den Frankfurtern sehr schwer angesichts der beiden Parteien, welche mit Waffenmacht vor den Thoren standen. Drei Tage hindurch blieb Frankfurt gesperrt, während jeder der beiden Gewählten verheißend und drohend Einlaß begehrte. Endlich öffnete Frankfurt Ludwig dem Baiern die Thore, und er wurde altem Gebrauch gemäß in der Bartholomäuskirche auf den Altar gehoben und dem Volke als erwählter König gezeigt. Das Beispiel der Wahlstadt war maßgebend für die meisten Reichsstädte; auch erließ der Rath von Frankfurt ein Schreiben an die Krönungsstadt Aachen mit der Anzeige, daß Ludwig von Baiern rechtmäßig gewählt worden, also der Krönung würdig sei.

In Betreff der Krönung wendeten sich beide Gewählten an den Erzbischof Heinrich von Köln, dem das Recht zustand, diesen feierlichen Akt zu vollziehen. Der Erzbischof that nun das, was allein recht- und zweckmäßig war, er verlangte nämlich, daß ihm die Wahlakten vorgelegt werden, daß beide Parteien vor ihm erscheinen und des Spruches gewärtig sein sollten, den er kraft seines Krönungsrechtes fällen würde. Wäre das geschehen und ein richtiges Urtheil gesprochen worden, so hätten beide Wahlen kassirt werden müssen, und es wäre dann wol möglich geworden, eine vollkommen rechtmäßige Wahl zu Stande zu

bringen. Keiner der beiden Gewählten folgte jedoch der Vorladung des Kölner Erzbischofs, sondern Ludwig eilte nach Aachen, um dort gekrönt zu werden, während Friedrich sich zu gleichem Zwecke nach Bonn begeben hatte. Und nun ging der Erzbischof von Köln von der richtigen Auffassung des Verhältnisses ab und krönte am 25. November 1314 Friedrich den Schönen von Oesterreich zu Bonn als deutschen und römischen König. Den folgenden Tag vollzog der Erzbischof Peter von Mainz denselben Akt in Aachen an Ludwig dem Baier. Die Erhebung beider war somit auch durch die Krönung gesegwidrig, denn Friedrich wurde zwar von dem berechtigten Erzbischof von Köln gekrönt, doch war Bonn nicht die gesetzliche Krönungsstadt; Ludwig dagegen empfing die Krone zwar in der gesetzlichen Krönungsstadt Aachen, doch war der Erzbischof von Mainz nicht zur Krönung berechtigt.

Also mußte das Schwert entscheiden. Jeder der beiden ungiltig Gemachten und ungesetzlich Gekrönten sandte sein Obeienzschreiben nach Rom, jeder kündigte sich den Ständen und Unterthanen des Reiches als König und Kaiser an und forderte Gehorsam. Deutschland theilte sich in zwei Lager; der Norden blieb zwar größtentheils passiv, Süddeutschland aber wurde der Schauplatz eines langen verberblischen Bürgerkrieges. Die Macht der beiden Gegner war ziemlich gleich. Für Ludwig den Baier erklärten sich fast alle Reichsstädte, selbst Bern und Solothurn und die Waldstädte Schwyz, Uri und Unterwalden, obwohl inmitten der habsburgischen Besitzungen gelegen. Dann hatte Ludwig den mächtigen Erzbischof von Mainz, den Kurfürsten von Trier und den gewaltigen König Johann von Böhmen zu thätigen Bundesgenossen. Friedrich der Schöne konnte dagegen aus den österreichischen Ländern eine größere Stärke ziehen, seine Brüder waren mit Gut und Blut für ihn, namentlich war der kriegerische Herzog Leopold mit begeisterter Hingebung rastlos thätig, das Haupt des habsburgischen Hauses auf dem kaiserlichen Throne zu erhalten. Für Friedrich kämpften der Herzog Heinrich von Kärnten, der Graf Heinrich von Görz-Tirol, der Landgraf Otto von Hessen, die Markgrafen Friedrich und Rudolf von Baden, dann nebst dem Erzbischof von Köln noch die Bischöfe von Straßburg, Augsburg, Konstanz und Chur und eine große Zahl der übrigen Prälaten und Herren von Oberdeutschland. Auch konnte Friedrich sich auf das Bündniß mit dem König Karl Robert von Ungarn stützen.

So standen sich die Parteien gegenüber, und es entspann sich ein langwieriger Kampf, nicht um Macht und Heil des Reiches, sondern darum, ob das habsburgische oder das baierische Fürstenhaus die deutsche Krone besitzen sollte. Der Kampf wurde mit abwechselndem Glücke geführt, bot glänzend charakteristische Momente der deutschen Geschichte, beschädigte aber tief die Interessen Deutschlands, brachte dem Hause Habsburg eine schwere Demüthigung und endete zum Nachtheile beider Parteien.

(Fortsetzung folgt.)

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: **Franz Schafelska.**

Die Redaktion befindet sich: **National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.**

Administration: **Laborstraße Nr. 52.**

Druck von **R. v. Waldheim**

Die Reform.

No. 11.

Wien, den 17. März 1870.

IX. Jahrgang.

Fremde Freiheitsbeispiele und unsere herrschenden Liberalen.

Das berühmte, oder wenigstens berücktigte „Freiheit wie in Oesterreich“ ist sehr rasch aus der Mode gekommen und wird namentlich gerade auf das allerneueste Oesterreich nicht mehr angewendet, in welchem doch die Verfassung einen so glänzenden Sieg gefeiert hat, und welches so namenlos glücklich ist, ein ganz reines Bürgerministerium zu besitzen, beziehungsweise von demselben besessen zu sein. In Frankreich hat der Sarkasmus des „Freiheit wie in Oesterreich“ gewiß sehr wesentlich zum Sturze des frühern Systems beigetragen; jetzt aber stellen die Franzosen die österreichische Freiheit nicht mehr als Muster auf, obwol sie selber offenbar auch noch nicht sehr weit in der Freiheit vorwärts gekommen sind. Das gesammte Ausland überhaupt hat aufgehört, den Freiheitsjubiläum der österreichischen Verfassungstreuen zu bewundern und zu beneiden. Eine zeitlang war das Ausland, weil es die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs sehr ungenau kennt und sehr unrichtig beurtheilt und weil es besonders noch immer gewohnt ist, Wien für Oesterreich zu halten, ganz geneigt, das neue Oesterreich, oder offiziell zu sprechen, Oesterreich-Ungarn als einen freiheitlichen Musterstaat zu betrachten. Nach und nach wurde aber das Ausland stutzig. Es konnte doch nicht immerfort den lauten Klagen der Böhmen, Polen, Ruthenen, Kroaten, Slovenen, Rumänen, Serben, Slovaken, der Tiroler und Siebenbürger Sachsen das Ohr verschließen. Es mußte endlich doch zur Erkenntniß gelangen, daß es mit der österreichisch-ungarischen Freiheit einen bösen Haden haben müsse, weil es sonst doch unmöglich wäre, daß die überwiegende Mehrheit der Gesamtbevölkerung gegen diese Freiheit in Opposition stünde. Abgesehen von dieser nationalen und staatsrechtlichen Opposition vernimmt das Ausland von Oesterreich-Ungarn auch noch Dinge, welche sich mit der Freiheit nicht vereinigen lassen, nämlich unzählige Proceßprozeße, draconische Verurtheilungen von Oppositionsschriftstellern, Verhaftungen von Arbeitern, Beschränkung von Vereinen und Versammlungen, Verbot von Theaterstücken, Büchern, Vorlesungen, Tänzen und Liedern u. s. w. Durch das alles ist das Ausland dahin gebracht worden, Oesterreich-Ungarn nicht mehr als einen Freiheitsmusterstaat zu bewundern. Die Artikel fremder Blätter, welche sonst die österreichische Freiheit glorifizierten, werden immer seltener, ja verschwinden gänzlich, woraus man zugleich erkennt, woher diese Artikel früher gekommen sind, und daß in Oesterreich-Ungarn selber, und sogar in den Preßbureaus ein Umschwung der Meinung eingetreten ist.

Unsere Verfassungstreuen selber haben nicht mehr den Muth und die Anmaßung, die österreichisch-ungarische Freiheit als mustergiltig zu preisen. Sie sind in dieser Beziehung sehr kleinlaut und schon wieder dahin gebracht worden, ihren Lesern fremde Freiheitsbeispiele vorzuführen. Das thun sie aber auf eine Weise, durch welche sie deutlich zeigen, daß sie ein Publikum voraussetzen, welches sehr wenig weiß und noch weniger selbständig denkt, durch welche sie ferner beweisen, daß ihre eigenen politischen Gedanken, Gefühle und Doktrinen sehr verschieden sind, je nachdem vom In- oder vom Auslande die Rede ist. Unsere verfassungstreuen Liberalen stellen fremde Freiheitsmuster auf, welche sie selber in Oesterreich durchaus nicht nachahmen wollen, und deren Nachahmung bei uns wenn nicht ganz unmöglich, so doch äußerst schwierig und gefährlich wäre; sie beweisen, daß sie in Betreff des Auslandes sehr gerecht und human, im höchsten Grade, ja sogar republikanisch freisinnig; im Inlande dagegen ungerecht, barbarisch, oligarchisch, despotisch sind. Wir wollen einige Beispiele hervorheben.

Die ersten Wortführer unserer Verfassungstreuen, welche sich doch als die schärfsten dynastischen Monarchisten geben, sind fortwährend mit großem Eifer, mit wahrer Andringlichkeit bemüht, die Spanier von der Monarchie abzuschneiden, sie zur Begründung der Republik aufzumuntern. Wenn die Spanier die Republik einführen, sagte erst neulich das Hauptorgan unserer Verfassungstreuen, so werden sie wieder ein leuchtendes und erhebendes Muster für alle Völker sein, wie damals, als sie gegen die Fremdherrschaft gestritten. Wir unserntheils haben natürlich gar nichts dagegen, wenn unsere privilegierten und patentirten Konstitutionalisten die Republik allen Völkern als Musterstaat preisen, wir wollen auch nicht darüber spotten, daß sie gerade die Spanier für befähigt und berufen halten, diesen Musterstaat zu realisiren; wol aber müssen wir die Unkenntniß, oder die absichtliche Entstellung der Verhältnisse geißeln, welche diese Konangebner Oesterreichs dadurch bekunden, daß sie die Gründung einer spanischen Republik mit dem nationalen Freiheitskampfe der Spanier zusammenstellen. Als das spanische Volk sich gegen die Franzosen zum Kampfe erhob und diesen Kampf allerdings mit einer von allen Völkern bewunderten Tapferkeit, Ausdauer und Aufopferung führte, da kämpfte dieses spanische Volk doch gewiß nicht für die Republik, sondern im Gegentheil für die altlegitime Monarchie, für das Gottesgnadenkönigthum, es kämpfte für das alte Haus Bourbon, es kämpfte für den König Ferdinand VII. welcher doch weder als Mensch, noch als Regent die Eigenschaften besaß, daß er an und für sich eine solche Anhänglichkeit und Hingebung des Volkes verdient hätte. Aber die Spanier kämpften für ihr legitimes Königshaus, weil sie mit demselben ihre Nationalität, ihre historische Selbstständigkeit, die Fortsetzung ihrer Geschichte verbunden erkannten. Wenn man also die Spanier in einem Athem zur Gründung der Republik auffordert und an ihren nationalen und dynastischen Freiheitskampf erinnert, so ist das geradezu ein Unsinn. Wenn die Spanier dieses ihr eigenes Beispiel nachahmen wollten,

so müßten sie, nicht für die Republik, nicht für den Herzog von Montpensier, nicht für den Prinzen von Asturien, sondern für Don Carlos sich erheben. Allerdings haben die Spanier durch jenen glorreichen Nationalkampf gegen die Franzosen allen Völkern ein leuchtendes Beispiel gegeben. Dieses spanische Beispiel ist zuerst von den Tirolern, dann von den Russen und endlich auch von den Deutschen überhaupt nachgeahmt worden, und gegenwärtig ahmen dieses selbe spanische Beispiel in Oesterreich-Ungarn wieder die Tiroler, dann die Böhmen, Polen, Ruthenen, Slowenen, Rumänen, Kroaten, Serben, Slowaken und Sachsen nach. Diese Nachahmung ist unsern Verfassungstreuen sehr unangenehm und sie verdammen dieselbe; nichtsdestoweniger aber stellen sie den spanischen Nationalkampf als allen Völkern vorleuchtendes Muster auf.

Diese Verfassungstreuen haben auch nicht unterlassen, lobpreisend darauf hinzuweisen, daß man in etlichen Kantonen der Schweiz damit angefangen hat, die Gesetze in den Urversammlungen des Volkes sanktioniren zu lassen. Das ist gewiß sehr schön und gut, und es sind die Schweizer zu beneiden, daß ihre Verhältnisse es ihnen möglich machen, diesen recht volksthümlichen Gesetzgebungsmodus anzuwenden. Für alle Staaten, auch für Oesterreich würde das gewiß sehr nützlich sein, wenn es möglich wäre. In Oesterreich würde gar manches Gesetz auch der neuesten Aera, z. B. gleich das allerneueste Gesetz über die Erwerb- und Lohnsteuer in Urversammlungen der Völker ganz gewiß nicht angenommen worden sein. Aber möchten denn unsere Verfassungstreuen das schweizerische Beispiel, wenn es bei uns nachahmbar wäre, wirklich selber nachahmen, möchten sie das, was in den Schweizerkantonen geschieht, den Königreichen und Ländern Oesterreichs gewähren? Wir sind überzeugt, daß sie diese unsere Frage lächerlich finden. Gewiß sagen sie im Stillen: „Daß wir die Herren wären, das Gesetzgebungsrecht in die Hände der Urversammlungen des Volkes, der Völker zu legen, da es doch offenbar ist, daß wir in diesem Falle bei allen den Gesetzen, die wir bisher gegeben haben, die Majorität jedes einzelnen Volkes und aller Völker gegen uns gehabt hätten. Nein, die Sache muß hiebisch in den Händen der Partei, der Koterie bleiben, da sind Kompromisse möglich, bei denen eine Hand die andere wäscht, da lassen sich Majoritäten zusammen bringen, wie man sie eben braucht. Wer aber könnte die Massen des Volkes leiten, wer den Geist beschwören, der sich in den Urversammlungen entwickeln würde! Man sieht ja, welchen Standal schon diese sogenannten Volksversammlungen machen, und nun gar allgemeine Urversammlungen des wirklichen Volkes, und zwar nicht bloß, um theoretische Resolutionen zu fassen, ohnmächtig Proteste zu erheben, sondern um wirklich und praktisch das Gesetzgebungsrecht auszuüben! Das geht nun und nimmermehr, denn da wäre es mit unserer Herrschaft zu Ende, und wir wollen herrschen, und zwar gerade so, wie es uns gut dünkt, denn diese Herrschaft ist nicht bloß sehr angenehm, sondern auch sehr einträglich.“ — Wir setzen unsern Kopf dafür ein,

daß wir genau die Gedanken der Verfassungstreuen ausgesprochen haben. Sie sind so weit davon entfernt, dem Volke, den Völkern als solchen unmittelbar eine entscheidende politische Aktivität zu gestatten, daß die „Neue freie Presse“ direkte Wahlen nach dem jetzigen Censur und aus den februaristischen Listen und Gruppen für die bei uns einzig mögliche Wahlreform erklärt!

Eine ganz außerordentliche Freude macht es unsern Verfassungstreuen, daß in der nordamerikanischen Union ein Neger in das Parlament gekommen ist. Unsere liberalen Blätter haben dieses Faktum enthusiastisch gepriesen und dabei auf die nordamerikanische Republik als auf das Eldorado der Freiheit hingewiesen. Daß nun in der amerikanischen Musterrepublik die Neger aus der Sklaverei befreit und vollberechtigte Staatsbürger geworden sind, das ist gewiß ein hocherfreulicher Fortschritt in Gerechtigkeit und Humanität, und man mag sich die Freude darüber auch nicht durch den Gedanken trüben lassen, daß sich sehr viele dieser emanzipirten Neger als freie Arbeiter kaum so wohl befinden werden, wie vordem als Sklaven, für deren Wohlbefinden ausgiebig und fortwährend zu sorgen, die Herren ein selbigeiges Interesse hatten und dazu gesetzlich verpflichtet waren. Die nordamerikanischen Gesetzgeber haben die Sklavenemanzipation nicht bloß nach idealen Grundsätzen aufgefaßt, sondern auch nach praktischen Utilitätsgründen. Sie erkannten, daß die zahlreichen Schwarzen, solange sie eine abgeschlossene Sklavenkaste bildeten, an deren Erhaltung und Fortpflanzung die Sklavenhalter ein eigennütziges Interesse hatten, für die Union nicht bloß eine Schande, sondern ein Uebel und eine Gefahr waren. Daher haben sie diese Kaste aufgelöst, und zwar gewiß nicht vorwiegend aus humaner Sympathie für die Schwarzen. Für die Sklaven haben die Herren gesorgt und mußten es thun; die freien Neger sind ihrem Schicksale überlassen. Nun setzen die Nordamerikaner ganz richtig voraus, daß zwar viele Neger das Talent und den Charakter haben werden, sich als freie Bürger fortzubringen, daß aber gewiß ungleich mehrere in der Freiheit zu Grund gehen werden; und da keine Sklavenzufuhr mehr stattfindet, und noch weniger eine irgend namhafte Einwanderung von Negern zu erwarten steht, so wird sich die schwarze Bevölkerung nach und nach sehr vermindern, ja voraussichtlich fast ganz aussterben, was für die Union sehr erwünscht ist. Was soll es aber bedeuten, daß unsere Liberalen die politische Vollberechtigung der Neger in Amerika als ein Freiheitsmuster preisen? Dieselbe Freiheit besteht ja längst auch in Oesterreich. Schon in den Zeiten des Absolutismus wurde jeder Sklave, sobald er den österreichischen Boden, oder nur ein österreichisches Schiff betrat, sofort frei und aller Menschenrechte theilhaftig, konnte also auch österreichischer Unterthan werden und alle Rechte genießen, welche diesen Unterthanen gewährt waren. Darin ist durch die freie Konstituierung Oesterreichs selbstverständlich nichts geändert worden. Wenn es also in Oesterreich Neger gibt (und es gibt deren wahrscheinlich), welche die österreichische Staatsbürgerschaft erworben und die sonstigen

gesetzlichen Qualitäten haben, so steht ihnen gesetzlich gewiß nichts im Wege, das Wahlrecht auszuüben und auch gewählt zu werden, wenn sie die vorgeschriebene Steuer zahlen. Die Farbe, der Haut oder gar nur der Fingernägel hat in Oesterreich niemals einen Unterschied im politischen Rechte begründet *). Darin hat also Oesterreich den Ruhm, der nordamerikanischen Republik vorangegangen zu sein. Es besteht aber zwischen beiden Staaten jetzt ein für Oesterreich nachtheiliger Unterschied, der sich zwar nicht auf als Sklaven importirte oder als solche eingeborne schwarze Menschen, sondern auf urösterreichisch frei geborne weiße Menschenkinder bezieht. In Nordamerika sind die Neger nicht bloß aus der Sklaverei befreit, sondern auch sofort vollberechtigte aktive Staatsbürger geworden, so zwar, daß sie nicht bloß wählen, sondern auch gewählt werden können. In Oesterreich dagegen leben Millionen Menschen, welche niemals Sklaven waren, welche die volle persönliche Freiheit und auch die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, aber von den staatsbürgerlichen Aktivrechten ausgeschlossen, politische Nullen sind, weil sie nicht die Steuer zahlen, nach welcher in Oesterreich das politische Recht, der politische Verstand und der Patriotismus taxirt werden. Wenn also unsere Liberalen sich so sehr darüber freuen, daß in Nordamerika ein freigelassener Neger Deputirter, ja möglicherweise sogar Präsident der Union werden kann, so sollten sie doch auch der Millionen weißer Vollblutösterreicher gedenken, welchen jedes passive und aktive Wahlrecht verweigert ist, welche in dieser Hinsicht wahrlich als weiße Sklaven betrachtet und behandelt werden. Thun das diese Liberalen? Nun ja theorethisch haben sie wol schon ab und zu für das allgemeine Wahlrecht plaidirt, wenn es aber zur Praxis kommt, so begnügen sie sich mit hoch censurirten direkten Wahlen von und aus privilegierten Interessengruppen, und ihr Hauptorgan, die „Neue freie Presse“ hat die Ordre gegeben, daß die ganze Verfassungspartei diese Wahlreform unterstützen müsse. Ja wol, diese Verfassungstreuen erklären für die Quelle und Stütze der österreichischen Freiheit ein Ministerium, dessen hervorragendstes Mitglied den Arbeitern kategorisch erklärt hat, daß in Oesterreich das allgemeine Wahlrecht niemals eingeführt werden wird!

*) Wir kannten einen sehr schönen Neger, den ein böhmischer Fürst und hoher Staatsbeamte aus Abyssinien zum Geschenk erhalten hatte. Er wurde getauft, lernte ganz vollkommen deutsch und böhmisch und auch ziemlich französisch sprechen und erwarb sich ganz hübsche Schulkennnisse. Er gewann sogar eine Geliebte, mit der er ein Kind erzeugte. Er verließ den adeligen Dienst, um als freier Staatsbürger sein Glück zu versuchen brachte es aber nur zum Dienstmann, als welcher er starb.

Dr. Gistra's Organisation der Medizinal-Verwaltung.

„Es gibt kaum einen Zweig der öffentlichen Verwaltung in Oesterreich, welcher sich in einem so ungenügend geordneten Zustande befindet, als die Medizinal-Verwaltung.“ Das sind im getreuen Textlaute die einleitenden Worte des Motivenberichtes, mit welchem der Minister des Inneren seinen ausgearbeiteten Gesetzentwurf in Betreff der Organisation der Medizinal-Verwaltung als Regierungsvorlage auf den Tisch des Abgeordnetenhauses niederlegte. Darf man sich da verwundern, wenn der zur Vorberathung dieses wichtigen Gegenstandes vom Abgeordnetenhause bestellte Medizinal-Ausschuß, eingeschüchtert durch Dr. Gistra's „ungenügend“ schmeichelhaftes Urtheil über das bisher Bestehende, nur mit Zögern und nicht ohne sich mit außerparlamentarischen Vertrauensmännern zu umgeben, an seine vermeintlich reformatorische Aufgabe herantritt? Muß er ja doch in gläubiger Sinnahme eines von der Ministerbank kommenden so apodiktischen Ausspruches der Meinung sein, es handle sich bei der Reform der Medizinal-Verwaltung um nichts weniger als um Ausrattung alter, vererbter, bureaukratischer Uebelstände, an deren Stelle zur Hebung der tief im Argen liegenden öffentlichen Sanitätspflege neuärarische Institutionen erst zu schaffen seien, während in Wirklichkeit gerade das Umgekehrte der Fall ist, wofür wir bereit sind, den Beweis aus Dr. Gistra's höchsteigenem Medizinal-Organisationsstatute anzutreten.

Hätte Dr. Gistra seinen Vorfahren im Amte mit Einschluß der k. k. vereinigten Hofkanzlei nur einigermaßen gerecht sein wollen, besäße er eine etwas geringere Meinung von seinem organisatorischen Talente, so würde er bei Ueberreichung der in Rede stehenden Regierungsvorlage an den Reichsrath ganz anders gesprochen haben, als er es gethan; er hätte offenbar sagen müssen: „Das öffentliche Sanitätswesen in der cisleithanischen Westhälfte Oesterreichs ist im Gegensatz zu anderen Verwaltungszweigen merkwürdigerweise ganz gut bestellt; das Bestehende hat sich erfahrungsgemäß bewährt. Ich war demnach in der glücklichen Lage, die vorgefundenen Einrichtungen durchgehends beizubehalten. Die leitenden Prinzipien sind ganz unverändert geblieben. Die Scheidungslinien zwischen dem, was auf dem Gebiete der öffentlichen Sanitätspflege einerseits der Staatsverwaltung und andererseits den Gemeinden obliegt, sind von der früheren Gesetzgebung schon so genau gezogen worden, daß ich die bezüglichlichen Kompetenzen einfach acceptirte. Was insbesondere die zur Handhabung des staatlichen Wirkungskreises in Sanitäts-Angelegenheiten berufenen Organe betrifft, so werden Ihrem Kennerblicke lauter alte Bekannte begegnen und zwar bei allen drei Instanzen des politischen Verwaltungsdienstes. Bei den Bezirkshauptmannschaften finden Sie Bezirksärzte, deren bisherige pro-

visorische Anstellung ich nur in eine definitive umzugestalten brauche, da sie schon seit dem Jahre 1850 als solche in Funktion sind. Dasselbe gilt rücksichtlich der, dem Verordnungswege vorbehaltenen Festsetzung der Amtsbezüge und Bestimmung der Amtsstufe für die landesfürstlichen Bezirksärzte. Es wird auch dabei nichts weiter zu thun sein, als ein seit zwanzig Jahren in Wirksamkeit befindliches Provisorium endlich in ein Definitivum zu verwandeln, was umso geringeren Schwierigkeiten unterliegt, als bekanntlich meine Organisation der politischen Behörden vom Jahre 1868 mit der Stadion'schen vom Jahre 1850 gerade in Betreff der Territorial-Eintheilung der bezirkshauptmannschaftlichen Gebiete nahezu übereinstimmt. Bei den Länderstellen und beim Ministerium des Innern besorgen eigene Sanitäts-Referenten die administrativen Geschäfte des Sanitätsdienstes, außer dem sind bei den ersteren auch eigene Landesthierärzte bestellt. Diese Einrichtung, welche sich bis zum heutigen Tag erhalten hat, war, um nicht noch weiter ins Alterthum zurückzugreifen, zur Zeit der großen Kaiserin Maria Theresia auch nicht anders. Einer neueren Epoche dagegen gehört die Institution von eigenen beratenden und begutachtenden Körperschaften an, welche aus Sachmännern (Ärzten, Apothekern u. s. w.) zusammengesetzt, den Landesbehörden in der Provinz und der Centralstelle in Wien als Beiräthe zur Seite stehen, um in allen technischen Sanitäts-Angelegenheiten in der vorbezeichneten Weise mitzuwirken. Auch, dem in einer Anwendung von aufgeklärtem Absolutismus diese nahezu liberale Institution ihr Dasein verdankt, führte sie ein unter dem Namen von „ständigen Medizinal-Kommissionen“, als welche sie heute noch bei den Landesbehörden sowohl, wie beim Ministerium des Innern in thatsächlicher Funktion bestehen. Sie können sich denken, daß ich auch an dieser Einrichtung, die sich in jeder Richtung als sehr zweckmäßig erprobte, festhielt, und ich zweifle nicht, Sie werden, da ich in sachlicher Beziehung Alles beim Alten ließ, Sachs ständige Medizinal-Kommissionen unter der von mir ausgedachten neuen Benennung von „Medizinal-Kollegien“ sogleich wieder erkennen. Doch ist diese Namensveränderung nicht die einzige Neuerung, welche ich in meiner Reformirung der Medizinal-Verwaltung einführen zu sollen glaubte. Noch auf eine zweite fast noch wichtigere habe ich Ihre Aufmerksamkeit zu lenken. Sie betrifft auch eine Titulatur. Bekanntlich bekleiden die Mitglieder der gegenwärtigen Medizinal-Kommissionen nur ein Ehrenamt ohne Titel und Mittel. Um nun das Ehrenamt bei meinen in Aussicht genommenen Medizinal-Kollegien anziehender zu machen und der trotz aller demokratischen Tendenzen unserer Zeit immer mehr um sich greifenden Sucht nach Würden und Auszeichnungen gerecht zu werden, habe ich meinem Organisationsstatute die Bestimmung eingefügt, daß die ordentlichen Mitglieder der Medizinal-Kollegien während der Dauer des Ehrenamtes berechtigt sein sollen, den Titel „k. k. Medizinalrath“ oder „k. k. Obermedizinalrath“ zu führen, je nachdem sie im ersteren Falle dem Landes-Medizinal-Kollegium einer Provinz oder im letzteren Falle den beim Ministerium des Innern

bestellten OberMedizinal-Kollegium angehören. Es ist das eine in Oesterreich gänzlich neue Titulatur, mit deren Einführung ein folgenreicher Präcedenzfall für die Theilnehmer von Instituten anderer Ressorts meiner Herren Minister-Kollegen geschaffen wird. Ich erwähne beispielweise der Handels- und Gewerbekammern, der Landwirthschafts- und Ackerbau-Gesellschaften, der verschiedenartigen in Folge der Preussischen Steuergesetze neu zu aktivirenden Steuereinschätzungs-Kommissionen u. dgl. m., wornach nichts im Wege stehen wird, gleich den Medizinal-Räthen auch Kommerzial-Räthe, Landwirthschafts-Räthe, Steuer-Räthe und sofort nach eintretendem Bedürfnisse zu kreiren. Füge ich dann hinsichtlich der Art der Zusammensetzung meiner Medizinal-Kollegien noch bei, daß im Gegensatz zu den ständigen Medizinal-Kommissionen, deren Mitglieder sämmtlich von der Regierung ernannt wurden, die Mitglieder der Medizinal-Kollegien nur zum Theil ernannt, zum Theil aber gewählt werden sollen, so habe ich mit nahezu ängstlicher Genauigkeit zugleich auch alle jene Punkte angedeutet, worin ich meinerseits von der bisher bestehenden Sanitätsgesetzgebung und der hierauf basirten Medizinal-Verwaltung abgewichen bin. Alles Uebrige ist dem Status quo entnommen und in übersichtlicher Zusammenstellung in den Ihnen vorliegenden aus 21 Paragraphen formulirten Geszentwurf übertragen. Deshalb, ich gestehe es offen, kann ich für mein Organisationsstatut nur den Werth einer Kodifikation beanspruchen.“

So ungefähr hätte Dr. Giskra reden sollen, um den Volksvertretern ein, wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, richtiges Bild von der Sachlage zu geben. Seinem Motivenberichte sprechen wir diese Eigenschaft geradezu ab. Weit entfernt davon, für die Abgeordneten des Reichsrathes, deren Sache es nicht ist, alten Hofkanzlei-Verordnungen archivairisch nachzuforschen, oder im Hämperl-Kürfinger'schen Repertorium das Schlagwort „Sanität“ mühselig durch Nachschlagen in allen möglichen Bänden und Jahrgängen der österreichischen Gesetzsammlung zu verfolgen — ein informirender instruktiver Leitfaden zu sein, versteigt sich dieser Motivenbericht sogar zu einer thatsächlichen Unrichtigkeit, indem er (Alina 5) in naiver Unbefangenheit die Behauptung ausspricht, die Regierung müsse zur Lösung der ihr auf dem Gebiete der Medizinal-Verwaltung gestellten Aufgabe „mit der Schaffung der Organe erst beginnen.“

Man traut seinen Augen nicht, wenn so etwas schwarz auf weiß zu lesen ist. Welche Organe schafft denn das neue Medizinal-Organisationsstatut des in einer Selbsttäuschung befangenen Berichterstatters? Hätten wir nicht schon weiter oben durch die dem Dr. Giskra in den Mund gelegten Worte jeden Zweifel in dieser Beziehung behoben, so würden wir auf die Frage antworten: Nicht ein Einziges! Was sollen die zahllosen Gemeindeärzte und Gemeinde-Chirurgen und Hebammen nebst den geprüften Fuß- und Kürschmieden in den Landgemeinden, was die Stadtphysiker in Wien und in den Provinzial-Hauptstädten, was die Direktoren der Spitäler, Irren-, Gehör- und Fingelanstalten, dann

die k. k. Bezirksärzte in den Bezirken, die k. k. Landesmedizinal-Räthe und Landes-Thierärzte bei den Statthaltereien und Landes-Regierungen, dann die massenhaften P. T. Mitglieder der ständigen Medizinal-Kommissionen, was endlich der im Palais am Judenplatz amtirende Ministerialrath und Ministerial-Sanitäts-Referent nebst zugewiesenem Personale, was sollen alle diese Sanitäts-Organe von der Schöpfungslust ihres vorgesetzten obersten Verwaltungschefs denken, in welcher er verkündet, er müge sie alle miteinander erst schaffen! erst zu schaffen beginnen!! Sollte etwa da oder dort die Stelle eines Bezirksarztes oder selbst eines Sanitäts-Referenten in Gewärtigung der bevorstehenden Medizinal-Organisation unbesezt geblieben sein, so liegt die Schuld daran nur in dem Belieben des Herrn Ministers des Innern, der es trotz der für die Sanitäts-Verwaltung im Budget vorhandenen Bedeckung vielleicht so und nicht anders wollte. Beginnt Dr. Giskra etwa auch die an der Spitze der Provinzen stehenden Organe zu schaffen, wenn er sich einmal entschließen wird, die seit längerer Zeit vakanten Statthalterposten zu besetzen?

Dr. Giskra führt nun zwei volle Jahre die oberste Leitung der politischen Verwaltung in den cisleithanischen Königreichen und Ländern. Die freie Hand auf dieser Domaine wird ihm Niemand streitig machen; kein lästiger Einfluß beschränkt da die Aktion des verantwortlichen Ministers. Was er, der sehr strenge Mann in Beurtheilung der Handlungen und Erfolge seiner Vorläufer als höchster Verwaltungschef selber geleistet, die Kritik hierüber möge aufgespart bleiben dem Zeitpunkte, wo seine großen Versprechungen hinsichtlich der Dezentralisirung und Vereinfachung der Geschäfte zur Einlösung kommen. Das aber ist gewiß, während seiner ganzen Ministerlaufbahn dürfte dem Dr. Giskra sich kaum ein näher liegender Anlaß dargeboten haben, für die Weisheit aller ihm vorhergegangenen Regierungen auf administrativem Gebiete Zeugenschaft abzulegen, als indem er die Organisation der Medizinal-Verwaltung in die Hand nahm. Es wäre eine arge Täuschung, zu glauben, mit ein Paar neuen Titulaturen die öffentliche Sanitätspflege auf neue Bahnen einzulenken, mit der einfachen Kodifizirung von da und dort zerstreuten Gesetzen der Medizinal-Verwaltung frisches Leben einzuhauchen. Wenn die Wohlfahrt der Völker auf kodifizirten Gesetzen beruhen würde, dann wäre es mit England sehr übel bestellt, und nicht unsere neidischen Blicke flögen fortwährend dahin, wo eine alte tief in das Bewußtsein des Volkes eingewurzelte Praxis mehr in Ansehen steht, als ein erfahrungsloser nagelneuer Kodex. Gerade dadurch, daß Dr. Giskra alle die bereits vorhandenen, erfahrungsmäßig erprobten, allgemein bekannten Einrichtungen der österreichischen Sanitätspflege seiner Organisation der Medizinal-Verwaltung einverleibte, verbürgt er seinem Statute einen thatsächlichen Erfolg; aber nicht leichtfertiger Tadel, sondern dankbare Anerkennung gebührt Denjenigen, die solche Zustände an die Gegenwart überlieferten.

Dr. Giskra's Verdienst an der Sache wird sich auf die Ausfertigung von

Ernenennungsbetreten beschränken, bei welcher Amtshandlung er dem bureaukratischen Geiste, dem er seine neueste Schöpfung entlehnte, zur Beruhigung seiner bedingfügigen politischen Freunde an den Leib rücken kann. Ja, dem bureaukratischen Geiste ist diese neueste Schöpfung entlehnt, und sollte, wie uns der Motivenbericht meldet, das Ergebnis einer im Frühjahr 1869 einberufenen Enquete-Kommission von Vertretern des ärztlichen Wissens und der medizinischen Praxis in der That die Grundlage des dem Abgeordnetenhause nun zur Berathung vorliegenden Gesetzentwurfes bilden, dann feiert die alte österreichische Legislation einen wahren Triumph.

Eine zahlreiche Enquete-Kommission, darin Celebritäten ersten Ranges, auf deren wissenschaftlichen Ruhm das Vaterland stolz ist, eine Versammlung, der die Regierung weder mittels Vorlage eines Entwurfes ihre vorhabenden Absichten kundgibt, noch den bisherigen legislativen Stand der Sanitätspflege mittheilt, ihr vielmehr, von der eigenthümlichen Fiktion ausgehend, als sei die Medizinal-Verwaltung in Oesterreich ein unbekanntes Etwas, als Substrat der Verhandlung ein System ganz abstrakter Fragen vorlegt: eine solche Notablen-Versammlung kommt nach langen theoretischen Berathungen zu einem Resultate, welches der Regierung auf dem kürzesten Wege in ihr eigenes Archiv erreichbar war, wo ein flinker Registrant jeden einzelnen Punkt des Fragen-Schemas unter Angabe von Zahl und Datum der schon bestehenden dort befindlichen Normen aufgestellt haben würde.

Die türkischen Bahnen und die Politik.

Die Türkenlose sind schon vor ihrer wirklichen Geburt von einem harten Boose getroffen worden, nämlich von dem Verbote, an der Pariser und Wiener Börse in Handel gebracht und in Ungarn überhaupt auch nur subskribirt zu werden. Wenn dieses Verbot in Paris auch wieder zurückgenommen, oder doch sehr gemildert worden ist, und wenn, wie es heißt, das Gleiche auch in Oesterreich-Ungarn gehofft werden kann, so hat das türkische Unternehmen doch einen empfindlichen Schaden gelitten, und sind dadurch auch manche andere Institute und viele Privatleute schwer getroffen worden.

Das Einschreiten der drei Regierungen war ohne Zweifel vollkommen berechtigt und auch pflichtgemäß, denn es sollte das Publikum abgehalten werden, sich an einem äußerst problematischen Unternehmen zu betheiligen, es sollte verhindert werden, daß mit dem türkischen Geschäft, welchem noch lange die reale Grundlage fehlen wird, lediglich ein Papierschwindel getrieben werde. Tadelnd muß man aber bemerken, daß die Regierungen mit ihrem Veto so lange zögern

ten, die schon die Emission der Türkenlose angekündigt war, die Subskription schon begonnen hatte. Man war in Paris, Wien und Pest mit den bezüglichen Negotiationen doch längst bekannt, man wußte, auf was die Sache hinausliefe, man hätte daher mit der Abwehr früher hervortreten sollen, wodurch eine verderbliche Erschütterung, namhafte Verluste verhütet worden wären. Namentlich verdient das französische Verfahren scharfen Tadel. In Frankreich ist das türkische Projekt von oben herab auffallend protegirt worden, die offiziellen Journale haben in wahrhaft schwärmerischer Weise dafür Reklame gemacht; und als nun der Moment der Ausführung herankam, wurden plötzlich Hindernisse in den Weg gestellt.

Man und für sich müssen wir aber das Einschreiten loben, weil es dazu beitragen kann, das Publikum wenigstens zu ernütern. Es ist von den großen wirtschaftlichen Vortheilen der türkischen Bahnen in gewissen Journalen gegen gute Bezahlung so viel gefaselt und geschwankelt worden, daß zu befürchten war, es werde sich ein großes Publikum verführen lassen, mit Türkenlosen sein Glück zu versuchen. Es ist daher sehr nützlich, daß den schwindelhaften Anpreisungen die thatsächliche Wahrheit entgegengestellt wurde, welche darin besteht, das dieses türkische Eisenbahngeschäft ein sehr unsicheres ist.

Man kommt in die unangenehme Lage, durch Hervorhebung dieser Thatsache sich dem Verdachte auszusetzen, als ob man den Völkern der Türkei die Eisenbahnen nicht gönnen möchte. Wir wünschen ihnen dieselben, denn sie brauchen sie, um leichter und schneller in die allgemeine Kultur einzutreten. Nun ist es aber eine unleugbare Thatsache, daß weder diese Völker, noch die türkische Regierung diese Bahnen aus eigenen Mitteln bauen und in Betrieb setzen können. Sollen sie zu Stande kommen, so muß Europa das Geld und größtentheils auch die Betriebskräfte bieten. Soll nun Europa das etwa in großmüthiger Freigebigkeit, aus Begeisterung für die Civilisation thun? Das wird dem spekulirenden Europa gewiß Niemand zumuthen. Europa will mit den türkischen Bahnen ein Geschäft machen. Nun muß aber Jedermann, der die Verhältnisse von Land und Leuten in der Türkei auch nur oberflächlich kennt, überzeugt sein, daß sich diese Bahnen noch sehr lange nicht rentiren werden. Es fehlen dazu fast durchaus noch alle natürlichen Bedingungen, weil eben jene Länder unter der türkischen Herrschaft in allen Lebensbeziehungen so weit zurückgeblieben sind. Die Eisenbahnen werden daher schon unter außerordentlichen Schwierigkeiten gebaut werden, und sie werden dann lange Zeit hiedurch erst dazu beitragen müssen, jene Zustände herbeizuführen, unter denen sie künftig rentabel werden können.

Für die Zwischenzeit brauchen nun diese Bahnen eine Garantie. Eine solche ist aber doch gewiß nicht durch die Etablirung eines neuen großartigen Lotteriespiels geboten. Also ist eine Staatsgarantie nothwendig. Nun glauben wir wol, daß die serbische, die romanische Regierung je für ihren Theil eine

Garantie bieten könnten; aber selbst der phantastischste Türkenfreund dürfte nicht zu behaupten wagen, daß die k. k. ottomanische Regierung auch nur für eine kurze, geschweige denn für eine lange Zeit, für ein ganzes Jahrhundert irgend eine sichere Garantie bieten könnte. Das ist umfoweniger der Fall, als es gewiß ist, daß, wenn diese Bahnen sich überhaupt jemals rentiren sollen, früher der politische Umschwung eintreten, d. h. die türkische Mißregierung, durch welche jene Länder in einen so kläglichen Zustand gebracht wurden, beseitigt sein muß, damit die Völker der Türkei mit befreiter Kraft und unterstützt durch ihnen dann zufließende Geld- und Menschenkräfte in der Kultur beschleunigte Fortschritte machen.

Damit sind wir bei der politischen Seite dieser türkischen Frage angelangt, und sie ist charakteristischerweise für Oesterreich-Ungarn zugleich eine innere Frage. Der Reichskanzler Graf Beust interessirt sich bekanntlich in hohem Grade für die türkischen Bahnen, er hofft von denselben in Uebereinstimmung mit officiösen französischen Politikern eine friedliche Lösung der orientalischen Frage, dann sehr voreiligerweise einen prädominirenden Einfluß Oesterreichs u. s. w. und er soll sich bei seiner Anwesenheit in Stambul sehr sanguinisch für dieses Geschäft engagirt haben. Graf Beust ist offenbar der Meinung, daß die türkischen Bahnen vorzugeweise mit österreichisch-ungarischen Mitteln hergestellt werden sollten. Diesem Sanguinismus des Reichskanzlers treten nun die beiden Landes-Finanzminister mit ihrem Veto entgegen, und es offenbart sich da wieder in sehr erbaulicher Weise die originelle Dreieinigkeit der Regierung Oesterreich-Ungarns.

Ueber die politische Reklame für das türkische Bahngeschäft haben wir uns schon vorlängst scharf ausgesprochen, als wir einen phantastischen Artikel der „Presse“ kritisirten. Es ist ganz unbegreiflich, wie sich ernste Staatsmänner dem eiteln Wahne hingeben können, die orientalische Frage durch Eisenbahnen friedlich zu lösen. Glaubt man etwa, daß die christlichen Völker, sobald sie Eisenbahnen haben, mit der türkischen Herrschaft zufrieden sein, auf ihre nationale, kirchliche und politische Selbständigkeit verzichten werden? Das wäre doch ein lächerlicher Wahnglaube. Begründet wäre im Gegentheile die Voraussetzung, daß neben dem Eisenbahnverkehr die türkische Regierung gar nicht bestehen bleiben können würde. Hegt man vielleicht in der Reichskanzlei im Stillen diese Voraussetzung? Sie wird gewiß eintreten, aber die Sache wird nicht friedlich ablaufen, denn die Osmanen werden sich wehren, und die andern Mächte werden gewiß nicht müßig zusehen, wie Graf Beust per Eisenbahn zu prädominirendem Einfluß auf den Orient gelangen möchte. Es wird eine Umsturzkrise eintreten, und von dieser wird Oesterreich-Ungarn keinen Nutzen, sondern lebensgefährlichen Schaden haben, wenn es in seiner bisherigen Türkenfreundschaft verharret und der Feind der Slaven, Römanen und Hellenen bleibt. Ganz lächerlich ist die Aeußerung des Pariser „Konstitutionnel“, daß die türkischen Bahnen

ein Damm sein würden gegen den mit Aufruhr drohenden Panславismus. Wenn die Panславisten gegenwärtig wirklich auf den jetzigen schlechten Straßen der Türkei agitiren, so werden sie das doch offenbar noch besser thun können, wenn ihnen Eisenbahnen zu Gebote stehen werden.

Es hat also das türkische Eisenbahngeschäft sowol in ökonomischer, als politischer Beziehung jedenfalls viel schwindelhaftes an sich.

Der korrekt und treu österreichische Antrag des Abgeordneten Petrinó.

Wir halten uns für verpflichtet, diesem Antrage, obwol er, wie es leider vorauszu sehen war, mit demonstrativer Heringschätzung gleich bei der ersten Lesung verworfen, also nicht einmal einer eingehenden Berathung gewürdigt worden ist, eine auszeichnende Aufmerksamkeit zu widmen, und wir glauben überzeugt sein zu dürfen, daß uns dabei alle Völker Oesterreichs und alle Parteien in diesen Völkern, also alle Bewohner Oesterreich-Ungarns, denen die wirkliche gleichberechtigte Freiheit in Oesterreich und durch dieselbe die Erhaltung dieses Völkerreiches nicht bloß eine gleißnerische Phrase ist, zustimmen werden.

Der Antrag des Abgeordneten der Bukowina, Freiherrn v. Petrinó lautete bekanntlich dahin, daß die in der jetzigen Session des Reichsrathes zu einem bloß individuellen Antrage des Abgeordneten Grocholski degradirte Resolution des galizischen Landtages auf alle im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder mit Berücksichtigung der Bedürfnisse derselben auszudehnen, und der zur Vorberathung des nunmehr bloß Grocholski'schen Antrags eingefegte Ausschuß zu beauftragen sei, über den erweiterten Antrag unter Einem Bericht zu erstatten.

Da dieser Antrag Petrinó's knapp die zur Einbringung nothwendige Unterstützung fand, so konnte man das Schicksal desselben, wie gesagt, mit Sicherheit voraussehen; was man aber ungeachtet aller bisherigen Erfahrungen doch nicht voraussetzen zu dürfen glaubte, war, daß ein die Lebensbedingung Oesterreichs so ernst und tief berührender Antrag mit einer so hochmüthigen Heringschätzung, mit einer so geradezu burlesken Leichtfertigkeit abgethan werden würde. Doch in dem allerneuesten Oesterreich ist alles, auch das allerschlimmste möglich und wird sogar als das allerbeste gepriesen.

Als Petrinó seinen Antrag einbrachte, erregte derselbe in den Kreisen der Verfassungstreuen erschreckend Sensation und wurde in der verfassungstreuen Journalistik verdächtigt und verspottet. Das ist ein Attentat auf die Verfassung, rief man, sie soll in die Luft gesprengt werden. Perfid, aber zugleich komisch war die Behauptung, Petrinó habe seinen Antrag gestellt, um die galizische

Resolution ad absurdum zu führen. Damit suchten sich die Verfassungstreuen in ihrer Bestürzung zu trösten. Aber wie perfid und lächerlich diese Behauptung war, die galizischen Delegirten scheinen sie doch geglaubt und deshalb gegen den Antrag Petrinó's gestimmt zu haben. Wenn die Polen diesen Antrag wirklich für einen gegen sie feindlichen hielten, so offenbaren sie ihrerseits in der That eine feindliche Gesinnung gegen die Böhmen, Slovenen, Tiroler, Rumänen. Wenn die Polen darin, daß die in ihrer Resolution verlangte Autonomie allen Ländern nach Verhältniß des Bedürfnisses gewährt werden soll, etwas für sie Gefährliches erblickten, so müßte andererseits jeder Oesterreicher, der aufrichtig den Bestand Oesterreichs will, in dem polnischen Verlangen eine Gefahr für diesen Bestand erkennen.

Also es sollte absurd sein, allen Völkern verhältnißmäßig dasselbe zu gewähren, was Galizien für sich verlangt. Diese Behauptung ist absurd. Nicht die wirkliche Gleichberechtigung aller Königreiche und Länder, aller Nationalitäten ist absurd, sondern höchst absurd war es, zuerst den Magyaren alles und allen andern Völkern gar nichts zu gewähren, und noch absurder würde es sein, jetzt wieder den Polen alles, was sie wünschen, bewilligen, allen übrigen Völkern aber alles verweigern zu wollen. Durch diese Absundität würde Oesterreich ad absurdum geführt werden. Die Polen treiben eine ganz absurde Politik, wenn sie das dem übrigen vollkommen gleichberechtigte Streben der andern Völker nicht unterstützen und hoffen, daß die Regierung sie dafür mit Privilegien belohnen werde. Gerade daraus, daß die Regierung von der böhmischen und mährischen Deklaration, von den ähnlichen Manifestationen des tirolischen und trainerischen Landtages, von den Postulaten der slavischen Minorität in Steiermark und der slavischen Majorität in Görz, Istrien und Dalmatien nichts wissen will, gerade daraus könnten die Polen, wenn sie Augen und Ohren und den Verstand haben, das Gesehene und Gehörte zu verstehen, erkennen, daß die Regierung auch ihnen nichts irgend wesentliches CONCEBIREN will.

Obwol das Hauptorgan der Verfassungstreuen den Verdacht ausgesprochen hatte, der Antrag Petrinó's wolle die galizische Resolution ad absurdum führen, so glaubte es doch selber nicht daran, sondern erkannte recht gut, daß dieser Antrag ganz geeignet wäre, eine wahre Ausgleichspolitik anzubahnen. Deshalb erließ das Blatt das Diktat, daß der Antrag gar nicht in eine commissionelle Vorberatung genommen werden dürfe, sondern gleich bei der ersten Lesung verworfen werden müsse, denn es wäre schon ein Verrath an der Verfassung, so dogmatisirte das Blatt, diesen Antrag überhaupt nur in ernste Erwägung zu ziehen.

Der Befehl wurde pünktlich vollzogen, Petrinó's Antrag mit möglicher Geringschätzung gleich formell tobtgeschlagen. Der Ministerpräsident und der Minister des Innern zeigten ihre Verachtung dieses Antrages recht demonstrativ dadurch, daß sie bei der Begründung desselben gar nicht in der Sitzung

waren. Die Parteilichkeit des für die Journale bestimmten Sitzungsberichtes zeigte sich dadurch, daß die Rede Petrinó's nur in einem äußerst dürftigen Auszuge mitgetheilt wurde, obwol gerade in dieser Sitzung sonst sehr wenig gesprochen wurde. Petrinó begründete aber seinen Antrag in so sachgemäßer, klarer, eindringender, echt patriotischer Weise, daß wir uns für verpflichtet halten, seine Rede nach dem stenographischen Protokolle hier aufzunehmen. Sie lautet:

„Ich bin heute in der etwas eigenthümlichen Lage, bevor ich zur Begründung meines Antrages schreite, zuerst die Tendenzen und Absichten, welche ich bei der Stellung meines Antrages im Auge hatte, klar zu stellen. Aus dem Nebensächlichen Umstande, daß dieser Antrag an denselben Ausschuss verwiesen werden will, welcher bereits mit der Prüfung einer Frage betraut ist, die eine tiefgreifende Revision unserer Verfassung betrifft, hat man sowol diesseits wie jenseits — und ich behauere das aufrichtig — nach den politischen Meinungen der Betreffenden und nach ihren persönlichen Anschauungen oder Absichten meinem Antrage auch ganz verschiedene Deutungen gegeben.

Ich hätte es vielleicht voraussetzen dürfen, von meinen langjährigen Gesinnungsgenossen zu meiner Linken, daß gerade vielleicht der Umstand, daß ich den Antrag einbringe, schon die Beruhigung geben könnte, daß damit gewiß nicht ein meritorisches Entgegentreten gegen die Ansichten und Anträge, die ich als vollkommen berechtigt ansehe, ausgesprochen werden will. Ebenso glaube ich, hätte es meinen geehrten Kollegen zu meiner Rechten nicht fremd sein können, daß damit gewiß nicht eine Verschleppung, ich möchte sagen, ein gegnerischer Schritt gegen die Tendenzen, welche die Rechte des Hauses verfolgt, beabsichtigt worden war. Ebenso wenig, glaube ich, haben diejenigen Recht gehabt, die, ich möchte sagen, meinen Antrag *à la lettre* nahmen und damit ihn abzufertigen geglaubt haben, wenn sie darthun, daß man nicht für jedes Land einen obersten Gerichtshof oder diese und jene Institution, wie sie in der galizischen Resolution verlangt wird, in Anwendung bringen kann. Dieses war auch nach dem Wortlaute meines Antrages nicht beabsichtigt und kann daher nur als ein billiges Mittel angesehen werden, um ernste und tiefgreifende Fragen, die uns hier einbringlich beschäftigen sollten, abzu thun.

Daß ich diesen Antrag eingebracht habe, sind folgende Motive maßgebend gewesen: Erstens hat ja das hohe Haus in der Adresse an den Thron erklärt, daß es geneigt ist, alle auf legalem Wege an dasselbe herantretenden Anträge, welche geeignet scheinen könnten, eine allgemeine Verständigung, eine allseitige Anerkennung der Verfassung herbeizuführen, die Verfassung zur Wahrheit zu machen, in ernste Erwägung zu ziehen. Ein weiterer Grund, warum wir uns für verpflichtet und auch berechtigt hielten, einen solchen Antrag zu stellen, liegt wol in den Vorgängen, welche im Hause und unter jenen Persönlichkeiten stattfanden, die für unsere Politik die leitenden und maßgebenden sind. Diese Vorgänge, meine Herren, ich brauche sie Ihnen nicht eines Näheren auseinanderzu-

setzen, sie sind Ihnen Allen bekannt. Es werden Verhandlungen mit den Einem gepflogen; wird man mit denen nicht zu einem Abschlusse gelangen, so versucht man es mit Anderen; die Einen will man in ihren Anforderungen dadurch herabstimmen, daß man mit den Anderen verhandelt, und so wird, anstatt eine allgemeine Verständigung, ein Zusammenwirken Aller herbeizuführen, gerade das Gegentheil erzielt werden, nämlich eine gegenseitige Entfremdung, eine gegenseitige Bekämpfung.

Außer dieser Erscheinung tritt aber auch eine andere täglich mehr an uns heran und fordert unsere größte Aufmerksamkeit, es ist die Erscheinung, daß man in der trostlosen, rathlosen Situation, in welcher sich sowol die Regierung als dieses hohe Haus befindet, durch eine Wahlreform allen Schwierigkeiten der Lage zu begegnen und die Situation zu klären, zu stabilisiren glaubt. Dem gegenüber hatten wir uns für verpflichtet gehalten, unseren Antrag einzubringen, dessen Tendenz ich, damit gar kein Zweifel mehr über dieselbe obwalte, in Kürze folgendermassen erläutern kann.

Die dringende, höchst nothwendige dauernde Konstituierung Oesterreichs ist nur dann zu erreichen, wenn man gleichzeitig eine Verständigung mit allen Ländern und mit allen widerstrebenden Nationalitäten anstrebt; auf einem anderen Wege wird eine dauernde Konstituierung Oesterreichs nicht erreicht werden. Dies will unser Antrag aussprechen. Ob er einen augenblicklichen Erfolg haben wird, ob er überhaupt in Verhandlung genommen werden wird? Sie werden mich hören und Sie werden urtheilen.

Wenn ich nun zur Begründung meines Antrages schreite, so könnte ich Ihnen viele Motive anführen, die ich aus der Erfahrung, die wir in unserer kurzen konstitutionellen Periode geschöpft haben, entnehmen könnte; ich könnte Ihnen auch noch weiter zurückgreifende Erfahrungen anführen, welche diese meine Anschauungen bekräftigen; aber Alles, was ich in dieser Richtung anführen könnte, wird durch die Situation, in der wir uns, in der sich die Regierung selbst befindet, wird durch die thatsächlichen Verhältnisse noch weit überboten, und was ich Ihnen auch sagen könnte, es würde gewiß dem, was jeder Einzelne von uns fühlt, keinen Ausdruck geben können. Wenn ich trotzdem Einiges anführe, so möchte ich vor Allem das schon im Eingange meiner Rede Erwähnte wiederholen: Will man die österreichische Monarchie auf konstitutioneller Basis dauernd konstituiren, so kann man es nur, wenn man die Majorität der Völker befriedigt, wenn man die Majorität der Völker veranlaßt, diese Basis zu acceptiren und anzuerkennen.

Die Methode, daß man dem Einem heute, dem Anderen morgen, dem Dritten nach Jahren Zugeständnisse macht, halte ich für die allerschädlichste; denn sie zerlegt Oesterreich, aber sie konstituiert es nicht.

Die Konstituierung Oesterreichs kann doch nicht durch eine Methode herbeigeführt werden, welche die Zusammengehörigkeit der Völker nicht zum thatsäch-

lichen Ausdrücke bringt, sondern im Gegentheile die Völker nur zerklüftet, und ich möchte sagen, entfremdet, indem man jedes besonders und jedes nach einem anderen Maße behandelt und befriedigt. Allein, es kann vielleicht auch etwas Anderes damit bezweckt werden, und Sie werden mir erlauben, daß ich mich in dieser Richtung ganz offen ausspreche.

Zuerst hat man es versucht — und zwar war es, glaube ich, immer dieselbe Partei — eine Schattirung liberal oder weniger liberal darzustellen. Das, glaube ich, wird in der Konstituierungsfrage keinen Unterschied zwischen den Parteien hervorrufen und auf diesen Unterschied können wir daher auch keine Bedeutung legen. Dieselbe Partei hat, glaube ich, das ganze Oesterreich zuerst beherrschen wollen; dieser Versuch hat viele Jahre gedauert, allein der Widerstand Ungarns war ein so mächtiger, das Bewußtsein dieser Nation war ein so tiefinniges, daß man schließlich, vielleicht auch durch äußere Umstände gebrängt, sich dazu entschließen mußte, mit ihr zu paktiren, ihr die vollste Freiheit einzuräumen, und zu sagen: Dafür werden wir vielleicht jetzt, wo wir den Hauptgegner los sind, mit den Andern viel leichter fertig werden.

Was war nun der Erfolg? Kaum war man den einen, mächtigsten Feind los, haben die Ansprüche der Andern sich gesteigert, und heute stehen wir nun auf dem Punkte, wieder zu sagen: Wir haben die Macht nicht, die Verhältnisse geben uns nicht die Möglichkeit, das, was wir damals gehofft haben, nämlich alle Uebrigen beherrschen zu können, auszuführen; wir müssen den Kreis unserer Macht doch einengen, und nun wird wieder ein Stück Oesterreich abgetrennt. Ich glaube aber, auf diesem Wege werden wir noch weiter gehen müssen, und ich befürchte sehr, daß bei dem Bestreben, die Macht einer Minorität um jeden Preis zu erhalten, Sie, Oesterreich selbst aus dem Auge verloren haben. Gegen eine solche Politik ist unser Antrag gerichtet, gegen eine Politik, die ich bezeichnen möchte, als die Politik der momentanen Rathlosigkeit, als die Politik aus der Hand in den Mund, als die Politik der Zerfetzung, aber nicht der Konstituierung Oesterreichs, und ich glaube, daß meine werthen Genossen zu meiner Linken eine solche Politik nicht unterstützen sollten, gerade im wohlverstandenen Interesse ihres eigenen Landes, denn ich glaube kaum, daß dieselben ein geringeres Interesse an der Kraft und Macht Oesterreichs haben, als wir Alle.

Ich denke aber auch, daß schon allgemeine Betrachtungen uns schon längst von dieser Politik hätten abwendig machen sollen. Verkennen Sie nicht, meine Herren, daß die leitende Idee unserer Zeit, welche Staaten bildet und kräftigt, die Idee der Nationalität ist. Wenn Historiker in diesem und im anderen Hause darauf hinweisen, daß das Ziel der Gegenwart auf Bildung großer Staatskörper gerichtet ist, dann sind solche Betrachtungen aus dem Munde von Historikern für mich von sehr geringem Werthe, denn sie beweisen ja nur, daß die Betreffenden nach äußeren Erscheinungen und nicht nach inneren Gründen die Begebenheiten beurtheilen. Frankreich ist ein mächtiger centralisirter Staat;

Preußen wird früher oder später die meisten deutschen Stämme in sich aufnehmen; Italien ist ein Großstaat geworden; das kleine Rumänien hat sich vereinigt; und was beweisen alle diese Erscheinungen? Nichts anderes, als daß die nationale Idee die staatenbildende ist, nicht aber, daß die Richtung unserer Zeit überhaupt der Bildung großer Staaten geneigt ist.

Will man nun Oesterreich dauernd konstituiren, so darf man nicht gegen den Strom der Zeit schwimmen, man muß den Ideen, welche die Zeit verlangt, sich anschließen. Nur auf diesem Wege kann Oesterreich dauernd und kräftiger als je konstituiert werden.

Ich habe schon früher erwähnt, daß unter den vielen Mitteln, welche uns aus einer unmöglichen Situation heraushelfen sollen, auch das Mittel der Wahlreform in Vorschlag gebracht wird. Ich bin nun der Ueberzeugung, daß die Wahlreform — hauptsächlich dann, wenn sie in wahrhaft konstitutionellem Sinne gelöst werden soll — gleichzeitig mit der Verfassungsrevision und Verständigung Aller geschehen müsse, oder sonst ihre Wirkung verfehlt. Denn es läßt sich doch nur zweierlei in Bezug auf die Wahlreform denken: entweder wird sie konstitutionelle Prinzipien in unser Wahlsystem einführen, der Wahrheit eine Gasse bahnen, und dann seien Sie überzeugt, daß die jetzige Verfassung einer Revision werde unterzogen werden müssen; oder es wird diese Wahlreform nicht in wahrhaft konstitutionellem Sinne ausfallen, und welchen dauernden oder selbst welchen vorübergehenden Werth kann sie dann haben? Einen dauernden Werth kann ich von einer Wahlreform nicht erwarten, welcher die eigentliche Grundlage jeder gesunden konstitutionellen Vertretung abgeht. Man wird ganz gewiß — heute liegt dies bereits in Aller Munde — zu Auskunfts Mitteln greifen, welche in keinem konstitutionellen Staatsleben Platz gegriffen haben. Man wird, wenn man solche Zwecke verfolgen sollte — was ich nicht voransetzen will — schließlich dahin kommen, daß man die bestehenden Gruppen verdoppeln wird — von der Kompetenz der Landtage will ich einstweilen nicht sprechen. Wir werden anstatt 203 dann 406, möglicherweise 420 Abgeordnete in diesem Hause zählen, und damit glaubt man die Verfassung Oesterreichs dauernd gesichert zu haben. Ich bedauere es, ich bin der Ansicht, daß durch einen solchen Vorgang der Konstitutionalismus Oesterreichs zu Grabe getragen wird.

Ich bin weit entfernt, es nicht anzuerkennen — ich gehöre ja demselben Stande an — daß der Großgrundbesitz in Oesterreich ein berechtigter Faktor des politischen Lebens ist; ich halte aber dafür, daß die Aufgabe des Großgrundbesitzes in Oesterreich nicht darin bestehen könne, der Schleppträger der jeweiligen Regierung zu sein. Der Großgrundbesitz in Oesterreich hat eine viel höhere, weitergehende Aufgabe, er ist der natürliche Vermittler zwischen den widerstreitenden Parteien, und endlich liegt ja doch das Hauptgewicht der Stimme des Großgrundbesitzes, wodurch man eine dauernde Festigung unserer Verfassung erzielen will, in den beiden nördlichen Ländern. Glauben Sie wirklich, meine

Herrn, daß, wenn es auch hinreichen würde, durch eine solche Reform den Konstitutionalismus festzusetzen, ein konstitutionelles System, eine Verfassung, welche auf einer Majorität von zehn oder von sechs Stimmen eines ganzen Wahlkörpers beruht, ein gesundes System ist, das Dauer verspricht? Es kommt mir vor, daß die herrschende Partei im Ertrinken nach einem Strohhalme greift. Ist das eine dauernde Grundlage für den Konstitutionalismus, ist das eine dauernde Grundlage für unsere Verfassung? Bedenken Sie auch nur, meine Herren, daß Sie damit dasjenige, was heute schon besteht, nur noch verschlechtern, daß Sie das Unrecht, das in unserer Verfassung heute besteht, durch eine Verdoppelung der Abgeordnetenzahl verdoppeln und in seiner Wirkung noch unerträglicher machen, als es heute ist. Damit haben Sie Oesterreich keinen Konstitutionalismus gegeben, damit haben Sie Oesterreich keinen Dienst erwiesen.

Es ist eigenthümlich. Dort, wo der Großgrundbesitz in Oesterreich, dessen Berechtigung ich weit entfernt bin zu bezweifeln, seine eigentliche Vertretung finden sollte, wird er mit bürokratischen Elementen, mit Stubengelehrten und mit Professoren zerlegt, und wir sehen ihn nicht; und hier, meine Herren, wo die österreichischen Völker vertreten sein sollen, hier wollen Sie 120 Großgrundbesitzer einführen. Nun, wenn man glaubt, damit konstitutionell zu regieren, damit dem Konstitutionalismus in Oesterreich einen Dienst zu erweisen, dann meine Herren, muß ich diejenigen, welche solche Mittel anwenden, sehr bedauern, denn ich bin von ihrer Unbrauchbarkeit, ja von ihrer Schädlichkeit auf das innigste überzeugt.

Man könnte mir schließlich einwerfen, daß mein Antrag, nachdem ich doch nicht überzeugt sein könne, daß derselbe, da er in seinem Innern der ganzen Richtung unserer jetzigen Politik eine andere Wendung geben will, durch die Majorität dieses hohen Hauses werde genehmigt werden, doch überflüssig sei. Ich glaube aber, daß ein solcher Vorwurf, den man in formeller Beziehung machen könnte, nicht ganz gerechtfertigt ist. Ich überschätze zwar nicht den Einfluß, den die Stellung eines solchen Antrages durch eine einzelne Person oder auch durch eine kleine Fraktion, wie es hier der Fall ist, auf die Entschlüsse des hohen Hauses üben kann. Ich habe mich nie darüber getäuscht, daß dieser Antrag, der zur Folge hätte, daß mit der ganzen bisherigen Politik gebrochen werden müßte, nicht an den Ausschuß werde verwiesen werden. Allein, meine Herren, so lange ich auf diesem Platze ausharre, halte ich es für meine Pflicht, in jedem Momente, welchen ich für gefährdend für die Interessen des Staates halte, meine, wenn auch schwache Stimme zu erheben und Sie aufmerksam zu machen, daß wir nicht hier sind, um vielleicht den momentanen Verlegenheiten einer Regierung Auskunftsmittel zu bieten, um eine jetzt am Ruder befindliche Partei um jeden Preis, ja selbst um den Preis der Verletzung der wichtigsten konstitutionellen Prinzipien bei der Regierung zu erhalten; daß wir nicht hier sind, das jetzige System auf die Gefahr hin, Oesterreich zu

zertrümmern, vielleicht noch einige Monate zu fristen. Unser Beruf ist nicht, heute polnische, morgen czechische, übermorgen slovenische Politik zu treiben; wir müssen österreichische Politik treiben. Deshalb habe ich das Wort ergriffen, und damit glaube, ich meine Aufgabe erfüllt zu haben.“

Diese Rede wurde von der deutschpolnischen Majorität mit ostentativer Gleichgültigkeit angehört und erhielt nur von einer kleinen Gruppe Beifall. Bei der Abstimmung erhoben sich für den Antrag, d. h. für die Verweisung desselben an den Ausschuss nur die Bukowinaer, die Slovenen, Delegirte der Küstenländer und einige Großgrundbesitzer. Die Majorität erklärte sich also gegen die Inangriffnahme einer wahrhaft österreichischen Politik, sie will nur deutschpolnische Politik machen, wobei jedoch der polnische Theil selbstverständlich sehr dürftig ausfallen wird.

Kleine kritische Chronik.

Vom 9. bis 16. März.

U n d

Schon wieder wird von einer Ministerkrise gesprochen, ja es ist sogar schon eine neue Ministerliste kolportirt worden. So weit ist die Sache wol noch nicht, und es spricht sich in diesen Gerüchten nur die bereits allgemein gewordene Ueberzeugung aus, daß dieses parlamentarische und sogenannte Bürgerministerium die große Aufgabe, welche ihm gestellt ist, nicht lösen wird. Den entscheidenden Verfassungsfragen stehen diese Staatsmänner offenbar ganz rathlos gegenüber, sie haben da weder zum Rechten, noch zum Unrechten Kraft und Muth. Oesterreich befindet sich in dieser lebensbedingenden Beziehung nach allgemeiner Ueberzeugung, und nach dem Geständniß der Minister selber in einem Provisorium, und von Tag zu Tag wird es zweifelhafter, ob dieses Provisorium mit einer definitiven Konsolidirung, oder mit dem definitiven Zerfalle Oesterreichs enden werde. Daß aber in der Zwischenzeit die Verwaltungsmaschine eben fortläuft, das ist wahrlich kein Verdienst der Minister, denn das würde auch geschehen, wenn wir gar keine Minister hätten; für die Weiterführung der bisherigen Administration würden Sektionschefs vollkommen genügen. Doch wozu noch mehr Worte verlieren über diese Zustände? Sie liegen wahrhaft erschreckend klar vor Augen, und Dr. Giesra hat sie selber am treffendsten charakterisirt, indem er den Abgeordneten zurief: „Geben Sie uns einen Deak!“ und indem er offen klagte, daß er in der eigenen Partei keinen notablen Mann finde, welcher als Sektionschef neben ihn treten möchte. Eine schärfere Selbstverurtheilung kann wahrlich nicht gedacht werden.

Und deshalb ist auch das Abgeordnetenhaus, die Polen nicht ausgenommen, stets zur Nachsicht und Milde gegen das Ministerium geneigt. Diese sogenannte Volksvertretung ist zwar nicht minder unzufrieden als die Völker und sie ist so wie diese längst überzeugt, daß von diesem Ministerium das Heil Oesterreichs nicht zu erwarten, aber diese Volksvertreter sind mit diesen Ministern durch die süße Gewohnheit des Daseins verbunden und sie fürchten das, was nach diesem Ministerium kommen könnte, denn sie haben die Selbsterkenntniß, aus ihrer Mitte kein besseres, ja nicht

einmal ein solches Ministerium bilden zu können, wie das jetzige. So beschränken sich denn die Abgeordneten darauf, ihre Unzufriedenheit in langen Jeremiaden auszugießen, den Ministern, was man so sagt, tüchtig die Leviten zu lesen, schließlich aber doch immer nach ihrem Willen zu stimmen. So ist es in haarsträubender Weise bei dem Erwerb- und Lohnsteuergesetz geschehen und so wird es voraussichtlich in Betreff der cattarefischen Angelegenheit geschehen. Der bezügliche Ausschuss wenigstens hat nach langen sehr odiosen Debatten, während welcher fast alle Mitglieder dem Ministerium schwere Begehungs- und Unterlassungssünden vorwarfen, jedes Tadelsvotum verworfen und beschlossen, lediglich etwas ohnehin schon gleich nach dem Zusammentritt des Reichsrathes Ausgesprochenes wieder auszusprechen, nämlich, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes gerechtfertigt war. Charakteristisch ist es, daß von gewisser Seite der Schein angenommen wird, als müsse man diese Milde zu Gunsten des abgetretenen Grafen Taaffe üben, der ja am schwersten belastet wäre. Wir glauben das nicht, und es gehört auch wirklich keine besondere Einweihung in die Verhältnisse dazu, um zu wissen, daß Graf Taaffe, obwol er den martialischen Titel Landesvertheidigungsminister führte, doch in Militaribus gewiß sehr wenig zu entscheiden hatte, und daß die schweren auf Seite der politischen Behörden begangenen Fehler dem Dr. Gistra in Rechnung gestellt werden müssen, dessen besonderer Vertrauensmann ja namentlich der Bezirkshauptmann Franz war. Es ist nun abzuwarten, ob Rechbauer wirklich einen Minoritätsantrag einbringen, und ob Ejubissa beantragen wird, das Ministerium in Anklagestand zu versetzen.

Ueber die galizische Resolution wird im Ausschusse noch immer mit größter Weitschweifigkeit parliert, ohne daß man bereits zu irgend einer bestimmten Erklärung, geschweige denn zu einem Entschlusse gekommen wäre. Bezeichnend ist es, daß der Rechbauer'sche Sonderantrag auf verfassungstreuer Seite, ja sogar bei den Staatsmännern der „Neuen freien Presse“ vielen Beifall gefunden hat. Sie erklären sich offen geneigt, dem Königreiche Galizien die staatsrechtliche Sonderstellung zu gewähren, welche Rechbauer präcisirt hat; freilich ziemlich unpräcis. Wenn die Galizier zugreifen, so ist für sie gesorgt. Aber dann durchaus kein weiterer Ausgleich mehr! Die noch übrigen Länder müssen eine uniforme Einheit bilden! Wir bemerken dazu nur, daß dies keine österreichische, sondern preussische, bismarck'sche Politik ist.

Beim Austritt der sechs deutschen Tiroler aus dem Abgeordnetenhause triumphten die Verfassungstreuen darüber, daß Tirol noch immer vertreten sei, indem die drei südtirolischen Delegirten Leonardi, Prato und Degara im Hause geblieben. Nun haben aber die Herren Leonardi und Prato dem Ministerium eine Denkschrift unterbreitet, in welcher auf sehr kategorische Weise für Wälschtirol eine national staatsrechtliche Sonderstellung verlangt wird, und obendrein erklärt das nationale Organ von Trient, daß die Postulate der zwei Herren noch nicht der volle Ausdruck des Willens der Südtiroler seien.

Es stehen großartige Arbeiterprozesse in Aussicht; fast alle namhaftesten Arbeiterführer sind verhaftet und man wirft ihnen nichts geringeres als Hochverrath vor. Wir wollen und dürfen mit unserm Urtheil den Gerichtsverhandlungen nicht vorgreifen, können aber die Bemerkung nicht unterdrücken, daß uns diese dunkle Geschichte sehr stark an die Verfolgung der Burschenschaftler, an die Demagogentriebe erinnert, welche in den Zwanzigerjahren grassirt, vielen Familien Unheil gebracht, herrliche Jugendkräfte zerstört und den Regierungen wahrlich weder zur Ehre noch zum Nutzen gereicht hat.

Die Antikirchlichen fangen an, die mehr und mehr muthiger, allgemeiner und einiger werdende katholische Bewegung zu bemerken. Noch spotten sie darüber, aber sie

verrathen doch schon einige Besorgniß. Schon hat man die Klage vernommen, daß Oberösterreich sich in kirchlicher Beziehung fast in demselben Zustande befinde, wie Tirol. Man könnte diese Klage von konfessionsloser Seite auch auf Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Niederösterreich, selbst auf Wien ausdehnen, wosern man die Masse des eigentlichen Volkes ins Auge faßt. Die Masse der katholischen Bevölkerung kommt in Bewegung, und zwar in kirchlicher Richtung, denn selbst diejenigen, welche mit der Unfehlbarkeit und dem Syllabus nicht einverstanden sind, fühlen sich empört durch die Art und Weise, wie gegen die katholische Religion überhaupt agitirt und agirt wird. Es bilden sich aller Orten katholische Vereine zum offenen politischen Kampfe. Soeben ist ein katholischer konstitutioneller Volksverein für das Viertel ober dem Wiener Wald zu St. Pölten in Thätigkeit getreten, an dessen Spitze Graf Waldborff steht, und dessen bereits zahlreiche Mitglieder dem Kern der Bevölkerung des Kreises angehören.

U n s l a n d.

Im römischen Konzil ist nun das Unfehlbarkeitsdogma bereits definiert und wird ohne Zweifel mit überwiegender Majorität angenommen werden. Man darf sogar voraussetzen, daß viele von den Vätern, welche während der Vorberatung Opposition machten, sich bei der Beschlußfassung fügen werden. Frankreich will jetzt, sehr verspätet, einen Spezial-Gesandten nach Rom senden. Graf Beust scheint klug genug zu sein, dieses Beispiel jetzt nicht mehr nachzuahmen. — Bezeichnend für die Freisinnigkeit der Franzosen ist es, daß der gesetzgebende Körper über den Antrag für Algerien Vertreter aufzunehmen, zur Tagesordnung übergegangen ist. Also das Königreich Algerien wird lediglich als Kolonie, als politische Null behandelt. — Es hat Leute gegeben, welche glaubten und glauben machen wollten, das neue freie französische Ministerium sei sehr antipreußisch gesinnt. Dem wird nun in offiziöser Weise ganz bestimmt widersprochen, was sich gewisse österreichische Politiker, die auf eine Allianz mit Frankreich spekuliren, zur Lehre nehmen mögen.

Auch sollen dieselben Politiker keine Hoffnung auf die Angabe bauen, daß der neue bayerische Ministerpräsident, Graf Bray einen deutschen Südbund stiften wolle. Es ist möglich, daß der Graf mit diesem Gedanken von Wien nach München gekommen ist. Wenn er aber den Südbund auch wirklich zu Stande bringt, so wird sich dann später eben dieser Südbund mit dem Nordbund vereinigen, wie dies ja im Pragerfrieden vorgesehen ist.

Der Herzog von Montpensier hat den Infanten Heinrich von Bourbon im Duell erschossen. Dadurch sind zwei bourbon'sche Kandidaten des spanischen Thrones beseitigt.

Die katholische Welt hat an dem Grafen Montalembert eine ihrer größten Zierden verloren. Montalembert war ein glänzender Beweis, daß höchste zeitgemäße Bildung, politische Freisinnigkeit und katholische Gläubigkeit vereinbar sind. Er hat sich zwar kurz vor seinem Tode gegen die neuen Dogmen erklärt, ist aber dessenungeachtet doch gewiß als frommer Katholik gestorben.

Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands, nämlich Kurland, Liebold und Estland, die man schon für ganz russifizirt gehalten hat, erheben sich immer energischer für nationale, kirchliche und politische Autonomie. Sie sind dazu nicht bloß natürlich berechtigt, sondern auch durch die positiven Garantien, welche ihnen bei der Vereinigung mit Rußland erteilt worden sind.

Wissenschaftlich Literarisches.

(Karl Vogt und sein Auditorium. Drei Vorträge, gehalten in Wien vor einem den höchsten und intelligentesten Kreisen angehörigen Publikum von Vincenz Knauer. Wien, 1870. Verlag von Mayer und Compagnie.) Es ist eine offenkundige Thatsache, daß die Vorträge Karl Vogt's über die Urgeschichte der Menschheit, obwol für dieselben sehr eifrig Reklame gemacht worden ist, doch in Oesterreich ebensowenig als anderswo einen irgend bedeutenden Eindruck gemacht haben und nach jeder Seite hin wirkungslos geblieben sind. Diejenigen, welche noch religiösen Glauben besitzen, sind in demselben durch diese Vorträge gewiß nicht erschüttert worden, sondern es ist vielmehr das Gegentheil eingetreten. Selbst diejenigen, welche noch nicht entschieden ungläubig sind, aber im Geiste der Zeit sehr geneigt wären, lieber etwas anderes zu glauben, als das, was die Religion vorschreibt, mußten bei den Vogt'schen Vorträgen erkennen, daß es sich da doch auch wieder nur um einen Glauben handelt, nämlich darum, ob man der Bibel, oder dem Professor Dr. Karl Vogt glauben will, und da ist es doch wahrlich nicht zu wundern, daß man doch lieber bei dem Glauben bleibt, welchen der an der Spitze der Kulturbewegung stehende Theil der Menschheit seit Jahrtausenden hegt, und welcher bei allem Fortschritt der Bildung immer noch aufrecht geblieben ist, als daß man die Hypothesen eines einzelnen Gelehrten nachbetet, der sich für befähigt und berufen hält, als Apostel des Unglaubens aufzutreten und seine Autorität der Autorität der Menschheit entgegen zu setzen. Solche Apostel sind auch durchaus keine neue Erscheinung, sie haben sich zu allen Zeiten vernehmen lassen, und bei jedem Fortschritt der einschlägigen Wissenschaften sind einzelne Jünger derselben hochmüthig geneigt gewesen, diesen Fortschritt zur vermeintlichen Vernichtung des religiösen Glaubens auszubenten. Der größte Theil dessen, was Karl Vogt gegen die Religion vorbringt, ist längst schon früher, namentlich in dem sogenannten philosophischen Jahrhundert, in der Zeit des Voltairianismus ausgelegt worden, und zwar in ihrer viel geistreicheren und auch wirksameren Weise. Aber auch diejenigen, welche in Geistes- und Gefühlsrichtung dahin gekommen sind, alle positive Religion zu verwerfen, um dadurch als gebildet und aufgeklärt zu erscheinen, die also von Karl Vogt die beweiskräftige Rechtfertigung des Unglaubens erwarteten, konnten sich durch die Vorträge dieses Wandergelehrten nicht befriedigt fühlen, sie gewannen gewiß nicht die Ueberzeugung, daß sie recht hätten, allen religiösen Glauben als Aberglauben, die ganze Religion als fable covenue zu betrachten. Vogt gibt für keinen seiner Sätze einen überzeugenden wirklichen Beweis, sondern er stellt bloß Hypothesen auf, die man auf seine Autorität hin eben glauben soll, und zwar Hypothesen, die größtentheils höchst problematisch, ja in vielen Bezie-

hungen geradezu kindisch, wahre Fabeln und Märchen sind. Die Deduktionen Vogt's sind auch längst nicht etwa bloß von den Theologen aller Konfessionen verworfen und verdammt, sondern auch von anerkannten, berühmten Notabilitäten der Naturwissenschaft und Geschichte theils als ganz unrichtig, theils wenigstens als höchst zweifelhaft nachgewiesen worden, und zwar von Gelehrten, welche durch ihre Widerlegung der Vogt'schen Sätze keineswegs die Wahrheit der biblischen Offenbarungen und Geschichten bekräftigen, sondern eben nur der Ehre der wahren ernsten und ehrlichen Wissenschaft dienen wollten.

Auf diesem Standpunkte der Polemik gegen Karl Vogt steht auch der Verfasser der oben genannten Schrift, die daher allen, welche die Vorträge des deutschen Genfer Professors wirklich selber oder auch nur von denselben gehört haben, eine sehr interessante Lektüre bietet.

Von Karl Vogt läßt sich nach kaufmännischem Sprachgebrauch sagen, er mache in Präadamitismus, da er fortwährend herumreist, um seine bekannten sechs Vorträge über die Urgeschichte des Menschen bald da, bald dort an Mann zu bringen. Gegenwärtig beglückt dieser Commis voyageur der Irreligiosität die österreichisch-ungarische Monarchie mit seinem Besuche, wo er in kurzen Zwischenräumen in Wien, in Pest, Graz, Triest, Klagenfurt und gewiß noch in einigen andern Provinzial-Hauptstädten des Reiches seine Vorlesungen zum Besten gibt. Es ist nicht gerade schmeichelhaft für die Zustände der neuesten Ära, daß Karl Vogt die österreichischen Länder erst jetzt als Absatzgebiet für seine anderswo abgebrauchte Waare aufsucht. Wahrscheinlich meint er, die Phäaken von Trans- und Cisleithanien befänden sich noch auf einer der „Steinzeit“ ähnlichen Kulturstufe, denen man mit einem Paar „gespaltenen Röhrenknochen“ einen vorhistorischen großen „Bären“ aufbinden könne, und sie seien so gemüthliche Leute, daß sie geschärftes Steingefchiebe für „Kieselmesser“ und „Kieselärzte“ hielten, oder den Affenkiefer von Trou de la Naulette trotz aller fremdartigen Beschaffenheit seiner Konstruktion für einen Menschenkiefer ansähen. Möglich wäre es auch, daß das unstäte Wandern des vagirenden Genfer Professors für den unermüdblichen Forscher nach den Anfängen der Organismen wissenschaftliches Bedürfnis ist, um seine Studien über den Hirngehalt der heutigen Menschheit an den lebenden Köpfen der verschiedenen Völkerschaften zu erproben. Finden nämlich Vogt's Vorträge irgendwo Beifall, so wird der Schluß kein gewagter sein, daß die Gehirnarbeit, also das Denken bei solchen Zuhörern gering ist, folglich die Hirnmasse des seinen Vorlesungen zustimmenden Publikums durchschnittlich den Rauminhalt von 1500 Kubikmetern per Individuum noch nicht erreicht hat. Denn nach Vogt's eigener Theorie steht das Gehirnwachsthum mit dem Fortschritte der Civilisation im geraden Verhältnisse. Es mag das aussehn wie ein Spaß, ist aber doch ernst gemeint, da wir uns vergeblich nach einer Erklärung umsehen, wie sonst ein Mann von Vogt's Befähigung und Uneigennützigkeit fortfahren könnte, seine kühnen Hypothesen und gewagten Nacht-

sprüche, nachdem deren Falschheit von der exacten Wissenschaft längst nachgewiesen ist, immer wieder einfach aufzutischen, als ob der Streit darüber noch ein offener wäre.

Daß übrigens Karl Vogt auch in unserer Mitte seinen Mann gefunden, freut uns sehr. Der Gegner, Vincenz Knauer, noch dazu ein katholischer Priester, bedthigt keiner theologischen Waffen, um die wissenschaftliche Unhaltbarkeit und Nichtigkeit der Grundsätze und Schlußfolgerungen, welche mitunter bis zur Ueberraschung aus Vogt's berebtem Munde vernommen wurden, ans Licht zu stellen. Im Gegentheil betritt er das Gebiet des Glaubens nur insoweit, um dem Gottesläugner Vogt vorzuhalten, wie dieser selbst im Bereiche der greifbaren Physik die unglaublichsten Dinge glaubt. Vincenz Knauer folgt in seiner Broschüre der Deduktion Vogt's Schritt für Schritt, deckt die in denselben offen zu Tage tretende Unwahrheit in streng objektiver Weise auf und weist die plumpsten Widersprüche und Ungereimtheiten nach; alles in populärer faßlicher Weise und mit Geist und sehr vielem natürlichen Witz. Zur Probe citiren wir folgende Stellen:

„Was die Steinwaffen und Steinwerkzeuge anbelangt, so sagt Herr Vogt von ihnen: „Man findet diese roh bearbeiteten Waffen ohne Politur und Schleifung zu Tausenden im Schwemmland Englands und Frankreichs, besonders im Sommethale bei Amiens und Abbeville.“ — Ich glaube, daß er damit viel zu wenig behauptet hat. Allenthalben, wo, sei es durch Felsabrutschung oder auf sonst eine Weise, zersprengtes und zerschlagenes Gestein in größern Massen herumliegt, werden sich ähnliche Trümmer auffinden lassen, in denen man mit einiger Fantasie und gutem Willen eine roh gearbeitete Art, einen Pfeil, ein Messer u. dgl. mehr zu erkennen im Stande ist. Bekanntlich spielen die Korallengebilde in diesem Punkt eine sehr große Rolle. In jedem Museum finden sich Exemplare derselben, bei deren Anblick der mit der Sachlage noch Unbekannte, Stein und Bein darauf schwören würde, das seien keine Natur-, sondern Kunstprodukte, so täuschend ähnlich stellen manche von ihnen eine Krone, ein Kreuzifix, eine versteinerte Pflanze dar. Kommt, wie gesagt, noch die Fantasie und der gute Wille hinzu, dann geht es wie beim Zinn gießen in der Christnacht. Jeder sieht, was er eben zu sehen wünscht. Gerade die Masse dieser vorgeblichen Steinwerkzeuge war es, welche besonnene, tendenzlose Naturforscher bis zur Stunde von der Ueberzeugung, man habe es hier mit Kunstprodukten zu thun, ganz entschieden zurückhielt. Herr Brouillier bemerkt in einem seiner Berichte ganz verächtlich, er habe bei Douchetterie in einer halben Stunde einen ganzen Karren mit solchen „Alterthümern“ beladen. Sir John Lubbock, ein Begleiter des zuvor genannten Professors Steenstrup, desselben, der den Raubthieren ganze Thierleichen vorwarf, also jedenfalls ein unverdächtiger Gewährsmann, nennt solche Steinwaffen kurzweg geschärftes Geschiebe und sagt, er habe unweit Rorför in Dänemark, wo diese Schätze besonders zahlreich sind, in einer

Stunde gegen 200 solcher Steinwaffen aufgezählt. — Offenbar müssen an solchen Orten mörderische Schlachten zwischen den Menschen der Steinzeit geschlagen worden sein, sonst wäre die Menge der umherliegenden Waffen nicht wol erklärlich. Das Wunderbarste dabei ist, daß trotzdem in der Nähe solcher Steinwaffen noch nirgends ein Menschengeripp entdeckt werden konnte. Allerdings gäbe es eine Erklärung dieses Räthfels. An diese aber scheinen Vogt und Konforten noch nicht gedacht zu haben, obwol Vogt der Erklärung ziemlich nahe gekommen ist, so daß es mir ein Leichtes sein wird, ihm vollkommen in die Schuhe zu helfen, vorausgesetzt, daß keine Steinwaffe drinnen steckt. Vogt nämlich hat entdeckt, daß die damaligen Menschen unglaublich wilde Gesellen, Menschenfresser waren. Und da könnte es nun zwei sich gegenüberstehenden Kriegsheeren gehen sein, wie jenen zwei grimmigen Ewren, die sich in ihrer blinden Wuth und Blutgier gegenseitig so gründlich aufgefressen haben, daß von beiden keine Spur mehr übrig ist.“

Noch köstlicher ist folgendes Citat über die Umwandlung vom Thier zum Menschen und über die fortschreitende Entwicklung des menschlichen Intellektes: „Auf welche Weise aber geht die Umwandlung vom Thier (möge dieser nun Frosch oder Affe heißen) zum Menschen vor sich, und hier wieder von dem auf der untersten Stufe stehenden Menschen der Eis- und Steinzeit bis hinauf zum Repräsentanten der heutigen Kultur?“ — Das geschieht nach Vogt durch Gehirnvermehrung. Das Gehirn aber vermehrt sich, nicht wie man unlängst irgendwo gefunden haben wollte, durch Theetrinken, sondern durch Arbeit, d. h. im vorliegenden Falle durch Gehirnarbeit oder Denken. „Was man unablässig übt,“ so lautet die wörtliche Auskunft Vogt's, „das entwickelt si mehr und mehr. Wenn wir nun täglich und stündlich an seiner Vervollkommnung arbeiten, so vererben wir unsern Nachkommen mehr Gehirn.“ — Daß nun ein Muskel durch Arbeit vergrößert wird, darüber ist allerdings kein Zweifel. Man braucht, um sich dessen zu vergewissern, nur den rechten Arm eines Schmiedes anzusehen. Ob aber auch die Nerven durch das Denken vergrößert oder wohl gar vermehrt werden können, darüber würde die Physiologie mit Oberst Wrangel sagen, sind so manche Zweifel noch zu lösen. Vor Allem steht dieser Hypothese die Empirie entgegen in der vielfach gemachten Beobachtung, daß die Söhne von wissenschaftlich bedeutenden Männern, es selten ihrem Vater gleichzuthun, geschweige denn ihn zu übertreffen vermögen.

Die Ausbildung des menschlichen Intellektes aber, wie Vogt es in seiner plumpen Manier versucht, einfach einer fortschreitenden Gehirnvermehrung zuzuschreiben, führt zu Ungereimtheiten, die das höchstdenkbare Maß des Lächerlichen weit übersteigen. „Wenn dieses Gehirnwachsthum in der Weise, wie Vogt es sich denkt, fortginge,“ schreibt Dr Gleisberg, „so hätten wir alle Ursache für unsere späteren Nachkommen die ernstesten Besorgnisse zu hegen; denn sie würden entweder durch Hirnübernährung dem Blödsinn überliefert, oder, wenn die

Ausweitung der Schädelhöhle gleichen Schritt mit diesem Hirnwachsthum hielt, würde es dem Einzelnen nicht mehr möglich sein, den Kopf ohne Hilfe eines Begleiters aufrecht zu tragen.“ —

Geschichtliche Beiträge.

zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

X.

Rückgang des Hauses Habsburg.

(Fortsetzung.)

Der Krieg zwischen den beiden Gegenkaisern Ludwig dem Baier und Friedrich begann mit einem unglücklichen Unternehmen der Habsburger gegen die Schweizer. Wie bereits erwähnt, hatten sich Bern und Solothurn, Schwyz, Uri und Unterwalden für Ludwig von Baiern erklärt, was von Habsburg als eine Fortsetzung und Steigerung der schon unter Kaiser Albrecht begonnenen Feindseligkeit betrachtet werden mußte. Wiederholte Aufforderungen des Herzogs Leopold an die Schweizer, seinen Bruder Friedrich als Kaiser anzuerkennen, blieben umso mehr fruchtlos, da Ludwig der Baier gleich nach seiner Krönung den Eidgenossen ihre Freiheiten bestätigt und ihnen seinen Schutz gegen Habsburg zugesagt hatte. Da beschloß Herzog Leopold, die Waldstädte mit Waffengewalt zu unterwerfen, was zugleich die Züchtigung sein sollte für die Empörung gegen die Vögte des Kaisers Albrecht.

Leopold bot gegen die Schweizer Bauern ein Heer auf, dessen Stärke auf 6000, ja 9000 Mann angegeben wird. Er hielt Kriegsrath, und man beschloß, Schwyz anzugreifen. Wenn dann, wie als gewiß vorauszusetzen war, die Urner und Unterwaldner den Schwyzern zu Hilfe eilen würden, sollte ein zweiter Heerhaufen unter Führung des Grafen Otto von Strassberg in Unterwalden einbrechen. Den Angriff auf Schwyz wollte Herzog Leopold persönlich leiten und er beschloß, durch den Engpaß von Morgarten zu marschiren, aber durch eine Scheinbewegung gegen Art die Schwyzer zu verführen, jenen Paß unbefest zu lassen. Dem Kriegsrath hatte auch Leopolds lustiger Rath Kuni beigewohnt, und als diesen am Schluß der Herzog fragte, wie ihm der Kriegsplan gefalle, antwortete er: „Gar nicht, denn Ihr habt nur berathen, wie Ihr in das Land hineinkommt, nicht aber, wie Ihr herauskommt.“ Dieses Wort des Hofnarren ging schrecklich in Erfüllung.

Die Schwyzer, welche den Angriff wirklich bei Art erwarteten, hatten im Heere Leopolds einen Freund, der ihnen den Kriegsplan des Herzogs verrieth.

Ulrich von Hünenberg schloß in das Lager der Schwyzer einen Pfeil, an welchem sich ein Zettel befand mit den Worten: „Hütet euch am St. Othmar Tage morgens am Morgarten.“ Die Schwyzer verstanden und befolgten den Wink und besetzten bei Schornen den Paß, ohne jedoch die Stellung bei Art ganz zu entblößen. Nur sechshundert Schwyzer marschirten nach Schornen, und zu ihnen kamen eilig vierhundert Männer aus Uri und dreihundert aus Unterwalden. Es standen also nur dreizehnhundert Schweizer dem Herzog entgegen, der mit fünf- und sechsfacher Uebermacht heranzog. Doch ein besonderer Umstand lenkte den Vortheil auf die Seite der Eidgenossen. Fünzig Männer aus Schwyz waren wegen mancherlei Frevelthaten des Landes verwiesen worden und baten nun um die Erlaubniß, sich den Vertheidigern des Vaterlandes anschließen zu dürfen. Es wurde ihnen nicht gestattet, in das kleine Heer einzutreten. Da kamen diese Fünzig in der edlen Begierde, ihre Schuld durch Bekämpfung des Feindes zu sühnen, auf den glücklichen Gedanken, sich auf der schroffen Höhe des Mattliguttsch, dort, wo der Paß von Morgarten am engsten ist, aufzustellen. Als die Schwyzer davon hörten, erkannten sie die Vortrefflichkeit der Stellung und verstärkten die Fünzig.

Am Morgen des 15. November 1315 zog das Heer des Herzogs Leopold, größtentheils aus schwer gepanzerten Rittern bestehend, in den Engpaß von Morgarten ein; ganz sorglos, weil man voraussetzte, daß die Schwyzer sammt und sonders bei Art stünden, und überhaupt voll stolzer Siegeszuversicht, weil die Ritter die Schweizer Bauern verachteten, einen erfolgreichen Widerstand derselben für unmöglich hielten. Doch der Hochmuth kam da in fürchterlicher Weise vor dem Falle. Als die Ritter, welche stolz und kühn voranzogen, an die Stelle kamen, wo der Paß zwischen den Felswänden und dem See Aengeri so eng ist, daß kaum drei Reiter neben einander sich bewegen können, ließen plötzlich die auf dem Mattliguttsch Aufgestellten Steine und Baumstämme herniederrollen, welche Mann und Roß erschlugen. Der Zug gerieth ins Stocken, die rückwärtigen Marschirenden drängten vor, es entstand eine gräßliche Verwirrung. Und nun brachen die Eidgenossen aus ihrer Stellung bei Schornen hervor und warfen sich auf den Feind. Die Ritter hatten in dem Engpaß nicht Raum, von ihren langen Schwertern Gebrauch zu machen, wehrlos wurden sie von den Spießen der Schweizer von den Pferden gehoben oder in die Flucht getrieben, wobei sie ihr eigenes Fußvolk überritten und in den See drängten. In kurzer Zeit war die Niederlage des herzoglichen Heeres entschieden. Der größte Theil desselben, darunter die Blüthe der Ritterschaft war gefallen; der Rest zerstreute sich in wilder Flucht. Die Sieger aber eilten sofort nach Unterwalden, wo Graf Straßberg eingebrochen und anfangs sieghaft vorgeedrungen war, nun aber schleunig den Rückzug antreten mußte.

Die Niederlage bei Morgarten war für das Haus Habsburg eine tiefe Demüthigung und brachte ihm schwere Nachtheile. Die Eidgenossen besiegten

ihren Bund, und standen nun als mächtiger und von aller Welt bewundeter Feind der Habsburger da. Kaiser Ludwig hatte alle Ursache, den Sieg der Schweizer als einen ihm selber geleisteten wichtigen Dienst zu erkennen. Er fühlte sich dadurch so sehr ermuthigt, daß er die Herzoge von Oesterreich in die Acht erklärte und ihnen alle Besitzungen nahm, die sie in den Urkantonen hatten. Diesen aber bestätigte Ludwig für ewige Zeiten die Reichsfreiheit.

Nun brach der Krieg unmittelbar zwischen den beiden Gegenkaisern aus, wurde aber mit wenig Energie geführt, so daß keine Entscheidung zu hoffen, sondern eine langwierige Dauer des verderblichen Kampfes zu fürchten war. Mittlerweile war auf den päpstlichen Stuhl, der länger als zwei Jahre unbesetzt gewesen, der Cardinal Jakob von Cahors unter dem Namen Johann XXII. erhoben worden. Man hoffte in Deutschland, daß nun der Papst dem Kaiserstreite ein Ende machen würde. Johann nahm sich der Sache wirklich sofort an und ging von der richtigen Voraussetzung aus, daß keiner der beiden Fürsten rechtmäßig gewählt worden. Der Papst richtete daher am 5. September 1316 von Lyon aus an die beiden Gegenkaiser ein Schreiben, durch welches er sie dringend aufforderte, dem Frieden, der Wohlfahrt des Reiches, der Ehre Gottes ein Opfer zu bringen, d. h. die Krone niederzulegen, damit eine neue Wahl vorgenommen werden könnte. Doch der heilige Vater prebigte tauben Ohren.

Der Krieg wurde mit kurzen Unterbrechungen fortgeführt, ohne daß einer der beiden Gegner ein entschiedenes Uebergewicht erlangt hätte. Es traten wichtige Zwischenfälle ein. Der Erzbischof von Köln, bisher eine Hauptstütze Friedrichs, trat zur Partei Ludwigs über. Dieser aber kam in Gefahr, seinen mächtigsten Bundesgenossen, den König Johann von Böhmen zu verlieren, welcher so sehr die Unzufriedenheit der Böhmen erregte, daß sie nahe daran waren, ihn zu entthronen. Doch gelang es Ludwig, den König mit den Ständen zu versöhnen.

Sieben Jahre schon hatte der verderbliche Krieg gedauert, da rüsteten die beiden Kaiser gewaltig, um die Sache endlich zur Entscheidung zu bringen. Friedrich brachte in Oesterreich und Steiermark ein starkes Heer auf, zu welchem Ungarn und Kärnten, dann die Bischöfe von Salzburg und Passau Hilfstrouppen stellten. Herzog Leopold hatte in Schwaben ein Heer gesammelt. Ludwig der Baiern bot seine ganze Hausmacht auf, und ihm führten König Johann von Böhmen und Erzbischof Balduin von Trier zahlreiche Hilsfschaaren zu.

Im August 1322 hatte Friedrich seine Rüstungen vollendet und brach nun frohen Muthes von Amont auf, obwol ihm der Abt Engelbert Unglücksprophezeit hatte. Der Verabredung gemäß sollten die beiden Brüder sich am Inn vereinigen. Doch Leopold war mittlerweile in Gefahr gekommen, von dem Heere Ludwigs umzingelt zu werden. Er mußte daher weite Umwege machen, sandte aber Boten an Friedrich, um ihn von zu raschem Vorrücken abzumahn-
nen. Aber die Boten wurden unterwegs von Feinden aufgehalten, und so erfuhr

Friedrich nichts von der Verzögerung des Anmarsches seines Bruders und marschirte dem festgestellten Plane gemäß an den Inn. Am 20. September kam er bei Mühldorf an, ging auf das linke Ufer des Flusses und schlug ein verschanztes Lager, um die Annäherung Leopolds zu erwarten. Doch statt dessen erschienen Ludwig der Baier und König Johann von Böhmen und nahmen bei Ampfing im Angesichte des österreichischen Heeres Stellung. Das Fläschchen Hen trennte die beiden Heere. Vier Tage beobachteten sich die beiden Gegner. Endlich wurde Ludwig durch den ungeduligen König Johann zur Schlacht gedrängt, und auch Friedrich kam zu diesem Entschlusse, obwohl ihm seine Getreuen dringend rathen, die Ankunft Leopolds abzuwarten. Doch Friedrich sagte: „Ich habe dieser Sache wegen schon so viele Wittwen und Waisen gemacht und so viel Unbilliges an der Christenheit begangen, daß ich den Kampf nicht länger aufschieben will, mdge es gehen, wie es wolle.“

Am 28. September 1322 wurde die für das Haus Habsburg verhängnißvoll merkwürdige Schlacht bei Mühldorf geschlagen. In frühester Morgenstunde setzten sich die beiden Heere zum Entscheidungskampf in Bewegung. Ludwig der Baier hatte den Oberbefehl dem kriegsunbigen Ritter Seisfried Schwepermann übergeben. Auf seinem linken Flügel standen die Böhmen unter ihrem König Johann und die Niederbaiern unter dem Herzog Heinrich; den rechten Flügel bildeten die Truppen des Kurfürsten von Trier und anderer Reichsfürsten und Grafen unter Anführung des Ritters Konrad von Baierbrunn; in der Mitte hielt die Ritterschaft aus Oberbaiern und der Pfalz unter dem Ritter Rindsmaul. Ludwig selber wählte seinen Platz hinter der Mitte. Aus Vorsicht trug er keine königlichen Abzeichen, und es umgaben ihn eifrig ganz wie er gekleidete Ritter. Er nahm an dem Kampfe keinen persönlichen Antheil.

Die Stellung der Oesterreicher war dadurch gefährlich, daß sie den Inn hinter sich und keine andere Rückzugslinie hatten, als die Brücke in Mühldorf. Den Oberbefehl führte Friedrich der Schöne selber, und er hatte auf dem Helme die Krone und eine goldstrahlende Rüstung. An seiner Seite wehte die Reichsfahne, getragen von dem starken Freiherrn von Geroldsbeck. Das Centrum bildeten die Truppen aus dem Reiche; auf dem rechten Flügel standen die Salzburger unter ihrem Erzbischof, an sie reihten sich Steirer und Oesterreicher unter Herzog Heinrich an; auf dem linken Flügel hielten die Kärntner und Tiroler; die ungarischen und rumänischen Reiter bildeten theils die Vorhut, theils schwärmten sie an den Flügeln.

König Johann begann die Schlacht, indem er mit seinen Böhmen gegen den rechten Flügel der Oesterreicher vorstürmte. Bald entbrannte der Kampf auf der ganzen Linie, und Friedrich der Schöne kämpfte mit kühnem, aber in seiner Stellung höchst unvorsichtigem Heldenmuth in vorderster Reihe. Die ungarischen Pfeile fügten dem Feinde großen Schaden zu, und die Oesterreicher erstachen vorzüglich die schweren Pferde der böhmischen Reiter und nahmen

viele derselben gefangen. Auch das Roß des Königs Johann wurde getödtet und er kam in die äußerste Gefahr, gefangen zu werden. Durch den ungefügigen Angriff der Böhmen war Ludwigs Schlachtordnung erschüttert worden, und der Sieg schien auf die Seite Friedrichs zu neigen.

Doch Schweppermann war ein vorsichtiger Feldherr. Er hatte für Reserven gesorgt, die jetzt vorrückten und den Böhmen und Niederbaiern die Möglichkeit schafften, sich wieder zu sammeln und zu ordnen. Dabei wußte Schweppermann mitten im Gefecht die Schlachtlinie so zu ändern, daß auch die Oesterreicher eine Wendung machen mußten, durch welche sie aber Sonne, Wind und Staub ins Gesicht bekamen. Besonders verderblich wurde den Oesterreichern eine Kriegslist Schweppermanns. Er hatte den Burggrafen von Nürnberg mit vierhundert, österreichische Fahnen und Feldzeichen tragenden Reitern in einen Hinterhalt gelegt. Nachdem der Kampf schon mehrere Stunden gedauert hatte, brach der Burggraf aus den Hügeln an der Pfen hervor. Als Friedrichs Truppen die österreichischen Fahnen erblickten, glaubten sie, Herzog Leopold sei im Anmarsch. Sie begrüßten den Reiter Schwarm mit Jubelgeschrei und ließen ihn ganz nahe kommen, um mit Schrecken zu erfahren, daß sich die vermeintlichen Freunde in grimmige Feinde verwandelten. Zugleich mit diesem Flankenangriff stürmte das ganze Heer Ludwigs vorwärts, und bald waren beide Flügel der österreichischen Schlachtlinie aufgelöst. Das Centrum hielt noch fest, und König Friedrich kämpfte wie ein Löwe. Bald sah er sich aber umzingelt und von allen Seiten angegriffen. Er stürzte mit seinem tödtlich getroffenen Pferde zu Boden und mußte sich dem Ritter Rindsmaul gefangen geben. Als man ihn zu Ludwig führte, empfing ihn dieser mit den Worten: „Vetter, wir sehen Euch sehr gern!“ Friedrich schwieg. Da seinem Heere der Rückzug nach Mühldorf abgeschnitten war, fiel der größte Theil desselben in Gefangenschaft. Die Niederlage war vernichtend; das Haupt des Hauses Habsburg in der Gewalt des Baiern.

Friedrich der Schöne wurde über Regensburg nach der Burg Trausnitz gebracht und dort zwar ehrenvoll behandelt, aber sehr streng bewacht. Auch Friedrichs Bruder, Herzog Heinrich war in die Hände des Feindes gefallen und bei der Theilung der Gefangenen dem König Johann von Böhmen übergeben worden, der ihn in das Schloß Bürglitz bringen und acht Wochen lang in harter Gefangenschaft schmachten, ja sogar Ketten tragen ließ. Dann wurde er nach Prag gebracht, wo man ihm die Bedingungen kund gab, unter denen er seine Freiheit erlangen konnte. Da er auf diese Vorschläge nicht eingehen konnte, ohne die Einwilligung seiner Brüder erlangt zu haben, so erhielt er die Erlaubniß, nach Oesterreich zu gehen, gegen sein Ehrenwort, wieder in die Gefangenschaft zurückzukehren, wenn er die Annahme der Bedingungen nicht erwirken konnte. Da dies wirklich der Fall war, so kehrte Heinrich, seinem Worte getreu, wieder nach Böhmen zurück. Er wurde nun anständig behandelt und erhielt nach fünf Monaten seine Freiheit. Von dem Momente, wo Herzog Heinrich zuerst Bürglitz betrat, wird ein merkwürdiger Vorfall erzählt. König Ottokar II. hatte im

Saale der Burg die in Stein gehauenen Wappen aller von ihm beherrschten Länder aufhängen lassen. In dem Augenblicke nun, wo Herzog Heinrich in den Saal trat, soll das Wappen Oesterreichs herabgefallen und in Stücke zerbrochen sein. Wenn das wirklich geschehen ist, so konnte es jedenfalls als ein Zeichen betrachtet werden, daß die Macht Habsburgs, wenn auch nicht zertrümmert, so doch auf längere Zeit sehr geschwächt worden war. (Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz der Redaktion.

Herrn G. St. hier: Es freute uns sehr, von einem evangelischen Theologen sein Einverständniß mit unserm Artikel: „Der kirchliche Kampf“ zu vernehmen. Es wird Sie interessieren, wenn wir Ihnen mittheilen, daß der Aufsatz auch in katholischen Kreisen mit Beifall gelesen worden ist. Wir glauben das für ein Zeichen halten zu dürfen, daß in dem Artikel Gedanken enthalten sind, in denen die wahrhaft Religiösen beider Kirchen übereinstimmen. Dagegen sind wir auch von Katholiken und Evangelischen sehr getadelt worden und haben den Vorwurf erfahren, daß wir zu Rom hinneigen, vor dem Papstthum Respekt haben, daß wir überhaupt zu den „Frommen im Lande“ gehören. Das kann einem in dem neuesten Oesterreich sehr übel bekommen, man sünde gegenüber von den Beherrschern der jetzigen öffentlichen Meinung sicher und geachteter da, wenn man zu den offenkundigsten Schurken, als zu den Frommen gehörte. Sie schreiben uns: „Es hat die Wahrnehmung von Ihrer warmen religiösen Gesinnung und von dem sittlichen Ernste, die sich durch Ihre Arbeit schön hindurchziehen, mich freundlich angemuthet. Man begegnet diesen Eigenschaften in den hiesigen großen und kleinen Journalen leider nur sehr selten, oder gar nicht. Und das finde ich von sehr großem Uebel. Welcher Konfession man auch immer angehören, oder welchen politischen Ideen man huldigen möge; so viel steht über allem Zweifel und jedweder Diskussion, daß das in Rom tagende Konzil eine der wichtigsten, darum tief einwirkenden Erscheinungen unserer Zeit ist. Der in unsern Zeitungen stabile Ton, alles und jedes zu bespötteln und oft sehr abgeschmackt zu bewitzeln, steht, so will es mir scheinen, gar schlecht zu dem Ernste und der. — Gefährlichkeit der von und in Rom geplanten Unternehmungen.“ Wir stimmen in allen Punkten mit Ihnen überein, nur nicht in Betreff der Gefährlichkeit der bevorstehenden Konzilsbeschlüsse.

Herrn A. v. G. in der Bukowina: Sie machen uns den Vorwurf, daß wir die Rumänen vor den Ruthenen begünstigen, indem wir sehr oft Artikel über rumänische Verhältnisse bringen, die Anliegen der Ruthenen aber gänzlich ignoriren. Letzterer Vorwurf geht jedenfalls zu weit, und Sie müssen als Leser der „Reform“ sich doch erinnern, daß wir doch öfter auch den Klagen und Wünschen der Ruthenen das Wort verliehen haben. Ganz recht aber haben Sie darin, daß wir viel öfter rumänische Angelegenheiten besprechen. Warum aber? Weil wir eben von den Rumänen recht oft direkte Mittheilungen empfangen, von den Ruthenen aber fast niemals. Damit haben wir Ihnen, geehrter Herr und Freund, das Mittel angedeutet, durch welches Sie Ihrer Beschwerde selber Abhilfe leisten können. Machen oder verschaffen Sie uns Mittheilungen über ruthenische Verhältnisse, und wir werden denselben mit freundlicher Bereitwilligkeit in unserm Blatte Raum geben.

Ausyl für Obdachlose: Wenn Sie uns mit der Zusendung der bezüglichen Schriftstücke beehren, so werden wir dem humanen Unternehmen gern nach Kräften dienen. Die Erfüllung des in Ihrer geehrten Zuschrift ausgesprochenen Wunsches dürfte unsererseits nur in geringem Maße geschehen können. Liegt Ihnen gleichwol daran, so wollen Sie sich an die Administration der „Reform“ (R. v. Waldheim) wenden.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: **Franz Schufelske.**
Die Redaktion befindet sich: **National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.**

Administration: **Laborstraße Nr. 10.**
Druck von **R. v. Waldheim.**

Die Reform.

No. 12.

Wien, den 24. März 1870.

IX. Jahrgang.

Die Reichskrisis.

Abermals eine Ministerkrisis. Es ist die vierte bedeutendere während des zweijährigen Bestandes dieses sogenannten Bürgerministeriums! In Wahrheit aber darf man sagen, daß diese Regierung sich permanent in Krisen befunden hat. Und warum? Weil sie nicht auf dem Boden realer Verhältnisse steht, sondern lediglich in Doktrinen und Fiktionen schwebt, weil sie nicht die Majorität der Bevölkerung, nicht einmal ein einziges ganzes Volk, sondern nur eine einzelne Partei eines einzelnen Volksstammes für sich hat, weil sie sich eine Unmöglichkeit zur Aufgabe gestellt hat und daher selber gleich von Anfang an thatsächlich unmöglich war und nur durch Fiktionen und PreSSIONen eine Scheinexistenz führen konnte. Das ist die Ursache der beständigen Uneinigkeit, der kläglichen Rath- und Thatlosigkeit dieses Ministeriums. Es muß aus demselben Grunde untergehen, aus welchem das Ministerium Schmerling untergegangen ist, nämlich weil es eine Unmöglichkeit möglich machen will, und weil das verwirrende, niederdrückende, lähmende Bewußtsein davon es unfähig macht, selbst das Mögliche zu vollbringen. Nicht daß diese Männer ihre Aufgabe nicht lösen, kann ihnen als Schuld angerechnet werden, denn diese Aufgabe ist unlösbar; aber daß sie für eine solche Aufgabe Minister wurden, daß sie sich eine selbst die göttliche Allmacht überbietende Kraft anschnäueln ließen, oder sich selber eitel einredeten, das ist ihr Verschulden. Und da unterliegt dieses Ministerium einer schwereren Verurtheilung als das Ministerium Schmerling. Im Jahre 1860 war es wenigstens psychologisch begreiflich, daß die Verfasser der Februarverfassung es für möglich halten konnten, durch die Beseitigung des Absolutismus alle Völker Oesterreichs befriedigen, das ganze Reich parlamentarisch einigen zu können. Es war dies ein Irrthum, welcher wenigstens entschuldigt werden konnte. Nachdem aber dieser Irrthum offenbar geworden war, nachdem man die Unausführbarkeit der Februarverfassung erkannt und dieser Erkenntniß Ungarn gegenüber sogar über die strenge Nothwendigkeit und Gerechtigkeit hinaus Folge gegeben hatte, nach diesem Ereigniß nun die Schmerling'sche Fiktion in der Hälfte des zerrissenen Reiches fortzusetzen, das, was im Ganzen unmöglich war, in den Theilen möglich machen zu wollen, dies ist nicht mehr ein bloßer Irrthum, der noch entschuldigt werden könnte; nein, dies ist ein Frevel gegen die

Gesetze der Logik, ein Attentat auf den gesunden Menschenverstand, eine Verleugnung der Grundsätze wahrer Gerechtigkeit und Freiheit. Dieses Urtheil trifft das Ministerium und den Reichsrath. Auf beiden lastet auch diese Verurtheilung verwirrend, niederdrückend, lähmend. Deshalb rufen sie sich gegenseitig fruchtlos um Rath und Hilfe, um Initiative und Vollbringung an, werfen sich gegenseitig die Unfruchtbarkeit und Ohnmacht ihres Daseins vor. Das Verschulden beider ist umso größer, weil sie sich durch das magharische Beispiel verführen lassen, sich zur Fortsetzung ihres unmöglichen Experimentes durch die Vorspiegelung ermuntern: „Was den Magharen gelungen ist, muß auch uns gelingen!“ — Aber auch in Ungarn ist die centralistische Einheit nur äußerlich, mechanisch, provisorisch gelungen, auch die magharische Herrschaft fährt nur durch Fiktionen und Pressionen eine Scheineristenz, auch Ungarn befindet sich in einer Krisis, die umso gefährlicher wird, je länger sie latent bleibt.

In den permanenten Ministerkrisen offenbart sich die täglich lebensgefährlicher werdende Reichskrisis. Das gestehen die Verfassungstreuen selber ein, aber sie verstehen es nach ihrer falschen, fixen Idee. Sie sagen: „Wenn dieses Ministerium stürzt, so stürzt diese Verfassung, und das ist die Auflösung des Reiches.“ Die Wahrheit aber, welche schon jetzt fast durch den Augenschein zu erkennen ist, besteht darin, daß dieses Ministerium und der Reichsrath und diese verfassungstreue Partei alsbald mit ihren Dezemberpapieren in der Luft stehen werden. Haben wir denn reale Verfassungszustände, ist denn das Reich wirklich innerhalb der Verfassung? Wie kommt es denn, daß dieses Ministerium, obwohl es die Majorität des Parlamentes für sich hat, doch beständig schwankend, moralisch ohnmächtig ist? Weil eben diese Parlamentsmajorität und dieses aus derselben extrahierte Ministerium nur die Minorität der Bevölkerung, nicht einmal ein einziges ganzes Volk, sondern nur eine Partei eines einzelnen Volkes repräsentiren. Ist also dieser ganze verfassungsmäßige Parlamentarismus und Bürgerministerialisimus etwas anderes, besseres, als eine bloße Fiktion, die mit der Natur der Dinge, der Gewalt der Umstände, mit den Grundsätzen der wahren allgemeinen Freiheit und Gerechtigkeit, ja mit den Elementarbegriffen des echten Konstitutionalismus im Widerspruch steht?

Und da wagen die Verfassungstreuen die Behauptung, daß die jetzige Verfassung und das jetzige Ministerium erhalten werden müßten, weil sonst die Freiheit verloren gehen, der Absolutismus wiederkehren würde. Wir sagen ihnen dagegen: Ihr selber übt nichts als Absolutismus, denn auch die Oligarchie, d. i. das Staatsunwesen, in welchem eine Minorität, eine Kameraderie, eine Roterie sich die Herrschaft über ganze Völker, über die Majorität der Gesamtbevölkerung anmaßt, ist Absolutismus, Despotie. Und da Ihr doch einsehen müßt, daß Ihr nicht im Stande seid, Eure Verfassung mit freien Mitteln durchzuführen, so solltet Ihr eigentlich resigniren, Ihr solltet, wie es einst die Dänen gethan, ein Königsgeßetz votiren und durch dasselbe dem Monarchen die wahre

Alleinherrschaft zurückgeben, damit er mit seiner unbefchränkten Gewalt die Gesetze vollziehen möchte, die Ihr zwar zu Papier gebracht habt, aber nicht ins Leben einführen könnt.

Es ist ein vermessentlicher Frevel, daß die Verfassungstreuen sagen, durch die jetzige Verfassung, durch das jetzige Ministerium sei der Reichsgedanke repräsentirt, und sie, die Verfassungstreuen, seien die Kämpfer dieses Gedankens. Den Reichsgedanken der habsburgischen Monarchie hat die Geschichte formulirt, und durch die jetzige Verfassung ist dieser historische Reichsgedanke preisgegeben worden, und gerade nur die oppositionellen Völker und Parteien halten diesen großen Gedanken noch aufrecht und kämpfen mit bewunderungswürdiger Hingebung, mit aufopfernder Selbstverleugnung für die Realisirung desselben. Aber die Geschichte rächt sich, wie die Natur an denen, welche gegen ihre Gesetze sündigen. Die Geschichte hat Oesterreich gebaut; sie wird es zertrümmern, weil es von seinem historischen Verufe abfällt. Der Terrorismus, mit welchem die usurpatorische Verfassungspartei ihren neuen, fremden Mustern nachgeäfften Reichsgedanken realisiren will, hat die erschreckende Folge, daß der wahre historische Reichsgedanke auch bei denen, welche ihn bisher mit großer Innigkeit, ja mit Begeisterung gehegt haben, in der neuesten Aera schwächer und schwächer wird. Aber was noch schlimmer ist, der herrschsüchtige Hochmuth, mit welchem die verfassungstreuere Partei die heiligsten Gefühle der Völker verletzt, hat die Wirkung, daß das Reichsgefühl, welches in früheren Zeiten sehr oft mit siegendem Erfolge den klaren Reichsgedanken ersetzte, mehr und mehr erstirbt. Die Hingebung an das Reich, das Vertrauen in dasselbe verschwinden täglich mehr, der fatale Gedanke: „Es geht nicht mehr!“ wird immer allgemeiner, ja sehr Viele sprechen diesen Gedanken mit freudiger Hoffnung aus und ergänzen ihn bis zu dem: „Es soll nicht mehr gehen, es ist gut, daß Oesterreich zerfalle!“ Fast wird man schon verspottet, wenn man noch von einem geschichtlichen Verufe Oesterreichs, von der Nothwendigkeit, oder auch nur von der Nützlichkeit desselben spricht. Die verfassungstreuen Oesterreicher aber sprechen mit den Jesuiten: „Wir sind, wie wir sind, oder wir sind gar nicht.“ Offen erklären sie: „Oesterreich das müssen wir sein, und wenn wir das nicht sein können, so liegt uns an Oesterreich überhaupt nichts mehr.“ Das Ausland betrachtet diese Zustände und Stimmungen theils mit Mitleid, theils mit schadenfreudiger Hoffnung. Das Geld für Zeitungsartikel und Broschüren, durch welche die Welt zum Glauben an ein frei und dauernd fest konsolidirtes Oesterreich gebracht werden soll, ist hinausgeworfen. Das Ausland hält den Zerfall der habsburgischen Monarchie für unvermeidlich, sieht ihn schon begonnen und macht in Betreff des schönen österreichischen Erbes bereits seine Theilungskombinationen.

Das ist die lebensgefährliche Reichskrise, in welche die habsburgische Monarchie durch das verfassungstreuere Regiment gebracht worden ist. Wenn es in Oesterreich noch Männer gibt, welche den Wunsch und Willen, die Weisheit und

Kraft, den Gerechtigkeits- und Freisinn haben, dieses Völkerrreich zu retten und zu erhalten, so dürfen sie wahrhaftig keine Zeit mehr verlieren, um ans Werk zu schreiten.

Kritische Streifzüge.

I.

Die perennirende Ministerkrisis.

Von allen Seiten werden neue Minister angekündigt, obwohl die alten sich eben erst glorios verjüngt haben *). Nicht nur dies, sondern auch jenseits der Leitha befestigt sich die Ueberzeugung, daß auch das verneuerte Ministerium Gasner-Giskra Fiasko machen werde, eigentlich schon gemacht habe. Dieses Ministerium wird bereits für todt ausgegeben. Für einen gewöhnlichen Menschen, der für physisch todt ausgegeben wird, während er sich noch guter Gesundheit erfreut, ist das angenehm, und man glaubt, daß ein solcher Mensch gerade recht lang leben werde; auf Minister aber, welche sich noch im vollen Besitze der Macht befinden und an dieser Amtsherrlichkeit offenbar mit großer Innigkeit hängen, muß es einen schlimmen moralischen Eindruck machen, wenn das Publikum sie nur mehr als provisorische Amtsleiter, ja gewissermaßen nur noch als Ministerschemen betrachtet. In dieser schmerzlichen Lage befindet sich unser Bürgerministerium, und es liegt für dasselbe darin in der That eine wirkliche Gefahr, denn die fortwährende, von allen Seiten kommende, immer allgemeiner werdende Todeserklärung erlangt endlich die Macht eines Fatums und macht diesem Ministerdasein wirklich ein Ende.

Die Ministerkrisis muß wirklich bereits drohend geworden sein, denn sie versetzt die treuesten Anhänger und Diener Giskra's in Unruhe. Hat sich doch die „Neue freie Presse“ durch diese Beunruhigung hinreißen lassen, eine durch Korrespondenzkarten eines politischen Sturzmachers an einige Redaktionen versendete Ministerliste, welche von allen Wiener Blättern ignoriert, und nur von einem Pester Blatte aufgenommen wurde, in einem fulminant verfassungstreuen ersten Leitartikel zu besprechen. Dadurch ist der Spaß einigermaßen Ernst geworden, freilich nur spaßiger Ernst. Der Kuriosität wegen nehmen wir von dieser Ministerliste Notiz. Das „zur Anbahnung eines Ausgleichs mit den unterdrückten Nationalitäten zu berufende Ministerium“ sollte bestehen: Präsidium: Graf Taaffe; Landesvertheidigung: FML. Rodich; Inneres: Graf Belcredi (zweifelhaft, ob der ehemalige Staatsminister Richard, oder dessen Bruder Egbert);

*) Dr. Giskra soll bereits bloß noch interimsistischer Leiter der Geschäfte sein — bis Opa.

Polizei: Praxal; Justiz: v. Grocholski; Ackerbau: Dr. Rab. Rieger; Handel: Dr. Toman; Kultus und Unterricht: Dr. Jäger; Finanzen: v. Roßkopf; Sprechminister ohne Portefeuille: Dr. Fischhof. Es gehört wahrlich kein großer Scharfsinn dazu, um ein solches Ministerium, wenn auch nicht als ganz unmöglich, so doch als nicht leicht möglich zu erkennen. Die „Neue freie Presse“ aber muß zugestehen, daß „eine prächtigere Zusammenstellung von Gegnern unserer Verfassung und unseres Ministeriums von geschicktester Hand nicht hergestellt werden könnte.“ Der humoristische Ministermacher kann mit dieser Anerkennung zufrieden sein. Das genannte Blatt muß auch anerkennen, daß „jeder einzelne der zehn zum Portefeuille designirten Herren eine Schichte der Bevölkerung vertritt, welche sich der Verfassung feindlich gegenüberstellt“; es glaubt jedoch diese nothgedrungenen Anerkennungen dadurch entkräften zu können, daß es die Behauptung aufstellt, keine dieser Schichten der Bevölkerung könnte „für sich allein weder eine parlamentarische Majorität — auch mittels des brutalsten Wahlzwanges nicht — bilden, noch irgend eine, auch nur tagelang haltbare konstitutionelle Schöpfung zu Stande bringen.“ Das ist richtig; aber wer sagt denn, daß jede dieser sogenannten Schichten der Bevölkerung für sich allein operiren will? Da würde freilich keine etwas zu Stande bringen; aber alle vereinigt repräsentiren die Majorität der Gesamtbevölkerung des Reiches, und diese Majorität wird gewiß im Stande sein, das zu erreichen, was sie will.

Es ist auch eine Anmaßung zu sagen, daß jeder der zehn Herren nur eine Schichte der Bevölkerung vertrete. Man muß da zuerst fragen: Wen vertritt denn die „Neue freie Presse? Nach ihrem eigenen Geständnisse bloß die Partei der verfassungstreuen Deutschösterreicher, also in Wahrheit bloß eine Schichte der Bevölkerung. Dann könnte man noch sagen, daß auch Dr. Fischhof nur eine Schichte der Bevölkerung vertrete, nämlich die deutsche Partei, welche so gerecht, freisinnig und klug ist, den Ausgleich mit allen Völkern, Frieden und Eintracht zu wollen, um dadurch zum Genuße wahrer Freiheit zu gelangen. Aber diese Schichte der deutschen Bevölkerung ist in Wahrheit bereits größer, als die von der „Neuen freien Presse“ vertretene herrschaftliche Koterie. Dagegen vertreten Rieger und Praxal das slavische Volk von Böhmen, Mähren und Schlesien, es vertritt Grocholski die Polen, es vertreten Toman und Rodich die Südslaven in Krain, Dalmatien, Görz, Istrien, in Steiermark und Kärnten, es vertritt Dr. Jäger die überwiegende Majorität der deutschen Tiroler. Sind das bloß Schichten der Bevölkerung? Die Staatsmänner der „Neuen freien Presse“ könnten sich doch aus dem statistischen Handbüchlein des Herrn von Czörnig überzeugen, daß sie und ihre täglich kleiner werdende Partei ganzen Völkern, der mächtig überwiegenden Mehrheit der Reichsbevölkerung feindlich gegenüberstehen. Von den Grafen Taaffe und Belcredi könnte man sagen, daß sie nur eine Schichte der Bevölkerung, nämlich den Adel vertreten; aber der größte Theil dieses historischen Adels steht in Betreff der nationalen und staatsrechtlichen Opposition, um die

es sich in erster Linie handelt, auf der Seite der Völker, und daher kann man mit voller Wahrheit sagen, daß die Gesamtbevölkerung mit Ausnahme einer einzigen Partei, einer einzigen Schichte der deutschen Bevölkerung gegen die jetzige Verfassung und gegen das jetzige Ministerium in Opposition steht.

Dieser Thatsache gegenüber wagt die „Neue freie Presse“ den despotischen Ausdruck: „Ein Ausgleich mit den Nationalitäten ist nur der Verfassungspartei möglich, da nur unter deren Herrschaft die unterdrückten Nationalitäten nicht existiren.“ Wir wollen diesen dünselvollen Satz analysiren. Allerdings könnte die verfassungstreue Partei einen Ausgleich mit den Nationalitäten möglich machen; dazu müßte sie aber von ihrer orthodoxen Verfassungstreue abgehen, sie dürfte nicht mehr herrschen wollen. Sie will aber die jetzige Verfassung wie einen päpstlichen Syllabus, wie ein unveränderliches Dogma aufrecht halten, sie will mit der Annahme der Infallibilität und unbeschränkten Gewalt herrschen, und daraus erkennt man, was diese Partei unter einem Ausgleich versteht, nämlich nichts anderes, als einige nebensächliche Konzessionen, einige Gnadengeschenke, die man gelegentlich wieder zurücknehmen könnte. Diese verfassungstreue Partei verlangt echt päpstlich, daß alles, was sie dekretirt hat und noch dekretiren wird, von allen Völkern gläubig und gehorsam hingenommen werden soll. Sie versteigt sich bis zu dem horriblen Satze, daß unter ihrer Herrschaft unterdrückte Nationalitäten nicht existiren! Als ob nicht in einem Staate, in welchem eine einzelne, in kleiner Minorität stehende Partei herrscht, schon dadurch allein alle übrigen Parteien, also die Majorität der Bevölkerung unterdrückt wäre! Wahrhaftig, durch die Herrschaft der verfassungstreuen deutschen Partei sind nicht bloß die nichtdeutschen Nationalitäten, sondern auch ein sehr großer Theil der Deutschen selber unterdrückt, und es ertönen darüber aus dem deutschen Lager täglich unzählige sehr laute Schmerzensschreie und Jorurnrufe.

Aber die Politiker der Verfassungstreue verstecken ihren herrschaftstigen Terrorismus in der Maske des Liberalismus, sie wollen glauben machen, daß sie für die jetzige Verfassung einstehen müßten, um die Freiheit zu erhalten, sie binden ihrem Publikum beständig die Lüge auf, daß der Sieg der nationalen und staatsrechtlichen Opposition zum Sturze der Verfassung überhaupt, zur Beseitigung des konstitutionellen Regimes, zur Wiedereinführung des Absolutismus, Feudalismus, Ultramontanismus führen würde. Diese Lüge ist bereits thatsächlich widerlegt. Durch die Aufhebung der Februarverfassung d. h. durch den Sieg der national-staatsrechtlichen Opposition der Magyaren ist die konstitutionelle Freiheit an sich durchaus nicht gestürzt, sondern im Gegentheile erst theilweise lebendig geworden. Die jetzigen Dezembristen waren früher ebenso verfassungstreue Februaristen, sie wollten von einem ungarischen Staatsrechte nichts wissen, sie behaupteten, daß Ungarn unter der Februarverfassung nicht unterdrückt wäre, daß also diese Verfassung strikte durchgeführt werden müßte. Wäre es nach dem Willen dieser Verfassungstreuen gegangen, so stünde Ungarn wahrscheinlich noch

immer unter dem Martialgesetze und wir hätten vielleicht schon eine ungarische Revolution bekämpfen müssen, und die andern Länder würden eben jenes Maß von Freiheit besitzen, welches in der Februarverfassung enthalten war, höchst wahrscheinlich sogar nicht mehr das volle Maß dieses sehr kleinen Freiheitsmaßes. Ungeachtet dieser Thatfachen wüthen die Verfassungstreuen jetzt gegen die Böhmen, Polen, Südslaven und Tiroler gerade so wie damals gegen die Ungarn. Sie wollen nicht begreifen, oder doch nicht eingestehen, daß es sich für die national-staatsrechtliche Opposition durchaus nicht um die Beseitigung, oder auch nur um die Beschränkung der konstitutionellen Freiheit an sich handelt, sondern nur um die zweckmäßige Aenderung der Reichskonstruktion, um die den historisch staatsrechtlichen und nationalen Verhältnissen und zugleich den Forderungen der wahren Freiheit und einer rationellen Staatswirthschaft entsprechende Feststellung der Länderautonomie und des Wirkungskreises der Centralregierung und Centralvertretung.

Nach den Ansichten und Tendenzen, welche das Hauptorgan der Verfassungstreuen aus Anlaß einer scherzweise kolportirten Ministerliste kundgegeben hat, muß jedermann erkennen, daß von dieser Partei und von dem aus derselben hervorgegangenen Ministerium ein wirklicher Ausgleich, also die Befriedigung und Konsolidirung Oesterreichs nicht zu erwarten ist. Deshalb bleibt die Ministerkrisis permanent.

II.

Wie man in Maggharien über das Ministerium Hasner-Giskra spricht.

„Ganz Ungarn ist wie Ein Mann für Dr. Giskra aufgestanden“, um ihn gegen die drei fürchterlichen Föderalisten, Taaffe, Potocki und Berger zu stützen und zu erhalten. Unter dem „Ganz Ungarn“ waren freilich eigentlich nur die Maggharen zu verstehen, denn die übrigen Völker Ungarns hätten den Sieg der Drei wol gern gesehen, um in Folge dessen vielleicht auch eine Erleichterung ihres Loses zu gewinnen. Aber wie kurz ist die seit dem Siege Giskra's verfloßene Zeit, und jetzt erhebt sich auch nicht mehr ein einziger Magghare für das verneuerte Wiener Ministerium; im Gegentheil wird dasselbe von den Maggharen ganz ebenso aufgegeben, wie von allen andern Völkern Oesterreich-Ungarns. Das geschieht maggharischerseits allerdings nicht etwa aus Sympathie mit unserer staatsrechtlichen Opposition, sondern im Gegentheile deshalb, weil das Ministerium Giskra offenbar nicht im Stande ist, mit den Böhmen, Polen, Slovenen und Tirolern so fertig zu werden, wie die Herren in Pest mit den Kroaten, Rumänen, Sachsen, Serben und Slovaken fertig geworden sind. Dazu kommt noch, daß das Wiener Ministerium sich untersteht, den Maggharen in Betreff der Militärgrenze Schwierigkeiten zu machen, allerdings nur sehr kleinliche finanzielle, aber doch Schwierigkeiten. Deshalb reden nun auch die Maggharen einem Ministerwechsel in Wien sehr energisch das Wort. Wir citiren

abermals eine sehr originelle Aeußerung der „Diplomatischen Wochenschrift“ des Grafen Nikolaus Bethlen. Er sagt:

„Die letzten, bereits dementirten Gerüchte in Betreff einer Ministerkrise in Cisleithanien können zwar vorberhand jeder Begründung entbehren, sie werden aber stets von Neuem auftauchen, denn der gewöhnliche Menschenverstand wird es nicht begreifen wollen, daß man von Seite der Krone der Kurpfuscherei des Dr. Giskra an dem kranken Körper Oesterreichs ruhig zusehe. Nicht genug, daß Dr. Giskra jeden Ausgleich mit Böhmen — ob vorsätzlich oder nicht, bleibe dahin gestellt — scheitern läßt, noch trachtet er jene Magyaren, denen er sein Portefeuille verdankt, sich auf den Hals zu hegen. Er bedenkt nicht, daß die ungarische Unterstützung allein der Befürchtung zu verdanken sei, die wir vor dem feudalen Elemente hatten, das wir in dem Minoritätsminister Taaffe verkörpert fanden. Der Sieg des Dr. Giskra war im entscheidenden Momente für uns das kleinere Uebel, aber ein Uebel bleibt es doch; und nachdem das Prinzip im Großen siegte und das „bürgerliche“ Element an der Spitze der cisleithanischen Regierung erhalten blieb, nun so kommt die Reihe an unser Streben, uns von dem kleinen Uebel zu befreien, damit es keine Zeit habe, zu wachsen, sich festzusetzen.“

Der blinde Haß des Dr. Giskra gegen Ungarn ist uns schon von alten Zeiten her bekannt; er macht sich Luft, sobald er kann. Dr. Giskra hat es unternommen die Polen, Tschechen und Slovaken zu maßregeln und zugleich die Ungarn in Betreff der Regelung der Militärgrenzfrage in eine „Zwangslage“ zu versetzen. In diesem Wahnsinn ist keine Methode. Gegen ein derartiges Streben braucht man nicht so sehr politische Argumente, als nervenstillende Bäder und warme Bouillon's. Es wird auch der Krone nichts anderes übrig bleiben, als das Ministerium Hasner zu reorganisiren und mit solchen Elementen zu ergänzen, mit denen die Tschechen bereit sein werden zu paktiren. Graf Spiegel, Mende, Figuly werden gewiß den Ungarn und Tschechen weit genehmer sein, als die abgenutzten Größen aus Schmerling's Zeiten, welche die von Schmerling aus prophetisirte „Regierungsunfähigkeit“ glänzend bewährt haben. Die oben genannten Herren sind liberale und ehrliche Leute, die zugleich einen Ausgleich der Völker Cisleithaniens auch wirklich anstreben. Und was ihre Regierungsfähigkeit betrifft, so läßt sich hierauf mit einer Anekdote antworten. Als ein Marschall dem Abbé Maury etwas verlegend die Frage stellte: „Glauben Sie wirklich, daß Sie viel werth sind?“ — da antwortete ihm Maury mit den Worten: „Wenig, wenn ich mich selbst betrachte; sehr viel, wenn ich mich zu Andern vergleiche.“

Der gräfliche magyarische Publizist bleibt also standhaft dabei, daß bei uns in Cisleithanien das bürgerliche Element regieren müsse. Es ist sehr bürgerfreundlich von dem Herrn Grafen, daß er auf ein bürgerlich regiertes Oesterreich als Gegensatz zu dem aristokratisch beherrschten Ungarn so großen Werth

legt. Daß aber in dem Memorandum unserer Drei der Feudalismus verstreut gewesen sei, wird schwerlich ein Unbefangener glauben. Diese Drei wollten behufs des Ausgleichs mit den oppositionellen Völkern einen neuen Reichsrath. Daß aber in diesem Reichsrathe das feudale Element die Oberhand erlangt hätte, das zu glauben, wäre widersinnig. Es ist dankenswerth, daß uns Graf Bethlen neue ausgleichsfreundliche Minister wünscht; in der Anekdote aber, welche er in Betreff der Regierungsfähigkeit derselben anführt, erkennen wir einen beleidigenden magharischen Stolz, um nicht zu sagen Hochmuth. Mögen sich die Maggharen doch nicht allzu sehr mit ihrer politischen Befähigung brüsten! Wenn sie die Zustände ihres Reiches ohne phantastische Selbsttäuschung und Selbstvergötterung, mit sachkundiger Aufmerksamkeit betrachten, so werden sie erkennen, daß sie noch sehr weit von dem Ziele entfernt sind, welches nicht etwa bloß ihrer schwärmerischen Phantasie vorschwebt, sondern den gewöhnlichen praktischen Bedürfnissen entsprechen würde.

III.

Die Stellung des Grafen Beust.

Wenn alle Ministeritze wanken, der des Grafen Beust scheint fest zu stehen, oder vielleicht richtiger gesagt, neu befestigt worden zu sein. Darauf deutet manches hin, was man aus dem Inneren des Gebäudes der Reichskanzlei mit Ostentation verkündigen hört. Es ist bekanntlich noch nicht lange her, als die Stellung des Reichskanzlers gefährlich angegriffen war, und noch dazu von gegenwärtig allmächtiger, nämlich ungarischer Seite her. Aber die Orientreise scheint alles gut gemacht, zu einer intimen Kameradschaft zwischen Andrassy und Beust geführt zu haben. In dieser Beziehung hat Beust während jener Reise wirklich eine gute orientalische Politik gemacht. Wir dürfen diese Bezeichnung wol gebrauchen, denn Ungarn ist ja der Orient Oesterreichs und hat auch mit dem eigentlichen Orient gar manche Aehnlichkeit. Da nun das jetzige maggharische Osterreich sein Dasein vorzugsweise dem Einflusse des Herrn v. Beust verdankt, so ist dieser natürlich gewissermaßen Indigena des Königreichs Ungarn geworden, obwol der Pamphletist, welcher gegen den Reichskanzler soeben eine sehr scharfe Broschüre veröffentlicht hat *), darin irrt, daß derselbe zugleich mit dem Grafentitel eine siebenbürgische Domäne erhalten habe. Da ferner der Schwerpunkt der habsburgischen Monarchie jetzt nach dem Diktate Bismarck's wirklich in Buda-Pest ist, so steht schon nach physikalischem Geseze in dieser Monarchie nur derjenige fest, der sich auf den maggharischen Schwerpunkt stellt, und ist es daher durchaus nicht zu wundern, daß Herr v. Beust, welchem es während seiner ganzen frühern Laufbahn nicht gelungen ist, für seine eigene Politik einen Schwer-

*) Herr v. Beust, der große Regenerator Sachsens und Oesterreichs. Von einem Wiener „Landsmanne.“ Schleich, E. Hübler'sche Buchhandlung, 1870.

punkt zu finden, obwohl er ihn an gar vielen Orten gesucht hat, daß dieser deutsche Staatsmann sich endlich auf dem magharischen Schwerpunkte wohlbefindet. Freilich wird man sagen müssen, daß Graf Beust auf dem magharischen Schwerpunkte nur insofern fest steht, als er sich von demselben anziehen, festhalten und mitnehmen läßt, auf die Gefahr hin, daß ihm alle jene Elemente, die sich von dem magharischen Schwerpunkte nicht anziehen lassen, verloren gehen. Daß sich aber Graf Beust in dieser seiner passiven Stellung, in welcher er keine eigene Politik machen kann, sondern nur der magharischen Politik dienen muß, doch sehr wohl befindet, daran ist nicht zu zweifeln, denn er zeigt das selber durch seinen ewig heitern Humor, durch seine Lebenslustigkeit, Gefühle, welche freilich mit den Gefühlen der großen Mehrzahl der Völker Oesterreichs und mit den Zuständen dieses Reiches durchaus nicht im Einklange sind.

Es ist auch begreiflich, daß Graf Beust sich umso lieber auf den magharischen Schwerpunkt stützt, um so eifriger nach magharischen Sympathien strebt, je weniger er bei der Mehrzahl der Bevölkerung des nichtungarischen Theiles der Monarchie gleich von Anfang an eine feste Stellung hatte, und je mehr er auch bei den Deutschösterreichern den Nimbus der Freisinnigkeit, Staatsweisheit und Schöpferkraft verloren hat. Graf Beust muß wissen, daß ihn die Deutschösterreicher und besonders die Wiener nicht mehr als ihren Hört betrachten, daß er ihnen im Gegentheile, um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen, sehr gleichgiltig geworden ist, ja es ist dem Herrn Grafen gewiß schon zu Ohren gekommen, daß sehr viele Oesterreicher geradezu sagen: „Wenn Oesterreich sich selber wieder finden soll, so muß es früher den Grafen Beust verlieren.“ Wir wollen nicht untersuchen, inwieweit dieses Urtheil begründet und berechtigt ist; wir konstatiren einfach die Thatfache, mit Berufung darauf, daß sie dem Herrn Reichskanzler selber nicht unbekannt ist.

Daß dies der Fall ist, beweist Graf Beust dadurch, daß er sich allem Anscheine nach auf eine neue Aktion vorbereitet, und zwar auf eine ausgleichsfreundliche. Die orthodox Verfassungstreuen, auf deren Minorität sich Beust anfangs stützte, haben ihn aufgegeben, weil er eben alsbald die Nothwendigkeit erkannte, wenigstens eine ausgleichsfreundliche Miene zu machen. Diese Miene mußte immer ernsthafter werden, je mehr sich die Ueberzeugung aufdrängte, daß die Politik des „Andiemandbrückens“ ganzer Völker schon in dem Augenblicke Fiasco gemacht, wo sie scheinbar gesiegt hatte. Deshalb wurde Graf Beust immer ausgleichsfreundlicher. Er war dabei aber nicht so rasch entschlossen, so energisch dreingreifend wie bei dem Ausgleich mit Ungarn, denn er hatte noch immer vorwiegend nur vor den Magharen und Deutschen Respekt. Also labirte er, ließ sich bald als ausgleichsfreundlich, bald als mit den Verfassungstreuen vollkommen übereinstimmend ankündigen. Er war mit dem Memorandum der Drei einverstanden, gab jedoch die Sache und die Personen preis, als sich die Magharen und die Deutschen der „Neuen freien Presse“ gegen dieselben erklärten.

Als aber die Ausgleichskonversation, mit welcher Dr. Biskra sich und den Völkern die Langweile vertreiben wollte, nicht zu Stande kam, als das entschiedene Fiasco der orthodoxen Dejembristen evident war, da scheint Graf Beust zur Ueberzeugung gelangt zu sein, daß jetzt für ihn der Moment gekommen, in die Aktion einzutreten. Und es verkündete ein Artikel des Pariser „Moniteur universel“, daß Graf Beust der einzige Mann sei, den Ausgleich in Oesterreich zu vollenden, und es erging von Paris aus an alle Oesterreicher die Aufforderung, diesem unentbehrlichen Manne bei seinem Ausgleichswerke keine Hindernisse zu bereiten. Das war offenbar zumeist auf die Wiener berechnet, die ja in allen Dingen sich gern nach Paris richten. Was wir von solchen ausländischen Artikeln halten, haben wir schon oft hervorgehoben. Diesmal übernahm es charakteristischerweise das vor Kurzem noch schwärmerisch Beust'sche „Neue Fremdenblatt“ sarkastisch zu bemerken, der telegraphische Auszug jenes Moniteur-Artikel sei überflüssig gewesen, weil man ja in der Reichskanzlei den Originalartikel selber besäße. Ist dies wirklich der Fall, so beweist es nur umso mehr, daß Graf Beust wirklich zu einer Ausgleichsaktion schreiten will.

Wir unserntheils haben nun selbstverständlich nichts dagegen, wenn Graf Beust den Einfluß, den er höchsten Ortes offenbar noch immer besitzt, zu Gunsten des Ausgleichs, zum Zwecke der endlichen Befriedigung und Konsolidirung Oesterreichs anwendet, und wenn die oppositionellen Völker ihn als Vermittler anerkennen. Wir ermahnen ihn aber, den Ausgleich ja ganz ernsthaft aufzufassen, sich nicht der eiteln Hoffnung hinzugeben, daß die Böhmen, Polen, Slovener, Tiroler sich mit schönen Worten und unbedeutenden Sachen abfertigen lassen würden; wir ermahnen ihn ernstlichst, sich nicht durch magharische Einkerkerungen leiten, nicht durch die Drohungen derjenigen schrecken zu lassen, welche in der Maske eines erlogenen Oesterreichthums an dem Untergange dieses Reiches arbeiten. Graf Beust steht jetzt vor einem verhängnißvollen Entweder-Oder. Es muß sich nun definitiv offenbaren, ob er zum Glück und Heil, oder zum Unglück und Verderben Oesterreichs an die Spitze desselben gestellt worden ist.

Ungarn und die Vertragsverhandlungen mit Spanien und Portugal.

Es mögen bereits zwei Jahre verflossen sein, seit unsere Handelswelt von der energischen Inangriffnahme kommerzieller Vertragsverhandlungen mit Spanien und Portugal — reden hörte. Schon sind Monate entchwunden, seit es uns vergönnt war, in den Zeitungen zu lesen, daß der Vertragsabschluß

mit Spanien unmittelbar bevorstehe, und daß es auch in Hinsicht auf Portugal „nicht ohne“ sei. Dann tiefes Stillschweigen, wie eine Andeutung des Geheimnißvollen. Und dann, bis auf den heutigen Tag, noch immer kein Gefandtschaftstelegramm, welches die glückliche Unterzeichnung der Handelsverträge in Madrid und Vissabon verkündet hätte. Dem Publikum wurden unterdessen einige Zerstreuungen geboten, wie sie von der Zeitungsliteratur mit geringen Kosten hergestellt werden können, schließlich kamen sogar die Türkenlose, und es scheint auf die iberische Hefuba vergessen zu haben. Da wir nicht zu den Verehrern der Türkei gehören und da wir die Türken in occidentalischer Gutherzigkeit dennoch weder um ihr Loos noch um ihre Lose beneiden, so hatten wir Muße und Lust genug, uns in Betrachtungen über das Mysteriöse jener seltsamen Diplomatenarbeit zu versenken, die jeden Augenblick „nahe daran“ ist, fertig zu sein, und trotzdem verdammt ist, fortzuleben. Man möchte diesen Zustand mit einem hegelischen Worte die „schlechte Unendlichkeit“ nennen.

Was muß das für ein Wunderwert sein, mit dem sich der k. und k. Gesandte in Madrid solange abmüht? Uneingeweihte könnten glauben, Oesterreich wolle den armen Spaniern, die ohnehin zu keiner Ruhe kommen, einen Zollkrieg bis aufs Messer machen, es wolle die neue Handelsflagge, die allerdings sehr interessant aussieht, auf den Trümmern der spanischen Industrie aufpflanzen und aus den Schnäbeln spanischer Schiffe auf dem Ballplatze in Wien eine Trophäe errichten. Ach nein, das wollen wir nicht. Man sprach zwar einmal davon, daß Figuerolas unermesslicher handelspolitischer Liberalismus zur Hoffnung berechtigte, die Madrider Regierung werde bei dem ihr als Vertragsbasis angebotenen Principe gegenseitiger Meistbegünstigung nicht stehen bleiben, sondern uns einige besondere Delikatessen in den Marktkorb werfen, aber es kam bald auf, daß diese Erwartung lediglich auf einem Mißverständnisse beruhe, zu dem sich das Wiener Ministerium durch die Annahme verleiten ließ, unter „liberalen“ Wirtschaftsprincipien verstehe man in der ganzen Welt nichts anderes als den Liberalismus der neuen österreichischen Zollära. Graf Karnicki entschuldigte sich wegen dieses malentendu und die Verhandlungen gingen sofort wieder im alten Geleise weiter: „Ich habe dich lieb, du hast mich lieb, wir haben uns lieb.“ Wer sollte gegen so christliche Principien etwas einzuwenden haben? Gewiß kein biederer Oesterreicher, der ja gerade in der Epoche Beust schon von Regierungswegen aller Welt Freund sein muß. Auch die spanischen Minister könnten uns um einer vorübergehenden Velleität willen nicht ernstlich schmollen. Und trotz al' dem Verhandlungen ohne Ende. Mit wem denn?

Mit dem „Paciszenten Ungarn.“ Dieser Paciszent muß es in früheren Zeiten übel vermerkt haben, daß Handelsverträge mit Oesterreich abgeschlossen wurden, in denen das ungarische Getreide und Mehl nicht dazu berufen war, eine Rolle zu spielen. Du lieber Gott, es gibt eben noch viele andere Dinge in der Welt, die des Redens und Paktirens nicht minder werth sind. Und seitdem

nun Magyar Ország mit dem schwäbisch-slavischen Oesterreich in ein Zoll- und Handelsbündniß getreten, sitzt Herr von Gorove auf seinen Korn- und Mehlsäcken und singt das Liedchen: „Wer mich lieb hat, nimmt sie mir weg.“ Wer diese Säcke nicht bereitwilligst in den Kauf mitnehmen will, mit dem soll die österreichisch-ungarische Monarchie überhaupt keinen Handel abschließen. Das ist der eigentliche Herzenswunsch der Pester Staatsmänner, und daher das Zögern, Ziehen, das Schmolten und sich Zieren, die Sucht, sich wichtig und unentbehrlich zu machen, so daß, wenn endlich nach langem Werben der griesgrämige Paciszent Ungarn in des Teufels Namen Ja sagt, sein Edelmuth, seine Opferwilligkeit für die andere Reichshälfte im Glanze beispiesloser Glorie erscheinen muß. Dem Vernehmen nach hat nun Ungarn im letzten Momente wirklich seine Zustimmung zu dem Handelsvertrage mit Spanien gegeben, ohne die Abnahme seiner Mehlsäcke als Darangeld zu fordern. Aber etwas Anderes ist uns mittlerweile allerdings abgenommen worden, und zwar von Belgien, nämlich der Inhalt unserer Vertragsstipulationen. Während man in Pest vielleicht an den Rockknöpfen abzählte, ob man durch eine Verneinung jahrlange Arbeiten fruchtlos machen, oder gütigst zustimmen solle, fand die belgische Regierung unsern Vertragssentwurf ganz zufriedenstellend, adoptirte ihn für sich selbst, und binnen vierzehn Tagen war dieser Vertrag abgeschlossen, der unsrige, aber nicht für uns. *Sic vos non vobis fertis aratra, boves!*

Die innere Geschichte der Verhandlungen mit Portugal hat in letzter Zeit eine erschreckende Aehnlichkeit mit der spanischen Leidensgeschichte angenommen. Merkwürdig! wenn man das Verhalten der portugiesischen Regierung in dieser Negotiation betrachtet, so möchte man glauben, ganz Portugal und Algarbien solle kraft dieses Vertrags als Opferlamm auf dem Altare Oesterreich-Ungarns abgeschlachtet werden, — und wendet man dann die Blicke nach Pest, so begegnet man daselbst mit Einemmale einer so überreizten Opposition gegen denselben Vertrag, daß der entseßlichste aller Argwöhne gerechtfertigt erscheint, der Argwohn, daß Oesterreich in der Lage sein könnte, aus dem Pakte einen größeren Vortheil zu ziehen als Ungarn. Denn daß dieser Vertrag für alle drei, für Portugal, Oesterreich und Ungarn, in gleicher Weise verderblich sein müsse, eine so trauflische Intrigue unseres Reichskanzlers läßt sich denn doch nicht vermuthen. Ah, die Hauptschuld an dieser Begriffsverwirrung liegt schon wieder auf der Seite der — Mehlsäcke. Ungarn hat nämlich, wie wir von verlässlicher Seite hören, das Verlangen gestellt, daß die portugiesische Regierung dem ungarischen Getreide- und Mehlexporte zu Liebe auf das, bis jetzt noch von keinem Handelsvertrage ihr geschmälerete Recht verzichten solle, Einfuhrverbote zu erlassen, die für sämtliche Vertragsstaaten gleiche Wirkung haben. Ob die portugiesische Regierung einen Akt nationalökonomischer Weisheit begehrt, wenn sie dem fremden Korn und Mehl den Eintritt ins Königreich verwehrt, um ihren eigenen Grundbesitzern einen Gefallen zu erweisen, das mag hier unerörtert bleiben,

aber ohne Zweifel hat jeder Staat das natürliche Recht zu solchen Massregeln. Nun hat selbst Herr von Gorove (es war, wenn uns das Gedächtniß nicht trügt vor zwei Jahren) mit der österreichischen Regierung den Entwurf eines Vertrages mit Portugal vereinbart, der auf dem einfachen Grundsatz gegenseitiger Meistbegünstigung beruhend, selbstverständlich nicht die *conditio sine qua non* enthalten konnte, daß Portugal gerade für Getreide und Mehl unter keiner Bedingung ein Einfuhrverbot erlassen dürfe.

Versuche, die portugiesische Regierung in dieser Richtung zu einer Konzeption zu bewegen, waren damit freilich nicht ausgeschlossen, und wären sie von Seite unseres Unterhändlers nicht gemacht worden, so wüßten wir uns die erfolgliche und unfruchtbare Länge der Vertragsverhandlungen gar nicht zu erklären. Nachdem aber das Kabinet in Lissabon endlich in bestimmtester Weise erklärt, daß es über das Prinzip der Meistbegünstigung in keinem Falle hinausgehen wolle und könne, so macht es einen überaus seltsamen Eindruck, zu erfahren, daß man ungarischerseits nach vollen zwei Jahren plötzlich zu dem Entschlusse gekommen ist, die Verhandlungen lieber abzubrechen, als nur das zu erlangen, was man vom Anfange an erreichen zu wollen erklärt hat. Ein solches Vorgehen wäre weder konsequent noch politisch, denn wenn auch Portugal für die Industrie- und Handelsinteressen der österreichisch-ungarischen Monarchie nur ein Land von sekundärer Bedeutung ist, so könnte es für unser ganzes Reich verhängnißvolle Konsequenzen nach sich ziehen und der Stephanskrone durchaus nicht zur Ehre gereichen, wenn fremde Staaten bei was immer für Verhandlungen mit der I. und II. Regierung gewärtig sein müßten, daß das ungarische Ministerium den beiderseits acceptirten Fundamentalprinzipien der Verhandlung untreu würde.

Wir wollen daher annehmen, daß die Berichte über die Haltung des ungarischen Handelsministers in der portugiesischen Angelegenheit die Sache übertrieben und etwas, was wol ein eifriger Wunsch sein mag, irthümlich als peremptorische Bedingung aufgefaßt haben. Aber dann bleibt doch immer zu bedauern, daß Ungarn aus nicht stichhaltigen Motiven den Abschluß eines Vertrags so lange verzögert, mit dem man bei der hochgehenden protektionistischen Strömung in Portugal gar sehr eilen sollte. Aber es scheint, daß es für die Pester Regierung nichts Dringliches gibt außer der Sorge für die gänzliche Emanzipation von Oesterreich. Man kümmert sich da drunten blutwenig darum, ob ein Handelsstraktat, der für die Gesamtmonarchie abgeschlossen werden soll, für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder irgend ein Interesse habe; ist man der Ansicht, daß es sich bei der Sache nicht vorwiegend um Ungarn handle, so nimmt man nicht Anstand, sie mit der ungestörtesten Bequemlichkeit zu „erledigen.“ Es möchte freilich den Anschein haben, daß es auch für Ungarn nicht gleichgiltig sei, ob und wann es in fremden Staaten das Recht der meistbegünstigten Nation überhaupt, und zwar blos unter der Zusage der Reciprocität erwerbe, da man in Ungarn ebenso wie diesseits der Leitha darauf ange-

wiesen ist, sich immer eifriger um die ausländischen Märkte zu bekümmern. Wir möchten glauben, daß es auch den ungarischen Handelschiffen nützlich wäre, wenn sie hinsichtlich der, den Schiffskörper treffenden Abgaben in den portugiesischen Häfen von der Last der Differentialgebühren traktatmäßig befreit würden, und daß auch die ungarischen Industriellen nichts dawider hätten, an den Vortheilen des portugiesisch-französischen Handelsvertrags theilzunehmen, durch welchen der portugiesische Zolltarif vom Jahre 1860 in manchen Punkten ermäßigt, und in vielen anderen Positionen wenigstens gegen eine Erhöhung der Zollsätze gesichert worden ist.

Wir überlassen es selbstverständlich der Erwägung des ungarischen Ministeriums, ob diese Vortheile schwerer oder geringer ins Gewicht fallen gegenüber der Thatsache, daß ungeachtet des Vertrages das ungarische Mehl und Getreide in Portugal nicht besser behandelt werden soll, als die analogen Produkte jeder anderen meistbegünstigten Nation; aber wenn die handelspolitische Gemeinschaft Oesterreichs und Ungarns nicht die leerste Phrase sein soll, so möchten wir unseren lieben Bundesgenossen zu Gemüthe führen, daß auch Oesterreicher auf der Welt sind, die einen Anspruch darauf machen, in ihrem wirklichen Interesse an dem Zustandekommen von Handelsverträgen nicht dadurch beschädigt zu werden, daß Ungarn daran vielleicht in minderem Grade theilhaftig ist. Und eben dieses wirkliche Interesse der diesseitigen Reichshälfte an den kommerziellen Uebereinkünften mit den Ländern der pyrenäischen Halbinsel hat uns veranlaßt, auf die vielfach erneuten Anfragen, was es denn mit der Verschleppung dieser Angelegenheit für eine Bewandniß habe, eine unumwundene Antwort zu geben, die durch den Sachverhalt kaum zu widerlegen sein dürfte.

Korrespondenz der „Reform.“

(Zur tirolischen Frage.) Herr Redakteur! Nachdem Sie mir die Ehre erwiesen haben, meine Ideen über die tirolische Frage in Nr. 7 Ihres geschätzten Blattes zu veröffentlichen, sah ich mit begreiflicher Spannung den Wirkungen meiner Korrespondenz entgegen. Was ich erwartete, ist theilweise eingetreten: von clerikaler Seite wurde mir — in Nr. 9 der „Reform“ — geantwortet, und der Antrag, eine Partei über den Parteien, eine nationalliberale Macht zu gründen, selbstverständlich abgelehnt. Ich habe es ja gewußt und bestimmt ausgesprochen, daß die Initiative zum Handeln im Interesse der Beschwichtigung des konfessionellen Haders niemals von clerikaler Seite ausgehen werde und könne. Gleichwol fühlte ich mich angenehm dadurch berührt, daß mein Gegner nicht zu den landesüblichen Mitteln der Beleidigung und Verdächtigung

griff, um meine Ansicht zu bekämpfen, und finde darin einen Beweis, daß sich in die tirolischen Journale wirklich ohne große Mühe ein anständigerer Ton bringen ließe, wenn man nur einmal damit den Anfang machen wollte. In einer andern Beziehung jedoch sehe ich mich getäuscht: weder durch mein Schreiben, noch durch die ihm zu Theil gewordene Erwiderung hat sich Einer von der „liberalen“ Partei angeregt gefühlt, auf den in Rede stehenden Vorschlag näher einzugehen, und auch Ihr Unterinnthaler Korrespondent blieb bis jetzt müßig beiseite stehen *). Es wird also in Tirol noch länger mit jener Grazie fortgehen, mittelst welcher bisher jene eigenthümlichen Wirkungen erzielt worden sind, auf die eine jede der streitenden Parteien so stolz ist. Man wird seinen Katholicismus in Tirol auch fernerhin damit legitimiren müssen, daß man die Geseze des Lebens von Rom empfängt; und man wird auch fernerhin nur dann als Liberaler anerkannt werden, wenn man die Interessen der tirolischen Selbstständigkeit preisgibt, um die Ehre zu haben, bei den Gewaltigen der „Neuen freien Presse“ Kalaendienste verrichten zu dürfen.

Ich bedauere, daß von Seite meiner Landsleute, die einem besonnenen Liberalismus huldigen und die den unduldsamen Ultramontanismus und die Erweiterung der Landtagskompetenz für zwei ganz verschiedene Dinge halten, derzeit noch nichts unternommen wird, um das von mir aufgestellte, für das gemeinsame Beste meines theuren Vaterlandes hochwichtige Problem in befriedigender Weise zu lösen, diese Lösung wenigstens zu versuchen, und muß demnach auf die ruhigere Einsicht späterer Zeiten hoffen mit dem innigen Wunsche, daß es dann nicht mehr zu spät sein werde. Einstweilen jedoch wollen Sie, geehrter Herr Redakteur, mir gestatten, einige Punkte des in Nr. 9 Ihrer Zeitschrift veröffentlichten Schreibens „aus Tirol“ zu besprechen, natürlich nur diejenigen, mit denen ich nicht einverstanden sein kann; denn es enthält auch einige sehr richtige Sätze, die nur nicht gegen mich eine Anwendung erleiden. Daß ich mir nicht die leichteste Aufgabe, nicht den bequemsten Standpunkt gewählt habe, geht aus den Verhältnissen, wie sie bis jetzt vorliegen, wol mit Evidenz hervor, und es ist vielmehr die gegentheilige Behauptung in der Natur der Sache begründet. Nichts ist leichter, als sich einer bereits organisirten Partei anzuschließen, durch Dick und Dünn mit ihr zu gehen, und sich durch die Nebenmänner nach allen Seiten hin decken zu lassen. Diese persönlich gesicherte Stellung zu verlassen, um für seine persönliche Ueberzeugung einzustehen, ist ohne Zweifel weit schwieriger, so schwer, daß sich die tirolischen Liberalen augenscheinlich nicht entschließen können, damit den Anfang zu machen.

Mein Gegner scheint anzunehmen, daß ich „meine“ Konfessionslosigkeit in die Städte und Dörfer Tirols tragen und dort verbreiten möchte und davon

*) Das bedauern wir lebhaft und wünschen sehr, daß sich unser hochgeehrter Herr Unterinnthaler recht bald wieder zu Mittheilungen veranlaßt sehen möchte. D. Rd.

die Heilung aller Uebel erwarte. Ich muß ihn zunächst bitten, meine religiöse Ueberzeugung unberührt zu lassen, und nur von „der“ Konfessionslosigkeit zu sprechen. Dann kann ich ihm die Beruhigung geben, daß es mir nicht im Entferntesten darum zu thun ist, meinen Landsleuten ein Glas oder Wein voll Glauben ins Haus zu bringen, denn ich denke mit, daß sie auf allerlei importirte Waare nicht anstehen und daß sie um kein Paar glücklicher sein würden, wenn ich ihnen auch eine noch bessere Religion anbieten könnte, als die, mit der sie vollauf versorgt und zufrieden sind. Was sie brauchen, ist nicht ein kleinerer oder anderer Glaube, sondern der bürgerliche Frieden und die Beruhigung, daß man an der vollen Landesautonomie freudigen, werththätigen Antheil nehmen kann, ohne um ein Glaubensbittest gefragt zu werden. Insofern Konfessionelle Fragen auf politisches Gebiet herübertreten, wie z. B. die Schulfrage, werden dieselben vielmehr so entschieden werden, wie es die Majorität des Landtags mit ihrem Gewissen vereinbärllich findet. Uebrigens habe ich mich mit keinem Worte gegen die Haltung des Tiroler Landtags in der Angelegenheit des Volksschulgesetzes und zu Gunsten des Hasner'schen Schulgesetzes ausgesprochen. Nicht hinsichtlich der Schulfrage, sondern in Hinsicht auf rein weltliche Fragen, auch wenn dieselben die „unbedeutendste“ Sache betreffen, habe ich den alles abfürbirenden Einfluß des konfessionellen Haders beklagt. Ist die Sache aber von einiger Wichtigkeit, so wird der Uebelstand nur umso bedauerlicher. Dieser Vorwurf trifft die Liberalen nicht minder als die Klerikalen, und ein Beweis hiefür liegt nahe zur Hand. Man denke nur an den Landtagsbeschluß über das Wehrgesetz. Man müßte mit Blindheit geschlagen sein, um nicht einzusehen, daß die tirolische Landtagsmajorität in dieser Angelegenheit die Interessen des Landes klug und energisch gewahrt hat, und daß nur eine Willkür der puren Bewusstlosigkeit dagegen Opposition machen konnte. Eine solche Politik kann ich den Beamten verzeihen, die dem Kommando des Statthalters gehorchen müssen, aber niemals freien Bürgern, die auf die Drohung, daß das Ministerium den Tirolern die doppelte Anzahl Soldaten abfordern werde, keine andere Antwort haben durften, als das spartanische: „Hole sie!“ Weil es aber die Klerikale Partei war, von welcher der Landtagsbeschluß ausgegangen, so galt es den „Liberalen“ als Ehrensache, dagegen aufzutreten und — o sancta simplicitas! — „die Hand ans Bajonnet zu legen.“ Wäre so etwas möglich gewesen ohne das Agens des konfessionellen Haders?

Mein geehrter Gegner ertheilt mir schließlich den Rath, eine „Partei der Gerechtigkeit“ zu schaffen, mit der Versicherung, daß dieselbe sofort von der „konservativen“ als die ihrige anerkannt werden würde. Daß es mir mit meiner Idee wirklich um eine Partei der Gerechtigkeit zu thun ist, nicht unter dem Vorwande alter Landesrechte, sondern im Hinblick auf die Rogit der vor Augen liegenden Thatfachen, das habe ich in meinem ersten Schreiben offen ausgesprochen. Die vermittelnde Partei jedoch, die ich schaffen möchte, soll keinen aus-

schließlich staatsrechtlichen, sondern auch einen sozialen Charakter haben, sie sind nicht bloß für die Berechtigung ihrer Ueberzeugung, sondern auch für die der Andersdenkenden eintreten. Sie soll das Prinzip „Gleiches Recht für Alle“ nicht wie eine von den Siegern diktierte Bedingung mit stummer Resignation hinnehmen, sondern freithätig zur Lebensquelle aller ihrer Bestrebungen machen, und in den Ultramontanen wie in denjenigen, die sich auf politischem und sozialem Gebiete zur Konfessionslosigkeit bekennen, gleich werthe und nützliche Bundesgenossen erblicken, die ein heiliges Recht darauf haben, in dem Lande, das durch Geburt, Bestimmung oder Wahl ihre Heimat ist, keine Fremdlinge zu sein. Diese Partei der Gerechtigkeit wird und muß fordern, daß die politische Herrschaft nicht zur Sache des religiösen Glaubens, und das Recht nicht von der Religion abhängig gemacht werde. Ich zweifle aber, daß die „konservative“ Partei in Tirol, welche im Sinne meines Gegners wol die ultramontane sein dürfte, eine solche Partei der Gerechtigkeit im Augenblick als die ihrige erkennen werde, und darum bin ich nach wie vor von der Nothwendigkeit überzeugt, daß jene liberalen Tiroler, welche nicht auf ein „Kommando von Oben“ freisinnig sind, zu der von mir bezeichneten neuen Parteibildung schreiten müssen, damit im Lande die wahre Freiheit, der Frieden und die Wohlfahrt des gesammten Volkes erblassen könne.

Ein Tiroler.

Kleine kritische Chronik.

Rom 16. bis 23. März.

I n l a n d.

Das wichtigste Ereigniß der Woche, aber wichtig nur neben den übrigen Kleinlichkeiten, ist die Vertagung der sogenannten Wahlreform. Wir glauben nicht, daß außer den allergetreuesten Anhängern Giskra's irgend jemand diesen Akt beklagen wird. Die von Dr. Giskra vorgeschlagene Wahlreform war keine freisinnige und noch weniger eine großartige Idee und am allerwenigsten würde sie für den Ausgleich günstig gewirkt haben. Direkte Wahlen aus den jetzigen Gruppen konnten dem wahren Freiheitsprinzip nicht entsprechen, die bloß physisch verdoppelte jetzige Majorität würde doch nur die Minorität der Bevölkerung repräsentirt haben, das Resultat wäre bloß ein vollgefüllter Parlamentsaal, nicht aber ein wahres Vollparlament gewesen. Wir wünschen und hoffen, daß dieses Wahlreformprojekt nicht bloß vertagt, sondern für immer begraben sein möge. Daß die Kollegen Giskra's dieses Reformstückwerk fallen ließen, war sehr klug von ihnen; wenn sie aber hoffen, sich durch direkte Rothwahlen ein vollständiges Parlament schaffen zu können, so ist das eine eitle Hoffnung. Dr. Giskra hat gut konstitutionell gehandelt, indem er nach der Ablehnung seines Vorschlages um seine Entlassung gebeten. Er hat den Moment klug gewählt, den seine Verehrer können ihn jetzt dem leichtgläubigen Theile des Publikums als einen Märtyrer der Freiheit preisen. Wenn aber jetzt nichts anderes geschieht, als daß die übriggebliebenen

nen Minister nach wochenlangem Suchen einen Ersatzmann für Dr. Giskra finden, so wird die Situation nicht besser, sondern schlimmer werden.

Nachdem das Abgeordnetenhaus die Civilprozeßordnung über's Knie gebrochen, thut es jetzt das Gleiche mit dem Budget. Zu Ostern soll die Session geschlossen werden, und was bringen die Volksvertreter dem Volke heim? Die Erwerb- und Lohnsteuer! Beim Beginn der Budgetverhandlung erklärten Czernawsky für die Polen und Loman für die Slovenen, daß sie nur aus administrativen, beziehungsweise patriotischen Gründen für das Budget stimmen würden, und verwahrten sich sehr energisch die Annahme, als ob sie dadurch dem jetzigen Ministerium ein Vertrauensvotum geben wollten. Darauf gab Schindler in seinem und im Namen des „größten Theiles seiner Freunde“ ungefähr dieselbe Erklärung ab. War das bloß ein gegen die Polen und Slovenen gerichteter Witz, oder etwa ein Zeichen, daß Schindler künftig in die Opposition treten werde? Aus der Erklärung Czernawsky's vernahmen wir mit Vergnügen, daß die Polen in Betreff des Schicksales ihrer Resolution denn doch nicht ganz im Unklaren sind.

Ueber den für die cisleithanische Preßleitung verlangten Dispositionsfond von 50.000 fl. entspann sich eine etwas interessantere Debatte. Die Herren Peter Groß, Grocholaki, Loman und Petrino sprachen energisch dagegen, nebst den bekannten allgemeinen Gründen besonders auch deshalb, um dem Ministerium kein Vertrauensvotum zu geben. Dagegen erwiderte Herr Kuranda das Ministerium mit der Versicherung seines vollsten Vertrauens und benützte diese Gelegenheit, um wieder als Repräsentant der deutschen Nation und Kultur aufzutreten und den Slaven bombastisch zuzurufen: „Wir haben euch erzogen und gebildet, euch große Wohlthaten erwiesen, und ihr seid nun undankbar und wollt uns nicht gehorchen.“ Dr. Loman wies diese lächerlichen Phrasen mit gerechter Entrüstung zurück. Peter Groß hatte die Zustände Ungarns gepriesen. Dagegen erhob sich mit Recht Herr Andriewitz, indem er mit Nachdruck betonte, daß die nichtmagyarischen Nationalitäten des Stephansreiches durchaus nicht zufrieden sind. Der Herr Ministerpräsident befürwortete seinen bescheidenen Dispositionsfond mit einer entsprechenden Rede. Er war dabei so bescheiden, für das Ministerium nicht die Infallibilität in Anspruch zu nehmen und sogar einzugestehen, daß es in seiner Politik wol schon manchemal geirrt haben mochte. Das Geständniß, daß die ganze Politik des Ministeriums eine verfehlte ist, kann man von Herrn v. Hasner freilich nicht verlangen. Ueber den Stadterweiterungsfond und den Paradeplatz wurden ministeriellerseits interessante Enthüllungen gemacht. In Betreff des Paradeplatzes, wo das Parlamentshaus gebaut werden soll, schilderte Dr. Giskra die Verhältnisse so sarkastisch, daß er sich dadurch in der That nicht mehr als Minister, sondern als Oppositionsmann zu zeigen schien. Bei der Forderung von 30.000 fl. für Rothstaudszwecke in Dalmatien fragte Baron Weiss, ob damit eine Gutheiligung des Friedens von Aneglac ausgedrückt werden sollte. Dr. Giskra antwortete, daß es sich bloß um humanitären Zwecks handle, nämlich den durch die Ereignisse obdachlos gewordenen Bewohnern der Bocche die Wiedererbauung ihrer Wohnungen zu ermöglichen. Die politische Seite der Frage bleibt also noch unerledigt. Man hat Ursache auf die Erledigung in Pleno neugierig zu sein.

U n g a r n.

Napoleon III. ist eifrig beflissen, ein konstitutioneller Mustermonarch zu werden. Ein neues kaiserliches Schreiben über die weitere Ausbildung eines wahrhaft liberalen Regimes hat große, fast allgemeine Befriedigung erzeugt. Daneben werden die Unversöhnlichen sich fruchtlos bemühen, den Prozeß Pierre Bonaparte gegen die kaiserliche Dynastie auszunutzen.

Das freie England sieht sich zu seinem großen Nachtheile wieder gezwungen, gegen Irland drakonische Gewaltmaßregeln zu ergreifen. Da haben unsere verfassungstreuen Liberalen ein abschreckendes Beispiel. Alle gewöhnlichen verfassungsmäßigen Freiheiten, welche England den Iren gewährt, genügen nicht, sie zu befriedigen, sie ihr historisch-politische Individualität vergessen zu machen.

Die russische Regierung soll sich bitter über die Feindseligkeit beklagen haben, mit welcher die österreichische Presse alles Russische verfolgt. In der That sollten unsere liberalen Publizisten nicht übersehen, daß sie in ihrem Haß gegen das Czarenthum auch die russische Nation beleidigen. Jedenfalls sollten wenigstens unsere Offiziere es unterlassen, bei jeder Gelegenheit nicht bloß die russische Regierung, sondern auch das russische Volk mit Spott und Schimpf zu überhäufen. Sie säen sonst eine Saat, welche schlimme Früchte bringen kann.

Aus der alten Registratur der Staatskanzlei.

Unter diesem Titel hat Herr Clemens von Kintowström, Konzipist im k. k. geheimen Haus- Hof- und Staatsarchiv, Briefe politischen Inhalts von und an Friedrich v. Geng aus den Jahren 1799—1827 gesammelt und, mit geschichtlichen Anmerkungen versehen, herausgegeben. (Wien, bei Wilhelm Braumüller.)

Es ist das ein sehr interessantes Werk und eine für die Beurtheilung wichtiger Epochen, besonders der Ereignisse in den Jahren 1809, 1813 und 1814 hochschätzbare Quelle. Es ist sehr dankenswerth, daß der Herausgeber sich der Mühe unterzogen, diese interessanten Schriftstücke aus der alten Registratur der Staatskanzlei hervorzufuchen, und daß ihm die vorgesetzten Behörden die Erlaubniß gaben, dieselben durch Veröffentlichung zur Aufhellung und Verrückung der vaterländischen Geschichte nutzbar zu machen.

Das Buch ist allein schon dadurch interessant, daß aus denselben die Persönlichkeit des theils hochgepriesenen, theils grimmig verurtheilten Friedrich v. Geng recht charakteristisch hervortritt, des jedenfalls berühmten Publizisten, welcher aus Preußen nach Oesterreich kam und daselbst eine so einflussreiche und glänzende Rolle gespielt hat, wie vor und nach ihm kein anderer politischer Schriftsteller. Geng hatte aber auch eine wahrhaft glühende Sehnsucht nach Oesterreich und er scheint von einer fanatischen Ahnung erfüllt gewesen zu sein, daß er daselbst zu einer glänzenden Lebensstellung und zu großer Bedeutung gelangen werde. Für die Devotion, mit welcher sich Geng, während er noch preussischer geheimer Kriegerath war, um die Gnade Oesterreichs bewarb, geben zwei Briefe aus dem Jahre 1799 an den Freiherrn von Thugut, damaligem Minister des Aeußern in Wien, Zeugniß. Es handelte sich damals nur erst darum, daß Thugut die ersten Hefte des von Geng redigirten „historischen Journals“ „gnädig“ angenommen, „huldreich“ die Erlaubniß zum Eingang des Blattes in die österreichischen Staaten erteilt und dem preussischen Redakteur eine lausende

Gnadenbezeugung und Belohnung erwirkt hatte. Dafür nun spricht Geng mit wahrhaft orientalischer Unterwürfigkeit seinen Dank aus, wobei er den Minister Thugut mit „Hochwürdiger hochgeborner Freiherr, hochgebietender Herr Geheimer Staats- und Konferenzminister, gnädiger Herr“ anspricht. Dann sagt er: „Unerschütterlich in den Grundsätzen, welche das wankende Fundament der bürgerlichen Ordnung aufrecht halten, werde ich nie meine Feder durch eine Zeile bestechen, die mich Eurer Excellenz hoher Protektion unwürdig machen könnte. Und dürfte ich gar den schmeichelhaften, den stolzen Gedanken nähren, daß der erste Staatsmann von Europa, daß der große Geist, dessen Weisheit und Festigkeit ich längst und oft im stillen gebuhigt habe, in einer Stunde der Ruhe zuweilen einen Blick des Beifalls auf meine unvollkommenen Produkte werfen möge, so hätte ich eine Belohnung erreicht, die mich auf jede andere verzichten und das Urtheil der übrigen Welt vergessen und verachten lehren würde.“ Und als Geng denn doch noch eine andere Belohnung empfangen hatte, schrieb er an Thugut: „Ich weiß, daß ich dieses unerwartete Glück Eurer hochfreiherrlichen Excellenz erhabener Protektion und dem für mich unendlich ehrenvollen Beifall, dessen hochdieselben meine wohlgemeinten, wenn gleich schwachen Anstrengungen würdigen, schuldig bin, und ich unterstehe mich, hochdenselben meinen ehrfurchtsvollsten Dank dafür zu Füßen zu legen.“

So sahnte sich Geng den Weg nach Oesterreich, in dessen Dienste er im Jahre 1802 eintrat. Als ob Oesterreich der prädestinirt glückliche Boden für die Entwicklung des preussischen Publizisten gewesen wäre, gelangte Geng daselbst rasch zu einem sehr sichern und stolzen Selbstbewußtsein. An Metternich, der den Minister Thugut doch thurmhoch überragte, schrieb Geng nicht mehr mit slavischer Unterwürfigkeit, er handschriftete sich im Gegentheile mit denselben und schrieb über die wichtigsten Staatsakte immer mit „Wir“ und „Unser“, scheute sich nicht, mit dem Minister zu polemisiren, ihm sehr eindringliche Belehrungen zu appliziren. Gleichwol wird durch diese Briefe die ziemlich allgemeine Annahme widerlegt, als ob Geng ganz und gar der Kopf Metternich's gewesen wäre, als ob dieser den größten Theil seines Ruhmes den Inspirationen und Arbeiten seines publizistischen Hofrathes zu verdanken gehabt hätte. Man erkennt vielmehr, daß Metternich sehr selbständig nach eigenen Gedanken und Grundsätzen handelte, daß er das, was er dachte und wollte, mit einer Geschwindigkeit und Festigkeit zu realisiren vermochte, worin ihm keiner seiner Nachfolger auch nur gleich gekommen ist, geschweige denn einen Vorrang abgewonnen hat. Metternich hatte eben feste Grundsätze, klare Tendenzen, was man von keinem seiner bisherigen Nachfolger rühmen kann.

Man würde aber sehr irren, wenn man glauben wollte, der preussische Kriegsrath sei in Oesterreich sogleich mit unbedingtem Vertrauen aufgenommen und in einen bedeutenden Wirkungskreis zugelassen worden. Im Gegentheile, Geng hatte als Fremder überhaupt, dann als Preuze und ganz besonders eben als Schrift-

steller lange Zeit, ja beziehungsweise immer mit Mißtrauen, Neid und Geringschätzung zu kämpfen. Es gab unter den hohen österreichischen Staatsmännern auch damals schon Leute, welche in ihrem Amtsbüffel der Meinung waren, daß man politische Schriftsteller zwar benützen, ihnen auch Geld zahlen könne, sie aber beileibe nicht zu etwas machen, ihnen keine angesehene, praktisch bedeutsame Stellung geben dürfe. Und so sah sich denn auch Geng, nachdem er dem Staat bereits die wichtigsten und wahrhaft glänzende Dienste geleistet hatte, nachdem seine Feder berühmt und selbst der Schrecken Napoleons geworden war, noch immer von den Bureaukraten zurückgesetzt und vielfach gekränkt. Herr v. Klinkowström theilt dafür in seinen interessanten geschichtlichen Anmerkungen sehr charakteristische Belege mit aus Briefen Geng' an Pilat. Noch am 17. September 1813 schrieb Geng, der sich mit Metternich im Hauptquartier zu Prag befand, an seinen Freund Pilat: „Mir ist außer dem Hofrath nichts geschehen, als daß mir der Kaiser eine außerordentliche Gratifikation von 2000 fl. verliehen hat. Die Hauptansicht der ganzen Geschichte ist die, daß der Kaiser sich endlich — nach zwölf Jahren von meiner praktischen Brauchbarkeit überzeugt zu haben scheint, daß mich jetzt der Graf (Metternich) zu allen Geschäften verwenden kann und bei Zeit und Gelegenheit vielleicht zu sehr wichtigen verwenden wird; mit einem Worte, daß mir jetzt eine österreichische Carriere offen steht!“ — Am 10. Februar 1814 schrieb Geng an Pilat: „Das Sonderbarste ist, daß ich gegenwärtig in Wien nicht einen Menschen habe, mit welchem ich freimüthig und gründlich sprechen könnte. Fudelist ist mir noch der liebste zur Unterredung, ob ich gleich auch mit ihm von vielen Seiten sehr gebunden und gehemmt bin. Die übrigen sind entweder Ignoranten oder unverträgliche Fanatiker, meist beides zugleich.“ — Noch am 6. November 1817 schrieb Geng: „Mein Gemüth ist nichts weniger als heiter und froh, und ich fühle, daß irgend eine große Veränderung mit mir vorgehen muß, wenn es besser werden soll. Die Art und Weise, wie ich seit Jahr und Tag in Wien behandelt worden bin, hat einen tiefern Eindruck auf mich gemacht, als ich je gestehen mochte. Ich habe zu viel Erfahrungen und zu viel Stolz, um mich in fruchtlose Klagen zu ergießen; aber die Geschichte des verflossenen Jahres — denn jetzt ist es gerade ein Jahr, daß ich noch mit großen Hoffnungen nach Wien zurückkehrte — hat mich von zu vielen Seiten affizirt und einen Bodensatz von Mißmuth in mir niedergelegt, von dem ich nicht weiß, ob noch irgend ein kräftiges Reagens ihn wieder auflösen wird.“

Zu diesen Citaten macht Herr v. Klinkowström folgende treffende Bemerkungen: „Nach der Ansicht damals maßgebender Kanzlei-Persönlichkeiten hatte Geng den unverzeihlichen Fehler an sich, kein abgerichteter österreichischer Beamte zu sein.“ Zu diesem Kapitel citirt der Herausgeber auch noch eine sehr charakteristische Aufschrift, welche Metternich am 22. März 1812 an den Kaiser richtete, als die Frage aufgeworfen wurde, wie von Seite der Regierung vorzu-

gehen sei gegen das Zufließen von „Schreibern aus Hunger“ aus Norddeutschland. Der Staatskanzler schrieb: „Seit einem halben Jahrhundert hat sich in dem nördlichen Deutschland eine Clique gebildet, welche Schriftstellerei als Nahrungszweig betrieb. Diese Clique war beim Ausbruch der französischen Revolution ganz revolutionär. An ihr ist nicht die Schuld, daß der Taumel, welcher Frankreich zu vernichten drohte und endlich die Unterjochung des Continents nach sich zog, nicht allgemein in seiner Ausbildung wurde. Anbeter aller französischen revolutionären Regierungen, betrogen sich die erwähnten Freiheitsprediger alle an der Absicht des damaligen ersten Konsuls. Der Tag seiner Abtrünnigkeit von den Formen der Revolution, besonders aber jener der Einführung eines neuen Adels, warf unsere demokratischen Gelehrten in den Harnisch. Nun wurde der Götze ein bloßes Schreckbild, alle bisher französisch predigenden Schriftsteller des Nordens wurden auf einmal Deutsche! — Diese Menschen werden Deutschland sicher nicht herstellen, sie, die Jahre lang alles thaten, um die alten ehrwürdigen Formen der vaterländischen Verfassung zu vernichten. — Echte Gelehrte, Männer, deren Grundsätze stets dieselben blieben, wie Geng, Adam Müller und einige wenige andere verdienen den kaiserlichen Schutz in jeder Hinsicht.“ — Also nur den kaiserlichen Schutz, nicht die zweckmäßige Verwendung ihres Wissens und Könnens, die entsprechende Belohnung ihrer geleisteten Dienste! Sehr treffend bemerkt Herr v. Kintowström: „Diese kleinen Beiträge zur Geschichte der k. k. Staatskanzlei können einem künftigen Biographen Geng' einen Wink geben, wie es vielleicht psychologisch erklärbar erscheint, daß dieser große Staatsmann in der amtlichen Atmosphäre, welche ihn umgab, schließlich selbst eine mißtrauische Polizeinatur angenommen hat, und wie in dem gewitterscheuen lebensächtigen Geng während seiner dienstlichen Laufbahn ein ganz anderer politischer Charakter sich gestaltete.“ —

Interessant und pikant ist das, was man aus den Briefen des großen Staatspublizisten über die damalige offizielle Presswirtschaft erfährt. Auch der Hof- und Staatskanzler Metternich hatte seine Pressfatalitäten, wie jetzt der Reichskanzler. Es gab damals zwar keine doppelte Pressleitung und auch kein doppeltes und dreifaches Ministerium, es konnte also nicht vorkommen, was heutzutage permanent geschieht, daß nämlich Ministerien und einzelne Minister gegen einander einen Zeitungskrieg geführt hätten. Auch hatte Metternich nicht das Bedürfnis und auch nicht die Passion, sich Tag für Tag in möglichst vielen in- und ausländischen Blättern auszusprechen und besprechen zu lassen, es konnte also auch deshalb keine solche Presskonfusion angerichtet werden, wie sie jetzt zur Regel geworden ist. Doch Metternich hatte als Organ den „österreichischen Beobachter“, und schon das bloße Dasein desselben wurde von der „Wiener Zeitung“ für eine Verletzung ihres Privilegiums gehalten. Da gab es denn beständig Streit, über welchen Geng sich weidlich ärgerte. So schrieb er am 29. Oktober 1813 aus Prag an Metternich: „Ich höre, daß die Wiener Zeitung einen abermaligen Schritt gegen den Beobachter gethan und diesen

mit einem förmlichen Prozeß bedroht hat. Das ist ein Grad von Unverschämtheit, der alle Erwartungen übersteigt. Es scheint diesen Menschen gar nicht zu nehmen, daß nur eine ganz außerordentliche Langmuth die Regierung bestimmen kann, ihnen nicht das durch Treulosigkeit und Bosheit längst verschärzte Privilegium zu nehmen und sie alle aus der Stadt zu jagen. Und sie wollen einer hohen Exzellenz unmittelbar beschützten Zeitung den Prozeß machen! Ich glaube, alles Ernstes, daß Eure Exzellenz die Annahme des Processes durchaus unterlassen müßten, weil es mir ein wahres Skandal scheint, daß sechs oder acht Monate lang, vor gemeinen Gerichtshöfen darüber verhandelt werden soll, ob der, welcher heute Europa wieder aufbaut, das Recht hat oder nicht, einen Artikel in eine Zeitung setzen zu lassen, die unter seiner Autorität und gleichsam unter seinen Augen gedruckt wird.“

Im Jahre 1810, war der Vorschlag gemacht worden, ein großes Unterhaltungsblatt, wie wir deren jetzt viele besitzen, zu gründen und eine Art von Presbureau einzuführen. Diesen Vorschlag verworft Gengs in einem Briefe an Weylich mit folgender Deduktion: „Ein öffentliches Blatt, welches, sei es nun in einer oder in mehreren Sectionen, Tagesneuigkeiten, Zeitungs-Auszüge, politische Betrachtungen, statistische Notizen, Regierungsbeschlüsse, Intelligenzblätter und literarische Artikel liefern soll, kann sich schon deshalb nicht behaupten, weil es alle diese ungleichartigen Gegenstände zu umfassen unternimmt; es kann eine solche Prästention nur zur Halbheit und Oberflächlichkeit führen. Und warum eine so verwickelte Maschinerie? Eine gute politische Zeitung und ein gutes Intelligenz-Blatt, das sind die einzigen wahren Bedürfnisse. Die ganze Fülle der sogenannten Reichs- oder Staatsanzeiger gehört zu den Ausgeburten eines merkantilisch-literarischen Zeitalters.“ — Was würde Gengs zu dem jetzigen journalistischen Merkantilismus sagen? — Ueber ein Presbureau schreibt er folgendes: „Ein literarisch-politisch-statistisch-philosophisch-kompilatorisches Bureau kann nie wesentlichen Nutzen stiften, (inwiefern es sogar schädlich werden könnte, lasse ich vor der Hand dahin gestellt sein). Die Mitglieder einer solchen Anstalt mögen sich auch noch so sehr mit Zeitungs-Gelehrsamkeit vollstopfen, von Jahr zu Jahr in Zeitungs-Notizen einspinnen und sie dann täglich in vierundzwanzig Bogen langen Extrakten von sich geben, es wird aus dem ganzen nichts anderes als ein Quentchen reinen Gewinnes abzuschneiden sein. Denn, was wissen denn diese Mitglieder, wie man es anzustellen hat, um aus dem Chaos von widersprechenden Angaben irgend ein festes Resultat zu ziehen? Wie können sie, insofern Zeitungs-Artikel überhaupt zu bedeutenden Resultaten führen können, zu dem, in dessen Händen die Uebersicht und Leitung des Ganzen sich konzentriert, der dirigirende Minister. Für diesen aber gibt es, um das was diesen in den Zeitungen interessiren kann, zu erfahren, bekanntlich viel einfachere und bequemere Wege, als den eines Tag und Nacht kompilirenden Bureau. Und dann müßten einer solchen Behörde zugebachten Geschäften, der Einkamm-

tung statistischer, technologischer, polizeilicher, legislativer, wissenschaftlicher und, Gott weiß, welcher anderen Notizen, sage ich weiter nichts; mit solchem Ballast sind wir ohnehin schon überladen, der Himmel bewahre uns, noch eigene Institute dafür zu stiften.“

Werthwürdige Aeußerungen über das Pressbedürfnis einer Regierung, eines dirigirenden Ministers! Wie haben sich aber in den seitdem verfloffenen sechzig Jahren die Anschauungen, Bedürfnisse und Zustände geändert! Heutzutage sieht man, daß sich nicht bloß die Mitglieder der Pressbüreau's, sondern die Minister selber mit Zeitungs-Gelehrsamkeit vollstopfen, sich vom Haupte bis zum Fuße in Zeitungsnotizen einzuwickeln und sie dann täglich in endlosen Extracten von sich geben. Geng war offenbar der Ueberzeugung, daß einem dirigirenden Minister in den Zeitungen nur wenig interessieren könnte; heutzutage aber interessirt jeden Minister in den Zeitungen buchstäblich alles, vorzüglich das, was noch nicht darin steht, sondern erst hinein kommen soll, und am allermeisten das, was selber täglich in den Zeitungen möglichst glorifizirt zu sehen.

Geng beschränkte das Zeitungsbedürfnis bloß auf zwei Blätter. Er wollte erstlich eine Hofzeitung im eigentlichen Sinne des Wortes, verbunden mit den bisherigen Intelligenzblättern, mit eigener Direction, Redaction und Administration, und dann ein politisches Blatt nach dem Modell der besten politischen Zeitungen, geordnet unter einem einfachen anspruchlosen Titel, von der Regierung befördert, kontrollirt und geleitet, ohne daß sie sich öffentlich dazu bekennen dürfte.

Der wichtigste eigentlich politische Brief ist der, welchen Geng am 15. Februar 1814 an den Fürsten Metternich schrieb. Es waren ihm die Affenstunde über das, was in dem besiegten Frankreich geschehen sollte, zur Einsicht mitgetheilt worden, und er gab darüber sein Gutachten ab. Dieses ist eine ganze umfangreiche Abhandlung über das legitime Monarchenrecht und die Volkssouveränität. Es handelte sich zunächst um die wichtige Frage, ob Napoleon abgesetzt, und das legitime Königs Haus Bourbon wieder auf den französischen Thron gesetzt werden sollte. Mit Ueberraschung liest man nun, daß Geng sich ganz entschieden gegen die Absetzung Napoleons ausgesprochen. Man möchte vorsetzen, daß er es dem Kaiser von Oesterreich zu Gefallen gethan hätte, dessen Tochter ja den Thron Napoleons theilte. Doch diese Voraussetzung trifft nicht zu, denn Geng befand sich mit seiner Ansicht im Widerspruch mit Metternich und dem Kaiser Franz. Diese beiden huldigten bereits dem legitimistischen Grundsatz, daß die Allirten nicht mit Frankreich, sondern nur mit Napoleon Krieg geführt, daß sie Frankreich von diesem Usurpator befreit hätten, und daß also jetzt wieder das legitime Herrscherrecht der Bourbons in Kraft treten müsse, wobei man aber die Fiktion aufstellte, die Entscheidung dem Willen der französischen Nation zu überlassen. Darüber entsetzte sich Geng, und man steht mit Ueberraschung, daß er für seine Person damals noch nicht dem starren Legiti-

mitätsprinzip huldigte, für welches er später allerdings mit starrer Konsequenz die Feder geführt hat. Damals erklärte er den Legitimitätsgrundsatz, nach welchem die in Frankreich regierende (napoleonische) Dynastie entthront werden sollte, für einen falschen und verderblichen. Er schrieb: „Verderblich ist dieser Grundsatz, weil er einen andern voraussetzt und in sich schließt, der mit rein monarchischen Ideen im schneidendsten Widerspruch steht, den man in unsern Zeiten ohne Zittern kaum aussprechen hören kann, und den von Eurer Durchlaucht niedergeschrieben und von Seiner Majestät dem Kaiser sanktionirt zu sehen, mir noch jetzt wie ein ängstlicher Traum vorkommt, den Grundsatz nämlich — ich halte mich an die eigensten Worte — daß die Frage von der Regierungsveränderung eine Nationalfrage sei, daß der Nation die Initiative dabei zustehe, und daß es von ihr abhängt, ob sie den wirklich regierenden Souverän toleriren will oder nicht!“

Darüber d. h. dagegen erging sich nun Genz sehr ausführlich und mit einem großen Aufwande politischer Doktrinen. Er gerieth aber mit sich selber in merkwürdige Widersprüche. Er hatte die französische Revolution, durch welche die französische Nation eigenmächtig die Regierung änderte, den wirklich regierenden Souverän nicht bloß gestützt, sondern gemordet hatte, als ein Verbrechen gegen das göttliche Monarchenrecht verdammt. Nur in Folge dieser Revolution gelangte aber Napoleon auf den französischen Thron, also gewiß im Widerspruch mit dem legitimen Rechte. Und nun schrieb Genz an Metternich: „Ob Napoleon, als er sich zum Kaiser ausrufen ließ, ein Usurpator war, ist eine schwierige verwickelte Frage, die sich nicht so kurz abfertigen läßt, wie viele unserer seichten Politiker wähnen *). Die rechtlichen Präsumtionen sprechen für die Verneinung dieser Frage. Das Haus Bourbon war durch verabscheuungswürdige Gewaltthaten und durch große Verbrechen vom Throne gestoßen worden; und doch war dieser Frevel in Formen gekleidet, die an und für sich wenigstens ebenso legal, oder um richtiger zu sprechen, nicht illegaler waren, als jene, in welchen Cromwell's Parlament die Hinrichtung Karls I., und die Konvention von 1688 die Verbannung des Hauses Stuart beschloß.“ — Man sieht, daß Genz im Jahre 1814 kein Legitimist war, daß er die von Nationen vollbrachten Thatfachen respektirte. Und doch zitterte er in demselben Briefe vor dem Gedanken, daß es von einer Nation abhängen sollte, den wirklich regierenden Souverän zu toleriren oder nicht, und er warnte ängstlich davor, es der französischen Nation zu überlassen, ob sie den Kaiser Napoleon behalten, oder Ludwig XVIII. restauriren wollte. Er leugnete das Recht der Nationen, zu einer Regierungsveränderung die Initiative zu geben, und anerkannte zugleich, daß Napoleon durch den Willen des französischen Volkes auf dem Throne saß. In dieser Beziehung schrieb Genz: „Als Napoleon zum Chef der Regierung unter dem Namen eines ersten Konsuls ernannt wurde, schien die ganze Nation mit dieser Maßregel einig zu sein. Als er später den Kaisertitel annahm, ließ sich kaum eine dissentirende Stimme vernehmen; Millionen erklärten ihren Beifall; ob aus Ueberzeugung, Sklavensinn oder Furcht ist in staatsrechtlicher Hinsicht ganz gleichgiltig. Während seiner fünfzehnjährigen Regierung, so drückend sie auch jederzeit und so verhaßt sie in den letzten Jahren war, fiel es nieman-

*) Unter diese seichten Politiker gehörten damals bereits alle alliirten Monarchen und deren Minister; Napoleon einen Usurpator zu nennen, war längst allgemeiner Sprachgebrauch.

den in Frankreich mehr ein, die Rechtmäßigkeit seiner Herrschaft in Anspruch zu nehmen; ohne die jetzt entstandene Krise wäre nirgends mehr ein Gedanke dieser Art laut geworden. In Bezug auf die französische Nation hatte Napoleon, was er auch ursprünglich gewesen sein mochte, in jedem Falle längst angehört, ein Usurpator zu sein.“ — Welche Widersprüche! Es wäre interessant, zu wissen, welchen Eindruck diese Doktrinen Geng' auf den Fürsten Metternich und den Kaiser Franz gemacht haben. Thatsache ist, daß Napoleon doch wirklich abgesetzt wurde. Aus welchem Grunde mochte wol Geng sich so eifrig bemüht haben, den Soldatenkaiser auf dem Throne zu erhalten, gegen den er bis dahin so haßerfüllte Schriften verfaßt hatte?

Nur ungern versagen wir es uns, diese interessanten Briefe noch weiter zu analysiren. Wir glauben jedoch durch unsere Anführungen das Buch unserm Publikum hinlänglich zur Selbstlektüre empfohlen zu haben. Von besonderem Interesse ist der Einblick, den man durch dasselbe in den geistigen Verkehr jener Politiker gewinnt, denen man, wie sehr man auch ihre Prinzipien verdammen mag, doch zugestehen muß, daß sie mit Geschick, Kraft und Glück eine imponirende Politik geführt haben, wie eine auch nur ähnliche in Oesterreich seitdem nicht mehr zu Stande gebracht worden ist.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

X.

Rückgang des Hauses Habsburg.

(Fortsetzung.)

Herzog Leopold von Oesterreich war über die Niederlage und Gefangenschaft seines Bruders Friedrich vor Schmerz und Zorn außer sich, umso mehr, da er sich den Vorwurf machen mußte, mit der Belagerung einiger Burgen viel Zeit verloren zu haben und deshalb nicht auf das Schlachtfeld von Mähldorf gekommen zu sein. Er schwur jedoch, die Schmach zu rächen und nicht zu ruhen, bis er nicht seinen Bruder befreit und auf dem deutschen Throne befestigt hätte.

Die Verhältnisse schienen sich für die Ausführung dieses Entschlusses des treuen Bruders günstig zu gestalten. Ludwig der Baier gerieth mit dem Papste Johann XXII. wegen italienischer Angelegenheit in einen Zwist, der sich alsbald so heftig steigerte, daß Kaiser und Papst sich gegenseitig verletzten und mit Absetzung bedrohten. Noch schlimmer für Ludwig war es, daß König Johann von Böhmen sich durch Vermittelung des ungarischen Königs Karl Robert mit den Herzogen von Oesterreich versöhnte und verbündete.

Ungeachtet dieser günstigen Verhältnisse machte man doch den Versuch, Friedrich dem Schönen auf friedlichem Wege die Freiheit zu verschaffen. Der

Herzog Heinrich von Kärnten, der Graf Heinrich von Görz und der Bischof Wiltsch von Regensburg begaben sich nach München, um mit Ludwig über die Freilassung Friedrichs zu unterhandeln; sie mußten aber ununterrichteter Sache heimkehren, denn Ludwig wollte von Verhandlungen nichts wissen, solange Herzog Leopold gegen ihn in Waffen stünde. Nur entschloß sich Leopold, denn es zunächst ganz unerträglich war, seinen Bruder, das Haupt des Hauses Habsburg in Gefangenschaft zu wissen, selber dazu, friedliche Unterhandlungen einzuleiten. Ludwig forderte vor allem die Auslieferung der Reichsstädte. Doch als Leopold dieselben wirklich ausgeliefert hätte, stellte Ludwig andere ganz unannehmliche Bedingungen. Da griff Leopold wieder zum Schwerte und schwor, den Gegner bis auf den Tod zu bekämpfen. Zu diesem Zwecke schloß Leopold nicht bloß deutsche, sondern auch ausländische Bündnisse: sogar mit dem König Karl dem Schönen von Frankreich, obwohl dieser nach der deutschen Krone strebte, und mit Papst Johann XXII., obwohl dieser den französischen König begünstigte und Friedrich nicht als Kaiser anerkannt hatte. Mittlerweile ließ aber Leopold den Versuch machen, Friedrich durch Kist zu befreien. Ein Student mochte es, sich mittelst einer Maschine an der Burg Trausnitz bis zum Fenster des gefangenen Kaisers aufwinden zu lassen, und auf demselben Wege sollte Friedrich befreit werden. Als dieser jedoch die vor seinem Fenster in der Luft schwebende Gestalt erblickte, hielt er sie für ein Gespenst und machte Lärm, wodurch der Student gezwungen wurde, sich schnell hinunter zu lassen und zu entfliehen. Nach seiner Befreiung verlangte Friedrich, den muthigen Studenten zu sehen, und sagte: „Das ist also das Gespenst, welches mich hüten wollte.“

Der Streit zwischen Kaiser und Papst war nun so heftig geworden, daß Ludwig der Baiern am 22. April 1324 von Sachsenhausen aus ein Manifest erließ, in welchem der Papst für einen Keger erklärt und von ihm an eine allgemeine Kirchenversammlung appellirt wurde. Daraus sprach Johann XXII. am 11. Juli feierlich die Absetzung Ludwigs und über ihn und seine Anhänger den Bannfluch aus. Dieser päpstliche Akt fand jedoch in Deutschland nur geringe Zustimmung. Die Kurfürsten erkannten die Absetzung eines Kaisers durch den Papst als eine Verletzung ihrer Wahlrechte, und ein großer Theil des Klerus war gegen Johann, namentlich schrieben die Minoriten mit großer Heftigkeit gegen ihn.

Herzog Leopold aber suchte die Autorität des Papstes für sich auszunutzen. Er dachte jetzt nur daran, das Haus Habsburg an Ludwig dem Baiern zu rächen, selbst mit Verzichtleistung darauf, dem Bruder die kaiserliche Würde zu erhalten. Durch den Haß gegen Ludwig ließ Leopold sich so weit hinreißen, dem französischen König Karl seine Unterstützung zur Erlangung der deutschen Krone zu versprechen. Ludwig selber gab jedoch der Angelegenheit plötzlich eine ganz unerwartete Wendung. Der Kampf gegen den Papst galt ihm höher als der Streit mit dem Gegenkaiser, er erkannte die Nothwendigkeit, der Zwietracht, dem Bürgerkriege in Deutschland ein Ende zu machen, die Einmischung des Auslandes zu verhüten. Zudem fürchtete er den leidenschaftlichen Herzog Leopold, welcher die bayerischen Länder furchtbar verheerte; er war durch den bloßen Anmarsch desselben von der Belagerung Burgaus in schimpfliche Flucht getrieben worden. Dies alles brachte den Baiern zu einem Entschlusse, den niemand für möglich gehalten hätte.

Mitte März 1325 ritt nämlich Ludwig ohne Vorwissen seiner Räte nach Trausnitz, um sich mit seinem Vetter und Jugendfreund Friedrich zu versöhnen.

Dieser war durch die fast dreijährige Gefangenschaft sehr herabgestimmt, er legte nach Freiheit und war bereit, sich dieselbe um jeden Preis zu erkaufen. Also gelangte man rasch zu einem Vertrage, bei welchen die Beichtväter der beiden Fürsten, dann Graf Berchtold von Henneberg und Friedrichs Mitgefangener Dietrich von Billichsdorf als Zeugen fungirten. „Am der Mittwoch vor den Sonntag, so man singet Letare“ (13. März 1325) wurde die merkwürdige Urkunde ausgestellt, durch welche Friedrich der Schöne, um nur die persönliche Freiheit zu erlangen, sich und sein Haus vor dem bisherigen Gegner tief demüthigte. In der Urkunde wurde ausgesprochen, daß zwischen dem römischen König Ludwig und dem Herzog Friedrich von Oesterreich und dessen Brüdern eine vollständige Ausöhnung zu Stande gekommen sei. Friedrich verzichtet auf die Königswürde, liefert alle auf seine Wahl bezüglichen Urkunden aus und gelobt, so lange Ludwig lebt, nicht nach der deutschen Krone zu trachten, auch sich dazu durch Niemanden bewegen zu lassen. Alle fünf herzoglichen Brüder von Oesterreich erkennen Ludwig den Baiern als römischen König, gehorchen ihm, empfangen von ihm ihre Lehen und bewegen auch den Herzog von Kärnten und alle ihre Verbündeten dazu. Sie geben die von ihnen besetzten Reichsgüter heraus, und verpflichten sich, dem König Ludwig und seinen Kindern beizustehen gegen Jedermann, „gegen Pfaffen und Laien, und mit Namen gegen den, der sich Papst nennt, und gegen alle seine Helfer und Gönner, so lange er gegen den König und das Reich ist.“ Für die Erfüllung dieser Bedingungen sollen Bürgen gestellt werden. Friedrichs Tochter, Elisabeth wird mit Stephan, dem Sohne Ludwigs verlobt und soll sofort dem König zur Erziehung übergeben werden. Dieser Vertrag soll auch nach dem Tode Friedrichs oder Ludwigs, oder beider, für ihre Kinder sowie für die Brüder Friedrichs verbindlich bleiben. Für den Fall, als nach dem Ableben Ludwigs Friedrich zum römischen König gewählt würde, sollte er verpflichtet sein, die Söhne Ludwigs mit allem zu belehnen, was sie vom Reiche inne haben. Den Anhängern beider Theile wird vollständige Vergebung zugesichert und alle Gefangenen erhalten die Freiheit. Friedrich aber verpflichtet sich, im dem Falle, als ihm die Erfüllung der Bedingungen seiner Freilassung „bis zum nächsten Sonnenwendtage“ (24. Juni 1325) nicht möglich geworden wäre, wieder in die Gefangenschaft zurückzukehren.

Beide Fürsten beschworen diesen Vertrag und empfingen dann gemeinschaftlich das Abendmal. Ende April 1325 kam Friedrich nach Wien zurück und wurde mit großem Jubel empfangen. Mit Schmerz bemerkte man aber die Veränderung, welche während der Gefangenschaft mit dem schönen Friedrich vorgegangen, so daß man ihn kaum mehr erkennen konnte. Sein Gesicht war grameinstellt, und er hatte sich in der ganzen Zeit der Gefangenschaft den Bart nicht abshneimen lassen. Jetzt that er es und schickte merkwürdigerweise den Bart seinem treuen Freunde, dem ungarischen Könige Karl Robert. Ein bitterer Schmerz traf den befreiten Fürsten, seine vielgeliebte Gattin Elisabeth war von diesem Weinen erblindet.

Friedrich fand in Wien nur drei seiner Brüder, nämlich Albrecht, Heinrich und Otto; Leopold befand sich in Schwaben an der Spitze seines Heeres. Die drei anwesenden Brüder machten dem Haupte der Familie bei der Erfüllung des mit Ludwig abgeschlossenen Vertrages keine Schwierigkeiten. Friedrich that alles, was an ihm lag, um den Vertrag pünktlich zu erfüllen. Durch Ausschreiben verkündete er dem deutschen Reiche, daß er der Krone entsagt habe, und forderte alle Fürsten, Stände und Städte, alle Reichsangehörige auf, fernerhin

Ludwig den Baier, ihrem und seinem Könige und Herrn, Treue und Gehorsam zu leisten. Er schickte seine Tochter Elisabeth nach München, damit sie dort als Braut des jungen Herzogs Stephan erzogen würde. Doch die Erfüllung des Vertrages scheiterte an dem Widerstande des Papstes und des Herzogs Leopold.

Kaum hatte Johann XXII. von dem Trausnitzer Vertrage die Kunde erhalten, so erließ er von Avignon aus an Friedrich folgendes Schreiben: „Wir haben glaubwürdig vernommen, daß dich der Herzog Ludwig von Baiern aus dem Gefängniß entlassen habe. Wenn die wiedererlangte Freiheit dir keine Verbindlichkeit auflegt, so sehen Wir mit Freuden Unsern lang gehegten Wunsch erfüllt. Leider glaubt man aber allgemein, daß du dich bei deiner Befreiung durch einen Eid zu Dingen verpflichtet hast, welche Gott mißfallen, dir selber schädlich und dem gemeinen Besten gefährlich sind. Diesem Mißstande wünschen Wir abzuhelfen, indem Wir glauben, daß bloß gegründete Furcht, der selbst ein Starkmüthiger nicht widerstehen kann, dich verleitet hat, einen solchen Vertrag einzugehen. Da Wir nun wegen ungeheurer Verbrechen, die sich Ludwig gegen Gott, gegen Uns und gegen die römische Kirche hat zu Schulden kommen lassen, wider ihn gerichtlich verfahren, ihn in den Bann gethan und aller Ansprüche, die er auf das römische Reich besitzen mochte, verlustig erklärt, zugleich allen geistlichen und weltlichen Personen ohne Ausnahme verboten haben, besagtem Ludwig in irgend einer Sache, die das Reich betreffen könnte, beizustehen, oder ihm unter dem Vorwande einer geleisteten Huldigung, eines Bündnisses, eines Vertrages oder eines Eides zu gehorchen; und da Wir alle dergleichen Huldigungen, Bündnisse, Verträge und Eide aus apostolischer Machtvollkommenheit aufgehoben und für ungiltig erklärt haben: so erhellet daraus ganz klar, daß alle deine Versprechungen, Verpflichtungen, Eidschwüre und die für den Fall ihrer Uebertretung festgesetzte Genugthuung durchaus kraftlos und ohne allen Werth sind. Wir erklären sie hiermit auch für nichtig, ungiltig, kraftlos und dich in keiner Art bindend. Zugleich verbieten Wir dir bei dem Gehorsam, den du Uns zu erweisen schuldig bist, und bei Strafe des Bannes, in welchem du ohne alle weitere Erklärung verfielst, wenn du Unserm Willen entgegenhandeltest, ja nicht in das Gefängniß des gegen Uns widerspenstigen und von der Kirche gebannten Ludwig zurückzulehren, oder ihm, solange er von dem apostolischen Stuhle nicht wieder zu Gnaden aufgenommen ist, in irgend einem Stücke zu gehorchen.“

So sprach der Papst; Herzog Leopold aber war über den Trausnitzer Vertrag entsetzt und empört. Er hatte dem Ludwig Rache bis in den Tod geschworen, und nun sollte er ihn als König und Herrn anerkennen. Das war dem leidenschaftlich heftigen Manne unmöglich. Zudem war er ja in dem bisherigen Kampfe Sieger gewesen, er stand an der Spitze eines starken Heeres, er hatte soeben mit dem Erzbischof Mathias von Mainz und mit den Bischöfen von Straßburg und Würzburg ein enges Bündniß gegen Ludwig geschlossen und hegte daher die sichere Hoffnung, ihn gänzlich verderben zu können. Leopold erklärte daher gleich dem Papste den Trausnitzer Vertrag für null und nichtig.

So kam der Sonnenwendtag des Jahres 1325 heran, und Friedrich der Schöne hatte die Bedingungen seiner Freilassung nicht erfüllen können. Da gab er ein ewig ruhmwürdiges Beispiel von Mannestreu und lehrte in die Gefangenschaft zurück, obwol ihn der Papst für diesen Fall in vorhinein mit dem Kirchenbanne belegt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz der Redaktion.

Herrn Dr. F. M. in Thüringen: Vor allem unsern herzlichsten Begrüßung dem lieben Freunde in Thüringen, an welches uns die schönsten Lebenserinnerungen knüpfen. Von dort nach so langer Trennung ein Zeichen andauernder Freundschaft zu empfangen, ist uns eine überaus große Freude. Desto lebhafter bedauern wir es, Ihr gütiges Anerbieten für unser Blatt dankend ablehnen zu müssen. Auf die Gegenwart bezügliche Skizzen über die Verhandlungen und Beschlüsse des Tridentinischen Konzils sind gewiß sehr zeitgemäß interessant und könnten nach Ihrem Wunsche unter unsern geschichtlichen Beiträgen ihren Platz finden. Doch Ihre vortreffliche Arbeit ist zu umfangreich, wir würden mit dem rückweisen Abdruck derselben kaum im laufenden Jahre fertig werden, und es würde daher das Publikum an diesen Mittheilungen über das Tridentinische Konzil umso mehr das Interesse verlieren, als das jetzige Konzil schwerlich über das Jahr hinaus dauern wird. Kürzungen in Ihrer Abhandlung vorzunehmen, geht nicht an, weil dieselbe ein systematisch zusammenhängendes Werk bildet, von dem wir lebhaft bedauern, daß es nicht früher fertig geworden ist, welches aber jedenfalls vollkommen würdig ist, als Buch zu erscheinen. Gern würden wir Ihrem Vorschlag gemäß Ihre Abhandlung in größeren Fortsetzungen mittheilen, was die Wichtigkeit des Gegenstandes entschuldigen würde, aber wir sind eben in der Veröffentlichung einer ebenfalls größeren historischen Arbeit über die Entwicklung der österreichischen Staatsidee begriffen, die uns, was man so sagt, unter den Händen anwächst, und die wir nicht unterbrechen können. Zwei derartige Abhandlungen zugleich zu bringen, ist uns unmöglich, weil uns da für die Besprechung der vielen Tagesfragen zu wenig Raum bleiben würde. Ueberdies haben wir gleich nachdem das jetzige Konzil ausgeschrieben war, eine Reihe Skizzen zur Geschichte der Kirchenversammlung von Trident gebracht und dabei vorzugsweise die Jeneser Quelle benutzt, welche auch [Sie citiren]. So müssen wir denn mit lebhaftem Bedauern Ihr werthvolles Manuskript Ihrer vorsorglichen Angabe gemäß auf demselben Buchhändlerwege retourneren; bitten Sie aber, sich dadurch nicht abhalten zu lassen, uns gelegentlich mit andern Mittheilungen zu erfreuen.

Herrn M. L. im südlichen Böhmen: Wir haben Ihren Abschiedsbrief mit wirklicher Begeisterung gelesen. Eine so lange und gemüthliche Verbindung aufgelöst zu sehen, ist schmerzlich, für das Gemüth schmerzlich, ohne dabei an den geschäftlichen Theil der Sache zu denken. Wir sind überzeugt, daß der von Ihnen angegebene Grund nicht der einzige und ganz besonders nicht der entscheidende ist, und wir sagen Ihnen das offen. Aus mancher Ihrer Mittheilungen, namentlich aus der letzten nicht aufgenommenen haben wir erkannt, daß Sie in Betreff der böhmischen Frage sich von unserer Ansicht und Tendenz mehr und mehr entfernt haben. Wir finden das ganz begreiflich, denn Sie haben einzig und allein das allgemeine materielle und geistige Wohl der in Böhmen lebenden Menschen im Auge und beklagen daher den nationalen Kampf, welcher dieses Wohl stört. Ganz gewiß leiden unter den jetzigen Verhältnissen beide Nationalitäten, leiden recht eigentlich Land und Leute von Böhmen. Wem trifft aber die Schuld? Es handelt sich jetzt zunächst und vor allem um die Erhaltung der historischen Selbstständigkeit des Königreichs Böhmen, und für diese zu kämpfen, für sie auch Opfer zu bringen, ist nach unserer Ueberzeugung, nach unserm Gefühle die heiligste Pflicht jedes in Böhmen Gebornen, mag er deutsch oder slavisch sein. In den schweren Zeiten des Absolutismus haben auch wirklich die Deutschböhmen gleich den Tschechen diese Pflicht erfüllt, es sind damals vorzugsweise deutschböhmische Dichter

und Publizisten durch die Verherrlichung der Geschichte, durch die Vertheidigung der Rechte des Königreichs Böhmen, berühmt geworden. Als nun die Freiheit zuerst errungen und dann wieder geschenkt wurde, war für die Czechen das erste Postulat dieser Freiheit eben die Selbständigkeit des altberühmten Königreichs; die Deutschböhmen aber waren und sind jetzt bereit, diese Selbständigkeit hinzuopfern für die sehr problematischen vulgären Freiheiten, als ob sich das selbständige Königreich Böhmen nicht derselbe und eine bessere allgemeine Freiheit geben könnte, wie die gerade in Wien fabrizirte. Diese Haltung der Deutschböhmen, diese ihre Verleugnung der Geschichte, des Vaterlandes, ihre Preisgebung desselben an ein neues künstlich und gewaltsam zu konstruirendes Staatsgebilde, das ist die Ursache des allerdings bellagendwerthen Zwiespaltes zwischen den Eingebornen desselben Landes. Die Deutschböhmen haben nichts anderes zu thun, als die historische staatsrechtliche Selbständigkeit des Königreichs Böhmen anzuerkennen und für dieselbe gleich den Czechen einzutreten, und die Zwietracht wird schwinden, und die Deutschen werden in dem selbständigen Böhmen gewiß nicht gequält werden, sondern nach wie vor eine ehrenvolle Kulturrolle spielen. Wenn aber die Deutschböhmen das Königreich Böhmen zu einem bloßen Departement der Wiener Regierung machen wollen, wenn sie sich aus geradezu kindischer Furcht für ihre Nationalität einem wahrhaft jervilen Ministerialismus hingeben, wenn sie, um in Böhmen die herrschende Nation zu sein, sich in Wien zu willenlosen Werkzeugen der Gewalthaber machen, so verleugnen sie ihr Vaterland, so wird die Geschichte Böhmens sie als Verräther brandmarken, so werden sie alles Unglück zu verantworten haben, welches durch ihre unpatriotische Politik über Böhmen und ganz Oesterreich kommen wird. — Dies, geehrter Herr und Freund, glaubten wir Ihnen als Antwort auf Ihren Abschiedsbrief sagen zu müssen; versichern Sie übrigens unserer unveränderten persönlichen Hochachtung.

Mit Nr. 13 schließt das I. Quartal. Wir bitten die Erneuerung der Pränumerationen ebemöglichst zu veranlassen, damit Störungen in der Expedition vermieden werden.

Die P. T. Abonnenten, welche die „Reform“ im Wege der k. k. Postanstalten beziehen, ersuchen wir um deutlich geschriebene Adresse und um Angabe der letzten Post.

Die Pränumerationen bitten wir, falls der Bezug nicht im Wege des Buchhandels stattfindet, einzuleiten:

Für Wien: Expedition, Schulerstraße Nr. 13.

Für die Provinz: Mit direkter Postversendung bei der unterzeichneten Administration, welche sich die Bestellungen franko erbittet.

Administration der „Reform“

in Wien, Laborstraße Nr. 52.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schöller.

Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 52.

Druck von R. v. Waldheim

Die Reform.

No. 13.

Wien, den 31. März 1870.

IX. Jahrgang.

Was geschehen soll und muß.

Es gibt wol in ganz Oesterreich keinen einzigen denkfähigen Menschen, welcher ernstlich glauben und hoffen könnte, daß dieses Reich unter der jetzigen Regierung, auf dem bisherigen Wege an das Ziel einer allgemein befriedigenden und dadurch dauernd festen Organisation gelangen werde. Vortrefflich, aber auch zum fast verzweiflungsvollen Betroffensein ist der politische Nothstand, in welchem Oesterreich darnieder liegt, durch das Nothwahlgesetz charakterisirt, mit welchem das Ministerium sich aus der Noth helfen will. Aber durch diesen Akt wird die Noth nicht gehoben, nicht einmal vermindert, sondern im Gegentheil gesteigert werden. Durch solche Maßregeln erlangt man nichts, als eine Hinausschiebung des Unterganges.

Allgemein ist die Ueberzeugung, daß es anders werden muß, daß andere Männer ans Ruder treten, daß andere Wege eingeschlagen werden müssen. Aber wie und wer? Das sind Fragen, welche aufrichtige Freunde Oesterreichs so sehr beunruhigen, daß sie fast an der Möglichkeit einer glücklichen Beantwortung verzweifeln. Zu einer solchen Lösung nach Kräften beizutragen, ist patriotische Pflicht. Wir erfüllen dieselbe, indem wir die uns kund gegebenen Gedanken eines praktischen, vielersfahrnen österreichischen Staatsmannes mittheilen. Er formulirt seine Vorschläge in folgender Weise und wir fügen seinen Sätzen vorerst nur kurze Bemerkungen bei.

1. Die durch die Staatsgrundgesetze geschaffenen Freiheiten bleiben unverändert. Dadurch sei in vorhinein feierlich der Verdacht abgewiesen, als ob es auf die Beseitigung des Konstitutionalismus, auf die Restauration des Absolutismus abgesehen wäre. Für und gegen die allgemeinen konstitutionellen Freiheiten mag dann der Parteikampf fortbauern; dieser Kampf gehört zu den wesentlichen Lebensfunktionen jedes Kulturstaates.

2. Aenderungen der bestehenden Verfassung sind nur auf verfassungsmäßigem Wege möglich. Bis dahin bleibt der Status quo aufrecht. Diese Nothwendigkeit ist jedem praktischen Verstande von selbst einleuchtend.

3. Es wird ein neues Ministerium eingesetzt, aus Männern bestehend, welche sich nicht als eigensinnige Doktrinärs, als exklusive Parteikämpfer kompromittirt haben, sondern die Fähigkeit besitzen, sich über die Parteien zu stellen, und daher, wenn auch nicht gleich in vorhinein die Zustimmung, so doch die

Achtung und das Zutrauen aller zu gewinnen und vornehmlich auch die unter dem bisherigen Regime tief erschütterte Autorität wiederherzustellen. Auch der Reichskanzler soll zurücktreten, denn der jetzige klägliche und gefährliche innere Zustand des Reiches ist die Folge seines Wirkens, und durch diesen von ihm herbeigeführten innern Zustand ist auch seine auswärtige Politik erfolglos geblieben, oder hat nur ungünstige Erfolge gehabt.

4. Das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes und die Landtage werden aufgelöst und die Neuwahlen auf Grund der bestehenden Wahlordnungen sofort angeschrieben.

5. Die hiernach alsbald einzuberufenden Landtage schreiten zur Berathung der ihnen behufs der Revision der Verfassung zukommenden Regierungsvorlagen.

6. Behufs einer volksthümlichen Vereinbarung dieser Regierungsvorlagen für die Landtage beruft die Regierung sofort eine außerparlamentarische Notabelnversammlung, wozu sie Vertrauensmänner aus sämmtlichen im Reichsrath zu vertretenden Königreichen und Ländern einladet, darunter selbstverständlich die notorischen Führer der politischen und nationalen Parteien. Die Cardinalgegenstände für die Berathung der Notabelnversammlung sind: die Aenderung der Artikel 11 und 12 der Dezemberverfassung über den Wirkungsbereich des Reichsrathes und der Landtage, dann die Reform der Wahlordnung und ein Nationalitätengesetz.

7. Ein Manifest verkündet den Völkern die Absichten der Regierung, bezeichnet den von ihr einzuschlagenden Weg und gibt dem Wunsche feierlichen Ausdruck, mit allen Völkern des Kaiserstaates im Sinne des Oktoberdiploms zu einem definitiven befriedigenden Ausgleich zu gelangen.

8. Nachdem die Landtage die ihnen auf Grund der Notabelnversammlung zugekommenen Regierungsvorlagen berathen und ihr Votum darüber beschlossen haben, vollziehen sie die Wahlen für den Reichsrath.

9. Der Reichsrath wird sodann ad hoc einberufen, d. h. zur Berathung und Beschlußfassung über die auf Grund der landtägigen Resolutionen betreffs der Revision der Verfassung von 1867 ihm vorzulegenden Regierungsentwürfe.

10. Bezüglich der Schaffung neuer Gesetze hat sowol auf politischem als auf judiziellen Gebiete eine längere Pause einzutreten, um zu einer endlichen Konsolidirung der öffentlichen Zustände zu gelangen. Das Gleiche gilt hinsichtlich der administrativen Organisationen, wo durchgreifende Aenderungen vorderhand zu unterbleiben haben. Dagegen sind auf dem volkswirtschaftlichen und finanziellen Gebiete wirkliche, volksthümliche, produktive Reformen mit Ernst und Eifer in Angriff zu nehmen und energisch durchzuführen. Auch soll die Pflege und Förderung der Wissenschaften und Künste in entschiedener Weise, nicht blos in schönen Worten, sondern in praktischen Thaten die Aufgabe der Regierung sein.

Auch diejenigen, welche mit diesen Gedanken eines patriotischen Staatsmannes nicht vollends einverstanden sein, in denselben einiges zuwiefel finden und

anderes vermissen mögen, werden doch zugestehen müssen, daß diese Vorschläge der Beachtung, der Benützung würdig sind, weil sie das erleuchtete und muthige Bestreben und auch das kräftige Vermögen bekunden, sich auf den hohen echt staatsmännischen Standpunkt zu stellen, von welchem allein aus Oesterreich als ein freies Völkereich glücklich organisiert werden kann.

Die Einundzwanzigtausend-Kaiserjäger-Resolution des Abgeordnetenhauses.

Die Abfassung von „Resolutionen“ gehört zu den bequemsten und leichtesten Dingen bei der unserem Abgeordnetenhause obliegenden Prüfung des cisleithanischen Staatsvoranschlages. Man braucht dazu nicht viele zeitraubende Studien über die verschiedenartigen Rechnungsbelege zu machen, kann sich dabei das sachkundige Eindringen ins Detail der Ausgabsposten ersparen, und was den Mangel an Kenntniß der bezüglichen Materien betrifft, so hilft Einem die Aufstellung eines allgemeinen Prinzipes darüber hinweg, was eben durch die Resolution geschieht. Mag dann die Regierung zusehen, was sie mit der Resolution anfängt, wie sie damit fertig wird; immerhin hat das Abgeordnetenhaus eine Leistung vollzogen und zum mindesten für die nächstfolgende Session sich das Objekt einer Interpellation geschaffen um fragen zu können: Regierung, was hast du gethan? Sonst hat es mit derlei allgemeinen Resolutionen nicht viel auf sich. Ein bißchen zu demonstriren, das ist alles, worauf es abgesehen ist. Ein nicht ganz unähnliches Bewandniß hat es mit der gelegentlich der Verathung über das Budget der Landesvertheidigung zu Tage getretenen Resolution des Abgeordnetenhauses, wodurch die Regierung aufgefordert wird, „die geeigneten Schritte zu thun, daß die Wehrkraft von Tirol in einem der Leistung der übrigen Königreiche und Länder entsprechenden Verhältnisse zur Vertheidigung des Reiches herbeigezogen werde.“

Wer kein Mitglied des konstitutionellen Vereins von Innsbruck ist, dem wird aus dieser Resolution ein dunkler Sinn der Rede hervorleuchten. Aber selbst diejenigen Zeitungsefer, welche der Vermuthung Raum geben, daß sie auf die Erhöhung des Standes des tirolischen Kaiserjäger-Regiments von 10.000 auf 21.000 Mann abzielt, werden Mühe haben, den Zusammenhang zu verstehen, wie so denn das Abgeordnetenhaus, ohne irgend welche offizielle Veranlassung dazu kommt, bei der Verhandlung über Titel 2 des Ministeriums der Landesvertheidigung, eine solche mit dem Aufwand für die Landwehr in keiner Verbindung stehende Resolution zu votiren; und dürften nicht viel klüger werden auch nach der diesfalls erteilten Aufklärung des Statthalters Baron Lasser,

welcher im Verlauf seiner Rede, auf die wir später noch zurückkommen, ausdrücklich hervorzuheben für nöthig erachtete: „Es handle sich aus Anlaß der für das Tirol-Vorarlberger Landesverteidigungs-Institut beanspruchten Summen hauptsächlich darum, daß die Reichsvertretung den von ihm (Lasser) geschilderten Verhältnissen in Tirol, die ja eine Mehrbelastung aller andern Länder der Monarchie involviren, nicht gleichgiltig zusähe.“

In der That will die Resolution den Blick der nicht gleichgiltig zusehenden Reichsvertretung auf die Wahlreise von Tirol lenken, um im Lande der „Schwarzen“ einen Umschwung vorbereiten zu helfen, damit die Regierung endlich mit Aussicht auf Erfolg zur Auflösung des Landtages schreiten könne. Die „klerikalen“ Wähler zur nachhaltigen Einsicht zu bringen, was für saubere Landesvertreter sie gewählt und nach Innsbruck entsendet haben, und an deren Stelle „liberale“ Kandidaten durchzubringen: das und vorläufig nichts anderes soll mit dem „Schreckenberger“ der Einundzwanzigtausend Kaiserjäger-Resolution bezweckt werden.

Die „Reform“ kann sich des müßigen Geschäftes entheben, die unlustige Entwicklungsgeschichte der in Rede stehenden, schon lange vorher in Privatkreisen vorbereiteten und wohl ausgedachten Resolution nochmals darzulegen. Unser Untereinthalter Korrespondent hat seinerzeit in diesen Blättern eine ausführliche Schilderung darüber geliefert *). Was sich bei der Einbringung der Resolution im Saale des Abgeordnetenhauses abspielte ist nur die Fortsetzung der in jenem Artikel besprochenen, vom Innsbrucker konstitutionellen Vereine mit seiner merkwürdigen Bittschrift an das Gesamtministerium in Szene gesetzten Aktion. Deshalb können wir sogleich zur Sache übergehen, und uns darauf beschränken, die stattgehabte Debatte bezüglich der 21.000 Kaiserjäger-Resolution in Kürze zu glossiren.

Die sechs ausgetretenen Tiroler fehlten. An deren Stelle übernahmen der Pole Czermawski und der Slovane Toman die Verttheidigung des Standpunktes der tirolischen Landtagsmajorität und plaidirten sachgemäß gegen die überflüssige und bedenkliche Resolution. Selbstverständlich waren diese beiden Redner nicht in der Lage, die Zustände und die Stimmung in Tirol so zu schildern, wie Greuter **), Giovanelli es vermocht hätten. Diese würden die verletzenden Angriffe der Linken parirt und dem Gemälde der Situation mit kräftigen Pinselstrichen die originellen Tinten aufgesetzt haben; während jetzt die

*) In Nr. 3 der „Reform“: „Die Genesis der Agitation in Tirol bezüglich der Landesverteidigungsfrage.“

**) Die Abwesenheit Greuter's war besonders dem Abgeordneten Schindler sehr nachtheilig. Er konnte sich's zwar nicht versagen, abermals gegen Tirol zu sprechen, seinem Witz fehlte aber die Anregung durch Greuter's Wahrheiten. Rehbauer hielt es für angemessen, nach zwei Seiten hin zu verlegen, indem er dem „Hof-Tirolismus“ entgegentrat.

Debatte mit allgemeinen Phrasen geführt und lebiglich dem Idol der uniformirenden Centralisation gehuldigt wurde.

Herr Kuranda sprach im gnadenvoll aufgeregten Tone, wie das bei hochgradigem Bewußtsein von parlamentarischer Omnipotenz nicht selten vorkommt. Die bei ihm tief eingewurzelte Kollektivredeweise des „Wir“ hatte dieses Mal insofern ihre Berechtigung, als Kuranda als Spezial-Berichterstatter im Namen des Ausschusses fungirte. Von dieser Eigenschaft erfüllt, erklärte er auch sofort: „Wir validiren“ die von Baron Lasser dem Tiroler Landtage auf eigene Faust gemachten Zugeständnisse, was nicht wenig zur Beruhigung des anwesenden tirolischen Statthalters beigetragen haben mag. Nahezu packend war Kuranda's vom Gulden zum Kreuzer herabsteigende Argumentation, wornach die Majorität des tirolischen Landtages weder eine „Viertel-“, ja nicht einmal eine „Achtel-“ Konzession von der Regierung sich abhandeln ließ. Minder fest gefastelt war der Spezial-Berichterstatter auf dem Felde der staatsrechtlichen Beweisführung. Kuranda gestand mit anerkennenswerther Unverhohlenheit „er habe die Genesis des Tiroler Privilegiums nicht genau studirt.“ Unsere publizistische Aufgabe ist dadurch wesentlich erleichtert und beschränkt sich auf die Konstatirung der Thatfachen, daß bei diesen vielsagenden Worten des Redners allgemein zustimmendes Stillschweigen im Hause sich kund gab, dann daß Herr Kuranda, indem er das erwähnte Geständniß von sich gab, mit von Ueberzeugung durchdrungener Miene auf ein in seinen Händen befindliches Papier-Konglomerat (wahrscheinlich diverse Exemplare des Tirolerboten) hinwies und beifügte, „daß diese in Innsbruck gedruckten Blätter es ihm möglich erscheinen lassen, das Tirolerjägerregiment, welches von 1000 auf 10.000 Mann gebracht wurde, eventuell auch weiter entsprechend zu erhöhen.“

Freiherr von Prato hat, obgleich er am Schluß seiner Rede durch die Andeutung der sofortigen Auflösung des Tiroler Landtages die Regierung auf den einzig korrekten Weg, welchen sie einzuschlagen hätte, hinwies, an der Debatte sich in etwas eigenthümlicher Weise betheiligt. Er sprach nämlich von den Eigenthümlichkeiten Tirols, nicht aber von der Eigenthümlichkeit eines Gebirgslandes mit exceptionellen Lebensverhältnissen, nicht von der eigenthümlichen Geschichte des tirolischen Volkes, nicht von der geographischen und strategischen Lage Tirols, welches, im Norden, Westen und Süden an das Ausland grenzend, bei jeder nur denkbaren europäischen Konflagration in erster Linie exponirt ist, Herr v. Prato sprach nicht davon, daß die Tiroler, ohne mit den andern Volksstämmen gleichmäßig in das allgemeine Militärsystem einbezogen zu sein, ihr Land, diese wichtige Felsenburg des Reiches stets heldenmüthig vertheidigt und die eingebrungenen Feinde mit blutigen Köpfen hinausgeschlagen haben; nein, der italienische Tiroler wollte es als eine Eigenthümlichkeit Tirols geltend machen, daß die Majorität des jetzigen Tiroler Landtages nicht die Majorität der Bevölkerung verträte! Angenommen nun, jedoch nicht zugegeben, daß Herr v. Prato

damit recht hätte, so klingt es im Munde eines südtirolischen Abgeordneten sehr sonderbar eigenthümlich, das als einen Entscheidungsgrund anzuführen, da dieser Abgeordnete bei der bekannten Wahlabstinenz Welschtirols doch selber nur die Minorität seines Landes vertritt, es klingt aber auch eigenthümlich im Munde eines Mitgliedes des Wiener Reichsrathes, der doch ebenfalls nur die Minorität der Gesamtbevölkerung repräsentirt. Aber die Behauptung des Herrn v. Prato ist thatsächlich falsch; die Majorität des jetzigen Tiroler Landtages vertritt wirklich die Majorität des Volkes. Das weiß das Ministerium, das weiß der Statthalter von Tirol, das wissen die tirolischen Anhänger beider. Deshalb wagt man es nicht, diesen Landtag aufzulösen, obwohl man nach konstitutionellem Usus nun schon zum drittenmal vor der Nothwendigkeit dieser Auflösung steht. Als das verneuerte Ministerium gern durch eine imponirende That eine Politik der Energie inauguriert hätte, da richtete es seine Blicke zunächst auf Tirol, die Berichte des Statthalters genügten ihm nicht, es rief den Landeshauptmann nach Wien, um mit ihm zu berathen, und das Resultat war, daß man es eben wieder nicht wagte, an das Volk von Tirol zu appelliren.

Die sachlich bedeutendste Rede war die des Freiherrn v. Vasser, Statthalters von Tirol, und wir geben ihm auch das Zeugniß, daß er seinen Standpunkt, seine Meinung glänzend vertreten hat. Gewiß ist es ihm aber nicht gelungen, die Majorität Tirols zu dieser seiner Ansicht zu bekehren, und auch wir können dieselbe durchaus nicht theilen. Herr v. Vasser sprach sich dahin aus, daß die Verhältnisse in Tirol „noch nicht“ so sind, daß man zu der extremen Maßregel greifen müßte, auf dieses Land sofort das allgemeine Wehrgesetz anzuwenden, wie Herr Reichbauer vorgeschlagen hatte. Neben diesem seinen klugen Rathe ging aber Vasser in der Sache selbst sogar noch weiter als Reichbauer. Er stellte nämlich die Behauptung auf, daß das Tiroler Kaiserregiment lediglich auf administrativem Wege vermehrt werden könnte, ohne ein Gesetz aufheben, ein neues Gesetz erlassen zu müssen. Herr v. Vasser versicherte, das beweisen zu können, unterließ es aber, den Beweis wirklich zu liefern. Wäre nun seine Behauptung richtig, so müßte diese bloß administrative Maßregel überhaupt zulässig sein, sie müßte jedem, auch einem mit der Regierung nicht im Widerspruch stehenden Landtage gegenüber ausgeführt werden können. Wenn Tirol mit den 10 bis 11.000 Kaiserjägern weniger zum Heere stellt, als es eigentlich stellen sollte, so müßte dieses Zuwenig von den andern Ländern durch ein überlastendes Mehr ausgeglichen werden, und es könnte, ja müßte die Regierung, ganz abgesehen von der Landwehr, von Landeschützen, die Gleichheit der Leistung für das stehende Heer herstellen; vorausgesetzt, daß, wie Herr v. Vasser meint, die bisherige Schonung Tirols nicht ein gesetzlicher Zustand, sondern bloß eine willkürliche, jeden Augenblick widerrufliche Gunstbezeugung wäre. Wenn nun der Statthalter von Tirol dennoch von der sofortigen Anwendung dieser extremen Maßregel abrath, so scheint er diese Kaiserjäger-Regimentsfrage wie ein Damo-

Kesschwert über Tirol schweben lassen, er scheint andeuten zu wollen, daß man diese Frage als gutes Pressionsmittel gebrauchen könnte, um überhaupt jeden Tiroler Landtag willfährig zu machen. Herr v. Lasser findet einen Trost darin, daß die Majorität in dieser Frage nur aus acht Stimmen bestand, und dabei ließ er sich zu der von Seite eines Regierungsvertreters, von Seite des Statthalters von Tirol gewiß nicht taktvollen Bemerkung hinreißen, „daß diese Majorität vielleicht von ganz andern Elementen geleitet worden sei.“ Wären die Vertreter dieser Majorität im Reichsrathe gewesen, so hätten sie auf diese Verdächtigung gewiß gebührend geantwortet. Vielleicht können wir es in ihrem Namen thun. Wenn die tirolische Majorität für ihre Ablehnung neben den in der Sache selbst liegenden Gründen noch einen besondern Grund hatte, so besteht er wol darin, daß sie die Frage vom Gesichtspunkte eines Vertrauens- oder Mißtrauensvotums auffaßte. Sie wollte dem jetzigen exklusiven Parteiministerium ein Mißtrauensvotum geben. Einem über den Parteien stehenden Ministerium würde dieselbe tirolische Majorität gerade in dieser die Vertheidigung des Reiches betreffenden Frage vielleicht nicht entgegen getreten sein.

Die konstitutionell einzig richtige Antwort auf das Mißtrauensvotum wäre die Auflösung des Landtages, und zu dieser hätte Herr v. Lasser als konstitutioneller Statthalter rathen sollen. Er hat das nicht gethan, weil er eben lang genug in Tirol gewesen ist. Er begnügte sich mit der Resolution. Auf diese antwortet aber die tirolische Majorität: „Der Wiener Reichsrath mag resolviren, was er will; was aber in Tirol geschehen soll, das werden wir entscheiden.“ Dem gegenüber nimmt es sich wirklich komisch aus, daß Herr v. Lasser von einer starken Regierungspartei in Tirol spricht, dabei aber zugleich enthüllt, diese starke Partei habe sich doch so schwach gefühlt, die Regierung zu bitten, sie möge die Geduld nicht verlieren, d. h. jezt noch nicht an das Volk von Tirol appelliren.

Schließlich variierte Freiherr v. Lasser das Schmerling'sche: „Wir können warten!“ mit folgenden Worten: „In der Politik ist Konsequenz und Ausdauer die Hauptsache.“ Ganz richtig! Aber es ist ein bedeutender Unterschied, ob man im Irrthum, oder in der Wahrheit konsequent ist, ob man auf falschen verbleiben, oder auf den rechten heilsamen Wegen beharrlich ausdauert, und besonders in Oesterreich handelt es sich darum, ob man blos eine exklusive herrschsüchtige Parteipolitik treibt, oder eine gerechte und freisinnige Völkerverpolitik übt. Was aber die Tiroler und die übrigen oppositionellen Völker und Parteien betrifft, so sind sie jedenfalls mindestens ebenso gescheit, wie Herr v. Lasser und die ihm Beifall spendende Majorität des Abgeordnetenhauses. Sie sagen ebenfalls: „In der Oppositionspolitik ist Konsequenz und Ausdauer die Hauptsache!“

Die Insurrektion in Dalmatien.

Unter diesem Titel hat ein anonym, aller Wahrscheinlichkeit nach militärischer Schriftsteller eine historisch-kritische Darstellung der österreichischen Kriegsoperationen in der Boccha von Cattaro herausgegeben, (Wien, Moriz Perles), welche von großem Interesse und Werthe ist. Man darf sich durch den traurigen Eindruck, den jene blutige Geschichtsepisode macht, nicht abschrecken lassen, sie nachträglich eindringlich zu betrachten, denn solche Betrachtungen sind lehrreich. Mag man auch das, was bei solcher Untersuchung erkannt und entdeckt wird, nicht zu politischen Anklageakten formuliren, mag man immerhin geneigt sein, das Geschehene eben geschehen sein zu lassen, so wird doch die Klar- und Richtigstellung der Thatsachen in subjektiver und objektiver Hinsicht für die Zukunft nützlich sein.

Es ist daher sehr dankenswerth, daß der sachkundige Verfasser der vorliegenden Schrift sich der für einen guten Oesterreicher gewiß sehr peinlichen Aufgabe unterzogen hat, nicht nur die militärischen Operationen in dem unglücklichen Bürgerkriege mit der Genauigkeit eines Augenzeugen und freimüthiger Aufrichtigkeit zu schildern, sondern ebenso auch die politischen Begehungs- und Unterlassungssünden zu enthüllen, welche hauptsächlich schuld waren, daß kriegerische Akte nothwendig wurden, und nebenher noch dazu beitrugen, daß diese Operationen einen unglücklichen Erfolg hatten.

Einen wichtigen Umstand, der noch nirgends aufgeklärt, ja merkwürdigerweise nicht einmal in Untersuchung gezogen worden ist, läßt auch unser Verfasser unaufgeklärt. Dieser Umstand ist in der Frage enthalten, warum man denn mit der Organisirung der Landwehr gerade im Kreise Cattaro den Anfang gemacht hat, und zwar in einer Zeit, wo es im ganzen übrigen Eisleithanien von der Landwehr so ganz still war, als ob gar kein Landwehrgesetz durchzuführen wäre? Das ist in der That sehr räthselhaft und ein noch unaufgeklärtes Räthsel. So weit mußte man den Charakter und die Lebensweise der Bocchesen doch kennen, um zu wissen, daß dieser Volksstamm durchaus keine Vorliebe für soldatische Uniform und Disziplin und für Kaserndienst hat, daß er durchaus nicht geeignet ist, den andern Völkern als Landwehrmuster vorangestellt zu werden, man mußte ferner wissen, daß den Bocchesen durch das Landwehrgesetz ein wohlverdienenes Privilegium genommen werden soll; endlich war es gewiß nicht schwer zu erkennen, daß in einem Landstrich, wo ohnehin die ganze männliche Bevölkerung beständig bewaffnet ist, die Organisirung der Landwehr doch wahrlich nicht zunächst dringend nothwendig war. Und doch wurde nach einem wahrhaft unerforschlichen Rathschlusse der Regierung mit der Einführung des Landwehrinstitutes gerade in Cattaro der Anfang gemacht, und ging man dabei mit einer Hast zu Werke,

als ob Gefahr im Verzuge gewesen wäre. Das ist wirklich sehr auffallend und darf man sich wahrlich nicht wundern, daß dieses durch nichts gerechtfertigte, ganz überflüssige und als gefährlich voraus zu erkennende Verfahren bei Vielen den schlimmen Verdacht erregt hat, es habe sich nicht eigentlich um die Landwehr gehandelt, sondern um antinationale politische Zwecke.

Diesen Verdacht jedoch beiseite gesetzt, könnte man annehmen, die Regierung habe mit der Durchführung des in keinem Lande populären Landwehrgesetzes gerade in den Bocche begonnen, um das voraussichtlich schwierigste Stück der Arbeit zuerst zu vollbringen, etwa von der Voraussetzung geleitet, daß, wenn erst die an ein privilegiert zwangloses Leben gewöhnten Bocchesen sich dem Landwehrzwange gefügt hätten, alle andern für jeglichen Zwang längst dressirten Völker umso leichter darin nachfolgen würden. Daß diese Berechnung falsch war, brauchte nicht erst durch den Erfolg bewiesen zu werden, man konnte es mit Bestimmtheit voraussehen. Viel zweckmäßiger wäre es gewesen, die Landwehr zuerst dort zu organisiren, wo gar keine oder nur geringe Schwierigkeiten zu besorgen waren. Wäre das Werk in der Mehrzahl der Länder vollbracht gewesen, so würde es wol der widerstrebenden Minderzahl erfolgreich imponirt haben. Es ist bekannt geworden, daß jener Oberst, welchen der Statthalter FML. Wagner von seinem Schiffe nach Cattaro geschickt, anstatt viel zweckmäßiger und jedenfalls pflichtgemäß sich in eigener Person dahin zu begeben, den versammelten Gemeindevorstehern zugerufen hat: „Es ist eine Schande, daß ihr euch einer Pflicht entziehen wollt, welche alle andern Völker des Reiches auf sich genommen haben.“ Gewiß wäre es viel wirksamer gewesen, wenn der Herr Oberst zu den Bocchesen hätte sagen können: Alle Völker des Reiches erfüllen bereits die Landwehrpflicht, ihr werdet also wol eine Ehre darein setzen, das Gleiche zu thun. — Mit dieser Betrachtung wollen wir aber durchaus nicht der uniformirenden Centralisation zustimmen, wollen durchaus nicht dem Grundsatz huldigen, daß die Bocchesen nach derselben doktrinären Schablone behandelt werden sollen, wie z. B. die Niederösterreicher und Wiener. Wer diese Einförmigkeit will, der ist überhaupt kein praktischer Politiker und besonders kein österreichischer. Die Verhältnisse in den Bocche di Cattaro sind in aller und jeder Beziehung von denen in allen andern Ländern so sehr verschieden, daß es gerechtfertigt, ja durch die Natur der Dinge und Menschen, durch die Grundsätze der Gerechtigkeit, Volkswirtschaft und Staatsklugheit geradezu geboten ist, daselbst Ausnahmen gelten zu lassen. Die frühere Gesetzgebung hat in gerechter und weiser Berücksichtigung dieser besondern Verhältnisse in Cattaro, wie beziehungsweise in Tirol solche Ausnahmen sanctionirt, und es ist von den neuesten Gesetzgebern durchaus kein Beweis von Weisheit, Freisinnigkeit und Gerechtigkeit, diese Ausnahme aufheben, mit der schablonenhaften Theorie gegen die Macht und Nothwendigkeit der Natur kämpfen zu wollen.

Wir stimmen mit dem geehrten Verfasser in allen Beziehungen überein,

nur nicht darin, daß auch er die milde Art und Weise, wie mit den Vöckischen Frieden geschlossen wurde, tadelt und sich offenbar zu dem Vorgeben der Pseudoliberalen hinneigt, daß durch den Frieden von Knezlac das Ansehen des Staates, besonders der österreichischen Waffen geschädigt worden sei. Wir stellen das entschieden in Abrede, und wir können es wahrlich nicht begreifen, wie ein Mann von den gebiegenen, gerechten und freisinnigen Ansichten unsers Verfassers es mißbilligen kann, daß über das Unglück in Cattaro so rasch als möglich der Schleier der Vergessenheit gebreitet und darnach gestrebt worden ist, die traurigen Folgen zu beseitigen. Wenn man klar erkennt, daß der ganze Konflikt durch ein kluges Benehmen der Behörden hätte vermieden werden können und daß er eben wieder nur durch die Fehler der Behörden bis zu einem förmlichen Kriege gebracht worden ist; wenn man ferner eingesteht, daß dann während dieses traurigen Kampfes abermals von politischer, aber auch von militärischer Seite so arge Fehler begangen wurden, daß der Kampf für die braven kaiserlichen Truppen einen unglücklichen Erfolg haben mußte, wenn man endlich nicht leugnen kann, daß dieser Erfolg im In- und Auslande den nachtheiligsten Eindruck gemacht und die Gefahr einer Ausdehnung der Insurrektion und einer Einmischung des Auslandes herbeigeführt hat; wenn man das alles erkennt und eingesteht, so muß man es doch wahrlich nicht bloß billigen, sondern dankbar anerkennen, daß der Kaiser, in dessen Abwesenheit das Unglück so weit gediehen war, und dem als obersten Kriegsherrn das ausschließende Recht zustand, den Kampf einzustellen, sowie er das volle Recht der Begnadigung hatte, so muß man es als einen Akt der Weisheit, Gerechtigkeit und Großmuth preisen, daß der Kaiser den Befehl gab, der traurigen Sache rasch ein Ende zu machen. Hätte der Kaiser, nachdem er sich überzeugt hatte, daß hauptsächlich die Fehler der Behörden an dem Unglücke schuld waren, etwa nach dem alten verderblichen Grundsatz, daß man solche Fehler niemals eingestehen dürfte, die Fortsetzung des Blutvergießens und der Verwüstung eines Landes befehlen sollen, um die Behörden nicht zu kompromittiren? Wahrlich, dadurch wäre das Ansehen des Staates erschüttert worden. Hätte der verderbliche Bürgerkrieg fortgesetzt werden sollen, bloß zu dem Zwecke, damit die braven Truppen mit ihrem Blut und Leben die früheren Fehler ihrer Anführer korrigirt und die durch diese Fehler erlittenen Niederlagen gerächt hätten? Wahrlich, dadurch wäre der österreichischen Waffenehre schlecht gebient worden. Hätte, nachdem ein durch die Fehler der Behörden zum bewaffneten Aufstand getriebener Volksstamm mit Feuer und Schwert besiegt gewesen wäre, noch der Henker sein schauriges Amt üben sollen? Wahrlich, das hätte die Gerechtigkeit Oesterreichs in einem schlechten Lichte erscheinen lassen, und es wäre nicht Friede, sondern unverföhnlicher Haß geschaffen worden. Wer also die unblutige Beendigung der cattarenschen Insurrektion tadelt, der darf auf Gerechtigkeit und Freisinnigkeit keinen Anspruch machen! Ganz besonders tadelnwerth ist die Klage und der Spott darüber, daß den

Insurgenten nicht nur volle Begnadigung gewährt, nicht nur das Waffentragen gestattet, sondern auch Geld gegeben wurde und noch gegeben werden soll. Und diese Klage, diesen Spott erheben vorzugsweise gerade diejenigen, welche in ganz entgegengesetzter Weise geklagt und getadelt haben, als nach der blutigen Besiegung der Wiener Revolution mit Galgen und Fusiladen Strafgerechtigkeit geübt, ein allgemeines Waffenverbot erlassen wurde, und nicht alle, welche durch den Revolutionskampf an ihrem Eigenthum Schaden erlitten hatten, vollständige Entschädigung erhielten! Warum urtheilen die Wiener Pseudoliberalen in Betreff Cattaro's nach einem andern Grundsatz als in Betreff Wien's? Etwa, weil die Cattaresen nicht gerade so gebildet sind, wie die Wiener, oder weil sie nicht für die wienerische, sondern für ihre eigene, angeborene, angeerbte und durch frühere Gesetze garantirte Freiheit zu den Waffen gegriffen haben? Oder sind die Wiener Liberalen den Bocchesen gegenüber etwa nur deshalb so antirevolutionär und so kriegsrechtlich streng, weil diese Bocchesen eben Slaven sind?

Was das Waffentragen dieses Volkes betrifft, so wäre durch das Verbot desselben der unblutige Friedensschluß geradezu unmöglich geworden. Für die Bocchesen ist das Waffentragen nicht wie bei manchem andern Volke eine bloße Eitelkeit, eine kindische Soldatenspiellerei, sondern es gehört zu ihrem Mannesbewußtsein, zu ihrem Freiheitsgeföhle, zu ihrem nationalen Stolze. Abgesehen davon aber sind die Verhältnisse in den Bocche di Cattaro derartige, daß die Bewohner nothwendig bewaffnet sein müssen, um selber für ihre Sicherheit zu sorgen, da die österreichische Politik es bisher noch nicht als ihre Aufgabe erkannt hat, in jenen Gegenden Zustände zu schaffen, ja nur anzubahnen, in denen sich mit der Nothwendigkeit nach und nach von selbst auch die Lust verlieren würde, beständig in Waffen einherzugehen.

In Betreff des Geldes, welches verwendet wurde und wird, um nach dem ehlen Befehle des Kaisers den durch die Insurrektion angerichteten Schaden so viel als möglich gut zu machen, sollten diejenigen Liberalen, welche über diese Ausgabe lamentiren und Wige machen, doch folgendes bedenken: Selbst wenn alle Schuld des Unglücks einzig und allein auf den Bocchesen lastete, selbst wenn sie mit blutiger Gewalt unterworfen worden wären und keine Begnadigung erhalten hätten, selbst in diesem strengsten Falle wäre es doch ein Gebot nicht nur der Humanität, sondern auch der Volks- und Staatswirthschaft, zur Wiederherstellung des frühern Zustandes aus dem Staatsschatze beizutragen. Es sind in dem unglückseligen Kampfe viele Ortschaften und Kirchen zerstört, es ist viel unentbehrliches bewegliches Eigenthum, es sind die nothwendigsten Nahrungsmittel für Menschen und Thiere vernichtet worden. Der Kreis von Cattaro ist ohnehin ein größtentheils unwirthliches armes Land; die wenigsten der durch die Insurrektion Zugrundgerichteten wären mit eigenen Mitteln im Stande, sich wieder empor zu bringen. Wollten also vielleicht die verfassungstreuen Liberalen, daß die niedergebrannten Dörfer und Kirchen in den Bocche als abschreckendes

Schauerzeichen immerdar Ruinen bleiben, daß die zwar begnadigten, aber obdach- und mittellos gewordenen Insurgenten auf dem Boden ihrer Väter Hungers sterben, oder mit dem Bettelsack auswandern, die Gnade des Auslandes erflehen sollen? Solches wäre doch gewiß für jeden Staat, ganz besonders aber für das verfassungsfelige neue freie Oesterreich eine Schmach und Schande.

Nicht sehr glücklich ist der Verfasser in der Art und Weise, wie er auswärtige Verhältnisse mit der Insurrektion in Cattaro in Zusammenhang zu bringen sucht. Er legt fremden Einflüssen eine große Bedeutung bei, weiß aber dafür keine bessern Belege anzuführen, als zwei Korrespondenzen des „Neuen freien Pester Lloyd.“ Nun sind aber ungarische Journale in Betreff der Verhältnisse Dalmatiens und des Südslaventhums überhaupt keine zuverlässige unparteiische Quelle. Nach der Angabe des genannten Pester Blattes wäre Graf Beust von seiner im September 1869 unternommenen mysteriösen Reise nach Süddeutschland deshalb so rasch nach Wien zurückgekehrt, weil daselbst von österreichischen Agenten aus dem Orient sehr bedenkliche Berichte eingelaufen wären. Nach derselben Quelle hätte später Napoleon die Wiener Regierung auf die Rüstungen Montenegros aufmerksam gemacht, und diese Rüstungen hätten den Zweck gehabt, das montenegrinische Gebiet endlich bis ans Meer auszudehnen, und dabei wären englische Geldmittel im Spiele gewesen. — Das ist sehr wenig glaublich, aber wenn es auch begründet wäre, so stünde es doch nicht im Zusammenhange mit dem Aufstande in den Bocche, denn daß dieser eine rein lokale Veranlassung hatte, ist durch alle Enthüllungen und Geständnisse, so wie auch durch die Ausführungen unsers Verfassers selber klar bewiesen. Wir theilen eine Probe seiner politischen Kritik mit:

„Am 6. Oktober sollte, wie gesagt, die Konstriktion in Curzola beginnen und sie begann, d. h. es begann der thätliche Widerstand gegen dieselbe: Der 6. Oktober ist der Tag, an welchem die Insurrektion in Dalmatien ihren Anfang nahm. Hätten damals in jenem Momente die kaiserlichen Behörden in Dalmatien die Sache nicht so leicht aufgefaßt, als sie es gethan, hätten sie nicht den Versuch gemacht, die Konstriktion mit Gewalt durchzuführen, sondern lieber die Verantwortlichkeit für die Suspendirung der Maßregel auf sich genommen und inzwischen weitere Instruktionen von Wien erbeten, so wäre es schwerlich zu dem gekommen, was schon wenige Tage später geschah. Man hätte sich vielleicht bei der Regierung selbst insofern zur Nachgiebigkeit stimmen lassen, als man die Durchführung des Wehrgesetzes oder vielmehr des Landwehrgesetzes, um welches es sich hier eigentlich handelte, bis zum nächsten Zusammentritte des Reichsrathes vertagt und durch eine besondere Gesetzbvorlage den Wünschen der dalmatinischen Bevölkerung Rechnung getragen hätte. Wir sagen, es wäre dies vielleicht geschehen, — vielleicht auch nicht! Jedenfalls würde es aber ein Weg gewesen sein, wol geeignet, den ganzen Feldzug zu ersparen, das Blutvergießen zu vermeiden und die Millionen zu erhalten, die der Krieg haar gelostet oder

an Eigenthum vernichtet hat. Gewiß wäre, wenn die Staatsregierung so gehandelt hätte, niemand nachher aufgetreten, der sie deswegen getadelt haben würde.

Doch erwidert man uns vielleicht, daß dieser gütliche Weg inkorrekt gewesen wäre, daß die Regierung vor allen Dingen die Aufgabe habe, den bestehenden Gesetzen Achtung zu verschaffen, das von den Bocchesen mißachtete Landwehrgesetz sei aber ein verfassungsmäßig festgestelltes Gesetz, so gut wie jedes andere u. s. f. Wir wollen vom gesetzlichen Standpunkte aus die dalmatinischen Insurgenten keineswegs in Schutz nehmen, aber doch glauben wir ein Wort zu ihrer Entschuldigung in diesem Falle sagen zu dürfen. Die Bocchesen sind durch ihre Heimat für die Marine geboren, sie haben einen Widerwillen gegen den Landdienst und — um Moriz Kolai's Worte anzuwenden — „wir glauben, daß auch dann ein Aufstand entstünde, wenn man die Szeckler zur Marine einreihen wollte.“

Bei der Darstellung der Entwicklung der Bewegung sagt der Verfasser folgendes:

„Anfänglich zeigten sich nur die Ortschaften Dobrota, Perzagno und Peraſto widerspenstig, indem sie erklärten, ihre jungen Leute in die Listen der Landwehrpflichtigen nicht eintragen zu lassen. Eine besondere Bestimmung im Artikel III des Wehrgesetzes vom 5. Dezember 1868 verfügt nämlich: „Die bisher vom Militärdienste gänzlich befreit gewesenen Wehrpflichtigen des ehemaligen Kreises Cattaro und des Festlandes des ehemaligen Kreises von Ragusa im Königreiche Dalmatien haben der Wehrpflicht nur in der Landwehr zu genügen.“ Aber auch hiermit waren die Cattarenser nicht zufrieden, sie wollten sich außerhalb ihres Territoriums gar nicht, auch nicht einmal in der Landwehr verwenden lassen und da sie in dieser Meinung von ihren Gemeindevorständen, wenn auch nicht offen, so doch im Geheimen unterstützt wurden, so blieb den Assentkommissionen nichts übrig, als an die Einstellung ihrer Thätigkeit zu denken.

Inzwischen wurden die Termine zu den Aushebungen wiederholt in den Amtsblättern publizirt, und der Bezirkshauptmann Ritter v. Franz versuchte durch gütliche Unterhandlungen namentlich auf die Gemeindevorstände zu wirken, leider jedoch war dieser Beamtete überall im höchsten Grade unpopulär und seine Intervention in Folge dessen gänzlich ohne Erfolg. Das Beispiel jener drei Gemeinden, welche eine offene Erklärung abgegeben hatten, zündete außerdem, und die Kisanoten, Zuppaner und wie die Bewohner der Boccha nach ihren Heimatorten alle heißen, beschloffen, es den Männern von Dobrota, Perzagno und Peraſto gleich zu thun. Das Festungskommando von Cattaro drohte nun, wenn irgendwo der Widerstand vom Worte zur That übergehen würde, sofort das Standrecht zu publiziren. Gleichzeitig wurde aber von dem Kommandanten mittelst eines eigenen Dampfers ein Courier nach Zara geschickt, um dem Gouvernement anzuzeigen, daß es starker Truppenabtheilungen bedürfen würde, um die Assentirung zu erzwingen, denn der Geist der Bevölkerung sei im ganzen

Territorium derart, daß man nicht annehmen könne, auch nur eine Ortschaft werde die Konstriktion freiwillig geschehen lassen. Es geht hieraus hervor, daß sich der Festungskommandant über den Erfolg der erwähnten Drohung, die in der That kein Gehör fand, nicht getäuscht hatte. Uebrigens versammelten sich in Folge jener Drohung die Vorstände und Notablen der Gemeinden in Cattaro, aber sie beschloßen, eine Petition an den Kaiser zu richten, in welcher sie baten: Erstens, daß die Landwehr des Kreises Cattaro nie außerhalb des Kreises verwendet werde; daß zweitens es den Landwehr-Rekruten gestattet werde, sobald sie einmal eingezogen seien, nach Belieben zu reisen, und drittens, daß in der Landwehr-Uniform die nationale Tracht berücksichtigt werde.

Die Bezirkshauptmannschaft von Cattaro, die darum angegangen wurde, versprach zwar, daß sie die Petition an den Gouverneur von Zara absenden wollte, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Cattarenser dem Befehle Gehorsam leisten, d. h. der Konstriktion keinen Widerstand entgegenzusetzen würden. Uebrigens ist, obgleich diese Bedingung nicht erfüllt wurde, die Petition nicht nur nach Zara, sondern auch nach Wien gelangt, aber hier ist sie erst eingetroffen, als der Aufstand bereits ausgebrochen war, eine Antwort also der gänzlich veränderten Sachlage wegen gar nicht mehr erfolgen konnte. Es trifft daher die dalmatinischen Behörden der Vorwurf, daß sie, obgleich sie den Ernst der Situation vollkommen kannten, die Affentirung nicht bis zum Eintreffen der kaiserlichen Entscheidung verzögerten. Hätten sie dies gethan, so wäre wahrscheinlich Alles anders geworden.“

Aus der höchst interessanten historisch-kritischen Darstellung der Kriegsoperationen theilen wir einen Theil der Schilderung der „großen Aktion“ des Generals Auersperg mit:

„Als G.M. Auersperg den Befehl zum Aufbruche des Hauptquartiers nach dem Dorfe Han gab, mochte es bereits halb fünf Uhr sein. In welcher Sicherheit man sich bei dem nun folgenden Marsche zu befinden glaubte, geht daraus hervor, daß dabei die ganze Bedeckung des Hauptquartiers aus zwei Gendarmen und einigen nur halb bewaffneten Schreibern bestand. Dabei war mindestens die Hälfte der Generalstabsoffiziere unberitten und die Anderen hatten nur in Cattaro oder Risano entnommene Miethpferde, sein eigenes Pferd ritt allein Graf Auersperg. .

Etwa eine Stunde lang ging der Marsch ohne Störung durch das Defilé, dann bei eintretender Dämmerung erreichte derselbe die Hochebene. In der Ferne konnte man jetzt zwar schon die Lagerfeuer der Kolonne Fischer vor sich leuchten sehen, aber der Weg war äußerst beschwerlich, er führte über grobes Geröll und mußte deshalb sehr vorsichtig und langsam zurückgelegt werden. Inzwischen wurde es immer dunkler und die Fortbewegung immer mühsamer. Da, in der Nähe von Poljovac wurden links von der Straße auf den hier sanft ansteigenden Höhen Insurgenten sichtbar. In Folge dessen bog der ganze Trupp rechts seit-

wärts vom Wege ab, ohne jedoch die Richtung im Allgemeinen zu verlieren. Die Lage erschien in diesem Momente bereits kritisch, weswegen der Hauptmann Stender vom Vicaner Grenzregiment, der als Dolmetsch beim Hauptquartier fungirte und ziemlich gut beritten war, allein voransprengte, um im Lager der Kolonne Fischer zu melden, in welcher Gefahr sich der Generalstab befände.

Während dessen nahm die Dunkelheit rasch immer mehr zu, und der Trupp marschirte mit der erwähnten Abweichung nach rechts in der Ebene weiter. Plötzlich frachte in nächster Nähe von der rechten Seite ein Schuß, und die Kugel sauste zwischen den Köpfen des Generals Auersperg und des neben ihm reitenden Obersten Schröder, des Genie-Chefs, hindurch. In Folge dessen gab der General ohne Zaudern seinem Pferde die Sporen und die übrigen berittenen Offiziere folgten seinem Beispiele mit Ausnahme des Obersten Schröder, der bei den zu Fuß Marschirenden zurückblieb. Zugleich fielen Schüsse von beiden Seiten und das Geheul der Insurgenten, dessen Schauerlichkeit durch die Finsterniß erhöht wurde, ertönte von rechts und von links. Darauf hin setzte sich der ganze Trupp in Trablauf, an Ordnung war nicht zu denken, jeder dachte an die verstümmelten Leichname der Soldaten, welche am Tage vorher bei Belita Zagvosdal den Insurgenten in die Hände gefallen waren, und jeder lief, was er laufen konnte. Um den Schrecken zu vermehren, wurden die Tragthiere wild, suchten sich ihrer Bürde zu entleiben, was auch den Meisten gelang, und schlugen gegen ihre Treiber aus, die, selbst für ihr Leben fürchtend, sich unter das Militär mischten und in ihrer serbisch-illyrischen Sprache laut fluchend, die allgemeine Panik noch vermehrten, da nun kaum zu unterscheiden war, ob nicht mitten in den flüchtigen Räuel schon Insurgenten eingebrungen.

Gewiß hatte diese Flucht unter dem sich immer mehr nähernden Geschrei und fortdauernden Schießen der Verfolger für jeden, der an derselben Theil zu nehmen gezwungen war, nichts Komisches an sich, und wenn einer der Offiziere, welche mit General Auersperg gemeinschaftlich den Trupp der Fußgänger verlassen konnten, weil sie beritten waren, die also mehr Aussicht auf Rettung, als die Letzteren, hatten, nachher darüber in der „Wehr-Zeitung“ schreiben konnte: „Man lachte und scherzte über das kleine Abenteuer,“ so richtet sich eine derartige Aeußerung selbst, und es ist nur zu verwundern, daß der Mann sich nicht gescheut hat, solche Worte mit seiner Namensunterschrift drucken zu lassen.

In dem Augenblicke als die Noth am größten war, erschien übrigens die Hilfe. Hauptmann Stender war rechtzeitig im Lager eingetroffen. Ein Bataillon wurde von dort sogleich zur Aufnahme des Hauptquartiers in Marsch gesetzt, um die Gefangennahme desselben zu verhindern. Die Insurgenten, die vielleicht gar nicht wußten, welche Leute vor ihnen geflohen waren, zogen sich jetzt ohne ernstlichen Angriff zurück, nahmen dabei jedoch den größten Theil der Tragthiere und deren Bepackung mit sich. Ebenso fingen sie noch einen nachfolgenden Train mit dem Proviant für Dragali im Dorfe Han ab, wobei es aber der Bede-

lung und dem Führer desselben, einem Artillerie-Offizier gelang, ebenfalls wenigstens sich zu retten und noch in der Nacht die Kunde des Geschehenen zum Fort zu bringen, wo man darüber natürlich nicht erfrent sein konnte. Vom Train des Generalstabes war außer dem Gepäc des Grafen Auersperg und einem Mantelsack des Oberst Schröder nichts erhalten worden.

Die große Aktion des Grafen Auersperg hatte somit zwar ihren Ziel-punkt erreicht, aber an die Erhaltung der Vortheile, welche die andauernde Besetzung der verschiedenen Punkte, an denen die Truppen am Abend des 19. November Aufstellung hatten, hätte gewähren können, war nicht zu denken. Die Insurgenten hatten sich freilich zurückgezogen, aber sie konnten jeden Augen-blick wiederkehren, da es ihnen in keiner Weise an Hilfsmitteln fehlte und sie überall in den Bergen dem Militär unzugängliche Schlupfwinkel besaßen. Dabei waren die Truppen im höchsten Grade erschöpft, ihre Ausrüstung hatte wahrhaft furchtbar gelitten, und die schlimmste Zeit des Winters stand vor der Thür. General Auersperg beschloß daher bereits in der Morgendämmerung des folgenden Tages mit dem Hauptquartier nach Risano zurückzukehren und die Kolonnen mög-lichst geordnet nach der Küste zu ziehen. Der General langte auch mit seiner Um-gebung und einem Bataillon als Bedeckung am 20. in Risano wieder an, begab sich dort mit seinem Stabe sofort an Bord des Dampfers „Lucia“ und traf noch spät Abends in Cattaro ein.

So war der fünftägige Feldzug des Grafen Auersperg also beendet, er hatte in der That ein klägliches Ende genommen, wie sehr man auch von offizieller und offiziöser Seite bestrebt war, seine „Erfolge“ in ein möglichst günstiges Licht zu stellen. Die Insurgenten waren überall von ihm zurückgedrängt, aber was hatte das zu bedeuten! Die Verluste, welche die Truppen erlitten hatten, waren gerade dadurch entstanden, daß sich die Aufständischen zurückzogen und dann wieder-kehrten. In derselben Weise machten sie es auch ferner, wie schon die nächsten Tage zeigen sollten, und es war dies in der That die einzige Taktik, die sie mit Hoffnung auf Erfolg ihrerseits einschlagen konnten. Das Zurückweichen der Crivoscianer war also vielmehr ein berechnetes freiwilliges Zurückgehen, als ein Zurückgedrängtwerden.

Jedenfalls ist dies auch dem General Auersperg vollkommen klar geworden. Wären die Insurgenten wirklich durch seine Expedition „in ihre letzten Schlupfwinkel, in die unwirthbaren Ausläufer der Biala Gora zurückgedrängt“, wäre wirklich „die Hauptlebensader des Landes“ am 20. November „unter-bunden“ und wäre es in der That möglich gewesen, eine „ununterbrochene und ungestörte Verbindung mit geregelten Nachschüben an Proviant und Munition zu erhalten“, dann würde es auch möglich gewesen sein, die Truppen trotz des Winters in ihren wichtigen Positionen mit allem Nöthigen zu versorgen, dann hätte der General nicht sofort bei seinem Rückmarsch den Befehl zu geben brau-chen, die provisorischen Blockhäuser, deren Aufstellung soeben bei Belisa Jag-

vodda! und oberhalb des Defilé's von Rapoda begonnen wurde, wieder fortzuschaffen, Ertvoice und Dragali so schnell als möglich zu verproviantiren und dann eiligst alle Truppen zur Küste zurück zu ziehen. Daß diese letzten Befehle der Sachlage entsprechend waren, haben die Thatfachen bewiesen, und damit ist zugleich der Beweis geliefert, daß mit der ganzen großen Aktion nichts oder doch viel zu wenig erreicht war, um dasselbe als Aequivalent für die großen Opfer und Anstrengungen gelten lassen zu können."

Unser Verfasser schließt seine höchst empfehlenswerthe Schrift mit folgenden Worten: „Die Regierung wird viel zu thun haben, wenn sie auf eine rationelle und humane Weise die Vorbedingungen zu einem künftigen Aufstande der Dalmatiner beseitigen will. Möge sie sich dessen klar bewußt werden und hierbei größere Umsicht zeigen, als solches bei dieser Gelegenheit geschehen — das ist das Wesentlichste, was man heute wünschen kann.“

Gegen das Erwerbssteuergesetz.

Selten ist wol in irgend einem konstitutionellen Staate ein vom Parlamente votirtes Gesetz von der gesammten Bevölkerung so einstimmig und heftig verurtheilt worden, wie jetzt bei uns die vom Abgeordnetenhaus angenommene Gesetzesvorlage über die Erwerb- und Lohnsteuer. Das gesammte arbeitende Volk in allen Kategorien und Korporationen erhebt lauten und energischen Protest gegen diesen Gesetzentwurf, welcher die eigentlichen Arbeiter mit einer wahrhaft unerhörten Belastung und die Geschäftsunternehmer mit die Gebarung störenden, hemmenden, beziehungsweise geradezu unmöglich machenden, unerträglich verätorischen Modalitäten bedroht. Der Widerspruch, welchen das Volk in dieser Angelegenheit gegen das Abgeordnetenhaus erhebt, ist umso bedeutsamer, da ja dieses hohe Haus doch ein Volkshaus sein will, sich beständig rühmte und rühmen ließ, die Interessen des Volkes zu repräsentiren, für dasselbe eine neue Ära der Glückseligkeit herbeizuführen. Das „im Reichsrath vertretene Volk“ hat sich im guten Glauben an die Freiheit der neuen Ära von dem Parlamente gemüthlich sehr viel gefallen lassen, es hat Zinsenreduktion, neue Steuern und Erhöhung der alten, Wehrgesetz und manches andere geduldig hingenommen, immer gutmüthig erwägend, daß die Freiheit mancher Opfer werth sei. Selbst als die Freiheit sehr klein ausfiel, die Opfer aber immer größer wurden, blieb das gutmüthige Volk immer noch geduldig, sich mit der Hoffnung tröstend, daß es denn doch endlich einmal besser werden würde. Die Erwerb- und Lohnsteuer hat endlich dem Volke die Augen geöffnet und der Gemüthlichkeit desselben ein Ende gemacht. Daß ein Finanzminister, welcher als Volksmann seine Laufbahn begonnen, daß

eine Regierung, welche sich in dem schönen Titel eines Bürgerministeriums gefiel, ein solches Steuergesetz vorlegen, und daß ein Volksrepräsentantenhaus, welches für sich ein anschließendes Privilegium der Freisinnigkeit, Volksfremdschlichkeit und Staatsweisheit in Anspruch nimmt, dieses Gesetz annehmen konnte, das hat dem riesigen Fasse der Volksgebuld den Boden ausgeschlagen.

Das Volk hat gleich vom Anfang an, sobald der Erwerbsteuer-Gesetzentwurf an das Licht der Oeffentlichkeit trat, mit seinem Urtheil über denselben nicht zurückgehalten. Zahlreiche Vereine und Korporationen haben ihren Protest erhoben, Gegenpetitionen an das Abgeordnetenhaus gelangen lassen, und alle nur halbwegs unabhängigen Journale haben das Projekt verworfen. Doch im hohen Ministerium und im hohen Hause hat man für die Stimme der öffentlichen Meinung nur dann ein offenes Ohr, wenn sie sich lobend, bewundernd, dankend, willfährig gehorsam ausspricht; oppositionelle Stimmen sind den privilegierten Volksvertretern und den zu Exzellenzen gewordenen Volksmännern ebenso, ja noch mehr zuwider, als den früheren absolutistischen Bureaufürsten. Und so geschah es denn, daß das Abgeordnetenhaus, obwohl in demselben bei der Generaldebatte alle Klagen des Volkes ein lautes Echo fanden, und sich eine Stimmung offenbarte, aus welcher man auf die Verwerfung des Gesetzentwurfes schließen durfte, dieser Entwurf schließlich angenommen wurde. Und warum? Weil das hohe Haus das jetzige hohe Ministerium behalten wollte. Aber dieses Ministerium wird doch gehen, und die Erwerb- und Lohnsteuer soll wirklich kommen!

Dagegen protestirt nun das Volk mit Millionen Stimmen in Vereinen und Volksversammlungen, durch Zeitungsartikel und Petitionen. Letztere können jetzt natürlich nur an das Herrenhaus gerichtet werden. Es ist charakteristisch für unsere Zustände, daß gerade diejenigen Stände, welche am längsten das Abgeordnetenhaus als einen Hort der Freiheit und Volksglückseligkeit, das Herrenhaus dagegen als eine unfreisinnige, schädliche, oder doch ganz überflüssige Institution betrachtet haben, nun zu diesem aristokratischen und bureaukratischen Herrenhause ihre Zuflucht nehmen. Das Volk appellirt gegen das Votum des Volkshauses an das Herrenhaus!

Wir nehmen hier die sehr präzise und kräftige Petition des steiermärkischen Gewerbevereins an, wie sie uns freundlicherweise mitgetheilt worden ist:

„Am 11. d. M. versammelten sich die Mitglieder des st. Gewerbevereins zu einer Rundgebung betreffend das neue Erwerbsteuergesetz, welches gegen jede vernünftige Voraussetzung im Hause der Abgeordneten die Majorität erhalten hatte. Obwohl es von allen Seiten Proteste und Mißtrauensvota für die gegenwärtige Volksvertretung regnet, so beschloß der Verein doch, nur in einer Petition das hohe Herrenhaus zu ersuchen, das neue Gesetz einfach zurückzuweisen. Gewiß ein seltener Fall, daß das Herrenhaus ersucht werden muß, die Interessen des Volkes den Volksvertretern gegenüber in Schutz zu nehmen. Die Petition lautet:

Hohes Herrenhaus! Die Regierung hat dem hohen Hause der Abgeordneten den Entwurf eines Erwerbssteuergesetzes zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt, ohne doch wie man es von einem parlamentarischen Ministerium hätte erwarten dürfen, die verschiedenen Handels- und Gewerbekammern und die industriellen Vereine der Monarchie um ihre Aeußerungen und Entschieden zu befragen.

Die hohe Regierung ist hierbei offenbar von dem Bewußtsein geleitet worden, daß der Entwurf eine allgemeine entschiedene Ablehnung erfahren würde, wodurch ihr Vorhaben, die vielbesprochene Steuerreform zugleich im Sinne einer durchgängigen Steuererhöhung auszunützen, im Reime erstickt worden wäre.

Der steiermärkische Gewerbeverein hat es verschmäht, die zahlreichen, gegen die Gesetzes-Vorlage gerichteten Petitionen an das Haus der Abgeordneten durch ein ähnliches Schriftstück zu vermehren, da er sich der entschiedenen Erwartung hingab, die große Majorität der als Vertreter des Volkes agirenden Reichsräthe werde nun und nimmermehr ein Gesetz gutheißen, welches von der gesammten öffentlichen Meinung in seltener Uebereinstimmung aller Parteien energisch verdammt worden war.

Die angeregte Debatte im hohen Haus der Abgeordneten berechtigte auch bereits zu den besten Hoffnungen, wogegen die vorgenommene Abstimmung ein mit den stattgefundenen Erörterungen durchaus nicht zu vereinbarendes Resultat lieferte und in Wahrheit eine peinliche Ueberraschung der gesammten Bevölkerung hervorrief.

Ferne sei es von dem Vereine, die auf die Festigung und Hebung des Staatswesens gerichteten Absichten der Regierung und des Reichsrathes zu verkennen; er spricht aber im Namen seiner Mitglieder und im Namen aller Erwerbstreibenden der Steiermark seine tiefgefühlte Ueberzeugung aus, daß dieses Gesetz ein entschiedener Fehler sei, und daß seine Durchführung nur von den nachtheiligsten Folgen begleitet sein könne.

1. Das Gesetz ist ein bloßes Bruchstück; es ist der schwächsterne Anfang und Versuch einer Progressivsteuer, welche jedoch nur dann wahrhaft berechtigt ist, wenn die indirekten Steuern gleichzeitig aufgehoben werden.

Das Gesetz ist demnach die ungesunde Verquickung eines alten und eines neuen Systems, es ist eine gefährliche Halbheit und darum vom Standpunkte der Wissenschaft und der Erfahrung entschieden verwerflich.

2. Das Gesetz ist parteiisch, indem eine ganze große Klasse von Staatsbürgern zum relativen Schaden der anderen von seinen Wirkungen ausgeschlossen ist.

3. Das Gesetz ist ungerecht, indem es die bloße Anhopeung eines Erwerbes schon einer Abgabe unterwirft, ohne Rücksicht, ob sich die Erwartungen späterhin realisiren oder nicht; indem es ferner einen ganz falschen Maßstab zur Beurtheilung der verschiedenen Erwerbsertragnisse aufgestellt.

4. Das Gesetz befördert den Pauperismus, indem es durch seine Anfor-

berungen die Einzelnen vor selbständigen Unternehmungen zurückscreckt und dadurch die Lust der Thätigkeit und des eigenen Schaffens unterdrückt; indem es ferner die Gründung von Geschäften mit theilweise entliehenen Kapitalien, was fast durchgehends der Fall ist, unendlich erschwert, da für diese Kapitalien dieselbe Steuer zweimal gezahlt werden muß, einmal von den wahren Eigenthümern und dann auch von den Entlehnern.

5. Das Gesetz wirkt demoralisirend, sowol durch die geschaffenen Ausnahmen als durch die Niederhaltung des Unternehmungsgeistes, als auch durch die Bestellung der Staatsbürger zu Spionen der Finanzverwaltung und endlich durch das ganze Vegetarische der einzelnen Bestimmungen.

Das Gesetz ist schließlich, wie die hohe Regierung anerkannt hat, ein bloßes Experiment, an dessen Durchführung sie nahezu selbst verzweifelt. Bei der Thatfache, daß die Zustände im Innern des Staates noch keineswegs konsolidirt sind, und daß ein großer Theil der Bevölkerung sogar ein passives Regiertwerden der aktiven Theilnahme an der gegenwärtigen Verfassung konstant vorzieht, halten wir die Zeit keineswegs darnach angethan, Experimente vorzunehmen, besonders wenn sich dieselben auf die Durchführung eines Gesetzes von so entschieden unglücklicher Tendenz und Fassung beziehen. Wir sind auch innig überzeugt, daß das Gesetz niemals verwirklicht werden kann, und daß alles Aufgebot an Finanzbehörden, Polizei und Strafgewalt, ja vielleicht in beklagenswerthen Fällen sogar von Militärmacht nicht hinreichen wird, um den aus der absoluten Zahlungsunfähigkeit entspringenden energischen Widerwillen des Volkes zu brechen und daß über kurz oder lang doch ein anderes und besseres Gesetz an die Stelle treten muß.

Im Interesse der Kräftigung des Staates, welche durch solche Experimente aufgehalten und in Frage gestellt wird, im Interesse des allgemeinen Wohlstandes, der sich durch dieses Gesetz in seinen empfindlichsten Nerven getroffen fühlt; im Interesse der Freiheit, welche durch die Nichtbeachtung des einstimmigen und lauttönenden Wunsches der Völker verletzt wurde, sieht sich der Verein veranlaßt, mit allem Nachdrucke und mit aller Entschiedenheit seiner moralischen Ueberzeugung auf die unausbleiblichen traurigen Folgen der etwa versuchten Verwirklichung des Gesetzes hinzuweisen, und dem Zustandekommen desselben, so weit die legalen Kräfte des Vereines reichen, entgegenzuwirken.

Der Verein wendet sich deshalb an das hohe Herrenhaus mit der Bitte, in eine Spezialberathung des Gesetzes nicht eingehen zu wollen, sondern dasselbe aus den angeführten Gründen als ungerecht und destruktiv vollständig zu verwerfen.

Durch eine solche energische Handlung wird das hohe Haus den ungetheilten Dank aller Völker Oesterreichs sich erwerben und zugleich der Regierung einen, wenn auch vielleicht erst spät erkannten, wahren Dienst erwiesen haben.

Graz, am 11. März 1870. Für den Verwaltungsrath des st. Gewerbevereines:

Der Präsident J. Dawidowski."

Was man von den Vorberathungen des Herrenhauses vernimmt, erregt leider keine Hoffnung auf radikale Abhilfe. Es bleibt dann dem Volke nur noch die Appellation an den Monarchen, oder im ungünstigsten Falle die Hoffnung, daß dieses die volks- und staatswirthschaftlichen Interessen schwer bedrohende Gesetz bei der Durchführung scheitern wird.

Korrespondenz der „Reform.“

(Einige Worte über unser Kreditwesen.) In keinem Zweige der Nationalökonomie hat sich eine so rührige Thätigkeit in jüngster Zeit entwickelt, wie in dem Kreditwesen. Die modernen Staatseinrichtungen gaben Veranlassung zu weitgehenden Forderungen an den Kredit. Staaten, welche geordnete Zustände haben und in der Kultur vorgeschritten sind, gelangten allmählig in den Besitz eines ausgebreiteten Kreditwesens. Oesterreich soll merkwürdigerweise dieses Endresultat eines geregelten volkswirthschaftlichen Zustandes mit einem Zauberschlag erreichen. In der Kreirung recht vieler Banken glaubte man das Arkanaum gefunden zu haben, welches uns mit einem Male die Schleusen eines rapiden Aufschwungs öffnen sollte. Wir sind von einem förmlichen Bankfieber überfallen worden. Der Kurszettel zählt in Eisleithanien die Namen von 25 neuen Banken auf. Wir besitzen nun in Oesterreich (excl. Ungarn) bei einer Bevölkerung von 21½ Millionen Einwohnern, die respektable Zahl von 39 Banken*) mit einem Nominalkapital von 372 Millionen, während z. B. Deutschland bei 33 Millionen Einwohnern 39 Banken hat, welche über ein Nominalkapital von nur 278 Millionen verfügen. Man könnte bei diesem Vergleich glauben, daß Deutschland noch in tiefer Barbarei versunken, und daß unser Kreditwesen herrlich bestellt sei, daß es uns gar nicht an Geld mangle, daß man in Oesterreich nur zu klopfen brauche, um sich für nützliche Unternehmungen, für Industriezwecke oder für Agrikultur, Fabriken, Eisenbahnbau die Geldmittel zu schaffen. Man könnte glauben, daß ein so kolossaler Aufwand von Kapitalien einen radikalen Umschwung in unserm Kreditwesen hervorbringen mußte, daß diese vielen Bankunternehmungen wirklich eine Besserung unserer volkswirthschaftlichen Zustände zum Ziel sich gesetzt haben, und daß hiedurch unser Staatskredit sich gehoben, eine Besserung der Valutaverhältnisse und die Herabsetzung des unbarmherzig hoch geschraubten Zinsfußes eingetreten. Man sollte glauben, daß bei einem so rapiden kolossalen Zufluß von Kapitalien von aller Herren

*) Mit den Bankinstituten, welche noch in der Konstituierung begriffen sind, und die Nationalbank, welche das unschätzbare Notenprivilegium besitzt — hinzugerechnet, bestehen dormalen in Eisleithanien bereits 50 Banken.

Bankern der Goldmark in Oesterreich die weitgehendsten Hoffnungen befriedigen und daß nun für die Landwirthschaft, für die Industrie und den Unternehmungsgeist in Oesterreich eine wahre goldene Aera angebrochen wäre. Von alldem ist jedoch in Cisleithanien keine Spur zu finden. Die finanzielle Lage des Reiches und der Bevölkerung hat sich um kein Haar gebessert.

Es genügt ein Blick in das Wesen und das Gebahren unserer Banken, um zu der Ueberzeugung zu kommen, daß die Thätigkeit der meisten dieser Institute nichts weniger als produktive volkswirtschaftliche Zwecke im Auge hat. Allen ist es vornehmlich nur darum zu thun, um recht hohe Dividenden aus den eingelegten oder oft nur fingirten Kapitalien herauszuschlagen. Die finanzielle Rathlosigkeit des Staates wird hiebei mit einer raffinirten Spitzfindigkeit erbärmlich ausgebeutet. Die meisten spekuliren auf den Profit, der sich anticipando in der Stille ohne Mühe und Walten einstreichen läßt. Wenn ein passender Titel für eine Bank angebracht ist, und eine demoralisirte Journalistik die Rentabilität des Unternehmens ausposaunt hat, so wird die Bank gegründet. Bei dem merkwürdigen Usus in Oesterreich, wobei den Konzeptionsbewerbern der Bankinstitute schon bei 25% Einzahlung vom Gründungskapital die staatliche Genehmigung erteilt wird, und wo selbst diese 25% nicht immer eingezahlt werden, geschieht es häufig, daß eine Bank in Cisleithanien eigentlich gar kein Geld hat und nur mit einem fingirten Kapital operirt. Es wird auf die kleinen Sparpfennige des Publikums gefahndet . . . und es gelingt in der Regel unter günstigen Kursen die Aktien an den Mann zu bringen. Dieses Verfahren bringt den Gründern einen reichlichen Syndikatsgewinn und die Gründungskosten ein, — hiemit ist auch so ziemlich der wichtigste Zweck des Bankunternehmens erfüllt. Man überläßt es dann getrost den Aktionären, für die weiteren Schicksale der Bank zu sorgen. Und geschieht es zuweilen, daß das bewährte Mittel nicht verfangen will — obschon wir in Cisleithanien ein naives und leichtgläubiges Publikum haben — dann verläuft das Unternehmen gewöhnlich im Sande und das Publikum kann sich Glück wünschen, daß es die Bank vom Halbe hat, welche statt befruchtend zu wirken, die letzten Sparpfennige aus dem Lande preßt, um den Konzeptionären einen Nettogewinn zuzuschlagen.

Die eigentliche Thätigkeit der meisten Banken reduziert sich auf unproduktive Börsenmanövers, wobei die prekäre Finanzlage des Staates und die Leichtgläubigkeit des Publikums in's Mitleid gezogen wird — welche freilich den Börsenmatadoren einen ergiebigeren Gewinn abwerfen, als es die produktivste Anlage vermöchte. Es ist das schließlich ein Börsenkampf — wobei es sich darum handelt, wem es gelingt — die fetteren Bissen wegzuschnappen. Eine so unpatriotische Börse, wie wir sie in Oesterreich haben — findet sich nicht bald wo; sie spekulirt in österreichischen Staats- und Werthpapieren, um nur einen möglichst großen Profit daraus zu schlagen, unbekümmert ob dadurch der Kredit des Staates geschädigt oder der materielle Ruin vieler tausende Bürger heraufbe-

schworen wird. Sie ist bestrebt, den Agiostand auf möglichst hohem Fuße zu erhalten. Die mißlichen Valutaverhältnisse Oesterreichs bieten ihr nur die Gelegenheit, auf Kosten des Staates und des allgemeinen Wohls sich zu bereichern. Der hohe Zinsfuß in Oesterreich ist so zu sagen die Lebensfrage unserer Banken geworden.

Das Bankwesen, wie es heute in Oesterreich besteht, kann füglich als eine Plage der Bevölkerung und Kalamität der finanziellen Beziehungen des Staates angesehen werden. Unser Bankwesen trägt wesentlich die Schuld an der Zerfahrenheit der politischen und volkswirtschaftlichen Zustände in der cisleithanischen Hälfte der Monarchie.

Bei einem Verfahren, wo man aus möglichst kleinen Einlagen auf ein möglichst großes Stammkapital große Dividenden herauszuschlagen weiß, handelt es sich vornehmlich darum, das Publikum in das Börsenspiel zu locken und die ohnehin spärlichen Geldmittel den produktiven Anlagen zu entziehen *). Ein Institut überbietet das andere an Höhe der versprochenen Zinsen, um das Publikum zu Einlagen in laufender Rechnung zu veranlassen. Uebermäßige Diskontosätze gehören mit in das Programm; eine fortgesetzte Erhöhung ist ja ein gewinnreiches Spiel für die Banken.

Die wenigen Bankinstitute, welche besseren Intentionen ihr Entstehen zu verdanken haben, werden mit in den Strudel hineingerissen und müssen sich bequemen, ihre Organisation, den Zinsfuß, die Diskontosätze den bestehenden Kreditverhältnissen anzupassen. Solche Institute haben nebstdem mit einer kontremirenden Clique zu kämpfen, welche muthwillig jedes solide Unternehmen angreift und im Publikum zu diskreditiren sucht. Die Folge hievon ist, daß die Kapitalisten, statt ihre Kapitalien nutzbringend, in soliden Anlagen zu verwenden, in muthwillige Börsespekulationen sich einlassen oder ihre Geldmittel in derlei Bankunternehmungen engagiren. Das Resultat: daß der Landwirth, der Industrielle, der solide Geschäftsmann, eine Eisenbahnunternehmung und schließlich der Staat selbst nur unter sehr harten Bedingungen und Wucherzinsen sich das nöthige Kapital beschaffen können. Allgemeiner Ruin und schließlich die Insolvenz des Staates und der einzelnen Bürger muß das Endresultat eines so bestellten Kreditwesens werden, wenn nicht bald von der betretenen abschüssigen Bahn, auf welcher der Staat mit seiner volkswirtschaftlichen Politik sich befindet, abgelenkt wird.

Es ist hohe Zeit, daß die Angelegenheit unseres Kreditwesens einer reiflichen Erwägung unterzogen wird. Sicher ist es, daß wir die sich stets mehren-

*) Wir erinnern hier an die beispiellose Entwerthung österreichischer Werth- und Bankpapiere im Herbst vorigen Jahres — wobei die Kursverluste binnen einem Monat an die 400 Millionen betrugen, welche wol größtentheils das börsenkundige Publikum getroffen haben, und die hauptsächlich den Banken zu verdanken sind, welche sich auf die Kunst verstehen — das Publikum in das Börsenspiel zu locken.

den Lasten nicht mehr lange aushalten werden, daß wir bei dem enormen hohen Zinsfuß, der sich in Oesterreich eingebürgert hat, nichts verdienen können, daß wir in unserer Kulturentwicklung, wo uns ohnehin das Ausland so weit überflügelt hat, zurückbleiben müssen, weil wir unausgesetzt die besten Säfte des Staates dem Wucher und der ausländischen Spekulation preisgeben.

Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß die Lösung der finanziellen Fragen am engsten mit der Politik verflochten, und ein radikaler Umschwung in den volkswirtschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie nur bei einer radikalen Wendung auf der ganzen Linie der heiklichen politischen Fragen möglich ist; aber man handelt nicht dieser Erkenntniß gemäß, wenn man die Politik und die Politiker selber in den Bankswindel hineinzieht. Die Erfahrung hat hinlänglich dargewiesen, daß die politische Bundesgenossenschaft mit der Börse und den Börsenmatadoren theuer erkauft werden muß. Die Herren von der Börse verstehen sich blutwenig auf den Patriotismus, sie folgen nur den Inspirationen ihres Eigennuzes. Die Zeiten der patriotischen Opferwilligkeit sind unwiderruflich dahin — und wir sehen unsere berühmten historischen Namen an der Spitze von Bankinstituten glänzen, welche gerade die unpatriotischsten Zwecke verfolgen.

Doch die Natur des Kreditwesens hat einen kosmopolitischen wahrhaft liberalen Charakter und verträgt sehr wohl eine Organisation auf breiter volksthümlicher Basis. Ein unverzeihlicher Fehler, den die österreichischen Staatsmänner begehen, ist eben der, daß sie das sämtliche Bankwesen unseres Staates den Händen einer bevorzugten Clique anvertrauen, welche ein Monopol daraus für sich geschaffen hat, worüber der Staat zu Grunde gehen kann. Freilich sehen wir an der Spitze manches Bankunternehmens auch manchen stolzen demokratischen Namen — namentlich polnische Koryphäen aus dem Kreise der galizischen Reichsrathsbelegirten, Mitglieder der ehemaligen polnischen Nationalregierung und Märtyrer der unglücklichen Sache des polnischen Volkes. Doch das ändert an der Sache nichts, das Kreditwesen trägt ungeachtet dessen nichts weniger als den Stempel der Selbstverleugnung und der patriotischen Opferwilligkeit, mit denen diese Namen gegläntzt haben.

Unser Kreditwesen kann uns erst dann goldene Früchte bringen, wenn es auf breiter volksthümlicher Basis organisiert wird; wenn wir die unerschöpflichen Quellen des Kredits uns selbst aus eigener Kraft hervorzaubern. Man muß freilich hiebei über manche eingelebten starren Ansichten sich hinwegsetzen und nicht gleich über den einen oder den andern Paragraph erschrecken, der uns in die Quere kommt.

Wenn unsere Staatsmänner über unsere Finanzlage reiflich nachdenken, so müssen sie zu der Ueberzeugung kommen, daß nur wohlorganisirte Volksbanken einen Umschwung in den volkswirtschaftlichen Verhältnissen und im Haushalte des Staates hervorbringen können. Wenn das Kreditwesen im Schooße der Bevölkerung seine Quelle und Kraft schöpfen wird, und nicht das Monopol

einer bevorzugten Clique mehr ist, dann kann es nicht fehlen, daß wir uns eigene Kapitalwerthe schaffen, und daß allmählig ein billigerer Zinsfuß sich einbürgert. Bei einer gesunden volkswirtschaftlichen Politik, wo wir uns mehr auf eigene Kräfte, als auf fremde Geldmittel stützen, müßte sich auch der Staatskredit heben und in den Valutaverhältnissen bald eine Wendung zum Besseren eintreten. Dem dämonischen Börsenspiel wäre eine Grenze gezogen, und die Börsespeculationen auf Unkosten des Staates und des österreichischen Staatsbürgers müßten aufhören. Freilich wäre zu wünschen, daß die Nationalbank derlei Instituten unter die Arme greifen, sich am engsten mit ihnen liiren und anstatt die Aktien der unproduktiven Banken mit einer Liberalität, die ihres Gleichen sucht, zu belehnen, ihre Geldmittel den produktiven Instituten zuwenden möchte, um allgemach die Zeit einer vollkommenen Bankfreiheit vorzubereiten.

Sehr praktische Intentionen und eine ungemein lebensfähige Anlage der Organisation einer wahren Volksbank besitzt die Kustthalbank in Galizien, welche als Muster von derlei Anstalten angesehen werden kann, und die einer besondern Obhut der Staatsverwaltung theilhaftig zu werden verdient, um recht bald das Programm und die Hoffnungen, die man in dieselbe setzt, zu erfüllen und als Institut von wahren Nutzen für den Staat und die Bevölkerung eine hervorragende Rolle in unserem Kreditwesen einzunehmen.

Kleine kritische Chronik.

Vom 23. bis 30. März.

U n d.

In dieser Woche gab es interessante und pikante Ministergeschichten. Da wußte zuerst die „Morgenpost“ wortgenau zu erzählen, was in der Demissionsaudienz Giskra's bei Seiner Majestät dem Kaiser gesprochen worden. War dieser Bericht richtig, so konnte er nur von Dr. Giskra selber mitgetheilt worden sein. Er wurde auch nur in dem einzigen Punkte dementirt, daß Seine Majestät gesagt hätten, der Nachfolger Giskra's könnte sich zu den von diesem noch anzustellenden Beamten schon im vorhinein Glück wünschen. Was nun diese Beamten betrifft, so widerspricht es unserm Erachtens dem konstitutionellen Prinzip, daß ein bereits entlassener und nur noch interimistisch amtierender Minister seinem Nachfolger noch höhere Funktionäre oktroyirt, denn solche sollen doch spezielle Vertrauensmänner des fungirenden verantwortlichen Ministers sein. Hat doch Giskra selber mit Energie darnach gestrebt, nur seine Leute neben sich zu haben. Tragikomisch ist es, wie die Verfassungstreuen durch den Rücktritt Giskra's niedergeschlagen sind und welche Geistes- und Gemüthsanstrengungen sie machen, um sich wieder aufzurichten. Da musterten sie ihre Reserve und fanden, daß dieselbe denn doch noch aus Hasner und Herbst, aus Kaiserfeld und Rechbauer bestünde, ja glaub-

ten sogar den greisen Dr. Wiser dazu rechnen zu dürfen. Und mit dieser Reflexe wollen sie die nach Millionen zählende, aus ganzen Völkern bestehende Opposition besiegen! Doch sie hoffen auf Verstärkung, sie geben sich dem Wahne hin, daß irgend ein liberaler Exeche und Pole geneigt sein werde, in ein verfassungstreuens Ministerium einzutreten.

Minister Banhans hat eine Kurrente erlassen, durch welche den Beamten des Ackerbauministeriums unter Androhung strengster Ahndung verboten wird, über interne Angelegenheiten der Branche Mittheilungen an die Zeitungen gelangen zu lassen. Da tritt also Dr. Banhans gegen einen Usus auf, welcher gerade im Ministerium Giskra außerordentlich im Schwunge war. Charakteristisch ist es auch, daß die Kurrente, welche doch recht eigentlich eine interne Angelegenheit des Ackerbauministeriums ist, doch selber gleich in die Zeitungen gekommen ist.

Das Budget ist ziemlich in Bausch und Bogen erledigt worden. Da ging es denn doch wirklich besser zur Zeit, als die Herren Brestel, Giskra und Herbst noch Oppositionsmänner waren. Es fehlte aber doch nicht ganz an erhabenen Momenten. Dr. Mayrhofer z. B. beantragte eine Resolution, daß Oesterreich selber entwaffnen und auf allgemeine Entwaffnung hinwirken sollte. Diese in eine Versammlung der Friedensliga, nicht aber in ein praktisches Parlament gehörende Resolution wurde sachgemäß abgelehnt, womit jedoch etliche theoretische Demokraten sehr unzufrieden waren. Und wie sonderbar! Das Abgeordnetenhaus hat doch selber auf zehn Jahre hinaus 800.000 Mann bewilligt, und nun sollte es Entwaffnung verlangen!

Beim Budget für Kultus und Unterricht wurde wieder viel lamentirt und inkriminirt, aber nicht geholfen. Charakteristisch war das Verlangen, daß im Unterrichtsministerium nicht Bureaukraten, sondern Professoren aus den Provinzen amtiren sollten. Aber wenn diese Professoren als solche gut sind, so wäre es doch nachtheilig, sie dem Lehrberuf zu entziehen; sind sie aber als Professoren untauglich, so werden sie auch im Ministerium nicht nützlich wirken. Auch eine Resolution wurde gefaßt, und zwar gegen die theologische Fakultät der Jesuiten in Innsbruck. Aber die Mehrzahl der Tiroler, der Innsbrucker ist mit dieser Lehranstalt sehr zufrieden; die Jesuiten-Professoren ziehen sehr viele Studenten herbei, auch ausländische. Und wenn man auch die Jesuiten beseitigt, so wird man ja doch nicht etwa gar konfessionslose theologische Fakultäten schaffen wollen!

Das verneuerte, aber um den Dr. Giskra verminderte Ministerium schreitet jetzt zu seiner ersten That. Es bringt das Nothwahlgesetz ein! Nomen est omen! Mit diesem Nothwahlgesetz wird das Ministerium seine Noth haben, schon um es durchzubringen und noch mehr um es praktisch einzuführen. Und wie charakteristisch ist es, daß die Verfassungstreuen, nur um sich die Möglichkeit zu verschaffen, die Beschlußfähigkeit des Abgeordnetenhauses nothdürftig zusammenstücken zu können, selber einen Riß in die Verfassung machen wollen! Wie es heißt, will die äußerste Linke unter Führung Rechbauer's gegen das Gesetz agiren, ja sogar einen Antrag auf Einführung direkter Wahlen einbringen. Eigentlich müßte die Opposition wünschen, daß die Linken Fiasco machen, daß das Nothwahlgesetz wirklich votirt, sanktionirt und dann auch praktisch probirt werden möge, denn das würde der Opposition gewiß einen Triumph bereiten. Doch es wird wol nicht dazu kommen; man wird sich denn doch überzeugen, daß mit diesem Nothgesetze selbst im günstigsten Falle für das jetzige System nichts gewonnen werden könnte, als eine Galgenfrist.

Die galizische Resolution ist nun in den Ausschußberatungen so ver- und gearbeitet, daß das Wesen derselben vollständig in Feszen gegangen ist. Aber die galizischen Reichsräthe zankten sich doch noch um die Feszen. Das ist der höchste Grad von politischem Stoisismus! Endlich, nachdem Dr. Demel beantragt hatte, über die Resolution zur motivirten Tagesordnung überzugehen, erklärte Grocholsti im Namen der drei anwesenden galizischen Delegirten, daß sie sich an den weiteren Abstimmungen nicht mehr betheiligen wollen. Ist das alles?! Nun, das Uebrige bleibt dem Landtage und dem Volke von Galizien überlassen.

U n s l a n d.

Die völlige Freisprechung des Prinzen Pierre Bonaparte macht großes Aufsehen. Man streitet pro und contra. Nach gewöhnlichen Rechtsbegriffen hätte eine gängliche Freisprechung allerdings nicht erfolgen sollen, aber unter den besondern Umständen war sie ziemlich sicher vorauszusehen. Es ist nicht erlaubt, es widerspricht dem Prinzip der Jury, die sechsunddreißig Geschwornen, welche unter ihrem Eide, nach ihrem Gewissen und besonders auch nach den Anschauungen und Gefühlen von Franzosen ihr Votum abgegeben haben, deshalb zu beschimpfen und zu verdächtigen. Alle besonnenen Politiker stimmen darin überein, daß durch die Freisprechung des Prinzen diejenigen Sclandalmacher verurtheilt worden sind, welche sich dem französischen Volke als republikanische Führer aufdrängen wollen.

Im römischen Konzil ist es äußerst stürmisch zugegangen. Es mag das unangenehm überraschend sein, ist aber auch in frühern Kirchenversammlungen vorgekommen. Werkwürdig ist es, daß vorzugsweise österreichische Bischöfe an der Spitze der Opposition stehen, daß sogar der Cardinal Fürst Schwarzenberg sich einen Ordnungsruf zugezogen. Der kroatische Bischof Strossmayer ist durch seine Opposition zum weltgeschichtlichen Helden geworden. Daß ein katholischer Bischof inmitten einer Kirchenversammlung den Protestantismus verteidigte, ja die Protestanten gewissermaßen den katholischen Kirchenvätern als Muster aufstellte, das ist wahrhaft außerordentlich. Wir machen unsere Leser aufmerksam, daß soeben in „Ueber Land und Meer“ das Porträt und eine Biographie Strossmayer's erschienen ist. Während der oppositionsmuthige Bischof in Rom mit Verdammung bedroht wird, empfängt er nicht nur aus Oesterreich, sondern aus allen Ländern der Welt unzählige Beweise der Anerkennung. Ein lehrreiches Zeichen der Zeit!

In Süddeutschland kommt eine immer ernstere nationalpolitische Bewegung in Gang. Wenn das so fort geht, so kann sich daraus recht bald ein ganz hübscher casus belli entwickeln, und diejenigen, welche das Feuer schüren, werden eine schwere Verantwortung haben.

In Italien spukt der Republikanismus, und wüthet zugleich fortwährend die legitimistische Brigantaggio. Es kommt uns das neapolitanische Blatt „Gazetta“ zu, welches in jeder Nummer ausführliche Schilderungen des Kampfes mit den Briganten bringt. Hoffnungsreiche Zustände, für Italien selber und auch für diejenigen, welche sich auf die Regierung von Florenz stützen wollen.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatslider.

X.

Rückgang des Hauses Habsburg.

(Fortsetzung und Schluß.)

Alle Welt bewunderte die Worttreue Friedrichs des Schönen, am meisten wol Ludwig der Baiern selber, der es kaum für möglich gehalten haben mochte, daß sein Gegenkaiser freiwillig in seine Gefangenschaft zurückkehren würde. Ludwig wurde dadurch in seinem Herzen tief gerührt, er dachte nicht daran, seinen eblen Gegner wieder in die Burg Trausnitz einzusperrn, sondern empfing ihn mit allen Ehren zu München und behandelte ihn daselbst nicht als Gefangenen, sondern als lieben Gast. Es erwachte in beiden Fürsten wieder die alte Jugendfreundschaft, sie aßen aus einer Schüssel und schliefen in einem Bette, ja, als Ludwig sich zu einem Kriegezuge nach Brandenburg anschickte, ernannte er seinen ehemaligen Gegner zum Verwalter der bayerischen Lande und für den Fall seines Todes zum Vormunde seiner Kinder.

Dieses ruhmwürdige Benehmen machte aber weder auf Friedrichs Bruder Leopold, noch auf den Papst Johann XXII. den erwünschten Eindruck. Beide verharren bei der Verwerfung des Trausnitzer Vertrages, obwol Friedrich auch von München aus sowol den Bruder als den Papst dringend bat, den Vertrag anzuerkennen und dem Reiche den Frieden zu geben. Leopold setzte seine Rüstungen gegen Ludwig eifrig fort und wurde dazu von dem Papste durch ein Schreiben ermuntert, in welchem folgende charakteristische Stellen vorkamen:

„Die zwischen Friedrich und Ludwig getroffene Uebereinkunft halten wir für vermessend und tollkühn, denn sie schlossen Dinge ab, deren Ausführung, welche Gott verhüten wolle, der römischen Kirche, den Kurfürsten, der ganzen Nation zum Nachtheil und Schimpf gereichen würden. Die Forderungen, die sie an dich und deine Brüder gemacht haben, sind trügerisch und eigennützig und zielen offenbar auf euren geistigen und leiblichen Schaden ab. Sie wollen euch insgesamt unter ihre Botmäßigkeit bringen, obwol der Eine, nämlich Ludwig der Erzfeind eures Hauses ist, den ein noch so großer Gewinn von euren Gütern nicht ersättigen würde, wenn sich eine Gelegenheit dazu darböte, welches jedoch Gott verhüten wolle. Sie wollen euch aber auch von der treuen Ergebenheit gegen Gott, gegen die heilige Kirche und gegen Uns abbringen, bei welcher ihr bisher standhaft verharret und, wie Wir ganz sicher dafür halten, auch in Zukunft ausharren werdet. Sie wollen euch aber zur Anhänglichkeit und Unterwerfung an den Feind Gottes und der Kirche verführen. Deshalb ermahnen Wir dich und geben dir den heilsamen Rath: Hüte dich vor dem süßen Gifte, das unter diesen Forderungen verborgen liegt, verwirf sie und sei taub gegen dieselben. Du hast dir durch deine herrlichen Thaten die Gewogenheit Gottes, der Kirche, des Vorsehers derselben und aller Gläubigen erworben; sei derselben auch noch ferner

werth und beherzige den Rath des Weisen, welcher spricht: Trane nie deinem Feinde, denn seine Bosheit besudelt und vergiftet alles; und schliche er auch ganz demüthig einher, so zeige ihm deine Abneigung und verwahre dich vor ihm, denn seine Demuth ist boshaft und sein Inneres voll Lücke. — Um seine Loslassung zu erlangen, hat dein Bruder mit dem Feinde Gottes und dem verwünschenswerthen Verfolger der Kirche ein Bündniß geschlossen, Freundschaft mit ihm gestiftet und sich zu Heiraten verpflichtet, welche gegen die Kirchengesetze streiten. Damit noch nicht zufrieden, befließ er sich aus allen Kräften, dich und deine Brüder von der Anhänglichkeit an Uns und an die Kirche abwendig zu machen und Uns mit deinem Erzfeinde auszusöhnen. Dann bestrebte er sich, die Reichstände und Fürsten durch Zureden und Schreiben zum Gehorsam gegen Ludwig zu verleiten, nannte ihn einen König und seinen Herrn und war ihm gänzlich ergeben, ohne sich um die Strafen zu kümmern, welche Wir in Unserm gerichtlichen Verfahren wider Ludwig allen denen gedroht haben, die sich dergleichen Fehltritte erlauben würden. Bedenkst du ferner, wie verstellt, ich will nicht sagen lägenhaft, du deinen Bruder nach seiner Befreiung gefunden haben mußt, so bleibt kein Zweifel übrig, daß weder Wir noch du ihm trauen dürfen, solange er diese Gesinnung beibehält, und das umso mehr, da Wir mit gutem Grunde dafür halten, daß er dir noch nicht alles anvertraut habe, was er mit Ludwig verabredet, denn beide scheinen es in der Fertigkeit zu lügen weit gebracht und sich miteinander verbunden zu haben, um gemeinschaftlich Uebelthaten auszuführen. Daher kam es auch, daß sie geheimnißvoll eine Unterhandlung gepflogen haben, zu welcher niemand zugelassen wurde, als nur ihre Väter, denen sie doch vielleicht wieder nicht alle ihre Geheimnisse geoffenbart haben. Nimm dir, lieber Sohn, das Gesagte wohl zu Herzen und denke an das Ende, damit du die Fallstricke, die sie dir legen, behutsam vermeidest und ihren Entwürfen nicht beistimmst, welche Gott, dem sie verhaßt sein müssen, vereiteln wird. Lieber Sohn, bleibe deinem löblichen Vorhaben getreu, denn Wir sehen es schon im Geiste voraus, daß Ludwig und Friedrich ihr Ziel nicht erreichen, daß sie selber in die Grube, die sie dir und deinem Anhange gegraben, fallen, daß sie die Würde, die sie unverschämmt an sich reißen wollen, nie erlangen und sich auch desjenigen Vorzuges, den sie besitzen mögen, verlustig machen werden, wenn sie die betretene Bahn nicht verlassen.“

Während aber Papst Johann XXII. den Herzog Leopold nicht nur gegen Ludwig den Baiern, sondern gegen den eigenen Bruder aufreizte, dachte er gar nicht daran, dem Hause Habsburg die deutsche Krone zu erhalten oder zu verschaffen, vielmehr begünstigte er fortwährend den König von Frankreich, den er in einem eigenen Schreiben aufforderte, doch nicht so lässig und träg zu sein, sondern endlich einmal mit Kraft zu handeln. Nach dem Willen dieses Papstes sollte also das Haus Habsburg Gut und Blut daran setzen, Ludwig den Baiern zu stürzen, nicht aber um dann selber die deutsche Krone zu behaupten, sondern sie an den französischen König gelangen zu lassen. Herzog Leopold durchschaute und verachtete diese Politik Johanns und kümmerte sich nicht mehr um denselben. Er beschloß aber die Fortsetzung des Kampfes gegen Ludwig den Baiern, um seinen Schwur zu erfüllen, um die Niederlage zu rächen, welche Habsburgs Banner bei Mühlbach erlitten.

Diesem mächtigen Feinde gegenüber entschloß Ludwig der Baiern sich zu einem Akte, der in der deutschen Geschichte kein Beispiel hat. Er schloß nämlich mit Friedrich dem Schönen zu München am 5. September 1325 einen Ver-

trag, kraft dessen sie beide gemeinschaftlich Kaiser und König des heiligen römischen Reiches deutscher Nation sein sollten. Die Urkunde dieses merkwürdigen Vertrages (sie befindet sich im Originale im k. k. geheimen Archive zu Wien) beginnt mit den Worten: „Wir Ludwig und Friedrich von Gottes Gnade römische Könige, zu allen Zeiten Mehrer des Reiches.“ Die beiden Fürsten vereinigten sich dahin, daß sie, weil sie beide gewählt und gekrönt wären, das römische Reich von nun an wie eine einzige Person, mit gleicher Würde und gleichen Rechten regieren würden. Sie gelobten einander Treue, Rath und Hülfe in allen Dingen. Was des Einen Sache sei, sollte auch die des Andern sein, und aller Orten würden sie jede Noth, Uebles und Gutes, Nutzen und Schaden gemeinsam tragen. Beiden wird gleiche Ehre in den Straßen, in den Kirchen und überall erwiesen; beide nennen und schreiben sich römische Könige und heißen einander Brüder. Schreibt einer dem andern, so setzt er dessen Namen vor; bei gemeinsamen Ausfertigungen wird mit der Vorsetzung des Namens von Fall zu Fall gewechselt. Was einer in Abwesenheit des andern in Regierungsangelegenheiten vornimmt, das muß er in beider Namen thun, denn ihre Regierung ist ungetheilt. Zwei neue Siegel werden verfertigt, von gleicher Gestalt und Größe, und in dem Siegel Ludwigs soll der Name Friedrichs, in jenem Friedrichs der Name Ludwigs voran stehen. Große Reichslehen, wie Königreiche, Fürstenthümer, Grafschaften müssen von beiden verliehen werden; kleinen kann einer von beiden allein ertheilen, und der andere bestätigt es; der Lehensherr aber muß beiden geleistet werden. Verpfändungen von Reichsstädten und Ländern und andere wichtige Geschäfte können nur von beiden vorgenommen werden. Wenn einer der beiden Könige nach Italien zieht, so gibt ihm der andere für dort die volle Gewalt, und diese behält auch der in Deutschland bleibende; was dann hier und dort der eine verfügt, das soll der andere durch Urkunden bekräftigen. Was jeder vorher verliehen oder verpfändet oder sonst nach zuständigem Rechte vorgenommen hat, das bleibt in Kraft. Die ungetheilte Reichsgewalt gilt auch über ihre beiderseitigen Reichslehen. Wer dem einen geschworen hat oder schwört, soll auch dem andern schwören, und wer des einen Feind oder Gönner ist, muß es auch des andern sein. Wer sich dem widersetzen sollte, den werden beide gemeinschaftlich dazu zwingen. Zur Erhaltung der Einheit des königlichen Gerichtes sollen beide nur einen Hofrichter und einen Hofschreiber halten, welche das eine halbe oder Viertelsjahr bei dem einen, das andere bei dem andern der beiden Könige sich aufhalten. Was vor einem gerichtet wird, bestätigt der andere, und der Prozeß, der von dem einen begonnen aber nicht beendigt wurde, wird von dem andern fortgeführt. Wer von dem einem gerichtet worden, der kann von dem andern durch Urtheil wieder von dem Banne losgesprochen werden. Gegen geistliche wie weltliche Widersacher werden beide Könige wie ein Mann kämpfen und sich durch keinerlei Gefahr von einander trennen lassen. Beide haben den gegenwärtigen Vertrag vor ihren Reichsoäktern beschworen und werden ihn von Wort zu Wort unverbrüchlich halten.“

Als dieser anfangs geheim gehaltene Vertrag bekannt wurde, erregte er sehr verständlich großes Aufsehen und vielfältigen Widerspruch. Herzog Leopold war mit diesem Uebereinkommen sehr unzufrieden, denn er sah sich durch dasselbe in seinem Rachekampfe gehemmt und es verletzte seinen Stolz, daß das Haupt des Hauses Habsburg nur neben dem Baiernfürsten auf dem deutschen Throne sitzen sollte. Doch auf die dringenden Bitten Friedrichs fügte sich Leopold und war nun eifrig bemüht, dem Münchner Vertrage allgemeine Anerkennung zu verschaffen.

Das gelang ihm aber nicht. Die gemeinschaftliche Regierung Ludwigs und Friedrichs war offenbar gegen die Reichsgesetze und überhaupt etwas so außerordentliches, daß die Kurfürsten gewiß das Recht und die Pflicht hatten, Widerspruch zu erheben. Man suchte ihre Zustimmung zu gewinnen. Der Markgraf von Brandenburg war als Sohn Ludwigs des Baiern natürlich von vornher einverstanden; die Kurfürsten von Mainz und Köln und der Herzog von Sachsen schienen zur Nachgiebigkeit geneigt; aber König Johann von Böhmen, Erzbischof Balduin von Trier und Pfalzgraf Adolf am Rhein waren hartnäckige Gegner. Doch würde man sie vielleicht doch gewonnen haben, wenn nicht der Papst sein mächtiges Veto eingelegt hätte. Als Johann XXII. von dem Münchner Vertrage Kunde erhielt, verdamnte er denselben sofort in heftigster Weise und erließ an die Kurfürsten aufreizende Schreiben, in denen die Uebereinkunft Ludwigs und Friedrichs als eine nicht zu duldennde Verletzung des kurfürstlichen Rechtes, als der Umsturz der deutschen Verfassung dargestellt wurde. So geschah es, daß der Pfalzgraf am Rhein seine verfassungsmäßige Stellung als Reichsverweser einnahm, indem er am 14. Oktober 1325 das Reich für erledigt erklärte.

Die beiden Könige lehrten sich jedoch nicht daran und übten wirklich gemeinsam Regentenhandlungen aus. Doch war Ludwig der Baier der eigentliche Kaiser; Friedrich der Schöne, welcher seit dem Unglück bei Mühldorf leiblich und geistig herabgekommen war, spielte eine sehr bescheidene, ziemlich passive Rolle. Dadurch fühlte Herzog Leopold sich verletzt und beunruhigt und blieb daher fortwährend an der Spitze eines Heeres, um den Münchner Vertrag, die Rechte seines Bruders gegen jedermann zu schützen, eintretenden Falles auch gegen Ludwig, mit dem sich Leopold persönlich nicht versöhnt hatte, ihn vielmehr beständig mit feindseligem Mißtrauen betrachtete. Ludwig verdiente das nicht, denn er dachte an keinen Vertragsbruch, zwischen ihm und Friedrich herrschte die freundschaftlichste Eintracht; leider war sie jedoch nicht im Stande, auch dem Reiche Frieden zu schaffen. Ludwig war ganz und gar von dem Kampf mit dem Papste in Anspruch genommen. Er rüstete zu einem Römerzuge, um Johann XXII. abzusetzen und in Italien die kaiserliche Gewalt herzustellen. Da schloß er mit Friedrich am 7. Jänner 1326 einen neuen Vertrag, durch welchen nunmehr zwischen beiden die Herrschaft derart getheilt werden sollte, daß Ludwig der Baier über Italien, Friedrich der Schöne über Deutschland herrschen sollte. Dieser Vertrag kam jedoch nicht zur Ausführung.

Der Römerzug Ludwigs verzögerte sich, weil die deutschen Fürsten ihm nicht Heeresfolge leisten wollten. Mittlerweile versank Friedrich immer mehr in Schwermüthigkeit und nahm an der Reichsregierung fast gar keinen Antheil mehr. Desto ungestümer wurde sein Bruder Leopold. Er war beständig im Felde, um die Gegner Habsburgs zu züchtigen. Auf einem Zuge gegen Speyer erkrankte er, wurde nach Straßburg gebracht und starb daselbst am letzten Februar 1326. Mit ihm verlor Friedrich alles Ansehen im Reiche, welches er in der That nur den Waffen des Bruders verdankt hatte. Er wurde seiner traurigen Regementsrolle überdrüssig. Im Dezember 1326 kamen die beiden Könige in Innsbruck zusammen und Friedrich der Schöne erklärte seinen Entschluß, sich von der Reichsregierung gänzlich zurückzuziehen; doch behielt er den Königstitel. Mit brüderlichen Umarmungen trennten sich die beiden Fürsten. Friedrich begab sich nach Oesterreich, wo er bald darauf den Schmerz hatte, auch seinen Bruder Heinrich durch den Tod zu verlieren. Dies steigerte seinen Trübsinn und er verlebte den größten Theil seiner Zeit in der von ihm gestifteten Karthause zu Mauerbach.

Ludwig machte inzwischen seinen Römerzug, bemächtigte sich Rom, setzte Johann XXII. ab (der sich jedoch in Avignon befand) und wurde zum Kaiser gekrönt. Bald mußte er aber, von Verrath umgeben, nach Deutschland zurück eilen, wo er den unglücklichen Kampf mit dem Papste und mit den widerspenstigen Reichsfürsten fortsetzte.

Inzwischen traf Oesterreich das Unglück eines fürstlichen Bruderkrieges. Bisher hatten die habsburgischen Prinzen in vollkommenster Eintracht gelebt und immer dem Ältesten des Hauses Gehorsam geleistet. Dieser älteste war Friedrich der Schöne, er sollte, nachdem er sich aus dem Reiche zurückgezogen, die österreichischen Länder regieren. Da er aber körperlich und geistig gebrochen war und seine Zeit fast nur mit klösterlichen Uebungen zubachte, so sank sein Ansehen und damit die öffentliche Ordnung. Da empörte sich Herzog Otto, mit Böhmen und Ungarn verbündet, gegen das Haupt der Familie, und es kam im Jahre 1328 zu einem Kriege, in welchem böhmische und ungarische Schaaren die österreichischen Lande gräulich verheerten. Friedrich zum Widerstande weder geistig noch mächtig, machte dem Unglück durch einen raschen nachtheiligen Friedensschluß ein Ende. Diese bittere Erfahrung brach seine Lebenskraft gänzlich. Er zog sich zuerst nach Graz und dann in das einsame Felsenschloß Guttenstein in Niederösterreich zurück, wo er am 13. Jänner 1330 im einundvierzigsten Jahre seines Lebens starb. Mit ihm trat das Haus Habsburg auf ein Jahrhundert von der hervorragenden Stellung zurück, die es in Deutschland errungen hatte und es schien, als ob die großen Pläne Rudolfs I. und Albrechts I. niemals in Erfüllung gehen würden.

(Fortsetzung der Hauptabhandlung folgt.)

Mit vorliegender Nummer schließt das I. Quartal. Wir bitten die Erneuerung der Pränumerationen ebemöglichst zu veranlassen, damit Störungen in der Expedition vermieden werden.

Die P. L. Abonnenten, welche die „Reform“ im Wege der k. k. Postanstalten beziehen, ersuchen wir um deutliche geschriebene Adresse und um Angabe der letzten Post.

Die Pränumerationen bitten wir, falls der Bezug nicht im Wege des Buchhandels stattfindet, einzuleiten:

Für Wien: Expedition, Schulerstraße Nr. 18.

Für die Provinz: Mit direkter Postversendung bei der unterzeichneten Administration, welche sich die Bestellungen franko erbittet.

Administration der „Reform“

in Wien, Taborstraße Nr. 52.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schafelski.

Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Taborstraße.

Administration: Taborstraße Nr. 52.

Druck von R. v. Malsheim

Die Reform.

Wochenschrift,

redigirt von

Franz Schuselka.

Neunter Jahrgang.

Zweites Quartal.

Wien, 1870.

Druck von K. v. Waldheim.

Inhaltsverzeichnis des II. Quartals.

	Seite
Nr. 14	425—456
Einige Worte zum Uebergange. — Die Leidenschaft und Furcht der Magyaren. — Was des Reiches ist. — Die Reichsrathskrise: 1. Die Ausgetretenen haben nach Recht und Pflicht gehandelt. 2. Beschlussfähig. — Korrespondenz der Reform: (Aus der Bukowina.) — Der Türkenwindel. — Kleine kritische Chronik: (Aus dem Reichsrathe. Reichbauer's Antrag. Zeitungsstempel Das Erwerbssteuergesetz im Herrenhause. Aus Siebenbürgen. Der Prozeß des Jatocnik. Arbeiterunruhen bei Reichenberg. Die Stimmung in Frankreich. Die süddeutsche Bewegung. Rom und die Mächte. Barrikaden in Spanien.) — Haus- musil. — Geschichtliche Beiträge: Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. (Fortsetzung.) IX. Die Erwerbung Kärnttens. Abbruch des Weissen Hansgesetzes.	
Nr. 15	457—488
Die Lage und Stimmung. — Zum Ausgleich mit Böhmen. — Die letzten Thaten des Reichsrathes. — Die Denkschrift der wälschtirolischen Reichsraths- abgeordneten. — Kleine kritische Chronik: (Ministerlisten. Tragische Lustigkeit. Graf Benst. Hat Oesterreich geistig Bankrott gemacht? Ungarn und Kroatien. Die verhassteten Arbeiterführer. Amnestie. Das Plebiszit in Frankreich. England und Irland. Die Pforte und Serbien. Romanien.) — Zur Wiederaufführung des Gluck'schen „Orpheus“ in Wien. — Geschichtliche Beiträge: Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. (Fortsetzung.) XII. Herzog Rudolf der Stifter. Die Erwerbung Tirols. — Offener Dank.	
Nr. 16	489—520
Zum bevorstehenden Kampfe. — Aktion des Grafen Beust. — Die österreichischen Verfassungskämpfe und das nationale Moment. — Das Reich des heiligen Stephan und die Föderation. — Die moderne Besteuerung und die Besteue- rungsreform. — Zur Reform des österreichischen Civil-Pensionsstatuts. — Kleine kritische Chronik: (Das neue Kabinet. Persönliches und Sachliches. Das Minoritätsvotum. Eine ministerielle Rundgebung. Die Bewegung in Frankreich. Deutsche Stimmen über unsere neueste Aera. Vom Konzil.) — Geschichtliche Beiträge: Zur Geschichte der Entwicklung der österreichi- schen Staatsidee. (Fortsetzung.) XIII. Der innere Aufschwung Oesterreichs unter Rudolf dem Stifter. — Korrespondenz der Redaktion.	

Nr. 17 521—552

Thesen zur Situation und Aktion. — Die böhmische Frage. — Schicksale des böhmischen Staatsrechtes. — Konziliar-Briefe. — Unsere Handelsmarine und die Plener'sche Verlassenschaft. — Kleine kritische Chronik: Die Preshamnestie. Das Privilegium der Schriftsteller. Die inhaftirten Arbeiter. Die schwebenden Ehrenbeleidigungsprozesse. Dr. Arbes und Dr. Czizel. Ungarn und die nationale Opposition. Strossmayer. Die Krisis in Frankreich. Preußen und Oesterreich. Vom Konzil. Schwarzenberg und Rauscher.) — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. (Fortsetzung.) XIV. Albrecht III. — Erinnerungen aus Böhmen an das Jahr 1848. I. — Korrespondenz der Redaktion.

Nr. 18 553—584

Zum Ausgleich. — Das preussische Deutschland. — Das traurige Ereigniß in Griechenland. — Die Arbeiterinnen. — Kleine kritische Chronik: (Die Verhandlungen. Ministergerichte. Beust. Andrassy. Kellersperg. Neue Gesetze für Ungarn. Miletics. Romann. Kroatien. Der kaufmännische Reformverein. Frankreich. Griechenland. Vom Konzil.) — Ueber die häusliche Erziehung des Frauengeschlechtes. — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. XIV. Albrecht III. (Fortsetzung.) — Erinnerungen aus Böhmen an das Jahr 1848. II. — Offener Dank.

Nr. 19 585—616

Die Rede des Fürsten Ladislaus Czartoryski in Paris. — Ungarn und die cisleithanische Verfassungskrisis. — Ein neues Nationalitätengesetz für Ungarn. — Das Drama von Dropos. — Kleine kritische Chronik: (Die Ministerernennungen. Die Vorverhandlungen. Die böhmischen und polnischen Blätter gegen den Pariser Czartoryski; die „Neue freie Presse“ für ihn. Aus Ungarn: Der Prozeß Apor. Aus Kroatien: Strossmayer und Rauch. Der Sieg Napoleons. England und Griechenland. Die Klosterfrage in England. Republikanischer Putz in Italien.) — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. XIV. Albrecht III. (Fortsetzung.) — Erinnerungen aus Böhmen an das Jahr 1848. III. (Schluß.) — Offener Dank.

Nr. 20 617—648

Reichsrath oder nicht? — Kritische Streifzüge: (Die Stellung des Grafen Beust. Die Lage Napoleons III. Die Deutschen draußen im Reich und die deutschen Oesterreicher.) — Oesterreichisch oder national? — Der Föderalismus und die Nachstellung des Reiches. — Der ministerielle Entwurf eines Lehrplanes für Realschulen. — Korrespondenz der „Reform“: (Ein Eisenbahnanliegen.) — Kleine kritische Chronik: (Widmann-Affaire. Die Prager Verhandlungen. Fürst Dietrichstein. Smolka. Einigung aller böhmischen Parteien. Die Militärgrenze. Das Munizipalgesetz. Die kroatische Opposition. Strossmayer. Der Triumph Napoleons. Duc de Grammont. Griechenland. Vom Konzil. Der Czar in Berlin.) — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. XIV. Albrecht III. (Schluß.) — Korrespondenz der Redaktion. — Offener Dank.

Nr. 21 649—680

Die Aktion. — Der italienische Vulkan. — Preußen und Rußland. — Auflebens- und Absterbenssymptome in der Türkei. — Napoleon III. — Kroatien und Siebenbürgen. — Kleine kritische Chronik: (Die deutsche Bewegung in Oesterreich. Die Verhandlungen mit den Polen. Czechen, Polen, Slovenen und Tiroler. Lomhah. Andraffy. Jellacic. Spanien und Portugal. Napoleon.) — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. (Fortsetzung.) XV. Theilung, Bruder- und Bürgerkrieg. — Offener Dank.

Nr. 22 681—712

Oesterreich appellirt an die Oesterreicher. — Auch ein „czechisches“ Memorandum (von Franz Palacky). — Zur böhmischen Frage. — Die fehlenden Faktoren in der europäischen Politik. — Der Ausschuß Oesterreichs aus Deutschland. — Rumänisches. — Kleine kritische Chronik: (Das nächste Ziel der Aktion. Andraffy. Die Verhandlung mit den Polen. Palacky. Kieger. Die Wahlbewegung. Die Jähnguldenmänner. Vom Konzil. Der norddeutsche Bund. Griechenland. Romänien. Rußland in Asien.) — „Nur ruhig Blut.“ — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. XV. Theilung, Bruder- und Bürgerkrieg. (Schluß.) — Korrespondenz der Redaktion.

Nr. 23 713—744

Die Politik des Grafen Julius Andraffy und der deutschen Falschliberalen. — Die innere und äußere Haltung Rußlands. — Die Siebenbürger Sachsen. — Die Ultramontanen und die Dejembristen. — Kleine kritische Chronik: (Die Wahlbewegung. Die Alten, Jungen und Mittleren. Die Stellung Wiens. Die Klerikalen. Volksversammlung in Schönau. Ein Schlag gegen Kroatien. Das Konzil und die Mächte. Die revolutionäre Bewegung in Italien. Der Schweizer Bundesrath. Spanien.) — Herder über Preußen und Oesterreich. — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. (Fortsetzung.) XVI. Albrecht V. wird König von Ungarn und Böhmen und deutscher Kaiser. — Korrespondenz der Redaktion.

Nr. 24 745—776

Triatismus im Innern und von Außen. — Der Lehrestag. — Kritische Streifzüge: (Verspätete reichsfanzleische Einsicht Böhmen und die Deakisten.) — Die Verfassungskrisis und die Armee. — Eine deutsche Stimme aus Mähren. — Kleine kritische Chronik: (Die Wahlen. Die Alten und die Jungen. Die Sozialdemokraten. Polnische Zwietracht. Auflösung des Vereins zur Wahrung der Volksrechte. Die Aufregung in Kroatien. Ein Fehler Napoleons III. Die Klerikalen und Napoleon. Eine neue Räubergeschichte. Luca Bucalovic. Ein Centralisationsstreich in Nordamerika.) — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. XVI. Albrecht V. wird König von Ungarn und Böhmen und deutscher Kaiser. — Korrespondenz der Redaktion: (Erwiderung auf den „Morgenpost“-Artikel: „Schufella und Smolla.“)

Die Opposition in Oesterreich-Ungarn. — Ueber Konfobate. — Weibliche Bildung. — Handelspolitische Streifzüge. — Korrespondenz der „Reform“: (Agram: Professorenstreik. Aus Siebenbürgen: Kirchliches.) — Kleine kritische Chronik: (Die Wahlen in Niederösterreich. Die Bewegung in Böhmen, Mähren, Galizien und bei den Slovenen. Die Gotthardsbahn. Frankreich und Preußen. Oesterreich und Rußland.) — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. (Fortsetzung.) XVII. Ladislaus Posthumus. — Erklärung. — Offener Dank.

Die Sieger bekommen Angst. — Glossen zu einigen Wahlreden. — Einiges über Gewählte und Nichtgewählte und über die Bedeutung der Wahlen. — Kritische Streifzüge: (Ein Beitrag zur magyarischen Kulturgeschichte. Fabejess, Oesterreich und Rußland.) — Kleine kritische Chronik: (Die Wahlen in Oberösterreich, Mähren, Steiermark und Krain. Graf Falkenhayn. Giska in Bräun. Erneuerung des Ministeriums. Das Erzbisthum Agram. Eine Todtenfeier in Italien. Die Bürgermeister in Frankreich. Die Orleaniden. Isabella.) — **Geschichtliche Beiträge:** Zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee. XVII. Ladislaus Posthumus (der Nachgeborene). (Fortsetzung.) — Korrespondenz der Redaktion. — Offener Dank.



Die Reform.

No. 14.

Wien, den 7. April 1870.

IX. Jahrgang.

Einige Worte zum Uebergange.

„So vergehen des Lebens Herrlichkeiten, so entfleucht das Traumbild eitler Macht!“ Diese Worte des Dichters der Elegie in den Ruinen eines alten Bergschlosses könnte man auf das gestürzte Bürgerministerium, auf den zertrümmerten Reichsrath anwenden. Ein so trauriges, klägliches Ende einer mit so vielem Stolz und Pomp und Ruhmeslärm begonnenen Laufbahn stimmt wahrlich elegisch. Wir unserntheils könnten allerdings Befriedigung empfinden, da wir den beiden hohen Körperschaften gleich von Anfang an ein gründliches Fiasco vorausgesagt haben. Aber die Nachtheile und Gefahren, welche dem ohnehin schon fast zu Tode experimentirten Oesterreich dieses letzte Experiment herbeigeführt hat, sind so groß, daß uns der Ernst der Sache traurig stimmt, obwol wir den Personen gegenüber persönlich alle Ursache hätten zu triumphiren. Da wir das sogenannte Bürgerministerium und den sogenannt ordentlichen Reichsrath gleich bei ihrem Eintritt ins Leben mit einer ganz entschiedenen Verurtheilung begrüßt haben, so können wir es füglich unterlassen, ihnen nun einen verdamnenden Nachruf zu widmen. Wir überlassen dieses Nachrichteramt denjenigen, welche von denselben Persönlichkeiten, welche sie jetzt mit bitterstem Tadel, mit Spott und Schimpf überhäufen, vor zwei Jahren die wunderbarsten Wunderwerke gehofft und prophezeit, ihnen in servilster Weise gehuldigt, sie als Muster der Staatsweisheit gepriesen, sie selbst noch vor wenigen Wochen als die einzig möglichen, unentbehrlichen Retter, Befreier und Beglucker Oesterreichs dargestellt und ausgerufen haben. Wir unserntheils wollen jetzt ein sehr mildes Urtheil sprechen. Dieses Ministerium und dieser Reichsrath konnten ihre Aufgabe nicht erfüllen, weil sie sich eine Unmöglichkeit zur Aufgabe gestellt hatten und stellen ließen. Daß sie diese Unmöglichkeit nicht erkannten, oder sich schmeickelten und einschmeicheln ließen, das Unmögliche möglich machen zu können, das ist ihr größtes Verschulden. Aber ein sehr schweres Verschulden, denn Oesterreich hat zwei kostbare Jahre verloren.

Die Männer der letzten Ära sind an einer Unmöglichkeit gescheitert. Dies soll die maßgebende Lehre sein für ihre Nachfolger. Möge man sich hüten, die Unmöglichkeitspolitik fortzusetzen, möge man sich nicht dem Wahne hingeben, das jetzt kläglich Mißlungene werde gelingen, wenn man es nur anders anfängt, wenn man nur mit andern Personen und Mitteln, etwa gar nur mit liberalen Phrasen und mit diplomatischen Kunststücken operirt. Man hat es mit einer

Opposition zu thun, welche klar weiß, was sie will, welche ein wachsamcs Auge und ein feines Gehör und durchaus kein leichtgläubiges Vertrauen mehr hat, welche fest entschlossen und auch stark genug ist, ihren Willen, ihr Recht, das Recht der Majorität der Bevölkerung durchzusetzen.

Die Männer, welche es unternehmen, diese Opposition zu befriedigen, unterziehen sich einer überaus schwierigen Aufgabe. Die Hinterlassenschaft des Bürgerministeriums ist eine kläglich verworrene; die Unzufriedenheit hat überall den höchsten Grad erreicht, die in dem Verfassungsausgleich schon an und für sich liegenden Schwierigkeiten sind außerordentlich gesteigert, die Autorität ist tief erschüttert, das öffentliche Vertrauen ist verschwunden, in allen Völkern, in allen Ständen und Schichten der Bevölkerung herrscht der desperatcste Pessimismus. Es gehört patriotische Hingebung dazu, seine Kraft und seinen Ruf daran zu setzen, die Uebel zu beseitigen, dieses Chaos zu entwirren, in diese Finsterniß Licht, in diese Hoffnungslosigkeit wieder Glauben und Vertrauen und muthige Thatenlust zu bringen. Es sind echte Staatsmänner von eminenter Begabung, schwungvoller Thatkraft und durchaus tüchtigem Charakter nothwendig. Es gehört Selbstverleugnung und Aufopferung dazu, das Werk der Regeneration des so übel zugerichteten Oesterreich zu versuchen, denn ein abermaliges Mißlingen liegt sehr nahe, und beim Gelingen werden sich Zustände gestalten, denen die rettenden Staatsmänner einen großen Theil des Siegesgenusses und Machtbesiges werden opfern müssen.

Wir unterlassen es, die Männer, welche gerüchtweise als Ministerkandidaten genannt werden, zu kritisiren. Wir sprechen nur den innigen aber ängstlichen Wunsch aus, daß die rechten Männer gefunden werden mögen. Wenn Graf Alfred Potocki die Bildung eines neuen Kabinetts übernommen hat, so erweckt das unser Vertrauen. Nach der Konsequenz des konstitutionellen Prinzips sollten auch die beiden andern Unterzeichner des Minoritätsvotums, Graf Taaffe und Dr. J. N. Berger in das neue Kabinet eintreten, aber durchaus kein Mitglied der Fünfer-Majorität, und auch keiner der Männer, die sich dieser Majorität angeschlossen haben, deren Triumph ein so kurzer und trauriger war.

Nach strengem konstitutionellen Usus sollte auch Graf Beust zurücktreten. Der jetzige Zustand Oesterreichs ist sein eigenstes Werk. Er ist als Schöpfer dieser neuen freien Aera gepriesen und als Vater des Bürgerministeriums adorirt worden. Er hat als allmächtiger Staatsminister die jetzige Organisation Oesterreichs eingerichtet, er hat im Einverständniß mit den Magyarern und unter dem Jubel der deutschen Verfassungs-Orthodoxen das Programm der neuen Aera proklamirt, er hat dieses Stück der österreichischen Geschichte in Scene gesetzt, die Acteure ausgewählt und die Rollen an sie vertheilt, er ist, anfangs offen und später heimlich, der Regisseur und Souffleur gewesen. Da nun das Stück total durchgefallen ist, so sollte selbstverständlich auch der Autor, Direktor und Regisseur nicht auf der Bühne bleiben. Doch

scheint es Thatsache zu sein, daß Graf Beust wieder an der Spitze der Aktion steht, wenn auch nicht mit denselben offenen Machtbefugnissen, wie im Jahre 1866. Wir wiederholen, daß wir unserntheils nichts dagegen haben, obwohl wir gegen Herrn v. Beust seit dem Beginn seiner österreichischen Wirksamkeit aus österreichischem Pflichtgefühle in Opposition stehen. Doch wenn die Krone ihm vertraut, und wenn die Völker ihn als Vermittler anerkennen, so möge er in der zweiten Periode seiner österreichischen Aktion glücklicher sein als in der ersten. Auch wir werden uns freuen, wenn es ihm gelingt, wenigstens theilweise wieder gut zu machen, was er Uebles angerichtet hat. Wir warnen ihn aber vor eittem Sanguinismus. Möge er sich nicht dem Wahne hingeben, das Ausgleichswerk mit scharfhaftem Humor, mit glatten Worten und diplomatischen Kunstgriffen, durch halbe Zugeständnisse und besonders durch ein Kolettiren mit einer gewissen Sorte der Liberalen und des Liberalismus zu Stande bringen zu können. Durch ein abermaliges Fiasco würde er nicht blos seinen ganzen staatsmännischen Ruf, sondern auch Oesterreich, in welchem er persönlich ein so großes Glück gemacht hat, vernichten.

Von den opponirenden Völkern setzen wir als gewiß voraus, daß sie geneigt und bereit sein werden, zu einem wirklichen Ausgleich, d. h. Vergleich, zu einer wahrhaften Versöhnung die Hand zu bieten. Es handelt sich ja um die Existenz Oesterreichs, und diese Völker brauchen dieses Oesterreich. Die Deutschösterreicher aber beschwören wir, nicht abermals in doktrinärem Eigensinn, in buchstabengläubiger, papierner Verfassungstreue die freie Vereinbarung gerechter, wahrhaft freier und dadurch allgemein befriedigender Verfassungszustände zu erschweren oder zu vereiteln. Nicht das Deutschthum hat eine Niederlage erlitten, sondern nur eine durch Eitelkeit, Eigennutz und Herrschsucht verblendete Partei. Wenn die Deutschösterreicher sich rühmen, vorzugsweise die Bildung und Freiheit zu vertreten, so sollen sie diesen Vorzug zu allererst dadurch beweisen, daß sie allen andern Völkern gerecht werden, daß sie ein wahrhaft freies gleichberechtigtes Nebeneinanderleben möglich werden lassen, und dadurch zeigen, daß sie den freien geistigen und politischen Wettkampf mit allen andern Nationalitäten nicht scheuen. Wenn die Deutschösterreicher sich abermals zu einer so ichsüchtigen und völkerfeindlichen Opposition aufheben lassen, wie im Anfang des Jahres 1867, nun so können sie vielleicht scheinbar und momentan noch einmal siegen, aber dieser ihr Sieg würde die vernichtende Niederlage Oesterreichs sein. Die Deutschösterreicher würde dann die geschichtliche Verurtheilung treffen, daß sie, obwohl die Nationalitätspolitik verspottend und verdammend, doch selber aus nationalem Uebereifer, aus nationaler Hoffart und Herrschsucht das Reich zu Grund gerichtet haben, welches nach ihrem Namen genannt wird und nicht blos für sich selbst, sondern für Europa und besonders auch für die wichtigsten Interessen Deutschlands eine große Rolle spielen sollte.

Die Leidenschaft und Furcht der Magyaren.

Mehr, als es äußerlich erscheint, werden die Geschehnisse Oesterreichs jetzt durch die Leidenschaft und Furcht der Magyaren beeinflusst. Die Magyaren haben die Leidenschaft, alle Nationalitäten des Stephansreiches zu beherrschen, sie nach und nach zu magyarisiren, ein magyarisches Großreich zu gründen. Zu diesem Ziele hoffen sie durch die jetzige Organisation der habsburgischen Monarchie zu gelangen. Deshalb verlangen sie mit begreiflicher Heftigkeit, daß diese Organisation unverändert aufrecht bleibe, beziehungsweise in der westlichen Reicheshälfte energisch durchgeführt werde. Nun ist aber die Durchführung dieser Organisation in Eisleithanien nicht einmal in dem Maße gelungen, wie jenseits der Leitha, ja sie muß als gänzlich mißlungen betrachtet werden, und es drängt sich die gebieterische Nothwendigkeit einer Aenderung auf. Dies erfüllt die Magyaren mit der Furcht, daß eine Ausgleichspolitik in Eisleithanien auf die ungarischen Verhältnisse zurückwirken, die jetzige Organisation des Stephansreiches erschüttern, auch dort die Nothwendigkeit einer Aenderung herbeiführen könnte *). Deshalb sind die Magyaren Gegner der nationalen und staatsrechtlichen Opposition der diesseitigen Völker, und durch diese magyarische Gegnerschaft wird ein befriedigender Ausgleich mit diesen Völkern mächtig gehindert, oder doch gefährlich verzögert.

Man muß nun den Magyaren zuvörderst mit aller Offenheit sagen, daß die diesseitige nationale und staatsrechtliche Opposition nicht im entferntesten daran denkt, ihnen das zu nehmen, was sie errungen, das zu zerstören, was sie aufgebaut haben. Man erlaubt sich nur, die Magyaren vor der Selbsttäuschung zu warnen, in der sie ihr Herrschaftsgebäude schon für vollendet, für dauernd fest begründet halten, man erlaubt sich, die Ungerechtigkeit und Unfreiwilligkeit zu tadeln, mit welcher die Magyaren die andern Völker ihres Reiches behandeln; man macht sie freundschaftlich auf die Unzufriedenheit dieser Völker aufmerksam, welche so groß ist, daß das jetzige Magyarenreich wahrhaftig auf einem Vulkan steht; und man hält sich für berechtigt und verpflichtet, für diese unterdrückten, in ihrer nationalen Existenz bedrohten Völker ein Mitgefühl zu haben und es auch zu äußern. Weiter geht die diesseitige nationale Opposition in dieser Beziehung nicht. Sie überläßt es einerseits der Gerechtigkeit, Freisinnigkeit und Staatsklugheit der Magyaren und andererseits dem Selbstbewußtsein und Freiheitsgefühle, dem Muth und Kraft der nicht magyarischen Völker, auch in dem

*) Auch sehr viele Deutschösterreicher sind von der Leidenschaft ergriffen, die andern Völker zu beherrschen, und von der Furcht gequält, beherrscht und unterdrückt zu werden, wenn sie nicht herrschen. Wir haben das schon oft widerlegt und verweisen auf den nachfolgenden Artikel über die Reichsrathskrisis.

Stephansreiche Zustände herbeizuführen, unter denen eine allgemein freie Existenz möglich ist. Man ist überzeugt, daß die Kroaten, Slovaken, Serben, Rumänen, Ruthenen und Deutschen der Stephanskronen im Stande sein werden, für sich selbst zu sorgen, sich Recht zu verschaffen, und daß andererseits die Magyaren nur für ihr eigenes Heil sorgen werden, wenn sie diesen Völkern Gerechtigkeit gewähren.

Wenn aber die Magyaren, während sie in ihrem eigenen Reiche noch so große Schwierigkeiten zu überwinden haben, der Gerechtigkeit und Freiheit noch so viel schuldig sind, sich auch noch in die Angelegenheiten unserer Reichshälfte herrschend eindringen wollen, so muß man sie mit allem Nachdrucke in ihre Schranken zurückweisen. Sie sind aus diesen Schranken heraus, sie sind weit über ihr Recht hinausgegangen, als sie für die Organisation der habsburgischen Monarchie die utopische und despotische Fiktion von den „zwei freien Nationen“ aufstellten, welche mit einander paktiren und die Herrschaft über die andern Völker theilen sollten. Die Magyaren waren nicht berechtigt, in ihrem eigenen Reiche sich als die einzig freie, zur Herrschaft prädestinirte und privilegierte Nation zu proklamiren, und sie waren und sind noch viel weniger berechtigt und ermächtigt, zu diktire, daß auch in unserer Reichshälfte nur eine einzige freie Nation existiren und als solche herrschen sollte.

Die Magyaren sind gegen die diesseitige nationale Opposition im höchsten Grade undankbar. Sie haben sich über diese Opposition gefreut, haben sie gepriesen, so lang sie sich auf dieselbe stützen konnten in ihrem Widerstande gegen die Schmerling'sche Centralisation des ganzen Reiches. Bei all ihrer rühmenswürdigen Standhaftigkeit verdanken die Magyaren doch ihre jetzigen Errungenschaften in bedeutendem Maße eben der diesseitigen nationalen Opposition. Raum aber hatten sie das Ihrige erreicht, so gaben sie die Völker und Parteien, welche bis dahin ihre sehr wirksamen Bundesgenossen waren, den bis dahin gemeinschaftlichen Feinden preis und reicheten schmeichlerisch denjenigen die Hand, welche früher den Magyarismus gar gern mit Feuer und Schwert ausgerottet hätten und ihn wol noch ausrotten möchten.

Die Magyaren kämpfen jetzt gemeinsam mit diesen ihren Feinden gegen ihre wahren aufrichtigen Freunde, und sie kämpfen mit falschen Waffen. Beständig schreien sie unisono mit den Dejembristen, daß der Föderalismus zum Untergange Oesterreichs führen würde; und doch wird der Ausgleich mit Ungarn, der nichts anderes als Föderalismus ist, als Rettung Oesterreichs gepriesen. Die Magyaren stimmen in das falsche Geschrei der Dejembristen ein, daß der Ausgleich mit den opponirenden diesseitigen Völkern zur Reaktion, zum Untergange der konstitutionellen Freiheit, zum Feudalismus und Absolutismus führen würde; und doch konnte eben erst in Folge des ungarischen Ausgleichs die konstitutionelle Freiheit einigermaßen lebendig werden, und doch ist das jetzige neue freie Ungarn immer noch nichts anderes als eine Adelsoligarchie, und doch zeigt der Augen-

schein, daß das starre Festhalten an der Dezemberverfassung nur entweder zum Absolutismus, oder zum Zerfalle Oesterreichs führen kann. Wollen die Magyaren etwa diesen Zerfall? Wehe dann ihnen! Für kein anderes Volk ist zum Schutze seiner eigenen Existenz dieses Oesterreich so unentbehrlich nothwendig, wie eben für die Magyaren.

Dieses sonst in so vieler Beziehung ruhmwürdige Volk wird durch seine Leidenschaft der Herrschsucht und durch die Furcht in der Befriedigung dieser Leidenschaft gestört und gehemmt zu werden, blind gemacht, und in dieser Verblendung rennt es einen Weg, der zu einem Abgrund führt, welcher für alle magyarische Herrlichkeit ein ewiges Grab sein würde.

Was des Reiches ist.

„Gebet dem Reiche, was des Reiches ist,“ diese dem Evangelium nachgeahmten Worte führen die Centralisten gern im Munde, obwohl sie sonst nicht eben sehr geneigt sind, ihre Politik auf evangelische Grundsätze zu stützen. Auch Dr. Giskra hat sogar in der Debatte über seine sogenannt neue Organisation des Medizinalwesens gegen die autonomistische Opposition der Polen pathetisch und salbungsvoll ausgerufen: Gebt dem Reiche, was des Reiches ist.

Aber was ist das Reich, und was ist des Reiches? Das Reich, nämlich Oesterreich, das sind doch offenbar die Königreiche und Länder, welche unter dem gemeinsamen Monarchen vereinigt sind. Man kann sich also das Reich nicht als von den Ländern getrennt, für sich, den Ländern gegenüber stehend denken, denn sonst würde man eine bloße Reichsfiktion an die Stelle des wirklichen realen Reiches setzen. Nun sind aber alle die Länder, welche unter dem Scepter des Hauses Habsburg stehen, lebendige, selbstbewußte, eigenberechtigte Individualitäten und sie haben sich unter dem gemeinsamen Herrscherhause vereinigt, nicht um ihre historische Selbständigkeit zu verlieren, ihre natürliche Individualität einem künstlich zu schaffenden einheitlichen Staatsgebilde aufzuopfern, sondern im Gegentheil, um in der Vereinigung ihre individuelle Selbständigkeit mit vereinten Kräften zu wahren und zu schützen. Das war der ausgesprochene, sorgfältig verbriefte, feierlich beschworne Zweck der Vereinigung. Die Geschichte der Entstehung und des Wachstums der habsburgischen Monarchie zeigt, daß bei der allmählichen Vereinigung kein Land sich einem andern, oder einem Gesamtstaate, sondern jedes lediglich nur dem Herrscherhause, zuerst dem habsburgischen, dann dem habsburgischen unterworfen.

Bis zu dem Momente, wo Kaiser Franz II. als Franz I. ein Erbkaisthum Oesterreich proklamirte, hatten die habsburgischen Länder nicht einmal

dem Namen nach ein Reich gebildet, sondern lediglich einen Verein historisch selbständiger Staaten dargestellt; und in dem Gründungspatente des Kaiserthums Oesterreich wird dasselbe ebenfalls ausdrücklich als ein Staatenverein bezeichnet und es wird feierlich zugesichert, daß alle Länder dieses Vereines bei ihren bisherigen Namen, Titeln und Rechten verbleiben sollten. Wie sehr sich auch im Laufe der Zeiten eine immer weiter greifende Centralregierung gebildet und das Bestreben geltend gemacht hatte, alle Länder, besonders die nichtungarischen administrativ zu verschmelzen, so führte dies doch bloß faktische Zustände herbei; rechtlich standen die Königreiche und Länder zu einander in Wahrheit nur im Verhältnisse der Personalunion. Dies wurde selbst in den Zeiten des strengsten Absolutismus geeigneten Falles einerseits von den einzelnen Ländern geltend gemacht und andererseits von der Regierung anerkannt. Selbst unter dem Systeme Metternichs respektirte man die staatsrechtliche Selbständigkeit der einzelnen Königreiche und Länder dadurch, daß man nicht bloß von dem ungarischen Reichstage, sondern von den Landtagen aller Länder die Steuerquote und die Rekrutenzahl besonders postulirte. Und es war das auch bei den nichtungarischen Ländern nicht eine bloße Form, denn es liegen genug Beispiele vor, daß die Landtage die Regierungspostulate nicht unbedingt erfüllt, sondern Streichungen vorgenommen, wenigstens Einwendungen gemacht, Beschwerden geführt, Rechtsverwahrungen eingelegt haben.

Da nun die Königreiche und Länder, selbst unter dem Absolutismus ihre historische Selbständigkeit wenigstens im Prinzip und in der Form gewahrt hatten, so war es ganz natürlich, daß sofort nach dem Sturze des Absolutismus es die nächste Sorge aller Länder war, ihre Selbständigkeit in ihrem Wesen wiederherzustellen. Nicht bloß Ungarn und Böhmen, sondern alle Länder gingen im Jahre 1848 vor allem andern daran, sich eine freie Landesverfassung zu geben, ihre Autonomie festzustellen. Dieses allgemeine centrifugale Streben wurde der Centralregierung gefährlich, welche selbstverständlich auch für den freien Staatenverein unerläßlich nothwendig war und ist. Auch die Centralregierung sollte und mußte nun konstitutionell werden; aber die Vertreter dieses Konstitutionalismus waren nicht so praktisch, wie die früheren Absolutisten, es gelang ihnen nicht, es ist ihnen bis zu dieser Stunde noch nicht gelungen, für den freien Staatenverein, für das freie Völkerreich die richtige Form zu finden. Sie suchten aber auch auf falschen Wegen. Sie unterschätzten die individuelle und überschätzten die allgemeine Freiheit; sie gaben und geben sich dem Wahne hin, daß die Königreiche und Länder ihre individuelle Freiheit für die allgemeine hinopfern würden. In diesem Irrwahne stellte man in den Freiheitskriegen einen Reichseinheitsbegriff auf, wie er nicht einmal in der Zeit des Absolutismus realisirt gewesen war. Man verlangte, daß die Königreiche und Länder zu Gunsten einer Reichseinheitsfiktion die Rechte preisgeben sollten, welche sie selbst unter der Herrschaft des Absolutismus behauptet hatten. Der Erfolg mußte ein unglücklicher sein. Das

eine Extrem rief das andere hervor. Während unter dem wirklichen Absolutismus die habsburgischen Länder wirklich eine starke Einheit bildeten, weil dieser Absolutismus die historische Selbständigkeit der Länder wenigstens im Prinzip und in der Form respektirte, ist durch den parlamentarischen Absolutismus nicht nur keine neue bessere Einheit geschaffen, sondern im Gegentheil die frühere Einheit theils wirklich zerrissen, theils bis zur Gefahr des gänzlichen Auseinanderfallens gelockert worden. Es konnte nicht anders kommen, denn der parlamentarische Absolutismus ist ein Widerspruch in sich selbst, er ist eine Lüge, denn er verkündet die Freiheit, verlangt aber, daß die Völker diese Freiheit benutzen sollen, um freiwillig auf ihre historische, nationale und staatsrechtliche Selbständigkeit, auf ihre individuelle, persönliche Freiheit zu verzichten.

Die centralistischen Parlamentaristen sind viel schlimmer als die früheren Absolutisten. Wie diese wollen sie alles und jedes in den Bereich ihrer Thätigkeit ziehen, sie halten sich für allein weise, für unfehlbar, sie wollen allmächtig sein; und dabei fabuliren und deklamiren sie von Freiheit. Wenn die parlamentarischen Centralisten sagen: „Gebt dem Reiche, was des Reiches ist,“ so verstehen sie darunter: Gebt alles dem Reiche, denn alles gehört dem Reiche. Und dabei denken und handeln sie nach dem Grundsatz: Das Reich sind wir! Wenn namentlich die Minister die Nothwendigkeit betonen, daß dem Reiche gegeben werde, was dem Reiche gebührt, und diese Gebühr so ziemlich auf alles ausdehnen, so denken sie dabei weit weniger an das Bedürfniß des Reiches, als an die Befriedigung ihrer eigenen Herrschaftsbegierde. Der Allmächtigkeitszettel treibt dazu, so viel als möglich, am liebsten alles in der eigenen Hand haben zu wollen. Diese Ansicht und Begierde der Minister wird von den ministeriellen Parlamentaristen getheilt. Auch diese gefallen sich darin, eine unfehlbare allmächtige Versammlung zu sein, welche Dogmen und Canones verkündet, denen nöthigenfalls mit Kanonen Nachdruck gegeben werden soll. Daher haben diese parlamentarischen Absolutisten die Theorie aufgestellt, daß eigentlich alles und jedes in die Kompetenz des Reichsrathes gehöre, und daß es lediglich von dem Willen desselben abhängt, ob er einiges und was er den Landtagen überlassen wolle. In Folge dieser spitzfindigen Theorie haben wir z. B. das komische Schauspiel gehabt, daß die Verfügung über die Grazer Glacisgründe als Reichsangelegenheit im Centralparlamente verhandelt wurde.

Da überhaupt kein Staat für sich Selbstzweck, sondern nur ein Mittel für die Erreichung der Zwecke der Staatsbürger ist, so kann und darf umso weniger ein habsburgischer Einheitsstaat als Selbstzweck aufgestellt, sondern es muß ein Völkerreich als Mittel für die Zwecke der zu demselben vereinigten Völker aufgefakt werden. Der Hauptzweck der Vereinigung ist die Erhaltung und freie Entwicklung der Selbständigkeit aller Länder und Völker. Diese Selbständigkeit muß vor allem sicher gestellt sein. Es muß also alles, was für sich selbst zu besorgen die einzelnen Länder und Völker ein natürliches und historisches Recht haben, alles, was sie

aus eigenen Kräften thun können und wollen, auch ihrer freien Thätigkeit überlassen sein; und des Reiches ist nur das, was unumgänglich nothwendig ist, um das individuelle Leben und Streben zu schützen, zu fördern, es nach innen und außen sicher zu stellen. Wenn schon in jedem Rechtsstaate überhaupt, welcher nur von einem einzigen Volke bewohnt ist, die persönliche Freiheit der Individuen, Familien, Gemeinden u. s. w. nicht weiter beschränkt werden darf, als es die Erreichung des gemeinsamen Zweckes, der in der Sicherung und Förderung aller individuellen Zwecke besteht, unumgänglich nothwendig macht, so darf umso weniger in einem Völkerreiche die natürliche Freiheit, die historische Selbstständigkeit der einzelnen Völker über dasselbe Maß hinaus geschmälert werden.

Lasset also den Königreichen und Ländern, den Völkern das, was ihnen von Gottes und Rechtswegen gebührt, dann werden sie dem Reiche das geben, was es zur Erfüllung seines Berufes braucht. Wird Oesterreich nach dieser Auffassung organisirt, dann wird die Centralregierung sich nicht wie bisher in eine kleinliche Vielgeschäftigkeit, in eine unfruchtbare, die freie Entfaltung der Volkskräfte hemmende Vielregiererei verlieren, sondern von einem hohen Standpunkte, nach erhabenen Intentionen, mit begeisterten Kräften eine wahrhafte, großartige Reichspolitik üben können.

Die Reichsrathstheile.

1.

Die Ausgetretenen haben nach Recht und Pflicht gehandelt.

Der Nachtheil, in welchem sich die „Reform“ als Wochenschrift dadurch befindet, daß die Reichsrathskatastrophe gerade am Tage des Erscheinens unserer fälligen Nummer eintrat, so daß es unmöglich war, unser Urtheil unmittelbar auszusprechen, wird dadurch aufgewogen, daß wir das Ereigniß nun, unbeirrt durch den überraschenden Eindruck des Augenblicks, als eine historische Thatsache mit der Ruhe besprechen können, welche zur geschichtlichen Aufzeichnung und Beurtheilung unerläßlich nothwendig ist. Daß der Austritt fast aller Mitglieder der nationalen autonomistischen Opposition, ganz abgesehen von den unmittelbar nächsten Folgen, eine hochwichtige historische That ist, das leuchtet jedermann ein, das erkennen innerlich auch diejenigen Verfassungstreuen, welche sich äußerlich den Anschein geben, als glaubten sie, daß sich durch diesen Austritt gar nichts geändert hätte.

Der Austritt der Polen war längst schon theils gefürchtet, theils gehofft worden. Diejenigen, welche dieses Ereigniß wünschten, hofften und herbeisehnten, haben längst heftig gezürnt; diejenigen aber, welche es fürchteten, wunderten sich

im stillen darüber, daß es so lange nicht eintrat. Diese lange Verzögerung verführte aber die Verfassungstreuen zu dem Glauben, daß es ihnen noch länger gelingen würde, die Polen von einer Session auf die andere hinzuhalten, sie durch scheinbares Eingehen auf ihre Postulate an der Nase herumzuführen. Selbst für den schlimmsten Fall hofften aber die von Eitelkeit benebelten, von Herrschsucht berauschten Verfassungstreuen, daß die Secession der galizischen Delegirten keine allgemeine sein würde. Sie setzten erstlich als gewiß voraus, daß die ruthenischen Deputirten nicht mit den polnischen gemeinsame Sache machen, und sie rechneten, die Gefinnungen und Gefühle der Herrscher von 1846 theilend, mit Sicherheit darauf, daß die Vertreter der Landgemeinden, die galizischen Bauern gegen die Intelligenz in Opposition treten, d. h. im Reichsrathe bleiben würden. Aber siehe da, es sind die sämmtlichen Delegirten des großen und wichtigen Königreichs Galizien ausgetreten, bis auf den einzigen Ruthenen Guszalewicz! Nun können die Verfassungstreuen doch unmöglich behaupten, daß die fünf Millionen Bewohner des Königreichs Galizien durch diesen einzigen Guszalewicz im Reichsrathe vertreten seien. Die Verfassungstreuen glaubten, der Polen ganz besonders deshalb ganz sicher zu sein, weil dieselben sich ja vor Rußland fürchten mußten, keine andere Wahl hätten, als entweder dem österreichischen Parlamentarismus zu gehorchen, oder unter die russische Knute zu kommen. Die Verfassungstreuen haben ja sogar im schlimmsten machiavellistischen Sinne gehandelt, indem sie den Polen einflüsterten: „Helft uns nur, ein geeinigtes, starkes Oesterreich schaffen, dann werden wir euch nicht bloß gegen Rußland schützen, sondern in geeigneter Zeit sogar für die Befreiung Polens thätig sein.“ Alle diese Voraussetzungen und Vorspiegelungen sind nun zu schanden geworden, die polnischen Delegirten haben den Reichsrath verlassen, ohne weder vor den innern noch äußeren Folgen dieses Schrittes zu zittern. Sie sind nach langem geduldigen Hoffen und Harren zu der Ueberzeugung gelangt, daß dieses jetzige Ministerium und dessen parlamentarische Helfershelfer die Selbständigkeit des Königreichs Galizien unter dem Deckmantel einer konstitutionellen Scheinfreiheit gerade so unterdrücken wollen, wie die Russen das Königreich Polen mit offener Gewalt dem Czarenthum unterwerfen; die österreichischen Polen haben erkannt, daß von den jetzt herrschenden politischen Doktrinärs und Dilettanten ebenso wenig wahre Gerechtigkeit und Freiheit zu erwarten ist, wie von den russischen Gewaltpolitikern.

Wenn der Austritt der Slovenen in Aussicht gestellt wurde, so glaubten die Verfassungstreuen das für eine leere, eitle Drohung halten zu dürfen, denn sie hatten vor diesem Volke umfoweniger Respekt, als sie ja kaum das wirkliche Vorhandensein einer slovenischen Nationalität gelten lassen wollten, oder sie nur anerkannten, um sie zu verspotten. Sie hielten die Slovenen für ganz ohnmächtig und furchtsam, sie gingen über die Beschwerden und Klagen derselben mit dem Gedanken hinweg: Was wollen denn diese Leute? sie können sich ja gar

nicht helfen und von nirgend her Hilfe hoffen, sie müssen sich fügen und werden es, wenn man ihnen nur Ernst zeigt. Aber siehe da, die slovenischen Vertreter Krains und Steiermarks sind ausgetreten, sie haben ihrerseits Ernst gemacht und wollen es auf den gegentheiligen Ernst ankommen lassen. Das slovenische Steiermark ist nun im Reichsrathe gar nicht vertreten, das slovenische Herzogthum Krain aber bloß durch einen l. l. Hofrath und einen deutschen Grafen. Hofrath Klun ist allerdings in früheren Zeiten als sehr eifriger Slave bekannt und der Regierung sogar unangenehm gewesen, er ist später auch noch als nationaler föderalistischer Candidat für den krainerischen Landtag aufgetreten und hat sich dabei in einem Martirium, zu dem ihm die Wiener Handelsakademie Gelegenheit gab, sehr wohl gefallen; kaum aber hatte er sein Ziel erreicht, d. h. kaum saß er im Reichsrathe, so trat er gegen die Slovenen auf, und zwar in einer recht den Lebensnerv der slovenischen Nationalität betreffenden Angelegenheit, nämlich in der Schulfrage. In Folge dessen ist Dr. Klun in rapidem Avancement l. l. Hofrath geworden, und er mag als solcher nützlich wirken, aber die Wünsche, Ansprüche und Rechte, die nationalen Interessen der Slovenen vertritt er nicht, das slovenische Volk erkennt ihn nicht als seinen Repräsentanten. Daß Graf Margheri in Reichsrathe geblieben, kann begreiflich gefunden und soll nicht getadelt werden. Er mag sich immerhin als Vertreter der Deutschen Krains betrachten, vertritt da aber jedenfalls nur eine sehr kleine Minorität des Herzogthums. Er hat übrigens ganz ehrenhaft gehandelt, indem er erklärte, daß sein Verbleiben nicht als ein Zeichen betrachtet werden dürfe, er sei mit dem Nothwahlgesetze, also auch mit dem Zwecke einverstanden, den die Regierung mit demselben erreichen will.

Höchst unangenehm wurden die Verfassungstreuen dadurch überrascht, daß die Vertreter von Görz, von Istrien, ja sogar die von Triest sich mit den Slovenen vereinigt haben und ebenfalls ausgetreten sind, und daß der notable Delegirte der Dukowina Petrino sich gewissermaßen als Führer an die Spitze dieser Gruppe der Südländer gestellt hat. Das hätten die Verfassungstreuen gar nicht für möglich gehalten. Görz und Istrien erschienen ihnen so klein und unbedeutend, daß sie dorthin gar keine Aufmerksamkeit richteten, von dort her keinen Widerstand fürchteten; und daß Italiener mit den Slaven gemeinsame Sache machen würden, das konnten sich die verfassungstreuen Slavophagen gar nicht denken. Und doch ist es geschehen, und es sind also die so verhängnißvoll wichtigen Südländer im Reichsrathe nicht mehr vertreten. Allerdings sind wenigstens die Delegirten Dalmatiens nicht ausgetreten. Von den italienischen war das zu erwarten, denn die Italiener in Dalmatien halten vorläufig zu Wien, weil sie sich vor Agram und Pest fürchten. Diese Italiener sind aber nur eine sehr kleine Minorität der Bevölkerung des slavischen Königreichs Dalmatien. Der notable Vertreter der slavischen Majorität aber, Herr Vubissa ist gewiß nicht aus wienerischer Verfassungstreue im Reichsrathe geblieben, sondern nach seiner offenen

Erklärung nur, um noch die Plenarverhandlung über die lattarefische Angelegenheit abzuwarten, eventuell seinen Klageantrag zu stellen.

Die Seceffion der parlamentarischen Vertreter der nationalen und staatsrechtlichen Opposition ist von der Mehrzahl der verfassungstreuen Journale in ihrer vollen ernsten Bedeutung aufgefaßt und mit würdigem Anstand besprochen worden. Nur einige tollhändlerisch verfassungswürthige, bedientenhaft servil ministerielle Stribenten hatten den Eynismus, das Ereigniß als ganz unbedeutend, oder gar als sehr nützlich und erwünscht für die Regierung und das Reich darzustellen, hatten die Frechheit, von einem „Komplott der nationalen Opposition gegen die Verfassung und gegen die deutsche Nationalität“ zu sprechen. Daß diese unwissenden, ihr Publikum nur mit abgedroschenen Phrasen fütternden Politikaster die Bedeutung des Ereignisses nicht erkennen, ist begreiflich, denn der politische Blick dieser Menschen reicht ja kaum von heut auf morgen. Sie schwelgen immer so unmäßig im Genusse des ihnen eben günstigen Momentes, daß sie, dadurch berauscht, durchaus kein Verständniß für die Zukunft haben und daher Schlag auf Schlag von den Ereignissen überrascht, verblüfft, über den Haufen geworfen werden. Daß sie aber von einem „Komplott“ sprechen in Betreff eines Ereignisses, welches sich seit Jahren vor den Augen und Ohren aller Welt offen vorbereitet, entwickelt hat und nun in würdigster imponirender Weise eingetreten ist, dadurch offenbaren diese sogenannten Freiheitskämpfer und Volksmänner recht abschreckend und Ekel erregend ihre böse Denunziantennatur. Dabei setzen sie ihre alte, oft schon gebrandmarkte Perfidie fort, indem sie ihrem Publikum immer und immer die Lüge aufbinden, daß die nationale und staatsrechtliche Opposition gegen die Verfassung an und für sich, d. h. gegen das konstitutionelle Prinzip, gegen die parlamentarische Freiheit, gegen die Freiheit überhaupt sei. Glücklicherweise ist diese Lüge schon allen klar geworden, die nicht gänzlich die Fähigkeit des Selbstdeutens verloren haben. Die nationale und staatsrechtliche Opposition kämpft gegen die jetzige Schablonen-Verfassung, welche niemanden befriedigt, für die besondern Verhältnisse Oesterreichs nicht paßt und nur durch Gewalt eingeführt werden könnte, dadurch also im schroffsten Widerspruch mit dem Freiheitsprinzip steht, die gänzliche Aufhebung desselben ist. Die Opposition kämpft für eine wahre und wirkliche frei vereinbarte Verfassung, welche alle Genossen befriedigen soll und sich dann organisch frei entwickeln können wird. Die Opposition kämpft gegen den Scheinkonstitutionalismus, hinter welchem der Absolutismus einer herrschsüchtigen, eigennützigen Partei steckt.

Nicht minder offenbar ist die Lüge, daß die nationale Opposition ein Komplott gegen die deutsche Nationalität geschmiedet habe. Was verlangen denn die Böhmen, Polen, Slovenen, Rumänen, Italiener und Ruthenen? Sie sagen es ja offen, nämlich: „Wir wollen nicht von den Deutschen beherrscht sein, wir wollen nicht germanisirt werden.“ Ist das Feindschaft gegen das Deutschthum? Ist man denn feindselig gegen denjenigen, dem man sich nicht als Unterthan

unterwerfen, in welchem man nicht aufgehen will? Besteht denn die Freundschaft in der Unterwerfung unter den Willen eines andern Individuums, in der Aufopferung der eigenen selbständigen Individualität, ist man nur dann jemandes Freund, wenn man sich mit Leib und Seele in denselben umwandeln läßt? In der böhmischen und mährischen Deklaration, in der galizischen und krainerischen Resolution kommt auch nicht ein einziges feindseliges Wort gegen die deutsche Nationalität vor. Dagegen offenbart die deutsche Verfassungspartei fortwährend ihre entschiedene Feindschaft gegen alle nichtdeutschen Nationalitäten. Die Wortführer dieser Partei erklären unablässig: „Wir Deutsche haben die andern Völker erzogen und belehrt, deshalb müssen sie uns dankbar und gehorsam sein, wir müssen ihre Geschicke lenken, das deutsche Element muß in Oesterreich herrschen.“ Ist denn die Herrschaft über andere Nationalitäten die Existenzbedingung der deutschen Nationalität? Können sich die Deutschösterreicher außer dem Herrschen oder Beherrschtwerden keinen andern, nicht den richtigen und würdigen Zustand denken? Halten sie sich für zu vornehm oder für unfähig, neben und mit andern Völkern in freier Gleichberechtigung zu leben und in ihrer Nationalität aufrecht zu bleiben? Sie schwärmen ja sonst doch so sehr für Freiheit und Gleichheit und für die hohen Vorzüge des deutschen Geistes und Charakters.

Indem die nichtdeutschen Völker gegen die jetzige Verfassung und gegen den jetzigen Reichsrath sind, beweisen sie der deutschen Nationalität nicht nur keine Feindschaft, sondern im Gegentheile eine wirkliche und wichtige Freundschaft. Wären diese Völker Feinde der Deutschen, hätten sie die Begierde die Deutschen zu beherrschen, so brauchten sie nur die jetzige Verfassung anzunehmen und das Abgeordnetenhaus vollzählig zu beschicken. In diesem Hause würden dann, namentlich bei direkten Wahlen, die Nichtdeutschen die Majorität bilden und den Deutschen das Gesetz diktiren, wie das auch schon unter der Februarverfassung der Fall gewesen wäre. Wir wiederholen daher unsere oft ausgesprochene Mahnung, daß durch den parlamentarischen Centralismus vorzüglich gerade die Deutschen bedroht sind. Aber die Deutschösterreicher hören diese Mahnung nicht, sie wollen um jeden Preis ein sogenanntes Vollparlament und geben sich dem eiteln Wahne, der nicht edlen Hoffnung hin, daß die Nichtdeutschen sich niemals einigen würden, daß die deutsche Minorität durch Machinationen, durch Wahlpression, durch Verlockung und Bestechung einzelner Nationalen und durch das absolutistische: Theile und herrsche! die Oberhand würde behaupten können. Die nationale Opposition will die verfassungstreue deutsche Partei zu deren eigenem Heile von diesem verderblichen Experimente abhalten, sie will, daß durch freie Vereinbarung eine Organisation des Reiches, Verfassungs- und Verwaltungszustände geschaffen werden, welche die Herrschaft eines Volkes über das andere ausschließen und freie wahre Gleichberechtigung begründen.

Ein nothwendiges Mittel für diesen Zweck war der Austritt der nationalen Opposition aus dem Reichsrathe. Sie hat damit ihr vollkommenes Recht

ausgeübt und ihre Pflicht erfüllt. Das Recht wird wol niemand bezweifeln. Da jeder einzelne Abgeordnete das Recht hat, sein Mandat aus was immer für einem Grunde niederzulegen, so kann man das gleiche Recht auch mehreren Deputirten, einer Partei, einer Nationalität nicht absprechen, zumal wenn so wichtige, dringende, ja geradezu zwingende Gründe wirken, wie in dem vorliegenden Falle. Durch die Ausübung dieses Rechtes wird kein fremdes Recht verletzt, denn die Regierung kann an das Volk appelliren, und dieses hat Gelegenheit, sein Recht auszuüben. Die austretenden Deputirten verletzen keine Pflicht, denn ein Abgeordneter ist nur so lange verpflichtet, auf seinem Posten zu bleiben, als er hoffen kann, im Interesse des Volkes, welches ihn gewählt hat, nützlich zu wirken. Sobald er sich von der Unmöglichkeit überzeugt, ist er verpflichtet, zu resigniren. Diese Pflicht hat die nationale Opposition des Abgeordnetenhauses erfüllt.

Der Austritt war aber auch eine Ehrenpflicht für sie, namentlich für die Polen. Diese sind betreffs ihrer Resolution in wahrhaft empörender Weise behandelt worden. Schon in der vorigen Session war das der Fall; diesmal aber erreichte die Mißhandlung einer Delegation, eines Landtags, eines ganzen Landes und Volkes den Gipfelpunkt. Wochenlang verhandelte der Ausschuß über die Resolution, mehrere Punkte wurden angenommen, und schließlich beschloß man den Uebergang zur Tagesordnung und wählte den entschiedensten Gegner der nationalen Autonomie zum Berichterstatter! Dazu kam noch die Einbringung des Nothwahlgesetzes mit der offen ausgesprochenen Absicht, durch dieses Gesetz in das verfassungsmäßige Recht der Landtage Bresche zu legen, um dieses Recht nach und nach gänzlich beseitigen zu können. Die Ausgetretenen übten das Recht der Nothwehr aus, denn in der beständigen Majorisirung lag für sie und für ihr Volk die Bedrohung mit politischem Tode. Sie erfüllten ihre Pflicht gegen ihre Wähler, denen sie jetzt sagen werden: „Wir konnten den von euch empfangenen Auftrag nicht erfüllen, wir waren nicht im Stande, euer Recht durchzusetzen und sicher zu stellen; deshalb sind wir aus dem Reichsrathe ausgetreten. Mißbilligt ihr das, so wählt euch andere Vertreter.“ Die Ausgetretenen erfüllten aber auch eine Pflicht gegen das Reich, und zwar eine gebieterisch dringende, indem sie nicht ferner an der höchst gefährlichen Verlängerung der Krisis, in welcher dasselbe schwer darnieder liegt, mitschuldig bleiben wollten, sondern mit männlicher und patriotischer Entschlossenheit einen Schritt machten, welcher zur Entscheidung führen muß.

Welches strengste Wort der Verdammung soll man nun anwenden, wenn von gewissen Seiten in gewohnter Verdächtigungsmanier behauptet wird, nicht all die klar vorliegenden hochwichtigen Gründe hätten die nationale Opposition zum Austritt bewogen, sondern es wäre da ein dunkles geheimnißvolles Etwas thätig gewesen. Ja wol, die blindgläubigen Verfassungstreuen sehen die hellleuchtend brennenden Thatfachen nicht, sondern träumen und phantasiren, so oft sie

mit ihren Doktrinen zu schanden werden, immer von einer dunklen, geheimnißvoll wirkenden Macht. Ebenso lächerlich als perfid ist es, daß man den Austritt mit der in Prag stattgehabten Versammlung adeliger Oppositionsmänner in Zusammenhang bringen will. Da plappert ein Denunziantenblatt: „Die Austrittserklärung sei nicht im Polenklub verfaßt, sondern ganz fertig in denselben zur Unterzeichnung mitgebracht worden, und zwar nicht als Einsendung aus Galizien von galizischer Seite, sondern von einer andern Seite! Es scheine also, daß irgend eine geheimnißvolle, oder vielmehr unheimliche Macht da eine merkwürdige Herrschaft ausübte“! Glücklicherweise bezieht das Blatt diese Verdächtigung nicht auf den Reichskanzler, denn dieser soll über den Austritt der Polen ganz bestürzt sein. Aber siehe da, von den galizischen Deputirten, welche bis zu dem Momente durchaus nicht mit den Czechen gemeinsam agiren wollten, entschlossen sich sofort alle bis auf zwei, die ihnen von unbekannter, aber nach der Andeutung wahrscheinlich böhmischer Seite ganz fertig vorgelegte Erklärung, ohne weiters zu unterschreiben und am andern Morgen aus dem Reichsrathe auszutreten! Was werden die Polen zu diesem geistigen Armuthszeugniß sagen, welches ihnen die Verfassungstreuen nachsenden.

Wir wiederholen: Die Ausgetretenen haben ihr unbestreitbares Recht ausgeübt und ihre Pflicht gegen sich selbst, gegen ihr Volk und gegen das Reich erfüllt.

2.

Beschlußfähig.

Die Verfassungstreuen beruhigten sich in ihrem Schrecken über den Massenaustritt mit dem tief aufathmenden Ausruf: „Das Haus ist noch beschlußfähig!“ und daraus folgerten sie, daß die Ausgetretenen ihren Zweck nicht erreicht, sich vielmehr blamirt hätten, daß die Situation sich gar nicht geändert habe u. s. w. Das Haus ist auch in seinen Beratungen fortgefahren, als ob wirklich gar nichts besonderes geschehen wäre. Der Präsident hat mit möglichster Trockenheit verkündet, daß in Betreff der Austrittserklärungen das Geschäftsordnungsmäßige geschehen werde, und kein einziger Abgeordnete hat sich erhoben, um auch nur mit einem Worte des wichtigen Ereignisses zu erwähnen.

Man hat die verfassungstreuen Abgeordneten dieser ruhigen Fassung wegen gepriesen, man hat sie mit den alten Römern und mit den Franzosen der Revolution verglichen, man hat ihnen zugerufen: „Ihr seid heute das, was ihr gestern waret; fahret also fort!“ Ja wol, sie sind das geblieben, was sie waren, nämlich die Vertretung der Minorität der Bevölkerung, und sie können in dem Geschäfte, welches dieser Reichsrath nun schon acht Jahre hindurch treibt, fortfahren, nämlich in der Kontumazirung ganzer Völker. Das Haus ist beschlußfähig, denn dazu genügt die Anwesenheit von hundert Mitgliedern. Die Anwen-

bung dieser nach der allgemeinen Verfassungsschablone gemachten Bestimmung ist aber selbst in ganz gewöhnlichen Fällen bedenklich und muß immer nur als ein nothwendiges Uebel betrachtet werden; in einem so außerordentlichen Falle aber, wie er in unserer Verfassungsfrage vorliegt, wo es sich nicht um die Abstinenz einer bloßen Partei handelt, sondern um die Secession ganzer Völker, da ist es im höchsten Grade gefährlich, sich lediglich auf die willkürlich gemachte Bestimmung der Geschäftsordnung zu stützen und mit diesem Formalismus dem Rechte der Völker, der Majorität der Gesamtbevölkerung Gewalt anzuthun. Man sollte meinen, daß jeder der noch im Hause befindlichen Abgeordneten das Bewußtsein und Gefühl haben müßte, daß das bloß formelle, geschäftsordnungsmäßige Recht der Beschlußfassung dem wirklichen und besonders dem sittlichen Rechte, und auch dem Wesen des Konstitutionalismus widerspricht, daß es, selbst als Gewaltrecht betrachtet, eitel und nichtig ist. Das bloß geschäftsordnungsmäßige Recht, Beschlüsse zu fassen, widerspricht dem wahren Rechte, welches verlangt, daß allgemein gültige Gesetze von der Majorität der Vertretung sanktionirt werden; es widerspricht der Moral, weil es unsittlich ist, daß die Minorität über die Majorität herrsche; es widerspricht dem Wesen des Konstitutionalismus, nach welchem durch das Parlament der Wille der Majorität der Bevölkerung zum Ausdruck und zur Geltung gelangen soll. Beschlüsse, welche die Minorität, wenn auch geschäftsordnungsmäßig gültig, faßt, sind in Wahrheit nur Gewaltakte und selbst als solche eitel und nichtig, weil es der Minorität unmöglich ist, die Majorität zu bezwingen.

In dem jetzigen Abgeordnetenhause sind in Wahrheit nur noch die Deutschösterreicher vertreten, aber auch sie nicht vollständig, denn es fehlen die Tiroler, deren echtes Deuththum doch gewiß niemand bezweifeln wird. Doch auch abgesehen von den Tirolern vertritt das Abgeordnetenhaus nicht erst jetzt, sondern schon seit längerer Zeit nicht mehr die Majorität der Deutschösterreicher, sondern nur die Partei, welche starrsinnig und terroristisch an dem papiernen Scheine der Verfassung festhält. Mit dieser buchstabengläubigen und verbammungsfächtigen Politik ist die Majorität der Deutschen nicht mehr einverstanden. Dazu kommt noch, daß die Deutschen von Böhmen und Mähren in ganz unverhältnißmäßig großer Zahl, in geradezu widerrechtlich privilegirter Weise vertreten sind, denn es sitzen im Abgeordnetenhause aus Böhmen 40, aus Mähren 19 Deutsche, es sind also unter den 129 noch im Hause befindlichen Abgeordneten 59 Deutschböhmen. Dazu kommen noch 6 deutsche Schlesier, während die Slaven dieses Landes gar nicht vertreten sind. Da nun diese böhmisch-mährisch-schlesische Deutschen die orthodoxesten Verfassungstreuen und Ministeranbeter sind, und da aus ihnen auch die Majorität des Ministeriums hervorgegangen ist, so wird Oesterreich jetzt thatsächlich nicht von den Deutschen überhaupt, sondern von einem einzelnen deutschen Stamme beherrscht. Wohin diese Herrschaft geführt hat, das zeigt der Augenschein.

Doch das Haus ist beschlußfähig und es beschließt auch in scheinbarer Ruhe fort und fort und erwartet übrigens fatalistisch das, was über es selber beschlossen werden wird. Man hat diesem Hause den Rath gegeben, wieder eine Adresse zu erlassen. Wahrhaftig, das ist ein Rath, der zu den Thaten des Hauses paßt. Was sollte denn in der Adresse gesagt werden? Sollte der Kaiser etwa aufgefordert werden, die Fortsetzung der bisherigen Nothstandspolitik zu sanktioniren und durch das Nothwahlgesetz die Noth noch steigern zu lassen? Wollen die Vertreter der Freiheit etwa an die Macht appelliren, damit die Verfassung gegen den Willen der Bevölkerung mit Gewalt durchgeführt werde?

Der einzige Beschluß, mit welchem dieser sogenannt ordentliche Reichsrath seine so außerordentlich unglückliche und verunglückte Thätigkeit würdig schließen könnte, bestünde in der Erklärung: Wir können uns nach Rechtsbegriffen und nach Gewissenspflicht nicht als Vertretung des Reiches erkennen, wir lösen uns daher selber auf, legen unsere Mandate nieder, und der Monarch möge an die Völker appelliren.

Die Auflösung wird und muß erfolgen; vielleicht erfolgt sie schon, bevor diese Zeilen in Druck gelangen.

Korrespondenz der „Reform“.

(Aus der Bukowina.) Als Herr Baron Petrino seinen in der 29. Sitzung der gegenwärtigen Reichsraths-session gestellten, für die Selbständigkeit unseres Ländchens so hochwichtigen Antrag auf Erweiterung der Landesautonomie nicht einmal einer Ueberweisung an den Ausschuß gewürdigt sah, hat er zwar nicht wie der Vertheidiger des Iopernilanischen Systemes „Und sie bewegt sich doch“ ausgerufen, aber dafür die Satisfaktion gehabt, daß alle nicht von der Parteileidenschaft befangenen Männer sich gedacht haben: „Und doch ist und bleibt die Bukowina ein selbständiges Land.“ — Selbst ein ausländisches, in der Regel über die österreichischen Zustände gut informirtes, jedenfalls aber die dortigen Verhältnisse objektiv beurtheilendes Blatt („Augsb. Allg. Zeitung“) machte über diesen Antrag und die ihm zutheil gewordene Behandlung folgende Bemerkung: „Und doch hätte er vielleicht ein besseres Los verdient, und doch könnte er noch einmal sein Auferstehungsfest feiern, denn noch soll die entgegengesetzte Politik erst die Feuerprobe bestehen.“

Wenn man den Standpunkt der historisch-politischen Individualitäten festhält, so werden sich in der Monarchie wenige Kronländer finden, die einen berechtigteren Anspruch auf Selbständigkeit haben, als die Bukowina. Dieses Land war nämlich ein Theil des Fürstenthumes Moldau, und als der Friedensschluß zu

Rajnardzi vom 10. Juli 1774 die selbständige Existenz der Moldau wieder herstellte, gelang es der Gewandtheit des Baron Thugut, die Abtretung der westlichen Distrikte der Moldau (Suczawa und Czernowiz mit einem Areale von 187 Quadratmeilen) mittelst Staatsvertrages ddo. Konstantinopel am 7. Mai 1775 von der ottomanischen Pforte zu erwirken. Der damalige Fürst der Moldau hat nicht nur in diesen Abtretungsvertrag nicht gewilliget, sondern sich demselben geradezu widersetzt, und die Widersetzlichkeit mit dem Leben gebüßt.

Schon zu jener Zeit besaß aber die Pforte in den Donaufürstenthümern keine Souveränitäts-, sondern blos Suzeränitätsrechte, und konnte daher auch bezüglich der Bukowina nur diese Oberhoheitsrechte an Oesterreich abtreten. Deshalb wurde auch traktatenmäßig der status quo vereinbart, dessen Aufrechterhaltung, wenigstens formell, von der österreichischen Regierung stets zugesichert, und ist derselbe erst noch in der neueren Zeit namentlich bei der Ablösung der Unterthansleistungen als die Bukowinaer Landesverfassung anerkannt worden.

Von diesem Standpunkte aus betrachtet, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Vorherverkündigung, der Antrag unseres Abgeordneten werde noch einst sein Auferstehungsfest feiern, in Erfüllung gehen wird (wenn nur nicht das verhängnißvolle „zu spät“ dazwischen käme), umso mehr als die Bukowina ein sehr bescheidenes Maß von selbständiger Entwicklung verlangt. — Dadurch, daß die Bukowina eines der kleinsten Kronländer der Monarchie ist, wird ihr Anspruch auf Selbständigkeit nicht geschwächt; denn die Mücke hat eben so ein Recht zu existiren, wie der Elefant.

Freilich wird von einer gewissen Seite in die Welt geschleudert, als beabsichtigten die Rumänen in der Bukowina alle Deutschen aus diesem Lande zu verjagen; allein dies ist eine tendentiöse Verleumdung. Alle Achtung vor deutscher Wissenschaft, deutscher Kultur und deutscher Biederkeit! Als noch in Galizien das mittelalterliche Institut der Patrimonialgerichte in voller Blüte stand, waren bei uns mit der Handhabung der Rechtspflege zwei landesfürstliche Gerichte betraut, welche, meistens mit deutschen Richtern besetzt, als Muster in der ganzen Monarchie gegolten haben. Wir hatten einen deutschen Landespräsidenten (Graf Rothkirch), dessen ehrenvolles Andenken noch zur Stunde, nach einem Decennium nicht verwischt ist. Wir haben auch gegenwärtig an der Spitze der Justiz und der Finanzverwaltung deutsche Beamte stehen, deren strenger Rechtlichkeit gepaart mit Humanität die vollste Anerkennung im Lande gezollt wird. Die Lehrstühle sind zum größten Theile von deutschen Professoren eingenommen, denen man die verdiente Achtung im Lande nicht versagt. Die deutschen Kolonien endlich prosperiren in diesem Lande, umgeben von der rumänischen Bevölkerung, wie fast nirgend. Eine blinde Unduldsamkeit wie anderwärts läßt sich bei der rumänischen Nation schon deshalb nicht voraussetzen, weil ihre Kirche überhaupt

zu den tolerantesten gehört, was durch das jüngst erlassene Pastoral Schreiben des Konstantinopoler Patriarchates am ekkatantesten bewiesen wird.

Was die Bewohner der Bukowina besorgen und wogegen sie entschiedene Verwahrung einlegen, das ist der Zuzug von fremden, weder mit der Sprache, noch mit den Sitten dieses Landes vertrauten Beamten, welcher vom ancien régime systematisch betrieben wurde, und wie Herr Baron Petrino treffend bemerkte, das Land zu einer „Botanxbai“ machte. Namentlich gilt dies von den Einschüblingen aus Galizien, weil dieselben durch die scheinbare Aehnlichkeit der Zustände dieses Landes mit jenen Galiziens sehr oft getäuscht werden, und die heillosste Verwirrung anrichten.

Hiedurch soll keineswegs über diese Kategorie von Beamten der Stab gebrochen werden, da es auch hier, wie überall ehrenvolle Ausnahmen gibt; eben so wenig wird für jeden Rumänen blos wegen seiner Nationalität das Beamtendekret in Anspruch genommen.

Die langjährige Erfahrung hat es aber gezeigt, daß vorzugsweise in der Bukowina wegen der Eigenartigkeit ihrer Bevölkerung, von der nationalen Berechtigung ganz abgesehen, der eingeborne Beamte selbst dort vor dem fremden den Vorzug verdient, wo dem letztern eine größere Dienstzeit oder überwiegende Tüchtigkeit zu Gebote steht. Die Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten ist besonders auf dem Lande, wo der Beamte in öftere Berührung mit dem Landvolke kommt, von eminenter Wichtigkeit, da der Einheimische doch ein Mitgefühl für das Volk und das richtige Verständniß für seine Bedürfnisse hat, was dem Fremden bei dem besten Willen gänzlich abgeht.

Auf den Einwurf, daß die Bukowina die zum Beamtenstande qualifizirten Persönlichkeiten nicht besitze, können wir nur mit dem Ausspruche des englischen Geschichtsschreibers Macaulay erwidern, der dahin lautet: „Manche Politiker unserer Zeit pflegen es als einen von selbst verständlichen Satz hinzustellen, daß kein Volk frei sein dürfe, bis es geschickt ist, seine Freiheit zu gebrauchen. Dieser Grundsatz ist des Narren in Altgriechenland würdig, der nicht eher ins Wasser gehen wollte, als bis er schwimmen gelernt hätte. Wenn die Menschen auf die Freiheit warten sollen, bis sie in der Sklaverei weise und gut geworden sind, so mögen sie in der That für immer warten.“

Ein Ueberblick auf das, was die Regierung seit der Occupation der Bukowina in diesem Lande für die Förderung der materiellen Interessen der Einwohner, oder für die Hebung der Volksbildung gethan, oder noch thut, drängt unwillkürlich zu der Vermuthung, daß man es eigens darauf abgesehen habe, die diesseitige Bevölkerung materiell und geistig verkümmern und dem Schicksale der Ureinwohner von Amerika anheimfallen zu lassen. Denn wie ließe sich sonst erklären, daß die Regierung alle Anträge des Landtages wegen Erleichterung der erdrückenden Steuerlast der Gebirgsbewohner mit einem trocknen non possumus zurückwies; daß die Verwaltungsorgane, sogar mit Ueberschreitung ihrer Kom-

petenzsphäre in Kollisionsfällen zwischen dem griechisch-orthodoxen Religionsfonde als Domänenbesitzer und den Einwohnern als gewesenen Unterthanen gegen die Letzteren mit einer fiskalischen Rücksichtslosigkeit sondergleichen verfahren, und daß endlich das Vermögen dieses, für Kultus- und Schulzwecke gewidmeten Fonds auf Erbauung von Palästen und sonstigen Tand vergeudet wird, während der Volksunterricht wegen Mangels an zureichenden Mitteln sich im verwahrlosten Zustande befindet.

Und gerade diese Gleichgiltigkeit gegen das Schulwesen ist es, worüber sich das ganze Land entsetzt, und mit Recht. Denn wenn die dem Religionsfonde zur Disposition stehenden Mittel ihrem Zwecke zugeführt worden wären, so könnte dieses Land sich in Bezug auf Bildungs- und Unterrichts-Anstalten mit den größten Kronländern der Monarchie messen.

Silberius Schapirer, Realitätenbesitzer zu Czernowitz.

Der TürkenSchwindel.

Unter diesem Titel brachte die volkswirtschaftliche Wochenschrift „Der Oesterreichische Oekonomist“ von Wilhelm Sommerfeld einen Artikel gegen das türkische sogenannte Bahngeschäft, um das Publikum von der Betheiligung abzuhalten. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden, das Publikum durch gleißende Verheißungen verführt, hat sich doch betheiligt; aber glücklicherweise nicht in dem Maße, als es den Unternehmern erwünscht gewesen wäre. Aber eben weil sie ihren Zweck nur unvollständig erreicht haben, werden sie fortfahren, das Publikum zu verlocken, und wir halten es daher für unsere Pflicht, den gedachten Artikel nach seinem wesentlichen Inhalte in unserm Leserkreise zu verbreiten, wie wir ja selber gegen diesen TürkenSchwindel gleich vom Anfang an mit volkswirtschaftlichen und politischen Gründen gekämpft haben. Der „Oesterreichische Oekonomist“ sagt:

„Dem projektirten Unternehmen fehlt jede solide Basis, jede Bedingung wirtschaftlichen Gedeihens. Ein in Auflösung begriffenes Reich unter einer bankerotten Regierung, die ihren eigenen Beamten und Soldaten regelmäßig den Sold schuldig bleibt, ohne finanzielle Hilfsmittel irgend welcher Art, „garantirt“ den Subskribenten die Rückzahlung eines Kapitals von 792 Millionen an Stelle der 281 Millionen, welche es effektiv empfängt; die Rentabilität der Bahnlinsen wird „sichergestellt“ durch einen Export, in welchem die als Zehnten gezahlten Cerealien, Schafe und Schweine den Hauptposten bilden, und durch einen Import von Handelsartikeln für die Kulturbedürfnisse von Arnauten, Albanesen, Bosniaken, Kurden, und ähnlichen hochcivilisirten Nationalitäten, Ex-

und Import zusammen ungefähr der vierte Theil des belgischen Handelsverkehrs; die Bahnen sollen Ländergleite durchziehen, deren Bevölkerungen durch Beruf, Neigung und Gewohnheit mehr für die Veraubung, als für die Befrachtung der Bahnzüge qualifizirt erscheinen.

Die Unternehmer selbst bieten nicht ein Minimum von Sicherstellung; sie versprechen solche nicht einmal. Wann und wie die Bahnen gebaut, ob sie überhaupt gebaut werden; ob Zinsen und Kapital rechtzeitig oder überhaupt zurückgezahlt werden, dafür übernehmen sie keinerlei Verantwortung, das können die glücklichen Aktionäre mit der türkischen Regierung direkt abmachen. Sie haben aber an dem Bau der Bahnen auch gar kein Interesse; denn da sie ihre Provision vorher einstreichen, so ist es ihnen ganz gleichgiltig, ob die Bahnen vollendet, ja ob sie auch nur angefangen werden; sie gesten ihnen gerade so viel wie Bahnen auf den Südfsee-Inseln oder Bahnen nach dem Monde, für welche sie mit derselben Bereitwilligkeit die Obligationen ausgeben würden, falls auf deren Abnahme zu rechnen wäre.

Somit handelt es sich bei dem ganzen „Geschäfte“, wie es heute vorliegt, nicht um den Bau türkischer Bahnen oder irgend welcher Bahnen überhaupt, sondern alleiniger Zweck desselben ist: 450 Millionen Francs aus den Taschen leichtgläubiger Subskribenten herauszulocken, um davon 50 bis 60 Millionen in die Taschen geriebener Unternehmer hineinzupraktiziren. Was aus den verbleibenden 400 Millionen und deren Subskribent:n selbst wird, darum kümmern sich die Unternehmer ganz und gar nicht; mit dem Einstreichen der Provision ist das „Geschäft“ perfekt; alles Uebrige geht sie gar nichts an. So qualifizirt sich dieses türkische Bahngeschäft nicht mehr als ein zwar leichtfertiger, aber guten Glaubens unternommener Schwindel, sondern als ein wissenschaftlicher, sorgsam vorbereiteter und planmäßig ins Werk gesetzter Betrug, als eines der frechsten Attentate unseres modernen Industrie-Mitterthums en gros.

Di ses Industrie-Mitterthum der Neuzeit ist eine ärgere Pest als das Raub-Mitterthum des Mittelalters, als dessen Zerrbild es sich darstellt. Hier wie dort Ritter und Barone; dort die geborenen und ahnenstolzen, hier die gemachten und die heruntergekommenen; beide dasselbe „Geschäft“ betreibend: Rauben und Beute machen, aber mit verschiedenen Mitteln arbeitend und von ganz verschiedenem Charakter. Von seinem guten, nur leider verkannten „Recht“ überzeugt, plündert der Sattel-Ritter des Mittelalters die vorüberziehenden Kaufleute und erhebt sich seinen Territorial-Zoll; der Industrie-Ritter der Gegenwart weiß, daß er betrügt, und spekulirt auf die Taschen Aller, auch der Mittellosen. Der Raubritter der früheren Jahrhunderte verließ sich auf sein Roß, seinen Arm und sein Schwert; er übte Gewalt, trug aber auch ehrlich seine eigene Haut zu Markte, Kampf und Gefahr mit seinen Reifigen theilend; niebergeworfen und besiegt auch bereit, am verdienten Galgen zu enden. Sicher dagegen spinnt der heutige Industrie-Mitter seine Fäden. In seinem diebs- und

feuerfichern Komptoir deckt er seine Feldzugspläne aus, von dort aus sendet er die Schaaren seiner Agenten und Galopins als industrielle Generalstäbler, unterstützt durch die Leichtfertigkeit von Staatsmännern, welche ihre weniger honorable als honorirte Konnivenz gegen die Börsen-Varone unter der Maske uneigennütigen Interesses für befreundete Regierungen verbergen; gefördert und gepriesen von einer schamlosen, jedem Geldsacke dienstwilligen feilen Presse, die sich rühmt, bezahlt zu sein und wie eine öffentliche Dirne das Erröthen verlernt zu haben. In den Irrgängen strafrechtlicher Interpretationen wohl bewandert, weiß er sehr wohl, wie weit er gehen darf, um gewisse mit Zuchthaus drohende Gesetzes-Parographen zu vermeiden. Er stirbt nie am Galgen, wie sein tapferer Vorfahr; geht es gar zu schief, so brennt er durch, von den Verwünschungen und Flüchen der um ihren ehrlichen Erwerb Betrogenen verfolgt, aber nicht belästigt. So präsentirt sich der moderne Industrie- und Börsen-Ritter.

Welche Mittel nun gibt es, diese Banden, welche ganz Europa mit ihren Netzen umspinnen, welche Verderbniß und Sittenlosigkeit bis in das Herz des Bürgerthums tragen, zu züchtigen? welche Mittel, sie empfindlich zu treffen?

Das Gesetz ist, wie gesagt, ohnmächtig gegen sie; sie wissen ihm ein Schnippchen zu schlagen und im schlimmsten Falle rechtzeitig zu eskappiren. Gegen das öffentliche Urtheil sind sie gefeit, gegen Mißachtung und Verwünschungen gepanzert. Weise ihnen die Absicht betrügerischer Operationen daten- und ziffermäßig nach, — sie schweigen; nenne sie Gauner, verkappte Spitzbuben, Hallunken, — es ist ihnen gleichgiltig; regalire sie mit moralischen Ohrfeigen und Fußtritten, — sie lächeln. Aber nur eins, ums Teufels willen, thue nicht! Refüsire nicht ihre aufgelegten Obligationen; verweigere nicht die Subskription auf ihre Anleihen. Das ist die einzige Stelle, wo sie sterblich sind.

Und gerade an dieser Stelle haben wir es auch heute noch an der Hand, dem Türken-Schwindel-Konsortium das verbrecherische Spiel zu verderben.

Es ist eine Lüge, wie alle andern, daß die Obligationen für die türkischen Bahnbauten bereits abgenommen seien. Bis jetzt haben nur die verbündeten Konsortien die Anleihe in Kommission übernommen mit der Verpflichtung allerdings, einen verhältnißmäßig geringen Theil fest zu behalten, und mit der weiteren Verpflichtung, à Conto des eventuellen Absatzes Pränumerationen-Zahlungen zu leisten. Werden den Unter-Konsortien (den Gauner-Agenten), welche eben diese Verpflichtung gegen die Ober-Konsortien (die Gauner-Hauptleute) eingegangen sind, die Stücke nicht abgenommen, so bleiben sie eben in deren Portefeuille's, und das ganze Unternehmen hat das verdiente Fiasko erlitten; die zum Brandschatzen außerseheenen Bevölkerungen bleiben vor Nachtheilen und Verlusten bewahrt.

Und so fordern wir denn die ehrenhaften Redaktionen aller Länder auf, in diesem Sinne zu wirken, ihr Publikum bis in die kleinsten Kreise zu warnen und vom Zeichnen abzuhalten. Namentlich richten wir diese Aufforderung an die Redaktionen aller Blätter in Süddeutschland und in der Schweiz, auf deren

sparsame und wohlhabende Bevölkerung, in Erinnerung an den außerordentlichen Erfolg der vereinigten Staaten-Anleihe, vorzugsweise spekulirt wird. Sie vor Allen mögen nicht ihre Pflicht versäumen und auf den Unterschied zwischen der Anleihe eines mächtigen, ehrlichen und zahlungsfähigen Staates und der eines in Auflösung begriffenen, bankerotten Reiches, das seine Existenz nur mühsam durch die Uneinigkeit seiner Nachbarn fristet, nachdrücklich und wiederholt aufmerksam machen.

Wir richten einen einfachen, geraden Appell an das Gewissen und an die Verantwortlichkeit der öffentlichen Presse, die im vorliegenden Falle eine doppelt schwere ist, da ein Theil der europäischen Journale bekanntlich bereits erkaufte ist und mit den Verschwornen gemeinsame Sache macht. Noch aber ist Nichts verloren und noch haben die Redaktionen der ehrenhaften Blätter es in der Hand, den ganzen Plan zu nichte zu machen und die Bevölkerungen vor Veranbarung und Verlusten zu schützen. Gelingt es aber einem solchen Bündniß der Ehrlichen nur einmal, die Koalition der Gauner zu sprengen, so ist deren Macht für immer gebrochen und dem Schwindel und Betrug der Boden für seine Operationen entzogen.“

Kleine kritische Chronik.

Vom 30. März bis 6. April.

Inland.

Nebst dem großen Ereigniß der Demission des Gesamtministeriums und des Massenaustrittes, welcher den niemals ordentlich gewesenem Reichsrath nun zum wirklichen Rumpfparlament gemacht hat, ist nicht viel zu besprechen. Die sitzen gebliebenen Reichsräthe werden gewiß froh sein, bald von der Bühne zu verschwinden, auf der sie so entschieden Fiasco gemacht haben. Schindler wird denn doch nicht in Abwesenheit der Galizier über die galizische Resolution referiren. Auch die dalmatinische Angelegenheit wird wohl ad acta gelegt werden, und das ist auch das geschiedteste. Viel liberales Gerede machte der Antrag Rechbauers, welcher, auf den Kremstierer Verfassungsentwurf zurückgreifend, ein Länder- und ein sogenanntes Volkshaus konstituiren will. Es ist stark zu bezweifeln, ob das, was vom Kremstierer Reichstage und damals auch von den Völkern wahrscheinlich angenommen worden wäre, jetzt das gleich günstige Schicksal haben würde. Es sind eben zwanzig Jahre verflossen, die Nationalitätsidee hat sich riesig entwickelt, und die Völker haben sehr schlimme Erfahrungen gemacht. Und sollten denn gerade die Deutschösterreicher ein aus direkten Wahlen der Völker hervorgehendes sogenanntes Volkshaus wünschen, in welchem sie sich nach der Natur der Bevölkerungsverhältnisse permanent mit der Rolle der Minorität begnügen müßten? — Dem Abgeordnetenhaus ist ein nicht sehr günstiges ausschüßliches Denkmal gesetzt worden. Es wurde nämlich ausschüßlich beschlossen, über die Petition der „Concordia“ um Aufhebung des Zeitungs- und Inseratenstempels zur Tagesordnung überzugehen. Ausgezeichnet! In Ungarn und selbst in der Militärgrenze ist diese obdöseste Stempel-

Steuer aufgehoben, aber in dem neuen freien Eisleithanien bleibt sie bestehen! Die Hoffnung, daß das Herrenhaus das Erwerb- und Lohnsteuergesetz gänzlich ablehnen werde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Doch haben die Lords den kleinen Leuten einige Erleichterung geschaffen. Wir hoffen jedoch, daß dieses selbst in dieser amendierten Gestalt noch immer belästigende und verzerrende Steuergesetz gar nicht zum Vollzug gelangen wird.

Die Mißere und die darüber herrschende Erbitterung in Siebenbürgen hat ihren Höhepunkt erreicht. Wenn die despotische Politik, welche seit Jahren mit diesem Lande getrieben wird, nicht bald ein Ende nimmt, so haben wir in nächster Zukunft eine der traurigsten politisch-sozialen Katastrophen zu gewärtigen. Das Programm der rumänischen Intelligenz in Thorda wurde in ganz Siebenbürgen mit Beifall angenommen. An vielen Orten hat sich bereits die Intelligenz schriftlich dafür erklärt. Den Anfang machten die muthigen und wohlhabenden Gebirgsjöhne aus Abrudbanja. — Die Chronik der Tagesereignisse in Siebenbürgen ist mehr als skandalös. Erpressungen des Volkes, Mißhandlungen desselben auf jede mögliche Art sind an der Tagesordnung. Keine Wirthschaft, keine Justiz, keine Verwaltung, kein Handel, keine Industrie, ja nicht einmal fahrbare Landstraßen mehr — das sind die überraschenden Resultate der dreijährigen Antrassij'schen Wirthschaft in Siebenbürgen. Die Unzufriedenheit des Volkes hat daher auch den höchsten Grad erreicht. Selbst den sonst äußerst phlegmatischen Sachien wird es zuviel. Bei so traurig bewandten Umständen ist die Wiederherstellung der Autonomie Siebenbürgens nicht nur höchst erwünscht, sondern auch dringend nothwendig. Unter den Rumänen beginnt eine große Bewegung für Errichtung einer rumänischen Rechtsakademie. Ebenso ist auch die Errichtung eines rumänischen Nationaltheaters beschlossen worden. — Der nunmehrige Redacteur der „Föderatiunea“ Ion Porutiu wurde neuerdings für den 11. April vor die Jury geladen, wo das zweitemal über ihn abgeurtheilt werden soll, nachdem das erste Urtheil laßirt worden ist.

Man ist sehr gespannt auf den Ausgang des Proceßes Banus Rauch contra dem Siffeler „Zatocnik“, in Betreff des übel berüchtigten Austrocknungsgeschäftes. In derselben Angelegenheit hat der serbische Abgeordnete Mitetics das ungarische Ministerium interpellirt. Mit der Antwort wird wol zuerst auf den Richterpruch gewartet werden.

Bei Reichenberg haben Arbeiterunruhen stattgefunden, wobei das Militär eingeschritten und Blut vergossen worden ist. Menschenopfer geblieben sind. Antinationale Denunzianten erzählten, daß die excedirenden Arbeiter durchaus Uebsen aus Semil dem Geburtsorte Kiegers gewesen seien, und aus dieser Lüge folgerten sie, daß nicht die Lohnverhältnisse, sondern nationale Tendenzen die Unruhen veranlaßt hätten. Mit solchen Waffen kämpfen die Verfassungstreuen!

U n s e r L a n d.

Die Stimmung in Frankreich und besonders in Paris ist eine sehr aufgeregte, aber man sieht deutlich, daß die Mehrheit der Bevölkerung deshalb aufgeregte ist, weil sie Ordnung und legalen Fortschritt will und Unruhen, Katastrophen fürchtet, während eine kleine, aber rastlos rühige und sehr kühne Partei alles mögliche thut, um Unruhen und Katastrophen herbeizuführen. Diese Partei stellt die neuen Verfassungsreformen als ungenügend, ja als trügerisch dar. Man will den Kaiser und das Ministerium auf einer abschüssigen Bahn haltlos vorwärts drängen, oder sie zu Rückschritten verführen, um dann loszuschlagen. Bedeutsam ist es, daß die Männer, welchen Napoleon III. sich jetzt, wie es scheint, ganz aufrichtig hingibt, fast durchaus Orleansaner sind. Mit gutem Grunde glaubt man auch, daß die Partei Rocheforts nur im Interesse

der Orleans Eggeße macht. Wenn das so ist, so beschwören die Orleansischen Geister heraus, die sie dann schwerlich wieder beschwören können werden.

In Süddeutschland wird die antipreußische Bewegung immer heftiger. Natürlich fehlt auch die Gegenströmung nicht. Daraus können sehr gefährliche Konflikte entstehen. In Wien aber gibt es Politiker, die sich dessen freuen und glauben und hoffen, daß Oesterreich davon einen Vortheil haben werde. Ja wol, einen Krieg ohne Bundesgenossen gegen Preußen, Rußland und Italien.

Die römische Kurie beweist inmitten ihrer innern und äußern Bedrängnisse einen Muth, den selbst ihre Gegner anerkennen müssen. Sie hat das Verlangen der französischen Regierung, einen Spezialbevollmächtigten Frankreichs zum Konzil zuzulassen, entschieden abgelehnt. Andere Kabinete sind glücklicherweise so klug gewesen, sich einer solchen Abweisung gar nicht auszusetzen. So wird denn das weltlich ganz ohnmächtige Rom gegen den Widerspruch der mächtigsten Weltmächte thun, was ihm beliebt.

In dem befreiten Spanien ist es schon wieder zu einem Barrikadenkampfe gekommen, und die ganze Provinz Barcellona, das Königreich Catalonien in Belagerungszustand erklärt worden. Die freien Spanier können aus den Belagerungszuständen gar nicht heraus. Es lebe die spanische Republik! Mindestens schwärmen die Wiener Verfassungstreuesten für dieselbe, und deshalb hat sie Aussicht auf Erfolg, denn das, was diese Doktrinärs wollen, geschieht bekanntlich immer, wie man es früher in Betreff Ungarns gesehen hat und jetzt auch in Cisleithanien sieht.

H a u s m u s i k.

Wir haben schon oft Gelegenheit gehabt und jedesmal eifrigst davon Anlaß genommen, unsern Lesern solche Bücher, Zeitschriften, Prachtwerke zu empfehlen, welche sich nach Inhalt, Form und Preiswürdigkeit dazu eignen, einen Ehrenplatz in jeder Familienbibliothek einzunehmen. Aber nicht blos die Literatur, sondern auch die Pflege der Kunst gehört in den Kreis der Familie, als Erziehungsmittel, als edle Erholung von den Mühen des Berufslebens, als Nahrung des Gemüthes und der Phantasie, als ein holdes Band der Geselligkeit für alle Diejenigen, die nicht darauf Anspruch machen, im öffentlichen Leben als Künstler aufzutreten, aber in ihrer stillen Liebe zur Kunst, als Dilettanten, ein Bedürfniß haben, die Werke der großen Meister kennen zu lernen, und mit dem Studium und Einüben derselben die Mußestunden auszufüllen. Nun darf man wol behaupten, daß in den deutschen und österreichischen Landen kein Zweig der Kunstpflege so allgemein verbreitet ist, wie die Musik, und auf keinem Gebiete der gesammten Kunst hat gerade Deutschland und Oesterreich so viele Meister ersten Ranges und eine solche Anzahl reizender, herrlicher, gewaltiger Schöpfungen aufzuweisen, wie auf dem musikalischen, von Bach und Händel (der ja durch Geburt, Geist und Kunstart unstreitig ein Deutscher ist), bis herab auf Mendelssohn und Schumann, Werke, die nicht auf scenische Darstellung berechnet sind, sondern entweder zur Hausmusik im strengsten Sinne, oder höchstens in den Konzertsaal gehören.

Lange Zeit war die Anschaffung klassischer Kompositionen mit großen, für die bescheidenen Vermögensverhältnisse einer Familie nicht selten unerträglich hohen Kosten verbunden, die Musikalien waren entsetzlich theuer, und die Kasse eines Familienvaters mußte gut bestellt sein, wenn er sich erlauben durfte, seinen Kindern die Klavierwerke von Bach, Mozart, Beethoven, Schubert u. s. w. in einer anständigen Ausgabe und vollständig anzuschaffen. Erst seit kurzem haben patriotische und verständige deutsche Musikverleger angefangen, Klassiker-Editionen zu veranstalten, deren billiger Preis es möglich macht, überall, wo es musikalische Bedürfnisse gibt, den Grund zu einem musikalischen Haushalt zu legen, der nicht etwa bloß einzelnes, von Diesem oder Jenem nach Willkür Ausgewähltes, sondern die Gesamtheit des künstlerischen Schaffens eines Komponisten in einem bestimmten Zweige der Kunst enthält. Wir brauchen in dieser Beziehung nur auf die Unternehmungen von Peters, Hallberger, Leuckart u. A. zu verweisen.

Aber die Dilettanten hören nicht auf, zu wünschen. Das Klavier ist freilich das verbreitetste Instrument, dem eine herrliche Musikkultur ganz eigens gewidmet ist. Allein wer Klavier spielt, der möchte auch weiter greifen und auch solche Werke in seinen Bereich ziehen, in denen das Klavier im Vereine mit anderen Instrumenten mitwirkt, Trios, Quartette, Konzertsstücke mit Orchester. Aber die Geiger sind eben nicht immer zur Hand und die Bläser lassen sich entschuldigen. Nun hat es allerdings von jeher zahlreiche, gute und schlechte Arrangements der verschiedensten Instrumentalkompositionen für das Klavier zu zwei oder vier Händen gegeben, und es sind in dieser Weise schon längst ganze Symphonien, leztlich auch Beethoven's und Schubert's Streichquartette auf das Pianoforte übertragen worden, in welcher letzterer Hinsicht die Leuckart'sche Verlagshandlung ein rühmliches Beispiel gegeben hat. Dieselbe ist soeben wieder mit einem neuen Unternehmen hervorgetreten, das wir allen Musikfreunden und namentlich den häuslichen Kreisen aufs Lebhafteste empfehlen möchten. Die genannte Breslauer Firma, an deren Spitze der thätige und verdienstvolle Konstantin Sander steht, hat nämlich mit der Herausgabe einer „Hausmusik“ begonnen, welche vorläufig Mozart's sämtliche Klavierkonzerte, Klavierquartette und das Klavierquintett (diesen „Triumph des Wohllautes“), sämtliche Klavierkonzerte Beethoven's, dann dessen Violintrios und Serenaden in der Bearbeitung für Klavier zu vier Händen enthalten soll, während für spätere Serien dieses Lieferungswerkes Beethoven's sämtliche Klaviertrios und Violinquartette *), dann Schubert'sche Instrumentalwerke in Aussicht gestellt sind. Die Bearbeitung ist den bewährten Händen Hugo Ulrich's anvertraut, und die früheren analogen Arbeiten Ulrich's, so wie die bereits erschienenen Lieferungen der „Hausmusik“ (Mozart's Konzerte in Es- und D-moll, dann Beethoven's Trios

*) Für das Klavier zu zwei Händen existirt bereits eine treffliche Bearbeitung mehrerer dieser Quartette von Julius Schäffer.

op. 3, 8 und 9) sind selbstredende Zeugnisse für Ulrich's eminente Befähigung zu solchen Arrangements, die freilich, wie es in der Natur der Sache liegt, eben nur Surrogate sind, im vorliegenden Falle aber gewiß von Jedem dankbar angenommen werden, der aus was immer für einem Grunde auf den Genuß des Originals verzichten muß.

Wir werden hier nicht anfangen, ein Loblied auf Mozart und Beethoven zu singen, doch können wir uns in Betreff der Mozart'schen Klavierkonzerte nicht enthalten, unseren Lesern die treffliche, auch in diesen Blättern (1866, Nr. 41) nach Verdienst gewürdigte Schrift des Herrn Dr. Fr. Lorenz über „Mozart als Klavierkomponist“ in Erinnerung zu rufen, wo diese dormalen noch viel zu wenig beachteten Konzertstücke in der vollen künstlerischen Größe und Bedeutung, die ihnen innewohnt, charakterisirt werden. Dem Herausgeber der „Hausmusik“ jedoch dürfen wir unser Lob nicht vorenthalten, sowol wegen der Veranstaltung dankenswerther Arrangements überhaupt und wegen der, dem ganzen Unternehmen zu Grunde liegenden kunstfreundlichen Idee, als auch wegen der splendiden Ausstattung und des außerordentlich billigen Preises. Eine Lieferung, die stets ein ganzes Werk (Konzert, Quartett u. s. w.) enthält, kostet im Abonnement nicht mehr als 15 Egr.! Möge unser Publikum nicht ermangeln, durch rege Theilnahme für Reudart's „Hausmusik“ den Eifer eines solchen Verlegers wach zu erhalten.

H. W.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

(Fortsetzung.)

XI.

Die Erwerbung Kärntens. Albrecht des Belfen Hausgesetz.

Bald nach dem Tode Friedrichs des Schönen kam das Haus Habsburg in die Gefahr, auszusterben. Herzog Albrecht, mit dem Beinamen der Weise, saß am 25. März 1330 mit der Gemalin seines in den Vorlanden befindlichen Bruders Otto in der Burg zu Wien an der Tafel. Nach derselben erkrankten beide, denn die Speisen waren vergiftet gewesen; wie und von wem ist unaufgeklärt geblieben. Otto's Gattin starb noch an demselben Tage; Albrecht wurde zwar gerettet, blieb aber zeitlebens kränklich, an Händen und Füßen theilweise gelähmt, weshalb er auch der Lahme zubenannt wird. Wäre er dem Gifte erlegen, so würde das Haus Habsburg erloschen sein, denn Albrecht selber hatte damals

noch keine Kinder, Friedrich des Schönen einziger Sohn war schon vor dem Vater gestorben, Leopold hatte nur Töchter erzeugt, Otto's zwei Söhne starben im frühen Knabenalter, Heinrich war gar nicht verheiratet gewesen.

Ungeachtet seines Siechthums hatte Albrecht die Freude, den Stamm Habsburgs blühend fortzupflanzen und er führte noch achtundzwanzig Jahre lang eine weise Regierung, deren kräftiger Arm Herzog Otto war. Die Brüder lebten fortwährend in gesegneter Eintracht, doch gelang es ihnen nicht, ihr Haus und Oesterreich wieder an die Spitze Deutschlands zu bringen. Sie unterließen es auch, den Kampf gegen Ludwig den Baiern wieder aufzunehmen, waren im Gegentheile fast immer treue Bundesgenossen desselben, um sich dadurch vornehmlich gegen den gewaltigen König Johann von Böhmen zu sichern, welcher seine Herrschaft immer weiter ausdehnte, Kärnten und Tirol an sein Haus bringen, ja sich sogar in Italien ein Reich gründen wollte.

Kärnten und Tirol waren der Gegenstand vieler Verträge, Bündnisse und kriegerischer Unternehmungen. Der alte Herzog Heinrich von Kärnten hatte nämlich nur zwei Töchter und keinen Sohn, mit seinem Tode wurde also Kärnten ein offenes Reichslehen. Ansprüche darauf erhoben nun die Herzoge von Oesterreich, der König Johann von Böhmen, und theilweise Kaiser Ludwig der Baiern selber. Doch hatte dieser dem Kärntnerherzog die freilich dem Lehensrechte widersprechende Ermächtigung gegeben, das Herzogthum einer seiner Töchter zu hinterlassen, doch unter der Bedingung, daß die Wahl des Gatten dieser Nachfolgerin von der Genehmigung des Kaisers abhängig sein sollte. König Johann von Böhmen aber griff rasch zu, indem er den Herzog von Kärnten dahin brachte, seine ältere Tochter Margaretha Maultasch mit seinem (Johann's) jüngern Sohne zu vermählen und demselben huldigen zu lassen. Da der Kaiser diese Machterweiterung des Königs von Böhmen fürchtete, so erklärte er die Verfügung über Kärnten und Tirol für null und nichtig und verlieh die Anwartschaft auf beide Länder den Herzogen von Oesterreich; doch sollte ein Theil von Tirol an Baiern kommen. Da nicht zu erwarten stand, daß der Böhmenkönig auf das reiche Erbe gutwillig verzichten würde, so mußte man sich auf einen schweren Krieg gefaßt machen.

Als Heinrich, Herzog von Kärnten und Graf von Tirol am 4. April 1335 starb, lag König Johann von Böhmen in Paris an den Wunden darnieder, die der kampflustige Fürst daselbst in einem Turniere empfangen. Es beeilten sich daher Kaiser Ludwig und die Herzoge von Oesterreich, diese Zeit, während der böhmische Löwe krank war, zu benutzen, um die kärntnerische Angelegenheit ins Reine zu bringen. Der Kaiser und Herzog Otto als Vertreter des Hauses Habsburg kamen in Venz zusammen, und am 2. Mai 1335 stellte Ludwig den Herzogen von Oesterreich die Urkunde über die Belehnung mit dem Herzogthume Kärnten aus. Dies geschah gesetzmäßig, denn Kärnten war ein eröffnetes Reichslehen, über welches der Kaiser verfügen konnte. Ludwig verfügte

aber unter einem auch über Tirol, indem er dasselbe ebenfalls den Herzogen von Oesterreich zu Lehen gab, den an Baiern grenzenden Theil aber für sich selber in Anspruch nahm. Das war widerrechtlich, den Tirol war kein Reichslehen, sondern bestand aus Allodialherrschaften, welche auf Frauen vererbten, in denen also Margaretha Maultasch rechtmäßig ihrem Vater nachfolgte.

Der Kaiser erließ von Linz aus an die Stände von Kärnten und Tirol Befehlsschreiben, fortan die Herzoge Albrecht und Otto als Herren anzuerkennen und Otto forderte diese Stände durch den Landeshauptmann von Steiermark auf, die Unterwerfung zu geloben. Die Kärntner fügten sich aber nicht sogleich, sondern stellten mit Berufung darauf, daß sie der Prinzessin Margaretha und ihrem Gemal, dem Sohne des böhmischen Königs gehuldigt hätten, das merkwürdige Verlangen, ihnen eine Frist zu gestatten, um abzuwarten, ob der König von Böhmen seinem Sohne zu Hilfe kommen werde. Und Herzog Otto gewährte diese Frist wirklich; wol von der Ansicht geleitet, daß die Entscheidung in dieser Sache ohnehin nur durch die Waffen erfolgen würde. Die Tiroler sandten den Abt von Viktring zuerst nach Wien und dann an Kaiser Ludwig, um die Anerkennung und Schonung des Rechtes Margarethens zu erlangen. Das hatte jedoch so wenig Erfolg, wie der Protest, welchen der böhmische Kronprinz Karl beim Kaiser einlegte, und die Gesandtschaft, die er nach Wien schickte, um das Recht seines Bruders zu wahren.

Mittlerweile war die den Kärntnern gewährte Frist abgelaufen, ohne daß der in Frankreich seine Wunden heilende Böhmenkönig sich in der Sache auch nur hätte vernehmen lassen. Da schritt Otto zur Besitzergreifung Kärntens. Er begab sich in das Land, ließ die kaiserlichen Belehnungs- und Befehlsschreiben neuerdings verkünden und begann die Regierung damit, daß er einen neuen Landeshauptmann einsetzte. Da er keinen Widerstand erfuhr, hielt er die Sache für erledigt und begab sich nach Krain. Nun machten aber die Kärntner geltend, daß der Regierungsantritt des Herzogs rechtsungiltig wäre, wenn er nicht nach alter Landesitte die Erbhuldigung empfinde. Dieser Akt bestand aber seit uralten Zeiten darin, daß der neue Fürst das Herzogthum Kärnten von einem Bauer aus einem von altersher dazu berechtigten Geschlechte gleichsam zu Lehen empfangen mußte. Um das Selbstständigkeitsgefühl der Kärntner nicht zu verletzen, begab sich Herzog Otto sofort wieder nach Klagenfurt und unterzog sich am 2. Juli 1335 der altherkömmlichen Zeremonie. Am Morgen dieses Tages setzte sich der berechtigte Bauer auf den sogenannten Herzogsstuhl, eine Steinplatte auf dem Zollfelde in der Nähe von Klagenfurt. Vor diesen originellen Thron wurde dann der Herzog, als Bauer gekleidet, einen Hirtenstab tragend, unter Vortritt des Erbpfalzgrafen von Kärnten und zweier Bannerträger von zwei Landherren gebracht. Zur Seite wurden ein Stier und ein Adergaul geführt. Das Gefolge bildete die Ritterschaft mit der Landesfahne. Sobald der Bauer den Herzog erblickte, frug er in slavischer Sprache: „Wer ist der Mann, wel-

her mit so stolzem Gefolge herankommt?“ Die Umstehenden antworteten: „Es ist der Fürst des Landes.“ Darauf der Bauer: „Ist er ein gerechter Richter, und liegt ihm das Wohl des Landes am Herzen? Ist er frei geboren, der Ehre würdig, ein Bekenner, Verbreiter und Vertheidiger des christlichen Glaubens, ein Beschützer der Witwen und Waisen?“ Antwort: „Das ist er und wird es immer sein.“ Nun frug der Bauer: „Unter welchen Bedingungen soll ich ihm diesen Herzogsstuhl einräumen?“ und darauf antwortete der Erbpfalzgraf: „Du sollst sechzig Denare, den Stier sammt dem Pferde und die Kleider, welche der Herzog anhat, empfangen, auch soll dein Haus frei von allen Abgaben sein.“ Jetzt räumte der Bauer den steinernen Stuhl, der Herzog wurde darauf gesetzt, schwang ein Schwert und schwur, gerecht zu regieren, die Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten des Landes aufrecht zu erhalten. Dann mußte er noch aus einem Bauernhute Wasser trinken. Nach dieser Zeremonie begab sich der Herzog in die Kirche, um eingesegnet zu werden. Dann zog er sein Fürstengewand an, hielt öffentliche Mahlzeit und begab sich wieder auf den Herzogsstuhl, um Lehen zu ertheilen und Recht zu sprechen. Diese originelle Erbhuldigung wurde unter den nachfolgenden habsburgischen Herzogen bis auf Ernst den Eisernen gefeiert. Dann unterblieb sie, doch stellte noch lange hindurch jeder österreichische Herzog den Räkentrern eine eigene Urkunde aus, daß die Unterlassung jener Zeremonie den Rechten des Landes nicht zum Nachtheil gereichen sollte.

So ist denn auch das Herzogthum Kärnten unter vollständiger Wahrung seiner historischen Selbständigkeit an das Haus Habsburg gekommen, es trat zu den andern Ländern dieses Hauses lediglich in das Verhältniß der Personalunion, und ist also die Vereinigung Kärntens mit Oesterreich nach dem föderativen Prinzip erfolgt.

Damals mußte aber diese Vereinigung noch mit dem Schwerte, gegen Böhmen behauptet werden. Als König Johann von den Ereignissen Kunde erhielt, brach er, obwol seine Wunden noch nicht vollständig geheilt waren, aus Frankreich auf und war schon am 30. Juli 1335 in Prag. Sofort erließ er in seinem Reiche ein allgemeines Aufgebot. Dann schickte er den Bischof von Olmütz nach Wien, um die Herausgabe des Erbes Heinrichs von Kärnten zu verlangen, widrigenfalls den Krieg anzukündigen. Die Herzoge von Oesterreich zogen den Krieg vor. Beide Theile rüsteten nun eifrig und suchten sich durch Bündnisse zu stärken. Es entbrannte ein Kampf, in welchem Oesterreich am linken Donauufer arg mitgenommen wurde. Die Unzuverlässigkeit der Bundesgenossen, namentlich des Kaisers Ludwig, bewog beide Theile, rasch Frieden zu schließen. Er kam am 9. Oktober 1336 zu Enns zu Stande und war ein Vergleich der beiden streitenden Parteien. Die Habsburger behielten Kärnten; Tirol dagegen blieb der Margaretha Maultasch und ihrem böhmischen Gemal.

Die Vergrößerung des Länderbesitzes war nicht im Stande, den Habsburgern das frühere Ansehen im deutschen Reiche wieder zu verschaffen. Sie machten

die bittere Erfahrung, nach dem Tode des Kaisers Ludwig gar nicht in die Candidatur für die deutsche Krone gezogen zu werden. Es bestieg der König von Böhmen, Johann's Sohn, als Karl IV. den deutschen Thron. Einen schweren Verlust an Ansehen und Besitz erlitt das Haus Habsburg dadurch, daß Herzog Albrecht sich mit den Schweizern in einen unglücklichen Streit und Kampf einließ, welcher vom Jahre 1351 bis 1356 dauerte und die Folge hatte, daß die Habsburger in der Schweiz fast alle ihre Besitzungen und Hoheitsrechte verloren.

Für viele Kränkungen und Verluste fühlte sich Albrecht der Weise, der nach dem Tode seines letzten Bruders Otto des Fröhlichen allein die Regierung der österreichischen Länder führte, durch den Segen seiner Ehe entschädigt. Seine Gemalin Johanna hatte ihm vier Söhne geboren. Aber wie sehr den greisen Herzog diese Blüte seines Stammes erfreute, so blickte er doch auch mit Besorgniß in die Zukunft. Nach den Reichsgesetzen gebührte die Lehensnachfolge allen vier Söhnen zu ungetheilter Hand; der älteste hatte kein Vorrecht, als das, welches ihm die jüngeren aus Pietät und im Interesse des Hauses und der Länder freiwillig einräumen mochten. Bei dieser Sachlage mußte Albrecht mit Kummer an die Möglichkeit denken, daß unter seinen Söhnen Uneinigkeit einreißen könnte, wie dies schon unter seinen Brüdern der Fall gewesen war. Der Herzog fühlte sich gedrängt, einem solchen Unheil nach der Möglichkeit vorzubeugen, die ihm geboten war. Er berief im November 1355 die vornehmsten Landherren nach Wien und vereinbarte mit denselben folgendes merkwürdige Hausgesetz:

„Während Unseres ganzen Lebens haben Wir den Frieden geliebt und Unsere Unterthanen mit Güte behandelt. Wir wünschen, daß diese zwei großen Wohlthaten nicht mit Unserm Leben aufhören, sondern auch nach Unserm Tode noch ein fortdauerndes Erbtheil Unserer Völker sein sollen. Dieser Unser Wunsch wird desto gewisser in Erfüllung gehen, wenn Unsere geliebten vier Söhne von einem gleichen Streben nach Tugend, von herzlicher Bruderliebe beseelt und innig mit einander verbunden sind. Deswegen wollen Wir, daß der älteste unter ihnen den jüngern Brüdern eben dieselbe Achtung und Liebe erweise, welche der jüngste den älteren zu erweisen schuldig ist. Alle Widerseßlichkeit, alles unfreundliche Wesen, alle Entzweiung, aller Zank und Streit müssen von ihnen weit verbannt bleiben; ein jeder muß seinem Bruder mit Würde und Anstand begegnen, der älteste sowie der jüngste, das ist Pflicht für sie alle. Für den Fall, als einer Unserer Söhne dieses Gebot überträte, oder wegen Heirat außer Landes jöge, oder auf irgend eine andere Weise den Frieden und die Eintracht unter seinen Brüdern störte, es möchte der älteste oder der jüngste sein, für diesen Fall haben Wir Unsere und Unserer Söhne Landherren gebeten, zur Herstellung der Einigkeit unter den Herzogen ihr möglichstes beizutragen, und sie haben es Uns und Unsern Söhnen auch zugesagt und dieses ihr Versprechen mit einem Eide bekräftigt. Sie werden dem mißvergnügten oder zänkischen Herzog Vorstel-

lungen machen und sich bemühen, ihn mit seinen Brüdern wieder auszuföhnen und eine innige Bruderliebe unter ihnen herzustellen. Die Pflicht des Herzogs wird dann sein, den mahnenden Landherren Gehör zu geben und ihrem Rathe zu folgen. Würde er sich dessen weigern und trotzig alle Vorschläge der Vermittler verwerfen, dann ist der Zeitpunkt gekommen, in welchem die Landherren in Verbindung mit den landesfürstlichen Städten ihres Eides, den sie Ungeschworen haben, sich erinnern, demselben gemäß unter den herzoglichen Brüdern die gestörte Eintracht und den nöthigen Frieden herstellen und den guten Herzogen wider den schlimmen und zänkischen ihren Beistand leisten müssen. Früchten freundliche Worte und wohlgemeinte Ermahnungen nichts, so muß man denselben mit vereinter Macht nöthigen, daß er sich zur Ruhe bequeme und in traulicher Freundschaft mit seinen Brüdern lebe, damit Land und Leute von Schaden und Unheil bewahrt werden.“

Diese patriarchalische Urkunde wurde in drei gleichlautenden Abschriften für Oesterreich, Steyer und Kärnten erlassen. Diese Hausordnung, mehr der Ermahnung eines guten Vaters an seine lieben Kinder als einem Gesetze gleichend, ist doch politisch bedeutsam genug dadurch, daß Herzog Albrecht seine Söhne, die künftigen Herzoge von Oesterreich gewissermaßen unter die Kuratel der Landherren und der landesfürstlichen Städte stellte, daß er beide letztern förmlich zum Aufsehern und Richtern über die Landesfürsten machte. Denn um den guten Herzogen gegen den schlimmen und zänkischen Beistand zu leisten, mußten die Landherren und Städte doch früher entscheiden, welcher Theil gut, welcher schlimm sei, wo sich das Recht, wo das Unrecht befinde. Auch ging der gute Albrecht von der optimistischen Voraussetzung aus, daß sich die Stände immer nur den guten Herzogen, niemals aber einem schlimmen anschließen würden.

(Fortsetzung folgt.)

Mit vorliegender Nummer beginnt das II. Quartal. Wir bitten die Erneuerung der Pränumerationen ebemöglichst zu veranlassen, damit Störungen in der Expedition vermieden werden.

Die P. T. Abonnenten, welche die „Reform“ im Wege der k. k. Postanstalten beziehen, ersuchen wir um deutliche geschriebene Adresse und um Angabe der letzten Post.

Die Pränumerationen bitten wir, falls der Bezug nicht im Wege des Buchhandels stattfindet, einzuleiten:

Für Wien: Expedition, Schulerstraße Nr. 18.

Für die Provinz: Mit direkter Postversendung bei der unterzeichneten Administration, welche sich die Bestellungen franko erbittet.

Administration der „Reform“

in Wien, Laborstraße Nr. 52.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schussella.

Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 52.

Druck von R. v. Waldheim.

Die Reform.

No. 15.

Wien, den 14. April 1870.

IX. Jahrgang.

Die Lage und Stimmung.

Es ist eine traurige Pflicht, auch der neuen allerneuesten Ära gleich beim ersten Beginnen wieder ein sicheres Fiasko voraussagen zu müssen. Aber es ist eine Pflicht des aufrichtigen Patriotismus, und wir erfüllen sie hiermit.

Nur ein kurzer Lichtstrahl leuchtete in das Dunkel unserer Verfassungswirren, und schon lagert wieder erschreckende Finsterniß über dem doch zum lichtesten Leben berufenen Oesterreich. Die Situation ist umso trauriger, je mehr man sich der Hoffnung auf eine entschiedene Besserung hingegenen hatte. Bei der Art und Weise aber, wie die allerneueste Ära inaugurirt wird, steht nicht nur keine Besserung, sondern eine Verschlimmerung in Aussicht, vielleicht eine unheilbare. Deshalb ist die Stimmung der Völker nach einer flüchtigen Erhebung wieder eine gedrückte, vertrauenslose. Nur die orthodoxen herrschsüchtigen Verfassungstreuen, welche durch die eingetretene Katastrophe sehr erschüttert und deprimirt waren, erholen und erheben sich wieder und ermuntern sich zur Fortsetzung ihrer verderblichen Politik mit dem stolzen Gedanken: „Man fürchtet uns!“ Und sie haben recht, man fürchtet sie wirklich, oder man liebt sie doch so sehr wie sein eigenes Fleisch. Man will es lieber mit ganzen Völkern, mit der Majorität der Reichsbevölkerung für immer verderben, als das verhätschelte Parteifind auf den rechten Weg weisen, man setzt die Existenz Oesterreichs aufs Spiel, um nur von den Wortführern einer terroristischen Partei wenigstens mit einiger Schonung behandelt zu werden. Deshalb scheint die neue Ära nur eine zweite, aber nicht durchaus und verbessernd umgearbeitete, sondern wesentlich unveränderte, nur mit einem neuen Titelblatte versehene Ausgabe der alten werden zu sollen.

Statt des allgemein, auch von der sich selbst als unterlegen bezeichnenden Partei erwarteten Ueberganges von der Politik der Rath- und Thatlosigkeit zu einer frischen, offenen, imponirenden und gewinnenden Aktion, erhalten wir bloß ein Uebergangsministerium zur Besorgung der laufenden Geschäfte. Aber die laufenden Geschäfte würden wahrlich auch ohne Minister eben laufen, denn das Ueberwerf der Verwaltungsmaschine ist im Gange, die Aktenstücke machen ihren gewohnten Weg, und man merkt es ihnen gar nicht an, ob sie mit einem andern Ministernamen unterzeichnet sind. Um die laufenden Geschäfte hätte man sich also keine Sorge zu machen gebraucht, aber es handelt sich darum, die fest

gerannte, arg verfahrene Verfassungsfrage in Bewegung zu bringen und zu dem erwünschten Ziele führen. Wer soll diese lebenbedingend nothwendige Operation vollbringen, wenn die neuen Minister ausdrücklich nur als Leiter der laufenden Geschäfte bezeichnet werden? Glaubt man, daß die nothwendige konstituierende Aktion sich von selbst machen werde? Hofft man auf ein Wunder? Oder soll die Aktion etwa von einem geheimen Agenten geleitet werden, der dazu keine gesetzliche Vollmacht hat, daher die Sache nur auf privatem Wege, wie eine Privatsache behandeln kann, während doch ein offener, aufrichtiger, gesetzkräftiger Vorgang nothwendig ist.

Wenn man für die neueste Ära kein anderes Programm hat, als die allgemeinen vagen Worte: Wahlreform, Ausgleich, Autonomieerweiterung, Nationalitäten-Befriedigung, so wird man nach den Neuwahlen um keinen Schritt vorwärts gekommen sein. Die nationale und staatsrechtliche Opposition wird gewiß nicht auf gut Glück den Reichsrath beschicken, um eben fatalistisch zu erwarten, welche Ausgleichsgnaden die Regierung zu ertheilen geneigt sein würde.

Man scheint noch immer auf die Nachgiebigkeit der Polen zu rechnen, oder geneigt zu sein, dem Königreich Galizien eine staatsrechtliche Sonderstellung einzuräumen. Man legt dem Widerstande der Slovenen und Tiroler offenbar keine große Bedeutung bei. Aber wenn man in diesen Punkten auch wirklich recht hätte und das Richtige träfe, so würde doch die Konstituierung Oesterreichs unvollständig und hinfällig bleiben, solange nicht die Selbständigkeit der Krone Böhmens anerkannt ist. Zur Befriedigung der böhmischen Opposition reichen aber einige partielle Autonomie-KonzeSSIONen nicht aus; sondern es muß das Staatsrecht des Königreichs Böhmen anerkannt werden. Diese Anerkennung scheint man auch in der neuesten Ära verweigern zu wollen, und daher wird auch diese Ära zu einem Fiasko führen.

Bevor ein wirklicher Verfassungsausgleich zu Stande kommen kann, muß die staatsrechtliche Stellung der Königreiche und Länder klar gemacht, muß ganz besonders das staatsrechtliche Verhältniß festgestellt werden, in welches das Königreich Böhmen zu dem neuen Oesterreich treten soll und treten will. Um nun nicht abermals ins Blaue hinein zu experimentiren, muß man sich in Vorverhandlungen über die wesentlichen Punkte einigen. Zu diesen unentbehrlichen Vorverhandlungen sind aber auf Seite der Regierung Männer nothwendig, zu denen die opponirenden Völker Vertrauen fassen können, das Vertrauen nämlich, daß diese Männer den aufrichtigen Willen, die thatkräftige Entschlossenheit und auch die Vollmacht haben, einen wirklichen Ausgleich zu vereinbaren und durchzuführen. Dieses Vertrauen können die Völker jedoch nicht fassen, wenn von den neuen Ministern offiziell verkündet wird, daß es noch nicht die rechten Männer sind, daß diese Männer weder berufen noch ermächtigt sind, eine wirkliche Ausgleichsaktion zu vollbringen. So wird man denn durch das neue Provisorium wieder nur kostbare Zeit verlieren, man wird sich nach so und so viel Monaten

unter gesteigerten Schwierigkeiten zu der entscheidenden Aktion gedrängt sehen, die man jetzt unter verhältnißmäßig günstigeren Umständen hätte in Angriff nehmen können und sollen.

Durch die Unterhandlungen mit Dr. Reichbauer hat man den Verfassungsorthodoxen die Freude gemacht, zu behaupten, daß alles gut gegangen sein würde, wenn Reichbauer's Programm angenommen, wenn er der Leiter eines „radikalen“ Ministeriums geworden wäre. Das ist eine eitle Täuschung. Selbst wenn das ganze Programm Reichbauer's angenommen und in Vollzug geführt worden wäre, würde dadurch die Hauptsache, um die es sich handelt, nämlich die Verfassungsfrage nicht um einen Schritt günstig vorwärts gebracht werden. Reichbauer würde hauptsächlich schon deshalb Fiasco machen, weil auch er die Selbständigkeit der Krone Böhmens nicht anerkennen will, sondern ungeachtet seiner sonstigen radikalen Freisinnigkeit gegen Böhmen kraft der Schlacht am weißen Berge die Verwirklichungstheorie geltend macht. Er ist geneigt, dem Königreiche Galizien eine staatsrechtliche Sonderstellung zu gewähren; von einem böhmischen Staatsrecht aber will er nichts wissen. Reichbauer glaubt als Nachfolger der deutschen Kaiser und des alten deutschen Bundes wirken zu müssen, er will Böhmen, weil es einst zum deutschen Reiche und zum deutschen Bunde gehört hat, als deutschen Boden festhalten. Er will alles, was einmal zu Deutschland gehört hat, zentralistisch einigen, um es für den künftigen Anschluß an Deutschland zu präpariren. Das ist aber keine österreichische, sondern preussische Politik. Was das Reichbauer'sche sogenannte Volkshaus betrifft, so würden die Böhmen, Polen, Slovenen, Italiener und Tiroler dieses Haus gewiß nicht bescheiden, wenn nicht früher ihre nationalen und staatsrechtlichen Ansprüche befriedigt wären. Das konfessionelle, eigentlich konfessionslose Programm Reichbauer's würde wol eine Partei befriedigen, aber gewiß nicht die oppositionellen Völker in das Paradies der Dezemberverfassung hineinlocken. Man führe die obligatorische Civilehe ein, hebe das Konkordat gänzlich auf, trenne sich vollständig von Rom, so werden zwar die Konfessionslosen jubeln, aber die nationale und staatsrechtliche Opposition wird weder gewonnen, noch bestegt sein. Und wenn die Reichbauer'sche Armeeereduktion so weit durchgeführt werden könnte, daß wir gar keinen Soldaten mehr zu ernähren hätten, so wäre dies wol den Steuerträgern aller Länder gewiß angenehm, aber die Völker würden dafür doch nicht die Dezemberverfassung in den Kauf nehmen, und den Dezemberbrüsten würde dann das Mittel fehlen, ihre Verfassung durch Belagerungszustände aufrecht zu erhalten. Auf seinem Steckenpferde, dem Milizsystem, ist Reichbauer besonders waghalsig. Es ist wahrhaft tollkühn, z. B. in Böhmen keine Soldaten, sondern nur Nationalmilizen, und dabei die Böhmen doch in die Dezemberverfassung und eventuell in ein neues deutsches Reich hineintreiben zu wollen.

Auch mit dem Programm Reichbauer's wäre es gewiß nicht gegangen, und

mit der Programmlosigkeit Potocki's wird es auch nicht gehen. So stehen sich denn die Parteien schroff und feindlich gegenüber, Kaiserfeld hat im Namen der deutschen Verfassungstreuen erklärt, daß sie auf ihrem Schein beharren, denselben aus allen Kräften verteidigen werden; sollte darüber Oesterreich zu Grunde gehen. Die Böhmen, Polen, Ruthenen, Slovenen, Tiroler, Italiener werden selbstverständlich das nämliche thun, auf dieselbe Gefahr hin. Deshalb müssen wir mit betrübtem Herzen beim Beginn der allerneuesten Ära die Lage und Stimmung als trostlos bezeichnen.

Zum Ausgleich mit Böhmen *).

Aus Mähren.

Seitdem das eisleithanische Ministerium sammt seiner parlamentarischen Majorität, nicht gestürzt wurde, sondern in sich zusammenbrach, herrscht eine begreifliche Spannung der Gemüther in allen Ländern diesseits der Leitha. Die buntesten Gerüchte durchschwirren die Luft, unmögliche Ministerlisten werden von den Wellen der Tagesmeinung an die Oberfläche getrieben; in dem Schwanken der öffentlichen Meinung ist nur das Eine sicher, daß die neueste, die Deceμβriana, in Eisleithanien sich schnell überlebt hat und anderen Institutionen, deren Form bisher nicht bestimmt oder der Öffentlichkeit wenigstens nicht bekannt ist, weichen muß. Es könnten uns in Böhmen und Mähren all' die widerstehenden Gerüchte „kühl bis ans Herz hinar“ lassen, wenn unsere Herzen nicht für dieses Oesterreich schlugen, wenn wir nicht wüßten, daß das, was eine in ihrer Engbräustigkeit beschränkte Partei verbrochen, nicht auf Rechnung des Ganzen zu setzen sei. Nun, da der Deceμβrianismus ohne Sang und Klang begraben ist, halten wir es für eine patriotische Pflicht, jene Kreise, die jetzt maßgebend sind, auf einige Dinge aufmerksam zu machen, die wohl zu berücksichtigen sind, wenn der Ausgleich endlich einmal zu Stande kommen soll. Nur keine wechselseitigen Täuschungen, nur keine unbedachte enthusiastische Gefühlspolitik, welcher der Regenjammer unausweichlich folgen müßte.

Aus der Menge der Gerüchte, welche die Kunde durch die Tagesblätter machen, greifen wir diejenigen heraus, die uns die wichtigsten zu sein scheinen: erstlich, daß bei der Aenderung der Verfassung der streng verfassungsmäßige Weg eingehalten werden sollte, zweitens, daß Sr. Majestät dem Grafen Potocki gegenüber den Wunsch ausdrückte, sich zum Könige von Böhmen krönen zu lassen.

*) Dieser Artikel ist aus der Feder einer den böhmisch-mährischen Declaranten sehr wohl stehenden Notabilität.

Wir sind überzeugt, daß diejenigen welche von einer Krönung Sr. Majestät zum böhmischen Könige sprechen, sich nicht der großen staatsrechtlichen Tragweite bewußt sind, welche der Krönungsakt in sich hat. Bei der Krönung eines Königs von Böhmen handelt es sich nicht um einen bloß äußerlich pomphaften Akt, sondern um die feierliche Vollzugsbekräftigung eines Vertrages zwischen dem Träger der Krone und dem staatsrechtlichen Körper, den diese Krone repräsentirt, um ein *pactum conventum*, welches der König und das Land durch seine Vertreter zu beschwören haben. So lange die Verfassung Böhmens eine ständische war, leistete der König den Eid auf die Privilegien und Freiheiten der Stände und des Landes; die Stände hingegen leisteten dem Könige den Erbkürwürdnungs- und den Eid der Treue. Der Inhalt des Krönungseides von Seite des Königs war ein gegebener, in der Landesordnung vorgeschriebener; jeder König beschwor die von Ferdinand II. dem Königreiche intakt gelassenen und von allen Vorgängern des zu krönenden Königs bestätigten Privilegien; die Eidesformel blieb bis auf den Namen des neuen Königs, welcher gekrönt wurde, gleich. Diese alte, in der Ferdinandischen Landesordnung statuirte Eidesformel kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht beibehalten werden; wenn es auch ein Nachkomme desselben Herrschergeschlechtes ist, welches seit drei Jahrhunderten den böhmischen Thron besetzt, wenn es auch derselbe staatsrechtliche Körper ist, dessen Krone von neuem auf dem Haupte des Nachfolgers des letztgekrönten böhmischen Königs erglänzen soll, so erfordert dennoch unsere Zeit einen andern Inhalt des *pactum conventum* zwischen König und Land, als es noch im Jahre 1836 der Fall war. Der alte patriarchalische Absolutismus in politischer Beziehung ist verschwunden, die ständischen Korporationen sind aufgelöst, und wenn auch die Schmerling'schen Statute einen großen Theil der Schuld an dem Nationalitätenkampfe tragen, so läßt sich anderseits nicht leugnen, daß die großen freiheitlichen Fragen unserer Tage die Völkerindividualitäten Oesterreichs in geistige Korrespondenz versetzten, nachdem dieselben durch finanzielle und nationalökonomische Interessen ohnedies schon in nahen Beziehungen zu einander standen. Der Inhalt des Krönungseides wird daher ein anderer für Böhmen sein müssen, als er bis zum J. 1836 war. Der König wird nicht mehr den Ständen schwören, sondern dem mit politischen Rechten ausgestatteten Volksganzen; es wird aber auch der Inhalt des Krönungseides allen jenen staatsrechtlichen Institutionen Rechnung tragen müssen, bezüglich welcher ein Uebereinkommen zwischen dem zu krönenden Könige und dem Lande getroffen wird.

Ein solches Uebereinkommen zu treffen, ist aber nach dem böhmischen Staatsrechte Niemand anderer weder berufen noch berechtigt, als der König und der sogenannte Krönungslandtag, welcher zu diesem Zwecke vom Könige einberufen wird. Da nun aber die Krönung ein Postulat dieses Staatsrechtes ist, indem sie Rechte und Pflichten zugleich für König und Land involvirt, so versteht es sich von selbst, daß der König dem Lande gewisse Artikel nicht oktroyiren kann,

welche eine Veränderung der staatsrechtlichen Stellung der Krone Böhmens bewirken würden, ohne daß der Krönungslandtag früher hiezu seine Zustimmung gegeben hätte. Es ist daher selbstverständlich, daß ehe von einer Krönung die Rede sein kann, ein Krönungslandtag vorangehen müsse, welcher im Vereine mit dem zu krönenden Könige das pactum conventum beschließt, nach dessen Inhalt dann die Eidesformel des Königs herzustellen sein wird.

Jeder Einsichtige, der sich über die heillose Verwirrung, die gegenwärtig in Oesterreich herrscht, klar ist, wird eingestehen, daß eine Zeit voll von Anstrengungen, redlichem Eifer, ausdauernder, unermüdlicher Geduld, wechselseitigem Nachgeben und vertrauendem Entgegenkommen vergehen wird, ehe wir dazu gelangen können, daß ein böhmischer Krönungslandtag berufen wird. Lebten wir im Anfange dieses Jahrhunderts, oder handelte es sich nur um absolute Restitution des böhmischen Staatsrechtes, ohne daß die Beziehungen der böhmischen Krone zu den anderen Königreichen und Ländern des Hauses Habsburg in Betracht zu nehmen wären, dann fürwahr ständen der sogleichen Berufung eines Krönungslandtages keine Schwierigkeiten im Wege; aber jahrhundertlanges Zusammenleben der österreichischen Völker hat unzerstörbare Interessen geschaffen, welche sie wechselseitig aneinander weisen, Interessen, deren sich Nachbarvölker kaum erwehren können, auch dann, wenn sie keinen gemeinsamen Herrscher haben. Die Pflicht zur gemeinsamen Vertheidigung haben auch die böhmischen Länder schon im 16. Jahrhundert anerkannt, indem sie zum Schutze Ungarns gegen die Türken Geld und Mannschaft votirten; sie erkannten die Vortheile eines gemeinsamen Münzfußes schon im 16. Jahrhunderte, indem sie ihren König baten, für die böhmischen und die Erbländer Münzen von gleichem Schrott und Korn prägen zu lassen. Ich will mich in keine weitere Spezialisirung einlassen; das wird jedem klar sein, und auch die böhmisch-mährische Deklaration hat es vollständig anerkannt, daß zwischen den böhmischen und den übrigen Ländern Sr. Majestät reale Verbindungen bestehen, die so innig sind, daß, wenn sie auch durch formale Gesetze aufgehoben würden, sie durch die Nothwendigkeit des Lebens fortgesetzt würden. Darin wird keine Schwierigkeit bestehen, das in Gesetzesform zu bringen, dessen Nothwendigkeit von Niemanden bestritten wird; aber der größte Stein des Anstoßes wird darin bestehen, den formalen Uebergang zu finden, welcher von den ephemeren Schöpfungen der sogenannten Verfassungstreuen in dem letzten Dezzennium zum historischen Rechte führen könnte. Diese Verfassungstreuen, die unter dem Deckmantel, für die Bestrebungen der deutschen Nationalität zu kämpfen, nur nach Eisenbahnkonzessionen, Verwaltungsrathsstellen und anderen Sinecuren jagten, und sich dabei den Teufel um die deutsche Nation kümmerten, sie haben in kluger Berechnung faits accomplis geschaffen, indem sie wußten, daß das Bestehende umso schwerer abzuschaffen ist, je größer der Wust, der als Hinderniß angehäuft wird. Wie der vorsichtige Sünder auch dem Teufel ein Kerzlein anzündet, so zündeten sie ihrem Egoismus die Leuchte des Natio-

nalitätengedankens an, so daß selbst edle Deutsche sich von derselben blenden ließen, und wenn auch schon viele sich mit Ekel und Abscheu von einer Clique abwandten, die den Werth der Nationalität nach der Fülle ihres eigenen Geldsäckels beurtheilte, so ist noch immer eine große Zahl in dem Irrthum befangen, als sei mit einer Aenderung der Deceinberverfassung eine Lebensgefahr für das Deutschthum in Oesterreich verbunden. Daraus erklärt sich vorzugsweise der Widerstand, der, nicht blos von der schmutzigen Geldclique, sondern auch von ferngefunden Naturen dem historischen Rechte der Krone Böhmens entgegen-
gesetzt wird.

Gernach, ihr Herren, noch im Jahre 1836 ließ sich Ferdinand V. zum Könige Böhmens krönen, und das Deutschthum war nicht nur nicht gefährdet, sondern die kerndeutsche Stadt Wien bewillkommte den von der Krönung zurück-
gekehrten König in den Mauern der Residenzstadt durch den Mund des Bürgermeisters mit folgenden freudigen Worten: „Als Euere Majestät mit der erhabenen Landesmutter nach der Hauptstadt Ihres Königreiches Böhmen zur Krönung zogen, kannte die Bürgerschaft Wiens keine größere Pflicht, als Eueren Majestäten ihre innigsten Gebete folgen zu lassen, daß die Herrlichkeit jener glorreichen Feier durch nichts getrübt werden möchte. Der Allmächtige hat unsere Bitten erhört. Ihre Majestäten lehren in blühender Gesundheit, vom Schimmer der heiligen Krone des vierten Karl umstrahlt, von den Segnungen Ihrer getreuen und glücklichen Böhmen begleitet, in die Residenzstadt zurück. Der tausendstimmige Jubel eines Volkes, dessen Wohlfahrt Ihre erhabenen Ahnen vorbereitet, gepflegt und erweitert haben, wird nur von der Stimme des Dankes der durch Euere Majestät beglückten Unterthanen übertönt. So ist der heutige Tag, an welchem Böhmen die dankbarsten Erinnerungen feiert, für Oesterreich derjenige, an welchem es den Himmel für die herrlichste Gegenwart zu preisen hat.“

Das Deutschthum hat von der Erfüllung des historischen Rechtes der Krone Böhmens nichts zu fürchten; diese Ueberzeugung muß überall feste Wurzel fassen, soll die jetzt anbrechende Aera nicht wieder zu großen Verwicklungen führen.

Die historische Partei anerkennt gerne die Vortheilhaftigkeit, die darin besteht, daß der Ausgleich ein allgemeiner, d. h. von allen hiezu Berufenen anerkannter werde. Hält man es für nothwendig, den Faden an dem Punkte zu knäpfen, auf dem man sich gegenwärtig befindet, nun gut; nur sollen die, welche zur Anbahnung des Ausgleiches berufen sind, nicht vergessen, daß sie dem staatsrechtlichen Körper der böhmischen Länder gegenüber zu solchen Resultaten gelangen müssen, welche die Krönung des Königs möglich machen, der ein Krönungslandtag voranzugehen hat, um den Krönungsseid feststellen zu können. Die Propositionen, welche dem Krönungslandtage vorzulegen sein werden, müssen daher schon alle Stipulationen enthalten, bezüglich welcher die berufenen Ausgleichsfaktoren übereinkamen, und die so beschaffen sein müssen, daß ihre Annahme von

Seiten des Krönungslandtages keinem Zweifel unterliegen kann, so namentlich die Stellung der Krone Böhmens zu den Erbländern und die Pflichten, die daraus für diese Krone resultiren würden.

Den Weg, um zu diesem Resultate mit allgemeiner Zustimmung zu gelangen, näher auszuführen, kann nicht Sache eines Einzelnen sein. Wir haben auch diese Zeilen nicht zu dem Zwecke niedergeschrieben; wir hatten blos die Absicht, die Oeffentlichkeit aufmerksam zu machen, daß sie nicht ein Schlagwort gedankenlos nachspreche, sondern sich dessen bewußt werde, daß langwierige Verhandlungen vorangehen müssen, ehe die böhmische Königskrönung möglich wird. Um es kurz zu sagen: ehe man an die Berufung eines Krönungslandtages in Böhmen gehen kann, muß man mit dem vollständig fertig sein, was man unter dem üblichen Schlagworte Ausgleich versteht.

Wenn wir in Böhmen und Mähren vom Ausgleiche sprechen, so denken wir nicht an Verhandlungen mit Männern der jetzt bankrott gewordenen Clique, sondern an Männer, deren vorurtheilsfreier Blick die Ueberzeugung erlangt hat, das deutsche Volk habe in Oesterreich einen anderen Beruf, als den, sich von egoistischen Spekulant~~n~~ als Gendarme zur Bewachung und Niederhaltung der österreichischen Nationen mißbrauchen zu lassen. Wir wollen mit Männern unterhandeln, welche Verständniß haben für die freien Regungen des Volksgeistes, der sich ungern am Gängelbände führen läßt, sondern gerne selbstthätig seine Angelegenheiten verwaltet. Gegen Verhandlungen mit solchen Männern wird man in Böhmen und Mähren nicht sein, weil jeder Anhänger des historischen Rechtes die Ueberzeugung festhält, daß ein Ausgleich, wenn er im Geiste brüderlicher Gefinnung und freundnachbarlichen Zusammenlebens von den Völkern selbst geschlossen wird, ungleich fester sei, weil der Volksgeist mit seiner geheimnißvoll wirkenden Macht den Kitt der Eintracht und damit die stärkende Kraft einem solchen Ausgleiche verleiht.

Eines aber ist es, wovor wir die kommenden Rätthe der Krone allen Ernstes warnen wollen: sie mögen sich nie den Gedanken nahe treten lassen, daß man die böhmische Königskrönung als eine bloße Formalität abthun könne. Es wäre nicht blos ein Frevel, es wäre ein Fehler, eine unwerthliche Gedankenlosigkeit. Die Königskrönung zu vollziehen, ohne daß die staatsrechtliche Stellung der Krone Böhmens auf erneuter gesetzlicher Grundlage fixirt wäre, wäre ein eben solches Monstrum, als jetzt den König den Eid auf die in der Ferdinanda vorgeschriebene Formel leisten zu lassen. Es kann der kommenden Regierung nicht schwer werden, einen Weg aufzufinden, welcher mit Wahrung der verfassungsmäßigen Formen alles vorbereiten könnte, was mit dem Staatsrechte der Krone Böhmens vereinbarlich ist, um nach einem rechtsgültig vollzogenen Ausgleich einen böhmischen Krönungslandtag ins Leben rufen zu können. Von unserer Seite wird kein unnützes Widerstreben entgegengesetzt werden, falls das Ziel: Die feierliche Anerkennung der staatsrechtlichen Individualität der Krone

Böhmens durch die Königskrönung erreicht wird. Die kommende Regierung muß sich vor allem Anderen klar sein über die Mittel und über das Ziel selbst. Ist sie es nicht, und findet sie die Mittel nicht, dann haben wir einen mißglückten Versuch mehr in Oesterreich zu registriren, das Reich endlich auf stabile Grundlagen zu stellen. Wenn wir auch unmittelbare Verhandlungen zwischen der Krone und den Vertretern Böhmens dem sogenannten verfassungsmäßigen Wege vorziehen würden, so sind wir doch nicht a priori dagegen, daß denen zu liebe, welche in der Einhaltung des verfassungsmäßigen Weges ihr Heil sehen, dieser Weg betreten werde, obwohl er der längere ist, und wir zweifeln nicht, daß, wenn einmal Männer, denen es nicht um jedes Pünktchen der vielen verfassungsmäßigen Votas zu thun ist, den Ausgleich beginnen, auch die Vertreter der Deklaration ihre Forderungen derart stellen werden, daß das Staatsrecht der Krone Böhmens mit den Bedürfnissen und Rechten der anderen Länder und Nationen des Habsburgerreiches leicht in Einklang zu bringen sein wird. Dies ist das Ziel; den Weg hiezu mag die Regierung suchen und sie wird ihn, wenn sie nur will, finden, denn er liegt sehr nahe.

Die letzten Thaten des Reichsrathes.

(Delegationswahl. Adresse. Resolution. Präsidentenreden.)

Beide Häuser des Reichsrathes sind bemüht gewesen, sich in der mißlichen und peinlichen Lage, in der sie sich befanden, wenigstens mit Anstand zu bezeichnen, und man muß anerkennen, daß ihnen das ziemlich gelungen ist.

Nicht als eine Demonstration für die Fiktion, daß sich durch den Massenaustritt nichts geändert habe, daß das Abgeordnetenhaus nach wie vor die wirkliche Reichsvertretung wäre, muß man die Wahl der Delegation betrachten. Es war die Meinung verbreitet, daß diese Wahl unterbleiben würde, weil die Fiktion, der man sich dabei hingibt und die man an die Stelle eines Rechtsverhältnisses setzt, doch gar zu auffallend. Aber die sitzen gebliebenen Abgeordneten wollten die Verfassung nicht fallen lassen, wollten ihrerseits kein Präjuziz schaffen, und so wählten sie denn frisch darauf los, es ganz ignorirend, daß jetzt vier Länder, darunter das große Königreich Galizien, in der Delegation wirklich gar nicht vertreten sind, und daß zu den Ländern, welche unvollständig, aktiv, beziehungsweise widerrechtlich vertreten erscheinen, noch drei dazu gekommen sind.

Böhmen und Mähren sind in der Delegation wie im Reichsrathe nur durch Deutsche vertreten, während in beiden Ländern die Slaven die Majorität der Bevölkerung bilden. Daß die Deutschen in Böhmen und Mähren, gestützt auf eine skurrile und wahrhaft abenteuerliche Wahlordnung und auf ganz unerhörte Wahl-

manöver, sich als Gesamtvertretung der beiden Länder geriren, diese Usurpation birgt große Gefahren in sich. Tirol ist nun in der Delegation wie im Reichsrathe nur durch Italiener vertreten. Das ist ein widerrechtlicher und gefährlicher Zustand, umso gefährlicher, weil die drei in den Reichsrath gekommenen und darin gebliebenen Italiener nicht einmal wirklich und wahrhaftig die Gesinnungen und Wünsche Welschtirols repräsentiren. Dalmatien, in welchem neben 400.000 Slaven kaum 40.000 Italiener wohnen, ist in der Delegation bloß durch einen Italiener vertreten. Es gehört viel Phantasie dazu, in diesem einzelnen Italiener das Königreich Dalmatien repräsentirt zu sehen, und dieser einzelne Mann beweist wahrlich einen tollkühnen Muth, indem er es wagt, im Namen der ganzen Bevölkerung Dalmatiens sein Votum abzugeben. Recht tragikomisch ist das Verhältniß Krains. Es sind nur zwei Deputirte des krainerischen Landtages im Reichsrathe geblieben, ein k. k. Hofrath und ein Graf. Da wählte nun der Hofrath den Grafen zum Delegirten, und der Graf den Hofrath zum Ersatzmann. Und das nennt man eine Wahl, und so ist das Herzogthum Krain vertreten! In Betreff Galiziens muß man sich wirklich wundern, daß die Rabulistikerei des Abgeordnetenhauses nicht so weit ging, zu erklären, der allein im Reichsrathe übrig gebliebene Guszalewicz sei konsequenterweise ipso facto auch der selbstgewählte Delegirte Galiziens. So weit ging man denn doch nicht; der Präsident Herr v. Kaiserfeld fand es denn doch „nicht passend, diese Wahl jetzt vorzunehmen“, d. h. er erkannte es denn doch als unzulässig, daß der einzig übrig gebliebene Guszalewicz sich selber in die Delegation wählen sollte. So ist also das große Königreich Galizien gar nicht in der Delegation vertreten. Doch Herr v. Kaiserfeld tröstete sich und das Haus mit dem Gedanken, daß dies nur einstweilen der Fall wäre, daß die galizische Delegationswahl noch nachträglich vorgenommen werden könnte. Eine sehr sanguinische Hoffnung! Herr v. Kaiserfeld fühlte das wohl, denn er setzte hinzu: „Sollte das nicht geschehen können, so würden wir dies wol bedauern; an dem Rechtsbestande der Delegationen würde dies aber meiner Meinung nach nichts ändern.“ Sehr kühl und vornehm, aber nur insofern richtig, als an dem ohnehin schon nicht mehr vorhandenen Rechtsbestande der Delegationen durch den Abgang der galizischen Delegirten nichts geändert würde. Die Wahl für Istrien, Görz und Triest konnte gar nicht stattfinden, weil aus diesen Gebieten gar niemand da war. Das scheint aber dem hohen Hause ganz gleichgiltig gewesen zu sein, so zwar, daß der Präsident es gar nicht der Mühe werth fand, in Betreff dieser Länder auch nur eine Bemerkung zu machen, wenigstens eine Hoffnung oder ein Bedauern anzusprechen.

Nach der Meinung des Herrn v. Kaiserfeld ist also die jetzt gewählte Delegation rechtsbeständig, obwohl in derselben Galizien, Istrien, Görz und Triest gar nicht, Böhmen, Mähren, Tirol, Krain und Dalmatien nur unvollständig, beziehungsweise widerrechtlich vertreten sind, obwohl die Delegation überhaupt

nur die Minorität der Gesamtbevölkerung und recht eigentlich nur allein die deutsche Nationalität vertritt, und selbst diese nicht vollständig. Daß Herr v. Kaiserfeld und das hohe Haus an dem Rechtsbestande der jetzt sehr originell bruchstückweise zusammen gebrachten Delegation nichts auszufinden finden, das ist eben die Konsequenz und Fortsetzung der beliebten rabulistischen Fiktionspolitik; es fragt sich aber, ob auch die Ungarn diese Fiktion gelten lassen, diese cisleithanische Delegation als zu Recht bestehend anerkennen werden. Glücklicherweise ist, wie Herr v. Kaiserfeld selber tröstend verkündete, „der Zeitpunkt des Zusammentrittes der Delegationen noch nicht bekannt!“ —

Das Abgeordnetenhaus hat es sich doch nicht versagen können, noch eine Adresse zu erlassen. Im Adressiren waren diese Herren überhaupt sehr stark, und es hat die neue konstitutionelle Ära dem Kaiser eine sehr ansehnliche Sammlung von Adressen eingetragen. Daß aber alle diese Adressen keinen praktischen Werth hatten, ist durch Thatfachen und Ereignisse bewiesen. In allen diesen parlamentarischen Akten ist nur Ein und immer derselbe Gedanke enthalten, und dieser Gedanke ist unrealisirbar. Während der Konstitutionalismus die gewöhnliche Monarchenmacht beschränkt, muthen unsere doktrinären Parlamentaristen dem Monarchen etwas selbst über die Allmacht hinausgehendes zu, sie verlangen nämlich in ihren Adressen, daß der Kaiser etwas unmögliches möglich machen solle.

Auch in der letzten, oder jüngsten Adresse des Abgeordnetenhauses wird ein solches Verlangen an den Kaiser adressirt, und daher kann diese Adresse so wenig einen Erfolg haben wie die früheren. Der Verfasser hat das wol auch gefühlt, darum ist sein Schriftwerk so matt und schwach ausgefallen. Man wollte etwas sagen, um eben etwas gesagt zu haben, und da man keinen neuen Gedanken hatte, so wiederholte und variierte man den alten, tausendmal ausgesprochenen. Man verharrte, um die Konsequenz zu wahren, in der einen fixen Idee, man zeigte, daß alle Erfahrungen der Vergangenheit und die vor Augen liegenden Zustände der Gegenwart nicht im Stande waren, diese fixe Idee zu verschonen. In der Adresse erlaubte man sich aber diese fixe Idee als den „österreichischen Gedanken“ zu bezeichnen und zu erklären, „daß dieser Gedanke es ist, welcher das politische Streben der Majorität des Abgeordnetenhauses immerdar geleitet hat.“ Es war und ist aber nicht der wirkliche historische Reichsgedanke, sondern ein neuer, theoretischer, fremden Doktrinen nachgeformter, und dieser Gedanke wird nicht einmal von dem ganzen Volke, welchem diese Partei angehört, getheilt, von allen andern Völkern aber vollständig verworfen. In der Adresse heißt es auch: „In der parlamentarischen Einheit der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder erkennen wir die einzige verlässliche Bürgschaft des Machtbestandes Oesterreichs u. s. w.“ Ganz richtig und beziehungsweise recht bescheiden! Die Unterzeichner der Adresse legen das Bekenntniß ab, daß nur sie die parlamentarische Einheit als unentbehrlich erkennen. Wer steht aber dabei hinter ihnen? Nicht einmal alle Deutschösterreicher und von den übrigen Völkern kein

einziges. Es ist also ein Beweis von Hochmuth und Herrschsucht und zugleich von gänzlichem Abgang jeglicher Staatsklugheit, wenn eine einzelne Partei in dem Momente, wo sich ein großer Theil ihres eigenen Volkes von ihr losgesagt hat, ihre individuelle Erkenntniß als Gesetz geltend machen will und den Monarchen auffordert, nach dem Sinn und Willen einer parteilichen Minorität gegen den durch Wort und That geoffenbarten Willen, gegen das Recht der großen Majorität der Bevölkerung zu entscheiden. Das heißt zu einer Politik der Gewalt auffordern. Am Schluß der Adresse machte der Verfasser einen geschichtlichen Passus, durch welchen er aber zeigte, daß ihm die Geschichte Oesterreichs durchaus nicht klar ist. Er behauptete nämlich, daß „die Traditionen und die Interessen der a. h. Dynastie mit dem Principe der österreichischen Reichseinheit innig verwebt“ seien. Dieser Satz ist in einem gewissen Sinne allerdings richtig, insoweit er es aber ist, paßt er durchaus nicht auf die Herstellung einer Reichseinheit, wie die Verfassungstreuen sie wollen. Was zunächst die Interessen der Dynastie betrifft, so fordernten und fordern dieselben die Reichseinheit nur in dem Sinne, daß alle Länder der habsburgischen Monarchie beisammen bleiben, und daß in der Herrschaft des Hauses keine Theilung und Trennung eintrete. Daraus darf aber gewiß nicht gefolgert werden, daß die habsburgischen Länder parlamentarisch centralisirt werden müßten, denn der Augenschein zeigt, daß schon der Versuch einer solchen Centralisation nicht die Einigung, sondern die Trennung und die Gefahr des gänzlichen Zerfalles herbeigeführt hat. Was aber die Traditionen der Dynastie betrifft, so weisen dieselben während des ganzen Verlaufes der Geschichte durchaus nicht auf eine uniforme Einheit des Reiches zurück. Als die Habsburger das Erbe der Babenberger antraten, waren diese Länder durchaus nicht centralisirt, sondern standen lediglich im Verbande der Personalunion. Dieses Verhältniß blieb aufrecht, als die Habsburger auch Kärnten und Tirol erwarben, es trat besonders klar und imponirend hervor, als das Haus Habsburg die großen Königreiche Böhmen und Ungarn an sich brachte. Inwiefern die habsburgischen Traditionen auf eine Reichseinheit zurückweisen, bezieht sich das lediglich auf die Zeiten, wo der Absolutismus die Oberhand erlangt hatte. Da bestand eine Reichseinheit unter einer absoluten Centralherrschaft. Wenn also Baron Tinti unter Zustimmung des Hauses die Reichseinheitstraditionen der Dynastie anrief, so hätte er den Antrag stellen sollen, dem Monarchen die absolute Gewalt wieder zurückzugeben, damit er es versuche, mit dieser das Reich zu centralisiren. —

Das Herrenhaus hat keine besondere Demonstration der Verfassungstreue gemacht, sondern etwas dergleichen nur in die Budgetdebatte eingeschoben. Ritter von Schmerling benutzte die Bewilligung des cisleithanischen Dispositionsfondes, um eine verfassungstreue Resolution zu beantragen, welche auch angenommen worden ist. Daß Herr v. Schmerling, der Vater der Februarverfassung als Centralist sprach, ist begreiflich, und daß er die Nachteile und Gefahren der

jetzigen Reichsorganisation lebhaft schilderte, ist sehr lobenswerth. Doch bei solcher Erkenntniß war es inkonsequent von Herrn v. Schmerling, diese Organisation dadurch anzuerkennen, daß er in das Herrenhaus eintrat, und nach dem unheilvollen Mißlingen des Versuches, das ganze Reich zu centralisiren, ist es eine sehr bedauerliche Konsequenz, jetzt diese Centralisation wenigstens in der Hälfte des Reiches durchsetzen zu wollen. Wie konnte ein praktischer Staatsmann unter Anrufung des konstitutionellen Prinzips beantragen, wie konnte das Herrenhaus resolviren, daß auch die neue Regierung allen „Sonderbestrebungen“ mit der Kraft des Gesetzes wirksam entgegentreten solle! In diesen Sonderbestrebungen sind nicht etwa bloß politische Parteien, sondern ganze Völker vereinigt, welche die überwiegende Majorität der Gesamtbevölkerung bilden, während für die bezembrüstige Doktrin nicht einmal alle Deutschösterreicher, sondern vorzugsweise nur die Deutschböhmen und dann noch die in den deutschen Ländern bloß eine Partei bildenden buchstabengläubigen Verfassungstreuen eintreten. Kraft des wahren konstitutionellen Prinzips aber muß der Wille der Majorität entscheiden, das Verlangen der Minorität als Sonderstreben bezeichnet werden. Es ist schon logisch unrichtig, den Willen der überwiegenden Majorität als Sonderstreben darzustellen. Und wie will denn die Minorität ihren Willen gegen die Majorität durchsetzen? Herr v. Schmerling sagt: „Im Geiste der Verfassung und mit der Kraft des Gesetzes.“ Aber hat denn diese Verfassung einen lebendigen Geist, da sie dem Geiste ganzer Völker, der Majorität der Gesamtbevölkerung widerspricht? Und hat denn diese Verfassung eine wirkliche Gesetzeskraft, da sie doch der Majorität durch die Minorität oltropirt worden ist und in Folge dessen von der Majorität perhorreszirt wird. Diese Verfassung kann nicht mit freien gesetzlichen Mitteln, sondern nur mit Gewalt aufrecht erhalten werden. Dann würde sie aber für die große Mehrheit der Gesamtbevölkerung kein konstitutionell freier Rechts-, sondern ein absolutistischer Gewaltzustand sein. Es ~~erscheint als~~ die Verfassungs-Orthodoxen, während sie den Mund stets voll Freiheitsphrasen haben, in Wahrheit an den Absolutismus.

Freiherr v. Richtenfels muß wissen, daß die Reichseinheit, für die er in seinen gehaltvollen Reden schwärmt, auf konstitutionellem Wege nicht realisirt werden kann. Auch Graf Anton Auersperg sollte doch erkennen, daß die unwandelbare Stetigkeit, die er für unsere Verfassungspolitik verlangt, nur in gewaltthätiger Kontumazierung ganzer Völker, in der Unterdrückung der natürlichen und historischen Rechte derselben bestehen könnte. Politisirt da der edle Freiheitskämpfer für wahre Freiheit? Gewiß nicht. Er parlamentirt leider so, wie er vor vierzig Jahren gesungen, nämlich mit allgemeinen theoretischen Gedanken und mit poetischen Bildern. Sein Gleichniß von dem Fruchtbaume, dem man Zeit lassen muß, damit er Früchte reife, paßt ganz und gar nicht. Allerdings wäre es thöricht, einen Fruchtbaum, weil er nicht sofort Früchte getragen, umzuhauen und einen andern zu pflanzen. Eins ist aber gewiß unumgänglich nothwendig, nämlich, daß

der gepflanzte Baum in dem Boden, in welchem er fruchtreich gedeihen soll, Wurzeln schlage. Wenn der Lieblingsbaum, den man gepflanzt hat, in dem Boden, der allein zur Verfügung gestellt ist, nicht Wurzeln schlägt, dann muß man ihn jedenfalls herausnehmen und einen andern pflanzen. Nun hat aber der Baum der Dezemberverfassung in dem Boden Eisleithaniens offenbar nicht Wurzeln geschlagen, und daher ist es thöricht, zu hoffen, daß dieser Baum mit der Zeit doch die erwünschten Früchte tragen könnte. Kuersperg erhob gegen Beust den Einwand, daß derselbe nicht von Kindesbeinen an österreichische Luft geathmet, sein Ohr nicht an das Herz des österreichischen Volksthum's gelegt habe. Eine sehr schöne und in persönlicher Beziehung gewiß wirksame Aeußerung; aber sachlich unrichtig, eine bloße Fiktion! In der habsburgischen Monarchie von einer gesamtösterreichischen Luft zu sprechen, ist eine ganz lustige Phrase. Mag Graf Kuersperg auf seinem trainerischen Schloße österreichische Luft geathmet haben; aber die überwiegende Mehrheit der übrigen Trainer athmet slovenische Luft, so wie die Ungarn ungarische, die Böhmen böhmische, die Polen polnische, die Tiroler tirolische Luft athmen u. s. w. Und es ist geradezu thöricht, von einem gesamtösterreichischen Volksthum zu sprechen, es ist eine ganz lächerliche Fiktion, alle Bewohner der habsburgischen Monarchie das Volk von Oesterreich zu nennen. Ein österreichisches Volk gibt es nur im Lande ob und unter der Enns, und sonst nirgends, und wahrscheinlich würden selbst die Ober- und Unterösterreicher protestiren, wenn man sie für ein und dasselbe Volk halten wollte. Allerdings muß man ein österreichisches Herz haben, um für Oesterreich nützlich wirken zu können, aber wer sich eines österreichischen Herzens rühmen will, der muß für jedes der in Oesterreich vereinigten Völker ein Herz haben. —

Die Schlußakte des „ordentlichen“ Reichsrathes waren die Reden der Präsidenten beider Häuser. Fürst Carlos Kuersperg hat sehr angenehm durch eine staatsmännisch gemäßigte; Herr v. Kaiserfeld dagegen höchst widerwärtig durch eine leidenschaftlich aufgeregte und aufreizende Rede überrascht. Fast alle Blätter haben das mit gerechtem Tadel bemerkt; nur die „Neue freie Presse“ hat die Rede Kaiserfeld's gepriesen und erkennt in ihr das Programm der verfassungstreuen Partei. Nun unter diesem Programm des eigenstänigen Doktrinismus, des eitelsten Egoismus, der despotischen Herrschsucht würde Oesterreich gewiß vollends zugrundegerichtet werden. Es ist das kein österreichisches, kein deutsches, sondern lediglich ein preussisches, oder vielleicht ein baierisch süddeutsches Programm.

Die Denkschrift der wälschtirolischen Reichsrathsabgeordneten.

Als die sechs deutschen Delegirten Tirols aus dem Reichsrathe austraten, drei wälschtirolische Deputirte aber mit einer Gegenerklärung ihr Verbleiben im Hause ankündigten, herrschte großer Jubel im Lager der Verfassungstreuen. Aber die Freude wurde bald getrübt, denn zwei von den im Reichsrathe gebliebenen Südtirolern, nämlich die Herren Dr. Cölestin Leonardi und Baron Napoleon Prato überreichten dem Ministerium eine Denkschrift, in welcher sie für Südtirol eine besondere staatsrechtliche Stellung, für alle Verwaltungszweige eine von Innsbruck völlig unabhängige Behörde zweiter Instanz, für die Vertretung der südtirolischen Sonderinteressen einen eigenen Kreistag verlangen. Man sieht also, daß die beiden wälschtirolischen Abgeordneten ziemlich genau mit der nationalen Opposition gemeinsame Sache machen. Wenn sie daher nicht mit den deutschen Tirolern den Reichsrath verlassen wollten, so hätten sie wahrlich alle Ursache gehabt, den Polen, Slovenen, Görzern, Istrianern und Triestnern nachzufolgen. Jedenfalls mußten sie die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit gewonnen haben, von dem amtirenden Ministerium und von dem jetzigen Reichsrathe die Erfüllung ihrer Postulate zu erlangen.

Für ihr Verbleiben im Reichsrathe wurden die beiden Herren weiblich gelobt; wegen ihrer autonomistischen Denkschrift aber erfuhren sie in dem amtlichen „Voten von Tirol“ den bittersten Tadel und schwere Beschuldigungen. Sie vertheidigten sich dagegen im „Innsbrucker Tagblatt“ und haben diese Vertheidigung als Rechtfertigung und Beleuchtung ihrer Denkschrift in einem Separatabdruck erscheinen lassen. Bei der Wichtigkeit, welche die wälschtirolische Frage unzweifelhaft hat, und bei der geringen Aufmerksamkeit, welche derselben bisher in der Oeffentlichkeit gewidmet worden ist, halten wir uns für verpflichtet, die wichtigeren Stellen der Schrift hier aufzunehmen. Die Herren Dr. Leonardi und Baron Prato sagen:

Der „Vote“ warf uns vor: 1. Daß wir die Einheit des Landes Tirol zerstören wollen, weil wir für den italienischen Theil des Landes für alle Verwaltungszweige eine von Innsbruck völlig unabhängige Behörde zweiter Instanz in Anspruch nahmen. 2. Daß wir den heutigen österreichischen Rechtsstaat für einen Polizeistaat ansehen, weshalb wir in augenscheinlicher Gefahr stehen, von gewissen Blättern oder dem „Trentino“ als Mitarbeiter gepreßt zu werden. 3. Daß wir die Erfüllung unserer Forderungen zur *conditio sine qua non* unseres ferneren Verbleibens im Reichsrathe gemacht haben. 4. Daß wir wol zu bedauern sind, da wir mit unserer politischen Weisheit bald zwischen zwei Stühlen auf der Erde sitzen werden, und etwa nur von den „Tir. Stimmen“ noch eine Hilfe erwarten können.

Diesem Korrespondenten folgten in den Nummern 57 und 58 des amtlichen „Boten“ zwei Andere, welche wenigstens sie den Gegenstand auf eine nicht so rohe und verletzende Weise behandelten, durch den Inhalt ihrer Aufsätze den noch den Beweis geliefert haben, daß sie von den wälschtirolischen Verhältnissen entweder gar keinen, oder nur einen ganz verkehrten Begriff haben. Der Artikelschreiber in Nr. 57 behauptet nämlich: „eine wälschtirolische Frage gebe es nur für die Aktionspartei; für die ungeheure Mehrheit des wälschtirolischen Volkes aber gebe es keine, weshalb wir mit unserer Denkschrift gerade der Aktionspartei in Wälschtirol die Wege gebahnt hätten.“ Der andere Artikelschreiber in Nr. 58 des amtlichen „Boten“ ist so gefällig, der Welt zu verkünden, wir hätten, wie in unserer Denkschrift vom Jahre 1867, so auch in jener vom 24. Februar d. J. die Ansprüche unserer Nationalität in einer für die Deutschen verletzenden Weise betont und glaubten in Wälschtirol durch Verwirklichung unserer sogenannten Autonomie ein Volk von Austro-Italienern schaffen zu können. Auf die vorerwähnten — auch abgesehen von den gegen die Loyalität unseres Vorgesanges mit der einem Tartsch eigenen Kunst hie und da zerstreuten boshaften Verdächtigungen — immerhin sehr schweren Beschuldigungen erwidern wir Folgendes:

Ad 1. Dadurch, daß der italienische Theil des Landes für alle Verwaltungszweige eine vom Innsbruck völlig unabhängige Behörde zweiter Instanz erhält, wird die Einheit des Landes nicht nur nicht geschädigt, sondern vielmehr befestigt und sichergestellt. Denn, auch davon Umgang genommen, daß die von uns beanspruchten Behörden zweiter Instanz — wie aus unseren Denkschriften klar zu entnehmen ist — zwar als solche von Innsbruck völlig unabhängig, aber doch nur eine Abtheilung der zu Innsbruck befindlichen gleichartigen Behörden sein sollten, und auch davon abgesehen, daß unser diesfälliges Begehren eine natürliche Folge der im Art. 19 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger feierlichst anerkannten Gleichberechtigung aller Volksstämme des Staates und aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben, wird jedes gegen unser diesfälliges Begehren von wem immer erhobene Bedenken von der unbestreitbaren Thatsache gänzlich vernichtet, daß der italienische Theil des Landes vom 1. Mai 1850 bis 1. November 1854 sowohl für die politische als die Justiz-Verwaltung im Besitze von Behörden zweiter Instanz, welche als solche von Innsbruck völlig unabhängig waren, schon gewesen ist, und daß jene Einrichtung, weit entfernt die Einheit des Landes wie immer zu gefährden, nur zur Herstellung der Eintracht beigetragen hatte.

Ad 2. Dieser Vorwurf dürfte wol nur die natürliche Folge der blinden Wuth sein, in welcher der Korrespondent des amtlichen „Boten“ bei der Zusammenstellung seines Artikels sich befunden haben mag, denn uns ist niemals eingefallen, den heutigen österreichischen Rechtsstaat als einen Polizeistaat anzusehen. Wir haben eben deshalb auch nichts anderes verlangt, als daß die heutigen Polizeibehörden, deren Organisirung von den Zeiten des blühenden Abs-

lutismus herrührt, auf eine dem Begriffe des Rechtsstaates entsprechende Weise reorganisirt werden. Wenn dies dem Korrespondenten nicht taugt, so wissen wir zwar, welcher Partei er angehört, verdienen aber deshalb keinen Vorwurf.

Ad 3. Da wir voraussetzen müssen, daß der Korrespondent, bevor er seine Artikel geschrieben hat, unsere Denkschrift in der von ihm selbst citirten „Gazetta die Trento“ doch wenigstens gelesen haben werde, so können wir nicht umhin, ausdrücklich zu erklären, daß er, unter einer solchen Voraussetzung, den Inhalt und die Tendenz unserer Denkschrift geradezu gefälscht hat. Da wir in der That schon wußten, daß die Erfüllung unserer Wünsche, der Hauptsache nach, nicht durch das Ministerium allein, sondern nur mit Zustimmung der hiezu berufenen gesetzgebenden Faktoren hätte erfolgen können; da wir wußten, daß die Gewährung der von uns in Anspruch genommenen Behörden zweiter Instanz von der zur Kompetenz des Reichsrathes gehörigen Gesetzgebung über die Grundzüge der Organisirung der Gerichts- und Verwaltungs-Behörden, beziehungsweise von dem Inhalte der im Zuge befindlichen neuen Justiz- und Finanz-Gesetze wesentlich abhängt; da uns nicht unbekannt sein konnte, was in unserer Denkschrift auch betont wurde, daß sowol die beiden Häuser des Reichsrathes bei Beantwortung der a. h. Thronrede, als auch das Gesamtministerium in seinem durch den Minister-Präsidenten bekanntgegebenen Programme, die Ueberzeugung ausgesprochen haben, es seien die im legalen Wege gestellten Wünsche der Bevölkerung aller Länder zu dem Ende in Erwägung zu ziehen, um eine Erweiterung der Autonomie dann eintreten zu lassen, wenn diese ohne Gefahr für das Reich, für den gleichmäßigen Rechtsschutz aller Volksstämme und Staatsbürger und für die verfassungsmäßige Selbständigkeit der gegenwärtig bestehenden Königreiche und Länder möglich und zulässig ist; und da wir uns endlich an die bestimmte Zusicherung des neuen Ministeriums erinnerten, dasselbe werde jenen Wünschen, die aus einem reellen Mangel der Verfassung entspringen und dessen Abhilfe bezwecken, auch ohne weitere Aufforderung selbstständig entgegenkommen — so haben wir in Betreff aller Punkte unser Begehren an die Regierung nicht nur im Allgemeinen dahin gerichtet, sie habe mit aller Energie zu wirken, daß unserem Heimatlande Recht werde, sondern auch bezüglich des von uns in Anspruch genommenen Freitages dieselbe noch insbesondere aufgefordert, eine diesen Gegenstand betreffende Vorlage an den tirolischen Landtag gelangen zu lassen. Am Schlusse unserer Denkschrift haben wir dann erklärt, daß wir von dem Augenblicke an, wo wir zur Ueberzeugung kommen sollten, daß unsere Hoffnungen und Erwartungen als unerfüllbar bezeichnet werden, es als unsere Pflicht erachten würden, jedes weitere Bestreben aufzugeben und unser Mandat niederzulegen.

Wie konnten nun bei diesem Sachverhalte die Korrespondenten des amtlichen „Voten“ die Behauptung aufstellen, wir hätten die Erfüllung unserer Forderungen als *conditio sine qua non* unseres ferneren Verbleibens im

Reichsrathe gemacht, da doch zur Beschlußfassung über den wichtigsten Punkt unseres Begehrens, nämlich über den Kreistag einzig und allein der tirolische Landtag berufen ist, und wir daher die Ueberzeugung, daß unsere Hoffnungen und Erwartungen als unerfüllbar bezeichnet werden, auch nur aus den künftigen Beschlüssen des tirolischen Landtages werden schöpfen können?

Ad 4. Die Grundsätze, die in unsern beiden Denkschriften ausgedrückt sind, haben wir zu jeder Zeit und überall vertreten, weshalb für uns kein Gefahr vorhanden ist, daß wir zwischen zwei Stühlen auf der Erde sitzen werden. Vor einer solchen Gefahr möge sich der amtliche „Vote“ nebst seinen Korrespondenten hüten, denn wollte man sich die Mühe nehmen, einige Jahrgänge des „Voten“ zu durchblättern, so würde man nicht nur einer Menge von verschiedenartig gebrachten Stühlen, sondern auch einer Anzahl von Blättern begegnen, die sich fort und fort nach dem Winde drehen.

Zu den Verfassern der in den Nr. 57 und 58 des amtlichen „Voten“ enthaltenen zwei Aufsätze übergehend, finden wir uns vor Allem verpflichtet, die in jenen Aufsätzen aufgestellte Behauptung, wir hätten die Rechte unserer Nationalität in einer für die Deutschen verletzenden Weise je betont, für eine absolute Lüge zu erklären. In der Denkschrift vom Jahre 1867 war allerdings manche Wahrheit berührt worden, die einer gewissen deutschen Partei nicht besonders angenehm gewesen sein mochte; deshalb kann und darf uns jedoch ein Vorwurf nicht gemacht werden, selbst dann nicht, wenn der Korrespondent des amtlichen „Voten“, wie es den Anschein hat, jener gewissen Partei angehören sollte.

Es würde uns zu weit führen, wollten wir alle anderen, den thatsächlichen Verhältnissen, den wohlverstandenen Interessen des Reiches und des Landes sowie dem Geiste der Verfassung geradezu widersprechenden und nur vom blinden Fanatismus erzeugten Ausführungen der oberwähnten Korrespondenzen einzeln erörtern und widerlegen. Wir wollen uns vorberhand darauf beschränken, die Verfasser der oberwähnten Korrespondenzen hiemit aufzufordern: 1. Unserem Beispiele zu folgen, mithin ihren Namen öffentlich bekannt zu geben, denn welcher Name ist schon an und für sich ein Programm, welches jede weitere Diskussion überflüssig macht. 2. Unter allen Walschtirolern auch nur einen Einzigen namentlich zu bezeichnen, welcher bereit ist, öffentlich zu erklären, er wolle zwar ein österreichischer Staatsbürger sein und bleiben, finde jedoch die von uns an die Regierung gestellten Forderungen zu weit gehend und für den Staat oder das Land gefährlich, und sei daher mit den anonymen Korrespondenten des amtlichen „Voten“ einverstanden.

Kleine kritische Chronik.

Vom 6. bis 18. April.

I n l a n d.

Obwol die Ministerkrisis eine sehr gefährliche Reichskrisis involvirt, ist sie doch für viele Oesterreicher ein Gegenstand des lustigsten Scherzes geworden. Obenan unter diesen unerschütterlich fidelen Oesterreichern stehen Kikeriki und Reichskanzler Graf Beust. Sie haben das langwierige Suchen nach Ministern und die Ministermacherei, welche in den Zeitungen grassirt, dadurch perffikirt, daß sie ebenfalls Ministerlisten proklamirten. Der Herr Reichskanzler that es in gemüthlich humoristischer; Kikeriki in sehr scharf satirischer Weise. Witzig waren beide, aber bei allem Respekt vor der Universalität des Genies des Herrn Grafen Beust muß man doch sagen, daß er diesmal vom Kikeriki an treffendem Witze überboten worden ist. Uebrigens gehörte von Seite des Grafen Beust eine große Selbstverleugnung dazu, über die Ministermacherei gerade in dem Momente Witz zu machen, wo das Ministerium, welches er vor nicht langer Zeit mühsam zusammengebracht hatte, in die Brüche und zu Grunde gegangen ist. Aber der Herr Reichskanzler bewies durch die witzige Laune, mit welcher er eine sehr ernste Sache behandelte, auch ein sehr starkes Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen. Wer die Schwierigkeit, ein neues Ministerium zu Stande zu bringen, so perffikirt, wie Graf Beust es gethan hat, der muß das Bewußtsein haben, oder sich wenigstens einbilden, über die Situation erhaben zu sein, sie zu beherrschen, sie, sobald er nur will, nach seinem Gutdünken gestalten zu können. Doch: Wer steht, der sehe zu, daß er nicht falle!

Auf alle wahren aufrichtigen Freunde Oesterreichs macht diese müheselige Ministerfucherei einen tief betrübenden peinlichen Eindruck. So tief ist Oesterreich herabgekommen, daß niemand mehr Lust und Muth hat, in den Rath der Krone einzutreten! Erst vor etwas mehr als zwei Jahren hatten wir dasselbe klägliche Schauspiel. Damals ging Herr v. Beust von Haus zu Haus und antischambrierte bei den parlamentarischen Größen, um sie zu bitten, zu beschwören, doch Rätthe des Kaisers zu werden. Und nach langem Zögern und Sträuben willigten jene Herren endlich ein, aber mit der offenen Haltung einer großmüthigen Aufopferung und gleichsam gnädigen Herablassung. Gegenwärtig herrscht aber ein noch schlimmerer Zustand, jetzt soll gar nur ein schon im vorhinein als provisorisch gekennzeichnetes, ein bloßes Rothministerium zu Stande kommen. Und mit einem solchen will man die wichtige und schwierige Ausgleichsaktion beginnen und durchführen! Wenn das wirklich wieder das Werk des Herrn von Beust ist, so muß man mit rückichtsloser Entschiedenheit das Urtheil sprechen, daß dieser Mann zum Unglück Oesterreichs an die Spitze desselben gestellt worden ist.

Dieses Unglück offenbart sich zunächst schon in sehr gefährlicher Weise dadurch, daß es den Anschein hat, als ob Oesterreich außer dem Grafen Beust gar keine brauchbaren Staatsmänner mehr besäße, als ob zu dem theilweisen finanziellen der vollständigen geistigen Bankerott gekommen wäre. Ist das wirklich der Fall? Gewiß nicht. Es gibt in jeder der verschiedenen Parteien Männer von richtiger Erkenntniß, edlem Gefühle und praktischer Thatkraft, es gibt auch Männer von dem Schwunge des Geistes und Hergens, um sich über die Parteien zu stellen, den erhabenen und schönen wahrhaft österreichischen Standpunkt einzunehmen und von demselben aus wahres Recht und allgemeine Freiheit zu schaffen. Das Unglück besteht aber darin, daß diese Männer sich zurückziehen, sich geradezu verborgen halten, weil sie nicht gewillt sind, als Ra-

rionetten in einem politischen Puppenspiel zu figuriren und dann die Verantwortung zu tragen, wenn dieses Spiel ein tragisches Ende nimmt. Als Herr v. Beust mit dem Titel eines österreichischen Reichskanzlers geschmückt wurde, da hieß es, durch die Person dieses Reichskanzlers sollte das Gesamtreich repräsentirt werden. Aber gleich von Anfang an ließ sich nur ein kleiner Theil Oesterreichs diesen Repräsentanten gefallen. Wo aber ist jetzt das Oesterreich, welches Graf Beust repräsentirt? Wenn er in seiner Vielgeschäftigkeit nicht ganz unfähig geworden ist, seine eigene Stellung ernst zu betrachten, so muß er erkennen, daß er jetzt schon fast vereinsamt dasteht. In der Einsamkeit pflegt man wol zur Selbsterkenntniß, zur Einklehr in sich selbst zu gelangen. Möge doch auch Graf Beust dazu gelangen, dann wird er einsehen, daß ihm das Wesen Oesterreichs fremd gewesen, und daß er in Oesterreich fremd geworden ist.

Es mehrten sich die Zeichen, daß sich die Behauptungen, welche wir zum Mißfallen der Magyaren über das Verhältniß zwischen Ungarn und Kroatien ausgesprochen haben, bewahrheiten. Der öffentliche Angriff des von den Magyaren früher gehätselten Herrn Matkovich auf Deak wirft ein seltsames Streiflicht auf das Verhältniß. Wir gehen auf diesen persönlichen Fall nicht näher ein, heben aber hervor, daß der Deputirte Fiumes im Pester Landtage, Herr Giotta durch eine offene Erklärung zwar gegen Matkovich auftritt und die Selbstständigkeit Fiumes als eines integrirenden Theiles des Stephansreiches betont, dabei aber den Magyaren zu beherzigen gibt, daß die Frage nur im freundlichen Einverständniß mit den kroatischen Brüdern befriedigend gelöst werden kann. Noch schwieriger als die Fiumanerfrage ist die Angelegenheit der Militärgrenze, welche die Magyaren ebenfalls mit Verletzung des kroatischen National- und Staatsrechtes, mit Verleugnung des konstitutionellen Prinzips diktatorisch zu ihrem Vortheil entscheiden wollen, ohne zu bedenken, daß sie sich dadurch einen Sturm heraufbeschwören, der für sie gefährlicher werden könnte, als jener des Jahres 1848. Selbst ungarische Stimmen rufen den magyarischen Herrschern Warnungen zu. So bekant der „Neue freie Lloyd“, daß „bei der in Kroatien täglich mehr ersarkenden Opposition die politischen und nichtpolitischen Thaten des Banus Rauck, sowie die Art und Weise der Provinzialisirung und Wiedervereinigung der Militärgrenze mit Ungarn durchaus nicht geeignet erscheinen, den Bund zwischen Ungarn und Kroatien innig und fest zu fitten.“ Aber die Herren in Pest lassen sich nicht warnen und herrschen in Kroatien durch eine dem kroatischen Volke verhasste Koterie, anstatt sich mit Männern zu verständigen, welche das Vertrauen dieses Volkes genießen und wirklich die Wünsche und Ansprüche desselben vertreten. Ein solcher Mann ist in erster Reihe der nunmehr weltberühmt gewordene Bischof von Diakovar, Strossmayer. Längst liebt und verehrt ihn das kroatische Volk als seinen ersten Sohn, und eben jetzt blickt es mit umso größerer Verehrung, mit umso gerechterem Stolge auf ihn. Die magyarischen Herrscher thun aber nach wie vor alles mögliche, um diesen hervorragenden, mächtig einflußreichen kroatischen Patrioten zu verletzen, zu kränken, zurück zu drängen. Und doch war Strossmayer stets aufrichtig für die Verbündung Kroatiens mit Ungarn, nur wollte und will er einen für sein Volk gerechten und ehrenhaften Bund. Mit Recht sagt eine hochangesehene, einflußreiche kroatische Persönlichkeit, daß ohne Verständigung mit Strossmayer an eine Ausöhnung der magyarischen mit der kroatischen Nation nicht zu denken ist; eine Ausöhnung, die wir in Vorausssicht kommender Ereignisse den magyarischen Staatsmännern in ihrem eigenen Interesse zur gewissenhaften Beherzigung empfehlen. —

Was geschieht mit den seit vielen Wochen in Verhaft befindlichen Arbeitern? Diese Frage muß nun täglich erhoben werden. Den draconischen Dr. Herbst würde

eine solche Frage nur noch strenger und hartherziger gemacht haben; von seinem Nachfolger aber wird man wol hoffen dürfen, daß er im Interesse der Gerechtigkeit, im Interesse leidender und trauernder Familien, in staatsmännischer Berücksichtigung der aufgeregten Spannung, in welcher eine zahlreiche Klasse von Staatsbürgern diese Angelegenheit betrachtet, dieselbe zu einer raschen Entscheidung führen werde. Wir erlauben uns noch die bescheidene, die bittende Frage, ob nicht überhaupt eine politische Amnestie eine sehr wirksame Einleitung einer wirklichen Ausgleichspolitik sein würde?

A u s l a n d.

Napoleon III. macht die schlimme Erfahrung aller Selbstherrscher, durch KonzeSSIONen, welche ihnen mehr oder weniger abgenöthigt worden sind, nicht Befriedigung zu schaffen, sondern immer größere Ansprüche zu provoziren. Die französische Opposition ist unzufrieden damit, daß die Annahme oder Ablehnung der Verfassungsreform von einem Plebisцит d. i. von der Abstimmung des ganzen Volkes abhängen solle. Nun ist aber das Plebisцит an und für sich gewiß eine echt republikanische Institution, der vollkommenste Ausdruck der Volkssouveränität. Die Liberalen aller Länder haben es freudig begrüßt, daß in einigen Schweizer Kantonen die Gesetzgebung in höchster Instanz ebenfalls durch das Plebisцит geübt wird. In Betreff Frankreichs aber sagt man, das Plebisцит sei ein Mittel des persönlichen Regiments, die Aufrechterhaltung des Imperialismus, und die französische Opposition behauptet, die Entscheidung über die Verfassung dürfe nicht dem Volke anheimgegeben werden, sondern müsse von dem Parlamente allein ausgehen, denn das Volk verstehe die Sache nicht, sei leichtsinnig, servil, bestechlich u. s. w., sein Ja oder Nein könne und dürfe also nicht über die Verfassung entscheiden, sondern diese müsse lediglich das Produkt der Weisheit des Parlamentes sein. Nun ja, das ist so der parlamentarische Absolutismus. Um gewählt zu werden, schmeicheln diese Herren dem Volke, preisen es als die Quelle alles Rechtes, nennen seine Stimme Gottes Stimme; sitzen sie aber einmal im Parlamente, dann sind sie die Alleinweisen, die Unfehlbaren, und das Volk hat auch ihnen gegenüber nur den beschränkten Unterthanenverstand und soll alles gläubig hinnehmen, soll allem demüthig gehorchen, was aus den hohen Häusern kommt. So machen es auch unsere verfassungstreuen Liberalen und sind daher mit der französischen Opposition in der Verwerfung des Plebisцits ganz einverstanden. Natürlich, denn die liebe Dezemberverfassung wäre durch ein Plebisцит niemals angenommen worden, und würde bei allgemeiner Volksabstimmung gewiß sogar von der Mehrheit der Deutschösterreicher verworfen werden. Daß aber in Frankreich das Volk die Verfassungsreform annehmen wird, unterliegt kaum einem Zweifel.

Das freie England hat sich jetzt durch ein Gesetz geschändet, welches in Irland ziemlich auf dieselbe Weise Ruhe schaffen soll, wie die Russen schon wiederholt in Polen Ordnung und Ruhe geschaffen haben. Die durch Intriguen erschlichene und durch Gewalt erzwungene parlamentarische Union Irlands mit England bringt schimpfliche und blutige Früchte. Das freie England sieht sich gezwungen, in Irland lediglich ein Polizei-, Kriminal- und Martialstaat zu sein.

Die Nachrichten aus Rumänien sind nichts weniger als erfreulich. Die Opposition agitirt fortwährend gegen die Regierung. Schon wieder meldet uns der Telegraph die Demission des Ministeriums, mit welchem in der That keine einzige Partei zufrieden war. In der oppositionellen Stadt Plojeşti bekürmten einige tausend Menschen das Tribunal und befreiten den gegen den Wortlaut des Gesetzes in Untersuchungshaft befindlichen Redakteur der „Demokratia“ Candiano, welcher wegen seiner heftigen gegen die Dynastie selbst gerichteten Ansätze vom Ministerium gerichtlich verfolgt wird. Die

Stadt befindet sich deshalb in einem förmlichen Belagerungszustand. Die Bevölkerung verhält sich sonst ruhig, nur hat Fürst Karl sehr viel in der öffentlichen Meinung des Landes verloren. Die Antwort, die der Fürst einer Deputation von Bulargen Kaufleuten, welche ihm in einer Massenpetition die Beschwerden des Volkes darbringen wollte, erteilte, hat allgemeine Indignation hervorgerufen. Der Fürst sagte nämlich der Deputation, die Geschäftsleute sollten sich nicht mit Politik, sondern eben mit ihrer bürgerlichen Arbeit beschäftigen, sonst würden sie Bankrott machen. Man beklagt es sehr, daß sich der Fürst durch falsche Rathgeber beirren läßt. — Es ist höchste Zeit, daß sich einmal alle uneigennütigen Patrioten Rumäniens um den Fürsten schaaren, um frei von jedem fremden Einfluß die Regierung des Landes in die einzig heilsamen und richtigen nationalen Bahnen wieder einzuführen!

Die türkische Regierung ist von einem Dämon getrieben, das Pulver zu häufen, durch welches sie schließlich in die Luft gesprengt werden wird. Ihre Feindseligkeit ist jetzt vorzüglich gegen das aufstrebende Serbien gerichtet. Dieses Land soll aus dem Eisenbahnetz ausgeschlossen und dadurch in seiner Entwicklung lebensgefährlich verlegt werden. Die serbische Regentschaft faßt die Angelegenheit sehr ernsthaft auf, und es könnte sich daraus ein *casus belli* entwickeln. Wenn aber das kräftige Serbien losschlägt, so wird das auf der ganzen Balkanhalbinsel den längst vorbereiteten Brand entzünden, der die ganze Herrlichkeit der Osmanen vernichten wird. Wenn Oesterreich in Konstantinopel wirklich einen so großen Einfluß hat, wie die Verehrer Bismarck's es verkünden, so sollte dieser Einfluß zu Gunsten Serbiens wirksam gemacht werden. Das serbische Volk ist durch seine ganze Haltung und besonders dadurch, daß es die furchtbare Katastrophe der Ermordung des Fürsten Michael so mannhaft überstanden hat, vollkommen würdig, als gleichberechtigtes Mitglied der civilisirten Völkerfamilie gesiehet zu werden. Speziell für Oesterreich-Ungarn ist Serbien ein Nachbar, den man respektiren muß, weil man ihn sonst eventuell sehr zu fürchten haben könnte.

Nur Wiederaufführung des Gluck'schen „Orpheus“ in Wien.

H. W. Achtundachtzig Jahre sind vorüber, seitdem man in Wien den „Orpheus“ des Musikreformators Gluck zum letztenmale im Operntheater hörte, und 108 Jahre nach seiner Entstehung feierte dieses geniale Werk am 8. April d. J. in Wien seine Wiederauferstehung, — freilich nicht auf der Bühne, sondern im großen Redoutensale, in dem letzten Konzerte der Singakademie. Warum nicht im Hofoperntheater? Boshafte Leute könnten sagen, die Hoftheaterdirektion habe sich mit den Manen des Ritters von Gluck bereits durch den prächtigen Vorhang abgefunden, auf welchem der verewigte Rahl den Orpheusmythos zu einer wahrhaft monumentalen Darstellung brachte, und es ist — wie bekannt, ein nicht mehr ganz ungewöhnliches Mittel unserer Zeit, gewissen Erinnerungen irgend ein schönes Denkmal zu setzen — um ihrer dann für immer lebig zu sein. Seit wir also den Orpheus auf dem Vorhange des neuen Opernhauses haben, stand es so ziemlich fest, daß man ihn, den Orpheus, in diesem Hause sonst nirgends mehr zu sehen und zu hören bekommen werde, und man möchte eigentlich nur noch fragen, warum denn nicht noch mehrere

•

Courtinen gemalt werden, — zur Verherrlichung jener vielen schönen Opern, die aus dem Wiener Repertoire seit Jahren abhanden gekommen sind, sei es nun, daß das neue Haus für sie zu groß, oder daß der Kunstverstand der Direction zu klein geworden ist. —

Was aber gerade den Gluck'schen „Orpheus“ betrifft, so sind wir billig genug, Herrn v. Dingelstedt keine Unterlassungssünde vorwerfen zu wollen. Wir möchten dem ästhetischen Heuchlerthum, dem Rollettiren einiger Schöngeister mit den Größten der Kunstgeschichte durchaus nicht Vorschub leisten. Die Zeit, in welcher der „Orpheus“ von Calzabigi gebichtet und von Gluck komponirt worden ist, liegt den berechtigten Kunstinteressen der modernen Opernbühne doch zu ferne, als daß sich das Publikum, das die Theater bevölkert, ernstlich für eine Oper begeistern könnte, die für dasselbe allerdings schon insoferne eine Kuriosität, als dieses ganze, dreiaktige Werk in seiner Originalform (in der es Gluck für Wien geschaffen) weder einen primo noch einen secondo uomo, überhaupt gar keine männliche Solopartie hat, und — wenn man den zweimal auftretenden Amor, diesen deus ex machina abrechnet, nur zwei Personen handelnd auftreten läßt: Orpheus und Eurydice. Und was handeln sie? Im 1. Akte wehklagt Orpheus am Grabe seiner Gattin und faßt den Entschluß, sie in der Unterwelt aufzusuchen; im 2. Akte besiegt er den Widerstand der Unterwelt durch Gesang und Saitenspiel, und im 3. Akte (Eurydice tritt erst jetzt auf) geht das Lamento von Neuem an, weil Eurydice darüber unglücklich ist, daß ihr Gatte sie nicht umarmet, und der Gatte darüber nicht minder unglücklich, daß er sie nicht umarmen darf, sondern das geliebte Weib, ohne umzuschauen, in die Oberwelt geleiten soll. Gluck's Werk ist freilich trotz alledem (aber gewiß nicht deswegen) eine kostbare Perle, und hat seit 1762 eine Anzahl von Menschen entzückt; doch möchten wir's heutzutage Keinem rathen, diese Perle zu imitiren und eine Oper zu schreiben, die auf den Füßen dreier Solofängerinnen *) und des Chores stehen und nicht fallen soll. Das Publikum würde sie gewiß liegen lassen.

Es mußte also einem Konzertinstitute überlassen bleiben, der heutigen Generation den alten „Orpheus“ vorzuführen, selbstverständlich mit Verzichtleistung auf irgend einen scenischen, dekorativen und mimischen Behelf, so daß das ganze Gewicht der Entscheidung über den Werth des Werkes auf den musikalischen Theil fällt. Es gereicht der Wiener Singakademie zur hohen Ehre, sich eine solche Aufgabe gestellt zu haben und dem Kult des Idealen, oder genauer gesagt:

*) Die Contralto-Partie des Orpheus war freilich für einen Kastraten (Castrato) geschrieben worden; heute jedoch wird man sich wol überall mit einer Dame begnügen müssen. Für die Aufführung der Oper in Paris sah sich Gluck allerdings veranlaßt, die Partie des Orpheus für einen Tenor umzusetzen (französische Partitur vom Jahre 1774), allein ursprünglich war sie für den Alt komponirt, und bei dieser Grundidee müssen wir auch stehen bleiben. Einen Tenor hätte Gluck jedenfalls näher zur Hand gehabt als einen Contralto.

des Ideals in der Form der Klassicität, treu zu bleiben. Es gibt wol schon an und für sich kaum ein lockenderes Thema für einen Gesangsverein, als — die Macht der Musik zu feiern, und dies ist ja eben der ästhetische Kern des Mythos von Orpheus und Eurydice. Und nun ist nicht nur Gluck gerade der Mann, der die dramatische Musik aus dem „glänzenden Glende“ der damaligen italienischen Opernrichtung gerettet und zum einfachen Ausdruck wahren Gefühle, geistiger Hoheit gemacht hat, sondern es ist auch — wie schon oben gesagt — gerade „Orpheus“ die Oper, mit welcher er den ersten Schritt zu diesem, eines Säkularmenschen würdigen Ziele unternommen hat. Der geistreiche Marx hat in einem eigenen Buche („Gluck und die Oper“) nachgewiesen, wie die Reform der Oper durch Gluck schrittweise erfolgte, und wie der Meister im „Orpheus“ seine Reformationsarbeit weit mehr kraft seiner individuellen Naturanlage als nach einem vorgefaßten Plane damit begann, daß er vor Allem das musikalische Element in der Oper purifizierte und veredelte. Wir, die wir auf den Schultern eines ganzen Säkulums nach Gluck stehen, können uns nur schwer einen Begriff davon machen, welchen gewaltigen Eindruck, welche Aufregung der Leidenschaft Gluck's Vorgang bei seinen Zeitgenossen hervorbringen mußte, denn die Opernrichtung, gegen die er gekämpft, ist längst in den bodenlosen Abgrund versunken, aus dem sich — wenigstens in der Bühnenwelt — nichts wieder emporzarbeiten vermag; unserem Publikum fehlt jede Vorstellung von dem allgemeinen Zustande der Opernmusik in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, von der Charakterlosigkeit jener musikalischen Typen, von der endlosen Wüstenerei des Seccorecitatifs, von der unvermeidlichen Arien-Schlange und der schrankenlosen Willkür des auf nichts anderes als auf sich selbst bedachten Sängers. Aber die Geschichte hat alle diese Daten verzeichnet und ihnen die Musik Gluck's als vernichtende Kritik gegenüber gestellt, und es ist daher ein rühmentwerther Akt der Pietät gegen die Kunst, daß es ein Dilettantenverein im Jahre 1870 unternimmt, den epochemachenden „Orpheus“ einzustudiren und mit dem Aufwande der besten Kräfte aufzuführen.

Es wäre nun freilich eine gefährliche Täuschung, zu glauben, daß das historisch Interessante und Wichtige schon als solches die Berechtigung habe, auch in der heutigen öffentlichen Kunstpflege fortzuleben, und daß es Anspruch machen könne auf den Beifall unserer Musikfreunde. Wer darf erwarten, daß unser Publikum einer Musik bloß deshalb Beifall zollen werde, weil sie besser ist als das, was vor hundert und etlichen Jahren andere Komponisten produziert haben? Das ist ohne Zweifel für uns sehr gleichgiltig, und die Armuth, ja Inhaltlosigkeit der Handlung im „Orpheus“ thut gewiß nichts dazu, um uns ein Interesse für das Werk einzufloßen. Dazu gehört eben ein absoluter Kunstwerth der Musik und mit diesem hat Gluck seinen „Orpheus“ in der That ausgestattet. Dieser Werth liegt aber nicht in einem unerschöpflichen Quell von Melodien (dieser Brunnen fließt bei Gluck überhaupt ziemlich sparsam), auch nicht in einem

besonders künstlichen harmonischen Aufbau oder in überraschenden Instrumentaleffekten, sondern ganz wesentlich in der Wahrheit der Empfindung und im Adel des Ausdrucks.

Wir können hier nicht auf die einzelnen Schönheiten dieses Werkes eingehen und müssen in dieser Beziehung auf den ersten Band des erwähnten Buches von Marx verweisen. Wer es aber nicht glauben kann, daß sich auch noch heutigentags mit den einfachsten Mittel gewaltige Wirkungen erzielen lassen, der höre das erschütternde „Rein!“, womit die Furien den Gesang des Orpheus, seine Bitte um Einlaß in die Unterwelt beantworten. Dazu ist eben nur ein bißchen — Genie nothwendig; diese Scene wiegt aber auch für sich allein alle Mängel, die aus der Handlungslosigkeit des Libretto für den musikalischen Theil des Dramas erwachsen müssen, vollkommen auf.

Im Ganzen macht sich eine gewisse Monotonie des Klagens und Trauerns fühlbar, die im Konzertsale nothwendigerweise noch empfindlicher ist als auf der Bühne, wo Szenerie, Plastik und Mimik sich mit der Musik vereinigen, um die rechte Stimmung in uns zu erwecken und festzuhalten, während sie anderseits unsere Sinne doch von dem rein Musikalischen ablenken und zerstreuen. Soll die Eintönigkeit mancher Stellen im „Orpheus“ bei der Konzertaufführung überwunden werden, so ist ein doppelter Aufwand von Kunst auf Seite der Vortragenden erforderlich. Trotz unserer hohen und innigen Verehrung für die unvergänglichen Schönheiten dieser Oper konnten wir uns doch der Besorgniß nicht ent schlagen, sie werde bei der Masse der Zuhörer nicht jenen Erfolg erringen, den wir dem Unternehmen der Singakademie und den Bemühungen ihres wackern Chormeisters Rud. Weinwurm vom Herzen wünschten. Glücklicherweise widerlegten die That sachen unsere Befürchtung, ja es wurde gerade im dritten Akte, dem schwächsten des Werkes, viel und lebhaft applaudirt. Dies überhebt uns der Nothwendigkeit, die Leistungen der Mitwirkenden speziell zu loben. Frä. Burenne sang die Partie des Orpheus mit vollem künstlerischen Adel und mit treuer Wiedergabe des elegischen Charakters; sie hätte jedoch durch einen beschleunigten, dramatischeren Vortrag mancher Stelle den Effekt ihrer Rolle im Interesse des Ganzen erhöhen können. Mit vollendeter Meisterschaft erfaßte und bewältigte Frau Dufsmann ihre Aufgabe als Eurydice, und Frä. Boschetti verwendete auf die unbedeutende Partie des Amor den preiswürdigen Eifer einer Künstlerin, welche weiß, daß in einem Kunstwerke vom Range des „Orpheus“ nichts klein ist. Die herrlichen Chöre waren aufs Sorgfältigste einstudirt, und wir würden uns freuen, wenn die hochstrebende Singakademie sich in der Folge auch der Gluck'schen „Alceste“ annehmen möchte, die man bei uns ebensowenig als den „Orpheus“ auf der Bühne zu hören bekommt, und der noch nicht einmal ein Vorhang gewidmet ist, obgleich sie verdienen würde, daß ihr in den Herzen der Musikfreunde durch eine pietätvolle Aufführung ein lebendiges Denkmal gesetzt werde.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

(Fortsetzung.)

XII.

Herzog Rudolf der Stifter. Die Erwerbung Tirols.

Unter Albrechts des Weisen Sohne und Nachfolger Rudolf dem Stifter, sogenannt wegen vieler Gründungen und Stiftungen, vergrößerte sich der habsburgische Besitzstand, und nahmen die Länder im Innern einen glänzenden Aufschwung; aber in Deutschland spielte Oesterreich dessenungeachtet eine untergeordnete Rolle. Der Kaiser von Deutschland und König von Böhmen Karl IV. hatte durch seine goldene Bulle sich selber und den Kurfürsten außerordentliche Würden zugetheilt, aber des an Länderbesitz mächtigsten unter den deutschen Fürsten, des österreichischen Herzogs gedachte er nicht, obwohl er der Schwiegervater desselben war. Da suchte sich der Nachfolger zweier habsburgischer Kaiser, welche mit Macht darnach gestrebt hatten, die deutsche Krone bei ihrem Hause zu erhalten, es suchte sich der ehrgeizige und glanzliebende Herzog Rudolf dadurch zu entschädigen, daß er sich auf eine von den Geschichtschreibern getadelte und verspottete Weise Reichstitel beilegte. Er durchforschte die Urkunden und Privilegien und nannte sich Erzjägermeister des heiligen Reiches, weil die Herzoge von Kärnten diesen Titel geführt, er nannte sich auch Pfälzerherzog des römischen Reiches und schrieb sich: „Von kaiserlicher Machtvollkommenheit, die Wir von dem heiligen Reich haben in Unsern Landen zu Oesterreich,“ weil diese Ausdrücke in den kaiserlichen Privilegien vorkamen. So führte Rudolf zwar Reichstitel, hatte aber im Reiche so wenig Ansehen, daß ihm sein kaiserlicher Schwiegervater zwei Jahre lang die Belehnung mit den österreichischen Ländern vorenthielt, ja sogar selber Ansprüche auf diese Länder erhob. Dem entgegen machte nun Rudolf wieder Ansprüche auf Böhmen geltend, indem er auf die Wahl seines gleichnamigen Oheims zum König von Böhmen zurückwies, und es trat zwischen dem kaiserlichen Schwiegervater und herzoglichen Schwiegersohn eine gefährliche Spannung ein. Da trat der König von Ungarn, Ludwig der Große als Vermittler auf. Die drei Fürsten kamen in Tirnau zusammen, Kaiser Karl und Herzog Rudolf versöhnten sich, verzichteten auf alle gegenseitigen Ansprüche und erklärten alle darauf bezüglichen vorhandenen oder noch aufzufindenden Urkunden für null und nichtig. Darauf befehnte der Kaiser auf österreichischem Boden zu Seefeld, am 21. Mai 1360 den Herzog Rudolf

und seine Brüder mit Oesterreich, Steyer, Kärnten, Krain, der windischen Mark, Portenau, den Herrschaften in Schwaben, Elsaß und „wo sonst immer im Reiche.“ Dagegen mußte Rudolf für sich und seine Brüder die schriftliche Versicherung geben, daß ihm der Kaiser nicht die Grafschaft Tirol und die Vogteien über die dortigen Gotteshäuser, nicht die Grafschaft Burgund und überhaupt nichts, was nicht in der Belehnungsurkunde namentlich aufgeführt wäre, verleißen hätte, oder zu verleißen gesonnen gewesen wäre.

Doch die Versöhnung war keine aufrichtige, die Verhältnisse trübten sich schon im nächsten Jahre so sehr, daß der Kaiser einen ganz außerordentlichen Akt unternahm, nämlich von den österreichischen Ständen den Eid forderte und erlangte, darüber zu wachen, daß Rudolf die eingegangenen Verträge genauer beobachte als bisher. Schon das Jahr darauf schloß Rudolf mit den Königen von Ungarn und Polen ein Bündniß gegen den Kaiser. Dieser trat nun bei dem Kurfürstenkollegium mit schweren Klagen gegen Rudolf auf und beschuldigte ihn geradezu, daß er nach der deutschen Krone strebe, sie mit Hilfe fremder Könige an sich reißen wolle. Sämmtliche Kurfürsten, mit Ausnahme des von Brandenburg stimmten dem Kaiser zu und erklärten am 13. März 1362, nach Karls IV. Tode weder den Herzog Rudolf, noch einen seiner Brüder zum deutschen König wählen zu wollen, und steigerten diese Beleidigung noch durch die Motivirung, daß die Herzoge von Oesterreich im Reiche oft schon Unheil angerichtet hätten. („Der künftliche wiedererliest, der dem heiligen Reich von den Herzogen von Oesterreich oft widerfahren ist.“) Beide Theile rüsteten zum Kriege; er brach jedoch nicht aus, denn Rudolf wurde durch eine wichtige Angelegenheit nachgiebig gestimmt, nämlich durch die ersuchte Erwerbung Tirols.

Margaretha Maultasch, die rechtmäßige Erbgräfin von Tirol war, wie bereits erzählt, mit dem böhmischen Prinzen Johann Heinrich, Bruder Karls IV. verheiratet gewesen. Die sehr sinnliche Frau wurde aber ihres Gemals überdrüssig, denn sie hatte sich in den stattlichen Markgrafen Ludwig von Brandenburg, Sohn Ludwigs des Baiern verliebt und wünschte nun diesen zum Gemal. Sie schrieb deshalb an den Kaiser, klagte ihren angetrauten Gatten des Unermögens an, verlangte Trennung der Ehe und den bayerischen Brandenburger zum neuen Ehegespons. Kaiser Ludwig, längst begierig, Tirol an sein Haus zu bringen, ließ sich sofort in Unterhandlungen ein. Als das geschah, befand Johann Heinrich sich außer Landes. Er bekam aber Kunde, eilte heim und schloß sich mit Margarethens in der Burg Tirol ein, um die trenlose Frau in der Gewalt zu haben. Doch Margaretha hatte das Volk für sich, sie fand Mittel, ihre Unterhandlungen mit dem Kaiser fortzusetzen, und sie verstand es, ihren Gemal so sicher zu machen, daß er der Rolle des Kerkermeisters seiner Frau überdrüssig wurde und sich selber wieder mehr Freiheit gestattete. Am 2. November 1341 ritt er aus dem Schloß Tirol auf die Jagd, und als er Abends zurückkehrte, fand er die Thore für sich verschlossen, seine böhmischen Getreuen vertrieben,

sah nirgends Unterstand und sah sich gezwungen das Land zu verlassen. Darauf gelangte Margaretha rasch an das Ziel ihrer Wünsche. Der Kaiser fand Geistliche, welche ihn versicherten, daß er aus eigener Machtvollkommenheit die Ehe Margarethens trennen könnte, und er that es, und im Februar 1342 wurde das Weilager Margarethens mit dem Brandenburger wirklich vollzogen. Beide kümmerten sich nicht um die Bannflüche, welche der Patriarch von Aquileja, zu welchem der verstößene Gemal geflüchtet war, im Namen des Papstes über sie aussprach. Der Papst fand auch keine Vollstrecker seiner Bannsprüche, denn Böhmen ließ seinen aus Tirol vertriebenen Prinzen gänzlich im Stich, und Herzog Albrecht von Oesterreich hatte Ursache, sich über die Trennung Tirols von dem böhmischen Königs Hause zu freuen und zugleich zu hoffen, daß der tolle Schritt Margarethens günstige Folgen für die Ansprüche Habsburgs auf Tirol haben werde. Zwar als Kaiser Ludwig der Baiern seinen Sohn, den neuen Grafen von Tirol zugleich auch mit Kärnten belehnte, welches sich im vollkommen rechtmäßigen Besitze Habsburgs befand, schien es zu einem Kampf kommen zu sollen. Als aber Herzog Albrecht nach Kärnten eilte, von den Bewohnern mit Jubel empfangen wurde, auf dem Herzogstuhl die altherkömmliche Huldigung empfing und Vertheidigungsanstalten traf, ließ Ludwig der Baiern die kärntnerische Frage fallen, und Albrecht setzte sich seinerseits über die Doppelhehe Margarethens hinweg und anerkannte den bayerischen Brandenburger als Grafen von Tirol. Mit der Zeit stellte sich ein so freundschaftliches Verhältniß her, daß Herzog Albrecht sich entschloß, seine Tochter Margarethe dem der unrechtmäßigen Ehe der Maultasch entsprossenen Prinzen Meinhard zur Gemalin zu geben; nur sollte früher der Kirchenbann aufgehoben werden, welcher auf dem tirolischen Grafen Hause lastete. Dafür verwendete sich nun Albrecht eifrig in Rom und er fand bei dem Papste Innocenz VI. geneigtes Gehör, erlebte jedoch den glücklichen Ausgang nicht mehr.

Desto glücklicher war sein Nachfolger, Rudolf der Stifter. Während er noch bei Lebzeiten seines Vaters mit der Verwaltung der habsburgischen Vorlande betraut war, hatte er seine Base Margaretha Maultasch wiederholt besucht und war es dem schönen feurigen Jüngling gelungen, in hohem Grade die Gunst der liebesüchtigen Frau zu gewinnen. Als nun bald nach dem Tode Albrechts Margarethe Maultasch und der Brandenburger wirklich vom Bann befreit und nun kirchlich rechtmäßig getraut wurden, wohnte Rudolf der Festlichkeit bei, und es geschah das Außerordentliche, daß bald darnach Margaretha Maultasch am 2. September 1359 zu München eine Urkunde ausstellte, durch welche sie für den Fall des unbeerbten Ablebens ihres Gemals Ludwig oder ihres Sohnes Meinhard den Herzog Rudolf von Oesterreich und seine Brüder zu Erben der Grafschaft Tirol, des Etzsch- und Innlandes und ihres Antheils an der Grafschaft Görz ernannte. Am 5. September bekräftigte Margarethe diese Erbschaftsordnung und ersuchte den Kaiser und den Papst, dieselbe aufrecht zu erhalten.

So unerwartet diese Verfügung war, so glaubte doch niemand, daß sie jemals in Erfüllung gehen würde, denn es lebte noch Margarethens Gemal in voller Manneskraft, und ihr Sohn stand in schönster Jugendblüte. Doch es offenbarte sich da zum erstenmale recht auffallend das später oft bewährte Glück des Hauses Habsburg.

Bald nach der Ausstellung der Münchner Urkunden starb Margarethens Gatte Ludwig, und schon am 13. Jänner 1363 ging auch ihr Sohn Meinhard mit Tod ab, ohne Nachkommen zu hinterlassen. Nun war der Fall, daß Tirol an das Haus Habsburg komme, sehr nahe gerückt, es stand nur noch die Lebenszeit Margarethens dazwischen. Doch bei dem Wankelmuth der Frau war zu befürchten, daß sie die Münchner Erbordnung umstoßen möchte, zumal sie in ihrer geschlechtlichen Schwäche leicht wieder für einen Mann entbrennen und von demselben beherrscht werden konnte. Zunächst benutzten die Landherren von Tirol die Gelegenheit, um der alleinstehenden Frau so wichtige Konzessionen abzunöthigen, daß die Regierungsgewalt eigentlich ganz in die Hände der Stände gelangte. Besonders mußte Margaretha geloben, ohne Zustimmung der Stände keine Verfügung über die Erbfolge in der Grafschaft zu treffen. Dies konnte nun allerdings zu Gunsten der österreichischen Herzoge gedeutet werden, weil diese ja bereits als Erben Tirols eingesetzt waren, es scheint auch, daß die tirolischen Stände das Verhältniß in diesem Sinne aufgefaßt hatten, um eben die habsburgische Nachfolge zu sichern. Da jedoch die Münchner Vermächtnisurkunden nicht von den tirolischen Ständen mit unterzeichnet waren, so wurde Rudolf der Stifter mißtrauisch, wozu noch kam, daß er an der Beschränkung der landesfürstlichen Gewalt von Tirol kein Wohlgefallen hatte.

Rudolf eilte daher nach Tirol und schon nach wenigen Tagen hatte er durch den Zauber seiner Persönlichkeit bei Margarethen und durch sein Machtansehen bei den Ständen den Erfolg, daß Margaretha am 26. Januar 1363 mit Einwilligung der meisten Landherren eine Urkunde ausstellte, welche Tirol sofort und für immer dem Hause Habsburg sicherte. Margaretha bekannte in der Urkunde, daß nach dem Tode ihres Sohnes Meinhard die Herzoge Rudolf, Albrecht und Leopold von Oesterreich ihre nächsten Vettern und „allerrechtiqsten Erben für allerminigstlich und vor allen andern Leuthen, niemand ausgenommen, wären.“ Dann erklärte sie dieselben mit Einwilligung ihrer unter der Urkunde mitunterzeichneten Landherren und Räte nicht nur zu Erben, sondern auch zu Inhabern aller ihrer Länder, sich selbst jedoch auf Lebenszeit in Rudolfs, Albrechts und Leopolds und deren Erben Namen die Regierung und Nutznießung besagter Länder vorbehaltend. Die Erbgräfin gelobte ferner bei ihrer fürstlichen Ehre, bei ihrer Treue und mit einem körperlichen Eide, daß sie wider die in dieser Vermächtnis- und Verleihungsurkunde festgesetzten Dinge niemals irgend einen Schritt thun werde, weder öffentlich noch insgeheim, weder gerichtlich noch außergerichtlich, weder bei dem römischen Reiche, noch bei der römischen Kirche, weder bei geistlichen noch

bei weltlichen Richtern. Margaretha entsagte ferner der Einrede, als ob sie zu diesem Vermächtniß und zu dieser Uebergabe durch List berebet oder durch Furcht gezwungen worden wäre. Schließlich gebot die Erbgräfin allen ihren Prälaten, Pröbsten, Aebten, überhaupt „aller Pfaffheit,“ allen ihren gegenwärtigen und künftigen Hauptleuten, Burggrafen, Amtleuten, Pflegern, Vögten und Richtern zu Tirol und in allen andern ihren Besten, Klause, Städten, Gebirgen, Thälern, Märkten und Dörfern, allen ihren Grafen, Freien, Dienstleuten, Landherren, Rittern und Knechten, Bürgern, Landsassen und Hölben, Männern und Frauen, Alten und Jungen, Edlen und Ueblen, Reichen und Armen — den Herzogen von Oesterreich und ihren Erben als Landesherren zu huldigen und Treue zu schwören. Insbesondere befahl Margaretha für den Fall ihres Todes („und sonderlich wann wir nimmer sehn sollen“) ihren Ministerialen, den Herzogen gehorsam und gewärtig zu sein, und ihnen alle ihre Städte, Schlösser, Burgen, kurz alle ihre Besitzungen („all unser Haab, die wir von ihnen wegen unser Lebtag ruhiglich nieffen sollen“) ohne Verzug unweigerlich als ihren rechten Herren einzuräumen.

Dagegen gelobten und schwuren die Herzoge, das Land Tirol bei seinen alten Gerechtsamen und Freiheiten, bei allen Einrichtungen und Gewohnheiten zu erhalten, die Landherren und Prälaten, überhaupt alle und jeden Bewohner in ihren Rechten zu schützen. So war denn auch Tirol bei der Vereinigung mit Oesterreich durchaus nicht von den andern österreichischen Ländern abhängig geworden, sondern ist eben nur unter die Herrschaft des Hauses Habsburg und zu den übrigen Ländern desselben lediglich in das Verhältniß der Personalunion gekommen.

Dem Auftrage der Erbgräfin gemäß huldigten die tirolischen Städte dem Herzog Rudolf; zuerst am 3. Februar 1363 Bogen, am 5. Meran, am 9. Sterzingen, am 10. Innsbruck, am 11. Hall u. s. w. Jedesmal gelobte Rudolf die Aufrechterhaltung der Stadtrechte.

Die Erwerbung Tirols sollte aber doch nicht ganz friedlich vor sich gehen. Die Herzoge von Baiern erhoben Ansprüche auf das Land, ja Herzog Stephan der jüngere wagte es, nach Tirol zu kommen und geradezu die Abtretung desselben zu verlangen. Herzog Rudolf, der keine Kriegsmacht bei sich hatte, eilte zu dem Erzbischof von Salzburg und bewog ihn, gegen den Willen des Domkapitels Kriegsvolk gegen Baiern zu schicken. Zu diesem stießen die oberösterreichischen Vasallen, Grafen Schaumberg und Wallsee. Die Baiern erfochten aber bei Dettingen einen Sieg, wobei siebzig vornehme Oesterreicher und Salzburger in Gefangenschaft geriethen. Doch nahm der Kampf keine größeren Dimensionen an; man beschränkte sich beiderseits auf Grenzbeunruhigungen. Herzog Rudolf ließ z. B. einige tausend nach Baiern bestimmte Fuder Wein wegnehmen, was den trinklustigen Baiern sehr unangenehm war.

Durch die Ansprüche der bayerischen Herzoge, welche in Tirol doch einigen

Anhang fanden, und durch die Besorgniß, daß die schwache Margaretha zu einer Aenderung ihres Willens gezwungen werden könnte, wurde Rudolf der Stifter zu dem Entschlusse gebracht, der Sache ein Ende zu machen, d. h. sofort die wirkliche Abtretung Tirols zu bewirken. Er kam anfangs September 1363 wieder nach Tirol und setzte seinen Willen wirklich durch. Rudolf unterhandelte zuerst mit den Landherren, und schon nach acht Tagen beurkundeten und besiegelten dreißig der vornehmsten Landherren in ihrem und der Landschaft Namen, daß Margaretha, Markgräfin von Brandenburg und Gräfin von Tirol, nach reiflicher Ueberlegung freiwillig und ungezwungen dem Herzoge Rudolf von Oesterreich und seinen Brüdern die Herrschaft und Grafschaft zu Tirol, an der Etsch, im Gebirg und im Innthal eingeantwortet, die Regierung niedergelegt und Land und Leute des Gehorsams entbunden habe, und zwar zu denselben Besten, weil sie dieselben nicht schützen und schützen könne, wie es noth thue. Dagegen habe Herzog Leopold in seinem und im Namen seiner Brüder gelobt, Margarethen Einkünfte zu sichern, damit sie bis an ihren Tod fürstlich leben könne, wie es ihrem Range gezieme.

Mit der freiwilligen ungezwungenen Einwilligung Margarethens scheint es doch ein eigenes Bewandniß gehabt zu haben, denn sie unterzeichnete erst achtzehn Tage später die förmliche Verzichtsurkunde. Dabei machte sie den Vorbehalt, daß im Falle des erbenlosen Ablebens der drei Herzoge von Oesterreich nicht nur Tirol, sondern auch Kärnten an sie, die Markgräfin oder an ihre Erben zurückfallen sollte. Diese Klausel konnte Herzog Rudolf ohne Kummer bewilligen, und er trat nun sofort in den Besitz Tirols. Dabei gab es denn doch einige Unruhen, und diese, vereint mit noch mehr beunruhigenden Vorstellungen, bewogen Margarethen, Tirol ganz zu verlassen, wodurch sie gewiß einen sehnlichen Wunsch Rudolfs erfüllte. Sie begab sich nach Oesterreich, wo sie im Jahre 1369 starb und zu Wien bei den Minoriten beigesetzt wurde.

So ist das herrliche Tirol zu Oesterreich gekommen und seitdem für dasselbe eine unerschütterliche und unbezwingliche Felsenburg gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Offener Dank.

Aus der industriellen Stadt Policka in Böhmen habe ich eine mich hoch ehrende liebwürthe Anerkennungsadresse empfangen. Sie trägt sechzig Unterschriften. Voran steht der Bürgermeister, welchem Vertreter des Gemeindevorstandes, des Rühr- und Lehrstandes und auch zwölf Repräsentantinnen des schönen Geschlechtes folgen. Ich spreche diesen hochachtbaren Bürgern und liebenswürdigen Bürgerinnen von Policka hiermit öffentlich meinen herzlichsten Dank dafür aus, daß sie in dem jetzigen verhängnißvoll wichtigen Momente so liebevoll meiner

Benignität gedenken. Die Zuschrift enthält aber, ganz abgesehen von meiner Persönlichkeit, in Betreff der großen schwebenden Völkerangelegenheit den Ausdruck so edler Gefinnungen und Gefühle und so treffender Wahrheiten, daß ich mich nicht bloß gerechtfertigt, sondern verpflichtet fühle, sie, aus dem Böhmischen übersetzt, hier mitzutheilen.

Franz Schufella.

Die Adresse lautet:

Hochverehrter Herr! Mit Freude, aber nicht mit überspannten Hoffnungen begrüßen wir die in der inneren staatlichen Politik eingetretene Wendung.

Und in dieser Freude gedenken wir mit Dank und Verehrung aller der Freunde, welche als warme und treue Verbündete mit uns die politischen Kämpfe für die Freiheit, nicht einzelner Individuen oder Nationen, sondern für die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Völker mitgekämpft haben.

Unter diesen unseren Verbündeten aber begrüßen wir Sie, hochverehrter Herr, mit besonderer Verehrung und Herzlichkeit, und drücken aufrichtig die ehrliche, entschlossene Hand, welche so viele Beweise von reiner Humanität und staatsmännischer Einsicht in der „Reform“ niedergelegt hat.

† Sie haben an allen Leiden, welche die Opposition in dem Kampfe gegen das beseitigte System zu ertragen hatte, ohne Zaudern, ja sogar freudigst theilgenommen. Während Andere nicht Anstand nahmen, unter dem Deckmantel liberaler Phrasen materiellem Gewinne und Ehrenstellen nachzujagen, hielten Sie, verdächtigt und beschimpft, wie unser böhmisches Volk, uneigennützig und opferwillig im Kampfe für erhabene Ideen aus.

Jene, die sich sonst Ihre Freunde nannten, sagten sich Einer nach dem Andern von Ihnen los. Sie aber schreckten nicht zurück, da Sie ein Mann der Ueberzeugung sind. So kam es, daß Sie sich ebenso viele Völker zu Freunden gemacht, als Sie einzelne Freunde verloren haben.

Nun aber siegen diese Ihre neuen Freunde, und die Tage Ihres Sieges gehören auch Ihnen.

Mag auch die Antwort auf die Frage, welche Entwicklung uns die nächste Zukunft bringt, wie immer ausfallen, so viel ist gewiß, daß wir Alle und Sie in vorderster Reihe unter uns in unseren Bestrebungen nicht wandeln werden.

Männlich und ehrenhaft werden Sie den Kampf für Ihre erhabenen Ideen fortsetzen, und wir werden stets eifrigst und freudigst Ihren Worten, Ihrem Urtheile und Ihren Rathschlägen folgen, und wann immer es gelten wird, für Bürgerfreiheit und Bürgerpflicht einzustehen, werden wir wie bisher mit Ihnen handeln, jubeln oder leiden.

Wir harren aus! Wohl auf!

Prag, 6. April 1870.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schufella.
Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 52.
Druck von R. v. Waldheim.

Die Reform.

No. 16.

Wien, den 21. April 1870.

IX. Jahrgang.

Zum bevorstehenden Kampfe.

Die Regierung, die Parteien, die Völker Oesterreichs rüsten sich zum Kampfe. Das Feldgeschrei ist „Oesterreich“. Aus allen Lagern ertönt es: „Oesterreich soll wiederhergestellt, erhalten, neu und frei konstituiert werden!“ In Betreff des Zieles herrscht also vollständige Einigkeit, oder scheint wenigstens zu herrschen. Aber über die Mittel und Wege konnte man sich noch nicht einigen, weil man es noch nicht aufrichtig wollte. Die Schuld dieses Zustandes trifft die deutsche Verfassungspartei. Sie rühmt sich, an der Spitze der Freiheitsbewegung zu stehen. Wenn das wirklich der Fall wäre, so würde es in betäubendster Weise zeigen, daß die Deutschösterreicher und speziell die Wiener seit dem Jahre 1848 im politischen Wissen und Wollen nicht vor- sondern zurückgeschritten sind.

Als Wien sich zur Freiheit erhob, und das ganze Reich darin folgte, da war man zu dem günstigen Urtheile berechtigt, daß die Völker Oesterreichs in der harten Schule des Absolutismus etwas gelernt hätten. Sobald die Fesseln des Absolutismus gebrochen waren, gingen die Königreiche und Länder zunächst und vor allem daran, den Centralismus zu beseitigen, von der richtigen Erkenntniß geleitet, daß die Centralisation das Brutheer der Zwingherrschaft ist, mag diese auch in parlamentarische Hüllen versteckt sein. Alle Königreiche und Länder sorgten damals zunächst durch neue Landesstatute für die Wiederherstellung ihrer staatsrechtlichen Selbständigkeit, ihrer Autonomie. Das ging so weit, daß Gruppen, welche der Bureaukratismus geschaffen hatte, sich sofort auflösten. So war es der nächste und dringendste Wunsch Salzburgs, von Oberösterreich; Schlesiens, von Mähren getrennt zu werden; so löste das Königreich Illyrien sich auf, und jedes seiner Glieder erhob sich wieder zu dem Range eines selbständigen Kronlandes des Reiches. Und die an der Spitze der Freiheitsbewegung stehenden Wiener sahen dieses autonomistische, dieses föderalistische Streben nicht nur ohne Schrecken und Born, sondern sie erkannten es als das natürlich und historisch berechnete, als das eigentliche wahre Freiheitsstreben. Die Wiener respektirten damals die individuelle Freiheit der Völker so sehr, daß sie sogar den der Reichseinheit gefährlichen Separatismus der Magyaren begünstigten, ja für denselben zu den Waffen griffen! Ungarn gegenüber waren die Deutschösterreicher schon damals ganz entschiedene Dualisten, sie begnügten sich mit einem sehr losen föderativen Verbande Ungarns mit Oesterreich. Für dieses aber strebten sie in

richtigem Freisinn und Freiheitsgefühl nach einer frei vereinbarten Gesamtverfassung. Sie verwarfen daher die oktroyirte Verfassung vom 25. April 1848 und verlangten einen konstituierenden Reichstag.

Auf jene schwungvolle Zeit folgten abermals zehn Jahre des Absolutismus, und in dieser Periode verloren die Deutschösterreicher die richtige Erkenntniß ihrer Aufgabe, den wahren Gerechtigkeits- und Freiheitsinn. Sie lernten zwar in der neuen Schule des Absolutismus, aber sie lernten nur die Nachahmung des Absolutismus, sie lernten selber absolutistisch sein. Dem centrifugalen Individualismus der Völker war der nachmärzliche Absolutismus mit dem äußersten Extrem der uniformen Centralisirung des ganzen Reiches entgegengetreten. Diese Reichsgestaltung konnte in der That nur durch die unbeschränkte Gewalt erzwungen werden, aber diese Gewalt reichte nicht aus, um das Werk dauernd zu erhalten. Der Absolutismus stürzte zum zweiten Mal, und nun hielten die Deutschösterreicher, vorzüglich die mit Liberalismus prunkenden Vertreter und Wortführer derselben an dem absolutistischen Gedanken und Projekt der uniformen Centralisation fest, und sie glaubten alles und das edelste und freisinnigste zu thun, wenn sie diesen Absolutismus in parlamentarische Formen kleideten.

Daher acceptirten die Deutschösterreicher die oktroyirte Februarverfassung und wollten sie durchführen (selbst mittels des Belagerungszustandes), obwohl alle andern Völker sich dagegen erklärt hatten. Und als diese Verfassung wahrhaftig weit weniger sistirt wurde, als sich als lebensunfähig selber sistirt hatte, und als nun die Gelegenheit geboten war, eine Verfassung frei zu vereinbaren, da hielten die Deutschösterreicher an den Buchstaben des Februarpatentes fest und verwarfen den außerordentlichen Reichsrath, welcher ein konstituirender Reichstag hätte werden können und gewiß auch geworden wäre und wol auch zu Ungarn ein günstigeres Verhältniß geschaffen hätte. Die Deutschösterreicher aber handelten nach dem absolutistischen „Theile und herrsche!“ Sie theilten das Reich, um in der einen Hälfte zu herrschen. Sie gefielen und brüsteten sich auf dem oktroyirten Verfassungsboden und wollten nun das Oktroi ihrerseits den übrigen Völkern oktroyiren. Sie billigten abermals den Belagerungszustand, sie billigten die außerordentlichste Wahlbeeinflussung, sie billigten draconische Pressverfolgungen und das Zersprengen von Volksversammlungen durch Husarenmanöver, kurz sie billigten alle Mittel der Gewaltherrschaft, um die Völker für die Freiheit der spezifisch deutschen Dezemberverfassung zu dressiren!

Auf diesem Standpunkte scheinen die Deutschösterreicher auch bei der neuesten Wendung der Dinge verharren zu wollen und sie werden von ihren Führern bereits zum Kampfe für diesen Gewaltstandpunkt, für diese despotischen Herrschaftsziele aufgerufen.

Nun, die übrigen Völker sind ebenfalls zum Kampfe gerüstet und sie befinden sich in einer günstigeren Lage und Stellung. Sie stehen auf dem festen

Boden ihres ewigen natürlichen und durch Jahrhunderte geweihten historischen Rechtes in der Defensive, während die Verfassungsterroristen lediglich einen selbstgemachten, von gestern datirten Schein unter den Füßen haben und in dieser lustigen Position zur Offensive gezwungen sind. Die Dezembristen herrschen den opponirenden Völkern zu: „Ihr müßt zu uns kommen!“ Diese Völker aber antworten: „Kommt und holt uns!“ Das ist die Situation.

Das von Kaiserfeld ausgestoßene Feldgeschrei hat den Verfassungstreuen doch zu scharf geklungen. Sie erkennen doch, daß unter dem Diktat Kaiserfelds entweder gar kein Oesterreich oder nur ein absolutistisches möglich wäre. Aber das Programm Rechbauers wird wahrscheinlich das Evangelium der Dezembristen sein. Doch auch dieses Programm ist ein blos doktrinäres und widerspricht dem Begriff und Wesen, der Geschichte und dem Verufe der habsburgischen Monarchie. Es widerspricht der Gerechtigkeit und Freiheit, weil es im Namen eines einzigen Volksstammes, ja gar nur einer Partei dieses Stammes allen andern Völkern das Gesetz der Herrschaft diktiren will. Das Programm Rechbauers streitet gegen die Allmacht der Natur, weil es das Lebensbewußtsein und Lebensgefühl ganzer Völker verlegt, die Lebenskraft desselben tödten will. Ueberdies ist das ganze Programm auf eine lustige Hypothese gebaut.

Rechbauer erkennt wol die Unmöglichkeit, irgend jemanden und besonders ganze Völker zu einer bestimmten Art von Freiheit, zur Ausübung von Rechten zu zwingen. Wenn die Böhmen, Polen, Slovenen, Tiroler und Italiener nicht nach dem Dogma der Dezemberverfassung frei sein, wenn sie sich im Reichsrathe nicht vertreten lassen wollen, was soll man da thun? Daß der Reichsrath als Rumpfsparlament fort amtire und die Mehrheit der Bevölkerung kontumazire, das kann Rechbauer nicht wollen und noch weniger dürfte er es zulässig finden, daß die Regierung etwa in den renitenten Ländern die in der Verfassung vorgeschriebene Anzahl von Deputirten assentire, sie nach Wien eskortire und im Parlamentshause inhaftire, um ein sogenanntes Vollparlament zusammen zu bringen. Also setzt Rechbauer seine ganze Hoffnung auf die Wahlreform, auf direkte Wahlen. Er und seine Partei bauen da auf sehr unsichere Hypothesen. Sie setzen zuerst voraus, daß die Böhmen, Polen u. s. w. direkte Wahlen für ein sogenanntes Volkshaus vornehmen werden. Das ist aber höchst unwahrscheinlich, denn die Verschmelzung, welche durch ein solches Volkshaus geschaffen würde, wäre das äußerste Gegentheil von dem, was die Böhmen, Polen u. s. w. wollen. Angenommen aber, daß wirklich in allen Ländern direkte Wahlen stattfänden, so geht die weitere Hypothese der Verfassungstreuen dahin, daß dann in Böhmen, Mähren, Galizien u. s. w. der Mehrheit nach dezembristische Deputirte gewählt werden würden. Es dürfte aber höchst wahrscheinlich das Gegentheil geschehen und dann dem Dezembrismus im Reichsrathe selber ein Ende gemacht werden. Ganz besonders eitel ist die Hoffnung der Verfassungstreuen, daß durch direkte Wahlen die jetzige dominirende Stellung der

Deutschen gewährt, das Vorherrschen des slavischen Geistes verhindert werden würde. Auch in dieser Beziehung würde gerade das Gegentheil eintreten, denn aus freien direkten Volkswahlen müßte naturgemäß eine slavische Majorität hervorgehen.

Da somit der Hauptpunkt des Rechbauer'schen Programms nichtig ist, so verlohnt es sich nicht der Mühe, die übrigen Sätze, besonders die Schlagworte über die kirchlichen Verhältnisse, über die auswärtige Politik und das Milizsystem zu kritisiren. Nur einen Punkt müssen wir abermals hervorheben. Rechbauer tritt dem Bestreben, die Selbständigkeit der Wenzelskrone wiederherzustellen entschieden entgegen und er bezeichnet die Rechtsforderungen des böhmischen Volkes als „vermeintliche historische Ansprüche längstvergangener Jahrhunderte.“ Da hat man einen Doktor der sämtlichen Rechte, also einen diplomirten Rechtsfreund, dazu einen Freiheitskämpfer und Volksmann, welcher als präsumtiver Minister die Behauptung aufstellt, daß die Rechte der Völker verwirkt werden oder verjähren können. Weil die Böhmen schon vor zweihundertfünfzig Jahren eine unglückliche Revolution gemacht haben, so sind sie nach der Bewirkungstheorie des Dr. Rechbauer um ihr nationales historisches Staatsrecht gekommen. Dabei ist zu bemerken, daß der freisinnige und freigeistige Volkspolitiker Rechbauer im Jahre 1870 gegen die Böhmen strenger und despotischer ist, als es der Jesuitenzögling Ferdinand II. vor dritthalbhundert Jahren gewesen. Der Machtspruch Rechbauers vernichtet das ganze Staatsrecht Böhmens, während Ferdinand II. einen großen Theil desselben aufrecht erhalten hat. Wenn die Böhmen zugleich mit den Magyaren erst im Jahre 1848/9 eine Revolution gemacht, die Dynastie des Thrones verlustig erklärt und ihr uraltes glorreiches Königreich neu konstituiert hätten, dann würde Dr. Rechbauer wahrscheinlich auch das böhmische Staatsrecht anerkennen, wie er das ungarische anerkannt hat.

Ja wol, über das Königreich Böhmen sind schwere Jahrhunderte hinweggegangen, aber das böhmische Volk ist lebendig geblieben, es steht heute lebenskräftiger da als je zuvor, es hat das volle Bewußtsein seines Rechtes, es fordert dieses Recht und ist bereit, für dasselbe einmüthig einzustehen mit Gut und Blut. Ohne Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes ist kein Ausgleich, keine freie befriedigende Einigung Oesterreichs möglich. Wenn die Verfassungstreuen auch nur mit den Waffen Rechbauer's kämpfen, so werden sie Oesterreich zum Zerfall bringen, oder den Absolutismus heraufbeschwören, ja herbeizwingen.

Aktionen des Grafen Beust.

Nach der Angabe der meisten Journale und nach dem Glauben eines sehr großen Publikums wäre Graf Beust jetzt wieder Universalminister, fungirten

die andern Herren lediglich als ressortmäßige Geschäftsleiter, und stünde ein Ministerpräsident nur deshalb an der Spitze eines cisleithanischen Kabinetts, damit die Ungarn nicht über Verletzung des mit ihnen abgeschlossenen Vertrages klagen könnten. Man hält also den Grafen Beust für den Urheber alles dessen, was geschehen ist, für den Diktator dessen, was geschehen wird, undbürdet ihm selbstverständlich die ganze Verantwortlichkeit dafür auf.

Daß nun Graf Beust das Selbstvertrauen und den Ehrgeiz hätte, noch einmal die Geschicke Oesterreichs allein in seine Hand zu nehmen, das unterliegt nach den Antecedentien wol keinem Zweifel. Wir glauben sogar, daß Graf Beust sich keinen Augenblick besinnen würde, die Regierung von ganz Europa in die Hand zu nehmen. Daß aber Graf Potocki sich herbeigelassen haben sollte, eine bloße Figurantenrolle zu spielen, das möchten wir denn doch bezweifeln. Auch von dem Grafen Taaffe, gegen den die Journale desto mehr Courage haben, je weniger er irgend imponirend hervortritt, glauben wir denn doch nicht, daß er ganz und gar der Mann sein sollte, der sich überall hinstellen und zu allem gebrauchen ließe. Wir bleiben bei unserer Meinung, daß Graf Taaffe in unsern Krisen eine wichtigere Rolle spielt, als äußerlich zur Erscheinung kommt. Es dürfte das noch offenbar werden und vielleicht in einer Weise, daß auch Graf Beust sich wundern wird.

Jedenfalls hat der eingetretene Wechsel dem Minister des Aeußern Anlaß gegeben, einen interessanten Artikel für das nächste Nothbuch zu schreiben. Es ging nämlich durch die Zeitungen die Nachricht, Graf Beust habe an die österreichischen Legationen ein Rundschreiben erlassen, um den auswärtigen Regierungen und Höfen über das Wesen und die Zwecke des in Wien eingetretenen Ministerwechsels beruhigende Aufklärungen zu geben. Diese Nachricht ist unsers Wissens nicht dementirt worden. Da nun Graf Beust nicht leicht irgend eine Journalnotiz überflieht, die seine Person betrifft, da er die „Wiener Abendpost“ mit Dementis ganz unbedeutender Gerüchte beschäftigt, so muß man annehmen, daß obige Nachricht wahr sei. Da erlauben wir uns nun die ernste Frage, ob es dem Ansehen und der Würde Oesterreichs entspreche, über innere Regierungsakte, durch welche die äußern Verhältnisse gar nicht berührt werden, vor den fremden Kabinetten und Höfen Rechenschaft abzulegen? Ist denn das neue freie, vom Grafen Beust konstruirte und angeblich wieder zu seinem vollen früheren Machtansehen gebrachte Oesterreich für seine innern Funktionen den fremden Mächten verantwortlich? Dagegen muß jeder selbstbewußte Oesterreicher entschieden protestiren. Unsers Wissens läßt kein anderer Staat sich herab, sich über rein innere Akte vor andern Staaten zu rechtfertigen. Hat etwa die französische Regierung aufklärende und beruhigende Noten an die auswärtigen Kabinete ergehen lassen, als Napoleon III. nicht bloß einen Minister-, sondern einen Systemwechsel vornahm? Würde Graf Bismarck Rechtfertigungsnoten in die Welt senden, wenn der König von Preußen ein neues Ministerium einsetzen,

seinen Landtag auflösen möchte? Bei uns in Oesterreich aber herrscht noch immer jene Schützenfestpolitik, in deren Verausgung Dr. Giskra als neuer Bürgerminister es für angemessen hielt, vor den versammelten Schützenbrüdern das Gelöbniß zu machen, daß Oesterreich sich fortan gut freiheitlich aufführen werde; jene zugleich eitel demonstrative und kleinlich ängstliche Politik, welche damals den Grafen Beust veranlaßte, eigens von Gastein nach Wien zu eilen, um in der Schützenhalle die nach Berlin adressirte Versicherung auszusprechen, daß Oesterreich mit dem Schützenfeste durchaus nicht eine antipreußische Demonstration habe machen wollen. Wir sind überzeugt, daß die Mehrzahl der österreichischen Gesandten mit der in Rede stehenden Note in eine arge Verlegenheit gebracht worden ist.

Von in- und ausländischen Journalen wird dem Grafen Beust eben jetzt eine verhängnißvolle äußere Aktion zugemuthet, oder angedichtet. Es wird davon immer häufiger und ernsthafter gesprochen, so daß es gerechtfertigt scheint, der Sache einige Aufmerksamkeit zu widmen. Man sagt an vielen Orten, besonders aber in Berlin, Graf Beust arbeite daran, die polnische Frage in den Vordergrund zu drängen.

Man faßt die Sache so auf: Während Dr. Giskra bekanntlich so kleimüthig furchtsam war, offen zu erklären, die galizische Resolution könne nicht erfüllt werden, weil man durch die Erfüllung Rußland beunruhigen und zu gesteigerter Feindschaft reizen würde, soll Graf Beust endlich zu der an sich gewiß richtigen Erkenntniß gelangt sein, daß ein vollkommen befriedigtes Galizien ein vortreffliches Schutz- und Trugmittel gegen Rußland sein würde. Da nun das Ministerium Hasner und der Reichsrath sich zu dieser höheren Auffassung der galizischen Frage nicht aufschwingen konnten, sondern diese hochpolitische Frage ganz doktrinär oder nur bureaukratisch praktisch betrachteten, so hätte Graf Beust die Beseitigung dieser unwillfährigen und unfähigen Kollegien veranlaßt und seine polnischen Intentionen auffallend genug dadurch signalisirt, daß er einen polnischen Grafen an die Spitze der neuen Regierung gestellt. Graf Beust wäre nun entschlossen, dem Königreich Galizien eine sehr begünstigte Sonderstellung zu gewähren, dieses derart zufrieden gestellte polnische Königreich würde dann selbstverständlich mehr, als es schon jetzt der Fall ist, ein Anziehungspunkt und eine Stütze für alle übrigen Polen sein, und dadurch würde nach und nach, ja vielleicht bald der Zeitpunkt für eine großartige Aktion herbeigeführt werden, nämlich für die Wiederherstellung Polens, durch welche Rußland und Preußen einen empfindlichen Schlag erleiden würden, Oesterreich aber eine neue, die polnische Krone gewinnen könnte *).

*) Wir können nicht verschweigen, daß es Politiker gibt, welche der Meinung sind, Graf Beust sei aus sächsischen Reminiscenzen polnisch gesinnt und denke in Betreff der Vergabung des wiederhergestellten polnischen Thrones weniger an das österreichische Kaiserthum als vielmehr an das sächsische Königshaus, welches sich ja schon einmal für seine Verluste, seinen Rückgang in Deutschland durch die polnische Krone entschädigt glaubte.

Diese Kombinationen und Konjunkturen werden dem Grafen Beust zugemuthet, und besonders in Berlin sprechen selbst maßgebende Persönlichkeiten ganz ernsthaft darüber. Der angegebene polnische Plan ist nun gewiß ein großartiger, und die „Reform“ hat denselben schon längst günstig besprochen. Graf Beust gibt sich leicht und gern großen Plänen hin; je größer, desto lieber. Man kann ihm in dieser Beziehung alles mögliche zutrauen, denn er hat in einer langen Laufbahn gezeigt, daß er sich nicht auf ein bestimmtes abgegrenztes Feld der Thätigkeit beschränken kann, daß ihn die ruhige Besorgung regelmäßiger Geschäfte nicht befriedigt, daß ein rastloser Ehrgeiz ihn drängt, über die gegebenen Schranken faktischer Verhältnisse hinaus ins Weite zu schweifen. Früher war ihm begreiflicher Weise Sachsen zu klein und er agitirte rastlos in ganz Deutschland; jetzt aber scheint ihm auch Oesterreich schon zu klein geworden zu sein, zumal er ja Ungarn ganz aufgegeben hat. Er versuchte sich daher schon in Frankreich, in Italien, im Orient, er agitirt in Süddeutschland. In Rußland hat er schon wiederholt angeklopft, jedoch kein freundliches Herein! vernommen; es wäre also wol nicht zu wundern, wenn er mit der polnischen Frage an die Pforten Rußlands andonnern wollte.

Welcher edle, gerechte, freisinnige Mensch würde nun nicht die Wiederauf-
erstehung des polnischen Volkes wünschen! Allgemein ist die Ueberzeugung, daß die Zerreißung und Unterjochung Polens nicht nur eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, eine verabscheuungswürdige Barbarei, sondern ein großer politischer Fehler war. Fehler wirken aber in der Politik oft viel verderblicher als Laster. Ueber die Missethat der Zerreißung Polens würde die öffentliche Meinung sich, wie es gewöhnlich geschieht, beruhigt haben, wenn der Erfolg ein günstiger gewesen wäre; aber der mit dieser Missethat begangene politische Fehler straft sich fortwährend an den Betheiligten, an ganz Europa, und durch diese verderblichen Folgen wird das öffentliche Gewissen wach gerufen. Allgemein ist daher die Ueberzeugung, daß im Interesse des allgemeinen Friedens, des wohlfahrtlichen Gedeihens Europas die Wiederherstellung Polens eine Nothwendigkeit werden wird.

Rußland selber hat diese Wahrheit schon wiederholt wenigstens theilweise erkannt. Alexander I. faßte und realisirte auch für einige Zeit den Gedanken, ein national selbständiges Polen mit eigener Verwaltung, konstitutioneller Verfassung, ja sogar mit einer nationalen Armee herzustellen, ein Königreich Polen aufzurichten, welches zu Rußland blos im Verhältniß der Personalunion stehen sollte. Das war ein großer Gedanke, dessen Realisirung im ruhigen, natürlichen Lauf der Dinge nothwendigerweise zu noch höheren Zielen geführt hätte. Das Werk hatte aber keinen Bestand, weil einerseits die russische Regierung alsbald von den ursprünglich edlen Intentionen Alexanders I. abwich, sie nach und nach gänzlich verleugnete, und weil andererseits die Polen in nationaler Ungebuld

den natürlichen Lauf der Dinge nicht abwarten wollten, es beziehungsweise nicht konnten. Alexander II. hat in unsern Tagen einen zwar nicht gleichen, aber doch ähnlichen Plan gefaßt. Eine Revolution hat den Versuch der Ausführung vereitelt, und seitdem arbeitet Rußland mit entsetzlichen Gewaltmitteln an der gänzlichen Ausrottung der polnischen Nation.

Durch diese russische Aktion sieht sich Oesterreich bedroht. Es hat schon durch seine Theilnahme an der Zerreißung Polens ungeachtet des Länderzuwachses politischen und moralischen Schaden erlitten und es wird jetzt durch jeglichen Versuch Rußlands, Polen gänzlich zu absorbiren, schwer gefährdet. Ohne Zweifel ist es daher für Oesterreich das Recht und die Pflicht der Selbstverteidigung, der Nothwehr, die gänzliche Unterdrückung des polnischen Elementes zu verhindern. Oesterreich kann und soll dieses Recht üben, diese Pflicht erfüllen dadurch, daß es auf seinem Gebiete die polnische Nationalität erhält, beschützt, in ihrer selbständigen Entwicklung fördert; es erfüllt dadurch ein Gebot nicht nur der Gerechtigkeit und Humanität, sondern auch der Staatsklugheit. Dies gebietet die Begünstigung der polnischen Nationalität selbst auf die Gefahr hin, dadurch die Feindseligkeit Rußlands zu steigern. Oesterreich hat zwischen zwei Uebeln zu wählen. Das kleinere ist, durch Anerkennung und Förderung des polnischen Elementes mit Rußland in Konflikt zu gerathen; das größere wäre es, wenn Oesterreich die Unterdrückung Polens durch Rußland ruhig geschehen lassen und zugleich seinen eigenen Antheil von Polen parlamentarisch absorbiren würde. Denn mit Sicherheit ist vorauszusehen, daß Rußland, sobald es mit seinem Polen fertig wäre, dann nach dem österreichischen Antheil greifen würde.

Von dem Grafen Potocki ist vorauszusehen, daß er die polnische Frage bezüglich Oesterreichs von diesem Standpunkte aus betrachtet; zweifelhaft aber dürfte es sein, ob auch Graf Beust sich auf diesen hohen Standpunkt erhoben habe. Doch angenommen, daß dies der Fall sei, so müssen die beiden Grafen doch einsehen, daß der Zeitpunkt zu einer über die Grenzen Oesterreichs hinausreichenden polnischen Politik erst dann gekommen sein wird, wenn Oesterreich in sich fertig, frei geeinigt ist, wenn alle Völker befriedigt sind. Die Polen Oesterreichs allein und sogar über den österreichischen Standpunkt hinaus begünstigen, die übrigen Nord- und die sämtlichen Südslaven zurücksetzen, zurückstoßen zu wollen, wäre ebenso ungerecht als unklug. Oesterreich in seinem jetzigen unfertigen, zerrissenen Zustande durch eine ostentative polnische sonst aber slavenfeindliche Politik der Gefahr eines Krieges mit Rußland und Preußen ausgesetzt, könnte, ja würde für Oesterreich und für die Polen verderblich werden.

Die österreichischen Verfassungskämpfe und das nationale Moment.

Es ist eine aus den Verhältnissen hervorgehende Thatsache, daß die nunmehr seit zehn Jahren andauernden Konstitutionswirren in Oesterreich ein intensives nationales Rolorit tragen. Trotzdem, daß das Wesen der Strebungen der verschiedenen Parteien eigentlich in dem Ringen nach Autonomie der einzelnen Reichstheile besteht, schlägt doch immer und immer der nationale Ton in eminenter Weise durch.

Die Deutschen sind es vornehmlich, welche durch die hartnäckige Vertheidigung einer ihrer Nationalität lediglich durch den uniformirenden Absolutismus früherer Zeiten geschaffenen Position den Verfassungsgestreit auf nationales Gebiet gezogen haben. Sie haben sich einmal in das Dogma hineingelegt, daß keine andere österreichische Verfassung möglich sei, als eine schwarz-roth-goldene. Sie glauben, oder machen doch so, als glaubten sie es, daß Oesterreich nur durch den „deutschen Kitt“ zusammenzuhalten sei. Daß aber der deutsche Kitt, den sie hierbei im Auge haben, lediglich bürokratischer Natur sei, scheinen sie nicht zu beachten. Dieser Kitt war allerdings unumgänglich nothwendig bei einer absolutistischen Konstruktion, und mochte auch nicht leicht entbehrt werden während der beiden pseudo-konstitutionellen Perioden. Die Uniformität der Verwaltung ist allerdings eine schöne Sache, und es schmeichelt ferner einer Nationalität nicht wenig, wenn diese staatliche Uniform gerade ihre Farben trägt.

Ein Staat hat aber, ohne daß wir die Einheit der Verwaltung gering achten wollten, ein Staat hat denn doch noch höhere Zwecke, als eine Form mit Gefährdung seiner Existenz zu vertheidigen.

Das offizielle Deutschthum, mit welchem die tonangebenden Faisseurs der eben begrabenen und der weiland Schmerling'schen Aera sich und das Deutsch-österreichthum identifizirten, ist es nur, welches sich bei der angestrebten föderalen Gestaltung Oesterreichs gefährdet sieht. Weil es aber ausschließlich das offizielle Deutschthum ist, dessen Herrschaft allerdings mit der Autonomie Böhmens und Währens den Todesstoß erhielte, ebendeshalb ist es ganz und gar unberechtigt, von der Gefährdung des deutschen Elementes als solchen in Oesterreich zu reden. Es ist durchaus ungerechtfertigt, eine Agitation zum Schutze dieser gefährdeten angeblich deutschen Interessen in Szene zu setzen, wozu einige Koryphäen der soeben kläglich bankerott gewordenen Aera nicht übel Lust zu haben scheinen. —

Wir fragen die um die Interessen des Deutschthums so sehr besorgten Herren, wo denn das deutsche Element, d. h. die nationalen Interessen des deutsch-österreichischen Volkes gefährdet sind? Etwa in den rein deutschen Pro-

vinzen? Nein! werden sie wahrscheinlich antworten. Aber in Böhmen und Mähren, nicht wahr? Auch in Krain, Südsteiermark?

Es ist dies eine jener Phrasen, wie sie irgend ein Weiser bei irgend einer Gelegenheit ausspricht, und wie sie dann von der Menge gedankenlos nachgebetet werden.

Das „deutsche Element“, welches in den genannten slavischen Ländern und slavischen Landestheilen gefährdet werden soll, ist ja eben das bureaukratische oder durch Renegaten repräsentirte Auster-Deutschthum, wie es sich in dem schützenden Schatten des Absolutismus oder Pseudokonstitutionalismus entwickelt hat. An die Schädigung des deutschen Elementes in den deutschen Landstrichen Böhmens, Mährens, Krains und Steiermarks denkt Niemand, und man stellt in der That den dort lebenden Deutschen ein wahres Armuthszugniß aus, wenn man tagtäglich die Lamentationen um ihre nationale Existenz ertönen läßt.

Wir können die besorgten Herren versichern, daß die Nationalitäten in Böhmen, Mähren u. sich unschwer verständigen werden, wenn nur endlich einmal die wilde teutonische Hekerei der Herbst's und Kaiserfeld's aufhört.

Es ist nämlich grundfalsch, wenn man glaubt, der Gegensatz zwischen dem Deutsch- und Slaventhum, wie er sich nach und nach gebildet und in letzter Zeit an Schärfe besonders zugenommen hat, habe seinen Urgrund in unverföhnlichen nationalen Antipathien.

Das Bestreben, Oesterreich auf konstitutionellen Grundlagen neu zu gestalten, hat zuerst einen Gegensatz der Meinungen erzeugt. Die Februar- und Dezemberverfassung haben die Gegensätze geschärft, weil diese beiden Verfassungen, abgesehen von anderen doktrinären Ungeheuerlichkeiten, eigens dazu geschaffen schienen, das offizielle Deutschthum für ewige Zeiten zu konserviren. Nachdem nun die Deutschen, irregeleitet von phrasendreschenden Führern, im übel verstandenen eigenen Interesse für diese beiden Verfassungen einstanden, während die Nichtdeutschen, welche es als in ihrem Interesse gelegen erachteten, nicht nur die Autonomiebeschränkungen, sondern auch die widernatürliche Konservirung des nach Absolutismus duftenden offiziellen Deutschthums zu bekämpfen, von diesen hochphilosophischen Verfassungen nichts wissen wollten: so standen sich die beiden großen Parteien mit einem Male als nationale Gegner gegenüber, ohne daß der Urgrund ihres Streites eigentlich nationalen Wesens wäre.

Gewissenlose Heger, denen es zumeist um persönliche, sei es Eitelkeits- oder schmähhchere Interessen zu thun ist, sowie einige in ihre Doktrinen verrannte Theoretiker säumten nicht, den durch sie entstandenen Brand zu schüren und durch Verdrehungen und Entstellungen die Begriffe derart zu verwirren, daß momentan eine nationale Leidenschaftlichkeit herrscht, die das Aergste befürchten läßt.

Und weil nun der Urgrund dieser Situation in Mißverständnissen zu suchen ist, so erachten wir es für unsere Pflicht, diese Mißverständnisse zu beheben, um so den Bann, der auf den Gemüthern lastet, zu lösen.

Wir möchten demnach die deutschen Landsleute, namentlich in Böhmen, warnen, nicht in jenen wilden teutonischen Chorus einzustimmen, welcher von haßerfüllten Fanatikern neuerdings inszenirt werden wird. Wir möchten sie bitten, für die Konservirung einer im Sonnenscheine des echten Konstitutionalismus durchaus unmöglichen Position des offiziellen Deutschthumes nicht ihre besten Kräfte einzusetzen. Sie würden unter dem Vorgeben, für eine Verfassung zu kämpfen, in Wirklichkeit nur das Zustandekommen einer solchen verzögern. Nicht die nationale Existenz der Deutschen ist gefährdet, wol aber der Nimbus der ohnehin schon halb bankerotten Schütze, Winterhize und Raubhize.

Das Ministerium, welches die neue Aktion in die Hand nehmen wird, möge sich aber auch nicht zu sehr beirren lassen von dem heiseren Geschrei der verfassungstreuen Raben und von dem Gestampfe der berücktigten vertretenen Stiefel des Herrn Dr. Herbst. Auch jene Deutschen, welche sich heute noch von den Phrasen der Agitatoren berücken lassen, werden sich sehr bald überzeugen, daß die erweiterte Autonomie der Königreiche und Länder ihrem nationalen Wesen nicht den geringsten Schaden bringt. Sie werden ihre sogenannten Führer, deren Nimbus nur in dem Gemühle der leidenschaftlichsten Parteikämpfe möglich ist, bald als das erkennen, was diese „Führer“ wirklich sind, als Fanatiker und professionelle Hezer, und werden sie endlich — seitwärts liegen lassen.

Nicht die Deutschösterreicher werden dann zur Verzweiflung getrieben werden, wol aber die Herren Kaiserfeld, Herbst et tutti quanti. Wenn diese Herren, auf der Höhe ihrer Verzweiflung angelangt, die österreichischen Bleisohlen wirklich abschnallen und nach Bismarckien wandern werden, so können wir ihnen getrost prophezeien, daß ihnen auch nicht ein „verzweifelter“ Deutschösterreicher aus dem Volke folgen wird.

Ein Slave.

Das Reich des heiligen Stephan und die Föderation.

Aus Siebenbürgen.

Die Magyaren sind sehr beunruhigt ob der neuesten föderalistischen Strömung in Eisleithanien. Sie glaubten ihre Beute ruhig verspeisen zu können und nun werden sie durch das nachbarliche Geräusch in der Stille ihres unsäglichsten Appetites so unangenehm gestört. Ist das nicht eine fatale Geschichte?

Haben die Magyaren weniger Ursache, für ihre nationale Hegemonie besorgt zu sein als die Deutschen? Wir glauben das Gegentheil. Die gegenwärtigen Beherrscher Ungarns fürchten umsomehr den endlichen Sieg der wahren Völkerfreiheit, je einsichtsvoller sie in die nächste Zukunft des Stephansreiches blicken können, das heißt, je mehr sie sich davon überzeugen müssen, daß sie einer föderalistischen Staatsverfassung früher oder später nicht entgehen können.

Der Staat Ungarn trägt von seiner Entstehung an das föderalistische Gepräge auf seiner Stirne. Dieses ihm von der Natur aufgedrückte Merkmal ließ sich zwar auf längere Zeit verbergen und verdecken, aber verwischen konnte man es nimmermehr. So kam es denn auch, daß sich eines Tages, es war im Jahre 1848, der Schleier der verschämten innerlich kranken Hungaria löstete, und siehe da, Europa gewahrte zum ersten Male das föderalistische Zeichen auf ihrer Stirne, und jetzt erst konnte man die wahre Ursache ihrer Krankheit ergründen und dagegen das richtige Heilmittel erforschen. Das Uebel, an welchem Hungaria litt, hieß „maggarische Herrschsucht“, und das Rezept dagegen ward ihr in der „Gleichberechtigung ihrer Völker und Länder“ bald von Zeit aller gesunden Politiker Europas verschrieben.

Auf einmal schmolzen vor den Augen der Welt die angeblichen fünfzehn Millionen Maggharen bloß auf fünf Millionen zusammen, und es wurde allerwärts die Frage aufgeworfen: Haben diese fünf Millionen Maggharen das Recht und das Privilegium, über die zehn Millionen Slaven, Rumänen und Deutsche zu herrschen? Ist dieses Herrschaftsprivilegium etwa in der Geschichte, ist es in der avitischen Verfassung Ungarns begründet? Ist es mit der Freiheit, mit dem Konstitutionalismus, ist es mit den unveräußerlichen Rechten der Völker, ist es mit den Gesetzen der Humanität vereinbar, daß im Staate Ungarn bloß eine politisch-berechtigte Nation und Sprache der Maggharen gesetzlich anerkannt sei? Kann eine stramme Centralisation für Ungarn nützlich sein, verletzt sie nicht vielmehr das historische Recht der Länder der Stephanskrone, verhindert sie nicht die freie Entwicklung derselben? Liegt überhaupt die Maggharisirungspolitik im Interesse Ungarns und der Maggharen?

Alle diese Fragen wurden schon in den Jahren 1848/49 aufgeworfen, und seit dieser Zeit durch mehr denn zwanzig Jahre in unzähligen politischen Broschüren und Zeitungsartikeln in allen europäischen Sprachen ventilirt und besprochen. Die öffentliche Meinung Europas sprach sich darin unverholen aus und fällt ihr Verdikt, indem sie alle jene Fragen mit einem entschiedenen Nein! beantwortete.

Doch die Maggharen sind die Leute nicht, welche aus Erfahrung klug werden, oder gar sich durch irgend welche wohlmeinende Rathschläge in ihrer leidenschaftlichen Herrschsucht beirren lassen. Kaum wieder ans Ruder gelangt, erwiesen sie sich noch übertriebener und verwegener in der Befolgung ihrer früheren von der ganzen Welt verurtheilten Politik. Aber gerade in dem Verdikt der öffentlichen Meinung über die letztere, liegt die Verurtheilung derselben und somit die Bestätigung der für das Stephansreich einzig heilsamen föderalistischen Staatsverfassung, denn nur innerhalb einer solchen Konstitution ist es denkbar, daß die Gleichberechtigung der verschiedenen Nationalitäten und die berechnete Autonomie der verschiedenen Länder Ungarns zur Wahrheit werde. Die Föderation ist übrigens für Ungarn nichts neues, vielmehr ist es stets eine Födera-

tian von Völkern, Volksstämmen, Korporationen und Ländern gewesen. Die ver-
zweifelten Magharisirungs- und Centralisationsversuche datiren erst seit dem
Ende des 18. Jahrhunderts.

Die Magharen finden in letzterer Zeit besonderes Gefallen daran, sich als
Eroberer Ungarns zu geriren und fortwährend auf ihr prätenbirtes Erobe-
rungsrecht zu pochen. Doch ist diese Behauptung unrichtig. Es ist historisch erwie-
sen, daß, als die Magharen Ende des 9. und Anfangs des 10. Jahrhunderts
in Pannonien und Dacien, dem heutigen Ungarn und Siebenbürgen eindringen,
sie wol mit den verschiedenen slavischen und rumänischen Herzogen Kriege führ-
ten, daß diese aber meistens einen friedlichen Ausgang hatten, d. h. mit einer
Allianz, einem Ehe- und Erbvertrag oder einer Verpflichtung zur Zahlung eines
Tributes an die Magharen endeten, diese also die uralten Bewohner der unga-
rischen Länder nie thatsächlich unterjochten. Das letztere ist auch aus einem unga-
rischen Gesegartifel vom Jahre 1608 ersichtlich, in welchem ausdrücklich auch
von *nationes annexae*, d. i. söderirten Nationen die Rede ist. Wie wäre es
sonst auch erklärlich, daß die nichtmagharischen Nationen Ungarns lange Zeit
noch nach der Einwanderung der Magharen, großentheils bis tief in das
18. Jahrhundert, theilweise sogar bis in die neueste Zeit ihre eigenen Privile-
gien und Immunitäten, ihre nationale Verwaltung und ihr eigenes Territorium
bewahrten?

Wir wollen nun die Behauptungen, die wir aufgestellt haben, mit einigen
historischen Daten, wie sie uns momentan zu Gebote stehen, illustriren. Alle
oder doch die meisten zur Zeit der magharischen Immigration — Ende des
9. Jahrhunderts — zu Recht bestehenden nationalen Territorien (Herzogthümer
u. s. w.) behielten auch fortan noch lange ihre Autonomie und wurden großen-
theils von eigenen nationalen Fürsten, Wojwoden oder sogenannten Knezen
regiert. Freilich wurde diese Autonomie unter den ungarischen Königen immer
mehr geschmälert, doch finden wir noch im 13. Jahrhunderte mehrere rumänische
Wojwodschaften, gleichsam unter der Suzeränität Ungarns, so die von Temesch,
Kraßova, Marmorosch und den in der siebenbürgischen Geschichte eine große
Rolle spielenden *Vojvoda transalpinus de Omlas et Fogaras*, welchen Titel
später auch die Fürsten der Walachei führten. Aus einer Diploma Belae IV.
ist es ersichtlich, daß diese nationalen Fürsten auch über ein eigenes Heer ver-
fügten. Außerdem hatten die Rumänen auch viele Kneziats mit nationaler Juris-
diction, deren Vorsteher Knezen, d. i. Richter hießen, welche vom Volke gewählt
wurden und dasselbe auch im Kriege befehligten. Siebenbürgen wurde seit jeher
und bis zu seiner vollständigen Losreißung von Ungarn im Jahre 1538 von
eigenen Wojwoden verwaltet; von da an stand es unter seinen gewählten unab-
hängigen Fürsten, und von 1699 an unter den Fürsten aus dem österreichischen
Kaiserhause. Interessant ist, was Siebenbürgen anbelangt, das Anfang des

10. Jahrhunderts zu Eszék zwischen Magyaren und Rumänen abgeschlossene, feierlich beschworener Bündniß.

Das Temescher Banat hatte sich seit den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1799 einer besonderen Autonomie und besonderer Privilegien zu erfreuen. Die Einwohner desselben, meistens theils Rumänen, hatten sich durch besondere Tapferkeit und Aufopferung in den Türkenkriegen ausgezeichnet, weshalb sie auch von den ungarischen Königen mit Privilegien beschenkt wurden. König Ladislaus bestätigte durch sein Diplom vom Jahre 1457 von neuem die Autonomie des Temescher Banates, die Privilegien, Rechte und Freiheiten der „Abeligen, Knezen und der anderen rumänischen Einwohner“ von acht Distrikten. Diese Privilegien galten bis Maria Theresia, welche die Inkorporation des Banates in Ungarn und die Aufhebung der „privilegia Valachorum“ anordnete. Viele ähnliche Diplome ungarischer Könige verliehen an dergleichen getreue und verdienstvolle Olashi (Wlachen, Rumänen) in den verschiedenen von ihnen bewohnten Distrikten gleiche Rechte und Freiheiten.

Nicht nur, daß die bei drei Millionen zählenden Rumänen Ungarns und Siebenbürgens schon Jahrhunderte vor der Einwanderung der magyarischen Reiter Schaaren das Gebiet östlich von der Theiß beherrschten und ein unabhängiges Staatsleben führten, sondern sie besaßen, wie wir sahen, auch lange Zeit nachher ein gewisses Maß von Autonomie d. i. nationaler Selbständigkeit innerhalb bestimmt abgegrenzter Territorien.

Die dritthalb Millionen Slovaken Ungarns sind auch nicht aus purer magyarischer Gnade und Großmuth in dem ehemaligen Pannonien. Sie sind unter die ältesten Bewohner Ungarns zu rechnen. Ende des 9. Jahrhunderts besaßen sie ein unabhängiges mächtiges Reich (Groß-Mähren). Sie spielten eine hervorragende Rolle in der Geschichte Ungarns, in welcher der Dux Slavoniae Oppaviae et Liphthoviae oft genannt wird, was beweist, daß die Slovaken den andern Nationen analoge Rechte genossen.

Zahlreiche Gnadenbriefe erhielten die Serben und Deutschen (Schwaben Sachsen). Die Serben wurden zur Vertheidigung des Landes von Leopold I., die Deutschen zur Kultivirung desselben von Geysa II., Bela IV. u. s. w. berufen, zur Belohnung erhielten sie die schönsten Privilegien. Die Serben hatten nebst ihrer nationalen Verwaltung und ihrem eigenen Territorium auch noch eine eigene Hofkanzlei Cancellaria illyrica genannt. Ihre Privilegien datiren vom Ende des 17. Jahrhunderts. Während die schwäbischen Kolonisten sich mit der Komitatsverfassung, so gut es ging, begnügen mußten, erfreuten sich die 24 Zipser Kronstädte einer eigenen vom Komitate unabhängigen Gerichtsbarkeit und bildeten die sogenannte Zipser Grafschaft. Die Sachsen bewachten eifrig ihre alten, hergebrachten Institutionen und ließen sie sich von den Königen bestätigen. Die Zipser bekamen ihre Privilegien Ende des 13. Anfang des 14. Jahrhunderts. Die Siebenbürger Sachsen schließlich erhielten solche im 13. Jahrhun-

bert; hervorzuheben ist das decretum des Königs Andreas von 1224, welches die Grundlage ihrer Verfassung bildet. Die Sachsen figurirten bis 1848 als dritte politisch berechnigte Nation Siebenbürgens mit eigenem Territorium, fundus regius genannt.

Was die Ruthenen betrifft, so scheinen sie als Bundesgenossen der Magyaren schon seit der Entstehung Ungarns eigene Administration und Territorium gehabt zu haben. In den geschichtlichen Dokumenten trifft man öfters die Bezeichnung „Dux Ruthenorum“; dann wurden den Ruthenen mehrere Privilegien von den ungarischen Königen verliehen.

Die Szabgier und Rumanen endlich, von scythisch-hunnischer Abkunft, scheinen sich mit den Ungarn nun gänzlich fusionirt zu haben, genießen aber seit alter Zeit bedeutende politische Vorrechte, sie bilden eigens privilegierte Distrikte, wie Szabgien, welches nur den Palatinus als obersten Richter anerkannte.

Die Siebenbürger Szekler, welche für den Demokratismus weit empfänglicher sind, als ihre magharischen Brüder, hatten bis in das 16. Jahrhundert ihre alte besondere freiheitlichere Verfassung und autonome Verwaltung. Sie waren den Nobiles, d. i. dem Adel nie freundlich gesinnt. Deshalb wollten sie auch die ihnen Ende des 19. Jahrhunderts aufgedrungene Adels-Jurisdiktion nicht dulden, weswegen sie auch von dem siebenbürgischen Fürsten Sigismund als Rebellen behandelt wurden, was den Verlust aller ihrer Freiheiten nach sich zog.

Rings um die verschiedenen Wojwodien entstanden auch die sogenannten Banate, Grenzprovinzen mit einem Bán, quasi Markgrafen an der Spitze, und die Kapitanate, aus welchen die Militärgrenze gebildet ward. Der Bán hatte in den politischen, juristischen und militärischen Angelegenheiten die oberste Gewalt, er war der erste nach dem Könige und der Befehlshaber der Banaltruppen. Solche Banate waren die von Bosnien, Machow, Szörény, dann das hauptsächlichste, d. i. das vereinigte Banat von Kroatien, Dalmatien und später auch Slavonien.

Da wir nun glücklich bei Kroatien angelangt sind, wollen wir per Parenthesen konstatiren, daß sich allerdings ein gewisses föderatives Verhältniß zwischen dem dreieinigem Königreiche und Ungarn in letzterer Zeit herangebildet hat *), übrigens ist dieser spärliche Ausgleich völlig in die Luft gebaut, solange die Magyaren nicht aufhören, in Ungarn und Siebenbürgen auf die despotischste Weise gegen das föderative Prinzip zu verstoßen. Noch ist Fiume mit seinem Gebiete zu erwähnen, da es gegenwärtig sich einer nicht unbedeutenden Autonomie erfreut.

Schließlich möge man ja nicht vergessen, daß Siebenbürgen ein histo-

*) Daß aber bei weitem nicht das historisch begründete Staatsrecht Kroatiens in seiner Totalität anerkannt wurde.

risches Recht für sich hat, wenigstens so begründet wie das Ungarns; doch dem Lande wurde der letzte Rest der Autonomie benommen und heute ist es zu einem bloßen Komitat mit einem Commissarius regius an der Spitze herabgesunken.

Wir glauben, die Behauptung der Magyaren, daß die Grundlage des ungarischen Völkerreiches das magyarisches Eroberungsrecht sei, durch die obigen, wenn auch äußerst flüchtig gehaltenen historischen Momente völlig entkräftet und dagegen bewiesen zu haben, daß die politische und sprachliche Suprematie der Magyaren über die übrigen Völker in der avitischen Staatsverfassung Ungarns nicht begründet ist.

Die moderne Besteuerung und die Besteuerungsreform.

Lange hegten wir Oesterreicher die Sehnsucht, uns einer Steuerreform zu erfreuen. Endlich, unter dem Bürgerministerium kam diese Reform, aber in einer Art und Weise, daß aus der gehofften Freude eine allgemeine Trauer wurde. Der Reformator Dr. Brestel hat sich so recht an die Grundsätze der modernen Finanzwissenschaft gehalten, welche Schloffer treffend charakterisirt, indem er sagt: „Die neue Finanzwissenschaft, dieses traurige Produkt des 18. Jahrhunderts, besteht in der Kunst, ohne Geschrei zu erregen und offenbare Gewalt zu üben, das Geld der Unterthanen ganz in der Stille in die Kasse der Regierung zu ziehen.“ Diese Kunst auszuüben, ohne Geschrei zu erregen, das ist dem Dr. Brestel allerdings nicht gelungen, denn gegen seine Steuerreform hat sich ein großes Geschrei erhoben, aber seinen Zweck hat er doch größtentheils erreicht, und das Parlament hat ihn dabei sehr zuvorkommend und freigebig unterstützt.

Es ist nicht zu verkennen, daß eine glückliche Steuerreform, d. h. eine solche, welche dem Staate und den Staatsbürgern gerecht wird, ein sehr schwieriges Werk ist. Aber es ist auch des Schweißes der Edlen werth, und Ruhm und millionenfacher Segen erwartet diejenigen, welche es glücklich vollbringen. Doch dieses ersehnte Werk kann durchaus nicht glücklich gelingen, wenn man es bloß arithmetisch und nicht volkwirtschaftlich behandelt.

Es haben sich in neuerer Zeit in allen Kulturländern berufene und edle Geister dem Studium und der Kritik des Steuerwesens und der Lösung der Probleme für eine gründliche staatsökonomische und volksfreundliche Reform desselben gewidmet, und erfüllt es uns mit hoher Freude, daß sich diesen verdienstvollen Männern auch ein österreichischer Gelehrter mit hervorragender Begabung, edelster Intention und entschiedenem Glücke angeschlossen hat. Es ist nämlich von Dr. Heinrich Maurus soeben in Karl Winters Universitätsbuchhandlung

zu Heidelberg ein Buch erschienen: „Die moderne Besteuerung und die Besteuerungsreform vom Standpunkte des gemeinen Rechtes dargestellt.“ Dr. Heinrich Maurus hat sich schon durch sein in demselben Verlage erschienenes Werk: „Die Grundsätze der Volkswirtschaftslehre vom Standpunkte der sozialen Reform gemeinverständlich entwickelt“, einen ehrenvollen Namen gemacht und er rechtfertigt die hohen Erwartungen, welche er durch sein erstes Auftreten auf dem volkswirtschaftlichen Gebiete hervorgerufen hat, durch sein Buch über die Besteuerung in vollkommenster Weise. Dr. Maurus hat ein ebenso gründliches als klares, ein ebenso tief und hoch wissenschaftliches als praktisch brauchbares Werk geliefert, welches die höchste Beachtung verdient und ganz geeignet ist, Licht in eine Finsterniß, Ordnung in ein Chaos zu bringen.

Das Buch gibt in der ersten Abtheilung eine wissenschaftlich gründliche, gerecht und freimüthig scharfe Kritik der modernen Besteuerung in allen ihren Arten. Von besonderem Interesse sind die der Kritik aller der vielen verschiedenen Steuern beigefügten geschichtlichen und statistischen Daten. In der zweiten Abtheilung entwickelt der Verfasser positive Anschauungen für eine den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechende Reform der Besteuerung, und zwar sowohl hinsichtlich der Nothwendigkeit und Art der Reform der Steuerforderung, als auch hinsichtlich der Möglichkeit und Durchführbarkeit einer dem Rechte und den Interessen der Steuerpflichtigen wie der Regierungen angemesseneren Art der Steuerzahlung.

Man braucht bloß das Inhaltsverzeichnis zu überblicken, um sich von der umfassenden, den großen Gegenstand in allen Engen und Weiten, in allen Höhen und Tiefen erschöpfenden Reichhaltigkeit des Werkes zu überzeugen. Und es stehen da gleich im Inhaltsverzeichnis bei den einzelnen Steuern Sätze, aus denen man den Geist des Buches erkennt. Bei der Verzehrungssteuer z. B. stehen die Thesen: „Das prinzipiell Ungerechte aller Verzehrungssteuern. Die Aufrechterhaltung derselben läßt sich weder durch die angebliche Freiheit im Verbräuche der Steuerartikel, noch durch den zunehmenden Volkswohlstand im allgemeinen, noch durch die Ungerechtigkeit anderer Steuergattungen rechtfertigen.“ Bei der Erwerbsteuer heißt es: „Das prinzipiell Ungerechte dieser Steuer bei den heutigen Verhältnissen der Gewerbearbeit. Die bestehenden Gewerbesteuern lassen sich durch die Besteuerung aller übrigen Arten von Einkommen nicht rechtfertigen.“

Die Steuerreform, welche Dr. Maurus vorschlägt, ist selbstverständlich nicht durchführbar, wenn der Staat im übrigen bleibt, wie er ist. Es muß mit der Steuerreform zugleich, beziehungsweise schon früher das gesammte Staatswesen überhaupt reformirt werden. Der Verfasser sagt daher ganz richtig: „Die Besteuerungsreform muß mit der Reform der Steuerforderung, durch Verminderung der in den modernen Staaten bestehenden Regierungsauslagen begonnen werden. Eine (ausgiebige) Verminderung der Regierungsauslagen ist unter dem Festhalten an der modernen Staatsverwaltungs- und Heeresorganisation unmög-

lich und undurchführbar.“ Und in Betreff der Reform der Steuerzahlung heißt es: „Die modernen Steuern können durch keine Art von Progression oder Zahlungermäßigung mit dem Gerechtigkeitsprinzip der Besteuerung in Einklang gebracht werden. Durch die von den Finanzpraktikern gegenwärtig angestrebten Reformen für eine gerechtere Art der Vertheilung und eine bessere Art der Erhebung der bestehenden Steuerarten werden die ungerechten Wirkungen der letztern — insbesondere auf die Armen — eher vergrößert als vermindert.“

Ueber die Ministerverantwortlichkeit und das Steuerbewilligungsrecht der Volksvertretungen als vermeintlicher Mittel gegen die Nachtheile der modernen Staatsorganisation enthält das Buch eine Stelle, die wir zu Nutz und Frommen unserer theoretisch Liberalen hier aufnehmen. Nachdem der Verfasser die Uebelstände, Nachtheile und Gefahren der modernen Staatsordnung geschildert hat, sagt er:

„Man könnte nun der Meinung sein, daß den oben gezeigten Uebelständen, weil sie doch nur durch Handlungen der obersten Regierungsgewalt entstehen, dadurch wirksam entgegen gearbeitet werden könne, wenn diese letztere selbst, bei Ausübung der ihr übertragenen Gewalt beschränkt und einer Kontrolle von Seite der Staatsbürger unterworfen werden würde. In der That bemüht sich der moderne Liberalismus in Europa seit mehr als fünfzig Jahren mit der Durchführung dieser Anschauung, und derselbe meint diesen Zweck vor Allem dadurch erreichen zu können, wenn die Erhebung der von der Regierung beanspruchten Geldmittel, und die Art der Verwendung der Steuern, von der Zustimmung einer Volksvertretung abhängig gemacht sei, und die Minister für ihre Gebahrung der letzteren gesetzlich verantwortlich erklärt werden. Allein was sind die thatsächlichen Erfolge dieser Steuerbewilligungsrechte und Ministerverantwortlichkeitsgesetze für das Volk? Zählten vor fünfzig Jahren die öffentlichen Beamten in Deutschland z. B. nach zehntausenden, die Soldaten nach hunderttausenden, so zählen heute die ersteren nach hunderttausenden, die Soldaten aber schon nach der Million. Ja man ist sogar allseitig stolz auf diese Steigerungen, und berechnet darnach die Größe und Macht des Staates und die Höhe seiner Entwicklung. Die Volksvertretungen aber bewilligen, wenn auch unter manchem Redeschwall und Seufzer, schließlich die für die vermehrten Auslagen nöthigen größeren Steuern, und die Ministerverantwortlichkeit bleibt auf dem Papiere, wie so manches Andere, was dem Besten des Volkes dienen soll. Es ist auch gar nicht nöthig, des Mehreren über den eingebildeten Werth dieser Garantien zu sprechen, wo die Thatfachen mit so lauter Stimme dagegen zeugen. Man hat ja nur nöthig, die Budgetziffern der nächsten besten von den Staaten moderner Kultur aus der Zeit vor 1848 mit den jetzigen zu vergleichen. Freilich heißt es, auch die Verhältnisse der europäischen Staaten haben sich in dieser Zeit geändert, und insbesondere haben die Produktion und der Reichthum der Völker in den letzten Decennien so sehr zugenommen, daß dem entsprechend auch die größeren Ziffern der Regierungsbudgets

gar nicht Wunder nehmen, und gerechtfertigt werden können. Allein, abgesehen davon, daß man sich im Allgemeinen über die wahre Größe der Zunahme des Volksvermögens täuscht, und über der Anhäufung von Reichthum im Besitze Einzelner die Zunahme der Verarmung auf der anderen Seite übersieht, so ist es doch gewiß, daß, wenn auch der Wohlstand der europäischen Völker sich in dem gleichen Maße vergrößert hätte, wie die Steuerlast sich in den letzten Decennien vermehrte, die Regierungen daraus für ihre Steuererhöhungen kein Recht ableiten können. Denn die Staatsbürger arbeiten und produziren doch nicht, um an die Regierungen mehr Steuern zu können, sondern nur für die Vermehrung ihres eigenen Wohlstandes, und die Steuer begründet sich nicht durch den Reichthum der Staatsbürger, sondern durch die Leistungen der Regierung. So lange die Aemterbesetzung und Gesetzgebung, die Heeresorganisation und Rechtsprechung der obersten Regierungsgewalt zuerkannt und auszuführen überlassen bleibt, welche diese Staatsangelegenheiten durch von ihr abhängige Beamte und Soldaten besorgen läßt, so lange werden auch die Steuern für das Volk immer wachsen, und keine Art von Vertretung desselben wird dagegen etwas Wirkames ausrichten können. Die Staatsmaschinerie vergrößert sich bei dieser Art von Organisation naturnothwendig aus sich selbst, wie gezeigt wurde, und würde man derselben die der Vergrößerung entsprechende Vermehrung ihrer Speisung vorenthalten, so würde nur das ganze Getriebe zum noch größeren Schaden des Volkes ins Stocken kommen. Vor diese letztere Alternative sehen sich auch in der That die modernen Volksvertretungen jedesmal gestellt, wenn es sich darum handelt, die von den Regierungen begehrten Steuererhöhungen oder neue Steuern zu bewilligen.

Die Steuereinnahmen Oesterreichs betrugen im Jahre 1839 die Summe von 137,140.000 Gulden Konv.; für das Jahr 1867 lautete das letzte gemeinsame Staatsbudget in der Einnahmensumme auf 407,297.000 Gulden Oest. W., das heißt die Steuern hatten sich nahezu verdreifacht. Dabei hat sich nicht etwa die Macht des Staates oder die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraume in gleicher Weise auch nur annähernd erhöht; im Gegentheile, erstere verlor ein Territorium von 790 Quadratmeilen der reichsten Länder, und letztere 5 Millionen Bewohner in diesen italienischen Provinzen. Wird aber die Steuererhöhung mit der Steigerung der Produktion im gleichen Zeitraume verglichen, so liefern die offiziellen statistischen Ziffern den Nachweis, daß der Werth der Gesamt-erzeugung durch Gewerbe und Industrie für das Jahr 1840 veranschlagt war auf 1.000,000.000 Gulden
der Werth der gesammten Bodenproduktion auf . . . 1.327,061.317 „
zusammen 2.327,061.317 Gulden

Für das Jahr 1860 findet sich ebendasselbst der Werth
der landwirthschaftlichen Produktion veranschlagt auf . . 2.073,400.000 Gulden
jener der Gewerbe und Industrie auf 1.200,000.000 „
zusammen 3.273,400.000 Gulden

und es ergibt sich daraus für die dreifache Steuervermehrung eine Erhöhung des Werthes der Gesamtproduktion nur von 40%.

Wollte man gegen diese Berechnung einwenden, daß in dem Steuerbetrage vom Jahre 1839 die bis 1848 bestandene Belastung der Bevölkerung durch die Feudalabgaben nicht enthalten sei, und daß sich ebenfalls das ganze Steuerverhältniß zu Ungarn seither verändert habe, so muß darauf erwidert werden, daß in dem derzeitigen österreichischen Staatsbudget jene Zahlungen ebenfalls nicht enthalten sind, welche die Staatsbürger für die Landes- und Grundentlastungsfonds, für Bezirks- und Gemeindefkosten, für Kirchen- und Schulbeiträge u. dergleichen zu Steuern haben, welche Kosten im Durchschnitt bis zu 50% des ordinären Steuerbetrages für den Einzelnen betragen und die Belastung durch die früheren Feudalabgaben dem Werthe nach vollständig erreichen.“

Dr. Maurus unterzieht sachgemäß auch das gesammte Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Gerichts- und Heereswesen einer scharfen Kritik, macht auch dafür radikale Reformvorschläge und geht dabei mit logischer Schärfe in die äußersten Konsequenzen, in die ihm die Staatspraktiker freilich noch lange nicht folgen werden. Nachdem er unter Voraussetzung dieser Reformen das richtige und gerechte Maß des Staatsbedürfnisses berechnet hat, kommt er in Betreff der Bedeckung dieses Erfordernisses durch Steuern zu einem überraschenden Resultate, welches wir jedoch nicht mittheilen, um dem Publikum, welchem wir das Buch dringend empfehlen, eben nicht die Ueberraschung zu verderben.

Zur Reform des österreichischen Civil-Pensionsstatuts.

Wir haben schon öfters unsere publizistische Pflicht erfüllt, indem wir für die Verbesserung der Lage der Staatsbeamten, insbesondere der Subalternen das Wort nahmen. Wir müssen jedoch bekennen, daß wir mit dieser Pflichterfüllung im Rückstand geblieben sind gegenüber den Verhältnissen der neuesten Zeit, welche die finanzministerielle Tugend der Sparsamkeit bis zur rücksichtslosen Härte gegen die armen Staatsdiener verführt haben. Wir benötigen daher mit Freude eine uns gebotene Veranlassung, zunächst den Rechtsansprüchen des für das Gedeihen des Staates so hochwichtigen Beamtenstandes in der Richtung einer Reform des österreichischen Pensionsstatuts zu dienen.

Wir fanden nämlich in der „Laibacher Zeitung“ für diese höchst wünschenswerthe, ja dringend nothwendige Reform ein sehr beachtenswerthes Projekt, dessen Urheber, wie wir von befreundeter Seite erfahren, der dortige Finanzsekretär Josef Ertl ist. Seine Grundsätze sind der allgemeinen Anerkennung und schälen

nigen Befolgung würdig. Wir wollen diese Anerkennung fördern, indem wir den Artikel hier vollständig aufnehmen. Er lautet:

Mittelst der in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Mai 1868 angenommenen Resolution wurde die Regierung aufgefordert, eine durchgreifende Reform der bestehenden Vorschriften über die Pensionen der Staatsbeamten und Diener und deren Angehörigen einzuleiten und hierüber eine Gesetzesvorlage zur verfassungsmäßigen Behandlung einzubringen.

Bisher ist die Regierung diesem Verlangen nicht gerecht geworden, aber auch aus den Kreisen unserer Reichsboten hat sich unseres Wissens noch keine Stimme erhoben, um die Minister über den Stand der Angelegenheit zu interpelliren.

Da es sich um die Lösung einer Frage handelt, die das Wohl einer ganzen Klasse von Staatsbürgern berührt, so erfüllt die Publizistik nur eine Pflicht, wenn sie den Gegenstand ebenfalls in das Bereich ihrer Erörterung zieht.

Das bestehende Pensionsystem für den Civilstaatsdienst mit seinen zahlreichen Erläuterungen und Nachträgen ragt gleich einer baufälligen Ruine in die Gegenwart herein; die normirenden Bestimmungen dieses Systems datiren aus dem vorigen Jahrhunderte (1771 und 1781), somit aus einer Zeit, wo für Subistenzmittel ganz andere Werthmesser als heutzutage Geltung hatten, und ein Einkommen, das in der Jetztzeit kaum dem Tagelöhner genügen würde, hinreichend war, einer ganzen Familie einen anständigen Lebensunterhalt zu gewähren.

Um die Härten des Pensionsstatuts einigermaßen zu mildern, wurde zwar im Jahre 1866 ein günstigerer Maßstab zur Ermittlung der Ruhegenüsse der Angestellten, nämlich die Steigerung des Pensionsausmaßes von fünf zu fünf Jahren der Dienstzeit um je ein Achtel des Altiagehaltes, eingeführt; abgesehen davon, daß dieses Zugeständniß nur als Provisorium bis zum Erscheinen eines allgemeinen Pensionsgesetzes Geltung hat, läßt es alle sonstigen Pensionsnormen, namentlich in Betreff der Witwen- und Kinder-Versorgung gänzlich unberührt.

Um die Geduld unserer Leser nicht auf eine zu harte Probe zu stellen und auch die uns durch die Raumverhältnisse des Blattes gegebenen Grenzen nicht zu überschreiten, müssen wir auf eine ausführliche Kritik der jetzt geltenden Pensionsvorschriften verzichten und uns darauf beschränken, die Anforderungen, die an ein gerechtes und humanes Pensionsystem gerichtet werden, in gedrängter Kürze anzudeuten.

Vor allem ist das Prinzip in den Vordergrund zu stellen, daß den unter eidlicher Verpflichtung angestellten Beamten und Dienern aller Kategorien ausnahmslos die Pensionsfähigkeit zugestanden werden muß. Das für das sogenannte mindere Dienerpersonale (Gehülfen der Amts- und Kassediener, Magazinsdiener,

Gefangenauffeher) bestehende Provisionsystem, welches innerhalb der Maximalgrenzen der Provisionsgebühren für die Männer und ihre Witwen die Bemessung dem diskretionären Aussprüche der Behörden anheimgibt, ist gänzlich zu verwerfen.

Wenn auch im allgemeinen die Bedingung einer vierzigjährigen Dienstzeit zur Erlangung des vollen Aktivegehaltes als Ruhegebühr beizubehalten ist, so erheischt doch die Billigkeit, zu Gunsten der Beamten jener Dienstest Kategorien, für welche die Nachweisung der zurückgelegten Rechtsstudien und Staatsprüfungen verlangt wird, eine Ausnahme zu statuiren und diesen Beamten schon nach einer Dienstzeit von 35 Jahren den ganzen Gehalt als Pension zu gewähren.

Bei Ermittlung des Pensionsmaßes für alle Beamten und Diener ist der vom Angestellten erworbene Aktivegehalt mit der Zahl der zurückgelegten Dienstjahre derart zu kombiniren, daß die Erhöhung des Ausmaßes der Ruhegebühr von Jahr zu Jahr gleichmäßig fortschreite, daß daher von dem Zeitpunkte an, mit welchem der Pensionsanspruch beginnt, jedes Jahr der weiteren Dienstleistung eine proportionale Steigerung des Ruhegehaltes zur Folge habe.

Die Pensionen der Witwen sind unter Anwendung eines möglichst günstigen Maßstabes nicht wie bisher alternativ nach dem Charakter oder dem Gehalte des Eatten, sondern durchwegs nach jener Pension zu bemessen, welche der Eatte bereits bezogen, oder auf welche er zur Zeit seines Ablebens Anspruch erworben hatte. So wie eine längere Dienstzeit gegenüber einer kürzeren bei der Pensionsbehandlung des Staatsdieners in der alljährlich fortschreitenden Steigerung der Ruhegebühr einen konkreten Ausdruck erlangt, ebenso soll auch durch die Bemessung der Witwenpension nach dem Ruhegehalte des Eatten der sittlichen Forderung Geltung verschafft werden, daß die Eattin, welche dem Staatsdiener während einer langjährigen und gewiß nur zu oft dornenvollen Berufsthätigkeit treu zur Seite stand, seine Sorgen, Opfer und Enttäuschungen theilte und durch aufopfernde Pflege zur Erhaltung seines Lebens wesentlich beitrug, eine günstigere Pensionsbehandlung erfahre, als jene Witwe, deren Eatte nur während einer verhältnißmäßig kurzen Zeit dem öffentlichen Dienste angehörte.

Sofern die Pensionen der Witwen rein persönliche Bezüge darstellten, die ihnen ohne Unterscheidung, ob sie keine oder was immer für eine Anzahl Kinder zu versorgen haben, zugestanden werden, soll der Staat aus Humanitätsrücksichten den Witwen für die ihnen durch die Kindererziehung verursachten Mehrauslagen angemessene Beiträge gewähren. Nur ist hiebei die Thatfache ins Auge zu fassen, daß diese Mehrauslagen nicht erst beim vierten Kinde entstehen — wie das gegenwärtige Pensionsnormale zu argumentiren scheint — sondern, daß sie jedenfalls schon mit dem ersten Kinde den Anfang nehmen und im Verhältniß zur wachsenden Kinderzahl sich vermehren. Es ist deshalb nur eine Forderung der strengen Logik, daß den Witwen nebst der Pension auch für jedes der in ihrer Versorgung stehenden Kinder, selbst wenn es nur ein einziges wäre, ein bis zur

Erreichung des Normalalters anzuweisender Erziehungsbeitrag bewilligt werde, dessen Bemessung nach Prozenten der Wittwenpension zu normiren wäre.

Ebenso sind den elternlosen Waisen und den der mütterlichen Verpflegung aus einem gesetzlichen Grunde entzogenen vaterlosen Kindern nach Anzahl der Köpfe Erziehungsbeiträge, und zwar mit Rücksicht auf die größere Hilfsbedürftigkeit solcher Kinder im doppelten Percentenausmaße, zuzuweisen, wodurch die bestehende Institution der Kontrakt-Pensionen, deren Bestimmungen jeder ethischen und mathematischen Begründung entbehren, entfallen würde.

Wenn auf solchen Grundlagen das gegenwärtige Pensionssystem rekonstruirt werden soll, so wird dies allerdings ohne Mehrbelastung des Pensionsetats kaum ausführbar sein; allein mit den beliebten Palliativen läßt sich über die Pensionsfrage nun einmal nicht hinwegkommen.

Der Staatsdienst in Oesterreich übt längst nicht mehr die Anziehungskraft, die ihm einst zahlreiche Neophyten aus allen Gesellschaftskreisen zuführte. Strebende jüngere Kräfte wenden sich heute weit lieber der Advokatur oder dem Notariate oder den großen Industriegesellschaften zu, deren Einrichtungen ihnen bei einer gesicherten Existenz eine rasche Carrière verbürgen. Der Staat wird daher durch das Interesse der Selbsterhaltung immer mehr dahingebängt, mit den rivalisirenden Instituten die Konkurrenz aufzunehmen; er ist genöthigt, durch eine den Zeitverhältnissen entsprechende Regelung der Gehalte wie der Ruheentäfte seiner Angestellten talentvolle und gesinnungstüchtige Jünglinge für seinen Dienst zu gewinnen und auf diese Art die alte Beamtengarde zu regeneriren.

Man hat zu lange gezögert, diesem Impulse zu folgen. Die Wirkungen des Bauberns kündigen sich bereits in der Erscheinung an, daß bei den meisten Behörden der Mangel eines brauchbaren Nachwuchses sich in empfindlicher Weise fühlbar macht, und manche Lücke des Personalstandes mit jenem Abhube ausgefüllt werden muß, der zum Staatsdienste nur deshalb Zuflucht nimmt, weil er in ihm den letzten Rettungsanker findet. Mit solchem Materiale kann aber die Regierungsmaschine nie im Gange erhalten werden."

Dieser Vorschlag soll schon vor geraumer Zeit dem Herrn Finanzminister Dr. Brestel überreicht worden sein; ist aber, da er kein Steuervermehrungsprojekt ist, wol ad acta gelegt worden. Mögen die Nachfolger des abgetretenen Bourgeoisie-Ministeriums in dieser, wie in der Gehaltsverbesserungsfrage eine energische günstige Initiative ergreifen, und wolle auch das öffentliche Urtheil erwägen, daß die Gemeinsamkeit selber nur verliere, wenn ihre Diener das allein rechtlose, durch Noth niedergedrückte und der Corruption ausgesetzte Helotenthum ist, von dem man alle bürgerlichen Tugenden fordert, während es kaum seine Blößen zu bedecken und seine Kinder vor Hunger schützen kann.

Kleine kritische Chronik.

Vom 13. bis 20. April.

I n l a n d.

Wir haben in der vorigen Nummer dem neuen Provisorium ein ganz ungünstiges Prognostikon gestellt. Man hat das persönlich aufgefaßt und eine Inkonsequenz darin gefunden, weil wir früher eine Kabinettsbildung durch den Grafen Potocki mit Vertrauen betrachtet hatten. Doch wir hatten die Sache überhaupt ins Auge gefaßt und zu erkennen geglaubt, daß nur eine einigermaßen modifizierte Fortsetzung der alten Politik beabsichtigt werde, und daran muß nach unserer Ueberzeugung jedermann scheitern, und wenn es übrigens ein Ausbund von politischer Weisheit und Tugend wäre. Insofern wir an Personen dachten, war unser Urtheil gegen einen Mann gerichtet, von welchem dem Anschein nach, und wie allgemein geglaubt wird, die maskirte Fortsetzung der alten Politik im geheimen, gleichsam hinter dem Vorhang geleitet werden sollte. Dieser Verdacht ist noch nicht ganz beseitigt; doch bemerken wir gern, daß von Seite des sichtbaren Leiters der neuesten Aera Aeußerungen und Schritte gemacht worden sind, aus denen man schließen könnte, daß Graf Potocki eine unabhängige selbstthätige Rolle spielen will.

Wir hatten während der Ministerkrise verlangt, daß in der Konsequenz des konstitutionellen Prinzips die drei Männer des Minoritätsvotums ein neues Kabinet bilden sollten, in welches jedoch kein Mitglied der Fünfermajorität eintreten dürfte. Das ist nun wirklich geschehen; nur daß Dr. J. R. Berger, gewiß nur aus Gesundheitsrücksichten, nicht wieder reaktivirt worden ist, was man lebhaft bedauern muß. Daß der frühere Ministerpräsident Graf Taaffe nicht wieder denselben Rang präsumirte, sondern die Leitung dem Grafen Potocki überließ, verdient als bescheidene Fügung rühmende Anerkennung. Daß ein Mann der deutschen verfassungstreuen Partei, Herr Tschabuschnigg in das Kabinet aufgenommen wurde, mag, abgesehen von der Ressorttätigkeit desselben, als ein Versuch gebilligt werden, die Verfassungstreuen unter Deutschen wenigstens einigermaßen zu beruhigen. Zu bedauern aber ist es, daß man es nicht beabsichtigte, oder daß es nicht gelang, ein vollzähliges Kabinet aus Männern des öffentlichen Vertrauens zusammen zu bringen. Man hat sich auf die möglichst geringste Zahl wirklicher Minister beschränkt, um wenigstens den Spruch: Tres faciunt collegium zu realisiren. Es mag sein, daß dadurch die Aktion erleichtert, die Einigkeit mehr gesichert wird, aber dem Ansehen der neuen Regierung schadet es jedenfalls, denn sie bekommt dadurch einen gar zu auffallend provisorischen Charakter, und es gewinnt den Anschein, als ob die sachliche Frage gleich in vorhinein schon bei der Personenfrage geschwehert wäre.

Was die Persönlichkeit der drei wirklichen Minister betrifft, so traut man in der Bevölkerung dem Grafen Potocki die redlichsten Absichten und den besten Willen zu, man betrachtet den Grafen Taaffe, ohne eigentlich zu wissen warum, mit allem möglichen Verdachte und man glaubt Herrn Tschabuschnigg ganz ignoriren, oder als einen bloßen Lückenbüßer betrachten zu dürfen. Das günstige Urtheil über den Grafen Potocki ist wohl begründet. Was immer für einen Plan er gefaßt haben mag, er ist gewiß von der redlichen Absicht, von dem aufrichtigen Wunsch und Willen geleitet, Oesterreich zu nützen. Es fragt sich nur, ob er den richtigen Plan gefaßt habe, und

ob er die Kraft und Energie haben werde, das Richtige und Nothwendige durchzuführen. Eine Beruhigung liegt darin, daß der Graf ein treuer Pole und zugleich treu österreichisch gesinnt ist. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß er es verstehen und treffen, sich jedenfalls aufrichtig und eifrig bemühen werde, sowol dem Rationalitäts- und Autonomieprinzip, als auch dem Bedürfniß des Gesamtreiches gerecht zu werden. Graf Taafe hat das Minoritätsvotum unterschrieben und hat nach der Ablehnung desselben auf seinen glänzenden Posten verzichtet. Er hat dadurch seine echt konstitutionelle Gesinnung und zugleich die richtige Erkenntniß dessen bekundet, was dem Reiche noththut. Es ist durchaus kein Grund vorhanden, diesen Mann als ein Werkzeug der Reaktion zu verdächtigen. Es gehörte blinde Bornirtheit oder perfide Lügenhaftigkeit dazu, der Bevölkerung einreden zu wollen, daß hinter dem Minoritätsvotum die Reaktion, der Feudalismus und Absolutismus stecke. Im Gegentheile; zu dem Minoritätsvotum müssen sich alle bekennen, welche aufrichtig ein wirklich frei konstituirtes Oesterreich wollen. Das Minoritätsvotum war eingegeben durch die richtige Erkenntniß dessen, was die nationale und staatsrechtliche Opposition verlangt, was die Völker wollen, was Oesterreich unentbehrlich nothwendig braucht. Daß der Gedanke dieses Votums der allein richtige war, bewies sich dadurch, daß die fünf Sieger sofort den Gedanken der drei Besiegten acceptiren mußten, denselben in ihrer Weise realisiren wollten, wodurch sie zeigten, daß eigentlich sie die Besiegten waren. In dem verwirrenden Bewußtsein besiegter Sieger aber wurden sie eben konfus und mußten vom Schauplatz abtreten. Da nun die beiden Grafen das Minoritätsvotum unterzeichnet und den Gedanken desselben nicht widerrufen haben, so bürgt dies dafür, daß sie zugleich aufrichtig konstitutionell gesinnt sind und erkennen, auf welche Weise Oesterreich konstruirt werden muß, um ein wirklich konstitutioneller Staat zu werden. Ueberdies ist Graf Taafe auch Parlamentsmitglied und wenn er dazu noch in besonderem Grade ein Vertrauensmann des Monarchen ist, so wird ihm dies in einem monarchischen Staate wol nicht zum Nachtheil angerechnet werden dürfen. Herr Schabuschnigg gilt speziell als Vertrauensmann der Verfassungspartei. Man darf von ihm erwarten, daß er keiner Maßregel zustimmen wird, welche gegen das konstitutionelle Prinzip gerichtet wäre. Da er sich aber den zwei Männern des Minoritätsvotums beigesellt hat, so beweist er dadurch, daß er nicht zu den terroristischen Verfassungsoorthodoxen, sondern zu jenen Verfassungstreuen gehört, welche die Gerechtigkeit und Freisinnigkeit besitzen, um zu erkennen, daß ohne einen gerechten und freisinnigen Ausgleich mit den Völkern keine wahre Freiheit möglich ist. Es gibt deutschhümelnde Skribenten und Phrasenhelden, die es unangenehm empfinden, daß ein polnischer Graf an der Spitze der österreichischen Regierung steht. Daran erkennt man den Charakter dieser Leute. Sie schwärmen für allgemeine Gleichheit, und nehmen es übel, wenn ein Graf Minister wird; sie phantastren von einem allgemeinen Oesterreichthum, verwerfen die Rationalitätspolitik, und fühlen sich verlezt, wenn ein Nichtdeutscher zur Förderung des wirklichen Austriacismus eine Rolle spielt.

Nachdem wir aber das Minoritätsvotum gleichsam als die Legitimation des neuen Ministeriums bezeichnet haben, müssen wir die laute Frage erheben: Wo ist denn das Minoritätsvotum? Ist es ad acta gelegt, in Vergessenheit gerathen? Nun, die Stimme ganzer Völker, die Stimme der Majorität der Bevölkerung erinnert daran und verlangt, daß jenes Votum wieder hervorgenommen und realisirt werden soll. Man erwartet mit ungeduldiger Spannung das Aktionsprogramm des neuen Ministeriums. Was braucht aber Graf Potocki sich erst den Kopf zu zerbrechen, um ein Aktionsprogramm zu ergüßeln, da er das Minoritätsvotum im Kopfe und in der Tasche haben muß. In diesem Votum ist in der That der Weg vorgezeichnet, welcher

zu dem erstrebten Ziele führen kann; wenn man daher dieses Ziel anstrebt, was wir als gewiß voraussetzen, so möge man doch ohne Zögern und Zaudern den vorgetragenen Weg betreten.

Eine offiziöse Kundgebung der „Wiener Abendpost“ über die Intentionen des Kabinetts Potocki hat einiges Aufsehen erregt, aber bei niemanden entschieden Beifall gefunden. Die nationale und staatsrechtliche Opposition hat sich durch diese erste Expektoration des neuen Ministeriums geradezu feindlich berührt gefühlt, darin fast eine Kriegserklärung finden wollen. Wir glauben, die Bedeutung des Schriftstückes besteht darin, daß es gar keine bestimmte Parteirichtung offenbart. Der Artikel ist mit diplomatischer Geschicklichkeit so gefaßt, daß in der That jede Partei das Ihrige hinein und heraus lesen kann. Die Verfassungstreuen könnten sich schmeicheln, daß Graf Potocki vorzugeweise auf sie Rücksicht nehmen werde, und anderentheils könnten wieder die oppositionellen Völker hoffen, daß der Ministerpräsident sich nicht durch den Terrorismus der Degembriken beherrschen lassen wird. Thatsächlich hatte der Artikel den Zweck, günstig auf die Deutschen zu wirken, denn nur ihre Nationalität wird genannt, und zwar in der schmeichelhaftesten Weise, daß das deutsche Element für die freihetliche Entwicklung Oesterreichs von hervorragender Bedeutung sei. Nun, die Kulturbedeutung der Deutschen in Oesterreich ist gewiß eine große, aber zur freihetlichen Entwicklung ist die freie Mitwirkung aller Völker gleichmäßig nothwendig, und die nationale Opposition strebt gewiß nach denselben Freiheitszielen wie die Deutschen. Angenehm berührte uns die feste Zuversicht, welche der Artikel auspricht. Durch klares Bewußtsein und entschlossene Thatkraft läßt sich viel ausrichten; möge man nur das richtige Ziel erkannt haben.

M u s s a n d.

Bis auf den Humor, welchen in Frankreich das bevorstehende Plebiszit über die Verfassungsreform erregt, ist es in der auswärtigen Politik sehr still. Die französische Opposition zeigt gegenüber dem kräftigen Willen des Kaisers und Olliviers wieder klägliche Verwirrung, Uneinigkeit und Rathlosigkeit. Ein merkwürdiges Schauspiel, der Imperator appellirt in freier Weise an das Votum des Volkes, und die Republikaner fürchten dieses Votum!

Die verfassungstreuen Blätter delectiren ihr Publikum wieder mit den Stimmen, welche die Liberalen im preussischen Reich draußen über unsere Verfassungskrisis abgeben. Nun ja, diese deutschen Liberalen beurtheilen Oesterreich eben nach der Schablone und nach den Phrasen, die ihnen der Moniteur der Verfassungsoorthodoxen aufsticht, deshalb wollen sie uns mit einem Ministerium Kaiserfeld-Schindler u. s. w. beglücken.

Vom Konzil ist es nach vielem Lärm ziemlich still geworden. Nur das herrenlos gewordene „Neue Fremdenblatt“ hat eine merkwürdige Entdeckung gemacht; es erzählt nämlich, das Ministerium Hasner sei so eilig gestürzt worden, weil die Dogmatisirung der päpstlichen Unfehlbarkeit bevorsteht! Wie hängt denn das zusammen? Ja, man besorgte, daß der freigeistige Hasner auf die Unfehlbarkeit unfehlbar mit einer großen lähnen schematischen Demonstration gegen Rom geantwortet haben würde; wegen Graf Potocki, ein Pole und guter Katholik eben gut römisch bleiben wird!

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

(Fortsetzung.)

XIII.

Der innere Aufschwung Oesterreichs unter Rudolf dem Stifter.

Die Regierung Rudolfs des Stifters ist ausgezeichnet durch einen hohen Kulturaufschwung der österreichischen Länder. Bevor wir denselben schildern, erwähnen wir noch, daß Rudolf den Länderbesitz und Machtbestand des Hauses Habsburg nebst Tirol auch noch durch andere werthvolle Erwerbungen vergrößert hat.

Herzog Rudolf war wiederholt in Fehden verwickelt mit dem Patriarchen von Aquileja, Ludwig della Torre, welcher als Lehensherr über einige trienerische Gebiete sich Uebergriiffe erlaubte, durch seine Vasallen Grenzstörungen verüben, österreichische Kaufleute plündern ließ. Endlich wurde der unruhige Prälat gezwungen, sich dem Herzog auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Er mußte in vorhinein geloben, alle Friedensbedingungen, welche der Herzog stellen würde, zu erfüllen, ja er wurde gleichsam als Gefangener von zwölf friaulischen Rittersn nach Wien eskortirt. Dasselbst wurde am 21. April 1362 der Friede geschlossen, den Rudolf mit der vollen Strenge eines Siegers diktirte. Die Herzoge von Oesterreich erhielten das Recht, in Friaul einen Hauptmann anzustellen und Kriegervolk zu halten, und zwar auf Kosten des Patriarchen. Dieser mußte alle Güter, welche die Kirche von Aquileja in Steiermark, Krain, Kärnten, in der windischen Mark und auf dem Karst besaß, den Herzogen von Oesterreich für ewige Zeiten zu Lehen geben und viertausend Mark Silber Kriegskosten zahlen. Durch diesen Frieden wurde Friaul in der That schon ein Besizthum des Hauses Habsburg.

Eine sehr wichtige Machterweiterung schuf Rudolf der Stifter dem Hause Habsburg dadurch, daß er die Bestimmung des vom Kaiser Friedrich Barbarossa den Herzogen von Oesterreich verliehenen Privilegiums, kraft dessen weder das deutsche Reich, noch ein fremder Reichsfürst in den österreichischen Ländern Lehensherrlichkeit besigen sollte, welche Bestimmung jedoch nur theilweise erfüllt worden war, allgemein durchführte. Er machte alle Gutsbesitzer, welche bis dahin reichsunmittelbar, oder Lehensträger auswärtiger Fürsten waren, zu Vasallen des habsburgischen Hauses. Selbst die mächtigen Grafen von Schaunberg unterwarfen sich dieser Verfügung. Dieses kriegerische Geschlecht war in Steiermark, Kärnten und Niederösterreich, besonders aber im Lande ob der Enns reich begütert, wo ihm fast das ganze Donauthal von Passau bis Linz gehörte. In diesem Besizthum hatten die Grafen die Reichsunmittelbarkeit behauptet, jetzt mußten sie darauf verzichten und für ewige Zeiten Vasallen der Herzoge von Oesterreich werden.

Ungeachtet Herzog Rudolf fast ununterbrochen mit auswärtiger Politik beschäftigt war, so widmete er doch der innern Entwicklung der österreichischen

Länder die regste Aufmerksamkeit und eine weise und erfolgreiche Thätigkeit. Besonders begünstigte er die Städte, das Bürgerthum, in dessen Blüte er die Hauptstütze des Staates und der landesherrlichen Macht erkannte. Rudolf gab der Residenzstadt Wien und andern Städten Statute, deren Weisheit, Gerechtigkeit und Freisinnigkeit man im Verhältniß der Zeit bewundern muß. Er befreite die Bürger der landesfürstlichen Städte und Märkte von der Schutzherrlichkeit und Gerichtsbarkeit der adeligen Dynasten, wodurch selbstverständlich auch der sogenannte Burgzins wegfiel, welchen die Bürger bis dahin an die Burgherren hatten zahlen müssen. Im Jahre 1361 erließ Rudolf die mit seinen Landherren, Hofrathen und den weisesten Bürgern („unserer Burger der meisten, die wir gehaben mochten“) berathene Stadtordnung für die Stadt Wien, „die ein Haupt ist aller unsrer Lande und herschafte, und da wir auch lebend und tod beleiben wollen.“ In dieser Stadtordnung kommt folgende merkwürdige Verfügung über Gewerbefreiheit vor. Der Stifter sagte: „Alle Vorrechte, die Wir oder Unsere Vorfahren den Kaufleuten und Handwerkern verliehen haben, oder die von einigen willkürlich eingeführt worden sind, so wie alle Zechen und Innungen in der Stadt Wien und den Vorstädten sind und bleiben für immer abgeschafft. Wir wollen, daß alle Bürger, Kaufleute, Laubenherren*), Arbeiter und Handwerker, Schneider, Kürschner, Fleischhauer, Färber, Futterer, Methfieder, Goldschmiede, Zimmerleute, Sattler, Maurer, Maler, Schnitzer, Schmiede, Wagner, Fischer, oder wie sie sonst immer heißen, aus welchen Ländern und Städten sie auch kämen, sich in der Stadt oder in den Vorstädten von Wien niederlassen und daselbst ihr Handwerk oder Gewerbe frei ausüben dürfen, und durch drei Jahre nach ihrer Niederlassung von der Schatzsteuer frei bleiben sollen.“ Diese Aufhebung der Innungen stieß jedoch auf Widerstand, so daß der Herzog sich genöthigt sah, im Jahre 1364 die Zünfte neuerdings zu verbieten, in welchem Erlaß ausdrücklich gesagt wurde, daß die erste Verordnung Widerstand finde und zum großen Schaden der Bürger wenig befolgt werde. Aber das Zunftwesen blieb und entwickelte sich später zu einer gar üppigen Blüte, und erst in unserer Zeit konnte es aufgehoben werden, und auch da noch nicht ohne mannigfache Opposition.

Rudolf der Stifter hat den Grund gelegt zur herrlichsten Zierde Wiens, zum Stephansdome. Er hatte das Gemach, in welchem er geboren worden, in eine Kapelle verwandelt und sie allen Heiligen gewidmet, weil er an diesem Festtage das Licht der Welt erblickt. Dieser Kapelle verschaffte der Herzog durch viele kostbare Reliquien ein großes Ansehen und er erhob sie später zu einer Kollegiatkirche, an welcher er einen Propst, vierundzwanzig Domherren und sechsundzwanzig Hilfspriester fundirte. Doch für eine so zahlreiche Klerisei und für das massenhaft zur Verehrung der Reliquien strömende Volk war die Kapelle zu klein. Da faßte Rudolf den Entschluß, die ganze Stiftung auf die alte Pfarrkirche zu St. Stephan zu übertragen und dieses Gotteshaus zu einem großartigen Dome ausbauen zu lassen. Am 11. März 1359 machte Rudolf den ersten Spatenstich zur Ausgrabung der Erde und am 7. April legte er den Grundstein. Nach dem Wunsche des Herzogs sollte der neue Dom die Allerheiligenkirche genannt werden; doch der alte Name ließ sich nicht verdrängen.

Rudolf wollte aber zugleich mit dem Baue der neuen Domkirche einen seiner sehnlichsten Wünsche erfüllt sehen, nämlich einen eigenen Landesbischof

*) Daher noch der Name Luchlauben.

zu erlangen, also Oesterreich von der Jurisdiction des Bisthums Passau befreien. Doch Papst Urban war nicht zu bewegen, diesen Wunsch des Herzogs zu erfüllen, um ihm jedoch einigermaßen gefällig zu sein, verlieh er dem Propste von St. Stephan das Recht, Inful und Bischofsstab zu tragen. Rudolf verlieh seinerseits dem Propste fürstlichen Vorrang und wies ihm ein jährliches Einkommen von sechzehnhundert Goldgulden an. Er befahl dem Propste und den Domherren die purpurrothe Kardinalstracht zu tragen, und damit ihm dies nicht als Prunksucht vorgeworfen würde, erklärte er dem Papste, daß er durch die rothe Farbe an das vom Heiland vergossene Blut erinnern wollte. Nach Rudolfs Tode wurden die rothen Talar wieder abgeschafft.

Im letzten Jahre seines Lebens gründete Rudolf der Stifter die Universität in Wien. Die Stiftungsurkunde ist vom 12. März 1365. Im Eingange sagte Rudolf in seinem und seiner Brüder Namen: „Da Uns durch die Gnade des allmächtigen Gottes viele Völker und ausgedehnte Länder anvertraut sind, und Wir die Verpflichtung haben, bei Unsern Unterthanen alles zu befördern, das zum Lobe und zur Ehre des Allmächtigen dient, und die hohen Schulen gewiß zu diesem Zwecke beitragen, so haben Wir kraft Unserer Uns von den römischen Kaisern und Königen verliehenen Vorrechte und mit Erlaubniß des heiligsten Vaters in Christo Unserm Herrn, Urbanus V. die Universität zu Wien, und da zwar darum errichtet, weil Wir wegen der ausgezeichneten Treue, Frömmigkeit und Rechtsschaffenheit der Einwohner dieser Stadt ihr mit besonderer Gunst beizuthun sind.“ Rudolf stattete die Universität mit namhaften Einkünften und großen Vorrechten aus, und that alles mögliche, um Professoren und Studenten herbeizuziehen. Doch hatte er den Verdruß, daß der Papst vorerst keine theologische Fakultät gestattete, obwol in der Stiftungsurkunde neben den andern Lehrgegenständen (Sittenlehre, bürgerliches und kanonisches Recht, Arzneiwissenschaft, Naturkunde, die freien Künste und jeder andere Zweig erlaubten Wissens) ausdrücklich auch die Theologie genannt wird. Es wird vermuthet, daß der Papst zu der Staunen erregenden Verweigerung der theologischen Fakultät durch den Kaiser Karl IV. bewogen worden sei, welcher besorgte, daß die neue Wiener Universität der von ihm gegründeten Prager Hochschule nachtheilig Konkurrenz machen würde. Wahrscheinlicher ist es aber, daß der Papst von den für die damalige Zeit sehr freigeistigen Aeußerungen über Religion und Kirche gehört hatte, in denen sich Herzog Rudolf manchmal gefiel, während er doch alle kirchlichen Pflichten pünktlich erfüllte. Der Papst mochte gefürchtet haben, daß der Herzog die theologische Fakultät mit seiner Freigeisterei anstecken könnte. Kurz, die doch zum Lobe und zur Ehre Gottes gegründete Wiener Universität blieb bis zum Jahre 1384 ohne theologische Fakultät.

Durch die Sorge, die habsburgische Hausmacht ungetheilt zu erhalten und eine festere Ordnung in der Ausübung der Regierungsgewalt zu gründen, sah sich Rudolf der Stifter veranlaßt, ein neues Hausgesetz zu erlassen, da ja das von seinem Vater gegebene in der That gar keine eigentlich gesetzlichen Bestimmungen enthielt, sondern nur fromme Wünsche und väterliche Ermahnungen. Rudolf hielt dieses Gesetz und das darin anerkannte Prinzip der Gesamtregierung aller herzoglichen Brüder aufrecht, traf aber Bestimmungen, welche das Recht des Ältesten bedeutend erweiterten und die Thronfolge nach dem Rechte der Erstgeburt vorbereiteten. Das von Rudolf dem Stifter gemeinschaftlich mit seinen Brüdern Albrecht und Leopold erlassene und beschworne Hausgesetz ist vom 18. November 1364. Die bedeutenderen Sätze desselben lauten:

Alle Besitzungen der Herzoge von Oesterreich, sowohl die gegenwärtigen als diejenigen, welche sie künftig erwerben dürften, bilden ein einziges Ganzes, das unter keiner Bedingung getrennt werden darf. Aber nicht nur die Länder, sondern auch Gold, Silber, Juwelen, überhaupt alle Güter, welche die Herzoge besitzen, oder welche sie alle insgesammt, oder einer allein erworben, sind Gesammitgut des Hauses Oesterreich. Der älteste Bruder ist der Regent, der oberste Herr und übt die höchste Gewalt in seinem eigenen und seiner Brüder Namen aus. Da er die Last der Regierung hauptsächlich trägt, soll er einen reichern Hofstaat haben, als die jüngeren Brüder. Wenn der älteste Herzog durch Krankheit oder Geistesverwirrung zur Regierung untauglich wird, so geht die Ausübung der höchsten Gewalt für die Dauer des unglücklichen Zustandes auf den nächst älteren Bruder über. Kein Herzog darf sich ohne Einwilligung seiner Brüder vermählen. Die jüngeren Brüder führen dieselbe Titulatur wie der älteste. Wenn ein jüngerer Bruder von den älteren Brüdern in eines der österreichischen Länder geschickt wird, und dort seinen Wohnsitz aufschlägt, so muß er das gemeinsame Beste aller Brüder nach allen seinen Kräften fördern; er darf sich keine größere Gewalt anmaßen, als die älteren Brüder ihm übertragen haben; insbesondere darf er ohne Wissen, Willen und Genehmigung des ältesten Bruders weder Bündnisse schließen, noch Krieg erklären, noch sonst ein Geschäft von größerer Wichtigkeit und Bedeutung abmachen. Kein Herzog darf auf seinen alleinigen Namen Lehens- oder Dienstmänner aufnehmen und schwören lassen, und es ist keinem jüngern Bruder gestattet, jemanden ohne Wissen und Willen der andern Herzoge in seinen Rath aufzunehmen, denn dieses Vorrecht hat nur der älteste, aber auch dieser ernennt seine Räte im Namen aller Herzoge.

Zur selben Zeit zeigte Rudolf sich den Wienern gefällig, indem er ihnen das Privilegium ertheilte, vor dem Stadtrathe oder vor andern ehrbaren Männern gültige Testamente zu machen, und gelobte, er werde sich durch keine Bitte je wieder bewegen lassen, ein so abgeschlossenes Geschäft abzuändern. Zugleich sagte er den Wienern zu, in Zukunft keine Frau oder Jungfrau wider ihren Willen zu einer Heirat zu nöthigen. Die interessante Stelle lautet: „Auch haben wir in (den Wienern) gelobt mit unsern gnaden, daß wir weder ire Ehnde, noch ir freunt, ez sei man oder weib, Junchfrau, Knaben oder Witiben, nymmer mit dhainer Heyrat über ire willen ichts nöten wollen noch sullen. Wan si die selber nach iren willen bestatten sullen. Geschah aber daß wir si in dhainen weg peten, und uns darinne versagt würde, daß wir darn das gnediglich aufnehmen sullen und ir darumb kein ungnad nicht erzeigen.“

Ein vielversprechender Erfolg der auswärtigen Politik Rudolfs war die Verlobung seines Bruders Leopold mit der Prinzessin Viridis, Tochter des mächtigen Herzogs Visconti von Mailand. Rudolf hegte den stolzen Plan, seinem Hause eine Stellung in Italien zu erringen. Gleich nach der Besitzergreifung Tirols hatte er Ansprüche auf Feltre und Cividale erhoben, in deren Besitz Franz von Carrara, der mächtige Herr von Padua war.

Im deutschen Reiche aber konnte Rudolf dem Kaiser Karl IV. gegenüber zu keinem Ansehen gelangen, wie begierig er auch darnach strebte. Er ersuchte vielmehr die Demüthigung, daß er auf den Titel eines Pfälzerherzogs und eines Herzogs von Schwaben verzichten und die darauf bezüglichen Siegel vernichten mußte. Auch mußte er die königlichen Abzeichen, in denen er gern prunkte, ablegen und geloben, sich so zu tragen, wie sein Vater es gethan.

Durch die Härte, mit welcher Rudolf den Patriarchen von Aquileja bedrängte und das Besitztum des Herrn von Padua bedrohte, wurde er mit beiden in einen Krieg verwickelt, der für die österreichischen Waffen so unglücklich geführt wurde, daß der Verlust der Besitzungen in Friaul zu befürchten war. Da eilte Rudolf persönlich nach Mailand, um von Visconti Hilfe zu erlangen. Er wurde in Verona und Mailand mit großen Ehren empfangen, und das Bündniß war einem günstigen Abschluß nahe, als der in vollster Jugendkraft stehende Herzog von einem hitzigen Fieber ergriffen wurde und nach wenigen Tagen, am 27. Juli 1365 starb, erst sechsundzwanzig Jahre alt, nach einer siebenjährigen Regierung.

Er hatte in diesen wenigen Jahren vieles und großes geleistet, und es wäre von ihm noch höheres zu hoffen gewesen, wenn er erst die Besonnenheit des Mannesalters erlangt hätte. Tirol, die Wiener Universität und der Stephansdom sind die Denkmäler des Ruhmes dieses genialen Habsburgers. Seine Leiche wurde zuerst in der Kirche des heil. Johann zu Mailand beigesetzt, dann nach Wien gebracht und unter allgemeiner Trauer zur ewigen Ruhe beistattet.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz der Redaktion.

Herrn H. N. in B. Es freut uns sehr, daß unsere geschichtlichen Beiträge von Ihnen und in Ihren Kreisen mit Beifall aufgenommen werden. Der Wunsch, die interessanteren dieser historischen Skizzen und namentlich die eben jetzt in der Erscheinung begriffenen als Separatabdruck in einer wohlfeilen Volksausgabe erscheinen zu lassen, ist uns schon mehrfach ausgesprochen worden, und haben sich selbst schon Verleger dafür angeboten. Doch konnten wir uns noch nicht dazu entschließen, und zwar in bescheidener Berücksichtigung des bedeutenden Unterschiedes zwischen Journalarbeiten und selbständigen Büchern. An letztere stellt man mit Recht höhere und strengere Anforderungen, als an erstere. Wir geben uns nun gewiß redlich Mühe, unsere historischen Skizzen, durch die wir die Tagesgeschichte illustriren und durch Rückblicke in die Vergangenheit zur Belehrung der Gegenwart und Zukunft beitragen wollen, nach Inhalt und Form so gut zu fassen, als es nach unsern Kräften und im Zwange des journalistischen Erscheinens möglich ist, aber wir wissen und fühlen es nur zu gut, daß wir den Anforderungen, welche wir selber an historische Arbeiten stellen, nur unvollkommen entsprechen. Obwol es uns daher große Freude macht, daß unsere geschichtlichen Beiträge unserm gütigen Publikum genügen, so will es uns doch prästencids erscheinen, dieselben als Buch herauszugeben. Indes werden wir uns vielleicht doch noch entschließen, eine sorgfältig gesichtete und geseilte Sammlung als geschichtliches Volksbuch erscheinen zu lassen.

Redaktion der „Serbia“ in Belgrad. Wir können Ihren Wunsch leider nicht erfüllen. Erstlich fehlt uns ein der serbischen Sprache vollkommen mächtiger Mitarbeiter, und dann dürfen wir uns auf dem allgemeinen Völkerkampfpunkte, den wir einnehmen, nicht mit den ganz speziellen Detailverhältnissen irgend eines einzelnen Landes beschäftigen. Daß wir für das hochberufene Serbien aufrichtige Sympathien hegen und gern jede Gelegenheit benutzen, den großen Interessen desselben zu dienen, dafür liegen die Beweise in allen Jahrgängen der „Reform.“ Es ist das auch von maßgebenden serbischen Notabilitäten, selbst von dem hochseligen Fürsten Michael in

einer uns sehr ehrenden Weise anerkannt worden. Gegenwärtig aber sind wir weder mit amtlichen, noch publizistischen Persönlichkeiten Serbiens in Verbindung. Wir bedauern das lebhaft, aber Ihr Blatt kann uns den Mangel direkter Beziehungen nicht ersetzen. Wir müssen uns daher darauf beschränken, die allgemein offenkundig werdenden Anlässe zu benutzen, um die wichtigeren Verhältnisse des Fürstenthums Serbien in den Kreis unserer Besprechungen zu ziehen.

Buchhandlung H. in Lemberg: Da Ihr gewiß vortreffliches illustriertes Blatt uns in politischer Beziehung nicht so nützlich sein kann, daß es lohnend für uns wäre, einen der polnischen Sprache kundigen Mitarbeiter mit der Lektüre und eventuellen Citirung desselben zu beauftragen, so können wir auf Ihr gütiges Anerbieten nicht eingehen.

Herrn F. B. in der Bukowina: Sie sind mit Recht erzürnt darüber, daß die Gruppenpolitiker eigenmächtig über die Bukowina verfügen, d. h. dieselbe ohne weiters mit dem Königreich Galizien staatsrechtlich verbinden wollen. Eine solche Verschmelzung ist weder durch die Bevölkerungsverhältnisse, noch durch die Geschichte irgendwie angezeigt oder gerechtfertigt; man könnte dafür höchstens den Verlichtheitsgrund anführen, daß die Bukowina neben Galizien liegt und von den übrigen Ländern der lächerlicherweise sogenannten Westhälfte des Reiches, Cisleithaniens weit entfernt ist. Nicht zu verkennen ist allerdings, daß durch dieses Lokalverhältniß gemeinsame Interessen der Bukowina mit Galizien geschaffen werden, und daß die weit vorgeschobene isolirte Position des kleinen Landes mancherlei Schwierigkeiten erzeugt. Dessenungeachtet begreifen und billigen wir es, daß Sie mit eblem Eifer für die Selbständigkeit der Bukowina einstehen und die direkte Verbindung derselben mit dem Reiche wollen. Diesen Theil Ihres uns gütig eingesandten Aufsatzes würden wir gern abdrucken. Wir anerkennen auch vollkommen, daß die Bukowina vorzugeweise der klassische Boden der Geschichte des rumänischen Volkes ist, und wir finden es natürlich, daß die überwiegend rumänische Bevölkerung lebhafteste Sympathien für den aufstrebenden romanischen Nationalstaat hegt. Bei der Darstellung dieses Verhältnisses ziehen Sie aber Konsequenzen und fassen Perspektiven ins Auge, die es uns unmöglich machen, Ihren Aufsatz zu veröffentlichen.

Frau Gräfin Ch. D. hier: Näheres über die Lebensverhältnisse des kroatischen Bischofs Strossmayer, als in „Ueber Land und Meer“ enthalten ist, wissen wir nicht, wollen aber über die von Ihnen angedeuteten Verhältnisse Erkundigung eingiehn und werden uns beeilen, Ihnen das, was wir glaubwürdig erfahren, mitzutheilen. Wenn es darnach ist, werden wir es vielleicht öffentlich bekannt geben. Sie sind mit der Annahme, daß die Biographie in dem genannten Blatte von uns ausgegangen, im Irrthum. Bloß durch das große allgemeine Interesse, welches der freisinnige und muthige Bischof erregt, haben wir uns veranlaßt gefühlt, unsere Leser auf dessen Biographie aufmerksam zu machen. Der Verfasser derselben ist aber wirklich ein namhafter österreichischer Schriftsteller und Dichter, dessen Namen Sie gewiß kennen, den wir aber, weil er sich selber nicht genannt hat, nicht nennen dürfen. Für das überaus gütige Wohlwollen, welches Sie uns bei diesem Anlaß kund gegeben haben, sagen wir Ihnen freudigen Herzens den innigsten Dank.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: **Franz Schusella.**

Die Redaktion befindet sich: **National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.**

Administration: Laborstraße Nr. 52.

Druck von H. v. Walbheim.

Die Reform.

No. 17.

Wien, den 28. April 1870.

IX. Jahrgang.

Thesen zur Situation und Aktion.

Es ist die höchste Zeit, daß Ernst gemacht werde, damit die Situation sich kläre. Es muß entschiedener Ernst gemacht werden mit einer Ausgleichsaktion, sonst sinken die kaum etwas aufgefrischten guten Hoffnungen abermals nieder, und erheben sich übermüthiger wieder die bösen Tendenzen und Erwartungen.

Die guten Hoffnungen bestehen darin, daß es bei ernstem aufrichtigen Willen gelingen werde, Oesterreich in freier Weise, zur Befriedigung aller Völker zu einigen und so ein Völkerreich fest zu konstituiren und dauernd zu erhalten, welches einen hohen Kulturberuf zu erfüllen hat. Die bösen Tendenzen und Erwartungen zielen dahin, diese freie Einigung zu vereiteln, die Völker nicht zu befriedigen, sondern immer mehr aufzureizen, dadurch eine Katastrophe herbeizuführen und der habsburgischen Monarchie ein Ende zu machen.

Die nationale Opposition will Oesterreich erhalten, sie erkennt und bekennet, daß dieser Staatenverein zur Erhaltung der Selbständigkeit der einzelnen Völker, für den Frieden, für die Kulturaufgaben Europas nothwendig ist. Die nationale Opposition ist aufrichtig österreichisch gesinnt, sie steht auf dem wahren österreichischen Standpunkt, sie will eine wirklich österreichische Politik. Dagegen ist eine Partei thätig, welche sich zwar scheinbar mit einem privilegierten Oesterreichthum brüstet, aber in ihrem Grund und Wesen, in ihrem Sinn und Herzen, in ihren Absichten und Zielen nicht mehr österreichisch ist. Sie hält an undurchführbaren Otkrohirungen fest, um den Beweis zu liefern, daß Oesterreich unmöglich sei. Diese Partei will den Völkern Gewalt anthun, um sie zu Gewaltthaten zu reizen und einen Revolutionskampf herbeizuführen, welchen Oesterreich nicht mehr überstehen könnte. Dann soll eintreten, was diese falsche Partei wünscht, es sollen die Nachbarmächte erklären: Oesterreich ist unmöglich geworden, seine Zeit ist vorüber, es ist nicht mehr eine Stütze, sondern eine beständige Bedrohung des allgemeinen Friedens, es muß aufgelöst und getheilt werden. Auf dieses Ziel arbeitet die bezeichnete Partei hin, denn sie will kein Oesterreich, es liegt ihr an Oesterreich nichts mehr. Mit Phrasen schwärmt sie zwar noch für Oesterreich, aber sie kennzeichnet diese Gleißnerei selber mit dem Wortspiel: „Wer sagt, daß ihm an Oesterreich etwas liegt, der lügt.“ Diese lügnische Partei arbeitet so, als ob sie im Solde der Feinde Oesterreichs

stünde; sie arbeitet zunächst, zumeist und mit vollem Bewußtsein für Preußen und dann, ohne es zu wissen und zu wollen, für Rußland und Italien.

Und diese Partei hat man nun seit zehn Jahren in Oesterreich herrschen lassen und man scheint auch jetzt noch nicht den Muth zu haben, sich von ihr zu emanzipiren, obwol man mit jedem Tage sieht, wie das herrschsüchtige Treiben dieser Partei Oesterreich dem Zerfalle immer näher bringt.

Mit dieser Partei muß Ernst gemacht werden, dann wird sie klein beilegen. Sie ist übermüthig geworden, weil sie seit zehn Jahren sieht, daß die höchsten Autoritäten nach ihrem Lobe geizen und vor ihrem Tadel zittern. Diese Partei ist nur muthig, wenn die andern feig sind. Sie ist nur einer schwachen Regierung gegenüber feck und frech, vor einer starken krümmt sie servil den Rücken. Dieser Partei muß das Handwerk gelegt werden, denn unter ihren Händen würde Oesterreich sicher zu Grunde gehen.

Diese Partei spottet darüber, daß die Regierung kein Ausgleichsprogramm habe. Es ist aber jedem Verständigen einleuchtend, daß ein gemeinsames Ausgleichsprogramm aus den einzelnen Parteiprogrammen vereinbart werden muß. Solche Parteiprogramme liegen vor. Es hat zuerst die Regierung und mit ihr die Verfassungspartei eben die Dezemberverfassung; Böhmen und Mähren haben ihre Deklaration; Galizien hat seine Resolution; für Krain und Tirol liegen ähnliche Programme vor; auch für Dalmatien hat die nationale Partei das Programm aufgestellt, und dazu liegt in dem Antrage Petrino's noch der Fingerzeig zu einer allgemeinen Verständigung. Diese Parteiprogramme sollen ausgeglichen werden. Dazu sind Vorverhandlungen, wenn nicht absolut nothwendig, so doch gewiß sehr nützlich, um sich in vorhinein wenigstens über die Hauptpunkte zu einigen. Die erste Frage an die zur Vorverhandlung zusammentretenden Patrioten muß nun gewiß sein: Wollt ihr den Ausgleich, die Versöhnung, die freie Einigung und durch sie die Erhaltung Oesterreichs? Wenn Ja, so müßt ihr einsehen, daß jedes der einzelnen Programme nicht für sich zur Geltung gelangen kann, sondern daß aus allen ein gemeinsames Programm vereinbart werden muß. Dazu ist aber nach dem Begriff und Zweck eines Ausgleichs nothwendig, daß hier etwas zugegeben, dort etwas abgesehen werde. Nur so kann ein Ausgleich gelingen; so muß er aber auch gelingen. Wenn nun ein Wiener Blatt vorausverkündet, daß kein Deutscher in die Notabelnversammlung eintreten werde, weil die Notabeln der Deutschen im Reichsrathe saßen, so ist das entweder Blödsinn oder Verrath an Oesterreich.

Man hat wieder ein Wort gewählt, um Verwirrung und Zwietracht zu stiften. Wie man in wahrhaft kindischer Weise das Wort Föderalismus perhorreszirt, obwol man sachlich mitten im Föderalismus, nämlich im Ausgleich mit Ungarn drin ist, so wird jetzt das Wort „staatsrechtlich“ als Schreck- und Aufreizmittel gebraucht. Es gibt keine staatsrechtliche Frage, also keinen staatsrechtlichen Ausgleich, heißt es, sondern nur eine Autonomieverweiterung und Nationa-

litätenbefriedigung. Wahrhaft lächerlich! Alles was für diese Erweiterung und Befriedigung geschieht, ist ja doch gewiß auch staatsrechtlich. Doch man will Böhmen treffen, man will kein böhmisches Staatsrecht anerkennen. Aber der Kaiser soll und will ja doch als König von Böhmen gekrönt werden. In der Krönung liegt aber schon die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes, und damit diese Krönung auch nur in der herkömmlichen Weise stattfinden kann, muß der Krönungs- und Hulbigungseid vereinbart werden. Das kann aber nur zwischen dem König und dem böhmischen Landtag geschehen; da gilt kein Diktat der Regierung oder des Reichsrathes, es muß ein freier Vertrag geschlossen werden.

Mit der Auflösung der sämmtlichen Landtage und dadurch des Reichsrathes soll nicht länger gezögert werden, denn wenn in irgend einem Falle, so ist in der jetzigen Lage Oesterreichs die Appellation an die Bevölkerung ein kategorisches Gebot des konstitutionellen Prinzips.

Die Neuwahlen müssen nach der bestehenden Wahlordnung vorgenommen werden, weil sonst eine neue Wahlordnung ottrohirt werden müßte, jede Ottrohirung aber sorgfältig zu vermeiden ist.

An die Landtage wird die Regierung in Gemäßheit der in den Vorverhandlungen erzielten Einverständnisse ihre Vorlagen bringen. Auch an die Landtage wird die ernste Frage ergehen: Wollt ihr den Ausgleich, die Versöhnung, die freie Einigung, die Erhaltung Oesterreichs? Sie werden mit Ja antworten und dann die Pflicht erfüllen, durch welche die Realisirung dieses Ja allein möglich ist.

Zur definitiven Vereinbarung der Gesamtverfassung muß ein Reichsrath ad hoc einberufen werden. Das geschieht ganz auf verfassungsmäßigem Wege, denn nach der bestehenden Verfassung hat der Kaiser in jedem Momente das Recht einen außerordentlichen Reichsrath einzuberufen, so oft ein außerordentliches Anliegen es nothwendig macht. Im höchsten Grade nothwendig ist es aber gewiß, um endlich eine definitive Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse herbeizuführen. Vor diesen Reichsrath wird die Regierung die nach den Landtagsvoten formulirten Anträge bringen, und er wird sie unter dem ernstesten Eindruck derselben Frage zu erledigen haben, von welcher die Existenz Oesterreichs abhängt. Der von allen Völkern beschiede Reichsrath wird diese Anträge günstig erledigen, denn ein wirklicher, ein wahrhaft konstituirender Reichsrath kann das Reich nicht preisgeben.

Die Verfassungstreuen steifen sich auf die direkten Wahlen. Sie haben dabei den Vortheil, freisinnig zu erscheinen. Nun ja wol, direkte Wahlen sind ein Postulat der Freiheit. Da man aber auf dem Boden der Verfassung stehen bleiben, Aenderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege vornehmen will, so darf man den Landtagen gegen ihren Willen das verfassungsmäßige Recht, die Reichsvertretung durch Delegationen zu bescheiden nicht nehmen. Sollen direkte

Reichsrathswahlen eingeführt werden, so kann das nur durch freie Vereinbarung mit den Landtagen geschehen. Das ist ein Gebot der Verfassungstreue. Die nichtdeutschen Königreiche und Länder wollen solche Wahlen nicht, denn das projektirte Volkshaus würde den Centralismus repräsentiren und die offene Tendenz haben, die Landtage nach und nach zu absorbiren. Aber auch die Deutschen sollten ihr sogenanntes Volkshaus aufgeben, denn sie würden in demselben in allen nationalen Fragen majorisirt werden, mit vielen ihrer speziellen Anliegen von dem Votum Nichtdeutscher abhängig sein. Direkte, möglichst, ja ganz allgemein freie Wahlen für die Landtage; für die Centralvertretung aber das Delegationssystem — das entspricht den Wünschen und Interessen der Völker, der Konstitution und Geschichte Oesterreichs.

Die Verfassungstreuen fahren fort, ihr Publikum mit der Behauptung zu erschrecken, daß es sich jetzt um Sein oder Nichtsein der Verfassung an sich, d. h. um die konstitutionelle Freiheit handle. Das ist eine Lüge. Die konstitutionelle Freiheit soll nicht nur nicht aufgehoben, nicht beschränkt, sondern erweitert, ja erst recht lebendig gemacht werden, und es handelt sich in der jetzigen Krisis lediglich um die freie Vereinbarung des Verhältnisses der Königreiche und Länder zu einander und des Modus ihrer Vereinigung zu einer Gesamtheit, d. h. um die Konstitution des Reiches. Doch gehen wir auf das Freiheitsgeschrei der Verfassungstreuen ein, so müssen wir fragen, was hat denn die Bevölkerung von der bisherigen Verfassung, von dem Reichsrathe, von dem gewesenen Bürgerministerium für Freiheitsfrüchte empfangen? Die Antwort lautet: Einen so hohen Wahlszenus und einen so unfreien Wahlmodus, daß die Verfassung recht eigentlich als eine ständische, als die Herrschaft der Privilegirten bezeichnet werden muß, dann die Zinsenreduktion, durch welche so viele Familien, so viele Waisen schwer beschädigt worden sind, dann eine allgemeine drückende Steuererhöhung, dann die allgemeine Wehrpflicht, durch welche die ganze Bevölkerung bis auf die Frauenzimmer in die Solbatenuniform gesteckt wird, Oesterreich erst recht eigentlich zu einem Militärstaat gemacht ist, und für alle diese Lasten nichts als ein polizeilich ängstlich beschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, eine sehr inkonsequente Pressfreiheit, das Schwurgericht lediglich als Privilegium einer einzigen Klasse der Staatsbürger und dann die vielgepriesenen sogenannt konfessionellen Gesetze, die nicht kalt und nicht warm, nicht Fisch und nicht Fleisch, nichts als Stück- und Flickwerk sind, und daher weit mehr geschadet, als genützt haben.

Es ist die höchste Zeit, daß Ernst gemacht werde mit dem Ausgleich, mit der freien Einigung des Reiches; dann erst wird die wahre allgemeine Freiheit lebendig werden und fruchtreich gedeihen können.

Die böhmische Frage.

Allgemein wird erkannt und zugestanden, daß die Verfassungskrisis in der böhmischen Frage gipfelt. Selbst diejenigen geben das zu, welche früher lange Zeit hindurch über das böhmische Volk, über das Königreich Böhmen, über die Wenzelskrone nur mit Spott und Verachtung gesprochen haben. Schon diese Anerkennung ist ein bedeutender Sieg der böhmischen Opposition. Wenn man sich erinnert, wie geringschätzend, wie wegwerfend von Seite der frühern Regierung und des Reichsrathes die böhmische Frage behandelt worden ist, während sie jetzt im Vordergrund steht und selbst von den grimmigsten Gegnern mit Respekt betrachtet wird, so muß man erkennen, daß das böhmische Volk durch seine standhafte Ausdauer und imponirende Einigkeit bereits einen wichtigen Erfolg errungen hat. Gegenwärtig hat die böhmische Frage für Oesterreich genau dieselbe verhängnißvolle Bedeutung, welche vor dem Jahre 1867 die ungarische Frage gehabt hat. Und das ist auch ganz sach- und naturgemäß, denn das Königreich Böhmen hat auch genau dieselben nationalen und historischen Rechte wie das Königreich Ungarn und es ist für die Machtstellung des Gesamtreiches mindestens ebenso wichtig wie Ungarn.

Die Wichtigkeit Böhmens wird anerkannt, man weiß alles das, was das Reich aus Böhmen bezieht, sehr gut zu schätzen. Aber gerade deshalb will man dieses starke und reiche Land nicht autonom werden lassen, man will es gleichsam beständig unter Kuratel halten, um über dasselbe nach Gutdünken verfügen, es ausbeuten zu können.

Früher behaupteten die Dezembristen, daß es überhaupt gar keine böhmische Frage gebe; gegenwärtig anerkennen sie zwar eine solche Frage, jedoch nur in Betreff einer Autonomieerweiterung, keineswegs in staatsrechtlichem Sinne. Es gibt kein besonderes böhmisches Staatsrecht, sondern in der Dezemberverfassung allein ist das Staatsrecht aller zisleithanischen Länder enthalten, so behaupten die Dezembristen, gerade so wie sie früher als Februaristen behauptet, daß es kein ungarisches Staatsrecht gebe, sondern das Staatsrecht für alle Länder der Monarchie in dem Februarpatente enthalten wäre. Februaristen und Dezembristen brüsteten und brüsten sich als Freiheitshelden, und dabei wollten und wollen sie ganze Völker nach dem Kriegerechte behandeln, die Verwirklichungstheorie geltend machen. Diese neuen freien Oesterreicher wollen das böhmische Volk für die vor zweihundertfünfzig Jahren gemachte Revolution jetzt durch die Vernichtung der staatsrechtlichen Selbstständigkeit des Königreichs Böhmen bestrafen, während der als Tyrann verrufene Kaiser Ferdinand II. zwar die böhmische Revolution im Blute ersticht, das Staatsrecht des Königreichs Böhmen aber nicht vernichtet, sondern feierlich anerkannt hat.

Mit Böhmen ist kein Ausgleich möglich, rufen die Dezembristen, und zwar in einem Tone, als ob sie es bedauerten, während doch nur sie selber diesen Ausgleich unmöglich machen. Er ist und bleibt unmöglich, wenn das böhmische Staatsrecht nicht anerkannt wird; also liegt es ganz und gar in der Hand der Dezembristen, den Ausgleich mit Böhmen möglich zu machen. Aber sie wollen dem Königreich Böhmen keine staatsrechtliche Selbständigkeit gewähren, und zwar ganz besonders gerade diesem Lande nicht; lieber jedem andern, am liebsten noch dem Königreich Galizien.

Daraus ersieht man schon, daß die Motive, welche die Dezembristen gegen Böhmen anführen, größtentheils nur fingirte sind. Sie sagen, Böhmen dürfe keine staatsrechtliche Sonderstellung haben, weil sonst die Machtstellung des Reiches beeinträchtigt, ja zertrümmert werden würde. Und doch haben dieselben Dezembristen die Nothwendigkeit der Anerkennung des ungarischen Staatsrechtes erkannt und müssen zugestehen, daß durch die Versöhnung mit Ungarn das Gesamtreich von einer schweren Schuld, von einer beständig ängstigenden Gefahr befreit worden ist; und doch sind sie nicht abgeneigt, auch dem Königreich Galizien eine staatsrechtliche Sonderstellung zu gewähren. Wie nun das wirklich ganz souverän gewordene Ungarn in gesetzlich festgestelltem Maße für die Bedürfnisse des Gesamtreiches beiträgt, und wie das privilegierte Galizien das gleiche thun würde, so könnte doch gewiß auch das staatsrechtlich selbständige Königreich Böhmen wie bisher seine Pflichten gegen das Gesamtreich erfüllen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß es dies mit größerer Hingebung und Opferwilligkeit thun würde. Die Dezembristen sagen auch, daß die Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege im großen und ganzen einheitlich centralisirt sein müsse, weil sonst die Staatsfunktionen in Verwirrung und Collisionen gerathen, Ungleichheiten im Rechte und in der Freiheit eintreten würden. Aber diese uniforme Centralisation ist nach dem Zeugniß der Geschichte eine Erfindung des Absolutismus, sie ist überall dem absolutistischen Allmachtsgelüste und der bureaukratischen Bequemlichkeit zulieb eingeführt worden und sie hat überall die Freiheit nicht gefördert und garantirt, sondern beeinträchtigt und bedroht. Alle wahrhaft freisinnigen Politiker haben zu Gunsten der Freiheit nach Decentralisation gestrebt. Aber unsere Verfassungsoorthodoxen wollen eben die parlamentarischen Erben des sich in Allwissenheits- und Allmachtsdübel brüstenden Absolutismus und Bureaukratismus sein.

Der eigentliche wahre Grund ihrer Feindseligkeit gegen das Königreich Böhmen ist aber die Nationalität. Die Dezembristen verspotten und verdammen zwar die Nationalitätspolitik, üben sie aber selber in fanatischer terroristischer Weise. Da sagen sie zuerst, Böhmen dürfe keine staatsrechtliche Selbständigkeit erlangen, weil sonst die Deutschböhmen in ihrer Nationalität gefährdet sein würden. Also weil die Verfassungstreuen in einer an der geistigen Kraft des Deuththums verzweifelnden Weise fürchten, daß in einem selbständigen Böhmen die

Deutschen von den Slaven unterdrückt werden könnten, so wollen sie es durch künstliche und gewalthätige Mittel dahin bringen, daß in Böhmen die Minorität über die Majorität herrsche. Und das nennen sie einen Rechts- und Freiheitsstaat! Nun wird sich aber kein Deutscher von echtem Nationalbewußtsein der beschämenden Furcht hingeben, daß die deutsche Nationalität in Böhmen und Mähren jemals unterdrückt werden könnte. Die Deutschen in diesen beiden Ländern sind so zahlreich, sie haben so günstige Positionen inne, sie sind zu einem so starken Nationalbewußtsein erwacht, sie sind durch die praktischen Lebensverhältnisse und durch den Zusammenhang mit der großen deutschen Nation so sehr privilegiert und geschützt, daß sie gewiß und wahrhaftig nichts zu fürchten haben. Im Gegentheil sind die Slaven, obwol sie die Majorität bilden, durch die örtliche und politische Lage, durch die Bedürfnisse des sozialen, industriellen und kommerziellen Verkehrs in ihrer Nationalität beständig gefährdet. Abgesehen von diesen natürlichen Verhältnissen kann und soll aber noch durch ein Nationalitätengesetz die Stellung der Deutschen in Böhmen und Mähren vollkommen gesichert werden, und da überdies auch in einem selbständigen Königreich Böhmen jedes Gesetz von der Sanktion des Monarchen abhängen wird, so kann mit Sicherheit erwartet werden, daß die Deutschen im schlimmsten Falle beim Monarchen Schutz finden werden, daß dieser kein die deutsche Nationalität gefährdendes oder verletzendes Gesetz sanktioniren wird.

Doch die Nationalitätspolitik der dezembristischen Deutschen hat in Betreff Böhmens Ziele, welche über das Verhältniß der Deutschböhmen hinausreichen. Die Dezembristen betrachten Böhmen als ein deutsches Land, als deutschen Boden, als ein Eigenthum der deutschen Nation. Deshalb wollen sie diesem Königreiche keine staatsrechtliche Selbständigkeit zuerkennen. Dem Königreich Galizien, so sagen die Dezembristen, können wir eine Sonderstellung gestatten, denn in diesem Lande haben wir keine deutschen Interessen zu vertreten; Böhmen aber hat immer zum deutschen Reiche und zuletzt auch zum deutschen Bunde gehört und deshalb muß es mit den andern Ländern, die in derselben Verbindung gestanden, verschmolzen und dadurch für die eventuelle Wiedervereinigung mit Deutschland präparirt werden.

Damit zeigen die Dezembristen so recht ihre widerspruchsvolle Politik. Den Czechen werfen sie mit Spott und Verachtung vor, daß sie sich mit ihren Ansprüchen auf längstvergangene Zeiten berufen, auf das historische Recht pochen, welches für die Gegenwart und Zukunft keine Geltung hätte; sie selber aber holen ihre Herrschaftsansprüche aus der längstvergangenen Zeit der Herrlichkeit des heiligen römischen Reiches deutscher Nation und wollen ein historisches Recht dort geltend machen, wo die Geschichte selber diesem Rechte wirklich ein Ende gemacht hat. Angenommen selbst, daß Böhmen ganz im Sinne der Dezembristen zum deutschen Reiche gehört hätte, so ist doch bekanntlich dieses deutsche Reich aufgelöst und nicht wieder hergestellt worden. In Folge dieser Auflösung wurden

die Theile des ehemaligen Reiches selbständige Staaten, wurden selber souveräne Reiche. Dies mußte aber selbstverständlich bei Böhmen umso mehr der Fall sein, als dieses Land schon in der Verbindung mit Deutschland ein selbständiges Königreich war. In dem Augenblicke, wo das deutsche Reich aufhörte, hörten natürlich auch alle Verhältnisse auf, in denen Böhmen zu diesem Reiche gestanden, in dem Augenblicke, wo kein deutscher Kaiser mehr existirte, gab es selbstverständlich auch keinen böhmischen Lehensträger eines solchen Kaisers mehr. Unsere Dejembristen wollen aber die Rechtsnachfolger der deutschen Kaiser sein, was schon an und für sich höchst lächerlich ist, ganz besonders aber auf Seite derjenigen, welche sonst jedes historische Recht so gründlich verachten und so cynisch verspotten.

Durch die Auflösung des deutschen Reiches wurde Böhmen nach dieser Richtung hin vollkommen frei. Der letzte deutsche Kaiser hatte nach der Niederlegung der deutschen Krone über Böhmen kein anderes Recht als dasjenige, welches er von seinen Vorfahren auf dem böhmischen Königsthronen geerbt hatte in Folge des bilateralen Vertrages, welchen die böhmische Nation mit dem österreichischen Herrscherhause abgeschlossen. Dieses Rechtsverhältniß war in Folge unglücklicher gewalthätiger Ereignisse sehr getrübt, d. h. das Recht des Königreiches Böhmen gegenüber seinem Könige war im Widerspruche mit dem ursprünglichen Vertrage sehr beschränkt, doch in Bezug auf Deutschland hatte das keine Wirkung, weil eben ein deutsches Reich nicht mehr vorhanden war. Wäre dieses Reich wiederhergestellt worden, so hätte behauptet werden können, daß auch das Verhältniß Böhmens zu demselben wieder in Kraft getreten wäre; aber einer ganz neuen, von dem ehemaligen Reiche wesentlich verschiedenen deutschen Staatsgestaltung konnte Böhmen rechtlich nur in Folge seiner freien Einwilligung eingefügt werden. Es war daher die Einverleibung des Königreiches Böhmen in den deutschen Bund lediglich ein Akt der absolutistischen Willkür und Eigenmacht, und konnten daraus für das Königreich Böhmen keine Rechtsverpflichtungen entstehen. Nun ist aber auch der deutsche Bund aufgelöst, ist Oesterreich von Deutschland gänzlich getrennt, und es müßte daher Böhmen, selbst wenn es mit dem deutschen Bunde wirklich rechtlich d. h. durch freie Einwilligung verbunden gewesen wäre, jetzt wieder als vollkommen unabhängiges Königreich betrachtet werden. Daher ist es abermals im höchsten Grade lächerlich, wenn die Dejembristen sich als Rechtsnachfolger des deutschen Bundes betrachten und als Mandatäre eines künftigen neuen deutschen Staatsgebildes das Königreich Böhmen für dasselbe in Bereitschaft halten wollen.

Die Verbindung Böhmens mit Deutschland ist aber auch niemals eine solche gewesen, wie die Dejembristen es annehmen und für ihren herrschsüchtigen Zweck geltend machen wollen. Böhmen ist niemals eine Provinz Deutschlands, es ist in keinen der Kreise des Reiches eingezogen gewesen und auch nicht für sich als eigener Reichskreis betrachtet worden, sondern es hat immer den allge-

mein anerkannten Rang eines selbständigen Landes gehabt, und als solches mit Deutschland in vollkommener Gleichberechtigung Verträge geschlossen und Kriege geführt. Im Laufe der Zeiten kamen die Beherrscher Böhmens zu den deutschen Kaisern in ein persönliches Lebensverhältniß, wie dies auch bei andern benachbarten Fürsten der Fall war, ohne daß deshalb die Länder derselben als ein Eigenthum der deutschen Nation betrachtet worden wären. Es gab allerdings eine Zeit, in der die deutschen Kaiser sich als Herren der ganzen Christenheit betrachteten und betiteln ließen; doch auf diese längstvergangene Zeit werden sich die Dejembristen von 1867 wol nicht berufen, weil sie sich sonst selber auslachen müßten.

Die alten Könige Böhmens haben in ihrem Verhältnisse zu Deutschland viel mehr Rechte als Pflichten gehabt, und die ganze Geschichte zeigt, daß die deutschen Kaiser und die deutsche Nation es nur sehr selten gewagt haben, die Selbständigkeit der Krone Böhmen anzutasten, und daß die Böhmen jede solche Anmaßung mit Kraft und glücklichem Erfolge zurückgewiesen haben. Sie haben in der Verbindung mit dem deutschen Reiche ihre Selbständigkeit gewahrt, und das thun sie jetzt in der Verbindung mit Oesterreich und würden es in jeder andern Verbindung thun. Sie erklären offen: „In welche Verbindung unser Land immer kommen möge, so werden wir mit Gut und Blut dafür einstehen, daß es eben ein selbständiges Königreich bleibe.“ Und dazu sind die Böhmen vollkommen berechtigt und heilig verpflichtet durch die glorreiche Geschichte ihres Landes und Volkes. Wenn Böhmen ganz slavisch wäre und in eine slavische Staatenverbindung käme, so hätten die Böhmen das Recht und die Pflicht, die Selbständigkeit des herrlichen und berühmten Königreiches zu wahren, die Geschichte desselben fortzusetzen. Und dieses Recht und diese Pflicht sollten auch die Deutschböhmen anerkennen und üben, selbst wenn Böhmen ganz deutsch wäre.

Man droht den Böhmen mit Preußen und Rußland, verkündet ihnen höhnnend, daß sie von ersterem germanisirt, von letzterem russifizirt werden würden. Doch man darf versichert sein, daß Preußen und Rußland, wenn sie das prächtige Königreich Böhmen erwerben könnten, die Selbständigkeit desselben gerade so feierlich anerkennen und garantiren würden, wie es das Haus Habsburg mit heiligen Eiden gethan, als es auf den ersehnten böhmischen Thron gelangte. Möglich, ja wahrscheinlich, daß auch die Preußen und Russen in der Folge den mit der böhmischen Nation geschlossenen Vertrag verlegen, die Absorbirung des Königreiches versuchen würden; aber dann würden sich auch ganz gewiß die Böhmen gegen die Preußen und Russen zu derselben Opposition erheben, in welcher sie jetzt gegen die Oesterreicher stehen.

Es kann möglich sein, das böhmische Volk zu unterjochen, ja auszurotten. Nun, wenn die Dejembristen den Sinn, das Herz, die Macht dazu haben, so mögen sie ihr Glück versuchen; aber dann dürfen sie sich nicht mit Freisinnig-

keit und Gerechtigkeit brüsten, sie müssen aufhören, von einem Rechts- und Freiheitsstaat zu deklamiren, sie müssen sich selber so nennen, wie die Geschichte sie bezeichnen wird, nämlich als despotische, tyrannische Völkermörder.

Schicksale des böhmischen Staatsrechtes.

Die Verfassungstreuen werfen der böhmischen Opposition höhrend vor, daß sie sich zur Begründung eines böhmischen Staatsrechtes auf die sogenannt verneuerte Landesordnung berufe, welche Ferdinand II. nach der Schlacht am weißen Berge mit Vernichtung der alten Rechte und Freiheiten des Königreiches Böhmen gegeben hat, und daraus ziehen sie verdächtigend die Folgerung, daß die Böhmen nicht den wahren volkrechtlichen Konstitutionalismus, sondern die altständische Verfassung wollten, somit reaktionäre Verfassungsfeinde wären. Nun ist es jedem Unbefangenen von selbst klar, und auch satzsam nachgewiesen worden, daß die böhmische Opposition die verneuerte Landesordnung nur deshalb zitirt, um zu zeigen, daß selbst Ferdinand II. nachdem er eine große böhmische Revolution, in der ihm die Böhmen einen Gegenkönig eingesetzt, mit Waffengewalt unterdrückt, das Königreich im vollsten Sinne des Wortes wieder erobert hatte, doch das alte Staatsrecht desselben nicht aufgehoben, sondern nur für autokratische Zwecke beschränkt hat.

Bisher hat man allgemein geglaubt, daß nach der Schlacht am weißen Berge die alte Staatsverfassung des Königreiches Böhmens sofort gänzlich aufgehoben, nicht wiederhergestellt, sondern im Jahre 1627 durch die verneuerte Landesordnung ersetzt worden sei. Nun bringt aber eine unter obigem Titel soeben in Prag bei Kreiřovský erschienene Broschüre von Dr. Hugo Toman über diesen Gegenstand eine sehr interessante Aufklärung. Dr. Hugo Toman liefert nämlich den urkundlichen Beweis, daß vor der Oktroirung der verneuer-ten Landesordnung der alte Rechtszustand in Böhmen wiederhergestellt, ja durch einen solennen Akt des Monarchen öffentlich anerkannt worden war. Es erscheint also die verneuerte Landesordnung als eine gegen das bestandene Recht und mit Hintansetzung aller gesetzlichen Formen dem Lande aufgenöthigte Oktroirung, welche daher kein rechtliches, sondern nur ein faktisches Verhältniß zwischen dem Lande und der Krone Böhmen herbeiführen konnte. Es können sich also die Böhmen über die verneuerte Landesordnung zurück auf ihre alte sehr freie Staatsverfassung berufen. Allerdings ist die oktroirte neue Verfassung Ferdinands II. in Kraft getreten, und die Mehrheit des böhmischen Volkes hat sich derselben gefügt; aber viele tausende von Patrioten haben dieses Gesetz nicht anerkannt, sondern sind lieber ausgewandert und im Exil gestorben, und die im Lande

geliebene Majorität und deren Nachkommen haben sich eben nur der Gewalt unterworfen, und es mußte daher, sobald die Freiheit wieder gegeben ward, auch das alte Recht wieder in Kraft treten.

Wir nehmen die bezügliche Stelle hier auf:

Die Wiederherstellung und Anerkennung der alten Landesverfassung Böhmens durch Kaiser Ferdinand II. (J. 1623.)

Als der Krieg in Ungarn durch einen Frieden mit Gabriel Bethlen beendet wurde, in Deutschland durch Tilly sämtliche Länder des Pfalzgrafen Friedrich besetzt, Mansfeld und Christian von Braunschweig aus dem Felde geschlagen worden waren, schrieb Ferdinand gegen Ende des Jahres 1622 in Deutschland einen Reichstag nach Regensburg aus, wo das pfälzische Kurfürstenthum an Bahern verliehen wurde.

Auf der Rückreise von Regensburg kam Kaiser Ferdinand das erstemal während seiner Regierung nach Prag.

Hier wurden von ihm vor Allem alle obersten und anderen Landesämter, insoweit sie erledigt waren, besetzt, so daß der Zeit alle Landesämter, bis auf das Oberstburggrafenamt, nachdem Adam von Sternberg, der bisherige Oberstburggraf, den Tag vor der Ankunft des Kaisers gestorben war, versehen waren.

Die Besetzung des Oberstburggrafenamtes unterblieb wol aus Rücksicht für den Fürsten Liechtenstein, der bei der Abreise des Kaisers Ferdinand II. abermals zum Statthalter bestimmt worden war und als solcher die Amtsthätigkeit des Oberstburggrafen mehr oder weniger übernahm; ferner wol auch aus Rücksicht für das nicht unbedeutende Einkommen des Oberstburggrafenamtes.

Daß dies die bewegenden Gründe sein mochten, warum das Oberstburggrafenamt unbesetzt gelassen wurde, erhellt auch aus dem Umstande, daß nach dem Tode des Statthalters Fürsten von Liechtenstein (12. Febr. 1627) sogleich (bereits am 22. Febr.) das Oberstburggrafenamt dem H. Adam von Waldstein verliehen wurde.

Mit Bestellung der Beamten traten natürlicherweise zugleich auch alle diese Landesämter in Wirksamkeit.

Darüber wurde auch mit dem Patente vom 15. Mai 1623 die Eröffnung aller noch geschlossenen Landes- und königlichen Gerichtshöfe, namentlich des oberen und niederen Landrechtes, des Kammer- und Hoflehngerichtes verordnet.

Die Abreise des Königs Ferdinand von Prag geschah jedoch so plötzlich, daß mehrere aus der böhmischen Hofkanzlei erlassene Patente das Datum des Tages der Abreise (15. Mai) tragen. Als Grund dieser Abreise wurde die Abhaltung des ungarischen Reichstages angegeben. Es scheint, daß Ferdinand zur Zeit dieser seiner Anwesenheit schon die Absicht hatte, einen Landtag in Böhmen zu halten, daß diese Absicht jedoch durch eine plötzlich eingetretene anderweitige Verhinderung, welche die Abreise des Königs zur Folge hatte, vereitelt wurde.

Dieser Schluß muß auch aus dem nachfolgenden öffentlich publizirten Schreiben des Königs Ferdinand (vom 15. Mai) gezogen werden, wo es heißt, daß Ihre Majestät nach Verrichtung einiger wichtigen Angelegenheiten im Reiche ihre königliche Residenz auf der Prager Burg aufgeschlagen habe und während dieses Aufenthaltes daselbst die Landesämter der obersten Beamten und Landrechtsbeisitzer, Rätthe des Kammer- und Hoflehnrechtes, welche erledigt waren, erneuert und nach fleißiger Erwägung seiner Rätthe besetzt habe.

„Nachdem jedoch,“ heißt es weiter, „Uns die Abreise in Unser Erzherzogthum Unterösterreich zur gänzlichen Beruhigung und Versicherung Unsers Königreichs Ungarn bevorsteht, haben Wir . . . Sr. L., . . . den Fürsten Karl von Liechtenstein . . ., Herzog zu Troppau . . ., zu Unserem Statthalter für die Zeit Unserer Abwesenheit . . . bestellt . . ., denn Wir sind gesonnen (na tom býti ráðíme), wieder hieher in dieses Königreich mit Hilfe Gottes zwischen dieser Zeit und nächst künftigen Wenzeslai zurückzukehren und um diese Zeit einen gemeinen Landtag ausschreiben zu lassen.“

Wer hätte wol damals geahnt, daß dieses öffentliche königliche Versprechen erst in fünfzehn Jahren und unter den traurigsten Verhältnissen eingelöst werden dürfte!

Noch Anfang 1624 wurde ernstlich wegen eines in Böhmen zu haltenden Landtags verhandelt. Es geht dies aus einem Briefe Königs Ferdinands vom 13. April an den Statthalter Liechtenstein hervor, demzufolge Paul Michna in dieser Angelegenheit nach Wien gesandt wurde, und dem König Ferdinand im Namen Liechtenstein's über „die Remedirung des allgemeinen Wesens und jetzigen üblen Zustandes in Böhme, welcher nothwendig auf einem öffentlichen Landtag zu traktiren und zu erörtern sein würde,“ Vortrag machte.

König Ferdinand antwortet darauf unter Anderem: Nun wissen Wir Uns zwar gnädigst zu erinnern, daß Wir bei jüngstem Unseren Ausbruch von Prag Uns sowol mündlich, als auch durch offene Patenta und nochmals durch Schreiben erklärt, daß Wir ehister Möglichkeit nach einen Landtag in gedachtem Unseren Erbkönigreich Böhme zu halten entschlossen.“ Als Grund, daß dies bis zur Stunde noch nicht geschehen sei, wird ferner der feindliche Einfall Bethen Gabor's angegeben, zuletzt resolvirt sich König Ferdinand „nochmals, zwischen hier und St. Simonis und Juda (28. Oktober) einstehenden Jahres Unsern getreuen Ständen des Königreichs Böhme auf Unserem königlichen Schloß Prag einen gemeinen Landtag ausschreiben zu lassen, und vor bemeldetem Termine zeitlich in Unser Erbkönigreich Böhme (sich) zu verfügen.“

In der Folge jedoch half man sich mit einer stereotypen Phrase über dieses königliche Versprechen hinweg.

In einem offenen Schreiben vom 22. Mai des Jahres 1622 macht der Statthalter über die Thätigkeit König Ferdinands in Prag bekannt, „daß Ihre Majestät bei Ihrem Aufenthalte in Prag die Ämter und Landesoffizien auf

hergebrachte Art und Weise erneuert, die obersten Landesbeamten und Landrechtsbeisitzer ernannt und als solche verkündet, auch das Kammer- und Hoflehnrecht mit königlichen Räten besetzt und zur Herstellung der Ordnung und des Rechtes die Rechtsordnung und den ordentlichen Prozeß (welche in Folge angeregter Rebellion ruhten und eingestellt waren, und die Einwohner dadurch an ihren Rechten und Gerechtigkeiten keinen geringen Abbruch leiden mußten) bei allen Gerichten, höheren und niederen, freigelassen habe, wie es das Patent vom Montage nach Cantate (13. Mai) ausführlicher enthalte. Obgleich demgemäß das Landrecht bei nächsten Quatembertagen, wie dies von alters her geschehen, anfangen und gehalten werden sollte, so könne dieses jedoch, einiger hindernden Ursachen halber, Kürze der Zeit und einiger Ungelegenheit der Stände und Einwohner, namentlich der häufigen Durchzüge des allda noch quartierten Militärs, nicht gehalten werden.“ Ferner wird zugleich das Landrecht bis zum nächsten üblichen Termin, dem Tag nach St. Hieronymi, verlegt, das Kammer- und Hoflehnrecht sollten jedoch zu den üblichen Terminen ohne Verzug eröffnet werden.

Nach dem Zeugnisse Paul Stála's von Bhoř wurde auch wirklich das St. Wenzeslai-Landrecht den Tag nach Hieronymi (2. Oktober 1623) angefangen und durch 14 Tage dem alten Herkommen und Ordnung des Landes gemäß gehalten.

Die Bedeutung dieser Thatsache mag durch das Ansehen und die Würde dieses obersten Gerichtshofes des Landes erwogen werden, zumal das Landrecht (zemský soud) in alten Zeiten mit dem Landtage eine und dieselbe Versammlung gewesen war, die erst bei fortschreitender staatlicher Entwicklung in das Landrecht und den Landtag sich trennte. Dem Landrechte präsidirte der König selbst oder sein Statthalter, in Ermangelung beider der oberste Burggraf. Der König saß im Purpur auf dem Throne, der oberste Burggraf zu seinen Füßen mit einem Stabe in der Hand, der Oberstlandmarschall stand mit entblößtem Schwerte zur Seite des Thrones.

Zu beiden Seiten des Königs hatten die obersten Landesbeamten, denen hier der Sitz zustam, ihre Plätze nebst 12 Beisitzern aus dem Herren- und 8 aus dem Ritterstande.

Vom Landrechte gab es keine Appellation, und jederman, der im Königreiche ein erbliches Gut besaß, mußte auf die Citation vor's Landrecht sich stellen.

Dieser Pflicht konnte niemand, wes Standes er auch wäre, durch Privilegien der Könige oder sonst entbunden werden, da ja der König selbst, wie jeder andere Einwohner des Landes, diesem Gerichte sich unterwerfen mußte.

Bei diesem Landrechte sollten auf Befehl König Ferdinands alle jene Rechtsakte ohne Ausnahme, welche zur Zeit der Revolution bei demselben vorgenommen worden waren, null und nichtig erklärt und aus der Landtafel gelöscht werden.

Zu dieser Resolution, welche unter dato: Wien, den 20. September 1623 ausgefertigt wurde, wählte der König den Herrn Friedrich von Talemberg und den Ritter Přibit Jenišel von Újezd dem Landesgebrauche vollkommen gemäß zu Relatoren (Boten zur Landtafel), durch deren Relation diese Urkunde bei dem Landrechte am 9. Oktober 1623 an der Spitze eines neuen Landtafelquaternes einverleibt wurde, durch welche Eintragung öffentlichen Urkunden überhaupt Gesekskraft verliehen wurde.

Diese Resolution König Ferdinands enthält die wichtigste Erklärung dieses Königs bezüglich der alten Landesverfassung Böhmens, welche bis jetzt noch nirgends geltend gemacht wurde.

Den staatsrechtlich wichtigen ersten Abschnitt derselben und Schluß theilen wir hier wortgetreu mit:

„Ferdinand der Ander, von Gottes Gnaden erwählter römischer Kaiser, König von Ungarn und Böhmen x.

Wir fügen euch gnädigst zu wissen, welcher gestalt Wir jederzeit alles Fleißes väterliche Sorge getragen, damit alles das, was zur Zeit der nunmehr verwichenen, durch Gottes Gnade gedämpften in Unserm Königreich Böhme, auch andern Unsern Landen von etlichen aufrührerischen, unfriedsamen und meineidigen Unsern unterthänigen Inwohnern erwähnt Unseres Königreichs Böhme entstandenen Rebellion, nachfolgendes bei ihrer unordentlichen Verwaltung und des Friedrichs Pfalzgrafens Einführung ins Land vorgenommen, unordentlich gerichtet und vollzogen worden, hinwiederum zu völligmäßiger Verbesserung und Emendierung durch Uns gebracht werden möge.

Inmassen Wir dann die in der allgemeinen Landesverwaltung, wie dann bei denen höheren Tribunalien Unseres Königreichs Böhme durch obangeregte Auführer in solcher Zeit eingeführte treffliche Verwirrungen nunmehr alsbereit in vorigen Stand, löblichen Gebrauch, Observanz und Rechten Unseres Erbkönigreichs zu bringen, gnädigst nicht unterlassen haben.

Und demnach Wir vernommen, wie daß unter dem Titel des unordentlichen Königs Friederichs; ingleichen in größeren und kleineren Landrechtstitel durch die unordentliche Amtleute und Landrechtsbeisitzer in erwähnten Unserm Königreich, wie auch bei der Landtafel, als Unserer Vorfahren der Könige in Böhme jederzeit hochästimirenden königlichen und des Landes Kleinod zur Zeit gedachter Rebellion viel unterschiedliche Sachen vorgangen, gerichtet und der Landtafel einverleibt worden, wodurch das größere und kleinere Landrecht sammt der Landtafel bei solchen unordentlichen Verwaltungen mit unbilligen Sententien, Aussprüchen, Gerichtsladungen, Citationen, Testamenten, Vermächtnissen, Kontrakten, Cessionen, Heiratsgut, Schulden und Erbverschreibungen, wie auch in unterschiedlichen Sachen konzernirenden Relationen, Vormundschaften, Wider-

sprüchen, Rechtsführungen, Abschätzungen und andern vielfältigen Sachen, auf was Weise sie sich immer in bemeldter Landtafel befunden und gemeint werden mögen, besfleckt und bemakelt worden.

Wir aber sind nimmer gesonnen gewesen, und gedenken nicht, Unsern dieses Königreichs getreuen Unterthanen ihre Rechte zu vernichten oder zu verkleinern, sondern geruhen zu sorgen, damit mit Vorbehalt Unserer königlichen Gewalt und Macht und Unseres Erbrechtes alle Stände desselben Unseren Königreiches bei ihren Rechten und Gerechtigkeiten geschützt werden.

Derowegen Wir aus kaiserlicher und königlicher Macht als König zu Böhme, das größere und kleinere Landrecht sammt der Landtafel . . . von allen solchen Makeln reinigen und purgiren . . .

Damit nun aber solches gebührender Weise und Ordnung vollzogen werde, als verordnen Wir euch hiemit zu Relatoren zur Landtafel, gnädigst befehlend, daß ihr euch sämmtlich dahin verfüget, diesen Unseren kaiserlichen und königlichen rechtmäßigen Willen denen . . . Unteramtleuten bei selbiger Landtafel beibringet, die obbenannte Sachen . . . vermög dieser Resolution aus bemeldter Landtafel und Starostenregister zu kassiren und auszulöschen anbefehlet.

. . . Und damit niemandem an seinem Recht und Gerechtigkeit hiedurch kein Schaden oder Nachtheil erfolge . . . (folgt die diesbezügliche Instruktion).

Und sollet diese Unsere gnädigste Verordnung künftiger Gedächtnuß halber der Landtafel in dem zu Verbesserung und Emendirung derselben absonderlichen aufgerichteten Quatern einverleiben lassen . . .

Geben in Unserer Stadt Wien den 20. Monatstag September Anno domini 1623, Unserer Reiche des römischen im vierten, des hungarischen im sechsten und des böhmischen im siebenten Jahr.

Ferdinand.

Edenco A. Poppl de Pobjowicz,
S. R. Bohemiae Cancellarius.

Man kann daher mit vollem Rechte behaupten, daß durch diese Resolution Ferdinands II. das alte böhmische Staatsrecht im Jahre 1623 rechtlich und faktisch anerkannt und wiederhergestellt worden ist. Mit Recht erklärt Dr. Hugo Loman in Betreff des in der Resolution ausgesprochenen Vorbehaltes des Erbrechtes und der königlichen Gewalt und Macht, daß nur der erste Punkt eine Neuerung feststellte. Das Haus Habsburg beanspruchte, auf Erbverträge gestützt, schon seit Ferdinand I. die Erblichkeit der Krone Böhmens, wogegen das Land protestirte. Nun hatten die Stände ihr Wahlrecht durch die Absetzung Ferdinands II. und die Einsetzung Friedrichs von der Pfalz in revolutionärer Weise ausgeübt, und es wollte daher der sieghafte Bezwinger der Revolution diesen bis dahin streitigen Punkt definitiv zu Gunsten der Dynastie entscheiden. Der

Vorbehalt der königlichen Macht und Gewalt verstand sich von selbst und war bei der Bestätigung der Rechte und Freiheiten der Länder überhaupt überall eine herkömmliche Formel.

Die Broschüre Dr. Hugo Toman's ist auch durch die weiteren urkundlichen Anführungen über die Zeit bis zur Ottrohirung der verneuertten Landesordnung und dann über diese sehr interessant und für alle, welche sich mit der entscheidend wichtigen böhmischen Frage ernsthaft beschäftigen, sehr empfehlenswerth.

Konziliar-Briefe.

Mögen unsere Leser unter dieser Ueberschrift nicht interessante und pikante Briefe über persönliche und sachliche Geheimnisse des römischen Konzils erwarten. In solchen Artikeln mit den Tagesblättern zu konkurriren sind wir nicht im Stande. Aber wir wollen unser Publikum, welches sich in ernster Weise mit den Gegenständen der Kirchenversammlung und überhaupt mit dem die Zeit bewegenden kirchlichen Kampfe beschäftigt, auf eine unter obigem Titel soeben in der Friedrich Beck'schen Buchhandlung hier erschienene und von dem anonymen Verfasser als „österreichische Staats- und Streitschrift“ bezeichnete Broschüre aufmerksam machen.

Es ist das ein sehr originelles und inhaltreiches Büchelchen, in welchem alle jetzt in der öffentlichen Debatte stehenden kirchlich-politischen Fragen mit Sachkenntniß, ja mit Gelehrsamkeit, aber auch mit scharfer Kritik und freimüthigem Humor besprochen werden. Und es ist nicht ein Laie, nicht ein Rezer oder gar ein Konfessions- und Religionsloser, der da spricht, sondern ein katholischer Priester, ein Seelsorger, ja ein Doktor der Theologie, und zwar ein österreichischer. Er sagt manches, was ihm ein Anathema zuziehen könnte, aber in seinem Bewußtsein und Gefühle steht er fest und treu auf dem Boden der katholischen Kirche. Diejenigen, welche jetzt gegen diese Kirche mit den schärfsten Waffen kämpfen, werden den Verfasser freudig als ihren Mitstreiter begrüßen; aber er ist nicht ihr Gesinnungsgenosse, denn er kämpft nicht gegen die katholische Kirche als solche, er will diese Kirche nicht erniedrigt oder gar gestürzt, sondern geistig gehoben und verherrlicht sehen, er ist religiös und kirchlich gesinnt und so sehr ein gläubiger Katholik, daß er seine Schrift mit den Worten schließt: „Mögen sie (die Bischöfe) irren, sie thun es ohne bösen Willen. Das Konzil aber wird nicht irren!“

Die Konziliar-Briefe sind nämlich an die in Rom versammelten Bischöfe gerichtet, gleichsam im Namen der katholischen Menschheit, ganz besonders aber im Namen des sogenannten niederen Klerus. Der Verfasser bespricht die Schule,

die Ehe, das Verhältniß zwischen Kirche und Staat, das Patrimonium Petri, die Unfehlbarkeit des Papstes, die Reform der gottesdienstlichen Ceremonien u. s. w. durchaus freisinnig und freimüthig, hier und da scheinbar keckerisch. Er ertheilt den Kirchenhäuptern strenge Mahnungen, bittere Vorwürfe, scharfe Zurechtweisungen, ohne jedoch in das Horn der konfessionslosen Kirchenstürmer zu blasen. Durchweg herrscht in der Schrift das Bestreben, das Weltliche von dem Geistlichen, das Gebiet der äußern Gewalt von dem Gewissensbereich zu trennen. Besonders interessant ist die Erklärung des Spruches: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.“ Der Verfasser hat wirklich eine Streitschrift geliefert, denn seine Thesen werden von den strengen Theologen scharf angegriffen werden, und wenn er dieselben im Konzil vortragen könnte, würden sie ohne Zweifel heftige Stürme hervorrufen. Das Büchelchen verdient aber auch den Titel einer Staatschrift, denn es enthält sehr gute praktische Lehren für die weltliche Regierung. Und es ist im vollsten Sinne des Wortes eine österreichische Schrift, denn ein guter Oesterreicher, ein katholischer Seelsorger gesunden Geistes und Herzens, wie deren Oesterreich vorzugsweise viele besitzt, bespricht mit echt österreichischer Offenheit, Gemüthlichkeit und Derbheit die kirchlichen Fragen, von denen Oesterreich eben jetzt mehr als irgend ein anderer Staat heftig bewegt wird. — Wir wollen einige Sätze zitiren. In Betreff der Schule und Ehe sagt der Verfasser unter anderem folgendes:

„Es ist fürwahr zum Lachen, daß Prinzipien, die auf dem Papiere standen, und nur von denen innerlich respektirt wurden, die sie auch respektirt hätten, wären sie auch nicht auf dem Papiere gestanden, daß solche Prinzipien durchaus vom Papiere nicht sollten weggewaschen werden, damit z. B. „die Oberaufsicht und Leitung der Volksschulen bis zur Universität hinauf unter dem Richte katholischer Wissenschaft die gedeihlichen Früchte bringen könne“ und „damit die Ehe unter Christen ihren sakramentalen Charakter bewahre.“ O der bedauernswerthen Verblendung, Dinge zu sehen, welche nicht sind, und Dinge nicht zu sehen, welche sind! Wie?! Ihr dürftet glauben, daß die Volksschulen seit Abschluß des Konkordats in konfessionell-katholischer Anschauungsweise und christlicher Erziehung jene schrecklichen, weil konkordatslosen Zeiten weit überholt hätten? oder daß die Volksschule je anders in Wirklichkeit sich gestalten könne, als durch die Elemente, die aus dem Seelsorger, aus dem Schullehrer und dem Gemeindevorstande entweder einheitlich oder vielfach gebrochen in sie hineinwirken und wieder, das Alles im guten oder bösen Sinne genommen, von der häuslichen Erziehung, im guten oder bösen Sinne lahm gelegt werden? — Zeiget sich hierin nicht ein bloßes Rechnen nach Schablonen, die nach Prinzipien, die so fest auf dem Papiere standen, zugerichtet sind? nicht ein völliges Verkennen der eigentlich bestehenden Faktoren, die im innersten Wesen aller Geseze spotten können, die aber freilich mit verschiedenem Erfolge, wieder trotz aller Geseze, dem Einflusse von Ideen ewig offen stehen?“

„Hinsichtlich des Satzes, der die „sakramentale“ Ehe angehet, möget Ihr in allen Euren Motivirungen ewig Recht behalten: Ihr habet doch ewig Unrecht in der Sache, um die es sich hier handelt.

Denn, das ist mein Satz, was gehet, strenge genommen, den „Staat“ eine so positiv-religiöse Sache an, die „Sakramentalität und ihre Folgen“ heiet? — Ich dächte, gerade so viel, wie die Nichtsakramentalität so vieler protestantischer und aller jüdischen Ehen. — Wenn Ihr hier mit mir nicht übereinstimmt, so geschieht es darum, weil Ihr nicht die freie, unabhängige Kirche im konfessionslosen Staate, sondern die herrschende Kirche wollet.

Ist es nicht sehr traurig, daß es scheinen muß, Ihr befürchtet, daß eine Menge faktisch bestehender Ehen aufgelöset würden? Und wird es damit nicht offenbar, daß Ihr der Ueberzeugung seid, die „nothwendige Folge der Sakramentalität“, nämlich die Unauflösbarkeit der Ehe, könne nur durch den Zwang des Staatsgesetzes aufrecht erhalten werden?

Was bloß aus Zwang geschieht, ist im Bereiche des Sittlichen subjektiv unsittlich; der Staat kann sich darum nicht bekümmern, weil sein Wesen auf den Zwang hingehen muß, will er sich selbst nicht aufgeben; die Kirche hält die ideale Norm in ihrer Predigt aufrecht, hat aber nur die Macht der Abstoßung und Ausschließung hinsichtlich der von ihrer Idee Abgefallenen, so weit das in die Außerlichkeit fällt.

Was Ihr in dieser Frage anstrebet, ist eben nur das Aufrechterhalten-Wollen des äußeren Zwanges für subjektive Unsittlichkeit, das nicht aus dem Vertrauen in die Freiwilligkeit, sondern aus der Befürchtung hervorgeht, daß eben die innerliche Religion in vielen Ehen ein frommer Wunsch sei! — Als wenn die Kirche durch unerbittliches Ausscheiden ihr absolut fremder Elemente, durch die faktische Verwerfung subjektiver Unsittlichkeiten, die sich in Kraft ihres Triebes von ihr abwenden, nicht unendlich größer dastünde, als durch Aufrechterhaltung eines Zwanges, der — einem fremden Elemente eigen ist.

Wenn Ihr Euch bemühen wolltet, die Sittlichkeit und die heilsamen Folgen der Zwangsbeichte bei Soldaten, Studenten u. s. w. gehörig zu taxiren, so dürfte ich hoffen, Euch verständlich geworden zu sein.

Freilich könnte Euch das „Tribentium“ mit seinen durch die damaligen Umstände bedingten Maßregeln gegen die heimlichen Ehen über die jetzt zu ergreifende Stellung das nöthige Licht aufstecken; aber Ihr und Viele mit Euch schwöret bloß auf seinen Buchstaben, sein Geist ist nicht über Euch gekommen.

Ueber die Nationalitätenfrage kommt folgende interessante Stelle vor:

„Ich habe nicht nothwendig, Euch zu Gemüthe zu führen, wie die Idee der Nationalität, so lange dieses Erdenleben nicht „überkleidet“ und die Entwicklung von „Babel“ her noch nicht abgeschlossen ist, eine ewige, wenn auch untergeordnete Bedeutung und Berechtigung habe. Dieser Berechtigung muß Genüge geschehen nach dem Gesetze, daß eben jede Nationalität die gleiche Berech-

tigung habe; und würde dieser Grundsatz nicht von befangener Einfalt und von politischen Schwindlern vielfach verlegt worden sein, so würde der andere Gedanke, nämlich der der Unterordnung unter ein höheres Prinzip nicht so mißachtet und verlassen worden sein, und würde nicht heutzutage mit der Nationalitätsfrage auf politischem Gebiete operirt werden können. Dem gewissenlosen oder in ein falsches Prinzip verrannten Staatsmanne waren von jeher die Leidenschaften des Volkes der willkommenste Hebel, die Pläne durchzusetzen, auf deren Fährte er eben angelegt und geworfen ist. Wie prächtig läßt sich da rechnen! wie leicht lassen sich da Dinge in Scene setzen, die man braucht! wie leicht wird da eine Rechtsfrage verwirrt, in ein falsches Licht gestellt, bei Seite geschoben, übersehen und vergessen! besonders wenn sich die Vertheidiger dieses Rechtes irgendwie — und das geschieht auf diesem Wege sehr leicht! — verhasst machen lassen! Welcher Hebel wäre hier wirksamer, als die Verlassung nationaler Antipathien! das lobert gleich auf! das zündet! — Am köstlichsten sind die Studien, die ein österreichischer Politiker hinsichtlich der untergeordneten Bedeutung der Nationalitätsfrage an deutschen Schädeln, d. h. an den Schädeln der deutsch sprechenden Oesterreicher machen kann. Kann es wohl etwas Komischeres geben, als einen Menschen zu sehen, der sich für einen „Kosmopoliten“ hält, während er in der österreichischen Frage der Gleichberechtigung der Nationalitäten der größte Fanatiker ist?! — Den Deutschen, besonders den Wiener Blättern, und gar erst den guten Wienern selbst passirt kein Unsinn häufiger, als der, daß sie z. B. die slavische Nationalitätsfrage, die Gleichberechtigungsfrage mit der politischen Frage, z. B. um die Rechte des Königreichs Böhmen, verwechseln, und aus der Antipathie der „Wiener“ gegen die „Tschechen“ Kapital für die „Verfassung“ schlagen! Hier ist der faule Punkt Eures Bündnisses mit den „Nationalen.“ Habet Ihr Sie nicht benützen wollen, um „Abstimmungen“ zu erhalten, die dem „Systeme“ günstig gewesen wären? Die Nationalen aber dachten, Euch, mit Euch den gesammten Klerus und den „konservativen“ Adel zu benutzen, und zwar nicht so sehr für die Gleichberechtigungsfrage, sondern für die politische Rechtsfrage. Die Ueberzeugung dürft Ihr mit ins Grab nehmen, daß die „Nationalen“, wenn sie das jetzige Ministerium gestürzt hätten, oder einmal werden gestürzt haben, hinsichtlich der „Trennung von Staat und Kirche“ eben so radikal entschieden hätten oder entscheiden würden, wie die jetzigen Machthaber. Das aber wird keine Ueberzeugung sein, über die Ihr ver zweifeln müßtet.

Und das mögen sich auch die guten „Deutschen“ in Oesterreich merken, die fortwährend für die „Verfassung“, insofern sie „der Freiheit eine Gasse“ bahnt, von Seite der „Nationalen“ das Schlimmste befürchten zu müssen glauben.

Ist es denn für Euch nicht höchst instruktiv, daß einer der größten Politiker Oesterreichs, Franz Palacky, in theologischer Beziehung ein ziemlich beschränkter „mährischer Bruder“ ist?“

Ueber das Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes heißt es:

„Zu diesem Sage, der von den Zeitungen vorzüglich hervorgekehrt, aber — man dürfte darauf große Summen wetten! — in der Regel nicht verstanden wird, bringe ich die Sentenz bei, daß es für den Theologen, abgesehen von einigen historischen Daten, höchst gleichgiltig sei, ob die Unfehlbarkeit des Papstes ausgesprochen wird oder nicht; wird sie aber ausgesprochen, so wird die bezügliche Form so vielen Verkläuserungen unterliegen, daß die Dinge durchaus beim Alten bleiben. Man sehe die erste beste Dogmatik an, und man wird finden, daß der römischen Traditions-Aussage, die durch die bezüglichen Päpste vertreten ist, eine solche Beweiskraft beigelegt wird und wirklich innewohnt, daß dieselbe niemals noch mehr entscheidender kann gedacht werden. Ebenso findet man, daß sich die Theologen für die Entscheidung von Glaubens- oder Glaubenswissenschafts-Streitigkeiten seit dem Konzile von Trient immer hauptsächlich auf die „vom apostolischen Stuhle“ censurirten Sätze bezogen und mitunter heftig gestritten haben, welche Auffassung der bezüglichen „Breven“ oder „Bullen“ die richtigste sei. — Es scheint mir darum sehr thöricht, wenn unverständige Zeitungsschreiber sich und ihr Lesepublikum über diese Frage zu sehr erhitzen.“

Wir schließen unsere Anzeige mit dem Wunsche, daß dieses originelle Buchlein viel gelesen werden, und daß es recht eindringende öffentliche Debatten hervorrufen möge.

Unsere Handelsmarine und die Plener'sche Verlassenschaft.

Im freundlichen Gegensatz zu einer von den Beamten des Handelsministeriums noch nicht ganz vergessenen Strafpredigt des letzten Handelsministers, worin er sie „mit schonender Allgemeinheit“ beschuldigt hatte, daß sie dem lieben Gott die Tage stehlen, fand sich Herr v. Plener vor vierzehn Tagen veranlaßt, eine Stunde menschlicher Nährung zu benützen, um denselben Beamten für die „jederzeit mit Eifer und Hingebung gewährte Unterstützung“ seiner Bestrebungen aufrichtigen und warmen Dank auszusprechen und die früherhin derb Abgelanzelten diesmal — wieder in schonender Allgemeinheit — um freundliche Erinnerung zu bitten. Mit diesen Worten segnete Dr. v. Plener als Handelsminister die Zeitlichkeit seines Portefeuilles, und die guten Werke, die er auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens gethan oder doch thun gewollt hat, gaben seinem Geiste das stille Geleite in die Ewigkeit der österreichischen Verwaltungsgeschichte. Je mehr Interesse Herr v. Plener für die Eisenbahnen hegte, desto erklärlicher mag es sein, daß er, trotz der Fahrt nach Suez, zu dem falschen Meere kein rechtes Vertrauen fassen konnte, denn das Wasser hat keine Schienen, und die

sem Minister wäre es schwerlich jemals eingefallen, die Auflösung eines selbständigen Marineministeriums zu befürworten. Nachdem es nun aber einmal dahin gekommen ist, daß die Leitung der Handelsmarineangelegenheiten wieder zu den Aenden des Handelsministeriums gehört, so können wir den Wunsch nicht unterdrücken, daß das Seewesen, das sich von Seite der österreichischen Journalistik durchschnittlich nur einer sehr geringen Beachtung zu erfreuen hat, künftighin in den offiziellen, dazu berufenen Kreisen eine umso wärmere Theilnahme finden möge. Der Umstand, daß die Plener'sche Verlassenschaft derzeit noch keinem Erben, sondern nur einem curator hereditatis übergeben wurde, könnte vielleicht geeignet sein, unserer kaufmännischen Welt, die an der Entwicklung der österreichischen Handelsmarine ein sehr naheliegendes Interesse hat, und dem gesammten Rheberstande die Besorgniß wachzurufen, daß in diesem Zweige der Volkswirthschaft vorläufig erst recht — nichts geschehen werde, denn man hat bei uns auf dem Gebiete des „provisorischen“ Regierens bereits die traurigsten Erfahrungen gemacht, und wenn sich der jetzige Leiter des Handelsamtes darauf kaprizirt, dem künftigen Minister nicht vorgreifen zu wollen, so wäre eine solche Entschuldigug der eigenen Thätlosigkeit mindestens keine unerhörte.

Glücklicherweise ist Herr v. Pretis in früheren Jahren dem Meere näher gestanden als Minister Plener; hoffen wir also, daß er es auch lieber gewonnen hat als dieser, und daß er seine alten Beziehungen zum Marinewesen jetzt nicht verläugnen will. Dann wird er sich nicht scheuen dürfen, auch als Mann des Provisoriums dasjenige, was bereits in der Ausführung begriffen ist, rasch der Vollendung zuzuführen, auf solche Angelegenheiten, die sich noch im Stadium der Vorbereitung befinden, ein scharfes Auge zu haben und mit der Nachholung des Versäumten unverzüglich zu beginnen.

Den Gesetzentwurf über die Aichung der Handelschiffe hat Herr v. Plener so weit gebracht, daß die Vorlage an den Reichsrath sofort bei dessen Wiederzusammentritt erfolgen kann, da sich die ungarische Regierung nach langer Ueberlegung mit diesem Gesetzesprojekte einverstanden erklärt hat. Das bisherige Aichungsverfahren bei uns ist so primitiv, daß die Schiffe vielleicht um 20% mehr an Tonnengebühren zu bezahlen haben als nach dem englischen Verfahren, dessen Prinzipien nun auch in Oesterreich-Ungarn adoptirt werden sollen und die überhaupt auf dem Wege sind, allgemein international zu werden.

Ueber einen anderen, sehr bedeutsamen Punkt der Legislation für das gemeinsame österr.-ungar. Handelsgebiet hat sich die Regierung in Pest noch nicht ausgesprochen. Wir meinen die Reform der Seeegesetzgebung in Hinsicht auf das Recht der Flaggenführung und auf die Anlegung eines Schiffsregisters, ohne welches es den Handelschiffen nicht gestattet sein soll, die österr.-ungar. Flagge zu führen. Das Bordurkundenwesen muß vereinfacht und dadurch die Last der Registergebühren erleichtert werden; der Registerbrief, welcher Schiff und Ladung deckt, darf nicht mehr — wie die bisherigen Schiffspatente — die

Natur eines Privilegiums haben, sondern nichts weiter sein als die Bestätigung, daß die gesetzlichen Bestimmungen, nach welchen ein Schiff zur Flaggenführung befugt sein soll, vollständig erfüllt seien. Wir wünschen, daß man die ungarische Regierung veranlassen möge, diesen Gegenstand nicht mit gewohnter Bequemlichkeit liegen und „dunsten“ zu lassen. Aber vielleicht erschöpft sie ihre ganze Zeit mit dem Studium der Frage über die Seeverwaltung von Fiume. Diese Verwaltung ist bekanntlich aus dem ungarischen Budget dotirt, doch steht die Disposition darüber noch immer der Wiener Regierung zu. Um einem so zwitterhaften Zustande ein Ende zu machen, soll mit Ungarn wegen Abtrennung der Fiumaner Seeverwaltung ein Uebereinkommen getroffen werden, dessen Entwurf Herr v. Plener schon vor geraumer Zeit nach Pest gelangen ließ, wo man sich in die Sache sehr vertieft zu haben scheint. Möglicherweise kommen dem ungar. Ministerium die Propositionen, deren Zweck es ist, die Einheit der österr.-ungar. Marine möglichst zu wahren, nicht ganz schmachhaft vor; möglich auch, daß man jenseits der Leitha vorerst auf die gänzliche Lösung der Militärgrenzfrage warten will, wobei Ungarn hoffen darf, auch außer Fiume noch ein Stück österreichischer Seeverwaltung zu verspeisen. So lange aber die Territorialfrage nicht definitiv ins Reine gebracht ist, wird sich allerdings nichts thun lassen, um den exekutiven Hafen- und Seediens bei den verschiedenen Hafendämtern und bei der Seebehörde in Triest dem Bedürfnisse entsprechend neu zu organisiren. Diese Dienstreform wird also eine Aufgabe der Zukunft sein.

Es darf mit Befriedigung konstatirt werden, daß Oesterreich in neuester Zeit Schulen gegründet hat, in denen man die niederen und höheren Kenntnisse für das Schiffsbauwesen erwerben kann. Daraus ergibt sich nun aber die Forderung, daß die Ausübung des Schiffsbaugewerbes in Oesterreich nicht länger der Verwilderung überlassen bleibe. Nicht als ob wir etwa das Konzessionsystem herbeiwünschten, allein bei der Wichtigkeit des Schiffbaues scheint es uns ein wohlbegründeter Anspruch zu sein, daß nur Derjenige zur Ausübung dieses Gewerbes berechtigt sein solle, der sich über die ordentliche Erwerbung der hiezu nothwendigen Kenntnisse ausweisen kann. Nicht minder angezeigt dürfte es sein, auch den Eintritt in eine gewisse Kategorie des Seemannsdienstes von der Ablegung einer entsprechenden Prüfung abhängig zu machen.

Was die Neugestaltung der keineswegs gleichgiltigen Vordisziplin oder Seemannsordnung betrifft, so wissen wir wohl, daß sich in dieser Beziehung nichts Entscheidendes thun läßt, bevor Oesterreich endlich ein kodifizirtes Privatrecht haben wird. Dieses Privatrecht, dessen sich Deutschland schon seit Einführung des allgemeinen Handelsgesetzbuches erfreut, ist in Oesterreich leider noch immer ein frommer Wunsch, dessen Realisirung freilich zunächst in den Ressort des Justizministeriums gehört. Aber mit der Verbesserung der Hafenpolizei braucht man auf Niemanden zu warten, und das alte Editto politico Maria Theresias hat in dieser Beziehung schon lange genug gelebt. Die Han-

Handelschiffahrt würde es als eine wahre Wohlthat empfinden, wenn in allen Häfen der Monarchie gewisse Polizeinormen beständen, welche unter sich und mit den analogen Einrichtungen des Auslandes im Einklange wären, womit selbstverständlich nicht ausgeschlossen ist, daß die lokalen Bedürfnisse jedes einzelnen Hafens die gebührende Berücksichtigung finden können und sollen.

Für die Verbesserung des Hafenbauwesens ist unseres Wissens noch gar nichts geschehen. Wir würden es aber als eine entschiedene Verbesserung begrüßen, wenn der ganze Hafenbaudienst, welcher derzeit von den politischen Bauämtern versehen wird, in die Leitung des Handelsministeriums gegeben würde. Schon im Interesse der Sparsamkeit. Man spart ja bei uns mit jedem Kreuzer, hat aber bis jetzt noch keine Lehre daraus gezogen, wenn tausende von Gulden für die Herstellung von Bauten zu Marinezwecken vergeudet wurden, weil die von den Bauämtern besorgte Arbeit den speziellen Anforderungen durchaus nicht genügte. Wir wollen nun keineswegs behaupten, daß alles, was vom Handelsministerium geleitet wird, tadellos ausfallen müsse, aber der Wunsch, daß die Behörde, welche mit der obersten Leitung der Marine-Angelegenheiten betraut ist, auch die unmittelbare Ingerenz auf das Marinebauwesen haben solle, liegt unstreitig in der Natur der Dinge. Was das Leuchtwesen anbelangt, so geschieht wol von Jahr zu Jahr zur Verbesserung desselben so viel als eben nach Maßgabe der disponiblen Mittel geschehen kann, aber eine Vermehrung dieser Mittel wäre gewiß kein Ueberfluß; kostet ja doch die Herstellung eines einzigen ordentlichen Leuchtturms bei 80.000 fl.

Wir hätten wol noch einige Anliegen auf dem Herzen, wollen jedoch dem Verwalter der Plener'schen Verlassenschaft nicht allzuviel auf Einmal zu beachten geben. Nur das Folgende möchten wir zum Schlusse noch anbringen, obwol es zunächst ins Fach der Eisenbahnen einschlägt. Die Bedürfnisse des Seehandels verlangen dringend eine Eisenbahnlinie von Pola nach Triest mit dem Anschlusse an die Strecke St. Peter-Fiume und mit Auszweigungen nach Rovigno, Val di Torre und Balarja, ferner eine Eisenbahn, welche Spalato mit den Hinterländern verbindet. Ein Schienenweg nach Pola würde sich schon deshalb empfehlen, weil daselbst die Vora nicht mit jener Heftigkeit wüthet wie in Triest, und das Aus Schiffen der Ladungen daher in Pola leichter ist als in Triest; er wäre aber auch in industrieller Hinsicht von Vortheil, weil sich den Bodenschätzen des Landes bequeme Abfahrwege erschließen würden; überdies käme der Kriegshafen Pola in enge Verbindung mit dem Hinterlande und die Staatsverwaltung wäre dann in der Lage, Viel von dem, was jetzt massenhaft und nicht zum Vortheile der Staatskasse in Pola aufgehäuft bleiben muß, auf einer bedeutenden Strecke Landes mit weit geringeren Kosten zu dislociren. — In Spalato ist bekanntlich die Zufahrt der Schiffe bequem. Wenn sich von da aus eine Eisenbahn bis nach Unterungarn hin ziehen würde, so wäre damit die kürzeste Verbindung der reichsten Kornländer mit der dalmatinischen Küste hergestellt und dem Getreidehandel

ein Weg gebahnt, der von den Bedingungen der Donauschiffahrt ganz unabhängig ist. Eine türkische Bahn, welche in einem macedonischen Hafen mündet, könnte die Vortheile der Spalater Bahn für Oesterreich selbstverständlich nicht ersetzen, und die Gelegenheit, dem Hafen von Spalato einen großen Aufschwung zu geben, dürfte dann für immer versäumt sein. Wir können in dem Umstande, daß die von uns empfohlene Bahnlinie theilweise auf türkischem Gebiete läge, kein wesentliches Bedenken finden; will man aber durchaus die Herstellung einer exklusiv österreichischen Eisenbahn bis nach Spalato, so könnte man sich allerdings auch in dieses Projekt fügen; die Hauptsache bleibt doch, daß die gegen Dalmatien seit langer Zeit begangenen schweren Unterlassungssünden endlich — nicht mit Blut, sondern durch werththätige Reue gesühnt werden.

Kleine kritische Chronik.

Vom 20. bis 27. April.

Inland.

Für die an dem Tage, welcher an die Vermählung des Kaiserpaars erinnert, erlassene Pardonamnestie muß jedenfalls der innigste Dank ausgesprochen werden. Wenn die Amnestie bloß ein höchstpersönlicher Akt Sr. Majestät des Kaisers wäre, so entginge sich dieser Akt selbstverständlich jeder Kritik; da die allerhöchste Entschliessung aber von zwei verantwortlichen Ministern kontrahirt ist, so erlaubt, ja gebietet das konstitutionelle Prinzip die Klage darüber, daß die Amnestie keine allgemeine ist, daß sie sich besonders in Betreff Böhmens nicht auch auf die Personen erstreckt, welche aus derselben politischen Veranlassung verurtheilt worden sind, wie die nunmehr befreiten Publizisten. Wir haben es wiederholt beklagt, daß die Schriftsteller vor den Rädern durch das Schwurgericht privilegiert sind, und wir müssen es nun umso lebhafter beklagen, daß dieses die Rechtsgleichheit aufhebende Privilegium auch bei der Begnadigung aufrecht erhalten worden ist. Auch der inhaftirten Arbeiter müssen wir gedenken. Es war ein ziemlich allgemeiner Wunsch, eine öffentliche Bitte, daß auch diese Arbeiter befreit werden möchten. Darüber, daß es nicht geschehen, kann man sich nur durch die Betrachtung trösten, daß diese Arbeiterführer des schwersten Verbrechens, des Hochverrathes, der Verschwörung gegen die soziale Ordnung beschuldigt sind, daß es also ihnen selber erwünscht sein muß, von dieser schweren Beschuldigung nicht durch einen Gnadenakt, sondern durch einen Richterspruch befreit zu werden. Da muß man aber das dringende Verlangen aussprechen, daß die Untersuchung gewissenhaft beschleunigt werden möge, daß man sich nicht in ein unabsehbares Labyrinth verliere, sondern rasch Licht in das geheimnißvolle Dunkel bringe. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß im Lichte der Oeffentlichkeit die Schrecknisse dieser Sache verschwinden werden.

Ein großes Blatt, welches sich gern mit juristischer Gelehrsamkeit brüsst, wollte in Betreff der Amnestie einen tadelnswerthen Widerspruch darin finden, daß die Journalisten, welche in Folge von Privatanklagen (wegen Ehrenbeleidigung) verurtheilt waren, amnestirt, aber die noch schwebenden derartigen Prozeßverfahren nicht gleich den von Staatswegen angestregten politischen niedergeschlagen worden sind. Dieser Unterschied ist aber gar sehr im Rechte begründet. Den Privatklägern ist es in solchen Fällen hauptsächlich nur darum zu thun, ihre öffentlich gekränkte Ehre durch einen Richterspruch wiederhergestellt zu sehen, daß also der Beleidiger verurtheilt werde; auf die Bestrafung desselben würden die meisten Privatkläger gern verzichten. Nun hat

war der Monarch unzweifelhaft das Recht, einen verurtheilten journalistischen Ehrschnaider den aus politischen Gründen verurtheilten Publizisten gleichzustellen, d. h. auch ihm die Strafe zu erlassen; aber es würde das Ehrenrecht der Privatkläger verletzen, wenn eine imperatorische Niederschlagung des Prozeßes ihnen die Möglichkeit nähme, sich für eine Ehrenbeleidigung durch ein richterliches Urtheil Genußthuung zu verschaffen.

Auffehen hat es gemacht, daß der böhmische Redakteur Dr. Arbes und sein Verteidiger Dr. Czizel vor dem obersten Gerichtshofe nur böhmisch sprechen wollten und lieber auf alle Verteidigung verzichtet, als sich der deutschen Sprache bedienen haben. Zunächst muß man das als ein sehr bedeutungsvolles Symptom der in Böhmen herrschenden Stimmung betrachten und darf wol überzeugt sein, daß die beiden Herren unter günstigeren Verhältnissen schwerlich so schroff aufgetreten sein würden. Abgesehen davon waren sie aber in ihrem vollen Rechte, und die deutschesten Deutschösterreicher, welche sie bitter getadelt haben, würden in gleicher Lage, d. h. wenn es sich um ihre Muttersprache handelte, ganz gewiß ebenso auftreten, und zwar ebenfalls mit vollem Rechte. Dr. Czizel hat sich auf die Verfassung berufen, vollkommen richtig sagte er: „Der oberste Gerichtshof fungirt als solcher auch für das Königreich Böhmen, in diesem Königreich ist aber die böhmische Sprache mit der deutschen ganz gleichberechtigt, also hat der Böhme das Recht, auch vor dem obersten Gerichtshofe sich seiner Muttersprache zu bedienen.“ Dieser verfassungsmäßigen Argumentation stellte der vorstehende Hofrath lediglich die Geschäftsordnung des obersten Gerichtshofes entgegen. Diese kann aber doch gewiß nicht ein Verfassungsrecht aufheben. Zudem schließt diese Geschäftsordnung den Gebrauch einer andern als der deutschen Sprache keineswegs aus. Eine solche Ausschließung wäre auch eine schreiende Ungerechtigkeit, eine Rechtsverweigerung, denn da es in den österreichischen Ländern jedenfalls sehr viele Menschen gibt, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, so wäre für diese Staatsbürger das Verfassungsrecht, sich vor dem obersten Gerichtshofe persönlich zu verteidigen, gar nicht vorhanden. Außer dem Falle eines wirklichen „Nix deutsch“ dürfte aber eine Ausnahme von der deutschen Regel gewiß vorzugsweise dann geboten sein, wenn sich eine Partei eben auf ihr verfassungsmäßiges Recht beruft, denn wie hoch der oberste Gerichtshof auch gestellt ist, so steht er doch gewiß nicht über der Verfassung. Wenn ein Wiener Blatt aus der Haltung der Herren Arbes und Czizel die Folgerung ziehen will, daß in dem Falle, als Böhmen einen eigenen Kassationshof bekäme, dann vor demselben die Deutschen czechisch sprechen müßten, so ist das ganz unrichtig, denn da in Böhmen die beiden Landessprachen gleichberechtigt sind, so hätten die Deutschböhmen unzweifelhaft das Recht, vor dem böhmischen obersten Gerichtshofe deutsch zu sprechen, wenn sie, auch der böhmischen Sprache vollkommen mächtig wären.

Sehr erfreulich ist es, daß die „Narodny Listy“ sich mit offener Entschiedenheit gegen den Verdacht aussprechen, als ob die nationale und staatsrechtliche Opposition Cisleithaniens den Ausgleich mit Ungarn nicht anerkennen, ja denselben durch einen Staatsstreich beseitigt sehen wollte. Es gereicht uns zur großen Befriedigung, aus dem höchst zeitgemäßen Artikel des czechischen Blattes zu ersehen, daß wir nicht ohne Berechtigung gehandelt haben, indem wir wiederholt die Versicherung gaben, daß die diesseitige nationale Opposition nicht im entferntesten daran denkt, die Errungenschaften Ungarns irgendwie zu beeinträchtigen. Wir selber haben den rechtlichen Ausgleich mit Ungarn Jahre lang unter sehr schwierigen Verhältnissen befürwortet und wir anerkennen den Rechtsbestand desselben, obwol wir kein Hehl daraus machen, daß wir nicht mit allen Bestimmungen desselben einverstanden sind. Damit stehen wir aber nicht isolirt da, sondern haben dies- und jenseits der Leitha sehr viele Gesinnungs-

genossen. Niemand denkt aber daran, eine Aenderung des Verhältnisses auf einem andern als dem konstitutionellen Wege herbeizuführen. Und die Ungarn haben ja selber die wesentlichen Bestimmungen über ihr Verhältniß zu den übrigen Königreichen und Ländern nur auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen. Was aber die innere Lage des Stephansreiches, die Verhältnisse der nichtmagyarischen Völkerrämme desselben betrifft, so beschränkt die diesseitige Opposition sich darauf, die Magyaren in ihrem eigenen Interesse, im Namen der wahren Gerechtigkeit und Freiheit dringend aufzufordern, diesen Völkern, der Majorität in ihrem Reiche gerecht zu werden und dadurch die Gefahren zu beschwören, welche sich schon jetzt drohend aufstürmen und auch von allen einsichtsvollen, nicht gänzlich durch Herrschsucht verblendeten magyarischen Politikern mit ernstester Besorgniß bemerkt werden.

Es freut uns, daß unsere neuliche Hinweisung darauf, daß ohne Strozsmayer an eine Versöhnung der kroatischen mit der magyarischen Nation nicht zu denken ist, von der Publizistik aufgegriffen und in immer weiteren Kreisen besprochen wird. Anlaß dazu gibt die bevorstehende Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Agram. Einen würdigeren Mann für diesen Posten, als den weltberühmt gewordenen, von seinem ganzen Volke geliebten und verehrten Bischof von Diakovar, gibt es in den Ländern der Stephanskronen gewiß nicht. Das anerkennen selbst ungarische Blätter, wie z. B. der „Pester Lloyd“ und Bethlens Wochenschrift. Das einzige noch einige Freiheit genießende (unter dem Schutze der Militärjurisdiktion) kroatische Blatt, der „Zatocnik“ in Sissef plaidirte in einem prächtigen Artikel für die Ernennung Strozsmayers. Auch die ausländische südslavische Presse setzt diese Ernennung als nothwendig und gewiß voraus. Der Banus Baron Rauch muß nun freilich dagegen agitiren, denn neben Strozsmayer ist Rauch unmöglich. Die Magyaren mögen es sich aber wohl überlegen, ob es gut für sie sein würde, dem Baron Rauch zu Liebe das kroatische Volk noch tiefer, ganz unversöhnlich zu beleidigen.

U n g a r n.

Napoleon bittet in einem offenen Briefe die Franzosen um ihr Ja. Es ist merkwürdig, den Herrscher, der sich im vollen Besitze der Macht befindet, der Majorität seines Parlamentes sicher ist, sich in so wahrhaft demüthiger Weise unmittelbar an das Volk wenden zu sehen. Das Manifest Napoleons muß auf die Franzosen im allgemeinen einen guten Eindruck gemacht haben. Nur hätte der Imperator die ausdrückliche Hinweisung auf die Nachfolge seines Sohnes vermeiden sollen. Das hätte sich ja von selbst verstanden.

Preußen soll die jetzige Krisis in Oesterreich ausbeuten wollen, ja man fabelt sogar, daß Bismarck an dieser Krisis sehr nahe theilhaftig sei. Nun, wenn Preußen unsere Krisis wirklich ausbeuten will, so wird es die Verfassungsoorthodoxen unterstützen, die den Ausgleich vereiteln wollen und dadurch recht eigentlich für Preußen arbeiten.

Das Konzil hat die Sätze über den katholischen Glauben promulgirt und die Welt ist ruhig und sie wird auch ruhig bleiben, selbst wenn die Unfehlbarkeit promulgirt sein wird. Höchst interessant ist es, daß die Kardinäle Schwarzenberg und Rauscher in eigenen Schriften mit sehr gewichtigen Gründen gegen die päpstliche Unfehlbarkeit aufgetreten sind. Man muß diese Thätigkeit wie diesen Muth anerkennen. Unsern Liberalen fällt das offenbar schwer. Jedenfalls gehört aber von katholischen Bischöfen viel mehr Freisinnigkeit und Freimuth dazu, in Rom selber gegen den erklärten Willen des Papstes Opposition zu erheben, als von Wiener nichtkatholischen Journalisten über den Papst und das Konzil gute und schlechte Wize zu machen.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

(Fortsetzung.)

XIV.

Albrecht III.

Rudolfs des Stifters Nachfolger, Albrecht III. führte eine ereignisreiche Regierung. Glück und Unglück wechselten in derselben; schließlich aber hatte ersteres das Uebergewicht.

Gleich beim Beginn seiner Regierung schloß Albrecht mit Böhmen einen merkwürdigen Erbvertrag. Die Bedeutung einer Vereinigung der österreichischen und böhmischen Länder und beider mit Ungarn wurde frühzeitig erkannt und durch mancherlei Verträge vorbereitet, es schien in den drei Reichen die Ahnung zu herrschen, daß sie zu einem Gesamtreiche verbunden werden sollten. Schon mit Rudolf dem Stifter hatte Kaiser Karl IV. als König von Böhmen einen Erbvertrag geschlossen, in welchen auch Ungarn einbezogen wurde. Man setzte nämlich fest, daß nach dem Aussterben eines der beiden Häuser Habsburg und Luxemburg das andere Haus dessen Besitzungen erben, jedoch Luxemburg in den österreichischen Ländern erst dann nachfolgen sollte, wenn auch das Haus Anjou in Ungarn ausgestorben wäre.

Unmittelbar nach dem Tode Rudolfs trat aber zwischen Oesterreich und Ungarn eine Spannung ein. Es verlobte nämlich König Ludwig von Ungarn seine dem Herzog Albrecht versprochene Nichte Elisabeth mit dem Sohne des Kaisers Karl IV., dem erst fünfjährigen, aber schon zum König von Böhmen gekrönten Wenzel. Albrecht erhob drohende Einsprache, ließ sich aber dadurch beschwichtigen, daß ihm der Kaiser seine Tochter Elisabeth zur Frau gab. Am 29. März 1366 fand zu Prag die Vermählung statt, obwohl die Prinzessin Elisabeth erst acht Jahre alt war.

Kaiser Karl benutzte diese Gelegenheit, um mit dem Hause Habsburg einen neuen Erbvertrag zu schließen, in welchen aber Ungarn nicht mehr einbezogen wurde. Vielmehr entband der Kaiser am Vermählungstage seiner Tochter die Herzoge von Oesterreich sowie die Landherren und Prälaten der habsburgischen Länder aller Verpflichtungen, die sie in Folge des früheren Erbvertrages gegen das ungarische Königshaus hatten. Darauf wurde zwischen Luxemburg und Habsburg ein neuer Erbvertrag geschlossen, kraft dessen beide Häuser in Zukunft nur eine Familie bilden sollten, so daß ihre noch nicht verlobten Kinder ohne gemeinsame Einwilligung nicht verheiratet werden dürften. Ein Haus sollte dem andern im Fall eines Krieges mit ganzer Macht Beistand leisten und keines einseitig Frieden schließen. Ende April 1366 kam Kaiser Karl mit seinem Sohne Wenzel und seinem Bruder Johann nach Wien, wo er am 9. Mai alle Rechte und Freiheiten der Herzoge von Oesterreich feierlich bestätigte und sie Tags darauf mit allen ihren Besitzungen belehnte. Am 14. Mai zog der Kaiser, begleitet von den Herzogen Albrecht und Leopold, nach Znaim, wo er zuerst seinen Sohn

Wenzel und seinen Bruder Johann mit den österreichischen, dann aber die Herzoge Albrecht und Leopold mit den böhmischen Ländern belehnte für den Fall, als das eine oder das andere der beiden Regentenhäuser aussterben sollte. Zugleich verpflichtete sich der Kaiser, diesen Erbvertrag durch die Kurfürsten bestätigen zu lassen. Diese enge Verbindung zwischen Oesterreich und Böhmen beunruhigte den König Ludwig von Ungarn so sehr, daß er mit Baiern ein Bündniß schloß, in welchem ein Krieg gegen Oesterreich und sogar schon die Theilung desselben in Aussicht genommen wurde. Diese Bedrohung hatte aber für Oesterreich nur die günstige Folge, daß sie den Herzogen einen triftigen Grund gab, dem Kaiser Karl die Heeresfolge auf seinem Römerzuge zu verweigern.

Unter Albrecht III. machte das Haus Habsburg eine wichtige Erwerbung an der Stadt und Markgrafschaft Freiburg im Breisgau. Die Freiburger waren mit ihrem Schutzherrn, dem Landgrafen Egon in Streit gerathen, der zu einem förmlichen Kriege wurde. Nachdem mit wechselndem Glücke gefochten worden war, traten die Herzoge von Oesterreich im Verein mit den Bischöfen von Basel, Konstanz und Straßburg als Vermittler auf, und Landgraf Egon wurde dahin gebracht, zu bewilligen, daß die Freiburger sich von ihm loslaufen konnten und das Recht erhielten, sich die Herzoge von Oesterreich oder wen sonst immer zum Herrn zu wählen. Sie wählten sich die Herzoge von Oesterreich auf ewige Zeiten.

Bald darauf war Oesterreich nahe daran, eine noch viel wichtigere Erwerbung zu machen, nämlich Triest zu gewinnen. Diese aufstrebende Seestadt litt schwer unter dem Drucke der eigennützig herrschsüchtigen Republik Venedig. Da kam es im Herbst des Jahres 1368 zu einem Aufstande der Triestiner, die venetianische Galeere, welche den Hafen beherrschte und alle einlaufenden Schiffe visitirte, wurde genommen, ihr Kapitän getödtet, der Löwe des heiligen Markus von der Stadtmauer gerissen. Nun erschienen aber zwölf venetianische Galeeren, welche den Hafen sperrten und ein Belagerungsheer landeten. Die Triestiner wehrten sich lange mit Erfolg, als aber Venedig frische Truppen und bessere Anführer sandte, mußte Triest sich nach auswärtiger Hilfe umsehen. Es bot zuerst dem Patriarchen von Aquileja die Unterwerfung an, wenn er Hilfe senden wollte; der vorsichtige Prälat wies jedoch das Anerbieten ab. Da gedachten die Triestiner der mächtigen Herzoge von Oesterreich und stellten am 31. August 1369 eine Urkunde aus, in welcher sie dieselben als ihre Erbfürsten anerkannten. Albrecht III. nahm die Unterwerfung an und erließ seinerseits am 15. September zu Wien ein Schreiben, durch welches er Stadt und Gebiet von Triest unter die Herrschaft des Hauses Habsburg aufnahm und versicherte, die Stadt niemals an Venedig oder sonst jemanden zu verkaufen oder zu verpfänden, sondern sie für immer mit Oesterreich vereinigt zu erhalten. Darauf erschien Albrechts Bruder, Herzog Leopold mit einem Heere von zehntausend Mann vor Triest und erstürmte am 16. November 1369 die Schanzen der Belagerer. Zugleich machten die Triestiner einen Ausfall und schon schien die Niederlage der Venetianer entschieden. Doch da führten diese die sämmtliche Mannschaft ihrer Galeeren in den Kampf und, so verstärkt, entrißen sie den Oesterreichern die errungenen Vortheile, zwangen sie zum Rückzuge, zur Preisgebung Triests. Die Stadt kam wieder unter die Botmäßigkeit Venedigs; die Herzoge von Oesterreich schlossen aber erst am 30. Oktober des folgenden Jahres 1370 mit der Republik Frieden, und zwar in einer Weise, als ob sie Sieger gewesen wären. Es mußten ihnen nämlich für ihre Verzichtleistung auf alle ihre Rechte auf Triest die Venetianer fünfundsiebzigtausend Goldgulden zahlen und das Schloß Bragna einräumen.

Ungefähr um dieselbe Zeit schlossen die Herzoge von Oesterreich zu Schar-
ding Frieden mit Baiern, und wurde da namentlich der tirolische Erbstreit
beendigt. Die bayerischen Herzoge verzichteten für sich und ihre Erben auf alle
Ansprüche auf Tirol, wofür ihnen die Herzoge von Oesterreich einhundertsechzehn-
tausend Goldgulden zahlten.

Aus dieser Zeit ist nun eine sehr merkwürdige Finanzoperation zu noti-
ren. Die beiden Herzoge Albrecht und Leopold waren nämlich in so arge Geld-
verlegenheit gerathen, daß sie am 9. Juni 1370 öffentlich erklärten, sie seien
mit Schulden überladen und befänden sich in äußerster Bedrängniß. („Von der
großzen notgelttschuld wegen, damitte wir beladen sein, und durch anderr unferr
ehaftten scheinberigen notdurft willen, die uns anligund ist.“) Um sich nun zu
helfen, stellten sich die beiden Herzoge selber unter Sequestration. Sie über-
gaben nämlich dem Hans von Liechtenstein zu Nikolsburg, Hofmeister Albrechts,
dem Reinhard von Wehingen, Hofmeister Leopolds, dem Hub- und Münzmeister
von Oesterreich Johann von Tyrna, dem Hoffellnermeister Christoph dem Siebher
und dem Wiener Bürger Niklas dem Steiner die Einnahme und Gebarung
aller Einkünfte in allen österreichischen Ländern auf vier Jahre, um dieselben
mit Ausnahme von siebzehntausend Pfund Wiener Pfennigen, die sich die beiden
Herzoge jährlich für ihren Unterhalt vorbehielten, zur Schuldentilgung zu ver-
wenden. Diese fünf Männer, welche in der Urkunde Pfleger genannt werden
und jährlich zu Weihnachten Rechnung zu legen hatten, erhielten eine große Voll-
macht, ja sie wurden eigentlich die Regenten des Landes. Sie hatten das Recht,
alle Hauptleute, Landvögte und andere Beamte in allen Gebieten der Herzoge
ein- und abzusetzen, wie es ihnen gut dünkte. Die Herzoge gelobten, während
der vier Jahre ohne Rath und Willen der fünf Pfleger weder Krieg anzufangen,
noch sonst ein wichtiges Geschäft zu unternehmen. Sie gelobten ferner, gegen
die fünf Pfleger niemals einen Argwohn zu fassen, niemandem zu glauben, der
gegen sie reden würde, vielmehr solches ihnen anzuzeigen, ihre Erklärung dar-
über stets gnädig aufzunehmen, und sich nie einen Eingriff in ihre Verwaltung
selbst zu erlauben, noch zu gestatten, daß jemand anderer denselben wage. Die
Herzoge befahlen allen ihren Prälaten, Grafen, Freien, Landherren, kurz allen
ihren Untertanen, den fünf Pflegern während der Zeit ihres Amtes unbeding-
ten Gehorsam zu leisten, bei Vermeidung höchster Ungnade und schwerer Buße
an Leib und Gut.

Wie die fünf Pfleger gewirthschaftet und ob sie die Finanzen der beiden
Herzoge wirklich geordnet haben, darüber ist nichts näheres bekannt. Eine gewalt-
thätige Finanzmaßregel aber fällt wahrscheinlich ihnen zur Last, nämlich die,
daß in demselben Jahre 1370 in allen österreichischen Ländern an einem und
demselben Tage alle Juden überfallen und ihres Geldes beraubt wurden.

(Fortsetzung folgt.)

Erinnerungen aus Böhmen an das Jahr 1848.

I.

Die Monate Jänner und Februar 1848 gingen in Böhmen spurlos vor-
über. Die Pariser Revolution weckte zwar die bis dahin Schlafenden; aber der
Schlummer wich erst im März von ihren Augen. Die Gährung trat gleichzeitig

in Wien und in Prag zu Tage. Dort kam es bekanntlich am 13. März zu einem blutigen Konflikt und zur Abdankung Metternich's; hier erfolgte ein wichtiger, wenn auch unblutiger Schritt zur Entscheidung am 11. März. In beiden Städten ging die Bewegung vom Volke aus. In Wien schritt der Gewerbeverein mit seiner Adresse an den Erzherzog Franz Karl voran; es folgte die Volkerhebung des 13. März. Allein eigenthümlich, die Sache nahm in Prag und in Wien einen ganz verschiedenen Verlauf. In Wien diente der Volksaufstand nur als ein Urgens auf die österreichischen Landstände. Sie, die Landstände, waren es, welche die Initiative ergriffen, welche die Beschwerden persönlich Sr. Majestät vortrugen und die ersten Konzessionen, vornehmlich die Abdankung Metternich's erwirkten.

Die Wiener Bevölkerung gab hiezu blos die Illustrationen durch eine drohende Haltung und durch Pamphlete. Unter der Reihe der letztern erwähne ich beispielsweise des gedruckten Reisepasses für Metternich. In diesem rohen Altenstücke erhielt er unter andern folgende Titel: Geheimer Haus-, Hof-, Staats- und Weltbetrüger; regierender Fürst der Unterdrückung des gesunden Menschenverstandes; Ritter des goldenen Spiglordens in Dukaten u. s. w. Die Rubriken der Personbeschreibung waren, wie folgt, ausgefüllt. Beschäftigung: Goldschlucker, Volksbluttrinker. Nase: abgezogene, lange. Haar: kein gutes. Kennzeichen: Rabenministerherz, feig, u. s. f.

Solche Pamphlete wird es in bewegten Zeiten immer geben; allein es ist vom Uebel, wenn das Volk sich lieber mit solchen Lappereien, als mit der ernstlichen Präzisierung seiner Wünsche, mit der genauen Formulierung seines gewollten Programms beschäftigt.

In Prag war, wie schon erwähnt, der Verlauf ein anderer. Die Initiative ging vom Volke selbst aus, und zur Durchführung wurde das Medium der Stände nicht gebraucht. Ob dies gut war oder nicht, diese Frage erscheint allerdings sehr schwierig. Die Beantwortung dieser Frage enthält indeß ganz die Kritik des Werthes des Jahres 1848.

Ich bin der Ansicht, daß das Umgehen der Stände im Jahre 1848 ein Fehler der böhmischen Führer war. Allerdings mit der alten Ständeverfassung ging es nicht, die Zeit verlangte etwas Anderes. Allein es war ja ein Leichtes, die Hand, die die Stände höchst bereitwillig boten, anzunehmen. In verfassungsrechtlichen Fragen gibt es keinen Sprung. Man muß anknüpfen an das Vorhandene. Wie die mährischen Stände höchst willig die Wählbarkeit zum Landtage in ausgedehntem Maße erweiterten, so wäre es auch in Böhmen geschehen. Wenigstens gab es hiefür untrügliche Zeichen. Ein solches war die Erklärung vieler Mitglieder des Ständekörpers vom 3. April, von welcher Erklärung später die Rede sein wird.

Der zweite Fehler der böhmischen Führer anni 1848 war der, daß sie es zuließen, daß der konstituierende Reichstag früher beschickt wurde, als der konstituierende Landtag Böhmens. An diesen zwei Fehlern gingen alle Errungenschaften, die Böhmen im Jahre 1848 errang, nothwendig zu Grunde.

Es wird vielleicht manchem Patrioten mißmutigen, daß hier auf die Fehler der eigenen Partei aufmerksam gemacht wird. Allein gerade das Eingestehen begangener Fehler weckt Vertrauen bei der Mitwelt.

Auch die jetzige Ausgleichsfrage Böhmens wird bedeutend gefördert werden, wenn von Seite des peccans die Fehler zugestanden werden. Die Vorzüge der böhmischen Oppositionsführung in den letzten Jahren wird jeder Patriot mit

Freuden anerkennen. Es gehört vor Allem das Verdienst der böhmischen Zeitungen hieher, das Nationalbewußtsein tief in dem Herzen des ganzen Volkes aufgefrißt zu haben. Hinter der böhmischen Opposition steht das ganze Volk!

Allein dies soll dem echten Patrioten nicht wehren, die Fehler, die begangen wurden und begangen werden, zuzugestehen. Solche Fehler sind: die Ueberschätzung der Bedeutung Böhmens in Europa, Inkonsequenz in Bescheidung und Nichtbescheidung des Wiener Parlaments, das Absentiren der Führer von den Hofreisen, die Unpräzision des Programms, der persönliche Ton der Journalistik, die Vernachlässigung der Theilnahme an den deutschen Gegenden Böhmens u. s. f. Doch knüpfen wir wieder den chronologischen Faden an.

Am 11. März 1848 trat im Wenzelsbade zu Prag eine Privatversammlung von Patrioten zusammen, unter ihnen Palachy, Fasser, Brauner, die Grafen Thun, Deym, Bucquoy, welche den Anlaß zu der sogenannten „ersten Petition“ der Prager Bevölkerung gab, welche Petition in wenigen Tagen mit einer imposanten Menge von Unterschriften gefertigt wurde. Aus dieser Privatversammlung entwickelte sich das spätere Nationalkomité, sowie auch die böhmische Mustertompagnie „Svornost.“

Die Wenzelsbadversammlung glaubte, der Stände des Königreiches nicht zu bedürfen. Dadurch ist man eines sichern Haltes verlustig geworden. Es fehlte keineswegs an Stimmen, welche auf das Recht der Stände, und zwar wirklich in liberalster Weise aufmerksam machten. Aber ihre Stimmen verhallten.

Eine jener Stimmen war die des Grafen Friedrich Deym. Er veröffentlichte kurz nach der Wenzelsbadversammlung seine politischen Ideen. Der böhmische Landtag sollte nämlich am 30. März zusammentreten. Graf Friedrich Deym schlug nun vor, es sollten zu diesem nächsten Landtag die Stände des Königreiches zusammentreten, namentlich aber die Vertreter aller königlichen Städte. Denn das Recht der königlichen Städte, am Landtage zu erscheinen, (Landesordnung R. 34) sei unbestritten, wenn auch gewohnheitsmäßig nicht gehörig ausgeübt.

Dieser Ständelandtag hätte dann nach Deym's Vorschlag eine Adresse an den böhmischen König zu richten, daß nämlich die Stände Böhmens mit denen Mährens und Schlesiens unter Beiziehung freigewählter Repräsentanten der königlichen und der größern nichtköniglichen Städte und des größern Grundbesitzes zu einem Landtag vereinigt werden, welchem dann die königlichen Propositionen zur zeitgemäßen Aenderung der Landesverfassung vorzulegen wären.

Leider wurden solche Stimmen überhört.

Am 15. März 1848 traf Ferdinand I., als König von Böhmen dieses Namens der Fünfte, bekanntlich nachstehende Verfügungen. Es waren bereits Pressfreiheit und Nationalgarde, die letztere auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz, gewährt. Zugelagt wurde nun weiter die Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialverfassungen zum Behufe der beschlossenen Konstitution des Vaterlandes.

Auf der denkwürdigen Urkunde sind außer dem Kaiser gezeichnet: Karl Graf von Anzaghi, oberster Kanzler, Franz Freiherr von Billersdorff, Hofkanzler, Joseph Freiherr von Weingarten, Hofkanzler.

Wie wenig damals diese Urkunde verstanden wurde, geht beispielsweise aus folgender populären Interpretation J. F. Castellis hervor. Jedes Konversationslexikon hätte eine bessere Auskunft geboten. Castelli in Wien ließ näm-

lich für seine Landsleute außer Wien eine Mittheilung unter dem Titel „Was ist denn jetzt g'schehn in Wien“ in tausenden von Exemplaren drucken und verbreiten.

Diese Mittheilung weist nach, wie damals selbst vielen gebildeten Oesterreichern das A B C eines Verfassungsrechtes fremd war. Castelli ruft in dem Schriftstücke aus: „Wir haben uns befreit,“ indem man den Kaiser von dessen schlechten Rathgebern befreit habe. „So was hat freilich nicht manierlich geschehen können“, fährt Castelli fort, „etwa in gelben Handschuhen; es sei eben nicht angekommen „ganz pomali“ aufzutreten, „nein, man hat schreien müssen, laut schreien.“

Die Landstände, plaudert Castelli weiter, welche „die ersten Rätthe des Kaisers sein sollen“ hätten dem Kaiser ihre Bitten vorgetragen, und der letztern habe sie gewährt, nämlich Nationalgarde (dieses Ding sei eine Wache, welche die Ruhe der Stadt Wien herstellt), Pressfreiheit (das sei ein Ding, bei welchem jeder, wer wirklich was abscheuliches schreibt, wirklich und ordentlich beim Schopf genommen wird) und eine Konstitution (wobei die lieben Leute auf dem Lande gar nichts mehr zu thun hätten, denn die Wiener hätten schon Alles für sie gethan). *Risum teneatis, amici!* Das heißt, eine Verfassungsurkunde erläutern!

Viel praktischer waren die Forderungen der Prager Studenten. Die Studenten wußten wenigstens genau, was sie wollten. In der Studentenpetition vom 15. März werden verlangt: 1. Das Religionsbekenntniß dürfe Niemanden vom Lehramt ausschließen, 2. Lehr- und Lernfreiheit, 3. Unterricht in beiden Landessprachen, 4. Gestattung des Besuchs fremder Universitäten, 5. beliebige Ordnung in der Frequenz der obligaten Gegenstände und besondere Staatsprüfungen, 6. Einverleibung der Technik als Fakultät, 7. Turn- und Schwimmunterricht, 8. Gestattung von Verbindungen nach der Analogie des Münchener Statuts. Die Petition war vom Rektor Abt Zeidler, Uffo Horn als Redner der Studentenschaft und vielen Andern gefertigt. Unter den Unterschriften findet sich auch die des studiosus juris Anton Vanhans.

Korrespondenz der Redaktion.

Herrn Jg. G—r hier: 15. August 1811. Internirung vom Jahre 1851 bis 1854. Näheres finden Sie im Konversationslexikon.

Herrn P. L—c in Kroatien: Mit Ihrer Voraussetzung unserer slavischen Sprachkenntnisse sind Sie im Irrthum. Wir können das Werk, auf welches Sie uns hingewiesen haben, leider nicht selbst benutzen. Wenn aber der betreffende Artikel außer den schon bekannten Daten noch interessantes Detail enthält, so würden Sie uns mit einer Uebersetzung einen sehr dankenswerthen Dienst erweisen.

Herrn S—c in Klein: Ihr Telegramm traf ein, als die Sache schon entschieden war. Wir hielten daher eine telegraphische Antwort für überflüssig. Wollen Sie über den eingesendeten Betrag für irgend einen Zweck verfügen. Wenn nicht, so werden wir ihn zurücksenden.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: **Franz Schufella.**
Die Redaktion befindet sich: **National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.**

Administration: Laborstraße Nr. 63. 

Druck von R. v. Waldheim.

Die Reform.

No. 18.

Wien, den 8. Mai 1870.

IX. Jahrgang.

Zum Ausgleich.

Graf Kotoldi hat den Ausgleich bereits angebahnt, und das ist schon eine dankenswerthe That, sowie es freudige Anerkennung verdient, daß die nationalen Führer Böhmens und Mährens mit dem Ministerpräsidenten in persönlichen Verkehr getreten sind, was sie dem Minister Giskra verweigert haben und einem so einseitigen, schroffen, leidenschaftlichen Parteimann verweigern mußten.

Nachdem man sich persönlich genähert hat, wird die geistige Annäherung nicht ausbleiben, ja sie ist in nicht unbedeutendem Maße bereits eingetreten. Wenn man sich persönlich kennen lernt, Aug in Aug mit lebendigem Worte verhandelt, so schwindet manches Mißtrauen und Vorurtheil. Wir können unsern Lesern auf Grund direkter Mittheilungen von Seite der verhandelnden Parteien *) die Versicherung geben, daß die böhmischen Notabeln günstige Eindrücke aus Wien mit sich genommen und daselbst zurückgelassen haben. Es ist eine sehr bedeutende Schwierigkeit beseitigt, indem die Böhmen auf einem Generallandtag für Böhmen, Mähren und Schlessen nicht insofern bestehen, daß derselbe die regelmäßige gesetzgebende Vertretung der drei Länder sein sollte, sondern denselben dem alten Herkommen gemäß nur für gewisse staatsrechtliche Angelegenheiten verlangen und vorbehalten. Eine solche Angelegenheit ist zunächst die Krönung, denn der Monarch empfängt die Wenzelskrone nicht bloß für Böhmen, sondern auch für Mähren und Schlessen. Noch bei der letzten Krönung Ferdinands V. im Jahre 1836 sind Deputationen der mährischen und schlesischen Stände zugegen gewesen. Ein anderer Fall für die Einberufung eines böhmischen Generallandtages wäre es, wenn die Integrität des Königreichs Böhmen in Frage käme. Wir wollen ein Beispiel anführen, dessen Wiederholung Gott und die Kraft Oesterreichs verhüten mögen. Als Friedrich II. Schlessen von Oesterreich abriß, begnügte er sich nicht mit der Abtretungsurkunde der Monarchin Maria Theresia, sondern um sich den rechtlichen Besitz der Eroberung zu sichern, mußten die böhmischen Stände die Abtretung ratifiziren. Noch eine Veranlassung zu einem böhmischen Generallandtage, welche niemals eintreten möge, wäre das

*) Auf viele wohlwollende Anfragen von Seite meiner geehrten Abonnenten erkläre ich, daß mich die böhmischen Notabeln mit ihrem Besuche erfreut haben, und daß ich schon vor der Ankunft dieser Herren in Folge freundschaftlich vermittelter Einladung auch mit dem Herrn Ministerpräsidenten persönlich verkehrt habe.

Franz Schuselka.

Erlöschen des Regentenhauses, weil dann das Wahlrecht des Königreiches in Kraft treten würde. — Eine andere sehr große Schwierigkeit des Ausgleichs ist dadurch beseitigt, daß die Böhmen auf Grund der jetzigen Wahlordnung den Landtag beschicken wollen, zu dem Zwecke, eine neue den Verhältnissen entsprechende Wahlordnung zu vereinbaren. Die Vorverhandlungen werden in Prag fortgesetzt werden, durch den Grafen Potocki persönlich und durch eine Vertrauensperson. Man hat Grund ein glückliches Resultat zu hoffen, und dann wird der Ausgleich mit Galizien, Tirol, Krain u. s. w. umso weniger Schwierigkeiten bieten.

Jeder aufrichtige Freund Oesterreichs muß das Gelingen des Ausgleichs wünschen. Er kann aber nur dann gelingen, wenn die nationalen historischen Rechte der Königreiche und Länder wirklich anerkannt und widerrechtliche Herrschaftspräensionen aufgegeben werden.

Wollen die Deutschösterreicher diese Bedingungen erfüllen? Sie müssen es, wenn sie ein wirklich frei konstituirtes, wenn sie überhaupt ein Oesterreich wollen; sie werden es, denn wir sind überzeugt, daß die überwiegend große Mehrheit der Deutschösterreicher gerecht und freisinnig und aufrichtig österreichisch gesinnt ist.

Wir appelliren an die Gerechtigkeit, Freisinnigkeit und an den praktischen Verstand der Deutschösterreicher. Sie haben die geschenkte Februarverfassung angenommen und dieselbe dann nach dem Diktat der Magyaren modifizirt. Sie hätten das Recht gehabt, dies für sich selbst zu thun, wenn sie allein in Oesterreich wären. Sie hatten und haben aber nicht das Recht, von den andern Völkern zu verlangen, sie zu zwingen, dieses einseitig modifizierte Geschenk ebenfalls anzunehmen. Eine solche Zwangspolitik ist im höchsten Grade ungerecht und unfreisinnig, sie muß daher von dem deutschen Rechtsgefühl und Freisinn verworfen werden. Schon der Versuch dieser Zwangspolitik hat äußerst gefährliche Zustände geschaffen, die Fortsetzung derselben würde zum Bürgerkrieg, zur Einmischung des Auslandes, zur Zerreißung Oesterreichs führen. Wollte man aber von der Gerechtigkeit und Freisinnigkeit absehen und, wie es leider nur zu oft geschieht, lediglich eine Politik der thatsächlichen Gewalt ins Auge fassen, so muß man doch erkennen, daß die Deutschösterreicher durchaus nicht die Macht besitzen, die übrigen Völker, d. i. die Majorität der Gesamtbevölkerung zu bezwingen. Welche Schmach also für den deutschen Charakter, etwas Ungerechtes, Unfreisinniges zu wollen und es obendrein nicht zu können! Oder hoffen die Deutschen etwa, daß ihnen die Magyaren zu Hilfe kommen werden? Die Magyaren haben mit ihren eigenen Nationalitäten genug zu thun und werden noch mehr zu thun bekommen, und dann sind sie zu gewizigt, sie erwägen die Möglichkeit, daß nach der Bezwingung der Böhmen, Polen u. s. w. die Reihe an sie selber kommen könnte. Die Magyaren haben es nicht vergessen, daß dieselbe verfassungstrenne Partei der Deutschen gegen Ungarn geradese gewüthet hat, wie jetzt gegen Böhmen. Oder wünschen die Deutschen vielleicht, daß ihnen die Preußen zu Hilfe

kommen sollen, um die Slaven zu unterdrücken? Nun wenn auf der einen Seite die Preußen kämen, so würden auf der andern Seite gewiß die Russen nicht ausbleiben! Die dezembristische Politik ist also nicht nur ungerecht und unfreisinnig, sondern auch unvernünftig und entschieden antiösterreichisch.

Die Deutschösterreicher wollen das höchstmögliche Maß der politischen, geistigen, kirchlichen, überhaupt aller möglichen Freiheit. Dieses ersehnte Freiheitsmaß werden sie aber am sichersten, ungestört und ungehindert dann erreichen, wenn sie in ihren Ländern selber vollkommen autonom sind, ihre Angelegenheiten nach dem Maße ihrer Bildung regeln; nicht aber, wenn sie mit ihren Freiheitsanliegen von dem Votum der Nichtdeutschen abhängen. Haben sie es ja doch schon jetzt bitter beklagt, daß das Abgeordnetenhaus aus Rücksicht auf andere Völker auf manches Freiheitspostulat verzichten mußte. Lasset also die andern Völker nach ihrem Bildungsgrade, nach ihren Bedürfnissen für ihre Freiheit sorgen, und entwickelt, ebenso unabhängig von fremdem Einfluß, eure Freiheit. Wenn ein oder das andere Volk in der Freiheit zurückbleibt, so wird es alsbald durch die Stimme der Welt, durch sein Ehrgefühl und durch den Zwang der Lebensinteressen gespornt werden, den vorangeschrittenen Völkern nachzustreben. Ja, aber dann wird Ungleichheit herrschen. Was liegt daran? Gibt es denn überhaupt etwas ganz gleiches? Nicht zwei Blätter desselben Baumes sind gleich, und Ihr wollet die verschiedenen Völker Oesterreichs gleich machen! Einförmige politische Gleichheit ist nur in der Knechtschaft möglich; wer also solche Gleichheit will, der muß den Absolutismus restauriren. In der Freiheit ist Einförmigkeit unmöglich, weil in der Freiheit sich eben die Individualitäten frei entwickeln. Der Genius der Menschheit aber sorgt dafür, daß aus der freien Mannigfaltigkeit in den höheren und höchsten Beziehungen die Gleichheit und Einheit hervorgeht.

Die Deutschösterreicher fürchten, von den Slaven unterdrückt, ja slavifirt zu werden. Diese Furcht schändet das Deutschtum; wer diese beschämende, schimpfliche Furcht wirklich hegt, verdient nicht ein Deutscher genannt zu werden, denn er hat kein Bewußtsein der unbezwinglichen Kraft des deutschen Charakters und Geistes. Wenn die Germanisirung Oesterreichs nicht gelungen ist, obwol man in finstern Jahrhunderten der Gewaltherrschaft mit allen möglichen Mitteln daran gearbeitet hat, wie könnte in unserer lichten Zeit, unter der Herrschaft allgemeiner Gleichberechtigung und Freiheit die Slavisirung gelingen, ja auch nur versucht werden.

Wenn aber die Deutschösterreicher wirklich die Slavisirung oder doch das Vorherrschen des Slaventhums fürchten, wie thöricht ist es dann, als Schutzmittel dagegen etwas zu verlangen, was, wenn es zu Stande käme, die ganz entgegengesetzte Wirkung machen müßte. Die Deutschösterreicher wollen ihre Nationalität rein erhalten, sie vollkommen unabhängig entwickeln, und dabei lapriziren sie sich darauf, mit Tschechen, Polen, Ruthenen, Rumänen, Slovenen und Italienern in

einen parlamentarischen Brei zusammengerührt zu werden! Es ist doch offenbar, daß in einem aus nach der Kopfszahl vorgenommenen direkten freien Wahlen hervorgehenden Centralparlamente die Slaven die Majorität bilden müssen, daß also dann wirklich der slavische Geist vorherrschen würde. Die Slaven wollen ein solches Parlament nicht, weil sie eben nicht herrschen, sondern nur nicht mit den andern Völkern zu einer widernatürlichen Einheit verschmolzen werden wollen.

Mögen doch die Deutschösterreicher zur Selbsterkenntniß gelangen, dann werden ihnen auch die Anliegen der andern Völker im rechten Lichte erscheinen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so vollzieht sich der Prozeß dieser Erkenntniß bereits.

Das preussische Deutschland.

Der Fortschritt der preussisch-deutschen Politik ist sehr ins Stocken gerathen. Dieser Stillstand kann für die Hohenzollern gefährlich, er kann zum Rückschritt werden. Da er muß es werden, ist es zum Theil schon geworden. Preußen ist in eine Position vorgerückt, in der es nicht stehen bleiben kann; es muß noch weiter vorwärts, oder wird zurückgedrängt werden. Für das Vorwärts fehlt aber offenbar die Begeisterung, und zwar im Volke wie in der Regierung. Es offenbart sich recht deutlich, daß die neue preussisch-deutsche Großpolitik nicht organisch aus dem echten Preußenthum hervorgegangen, sondern demselben aufgedrängt, gewissermaßen oktroyirt worden ist. Der große Machtvorschritt Preußens stellt sich in der That nicht als eine Folge der organischen stetigen Entwicklung, sondern als eine überraschende Improvisation dar. Es zeigt sich immer mehr, daß Preußen seine jüngsten großen Errungenschaften weniger einer selbstbewußten, auch in ihren Folgen vorbedachten That, als vielmehr einer Reihe von glücklichen Umständen und Zufällen zu verdanken hat. Ist ja doch das preussische Volk gegen den Krieg mit Oesterreich gewesen, ist ja selbst die preussische Armee durchaus nicht mit einem sicheren Siegesbewußtsein in den Kampf gegangen.

Dem entsprechen auch die Nachwirkungen. Wie man sich in Preußen nicht für den Krieg begeistert hatte, so begeistert man sich auch nicht für die doch so glänzenden Errungenschaften dieses Krieges. Der Jubel der Siegesfeste ist schnell verblaßt. Man könnte sagen: „Beim Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben.“ Eigentlich war aber bei der ganzen Aktion gar kein wahrer Spiritus vorhanden, oder es hatte einen solchen nur ein einziger Mann. Im Volke und in der Armee wirkte die Dressur und Disziplin. Auf dem Schlachtfelde thaten die Preußen wie immer ihre Schuldigkeit, und sie konnten es diesmal

umso leichter und erfolgreicher, weil leider andere so sehr für sie arbeiteten. Der rasche glänzende Sieg überraschte Armee und Volk, und die Siegesfrüchte waren für den Staat, für Regierung und Volk allzu überreich, sie scheinen für beide unverdaulich zu sein. Es sind untrügliche Zeichen vorhanden, daß Preußen selber zu seiner deutschen Schöpfung kein Vertrauen hat, und Thatsache ist es, daß im übrigen Deutschland und auch im Ausland dieser preussischen Schöpfung niemand eine lange Lebensdauer zutraut. Unter den Preußen selber hat eine sehr große Partei, ja man darf sagen die Mehrheit der ganzen Bevölkerung, wenn nicht das klare Bewußtsein, so doch die Ahnung, daß Preußen sich in seiner jetzigen Stellung nicht erhalten, daß es von seinen großen Errungenschaften zwar nicht alles verlieren, aber auch nicht alles behaupten wird. Ja es gibt in Preußen eine vielleicht kleine, aber immer noch mächtige Partei, welche wünscht, hofft und verlangt, daß Preußen die jetzige Politik verlasse, welche von dieser Partei als eine widerrechtliche und gottlose verdammt wird. Allerdings ist sowol in Preußen als im übrigen Deutschland auch eine Partei, welche an der jetzigen Position Preußens fest hält; aber nur um dieselbe als Stütz- und Ausgangspunkt für Bestrebungen zu benutzen, die weit über die jetzige preussische Politik, ja über Preußen selber hinausgehen.

Es herrscht in dem preussischen Deutschland, in dem unter den günstigsten Aufpizien ins Leben getretenen Nordbund keine Klarheit, kein gehobenes Bewußtsein, keine schwungvolle Thatkraft, sondern im Gegentheil Verwirrung, Gedrücktheit, zaghaftes Temporisiren. Die beiden Institutionen des norddeutschen Reichstages und des Zollparlamentes, von denen man so große Erwartungen gehegt, gehofft hat, daß sie nicht nur das bereits Verbundene lebendig einigen, sondern auch auf das noch Außenstehende eine unwiderstehliche Anziehungskraft ausüben würden, sie haben sich nicht einen einzigen Moment zu einer höheren nationalen Bedeutung erhoben, sie führen ein ganz ostures Geschäftsbasein, sie sind in Gefahr, aus Mangel an Theilnahme zu erlöschen. Der König von Preußen, das Bundesoberhaupt, ruht auf den so leicht und unverhofft errungenen Vorbeeren aus, er scheint die Bedeutung dessen, was ihm das Glück in die Hand gegeben, entweder wirklich nicht zu erkennen, oder nicht anerkennen zu wollen. Es zeigt sich da wieder, daß die Hohenzollern bei all ihrer Herrschertüchtigkeit doch nicht das Zeug haben, wahrhaft große Politik zu machen. Sie haben sich stets auf eine Hauspolitik beschränkt. Das that selbst ihr großer Friedrich. Er hat zwar mit fast ganz Europa einen Feldenkampf geführt, aber doch nur um sein kleines Königreich mit Schlesien zu vergrößern. Als er das erreicht hatte, war er befriedigt, rechtfertigte durchaus nicht die französische Besorgniß, „daß der Markgraf von Brandenburg sich zum Herrn Europas machen würde,“ strebte nicht einmal nach der Herrschaft über Deutschland, sondern beschränkte sich darauf, mit genialer Kraft eben sein Preußen zu entwickeln. Auch nach den Befreiungskriegen, in denen Preußen zuletzt eine so hervorragende Rolle gespielt,

nahm es nicht die seiner Thätigkeit entsprechende Stellung ein. Es war nun allerdings eine der fünf Großmächte, blieb aber doch von dem Charakter der Hauspolitik beherrscht und war in der großen Politik im Schlepptau Oesterreichs und Rußlands. Die Hohenzollern sind immer vorwiegend häuslich geblieben, haben sich nie so wie die Bourbons und Habsburger zu einer großen Weltpolitik erhoben, was freilich ihren Ländern sehr zu Gute gekommen ist. Einzelgenial schwungvolle Preußen hat es allerdings gegeben, welche ihren Staat aus den engen Schranken der Häuslichkeit auf den großen Weltbühnplatz führen wollten, sie sind aber an dem Charakter und an den Traditionen des Herrscherhauses und des Volkes gescheitert. Auch Bismarck ist ein solcher Mann und ihm ist es gelungen, Preußen einen kühnen und glücklichen Sprung machen zu lassen. Aber es war eben ein Sprung, und nicht eine vorbedachte Aktion, es war ein Wagniß auf gut Glück, nicht aber ein bewußtes Streben nach einem großen Ziele. Preußen hat alles gewagt, um etwas zu gewinnen. Es hat unterhofft viel gewonnen, aber sofort trat wieder die häusliche Politik in den Vordergrund, und ist Preußen jetzt zunächst vorzüglich nur damit beschäftigt, die neu erworbenen Güter in das System seiner Administration hineinzubringen. Bismarck selber hat entweder durch geistige und leibliche Indisposition den Schwung verloren, oder es sind ihm die Flügel gebunden und die Krallen gestugt.

Wir wurden zu dieser Betrachtung durch die offenkundige Lage des Nordbundes und besonders auch durch eine Broschüre veranlaßt, die wir etwas verspätet gelesen haben, nämlich „Deutschland um Neujahr 1870 vom Verfasser der Rundschau“ (Berlin, Verlag von Stilke & van Mühlen).

Die Ansichten und Tendenzen des „Rundschauers“ und seiner Partei sind bekannt. Es ist die ultrakonservative, legitimistische, orthodoxe Partei. Sie will den christlich-germanischen Staat, das Gottesgnadenkönigthum, die Regierung nicht durch die Majorität, sondern durch die Autorität. Es ist dies die wahre altpreußische Partei. Sie will zwar, daß Preußen groß und größer werde, verdammt aber die Mittel, durch welche die jetzige Vergrößerung herbeigeführt wurde, nämlich den Bruderkrieg mit Oesterreich, den Sturz legitimer Dynastien, das Bündniß mit dem Liberalismus. „Was hülfte es meinem Vaterlande,“ rief der Rundschauer im Jahre 1866 aus, „wenn es die ganze Welt gewönne und nehme doch Schaden an seiner Seele!“ Diese so fromm und gewissenhaft christliche Partei hält aber nichtsdestoweniger an der altpreußisch-königlichen Idee und Begierde fest, daß der Deutsche über fremde Völker herrschen müsse. Sie beklagt und verdammt es als eine Verletzung des göttlichen Rechtes, wenn eine legitime Dynastie vom Thron gestürzt wird; nicht aber auch, wenn ein Volk um seine ihm von Gott gegebene Individualität und Selbständigkeit gebracht wird. Daher beklagt es der Rundschauer, daß in Folge des Krieges von 1866 die deutsche Herrschaft in Italien und Ungarn verloren, in Böhmen und Galizien gefährdet ist. Zu der hohen Idee der Gerechtigkeit, Freiheit und Staatsklugheit, daß die Deut-

schen mit den Slaven, Ungarn und Romanen in freundschaftlichem Bunde leben sollen, können sich die Alt- und Neupreußen ebenso wenig aufschwingen, wie die deutschen Alt- und Neudösterreicher.

Man kann mit der altpreußischen Partei nicht übereinstimmen, aber man kann von ihr lernen. Sie hat vorzüglich das Gute an sich, daß sie ein innig freundschaftliches Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen will. Sie sagt: „Oesterreich und Preußen Hand in Hand, oder Deutschland aus Hand und Band!“ Diese Partei zeichnet sich vortheilhaft vor der neupreußischen dadurch aus, daß sie nicht die uniforme Centralisirung, sondern die föderative Gestaltung Deutschlands will, denn da sie auf das Preußenthum mit vollem Rechte sehr stolz ist, so will sie nicht das Aufgehen Preußens in Deutschland und kann daher auch nicht das Aufgehen des übrigen Deutschlands in Preußen wollen, weil sie einsieht, daß es unmöglich ist, das Preußenthum an die Stelle des Deuththums zu setzen, da die Süddeutschen sich nun und nimmer in Preußen verwandeln werden.

Die Broschüre des Rundschauers ist sehr interessant, und es wäre unklug, sie deshalb zu mißachten, weil sie von einem Altconservativen ausgeht. Sie gestattet tiefe und lehrreiche Einblicke in die Ansichten und Gefühle einer Partei, welche in Preußen von unten bis zur höchsten Stelle hinauf sehr einflußreich und auch in andern Ländern, auch in Oesterreich nicht ohne Bundesgenossen ist. Wir citiren als Probe eine für das ganze deutsche Volk lehrreiche Stelle. Sie lautet:

„Stets, von den ältesten Zeiten bis 1866 einschließlich, haben die Deutschen gegen einander blutig gekämpft mit nicht minderer kriegerischer Lust und Energie als gegen Fremde, auch wo keine Parteileidenchaften sie entzweiten, und nie, auch 1866 nicht, haben sie sich gescheut, für solche Kriege gegen einander Allianzen mit dem Auslande einzugehen; so im dreißigjährigen Kriege, im spanischen Erbfolgekriege, in König Friedrichs II. schlesischen Kriegen, so in unseren Tagen in den französischen Kriegen gegen Preußen und Oesterreich. Stets hat der deutsche Geist seine Ziele vielmehr auf anderen Bahnen gesucht als auf der Bahn der Staatenbildung. Die Religion, die Kirche, selbst die Literatur war den Deutschen mehr als der Staat. Eine neue Schiller'sche Tragödie interessirte Norddeutschland zu Anfang dieses Jahrhunderts mehr, als die Trauerspiele von Marengo und Hohenlinden, die den Untergang des deutschen Reiches herbeiführten. Die deutsche Nation hat — im Unterschiede von anderen germanischen Nationen — von Anfang ihrer Geschichte an als sehr schwach sich bewiesen der Aufgabe gegenüber Staatseinheit zu gründen und aufrecht zu halten. Noch heute ist sie gespalten in der Religion und in der Kirche in fast gleiche Hälften; — während Portugal, Spanien, Frankreich, England, Schweden, Dänemark, Rußland jedes eine wesentlich nationale und herrschende Religion und Kirche haben. In schwacher Gestalt war eine deutsche Staatseinheit etwa ein Jahrtausend lang im

Reiche vorhanden. Aber dieses Reich war ein römisches Reich und sein Kaiser ein römischer Kaiser. Nur in einigen bald vorübergehenden Glanzperioden trat einige Energie der Reichseinheit hervor, — seit dem sechszehnten Jahrhundert nicht wieder. Unter den Wirkungen der Kirchenspaltung und unter den zugreifenden Händen der deutschen Fürsten, vorzüglich Preußens, kam die Reichseinheit endlich so weit herab, daß sie zuletzt in einem langen Todeskampfe röchelte. Des bewunderten Königs Friedrich II. am meisten bewunderter Krieg, der siebenjährige, war auch ein Krieg gegen das deutsche Reich, und in diesem Krieg waren des Königs Siege über die Reichsarmee in Deutschland vor seinen anderen Siegen populär, — populär selbst, behauptet man, in den Ländern der Feinde Königs Friedrichs. Endlich, unter den bonapartistischen Siegen verschwand erst die Reichseinheit und endlich das Reich selbst, und noch zur Zeit der Schlacht bei Leipzig 1813 kämpfte der größte Theil von Deutschland gegen die Befreier von Deutschland, zu denen wesentlich England und Rußland gehörten. Aus solchen Siegen konnte kein anderer als ein schwacher deutscher Bund hervorgehen, ein Bund, der berechnet war auf die Einigkeit Oesterreichs und Preußens, und nur in Kraft dieser Einigkeit bestehen konnte, der aber doch eben durch diese wesentlich aufrecht erhaltene Einigkeit ein Einheitsband Deutschlands, das einzige Einheitsband war, fünfzig Jahre lang. Die einseitigen Reformversuche, bestimmt durch einen neuen Bund die Einheit von Deutschland zu konsolidiren, mißlingen, der Preußens 1850, der Oesterreichs 1863. Preußen und Oesterreich Hand in Hand waren mächtig genug, alle wahren Reformbedürfnisse des Bundes zu befriedigen. Die kleinen Staaten sind, wenn sie in dem rechten Verhältnisse zu den großen stehen, kein Uebel, sondern ein schöner Schmuck und ein Bildungsmoment Deutschlands. Wer die Kleinstaaten verspottet, dessen Spott trifft auch Rom in seiner Jugendblüte, Athen und Sparta. Bei Salamis muß er für Xerxes Partei nehmen. Wahrscheinlich gab es solche Spötter am Hofe des Keres. Endlich 1866 zerriß auch jenes letzte Band der Einheit Deutschlands unter dem Beifall derer, die sich vorzugsweise deutsche Patrioten nennen, und nur ein Norddeutscher Bund ging 1866 hervor aus den Siegen, welche deutsches Blut verbündet mit Garibaldi's Könige errungen hatte über deutsches Blut und aus der Depossidition uralter deutscher Fürstenhäuser.“

Dann erhebt der Rundschauer noch folgende Klagen:

„Verloren sind die deutschen Herzogthümer Luxemburg — mit seiner Festung — und Limburg. Deutschland grenzt nicht mehr an das adriatische Meer. Abgeschnitten vom übrigen Deutschland ist Oesterreich, das Oesterreich, dessen Waffen seit Jahrhunderten Deutschland so oft vertheidigt haben gegen Türken und Franzosen, — gegen diese noch 1813—1815, in schönem Bunde mit Preußen, — und abgeschnitten mit Oesterreich die größte deutsche Hauptstadt und der glänzendste deutsche Thron. Verloren ist namentlich das Helbenland Deutschlands, Tirol. Andreas Hofer, sein Grab und seine Erinnerungen gehören Deutschland

nicht mehr an. Ein deutsches Fürstenhaus hat zwar den russischen Thron inne. Aber unter diesem Hause wird in den unter russischem Szepter von Deutschen regierten Ostsee-Provinzen die deutsche Sprache und Nationalität vertilgt, und Deutschland schweigt. Dagegen soll Schleswig — will aber größtentheils nicht — deutsch sein. Das sübliche Deutschland, mit Ausschluß des hinausgewiesenen Oesterreichs, etwa ein Viertel (mit Einschluß Oesterreichs beinahe die Hälfte) des ganzen Deutschlands — flottirt in vierthalb, wieder unter sich vereinzelter Staaten, halt suchend und nicht findend, hin und her zwischen den Großstaaten Preußen, Oesterreich und Frankreich, und zerklüftet wiederum ist jeder dieser vierthalb Staaten in sich durch Parteien, welche, die einen in Oesterreich oder Frankreich, die andern in Preußen ihre Stütze suchen, und noch andere nach der Schweiz hinüber blicken und auf Republik und völligen Umsturz finnen. Ein Wort ließ vor einiger Zeit sich hören aus Süddeutschland: „Wir haben die traurige Alternative vor uns, entweder von Preußen verschlungen oder von Frankreich beschützt zu werden.“

Gewiß gerechtfertigte schmerzliche Klagen. Aber wodurch kann abgeholfen werden? Durch eine Wiederherstellung der früheren Verhältnisse, durch eine neue Osmüger Restauration gewiß nicht. Das ist unmöglich, und wenn es möglich wäre, verwerflich. Das unter den neuen Verhältnissen einzig mögliche, wünschenswerthe, gerechtfertigte Mittel zur Stillung der Klagen, zur Beseitigung der Gefahren, zur Befriedigung der Gefühle und Rechte der Völker ist ein inniges Trutz-, Schutz- und Kulturbündniß zwischen einer deutschen und einer österreichischen Föderation.

Das traurige Ereigniß in Griechenland.

Den Türkenfreunden ist wieder ein erwünschter Anlaß geboten worden, über das Königreich Griechenland grimmig schimpfend herzufallen, Europa aufzufordern, diesem Staate ein Ende zu machen, ihn entweder zu occupiren, oder wieder unter das türkische Joch zu beugen.

Die Veranlassung ist ein allerdings sehr beklagenswerthes Ereigniß; es sind nämlich drei Engländer und ein Italiener (dieser und einer der Briten waren Gesandtschaftsbeamte) auf der Heimkehr von einem Ausfluge nach Marathon von Räubern gefangen und später ermordet worden. Der Mord war ursprünglich nicht beabsichtigt, sondern die Räuber, welche die Frauen der Gesellschaft frei ließen, schleppten die Herren als Gefangene mit sich, um ein bedeutendes Lösegeld zu erpressen. Das ist bekanntlich bis zu dieser Stunde auch bei dem italienischen Brigantaggio üblich, selbst unter der glorreichen jetzigen parlamentarischen

Regierung. Der englische Gesandte in Athen wollte das Lösegeld vorstrecken, da aber die Räuber auch noch Amnestie und die Freilassung zweier gefangenen Genossen verlangten, so sandte die griechische Regierung Truppen aus, welche die Räuber umzingelten, worauf diese, zur Wuth gereizt, oder zur Verzweiflung gebracht, die Gefangenen ermordeten.

Das ist nun gewiß eine entsetzliche, verdammungswürdige Unthat, über die man überall und besonders in England und Italien empört sein muß. Es ist auch nicht zu leugnen, daß die griechische Regierung besser gethan haben würde, wenn sie in dem besonderen Falle das Verlangen der Räuber erfüllt, oder den Vorschlag der Engländer, die Räuber auf einem britischen Schiffe aus dem Lande zu bringen, angenommen hätte. Es ist selbstverständlich, daß England und Italien von der griechischen Regierung die strengste Bestrafung der Räuber verlangen. Das alles ist vollkommen begreiflich und gerechtfertigt.

Aber ganz ungerechtfertigt ist es, wegen des geschehenen Unglücks das Königreich Griechenland zu verdammen, die von einer Räuberbande verübte Missethat dem ganzen griechischen Volke zur Last zu legen. Wenn das in England geschieht, so kann man es als leidenschaftlichen Ausbruch des Schmerzes über das Unglück von Landsleuten entschuldigen; wenn aber unbetheiligte Publizisten sich nicht auf den Ausdruck des menschlichen Bedauerns und der allgemeinen sittlichen Entrüstung beschränken, sondern aus dem Vorfalle griechenfeindlich und türkenfreundlich politisches Kapital machen wollen, so beweisen sie dadurch barbarischen Volkshatz und servile Dienstbarkeit für die Türken. — Betrachten wir das traurige Ereigniß mit unbefangenen Auge.

Griechenland ist allerdings noch nicht so kultivirt wie die andern europäischen Staaten, und das aus der Vorzeit überkommene Räuber-, das Klephtenwesen ist für das ohnehin mit so vielen Schwierigkeiten kämpfende Land eine große calamität. Es ist gewiß sehr zu beklagen, daß die griechische Regierung noch nicht im Stande war, diesem Unwesen ein Ende zu machen. Aber gelingt es nicht auch den größten und mächtigsten Staaten nur schwer und langsam, fest eingewurzelte, aus frühern barbarischen Zeiten stammende, aus örtlichen und nationalen Verhältnissen hervorgehende Uebelstände auszurotten? Gibt es nicht selbst in den civilisirtesten Ländern auch Räuber, wenn sie auch nicht in bewaffneten Banden herumziehen und förmlich offenen Krieg führen? Und selbst das geschieht bis zu dieser Stunde noch in dem neuen freien Italien, und ist es der gepriesenen nationalen Regierung, obwohl sie eine große Armee zur Verfügung hat, noch immer nicht gelungen, in Neapel dem Brigantaggio ein Ende zu machen. Man sage nicht, daß hier politische Ursachen mitwirken, denn dasselbe ist auch bei dem Klephtenthum in Griechenland der Fall. Und wie sieht es denn in England, in London aus? Wie viele Ausländer sind in gewissen Straßen und Spelunken der britischen Hauptstadt schon spurlos verschwunden oder als Leichen aufgefunden worden! Hat es aber jemand gewagt, deshalb über das englische Volk den

Stab zu brechen, die britische Regierung dafür verantwortlich zu machen? Hätte das jemand gethan, so würde die englische Regierung geantwortet haben: „Warum ist dieser Fremde in so verdächtige Gassen und Häuser gegangen; wir können nicht jedem Lustwandler einen Konstabler zur Begleitung geben.“ Was für haarsträubende Räubergeschichten werden fortwährend aus Ungarn berichtet; kämpft nicht die neue freie Regierung daselbst immer noch fruchtlos gegen diese Landeskalamität? Und kommen nicht in der nächsten Nähe von Wien, in den Straßen und Häusern der Stadt gerade in der neuen freien Zeit sehr freche Raubathfälle vor? Man denke z. B. an jenen schrecklichen Menschen, welcher im Dornbacher Walde mit einer Pistole auf einsame Spaziergänger schoss. Wie wenn er zufällig einen englischen Gesandtschaftsattachée todt- oder angeschossen, und wenn da die englische Regierung von der österreichischen Genugthuung verlangt hätte? Es ist charakteristisch, daß von dem unglücklichen Ereigniß in Griechenland offenbar vorzüglich deshalb ein besonderes Aufsehen gemacht wird, weil es eben Engländer betroffen hat. Wo und wann haben aber Räuber sich um die Nationalität ihrer Opfer bekümmert und diplomatische Rücksichten genommen? Gerade die Engländer sind aber in dieser Hinsicht besonders gefährdet, weil sie eben durchweg für reiche Leute gehalten werden. Kurz, bei unbefangener Beurtheilung muß man zugestehen, daß ein ähnlicher, wenn auch nicht ganz gleicher Fall in jedem Staate vorkommen kann. In Italien z. B. sind schon sehr oft gerade reisende Engländer von den Briganten abgefangen, in die Abruzzan geschleppt worden, um von ihnen ein reiches Lösegeld zu erpressen.

Betrachten wir nun das Benehmen der Unglücklichen, welche das Opfer ihrer altgriechisch klassischen Neugierde geworden sind. Daß in Griechenland Briganten die Wege unsicher machen, ist eine altbekannte Thatsache. Gerade jetzt hat das Räuberunwesen notorisch sehr überhandgenommen. Das mußte die Gesellschaft, welche das Schlachtfeld von Marathon besuchen wollte, wissen und sie wußte es auch, denn sie verlangte von der griechischen Regierung eine bewaffnete Bedeckung. Die Gesellschaft hat also die Möglichkeit eines räuberischen Angriffes vorgebacht, sie hat sich gewissermaßen auf einen Kampf mit Räubern gefaßt gemacht. Sie hat also offenbar mit Bewußtsein eine lebensgefährliche Fahrt unternommen, denn bei einem als möglich vorgebachten Kampfe konnte doch leicht einer oder der andere der Herren ums Leben kommen, und ist es besonders auffallend, daß man die Damen dieser Gefahr aussetzte. Wenn man in einem Lande lebt, welches nun einmal solche Zustände hat, wie Griechenland, so soll man sich doch der eigenen Sicherheit wegen nach den örtlichen Verhältnissen richten. Wenn man weiß, daß in einer Gegend Räuberbanden in Hinterhalten liegen, daß die Regierung gezwungen ist, gegen dieselben militärische Patrouillen streifen zu lassen, so soll man doch nicht gerade in eine solche Gegend eine Lustpartie machen wollen, weil man da selbst ganz zufällig in einen Kugelregen gerathen könnte. Die unglückliche Gesellschaft hat aber eine solche Fahrt

doch unternommen. Die Engländer lieben es bekanntlich, gefährliche Abenteuer aufzusuchen, und dann pochen sie überall auf das große Ansehen ihrer Nation und setzen stolz voraus, daß sich niemand an sie heranwagen würde. Es ist wahrlich nicht das erstemal, daß Engländer durch diesen Charakterzug verunglückt sind.

Wie hat sich die griechische Regierung benommen? Sie soll durch eine türkische Behörde die Anzeige erhalten haben, daß eine Räuberbande aus Thessalien nach Attika aufgebrochen sei. Der Versteck der Bande scheint aber noch nicht bekannt gewesen zu sein, was bei den örtlichen Verhältnissen Griechenlands begreiflich ist. Verstehen es ja selbst in den polizeilich bestorganisirten Staaten Missethäter oft sehr lange, sich dem Auge der Behörden verborgen zu halten. Daß aber die Wege unsicher seien, das verhehlte die griechische Regierung nicht, denn sie gab der Gesellschaft vier Bewaffnete mit und ertheilte zugleich den militärischen Streifcorps den Befehl, sich in der Nähe des Weges der Bergwägenzügler zu halten. Man muß zugestehen, daß schwerlich irgend eine andere Regierung für irgend eine Gesellschaft behufs einer Lustpartie größere Sicherheitsmaßregeln ergriffen hätte, und es muß auch mit Grund bezweifelt werden, daß die Gesellschaft selber es angenehm gefunden haben würde, auf ihrer Lustfahrt von einem ganzen Militärbataillon eskortirt zu werden. Als der räuberische Angriff geschah, thaten die griechischen Gensdarmen tapfer ihre Schuldigkeit und opferten für ihre Schutzbefohlenen das Leben, während nicht verlautet, daß auch die Herren und Diener der Gesellschaft sich selber vertheidigten. Sie hatten wahrscheinlich keine Waffen bei sich, was jedoch auf der offenkundig gefährlichen Fahrt, die sie unternommen, ein Fehler von ihnen war. Daß hierauf die griechische Regierung nicht den Gefangenen zu Liebe ihr Ansehen compromittiren, mit den Räubern nicht kapituliren, sondern sie durch Waffengewalt bezwingen wollte, hat zu der unglücklichen Katastrophe geführt; es fragt sich aber, ob irgend eine Regierung in gleichem Falle anders gehandelt hätte *), und billigerweise wird man als Entschuldigung auch gelten lassen müssen, daß die griechische Regierung die Ermordung der Gefangenen nicht für wahrscheinlich gehalten haben mag. In der That ist sonst im allgemeinen blutgierige Grausamkeit gegen Wehrlose bei den griechischen Klephten selten, und von der in Rede stehenden Bande konnte man sich umsomehr eines Bessern versehen, da sie die Frauen der Reisegesellschaft freigelassen hatte.

Daß nun England und Italien die strengste Bestrafung der Raubmörder verlangen, ist selbstverständlich. Die griechische Regierung wird diese Genugthuung gewiß leisten, sie hat ja bei der Verfolgung der Räuber schon eine kräftige Energie bewiesen, welche leider für die Gefangenen verderblich geworden

*) Uebrigens ist das Begnadigungsrecht des Königs von Griechenland durch die Verfassung beschränkt.

ist. Weit über alles Recht und über alle Billigkeit geht es aber, wenn mit einer Züchtigung nicht der Räuber, sondern der griechischen Regierung, mit einer Invasion gedroht wird. Eine solche Drohung sollte namentlich die italienische Regierung vermeiden, da sie doch selber nicht im Stande ist, in ihrem eigenen Gebiete den Brigantaggio zu unterdrücken, und täglich gewärtigen kann, daß im neapolitanischen Gebirge ein ähnlicher Fall eintrete, wie in Griechenland. Aber auch die Engländer sollten nicht so grimmig über die Schwäche und Fahrlässigkeit der griechischen Regierung schimpfen, sondern sich bescheiden erinnern, daß auch bei ihnen gar manches geschieht, was man in einem gebildeten, wohlorganisirten und mächtigen Staate für unmöglich halten sollte. Ist es doch möglich gewesen, daß die Fenier mitten in London einige Häuser in die Luft sprengen konnten, wobei doch auch leicht einige Ausländer hätten ums Leben kommen können. Die griechische Regierung ist unablässig damit beschäftigt, dem Räuberunwesen ein Ende zu machen. Wenn sie aus eigener Kraft damit nicht fertig werden kann, nun so möge man sie dabei unterstützen. Man unterstützt ja auch im allgemeinen Interesse schwächere Staaten bei der Unterdrückung von Revolutionen. Das griechische Klephtenthum hat aber in der That einen politisch revolutionären Charakter, und es läge in der That im Rechte und in der Pflicht der Schutzmächte, die griechische Regierung bei der Beseitigung dieses gemeinschädlichen Uebels zu unterstützen. Dabei werden aber die Mächte ihr Augenmerk ganz besonders auch auf die türkische Regierung richten müssen. Dies führt uns zur Beurtheilung der Beziehung, in welche der traurige Vorfall in Griechenland zur Türkei gebracht wird.

Die griechenfeindlichen Türkenknechte der Publizistik wollen höhrend behaupten, daß solche Gräueltthaten nicht vorkommen würden, wenn es kein Königreich Griechenland gäbe, d. h. wenn dieses Land noch oder wieder unter türkischer Vormäßigkeit stünde. Doch während sie das sagen, müssen sie gerade in dem vorliegenden Falle die Thatsache konstatiren, daß die Räuberbande aus Thessalien, also aus türkischem Gebiete nach Attika gekommen ist! Die türkische Behörde soll allerdings davon in Athen die Anzeige gemacht haben. Das mag wahr sein, aber gewiß ist es, daß die türkische Behörde gar nichts gethan hat, um den Ausbruch der Räuber zu verhindern. In der That ein ganz eigenthümliches nachbarliches Verfahren! Die türkische Behörde hat gewußt, daß sich in Thessalien eine Räuberbande befinde, hat dieselbe jedoch ungeschoren gelassen; sie hat gewußt, daß die Bande nach Griechenland aufgebrochen, hat derselben jedoch kein Hinderniß in den Weg gelegt, sondern sich darauf beschränkt, in Athen den räuberischen Besuch freundschaftlich anzukündigen! Und doch weiß man, daß die türkischen Behörden an der Grenze Griechenlands Truppen zur Verfügung haben. Es trifft also die türkischen Behörden in dem vorliegenden Falle ein sehr schweres Verschulden, ja ein schwereres als die griechische Regierung. Genügt es den nachbarlichen, den internationalen Pflichten, daß ein Staat, auf dessen Gebiet sich

eine Räuberbande zum Einbruch in einen andern Staat rüstet, sich darauf beschränkt, dem bedrohten Staate davon die Anzeige zu machen, ohne sonst auch nur die Hand zu rühren, um den räuberischen Friedensbruch zu verhindern?! Was würde man sagen, wenn sich z. B. in Bosnien, von der dortigen Regierung ungehindert, eine Räuberbande zum Einbruch in Oesterreich anschickte, und der Pascha von Bosnien sich darauf beschränken möchte, nach Pest und Wien zu telegraphiren: „Nehmt euch in acht, es kommen bosnische Räuber zu euch!“

Wir gehen aber bei der Beurtheilung dieses Verhältnisses noch weiter und sagen mit Bestimmtheit, daß die türkische Behörde in Thessalien die Räuber bei ihrem Einbruch in Griechenland nicht nur nicht gehindert, sondern ihnen im stillen sogar eine recht glückliche Reise gewünscht hat. Es ist eine notorische Thatsache, daß die griechischen Räuber ihre Stütz- und Sammelpunkte vorzugsweise auf türkischem Gebiete haben. Dorthin flüchten sie in der Regel, wenn sie von griechischen Truppen verfolgt werden, und dort finden sie jederzeit nachsichtsvolle Schonung. Wir sind überzeugt, daß die Räuber, welche bei der jetzigen Affaire den griechischen Truppen entkommen sind, sich bereits ganz unangefochten auf türkischem Gebiete befinden. Warum benehmen sich die Türken so? Weil sie Griechenland hassen und fürchten und es nicht zur ruhigen Entwicklung gelangen lassen wollen. Wenn die Engländer, wie sie drohen, die Raubmörder selber holen wollen, so werden sie dieselben auf türkischem Gebiete suchen müssen, und wenn Europa diesem ganzen Unwesen ein Ende machen will, so muß es nicht bloß in Athen, sondern noch mehr in Konstantinopel energisch einschreiten.

Das Verhältniß muß aber auch noch von einem höheren politischen und nationalen Standpunkte aus betrachtet und beurtheilt werden. Man spottet und schimpft über die Schwäche der griechischen Regierung, man rechnet es ihr als Verschulden, als Verbrechen an, daß sie die Parteien nicht im Zaum halten, nicht Ruhe, Ordnung und Sicherheit schaffen kann. Aber warum ist die griechische Regierung schwach? Weil ihr die natürlichen Mittel fehlen, um stark zu sein. Und warum fehlen ihr diese Mittel? Weil Europa zwar ein unabhängiges Königreich Griechenland geschaffen, es aber in so enge Grenzen eingezwängt, auf ein so wenig ergiebiges Gebiet beschränkt hat, daß es nicht lebenskräftig wachsen und gedeihen kann. Das ist eine allgemein anerkannte Thatsache, und man braucht bloß die Landkarte zu betrachten, um sich davon zu überzeugen. Griechenland muß größer werden, wenn es überhaupt bestehen bleiben soll. Aber Europa hat ein Griechenland geschaffen, ihm jedoch vorenthalten, was sein rechtmäßiges Eigenthum ist; Europa hat in der Zeit des Freiheitskampfes der Griechen den griechischen Nationalgedanken mit Begeisterung anerkannt, dann aber der Realisirung desselben diktatorisch ein Nichtweiter gestellt, um dem türkischen Gewaltprinzip zu huldigen. In der Nichtbefriedigung des natürlichen und historischen Rechtes, des gebieterischen Bedürfnisses, der religiös-nationalen Idee des griechi-

sehen Volkes liegt die Grund- und Hauptursache aller Uebelstände, unter denen Griechenland leidet.

Man muß daher den europäischen Mächten zurufen: „Werdet dem griechischen Volke gerecht, dann erst könnt ihr berechtigt werden, über dieses Volk den Stab zu brechen, wenn es seine große Aufgabe nicht erfüllen sollte. Es ist sehr unrühmlich, wenn die Starken sich mit der Drohung brüsten, einem Schwachen den Garaus zu machen, den sie selber schwach gemacht haben und zwingen wollen, schwach zu bleiben!“

Die Arbeiterinnen.

Während des Buchdruckerstreikes wurde angekündigt, daß man Frauenzimmer in der edlen Kunst Gutenbergs abrichten und statt der Männer verwenden werde. Man baute auf diesen Plan große Hoffnungen. Es ist jetzt überhaupt das Bestreben angeregt, das weibliche Geschlecht zu mancherlei Arbeiten heranzuziehen, welche bisher ausschließlich von Männern verrichtet wurden. Es gehört das zu der sogenannten Frauenemanzipation, mit der unsere Zeit sich praktisch und unpraktisch viel beschäftigt. Man führt volkswirthschaftliche, sittliche und freiheitliche Gründe an; das weibliche Geschlecht soll frei und selbständig, die Arbeitskraft desselben soll fruchtbar gemacht werden u. s. w. In dem speciellen Falle aber, wo es sich darum handelt, männliche Arbeiter durch Arbeiterinnen zu ersetzen, wirkt als Motiv vorzüglich die Hoffnung, daß die Arbeiterinnen genügsamer und fügsamer sein werden, als die Arbeiter. Jedem, der die Sache unbefangen betrachtet und ihr auf den Grund sieht, drängen sich folgende Erwägungen auf:

Wenn in vielen Arbeitbranchen in bedeutendem Maße, d. h. in großer Zahl Frauenzimmer an die Stelle der Männer treten, so wird eine Masse von Männern erwerblos, brodblos, was selbstverständlich nicht nur für diese Männer, sondern auch für die Gesellschaft eine arge Kalamität wäre. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das weibliche Geschlecht alle Anlagen hat, um viele bisher ausschließend männliche Arbeiten und Dienste zu leisten. Wenn aber die Frauen in großer Anzahl mit den Männern in Konkurrenz treten, so werden bei dem Umstande, daß ohnehin in vielen Arbeitszweigen und bei vielen Dienstposten schon ein übermäßiger Andrang von männlichen Kandidaten besteht, arge Kollisionen entstehen. Man muß ferner voraussetzen, daß diejenigen Frauenzimmer, welche für männliche Arbeiten und Dienste rekrutirt werden sollen, bisher nicht müßig gewesen sind, sondern weibliche Arbeiten verrichtet haben. Wenn sie sich nun diesen entziehen, so muß in Folge dessen natürlich für die unzähligen wichtigen und

unentbehrlich nothwendigen Arbeiten und Dienste, welche das weibliche Geschlecht der Gesellschaft leistet, und welche größtentheils eben auch nur von diesem Geschlechte geleistet werden können, ein unersehbare Abgang an Arbeitskräften eintreten. Es würde also für die Allgemeinheit ein doppelter Nachtheil entstehen; einmal dadurch, daß eine große Anzahl von Männern erwerblos würde, und dann dadurch, daß in dem überaus wichtigen Bereiche der weiblichen Arbeiten eine unausfüllbare Lücke entstünde. Was endlich die Voraussetzung betrifft, daß die an die Stelle der Männer tretenden Arbeiterinnen sich mit geringerem Lohne begnügen und dem Willen der Arbeitgeber gehorsamer fügen würden, so dürfte man da alsbald arge Enttäuschungen erleben. Anfangs und eine Zeit hindurch könnte sich die Voraussetzung wol bewahrheiten, aber je länger und in je größerer Zahl man für gewisse Arbeitszweige Arbeiterinnen suchen wird, desto mehr werden die natürlichen Verhältnisse eintreten, d. h. die vermehrte Nachfrage wird den Preis erhöhen, das schwache Geschlecht wird im Fordern so stark werden wie das männliche. Bei dem Scharffinne, der praktischen Findigkeit, wodurch das weibliche Geschlecht nicht nur nicht hinter dem männlichen zurücksteht, sondern dasselbe in gewöhnlichen Verhältnissen sogar übertrifft, ist wahrlich nicht vorauszusetzen, daß die Arbeiterinnen ihren Vortheil nicht erkennen, nicht bemüht sein würden, die für sie günstige Konjunktur auszunutzen. Bald werden sie zu den Arbeitgebern sagen: Wir leisten euch dasselbe, was die Männer geleistet haben; warum gebt ihr uns einen geringeren Lohn? Man wird ihnen nicht etwa antworten dürfen: Ihr braucht weniger als die Männer; denn sie würden rasch replizieren: Was wir mit dem erworbenen Gelde machen, ob wir es verzehren oder zusammensparen, das geht euch nichts an, ihr sollt und müßt uns nach unserer Leistung bezahlen. In der That darf das Bedürfniß nur in einer Beziehung der Maßstab für die Entlohnung des Arbeiters sein, es soll und muß nämlich jeder Arbeiter so viel bekommen, als er braucht, um am Leben zu bleiben und seine Arbeitskraft zu erhalten. Im übrigen aber soll jeder Arbeiter, ob männlichen oder weiblichen Geschlechtes das bekommen, was er verdient, das heißt, was seine Arbeit werth ist. Da es nun Thatsache ist, daß Frauen viele von den bisher ausschließlich von Männern verrichteten Arbeiten nicht nur genau ebenso gut, sondern beziehungsweise sogar besser leisten können als die Männer, so sollen sie dafür auch denselben Lohn bekommen wie die Männer, und es darf der Umstand, daß die Arbeiterinnen weniger Bedürfnisse haben als die Arbeiter, nicht den Arbeitgebern zu Gute kommen. Wenn dieser Grundsatz nicht anerkannt würde, so könnte man auf die absurde Konsequenz gelangen, daß bei den Arbeitern überhaupt nach Maßgabe des Bedürfnisses ein Unterschied in der Entlohnung stattfinden, daß z. B. der Arbeitgeber einem Wassertrinker für dieselbe Leistung weniger zahlen dürfte, als einem andern, welcher das Bedürfniß hat, täglich Spirituosen zu genießen. Alle diese Umstände werden dem weiblichen Scharffinn sehr bald einleuchtend sein und sie werden dieselben umso

entschiedener geltend machen, je mehr sie in dieser Beziehung emanzipirt, d. h. als mit den Männern gleichberechtigt anerkannt werden. Bisher waren die Arbeiterinnen genügsamer und fügsamer, weil man sie nur ausnahmsweise, nur zur Aushilfe, gewissermaßen gar nur aus Barmherzigkeit zu männlichen Arbeiten zuließ. Sobald aber anerkannt sein wird, daß für viele Geschäftszweige die weibliche Leistungsfähigkeit der männlichen ganz gleich ist, sobald dem weiblichen Geschlechte die Möglichkeit geboten sein wird, sich die nöthigen Kenntnisse und Geschicklichkeiten zu erwerben, und sobald man in größerem Maße und Umfange Arbeiterinnen suchen wird, werden diese auch ihre Stellung richtig schätzen, ihre gleichberechtigte Freiheit benützen, ihre Rechte geltend machen. Und es wäre sehr thöricht, wenn die Arbeitgeber in dieser Beziehung etwa auf eine Charakterschwäche, auf eine schwüchterne Willsfähigkeit, auf eine geduldige Hingebung des schwachen, zarten, schönen Geschlechtes rechnen wollten. Wenn die Weiber einmal ihr Recht erkennen, ein ihnen angethanes Unrecht empfinden und, vom Freiheitsgeföhle erwärmt, erhit, in den Kampf treten, so sind sie viel gefährlichere Gegner als Männer, denn sie wissen nicht nur die Waffen zu führen, welche den Männern zu Gebote stehen, sondern die Natur hat ihnen noch andere höchst wirksame, sehr gefährliche, oft ganz unwiderstehliche Waffen verliehen.

Wir sind zu diesen Betrachtungen über eine wichtige volkswirthschaftliche und soziale Frage, welche leider von vielen Unberufenen sehr unpraktisch, ja ganz phantastisch behandelt wird, durch eine jüngst stattgehabte höchst interessante und sehr zahlreich besuchte Versammlung von Manufakturarbeiterinnen veranlaßt worden. Es sind da sehr muthige und energische Rednerinnen aufgetreten. Sie haben das traurige, wahrhaft sklavenähnliche Verhältniß der Arbeiterinnen grell geschildert und in schärfster Weise beurtheilt, und der allgemeine stürmische Beifall, welchen diese Reden fanden, bewies, daß die Arbeiterinnen die Situation bereits ganz richtig beurtheilen, das Unrecht, unter welchem sie leiden, tief empfinden, ihr Recht und auch die Mittel kennen, es durchzusetzen. Es sind über das Gebaren und Treiben in den Fabriken, wo Arbeiterinnen verwendet werden, schwere Klagen erhoben und Enthüllungen gemacht worden, welche auf eine besondere sittliche Gefahr dieses Verhältnisses hinweisen. Eine Rednerin hob mit richtiger Erkenntniß, mit lebhaftem Geföhle der Gleichberechtigung besonders den ökonomischen Standpunkt hervor. Sie rief aus: „Wir leisten dasselbe wie die Männer, bekommen aber nicht die Hälfte des Lohnes derselben! Wo ist da die Gerechtigkeit und Billigkeit? Wo stecken die Behörden? Wir werden uns also selber helfen müssen, wir werden ebenfalls die Arbeit einstellen, wir werden Strike machen!“ — Was sagen dazu die Arbeitgeber, welche dem Strike der Arbeiter durch Heranziehung von Arbeiterinnen entgegen wollen?

Aus den Angaben über die Lohnverhältnisse ersah man, daß diese Fabrikarbeiterinnen nicht nur nicht das bekommen, was sie verdienen, sondern nicht einmal soviel, als sie nothwendig brauchen, um lebendig und gesund zu bleiben.

Es ist unmöglich, daß diese Arbeiterinnen mit dem Lohne für ihre Wochenarbeit selbst die mäßigsten Bedürfnisse ihres Lebens decken können. Wenn sie sich also das Fehlende nicht auf andere Weise verschaffen können, so müssen sie an der anstrengenden Arbeit und an dem Mangel an entsprechender Nahrung hinfrieden. Auf welche Weise sollen sie sich aber den Abgang ersetzen?! Und dann klagt man über das physische Herabkommen der Generation, über das wachsende Sittenverderbniß, über das Ueberhandnehmen der Prostitution!

Aber noch viel trauriger ist die Lage der Handarbeiterinnen, welche vereinzelt, ohne bestimmtes Lohnverhältniß die mannigfachen Produkte für den nothwendigen und Luxusgebrauch erzeugen. Einigermassen besser daran sind noch diejenigen Handarbeiterinnen, welche unmittelbar für konsumirende Kunden arbeiten, doch auch sie werden sehr schlecht bezahlt, erhalten bei weitem nicht das, was ihre Arbeit werth ist, nicht einmal das, was sie für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse brauchen. Ganz erbärmlich aber ist die Lage derjenigen, welche für die Kaufleute arbeiten. Diese Frauen und Jungfrauen verfertigen die feinsten, schönsten Arbeiten so geschmackvoll, daß man sie für Pariser Arbeit ausgeben kann; aber wenn diese barmherzigen Wesen auch Tag für Tag von den frühesten Morgenstunden bis Mitternacht rastlos arbeiten, so erwerben sie kaum so viel, um sich ihr einziges Labniß, den saden Milchsaft verschaffen zu können. Das Werk ihrer geschickten und fleißigen Hände aber wird in den Prunkläden um enorme Preise verkauft. Da herrscht in tausend und tausend stillen Kammern unsäglicher Jammer, da drückt ein Verhältniß, welches in vieler Beziehung schlimmer, empörender ist, als wirkliches Sklaventhum.

Im Interesse der Individuen, der Familien, der ganzen Gesellschaft ist gerechte und humane Abhilfe dringend nothwendig. Wer aber soll, wer kann helfen? Die Arbeiterinnen werden sich selber helfen müssen durch — Koalition.

Kleine kritische Chronik.

Vom 27. April bis 4. Mai.

I n l a n d.

Diese Woche gehörte den Böhmen. Die Tagesblätter wetteiferten darin, über die Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten und den böhmischen Notabeln recht genaue Nachrichten zu bringen. Da nun bei diesen Verhandlungen nicht der Usus des Abgeordnetenhauses herrschte, nämlich der Mißbrauch, alles, was selbst in vertraulichsten Versammlungen gesprochen worden, sofort an die große Glocke zu hängen, so konnten die Blätter nur widersprechende Gerüchte und Kombinationen aufstücken. Dabei war es erlustigend, zu sehen, wie diejenigen Blätter, welche gar nichts wußten, während sie sich ihrem Publikum gern als allwissend darstellten, ihren Aerger über ihre Isokirung dadurch ausgoßen, daß sie glauben machen wollten, es sei von

den Verhandlungen überhaupt nichts zu sagen, als daß sie ganz bedeutungs- und resultatlos seien. Charakteristisch ist die Freude, mit welcher diese Pseudosösterreicher diese Nachricht austrumpeteten, eine Nachricht, welche doch jeden aufrichtigen Freund Oesterreichs tief betrüben mußte. Der bisherige Zustand ist nach allgemeiner Ueberzeugung unhaltbar, ein Ausgleich ist unumgänglich nothwendig, er soll aber gleich bei der ersten Vorverhandlung gescheitert sein; und darüber freuen sich die Verfassungstreuen! Sie wollen also den unhaltbaren Zustand, sie wollen, daß die Erhaltung Oesterreichs unmöglich werde. Ihre Schadenfreude wird zu Schanden werden; das hoffen wir zu Gott und von dem politischen Verstande und treuen Gefühle der Mehrheit der Bevölkerung Oesterreichs.

Ernstes Ministergerüchte rauschen in den Blättern. Es wird sogar mit großer Bestimmtheit versichert, daß Graf Beust demnächst von seiner Reichskanzlerhöhe herabsteigen und Oesterreich zwar nicht ganz verlassen, es aber wenigstens von seiner die Verfassungstreuen ängstigenden persönlichen Gegenwart befreien werde. Wir unsertheils waren längst der Ueberzeugung, daß die Stellung Beust's rasch unhaltbar werden würde. Er erzählt jetzt, was wir ihm gleich von Anfang an vorausgesagt haben, nämlich, daß er mit seiner Reichskanzlerschaft buchstäblich in der Luft steht. Er soll die auswärtige Politik des Gesamtreiches leiten, ist dafür den Delegationen, also eigentlich auch den beiden Parlamenten verantwortlich, aus denen diese Delegationen hervorgehen. Ja der Reichskanzler ist in der That von den beiden Landesministerien abhängig, denn sie können seine Aktionen nicht bloß kritisiren, sondern auch hemmen. Er selber aber hat in Betreff der innern Regierung weder dies- noch jenseits der Leitha auch nur eine beratthende Stimme, er hat keinen andern Einfluß, als den er sich privatim zu verschaffen weiß. Eine solche Stellung ist auf die Dauer unhaltbar. Graf Beust steht jetzt diejenigen als seine schonungslosesten, grimmigsten Feinde, um deren Beifall er gebuhlt, denen allein zu Gefallen er gehandelt hat. Auf der andern Seite scheinen zwar die Slaven die Vergewaltigung, die sie durch Herrn v. Beust erlitten, milderzergessen, ihm behufs des Ausgleichs Vertrauen schenken zu wollen; er kann jedoch nicht verkennen, daß man ihn auch von dieser Seite nur noch benützen und ausnützen will, wie es früher die Magyaren gethan haben. Wir würden uns daher nicht wundern, wenn Graf Beust seiner jetzigen Stellung überdrüssig geworden wäre, zumal ja ein österreichischer Botschafterposten keine unangenehme Sache ist, und Graf Beust auf demselben jedenfalls besser auf seinem Platze sein wird, als in Wien und inmitten unserer so außerordentlich schwierigen nationalen und staatsrechtlichen Verhältnisse, für die er von Anfang an nicht das richtige Verständniß gehabt hat.

Noch wichtiger, als der Rücktritt des Grafen Beust selbst wäre es, wenn er, wie verlautet, durch den Grafen Julius Andrássy ersetzt würde. Wir unsers bescheidenen Theils hätten nichts dagegen; wir wünschen es sogar, daß Ungarn an der Reichsregierung theilnehmen möchten, denn das wäre eine Bekräftigung der Realunion. Was namentlich den Grafen Andrássy betrifft, so würde er die auswärtige Politik gewiß nicht nach der althergebrachten diplomatischen Schablone, nicht mit kleinlicher Vielgeschäftigkeit, permanent red- und schreibselig führen, sondern mit genialerem thatkräftigen Schwunge und dadurch auch gewinnender und zugleich imponirender.

Bei allen Ministerkombinationen der neuesten Krisis wurde der Name Kellersperg genannt. Auch im jetzigen Momente geschieht es. Einige sagen, Baron Kellersperg sei schon in Wien gewesen, aber wieder in sein kaiserliches Lustkulum abgereißt, weil er sich mit dem Grafen Potocki nicht einigen gekonnt hätte; nach andern ist er erst jetzt in Wien angekommen; noch andere stellen alle Verhandlungen mit diesem Manne in Abrede. Jedenfalls ist Baron Kellersperg eine echt staatsmännische Kapazität, und wird

man immer wieder auf ihn reflektiren müssen. Was besonders den Ausgleich mit und in Böhmen betrifft, so haben die Deutschen die sehr werththätige Freundschaft Rellerspergs erfahren, und wollen die Tschechen, obwol er nichts weniger als ihr Freund gewesen, ihn, wie wir vernehmen, gern als Vermittler anerkennen.

In Ungarn sind zwei wichtige Gesetzentwürfe veröffentlicht worden, nämlich ein neues Nationalitätengesetz und die Reform der Komitatsverfassung. Beide Gesetze sind für die Entwicklung, ja für den Bestand des Stephansreiches von verhängnisvoller Bedeutung. Auf das Nationalitätengesetz kommen wir nächstens zurück. Vorerst ist nur zu konstatiren, daß die besseren Bestimmungen desselben wenig Aussicht haben, von der jetzigen Majorität des ungarischen Parlamentes angenommen zu werden. Diese Majorität hat eben jetzt eine den Nationalitäten sehr feindliche Stimmung gezeigt, indem sie gegen den serbischen Abgeordneten Miletics und gegen den ohnehin noch im Arter sitzenden rumänischen Deputirten und Redakteur Romanu Strasprojeße bewilligte. Eine Verurtheilung des Abgeordneten Miletics kann unter den Serben sehr gefährliche Wirkungen machen. Bezeichnend ist es, daß in Betreff Romanus die gesammte Linke, ja der referirende Ausschuß selber gegen die Bewilligung der gerichtlichen Verfolgung gestimmt. Doch der Justizminister siegte. Dieser Sieg kann aber leicht eine schlimme Niederlage des jetzigen Systems zur Folge haben. Die vorgeschlagene Reform der Komitatsverfassung besteht darin, daß der autistischen Autonomie der Komitate und Banatien, diesem tausendjährigen Bollwerk der ungarischen Freiheit radikal ein Ende gemacht, ganz und gar der Konstitutionalismus nach der Schablone durchgeführt werden soll. Das wird voraussichtlich einen heftigen Kampf hervorrufen, ja es kann zu einer verhängnisvollen Krisis führen.

Der von Grafen Andrássy und Baron Rauch mit vielem Pathos der Welt als felsenfest verkündete ungarisch-kroatische Ausgleich, diese ehrliche Union, wie man sie zu nennen beliebt, die man zum Mindesten auf zweihundert Jahre geschlossen zu haben wähnte, wird schon im zweiten Jahre rissig an allen Ecken und Enden. Abgesehen von der passiven Opposition der Nationalen fangen auch schon die getreuen Diener Rauchs an, sich ungeberdig zu benehmen und zu opponiren, denn am 20. April als dem Eröffnungstage des prorogirten kroatischen Landtags fand sich nicht einmal die beschlußfähige Anzahl der Mitglieder desselben ein, und der am 28. mühsam zu Stande gebrachte beschlußfähige Landtag wurde durch den Austritt von 17 der Rauch'schen Partei selbst angehörigen Deputirten wiederholt beschlußunfähig gemacht. Diese Erscheinungen einer bedenklichen und weit verzweigten Krankheit im Staate Ungarn-Kroatien kommen den Schöpfern der Union sehr ungelegen, und in der That läßt Andrássy in seinem Organe „Pester Lloyd“ in einer Agramer Korrespondenz die Welt auf den Rücktritt der „ermüdeten Hand“ Baron Rauch vorbereiten und zugleich versichern, daß sich hiedurch jedoch kein Systemwechsel vollziehen werde. Nun gut, die Kroaten werden schon das Ihrige dazu auch gegen den Willen Andrássy's beitragen, dessen möge er gewiß sein. Zur Abwechslung erscheint in Agram seit 20. April ein bestelltes oppositionelles Regierungsorgan „Sloga“ (die Eintracht), um so der Welt zu zeigen, daß Rauch auch trotz des bis nun in Wirksamkeit belassenen Bach'schen Pressgesetzes aus der absolutistischen Ära denn doch eine Opposition aufkommen lasse.

Mit größtem Vergnügen haben wir den Bericht über eine Versammlung des Wiener kaufmännischen Reformvereins gelesen. Herr Max Rautthner stellte den Antrag, bei den bevorstehenden Neuwahlen einmütig thatkräftig dahin zu wirken, daß wahrhaft freisinnige und besonders solche Männer gewählt werden, welche das Verständniß und den unabhängigen Willen haben, die Interessen der Industrie und des Handels energisch zu vertreten. Dabei wurde von dem Antragsteller und von andern Rednern

die volkswirthschaftliche Thätigkeit und Unthätigkeit des bisherigen Abgeordnetenhauses in verdienter Weise aufs schärfste getabelt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der verehrliche Verein möge aber auch dahin wirken, daß ausgleichsfreundliche Männer gewählt werden, denn die Versöhnung der Völker ist für das glückliche Gedeihen der Industrie- und Handelsinteressen gewiß ebenfalls unumgänglich notwendig.

A u s l a n d.

In Frankreich gehen die Wogen der politischen Bewegung stürmisch hoch. Man muß sagen, daß der Kaiser und sein Ollivier des Guten zuviel gethan haben. Weniger wäre mehr gewesen. Die Regierung verrathet Furcht, und das steigerte selbstverständlich den Muth ihrer Gegner. Nun kommt zu der durch die Presse und die öffentlichen Versammlungen in Betreff des Plebiscits hervorgerufenen Aufregung noch eine neue Verschwörung, ein Attentatsversuch. Die Gegner des Kaisers beeilen sich, die Sache als ein Polizeimanöver darzustellen, durch welches auf die Abstimmung eingewirkt, ja vielleicht gar ein Staatsstreich gerechtfertigt werden sollte. Man geht damit offenbar zu weit. Es liegen denn doch zu viele thatsächliche Beweise vor, daß es sich wirklich um eine Verschwörung, wirklich um ein Mordattentat auf den Kaiser handelt. Wenn der Streich gelungen wäre, so würden die Republikaner wol auf eine Zeit lang ihre Rechnung gefunden haben; der entdeckte Versuch aber wird ihnen schaden.

Die Bluthat der Räuber bei Marathon droht die griechische Regierung in einen argen Konflikt mit Großbritannien zu bringen. Doch darf man wol hoffen, daß die englischen Staatsmänner nicht das Kind mit dem Bade ausgießen werden. In der britischen Presse tritt bereits eine unbefangene gerechtere Beurtheilung des Voralles ein.

Der Papst hat die diplomatische Aktion Oesterreichs und Frankreichs in Betreff des Konzils entschieden abgewiesen. Man hätte das voraussehen können. Es muß mindestens als taktlos bezeichnet werden, auf die Beschlüsse einer katholischen Kirchenversammlung präventiren, d. h. politischen Einfluß üben zu wollen. Das hat die ganz entgegengesetzte Wirkung gemacht. Lasse man das Konzil doch in Freiheit beschließen, auch die Unfehlbarkeit. Diese Beschlüsse werden gewiß und wahrhaftig keinen einzigen Staat umwerfen.

Ueber die häusliche Erziehung des Frauengeschlechtes.

In allen fortschrittsfreundlichen Kreisen ertönt der laute Ruf nach Reform und Verbesserung des Unterrichtswesens, von der Universität bis hinab zur Volksschule. Auch in der Frauenwelt regt sich's, und man arbeitet im guten Sinne an der Emanzipation des weiblichen Geschlechtes, nicht von den Gesetzen der Natur und des eigentlichen Frauenberufes, sondern von den schweren Fesseln des Vorurtheils gegen die Bildungs- und Leistungsfähigkeit des „schwachen“ Geschlechtes, sowie von jener oft so verderblichen Ansicht, daß gewisse Arbeiten sich für das Weib „nicht schicken“. Alle diese Tendenzen haben ihre volle Berechtigung und werden in ihrer Verwirklichung ohne Zweifel Früchte tragen, welche der Gesellschaft zum wirthschaftlichen und moralischen Vortheile gereichen, wenn sie auch nicht gar so üppig und golden und schnell heranreifen und der

Welt in den Schooß fallen werden, als die Schwärmerei für eine schöne Ider sich's einbildet. Damit jedoch die Keime, die jetzt ausgestreut werden, Wurzel fassen, sich gesund entfalten, und damit auf die schönen Blüten auch genießbare, gesunde Früchte folgen können, ist es absolut unerläßlich, darüber ins Klare zu kommen, daß nicht von der Schulbildung allein der geistige Aufschwung eines Volkes zu erwarten ist, sondern daß Hand in Hand mit ihr auch die häusliche Erziehung vorwärts schreiten, ja in sehr vielen Beziehungen gründlich reformirt werden müsse, wenn nicht das herrlichste Resultat aller Bildung, die Harmonie des ganzen Menschen ein unerreichtes und unerreichbares Ideal bleiben soll.

Die häusliche Bildung ist aber für diejenigen ganz besonders wichtig, deren Leben und Beruf eben naturgemäß vorzüglich (wenngleich keineswegs ausschließlich) an das Haus und Hauswesen geknüpft erscheint. Jene Lücken der häuslichen Erziehung, die beim Manne durch ein wesentlich nach außen gerichtetes Leben und Wirken ergänzt oder doch weniger fühlbar werden, sie finden im weiblichen Dasein fast niemals eine heilsame Ausfüllung; durch sie bringt nur zu oft die Langeweile, der Müßiggang, Vergnügungssucht, Leichtsin, äußeres und inneres Verderben nicht nur in das einzelne Individuum, sondern in ganze Familien. Man braucht leider keine Laterne anzuzünden, um zur Ueberzeugung zu kommen, daß es gerade um die häusliche Bildung des Frauengeschlechtes bei uns noch größtentheils recht elend bestellt ist. In zahllosen Mädchen lebt und nährt sich ein dämonischer Drang, eine „Dame“ vorzustellen, und da das Innere ihres Hauses wahrscheinlich nichts weniger als geeignet ist, um eine solche Repräsentation in Scene zu setzen, so gehen sie auf die Promenade, ins Theater, in Konzerte und Gesellschaften, geführt von der mütterlichen oder tantlichen Intendanz. Nun da fällt denn recht grell in die Augen, wohin die häusliche Bildung solcher Mädchen zielt. Sie geht — sagen wir es mit zwei Worten — darauf hinaus, für Andere möglichst viel zu scheinen, und an und für sich (vielleicht ohne es nur zu ahnen) möglichst wenig zu sein.

Das mag hart und vorwurfsvoll klingen, ist aber erfahrungsgemäß nur zu oft traurige Wahrheit. Sind denn die Familien, deren Töchter, gehüllt in kostbare Stoffe, dahinschreiten, wirklich so vermöglih um vernünftigerweise auch dem Lurus huldigen zu können? Der Schneider, der Kaufmann, der Greisler weiß nicht viel davon. Wenn ihr aber den Vater oder die Mutter aufs Gewissen fraget, warum sie sich denn ihren Töchtern zulieb solch' unverhältnißmäßigen Aufwand gefallen lassen, so könnet ihr die Antwort erhalten: „Ach, was thut man nicht Alles, um ein Kind zu verheiraten! Wir verwenden unser bißchen Vermögen eben darauf, das Mädchen unter die Haube zu bringen, mit der übrigen Aussteuer sieht es ja ohnehin schlecht aus.“ Merkwürdig, daß die Männer trotz der glänzenden Erscheinungen dieser Damen immer weniger Lust bekommen, in den Ehestand zu treten. Und worin besteht denn der geistige Kern der nach der Mode erzogenen Frauen?

Sie sprechen französisch, aber fragt mich nur nicht, was; sie spielen Klavier, verstehen sich vielleicht auf Puzarbeiten und desto weniger auf Küche und Hausordnung; sie konversiren wol auch mit einiger Schlagfertigkeit mit Leuten, die ihnen schließlich immer Recht zu geben pflegen, und halten sich am Ende selbst für wirklich gebildet, weil sie sich gewisse Aeußerlichkeiten der Bildung angeeignet haben. Die Bedauernswerthen, sie meinen jetzt die gehörige geistige Ausstattung zu besitzen, um einen Gatten beglücken, wol gar ihn imponiren zu können! Die Männer jedoch verharren in ihrer Heiratscheu, und wahrlich nicht die schlechtesten sind es, die sich nun einmal nicht entschließen können, in den Glückstopf der Ehe zu greifen. Und warum denn? was sagen denn diese hartnäckigen „Weiberfeinde“ zu ihrer Entschuldigung? Nun, sie wissen eben aus hundert Beispielen, daß den Frauen heutzutage der Begriff der Häuslichkeit immer mehr abhanden kommt. Ohne Zweifel vorzüglich deshalb, weil er sich immer schwerer durch eigene Anschauung gewinnen läßt. Man sieht, wie ganze Schaaren Mädchen aus „guten Häusern“ in die Ehe treten, um eine „Position“ zu erwerben, um die Mittel zur Bestreitung des „standesgemäßen“ Puzes zu erlangen und denselben bei jeder Gelegenheit strahlen zu lassen. Auf wessen Kosten? Darob macht sich die Frau gar wenig Skrupel, im schlimmsten Falle kann man ja zu Hause weniger essen, und der Mann — nun der wird sich schon sonst zu helfen wissen.

Ja freilich, er muß sich wol helfen, er muß etwas auffuchen und finden, was ihn allmählig vergessen lehrt, daß seine Frau jene süßen Träume und berechtigten Erwartungen nicht erfüllt, um deren Willen er am Altare seine Freiheit geopfert hat, und die nun von dem Enttäuschten auch noch das Opfer von Vermögen, Lebensglück, Ehre fordern. Niemand wird behaupten wollen, daß alle Ehen unglücklich, und daß daran lediglich die Frauen Ursache seien. Gott sei Dank, es gibt noch jetzt inmitten der großen Städte wahrhaft eble, beseligende Verbindungen und manches stillblühende Hauswesen; aber solche Erscheinungen werden immer mehr zur Ausnahme und entziehen sich eben deshalb, weil sie in sich gelehrt, abseits von der breiten Straße des Alltagslebens liegen, weil sie nur „zu Hause“ zu finden sind, der öffentlichen Besprechung. Auch darüber gibt es keinen Zweifel, daß nicht nur Männer durch ihre Frauen, sondern auch umgekehrt, viele Frauen durch ihre Männer elend werden. Allein da wir uns vorgenommen haben, ein Kapitel über die häusliche Erziehung des Frauengeschlechtes zu schreiben, so mögen unsere geehrten Leserinnen es uns nicht verargen, wenn wir heute bei den Verirrungen dieser Erziehung stehen bleiben, ohne deren Zahl erschöpfen zu wollen.

Ja die Erziehung! sie ist in weit höherem Grade als das so oft angeklagte „Naturell“ oder als der Sündenbock „Zufall“, die Hauptquelle häuslicher Unordnung, Unbehaglichkeit und Unzufriedenheit. Man kann unbedenklich den Satz aufstellen, daß die Mehrzahl der Frauen, die an dem Unglück der

Vatten und der ganzen Familie Schuld tragen, hiezu erzogen worden sind. Der schwerste Vorwurf trifft also die Eltern und ganz besonders die Mütter, deren eigenstes Werk ja die Erziehung ihrer Töchter sein soll und in der Regel auch wirklich ist. Welche Verblendung, wenn man es für überflüssig hält, in Kopf und Herz eines Kindes Liebe, Wahrheitsdrang, Gehorsam, Ordnungssinn, Enthaltbarkeit, Berufsernst und die Empfänglichkeit für das, was das Leben wirklich verschönert, einzupflanzen, und anstatt dessen das zarte Mädchen mit entsetzlicher Systematik anleitet, das Leben zu „genießen.“ Es gibt aber für eine Frau und Mutter — wenigstens in den gewöhnlichen Verhältnissen — nur Einen Weg, zum wahrhaften Genuß des Lebens, zur Zufriedenheit mit sich selbst und mit Anderen zu gelangen, und dieser Weg führt durch die Schule der Selbstverleugnung, der Selbstaufopferung für das Glück derer, die das Schicksal mit uns verbunden hat.

Wer diese strenge Schule nicht durchmachen will, oder wem es von überzärtlichen Eltern erspart werden möchte, in so ernste Zucht zu kommen, dem droht ein viel grausamerer Zuchtmeister, dessen ultima ratio schon manchen, nicht ganz verdorbenen Leuten Kopf und Herz zurechtgesetzt hat — das Unglück. Aber es gäbe freilich auch noch ein sanfteres Mittel, und da gewiß nicht anzunehmen ist, daß eine Mutter ihre Kinder und Enkel zu einem verfehlten Leben heranziehen will, so könnte mancher Frau die herbe Lektion des Schicksals durch einiges Nachdenken über Natur und Beruf des Weibes erspart werden. Sie käme dann zur Erkenntniß, daß einzig in der gewissenhaften Pflichterfüllung jene Befriedigung zu finden sei, der Diejenigen umsonst nachjagen, die nicht wissen, daß das Familienglück zu Hause wohne; sie würden dann bald in Erfahrung bringen, daß es einen weit geringeren Aufwand von Geld und Lebenskraft braucht, den Zweck der Ehe, das häusliche Glück, zu erreichen, als es kostet, dieses Ziel zu verfehlen. Einmal zu dieser Einsicht gelangt, wird die Frau gewiß nichts unterlassen, damit wenigstens an den Kindern das gutgemacht werde, was durch eine verkehrte, naturwidrige Erziehung an ihr selbst verdorben worden ist.

Erkennt man die Genußsucht der Frauen als die Hauptursache des Faktums, daß solide Männer vor dem Eintritt in den Ehestand zurückschrecken und das häusliche Glück stets mehr und mehr zur Fabel wird, so wird eben nichts nöthiger sein, als — die jungen Mädchen nicht zur Genußsucht heranzuziehen. Wollen wir den Kindern vielleicht keinen Genuß vergönnen? O ja, und zwar den echten, vollsten, heilbringendsten Lebensgenuß. Aber, wie angestrengt wir auch über die Sache nachdenken und dabei unsere eigene Erfahrung zu Rathe ziehen mögen, so kommen wir mit unserer Ueberzeugung nicht über den Satz hinaus: der wahre Lebensgenuß besteht in der Gesundheit des Körpers und Geistes, in der harmonischen Entwicklung unserer Kräfte und Anlagen, in der weisen Benützung dessen, was wir besitzen, und in der geistigen Unabhängigkeit von unserer

materiellen Habe wie von dem, was wir entbehren müssen, endlich in dem würdevollen, heiterernsten Streben nach Mitteln zur Erweiterung und Erhöhung unseres Wirkungskreises, nicht in der Absicht, neue Bedürfnisse zu schaffen, sondern um die vorhandenen zu befriedigen und für uns und Andere das Leben zu verlängern, zu veredeln und schöner zu machen. Wenn die Eltern ihren Kindern zu solchem Lebensgenusse verhelfen wollen, so haben sie genug zu thun, und ihre Töchter werden den Kopf nicht hängen lassen. Die Genußsucht jedoch ist der Gegensatz jedes wirklichen Genusses, denn sie bleibt ewig ungestillt und wird um so gieriger je mehr sie verschlingt.

Was geschieht nun gewöhnlich zu diesem Zwecke? auf welchem Wege werden namentlich die „lieben“ Mädchen von den „zärtlich besorgten“ Müttern ihrem hohen, heiligen Berufe entgegengeführt? Die Wahrheit ist, daß alles Erdenkliche geschieht, um in die Mädchenseele so früh als möglich den Keim zur Genußsucht mit all' ihrer Thorheit, Befriedigungslosigkeit, körperlichen und geistigen Misere zu legen. Wie sorgt man z. B. für die Gesundheit, für dieses wichtigste aller materiellen Güter? Da überläßt die „zärtliche“ Mutter ihr Kind schon in den frühesten Lebensjahren fremden Leuten zur Obforge und erwartet in ihrer Verblendung wahrscheinlich, daß sich die um Lohn Dienenden für das Kind mehr interessieren werden, als die eigene Mutter. Und mit welcher Raffinerie werden die Kinder zur Naschhaftigkeit, zu geilen Passionen erzogen. Welche Opfer an Gesundheit werden der Eitelkeit und der Mode gebracht, die natürlich jedes Mädchen von Kindesbeinen an mitmachen muß, anfänglich weil die Mutter das Kind gar zu gern in diesem oder jenem Kleide bewundert und bewundern läßt, späterhin aber weil Fräulein Tochter bereits alt genug geworden ist, um sich selbst zu bewundern und bewundern zu lassen. Und wenn der Körper aus derlei Erziehungsmeisterstücken wunderbarerweise unbeschädigt hervorgehen sollte, in welche Richtung wird der Jugend Denken und Fühlen gedrängt? Die Antwort liegt der Männerwelt vor Augen.

Harmonische Ausbildung aller Kräfte und Anlagen — ja das sieht danach aus! Sollen wir in der weiblichen Erziehung, wie wir sie in großen Städten anstaunen können, irgend eine Harmonie finden, so ist es die Harmonie der Verlogenheit. Vorgelogen wird dem Kinde schon, wenn es noch in den Windeln liegt, und so oft späterhin sein Fragen lästig fällt; vorgelogen in Eherz und Ernst, bis es einsieht, daß man mit ihm nur ein eitles Spiel treibt, und bis es nun Lust bekommt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Vorgelogen wird ihm, die Unordnung im Haushalte sei das Ordentliche, und unter weiblicher Bildung verstehe man Französischreden, Klavierspielen und Sticken. Ist es dann zum Verwundern, wenn ein Mädchen, das in einer Atmosphäre voll lügenhaften Scheines lebt, sich selbst vorlügt, daß Schmeichelei und Formengewandtheit das Wahre sei, daß Puz und Zerstreuungen die menschliche Seligkeit ausmachen? Das von den Voreltern mühsam Zusammengesparte wird verschleudert

um den niedrigsten Lohn; der Glanz des Auftretens läßt auf Vermögenlichkeit schließen und gewährt jenen verhängnißvollen „Kredit“, mit welchem die Fahrstraße zum häuslichen Ruine gepflastert ist. Die Kinder leben sorglos in den Tag hinein, halten alles, was glänzt, für Gold und den Kredit, auf dem das Gebäude des Haushaltes, in dem sie leben, beruht, für reellen Besitz. Wehe, wenn die Enttäuschung hereinbricht und den verhätschelten, sinnlos erzogenen, für sich selbst und Andere unbrauchbar gemachten Kindern das fürchterliche Licht der Wirklichkeit aufgeht!

Wir wollen nicht den Vorwurf auf uns laden, daß unsere Farben zu düster seien. Wenn aber nicht alle Fälle schlechter Mädchenerziehung so enden, wie eben geschildert worden, so ist das mindestens nicht das Verdienst der Mütter, welche ihr Kind auf die schiefe Ebene der Genußsucht führten. Genußsüchtiger Anfang läßt uns mit betrübender Logik einen Ausgang erwarten, in dessen Fatalitäten anständige Leute nicht gern verwickelt werden, besonders nicht als Ehemänner. Es war uns hier darum zu thun, eine besonders gefährliche Seite der alltäglichen „Erziehung“ hervorzuheben, und da käme man in Widerspruch mit der Erfahrung und mit der Absicht, den Frauen den ganzen Ernst der Situation begreiflich zu machen, wenn man die Feder in rosenfarbige Tinte tauchen wollte. Das Heil der künftigen Generation muß von der gegenwärtigen begründet werden, sonst trifft die Eltern das Unglück und die Verantwortlichkeit, an dem häuslichen Elende ihrer Kinder schuldig zu sein.

Geschichtliche Beiträge.

Nur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

XIV.

Albrecht III.

(Fortsetzung.)

Die Gefahr, welche in dem gemeinsamen Regierungsrechte der herzoglichen Brüder lag, trat ein; Albrecht und Leopold geriethen in schlimme Uneinigkeit. Leopold war ein stolzer, herrischer Charakter und ertrug die Oberhoheit des ältern Bruders mit Unwillen, er war voll unruhiger Thatenlust, liebte den Prunk und hatte mehrere Kinder, während Albrechts Ehe kinderlos war. Leopold verlangte daher größere Einkünfte, also mehr Länder. Es fanden sehr unangenehme Verhandlungen statt, bis endlich Albrecht nachgab. Doch war die Spannung zwischen den Brüdern schon so stark, daß Albrecht mit den Grafen von Schaumberg im

Jahre 1372 ein eigenes Bündniß schloß für den Fall, als Leopold das Hausgesetz und die Verträge verletzen sollte.

Er that dies zwar nicht gewaltthätig, trat aber schon im folgenden Jahre mit neuen Forderungen auf. Albrecht gab abermals nach, und es kam am 25. Juli 1373 ein Vertrag zu Stande, durch welchen wesentliche Vorrechte des ältesten Herzogs zum offenbaren Nachtheil für die Gesamtheit aufgehoben wurden. Die wesentlichen Punkte waren: Albrecht ernennt den Landmarschall in Oesterreich und daselbst und in der Steiermark auch die Landeshauptleute nach seinem Belieben. Das Gleiche thut Leopold in Krain, Tirol und in den Borderlanden. In Kärnten bleibt Graf Meinhard von Görz Landeshauptmann. Die Herzoge theilen die Einkünfte aller Länder. Jeder Herzog kann in den Landen des andern wohnen, nur nicht dort, wo ein Landeshauptmann oder Landvogt seinen Sitz hat. Große Lehen vergeben die Herzoge gemeinschaftlich; kleinere jeder in seiner Provinz, jedoch in Gegenwart des Bruders. Die alten Schulden werden gleich getheilt; die neuen zahlt der, welcher sie macht. — Das glich schon sehr einer Theilung der Herrschaft, und eine sehr nachtheilige Folge davon war sogleich, daß Leopold als Herr von Krain sich gegen das österreichische Gesamtinteresse durch den Herzog Franz von Carrara in einen Krieg mit Venedig verwickeln ließ.

Die Verstimmung zwischen den herzoglichen Brüdern steigerte sich, als Albrecht nach dem Tode seiner ersten Gemalin Elisabeth sich mit der Tochter des Burggrafen von Nürnberg vermählte. Leopold hatte gehofft, daß Albrecht eh- und kinderlos bleiben würde. Die Vereitelung dieser Hoffnung spornte den ehrsüchtigen Mann, abermals mit neuen Forderungen gegen den älteren Bruder aufzutreten. Albrecht wies diese Forderungen ab, und nun schloß Leopold am 3. Februar 1375 mit den Herzogen Stephan und Friedrich von Baiern ein Bündniß gegen das Haupt seines Hauses. Es war also ein Bruderkrieg zu fürchten. Um ihn zu verhüten, war Albrecht wieder nachgiebig, und es kam unter Vermittelung des Burggrafen von Nürnberg und mit Zustimmung der Landherren in demselben Jahre ein neuer Theilungsvertrag zu Stande, der aber in traurig charakteristischer Weise nur auf ein Jahr geschlossen wurde. Durch diesen Vertrag erhielt nun Leopold das Recht, auch in Kärnten den Landeshauptmann zu ernennen, d. h. er wurde auch Herr von Kärnten. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß beide Herzoge in Wien ihren Wohnsitz nehmen dürften. Die Herrschaftstheilung ging so weit, daß das Herzogthum Oesterreich in zwei Hälften getrennt wurde, und ebenso auch die Stadt Wien und sogar die Burg daselbst. Ueber die andern streitigen Punkte wollten sich die Brüder binnen des Jahres in Güte vergleichen, und gelänge es ihnen nicht, so sollte Land gegen Land gleich getheilt werden. Wenn auch das nicht zu beiderseitiger Zufriedenheit zu Stande käme, so sollte jedes Land so wie Oesterreich halbart werden. Am 5. Jänner 1376 wurde dieser Vertrag dahin ergänzt, daß im Falle der Uneinigkeit der Herzoge sechs Räthe die Theilung, d. i. die Halbierung der Länder

bestimmen sollten, worauf das Los zu entscheiden hätte, welche Hälfte jedem der Brüder zufallen sollte.

Die Uneinigkeit der beiden Herzoge erstreckte sich auch auf das kirchliche Gebiet, als im Jahre 1378 das päpstliche Schisma eintrat. Es wurden nämlich zwei Päpste gewählt: Urban VI. und Clemens VII. Herzog Albrecht erklärte sich nun in Uebereinstimmung mit fast ganz Deutschland und Italien, mit Ungarn, Polen, England und Portugal für Urban; Herzog Leopold dagegen im Einverständniß mit Frankreich, Spanien und Neapel für Clemens. Dieser versprach ihm dafür hunderttausend Goldgulden; es blieb aber bei dem Versprechen.

Schon im Jahre 1379 verlangte Leopold einen neuen Theilungsvertrag, und er war durch die Freundschaft mit dem neuen Kaiser von Deutschland und König von Böhmen, Wenzel, und mit Frankreich so drohend mächtig, daß Albrecht wieder nachgeben mußte. Am 7. Juli wurde zu Wien folgender Vertrag geschlossen: Bis zum 24. April des Jahres 1385 bleiben die österreichischen Länder ungetheilt, d. h. werden nicht halbt, aber in folgender Art verwaltet: Oesterreich unter und ob der Enns bildet den einen, alle übrigen Länder den andern Theil. Das Los entscheidet, welcher Theil jedem Herzog zufällt. Diesen Theil regiert jeder mit voller Gewalt bis zum 24. April 1382; dann tauscht er die Länder mit seinem Bruder. Jedenfalls aber behält Leopold während der ersten Hälfte des sechsjährigen Termines seinen jetzigen Antheil. Die Einkünfte aller Länder werden gleich getheilt. Wenn nach Ablauf des Termines einer der Herzoge die wirkliche Theilung der Länder verlangt, muß der andere sie bewilligen.

Aber lange vor dem Ablauf des Termines, ja schon am 25. September desselben Jahres 1379 verlangte und erreichte Leopold die wirkliche Theilung, durch welche die habsburgischen Länder in zwei gesonderte Staaten zerfielen. Dieser verderbliche Vertrag wurde im Kloster Neuberg in Steiermark geschlossen und verfügte folgendes: Herzog Albrecht und seine Erben besäßen für ewige Zeiten das Herzogthum Oesterreich ob und unter der Enns, Burg und Stadt Steyer mit dem Bezirk, soweit er nicht zu dem Herzogthum Steiermark gehört, sowie auch Hallstadt und Ischl, ausgenommen aber Neustadt, Neunkirchen, Kamm, Schottwien und Aspang. Dem Herzoge Albrecht verbleiben auch Starhemberg in Niederösterreich, Pütten, Ternberg und Schwarzenbach, doch trägt Herzog Leopold künftig zu den Kosten der Besatzungen dieser Festen sowie Gutensteins nichts mehr bei. Alle übrigen Länder und Herrschaften, welche die Herzoge bisher gemeinsam besaßen, gehören dem Herzog Leopold und seinen Erben für ewige Zeiten. Würde jedoch die Linie des einen Bruders aussterben, so folgt in deren Ländern die Linie des andern. Wenn ein Bruder stirbt, so erzieht der andere dessen Kinder und ist der vormundschaftliche Regent ihrer Länder. Beide Herzoge führen die Titel von allen österreichischen Ländern.

So war also die Macht des Hauses Habsburg in zwei Theile getrennt,

und der jüngere Bruder hatte den weitaus größern Antheil erhalten. Von dem Charakter Leopolds war vorauszusehen, daß er sein Reich in den Vordergrund bringen würde, so daß das eigentliche Oesterreich eine untergeordnete Rolle gespielt hätte. Im Rathe der Vorsehung war es aber anders bestimmt.

(Fortsetzung folgt.)

Erinnerungen aus Böhmen an das Jahr 1848.

II.

Es wurde schon bemerkt, daß die Verfassungsverheißung vom 15. März 1848 nur wenig verstanden wurde. Namentlich war es das Wort „Konstitution“, unter welchem sich jeder etwas Anderes dachte. Ein Beleg hiefür liegt in der unglaublichen Thatfache, daß die politische Behörde durch Maueranschlag eine Definition des Wortes „Konstitution“ gab.

Der damalige Prager Oberstburggraf Rudolf Graf Stadion erließ nämlich am 18. März 1848 eine Kundmachung um einer „irrigen Auslegung des Begriffes Konstitution vorzubeugen.“ Der Begriff wurde — unklar und unliberal genug — dahin erläutert, daß dieselbe aus „einer Versammlung der verschiedenen Stände des Landes bestehe“, welche berathen und beschließen und die Beschlüsse der königlichen Sanktion unterbreiten.

Betrachten wir nunmehr den Inhalt der sogenannten ersten Petition der Bewohner Prags an Seine Majestät vom 15. März. Die einleitenden Worte, wie z. B. „ein großes Ereigniß im Westen Europas leuchte, ein drohender Meteor zu uns herüber,“ u. s. w. übergehen wir als nebensächliche und unwichtige Phrasen. Dagegen verdienen die eigentlichen Petitionspunkte, die namentlich in der Fassung der Wenzelsbadversammlung eine präzise Form haben, besondere Aufmerksamkeit. Ich will daher die Petitionspunkte, namentlich die ersten zwei von staatsrechtlicher Bedeutung, wörtlich hieher stellen:

1. Sicherstellung der böhmischen Nationalität in allen Kronländern Böhmens und vollkommene Gleichstellung der böhmischen Sprache in Schule und Amt.
2. Zeitgemäße Aenderung und Erweiterung der böhmischen Landesverfassung unter Garantien der Vertretung aller städtischen und Grundbesitzer-Interessen durch frei gewählte Verordnete und Anbahnung des Verbandes von Böhmen, Mähren und Schlesien zur gemeinsamen Ständerversammlung.
3. Freie Gemeinde, 4. öffentliches Gerichtsverfahren, 5. freie Presse, 6. freie Kultus, 7. persönliche Sicherheit, 8. Aemterbesetzung durch beider Sprachen gleichkundige Männer, 9. allgemeine Wehrpflicht, 10. Steuerermäßigung, 11. Schulverbesserung.

Die zwei ersten Punkte lauteten in dem Abreßentwurf der Wenzelsbaderversammlung präziser und energischer, nämlich:

1. Aufrechterhaltung und Sicherstellung des staatsrechtlichen Verbandes zwischen den sämmtlichen zur Krone Böhmens gehörigen Ländern in Böhmen, Mähren und Schlesien und deren Vertretung durch einen jährlich einzuberufenden Landtag, abwechselnd in Böhmens und Mährens Hauptstadt;

2. administrative Vereinigung dieser Länder und Errichtung von verantwortlichen politischen Justiz- und Finanz-Centralbehörden für dieselben in Prag;

3. Ergänzung der landständischen Verfassung des Königreiches Böhmen durch freigewählte Abgeordnete aller Städte und organisirten Landbezirke.

Man sieht, daß die böhmischen Patrioten vom J. 1848 auch wußten, was sie wollten, besser wußten, als Castelli. Was sie heute wollen, ist dasselbe. Nur eine Frage ist dabei zweifelhaft, nämlich die, ob man die Stände übergehen oder nicht übergehen soll. Aus der Fassung des Wenzelsbadentwurfes ist zu sehen, daß man im März 1848 nicht daran dachte, eine ganz neue Verfassung zu erhalten; man strebte blos die Erweiterung und Ergänzung der landständischen Verfassung an. Aber wir werden sehen, daß man es unbegreiflicher Weise bereits im Juni 1848 vorzog, zuerst in das Wiener Parlament zu gehen, statt in den Prager Landtag. *Hinc illae lacrymae!* An dieser Unkonsequenz frankten wir volle 20 Jahre.

Während die Führer der Nation, wie wir sahen, wohl wußten, was sie anstrebten, war dies natürlich bei dem böhmischen Volke damals in dem reichen Maße, wie es heutzutage ist, noch nicht der Fall.

Die Bewegung war zu neu. Sie war zu rasch gekommen. Der Kern der Bevölkerung hatte an einem ernstern Studium des Wesens der Petitionspunkte noch nicht dasselbe Interesse, wie an den „neuesten Ereignissen in Polen“, an den „neuesten Ereignissen in Berlin“, in Pest, Paris und an den vielen ähnlichen Broschüren und Plakaten, welche die neuesten Vorkommnisse Europas der Bevölkerung mundgerecht machten.

Das Volk nahm Interesse daran, daß das polnische Nationalkomité in Posen sich gegen die Vereinigung mit Deutschland aussprach und weiß-rote Kosarden als Nationalzeichen vertheilte, daß Friedrich Wilhelm den Grafen Arnim mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragte; daß Rossuth in seiner bekannten Rede pro libertate behauptete, Ungarn könne nur dann ruhig sein, wenn auch die übrigen Nationen konstitutionell regiert werden, und wenn die Stände für die gesammte Monarchie eine den verschiedenen Nationalitäten angemessene Konstitution neben einem ungarischen Ministerium durchsetzen.

Am 22. März empfing Kaiser Ferdinand die Prager Bürgerdeputation sehr gnädig und begrüßte sie mit einer herzlichen böhmischen Rede. Für die ärmere Klasse traten sofort Steuererleichterungen ein. Die Milchststeuer wurde

aufgehoben. Die Verzehrungssteuer vom Zentner Mehl und Brod wurde von 12 auf 10 Kreuzer herabgesetzt.

Die Antwort auf die sogenannte erste Petition der Prager wurde in dem Kabinettschreiben vom 23. März 1848 an Billersdorff gegeben, der Prager Vicebürgermeister, der noch lebende Th. Pfstroß publicirte sie sofort.

Diese Antwort, welche trotz der vielen Zusagen merkwürdiger Weise aufgenommen wurde (heute würde man den Inhalt des Kabinettschreibens vom 23. März mit Freuden begrüßen), verdient eine ganz besondere Aufmerksamkeit und ich will sie daher möglichst wörtlich, wenn auch im Auszuge, mit einigen kritischen Bemerkungen hier mittheilen.

1. Die Bestimmungen der böhmischen Landesordnung R. II wegen des Gebrauches der böhmischen Sprache sind da, wo sie bisher nicht vollkommen in Vollzug gesetzt wurden, insbesondere in Schulen und Behörden in vollständige Wirksamkeit zu bringen.

Mit diesem Punkte konnte man zufrieden sein und man war hiemit auch zufrieden.

2. Zeitgemäße Aenderungen der Landesordnung, insbesondere eine ausgedehntere Vertretung der Städte durch selbstgewählte Deputirte werden im Einvernehmen mit den Ständen auf dem in dem Patent vom 15. März verzeichneten konstitutionellen Weg angenommen werden.

Dieser Punkt war der Grund zu mannigfachen Angriffen, meiner Ansicht nach mit Unrecht. Es wurde tadelnd hervorgehoben, daß das Institut der Stände nur durch Städtedeputirte erweitert werden sollte. Aber dieses Prinzip lag nicht in der königlichen Entschließung. Es heißt ja darin „insbesondere“ eine ausgedehntere Vertretung der Städte; es war also nur ein Beispiel, die allerhöchste Entschließung ließ die Möglichkeit zu, daß auch andere Aenderungen der Landeswahlordnung stattfinden, der zweite Grund des Angriffs lag hierin, daß das Einvernehmen der Stände in Aussicht gestellt war.

Es mag sein, daß die Autorität der „alten“ Stände eine nicht bedeutende war; die Autorität der „neuen“ erweiterten Stände wäre dagegen eine bedeutende gewesen und es würde auf diese Art eine gesegnmäßige Basis zum Weiterbau gewonnen worden sein.

3. Durch die Errichtung verantwortlicher Ministerien, welche das Gesamtwohl der Monarchie und die Bedürfnisse aller Länder mit gleicher Sorgfalt zu befördern haben, bin Ich ebenso wie durch Veröffentlichung des Staatshaushaltes den Wünschen entgegen gekommen. Den Wunsch wegen eines obersten Gerichtshofs für Böhmen weise Ich dem Justizminister zur Erwägung zu.

Auch in dieser Antwort lag nichts Entmuthigendes. Ob nun der Justizminister die kompetente Persönlichkeit zur Kritik des Wunsches nach der obersten Justizbehörde in Böhmen war oder nicht war, blieb sich gleich. Jedenfalls hatte der Kaiser das Recht, das Gutachten irgend Jemandes, also auch des Reichs-

justizministers, einzuholen. Die endliche Entschließung war hiemit nicht ausgesprochen. Die Entschließung stand vielmehr erst in Aussicht. Vielleicht wäre für im Interesse der selbständigen Centralbehörden für Böhmen ausgefallen. Wenigstens war es möglich. Es lag kein Widerspruch vor. Es war daher das Missfallen, das die Antwort fand, nicht motivirt.

4. Die Gewährung eines gemeinschaftlichen Landtags für Böhmen und Mähren würde gegen die Landesordnung beider Länder (Reiche) verstoßen und kann nur über Einschreiten der Stände beider Länder beschloffen werden.

Auch mit diesem Punkte konnte man zufrieden sein. Der erste Absatz enthielt einfach eine Wahrheit. Der zweite Absatz gab die Möglichkeit eines Generallandtags zu. Die erweiterten Stände hätten sich zu Gunsten des Generallandtags geäußert, und es lag die Möglichkeit vor, daß die königliche Entschließung auch zu Gunsten des Generallandtags gelautet hätte. Es lag also kein Grund vor, mit diesen vier Punkten unzufrieden zu sein.

Auch die übrigen Punkte waren alle gewährt: 5. Die Verbesserung der Rechtspflege und die Robotablösung. 6. Die freie Gemeinde. 7. Pressfreiheit. 8. Schutz der persönlichen Freiheit und Briefgeheimniß. 9. Thunlichste Besetzung der Aemter durch der Landessprachen mächtige Inländer. 10. Steuerermäßigung. 11. Bürgerwehr. 12. Rekrutirungsgesetz. 13. Petitionsrecht. 14. Umarbeitung der Studienordnung.

Unklar waren diese Punkte nur hierin, indem bei einigen Gegenständen nicht angegeben war, wer kompetent sei, ob der Landtag der erweiterten Stände, oder ob der Reichstag aller erweiterten Stände. Diese Lücke findet sich z. B. bei dem Punkte von der Studienordnung und der Steuer. Das Gemeindegesetz und Rekrutirungsgesetz waren dagegen ausdrücklich den Landständen vorbehalten, die Verbesserung der Rechtspflege dagegen dem Reichstag (Versammlung der Abgeordneten aller Provinzialstände). Gegen den letzten Punkt hätte man protestiren können; allein dieser Punkt ward in der Hast übersehen.

Offener Dank.

Ich erhielt folgendes Telegramm:

„Olmütz. Doktor Schusella. Wien, Nationalhotel. Zehntausend bei Krönau versammelte Taboriten widmen Ihnen als gerechtem Deutschen und Kämpfer für das böhmische Staatsrecht ein stürmisches Sláva.

Meetings-Obmann Demel.“

Den hochgeehrten zehntausend böhmischen Patrioten sage ich für ihre freundliche Erinnerung an mich meinen herzlichsten Dank. Franz Schusella.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schusella.

Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Taborstraße.

Administration: Taborstraße Nr. 52.

Druck von R. v. Waldheim.

Die Reform.

No. 19.

Wien, den 12. Mai 1870.

IX. Jahrgang.

Die Rede des Fürsten Radislaus Czartoryski in Paris.

Für den Redner, für seine etwaigen Souffleure und diejenigen, welche ihm Beifall geklatscht haben.

Es ist seit längerer Zeit, besonders seit Herr v. Beust die Politik Oesterreichs lenkt, herkömmlich, daß wir Oesterreicher über die An- und Absichten unserer Regierung in ausländischen, besonders in französischen und englischen Blättern unterrichtet werden. Es geschieht dies offenbar in einer Voraussetzung, welche für uns Oesterreicher nicht eben schmeichelhaft ist, nämlich in der Voraussetzung, daß wir noch so unerfahren, so kindisch wären, vor Deklarationen und Programmen, welche über unsere Angelegenheiten in ausländischen Blättern stehen, einen besondern Respekt zu haben. Es wäre also durchaus nicht auffallend gewesen, wenn irgend ein französisches oder englisches Blatt in einem scheinbar selbständigen Artikel das Beust-Potockische Ausgleichsprogramm gebracht hätte. Daß aber Fürst Radislaus Czartoryski, das Haupt der aristokratischen Partei der polnischen Emigration, ja gewissermaßen der präsumtive König eines wiederhergestellten Polens in einer öffentlichen Versammlung die jetzt schwebende österreichische Ausgleichspolitik nicht bloß im allgemeinen besprach und befürwortete, sondern förmlich das Programm derselben aufstellte, das ist ein so auffallend außerordentliches Ereigniß, daß es zu einer eindringenden Kritik herausfordert.

Die Art und Weise, wie Fürst Czartoryski gesprochen, drängt zu der Vermuthung, daß die Sache von Wien aus in Scens gesetzt worden sei. Wir wollen nicht so weit gehen, anzunehmen, daß die Rede des Fürsten Czartoryski in Wien verfaßt worden sei, jedenfalls aber dürfte es nicht zu bezweifeln sein, daß zwischen Wien und Paris eine Verständigung und Verabredung stattgefunden. Fürst Czartoryski hätte gewiß nicht mit solcher Offenheit und Bestimmtheit über das Detail eines österreichischen Ausgleichs gesprochen, wenn er nicht überzeugt gewesen wäre, mit seinen Ansichten und Tendenzen in Uebereinstimmung mit den Grafen Beust und Potocki zu sein. Hätte er diese Ueberzeugung nicht gehabt und doch ein Ausgleichsprogramm aufgestellt und die Polen aufgefordert, bei der Durchführung desselben den Grafen Potocki zu unterstützen, so würde er diesen kompromittirt haben, während er ihm doch offenbar einen guten Dienst erweisen wollte. Die Angaben des Fürsten Czartoryski sind bisher nicht nur

nicht desavouirt, sondern im Gegentheil von denjenigen Wiener Blättern, welche der jetzigen Regierung und besonders dem Grafen Beust nahe stehen, mit größtem Beifall und mit der Hoffnung aufgenommen worden, daß die Polen sich darnach richten, die Deutschen beitreten werden, und so der österreichische Ausgleich nach dem Pariser Programm ausgeführt werden würde. Unter diesen Umständen muß man annehmen, daß einerseits Fürst Czartoryski zu Gunsten des Grafen Potocki eine Demonstration machen, und daß andererseits Graf Potocki das Ansehen des Fürsten Czartoryski in dem Momente benutzen wollte, wo er mit seinen Landsleuten aus Galizien über den Ausgleich Verhandlungen beginnt.

Wenn nun das, was Fürst Czartoryski in Paris gesagt hat, wirklich der Gedanke und Plan der Grafen Beust und Potocki ist, so muß ihnen erklärt werden, daß diese Enthüllung einen für Oesterreich nach innen und außen sehr nachtheiligen Einfluß gemacht hat, so muß man ihnen das Mißlingen des Ausgleichs voraussagen.

Fürst Czartoryski stellt die Polen in den Vordergrund Oesterreichs, er macht den Ausgleich zu einer vorzugsweise, ja fast ausschließlich polnischen Aktion. Er fordert die Polen auf, den Grafen Potocki zu unterstützen, damit Oesterreich kräftig geeinigt werde, denn ein solches Oesterreich sei ganz besonders im Interesse Polens nothwendig, ja gegenwärtig die einzige Hoffnung der polnischen Nation. Durch diese Erklärung und noch mehr durch den Ton, in welchem sie gegeben ist, kann sowohl für Oesterreich als für das Polenthum eine große Gefahr heraufbeschworen werden. Die Hoffnung der polnischen Nation ist die Wiederherstellung des polnischen Reiches. Wenn nun von dem Haupte der polnischen Emigration in einer Weise, welche ein Einverständnis mit der österreichischen Regierung als nothwendig voraussetzen läßt, erklärt wird, daß Oesterreich die einzige oder doch vorzüglichste Stütze der polnischen Hoffnung sei, und daß deshalb die Polen die Ausgleichspolitik des Grafen Potocki unterstützen müssen, so liegt darin offenbar eine Bedrohung Rußlands und Preußens, und müssen diese beiden Mächte sich aufgeregt fühlen, den österreichischen Ausgleich zu verhindern, um einer polenfreundlichen Aktion Oesterreichs zuvorzukommen, ihrerseits aber ihre polenfeindliche Politik mit noch rücksichtsloserer Gewaltthätigkeit fortzusetzen. Man muß es also als sehr unvorsichtig, taktlos und waghälfzig bezeichnen, die inneren Angelegenheiten Oesterreichs, während sie noch so kläglich unfertig und verworren sind, auf der schlimmsten Seite mit der auswärtigen Politik in Verbindung zu bringen, wodurch Oesterreich der Gefahr eines Doppelkrieges, und die außerösterreichischen Polen einer vernichtenden Tirannei ausgesetzt werden.

Eine noch größere Gefahr für Oesterreich und das Polenthum beschwört Fürst Czartoryski herauf durch die Art und Weise, wie er gegen das gesammte Slaventhum spricht. Er trennt die Polen von den Slaven, ja stellt sie denselben geradezu feindlich gegenüber, und zwar gerade in Betreff Oesterreichs, in

welchem nicht nur im Ganzen, sondern auch in jeder der beiden Hälften die Slaven die Majorität der Bevölkerung bilden und dazu noch sich mit den vielen Millionen der außerösterreichischen Slaven im nationalen Gefühle einigen. Die stolze, eigennützig isolirte Polenthum in der slavischen Welt ist wesentlich mit Ursache des Unterganges des polnischen Reiches gewesen, und das polnische Volk wird sich nun und nimmermehr befreien können, wenn es nicht bloß die russische Regierung, sondern das russische Volk, das gesammte Slaventhum zum Kampf herausfordert. Wenn die Polen sich nach der Angabe des Fürsten Czartoryski's mit den Deutschen und Magyaren zur Herrschaft in Oesterreich verbünden, so werden die sämmtlichen österreichischen Slaven sich zum Widerstande vereinigen, und diese slavische Bevölkerung wird als überwiegende Majorität schon für sich allein mächtig genug sein, es wird ihr aber auch Rußland zu Hilfe kommen, es werden die Südslaven der Balkanhalbinsel mit ihr gemeinsame Sache machen.

Betrachten wir nun das Programm Czartoryski's im Detail. Es war offenbar zunächst auf Galizien berechnet, man gab sich der Hoffnung hin, daß die Worte des angesehenen Fürsten dem Volke Galiziens, den Vertretern und Führern desselben imponiren würden. Nun sind aber gewiß nicht alle Polen und noch gewisser kein einziger Ruthene mit dem Programme Czartoryski's zufrieden. Es mag sein, daß eine kleine Partei der Polen sich mit der Autonomie-Erweiterung, welche der Fürst in ganz unbestimmter Weise in Aussicht stellt, begnügen möchte, weiteres eben von der Zukunft erwartend, auf welche der Redner hingewiesen hat; aber die Majorität der Polen Galiziens wird für eine solche Anweisung an eine unsichere Zukunft nicht das Recht der Gegenwart opfern. Dr. Smolka wird gewiß gegen den Fürsten Czartoryski auftreten, und es wäre thöricht, zu hoffen, daß die Worte des Fürsten aus Paris mächtiger sein werden, als die Worte des Volksmannes im Lande selbst. Es ist sehr unklug, den Einfluß und Anhang Smolka's zu unterschätzen. Zudem versichert man uns ziemlich bestimmt, daß nicht nur Grocholski, sondern auch Ziemiałkowski mit Smolka in Betreff des Ausgleichs gemeinsame Sache machen werden. Die Ruthenen aber, von Czartoryski gänzlich ignorirt, werden sich dadurch gewiß nicht zu der desperaten Annahme bringen lassen, daß sie gar nicht vorhanden wären, oder zu dem demüthigen Glauben, daß sie in Galizien und Oesterreich nur ein rechtloses Dasein hätten.

Die Pariser Rede ist vorzüglich den verfassungstreuen Deutschen zu Gefallen gehalten worden und sie hat bei diesen auch ziemlichen Beifall erhalten. Veruft sich ja doch Czartoryski auf den Rechbauer'schen Antrag und verlangt, daß die Polen sich mit den in demselben enthaltenen Konzessionen begnügen sollen. Solche Konzessionen wollen die Verfassungstreuen dem Königreich Galizien machen, ja sie würden diesem Lande wol noch mehr gewähren, wenn ihnen die Polen dafür nur helfen möchten, die Czechen, Slovenen und Tiroler zu bezwingen. Es gibt

unter den sogenannten Verfassungstreuen sogar nicht wenige, welche gar gern ausrufen möchten: „Ganz fort mit Ungarn und fort mit Galizien, damit wir uns mit den andern Ländern mit Deutschland vereinigen können!“ Fürst Czartoryski hat wacker in das Horn der Verfassungstreuen geblasen mit den Schlagworten: Oesterreich darf nicht zersplittert, die Centralgewalt darf nicht auf Null reducirt, es dürfen nicht siebzehn souveräne Landtage geschaffen werden. Wie sonderbar ist es aber dabei, daß der fürstliche Redner die Machteinigung Oesterreichs ausdrücklich zu dem Zwecke verlangt, damit es eine Stütze der Hoffnung des polnischen Volkes sein könne. Diese Hoffnung aber ist die Wiederherstellung des polnischen Reiches. Wenn diese Hoffnung vollständig in Erfüllung gehen soll, so muß selbstverständlich Oesterreich Galizien herausgeben. Fürst Czartoryski muthet also den Deutschösterreichern zu, ein starkes Oesterreich zu schaffen, damit dasselbe dann zu Gunsten Polens einen gefährlichen Krieg mit Preußen und Rußland führen und selbst im Falle des Sieges um Galizien verkleinert werden sollte! Von dem Fürsten Czartoryski ist als gewiß voranzusetzen, daß er wirklich ernsthaft eine solche Hoffnung auf Oesterreich baut, und man darf ihm das nicht übel nehmen, weil er eben ein Pole ist; wenn aber von bezembristischer deutscher Seite den Polen gesagt wird: „Selbst uns nur ein starkes Oesterreich zusammenparlamentiren, dann werden wir euch bei erster Gelegenheit gegen Rußland beistehen,“ so ist das eitel Täuschung und Lüge. Fürst Czartoryski darf versichert sein, daß die verfassungsortodoxe deutsche Partei, welcher er geschmeichelt hat, niemals auch nur einen einzigen Gulden und einen einzigen Mann opfern würde, um Polen zu befreien. Dazu ist diese Partei zu engherzig, eigennützig, hab- und herrschsüchtig. Wenn die Polen dieser Partei helfen, die Tschechen, Slovenen u. s. w. zu unterdrücken, so wird sie eintretenden Falles lieber die russische Politik gegen das Polenthum unterstützen und nachahmen, um eben nicht die Herrschaft über Galizien zu verlieren.

Wir unserntheils geben zu, daß Oesterreich die Aufgabe haben kann, für die Befreiung Polens zu wirken, und daß die Zeit kommen könnte, diese Aufgabe im eigenen und im europäischen Interesse zu erfüllen. Dazu ist allerdings ein starkes, ein sehr starkes Oesterreich nothwendig. Ein solches wird aber nur dann vorhanden sein, wenn alle Völker befriedigt sind, wenn das habsburgische Völkerreich in freier Weise geeinigt ist. Nach dem Programme des Fürsten Czartoryski kann aber diese Befriedigung nicht geschaffen, diese Einigung des Reiches nicht herbeigeführt werden. Die Nationalitäten Oesterreichs, auch die Polen selber, verlangen von und in Oesterreich viel mehr, als was Fürst Czartoryski ihnen gewähren will. Er anerkennt kein besonderes Staatsrecht irgend eines Landes, nur das ungarische; allen andern Königreichen und Ländern will er bloß eine Erweiterung der Autonomie gewähren und im übrigen alle, auch Galizien der bureaukratischen und parlamentarischen Centralisation unterwerfen. Nach diesem Programm kann ein Ausgleich, wie er nothwendig ist, wenn ein

befriedigtes, in Freiheit einiges und dadurch starkes Oesterreich entstehen soll, unmöglich erzielt werden.

Das Programm Czartoryski's kann weder die Polen noch die Deutschen befriedigen; die Czechen und Slovenen aber verletzt es tief, bedroht es feindlich, alle Slaven nicht nur Cisleithaniens, sondern der ganzen habsburgischen Monarchie müssen über dieses Programm empört sein und sind es auch. Der fürstliche Redner bläst da wieder sehr wacker in das Horn der verfassungstheologischen Deutschen, indem er von einer „Aufopferung der Deutschen“, von der „Aufsichtung einer einseitigen Slavenherrschaft“, von einer gegen die Deutschen gerichteten slavischen „Repressalienpolitik“ spricht. Durch den Ausdruck „Repressalien“ spricht Fürst Czartoryski die Ansicht aus, daß die österreichischen Slaven, die Polen mit einbegriffen, Ursache hätten, gegen die Deutschösterreicher Repressalien zu üben, d. h. an ihnen Rache zu nehmen. Mit dieser Ansicht befinde er sich aber beziehungsweise im Irrthum, denn das, was in den Zeiten des gewaltthätigen Absolutismus gegen die Slaven, die Polen nicht ausgenommen, gesündigt worden ist, fällt nicht dem deutschösterreichischen Volke zur Last, sondern nur dem Absolutismus und Centralismus, und erst in der neuen und neuesten freien Ära gefällt lediglich eine Partei der Deutschen sich darin, als Erbe und Nachfolger der absolutistisch-bureaucratischen Centralisten zu fungiren. Nur gegen diese Partei stehen die Slaven in Opposition, sie wollen nicht gegen die Deutschen Repressalien üben, sondern nur verhindern, daß von den freien Deutschen jene unfreieinnige gewaltthätige Politik fortgesetzt werde, gegen welche Repressalien zu üben, nach dem Zugeständnisse Czartoryski's die Slaven mit Inbegriff der Polen berechtigt wären. Die Slaven wollen nicht herrschen, sondern nur nicht beherrscht, nicht lediglich als Materiale für die Politik einer herrschsüchtigen deutschen Partei mißbraucht werden, und darin sich den übrigen Slaven anzuschließen, hätten die Polen wahrlich alle Ursache. Daß Fürst Czartoryski für den Fall, als eine einseitige Slavenherrschaft beabsichtigt würde, erklärt, daß da die Polen lieber den Deutschen die Hand reichen würden, ist von einem Polen sehr edel; vom deutschen Standpunkte aus müssen wir aber dem noblen Polen die Versicherung aussprechen, daß selbst in dem Falle, als die Polen sich mit den übrigen Slaven zu einem Herrschaftsattentate gegen die Deutschen vereinigen möchten, dieses Attentat an der unbezwinglichen Kraft des deutschen Geistes und Charakters zu scheitern werden würde. Bei der Erklärung, daß die Polen sich mit den Deutschen gegen eine einseitige Slavenherrschaft verbünden würden, glaubte der fürstliche Redner wieder eines der Schlagworte der verfassungstreuen Deutschen nachsprechen zu müssen, indem er sagte, daß die Deutschen den Polen Europa und die westliche Civilisation repräsentirten, während ihnen die Politik der Slaven asiatisch und barbarisch erschiene. Das ist allerdings eine Schmeichelei für die Deutschen, zugleich aber eine sehr arge Beleidigung der sämmtlichen Slaven und auch der

Polen, selbst wenn diese nicht als Slaven gelten wollen. Polen liegt doch östlich von Deutschland, wenn also Deutschland gegen Osten hin Europa und die westliche Civilisation repräsentirt, so liegt Polen wie Rußland außerhalb Europas und der westlichen Civilisation. Dagegen liegen Böhmen und Mähren westlich von Polen und repräsentiren Europa und die westliche Kultur. In der That müßte Fürst Czartoryski, wenn er sich auf polnischen Boden stellen und nach Westen blicken würde, erkennen, daß in Böhmen und Mähren ein hoher Grad westlicher Civilisation entwickelt ist, und zwar nicht etwa bloß bei den Deutschen, sondern gleichmäßig auch bei den Slaven, daß besonders die slavischen Bauern beider Länder in einem ganz ausgezeichnet hohen Grade kultivirt sind. Es ist jedenfalls ganz unpassend, daß ein Pole in Betreff Böhmens von asiatisch barbarischen Zuständen spricht. Die Böhmen wollen nicht barbarische Repressalienpolitik üben, sie wollen sich nur der centralistischen Herrschaft der Deutschen erwehren. Dieser Centralismus aber ist die echt asiatische Staatsform. In dem eigentlichen Deutschland, dessen Bildung Fürst Czartoryski doch so hoch würdigt, hat niemals Centralisation geherrscht, und gerade durch die föderative Freiheit hat Deutschland eine so hohe und allgemein verbreitete Kultur entwickelt.

Aber den Föderalismus perhorreszirt Fürst Czartoryski gerade so ängstlich wie die Verfassungstreuen, obwol er wie sie den Ausgleich mit Ungarn anerkennt, der doch nichts anderes ist, als Föderalismus. „Wir können nicht Föderalisten sein,“ ruft der Fürst aus, „wenigstens nicht in dem Sinne, den man gewöhnlich in Oesterreich dem Föderalismus gibt.“ Ganz richtig, aber dieser Sinn ist eben ein falscher, und man kann daher im guten und richtigen Sinne Föderalist sein und man muß es sein, weil ein wirklich freies Oesterreich seiner Komposition und Geschichte nach nur föderativ konstituiert werden kann. Entweder Föderalismus oder Absolutismus, das ist die Alternative für Oesterreich. Doch Fürst Czartoryski glaubt deshalb sich gegen den Föderalismus wenden zu müssen, weil nach seiner Angabe „alle, welche auf das Verderben Oesterreichs finnen, einen ungemeinen Eifer zeigen, den Föderalismus zu predigen.“ Wenn die von Czartoryski namhaft gemachten nördlichen, östlichen und südlichen Nachbarn Oesterreichs wirklich in böser Absicht den Föderalismus befürworten, so befinden sie sich in einem argen Irrthum, denn ein föderativ frei geeinigtes Oesterreich würde unüberwindlich stark sein durch den Wunsch und Willen seiner Völker, in diesem freien Reiche ihre Selbständigkeit zu erhalten. Auch zeigt unsere jüngste Vergangenheit, daß die Feinde Oesterreichs nicht auf den Föderalismus, sondern im Gegentheil auf die Unzufriedenheit spekulirt haben, welche der Zentralismus in Oesterreich hervorgerufen. Im Jahre 1859 hat Napoleon, im Jahre 1866 hat Bismarck einen großen Theil der Siegeshoffnung auf die Unzufriedenheit Ungarns gebaut. Und in der That, wäre Ungarn bereits durch einen föderativen Ausgleich befriedigt gewesen, hätte man auf die Treue desselben so rechnen

Können wie zur Zeit Maria Theresias, dann würde den Franzosen und Preußen der Sieg nicht so leicht geworden, dann würde Oesterreich nicht gezwungen gewesen sein, mit schwerem Verluste über Hals und Kopf Frieden zu schließen. Es ist charakteristisch, daß Fürst Czartoryski zwar die Organe Bismarcks beschuldigt, daß sie für Oesterreich in böser Absicht den Föderalismus predigen, daß er aber von den Organen der national-liberalen und radikalen Deutschen schweigt. Diese Organe predigen nicht den Föderalismus, sondern sie fordern die Deutsch-Oesterreicher auf, an der Dezemboverfassung festzuhalten, wie sie früher auch das Festhalten an der Februarverfassung dringend empfohlen haben. Gerade diese Deutschen aber haben den sehnlichen Wunsch, daß Oesterreich zerfallen möge, damit dann die deutschen Länder desselben mit Deutschland vereinigt werden könnten. Diesen Deutschen hat Fürst Czartoryski zu Gefallen gesprochen, während er doch ein starkes Oesterreich geschaffen und erhalten sehen will, um es als Stütze der polnischen Hoffnung zu gebrauchen!

Seine Rede ist vorzugsweise gegen die Czechen gerichtet, ja geradezu eine feindlich drohende Demonstration gegen dieselben. Der polnische Fürst spricht gegen die Böhmen ziemlich im Tone der „Neuen freien Presse.“ Er wirft ihnen besonders Eigennützigkeit vor, daß sie nämlich nur ihrem „eigenen einseitigen Interesse nachjagen“, ohne an das Gesamtreich zu denken. Ein höchst ungerechter Vorwurf und ganz ungerechtfertigt besonders im Munde eines Polen, der in einem Athem zugleich eingesteht, daß die Polen ein starkes Oesterreich hauptsächlich zu dem Zwecke wollen, damit durch dasselbe die Erfüllung ihrer Hoffnung der Wiederherstellung des alten Polenreiches gefördert werde, mit welchem dann selbstverständlich auch Galizien vereinigt werden müßte. Es arbeiten also eingestandenermaßen auch die österreichischen Polen für ihr eigenes einseitiges Interesse, ja sie verlangen, daß das ganze Oesterreich diesem ihren Interesse dienen solle, obwohl in dem einseitigen polnischen Interesse schließlich die Trennung von Oesterreich liegt. Was wollen dagegen die Böhmen? Sie wollen ihre althistorische Selbständigkeit behaupten; das ist ihr eigenes und allerdings einseitiges, aber vollkommen berechtigtes Interesse. In diesem böhmischen Interesse liegt aber nicht wie in dem polnischen die schließliche Trennung von Oesterreich, sondern im Gegentheil, das Interesse der Behauptung der Selbständigkeit Böhmens fällt mit dem Interesse der Erhaltung eines starken Oesterreich zusammen. Die Böhmen wollen nicht wie die Polen nur bis auf weiteres bei Oesterreich bleiben, sondern für immer, und sie müssen das wollen, denn sie sind nebst den Magyaren das einzige Volk Oesterreichs, welchem der Bestand des habsburgischen Völkerreiches und die Verbindung mit demselben eine Lebensbedingung ist. Die Polen können die Wiederherstellung ihres Nationalreiches hoffen; die Südslaven könnten mit ihren Stammesgenossen jenseits unserer Grenzen ein Nationalreich gründen; die Ruthenen könnten sich an Rußland, die Rumänen an Rumänien, die Italiener an Italien anschließen,

und die Deutschösterreicher könnten sagen: Wir brauchen Oesterreich nicht, wir gehören zu Deutschland. Nur die Böhmen und Magyaren würden, wenn allein stehend, oder in irgend eine andere Staatenverbindung gerathend, in ihrer nationalen Individualität schwer bedroht und gefährdet sein. Deshalb wollen alle Böhmen und die meisten Magyaren den Bestand der habsburgischen Gesamtmonarchie und ihre eigene feste, dauernde Verbindung mit derselben. Aber selbstverständlich muß diese Monarchie so organisirt sein, daß die Böhmen und Magyaren nicht schon in derselben das erleiden, was sie verhüten wollen und was ihnen in einer andern Stellung nur erst drohen würde, nämlich der Verlust ihrer nationalen und historischen Selbständigkeit. Wenn die Böhmen und Magyaren dem Bestande Oesterreichs ihre individuelle Selbständigkeit opfern müßten, so würden sie sich natürlich gezwungen fühlen, ihr Glück doch lieber auf andere Weise zu versuchen, obwohl sie das nicht in sehr günstigen Verhältnissen thun könnten. Fürst Czartorwski betrachtet aber die Böhmen mit offener Geringschätzung, und da er die Deutschen mit der Dezemberverfassung, die Magyaren mit dem Ausgleich zufrieden sieht und voraussetzt, daß die Polen mit einiger Autonomieerweiterung zufrieden sein werden, so glaubt er die Czechen ganz ignoriren zu dürfen, und verkündet den stolzen Plan, daß die Polen sich mit den Deutschen und Ungarn verbünden, und daß diese drei Völker wol im Stande sein werden, Oesterreich zu erhalten, bis die Czechen „besseren Sinnes“ würden. Es ist sehr leicht, aber auch sehr leichtsinnig, diesen Herrschaftsbreitung mit Worten zu proklamiren, zumal wenn man sich in Paris befindet. Aber wie sieht es denn in der Sache aus? Blicken wir zuerst auf Galizien. Angenommen, daß die Polen sich damit begnügen würden, in dem deutsch-magyarischen Herrschaftsbunde die dritte Rolle zu spielen, so befinden sich in Galizien auch noch dritthalb Millionen Ruthenen, und diese werden sich die deutsch-magyarisch-polnische Suprematie gewiß nicht gutwillig gefallen lassen. Und wie thöricht ist es, so ganz oberflächlich von Ungarn zu sprechen. In Ungarn leben erstlich nicht lauter Magyaren, und unter den Magyaren selber ist eine starke und täglich stärker werdende Partei, welche mit dem jetzigen Ausgleich nicht zufrieden ist, sondern nach der reinen Personalunion strebt und deshalb mit den opponirenden Nationalitäten dies- und jenseits der Leitha sympathisirt und sich niemals Behufs einer Zwingherrschaft über dieselben mißbrauchen lassen wird. Abgesehen von dieser Spaltung unter den Magyaren übersteht es der polnische Rebber in Paris gänzlich, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Stephansreiches aus Slaven und Rumänen besteht, welche nun und nimmermehr ihr Gut und Blut für die Erhaltung eines deutsch-magyarisch-polnischen Oesterreich opfern werden, um in demselben zugleich mit den andern Slaven die Rolle von Heiloten zu spielen. Wenn die Polen sich mit den Magyaren und Deutschen verbinden, um die Herrschaft in Oesterreich zu theilen, so werden sich die sämtlichen Slaven und Rumänen der ganzen Monarchie zum Widerstand erheben, es werden die Ita-

liener sich ihnen anschließen, es wird Rußland ihnen zu Hilfe kommen, und es wird Preußen gewiß auch nicht nach dem Programme Czartoryski's handeln. Auch die Tiroler würden mit den Slaven gemeinsame Sache machen. An die Tiroler hat sich Fürst Czartoryski gar nicht erinnert, und sie sind doch sehr gute und sehr kräftige Deutsche und mit der Dezemberverfassung ebenso unzufrieden wie die Slaven. Dann hat der fürstliche Redner in Paris es auch übersehen, daß in allen Ländern der Monarchie neben der nationalen auch noch eine politisch-konservative und kirchliche Opposition besteht, welche den Dezembrismus verabscheut und gegen denselben mit ihren mächtigen Mitteln, mit dem großen Einfluß, welchen namentlich die kirchliche Partei auf die Massen der ländlichen Bevölkerung ausüben kann, wahrlich auf Leben und Tod kämpfen wird. Es muß also der deutsch-magyarisch-polnische Dreibund des Fürsten Czartoryski entweder als ein ganz nichtsiges Luftgebilde bezeichnet werden, oder, wenn er Realität gewönne, würde er zu einem gräßlichen Racenkampfe, zur Einmischung des Auslandes, zum sichern Zerfalle Oesterreichs führen; wobei gerade die Polen und Magyaren sehr übel wegkommen würden.

Fürst Czartoryski respektirt höchlichst das souveräne Königreich Ungarn, aber von einem selbständigen Königreich Böhmen will er nichts wissen, und um das zu motiviren, um scheinbar ein gutes Beispiel zu geben, will er, daß auch Galizien kein staatsrechtlich selbständiges Königreich werden soll. Das ist, man verzeihe uns den Ausdruck, eine Gleisnerei. Daß Fürst Czartoryski auf seinem polnischen Standpunkt nicht die Aufrichtung eines besondern polnischen Königthums in Galizien will, das ist begreiflich, denn er hofft ja auf die Wiederherstellung des ganzen Königreichs Polen, und es könnte die Schaffung eines partiellen polnischen Staates ein nachtheiliges Präjudiz gegen die große Hoffnung der polnischen Nation bilden. Also kein besonderes, staatsrechtlich isolirtes Polen-
thum in Galizien, sondern einstweiliges Anschließen an Oesterreich und Festhalten an der großen allgemeinen Nationalidee bis zur Auferstehung des ganzen Polen. Wir sind weit entfernt, diese Politik zu tadeln; aber empört sind wir darüber, daß Fürst Czartoryski, während er die Wiederherstellung des untergegangenen, zerrissenen, in drei Stücken ohnmächtig darniederliegenden polnischen Königreichs offen in Aussicht stellt und das ganze Oesterreich als Mittel und Werkzeug für die Erfüllung dieser polnischen Hoffnung gebrauchen will, daß er in demselben Momente von den Böhmen in feindseliger, frevelhaft übermüthiger Weise verlangt, daß sie auf ihr niemals untergegangenes, bis zur neuesten Ära von allen Beherrschern und Völkern Oesterreichs anerkanntes und in herrlichster Blüte und Kraftfülle aufrecht stehendes Königthum verzichten sollen. Also nach dem Diktate des polnischen Fürsten soll das altberühmte und in jugendlicher Bollkraft dastehende Königreich Böhmen fortan und für immer nichts als eine Provinz Oesterreichs sein, während Galizien dies nur einstweilen zu bleiben hätte, bis zu dem Momente nämlich, wo vorzüglich mit Hilfe Oesterreichs, also auch

Böhmens das einstige Königreich Polen hergestellt, und Galizien als integrierender Bestandtheil mit demselben vereinigt würde!

Fürst Czartoryski hat sich so sehr in den Ton der „Neuen freien Presse“ und des „Neuen Fremdenblattes“ hineingeredet, daß er über die „Zerbröckelung Oesterreichs in eine Anzahl selbständiger Gruppen, jede unter der Regide einer märchenhaften Krone“ spottet. Nun, den galizischen Brocken reservirt der Fürst jedenfalls für die polnische Krone. Mit seinem Spotte will er aber zunächst die böhmische Krone treffen. Aber ist denn diese Krone eine märchenhafte, da doch in der Königsburg zu Prag noch der Kaiser und König residirt, dessen Haupt im Jahr 1836 mit derselben geschmückt worden ist. Und wenn die Wenzelskrone eine märchenhafte wäre, so müßte es auch die Stephanokrone gewesen sein, welche im Jahre 1848 niedergelegt und erst im Jahre 1867 wieder aufgesetzt wurde, ja welche sogar gestohlen und eine Zeit lang, unbekannt wo, vergraben war. Gleichwol ist diese ehrwürdige Krone wieder zu ihrer vollen Ehre gelangt und hat unter dem Jubel der Nation, unter respektvoller Theilnahme von ganz Oesterreich, von Europa das Haupt des gesalbten Monarchen geschmückt. Das Haus Habsburg hat einst nach der Wenzelskrone mit demselben Eifer gestrebt wie nach der Krone Stephans, und die Herrscher aus diesem Hause haben die böhmische Krone nach ihrem vollen Werthe zu schätzen gewußt. Und wenn die Wenzelskrone eine märchenhafte wäre, dann müßte es ganz besonders die polnische Krone sein, welche seit einem Jahrhundert nur noch als Antiquität aufbewahrt wird, und deren letzter Träger als russischer Pensionär gestorben ist. Und doch wünscht und hofft Fürst Czartoryski gewiß, daß die Krone Kasimirs wieder das Haupt eines Königs von Polen schmücken möge. Es steht also einem Hocharistokraten, welcher die monarchische Partei der Polen vertritt, sehr schlecht an, die Kronen anderer Völker als märchenhafte zu verspotten.

Alles in Allem muß man sagen, daß Fürst Ladislaus Czartoryski, wenn er mit seiner Rede dem österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Potocki einen guten Dienst zu erweisen glaubte, das äußerste schlimmste Gegentheil davon bewirkt hat.

Ungarn und die cisleithanische Verfassungstrübs.

Es ist Thatsache, daß die Magyaren eine längere Zeit hindurch jede Aenderung der diesseitigen Verfassung mit Mißtrauen und Besorgniß betrachteten, weil sie sich die Möglichkeiten dachten, daß eine Revision der cisleithanischen Verfassung im natürlichen Laufe der Dinge eine Revision auch der ungar-

rischen Konstitution zur Folge haben könnte. Diese Besorgniß ist auch begründet, aber nur in einer Beziehung, und zwar in einer andern, als in der sie geltend gemacht wird.

Es ist ganz unbegründet, ja unbegreiflich, daß die Magyaren die Besorgniß hegten, es könnte die staatsrechtliche Selbständigkeit des Königreichs Ungarn angefochten werden, falls die diesseitige nationale und staatsrechtliche Opposition ihr Ziel erreichte. Diese Opposition war es ja, welche unter der Herrschaft Schmerlings und der Universalcentralisten für das Recht Ungarns eingestanden ist, für dasselbe gekämpft hat. Wie könnte sie nun das, was sie selber für Ungarn mit erkämpft hat, was sie für sich selbst erkämpfen will, den Ungarn wieder nehmen, oder genommen sehen wollen? Sie würde ja durch eine solche Feindseligkeit gegen Ungarn in der That ihr eigener Feind sein.

Ungarn verdankt die Erreichung seiner staatsrechtlichen Selbständigkeit wesentlich mit auch der Haltung der diesseitigen staatsrechtlichen Opposition. Diese Opposition war eine mächtige Stütze der ungarischen. Wäre diesseits der Reitha keine solche Opposition vorhanden gewesen, d. h. hätten alle Völker die Februarverfassung angenommen, sich dem Centralismus hingeeben, so hätte Ungarn schwerlich, ja gewiß nicht das Maß seiner jetzigen Selbständigkeit erlangt. Das ist eine Thatfache, welche die Magyaren nicht vergessen haben können, die sie also nicht ignoriren sollten.

Ungarn erfreut sich jetzt seiner staatsrechtlichen Selbständigkeit, während diesseitige mit Ungarn natürlich und historisch vollkommen gleichberechtigte Königreiche und Länder sich diese Selbständigkeit erst erkämpfen müssen. Wie nun die diesseitige staatsrechtliche Opposition früher eine Stütze der ungarischen gewesen ist, so sollte das selbständige Königreich Ungarn jetzt eine Stütze dieser Opposition sein. Diesen Beruf zu erfüllen, sollten die Ungarn als eine Pflicht gegen sich selbst und zugleich der Dankbarkeit gegen die diesseits opponirenden Völker erkennen. Diese Völker erkennen vollkommen die Bedeutung, welche das selbständige Königreich Ungarn für sie hat, sie wissen, daß, wenn Ungarn seine Selbständigkeit nicht erreicht hätte, oder sie wieder verlieren möchte, sie ihre eigene Selbständigkeit nicht erreichen, oder sie ebenfalls wieder verlieren würden. Dieses Verhältniß sollten auch die Magyaren erkennen und praktisch würdigen. Ein föderativ gegliedertes Oesterreich wird keinen Druck auf Ungarn ausüben; von einem centralisirten Oesterreich aber wäre das sehr zu befürchten. Keines der in ihrer Selbständigkeit anerkannten diesseitigen Völker wird die Selbständigkeit Ungarns antasten, weil es dadurch ja die eigene Stellung gefährden würde; wol aber könnte die bloß nach der Kopfszahl organisirte Bevölkerung eines centralisirten Cisleithaniens als Mittel benutzt werden, um auch der Selbständigkeit Ungarns ein Ende zu machen und den Universalcentralismus durchzusetzen, dessen Idee von den Absolutisten und Bureaukraten auf die scheinconstitutionellen herrschsüchtigen Parlamentaristen übergegangen ist.

Es ist daher unbegreiflich, daß die Magharen sich von den diesseitigen Verfassungstreuen gegen die staatsrechtliche Opposition, namentlich gegen die Böhmen aufheben ließen durch die Lüge, daß diese Opposition und besonders die Böhmen die Selbständigkeit Ungarns anfechten wollten. Diejenigen, welche diese ungarische Selbständigkeit mit erklämpft haben und in ihr eine Stütze der eigenen erkennen, werden sie gewiß nicht antaasten; wol aber ist eine feindselige Politik gegen Ungarn von denen zu befürchten, ja als gewiß vorauszusetzen, welche das Recht Ungarns Jahre lang verspottet und vergewaltigt, es schließlich nur mit offenem Widerwillen anerkannt haben und die Selbständigkeit Ungarns als das Haupthinderniß verabscheuen, welches der Realisirung ihrer schablonenhaften Theorie, der Befriedigung ihrer Herrschaftsgelüste im Wege steht.

Aber freilich, daß die Magharen sich durch die gleichnerischen Warnungen der Dejembristen gegen die diesseitige staatsrechtliche Opposition aufheben ließen, war nur die Konsequenz des großen Fehlers, des schweren Unrechtes, welche die Magharen bei ihrem Ausgleich begangen haben. Unter dem Regimente Schmerlings und seiner Februaristen freuten sich die Magharen über die Opposition der Böhmen, Polen, Slovenen, Tiroler, und stützten sich auf diese Opposition. Als aber jenes Regiment gestürzt war, und die Februaristen Ungarn frei ließen, bloß weil sie nicht die Macht hatten, es zu bezwingen, da sagten sich die Magharen von ihren Freunden und Kampfgenossen los und verbrüdereten sich mit ihren ehemaligen Feinden und Unterdrückten. Sie diktierten den gegen das Recht, gegen die Freiheit, gegen die Geschichte, gegen die Natur, gegen den gesunden Menschenverstand frevelnden Machtpruch von den „zwei freien gleichen Nationen.“

Die Magharen hatten nicht einmal in ihrem eigenen Reiche das Recht, die staatsrechtliche Selbständigkeit Kroatiens und Siebenbürgens, das nationale Lebensrecht der Slovaken, Serben, Ruthenen, Rumänen und Deutschen hinweg zu dekretiren; ganz außerordentlich frevelhaft aber war es, daß sie über die Grenzen ihres Reiches hinausgriffen, daß sie die diesseitigen Königreiche und Länder aus der Geschichte auslöschen, Böhmen, Polen, Ruthenen, Rumänen, Slovenen, Italiener, Tiroler in Eisleithanier verwandeln wollten.

Nur in Betreff dieses Machtpruches ist die diesseitige staatsrechtliche Opposition auch gegen Ungarn gerichtet, nur zur Beseitigung dieses Machtpruches für die diesseitigen Königreiche und Länder muß der bevorstehende Ausgleich sich auch auf Ungarn erstrecken. Nur in diesem Sinne sind die Aeußerungen der böhmischen Oppositionsblätter zu verstehen, durch welche sich die Dekretirten beunruhigt fühlen. Nur damit das Staatsrecht des Königreichs Böhmen auch Ungarn gegenüber zur vollkommenen, vertragsmäßigen Anerkennung komme, nur deshalb verlangen die Böhmen ihrerseits die nachträgliche Ratifikation des ungarischen Ausgleiches; den Ausgleich an sich wollen sie nicht anfechten. Aber die Magharen selber haben wahrlich alle Ursache, die böhmische Ratifikation ihres Ausgleichs zu wünschen, denn es ist für den Rechtsbestand der jetzigen Stellung

Ungarns gewiß von großer Wichtigkeit, daß diese Stellung von dem ebenbürtigen mächtigen Königreich Böhmen vertragsmäßig anerkannt werde. Ob der Machtanspruch in Betreff der einen allein berechtigten herrschenden Nation in den Ländern der Stephanskronen durchgeführt werden soll, oder nicht, das bleibt der Gerechtigkeit, Freisinnigkeit und Klugheit der Magyaren und den nichtmagyarischen Völkern des Stephansreiches überlassen. Wir werden darüber weiter unten noch einige Bemerkungen machen.

Der „Pester Lloyd“ findet es „sehr eigenthümlich“, daß die Czaren die Ratifikation des ungarischen Ausgleichs bloß von Seite Böhmens für unentbehrlich halten. Das deutsche Blatt sagt: „Die Böhmen stellen einen kühnen Gedanken auf, ohne den Muth zu haben, die Konsequenzen desselben zu acceptiren. Und doch kann es den czechischen Parteiführern unmöglich unbekannt sein, daß Böhmen nicht die einzige staatsrechtliche Existenz ist, welche sich aus dem jetzigen Oesterreich zu selbständigem Leben herauswinden möchte.“ Es ist sehr eigenthümlich, daß der „Pester Lloyd“ die Verhältnisse so schlecht kennt und so falsch beurtheilt. Die Böhmen handeln zunächst für sich selbst und nicht als Mandatäre der andern Völker. Sie verlangen ihrerseits die Ratifikation des ungarischen Ausgleichs hauptsächlich im Interesse der Geltendmachung ihres eigenen Staatsrechtes. Wenn die andern Königreiche und Länder eine Ratifikation dieses Ausgleichs nicht für nothwendig halten, so kann das den Böhmen gleichgiltig sein. Doch es haben ja die Vertreter Galiziens, Krains, Tirols u. s. w. im Reichsrathe für den Ausgleich mit Ungarn gestimmt, und ist derselbe dadurch von dieser Seite bereits ratifizirt. Die böhmische Nation aber war bei dem hochwichtigen Akte nicht vertreten, und deshalb ist für den vollgiltigen Rechtsbestand des ungarischen Ausgleichs die nachträgliche böhmische Ratifikation nothwendig. Lächerlich ist es, zu sagen, die Böhmen hätten nicht den Muth, die Konsequenzen ihres Gedankens zu acceptiren. Sie kennen diese Konsequenzen sehr genau und verkünden sie selber. Sie wollen eben ein föderativ konstituirtes Oesterreich. Die Böhmen wissen, daß auch andere Völker nach selbständigem Leben ringen, und sie wünschen, daß alle Völker Oesterreichs das thun mögen, weil dann keines die andern beherrschen kann, sondern eins das andere unterstützen muß, und so alle an das ersehnte Ziel gelangen werden.

Es ist sehr erfreulich, daß bei den Magyaren eine richtigere Erkenntniß und gerechtere Beurtheilung des Verhältnisses zu den diesseitigen Ländern und Völkern zum Durchbruch und Ausdruck gelangt. Die wahrhaft gerechten und freisinnigen Magyaren, namentlich die Mitglieder und Anhänger der äußersten Linken haben längst das Recht der Böhmen, Polen u. s. w. anerkannt und befürwortet. Diese richtige Erkenntniß, dieses edle Gefühl findet immer allgemeiner Ausdruck. So sagt z. B. Bethlen's „diplomatische Wochenschrift“ gegen den „Pester Lloyd“ in Betreff der böhmischen Ratifikation des Ausgleichs: „Entweder gibt es ein böhmisches Staatsrecht, oder es gibt keines. Wenn es ein böhmisches Staats-

recht gibt und dasselbe anerkannt wird, so müssen alle Verträge, welche zur Zeit abgeschlossen wurden, als dieses Staatsrecht nicht anerkannt war, der neuen Lage der Dinge angepasst werden. Im Prinzip kann man gegen diese Behauptung nichts einwenden. In der Praxis ist aber der Streit ein ganz nutzloser. Wird das böhmische Staatsrecht anerkannt, so ist es ein leichtes, von dem Krönungslandtage die Ratifikation des Ausgleichs zu erlangen. Bleibt Böhmen auch ferner eine Provinz Eisleithaniens, so ist kein Streitobjekt vorhanden. Es ist wirklich schade, die Versöhnung der Völker mit solchen unpraktischen Erörterungen zu trüben.“ Einen besonders noblen Standpunkt nimmt das *Oppositionsblatt* „Ellenör“ ein, indem es sagt: „Man behauptet vielseitig, die Böhmen seien Ungarns Gegner. Es ist möglich, daß dem so sei, aber deshalb dürfen wir gegen Böhmen nicht ungerecht sein. Wir können ihnen nicht als Schuld anrechnen, daß sie für ihre Nationalität und für ihre historische Vergangenheit Anhänglichkeit zeigen. Wir würden keine Ungarn sein, wir würden an den Erfolg unserer eigenen Sache nicht glauben, wenn wir uns zu einer so kleinlichen und einer freien Nation unwürdigen Vergewaltigungspolitik hinreißen ließen.“

Wir haben gesagt, daß die Besorgniß der Magyaren, eine Revision der diesseitigen Verfassung im Sinne der staatsrechtlichen Autonomie der Königreiche und Länder könnte eine Revision auch der ungarischen Verfassung zu demselben Zwecke nach sich ziehen, in einer Beziehung wohl begründet ist. Diese Beziehung besteht darin, daß, wenn die Wünsche der diesseitigen nationalen und staatsrechtlichen Opposition erfüllt werden, sich unzweifelhaft die gleiche Opposition in den ungarischen Ländern ermuntert und gestärkt fühlen wird. Das liegt in der menschlichen Natur und im natürlichen Laufe der Dinge. Auch die Böhmen haben sich durch die Standhaftigkeit und die Erfolge der Magyaren ermuntert und gestärkt gefühlt, nach einem gleichen Ziele zu streben. Aber ebenso wenig als die Böhmen, Polen, Slovenen u. s. w. ihr Staatsrecht vergessen, ihre Nationalität weggeworfen haben würden, selbst wenn die Magyaren sich der Februarverfassung unterworfen hätten, ebenso wenig würden Kroatien und Siebenbürgen ihr Staatsrecht aufgeben, würden die Slovaken, Serben, Rumänen und Deutschen Ungarns auf ihr nationales Leben verzichten, selbst wenn das böhmische und polnische Beispiel nicht vorhanden wäre. Das müssen die Magyaren erkennen, wenn sie für die Stimmung der Nationalitäten in ihrem Reiche ein Ohr haben. Sie kennen diese Stimmung, und deshalb sind die Besonnenen unter ihnen von schweren Besorgnissen ergriffen. Indem die Magyaren eine für ihre jetzige Verfassung nachtheilige Wirkung des böhmischen Beispiels fürchten, gestehen sie ein, daß die Nationalitäten des Stephansreiches nicht befriedigt sind, daß eine freie Einigung Ungarns nicht gelungen ist. Wären die Nichtmagyaren der Stephanekrone wirklich zufrieden, hätten sie sich in freier Hingebung der ungarischen Verfassung eingefügt, wäre der Ausgleich mit Kroatien und die Union mit Siebenbürgen wirklich glücklich gelungen, so hätten die

Magyaren doch wahrlich keine Ursache, mit Besorgniß auf den Verfassungslampf der diesseitigen Völker zu blicken, sie könnten vielmehr mit stolzer Selbstzufriedenheit ausrufen: Gott sei Dank, daß es bei uns nicht so schlimm ausfällt, wie jenseits der Britha, daß im Gegentheile alle Völker der Stephanskrone sich zufrieden und glücklich fühlten!

Können aber die Magyaren bei dem jetzigen Zustande ihres Reiches diesen Ausruf wagen? Sie wagen ihn nicht, sondern rufen vielmehr ihre Klagen über die Unzufriedenheit, über die gereizte Stimmung ihrer nichtmagyarischen Reichsgenossen aus und blicken mit ernstern Besorgnissen in die Zukunft. Wollen sie sich aber von diesen Besorgnissen befreien, so müssen sie den Ruf der Nationalitäten nach Gerechtigkeit und Freiheit erhören und befriedigen, dann wird es dem Magyarenthum keine Gefahr bereiten, wenn auch den diesseitigen Nationalitäten Gerechtigkeit und Freiheit wird.

Ein neues Nationalitätengesetz für Ungarn.

Aus Siebenbürgen.

Abermals haben die Nationalen, doch diesmal nicht allein sondern im Vereine mit den Deputirten der äußersten Linken, den Despoten Ungarns eine arge Kränkung verursacht. Es war doch mindestens ungalant von ihrer Seite, wenn nicht geradezu unverzeihlich, jaßt im gegenwärtigen für suprematistische Verfassungen verhängnißvollen Augenblicke der magyarischen Regierungspartei mit einem noch dazu in der Berliner „Correspondance Slave“ veröffentlichten liberalen Nationalitätengesetze aufzuwarten. Was, die Deák's und Andrássy's sollten durch die Annahme eines derartigen Gesetzes Hand anlegen an ihre exklusiv magyarische Konstitution, um sie auf volksfreiheitlicher Grundlage wieder aufzubauen, sie sollten sich auf diese Weise freiwillig von ihrer nationalen Hegemonie lossagen wollen? Das hieße, wie wir unsere Pester Herren kennen, ihnen doch zuviel auf einmal zumuthen; andererseits kann man es immerhin als ein Zeichen der Freisinnigkeit und Gerechtigkeitsliebe des Pester Reichstages ansehen, daß ihm bis jetzt nicht beliebt, die betreffenden nationalen Propagandisten und Unruhestifter sammt und sonders zum Zwecke unfreiwilliger Beschäftigung der vom Justizminister neulich ausgezeichnet befundenen Wäizner Gefängnißlokalitäten auszuliefern. Bei Leibe, diese national-gefinnten Deputirten müssen ganz gewöhnliche Agitatoren sein, denn sonst könnten sie nicht so verwegen sein, die magyarisch-oberherrliche Gewalt in Frage stellen zu wollen!

Die servile Publizistik hat der Deák-Partei schon soviel politische Weisheit und Klugheit nachgerühmt, daß man bei der angeborenen Eitelkeit und dem

Stolze der Magyaren ernstlich befürchten muß, sie könnten dem Papste ein Prävenire spielen und den Deák Ferencz für politisch unfehlbar erklären. Man stellte mehrererseits der magyarischen Regierung ein förmliches Laudatorium aus ob ihrer famosen inneren Politik im Gegensatz zu den transleithanischen Wirren, und das trug nicht am wenigsten dazu bei, diese Regierung in ihrem verderblichen Beginnen noch mehr zu bestärken. Neulich hob sogar ein Wiener Blatt hervor, wie wunderbar schnell die ungarische Regierung mit Siebenbürgen fertig wurde, wie sie mit Kroatien sich auszugleichen verstand u. s. f. Man sollte meinen, Ungarn sei glücklich, und es beginne jetzt erst für seine Bewohner das goldene Zeitalter. Doch, daß es nicht so ist, wissen die Herren in Pest am besten; aber sie strengen sich mit großer Mühe an, der Welt einen Ueberschuß vorzubisputiren, während ihnen ein horrendes Defizit entgegengähnt und Ungarn zu verschlingen droht. Sie vernehmen es ganz genau, die Beherrscher Ungarns, das ferne sturmverkländende Tosen und Leuchten, das Brausen und Zischen in der Tiefe, aber sie sind diejenigen nicht, welche durch Selbstbeherrschung Gefahren vorzubeugen verstehen, sie rudern kühn und mit vollen Segeln fort, unbekümmert, ob nicht im nächsten Augenblicke ihr Schiff an einer nahen Klippe zerschellen wird.

Was wendet nicht Graf Andrássy alles an, nur um Transleithanien und der Außenwelt gegenüber mächtig und im Inneren stark zu erscheinen. Das oppositionelle Siebenbürgen wird schon seit Jahren mit österreichischen Soldaten und Gendarmen in einem Ausnahmezustand geknebelt niedergehalten, die national-oppositionelle Presse in Siebenbürgen wird mit dem Bach'schen Pressegesetz gemäßregelt, in Ungarn werden die nationalen Journalisten verfolgt, und Alexander Romanu mußte es erleben, daß er auf eifriges Verwenden des Justizministers Horvath Erzellenz, des prätendierten ersten magyarischen Demokraten, jetzt während er schon seit drei Monaten im Kerker sitzt, vom Reichstage abermals in die Hände des öffentlichen Anklägers ausgeliefert wurde. Ebenso entging auch der den Regierenden höchst unbequeme Serbe Miletics seinem Schicksale nicht.

Während also die magyarisische Regierung auf diese Weise eifrig bestrebt ist, die nationale Bewegung, die sogar unter den Magyaronen Kroatiens überhandnahm, „im Reime zu ersticken“, ist es sehr begrifflich, daß dieses neue von den Nationalen und den Deputirten der äußersten Linken zu Stande gebrachte Opus eines Nationalitätengesetzes ihr sehr viel Aergerniß bereiten mußte. Es ist doch sehr interessant zu sehen, wie Magyaren selbst, und seien sie auch von der äußersten Linken, von der Nothwendigkeit einer Paktirung mit den unzufriedenen Nationalitäten Ungarns durchdrungen sind. Höchst bemerkenswerth ist es aber jedenfalls für die Situation in Ungarn, daß die Anregung zur gemeinsamen Ausarbeitung eines derartigen Gesetzesentwurfes eigentlich von den Deputirten der äußersten Linken ausgegangen ist. Ein Grund mehr zur Beruhigung der Deák'schen Centralisten. Zwar ist, wie „Pesti Naplo“ sich trösten will, der Ent-

wurf noch nicht vom Plenum des nationalen sowie des Klubs der äußersten Linken angenommen worden, aber er ging in der gemischten Kommission beider Klubs durch, und das läßt hoffen, daß er wenn auch mit einigen vielleicht unbedeutenden Modifikationen auch im Plenum derselben durchgehen wird. Genug, dem Reichstage wird höchst wahrscheinlich nächstens ein neues Nationalitätengesetz zur Berathung vorgelegt werden, und schon das war Grund genug für das Regierungsblatt „Pesti Naplo“, einen langathmigen Artikel dagegen zu schreiben, um darin gegen gewisse Insinuationen Verwahrung einzulegen, mit einem Worte um auch diese neue oppositionelle Erscheinung wo möglich zu vertuschen.

„Naplo“ verwahrt sich zu allererst dagegen, daß der jetzige Zeitpunkt der Verfassungskrise in Transleithanien geeignet sei, auch in Ungarn ähnliches zu probuziren. Nun das wird sich eben zeigen müssen, doch kann man denn den unterdrückten Nationalitäten Ungarns vorschreiben, zu welcher Zeit und Stunde ihre Opposition gnädigst zugelassen wird? Oder will die magyarische Regierung schon dafür Sorge tragen, daß den von ihr bevormundeten Nationalitäten nichts zu Leide geschehe? „Pesti Naplo“ erklärt wenigstens, daß das bereits existirende Nationalitätengesetz noch nicht das letzte Wort sei. Wird es aber den Gewaltigen bald belieben, das letzte Wort auszusprechen? Denn die gemarterten Völker werden schon ungeduldig.

Diejenigen, welche durch den in der panslawistischen „Corr. Slave“ veröffentlichten Gesetzentwurf einen Schlag gegen Ungarn zu führen vermeinten, mögen das, was ihnen „Pesti Naplo“ bemerkt, wohl in Erwägung ziehen: „Unstreitig,“ sagt er, „war die Politik des gefallenen Ministeriums Giskra-Herbst für Ungarn die bequemste, und dennoch stand die öffentliche Meinung in Ungarn gerade auf Seite der opponirenden Nationalitäten.“ Wir freuen uns ob der Aufrichtigkeit des Pester Regierungsblattes. Wir haben das erstere schon lange selbst ausgesprochen, auch wußten wir, daß das Ministerium Andrássy dem abgetretenen transleithanischen Kabinete reichliche Unterstützung geboten hat, obgleich dies „Naplo“ negiren will. Was aber die zweite Behauptung „Naplos“ anbelangt, so ist es doch mindestens sehr begreiflich, daß die öffentliche Meinung eines Reiches, dessen Zweidrittel-Majorität daselbe Los mit den transleithanischen Nationalitäten theilt, nie anders als auf Seite der letzteren stehen kann.

Wenn nun aber „Pesti Naplo“ in seiner Vertuschungs- und Verbrechungsmanie soweit geht, uns ein X für ein U vormachen zu wollen, so müssen wir energisch dagegen protestiren. Damit, daß „Naplo“ uns versichert, Ungarn wende dem Grafen Potocki sein Vertrauen, ja seine Unterstützung zu, nur um die Sache der Nationalitäten ohne Furcht vor dem Föderalismus fördern zu helfen, mit dieser Versicherung allein ist den Nationalitäten Ungarns nicht um ein Haar geholfen. Warum verwendet sich Graf Andrássy nicht einmal auch bei seinen Kollegen und bei dem Pester Reichstage für die Unterstützung der einheimischen Nationalitäten Ungarns?

Umsonst vermahrt sich „Pesti Naplo“ gegen diejenigen, welche glauben, durch den Hinweis auf die österreichischen Zustände auf Ungarn einen Druck auszuüben; der Druck wird nicht ausbleiben, und zwar wird er weder von rechts noch von links kommen, sondern von unten, denn dafür wird gehörig von oben gesorgt.

Wir geben uns keiner Täuschung hin. Wenn dieser freiheitliche Nationalitätengesetzentwurf, in welchem es zuvörderst heißt, daß es künftighin in Ungarn sechs politisch gleichberechtigte Nationen und Sprachen geben wird *), auch wirklich dem Reichstage zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt werden sollte; von einem solchen Parlamente, das aus 99 Prozent Magyaren und Magyaronen zusammengesetzt ist, läßt sich trotz dem besten Willen der Nationalen und dem größten Wohlwollen der äußersten Linken in dieser Beziehung durchaus nichts gutes mehr erwarten. Bei dieser Gelegenheit wird aber wieder ein leidenschaftlicher parlamentarischer Kampf entbrennen, der möglicherweise sich über das ganze Gebiet der Stephanskronen erstrecken und fortsetzen wird. Dann werden sich auch die wenigen ungarischen Nationalen, die noch auf dem Pester Reichstage verweilen, vollends davon überzeugen müssen, daß von dieser Regierung und von diesem Reichstage für die Nichtmagyaren nur noch Massenauswanderungsdekrete nach Prag, Petersburg, Bukarest und Belgrad zu erhoffen sind.

Um jedem Mißverständnisse vorzubeugen, wollen wir hier noch bemerken, daß bei der Ausarbeitung jenes Entwurfes bloß Deputirte Ungarns gegenwärtig waren, daß mithin die auf dem Pester Reichstage nicht anwesenden Rumänen Siebenbürgens sich dabei gar nicht betheiligen konnten. Wir glauben bestimmt versichern zu können, daß die Siebenbürger Rumänen nie, also nicht einmal um den Preis eines solchen Gesetzes auf die berechnete Autonomie ihres engeren Vaterlandes Verzicht leisten werden. Sie können die gewaltsam und einseitig durchgeführte Union Siebenbürgens mit Ungarn solange nicht zu Recht bestehend anerkennen, als sie nicht von der absoluten Mehrheit der Landesbevölkerung in gerechter und legaler Landtagsvertretung gutgeheißen wird. Die Rumänen Siebenbürgens werden nach wie vor im passiven Widerstande gegen die

*) Der oftgenannte Nationalitätengesetzentwurf besteht aus 12 Paragraphen und gewährt neben der politischen Gleichberechtigung der sechs Nationen Ungarns eine bedeutende Municipalautonomie und den umfassendsten Gebrauch der sechs Landessprachen. Wir zitiren davon bloß den §. 1, welcher die Grundlage der Reichsverfassung bilden soll. Er lautet: „Es gibt in Ungarn folgende historische und einheimische Nationen: Magyaren, Rumänen, Serben, Slovaken, Ruthenen und Deutsche. Alle diese Völker sind vor dem Gesetze gleich. Das gegenwärtige Grundgesetz dekretirt die politische Gleichheit der Nationalitäten und Sprachen, insofern diese Gleichheit der Integrität des Königreiches und seiner politischen Einheit keinen Eintrag thut. In allen offiziellen Akten werden sämmtliche in Ungarn wohnende Nationalitäten mit dem allgemeinen Namen „ungarisches Volk“ bezeichnet. Aus der Anwendung dieser Benennung „ungarisch“ kann für die magyarische Nation weder ein Vorrang noch eine Superiorität gefolgert werden.“

Regierung verharren und werden trotz Commissarius regius, trotz Ausnahmezustand und Gendarmen nicht aufhören, für das Jahrhunderte alte Staatsrecht Siebenbürgens und die politische Gleichberechtigung ihrer Nation zu kämpfen.

Das Drama von Dropos.

Von einem Rationalgriechen in Triest *).

„Wegen des Raubanfalles herrscht hier, sowie in ganz Griechenland große Aufregung.“ Mit diesen Worten verkündet der telegraphische Draht dem gespannt erwartenden Europa das blutige Ende des harmlos bei Marathon begonnenen Dramas. Selbst die „Times“, das hellenenfeindliche Cityblatt, war auf ein solches blutiges Ende nicht gefaßt, und bespöttelte nach gewohnter Sitte in ihrem ersten Artikel über diese Affaire die kleinen Freuden und Leiden der zu Marathon gefangenen aristokratischen Fremden, indem sie ihnen, die Sitten und Gewohnheiten der Klephten auf Hellas klassischem Boden genau kennend, nur eine kleine Erleichterung ihrer zu genüge schweren Säckel, sonst aber nichts Arges prophezeite. Doch das Ende dieses Dramas war ein ganz anderes, als man zu erwarten berechtigt war, und trauernd geleitete die Bevölkerung Athens, mit dem jungen König an der Spitze, die irdischen Hüllen der grausam ermordeten unschuldigen Opfer zur letzten Ruhestätte.

Ausführliche Details dieses blutigen Dramas liegen uns jetzt vor Augen, Athens und Griechenlands Zeitungen sind voll davon. Nichts hat seit Jahren die Bevölkerung Griechenlands so sehr in Trauer versetzt, nicht der Fall Kretas, nicht Hobart Paschas Blockirung Syras. Sammlungen werden überall, wo Griechen wohnen, veranstaltet für die Hinterbliebenen der in der Ausübung ihrer Pflicht gefallenen Gendarmen, und Triests kleine griechische Kolonie hat schon zu diesem edlen Zwecke über 2000 Franks gesammelt. Schon sind zwölf Räuber dem rächenden Arme der sie blockirenden Truppen erlegen, darunter ihre zwei Anführer, während die übrigen neun, darunter vier schwer verwundet, eng verfolgt kaum zu entkommen im Stande sein werden. Nemesis, die fürchterlich jeden Frevel rächende Göttin, deren altersgrauer Tempel in Ruinen bei Rhamnus dicht bei Dropos, den Ort des begangenen Frevels beherrscht, hat schon die Hälfte der Mörder ereilt, die Uebrigen werden ihr auch nicht entinnen, denn weithin trifft ihr rächender Arm.

Doch nicht immer trifft die gerechte Strafe den Urheber des Frevels, sie

*) Wir bringen diesen Artikel noch nachträglich. Er bestätigt unsere in der vorigen Nummer ausgesprochenen Ansichten und berichtet noch einige interessante Details. D. Red.

trifft oft, leider allzu oft nur das Werkzeug desselben, indem der wahre Urheber sich dem rächenden Arme der Gerechtigkeit zu entziehen weiß.

Im alten Athen gab es ein uraltes Opfer, dem pelasgischen Gotte jährlich auf ehrwürdigen Stätten der Akropolis dargebracht. Ein Stier fiel jährlich durch das Beil des opfernden Priesters. Nun galt aber der Stier als der Adergöttin heiliges Thier als unverlegbar, sein Opfer galt deshalb für einen Frevel. Anstatt nun den opfernden Priester zu bestrafen, wurde dem blutbefleckten Beile der Prozeß gemacht, und dasselbe feierlichst im Pyräus ins Meer versenkt.

Wo haben wir nun bei dieser Affaire den wahren Urheber der blutigen That zu suchen?

Die Räuber auf Hellas klassischem Boden kommen meistens von Norden aus den türkischen Provinzen, sie bringen durch bergige, rauhe, nur den Ziegenhirten bekannte Pfade nach Süden. Unmöglich ist es, die bergigen Grenzen Griechenlands und der Türkei genau zu bewachen, ein selbst zehntausend Mann starker Grenzkordon würde kaum im Stande sein, ihr Durchbringen zu verhindern. In Griechenland eingebrungen, durchstreifen sie leicht auf bergigen, rauhen Höhen die Provinzen Griechenlands, sie betreiben außer ihrem Handwerk auch einzelne Nebengeschäften, sie dienen oft herrschsüchtigen Parteiführern zu ihren unlautern Zwecken, selbst einige fremde Gesandtschaften haben es ab und zu nicht verschmäht, zu ihren höheren politischen Zwecken ihre guten Dienste zu gebrauchen. Wie oft sind nicht bei Nacht und Nebel dunkle Gestalten gesehen worden, welche ungehindert in bekannte Palais Athens ein- und aushuschten. Der Zweck heiligt ja die Mittel. Gar Manches könnte eine Gesandtschaft darüber erzählen, die böse Fama erzählt gar vieles von geheimen Konferenzen hoher Diplomaten mit verkappten Räuberhauptlingen zu Otto's Zeiten und besonders kurz vor dessen Sturze. Es ist aber ein gewagtes Spiel, mit brennenden Kohlen zu spielen, wie leicht kann man während man Anderen schaden will, sich selbst die Finger verbrennen.

Warum hat nun Englands edler Gesandter es dieses Mal versäumt, seine Landsleute darauf aufmerksam zu machen, wie gefährlich es oft ist, auf Hellas klassischem Boden sich ganz romantischen Erinnerungen hinzugeben?

Auch die zahlreiche Bande, welche die Schandthat bei Dropos vollführte, kam aus der Türkei. Die Räuber sprachen nicht griechisch und verstanden es auch nicht, so hat ein Gefangener vor Gericht ausgesagt. Man sagt nun, die griechische Regierung hätte vom Eindringen dieser Bande gewußt. Warum hat sie nun die Fremden nicht von ihrem Ausfluge abgerathen? Wahrlich doch nicht, um sich diese böse Affaire auf den Hals zu bringen! Sie gab den Fremden nur die gewöhnliche Ehrenwache von vier Gendarmen. Nach der Gefangennehmung der Reisenden verlangte nun England's Gesandter, die griechische Regierung solle, um das Leben der Gefangenen zu retten, ihre eigenen fundamentalen Geseze verletzen und den Räubern nicht nur Amnestie gewähren, sondern sie selbst auf einem königl. griechischen Schiffe mit Empfehlungen wohl

versehen, ins Ausland expediren. Griechenlands Regierung war schwach genug, diesem Ansinnen willfahren zu wollen, und schon lagerte ein königl. griechisches Schiff vor Dropos, als die Räuber durch die grausame Ermordung der Fremden dem Drama ein gewaltiges blutiges Ende machten. Nach dieser blutigen That stürzten die königl. Truppen wuthentbraunt auf die Unmenschen und rächten nicht ohne ansehnliche Verluste das vergossene unschuldige Blut.

Nun heißt es, England und Italien verlangen von der griechischen Regierung Genugthung. Man spricht sogar von einer Occupation Athens durch fremde Truppen; auch Graf Beust soll wie gewöhnlich seine guten Dienste angeboten haben. Einzelne publizistische Organe, die sich zwar als Verfechter der Freiheit brüsten, in Wirklichkeit aber die erbittertsten und elendesten Verfechter der Tyranisirung der unterdrückten Nationalitäten sind, gehen selbst so weit, die gänzliche Streichung des Königreiches Griechenland von der Karte Europas zu fordern. Es ist in der That lächerlich, zu verlangen, daß eine Regierung und eine ganze Nation büßen sollen für die Thaten einzelner Unmenschen, als ob es nicht überall auf Gottes weiter Erde viele, leider sehr viele Bösewichte gäbe!

Es heißt aber auch Erskin, der englische Gesandte in Athen würde wegen der bei dieser Affaire gezeigten Unfähigkeit abberufen werden. Erskin, der würdige Nachfolger des in Griechenland noch sehr im Andenken stehenden arroganten Lord Lyons, des langjährigen Gesandten Englands unter König Otto hat ja oft bewiesen, wie sehr er durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel die königliche Würde sowol als auch das Ansehen und die Liebe des jungen Königs beim Volke zu untergraben bemüht war. Nur eine falsch verstandene Politik hat England auf diese Art handeln lassen. England verliert dadurch den geringen Einfluß, den es im Oriente noch besitzt. Schon lauert der mächtige schlaue Nachbar im Norden und reibt sich bei jedem falschen Schritte des verhassten Gegners vergnügt die Hände.

Kleine kritische Chronik.

Vom 4. bis 11. Mai.

I n l a n d.

Was sollen wir über die neuen Ministerernennungen sagen? Es bleibt uns der Verstand stehen. Nur die Ernennung Petrino's kann als gerechtfertigt betrachtet werden, denn er hat den Antrag auf Anwendung der galizischen Resolution auf alle Länder gestellt, vertritt also einen der Krisis entsprechenden Gedanken. Die andern Ernennungen sind räthselhaft. Warum ein greiser Mann der alten Schule, Herr v. Holzgethan Finanzminister werden mußte, ist ganz unerklärbar. Bei dem Baron von Widmann und auch bei Herrn v. Cziedil scheint einzig und allein der Umstand den Ausschlag gegeben zu haben, daß diese Herren Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind. Nun

kommt in Betreff des Baron Widmann noch eine arge Skandalgeschichte hinzu. Wenn das Ministerium geglaubt hat, durch diese Ergänzung seine Position zu befestigen, so muß es schon jetzt vom Gegentheile überzeugt sein. Noch niemals ist die Stellung, die Autorität einer Regierung so arg kompromittiert, noch niemals ist das Ansehen Oesterreichs so tief erschüttert worden. Das heißt in der That den politischen und geistigen Bankrott Oesterreichs ankündigen. Wer diese Ernennungen beantragt hat, übernahm damit eine schwere Verantwortung, und wir sagen ihm voraus, daß die Wucht dieser Verantwortlichkeit ihn erdrücken wird.

Die Vorverhandlungen über den Ausgleich werden fortgesetzt werden. Graf Potocki geht denn doch nach Prag. Dr. Smolka hat sich nach Pest begeben, um mit magyarischen Notabilitäten zu verhandeln. Die böhmischen und selbst die polnischen Blätter sprechen sich mehr oder weniger scharf gegen die Ausgleichsdoctrin aus, welche Fürst Radislaus Czartoryski von Paris aus verkündet. Mit offener Entrüstung tritt besonders das Organ Smolka's gegen den Fürsten auf, und Smolka hat sich vorbehalten, persönlich zu antworten. Dagegen hat Fürst Czartoryski nun auch bei der „Neuen freien Presse“ Gnade und Beifall gefunden. Das ist ein Zeichen, daß dieses Blatt mit dem Grafen Beust Frieden schließen will. Natürlich, wenn Beust und Potocki das Programm Czartoryski's wirklich zu dem ihrigen machen, oder wenn es gar schon von vornher ihr eigenes Programm war, so gehören sie ganz richtig zu den Männern der „Neuen freien Presse“, denn nach diesem Programm wird kein Ausgleich zu Stande kommen, und das ist die Sehnsucht dieses Blattes.

Der Prozeß Apor-Federatiunea hat einen für die magyarische Regierung fatalen Ausgang gehabt, denn er gestaltete sich in seiner zweiten Auflage zu einer flagranten national-oppositionellen Kundgebung gegen die Regierung. Redakteur Borntiu wurde bekanntlich, wegen etlichen gegen Apor und über die siebenbürgischen Zustände in der „Federatiunea“ veröffentlichten Artikel, als des Vergehens der Aufwiegelung zur gewaltsamen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung schuldig vom Pesther Schwurgerichte zu sechsmonatlichem Kerker und einer Geldstrafe verurtheilt. Dieses Urtheil wurde in der Folge kassirt, weil beim Verfahren, die dem Baron Apor günstigen Aktenstücke aus dem Tosalvaer Prozesse zur Vorlesung gelangten, jene aber, welche der Gemeinde Tosalu günstig gewesen wären, zur Vorlesung nicht zugelassen wurden. Des Justizministers Ezgellenz delegirte nun zur neuerlichen Verhandlung die Jury in Tyrnau, Oberungarn. Die Slovaken sollten nun berufen sein, über die Zustände in Siebenbürgen und Baron Apor eine richterliche Entscheidung zu treffen. Richtig bemerkte nun der Verteidiger des Angeklagten Dr. Rudron, auch ein Slovake, zu Anfang seiner Rede: „Wir, meine Herren, kennen die Zustände Siebenbürgens aus eigener Anschauung gar nicht, und doch sollen sie, meine Herren, mit Berücksichtigung dieser unbekannten Verhältnisse nach ihrem Gewissen das Schuldig oder Nichtschuldig aussprechen. In diesem Vorgehen des Herrn Justizministers liegt also offenbar ein Verkennen oder eine Schädigung der Jury-Institution.“ Advokat Rudron nennt weiter die Erledigung des Tosalvaer Prozesses einen Justizmord, geißelt mit scharfen Worten den Baron Apor, ja sogar die Regierung und das Parlament, welches bis jetzt an alle möglichen Geseze, nur an kein Urbarialgesez, das dem Volke wenigstens das tägliche Brod sichern sollte, gegangen ist. „Witwen und Waisen kommen um ihr Vermögen, Gläubiger um ihr Geld, Käufer sowol als auch um den angekauften Grund und Boden — es ist eine totale Auflösung der sozialen Verhältnisse, ein aristokratischer Kommunismus. Wer eines Beweises hierfür bedürfte, der gehe in das nahe Pudmeric“ u. s. f. So schildert Advokat Rudron die traurigen Verhältnisse, unter denen das Volk in Ungarn leidet. Er schloß seine vortreffliche Verteidigungs-

rede mit den Worten: „Meine Herren! Beweisen sie es, daß sie freie Bürger sind und daß sie das Unrecht verdammen in ihrem Gewissen selbst dann, wenn ein unglückseliges Gesetz oder Justizmord demselben fälschlich den Stempel der Rechtllichkeit aufgedrückt hat.“ Und es geschah so, die Geschwornen sprachen mit 9 gegen 3 Stimmen den Redakteur Porutiu frei. Hiemit ward über den Baron Apor vollends der Stab gebrochen und das Vorgehen der magyarischen Regierung ward verurtheilt. Der Freigesprochene und sein tapferer Rechtsanwalt begaben sich nun nach der slovakischen Stadt Modern, allwo sie von der Bevölkerung freudigst begrüßt wurden. Ihnen zu Ehren gab der Bürgermeister ein Bankett, bei welchem sich angesehene slovakische Bürger betheiligten. Da fehlte es nicht an Toakten für die rumänische und slovakische Nation. Kurz, der Prozeß Apor-Federattunea endete mit einem Verbrüderungsfeste zwischen Rumänen und Slovaken!

Die kroatische Oposition beunruhigt die Magyaren immer mehr. Es ist erfreulich, daß Stimmen laut werden, welche eine gerechte Versöhnungspolitik anrathen. So sagt Bethlen's Wochenschrift: „Die Kroaten wollen sich von der ungarischen Krone nicht losreißen, und es ist möglich, sie gänzlich zu befriedigen. Hierzu ist der erste Schritt, daß Männer an die Spitze der Kroaten gestellt werden, die ihr Vertrauen besitzen. Der Agramer Erzbischof kann nur Stroszmayer werden, und der unpopuläre Baron Rauch darf auf seinem Posten nicht verbleiben. Rauch ist kein Kroat. Er ist ein Schweizer, der eine hohe Stellung in Kroatien nicht einnehmen kann. Was würden die Ungarn sagen, wenn man ihnen einen Graubündler zum Palatin aufzuktroyiren würde? Wenn Stroszmayer Erzbischof wird, und Bedekovics Banus, so ist der erste Schritt zum wirklichen Ausgleich mit Kroatien geschehen; das Uebrige wird sich schon finden.“

U n g a r n.

Napoleon hat in der allgemeinen Abstimmung des Volkes politisch gesiegt, nicht aber ohne dabei empfindliche moralische Niederlagen zu erleiden. In Paris und in den meisten bedeutenderen Städten sind mehr Nein als Ja abgegeben worden. Das ist für den Kaiser unangenehm, doch ist es immerhin eine imponirende Thatfache, daß das eigentliche französische Volk, d. i. der mittlere Bürgerstand und die ländliche Bevölkerung sich mit 7,210,296 Stimmen für den Kaiser ausgesprochen. Die Abstimmung in Algerien wird dieses günstige Resultat gewiß noch verstärken. In der Armee sind ebenfalls verneinende Stimmen abgegeben worden, aber weniger als im Jahre 1851. Es hat also Napoleon die große Menge des Volkes, den Bürger- und Bauernstand, er hat die Armee, den Klerus, und selbstverständlich die Mehrheit der vorzugsweise sogenannten Intelligenz und auch die meisten sogenannten Spitzen der Gesellschaft für sich, während seine 1,530,610 Stimmen starken Gegner größtentheils aus den unversöhnlichen Republikanern, aus Sozialisten, Kommunisten, Orleansisten, Legitimisten und Nihilisten bestehen.

Das stolze England paradiert bereits mit einigen Kriegsschiffen im Hafen von Pyräus, um das kleine Griechenland zu schrecken. Italien scheint sich dieser Demonstration noch nicht angeschlossen zu haben und wird gut thun, es ganz zu unterlassen. Die griechische Regierung hat bereits strenge Gerechtigkeit geübt und wird sie gewiß vollständig üben, falls der Rest der Räuber sich nicht schon auf türkischem Gebiete, woher die Bande ja gekommen ist, in Sicherheit befindet. Es wäre in der That frevelhaft, wenn England aus Nationalitätlichkeit die Sache zu einem ernstern Konflikt treiben wollte. Frankreich und Rußland sind mit dem britischen Terrorismus durchaus nicht einverstanden.

In England ist eine interessante Klosterfrage im Sinne der wahren Freiheit entschieden worden. Es breitet sich in dem protestantischen England der Katholizismus erstaunlich aus und es mehren sich daselbst die Klöster. Das beunruhigt die Anhänger der herrschenden Staatskirche und die Unkirchlichen. Es wurde der Antrag gestellt, die Klöster durch eine Parlamentskommission visitiren zu lassen. Das wurde jedoch nicht bloß von katholischen, sondern auch von protestantischen Stimmen als eine Verletzung der Freiheit überhaupt und besonders der kirchlichen Freiheit bezeichnet. Der Antrag wurde abgelehnt, und es werden nun nicht die Klöster visitirt, sondern nur die auf das Klosterwesen Bezug habenden Gesetze revidirt werden.

In Italien hat es wieder einmal einen republikanischen Putz gegeben. Er wurde leicht unterdrückt, zeigt aber doch, wie vulkanisch der Boden des neuen nationaleinigten Königreichs Italien ist.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

XIV.

Albrecht III.

(Fortsetzung.)

Die Theilung der österreichischen Länder hatte zunächst die nachtheilige Folge, daß der Graf Heinrich von Schaumberg, welcher die Oberherrschaft des Herzogs Albrecht mit Widerwillen ertrug, die Schwächung desselben benutzen wollte, um sich wieder reichsunmittelbar zu machen, wobei er sich sogar der Unterstützung des Herzogs Leopold erfreute. Albrecht mußte mit dem hochmüthigen Vasallen einen förmlichen Krieg führen, welcher mit der Unterwerfung der Schaumberge endete.

Herzog Leopold ließ sich durch seinen rastlosen Ehrgeiz, durch die Begierde, seinen Länderbesitz zu vergrößern, in schlimme kriegerische Händel verwickeln. Zuerst benützte er den Krieg zwischen Venedig und Genua, um seine Herrschaft über italienisches Gebiet auszudehnen. Venedig, von den Genuesen zur See hart bedrängt, konnte sich zu Lande nicht der Angriffe des Herrn von Padua, Franz von Carrara erwehren. Dieser belagerte Treviso, und da die Venetianer die Stadt nicht retten konnten, trugen sie dieselbe dem Herzog Leopold an, um ihn dadurch als Bundesgenossen zu gewinnen. Er nahm das gefährliche Geschenk an und eilte mit einem Heere zum Entsatz Trevisos herbei. Die Paduaner wichen ohne Widerstand vor ihm zurück, und Leopold hatte die Freude, am 1. Mai 1381 in Treviso einzuziehen und die Huldigung der Stadt zu erlangen. Doch die Freude dauerte nicht lange. Franz von Carrara gab seine Ansprüche auf

Trevifo nicht auf, wies alle Unterhandlungen mit Leopold zurück, verstärkte seine Kriegsmacht und besetzte das Gebiet der Stadt. Leopold hatte nicht so viel Truppen, um sich in offenem Felde mit dem Gegner zu messen, und er kam in Gefahr, in Trevifo eingeschlossen zu werden. Daher verließ er die Stadt schon nach vier Wochen und ließ bloß eine Besatzung von sechshundert gemieteten böhmischen Reitern zurück. Sofort wurde nun Trevifo von den Paduanern wieder hart bedrängt. Wiederholt sandte Leopold der Stadt Hilfe, aber während dieses kostspieligen Krieges schloß Venedig mit Genua, also auch mit dessen Bundesgenossen Franz von Carrara Frieden, in welchen Leopold nicht eingeschlossen war. Franz konnte nun seine ganze Macht gegen Leopold verwenden. Im August 1383 kam dieser mit einem Heere gegen Trevifo, dessen Gebiet die Paduaner besetzt und verwüstet hatten. Die Stadt selber vertheidigte sich zwar hartnäckig, doch Leopold erkannte die Unmöglichkeit, sie zu retten und gegen den übermächtigen Feind zu behaupten. Er schloß also Frieden und mußte nicht nur Trevifo, sondern auch Ceneda und Conegliano herausgeben.

Doch hatte Leopold für diesen Verlust schon früher einen reichen Ersatz gewonnen, nämlich durch die Erwerbung Triests. Diese Stadt hatte die Bedrängnisse Venedigs während des Krieges mit Genua benutzt, um das verhaßte venetianische Joch abzuschütteln. Die Triestiner schlossen Bündniß mit dem Patriarchen Marquard von Aquileja, ließen dessen Söldner heimlich in die Stadt, überwältigten die venetianische Besatzung und Obrigkeit und unterwarfen sich dem Patriarchen. Doch als dieser bald darauf starb, wollten die Triestiner nicht unter geistlicher Herrschaft bleiben und boten dem Herzog Leopold ihre Unterwerfung an, bedungen sich aber die Aufrechterhaltung ihrer Rechte und Freiheiten und das Maß der Steuern und andern Lasten, die sie tragen wollten. Leopold ging darauf ein und nahm durch eine in Graz ausgestellte Urkunde vom 30. September 1382 Triest unter seine Herrschaft. Es wurde also auch bei dieser wichtigen Erwerbung das föderative Prinzip beobachtet, Triest wurde nicht dem österreichischen Länderkomplex einverleibt, sondern kam eben bloß unter die Herrschaft des Hauses Habsburg und zu den andern Ländern desselben lediglich in das Verhältniß der Personalunion.

Zur selben Zeit trat eine große für Oesterreich verhängnißvoll wichtige Veränderung der politischen Verhältnisse durch den Tod Ludwigs des Großen, Königs von Ungarn und Polen ein. Der berühmte König hinterließ keine männlichen Erben, sondern nur zwei Töchter. Maria war zur Königin in Ungarn, Hedwig in Polen bestimmt. Für Maria, welche erst zwölf Jahre alt war, übernahm ihre Mutter Elisabeth die vormundschaftliche Regierung. Doch war die junge Königin bereits mit dem böhmischen Prinzen Sigismund verlobt, und dieser eilte nach Ungarn. Dasselbst empörte sich aber ein großer Theil der Magnaten gegen die Weiberregierung und rief den König Karl den Kleinen von Neapel

auf den Thron des heiligen Stephan. Karl folgte dem Rufe und eilte mit einem Heere nach Ungarn. Nun wurde rasch die wirkliche Vermählung der zwölfjährigen Königin Maria mit Sigismund vollzogen, und dieser eilte nach Böhmen, um mit einem Heere wieder zu kommen. Mittlerweile war jedoch Karl von Neapel in Ungarn angekommen und, ohne Widerstand zu finden, bis zur Hauptstadt vorgebrungen. Er gab sich den Anschein, als käme er, um zwischen der Königin und den Magnaten Frieden zu stiften. Er nahm seine Wohnung nicht in der Königsburg, sondern in einem Privathause und verkehrte mit den beiden Königinnen in freundlichster Weise. Bald aber erhob ihn seine Partei zum Gouvernator des Königreichs, und als solcher berief er einen Reichstag nach Ofen und wurde von diesem zum König gewählt, worauf er am 5. Dezember 1385 zu Stuhlweißenburg die Krönung empfing. Die Königin-Witwe Elisabeth fügte sich scheinbar dem Geschehenen, während sie aber im geheimen mit Hilfe des Palatins Gara Anstalten traf, um den Usurpator zu stürzen und zu vernichten. Karl ließ sich durch die scheinbare Unterwürfigkeit Elisabeth's täuschen und folgte ihrer Einladung zu einer geheimen Unterredung. Sie hielt ihn mit angeblichen Nachrichten über die Pläne Sigismunds hin, bis es dunkelte, dann stürzte der Mundschent Blasius Forgacz in das Gemach und wollte Karla mit einer Streitart den Kopf zerschmettern. Doch der Schlag hatte nicht tödtlich getroffen, Karl vertheidigte sich, und obwol er noch mehrere Wunden erhielt, gelang es ihm doch, sich in seine Gemächer zu retten. Schon war aber das Schloß von den Truppen des Palatins besetzt, und die italienischen Söldlinge Karls, über die Kunde der schrecklichen That entsetzt, flohen aus der Stadt und nach Süden, um die Meerestüfte zu erreichen. Karl wurde nun nach Wissegrad gebracht, wo er bald darauf starb, ob an seinen Wunden oder durch Erdrösselung ist ungewiß.

In Ungarn verschaffte jetzt der Palatin Gara der jugendlichen Königin Maria allgemeine Anerkennung, aber Kroatien und Dalmatien erhoben sich in Waffen und riefen den Sohn Karls von Neapel, Ladislaus auf den Stephans-thron. Da beging die Königin-Witwe Elisabeth die Unvorsichtigkeit, sich mit ihrer Tochter nach Kroatien zu begeben, in der eiteln Hoffnung, durch ihre persönliche Gegenwart den Aufstand dämpfen zu können. Sie wurde aber bei Diakovar von dem Banus Horwathy überfallen und gefangen genommen. Die Königin Maria wurde nach Novigrad in Gewahrsam gebracht, Elisabeth aber verlor das Leben; sie soll ertränkt worden sein.

Inzwischen war jedoch Sigismund mit einem böhmischen Heere nach Ungarn gekommen und in Ofen eingezogen, wo er zuerst unter dem Titel „eines Hauptmanns, Herrn und Vormundes“ die Regierung des Königreiches in seine Hand nahm. Dann wurde er in Ofen zum König gewählt und am 31. März 1387 zu Stuhlweißenburg gekrönt. Sofort brach er nun nach Kroatien auf, um seine königliche Gemalin zu befreien. Das war aber schon durch die Venetianer geschehen.

In Agram traf das Königspaar zusammen und zog im Triumph nach Ofen, wo Maria feierlich alle ihre Rechte auf ihren Gemal übertrug.

So besaß nun das Haus Luxemburg nebst der Kaiserwürde und dem Königreich Böhmen auch die Länder der Stephanskronen; was für das Haus Habsburg nicht nur sehr demüthigend, sondern auch höchst gefährlich war.

Dafür sollte ein Habsburger den polnischen Thron besteigen. Es war nämlich die als Königin von Polen anerkannte Tochter Ludwigs des Großen, die Prinzessin Hedwig noch bei Lebzeiten des Vaters mit Wilhelm, dem ältesten Sohne des Herzogs Leopold von Oesterreich wirklich getraut worden, obwohl beide noch Kinder gewesen. Sie waren oft beisammen, und es knüpfte sich zwischen ihnen ein wirkliches Liebesband. Hedwig wurde nach dem Tode ihres Vaters nach Krakau geholt und daselbst am 15. Oktober 1385 gekrönt. Herzog Wilhelm schickte sich an, zu ihr zu kommen. Das verzögerte sich aber, weil Herzog Leopold die zweimalhunderttausend Goldgulden nicht anbringen konnte, welche er seiner polnischen Schwiegertochter als Widerlage zugesagt hatte. Mittlerweile trat nun Jagello, der Großfürst von Litthauen als Bewerber um die Hand Hedwigs auf. Er versprach, sich, sein Haus und seine Unterthanen zum Christenthum zu bekehren, Litthauen für ewige Zeiten mit Polen zu vereinigen und auch die zweihunderttausend Gulden zu bezahlen, welche Herzog Leopold versprochen hatte. Die polnischen Magnaten nahmen diese Anträge selbstverständlich mit Freuden an. Auf die Kunde davon eilte Herzog Wilhelm zwar mit einem glänzenden Gefolge, aber ohne Geld und Macht nach Krakau, um sein Vatersrecht geltend zu machen. Man gestattete ihm aber gar nicht den Eintritt in den königlichen Palast. Doch hatte er mit Hedwig eine geheime Zusammenkunft in einem Kloster. Die Liebenden konnten aber bloß klagen und jammern. Hedwig befand sich in der Gewalt der Magnaten, welche in sie drangen, ihre Neigung dem Wohle des Reiches zum Opfer zu bringen, und da auch ihre damals noch lebende Mutter denselben Rath gab, so mußte Hedwig sich ihrem Schicksale fügen, und Wilhelm trauernd nach Oesterreich zurückkehren. Jagello kam prunkend nach Krakau, erhielt in der Taufe den Namen Wladislaw und wurde am 17. Februar 1386 mit Hedwig getraut, nachdem die Vermählung mit Wilhelm für ungiltig erklärt worden war.

Unmittelbar nach dieser Vereitelung einer stolzen Hoffnung erlitt Herzog Leopold einen noch viel schwereren Schlag. Der stolze Fürst hegte fortwährend heftigen Groll gegen die schweizerischen Eidgenossen, welche ihrerseits auch unablässig Anlaß zu Reibungen und Streitigkeiten gaben. Nun hatten sie den mächtigen Grafen Rudolf von Kyburg betrogen und ihn, nachdem er fast all seine Burgen verloren, dahin gebracht, daß er Bürger von Bern wurde. Das empörte und schreckte den Adel nicht nur in den Schweizer Gebieten, sondern in ganz Oberdeutschland. Es bildete sich ein Adelsbund gegen die „Schweizer Bauern“,

und Herzog Leopold trat an die Spitze desselben. Im Juni 1386 brach er mit einer zahlreichen Schaar schwer gepanzerter Ritter in das Schweizer Gebiet ein und rückte gegen Sempach vor. Die Eidgenossen, nur vierzehnhundert Mann stark, hatten eine günstige Stellung eingenommen. Die Vorsicht hätte geboten, daß Leopold den Anmarsch seines Fußvolkes abgewartet hätte, denn die Reiter konnten in dem engen Raume, auf dem vielfach zerklüfteten Boden nicht gut manövriren. Doch die stolzen Ritter verlangten den sofortigen Kampf und hielten sich des Sieges über den „Bauernhaufen“ für sicher. Herzog Leopold theilte diese Ansicht, und so stiegen denn die Gepanzerten von den Rossen, um in dicht gedrängter Schaar zu Fuß zu kämpfen, während die Knechte die Pferde hinter der Schlachtordnung in Bereitschaft halten sollten. So kam es am 9. Juli 1386 zu der berühmten Schlacht bei Sempach.

Die Eidgenossen warteten den Angriff der Ritter nicht ab, sondern stürzten muthig von den Höhen herab. Der erste Anprall fiel unglücklich für sie aus, denn es starrte ihnen ein Wald von Lanzen entgegen, an denen sich sechzig Eidgenossen, darunter ihr Anführer, Ritter Petermann von Gundoldingen, spießten, während die Schlachtordnung der Ritter wie eine eiserne Mauer fest stand. Da vollbrachte Arnold Struthahn von Winkelried die vielgepriesene Heldenthat, daß er feindliche Lanzen, soviel er deren mit beiden Händen fassen konnte, in seine Brust drückte und niederstürzend auch die Ritter, welche ihre Lanzen nicht lassen wollten, zu Boden riß. Die Eidgenossen drangen sofort in die Gasse, welche Winkelried ihnen geöffnet, und richteten nun mit ihren kurzen Schwertern und schweren Streitäxten unter den Rittern ein furchtbares Blutbad an. Die Lanzen waren nun den Eidgenossen nicht mehr gefährlich, und auch von ihren langen Schwertern konnten die Ritter in dem dichten Gedränge keinen rechten Gebrauch machen; zudem ermatteten sie alsbald in ihrer schweren Eisenrüstung durch die drückende Hitze des Julitages. Als sie sich zur Flucht wenden wollten, waren die Knechte mit den Pferden entflohen. Doch wollte man den Herzog Leopold flüchten; er aber rief: „Das verhüte Gott! so viele Grafen, Herren, Ritter und Knappen sind mir im Tode vorangegangen, ich will lieber ehrlich sterben, als unehrlich leben!“ In diesem Augenblicke ertönte aus dem dichtesten Schlachtgedränge der Hilferuf Peters des Arbergers, welcher die österreichische Hauptfahne trug: „Rettet Oesterreich! rettet Oesterreich!“ Sofort stürzte sich Herzog Leopold in das dichteste Kampfgewühl, um das Banner Oesterreichs zu retten. Er bahnte sich zu demselben über Leichen den Weg; fiel aber nun unter den Schlägen der Eidgenossen. Mit ihm bedeckten sechshundertsechsfünfzig Grafen, Herren und Ritter das Schlachtfeld von Sempach.

(Fortsetzung folgt.)

Erinnerungen aus Böhmen an das Jahr 1848.

III.

(Schluß.)

Am 27. März 1848 kam die Deputation der Prager Bürger mit der Antwort auf die erste Petition nach Prag zurück. Wie schon erwähnt, genügte die Antwort der Menge nicht. Man sah diese Antwort als unbefriedigend an. Die angesagte Stadtbeleuchtung unterblieb.

Die ursprünglichen Petenten beschloffen die Abfassung einer zweiten Petition. Die Voraussetzungen hiebei waren indeß unrichtig. Die Petenten brachten die Aeußerung vor, die Landesordnung sei faktisch außer Wirksamkeit gesetzt. Es verstößt offenbar gegen die politische Klugheit, der Landesrepräsentation ein solches testimonium paupertatis auszustellen. Die Petenten wünschten ferner lieber ein Odtroy seitens des Königs, als eine Abhängigkeit von den Ständen durch deren Einvernehmung.

Die Voraussetzungen waren also unrichtig. Die Punkte der neuen Petition berührten indeß die besprochenen Streitfragen abermals nicht; es stand nicht darin, was zur Kompetenz des Landtags, was zur Kompetenz des Reichstags gehören solle; es stand nicht einmal darin, daß man den Ständelandtag perhorrescire und einen neuen Volkslandtag wolle. So war also die zweite Petition nur eine Paraphrase der ersten.

Die Punkte der neuen Petition lauteten:

1. Die unauflöslche Vereinigung der sämmtlichen zur Krone Böhmens gehörigen Länder bezüglich ihrer innern Autonomie unter gleichzeitiger Garantie für deren innigen Verband mit der österreichischen Gesamtmonarchie; dann die vollkommene Gleichstellung der böhmischen und deutschen Nationalität in allen Lehr- und Verwaltungszweigen in diesen Ländern als Staatsgrundgesetz für dieselben.

2. Eine alle Interessen des Landes umfassende, gleichartige, allgemeine, gesetzgebende und Steuern bewilligende Volksvertretung auf der breitesten Basis der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit; dann ein eigenes verantwortliches Ministerium für die innern Angelegenheiten dieser Länder und Organisirung der geeigneten administrativen Centralbehörden für dieselben in Prag.

3. Organisirung der Nationalgarden. 4. Definitive Lehr- und Lernfreiheit. 5. Vereidigung des Militärs auf die Konstitution!

Es kam der April 1848.

Das in Wien am 1. April 1848 gegebene Pressegesetz erregte Mißfallen. Namentlich fand es der junge Professor Giskra zu wenig freisinnig. Wer möchte da nicht ausrufen: Tempora mutantur!

In Prag berief indeß der Landespräsident Rudolf Graf Stadion am 1. April 1848 zur Vorberathung der nöthigen Gesekentwürfe eine außerordentliche Kommission von 24, später von 35 Mitgliedern aus allen Ständen (eigentlich aus allen Berufen). Diese Gubernialkommission begann ihre Thätigkeit

sehr fleißig; allein durch die Schwäche Stadiöns und durch die Energie des Nationalkomitès zeigte sich bald eine Zerfahrenheit in den Arbeiten. Es arbeitete nämlich die Gubernialkommission; daneben arbeitete das Nationalkomité. Das konnte nicht gut thun. Endlich trat die Gubernialkommission dem Nationalkomité bei. Und noch später, als nämlich im Juni das Nationalkomité aufgelöst wurde — war es bereits zu spät, die Zerfahrenheit war zu weit gebiechen.

Am 3. April 1848 veröffentlichten 42 einzelne Mitglieder des Ständekörpers, voran Fürst Karl Auersperg, Graf Mathias Thun (welchen Mitgliedern später noch 12 Andere beitraten), eine höchst wichtige Erklärung, von der leider viel zu wenig Notiz genommen wurde. Die Erklärung hatte den Sinn, daß die freigewählte Vertretung aller Stände, der Bauern, der Industrie und der Intelligenz eine Bedingung der künftigen Volksvertretung sei. Hier also war die Hand geboten; man brauchte sie nur anzunehmen. Die Mehrzahl der Stände erklärte sich hier bereit, den Ständelandtag zu erweitern.

Allein man beachtete in dem Getriebe der Zeiten die Tragweite dieser hochwichtigen Erklärung viel zu wenig. Mit fieberhafter Aufregung erwartete man den Erfolg der zweiten Bürgerdeputation, über welchen Erfolg man lang nichts wußte; man beschäftigte sich mit der Wahl des großen Bürgerausschusses und des Bürgermeisters (Strobach, 9. April); dazu kam das Sendschreiben Palacky's an den Präsidenten des Fünzigerausschusses in Frankfurt gegen den Anschluß Böhmens an Deutschland; ferner war man mit Judenemanzipationsideen einerseits, Judenheken anderseits beschäftigt; mit dem Universitäts-Jubiläum; mit Pamphleten und Karikaturen; mit kleinlichen Kontroversen, ob es opportun sei, daß ein Deutscher die schwarz-roth-goldene Kolarbe tragen solle, ob eine Nationalgarde-Abtheilung böhmisch kommandirt werden solle; dazu die Dissonanz, daß einige deutsche Städte (zuerst Saaz) den Anschluß an Deutschland begehrten u. s. w. So waren es wichtige und unwichtige Dinge, welche die öffentliche Aufmerksamkeit von der Erklärung der Mitglieder des Ständekörpers ablenkten. Die Erklärung ging spurlos vorüber.

Endlich langte die Antwort auf die zweite Petition ein. Sie ist in dem Kabinettschreiben vom 8. April enthalten und lautete günstig.

Es war alles bewilligt, auch die selbständigen verantwortlichen Zentralbehörden für Böhmen. Eben so war den Studenten alles zugestanden worden (mit der Einschränkung, daß wegen Einreihung des technischen Studiums in die Universität erst die Stände befragt werden müssen). Allein das Resultat war sehr verschieden. Die Studenten durften Verbindungen eingehen, jeder Doktor durfte lehren u. s. f. Das böhmische Volk aber hatte die böhmischen Zentralbehörden — auf dem Papiere.

Es wäre thöricht, dem kaiserlichen Schreiben vom 8. April die hohe Bedeutung für Böhmen abzuspochen; allein auch das Kabinettschreiben vom 23. März hatte seine gewaltige Bedeutung und wäre vielleicht, wenn nur auf dessen Erweiterung hingearbeitet worden wäre, — nicht am Papiere stehen geblieben.

Am 1. Mai trat in Prag an die Stelle Stadiöns (vor ihm: Salm, Stefan, Chotel) Leo Thun. Leo Thun war zwar mit einer seltenen Begabung, wie kein anderer Statthalter Böhmens, ausgestattet; allein die Konstellation der Verhältnisse war für ihn so ungünstig, daß seine Hauptschritte von keinem vortheilhaften Erfolge begleitet waren. Es war für ihn unmöglich, die geöffneten

Schleusen der Wünsche aller Berufspersonen, Landtaplane, Volksschullehrer, Advokaten, Weber, Kellner u. s. w. zu stopfen; es war für ihn schwer, dem am 2. Juni eröffneten Slaventongreß gegenüber irgend eine Position einzunehmen; sein Hauptfehler aber war der, daß er und zwar gegen den Willen des Ministeriums bei einem todtgeborenen Kinde Hebammendienste leistete, nämlich bei dem sogenannten „verantwortlichen Regierungsrath.“ Der Nationalausschuß hatte nämlich in seiner Sitzung vom 29. Mai eine provisorische Regierung aus acht Personen (Palach, Rostik, Wurmbrand, Rieger, Brauner, Herzig, Borosch, Strobach) gegründet, und Graf Leo Thun ließ es zu. Die Wirksamkeit dieser provisorischen Regierung war freilich Null.

Es folgte der Prager Putsch vom 12—17. Juni. Es war nichts, als ein Zusammenstoß des Zivils mit dem Militär, veranlaßt dadurch, daß die Studenten vom Fürsten Windischgrätz eine bestimmte Anzahl von Gewehren und die Entfernung mehrerer auf Prag gerichteten Kanonen verlangten.

Der Putsch hatte aber für Böhmen eine eminent wichtige Folge. Diese war die, daß der böhmische Landtag nicht zu Stande kam, und daß statt in den Prager Landtag, in den Wiener konstituierenden Reichstag gewählt wurde.

Die Verblendung griff fast in alle Schichten. Herr von Rittersberg verlangte nicht bloß politische Gleichstellung aller österreichischen Länder mit Ungarn, sondern sogar für Ungarn dieselben Beziehungen zum deutschen Parlament, wie für die übrigen Länder. Dr. Klauß blickte mit Sehnsucht dem Wiener Reichstag entgegen und fand es angemessener, daß zuerst der Wiener Reichstag und dann erst der Prager Landtag zusammentrete. Der Champagner der Freiheit hatte die Köpfe der Patrioten verwirrt.

So wurde denn für den Wiener Reichstag gewählt, und die Böhmen ließen sich dadurch bewegen, nach Wien zu gehen, weil dieser Reichstag als konstituierender galt. Allein das bleibt ewig ein Fehler. In der That war auch der Wiener Reichstag für Böhmen mit Ausnahme der Robotangelegenheit resultatlos.

Nach dem 6. und 7. Oktober in Wien gab der Kaiser in den Manifesten vom 15., 16. und 19. Oktober wiederholt die Versicherung, daß alle gewährten Rechte und Freiheiten in ihrer ganzen Ausdehnung ungeschmälert bleiben. Auf diesen Urkunden war Wessenberg mitgezeichnet; in Prag war damals Mecserßy Vicepräsident des Guberniums. Allein bald sollten die Märzerrungenschaften antiquiren. Am 22. November (nach dem Tode Blum's) trat Wessenberg ab und wurde ersetzt durch das Ministerium: Schwarzenberg, Stadion, Kraus, Gondon, Bach, Bruck, Thinnfeld.

Am 2. Dezember entsagten Kaiser Ferdinand und Erzherzog Franz Karl dem Throne. Gleichzeitig sprach Se. Majestät der jetzt regierende Kaiser unter Berufung auf die pragmatische Sanktion die Hoffnung aus, das Vaterland werde auf den Grundlagen wahrer Freiheit, der Gleichberechtigung aller Völker, der Gleichheit aller Staatsbürger und der Theilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung neu erstehen.

Zum Schluß sei zur Charakteristik der Zeit noch zweier Prager Journale Erwähnung gethan. Die „slavischen Centralblätter“ Dr. Jordan's stellten als ihr Programm die homogene Konföderation auf. Die Länderkomplexe Oesterreichs sollten gleichberechtigt sein; Ungarn sollte nicht mehr Vorrechte haben, als

die andern Nationen. Heutzutage kann nur von einer historischen Konföderation die Rede sein.

Wissend war Karl Hlawicek in seiner humoristischen Wochenbeilage zu den „Národní Noviny“ „Sotek“. Als beispielsweise am 4. März 1849 die oktroyirte Verfassung gegeben wurde, lud Hlawicek scherzweise Metternich ein, uns von dem Ministerium Schwarzenberg-Stadion zu befreien; es sei nämlich mit dieser Verfassung Niemand zufrieden, als das Ministerium. Indes fand sich im „Sotek“ auch viel zahmer, harmloser Witz, z. B. der Minister dürfe drucken, was er wolle, halte sich also die versprochene Pressfreiheit; die Partei der sogenannten „67er“ glaube an den Verstand der Minister und die Nothwendigkeit der geheimen Polizei; General Welben sehe in der Geburt von Drillingen eine Verletzung des Versammlungsrechtes; die Polizisten rasiren die Bärte der Patrioten auf der Straße als politische Abzeichen; die Clementinische Fakultät tödte den Geist, die Karolinische den Körper u. dgl. Manches hiervon ist drollig und launig erzählt; allein satirischer Witz ist nur höchst selten anzutreffen.

Offener Dank.

Aus dem Piseler Bezirke empfang ich eine Anerkennungsadresse, für welche ich meinen innigsten Dank ausspreche. Das Schriftstück, welches einen neuen Beweis gibt, wie kräftig in allen Kreisen des böhmischen Volkes das nationale politische Bewußtsein ist, lautet, aus dem Böhmischen übersetzt:

„Hochverehrter Herr! In Anerkennung der Verdienste, welche Sie, Hochverehrter Herr! durch die mannhafte Verfechtung der Rechte des Königreichs Böhmen in den schlimmen Tagen unserer Bedrängniß und Qual sich erworben haben, sprechen wir gefertigte Grundbesitzer und Gemeindevorsteher aus dem Piseler Bezirke Ihnen mit diesem Schreiben den wärmsten Dank aus.

Wollen Sie versichert sein, daß wir von den Rechten unseres geliebten Vaterlandes nie und nimmer ablassen werden, sondern dafür unser Vermögen und unser Leben einzusetzen entschlossen sind.

Und so wie wir mit bitterem Grame der Namen unserer Beschimpfer und Peiniger gedenken, ebenso hängen wir in dankbarer Erinnerung an unsere Vertheidigern und Wohlthätern, zu welchen wir auch Euer Wohlgeboren mit vollem Rechte zählen.

Empfangen Sie geneigtest den Ausdruck unseres Dankes und der unbegrenzten Verehrung.“

Folgen 34 Unterschriften, darunter ein gewesener Abgeordneter und Dessarant, mehrere Vorstände, Gemeinderäthe, Mitglieder der Bezirksvertretung, die Vorstände des Piseler „Sokol“ und Musikvereins.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: **Franz Schufella**.
Die Redaktion befindet sich: **National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.**

Administration: Laborstraße Nr. 52.
Druck von K. v. Waldheim.

Die Reform.

No. 20.

Wien, den 19. Mai 1870.

IX. Jahrgang.

Reichsrath oder nicht?

Das ist die Frage; darin besteht die entscheidend wichtige Differenz zwischen den Verfassungstreuen und der nationalen staatsrechtlichen Opposition; daran wird wahrscheinlich der Ausgleich scheitern, wenigstens der jetzt versuchte. Die Ansichten stehen sich schroff gegenüber. Die Deutschösterreicher (vielleicht nur die Tiroler ausgenommen), und zwar nicht bloß die orthodoxen Dejembristen, sondern auch die wahrhaft Freisinnigen wollen entschieden, man darf sagen um jeden Preis einen gemeinsamen Reichsrath, sie setzen die größte Freiheits-, Einigkeits- und Machthoffnung auf ein aus direkten Volkswahlen hervorgehendes Centralparlament *). Ohne Reichsrath kein Ausgleich, ist die Devise der Verfassungstreuen. Die Slaven Böhmens und Mährens aber sind ganz entschieden gegen ein Centralparlament. Wir gehen in keinen Wiener Reichsrath, ist ihre Devise. Von den Polen schließt sich wenigstens eine große Partei den Böhmen an, die Südslaven und Italiener sind sehr geneigt mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, und auch die Mehrzahl der deutschen Tiroler hat nicht Lust, ihre Individualität von einem Wiener Parlamente abhängig zu machen.

Die Deutschen haben bei dem Begehren eines Centralparlamentes die allgemeine konstitutionelle Theorie und das Beispiel aller Kulturstaaten für sich und sie machen die Nothwendigkeit der möglichsten Gleichheit in der Gesetzgebung, der Einheit gegen außen hin geltend und berufen sich darauf, daß ja im Jahre 1848 der konstituierende Reichstag und im Jahre 1861 der Reichsrath von allen cisleithanischen Völkern besetzt war. Wer die Sache im allgemeinen, d. h. ohne Berücksichtigung der besondern Verhältnisse Oesterreichs betrachtet, muß den Deutschen zustimmen. Niemand kann die hohe Bedeutung eines Centralparlamentes für die Freiheit, Einheit und Machtstellung verkennen. Ein Centralparlament in der habsburgischen Monarchie würde die großartige Institution eines freien Völkertongresses sein. Dieser Gedanke wurde auch schon im ersten österreichischen Reichsrath angeregt, aber fruchtlos; und die Februarverfassung wollte diesen Gedanken annähernd realisiren, doch ebenfalls fruchtlos.

*) Soeben wird in einem von freisinnigen Männern aus 26 Wahlbezirken Niederösterreichs an die Wähler erlassenen Aufruf mit Entschiedenheit ein solches Centralparlament postulirt.

Ein Centralparlament wäre hauptsächlich deshalb wünschenswerth, damit die Völker über die großen allgemeinen politischen Fragen, mit denen allen die habsburgische Monarchie so verhängnißvoll verflochten ist, berathen und beschließen könnten, während nach dem jetzigen, von den Magyaren engherzig ihsüchtig diktirten Delegationsystem die große Politik der parlamentarischen Einwirkung fast ganz entzogen ist. Kurz, der hohe Nutzen eines gemeinsamen Centralparlamentes an sich ist einleuchtend. Um aber nützlich zu sein, muß ein solches Parlament zuerst möglich sein, überhaupt und besonders als eine wahrhaft freie, d. h. durch den freien Willen aller Völker geschaffene Institution. Nun hat sich aber in der habsburgischen Monarchie zu wiederholtenmalen in eklatantester Weise die Unmöglichkeit einer solchen Institution erwiesen. Sie war im Jahre 1848 unmöglich, weil Ungarn nichts davon wissen wollte. Damals wurden die ungarischen Völker auch gar nicht aufgefordert, ein Centralparlament zu beschicken, damals dachten gerade die Deutschösterreicher nicht im entferntesten daran, mit den Ungarn gemeinsam zu parlamentiren. Auch im Jahre 1861 haben die Völker der Stephanskrone das projektirte Centralparlament nicht beschickt und dadurch einen allgemeinen wirklichen Reichsrath unmöglich gemacht.

Was nun die nichtungarischen Königreiche und Länder betrifft, so berufen sich die Reichsrathspolitiker darauf, daß ein aus Vertretern aller Volksstämme bestehender Ausschuß des konstituirenden Reichstages den Krensfierer Verfassungsentwurf zur Plenarberatung fertig gemacht hatte. Allein vorausgesetzt auch, daß dieser Entwurf vom Reichstage unverändert angenommen und von der Krone sanctionirt worden wäre, so ist es doch sehr fraglich, ob sich diese Verfassung mit ihrem Centralismus bei der Durchführung und Ausübung dauernd behauptet, ob sich nicht in dem Centralparlamente alsbald die nationale und historisch-staatrechtliche Opposition erhoben und jene Verfassung nach und nach unmöglich gemacht hätte. Doch abgesehen davon ist es unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine evidente Thatsache, daß jetzt die Krensfierer Verfassung undurchführbar ist, weil eben die überwiegende Mehrheit der Gesamtbevölkerung ein centralisirendes gemeinsames Parlament nicht will. Soll nun ein solches Parlament durch List, oder gar durch Gewalt zu Stande gebracht werden? Wäre es dann ein freies Parlament, würde es Freiheit schaffen, würde es Dauer versprechen? Im Namen der Freiheit können also die Deutschen ein gemeinsames Centralparlament nicht verlangen. Sie müßten gegen die Mehrheit der Gesamtbevölkerung eine Gewaltpolitik üben und unter dieser, selbst wenn sie möglich wäre, würden die Deutschen ebenso unfrei sein wie die vergewaltigten Völker. Der gewaltthätige Herrscher ist stets unfrei, weil er beständig die Empörung der Unterdrückten fürchten muß.

Die Verfassungstreuen schreien mit wirklicher oder scheinbarer Angst auf, daß es sich in der Verfassungsfrage um die Erhaltung der deutschen Nationalität handle. Wir unserntheils haben die stolze Ueberzeugung, daß für die deutsche

Nationalität als solche unter gar keinem Verfassungsverhältniß etwas zu fürchten sei, nicht im allgemeinen und auch nicht in Böhmen, Mähren und Schlesien. Wenn aber die Deutschösterreicher wirklich für ihre Nationalität zu fürchten hätten, so müßten sie es gerade von einem Centralparlamente, d. h. von ihrer Verschmelzung mit den die Majorität bildenden Nichtdeutschen fürchten. Es sollten also ganz vorzugsweise eben die Deutschösterreicher gegen ein Centralparlament sein, sie sollten eifrig darnach streben, ihr individuelles Kulturleben selbstständig zu führen und dabei nicht von dem Votum Nichtdeutscher abhängig zu sein, sie sollten sich darauf beschränken, nur die wirklich gemeinschaftlichen Angelegenheiten mit den andern Völkern gemeinsam zu besorgen, und zwar nicht als ein bloß nach der Kopfszahl geschätzter Haufe, sondern als nationaler Körper. Wie oft seit 1862 haben wir das durch Wort und Schrift den Deutschösterreichern zu Gemüthe geführt! Es ist unbegreiflich, es ist im Interesse der deutschen Nationalität und wegen des Verhältnisses zu Deutschland tief zu beklagen, daß diese evidente Wahrheit so blind verkannt, oder so hartnäckig eigensinnig verleugnet wird.

Würden die Slaven nach vorherrschendem Einfluß, oder gar nach der Herrschaft über die Deutschen streben, so dürften sie nicht gegen ein Centralparlament sein, sie müßten es im Gegentheil mit aller Entschiedenheit verlangen, denn sie hätten in demselben gewiß in allen die Nationalität berührenden Fragen die Majorität. Die Slaven verwerfen aber das Centralparlament. Sie wollen nicht herrschen, aber auch nicht beherrscht werden, sie wollen das nicht, was vorzugsweise die Deutschen nicht wollen sollten, nämlich mit andern Nationalitäten in eine widernatürliche charakterlose Masse zusammengemischt zu werden. Die Slaven sagen zu den Deutschen: Entwickelt eure nationale Kultur, richtet euch in euren Ländern und Gebieten ein, wie ihr wollt, behaltet von der Deceinberverfassung für euch, was euch gefällt, behaltet euren bisherigen Reichsrath als Generallandtag, wir haben nichts dagegen; aber respektirt unser gleiches Recht, mischt euch nicht schulmeisterlich und herrisch in unsere Kulturangelegenheiten, maßet euch nicht an, in der habsburgischen Monarchie die Herren zu spielen und alle andern Völker als eure Unterthanen zu behandeln. Es sagen namentlich die Böhmen zu den Deutschen: Usurpirt nicht die Gewalt, über unser Königreich nach eurem Belieben zu verfügen, es als euer Eigenthum zu betrachten, das Staatsrecht desselben zu annulliren, unsere Krone zu beschimpfen. Unsere Vorfahren haben sich nicht euch, d. h. nicht den Ober- und Unterösterreichern u. s. w. unterworfen, sondern bloß euer Agentenhaus auch zum ihrigen gewählt, doch mit ausdrücklicher, feierlicher Wahrung der Selbstständigkeit des Königreichs. Daran wollen und werden auch wir festhalten.

Die Böhmen haben gerade so wie die Ungarn das vollkommenste Recht so zu sprechen. In der That haben alle Königreiche und Länder dasselbe Recht.

Bis zur Zeit, wo der Absolutismus die französische Centralisation nachzuahmen begann, waren alle Länder der habsburgischen Monarchie individuell selbständig, kein Land war einem andern unterworfen, sie hatten nur das gemeinsame Herrscherhaus, standen zu einander lediglich im Verhältniß der Personalunion. Selbst in der Zeit des vollendeten Absolutismus wurde die historische Selbständigkeit der Königreiche und Länder wenigstens der Form nach anerkannt. Sobald aber der Absolutismus beseitigt ist, tritt das alte unveräußerliche und unverjährbare Recht der Länder in Kraft. Von dem Momente an hat niemand mehr das Recht, den durch einen bilateralen Vertrag mit der Monarchie in Verbindung gekommenen Königreichen und Ländern einseitig eigenmächtig ein neues staatsrechtliches Verhältniß vorzuschreiben, zu oktroyiren, denn das wäre wieder nur ein Akt des Absolutismus. Wenn also die Deutschösterreicher das thun wollen, so benehmen sie sich als Erben und Nachfolger des Absolutismus. Sie haben allerdings für sich das Recht, auf ihr historisches Staatsrecht zu verzichten, die geschenkte Verfassung für sich anzunehmen, aber sie haben weder das Recht noch die Macht, von den andern Völkern zu verlangen, oder sie gar zu zwingen, dasselbe zu thun. Auch die Böhmen und Polen hätten unzweifelhaft das Recht, auf ihre nationale und historische Selbständigkeit freiwillig zu verzichten und das neue Staatsrecht der oktroyirten Verfassung zu acceptiren, und wenn sie herrschen wollten, wenn sie wirklich den Ehrgeiz hätten, der Monarchie einen slavischen Charakter zu geben, so müßten sie in den Reichsrath kommen. Auch zu den Ungarn hat man im Jahre 1861 gesagt: Kommt doch in den Wiener Reichsrath, ihr werdet ihn demselben ja die erste Rolle spielen, ihr werdet ihn beherrschen. Die Ungarn antworteten aber: Wir wollen das nicht und wir dürfen selbst um den Preis der Herrschaft nicht unsern historischen Rechtsboden verlassen.

Genau dasselbe sagen jetzt die Böhmen, sie erklären: Wir sind nicht den Deutschösterreichern und Magyaren unterworfen, wir haben mit ihnen und den übrigen Völkern blos den gemeinsamen Herrscher und auch gemeinschaftliche Angelegenheiten. Diese wollen wir mit ihnen gemeinsam besorgen; unser Staatsrecht aber darf nicht von dem Votum anderer Völker abhängig gemacht werden, über die Renovirung unsers Staatsrechtes haben wir nicht vorerst mit diesen Völkern, sondern zunächst nur mit unserm Erbkönig zu paktiren. Es mag im Interesse der Versöhnung und des Friedens wünschenswerth erscheinen, daß die Böhmen nicht die äußersten Konsequenzen ihres historischen Verhältnisses geltend machen, daß sie, um den Deutschen entgegenzukommen, wenigstens einen Reichsrath *ad hoc* d. i. behufs der Verfassungsrevision beschicken möchten; aber ihr vollkommenes Recht, das erste zu thun und das zweite zu unterlassen, kann von keinem Kenner und Freund des Staatsrechtes bezweifelt werden.

Das ist die Situation, und daraus ergibt sich unser schon wiederholt ausgesprochenes Programm: Die freiesten direkten Wahlen für die Landtage; für die gemeinsamen Angelegenheiten aber das

Delegationsystem. Nur in dieser Form kann in der habsburgischen Monarchie das wirkliche konstitutionelle Prinzip wahrhaft zur Geltung kommen. Außer dieser Form ist nur der nackte Absolutismus, oder der noch schlimmere kontumazirende, durch List und Gewalt majorisirende Scheinkonstitutionalismus möglich. Ungarn gegenüber müßte das jetzige Delegationswesen, obwohl es ungenügend, ja wahrhaft absurd ist, aufrecht bleiben, weil es einmal vertragsmäßig besteht und nur auf verfassungsmäßigem Wege geändert werden kann. Doch der Delegation für die gemeinsamen Angelegenheiten der cisleithanischen Königreiche und Länder wird man keinesfalls eine so kleinlich ängstliche, philisterhaft egoistische Form geben dürfen, man wird diese Versammlung zu einer höhern Bedeutung erheben müssen, damit sie imponirend wirksam auf die Fragen der großen Politik Einfluß üben könne.

Kritische Streifzüge.

(Die Stellung des Grafen Beust.) Es ist in jüngster Zeit mehrfach die Behauptung ausgesprochen worden, daß die Stellung des Grafen Beust erschüttert, oder daß er derselben überdrüssig geworden wäre. Einige Journale, welche früher die eifrigsten Bewunderer und Lobredner, ja servile Lakaien des Reichskanzlers waren, kündigten ihm die Freundschaft und den Dienst auf und wiesen ihm mit exquisiter Grobheit die Thüre Oesterreichs. Die deutschen Verfassungstreuen, besonders die Wiener Koterie derselben, ja sogar die Reichsberger Industrieherrn, welche alle mit dem Herrn v. Beust geradezu Abgötterei getrieben hatten, wandten sich von diesem ihren Idol ab und verwandelten die Anbetung in Verdammung. Die Slaven haben dem Herrn v. Beust den Versuch, sie an die Wand zu drücken, zwar nicht vergessen, aber sie sind mildherzig und edel genug, dem Feinde, wenn er sich bessert, zu verzeihen. Sie begnügen sich mit dem Triumph, daß an ihrem Widerstande die Beust'sche Politik gescheitert ist. Sie fürchten diesen Mann nicht, denn er ist in demselben Maße schwach und schwächer geworden, in welchem die nationale und staatsrechtliche Opposition stark und stärker wurde. Die Slaven haben das Bewußtsein, daß sie auch gegen den Willen Beust's ihr Ziel erreichen werden; es ist ihnen daher gewissermaßen ganz gleichgiltig, ob er bleibt oder geht. Eine wirkliche Sympathie haben die Slaven für den Grafen Beust allerdings nicht im allergeringsten Maße, aber sie wollen sich denselben gefallen lassen, sie wollen ihn benutzen, falls er wirklich, durch die Erfahrung klüger gemacht, seinen Einfluß an maßgebender Stelle zu Gunsten eines wahren Ausgleichs anwenden will. Es wollen also die Slaven durchaus nicht eine Stütze des Grafen Beust sein, sondern sie halten es eben

nur nicht für nothwendig, ihrerseits an dem Sturze desselben mitzuarbeiten. Erweist er sich ferner nicht mehr als Feind der Slaven, so mag er bleiben; will er aber die slavenfeindliche Politik fortsetzen, so werden ihn die Ereignisse beseitigen. Daß die Konservativen und Kirchlichen dem Grafen Beust nicht gewogen sind, ist klar, und daher muß die Thatsache konstatiert werden, daß der Reichskanzler in der Reichsbevölkerung alle früheren Sympathien verloren und keine neuen gewonnen hat.

Unter diesen Umständen waren die Gerüchte von der bevorstehenden Demission Beusts jedenfalls glaubwürdig. Thatsache ist es auch, daß sich sehr Viele freuen möchten, niemand aber es beklagen würde, wenn Graf Beust vom österreichischen Schauplatz abträte. Die bezüglichlichen Gerüchte sind aber jetzt in sehr entschiedener Weise dadurch dementirt, daß Graf Beust zum Kanzler des Maria-Theresienordens ernannt worden ist. Diese Ernennung muß gerade im jetzigen Momente als eine allerhöchste Manifestation gegen die Gerüchte betrachtet werden, welche den Rücktritt Beusts als nahe bevorstehend dargestellt haben. An und für sich hat diese neue Auszeichnung des Grafen keine außerordentliche politische Bedeutung, aber sie beweist, daß an die Entlassung dieses Staatsmannes nicht gedacht wird, daß man im Gegentheil den Wunsch und Willen hat, denselben auf seinem jetzigen Posten so lange zu behalten, als er selber auf demselben ausharren wollen und können wird.

Durch die Ernennung zum Kanzler des berühmten Theresienordens ist Graf Beust in dieser Beziehung der Nachfolger des großen Staatskanzlers Fürsten Kaunitz geworden, was in jeder Beziehung zu sein, gewiß sein Ehrgeiz wäre. Kaunitz hatte einen so mächtigen Einfluß, daß man ihn bekanntlich den Rutscher Europas nannte, und das möchte Beust gewiß gern sein. Kaunitz hat seinen Posten bis zum Ende seines Lebens behauptet, und es waltet offenbar der Wunsch, daß auch Beust dasselbe glückliche Schicksal haben möge. Auch Metternich war Kanzler des Theresienordens. Als Nachfolger Metternichs wird Beust nicht in jeder Beziehung gelten wollen, denn Metternich war streng konservativ, während Beust für den österreichischen Schauplatz eine liberale Rolle angenommen hat. Aber in Betreff der Macht und des europäischen Einflusses möchte Beust gewiß gern der Nachfolger Metternichs sein; doch findet da ein sehr großer, nicht leicht zu beseitigender Unterschied statt. Auch muß man sich erinnern, daß Metternich, schlimmer aber lehrreicher Ereignisse wegen, nicht bis zum Ende seines Lebens auf seinem hohen Posten geblieben ist.

Die Erhebung auf den ausgezeichnet hohen Ehrenposten des Theresien-Ordenkanzlers ist jedenfalls ein Beweis, daß Graf Beust noch immer das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers im vollen Maße genießt. Er kann sich dazu Glück wünschen, möge aber auch mit allem Ernste der großen Verantwortlichkeit gedenken, welche ihm das allerhöchste Vertrauen auferlegt. Das Vertrauen des Monarchen ist kein unbedingtes, kann und darf das nicht sein; es

hat die strenge Bedingung, daß der so hoch begünstigte Vertrauensmann für das wahre Interesse des Reiches und der Dynastie wirke. Worauf basiert bis nun das allerhöchste Vertrauen, durch welches Graf Beust beglückt wird? Darauf, daß er den Ausgleich mit Ungarn bewerkstelligt hat; freilich nicht zur allgemeinen Befriedigung, aber doch. Allerdings hat sich Beust den Ausgleich mit Ungarn sehr leicht gemacht durch die Art und Weise, wie er ihn herbeiführte, oder vielmehr sich und andere in denselben hineinführen ließ. Ein solcher Ausgleich hätte wahrlich schon längst vor Beust und ohne ihn leichter und besser zu Stande gebracht werden können. Gleichwol datirt die so hoch ausgezeichnete Vertrauensstellung des alten Patrioten vorgezogenen neuen Oesterreichers von dem Ausgleich mit Ungarn.

In Betreff seiner übrigen, seiner sogenannt cisleithanischen Politik jedoch hat Graf Beust das kaiserliche Vertrauen bisher noch nicht gerechtfertigt. Diese seine Politik ist ihm gänzlich mißlungen, auf diesem Gebiete hat er entschieden Fiasco gemacht und Zustände herbeigeführt, welche ebenso gefährlich, ja noch viel gefährlicher sind, als diejenigen, welche vor dem ungarischen Ausgleich die Existenz Oesterreichs bedrohten. Hier ist also Graf Beust mit seinen rettenden, wieder aufrichtenden und erhaltenden Leistungen noch gänzlich im Rückstande. Den Ausgleich mit Ungarn hat er sich sehr leicht gemacht; jetzt steht er vor seiner bei weitem schwierigeren Aufgabe. *Hic Rhodus, hic salta!*

Hiermit anerkennen wir unseres bescheidenen Theiles die Verrechtigung des Reichskanzlers, an dem weiteren allgemeinen Ausgleich mitzuarbeiten, obwohl ihm (freilich in Folge seines eigenen Fehlers) kein Paragraph der dualistischen Verfassung dazu eine offizielle Vollmacht gibt, und obwohl die verfassungstreuen Reichspolitiker ein besonderes Vergnügen daran haben, den Reichskanzler in der Luft schweben zu lassen. Wenn aber Graf Beust Reichskanzler sein und bleiben, wenn er das Reich nach außen richtig und wirksam vertreten soll, so muß ihm daran liegen, daß ein Reich wirklich vorhanden und lebensfähig konstituiert sei, und daher muß der Reichskanzler wie berechtigt, so verpflichtet sein, an einer solchen Konstitution des Reiches theilzunehmen.

(Die Lage Napoleons III.) Ist durch das Plebisit die Lage des Kaisers der Franzosen gebessert oder verschlimmert worden? Man kann diese Frage nicht nach den Journalen richtig beantworten, weder nach denjenigen, welche triumphirend den Sieg des Imperators verkünden, noch nach denen, die mit grünem Hass diesen Sieg als eine Niederlage darstellen. Beide gefallen sich in Uebertreibungen, in Selbsttäuschung und Irreführung des Publikums.

Eine richtige Antwort auf die Frage könnte man formuliren, wenn man wüßte, wie Napoleon selber sich diese Frage beantwortet, und zwar nicht in öffentlichen Ausrassungen, sondern im stillen Selbstbewußtsein. Die Wirkung des Plebisits wird wesentlich davon abhängen, welchen Eindruck es auf den Geist

und das Gemüth des Imperators gemacht hat, ob Napoleon sich durch das Resultat der Abstimmung geschmeichelt oder gekränkt, gehoben oder gedrückt fühlt, ob er die darin enthaltene Lehre richtig erkennt und zweckmäßig befolgt, oder nicht.

Ohne Zweifel hat der Kaiser ein besseres, ein glänzenderes Resultat gewünscht, und wol auch gehofft; wenn auch nicht mehr Licht, so doch weniger Schatten. An und für sich ist das Resultat der Abstimmung ein sehr günstiges, aber der günstige Eindruck wird durch mancherlei Umstände getrübt und geschwächt. Zuerst ist es schon unangenehm auffallend, daß das französische Volk den hochwichtigen Akt ganz ohne Begeisterung, so recht nüchtern pflichtgemäß vollzogen hat. Der Kaiser selber, seine Minister und die Regierungspresse waren eifrig bemüht gewesen, in die nach ihrer Meinung großartige Freiheitsaktion Wärme und Schwung zu bringen; das Volk aber ist kalt und phlegmatisch geblieben. Daher auch die vielen Enthaltungen von der Abstimmung, die im hohen Grade unangenehm überraschend sind. Da es sich um die lang versprochene Freiheitströnung des kaiserlichen Werkes handelte, so hätte man voraussetzen mögen, daß jeder Franzose sich beeilen würde, an dieser Trönung theilzunehmen. Die vielen Enthaltungen bringen dem Kaiser einen doppelten Nachtheil, erstlich dadurch, daß sie die Gleichgiltigkeit so vieler Bürger offenbaren, und noch mehr dadurch, daß die Opposition alle diese Enthaltungen als Verneinungen geltend machen kann. Die Opposition hat sehr schlau gehandelt, indem sie in ihrem Programm die Enthaltung der Verneinung gleich stellte. Thatsächlich ist das jedenfalls unrichtig. Gewiß haben nicht alle, welche sich der Abstimmung enthielten, dadurch die kaiserlichen Fragen verneinen wollen, sondern es ist gewiß die Mehrzahl eben aus Gleichgiltigkeit, aus politischer Trägheit nicht zur Abstimmung gegangen. Da jedoch die Oppositionsführer ihren Anhängern auch die Enthaltung empfohlen haben, so können sie jetzt immerhin behaupten, daß alle Enthaltungen Verneinungen seien.

Höchst unangenehm und für den Thron Napoleons wirklich drohend ist es, daß in Paris und in den meisten der bedeutenderen Städte die Majorität mit Nein gestimmt hat. Paris hat nun allerdings nicht mehr ganz die Bedeutung wie früher, denn Frankreich fängt allmählig an, sich von der das ganze Leben der Nation beherrschenden Hauptstadt zu emanzipiren. Doch sind die Wirkungen der starren Centralisation noch immer übermächtig, und besteht daher immer noch die Möglichkeit, daß die Partei, welche sich der in Paris zusammenlaufenden Zügel der Regierung bemächtigt, das ganze Land in der Hand hat. Das gegnerische Votum von Paris und den andern Städten ist daher wirklich die schlimmste und gefährlichste Erfahrung, welche Napoleon während seiner Herrschaft gemacht hat. Andererseits kann man aber auch nicht verkennen, daß die Gegner des Kaisers bei der Schätzung des Oppositionsvotums sehr übertreiben und dabei sogar das demokratische Prinzip verletzen. Nach ihrer Ansicht hätten die intelligenten Maj:

sen des Volkes in der Majorität gegen Napoleon, und für ihn nur die dummen Bauern und verdummenden Pfaffen gestimmt. Die Demokraten, welche so sprechen, charakterisiren sich in sehr nachtheiliger Weise. Sie proklamiren doch so gern die Souveränität des Volkes, nennen dasselbe die Quelle alles Rechtes, den Inhaber aller Gewalt und verlangen, daß der Wille des Volkes Gesetz sein soll. Alle diese Eigenschaften und diese Machtausübung können aber offenbar nur in Betreff des Volkes im allgemeinen, nicht aber nur in Betreff einer einzelnen Klasse gedacht werden, sie können sich nur durch die Majorität offenbaren und geltend machen, und es geht nicht an, daß die Minorität sich gegen die Majorität auflehne, sie bevormunden, beherrschen wolle. Das sind in der That schlechte Demokraten, welche das Volk als solches nur dann respektiren, wenn es für sie gestimmt ist und stimmt, sich ihnen gefügig und gehorsam erweist, dasselbe Volk aber als eine rohe, verdummte, servile, bestechliche Masse verspotten und verdammen, sobald es einmal seinem eigenen Kopfe folgt, seinen eigenen Willen geltend macht. Die französischen Demokraten machen ihrer Nation wahrhaftig ein sehr schlechtes Compliment, wenn sie achthalb Millionen Franzosen, die mit Ja gestimmt haben, als dumme und schlechte Kerle darstellen. Ferner ist es eine eitle Anmaßung, zu behaupten, daß die Intelligenz in privilegirter Weise eben nur in den großen Städten zu Hause sei. In Frankreich ist allerdings in verderblicher Folge der Centralisation nur sehr unverhältnißmäßig allgemeine Bildung verbreitet, dennoch wäre es eine große Ungerechtigkeit, den Bürgern der französischen Mittel- und Kleinstädte, den auf dem Lande lebenden Gutsbesitzern, den Bauern und Geistlichen geradezu die Intelligenz abzusprechen. Es stünde wahrlich sehr schlecht um Frankreich, wenn wirklich nur die in Paris, Lyon u. s. w. herrschende Bildung die Intelligenz der Nation repräsentirte. Die mit Nein stimmende Majorität in Paris und in den andern Städten ist wahrlich nicht durch die eigentliche Intelligenz gebildet worden, sondern sie ist hervorgetreten, weil sich in den Großstädten eben sehr zahlreich jene sozialen Elemente befinden, welche nicht bloß mit dem Kaiserthum, sondern mit der ganzen jetzt bestehenden Gesellschaftsordnung unzufrieden sind.

Es ist auch nothwendig, daß man in Betreff der verneinenden Stimmen einen Unterschied mache. Die Behauptung, daß alle, welche mit Nein gestimmt haben, das Kaiserthum abschaffen, die Republik einführen wollen, ist ganz unrichtig. Es ist sogar zweifelhaft, ob die Republikaner unter den Verneinenden auch nur die Majorität bilden. Wenn an die Franzosen die Frage gestellt würde: Wollt ihr die Republik überhaupt, oder gar die Republik Rocheforts und Genossen? so würden gewiß weit mehr als achthalb Millionen Nein abgegeben werden. Ohne Zweifel haben von den Verneinenden sehr viele, die wahrscheinlich sogar die Majorität bilden, deshalb Nein gesagt, weil ihnen die jetzt gegebene Verfassungsreform nicht genügt, weil sie durch dieselbe noch kein wahrhaft konstitutionelles Regime begründet sehen. Gewiß haben aber auch nicht wenige

deshalb mit Nein gestimmt, weil sie überhaupt gar keine Verfassungsreform, sondern den unbeschränkten Imperialismus, d. h. weil sie kaiserlicher sein wollen, als der Kaiser selber. Auch darf nicht übersehen werden, daß die sämtlichen Orleanisten und Legitimisten gewiß mit Nein gestimmt, sich dadurch aber wol gegen den Kaiser, jedoch offenbar nicht für die Republik erklärt haben.

Triumphirend legten die Demokraten ein ganz besonderes Gewicht darauf, daß sogar an 30.000 Soldaten mit Nein gestimmt haben. Durch das Triumphgeschrei darüber offenbaren die Demokraten ihre Voraussetzung, daß die ganze französische Armee ein ganz willenloser Körper wäre, daß die Soldaten ihr Stimmrecht lediglich nach dem empfangenen Kommando ausüben würden. Das ist nun nicht geschehen, sondern es hat eine sehr ansehnliche Zahl der unter den Fahnen stehenden Krieger gegen den offen kundgegebenen Willen, ja gegen die öffentliche Bitte des Kriegsherrn gestimmt. Das ist für die Demokraten erfreulich und kann dem Kaiser Napoleon nicht eben angenehm sein. Doch darf daraus gewiß noch nicht gefolgert werden, daß der Imperator sich nicht mehr auf die Treue der Armee verlassen könne, daß die mächtigste Stütze seiner Herrschaft erschüttert sei. Auch gleich ursprünglich haben sogar noch mehr Soldaten als diesmal gegen Napoleon gestimmt, und doch ist ihm die Armee treu geblieben und hat im innern und nach außen ihre Pflicht erfüllt. Da die französische Armee aus dem ganzen französischen Volke hervorgeht, so sind in derselben natürlich auch alle Parteien dieses Volkes vertreten. Es gibt also in der französischen Armee gewiß auch Anhänger der eigentlichen und der sozialen Republik, denn echte Konstitutionelle und auch Legitimisten und Orleanisten. Daß nun diese unter den Fahnen stehenden Parteimänner es nicht scheuen mußten, gegen den erklärten Willen des Kaisers nach ihrer Ueberzeugung für ihre Partei zu stimmen, das ist ein Beweis, daß die kaiserliche Regierung denn doch nicht, und selbst in der Armee nicht den jede Selbstständigkeit vernichtenden Druck ausübt, den die Gegner ihr sogar im allgemeinen zum Vorwurf machen.

Alles in allem kann also Napoleon mit dem Resultate der Abstimmung durch welche er in imponirender Weise dem demokratischen Prinzip, der Volkssouveränität gehuldigt hat, wol zufrieden sein. Dabei ist es wahrlich ein Glück für ihn, daß dieses Resultat doch nicht gar so glänzend war, daß es ihn zu allzu großer imperatorischer Selbstzufriedenheit verführen könnte.

(Die Deutschen draußen im Reich und die deutschen Oesterreicher.) Einige Wiener Blätter bringen von Zeit zu Zeit wirkliche oder angebliche „Briefe aus dem Reiche“, vorzugeweise aus Süddeutschland, speziell aus München, Stuttgart oder vom Main, in denen die wirklichen oder fingirten Schreiber nicht etwa uns Oesterreichern die Zustände Deutschlands schildern, sondern sich sehr schußmeisterlich mit unsern österreichischen Angelegenheiten beschäftigen. An und für sich ist dagegen natürlich nichts einzuwenden, denn es besteht eine allgemeine

Solidarität der wirklichen politischen Interessen, und ist es daher Recht und Pflicht, dieselben wechselseitig zu fördern. Leider haben jedoch die Politiker, welche sich im Reich draußen mit Oesterreich beschäftigen, für die Verhältnisse desselben nicht das richtige Verständniß und geben sich auch gar nicht Mühe, sich ein solches zu erwerben. Sie betrachten und beurtheilen die habsburgische Monarchie immer noch nach der Schablone als einen Staat wie jeden andern, und weil in den Zeiten, als die Habsburger die deutsche Kaiserkrone trugen, die ganze Hausmacht derselben, wenn auch nicht *de jure*, so doch *de facto* zu Deutschland gerechnet wurde, und weil man nach der Auflösung des deutschen Reiches einen Theil der habsburgischen Länder willkürlich zum deutschen Bunde schlug und auch die übrigen wenigstens stillschweigend und indirekt als mit demselben vereinigt betrachtete, so glauben die deutschen Großpolitiker draußen, das müsse auch jetzt so sein, oder doch wieder so werden. Sie betrachten die ganze habsburgische Monarchie gewissermaßen als ein Eigenthum Deutschlands und verlangen, daß sie als solches regiert werden soll. Die Verwendung der ganzen habsburgischen Hausmacht zur Beherrschung der deutschen Verhältnisse war diesen Herren zwar sehr oft höchst unangenehm, aber sie ließen sich dieselbe gefallen in der Hoffnung, daß die Sache sich umkehren, nämlich daß Deutschland die österreichischen Verhältnisse beherrschen werde. In gänzlicher Verkennung der eigenthümlichen nationalen und historisch staatsrechtlichen Verhältnisse der habsburgischen Monarchie geriethen die Politiker draußen in die ärgsten Absurditäten. So verdammten sie z. B. den Bach'schen Absolutismus zwar im Prinzip; acceptirten, ja bewunderten denselben aber aus vermeintlichen Nützlichkeitsgründen. Sie freuten sich, daß Bach die ganze habsburgische Monarchie uniform centralisirte, sie wünschten diesem Werke vollständiges Gelingen, denn dann, so hofften sie, werde schon alsbald die Zeit kommen, den Absolutismus zu stürzen, aber das Werk desselben, nämlich das zu einer Einheit verschmolzene Oesterreich zu acceptiren, es unter die Fittige des deutschen Reichsadlers zu nehmen. Als der Absolutismus stürzte, und die Februarverfassung gegeben wurde, waren die deutschen Politiker draußen wieder sehr zufrieden und hoch erfreut, und sie musterten die Deutschösterreicher auf, an dem Februarpatente fest zu halten, es rücksichtslos durchzuführen. Und doch war es klar, daß durch die allgemeine Annahme und Ausführung der Februarverfassung Oesterreich ipso facto von Deutschland getrennt worden wäre, ohne daß zu diesem Zwecke ein Krieg hätte geführt werden müssen. Aber die Großpolitiker im Reiche trösteten sich abermals mit dem Gedanken: Wenn nur erst alle habsburgischen Länder parlamentarisch centralisirt sind, dann wird schon der Moment kommen, wo alle diese Länder als ein Ganzes der deutschen Einheit in den Schooß fallen werden. Als die Unmöglichkeit der Februarverfassung allgemein evident wurde, da entschlossen sich auch die deutschen Reichspolitiker, Ungarn los zu lassen; jedoch erwiesener- und einge-standenermaßen nur einstweilen, bis auf weiteres. Diese Politiker sind noch

gänzlich von der altburschenschaftlichen und Wolfgang Menzel'schen Idee erfüllt, daß der Deutsche gegen Osten hin die fremden Völker beherrschen müsse, und sie betrachten namentlich die Donau als einen deutschen Strom, vom Ursprung bis zur Mündung.

Gegenwärtig agitiren die Politiker draußen sehr eifrig und sogar stürmisch für die Aufrechterhaltung der Dezemberverfassung, sie fordern die Deutschösterreicher auf, an derselben fest zu halten, den oppositionellen Völkern keine Konzession zu machen, denn das sei im Interesse der Freiheit und des Deutschthums nothwendig.

In diesem Sinne schrieb jüngst wieder ein süddeutscher Politiker an die „Neue freie Presse“ einen überaus heftigen, gegen die Slaven und nebenbei auch gegen den Grafen Beust Flammen speienden Brief. Er nennt die Czechen geradezu Rebellen, weil sie das von den Deutschen angenommene und für sich einseitig zurecht gemachte Verfassungsgeheim nicht ebenfalls annehmen wollen. Der grimmige Süddeutsche vergleicht die Czechen mit den südstaatlichen Sezessionisten Nordamerikas und gibt deutlich den Wink, daß man diese rebellischen Czechen, anstatt mit ihnen einen Ausgleich zu versuchen, mit der Schärfe des Schwertes zu paaren treiben und ihnen, wenn sie niedergeschlagen wären, überhaupt gar kein Staatsrecht gewähren, sondern sie gänzlich als unterworfenen Rebellen behandeln sollte. Und das verlangt dieser Süddeutsche im Namen der Freiheit und des Deutschthums! Als ob nicht das erste Postulat der Freiheit eben die freie Gleichberechtigung aller Völker wäre, und als ob es der Bildung, dem Charakter der deutschen Nation zu Ehre gereichen würde, über andere Völker tyrannische Zwingherrschaft zu üben!

Der süddeutsche Brieffschreiber bläst so recht in das Horn der „Neuen freien Presse“, indem er vorgibt, daß durch Befriedigung der Ansprüche der nationalen und staatsrechtlichen Opposition „die Deutschen zu Lastträgern und Päckeseln jeder erdenklichen Reaktion gemacht werden würden.“ Hat denn durch den Ausgleich mit Ungarn die Reaktion etwas profitirt? Im Gegentheil, in Folge dieses Ausgleichs ist erst wenigstens theilweise wirkliche Freiheit geschaffen worden. Mögen die Deutschösterreicher nur dazu thun, daß die nationale und staatsrechtliche Opposition unterdrückt werde, gerade dann erst würden sie in Gefahr kommen, Lastträger und Päckesel der Reaktion zu werden. Es ist geradezu perfid, den Böhmen, Polen, Slovenen vorzuwerfen, daß sie jede erdenkliche Reaktion wollen. Die Majorität in diesen Völkern ist mindestens ebenso freisinnig wie die Majorität der Deutschen. Und wenn die Tiroler zugleich mit der historischen Selbständigkeit ihres Landes auch ihre altkatholische Gesinnung behaupten wollen, so haben sie dazu, vorausgesetzt, daß wirkliche allgemeine Freiheit herrschen soll, gewiß das Recht. Der süddeutsche Korrespondent der „Neuen freien Presse“, welcher wahrscheinlich in München lebt, kann wissen, daß die Tiroler in Baiern und überhaupt in Süddeutschland sehr viele Gesinnungsgeoffen haben.

Wie wollen nun die Liberalen diesem thatsächlichen Verhältniß entgegen wirken? Wollen sie etwa das Gegenstück zu dem Verfahren des Mittelalters aufführen? Damals hat man für den Glauben, für die Kirchlichkeit mit Feuer und Schwert gekämpft; wollen jetzt die Liberalen mit Feuer und Schwert Unglauben und Unkirchlichkeit verbreiten?

Der süddeutsche Brieffschreiber sagt: „Acht Millionen Deutsche dürfen doch wol verlangen, was man vier Millionen Magyaren gewährte. So wenig wir glauben, daß Ungarn vorderhand bestehen könnte, wenn die nichtmagyarischen Stämme offen den Gehorsam kündigten, gerade so sind wir der Ansicht, daß Cisleithanien aus den Fugen geht, wenn man die Deutschen majorisirt.“ Das ist an und für sich ganz treffend wahr. Aber was hat man denn den Magyaren gewährt? Eben ihr historisches Staatsrecht. Daß nun auch die deutschen Länder ihr historisches Staatsrecht verlangen und behaupten möchten, damit ist die nationale Opposition nicht nur völlig einverstanden, sondern sie wünscht es dringend. Doch die Deutschösterreicher verachten ja ihr eigenes und überhaupt jedes historische Staatsrecht, sie spotten über die Kronen und Herzogshüte, über die Krönungs- und Hulbigungsseide, sie wollen lediglich nach der Kopfszahl zu einer parlamentarischen Masse gemacht werden, sie verlangen gebieterisch, daß das moderne Staatsrecht, welches ihnen geschenkt worden ist, auch von allen andern Völkern angenommen werden solle. Dagegen sträubt sich die nationale Opposition. Sie würde sich freuen, wenn die deutschen Länder sich auf Grundlage der ihnen aus Herz gewachsenen Dezemberverfassung für ihre Zwecke ein neues Staatsrecht schaffen möchten, d. h. wenn sie für ihre innern Angelegenheiten eine eigene Gruppe bildeten.

Ganz richtig ist es, daß das ungarische Reich in dem Augenblicke zerfallen würde, in welchem die nichtmagyarischen Stämme offen den Gehorsam kündeten. Ebenso unzweifelhaft richtig ist es, daß Cisleithanien aus den Fugen gehen würde, wenn die Deutschen nicht freiwillig an demselben theilnahmen. Aber ebenso gewiß kann ein Cisleithanien nicht bestehen, ja nicht zu Stande kommen, wenn man die Böhmen, Polen, Slovaken, Tiroler und Italiener zu dieser Verbindung zwingen wollte. Sie perhorresziren die künstliche und gewaltthätige Schöpfung eines Cisleithanien und beweisen dadurch, daß sie die Verfassungstreuen nicht majorisiren wollen. Sie perhorresziren ein Centralparlament, weil sie in demselben, zumal wenn es aus direkten Wahlen nach der Kopfszahl hervorginge, nothwendig natürlich die Majorität bilden würden. Die oppositionellen Völker rufen den Verfassungstreuen zu: „Besorget eure innern Angelegenheiten vollkommen autonom in euren Landtagen, oder in einem Generallandtage, respektirt unser gleiches Recht und lasset uns über die wirklich gemeinsamen Reichsanliegen durch Delegationen berathen und beschließen.“ Die Verfassungstreuen aber wollen sich justament der Gefahr aussetzen, majorisirt zu werden, sie kapriziren sich auf ein aus direkten Volkswahlen hervorgehendes Centralparlament.

Schließlich wüßte der süddeutsche Korrespondent der „Neuen freien Presse“ dem Grafen Beust vor, daß er mit seiner Ausgleichspolitik „eitel Bismarderei“ treibe. Diesen Vorwurf kann Beust auf diese süddeutschen Separatisten zurückschleudern. Vermeyntlich oder angeblich wollen sie die Deutschösterreicher gegen Bismarck gebrauchen; in Wahrheit aber arbeiten sie demselben in die Hände, indem sie gegen den Ausgleich der österreichischen Völker agitiren und dadurch den Zerfall Oesterreichs vorbereiten, welchen Preußen, Rußland und Italien ausbeuten werden.

Diese Doktrinärs glauben große Politik zu machen, während sie tief im altdeutschen Philistertum stecken. Für die große Aufgabe unserer Zeit haben sie keinen Sinn und kein Gefühl. Diese große Aufgabe besteht darin, ein frei föderirtes Deutschland und ein frei föderirtes Oesterreich herzustellen und zwischen beiden ein inniges Kultur- und ein festes Schutz- und Trugbündniß zu Stande zu bringen.

Oesterreichisch oder national?

Obwol die schwebende Verfassungsfrage in all den vielen Journalen täglich besprochen wird, erscheinen doch auch noch zahlreich Flugschriften und Broschüren. Es ist das ein Beweis, wie tief die ernste Frage die Geister bewegt. Wir wollen unsere Leser auf drei Broschüren aufmerksam machen.

Da hat zuerst ein Anonymus sich gedrängt gefühlt, der böhmischen Deklaration und der galizischen Resolution eine „Deklaration der Deutschen in Oesterreich“ entgegen zu stellen. Das Büchelchen ist in Leipzig bei Otto Wigand erschienen und sehr gut, sehr schwungvoll geschrieben. Der Autor ist jedenfalls ein bedeutendes publizistisches Talent. Aber seine Schrift ist ihm leider von wirklich krankhafter Angst um die Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien und von grimmigem Haß gegen die Czechen diktiert, und in dieser doppelten Exaltation sieht er Gespenster und läßt sich hinreißen, seine Visionen als Anklagepunkte gegen die Föderalisten überhaupt und besonders gegen die Czechen zu formuliren. Er wirft ihnen die Absicht furchtbarer Verbrechen vor, nämlich daß sie der brutalsten Reaktion dienen, alle Freiheit unterdrücken, Oesterreich in die mittelalterlichen Zustände des Feudalismus und Ultramontanismus zurückzuführen, ja daß sie Böhmen, Mähren und Schlesien von Oesterreich losreißen und diese Länder unter die russische Krone bringen wollen. Daß dies krankhafte Hallucinationen sind, ist durch Thatfachen bewiesen, und wäre es geradezu thöricht, die Föderalisten überhaupt und die Czechen insbesondere gegen solche in einer die Zurechnungsfähigkeit ausschließenden Exaltation ausgesprochen Beschuldigungen vertheidigen zu wollen. Von welcher Leidenschaftlichkeit unser

Anonymus beherrscht ist, zeigt folgende gegen die Böhmen gerichtete Stelle der Broschüre: „Wenn dem Staate Oesterreich eine innere Gefahr droht, so stammt sie nicht aus dem Lager der andern Nationen; sie kommt aus dem der Deklaranten. Diese Koterie spielt mit dem Verrath am Reich. Sollte in Oesterreich jemals ein Staatsmann zu finden sein, der einen Ausgleich mit den Czechen auf dem Boden der Deklaration anbahnen wollte: er verdiente den Galgen. Nicht etwa deshalb, weil er sich an der Freiheit versündigt, weil er einen Verrath begeht am Deutschthum, denn das sind in Oesterreich noch keine tödlich-würdigen Verbrechen: er verdiente den Galgen, weil er zum Todesstricke ansholt für Oesterreich!“ Das ist wahrhaft entsetzlich. Wenn schon der Staatsmann, welcher einen Ausgleich mit den Czechen auf dem Boden der Deklaration auch nur anbahnen würde, den Galgen verdiente, so folgt daraus, daß die sämmtlichen Deklaranten ohne weiters schon den Galgen verdienen. Da aber diese Deklaranten nicht isolirt dastehen, sondern das ganze böhmische Volk sich wiederholt als mit ihnen vollkommen einverstanden erklärt hat, so verdienen offenbar die sämmtlichen Slaven Böhmens und Mährens den Galgen. Das ist eine fürchterliche Galgenpolitik; was aber nicht hindert, daß diese Galgenpolitiker sich im übrigen als Apostel und Kämpfer der Freiheit brüsten. —

Eine interessante Broschüre ist in Graz bei Leykam erschienen unter dem Titel: „Die Entwicklung der österreichischen Verfassungspartei.“ Eine sehr klar gedachte und meisterhaft geschriebene Arbeit. Die Thesen entwickeln sich mit korrektester logischer und juristischer Konsequenz, und man müßte dem Verfasser vollkommen beistimmen, wenn nicht eben leider die Prämissen, von denen er ausgeht, ganz unrichtig wären, und also die ganze Deduktion in nichts zerfiel. Der Verfasser steht ganz auf dem doktrinären Standpunkte, ist ganz von der Fiktion beherrscht, als ob die habsburgische Monarchie eben ein Staat nach der Schablone, ein Staat wie Frankreich, Baiern u. dgl. wäre, also nach der allgemeinen konstitutionellen Doktrin konstituiert werden könnte. Der Verfasser ignoriert gänzlich die Geschichte des Ursprungs und Wachstums dieser Monarchie und die auch jetzt noch vorhandenen ganz exceptionellen Verhältnisse derselben. Daher erklärt er die individuelle Freiheit des österreichischen Staatsbürgers als den Reichsgebanten und setzt diese individuelle staatsbürgerliche Freiheit der Freiheit der Nationalitäten vor, ja gegenüber, während doch wahrlich der Augenschein zeigt, daß in der habsburgischen Monarchie zuerst die nationale und staatsrechtliche Selbstständigkeit der Königreiche und Länder anerkannt werden muß, und dann erst in jedem Lande und Volke von der individuellen Freiheit der einzelnen Staatsbürger die Rede sein kann. Der Verfasser hat es in sehr charakteristischer Weise schon während seiner Arbeit erfahren, wie sehr seine auf fiktiven Prämissen ruhende Theorie durch die thatsächlichen Verhältnisse zu nichts gemacht wird. Er schrieb seine Broschüre zur Zeit, als das Ministerium Hasner amtierte, und er hoffte, daß dieses Kabinet lang genug leben würde, um

die definitive Konstituierung Oesterreichs zu Stande zu bringen. Deshalb gab der Verfasser diesem Ministerium seine guten Rathschläge, zeichnete ihm einen förmlichen Aktionsplan vor. Aber siehe da, noch war die Broschüre nicht fertig geschrieben, so trat die Reichsrathskatastrophe ein, und unser Verfasser mußte sich im stillen selber zurufen: „Grau, theurer Freund, ist alle Theorie!“ Er wußte sich aber zu helfen. Er ließ die Broschüre, wie sie war, und hängte ihr bloß eine Nachschrift an, in welcher er rasch und mit großer Zuversicht angab, was jetzt geschehen mußte. Aber er steht noch immer auf dem doktrinären Standpunkte, ist selbst durch die jüngste Erfahrung noch nicht aus der Fiktion zur klaren Erkenntniß der tatsächlichen Verhältnisse gebracht worden. Doch ist die Broschüre, obwol bereits durch die Ereignisse antiquirt, noch immer sehr lesenswerth.

Mit besonderem Vergnügen haben wir eine in Linz bei Th. Ewert erschienene Flugschrift: „Oesterreichisch oder national?“ gelesen und deshalb diesen Titel auch unserm vorliegenden Artikel vorgesetzt. Der Verfasser kommt dem wahren Reichsgedanken schon sehr nahe, wie sich denn überhaupt die Oesterreicher vor allen Deutschösterreichern durch eine freisinnigere und gerechtere Auffassung und Beurtheilung der Verfassungsfrage rühmlich auszeichnen. Als Probe, wie richtig und gerecht der geehrte, leider anonyme Verfasser die Verhältnisse beurtheilt, citiren wir folgende Stelle:

„Fortwährend ist, seitdem der Absolutismus gebrochen und das konstitutionelle Regime wieder zu Ehren gekommen, es der Kampf um die Herrschaft zwischen Deutschen und Slaven, welcher die freiheitliche und wirthschaftliche Entwicklung in Oesterreich hemmt. Nationale Parteien, wenn sie über ihre sittliche Berechtigung, dafür zu sorgen, daß ihre nationalen Eigenthümlichkeiten entwicelt, Sprache und Sitte gepflegt wird, hinausgreitend, nach der Alleinherrschaft streben, müssen nothwendiger Weise die Feinde der Freiheit werden, weil ohne Gewaltthätigkeit sich die anderen Nationalitäten nicht unterdrücken lassen. Wie die Entwicklung der nationalen Eigenthümlichkeiten und Anlagen, insbesondere auf wirthschaftlichem Gebiete, förderlich ist, so ist das Bestreben, diese Entwicklung in anderen Nationalitäten zu unterdrücken, und ihnen den eigenen Stempel aufzudrücken, wenn dieses mit Mitteln der Gewalt geschieht, schädlich. Gewaltthätige Germanisirung oder Slavisirung ist gleich ungerechte Entmannung der beherrschten Nation, die dann geistig und sittlich zum Nachtheile des Ganzen verkümmert. Der Widerstand, den bei solchen Angriffen Deutsche den Slaven, und die Slaven den Deutschen entgegenstellen, ist sohin vollständig berechtigt. Diesem Widerstande schließen sich darum aber alle Stammesgenossen an, und Männer verschiedenster politischen Richtung gehen in nationalen Fragen miteinander. Wir sehen dies insbesondere in Galizien und Böhmen, wo im nationalen Lager Demokraten, Feudale und Liberale einträchtig zusammenwirken. Es bildet sich aber deshalb auf dem eigentlichen Boden der Aktion, im Reichsrathe, in Oesterreich, keine eigentliche entschiedene politische Partei, und ohne diese kann

der Parlamentarismus nicht zur rechten Geltung kommen. Wir haben eigentlich keine demokratische — keine liberale — keine konservative Partei, — denn die einzelnen liberalen und demokratischen Vereine, die einzelnen adeligen Kasten machen noch lange keine Partei aus, welcher die Regierung anvertraut werden kann. Die sogenannte Reichsraths-Majorität war nichts als die theilweise nur liberal gefärbte ministerielle Garbe der großentheils aus einer deutsch-nationalen Fraktion Böhmens und Mährens entnommenen Regierung — aber lange nicht die liberale Partei, da eine große Zahl liberaler Deutschen und alle liberalen Slaven zu den Gegnern dieser Regierung zählen, während insbesondere unter den deutschen Reichsrathsabgeordneten Böhmens manche als Liberale gezählt wurden, die es gewiß nicht sind. Die Majorität des Herrenhauses war noch weniger einer politischen Partei entsprungen, da in ihr einträchtig Bureaukraten, Liberale und Konservative gegen das Gespenst „Föderalismus“ gekämpft haben. Das Fiasco der letzten Regierung war gewiß weniger das Resultat von Intriguen, die überhaupt einer starken Regierung, die sich auf eine feste politische Partei stützt, nichts anhaben könnten, als der Nothwendigkeit — denn in Oesterreich wird keine Regierung Bestand haben, die sich auf irgend eine nationale Partei stützt und einem anderen Ziele sich hingibt, als die österreichische Staatsidee zur Wahrheit werden zu lassen, die eben in dem individuellen Leben und eigenem Rechte der Länder und dem einheitlichen Verbande zu einem staatlichen Organismus besteht. Die Niederdrückung der nationalen Opposition machte auch die volle Verwirklichung der Staatsgrundgesetze nicht möglich, und dadurch wurden selbst die entschieden Liberalen der deutschen Partei (Reichsbauer und Genossen) im Reichsrathe zu Gegnern der Regierung gemacht. Die gesallene Regierung wollte, gestützt auf eine deutsche Fraktion, ohne Slaven die deutsch-slavischen Länder auf konstitutionellem Wege centralisiren, wollte daher das Unmögliche, und ging daran zu Grunde. Dasselbe Schicksal würde eine Regierung haben, die, aus einer Fraktion der slavischen Partei hervorgegangen, ohne Deutsche Oesterreich auf konstitutionellem Wege föderal mit einem schwachen Centrum gestalten wollte.“

Auch dieser Verfasser macht für die Konstituierung Oesterreichs seine Vorschläge. Sie gipfeln darin, daß die jetzige Verfassung im Sinne des Kremserer Entwurfes reformirt werden soll. Wir unserntheils sind nun allerdings überzeugt, daß die Kremserer Konstitution unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr durchführbar wäre, weil die Böhmen, Polen, Slovenen und wahrscheinlich auch die Tiroler sich nicht nach der Kopzahl in ein sogenanntes Volkshaus zusammenschmelzen lassen und zur Wahrung der Länderautonomie sich nicht mit einem sogenannten Länderhause begnügen würden. Sollten jedoch die Völker diese unsere Voraussetzung durch die Annahme des allenfalls modifizirten Kremserer-entwurfs widerlegen, nun so würden wir den endlichen Ausgleich segnen.

Schließlich erlauben wir uns über den Titel „Oesterreichisch oder natio-

nal?" eine Bemerkung. Warum diese Frage? wozu diese Alternative? Unser Erachtens soll die Devise der Völker Oesterreichs lauten: National und dann, dadurch und dafür österreichisch. Wir verstehen das so: Jede Nationalität soll ihre Selbständigkeit behaupten und aus derselben heraus naturgemäß ihre Kultur entwickeln. Zum Schutze dieser nationalen Selbständigkeit, dieses individuellen Kulturlebens und zugleich für wichtige politische und soziale Interessen Europas ist die habsburgische Gesamtmonarchie nothwendig, und sollen daher alle Völker derselben mit vereinten Kräften ein wahrhaft freies Völkerreich schaffen und erhalten.

Der Föderalismus und die Machtstellung des Reiches.

Von einem Slaven, der aufrichtig Oesterreich will.

Zwei Dogmen sind es, welche die Dejembristen während ihrer Herrschaft verkündet haben, und welche die große Masse in naturgemäßer Gedankenlosigkeit sofort zur politisch religiösen *conditio sine qua non* erhob: erstens die Behauptung, daß nur der Dualismus diejenige konstitutionelle Verfassungsform sei, bei welcher Oesterreich überhaupt bestehen könne, und zweitens, daß, wenn die Träger und Vertheidiger des germanisch-magyarischen Staatsgedankens abbiziren sollten, auch unzweifelhaft Oesterreich in Trümmer gehen würde.

Wie alles Denken und Thun der Dejembristen und Andrassyisten von allem Anfange an entweder Selbsttäuschung oder bewusster Humbug war, so sind auch diese zwei zu Dogmen erhobenen staatsrechtlichen Phrasen in ergelentester Weise eitel Flitterwerk.

Sehen wir einmal mit dem Auge des kalten Beurtheilers, welcher die Dinge kennt, und sie nicht durch die Brille der politischen Voreingenommenheit betrachtet.

Die erste Phrase, daß nämlich Oesterreich in den Rahmen des Dualismus eingezwängt existiren könne, haben wol die Thatfachen hinlänglich *ad absurdum* geführt. Darüber also kein Wort mehr.

Es gelten sonach unsere Erwägungen lediglich der Phrase, daß Oesterreich unter föderativer Devise zu Grunde gehen werde, ja müsse. Als echte Doktrinäer haben die dualistisch-centralistischen, ebenso wie früher die rein zentralistischen Evangelisten alles so beurtheilt, wie es sein sollte, und nicht wie es wirklich sein kann. So sind sie denn in ihrer doktrinären Sophistik so weit gekommen, daß sie die Verhältnisse geradezu auf den Kopf stellen wollten. Sie droschen fleißig das leere Stroh schön klingender Phrasen, und fanden darob keine Zeit, den Dingen auf den Grund zu sehen.

Was war denn der Centralismus, den Ihr früher einmal als die einzig mögliche Staatsform Oesterreichs nach der doktrinären Analogie anderer ganz und gar verschiedenartig geformten Staaten proklamirtet? Was ist der Dualismus, welchen Ihr als die glücklich gefundene staatsrechtliche Quadratur des Kreises ausposauntet? Was, fragen wir, waren und sind diese angeblich Oesterreich einzig erhaltenden staatlichen Formen? Der reine Centralismus Metternichs und Metternich kommt wol nicht in Diskussion. Er war der ekelhafte Absolutismus, sagt Ihr. Ganz richtig. War etwa der Schmerling'sche „Konstitutionalismus“ wesentlich etwas anderes? Und was war, oder vielmehr ist denn der Venustisch-Andrassy'sche Dualismus?

Haben etwa diese Staatsformen die Macht Oesterreichs gestärkt?

Ihr werdet nun allerdings schnell mit dem Einwurfe bei der Hand sein, daß, wenn schon der reine und später der halbirte Centralismus (der Dualismus) Oesterreich nicht befriedigt und insbesondere nicht mächtiger gemacht hat, es der Föderalismus, Euer Gottseibeiuns, noch viel weniger zu vollbringen im Stande sein werde.

Zu diesem Schlusse gelangt man nun allerdings, wenn man die Macht eines Staates lediglich nach der Stärke des stehenden Heeres beurtheilt. Wir erlauben uns aber, der Meinung zu sein, daß ein Reich auch mächtig sein könne, ohne kontinuierlich einige hunderttausend Mann in Waffenröcken spazieren zu schicken. Speziell Oesterreich anbelangend, suchen wir und mit uns alle jene, welche nicht bureaukratische Schimmelreiter oder Generale Bumbum sind, die wahre Macht, die geradezu unbefiegbare Stärke des aus durchaus heterogenen Elementen zusammengesetzten Staatswesens einzig und allein in der Ueberzeugung der einzelnen Völker, daß dieses Oesterreich zur Wahrung ihrer nationalen und provinziellen Eigenart unumgänglich nothwendig sei, ja daß, um mit einem die Verhältnisse scharf beurtheilenden, wohlbekannten Manne zu sprechen, „Oesterreich für diese Völker eigens gemacht werden müßte, wenn es nicht schon bestünde.“ Diese Ueberzeugung ist der wahre Kitt, welcher einzig und allein Oesterreich zusammenhalten kann, und kein anderer, mögen die Phrasenhelben nun von deutschem Ritte oder von Galgen und Kanonen reden.

Das Bedürfniß nach nationaler und provinzieller Selbständigkeit hat Ungarn und Böhmen in früheren Jahrhunderten geboten, ihre Beherrscher aus dem Hause Habsburg zu wählen, weil diese als gemeinsame Herren all der verschiedenartigen Länder die Gewähr boten, daß sie die Eigenarten dieser Länder schützen würden. Und die Habsburger sind auch der einzig richtigen unparteiischen Herrscherrolle treu geblieben bis auf Ferdinand den II. und Josef den II. Von da an entwickelte sich der germanisirende Uniformismus, welcher nicht nur die Armeen vermehrte, sondern auch die Unzufriedenheit der einzelnen Völker. Auf diesem Wege sind wir denn also glücklich bis zu Giskra, Herbst und Kaiserfeld gekommen.

Ob während dieser Zeit Oesterreich stärker wurde, läßt sich leicht aus dem Verlaufe seiner Kriege beurtheilen. Schauernd denken wir an die Franzosenkriege, an Solferino, an Königgrätz zurück. Und wenn das Verhängniß uns gar einen Krieg unter der Herrschaft Giskra-Herbst geschickt hätte, Oesterreich wäre heute gewiß nicht mehr.

Und da wagen es die doktrinären Dualisten von Oesterreichs „Machstellung“ unter der ganz oder halb centralen Regierungsform zu fassen? Wenn diese Leute, statt ihre lächerlichen Phrasen hundertmal des Tages zum Besten zu geben, nur mindestens einmal in ihrem Leben sich den faktischen Zustand einer auf föderaler Grundlage konstituirten österreichischen Monarchie vergegenwärtigen würden. Sie müßten, wenn sie ihre Leidenschaftlichkeit nicht blind machte, oder wenn sie in der Politik nicht unzurechnungsfähig wie Kinder wären, alsbald zur Einsicht kommen, daß Oesterreich, getreu der Natur seiner kunterbunten Zusammensetzung erst dann für jeden Feind imponirend dastehen wird, wenn es in dem Interesse eines jeden Volkes oder Völkchens, eines jeden Königreiches oder Landes gelegen ist, daß an dem allen gemeinsamen, alle schützenden Staatswesen nicht gerüttelt werde.

Bestand dieses Interesse etwa unter Metternich in der letzten Zeit seiner Regierung? Bestand es unter Bach, bestand es unter Schmerling, bestand es unter Dr. Giskra?

Das ist jedenfalls ein höchst elendes Staatswesen, welches man im Frieden mit einer förmlichen Armee zusammenhalten muß, und dessen Völker im Kriege einen Feind mit offenen Armen empfangen. Dieses beides ist bekanntlich im „glücklich“ centralistisch regierten Oesterreich wiederholt geschehen, und zwar nur deshalb geschehen, weil die einzelnen Völker gesagt haben, lieber gar kein Oesterreich, als ein central regiertes, welches unsere Eigenart mordet.

Werden die Völker in einem föderal-konstituirten Oesterreich auch so sprechen? Gewiß nicht. Ein föderal-konstituirtes Oesterreich wird keine Armee von mehreren hunderttausend Mann benötigen, um „die inneren Feinde im Zaume zu halten“, und die Völker dieses ihre Eigenart schützenden Reiches werden im Kriegsfall den die Integrität dieses Reiches bedrohenden Feind nicht mit offenen Armen empfangen, sondern mit aller Kraft abwehren.

Wol aber wird ein italienischer oder preussischer Krieg nicht so leicht möglich sein, wie denn überhaupt das muthwillige Eingreifen in die Verhältnisse fremder Staaten für immer aufhören muß. Dynastischer oder frivoler diplomatischer Kriegslust wird zweifellos ein Damm gesetzt werden. In diesem Sinne allerdings wird die „Machstellung“ des Reiches sehr gewaltig erschüttert werden. Ob zum Nachtheile der staatlichen Gesamtheit, überlassen wir dem unbefangenen Urtheile.

Wenn aber ein frecher Feind die vitalen Interessen der Völker des föderal konstituirten Oesterreich, ja, wenn er gar die Integrität dieses Reiches bedro-

hen sollte, dann wird der Zorn aller österreichischen Völker, kundgegeben durch die wirklichen Volksvertretungen, eine ganz andere Bedeutung haben, als das Säbel-rasseln der Soldaten oder das Phrasengebredsche einer fiktiven „Reichsvertretung.“ Dann wird eben „alles Volk“, Mann für Mann für das Reich eintreten — und nicht wie früher und jetzt bloß die auf „hohen obrigkeitlichen Befehl“ in den Krieg Kommandirten.

Der ministerielle Entwurf eines Lehrplans für Realschulen.

Das in neuester Zeit erlassene Gesetz über die Organisation der Realschulen von Niederösterreich weicht nicht nur von der ursprünglichen Organisation dieser Lehranstalten (1851), sondern auch von den späteren Modifikationen derselben (1867) in mehreren wichtigen Punkten ab, namentlich in Hinsicht auf den Zweck dieser Lehranstalten, auf die Zahl der Jahrgänge und Lehrstunden, auf die Lehrgegenstände und Maturitätsprüfungen. Die Vertheilung der Lehrgegenstände auf die einzelnen Jahrgänge und die Einrichtung der Klassen wurde dem Verordnungswege vorbehalten, und bildete, wie sich leicht denken läßt, sofort den Stoff für eingehende Besprechungen und Berathungen der Fachkreise. Insbesondere behandelte der fachmännische Verein „Realschule“ dieses Thema mit ausgezeichnete Gründlichkeit und ließ als das Resultat seiner diesbezüglichen Arbeiten den vollständigen, an das Gesetz sich anschmiegenden Entwurf eines Lehrplans für die neue siebenklassige Realschule durch den Druck veröffentlichen, und man darf annehmen, daß das Unterrichtsministerium von dem Entstehen und Inhalte dieses, auf reiche, vielseitige Erfahrungen und praktisch wissenschaftliches Streben sich stützenden Elaborates nicht ohne Kenntniß geblieben ist.

Dennoch fühlt man sich versucht, das Gegentheil anzunehmen, wenn man jenen Entwurf eines Realschul-Lehrplanes zur Hand nimmt, welcher den Lehrkörpern der hiesigen Realschulen von Seite des Ministeriums im Wege der Statthalterei um die Mitte des vorigen Monats zur Begutachtung zugemittelt worden ist. Es fällt uns bei allem Respekte vor der Wichtigkeit der Realschulen nicht ein, den ministeriellen Entwurf einer analysirenden Kritik zu unterziehen und unsere Leser etwa mit einer vergleichenden Studie über die beiden erwähnten Entwürfe behelligen zu wollen, denn vorausgesetzt, daß der Ausspruch kompetenter Fachleute beim hohen Unterrichtsministerium irgend etwas gelte, ist keinen Augenblick daran zu zweifeln, daß die Intentionen des ministeriellen Lehrplans niemals zur Verwirklichung gelangen werden. Aber das Operat ist von einer allzu „hohen Stelle“ an das Schulvolk „herabgelangt“, als daß wir es mit ganzlichem Stillschweigen übergehen dürften, zumal uns die seltsame Wahrnehmung aufgedrängt wird, daß man sich in gewissen Regierungskreisen trotz aller „Ver-

fassungstreue“ nicht gar zu viele Strupel macht, geeigneten Falles ein Gesetz so durchzuführen, als ob das Gesetz nicht bestünde.

Dies zeigt sich sogleich gegenüber dem §. 1 des Gesetzes vom 3. März l. J. Dort heißt es, der Zweck der Realschule sei: „1. mit besonderer Berücksichtigung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen eine höhere allgemeine Bildung zu gewähren, als die Volks- und Bürgerschule zu bieten vermag.“ Diese „besondere“ Berücksichtigung, die das Ministerium den bezeichneten Disziplinen angedeihen läßt, besteht nun darin, daß sich die ihnen zugewiesene Stundenzahl (per Woche) zu den, dem sprachlichen und historisch-geographischen Unterricht gewidmeten Stunden wie 65:88 verhält. Das Gesetz verlangt ferner (§. 10), daß die Gesamtzahl der für jeden Schüler obligaten Lehrstunden (mit Ausnahme des Turnens) in der Unterrealschule nicht mehr als 28, in der Oberrealschule nicht mehr als 31 Stunden ausmachen soll. Der Ministerialreferent jedoch nahm seine Handschrift und setzte 30 statt 28, und 32 statt 31 an. Ein besonderes Faible muß er für das Französische haben, er trägt dem Lehrer dieser Sprache wöchentlich 29 Stunden auf, und doch wird ein tüchtiger Lehrer ohne Zweifel mit einer namhaft geringeren Stundenzahl an das ihm vorgestreckte Ziel kommen. In der 1. Klasse soll täglich 1 Stunde französisch gebrüht werden, für die deutsche Sprache (die von den Jünglingen der Realschule so reizend gesprochen zu werden pflegt) genügen 4 Stunden wöchentlich. Wir können hier nur dem dringenden Bedürfnisse und Wunsche Ausdruck geben, daß was immer für einer fremden, lebenden Sprache unter keinen Umständen ein größeres Stundenausmaß bewilligt werde als der Muttersprache. Als ein Kuriosum verdient erwähnt zu werden, welche Vorstellungen man sich im Unterrichtsministerium von der linguistischen Ausbildung der Oberrealschüler macht. Einerseits wird nämlich erklärt, das Unterrichtsziel sei hinsichtlich der englischen Sprache: „... einen deutschen Aufsatz ohne grobe grammatische und orthographische Fehler (also schriftlich) ins Englische zu übertragen, endlich einige Fertigkeit im Sprechen.“ Am Ziele des französischen Unterrichts hingegen steht neben der Lektüre französischer Schriftsteller die „Wiedergabe des Gelesenen in englischer Sprache“! Welche Lächerlichkeit und welche Logik!

An die Konsequenz darf man bei dem ministeriellen Lehrplane überhaupt keine großen Anforderungen machen; sind ja doch sogar die Stundenziffern in der Uebersichtstabelle anders angegeben als im Texte des Planes. Das mag von der Geschwindigkeit herrühren, womit das Unterrichtsministerium den Beschlüssen der „Realschule“ zuvorzukommen bemüht war, aber eine Hezerei ist diese Geschwindigkeit nicht zu nennen. Folgenden Satz schrieb der Herr Referent wol auch nur in der Eile: „Das Ziel des Freihandzeichnens ist Verständnis der Form und der Fähigkeit, sie durch Zeichnen wiederzugeben“; in dem offiziellen Entwurfe eines Lehrplans nehmen sich aber solche stylistische Freiheiten gar nicht gut aus.

Nach §. 3 des Gesetzes v. 3. März L. 3. ist es die Aufgabe der aus 4 Klassen bestehenden Unterrealschule, nicht blos die Vorbereitung für die (vorläufig 3klassige) Oberrealschule zu geben, sondern auch für solche, welche bereits nach Absolvierung der ersten 4 Jahre ins praktische Leben übertreten, die allgemeine Bildung bis zu einem gewissen Grade abzuschließen. Fast man nun ins Auge, welchen Inhalt die „allgemeine Bildung“ eines Realschülers haben soll, und blickt man zu diesem Behufe auf die Sphären eben jenes praktischen Lebens, für und in welches er die allgemeine Bildung mitbringen soll, so ist gar kein Zweifel darüber möglich, daß das geometrische Zeichnen einen sehr bedeutsamen Faktor dieser unentbehrlichen allgemeinen Bildung ausmache. In richtiger Erkenntniß dieser Thatsache haben es demnach die Fachmänner des Vereins „Realschule“ für nöthig erachtet, das geometrische Zeichnen schon in der 1. Klasse, und zwar hier mit der größten Stundenzahl, beginnen zu lassen, so daß auf diesen Gegenstand in der Unterrealschule 16, in der Oberrealschule 8 Stunden der gesammten Lehrzeit entfallen. Das Ministerium hingegen hält den Abschluß allgemeiner Realschulbildung für gleichbedeutend mit Ausschluß, und gibt das geometrische Zeichnen in der Unterrealschule geradezu der Vernichtung preis. Ein solcher „Plan“ ist freilich geeignet, bei sachverständigen Männern Sensation zu erregen, aber eine Sensation, die für die ministerielle Weisheit nichts weniger als schmeichelhaft sein kann.

Desto tiefer greift die Hand des Ministerialreferenten in den Sad des mathematischen Wissens, um schon die Zöglinge der Unterrealschule bis zu einem „gewissen Grade“ allgemein zu bilden, und versteigt sich zu der ungeheuerlichen Forderung, daß das Rechnen mit irrationalen Größen bereits in der 3. Klasse zum Abschlusse gebracht werde. Für eine solche maßlose Ueberanstrengung des Denkvermögens von Knaben finden sich dieselben jedoch — wenn sie den Verstand dabei nicht ganz eingebüßt haben — späterhin belohnt, indem man sie in der 7. Klasse mit der artigen Spielerei des Theilbruchrechnens unterhalten wird. Doch genug von einem nach Inhalt und Form so schwer verunglückten Operate, das weit mehr die Satyre als eine ernsthafte Kritik sachkundiger Leute provocirt. Nur gegen eine Insinuation müssen wir uns zum Schlusse feierlichst verwahren. Unser Angriff gilt nicht dem „Ausgleichsministerium“, sondern dem Unverstande, der sich im Gebiete des Realschulwesens auf einem Felde herumtummeln möchte, wo er dem öffentlichen Wohle die gefährlichsten Wunden beibringen würde. Uebrigens liegt es offen zu Tage, daß der offizielle Entwurf des Lehrplans für die Realschulen noch eine Blüte aus dem Garten des „parlamentarischen“ Ministeriums ist. Möge sie rasch vom Baume herabgerissen werden, damit sie nicht zur giftigen Frucht heranreife.

Korrespondenz der „Reform“.

Aus Senftenberg. (Ein Eisenbahnanliegen.) Das Jahr 1866 war für uns Böhmen unheilvoll, und mehr oder weniger hatten alle nord-, nordwest- und westlichen Ortschaften zu leiden. Auch wir haben alle die Drangsale und Bürden des traurigen Handwerkes verkosten müssen, die noch der verunglückte Zug des Hauptmann Vivenot nur steigerte.

Eins sollte doch der Preis sein, für alles das, was wir erdulden mußten, und dies war der Punkt im Friedensvertrag von Prag, der den Ausbau der Bahn Mittelwalde-Wildenschwert bedingt.

Seit dieser Zeit sind $3\frac{1}{2}$ Jahre verstrichen, und mit der Bahn steht es heute noch so wie ehemals. Sind wir nicht berechtigt zu der bescheidenen Frage, was der Grund war, daß das Bürgerministerium diese wichtige Angelegenheit so lange unerledigt ließ?

Im Juli 1869 kam endlich die Begehungskommission, um beide Tracen, die über Senftenberg auf der Hochebene, und die zweite über Geiersberg im stillen Adlerthale führende zu besichtigen und zu prüfen. Mit Sachen, die dabei vorgekommen sind, will ich Ihre Leser nicht belästigen, doch sei erwähnt, daß die Bewohner von Gabel und Geiersberg mehr Takt und Lebensart uns Senftenbergern gegenüber beobachten sollten. Nach der Beurtheilung und dem Protokolle der Kommission hatte die Trace über Senftenberg alle Vortheile für sich. Sie ist um 500 Klafter kürzer als die über Geiersberg, braucht nur eine Brücke, während die andere ihrer 18 bedarf; die stärkste Steigung ist 1 : 100, wo auf der andern Seite 1 : 90 vorkommt. Zu Senftenberg gravitiren 29 Gemeinden mit 18.879 Einwohnern, dann 30 Gemeinden des Gerichtsbezirks Rokitzsch mit 18.000 Einwohnern zusammen 36.879 Einwohner; hingegen zu Geiersberg die Stadt mit 1712, Erlitz mit 617, Runcitz mit 1044 und Weßdorf mit 687; zusammen 4060 Einwohner.

Die Regierungsvorlage war fertig, wo die Trace über Senftenberg (die der Staatsbahn) anempfohlen wurde, und sollte vor den Reichsrath gelangen, doch 48 Stunden vorher erschien eine zweite Vorlage, günstig für die andere Trace des mährisch-schlesischen Consortiums (Oberleitner Schönberg).

Obzwar in der Vorlage nicht gesagt wird, daß die Trace über Senftenberg vom Baue ausgeschlossen sein soll, so muß es doch Jeden sehr befremden, daß die Schönberger Herren, den im Prager Friedensvertrag stipulirten Bau der Bahn Mittelwalde-Wildenschwert von der mährischen Bahn Grulich-Schönberg abhängig machen wollen. Ist diese Bahn lebensfähig, so kommt sie zum Ausbau, dazu wird sich gewiß eine Gesellschaft finden, und die Regierung wird das Projekt unterstützen. Daß aber wir im Senftenberger Bezirk von Schönberg in Mähren abhängen sollen, und unsere ganze Gebirgsgegend verarmen sollte, um die Schönberger Herren zu bereichern, ist eine Annahme, die sehr auffallend ist. Beide Tracen führen nach Grulich, von da aus kann die Bahn geführt werden, wo man hin will, wir Senftenberger werden da nichts dawider haben.

Senftenberg ist der Knotenpunkt für jede Bahn, welche die Grenzen berühren soll, dies wird jeder Sachkundige, der sich gründlich mit diesem Studium befaßt, zugeben und diese Wahrheit anerkennen. Es freut uns auch, daß bereit

andere Gesellschaften dies eingesehen und ihre Aufmerksamkeit unserer Stadt zuwenden, wir wünschen sehnlichst, daß dies Beginnen zum guten Resultate führe, und zwar in kürzerem Zeitraume als die 66er Bahn.

Wir hoffen von der jetzigen Regierung in dieser Angelegenheit eine gerechte, für uns günstige Wendung. Uns ist daran gelegen, daß mit dem Baue bald begonnen werde, eine baldige Entscheidung liegt auch im Interesse der ganzen Gebirgsgegend. Warum mit solch einer wichtigen Sache 4 lange Jahre warten?

Senftenberg, am 12. Mai 1870.

Romuald Mazura
im Namen der Bewohner Senftenbergs.

Kleine kritische Chronik.

Vom 11. bis 18. Mai.

J u l a u d.

Die sogenannte Widmann-Affaire hat für einige Zeit sogar die Ausgleichsfrage in den Hintergrund gedrängt. Die tiefe Aufregung, welche dieser unseelige Mißgriff der Regierung hervorgerufen hat, ist ein sehr bedeutungsvolles Zeichen, welches geeigneten Ortes ernst beachtet werden sollte. Für die andere Seite aber erlauben wir uns die Bemerkung, daß das öffentliche Urtheil wol rascher einen günstigen Erfolg gehabt haben würde, wenn es mit weniger Leidenschaftlichkeit und mit mehr imponirender Würde ausgesprochen worden wäre. Auch die Resolution des Wiener Gemeinderathes hätte gewiß an Wirkung nicht verloren, sondern gewonnen, wenn sie nicht mit so nach allen Seiten hin rücksichtslos verben Reden motivirt worden wäre. Inzwischen hat sich der Sturm umso schneller gelegt, je heftiger er gewesen, und er wird vielleicht nur noch in einigen andern Stadtvertretungen nachwirken, wie es in Graz bereits geschehen ist. Baron Widmann aber ist doch noch Minister.

Die allgemeine Aufmerksamkeit ist nun mit tiefem Ernste nach Prag gerichtet. Die verhängnißvolle Bedeutung der dort gepflogenen Verhandlungen wird selbst von den exaltirtesten Dezembristen erkannt, obwol sie sich den Anschein geben, als ob sie die Angelegenheit ganz und gar geringschätzten. Sie ärgern sich darüber, daß die von ihnen stets mit so viel Verachtung und Hohn behandelten Czechenführer jetzt zu so großer Bedeutung gelangt sind, daß die Minister sich nach Prag begaben, also in das Lager der Opposition, um dort den Frieden zu erlangen. Die Dezembristen suchen Wien aufzureizen durch die Hinweisung darauf, daß nun von Prag aus über das Schicksal der Verfassung entschieden werden soll. Wenn Wien sich dadurch in seinem Stolge verletzt fühlt, hat es deshalb nur sich selber anzulagen, weil es seinen bisherigen Führern in orthodoxer Verfassungstarrheit gefolgt ist. Warum hat man in Wien nicht gleich von Anfang an gerecht und freisinnig die Initiative im Verfassungsausgleich ergriffen? Man hat es unter Schmerling nicht gethan, obwol die Nothwendigkeit klar vorlag, und deshalb mußte man sich gefallen lassen, daß die Sache in Pest entschieden, daß von dort das Ausgleichsgesetz diktiert wurde. Darauf wollte man wieder von einem weitem Ausgleich mit den Böhmen, Polen u. s. w. nichts wissen, und muß es sich in Folge dessen jetzt gefallen lassen, daß die Böhmen und Polen an der Spitze der Bewegung stehen. Wien hat eben unter Führung seiner bisherigen Verfährer die Aufgabe gänzlich verkannt, die es in einem freien Völkerrreiche zu erfüllen hätte.

Die Ernennung des Fürsten Dietrichstein-Rendorf zum Statthalter von Böhmen ist ziemlich allgemein ungünstig beurtheilt worden. Daß die Böhmen unzufrieden sind, ist begreiflich, denn sie haben einen nationalen civilen Landesherren, einen Oberstburggrafen gewünscht und statt dessen abermals einen militärischen Statthalter bekommen; daß aber auch die Verfassungstreuen gegen den Fürsten auftreten, ist schon schwieriger zu erklären, denn die Dezembristen wünschen ja doch das Nislingen des Ausgleichs und prophezeien es und freuen sich schon darauf, die Böhmen dann recht à la Napoleon dezembristirt zu sehen, und daher sollten sie sich eigentlich auch freuen, in Böhmen gleich in vorhinein einen strengen General in Bereitschaft zu haben, überhaupt die gerade in der neuesten Aera sehr üblich gewordene russische Methode fortgesetzt zu sehen, daß hohe Militärs an die Spitze der Civilverwaltung gestellt werden, zumal in den Ländern, wo eine nationale Opposition vorhanden ist.

Sehr interessant ist die hervorragende Rolle, welche Dr. Smolka in der Ausgleichsfrage spielt. Dieser Veteran entwickelt eine jugendliche Thätigkeit. Er wirkt in seiner Heimat rastlos durch Schrift und Wort, er besucht sehr oft Wien und auch Pest und jetzt ist er in Prag eine Hauptperson. Die Dezembristen sehen das mit Aerger und Reid. Mit welcher Verachtung haben sie diesen Smolka behandelt, seit er aus dem Reichsrathe ausgetreten, wie oft haben sie ihn für jeder geistigen Kraft, jedes Einflusses bar, für gänzlich abgethan und politisch todt erklärt; und nun ist sein Einfluß maßgebend, und es hat sich auch Biennialkowski wieder mit ihm vereinigt. Wie wir vorausgesagt haben, ist Smolka in sehr scharfer Weise gegen das Programm des Fürsten Gortoryski in Paris aufgetreten, was uns zur großen Befriedigung dient. Da nun Smolka mit dem Grafen Potocki und auch mit dem Reichsfanzler in intimen Verkehr steht, so darf man annehmen, daß diese beiden leitenden Staatsmänner ebenfalls gegen das Pariser Programm seien. Wenn sich diese Voraussetzung bewahrt, so widerrufen wir mit Freuden das, was wir in der vorigen Nummer über ein diesbezügliches Einverständnis zwischen Wien und Paris gesagt haben.

Von großer Bedeutung ist es, daß sich der böhmische historische Grundadel nunmehr vollkommen mit den Deklaranten vereinigt hat. Graf Potocki wird jetzt wol überzeugt sein, daß er es nicht mit isolirten Führern, nicht mit uneinigen Parteien, sondern mit einem einmüthigen Volke zu thun hat.

In Ungarn findet der Rajner'sche Municipalgesehntwurf heftigen Widerstand. Die Opposition will durch Massenaustritt das Abgeordnetenhaus beschlußunfähig machen. Die Regierung sollte diesen nach der belgischen Schablone gearbeiteten Gesehntwurf lieber zurückziehen, denn wenn sie ihn auch durch den Reichstag bringen kann, so wird sie ihn schwerlich ins Volksleben bringen; jedenfalls nicht ohne verhängnißvolle Kämpfe. Das Pesther Parlament hat nun über die Erhöhung der Reichsquote für die Abtretung der Militärgrenze verhandelt. Die Opposition wollte von einer Erhöhung der ungarischen Quote gar nichts wissen, verlangte vielmehr eine Herabsetzung derselben, weil ja die Administration der Grenze große Kosten verursachen würde. Das ist allerdings richtig, und deshalb wird es mit den Reformen im Grenzlande, welche nun nicht mehr vom Kriegsministerium, sondern von der ungarischen Regierung durchgeführt werden sollen, gewiß sehr schlecht aussehen. Empörend ist es, wie man die gar nicht vertretene Grenzbevölkerung behandelt, als ob dieselbe lediglich eine Sache wäre, über welche die Herren nach Gutdünken markten und fellschen könnten. Die kroatischen Nationalen, welche im Agramer Landtage nicht vertreten sind, erheben sich außerhalb desselben zur Aktion. Sie haben unter dem Schirme eines geselligen Banketts eine große Versammlung gehalten, deren Loos für die Magyaren eine ernst Warnung sein sollten. Der päpstliche Nuntius soll gegen die eventuelle Erhebung

Strosmayer auf den erzbischöflichen Stuhl von Agram scharf protektirt haben. Wir können das kaum glauben. Wenn es aber geschehen ist, so dürfte es dem Bischof Strosmayer wahrscheinlich nur nützen.

N a p o l e o n.

Napoleon III. schwelgt in Triumphen. Seine Gegner haben sich als ohnmächtig erwiesen, haben durch die von ihnen angezettelten Unruhen eben nur diese Ohnmacht geoffenbart. Der Kaiser hat von sämmtlichen Potentaten Glückwünsche empfangen zu dem bedeutungsvollen Akte, daß seine Herrschaft in echt demokratischer Weise durch das Votum des souveränen Volkes neuerdings befestigt worden ist. Napoleon III. hat mit seiner Gemalin in offenem Wagen, ohne militärische Eskorte eine Fahrt durch die Straßen von Paris gemacht und gerade diejenigen Kasernen besucht, in denen die meisten Kein abgegeben worden sind. Er wird zur Feier des Plebiszits ein großartiges Volksfest veranstalten u. s. w. Kurz, Napoleon ist mit dem Resultate der allgemeinen Abstimmung zufrieden, oder gibt sich wenigstens den Anschein, es in hohem Grade zu sein. Mit dem Imperator triumphirt sein vertrauter Ollivier. Diesem Minister ist aber zu rathe, sich auf der Höhe seines Glückes vor Schwindel zu hüten. Von den Personaländerungen im französischen Kabinet ist blos die Ernennung des Herzogs von Grammont, bisherigen Botschafters in Wien, zum Minister des Auswärtigen von Bedeutung, und zwar zunächst für Oesterreich in erfreulicher Weise, jedoch durchaus nicht in so hohem Grade, wie unsere Offizidjen es darstellen. Der Duc de Grammont gilt als Freund Oesterreichs, er ist bei Hofe eine *persona grata* und auch im Publikum in günstiger Weise populär gewesen. Seine Freundschaft hat uns jedoch bisher wenig, eigentlich gar nichts genützt. Das möge besonders Graf Beust bedenken, der sich über die Erhebung Grammonts wol außerordentlich freut, sich vielleicht sogar rühmt, dieselbe mit veranlaßt zu haben. Der Herzog von Grammont ist ein treuer Diener seines Herrn, und in Frankreich wird nach wie vor nicht irgend ein Minister, sondern immer nur der Wille des Imperators maßgebend sein. Napoleon war aber gegen Oesterreich zwar mit Worten stets sehr freundlich; in der That aber theils geradezu feindlich, theils wenigstens indifferent; und es ist kein Zeichen vorhanden, daß dies anders geworden wäre, seit Beust die österreichische Politik leitet.

Unsere Hoffnung, daß die Räuberthat in Griechenland zu keinem politischen Konflikt führen werde, geht in Erfüllung. In England hat nach der begreiflichen ersten Aufwallung des Schmerzes und Jornes eine gerechte Beurtheilung des Vorfalles die Oberhand bekommen, namentlich hat sich Lord Clarendon mit echt staatsmännischer Mäßigung darüber ausgesprochen. Dagegen soll die französische Regierung dem griechischen Kabinet eine sehr sonderbare Zumuthung gestellt haben. Frankreich will nämlich die griechische Regierung für jeden in Griechenland reisenden Franzosen verantwortlich machen, falls demselben versichert worden, daß die Gegend, durch welche er reisen will, sicher sei. Nun fragen wir, kann die Regierung irgend eines Staates mit Bestimmtheit die Versicherung geben, daß irgend eine Straße vollkommen sicher sei? Kann die französische Regierung das? Hat nicht Traupmann in der Nähe von Paris acht Menschen ermordet? Es waren allerdings lauter Franzosen, hätten aber auch Ausländer sein können. Wenn nun mit Berufung auf diesen schrecklichen Vorfall ein in Frankreich reisender Ausländer bei der dortigen Regierung anfragen würde, ob eine gewisse Straße sicher sei, so würde die französische Behörde gewiß antworten: Dafür kann ich nicht gut stehen; oder sie würde vielleicht die Frage sogar übel nehmen als den Ausdruck eines Zweifels an einer genügenden Sicherheitspflege. Und doch beweisen schreckliche Thatfachen, daß man in Frankreich ebenso wie in Griechenland auf offener Straße

ermordet werden kann. Charakteristisch ist es, daß die hohe Diplomatie bisher den wichtigen Umstand gänzlich ignoriert, daß die Räuberbande, welche die Grueselthat bei Marathon verübt hat, aus der Türkei nach Griechenland gekommen ist.

Die Definition des Unfehlbarkeitsdogma liegt nun vor, und haben die Debatten darüber bereits begonnen. Wie unser Verfasser der Konziliarbriefe vorhergesagt hat, ist dieses so sehr gefürchtete neue Dogma mit solchen Klauseln definirt, daß es in der That nur das ausspricht, was in der katholischen Kirche seit jeher usuell anerkannt war.

Die Berliner brüsten sich sehr mit dem Besuch des Czaren und sie verrathen sogar, daß im Jahre 1866 für den Fall, als die Preußen weniger glücklich gewesen wären, russische Hilfe in Bereitschaft gestanden. Nun, die Welt braucht diese nachträgliche Demonstration nicht, um zu wissen, daß die Allianz zwischen Preußen und Rußland fest ist. Was Oesterreich betrifft, so ist die Politik Deutschlands ganz darnach, dieses preussisch-russische Bündniß immer mehr zu befestigen.

Geschichtliche Beiträge.

Nur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

XIV.

Albrecht III.

(Schluß.)

Herzog Leopold, der in der Schlacht bei Sempach gefallen war, hinterließ vier Söhne. Der älteste, Wilhelm sollte nach dem Theilungs- und Hausgesetze in der Regierung über den Leopoldinischen Länderkomplex nachfolgen und seine drei Brüder versorgen. Herzog Leopold hatte aber eine so schwere Schuldenlast hinterlassen, daß Wilhelm und seine Räthe es für das beste hielten, den Herzog Albrecht zu bitten, die im Jahre 1379 geschehene Theilung der österreichischen Länder als aufgehoben zu betrachten, die Alleinherrschaft über dieselben zu übernehmen und seinen Neffen Vater und Vormund zu sein.

Albrecht ließ sich längere Zeit bitten, denn wie sehr er auch den Nutzen der Wiedervereinigung aller habsburgischen Länder erkennen mußte, so erfüllte es ihn doch mit gerechtfertigter Besorgniß, mit dem Nachlasse seines Bruders auch dessen Schulden und dazu den gefährlichen Krieg mit den Eidgenossen zu übernehmen. Doch die vornehmsten Würdenträger und Landherren Ober- und Unterösterreichs, Steiermarks, Kärntens und Krains vereinigten ihre Bitten mit denen Wilhelms, und Albrecht ließ sich endlich bewegen, die Theilung aufzuheben und die Regierung aller Länder wieder in seine Hand zu nehmen. Die darüber in Wien am 10. Oktober 1386 ausgestellte Urkunde nennt die Namen aller der Edlen, welche dem Herzog Wilhelm gerathen, sich dem Herzog Albrecht in die Arme zu werfen, und dann bekennet Wilhelm: „Diese Herren und Räte legten uns für, wie nach geschehen dingen und nach der gelegenheit der leuffe unzweifellich wer, daß die Taylung, die vor zeiten zwischen den hochgeborn

fürsten herzog Albrechten, unserm lieben herrn und vettern obgenannt, und herzog Leopold, unserm lieben herrn und vatter, dem got genad, herzogen und herrn der obgenannten lande mit allen denselben iren fürstenthümern und landten, geschehen ist, unsern lieben brüdern, den hochgebornen fürsten herzog Leopolden, herzog Ernten, herzog Friedrich und uns, wie auch unsern landten und leuten verderblich wer. Wie nu sei, daz unsern obgenannten lieben vettern (Albrecht) das von solicher swerer krieg und geltschuld wegen, die uns anliegend sind, swer seh, hat er doch die angeborne lieb und trem, die er zu uns hat und billich haben soll, und auch der getrewen Räte und vleissigen pet (Bitte) willen, die wir und unsere vorgenannten Räte in anlegten, mit uns und unsern brüdern solich ahnung und ordnung aufgenommen, als hernach geschriben steht.“

Die Vertragsbestimmungen waren nun folgende: „Die Theilung der habsburgischen Länder ist aufgehoben. Herzog Albrecht besitzt und regiert alle mit voller Gewalt auf Lebenszeit und übernimmt den Krieg und die Geldschuld. Er sorgt für die vier Söhne Leopolds und für dessen Tochter Elisabeth wie für seine eigenen Kinder. Wenn Albrecht mit Tod abgeht, so sorgt Wilhelm, oder wer dann unter seinen Brüdern und den Söhnen Albrechts der älteste ist, für das ganze Regentenhaus und regiert Land und Leute. Fordert Albrechts gleichnamiger Sohn, sobald er großjährig (sechzehn Jahre) ist, von Wilhelm oder dessen Brüdern seinen Antheil an Land und Leuten, so sollen alle Landherren der österreichischen Länder ihr Bestes thun, damit dieselben ungetheilt bleiben; helfen jedoch alle Bemühungen nichts, so fällt Albrecht dem Jüngeren und dessen Brüdern, falls er solche hat, das Herzogthum Oesterreich ob und unter der Enns zu, ganz so, wie es in dem Theilungsvertrage vom Jahre 1379 bestimmt. Auch die Söhne Leopolds haben nach ihres Oheims Albrecht Tode, sobald sie sechzehn Jahre alt sind, das Recht, ihren Antheil an Land und Leuten zu fordern, ebenfalls in Gemäßheit des Theilungsvertrages von obgedachtem Jahre. Herzog Wilhelm erließ am 14. Oktober 1386 von Wien aus ein Schreiben an seine Unterthanen, worin er ihnen den mit dem Herzog Albrecht geschlossenen Vertrag kund machte, ihnen befohl, seinem Oheime, so lange er lebe, in allen Dingen gehorsam und gewärtig zu sein, und sie zugleich für diese Zeit des ihm und seinen Brüdern geleisteten Eides entband.

So war also die Theilung der habsburgischen Länder aufgehoben, aber leider nur für die Lebenszeit Albrechts; nach dessen Tode sollte es wieder von dem guten Willen der Herzoge abhängen, die Einigung aufrecht zu erhalten oder nicht.

Albrecht führte die Gesamtregierung mit kräftiger Hand und war eifrig bemüht, die Unordnung und die Verwickelungen, welche sein Bruder Leopold hinterlassen, zu beseitigen. Vor allem schloß Albrecht mit den siegreichen Schweizern einen Waffenstillstand, der jedoch in der Geschichte als böser oder fauler Frieden bezeichnet wird, weil die Waffen selten ruhten, die Feindseligkeiten von beiden Seiten im kleinen fortgesetzt wurden. Bei den Eidgenossen hatte sich der Haß gegen die Habsburger so sehr gesteigert, daß sie z. B. in ihrem ganzen Gebiete die Haltung von Pfauen verboten, weil die Herzoge von Oesterreich Pfauensebern als Helmzier trugen. Im Jahre 1388 brach der offene Krieg wieder aus und wurde von Seite Oesterreichs so unglücklich geführt, daß Albrecht nach Jahresfrist froh sein mußte, einen siebenjährigen Waffenstillstand zu erlangen. Die Schweizer behielten alles, was sie von den habsburgischen Besitzungen erobert hatten.

Albrecht aber benützte den Frieden, um im Innern der Lande die Ordnung herzustellen und nach außen nützliche Verbindungen zu schließen. Er bändigte aufrührerische Vasallen und bemühte sich, die arg zerrütteten Finanzen zu ordnen. Zu letzterem Zwecke besteuerte er die Geistlichkeit, ohne vorher die päpstliche Erlaubniß nachgesucht zu haben. Dafür wurde er vom Papste Urban VI. mit dem Kirchenbann belegt, mit ihm alle seine Beamten, welche die Steuer eingetrieben hatten. Vergebens wandte der fromme Herzog sich mit flehentlichen Bitten an den Papst. Als der strenge Urban bald darauf starb, schickte Albrecht abermals ein Bittschreiben an den neuen Papst Bonifazius IX. flehte um Losprechung und versprach dafür, diejenigen seiner Unterthanen, welche dem Gegenpapst Clemens angingen, von diesem abwendig zu machen und sie dahin zu bringen, das rechtmäßige, in Rom thronende Oberhaupt der Kirche anzuerkennen. Das nahm Bonifaz wohlgefallig auf und gewährte dem Herzog Verzeihung des Geschehenen. Doch befahl er dem Bischof von Freisingen, welchen er mit der Schlichtung dieser Angelegenheit betraute, dem Herzog Albrecht, bevor er ihn vom Banne loszählte, einen Eid abzunehmen, daß er sein Bersprechen mit Treue und Eifer erfüllen werde. Auch mußten der Herzog, seine Räte und Beamten schwören, sich nie wieder eine Verletzung der Steuerfreiheit des Klerus zu erlauben.

Mit dem König Sigismund von Ungarn schloß Albrecht am 18. Juni 1389 ein Bündniß, um die Friedensstörungen an den Grenzen und die Unsicherheit der Straßen zu beseitigen. Am 14. September 1391 erneuerte Kaiser Wenzel die Erbverbrüderung zwischen Böhmen und Oesterreich.

Während der letzten Regierungsjahre Albrechts genossen die österreichischen Lande eines wohlthätigen Friedens. Wilhelms Bruder Leopold IV., welcher im Namen Albrechts die Vorlande verwaltete, vergrößerte dieselben ansehnlich durch Kauf und bemühte sich auch, die Streitigkeiten mit den unbeflegbaren Eidgenossen in friedlicher Weise durch Verträge zu schlichten. Albrecht zeichnete sich durch große Frömmigkeit aus. Der Papst belohnte dieselbe in charakteristischer Weise dadurch, daß er jedem Bischofe, welcher in Gegenwart des Herzogs predigte, die Vollmacht gab, den Zuhörern einen Ablass für hundert Tage zu erteilen; ein Abt bekam dieselbe Befugniß für sechzig, jeder andere Priester für vierzig Tage. Es strömte daher das Volk zu den Predigten, denen Albrecht beizuwohnte. Er bewies aber seine kirchliche Gesinnung auch durch die Strenge, mit welcher er die Secte der Waldenser verfolgte, die sich auch in den österreichischen Ländern verbreitet hatte. Albrecht ließ viele Waldenser gefangen nehmen und ihnen einen langwierigen Prozeß machen. Derselbe endete erst nach dem Tode des Herzogs, und es wurden an hundert Reiter verbrannt, viele lebenslänglich eingekerkert. Albrecht setzte den Bau der Stephanskirche mit Eifer fort, ebenso den der Minoritenkirche und Maria am Gestade. Der fromme Herzog war aber auch ein Freund und Förderer der Wissenschaften. Er verließ der Wiener Universität, welche jetzt erst auch eine theologische Fakultät erlangte, viele Rechte, Freiheiten und Güter und scheute keine Kosten, um berühmte Professoren herbeizuziehen. Albrecht ist auch der Gründer des Lustschlosses Laxenburg, in welches er aus der verfallenden Burg auf dem Leopoldsberge Statuen bringen ließ. Er legte bei dem Schlosse einen Thiergarten und Fischteiche an und pflanzte seltene Gewächse. Mit Vorliebe beschäftigte er sich mit der Sternkunde. Der gleichzeitige Pagen sagt von ihm: „Und besunderlich chund er in der Kunst, stern sehen, gar viel klugheit.“ Albrecht war ein leutseliger, fröhlicher Herr. Da er sein Haupt

geflochten trug, bekam er den Namen Albrecht mit dem Ropfe. Er pflegte sehr oft persönlich zu Gericht zu sitzen. Bei aller Herzengüte war er auch unnachlässig streng. In seinem geliebten Lagenburg erkrankte er im August 1395, starb nach wenigen Tagen und wurde in der Stephanskirche neben seinem Bruder, Rudolf dem Stifter beigesetzt. Die Wiener waren der Leiche des geliebten Fürsten weinend und wehklagend entgegen gezogen. Albrecht hinterließ ein Testament, in welchem er seinen Sohn und seine Nissen mit den rührendsten Worten beschwor, die österreichischen Länder um ihres eigenen und des Wohles der Untertanen willen ungetheilt zu lassen; ein Wunsch, der leider nicht erfüllt wurde
(Fortsetzung der Hauptabhandlung folgt.)

Korrespondenz der Redaktion.

Herrn F. R. in Fünfhaus - Wien: Sie haben recht, es zu tadeln, daß wir die Zurückziehung des famosen und odiosen Erwerb- und Lohnsteuergesetzes gänzlich ignorirt haben. Wir können zu unserer Entschuldigung nur anführen, daß unsere ganze Aufmerksamkeit zunächst auf die verhängnißvoll wichtige Ausgleichsfrage gerichtet war und ist, und daß wir darüber den Sieg, welchen die öffentliche Meinung im Betreff des entschieden bürgerfeindlichen Gesetzes nachträglich über das Bürgerministerium errungen hat, ganz vergessen haben. Mit diesem unsern Bekenntniß der Vernachlässigung pflichtgemäßer Obforge werden Sie sich hoffentlich zufrieden geben, und Sie hätten es von vornherein unterlassen sollen, uns mit so bittern Vorwürfen, mit so ganz ungerechtfertigten Verdächtigungen heimzusuchen. Sie werfen uns mit auffallender Exaltation vor, daß wir, nachdem wir doch seit Jahren die Nothwendigkeit eines Ausgleichs mit den opponirenden Völkern dargethan, nun einer entschieden volkfreundlichen That des Ausgleichsministeriums gar keine Anerkennung gezollt haben. Es freut uns, daß Sie, als Vertreter einer vorzugsweise wienerisch liberalen, dezembrißisch-verfassungstreuen Gemeinde dem Ministerium Potocki so große Sympathien widmen; wir unserntheils aber haben bisher noch keine Veranlassung, als Lobredner dieses Ministeriums zu fungiren, obwol wir das Verdienst desselben, einen Ausgleich wenigstens in den ersten Anfängen angebahnt zu haben, gebührend anerkennen. Als „fleißiger Leser der Reform“ müssen Sie sich erinnern, daß wir bei der Besprechung des Erwerbsteuer- und Lohngesetzes erklärt haben, eine Detailkritik zu unterlassen, weil wir der Ueberzeugung wären, daß dieses, der Gerechtigkeit, Humanität, Volkswirtschaft und den nothwendigen Bedingungen eines freien Geschäftsbetriebes widersprechende Gesetz, wenn auch von beiden Häusern des Reichsraths angenommen, doch nicht ins Leben treten würde. Diese unsere Vorhersagung ist nun in Erfüllung gegangen, und Sie könnten es daher, abgesehen von unserer an und für sich jedenfalls tadelnswerthen, aber im Drange wichtigerer Angelegenheiten doch wenigstens entschuldbaren Vergeßlichkeit, bei einer einigermaßen richtigen Würdigung unserer publizistischen Stellung mindestens hegreiflich finden, daß wir uns nicht veranlaßt gefühlt haben, Lobeshymnen darüber anzustimmen, daß die neue Regierung in dieser Angelegenheit lieber das allgemeine Urtheil der öffentlichen Meinung, als das Votum der in diesem Falle auch nicht die allerkleinste Minorität der Bevölkerung repräsentirenden Parlamentsmajorität respektirt hat. Sie erinnern uns in einem sonderbar gemischten Gefühle daran, daß der Redakteur der „Reform“ zweimal die hohe Ehre hatte, die zu einer großen Stadt emporgehobenen Gemeinden vor der Mariähilfer Linie zu vertreten, nämlich in der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt und im ersten konstituirenden Reichstage zu Wien

und Kremler, und Sie sind so gütig, zu versichern, daß Franz Schufella auch im Jahre 1861 die Stimmen Ihrer Gemeinden erhalten hätte, wenn er nicht von der Kandidatur zurückgetreten wäre, weil er nicht gegen Se. Excellenz den Freiherrn v. Bratobevera kandidiren wollte. Das sind sehr dankenswerthe Erinnerungen. Nun ist aber damals nicht Freiherr v. Bratobevera, sondern Dr. Rudolf Drefel in Ihrem Bezirke gewählt worden, und Sie werden sich erinnern, daß diese Wahl damals als ein Triumph des Liberalismus ausposaunt wurde, daß Ihre Gemeinden auf diese Wahl besonders stolz waren und ihrem Erwählten, als er Finanzminister geworden war, eine auszeichnende Ovation dargebracht haben. Nun hat aber der als Volksmann gewählte Dr. Drefel als Finanzminister die Hoffnungen, welche allgemein und auch von uns selber schon seit 1848 auf ihn gesetzt worden waren, leider nicht erfüllt und hat schließlich namentlich durch das Erwerbssteuergesetz das äußerste Gegenheil von dem verübt, was man von einem volkwirthschaftlichen und volksfreundlichen Finanzminister erwarten und fordern muß. Die allgemeine Verdamnung ist nicht ausgeblieben, und auch wir haben der allgemeinen Verurtheilung zugestimmt, solange Dr. Drefel noch machtvoller Minister war, obwohl es uns sehr schmerzlich schwer fiel, weil wir zu dem Manne bis dahin persönlich in sehr freundschaftlichem Verhältnisse standen. Es widerspricht aber der Bildung unsers Geistes und Gemüthes, unserer Charaktereigenthümlichkeit, verunglückten, gestürzten Staatsmännern Steine nachzuwerfen. Wir sind es seit einer langen Reihe von Jahren gewohnt, unfähige und pflichtvergessene Staatsmänner rücksichtslos zu attackiren, solange sie noch im Besitze der vollen Macht sind, und wir haben das schon in Zeiten gethan, wo die jetzt tonangebenden Liberalen noch nicht aus dem Ei gekrochen waren, wir haben es gegen den allmächtigen Metternich gethan, im Vergleich mit welchem alle nachfolgenden österreichischen Gewalthaber wahrlich zwerghaft erscheinen. Durch eigene Schuld gestürzte Staatsmänner überlassen wir dem Richteramt ihres eigenen Bewusstseins und der Geschichte, und ganz besonders überlassen wir es dem edlen Charakter der modernen Liberalen, vor jeder aufgehenden Sonne anbetend auf den Knien zu liegen, und jeder untergegangenen giftigen Geister nachzuspuhen.

Öffener Dank.

Ich erhielt folgendes Telegramm:

„Prag. Dr. Schufella, Redakteur der „Reform“. Die aus Anlaß der Havlicek-Feier zahlreich versammelten Mitglieder der Arbeiter-Veseda in Karolinenthal gedenken mit tiefstem Danke Ihrer mannhaften Verfechtung der Gleichheit aller Nationen und der Rechte der böhmischen Krone insbesondere und rufen Ihnen ein herzliches Glada und ein donnerndes Ja Zdar.“

Tomáš Kovanda, Präses.“

Ich sage den hochgeehrten Mitgliedern der Arbeiter-Veseda in Karolinenthal meinen herzlichsten Dank und bekenne zugleich meine besondere Freude darüber, daß die Versammlung eben bei der Feier des Gedächtnisses Havliceks meiner freundlich gedacht hat.

Franz Schufella.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schufella.
Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Verwaltung: Laborstraße Nr. 53. 
Druck von H. v. Waldheim.

Die Reform.

No. 21.

Wien, den 26. Mai 1870.

IX. Jahrgang.

Die Aktion.

Das Ministerium Potocki hat seine Aktion begonnen, indem es den Reichsrath und die Landtage, mit Ausnahme des böhmischen auflöste und kund gibt, daß der aus den neuen Landtagen und aus dem alten böhmischen Landtage, den man ergänzen zu können hofft, hervorgehende Reichsrath den Ausgleich vollbringen soll.

Hofft jemand, daß diese Aktion glücklich gelingen werde? Ja, es lebt ein Mann in Oesterreich, der es hofft, er hat es wenigstens selber gesagt, schwarz auf weiß, und zwar schon vor Wochen, zu allererst und früher als den österreichischen Völkern allen fremden europäischen, wahrscheinlich auch amerikanischen, asiatischen und afrikanischen Kabinetten. Dieser einzige hoffnungsfelige Mann ist der Herr Reichskanzler Graf Beust *).

Wenn zugleich mit den kaiserlichen Auflösungspatenten nur der „allerunterthänigste Vortrag“ des Ministerpräsidenten, und nicht auch die Zirkulardepesche

*) Wir müssen hier wiederholt unser Erstaunen und unsern schärfsten Tadel darüber aussprechen, daß der Reichskanzler Oesterreichs es für nothwendig, ja nur für angemessen hielt, über eine innere konstitutionelle Aktion den fremden Kabinetten überhaupt und sogar wochenlang vorher nicht nur die Anzeige zu machen, sondern über Grund und Zweck, Mittel und Wege der Aktion ausführlich Bericht zu erstatten und geradezu Rechenschaft zu geben. Wir finden das unerhört, wir erkennen darin eine Verletzung der Würde Oesterreichs, wir sind überzeugt, daß kein anderer Staat, selbst der allerkleinste nicht sich zu einem solchen diplomatischen Akte herablassen würde. Was geht es die fremden Kabinete an, ob und wie Oesterreich seine Verfassung modifiziren will? Ist es nicht geradezu lächerlich, z. B. dem russischen Kabinete des breitesten darzuthun, daß „die Aufgabe des Ministeriums Potocki darin bestehe, das parlamentarische Regierungssystem zur Realität zu erheben, und daß der vorschwebende reformatorische Gedanke nicht nur konstitutionell in der umfassendsten Bedeutung des Wortes, sondern zugleich verfassungstreu kategorisch sei.“ Glaubte denn Graf Beust, der russische Selbstherrscher und seine Minister wären in Angst gewesen, daß das Ministerium Potocki nicht konstitutionell und verfassungstreu vorgehen, daß das parlamentarische Regierungssystem in Oesterreich nicht zur Realität werden würde?! Graf Beust hat aber zugleich höchst undiplomatisch gehandelt, denn da es Mächte geben kann, denen daran gelegen ist, daß der Ausgleich in Oesterreich nicht zu Stande komme, so war es im höchsten Grade unvorsichtig, diesen Mächten über die beabsichtigte Ausgleichsaktion genaue Kunde zu geben, bevor noch die eigenen Völker dafür gewonnen waren.

des Grafen Beust veröffentlicht worden wäre, so könnte man ungeachtet des noch zu besprechenden ungeheuern Fehlers der Nichtauflösung gerade des böhmischen Landtages ein glückliches Gelingen der Ausgleichsaktion doch nicht als geradezu und gänzlich unmöglich denken. Graf Potocki beleiht sich in seinem Vortrage einer großen Mäßigung, spricht sich mit der durch die faktischen Verhältnisse gebotenen klugen Reserve aus. Gut konstitutionell maßt der Ministerpräsident sich nicht an, der Zukunft zu präjudizieren. Er verkündet nicht den unabänderlichen unverrückbaren Willen und Plan der Regierung, er erklärt nicht: So und so will die Regierung den Ausgleich und so wird sie ihn durchsetzen, entweder in Güte oder mit Gewalt. Da der Ausgleich in konstitutioneller Weise herbeigeführt werden soll, so kann, darf und will Graf Potocki nicht den dazu berufenen legalen Faktoren der Völkervertretung vorgreifen. Er stellt sich zwar auf den formalen Rechtsboden der bestehenden Verfassung und behauptet die legale Kontinuität derselben, jedoch offenbar nur, um Oktrohierungen zu vermeiden, um den Ausgleich eben auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande kommen zu lassen. Daher will Graf Potocki, daß der Reichsrath, wie er nach der jetzigen Verfassung ist, den Ausgleich, also die entsprechende Abänderung dieser Verfassung vollbringen solle. Er schreibt aber nicht auch schon die Modalitäten vor, er verkündet weder, daß der Reichsrath so bleiben müsse, wie er ist, noch wie er anders gestaltet werden solle. Der Ministerpräsident sagt ausdrücklich: „Das formale Recht der Dezemberverfassung bietet die Basis der konstitutionellen Aktion dar, ihre Ausgangspunkte und die Grenze ihrer Mittel, es erschöpft aber nicht die Zielpunkte, zu welchen die Aktion leiten soll.“ Das ist sehr schön und sehr ausgleichsfreundlich gesprochen und scheint zu beweisen, daß Graf Potocki die Möglichkeit, daß die Aktion über die Ziele der Dezemberverfassung hinweg gehen könnte, nicht perhorreszirt. Er gesteht ferner ein, „daß das Ministerium sich der Erkenntniß nicht verschließen konnte, daß manchen der Ansprüche und Forderungen, welche die Parteien an die künftige Entwicklung der Verfassung anknüpfen, der Stempel innerer Berechtigung nicht fehlt.“ Potocki anerkennt also nicht bloß Wünsche und Ansprüche, sondern wirkliche Rechte der Opposition und gesteht ein, daß diese Rechte nicht durch die bestehende Verfassung, sondern erst durch die künftige Entwicklung d. h. durch die Modifizirung derselben befriedigt werden können. Der Ministerpräsident erlaubt es sich jedoch abermals nicht, schon im voraus das Programm dieser Befriedigung aufzustellen, sondern er sagt, „daß in der gerechten Prüfung dieser Ansprüche, in ihrer Abwägung und thunlichen Befriedigung die Grundlage der Verständigung und Versöhnung und damit die Grundlage eines auch die bisher widerstrebenden Elemente umschließenden gemeinsamen Verfassungslebens gesucht werden müsse.“ Dieses gerechte Prüfen und Abwägen der Ansprüche, diese thunliche, d. h. den nothwendigen Interessen der Gesamtmonarchie nicht widerstrebende Befriedigung derselben, dieses Suchen und Finden der Grundlage für die Versöhnung, für ein gemeinsames Verfassungs-

leben aber überläßt Graf Potocki echt konstitutionell in erster Linie den legal berufenen Vertretern der Völker, wobei selbstverständlich das verfassungsmäßige Recht der Krone vorbehalten bleibt, ihre Zustimmung zu geben oder nicht. Deshalb motivirt der Ministerpräsident die Auflösung des Reichsrathes und der Landtage mit der unbezweifelbaren Wahrheit, „daß die Neugestaltung des verfassungsmäßigen Rechtes der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zur Wahrung der Gesamtinteressen und zur Befriedigung der berechtigten Einzel-Ansprüche nur erreicht werden kann, wenn der Bevölkerung dieser Königreiche und Länder unmittelbar Gelegenheit geboten wird, ihren Rechtsüberzeugungen und politischen Tendenzen durch Neuwahlen Ausdruck und Gewicht zu geben.“

Mit allen diesen Aeußerungen des Grafen Potocki könnte man einverstanden sein und daraus die Ueberzeugung schöpfen, daß ein neues Ministerium zu dem Zwecke eingesetzt worden sei, um eine wirklich neue Politik zu üben, nicht aber die alte fortzusetzen, welche ein so entschiedenes Fiasco gemacht. Mit den besten dieser seiner Aeußerungen kommt jedoch der Ministerpräsident in Widerspruch durch den ganz unverzeihlichen Fehler der Nichtauflösung gerade des böhmischen Landtages. Wir wollen nicht hervorheben, daß der jetzige böhmische Landtag, obwol er formell beschlußfähig ist, doch weder das materielle noch moralische Ansehen der wirklichen Vertretung des Königreichs Böhmen besitzt, weil er eben nur die Minorität der Bevölkerung repräsentirt. Wir wollen nicht daran erinnern, durch welche ganz unerhörte Wahlbeeinflussung die jetzige formell beschlußfähige Majorität in die böhmische Landtagsstube gebracht worden ist. Wir wollen der Regierung nicht zu Gemüthe führen, daß die Aufrechterhaltung des jetzigen deutschböhmischen Kumpflandtages, durch welchen die slavische Majorität der Bevölkerung an die Wand gedrückt, kontumazirt und vergewaltigt worden ist, die schwerste Beleidigung des Rechts- und Ehrgefühles des böhmischen Volkes ist. Wir wollen nur die Aeußerung kritisiren, mit welcher Graf Potocki die Nichtauflösung des böhmischen Landtages motivirt. Er sagt: „Das Ministerium hat keineswegs die Ueberzeugung gewonnen, daß die Bescheidung des Reichsrathes von Seite des böhmischen Landtages, also die unverrückbare Voraussetzung der verfassungsmäßigen Aktion im Falle der Gesamtterneuerung dieses Landtages jetzt schon als zweifellos erscheinen kann.“ Wir fragen nun: Hat das Ministerium jetzt schon die zweifellose Ueberzeugung gewonnen, daß die neuen Landtage von Mähren, Galizien, Tirol, Krain u. s. w. den Reichsrath beschieden werden? Wir fragen ferner, ob es denn zweifellos, ja ob es denn auch nur im geringsten Maße wahrscheinlich ist, daß die Ergänzungswahlen in Böhmen ein für die Reichsrathsbescheidung günstiges Resultat haben werden? Glaubt denn Graf Potocki, daß das böhmische Volk jetzt, wo es sich nach einer flüchtigen Hoffnung abermals getäuscht und zurückgesetzt sieht, dadurch bewogen werden wird, von seinen bisherigen Führern, von seinen zweimal gewählten Vertretern abzufallen?

Wenn nun, wie mit Bestimmtheit vorauszusehen ist, aus den Ergänzungswahlen wieder dieselben Deklaranten hervorgegangen sein werden, wird das Ministerium sich dann mit dem jetzigen deutschböhmischem Landtage begnügen, oder wird es kraft des Nothwahlgesetzes das czechische Volk zu direkten Wahlen auffordern? Im letztern Falle kann man vielleicht einige böhmische Köpfe mehr, gewiß aber nicht die Vertretung der Majorität von Böhmen in den Reichsrath bringen. Die Deutschböhmen werden den Reichsrath allerdings beschicken, aber in demselben gegen jede wahrhaft ausgleichsfreundliche Tendenz des Ministeriums Opposition machen, denn die Deutschböhmen wollen aus kindischer Furcht für ihre Nationalität und vermöhnt durch ihre jetzige Herrschaft eine künstlich und gewalthätig privilegierte Stellung.

Die Nichtauflösung des böhmischen Landtages ist vorzüglich schon deshalb ganz ungerechtfertigt, weil die Führer der böhmischen Opposition sich bereit erklärt haben, von der Deklaration insoweit abzugehen, daß sie in einen auf Grundlage des Februargesetzes gewählten neuen Landtag eintreten wollten. Nach dieser bedeutenden Konzeßion würden sie sich wol auch bewogen gefühlt haben, vorerst wenigstens den Reichsrath zum Behufe der Verfassungsrevision zu beschicken. Und wenn nur erst einmal die Vertreter aller Königreiche und Länder beisammen wären, so dürfte man wol einen befriedigenden Ausgleich hoffen, zumal aus den Neuwahlen in den deutschen Ländern jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach ausgleichsfreundliche, wahrhaft gerechte und freisinnige Männer hervorgehen werden. Diese Hoffnung wird durch die Nichtauflösung des böhmischen Landtages vereitelt. Es wäre daher dringend zu rathen, daß dieser verhängnißvolle Fehler korrigiert würde, bevor die verderblichen Folgen eingetreten. Es ist gewiß besser, einen begangenen Fehler rasch zu verbessern, als sich später unter gesteigerten Schwierigkeiten dazu gezwungen zu sehen.

Allein wenn auch dieser Fehler gar nicht begangen worden wäre, oder sofort korrigiert würde, so werden doch alle Hoffnungen, die man aus dem Potocki'schen Vortrag schöpfen könnte, dadurch gänzlich vernichtet, daß zugleich auch das Beust'sche Rundschreiben veröffentlicht worden ist. Dieses schon in einem Momente, wo das Ministerium Potocki noch gar kein Lebenszeichen von sich gegeben hatte, in alle Welt geschickte Zirkular beweist, daß Graf Beust der eigentliche Entrepreneur der Aktion ist. Da man nun voraussetzen muß, daß der Reichskanzler seine Depesche nicht ohne Genehmigung des Kaisers und auch nicht gegen Wissen und Willen des Ministerpräsidenten versendet habe, so muß man leider annehmen, daß Graf Potocki bloß die Ausführung des Programms des Grafen Beust übernommen hat. Dieses Programm vernichtet aber, wie gesagt, alle Hoffnung, welche die Völker auf eine neue Aktion und auf das neue Ministerium gebaut haben, und welche man aus dem Vortrage Potocki's schöpfen könnte, wenn man es allein vor sich hätte. Das Programm Beust's widerspricht allen Äußerungen Potocki's, vorzüglich in dem Kardinalpunkte, daß es das wahre konstitutionelle

Prinzip nicht achtet, keinen frei vereinbarten Ausgleich in Aussicht stellt. Beust präjudiziert der Zukunft, er überläßt das Ausgleichswert nicht den dazu legal berufenen Faktoren, sondern schreibt es kategorisch vor unter sogleicher Drohung gegen die Ungehorsamen, die sich seinem *Sic volo, sic jubeo!* (So will, so befehle ich es!) nicht unterwerfen würden.

Und was will denn Graf Beust? Er will die Politik perfekt machen, welche ihm Franz Deak diktiert hat. Er will die diesseitigen Königreiche und Länder zu einem Einheitsstaat verschmelzen, ein parlamentarisch centralisirtes Cisleithanien schaffen. Während die opponirenden Völker eine Modifikation der Verfassung verlangen, um ihre nationale und staatsrechtliche Selbständigkeit zu wahren, will Beust die Verfassungsreform zu dem Zwecke durchführen, daß die Königreiche und Länder auch noch das wenige, was ihnen durch die Februar- und Dezembergesetze an Selbständigkeit gelassen worden ist, verlieren sollen, nämlich das Recht, die Centralvertretung aus den Landtagen zu beschicken. Graf Beust will Oesterreich nach dem Muster Sachsens konstituiren. Sachsen hat bekanntlich aus begreiflichen Gründen nur ein Centralparlament und nicht auch noch sieben Landtage. Da nun die österreichischen Landtage vorderhand noch nicht abgeschafft werden können, so will Graf Beust vorerst wenigstens ein von diesen Landtagen unabhängiges „Vollparlament“ schaffen, mit der offenbaren Tendenz, das Ansehen der Landtage immer mehr herabzudrücken, sie nach und nach ganz zu beseitigen; ein Centralparlament, in welchem die Dalmatiner und Bukowinaer u. s. w. über die Gesetzgebung für Ober- und Unterösterreich u. s. w. und umgekehrt entscheiden sollen, ein Vollparlament, in welchem, wenn es wirklich voll wird, die Deutschen der Majorisirung preisgegeben sein werden. Beust will den Dualismus strikte durchführen, aber nicht einmal mit derselben Gerechtigkeit, Freisinnigkeit und Klugheit, welche die Magyaren Kroatien gegenüber bewiesen haben. Kein cisleithanisches Land, auch nicht das Königreich Böhmen soll eine solche staatsrechtliche Stellung bekommen, wie die Magyaren sie dem Königreich Kroatien gewährt haben. Beust anerkennt in Oesterreich überhaupt nur „nationale Wünsche und Strebungen nach Autonomie, Selbstverwaltung und freier geistiger wie bürgerlicher Entwicklung,“ und diesen Wünschen will er „ohne kleinliche oder von Befangenheit eingegebene Bedenken“ entsprechen. Sehr großmüthig! Aber von den durch die Geschichte gegebenen, durch feierliche Verträge garantirten besondern staatsrechtlichen Verhältnissen der österreichischen Königreiche und Länder unter einander und zur Dynastie weiß Graf Beust nichts und will nichts davon wissen. Für ihn datirt die Geschichte Oesterreichs wol erst von seinem Eintritt in den österreichischen Staatsdienst und von seinem Ausgleich mit Ungarn. Besonders das historische, auf beiderseitigen Verträgen beruhende Verhältniß, in welchem das Königreich Böhmen genau mit denselben Rechten wie das Königreich Ungarn zu dem Herrscherhause steht, ignoriert Graf Beust gänzlich. Dieses Königreich, welches selbst unter dem Absolutis-

mus als ein selbständiger Staatskörper respektirt worden ist, soll nach dem Diktat Beust's als solches verschwinden und künftig blos ein Regierungsbezirk Sieleithaniens sein. Kurz, der Herr Reichskanzler, der sich zur Zeit der Minister-spaltung im offenen Parlamente für das Memorandum der Drei erklärt hatte, genirt sich jetzt gar nicht, das Programm der Fünf durchführen zu wollen. Nun, dazu hätte man wahrlich keinen Ministerwechsel gebraucht; im Gegentheil wäre es korrekt gewesen, daß das Bürgerministerium an die Völker appellirt hätte und erst nach einer Niederlage bei den Neuwahlen zurückgetreten wäre. Dadurch wäre die Situation rascher klar geworden.

Doch Graf Beust mag wol noch besondere Ursachen gehabt haben, sich des Bürgerministeriums zu entledigen. Er ist jetzt wieder Herr der Situation, und er mochte wol auch das Bedürfnis gefühlt haben, sich bei den Verfassungstreuen wieder zu rehabilitiren. Nun bei einem Theile derselben kann ihm das wirklich gelingen, man merkt bereits in einigen Blättern die Zeichen davon. Der Herr Reichskanzler hat auch tüchtig in das Horn der Verfassungsortodoxen geblasen. Wahrhaftig, als wir seine Zirkulardepeche lasen, glaubten wir einen Leitartikel der „Neuen freien Presse“ vor uns zu haben. Ganz wird sich Graf Beust jedoch die Gunst dieser Partei nimmer gewinnen. Sie will eben, daß der Reichskanzler im Reiche selbst gar nichts drein reden soll; sie gönnt ihm zwar seine hohe Stellung, doch soll sie recht eigentlich in der Luft schweben. Die wahrhaft freisinnigen Deutschen aber wenden sich von einer Politik ab, deren Unmöglichkeit sich so eklatant erwiesen hat, und die höchstens durch Gewalt möglich gemacht werden könnte, wodurch aber selbstverständlich die Freiheit im Prinzip geschändet und in der That aufgehoben werden würde.

Möge es aber dem Grafen Beust auch wirklich gelingen, mit Hilfe der dezembristischen Orthodoxen und Terroristen die Aktion des Jahres 1867 zu wiederholen, mögen die Polen, Krainer, Tiroler u. gehorsam in den Reichsrath kommen, die Czechen aber noch einmal an die Wand gedrückt werden, möge man dann wieder einige Autonomieerweiterung zu Papier bringen; die Folgen werden genau dieselben sein, wie diejenigen der so kläglich durchgefallenen Aktion von 1867, ja noch schlimmer und gefährlicher.

Gott erhalte Oesterreich! Die Oesterreicher selber, namentlich die ureigentlichen scheinen dafür nicht mehr das richtige Verständniß und treue Gefühl zu haben.

Der italienische Vulkan.

Die Nachrichten über revolutionäre Ausbrüche, über eine weitverzweigte republikanische Verschwörung in Italien sind, wenn auch mit journalistischer

Uebertreibung gebracht, jedenfalls von ernster Bedeutung und schlimme Vorzeichen einer stürmischen Zukunft des Königreichs Italien.

Es gibt Politiker, welche dieses geeinigte italienische Nationalreich für bereits vollkommen fertig und auf die Dauer fest begründet halten. Je leichter und rascher das Königreich Italien gleichsam wie eine Improvisation zu Stande kam, desto mehr gab sich die Welt einer voreiligen Bewunderung hin und dem Glauben, daß die Italiener schon alle Schwierigkeiten überwunden hätten. Die Weltstaaten beeilten sich, den neuen italienischen Großstaat in den Rath der großen Politik aufzunehmen, um dessen Freundschaft zu buhlen, Bündnisse mit ihm zu schließen. Hierin war besonders Oesterreich eifrig, seit es der Leitung des Herrn v. Beust überantwortet war. Dieser Staatsmann, welcher in Deutschland rastlos für die Erhaltung der Mittel- und Kleinstaaten gewirkt und einen Krieg gegen die preussische Einigungspolitik herbeidiplomatist hatte, welche doch eine Nachahmung der Cavour'schen Politik war und ist, bewunderte in Betreff Italiens den Sieg dieser Politik, hielt diesen Sieg für einen vollendeten und das jetzige Königreich Italien für ewige Zeiten fest begründet, war daher eifrig bemüht, die italienische Freundschaft für Oesterreich zu gewinnen, obwol dieses Italien der Kampfgenosse Preußens gegen Oesterreich gewesen war und noch immer dessen Alliirter ist, obwol die italienischen Nationaltendenzen noch immer gegen Oesterreich feindlich sind.

Wenn nun schon die hohe Diplomatie vor dem neuen Königreich Italien einen so großen Respekt hatte, dasselbe als eine vollendet gelungene Schöpfung der Nationalpolitik betrachtete, so geschah dies selbstverständlich in umso höherem Grade von Seite des vulgären Liberalismus. Die Liberalen bewunderten und beneideten die Italiener ob ihrer Freiheit und nationalen Einheit, ihnen war das früher in politischer Beziehung ziemlich geringgeschätzte italienische Volk plötzlich eine Musternation, sie hielten Italien für eine mächtige Stütze der allgemeinen Freiheit, ja sie waren in der Geistes- und Gemüthsbeschaffenheit, den zeitweiligen exaltirten Proklamationen Garibaldi's Glauben zu schenken, in denen er mit schwärmerischer Selbstüberschätzung verkündete, daß er, wie er Neapel von der legitimen Herrschaft befreit hatte, alle Völker Europas, ja der ganzen Welt zu befreien, jeden Augenblick bereit wäre. Die europäischen Liberalen hatten und haben in Betreff Italiens nur noch einen Kummer, Schmerz und Aerger, nämlich darüber, daß das Königreich noch nicht Rom zur Hauptstadt hat. Wenn die Soldaten Viktor Emanuels in Rom einrücken und den Papst davonjagen werden, dann, so glauben und hoffen die Liberalen, wird die Freiheit, Glückseligkeit und Macht Italiens vollendet sein.

Die italienische Regierung ließ sich die ihr von Potentaten, Diplomaten und Demokraten dargebrachten Schmeicheleien und Huldigungen äußerlich wohlgefallen; innerlich aber wußte sie besser, als alle Welt, daß sie noch sehr weit davon entfernt ist, diese Bewunderung wirklich zu verdienen. Viktor Emanuel

weiß sehr gut, wo ihn der Schuh, eigentlich der Stiefel drückt; nämlich vorzugsweise in Süditalien, welches bekanntlich mit einem Stiefel verglichen wird. Der Erfolg des Sardenkönigs war allerdings ein ganz außerordentlicher. Es war geschehen, was man kaum für möglich gehalten hätte. Alle italienischen Stämme haben das piemontesische Kreuz auf sich genommen, es haben sich sogar die stolzen Neapolitaner und Palermitaner der Herrschaft der Piemontesen unterworfen, welche sie doch früher nur als Halbtaliener betrachtet und als Halbbarbaren ziemlich verachtet hatten. Dessenungeachtet aber ist Viktor Emanuel bis zu diesem Augenblicke noch nicht zu dem ruhigen Bewußtsein gelangt, auf seinem italienischen Königsthronen fest zu sitzen. Er weiß es, daß sein Nationalkönigreich noch lange nicht fertig ist, er weiß es, daß dieses Reich einem Vulkan gleicht, der jeden Augenblick mit einer Eruption droht. Viktor Emanuel kennt auch die Ursachen dieses Zustandes.

Italien verdankt erstlich seine jetzige Stellung nicht der eigenen Kraft, sondern fremder, zunächst französischer und dann preussischer Hilfe. Wenn die Italiener auf ihre Kraft allein beschränkt gewesen wären, wer könnte bezweifeln, daß Oesterreich sie besiegt hätte. Nur durch fremde Hilfe ist Italien von der österreichischen Herrschaft befreit worden, aber diese Befreiung ist ihm theuer zu stehen gekommen, ja es ist eigentlich gar keine Befreiung, sondern nur ein Wechsel der Herrschaft. Die Italiener haben die österreichische Herrschaft als eine Fremdherrschaft gehaßt, und nun stehen sie unter französischer Herrschaft, die ihnen ebenso fremd und ebenso verhaßt ist, wie die österreichische. Die Abhängigkeit von Frankreich zerstört das Ansehen, lähmt die Kraft der Regierung, beleidigt den Stolz, reizt den Zorn des Volkes von Italien. Darin liegt eine Hauptursache der Unsicherheit des neuen Königreichs.

Und warum hat denn Napoleon III. für die sogenannte Befreiung Italiens zu den Waffen gegriffen? Wahrlich nicht aus Freundschaft für das piemontesische Königshaus und auch nicht aus besonderer Vorliebe für ein einiges Königreich Italien. Die Bomben Orsini's haben Napoleon an seinen Carbonaro-Eid erinnert, aus Furcht vor den Republikanern ist er im Widerspruche mit den Traditionen der französischen Politik und mit den wirklichen Interessen Frankreichs als Befreier Italiens aufgetreten. Er hat dabei weit weniger als Freund Italiens, denn als Feind Oesterreichs gehandelt und er hat nicht das Königshaus Savoyen-Carignan erhöhen, sondern die italienischen Revolutionsmänner, welche überhaupt jedes Königthum verwerfen, beschwichtigen und versöhnen wollen. Nun ist aber das Werk derjenigen, als deren Werkzeug Napoleon III. gedient hat, nicht vollbracht, Italien ist nicht für sich selbst, sondern nur für Viktor Emanuel frei geworden; deshalb verachten die italienischen Republikaner das neue Königthum als ein französisches Machwerk und sind fortwährend bestrebt, es zu stürzen. Dies die zweite Ursache des Schwankens der national sein sollenden und wollenden italienischen Gesamtmonarchie.

Die dritte wichtige Ursache liegt aber in der italienischen Regierung selber und namentlich in der Person Viktor Emanuels. Dieser König ist durchaus nicht dem Berufe gewachsen, welchen ihm Cavour vorgezeichnet hat und in den er durch die Ereignisse hineingerissen worden ist. Doch wenn Viktor Emanuel für diesen Beruf auch die volle Begabung hätte, so könnte er sie doch nicht anwenden, weil ihm etwas sehr wesentliches fehlt, nämlich der Einklang mit sich selbst, das ruhige Bewußtsein, das gute Gewissen. Ein dynastisch legitimer Monarch, welcher andere legitime Monarchen vom Throne gestoßen, sich ihrer Länder und sogar ihres Privateigenthums bemächtigt hat, ist von dem Bewußtsein und Gefühl gedrückt, dadurch revolutionär, als Werkzeug derjenigen gewirkt zu haben, welche überhaupt kein Monarchenthum anerkennen. Ein solcher König ist nicht mehr im Stande, die monarchische Autorität in moralischer Weise geltend zu machen, weil er sich dadurch selber perisfieren würde. Einem solchen Monarchen bleibt nur noch die Gewalt. Wenn er sich aber den größten Theil dieser Gewalt ebenfalls von der Revolution in die Hand geben, wenn er sich, wie Viktor Emanuel ein ganzes Königrich von einem Revolutionsmanne wie Garibaldi hat schenken lassen, so fühlt ein solcher König, daß auch die Gewalt in seiner Hand unsicher, unzuverlässig ist, daß viel weniger die Gewalt seiner Herrschaft, als vielmehr er selber lediglich als Werkzeug der Gewalt dient. Es ist nicht möglich, die Doppelrolle, zugleich wahrhafter König und revolutionärer Thronumstürzer zu sein, dauernd mit günstigem Erfolge zu spielen. Könige, wie Viktor Emanuel müssen erkennen, daß sie durch die logische Konsequenz ihrer eigenen Thaten verpflichtet wären, nachdem sie andere Throne umgestoßen, schließlich den eigenen Thron umzuwerfen und die Republik zu proklamiren. Da sie aber selbstverständlich nicht Lust haben, das zu thun, so fürchten sie beständig, daß andere es thun werden. In diesem Zustande befindet sich Viktor Emanuel, der König von Italien von des Franzosenkaisers und Garibaldi's Gnaden, und das ist eine wichtige Ursache des schwankenden Bestandes des italienischen Nationalreiches.

Dazu kommt noch, daß Cavour bisher noch keinen ihm ebenbürtigen Nachfolger gefunden hat. Es ist merkwürdig, Cavour, der doch eigentlich ein Franzose war, hat die Realisirung der großen Idee der Nationaleinigung begonnen, aber es findet sich kein Italiener, welcher das Genie und die Kraft hätte, das Werk im Geiste des Urhebers zu vollenden. Die seitherige Regierung Italiens ist in den meisten Beziehungen eine Mißregierung gewesen. Dieses Urtheil spricht die Mehrzahl der Italiener selber aus. Man hat wenig, ja fast gar nichts gethan, um das Nationalreich in großartigem Style auszubauen, sondern die Geschäftigkeit der Regierung besteht vorzugsweise darin, die neuen Besitzungen für das Haus Savoyen zu adaptiren. Das italienische Volk hat bisher der nationalen Einigung nur große Opfer bringen, für dieselbe schwere Pflichten erfüllen, drückende Lasten tragen müssen; einen wirklichen Nutzen, ein erhebendes Vergnügen hat es davon noch nicht gehabt. Die Regierung regalirt das italie-

nische Volk vorzüglich mit etwas, was sie ihm nicht geben kann, vielleicht gar nicht geben will, nämlich mit Rom. Sie reizt fortwährend das Verlangen nach Rom und stellt die Nichtbefriedigung dieser Begierde als die Hauptursache aller Uebel dar. Man scheint wirklich zu glauben, oder doch glauben machen zu wollen, daß die italienische Regierung, wenn sie in Rom residirte, unfehlbar und allmächtig sein würde, um allgemeine Glückseligkeit verbreiten zu können. Es gehört aber wenig Scharfsinn dazu, um zu erkennen, daß durch die Erwerbung Roms die Zustände Italiens um nichts gebessert werden würden, daß das Königreich, wenn dessen Thron in Rom stünde, nicht nur nicht gesicherter, sondern im Gegentheil gefährdeter sein würde als jetzt, denn die Erwerbung Roms würde einerseits die republikanische Idee begeistern und zur Realisirung derselben reizen, und anderentheils würde der Sturz des Papstes das katholische Gefühl der Masse des italienischen Volkes verletzen und dem Königreich Italien die Feindschaft der ganzen katholischen Welt zuziehen. Die italienische Regierung deutet aber mit besonderer Vorliebe eben die moderne kirchenfeindliche Tendenz aus, um sich dadurch in einen liberalen Nimbus zu hüllen, während sie im übrigen immer reaktionärer wird. Sie kann aber auch wirklich keine wahre Freiheit gewähren, weil sie fast lauter unzufriedene, ja feindliche Elemente gegen sich hat und sich gezwungen sieht, dieselben mit Gewalt nieder zu halten, um sich selber und die jetzige Ordnung der Dinge aufrecht zu erhalten.

So ist denn das neue freie Italien recht vollständig ein Militärstaat geworden. Die Kräfte der Nation werden maßlos vergeudet, damit die Regierung beständig mit einer großen Waffenmacht auf dem Kriegsfuß stehen kann. Wozu braucht denn Italien eine so große Armee und Flotte? Wird es etwa von andern Mächten bedroht? Offenbar nicht, da ihm ja sogar Oesterreich in zuvorkommendster Weise seine Freundschaft dargebracht hat. Oder rüstet Italien unablässig, um das französische Protektorat abzuschütteln und von Oesterreich noch weitere Eroberungen zu machen? Das würde ihm sehr schlecht bekommen, würde der jetzigen Herrlichkeit gewiß ein Ende machen. Nein, die italienische Regierung braucht die große Waffenmacht, um das gewaltthätig aufgerichtete einige Königreich mit Gewalt zusammenzuhalten. Abgesehen von allen andern Unzufriedenheiten widerspricht die uniforme Zentralisation der natürlichen Lage und Beschaffenheit des Landes, den geschichtlichen Erinnerungen, dem Charakter und den Bedürfnissen der italienischen Volksstämme. Diese Staatsform kann nur durch bureaukratische Fesseln und militärische Gewalt zusammengehalten werden, und deshalb kann und wird sie nicht von Dauer sein. Die italienische Regierung muß beständig auf einen Bürgerkrieg gefaßt sein, und zwar nicht etwa bloß mit den Republikanern, sondern auch mit den Gegnern der Zentralisation und mit den Anhängern der vertriebenen Fürstenhäuser. Oder glaubt man etwa, daß diese Dynastien in Italien keinen Anhang mehr hätten? Ihr Anhang ist groß, und das Benehmen der Piemontesen macht ihn immer größer.

Gegenwärtig sind an vielen Punkten Italiens republikanische Schilderhebungen vorgekommen. Die Regierung ist siegreich, aber noch nicht fertig. Es ist möglich, daß sie es mit verfrühten Ausbrüchen der noch nicht vollständig geeinigten und disciplinirten Aktionspartei zu thun hat, es können aber diese vereinzeltten Aufstände auch die Vorboten einer bereits organisirten allgemeinen Erhebung sein. Vorerst haben nur Republikaner zu den Waffen gegriffen, es ist aber nicht unmöglich, daß sich schließlich alle Unzufriedenen vereinigen, um zunächst das jetzige Regime zu stürzen. Es ist wahrscheinlich, daß sich aus diesem Kampfe zuerst die Republik entwickeln, aber gewiß ist es, daß sie sich nicht lange halten wird. Die Republik wird zum Chaos, zur Einmischung des Auslandes, zur Restauration führen.

Preußen und Rußland.

Es ist nichts außerordentliches, daß der russische Czar ein deutsches Bad besucht, es ist natürlich, daß er den Weg über Berlin nimmt und daselbst mit Herzlichkeit, beziehungsweise mit Ehrfurcht empfangen wird, und es ist selbstverständlich, daß die Partei Journale die Gelegenheit benutzten, theils um aus dem russischen Besuche politisches Kapital zu machen, auf die Freundschaft Rußlands zu pochen, theils um den trivialen Russenhaß zu offenbaren und in sehr unpolitischer Weise darzustellen, ein Bündniß mit Rußland sei ungefähr dasselbe, als ob man sich dem Teufel verschrieben hätte. Der jüngste Besuch des Czaren in Berlin hatte jedoch eine besondere Bedeutung, weniger dadurch, daß die Preußen mit demselben in ostentativer Weise prunken, als vielmehr deshalb, weil kurz vorher von vielen Seiten die Nachricht verbreitet worden war, das Verhältniß zwischen Preußen und Rußland sei erkaltet, man sehe in Petersburg auf den preußischen Machtanwachs mit der Besorgniß, daß die preußische Nationalpolitik sich auch nach Osten wenden und nach den russischen Ostseeprovinzen greifen könnte. Es waren vorzüglich österreichische offiziöse Publizisten, welche das Verhältniß so darstellten und dabei nicht unterließen, der Welt zu verkünden, daß Graf Beust die Situation eifrig benutze und mit glücklichem Erfolge daran arbeite, Preußen zu isoliren. Dabei suchten die Journalisten der österreichischen Reichskanzlei nachträglich sich und andere mit der Annahme und Angabe zu trösten, daß im Jahre 1866 Rußland seine Sympathie nicht Preußen, sondern Oesterreich zugewendet, diesem den Sieg gewünscht hätte, daß man in Petersburg die Niederlage Oesterreichs und die Ausschließung desselben aus Deutschland als eine gefährliche Störung des politischen Gleichgewichtes betrachte u. s. w.

Alle diese mit großen Eifer kolportirten Angaben sind nun durch die überaus freundschaftliche Begegnung der Herrscher Preußens und Rußlands thatsächlich

dementirt, und es sind officiöse preußische Journale sogar ermächtigt worden, die stolze Versicherung zu geben, daß Rußland mit der deutschen Politik Preußens vollkommen einverstanden sei, und im Jahre 1866 in Bereitschaft gewesen wäre, im Falle eines Unglücks der preußischen Waffen gegen Oesterreich Hilfe zu leisten. Letztere Angabe mag bezweifelt werden können, ist aber jedenfalls glaubwürdiger, als die anderseitige Behauptung, daß man in Petersburg den Sieg Oesterreichs über Preußen gewünscht hätte. Oesterreich ist unter allen Umständen ein Hinderniß für die russische Politik, und durch ein über Preußen sieghaftes Oesterreich hätte sich Rußland mit Grund bedroht fühlen können. Man muß es daher österreichischerseits in der That schon rühmend anerkennen, daß Rußland im Jahre 1866 passiv neutral geblieben ist, daß es nicht gleich in vorhinein mit Preußen gemeinsame Sache gemacht hat, wozu es von Bismarck dringend aufgefordert worden war, und was eine sehr günstige Gelegenheit gewesen wäre, die „Undankbarkeit“ Oesterreichs zu strafen. Die Enthaltksamkeit Rußlands war in der That ein Glück für Oesterreich, es hat damals Rußland schon dadurch, daß es nicht als aktiver Feind Oesterreichs aufgetreten ist, diesem wahrhaftig einen Freundschaftsdienst erwiesen. Die Lage Oesterreichs wäre ganz verzweifelt gewesen, wenn es im Jahre 1866 noch eine dritte Armee gebraucht hätte, um die Russen von Galizien abzuwehren. Wenn man aber die damalige Haltung Rußland gebührend anerkennen muß, so darf man daraus doch keineswegs folgern, daß Rußland gegenwärtig mehr Sympathien für das besiegte Oesterreich, als für das siegreiche Preußen hätte, man muß vielmehr ein inniges Einverständniß zwischen Preußen und Rußland als eine unbezweifelbare Thatsache betrachten.

Die Interessen und Tendenzen Preußens und Rußlands kollidiren nicht, sind vielmehr in wesentlichen Beziehungen eng verbunden. Von großer Bedeutung ist es, daß zwischen beiden Staaten durchaus keine Animosität, keine Antipathie herrscht. In beiden Regierungen und in beiden Völkern ist noch die Erinnerung an die glorreiche Waffenbruderschaft gegen Napoleon I. sehr lebhaft, und die daraus entspringenden freundlichen Gefühle sind durch kein neueres Ereigniß geschwächt worden. Auch sind die Preußen nicht so hoffärtig deutschthümeln, daß sie Rußland verachten und verdammen möchten, weil es noch nicht auf derselben Kulturstufe steht wie Deutschland und weil es ein slavischer Staat ist. Die preußischen Journale halten es nicht für eine Pflicht und Mode, auf alles zu schimpfen, was russisch ist und heißt. Die Preußen sind ferner bereits viel zu praktische Politiker, als daß sie ein Bündniß mit Rußland deshalb perhorresziren würden, weil dieses absolut beherrscht wird. Die preußischen Politiker haben ein zu festes Bewußtsein und Selbstvertrauen, als daß sie kindisch ängstlich fürchten möchten, Preußen könnte in der Allianz mit Rußland von dem russischen Absolutismus angesteckt werden. Sie fürchten solches jetzt umso weniger, da sie sehen, daß sogar die nordamerikanischen Republikaner es

nicht scheuen, mit dem autokratisch beherrschten Rußland im Bündniß zu stehen. Die Preußen sehen wie die Amerikaner und Engländer bei den Allianzen auf die praktischen Interessen, nicht aber auf politische Doktrinen und Systeme.

Ein Bündniß zwischen Preußen und Rußland ist zuoberst dadurch angezeigt, weil beide Staaten Oesterreich als ihren natürlichen Gegner erkennen. Preußen sieht in der deutschen, Rußland in der orientalischen Politik Oesterreich als ein Hinderniß, als eine Bedrohung, als eine wirkliche Gefahr; beide müssen ein starkes Oesterreich fürchten und werden daher natürlich zur gemeinsamen Abwehr veranlaßt, ja gedrängt. Das Bündniß wird dadurch begünstigt, weil Preußen im Orient keine besondern Interessen hat, weil es seinerseits ohne Gefahr Rußland auf diesem Schauplatze schalten und walten lassen kann, und weil anderntheils die deutsche Politik Preußens mit den russischen Interessen nicht nur nicht kollidirt, sondern denselben sogar nützlich dient, indem Rußland sich durch ein unter preußischer Führung geeinigtes Deutschland gegen Westen geschützt sieht.

Preußen und Rußland sind eng verbunden durch das Verbrechen, welches sie an Polen begangen haben, welches sie fortsetzen und vollenden wollen. Beide Staaten denken nicht daran, ihren Antheil von dem ehemaligen polnischen Reiche jemals wieder herauszugeben, sind vielmehr eifrig bemüht, sich diese polnischen Gebiete gänzlich einzuverleiben, das Polenthum zu absorbiren. Zur Zeit des Wiener Kongresses wäre Preußen allerdings geneigt gewesen, auf eigentlich polnisches Land zu verzichten, wenn es dafür das ganze Sachsen bekommen hätte. Damals war Rußland dagegen, weil Alexander I. Sachsen nicht preisgeben und weil er ein nationales Königreich Polen in der Personalunion mit Rußland herstellen wollte. Seitdem aber haben sich die Verhältnisse gänzlich geändert. In seiner jetzigen Stellung in Deutschland und nachdem es Posen bereits zur Hälfte germanisirt hat, denkt Preußen nicht mehr daran, auch nur eine Quadratmeile polnischen Gebietes herauszugeben, zumal es weiß, daß die Polen in die äußersten Konsequenzen gehen und für die Wiederherstellung ihres Reiches auch die Ostseeküste verlangen. Rußland ist zu der traurigen Ueberzeugung gelangt, daß das Auskunftsmittel, welches Alexander I. zur Sühnung des an Polen verübten Verbrechens anwenden, und welches Alexander II. theilweise nachahmen wollte, vergeblich ist, Rußland erkennt die Unmöglichkeit, die Polen freundlich zu gewinnen, und hat sich daher wie Preußen zur Vernichtung des Polenthums entschlossen. In der Solidarität betreffs Polens sind Preußen und Rußland wieder Gegner Oesterreichs. Dieses ist zwar auch Mitschuldiger und Theilnehmer an der Zerreißung Polens, aber es arbeitet nicht an der Vernichtung der polnischen Nationalität, geht vielmehr eben jetzt gern oder ungern daran, dieselbe selbständig zu konstituiren. Dadurch fühlen Preußen und Rußland sich bedroht und zu einem Bündniß gegen Oesterreich gedrängt, um zu verhüten, daß Oesterreich so weit erstärke, um zu einer polenfreundlichen Aktion zu schreiten; mit

welchem Gedanken zum Ueberflusse die Wiener Offiziösen sehr unvorsichtiger Weise flunkern. Rußland blickt aber in Betreff Polens auch mit Besorgniß nach Frankreich. Dieses ist noch immer vorzugsweise das Ayl der polnischen Emigration, und ungeachtet oftmaliger Täuschung hoffen die Polen doch noch immer auf französische Hilfe. Die verschiedenen französischen Regierungen haben auch zeitweilig einige polenfreundliche Phrasen in Bereitschaft, und besonders für Napoleon III. könnte es zu den Traditionen der Hauspolitik gehören, sich der Polen anzunehmen, wenn auch nur, um sie, wie Napoleon I. es gethan, eben gegen Rußland zu gebrauchen. Da nun in Wien eine ähnliche Sprache gesprochen und zugleich mit einem innigsten Bündniß zwischen Oesterreich und Frankreich geprahlt wird, so befestigt das umso mehr die Allianz zwischen Preußen und Rußland. Rußland muß die deutsche Politik Preußens begünstigen, damit das unter dem preußischen Schwerte geeinigte Deutschland gegen Frankreich stark sei, wenn dasselbe etwa zur Befreiung Polens schreiten wollte, und auch Oesterreich in diese Aktion hineinzüge. Dann würde Preußen es zunächst mit den Franzosen, Rußland mit den Oesterreichern aufnehmen, und Italien würde gewiß nicht versäumen, in diesem Bunde der Dritte zu sein.

Allen diesen, ein Bündniß zwischen Preußen und Rußland anzeigenden, ja diffirenden Verhältnissen gegenüber haben, wie bereits bemerkt, offiziöse Journale auf die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands, nämlich auf Kurland, Livland und Esthland hingewiesen und die Behauptung aufgestellt, daß dieser Länder wegen das Verhältniß zwischen Preußen und Rußland gespannt sei, ja daß eine offene Entzweiung eintreten könnte. Die Offiziösen hoben die bekannte Thatsache hervor, daß Rußland die genannten Provinzen, welche in der bürgerlichen und adeligen Bevölkerung deutsch und größtentheils protestantisch sind, in nationaler und kirchlicher Beziehung russifiziren will. Das könnte nun Preußen als Hort des Deuththums und des Protestantismus nicht dulden, und die Kur-, Liv- und Esthländer pochten auch bei ihrem Widerstande gegen die Russifizirung auf die preußischen Sympathien. Dadurch fühlte sich nun Rußland beleidigt und bedroht, und es könnte daher zwischen beiden Mächten zu einem offenen Bruch kommen.

In dieser Schilderung ist allerdings Wahrheit, aber die Folgerungen, welche man daraus behufs einer Entzweiung Preußens und Rußlands ziehen will, sind unbegründet und rein tendenziös. Die Deutsch-Russen an der Ostsee sind allerdings in Gefahr, zu ganzen Russen gemacht zu werden; aber doch nicht in dem hohen Grade, wie man glauben machen will. Rußland weiß diese deutschen Provinzen, in denen es bisher vorzugsweise Kapazitäten für den Zivil- und Militärdienst rekrutirt hat, sehr wohl zu schätzen und es ist auch klug und vorsichtig genug, um nicht durch zu arge Gewaltthätigkeit die deutsche Nationalität in diesen Provinzen und überhaupt gegen sich aufzureizen. Ohne Zweifel berücksichtigt dabei Rußland auch die Nachbarschaft Preußens. Andernthetls mögen in Berlin allerdings nationale und kirchliche Sympathien für die Deutschen und Protestanten

in den russischen Ostseeprovinzen vorhanden sein, sie sind aber jedenfalls nicht so stark, daß die preußische Regierung zu einer Aktion bewogen würde, die zu einem Konflikte mit Rußland führen könnte. Preußen hat sich um jene östlichen Länder überhaupt niemals besonders gekümmert, selbst nicht in den Zeiten, wo es leicht gewesen wäre, in diesen Provinzen herrschenden Einfluß zu gewinnen, ja sie zu erwerben. Preußen hat nicht nur nicht darnach getrachtet, sondern es ruhig geschehen lassen, ja sogar begünstigt, daß diese Gebiete an Rußland kamen. Unter den heutigen Verhältnissen aber, bei der jetzigen Macht Rußlands, bei den überwältigend wichtigen Gründen, welche ein freundschaftliches Verhältniß zu dieser Großmacht für die preußische Politik wünschenswerth und nothwendig machen, wird Preußen gewiß nicht aus nationaler und kirchlicher Sympathie für die Kur-, Liev- und Esthländer einen Bruch mit der russischen Regierung und Nation riskiren. Freundliche Vorstellungen mögen vielleicht von Berlin nach Petersburg gelangen; weiter aber reicht die preußische Aktion gewiß nicht. An eine Erwerbung der drei Herzogthümer kann Preußen gar nicht denken. Gutwillig würde Rußland diese Länder, welche ihm die eine Flanke seiner Haupt- und Residenzstadt decken, nun und nimmer herausgeben; wer sie aber gegen den Willen Rußlands erwerben und behaupten wollte, der müßte früher die russische Macht bis zur völligen Ohnmacht gebrochen haben. Das kann und darf aber Preußen nicht wollen, weil das Bündniß mit einem mächtigen Rußland für die preußische Politik unendlich werthvoller ist, als es der Besitz Kurlands, Lievlands und Esthlands wäre.

Ueberdies ist es noch sehr fraglich, ob die Kuren, Lieven und Esthen sich wirklich gern von Rußland trennen und mit Preußen-Deutschland vereinigen wollten. Es gibt freilich Deutsche, welche schon diese Frage als ein Verbrechen gegen das Deutschtum betrachten und behaupten werden, die Antwort könne und dürfe gar nicht zweifelhaft sein. Sie ist aber doch zweifelhaft. Die Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen haben zwar in nationaler und kirchlicher Beziehung ein sehr festes und standhaftes Bewußtsein, sie setzen, auf ihre Privilegien pochend, den Russifizierungsattentaten einen zähen Widerstand entgegen; aber sie wissen die Vortheile der Verbindung mit dem großen Slavenreiche sehr zu schätzen und auszubeuten, sie haben sich stets mit Eifer der russischen Politik hingegeben und in allen Branchen dem Staatsdienste gewidmet, und es ist von ihnen bekannt, daß sie in dieser Beziehung russischer sind, als die nationalen Urrussen. Es sind auch nur sehr wenige und ganz individuell vereinzelte Fälle vorgekommen, daß aus diesen Ländern in der nationalen und kirchlichen Bedrängniß ein Hilferuf nach Deutschland gesendet worden wäre; von einer Sehnsucht nach politischer Vereinigung mit Deutschland ist aber bisher noch gar nichts irgend Beachtenswerthes offenbar geworden. Die Deutschen machen in dieser Beziehung überhaupt sehr unangenehme Erfahrungen. Während sie es gern als das höchste Erdenglück preisen, zu Deutschland zu gehören, während sie fremde Volksstämme mit guten und

schlimmen Mitteln zu Deutschland ziehen wollen, müssen sie sehen, daß deutsche Stämme, selbst solche, welche Jahrhunderte hindurch zu Deutschland gehört haben, von einer Vereinigung mit demselben nichts wissen wollen. Man sehe nur auf die Elsässer und Lothringer, auf die Belgier und Holländer und auf die Schweizer.

Alles, was über eine Trübung des Verhältnisses zwischen Preußen und Rußland gefabelt wird, ist eben Fabel. Das Bündniß zwischen beiden Mächten besteht, und zwar nicht bloß im allgemeinen, sondern es ist höchst wahrscheinlich bereits für voraussichtliche und in Aussicht genommene Eventualitäten speziell formulirt. Der Dritte in diesem Bunde wird, wie bereits gesagt, Italien sein. Seine schärfste Spitze aber wird dieser Dreibund zunächst gegen Oesterreich richten.

Auflebens- und Absterbenssymptome in der Türkei.

Es muß anerkannt werden, daß die türkische Regierung fortwährend Zeichen ihres Willens gibt, das Reich der Moslims, wenigstens den Theil, welcher sich auf europäischem Boden befindet, auch, was man so sagt, auf europäischen Fuß zu stellen. Seit England und Frankreich für die Erhaltung der Türkei sogar einen Krieg geführt haben, und sogar Oesterreich dabei sekundirte, und seit dann der hohe Rath der europäischen Diplomatie den großmüthigen Beschluß gefaßt, die Türkei in das europäische Konzert aufzunehmen, seit der Zeit gibt sich die Pforte wirklich viele Mühe, die Reformen, deren Recept ihr auf dem Pariser Kongreß vorgeschrieben worden, auszuführen. Aber diese in Paris in die Feder diktirten Reformen bleiben auch in der Türkei größtentheils nur auf dem Papiere, sie treten nicht einmal in Konstantinopel ins wirkliche Leben, geschweige denn erst in den Provinzen. Wenn all die Reformen, welche von der Pfortenregierung beschlossen und proklamirt worden sind, ins wirkliche Leben getreten wären, so müßte die Türkei bereits ein vollkommen europäisch organisirter Staat sein. Der Augenschein zeigt jedoch selbst in der Hauptstadt, daß das Türkenreich sich noch gänzlich im asiatischen Zustande befindet. Ja man thut mit diesem Ausspruch sogar den Asiaten unrecht, denn es befinden sich in Asien mohamedanische und sogar heidnische Reiche, in denen viel mehr Ordnung, Produktivität und Kultur herrscht als in der Türkei.

Es kann jetzt wol von niemand mehr bezweifelt werden, daß es eine eitle Hoffnung war, das Türkenreich, zumal den europäischen Theil europäisch zivilisiren zu können. Das geht durchaus nicht; und wenn es ginge, d. h. wenn die intendirten und projektirten Reformen wirklich durchgeführt werden könnten, so würde die Türkei dadurch gerade aufhören, eben die Türkei zu sein. Wahrlich, von dem

Türkenreiche muß man sagen: Es kann nur sein, wie es ist, oder es wird gar nicht sein.

Die Ursache dieser Stagnation liegt allerdings auch im Koran, aber nicht hauptsächlich oder gar ausschließlich. Die Vielweiberei, der Fatalismus sind jedenfalls ein Hinderniß der Kultur, aber man weiß doch, daß die Araber unter demselben Gesetze des Koran in Asien, Afrika, ja sogar auf europäischem Boden in Spanien ein glänzendes Kulturleben entwickelt haben.

Die Hauptursache des starren Stillstandes und dadurch herbeigeführten stetigen Verfalles im Türkenreiche liegt in dem Charakter der selbstschufischen Turkomannen, welche dieses Reich gegründet haben. Diese Türken waren nur groß und selbst genial, solange sie mit dem Säbel in der Faust zu Pferde saßen und, von religiösem Fanatismus und unersättlicher Eroberungsgier getrieben, von Schlachten zu Schlachten stürmten. Von der Zeit an, wo einerseits dieser doppelte Fanatismus schwächer wurde und erlosch, und andererseits das Schwert Europas, vorzüglich von Oesterreich geführt, den türkischen Stürmern ein „Bis hierher und nicht weiter“ vorzeichnete, datirt der stetig vorschreitende Verfall des Türkenreiches. Der Untergang der Türken begann recht eigentlich in dem Augenblicke, wo sie, freiwillig und gezwungen, vom Pferde stiegen und den Säbel weg legten, um die geraubten Güter zu genießen, auf den blutigen Vorbeeren auszuruhen. Ja, die Türken haben sich zur Ruhe gesetzt, aber diese Ruhe ist für sie der langsame Tod.

Es darf nicht geleugnet werden, daß die Türken sich durch manche vortreffliche Eigenschaften des Charakters auszeichnen, selbst vor den Christen. Aber der Mangel ihres Wesens, woran sie zu Grunde gehen, besteht darin, daß sie weder in physischer noch geistiger Beziehung produktiv sind. Das zeigt der Zustand ihres Reiches im allgemeinen, d. h. wenn man ihn nicht nach den Palästen und Gärten der Sultane und nach dem Luxus der Paschas beurtheilt. Die Türken konnten nur zerstören, aber nicht aufbauen, nur vernichten, aber nicht schaffen. Ueberall, wo sie ihren Halbmond aufrichteten, in Ländern, wo früher das herrlichste Kulturleben geblüht hatte, verbreiteten sie Tod und Fäulniß. Man dürfte wirklich das Gleichniß anwenden, daß auf dem Boden, den die Kriegsbosse der Türken zerstampft hatten, kein Gras mehr gewachsen ist. Nicht nur in den Ländern, welche die Türken lange Zeit hindurch und noch heute beherrschen, zeigen sich die verderblichen Wirkungen dieser Herrschaft, sondern auch dort, wo sie nur vorübergehend die Herren waren. So leidet selbst Ungarn noch heute in gar mancher Beziehung an den Folgen seiner anderthalbhundertjährigen türkischen Botmäßigkeit. Daß die Hauptursache des elenden Zustandes der Türkenherrschaft nicht im Koran, sondern im selbstschufischen Charakter liegt, ist deutlich dadurch bewiesen, daß in den rein mohamedanischen Provinzen der Türkei, wo aber nicht das türkische, sondern das arabische Element vorherrscht, sich ein regeres Kulturleben entwickelt hat. In demselben Maße aber, in wel-

hem dies geschah, haben sich diese Provinzen auch von der Türkenherrschaft emanzipirt, wie dies in Egypten und Arabien, selbst in Tripolis und Tunis der Fall ist.

Die Türken sind eben kein eigentliches Volk geworden, sondern das geblieben, als was sie in die Geschichte eingetreten und in die alten Kulturländer Asiens, Afrikas und Europas räuberisch eingefallen sind — nämlich eine kriegerische Horde. Und nun wurden sie eine in Ruhestand versetzte Kriegshorde und in diesem Ruhestande wurden sie leiblich und geistig Invaliden. Sie sitzen mit gekreuzten Beinen unter den romantischen und antiken Ruinen, die sie geschaffen, schmauchen ihren Tabak, schlürfen Kaffee und Sorbet, gähnen in kontemplativer Ruhe, phantasiren von ihrer märchenhaften Vergangenheit und erwachen zu einem Reste ihres früheren Heldenthums nur, um die Rajahs zu verfluchen, die Viehställe und Geldsäcke des Giaurs zu plündern und einem Christenhunde die Wassnabe zu geben. Aber während die Türken derart vegetiren, erblüht rings um sie aus den Ruinen der von ihnen zerstörten Christenreiche ein neues Leben, ein frisches kräftiges Völlerleben. Während die Türken physisch und geistig immer mehr herabkamen, haben die von ihnen unterjochten Völker sich physisch und geistig verjüngt. Der frische Lebensbaum dieser Völker steht bereits so kräftig da, daß er ganz naturgemäß die türkischen Schmaroger abschütteln und abwerfen muß. Theilweise ist das schon geschehen. Griechenland ist von der türkischen Herrschaft ganz befreit; die Moldau, Walachei, Serbien und Montenegro unterstehen derselben nur noch scheinbar. Wie schwach dieser Schein ist, beweist am besten der Umstand, daß die Pforte sich die Stipulation gefallen lassen mußte, welche jedem Muselmanne die Ansiedlung in diesen Ländern verbietet. Das kleine Montenegro betrachtet sich eigentlich als ganz frei, und mit Recht.

Die unproduktiven und invaliden Türken befinden sich auf dem europäischen Gebiete ihres Reiches so sehr in der Minorität, daß sie nicht einmal ganz ein Viertel der Gesamtbevölkerung von 15½ Millionen ausmachen. Dabei ist noch zu bemerken, daß dieses Viertel zwar aus Mohamedanern, aber durchaus nicht aus lauter Nationaltürken besteht. Gewiß gut ein Drittel dieses Viertels besteht aus zum Islam bekehrten Slaven, Arnauten, Wlachen u. s. w. Bei allen diesen aber ist in jetziger Zeit das Nationalgefühl viel mächtiger als der Mohamedanismus, und sie machen daher schon jetzt lieber mit ihren nationalen Stammes- als mit den mohamedanischen Glaubensgenossen gemeinsame Sache, d. h. sie erheben sich ebenfalls mehr und mehr zur Opposition gegen die Türkenherrschaft.

Wie kann man es nun für möglich halten, daß die kleine, indolente, physisch und geistig herabgekommene türkische Minorität dauernd die jugendkräftige, zum vollen Bewußtsein ihres Rechtes erwachte, in religiöser und nationaler Begeisterung zum Freiheitskampfe entschlossene christliche Majorität beherrschen könnte? Und wie kann irgend jemand, wie kann namentlich die hohe europäische Diplomatie, welche sich doch der Vertretung des Rechtes und der Kultur rühmt,

wie kann sie die Erhaltung der lediglich auf räuberische Eroberung gegründeten, widerrechtlichen, barbarischen und widernatürlichen Türkenherrschaft wünschen? Der Grund dieses Wunsches ist bekannt. Es ist die Furcht vor Rußland. Aber gerade durch die türkenfreundliche Politik der Mächte wird den Russen in die Hände gearbeitet. Unter dem türkischen Joch und von aller Welt verlassen und preisgegeben, blicken die christlichen Völker der Türkei allerdings auf Rußland als auf ihren einzigen Hort; aus dem türkischen Joch befreit aber, werden sie sich gewiß nicht nach der russischen Herrschaft sehnen, sondern frei sein wollen für sich selbst; wie dies in Griechenland, Serbien und Rumänien bereits bewiesen ist.

Die Pforte hat soeben wieder eine Reform proklamirt, nämlich die allgemeine Wehrpflicht. Es fehlt nicht an Journalen, welche auch das als einen großen Kulturvorschritt der Türkei preisen. Ein Vorschritt ist es allerdings, ob aber auf- oder abwärts, ist fraglich. Die Pforte hat allerdings sehr dringende Ursache, eine möglichst große Armee auf den Beinen und stets mobil zu haben; es fragt sich aber, wo sie die Mittel hernehmen wird, um diese Armee zu organisiren, auszurüsten und zu bezahlen. Die Pforte ist bei dieser Reform sehr vorsichtig, freilich mit Verletzung der vom Sultan feierlich verkündeten Gleichberechtigung aller seiner Unterthanen. Es sind nämlich von der allgemeinen Wehrpflicht die sämmtlichen Christen ausgeschlossen. Die Pforte will klugerweise nur ihre eigenen Leute bewaffnen, auf die sie sich verlassen zu können glaubt. Man kann wol annehmen, daß die Christen sich über diese Ausschließung nicht eben kränken werden. In der That könnte es ihnen schwerlich angenehm sein, für türkische Zwecke Kriegsdienste leisten zu müssen. Diese Ausschließung ist aber nur die Ausführung des türkischen Herrschaftsgrundsatzes, daß die christliche Rajah, d. i. die christliche Herde nicht bewaffnet sein darf, damit sie eben recht als Herde behandelt werden kann. Jedenfalls ist es aber sehr klug von der türkischen Regierung, daß sie es nicht wagt, selber der ihr durchaus feindlichen überwiegenden Majorität der Bevölkerung die Waffen in die Hand zu geben und sie militärisch zu organisiren.

Durch die Zeitungen ging das sonderliche Gerücht, die Pforte wolle der serbischen Regierung die Verwaltung der Provinz Bosnien (840 Geviertmeilen, 900.000 Einwohner) gegen Entrichtung eines Tributes übergeben. Ob das für immer, oder nur auf Zeit, gleichsam pachtweise geschehen soll, wird nicht gesagt. Die Sache scheint überhaupt nicht recht glaubwürdig, obwol sie sachlich sehr begründet wäre. Die Pforte ist jetzt offenbar besser daran, daß sie in Serbien und Rumänien nichts mehr zu schaffen hat und doch Tribut bezieht. Da sie ungeachtet großer Anstrengungen und Kosten eine wirkliche Herrschaft in diesen Ländern nicht behaupten konnte, so profitirt sie bei dem jetzigen Zustande. Das gleiche würde auch in Betreff Bosniens der Fall sein. Dann müßte aber jedenfalls auch die Herzegowina dazu kommen, und hätte das serbische Zukunftsreich

bereits eine tüchtige Grundlage. Das dürfte aber jedenfalls auch den Staatsmännern der Pforte einleuchten, und deshalb werden sie sich wol schwerlich auf freien Stücken zu einem solchen Arrangement entschließen. Doch ob es jetzt eintritt oder später, eintreten wird es gewiß.

Die Türkenherrschaft in Europa ist auf die Dauer physisch und moralisch unmöglich. Die türkische Regierung gibt zwar manches Zeichen, daß sie das Reich nach innen und außen frisch aufleben lassen möchte, aber es gleicht das nur dem Aufflackern eines verlöschenden Lichtes. Ueberwältigend mächtig sind die Zeichen des kräftigen Auflebens der christlichen Völker, und jedes dieser Lebenszeichen ist zugleich ein Symptom des Absterbens der Türkenherrschaft.

Die Türken wissen und fühlen das selber, sie kennen ihr Fatum. Sie sind auch wirklich in Europa niemals recht heimisch geworden, sondern wahrhaft fremd geblieben. Andächtig blicken sie dorthin, woher sie gekommen sind, nach Asien, und die heiligste Sehnsucht jedes europäischen Moslim ist es, in asiatischer Erde begraben zu werden. Mögen alle Türken, die sich nach dem ihnen heiligen Asien sehnen, dorthin ziehen, sie finden in den Steppen ihrer Urheimat noch heute Raum genug, um Rosse zu tummeln, und auch die Stille zu beschaulichem Lebensgenusse. Wenn sie aber auch in Europa bleiben, die Herrschaft wird ihrer für den Kampf schwach gewordenen und für friedliche Kulturwerke nicht geschickten Hand entfallen. Unter christlicher Herrschaft mögen sie dann die volle Freiheit und Gleichberechtigung genießen; aber sie werden im Lichte der europäischen Kultur nach und nach verschwinden.

Napoleon III.

Es ist geschehen, was wir nenlich bei Besprechung der Wirkung des Plébiscits angedeutet haben, der Kaiser der Franzosen hat in sehr bedeutsamer Weise zu erkennen gegeben, welchen Eindruck das Votum der Nation auf seinen Geist und auf sein Gemüth gemacht hat, und welche Wirkung es nun durch ihn für Frankreich haben wird. Der Eindruck ist nach dem Geständniß des Kaisers ein sehr günstiger, erhebender und stärkender, und die Wirkungen sollen nach dem kaiserlichen Gelöbniß heilsame sein. Die Rede, in welcher Napoleon dies kund gegeben hat, war in der That nicht eine bloß formelle Zusammenstellung schön klingender Phrasen, wie sie sonst für solche Gelegenheiten gemacht und hergesagt, oder gar abgelesen zu werden pflegen; nein, diese Worte gingen dem Kaiser unverkennbar vom Herzen und sie kamen aus der Tiefe seines Geistes. Napoleon hat in wahrhaft genialer Weise, imponirend und gewinnend ein mächtig gekräftigtes Bewußtsein, eine begeisterte Ueberzeugung ausgesprochen und eine schwungvolle großartige Thätigkeit angekündigt.

Die Gegner Napoleons haben den feierlichen Akt der Empfangnahme des Resultates der Volksabstimmung spöttisch als „das Ende der Komödie“ bezeichnet. Warum soll es nun eine Komödie sein, wenn ein im vollen Besitze der Macht befindlicher Monarch bei einem wichtigen Akte unmittelbar an das Volk appellirt, wenn er nicht nur diesen Akt, sondern seine Herrschaft überhaupt von dem Votum des Volkes abhängig macht? Uns dünkt, es sei unmöglich, daß ein Monarch etwas ernsthafteres thun könnte. Die Rede des Kaisers zeigt auch, daß er sich des vollsten Ernstes der Sache bewußt war. Aus den Äußerungen des Imperators kann man schließen, daß er durch die heftigen Angriffe, denen er ausgesetzt gewesen, durch die Kühnheit, mit welcher seine Gegner den Oppositionskampf bereits auf die Straße versetzten, in seinem Bewußtsein erschüttert, in seiner Haltung unsicher geworden war. Dadurch fühlte er sich gedrängt, an das Urtheil des Volkes zu appelliren, um sich selber und der Welt Klarheit über seine Stellung zu verschaffen. Napoleon hat damit in der That nicht Komödie gespielt, er wußte im Gegentheil, daß es sich für ihn um Sein oder Nichtsein handelte. Wenn auch eine verneinende Majorität überhaupt nicht zu befürchten war, so würde doch schon eine starke Minorität der Verneinenden die Stellung des Kaisers unhaltbar gemacht haben. Napoleon hat durch die Provocation des Volksurtheils in der That ein sehr ernstes Spiel gespielt, und es geht nicht an, das nachträglich für eine Komödie zu erklären, weil es für den Kaiser gut ausgefallen ist. Die Republikaner haben ja ebenfalls an das Volk appellirt, war das etwa auch nur eine Komödie? Und wenn nicht der Kaiser, sondern die Republikaner achthalb Millionen Stimmen bekommen hätten, würden sie zugeben, daß ihre Gegner das als eine Komödie bezeichnen möchten? Die Berufung an das unmittelbare Urtheil des Volkes ist der ernsteste Akt der Demokratie; es steht also den Demokraten schlecht an, ein Volksurtheil, wenn es nicht in ihrem Sinne ausgefallen ist, deshalb zu verspotten und zu beschimpfen. Wenn sie das thun, so schwächen, so verleugnen sie das Prinzip und beleidigen das Volk. Wahrhaftig, eine Beleidigung des französischen Volkes durch Franzosen ist es, wenn die achthalb Millionen Franzosen, welche für den Kaiser gestimmt, als unwissende, verbummte, unselbständige, servile, bestechliche Menschen dargestellt werden.

Dem fanatischen Klageruf der revolutionären Opposition, daß die französische Nation seit zweiundzwanzig Jahren durch die Herrschaft Napoleons beschimpft sei, trat der Kaiser wahrhaft imponirend entgegen, indem er der Nation seine Dankbarkeit ausdrückte dafür, daß sie ihm seit zweiundzwanzig Jahren zum vierten Mal ein eklatantes Zeugniß ihres Vertrauens gegeben. Was können die Feinde Napoleons diesem Faktum entgegensetzen? Wenn sie behaupten, daß diese vier Majoritätsvoten durch List und Gewalt, Verführung und Bestechung erlangt worden seien, so erklären sie dadurch, daß die französische Nation in ihrer Majorität ganz und gar korrupt sei. Eine solche Verurtheilung der Franzosen auszuspre-

chen, wird gewiß niemand wagen, am wenigsten ein Franzose. Also muß anerkannt werden, daß Napoleon III. kraft des Willens der französischen Nation über Frankreich herrscht.

Es ist interessant, in welcher demokratischen Weise das allgemeine Stimmrecht von einem auf dem Throne sitzenden, wirklich herrschenden Imperator charakterisirt wird, während andererseits die Demokraten, welche gern zur Herrschaft gelangen möchten, dieses allgemeine Stimmrecht zwar als das höchste Postulat des demokratischen Prinzips anerkennen müssen, es aber zugleich mit Mißtrauen betrachten, es verdächtigen, ja perhorresziren, weil es bisher noch nicht ihnen, sondern gerade diesem gehaßten Napoleon die Herrschaft gebracht hat. Napoleon sagte eben so schön als richtig: „Das allgemeine Stimmrecht, dessen Elemente sich ohne Aufhören erneuern, bewahrt nichtsdestoweniger in seiner Beweglichkeit einen beharrlichen Willen. Es wird geleitet durch seine Tradition, durch die Sicherheit seiner Instinkte und die Treue seiner Sympathien.“ Napoleon konnte mit Recht so sprechen, denn gerade an ihm haben sich diese Eigenschaften des allgemeinen Stimmrechtes bewährt. Die Demokraten aber wollen von Traditionen und von treuen Sympathien nichts wissen, mit Begierde griffen sie jedoch das Wort „Instinkt“ heraus und behaupten spottend, daß für den Kaiser eben nur diejenigen gestimmt hätten, welche dabei lediglich ihrem Instinkt gefolgt, die denkenden Leute hätten gegen den Kaiser gestimmt. Das klingt wie ein sarkastischer Witz, ist aber der Sache nach ganz richtig. Zugegeben, daß alle mit Ja Stimmenden lediglich dem Instinkt gefolgt und darin mit Thieren zu vergleichen wären, so weiß man doch, daß die Thiere instinktmäßig immer das thun, was ihnen gut ist, und das vermeiden, was ihnen schädlich wäre. Wer darf es jedoch wagen, die achthalb Millionen Franzosen, welche mit Ja gestimmt haben, sammt und sonders als dem bloßen Instinkte folgende Geschöpfe darzustellen und nur die anderthalb Millionen Verneinenden als denkende Menschen gelten zu lassen! Wahrlich, die französische Majorität kann sehr richtig, sehr edel, sehr freisinnig denken, obwol, oder eigentlich gerade weil sie nicht so denkt, wie Rochefort und Genossen.

Es ist charakteristisch, daß Napoleon es verschmächt, zwischen den verneinenden Stimmen einen Unterschied zu machen, sondern sie in ihrer vollen Zahl als das annimmt, wofür man sie ausgibt, nämlich als ein gegen das Kaiserthum, gegen die Monarchie, für die Revolution und Republik abgegebenes Bortum. „Lassen Sie es uns nicht bedauern,“ rief der Imperator aus, „daß inmitten des Konfliktes der Meinungen und in der Hitze des Kampfes der Streit über den Gegenstand des Plebiszits, nämlich die Ratifikation einer konstitutionellen Form durch das Volk, weit hinausgegangen ist.“ Napoleon freut sich darüber, daß seine Gegner Farbe bekannt, ihren Trumpf ausgespielt haben. Daß er die volle ernste Bedeutung des Kampfes richtig würdigte, offenbart er, indem er sagt: „Die Gegner unserer Institutionen haben die Frage zwischen die Revolu-

tion und das Kaiserreich gestellt. Das Land hat sie zu Gunsten des Systems entschieden, welches die Ordnung und die Freiheit gewährleistet.“

Also Ordnung und Freiheit! Das ist und bleibt die Devise Napoleons, und mit begeistertem Kraftgeföhle verkündet er, daß er für beides ausgiebig sorgen werde. Er ruft aus: „Heute findet sich das Kaiserreich in seiner Grundlage gekräftigt; es wird seine Kraft durch seine Mäßigung zeigen.“ Ein sehr schöner Ausspruch. Doch drängt sich die Frage auf, ob die Mäßigung sich auf die Ordnung, oder auf die Freiheit beziehen wird, oder etwa auf beide in gleichem Maße, insofern nämlich keine zu strenge Ordnung durchgeführt, aber auch keine zu große Freiheit gewährt werden soll? — Doch unterlassen wir es, die Rede des Kaisers kritisch zu analysiren, welche offenbar in aufrichtiger, edler Wohlmeinung gesprochen worden ist. Sie proklamirt das konstitutionelle Kaiserreich und kündigt eine starke, aber gerechte, freisinnige und nach allen Richtungen hin schöpferisch reformatorische Regierung an. Napoleon stellt für diese Regierung ein Programm auf, welches in der That nicht schöner gedacht werden kann. Wenn die Thaten den Worten entsprechen, wenn dieses Programm festgehalten und durchgeführt wird, so können die Franzosen zufrieden sein, und die große Majorität derselben wird es auch sein.

Kroatien und Siebenbürgen.

Im Reiche des heiligen Stephan will es nicht recht vorwärts. Die Saat der neuen magharischen Einrichtungen kann ungeachtet des guten Bodens nicht gedeihen. Unkraut ist die Frucht, welche statt der goldenen Aehre heranwächst. Nicht die Menge außerordentlicher Maßnahmen der magharischen Regierung, nicht die angestrengteste und übereilteste Thätigkeit des Reichstages vermag dem Uebel zu steuern, vielmehr wird es mit jedem Schritte, den man in der eingeschlagenen Richtung nach vorwärts thut, schlimmer, die Lage im Inneren Ungarns wird immer bedenklicher.

Welche sind wol die Ursachen dieser mißlichen inneren Situation des Stephansreiches? Nun, deren gibt es gar viele, und es wäre ein zu gewagter Versuch, sie hier alle aufzählen zu wollen; doch zwei Haupt- und Urquellen des Uebels, an dem der Organismus des ungarischen Staates gegenwärtig krankt, sind unverkennbar: die Union oder der sogenannte Ausgleich mit Kroatien einerseits und die Union oder richtiger Fusion Siebenbürgens mit Ungarn andererseits. Diese widernatürlichen Unionen sind Folgen des fortschreitenden Magharisirungsprocesses, der in seiner Entwicklung für die Zukunft Ungarns verhängnißvoll werden kann.

Das Königreich Kroatien und Slavonien, sowie das Großfürstenthum Siebenbürgen, diese hervorragenden Gebiete der Stephanskrone, welche seit unendlicher Zeit neben dem Königreiche Ungarn ihre staatsrechtliche Unabhängigkeit bewahrten, sollten zu Gunsten des letzteren abbiziren, auf ihr individuelles Staats- und Rechtsleben Verzicht leisten. Damit Ungarn um so leichter centralisirt und magharisirt werde, sollten Kroatien und Siebenbürgen staatsrechtlich kapituliren, sollten die Slaven, Rumänen und Deutschen die magharische Oberherrschaft anerkennen, oder mindestens sich gefallen lassen. Der Plan ward unstreitig gut ausgedacht, die gegenwärtige magharische Regierung hat ihn auch scheinbar verwirklicht, indem sie eine Union Kroatiens und Siebenbürgens mit Ungarn zu Wege brachte; in welcher Weise ist allgemein bekannt.

Kroatien kam noch ziemlich gut mit dem Ausgleich davon, während Siebenbürgen ganz leer ausging. Die Unabhängigkeit Siebenbürgens wurde bis auf seinen Namen gestrichen, während Kroatien immerhin eine verhältnißmäßig bedenkende Autonomie konzebirte wurde.

Kroatien erhielt also etwas, Siebenbürgen nichts. Das Staatsrecht Kroatiens wurde nicht in seiner Totalität anerkannt; die staatsrechtliche Unabhängigkeit Siebenbürgens aber wurde ganz gestrichen. Wie läßt sich dieser Vorgang der Pester Regierung erklären?

Bis zu Kaiser Josephs Zeiten hatten die Magyaren noch keine ernstlichen Magharisierungsversuche gemacht. Erst seit Josef II. beginnt die wirkliche Aera des Magharismus. Die Germanisationstendenzen des Kaisers weckten die Magyaren aus ihrem Schlafe, und siehe da, die Tendenzen Kaiser Josephs reagirten auf sie, und so stellte sich bei ihnen in erhöhter Potenz die Magharisierungsucht ein. Nach den Reformbestrebungen Kaiser Josephs geschah es nun, daß in Folge der magharischen PreSSION und Intriguen in Ungarn sowol als in Kroatien und Siebenbürgen die Idee einer engeren Verbindung dieser Länder untereinander wachgerufen wurde, angeblich um dadurch die verschiedenen Landesverfassungen sicher zu stellen, und so zu erstarken.

In den Jahren 1790 und 91 begannen die verschiedenen Landtage mit jener projektirten Union sich eingehender zu beschäftigen. Der kroatische Landtag entledigte sich allmählich immer mehr seiner Prerogative; so z. B. beschloß er 1790, die Verwaltung des dreieinigen Königreiches mit Ungarn zu vereinigen. Der siebenbürgische Landtag erklärte 1791 seinerseits, auch einen engeren Verband mit Ungarn einzugehen, jedoch unter Vorbehalt der konstitutionellen Unabhängigkeit Siebenbürgens. Ebenso wollte auch Kroatien seine Unabhängigkeit als selbständiges Königreich auf alle Fälle garantirt wissen. Doch die Magyaren strebten geradezu dahin, die Unabhängigkeit dieser Länder zu untergraben und sie durch die Einführung der magharischen Sprache zu magharisiren.

Kroatien hatte damals wie jetzt unglücklicherweise seine Magyaren, die das Königreich allmählich in einen es unterordnenden Verband mit Ungarn brach-

ten. Die Union Siebenbürgens mit Ungarn blieb indessen noch ein *pium desiderium*.

So kam das Jahr 1848. Die in ihren Hoffnungen getäuschten und suprematistierten Kroaten erhoben sich und wandten sich von Ungarn los. Das Signal wurde gegeben — das siebenbürgische Volk erhob sich ebenfalls gegen die magyarische Herrschaft. Niemand war durch die plötzliche Wendung in Kroatien überraschter als die Magyaren selbst. Sie erkannten die Gefahr der kroatischen Erhebung. Noch Ende des Jahres 1847 und Anfang 1848 wollten die Magyaren von den Kroaten nichts wissen, noch erklärte Kossuth im Reichstage, er kenne kein Kroatien, sondern bloß kroatische Komitate, noch forderte er, man solle den Kroaten die magyarische Sprache binnen 6 Jahren aufdrängen; da machte der Ausbruch der Revolution die Magyaren plötzlich kleinlaut. Umsonst betheuereten sie nun, die Rechte der kroatischen Nation anzuerkennen — es war zu spät.

Gleichzeitig wurde aber in Siebenbürgen für die Union mit Ungarn fürchterlich agitirt. „Die Union oder der Tod“ war der Kampfruf der Magyaren. Sie verlangten die vollständige Vereinigung beider Länder, weil die Nationalität und Rechtsidentität dieselbe angeblich erheischten. Das damalige ungarische Ministerium nannte in einer Zuschrift diese geforderte Union eine „Verschmelzung der beiden Schwesternationen.“ Die Magyaren Siebenbürgens votirten 1848 unter dem Proteste der Sachsen und des überwiegend rumänischen Volkes diese Union in aller Hast; doch erlangte der diesbezügliche Artikel I keine volle Gesetzeskraft.

In Siebenbürgen herrschte bis zum Jahre 1848 eine entschiedene Minorität über die große Mehrheit des rumänischen Volkes. Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts waren die Rumänen staatsrechtlich als Nation ausgeschlossen. In dem Augenblicke nun, als sie am Ende ihrer sekularen Leiden angelangt zu sein hofften und die staatsrechtliche Wiederanerkennung ihrer Nation energisch forderten, konnten sie unmöglich der Union, welche die „Verschmelzung der beiden Schwesternationen“ bezweckte, zustimmen. Gerade dieser Verschmelzung mit den Magyaren wollten sie sich ja erwehren, indem sie Rechte für sich beanspruchten. Die Sachsen hatten auch keine Lust, verschmolzen zu werden, sondern wollten ihre Nationalität und Verfassung auch fernerhin behalten. Die Folge davon war die Erhebung der Rumänen und Sachsen gegen die magyarischen Bedrücker.

Die Katastrophe brachte großes Unheil über Ungarn. Unverkennbar sind aber die Ursachen und der innige Zusammenhang der kroatischen und siebenbürgischen Volksbewegung. Kroatien und Siebenbürgen kämpften für ihre staatsrechtliche Selbständigkeit und Nationalität.

Wollen wir nun die gegenwärtige Situation in Ungarn untersuchen, so müssen wir vor allem erkennen, daß die Magyaren heute mehr noch als je centralisiren und magyarisiren wollen. Diese Absicht haben sie wiederholt offen

bekannt. Die Union Siebenbürgens mit Ungarn wurde vom Pester Parlamente gewaltsam durchgeführt, Zeuge davon die Opposition in Siebenbürgen, der fast dreijährige Ausnahmezustand und die Gendarmen. In Ungarn und Siebenbürgen herrscht unumschränkt die maggarische Sprache. Der Verschmelzungsprozeß der beiden Schwesternationen hat begonnen.

Wenden wir auf Kroatien, so sehen wir unwillkürlich in dem heutigen Ausgleich und seiner Handhabung das traurige Bild von 1790 und der folgenden Jahre vor uns, was die spätere noch traurigere Katastrophe hervorrief.

Der Schluß aus diesen beiden Prämissen ist nicht schwer zu ziehen. Die Maggharen hatten schon 1848 erfahren, daß es nicht rätlich sei, mit der kroatischen Opposition so rücksichtslos vorzugehen. Deshalb waren sie diesmal vorsichtiger, sie brachten mit schwerer Mühe und mit Hilfe der Maggharonen einen „provisorischen“ Ausgleich mit Kroatien zu Stande. Dieser Ausgleich ist aber auch so angelegt, daß es in der Macht der Maggharen liegt, ihn zu respektiren oder wieder allmählich rückgängig zu machen. Nun erklärt sich unzweideutig die Politik der Maggharen dahin: „Wenn der Verschmelzungsprozeß der Schwesternationen seiner Vollendung nahe sein wird, d. i. wenn Ungarn mit Siebenbürgen vollständig centralisirt und maggharisirt sein wird, dann sind wir stark genug, dann kommt die Reihe an Kroatien und die anderen südlichen Donauländer bis zum Schwarzen Meere, und das große Maggharorfsjag ist geschaffen.“ Das hauptsächlichste Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ist der Honvedismus, dessen Organisation großartig betrieben wird. Deshalb auch die Forderung nach der raschen Provinzialisirung der Militärgrenze; die Waffen müssen den Händen der Slaven und Rumänen entziffen werden.

Wenn wir nun auch eine Verwirklichung eines derartigen Programmes nie für möglich gehalten haben, so müssen wir andererseits anerkennen, daß selbst der Versuch, es zu realisiren, für Ungarn und für die nichtmaggharischen Völker des Stephansreiches besonders verderblich werden kann.

Es ist deshalb Pflicht der Nichtmaggharen, durch energisches Zusammengehen die drohende Katastrophe auf friedlichem konstitutionellem Wege zu vereiteln. Insbesondere muß Kroatien, müssen die Kroaten nie vergessen, daß die Wiederherstellung der Autonomie Siebenbürgens besonders und vorzugsweise im Interesse Kroatiens liegt, denn nichts kann die Kroaten vor Vergewaltigung von Seite der Maggharen mehr schützen, als eben die Existenz eines autonomen Siebenbürgens. Zwischen den Bestrebungen Kroatiens und Siebenbürgens herrscht ein inniger Zusammenhang. Das kroatische und das siebenbürgische, beziehungsweise rumänische Volk kämpfen in gleicher Weise für ihre staatsrechtliche und nationale Freiheit. Die zwei staatsrechtlichen Gebiete des Stephansreiches Kroatien und Siebenbürgen sind also schon durch ihre Stellung zum Reiche natürliche Bundesgenossen.

Wöge die maggharische Regierung noch so viele Gendarmerien in Kroatien

und Siebenbürgen errichten; diese schönen Länder, diese kräftigen Völker werden doch, wenn sie in der Ueberzeugung ihrer gemeinsamen Interessen energisch zusammenstehen, wie sie schon zusammengestanden sind, in nicht ferner Zukunft ihre staatsrechtliche und nationale Stellung vollkommen wieder erringen müssen.

Ein solches Zusammengehen fürchten die Magyaren aber am meisten, und deshalb ist es um so empfehlenswerther, denn solange wird kein Friede für Ungarn und kein Heil für Kroatien sein, bis nicht auf der königlichen Burg zu Ofen, neben der ungarischen und kroatischen Fahne auch die siebenbürgische Tricolore wehen wird.

Kleine kritische Chronik.

Vom 18. bis 25. Mai.

U n g a r n.

Die deutsche Bewegung ist im vollen Gange, und das ist unter allen Umständen sehr erfreulich. Es kann nur nützlich sein, wenn die Deutschösterreicher in hervorragender Weise politisch aktiv sind und sich gleich den andern Volksstämmen auf ihrem nationalen Standpunkte geltend machen. Selbst daß die orthodoxe, centralistische, herrschbegierige Verfassungspartei rücksichtslos hervortritt, ist sehr nützlich, denn es wird dadurch die Parteisonderung unter den Deutschen befördert, es werden diejenigen, welche das Deutschthum nicht in kindischer Furcht, sondern mit imponirendem Selbstbewußtsein vertreten und die Freiheit der Deutschen nicht auf die Knechtschaft der übrigen Völker gründen wollen, aktiv werden und gewiß die Majorität bilden.

Warum, nachdem Beust seinen Aktionsplan enthüllt hat, die Verhandlungen mit den polnischen Vertrauensmännern noch fortgesetzt werden, ist schwer zu begreifen, da die Notabeln doch einsehen müssen, daß nach dem Programm Beust's an eine Erfüllung der wesentlichen Punkte der galizischen Resolution nicht gedacht wird. Neugierig sind wir, wie Smolka sich benehmen wird, der wieder einmal arg getäuscht worden ist. Die Verfassungstreuen hoffen, daß durch den überraschenden Akt der Regierung das Bündniß zwischen den Czechen, Polen, Tirolern und Slovenen aufgelöst werden würde; es dürfte aber die ganz entgegengesetzte Annahme viel natürlicher sein.

Wir haben also jetzt einen Magyaren als gemeinsamen Reichsfinanzminister. Wir unserntheils freuen uns über die Thatsache als solche, ohne vorerst in eine Kritik des Wirkens des Herrn v. Lonyay einzugehen. Man behauptet vielseitig, daß Graf Andrássy an der angeblich günstigen Wendung in der Ausgleichsfrage entscheidend theilhaftig gewesen sei. Nun, wenn Andrássy im Interesse Ungarns das Mißlingen des Ausgleichs wünschen zu müssen glaubt, so ist das ein falscher Glaube, so ist es für Oesterreich und dadurch auch für Ungarn im höchsten Grade gefährlich, diesem Irrglauben gemäß zu handeln.

In Kroatien herrscht eine bedenkliche Stimmung. Die rücksichtslosen Gewaltmaßregeln, welche gegen die nationalen Ovationen an der Jellacic-Statue angewendet worden sind, haben große Erbitterung erregt. Es wundert uns wahrlich, daß die ungarischen Herrscher das Jellacic-Denkmal nicht ganz wegräumen lassen.

U n s l a n d.

Da wir der auswärtigen Politik diesmal in besonderen Artikeln unsere Aufmerksamkeit gewidmet haben, so bleibt für die kleine Chronik wenig übrig. Tragikomisch geht es auf der pyrenäischen Halbinsel zu. Da hat in Portugal der Marschall Saldanha eine kleine Militärrevolution gemacht, ist dann vom König freundschaftlich empfangen und mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut worden. In Spanien sind die regierenden Herren Generale in arger Verlegenheit. Republikaner wollen sie nicht sein und einen ordentlichen König finden sie nicht, also werden sie der glorreichen spanischen Nation wahrscheinlich einen Quasimonarchen geben in der Person des ersten Liebhabers der Königin Isabella. Sie selber hätte schon als vierzehnjähriges gekröntes Mädchen diesen Serrano gewiß gern zu sich auf den Thron erhoben.

Napoleon hat durch Hoffnung und Furcht aufgeregte politische Gemüther durch die Erklärung beruhigt, daß die Erhebung des Herzogs von Gramont zum Minister des Aeußern weder für Oesterreich noch für Berlin ein Vorzug und auch gegen Italien keine Drohung sei. Das Kaiserreich bleibt nach wie vor der Friede, wenn es nicht zufällig Krieg führt.

Geschichtliche Beiträge.

zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

(Fortsetzung.)

XV.

Theilung, Bruder- und Bürgerkrieg.

Nach dem Tode Albrechts III. traten für Oesterreich unglücksvolle Zeiten ein, die es an den Rand des Abgrundes brachten. Wenn man in das blutige Wirrsal jener Zeiten blickt, so muß man es fast für ein Wunder halten, daß der habsburgische Länderverein nicht gänzlich und für immer zerfallen ist.

Albrecht III. hatte, wie wir gesehen haben, in seinem Testamente seinen Sohn gleichen Namens und seine Neffen d. i. die Herzoge der Leopoldinischen Linie dringend gebeten, die Länder nicht zu theilen. Herzog Wilhelm, das Haupt der Leopoldinischen Linie wollte auch wirklich nicht theilen, aber er verlangte mit Berufung auf die Rudolfinische Hausordnung, da er nun der älteste unter den sämmtlichen Herzogen war, für sich die oberste Regierung über alle Länder, wie er selber sich nach dem Tode seines Vaters Leopolds III. seinem Oheim Albrecht III. als dem ältest- und oberstregierenden Herrn untergeordnet hatte. Albrecht IV. aber verlangt für sich mit Berufung auf das Friedericianische Privilegium die Alleinregierung in dem Herzogthum Oesterreich als sein Erbrecht, und über-

dies wurde dem Herzog Wilhelm entgegengehalten, daß in der Hausordnung von dem Ältesten unter Brüdern, nicht aber unter Vettern die Rede wäre. Es entstand der heftigste Zwiespalt zwischen den beiden herzoglichen Linien, und es trennten sich darnach auch die Stände und Städte. Diejenigen der Länder, welche bei der Theilung zwischen den Brüdern Albrecht III. und Leopold III. dem letztern zugefallen waren, erklärten sich für Wilhelm, während die Stände und Städte des Herzogthums ob und unter der Enns Albrecht IV. als ihren Erbherrn anerkannten. Nur die Stadt Wien erklärte sich ebenfalls für Wilhelm, gegen den Sohn Albrechts III., was umso auffallender ist, da die Wiener doch Albrecht III. so sehr geliebt und seinen Tod so tief betrauert hatten.

Die Aufregung war so groß, daß gewiß ein Hauskrieg ausgebrochen wäre, wenn Albrecht IV. nicht ebenso wie sein Vater zur Nachgiebigkeit geneigt gewesen wäre. Wilhelm und Albrecht kamen in Hohenburg zusammen und schlossen daselbst am 22. November 1395 einen Vertrag, durch welchen sie wieder die alte gemeinschaftliche Regierung aller Länder einführten, doch nur für ihre Lebenszeit. Der Vertrag wurde aber nicht genau erfüllt. Wilhelm, stets darauf pochend, daß er der älteste Herzog war, maßte sich Vorrechte an. Er selber regierte wirklich in allen Ländern, auch im Herzogthum Oesterreich ob und unter der Enns; seinem gleichberechtigten Mitregenten Albrecht aber gestattete er in den Ländern der Leopoldinischen Linie gar keinen Einfluß. Im Widerspruch mit dem Hohenburger Vertrage schloß Wilhelm mit seinem Bruder Leopold am 30. März 1396 einen besondern Theilungsvertrag ab, in welchem er demselben die Regierung über Tirol, das Etschland, das Innthal und alle jenseits des Arlberges gelegenen Besitzungen übertrug. Solche Theilungen wurden fortgesetzt und hatten selbstverständlich allseitige Unzufriedenheit, Feindschaft zwischen den Ländern selber, Schwächung der Gesamtmacht zur Folge. In Kärnten brach eine gefährliche Empörung aus, an deren Spitze die Klagenfurter standen. Raum war die Stadt mit Waffengewalt bezwungen, so pflanzte der Landesmarschall Friedrich von Aufenstein die Fahne des Aufbruchs auf. Auch er wurde besiegt, aber um die Kärntner zu beruhigen, mußte Herzog Wilhelm urkundlich erklären, daß die Unterlassung der herkömmlichen Erbhuldigung auf dem Zollfelde den Rechten und Freiheiten des Herzogthums Kärnten nicht den geringsten Abbruch thun sollte. So eifersüchtig waren damals die Kärntner auf die individuelle Selbständigkeit ihres Landes.

In demselben Jahre 1396 trat ein verhängnißvoll merkwürdiges Ereigniß ein. Zu Wien versammelten sich im Mai und Juni die zahlreichen Schaaren, welche aus Deutschland, Frankreich und andern Ländern dem König Sigmund von Ungarn gegen die Türken zu Hilfe kamen. Mit einem Heere von siebzigtausend Mann zog der König gegen Nikopolis und wurde daselbst am 28. September 1396 vom Sultan Bajazid total geschlagen. Wären die Türken nicht durch die Mongolen unter Timur bedroht worden, so würden sie schon damals

das Königreich Ungarn unter ihre Botmäßigkeit gebracht haben. Doch verwüsteten sie die südlichen Theile desselben in fürchterlicher Weise, und ihre Streifscharen drangen damals zum ersten Mal schon bis in die Steiermark, wo sie Pettau verbrannten und tausende von Menschen als Sklaven mit fortschleppten.

Der Schrecken vor den Türken hinderte aber den Herzog Albrecht IV. nicht, sich zu einer frommen Wallfahrt nach Jerusalem zu entschließen. Seine Mutter, alle seine Rätthe und auch Herzog Wilhelm suchten ihn davon abzuhalten. Man stellte ihm vor, daß die Reise große Kosten verursachen würde, daß er leicht in die Hände der Ungläubigen fallen könnte, daß bei den verworrenen ungarischen und böhmischen Zuständen die Anwesenheit beider Regenten der österreichischen Länder nothwendig wäre. Doch Albrecht, der sich überhaupt lieber andächtigen Uebungen als den Staatsgeschäften widmete, blieb bei seinem Entschlusse. Er verschaffte sich durch Verpfändungen das nothwendige Geld, ordnete seine Angelegenheiten und begab sich im August 1398 nach Venedig, wo er mit großen Ehren empfangen wurde, sich eine Galeere anerküsten ließ und am 8. September nach dem gelobten Lande in See ging. Das Ansehen Oesterreichs war schon so groß, daß sich im Orient die Kunde verbreitet hatte, ein mächtiger Fürst des Abendlandes werde nach Jerusalem kommen. Das konnte für den Herzog gefährlich werden, es war zu fürchten, daß ihn die Moslems gefangen nehmen würden, um ein großes Lösegeld zu erpressen. Aber Herzog Albrecht benahm sich so klug, daß er ganz inkognito zum heiligen Grabe gelangte, wo er inbrünstig seine Andacht verrichtete und zum Ritter geschlagen wurde. Erst nachdem er glücklich wieder auf sein Schiff gekommen war, ließ er unter Trompeten- und Paukenschall das Banner Oesterreichs entfalten, um den Muselmännern zu zeigen, daß der mächtige Fürst aus dem Abendlande unerkannt in ihrer Gewalt gewesen. Ohne Gefährde kam er im Dezember wieder nach Wien zurück, wo ihm die Stadt, besonders aber die Universität einen feierlichen Empfang bereiteten. Diese Wallfahrt nach Jerusalem imponirte der damaligen Zeit so sehr, daß sie in Prosa und Versen verherrlicht und mit vielen Wundern und Sagen ausgeschmückt wurde. Da Herzog Albrecht IV. selber erhielt wegen dieses frommen Wagnisses den Beinamen das „Weltwunder.“

Ein Beweis von dem großen Ansehen Oesterreichs, respektive des Hauses Habsburg ist es, daß Herzog Leopold, der Regent von Tirol, im Namen des Hauses den beiden Versammlungen bewohnte, welche Kaiser Wenzel mit den großen Reichsfürsten in Frankfurt und dann zu Rheims mit dem König Karl VI. von Frankreich abhielt, um die Mittel zur Beseitigung des kirchlichen Schismas zu berathen, welches darin bestand, daß zwei Päpste regierten, von denen der eine, Benedikt XIII. in Avignon, der andere, Bonifaz IX. in Rom residirte. Das Werk gelang aber nicht.

Wie sein Vater Leopold III. war Herzog Leopold IV. eifrig bemüht, die Macht Habsburgs in den Vorlanden durch neue Erwerbungen, durch Bündnisse mit den schwäbischen Städten und durch Verträge mit den Schweizern zu vergrößern und zu befestigen. Er folgte seinem Vater aber auch darin nach, daß er sich in die italienischen Handel mischte und im Heere des Gegenkaisers Ruprecht gegen Mailand kämpfte. Dabei hatte er das Unglück in einem Gefecht bei Brescia gefangen zu werden. Er erhielt aber schon nach wenigen Tagen seine Freiheit wieder und kam dadurch in den Verdacht, daß er sich von Visconti habe gewinnen lassen. Jedemfalls verweigerte er dem Gegenkaiser Ruprecht jede Rechenschaft und kehrte mit seinen Mannen in seine Lande zurück.

Fortwährend war Oesterreich auch in ungarische und böhmische Wirren hineingezogen. In Ungarn hatte Sigmund an Ladislaus von Neapel einen Gegenkönig. In Böhmen herrschte blutiger Zwist zwischen dem Kaiser und König Wenzel, den aufrührerischen Ständen und den mährischen Markgrafen Jobst und Prokop, Vettern Wenzels. Dieser hatte dazu noch den Gegenkaiser Ruprecht. Die österreichischen Herzoge hätten aus diesen Wirren großen Vortheil ziehen können. Sie strebten auch darnach, aber nicht in Einigkeit, sondern stets in partieller Trennung. Albrecht hielt fest zu dem König Sigmund, während Wilhelm sich mit der Schwester des Gegenkönigs Ladislaus vermählte. Leopold anerkannte den Gegenkaiser Ruprecht, während die übrigen Herzoge dem Kaiser Wenzel treu blieben, was sie jedoch nicht hinderte, ihn eine Zeit lang in Wien gefangen zu halten. Endlich gelang es dem König Sigmund, in Ungarn seine Herrschaft allgemein zur Anerkennung zu bringen, worauf er nach Böhmen eilte, um auch daselbst die Ordnung herzustellen, wozu ihm Herzog Albrecht Hilfstruppen stellte. Sigmund ließ sich vom böhmischen Landtage zum Verweser von Böhmen ernennen, wollte aber seinen Bruder Wenzel nicht absetzen, ihn vielmehr nach Rom zur Kaiserkrönung führen, wozu er von den österreichischen Herzogen Hilfstruppen verlangte. Albrecht und Wilhelm waren geneigt, sie zu gewähren; auf die Kunde davon eilte jedoch Herzog Leopold als Anhänger des Gegenkaisers Ruprecht nach Wien und drohte seinem Bruder und seinem Vetter mit offener Feindschaft, wofür sie Wenzel und Sigmund unterstützen, ja ihnen nur den Durchzug durch die von ihnen regierten Länder gestatten würden. Dies vereitelte den Römerzug Wenzels, worauf dieser die seinem Bruder Sigmund übertragene Reichsverweserschaft über Böhmen zurücknahm.

Mittlerweile hatte aber Sigmund abermals mit Hilfe Albrechts den mährischen Prokop besiegt und gefangen. Er eilte darauf nach Prag, setzte auch seinen Bruder Wenzel gefangen und benahm sich nun als Herr des Königreichs Böhmen. Als solcher erneuerte er im August 1402 mit den Herzogen von Oesterreich für Ungarn und Böhmen die alten Erbverträge. Er ging noch weiter, indem er am 14. September 1402 zu Preßburg mit Einwilligung der Stände seinen treuen Freund, Herzog Albrecht zu seinem Nachfolger in Ungarn ernannte. Drei Tage später übertrug er an Albrecht die Reichsverweserschaft über Ungarn für die Fälle seiner Abwesenheit aus diesem Reiche. Auch versprach Sigmund, die dem Markgrafen Jobst verpfändete Mark Brandenburg wieder einzulösen und sie dann einem der österreichischen Herzoge zu geben.

So befanden sich die Habsburger in einer Situation, aus der sie die größten Vortheile hätten ziehen können, wenn sie einträchtig im Interesse des Gesamthauses gewirkt hätten. Sie waren aber stets uneinig, machten wiederholt neue Theilungsverträge, arbeiteten sich in der auswärtigen Politik entgegen, verwirrten dadurch die Angelegenheiten ihres Hauses, schwächten das Ansehen und die Macht desselben und waren mehrmals nahe daran, sich in gottlosem Bruderkriege zu zerfleischen.

Es sollte noch ärger werden. Im Juli 1404 zog Herzog Albrecht mit König Sigmund gegen Znaïm, wo sich eine verwegene Räuberschaar festgesetzt hatte und von da aus Oesterreich und Ungarn schwer heimsuchte. Durch einen raschen Angriff hätte die Stadt leicht genommen werden können, doch Sigmund zog es vor, die Räuber durch eine Belagerung zur Ergebung zu zwingen.

Er eilte aber mit seinen Schaaren nach Böhmen, um sich in den Silberwerken von Kuttenberg den fehlenden nervus rerum zu holen. Mittlerweile sollte Albrecht die Belagerung leiten. Doch der fromme Herzog hatte weder das Genie noch die Thatkraft eines Feldherrn, die Truppen achteten ihn nicht, und überdies brach unter ihnen eine verheerende Ruhr aus. Die Belagerten wurden kühn, machten einen Ausfall und zerstörten alle Belagerungsmaschinen. Als Sigmund unverrichteter Sache wieder auf den Kampfplatz zurückkam, wollte er mit den Räubern Ernst machen. Doch da erkrankten plötzlich beide Fürsten, wie man glaubte an Gift, so gefährlich, daß die Belagerung aufgegeben werden mußte. Sigmund, an welchem nach dem Rathe eines Arztes, den der Chronist Windeck einen sehr guten nennt, die Kur des an den Füßen Aufhängens vorgenommen wurde, genas; die Krankheit Albrechts aber wurde schlimmer. Er hatte geschworen, nicht lebend nach Wien zurückzukommen, bevor er nicht die Räuber gezüchtigt hätte. Da ihm dies nun nicht gelungen war, so ließ er sich nach Klosterneuburg bringen, wo er am 14. September 1404 starb. Er war erst siebenundzwanzig Jahre alt und hinterließ nebst einer Tochter nur einen erst siebenjährigen Sohn. Vor seinem Tode rief der gute Fürst in schlimmer Ahnung aus: „Ich welche Noth werden die Leute gerathen!“

(Fortsetzung folgt.)

Offener Dank.

Ich erhielt folgendes Telegramm:

„Einer Wohlgeboren Herrn Dr. Franz Schuselka, Redakteur der „Reform“, Wien, Nationalhotel, Leopoldstadt. Zu der am 26. Mai bei der Stadt Weizwasser abzuhaltenden Volksversammlung, deren Zweck die Anbahnung einer gegenseitigen Verständigung zwischen beiden Nationalitäten Böhmens ist, erlauben wir uns, Euer Wohlgeboren als unseren Landsmann und bewährten Kämpfer für die Gleichberechtigung aller Nationalitäten Oesterreichs freundschaftlichst im Namen der böhmischen und deutschen Bevölkerung des hiesigen Bezirkes einzuladen.

Für das Comité der Vertrauensmänner: Adolf Simek.“

Ich bin durch diese Einladung innigst erfreut und hoch geehrt und bedauere lebhaft, daß meine Verhältnisse mir nicht gestatten, derselben Folge zu leisten. Indem ich dem hochgeehrten Comité der Vertrauensmänner meinen herzlichsten Dank ausspreche, flehe ich inbrünstig, daß der Genius der wahren Gerechtigkeit, Freiheit und Humanität das Bestreben, zwischen den beiden Nationalitäten unseres vielgeliebten, aller Liebe würdigen, durch seine Vergangenheit und Gegenwart herrlichen Königreichs Böhmen die Verständigung und Versöhnung herbeizuführen, mit einem glücklichen Erfolge segnen möge.

Franz Schuselka.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schuselka.

Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 52.

Druck von K. v. Waldheim.

Die Reform.

No. 22.

Wien, den 2. Juni 1870.

IX. Jahrgang.

Oesterreich appellirt an die Oesterreicher.

Mit diesem Satze glauben wir die Situation treffend bezeichnet zu haben. Mit näherer Unterscheidung geht die Berufung um einen Akt, von welchem Sein oder Nichtsein Oesterreichs abhängt, vorzugsweise an die eigentlichen Oesterreicher, an diejenigen, welche sich selber als diese bezeichnen, an die Deutschösterreicher. Von ihnen hängt vorzugsweise das Schicksal Oesterreichs ab. Wenn sie überhaupt noch den Fortbestand Oesterreichs wollen, so müssen sie ein freies Oesterreich wollen, denn nur ein solches ist der Fortbauer fähig und würdig. Soll aber ein freies Oesterreich erstehen, so müssen die Deutschösterreicher die Prätension aufgeben, über die nichtdeutschen Völker herrschen zu wollen.

Sie sind zu einer solchen Herrschaft durchaus nicht berechtigt, weil in einem freien Staate überhaupt kein Volk das Recht hat, ein anderes Volk zu beherrschen. Die Deutschösterreicher könnten die prätendirte Herrschaft höchstens aus dem Umstande herleiten, daß lange Zeit hindurch in ihrem Namen geherrscht worden ist. Von jener Zwingherrschaft aber hatten die Deutschen wahrlich weder Ehre noch Nutzen, sie sind durch diese Herrschaft ebenso geknechtet gewesen wie die andern Völker. An dem Sturze dieser Herrschaft, an der Beseitigung des Absolutismus haben die Deutschösterreicher in hervorragender Weise gearbeitet; es stünde ihnen daher sehr schlecht an, nun dieselbe Herrschaft an sich reißen, als Erben und Nachfolger des Absolutismus auftreten zu wollen. Die Maske des Konstitutionalismus würde das nicht beschönigen, sondern nur noch widerwärtiger und verdammungswürdiger machen. Der Schein des Liberalismus würde nicht im Stande sein, den Despotismus und Terrorismus zu verhüllen, die scheinkonstitutionellen Herren wären bald gezwungen, die Gewaltmittel der Absolutisten anzuwenden, wie sie ja schon zuerst in Ungarn, dann in Böhmen den Belagerungszustand und in Dalmatien einen traurigen Bürgerkrieg gutheißen mußten. Solche Gewaltmaßregeln treffen aber nicht bloß die Beherrschten, sondern auch die Herrscher; diese müssen selber auf die Freiheitsrechte verzichten, um sie anderen nehmen zu können.

Die Deutschösterreicher sollen und dürfen ein Herrschaftsrecht auch nicht aus ihrer behaupteten höheren Bildung ableiten. Ein wahrhaft gebildetes Volk wird sich überhaupt nicht einbilden und brüsten, gebildeter zu sein als andere Völker, und wer wirklich gebildeter ist, als andere, der wird in freier Weise eben durch die Bildung allein einen Vorrang haben, ohne dazu politische Privi-

legen zu brauchen. Privilegien, ob sie nun einzelnen Personen und Ständen, oder ganzen Volksstämmen zustehen, heben überhaupt den Begriff und das Wesen der wahren Freiheit auf, welche absolut vollkommene Gleichberechtigung zur Voraussetzung und Folge haben muß. Die Deutschösterreicher, da sie sich doch als Freiheitskämpfer kategorisch proklamiren, dürfen daher schon deshalb kein politisches Privilegium für sich in Anspruch nehmen.

Am allerwenigsten können die Deutschösterreicher einen Herrschaftsanspruch darauf gründen, daß sie für sich eine bestimmte Verfassungsform angenommen haben, welche ihnen Begünstigungen zu gewähren scheint. Wir sagen ausdrücklich, zu gewähren scheint, denn in der That ist die bestehende Verfassung den wahren wohlverstandenen Interessen der Deutschen durchaus nicht günstig. Was darin scheinbar die Deutschen bevorzugt, dient eigentlich nur den Zwecken des schein-konstitutionellen Bureaukratismus; die Deutschen sind durch die bestehende Verfassung wahrlich mit keinem andern Privilegium bedacht, als daß sie nach wie vor die Werkzeuge und Sündenböcke des bureaukratischen Centralismus sein sollen, was sie denn auch in der Schmerling'schen und Giskra'schen Periode wirklich gewesen sind.

Ganz irrig ist der Glaube, daß die bestehende Verfassung eine Stütze, ein Schutz für das deutsche Element sei. Das Deuththum in Oesterreich braucht zwar überhaupt keinen künstlichen und gewalthätigen Schutz, weil es für sich unüberwindlich mächtig ist; wenn aber eine Gefährdung der deutschen Nationalität in Oesterreich überhaupt möglich wäre, so könnte sie gerade durch die bestehende Verfassung herbeigeführt werden. Diese nach der Schablone gearbeitete Konstitution ist so beschaffen, daß die nichtdeutschen Völker dieselbe nur zu acceptiren, sie auszubeuten brauchten, um die Deutschen nach Belieben zu majorisiren, den nichtdeutschen Charakter in den Vordergrund zu stellen. Dies war unter der Februarverfassung in besonders hohem Grade möglich gewesen und ist auch unter der Dezemberverfassung möglich. Es ist eine merkwürdige Verblendung, daß die Deutschösterreicher an beiden Verfassungen starr und stolz fest halten wollten und wollen, weil sie kraft derselben zehn Jahre hindurch das parlamentarische Regiment geführt haben. Aber warum konnten sie es? Weil eben ein großer Theil der Nichtdeutschen die Verfassung gar nicht angenommen hatte, und deshalb die andern Nichtdeutschen, die sich zwar auf den Boden der Verfassung gestellt hatten, dieselbe nicht gehörig ausbeuten konnten. Die Deutschen waren unter Schmerling die Herren des Reichsrathes, weil eben die Ungarn, Kroaten und Venetianer nicht gekommen, und die Böhmen wieder fortgegangen waren; und unter Beust, Auersperg, Taaffe, Hasner konnte sich die deutsche Parlamentsherrschaft fortsetzen, weil die Böhmen nicht gekommen waren, und daher die Polen und Slovenen keine Majorität bilden konnten. Wenn in der februaristischen und dezemberistischen Periode die Vertreter aller Völker vollständig in den Reichsrath gekommen wären, so würde die Majoritätsherrschaft der

Deutschen sofort ein Ende gehabt, ja gar nicht begonnen haben. Das sollten die Deutschen doch beherzigen.

Dann sollten sie, deren Führer doch größtentheils Juristen sind, auch bedenken, daß die bestehende Verfassung eine oktroyirte, ein Geschenk ist. Die Deutschen hatten nun wol das Recht, auf die uranfängliche Autonomie ihrer Länder, auf ihre ganze Vergangenheit und besonders auch auf die Errungenschaft des Jahres 1848 zu verzichten, und das neue Verfassungsgeschenk anzunehmen; aber sie hatten und haben durchaus nicht das Recht, von den andern Völkern zu verlangen, ja ihnen zu befehlen, das Gleiche zu thun. Mit dem diktatorischen Gewaltspruche, daß die oktroyirte Verfassung, weil sie deutscherseits angenommen worden, das Staatsrecht aller Königreiche und Länder sein und bleiben müsse, haben die Deutschen sich zuerst Ungarn und dann Böhmen gegenüber blamirt. Soll diese Blamage fortgesetzt werden, bis darüber Oesterreich zu Grunde geht?

Ein vollgiltiges neues Staatsrecht und die demselben entsprechenden konstitutionellen Pflichten für die Königreiche und Länder der habsburgischen Monarchie können nur durch freie Vereinbarung der Völker festgestellt werden. Da dies ursprünglich versäumt worden ist, so möge man jetzt das Versäumte nachholen, so weit es noch möglich ist. Es handelt sich zunächst um eine Konstruktion des Reiches, damit alle Völker mit Befriedigung in demselben wohnen können. Erst dann kann und wird sich wahre Freiheit entwickeln und fest begründen. Solang das Reichsgebäude für einen großen Theil, ja für die Mehrheit der Bevölkerung eine Zwingburg ist, kann von wirklicher Freiheit keine Rede sein. Es kann weder die Freiheit überhaupt noch eine bestimmte Art derselben jemanden mit Gewalt aufgezwungen werden. Was nützt es, daß die freisinnigen Deutschen kategorisch erklären: „Wir wollen ein aus direkten Wahlen hervorgehendes Volkshaus auf breitester demokratischer Basis.“ Ein solches Volkparlament, ein solcher Völkertongreß wäre gewiß sehr schön, könnte in großartiger Weise die hohe Politik unsers herrlichen Völkerreiches leiten; aber es kann doch offenbar nur durch die freie Einwilligung aller Völker zu Stande kommen. Wenn nun die nichtdeutschen Völker ein solches Volkshaus nicht wollen, will man sie mit Gewalt in dasselbe hineintreiben? Man möge sich bemühen, die Völker für eine solche Institution zu gewinnen, hüte sich aber, ihnen dieselbe diktiren und oktroyiren zu wollen.

Ueberhaupt müssen die Deutschösterreicher im Interesse der Gerechtigkeit und Freiheit und ihres Kulturrufes die Politik gewalthätiger Diktatur aufgeben; sie sollten ihre Ehre, ihren Ruhm darein setzen, hochsinnig und hochherzig die Initiative zu ergreifen, um durch freie Vereinbarung ein wirklich freies Oesterreich zu schaffen.

Zu diesem Behufe appellirt jetzt Oesterreich an die Oesterreicher.

Auch ein „czechisches“ Memorandum.

Der moderne Wiener politische Jargon ist eitel Lug und Trug. Er schwärmt in Liberalismus und fordert von den Böhmen angeblich nichts als Anerkennung der Verfassung und die Bescheidung des Reichsraths.

Aber der Reichsrath, den er meint, ist kein Reichsrath, die Verfassung, die er preist, ist keine Verfassung, und sein Liberalismus ist zunächst nur ein rohes Herrschgелüste.

Der angebliche Reichsrath ist eine aus ungerechten und unberechtigten Wahlordnungen hervorgegangene Versammlung von Abgeordneten einiger nichtungarischen Länder, die sich eine diktatorische Gewalt über Böhmen anmaßen.

Die sogenannte Verfassung ist nichts als ein künstlich eingerichteter politischer Organismus zur Vergewaltigung eines Volksstammes durch den anderen, einer Partei durch eine andere.

Der Liberalismus, der zu seiner Stütze Polizei und Gendarmen, willkürliche Richter und Kerkermeister in Anspruch nimmt, ist der unverschämteste und verächtlichste Despotismus, den es je irgendwo gegeben hat.

Wer in der Staatsgesellschaft herrschen will, ist kein Freund der Freiheit; denn das Herrschen der Einen setzt nothwendig die Knechtung Anderer voraus, die da beherrscht werden sollen, und wo es nur Herren und Knechte gibt, da kann von Freiheit keine Rede sein. Wenn daher Deutsche und Magyaren über die Slaven und Romanen in Oesterreich und Ungarn herrschen und dabei doch auch den Ruhm der Freisinnigkeit ansprechen wollen, so liegt in dem Beiden entweder Blödsinn, oder schamlose Perfidie.

Die an die Böhmen gestellte Forderung zum Eintritt in den sogenannten Reichsrath involvirt in sich die Auflösung und das endliche Aufgehen Böhmens in einem Staatsgebilde, das so neu und unförmlich ist, daß man noch nicht einmal einen passenden Namen dafür zu finden gewußt hat; vorläufig nennt man es bald Eisleithanien, bald die Westhälfte Oesterreichs, obgleich auch z. B. die Bukowina dazu gerechnet wird. Es handelt sich also dabei um eine Mediatisirung der bisher souveränen Krone Böhmens, um die Abschaffung und Vernichtung der tausendjährigen historisch-politischen Individualität des böhmischen Königreichs und um die endliche Absorbirung der böhmischen Nationalität durch eine andere. Denn durch die sogenannte Dezemberverfassung wird das Königreich Böhmen faktisch in ein bloßes Departement von Eisleithanien umgewandelt und angewiesen, von diesem Gesetze anzunehmen. Darin liegt die Aufhebung und Negirung der böhmischen Nationalität für alle Zukunft; denn ein Volk, das seine Sprache in Gesetzgebung und Verwaltung nicht einmal in einem freien Staate zur Geltung bringen darf, kann seinem nationalen Tode über kurz oder lang

nicht entrinnen. Wer auf Erden ist aber berechtigt, den Böhmen ihre Nationalität zu nehmen?

Wegen der Mißstimmung, welche einst die josephinischen Centralisationsbestrebungen auch in Böhmen erzeugt hatten, hat Kaiser Leopold II. diesem Lande am 12. August 1791 die feierliche urkundliche Zusicherung gegeben, daß fortan eine Aenderung der böhmischen Verfassung ohne Einvernehmung der böhmischen Stände nicht stattfinden dürfe, noch auch werde. Diese Zusage hat der noch lebende Kaiser Ferdinand (als König von Böhmen der V.) bei seiner Krönung im September 1836 virtuell mitbeschworen. Wer darf es wagen, ihr bindende Rechtskraft abzuspochen?

Die alte Maxime: *regnum regno non praescribit leges*, gilt auch in der Umschreibung: *gens genti non praescribat leges*. Woher nehmen die Herren von Ober- und Niederösterreich, die von der Steiermark, von Galizien u. s. w. das Recht, den Böhmen Gesetze vorzuschreiben? Die Natur gibt es ihnen nicht, die Geschichte noch weniger. Auch die Regierung konnte ihnen das nicht verleihen, was ihr selbst nicht zusteht.

Den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, waren die Böhmen seit 1848 aus freiem Willen immer bereit, in Verhandlungen über einen konstitutionellen *modus vivendi* mit den übrigen Ländern der Monarchie einzutreten. Immer waren sie willig, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist, wofern nur auch den Ländern und Völkern das gewahrt würde, was sie zu ihrer nationalen Existenz nicht entbehren können; aber immer und immer begegneten sie dabei nur, bald gröberen, bald feineren Vergewaltigungsgelüsten.

Jene vorweltlichen Zeitgenossen, die auch jetzt noch meinen, weil man in Wien die Macht und auch die Uebung dazu hat, so könne man die Böhmen nach wie vor nach Willkür zu Paaren treiben, — diese Leute mögen hier unbesprochen bleiben. Denn es wird sich in unseren Tagen kaum ein Friedländer-Schmock mehr finden lassen, der es unternähme, das sogenannte Faustrecht für ein wirkliches Recht zu erklären.

Auf der Wiener Burg prangt die Inschrift: *Justitia regnorum fundamentum*, und die *justitia* gründet sich bekanntlich auf den Spruch: Was Du nicht willst, daß Dir geschehe, das thue auch Anderen nicht. Entzieht man aber dieses Fundament dem modernen Staatsbau Oesterreichs, wie lange wird er den kommenden Stürmen widerstehen können?

Die Böhmen haben seit Menschengedenken Beweise ihrer Loyalität in Hülle und Fülle dargebracht; trotzdem wurden und werden sie in Oesterreich, unter den Augen der Regierung, fortwährend geneckt, gehöhnt und verunglimpft; ihre nationale Ehre gilt in Wien stets für vogelfrei, und sie werden zunächst nur durch feindselige Behandlung ausgezeichnet. Gleichwol hofften sie bis zur letzten Stunde immer, man werde endlich doch einmal zu der Einsicht kommen, daß Gerechtigkeit und das gleiche Recht für Alle die beste Politik für Oester-

reich sei. Nachdem sie nun aber den Kelch getäuschter Hoffnungen bis auf die Reige geleert, wäre es da ein Wunder, wenn sie endlich der Gefahr, in die der Staat sich selbst stürzt, gleichgiltig zusehen und auch dessen Untergang keine Thräne nachweinen würden?

Den ihnen zugemutheten nationalen Selbstmord werden sie aber gewiß nie und nimmer sich zu Schulden kommen lassen.

Wien, den 29. Mai 1870.

Fr. Palacký.

Zur böhmischen Frage.

Aus Prag.

Ueber die Stimmung, welche in Böhmen durch den Beginn der Aktion des Ministeriums Potocki hervorgerufen worden ist, kann sich die Regierung in den sämtlichen nationalen Blättern unterrichten. Es ist nützlich, oder könnte doch nützlich wirken, daß die Wiener Journale Uebersetzungen dieser böhmischen Stimmen bringen, damit auch die Deutschösterreicher sich authentisch überzeugen können von dem Einbruche, den die als „Einlenken auf die verfassungsmäßige Bahn“ bezeichnete Aktion Potocki's, eigentlich Beust's auf das böhmische Volk gemacht hat.

Die nationalen Blätter übertreiben wahrlich nicht, indem sie die tiefste Unzufriedenheit, die heftigste Erbitterung aussprechen und den kräftigsten, hartnäckigsten Widerstand ankündigen. Sie befeiligen sich dabei in der That noch großer Mäßigung, sie sprechen bei weitem nicht das aus, was im Volke gesprochen wird, und noch weniger das, was das Volk denkt und fühlt.

Das böhmische Volk empfindet die Nichtauflösung des böhmischen Landtages wie einen Faustschlag ins Angesicht und es ersieht aus dem Cirkular des Grafen Beust, daß die „im umfassendsten Sinne des Wortes konstitutionell und kategorisch verfassungstreue“ Aktion darin bestehen soll, die Krone Böhmen zu mediatisiren, das tausendjährige Königreich Böhmen aus der Geschichte auszustreichen, es zur bloßen Provinz eines künstlich und gewaltthätig zu konstruirenden „Eisleithanien“ zu machen und das böhmische Volk dem langsamen Tode durch Entnationalisirung preiszugeben. Die Antwort auf den empfangenen Faustschlag spricht das böhmische Volk nicht aus, auf das Aktionsprogramm der Regierung aber erwidert es: „Einen solchen Akt gegen das Königreich Böhmen zu unternehmen, hat niemand, wohlgemerkt gar niemand das Recht, und deshalb ist das böhmische Volk wie berechtigt, so verpflichtet, einen solchen Akt mit allen Kräften abzuwehren.“

Die Nichtauflösung des böhmischen Landtages mußte umso unangenehm

überraschen, da die Auflösung bei den vertraulichen Verhandlungen beiderseits vorausgesetzt worden war. Der erste Gegenstand der Vorverhandlungen war nämlich die Frage, ob die böhmischen Nationalen einen auf Grundlage der Februarwahlordnung neu zu wählenden Landtag beschicken würden. Diese Bescheidung wurde nun sowol von Seite der Deklaranten, als auch des historischen Adels ausdrücklich zugesagt. Diese Zusage, das Abgehen von der Deklaration in diesem Punkte war eben die Konzeption, durch welche die Nationalen die Ausgleichsaktion überhaupt ermöglichen wollten, ohne das Ministerium Potocki den Steinwürfen der verfassungstreuen Ultras anzusetzen. Die Nationalen machten diese Konzeption, um nicht gleich beim Beginn der Aktion den gegnerischen Vorwand aufkommen zu lassen, daß der Landtag eben nicht der verfassungsmäßige sei, und um zu verhüten, daß unter diesem Vorwande die von der Regierung gefürchtete Abstinenz der Deutschböhmen eintreten und sogar eine, wenn auch nur scheinbare Rechtfertigung haben würde.

Da nun das Ministerium die Frage wegen der Bescheidung eines nach der Schmerling'schen Wahlordnung neu zu wählenden Landtages ganz sachgemäß in erster Linie in den Vordergrund stellte, so war man zu der Voraussetzung berechtigt, daß die Auflösung des jetzigen Rumpflandtages von der Regierung als nothwendig erkannt worden sei. Das Rundschreiben Beust's zeigt auch, daß dies wirklich der Fall gewesen. Außer den im Vortrage Potocki's und in der Depesche Beust's für die Nothwendigkeit der Auflösung der Landtage im allgemeinen angeführten Gründen spricht gerade in Betreff des böhmischen Landtages für diese Nothwendigkeit ganz besonders der Umstand, daß gegen die formale Legalität der Wahlen im Großgrundbesitze gleich im Landtage 1867 Proteste erhoben wurden, welche zwar niedergestimmt worden sind, aber dennoch Thatfachen bekundet und erwiesen haben, welche die Regelwidrigkeit der Wahlen darzuthun geeignet waren. Auch ist es offenbar, und wird selbst von Wiener Blättern zugegeben, ja mit warnendem Nachdruck hervorgehoben, daß durch die Nichtauflösung des böhmischen Landtages nur jener Partei, jener Clique gebient wird, welche jedem Ausgleich feind und nur bemüht ist, den Zwiespalt immer schärfer zu machen, einer Partei, welche auch das Ministerium Potocki schwerlich auf Rosen betten, vielmehr höchst wahrscheinlich alles aufwenden wird, um mit Hilfe der Magnaten das Fest der Auferstehung ihrer gefallenen Götter zu feiern.

Wodurch wurde nun im letzten Augenblicke die das Rechts- und Ehrgefühl des böhmischen Volkes tief verletzende Ausnahme des böhmischen Landtages veranlaßt? Die Gegner des Ausgleichs führen verschiedene Gründe an. Zuerst nennen oder nannten sie den Beitritt des historischen Adels zur Deklaration und dabei beschuldigten sie in gewohnter Weise die national staatsrechtliche Opposition in Bausch und Bogen feudaler, ultramontaner, überhaupt aller möglichen reaktionären Tendenzen und machten nun dem Minister Potocki das Kompliment, daß

er, um dieser Reaktion entgegenzuarbeiten, den böhmischen Landtag nicht aufgelöst hätte. Wenn nun die gegen die nationale Opposition geschleuberte Beschuldigung im allgemeinen begründet wäre, so könnte und müßte man sich allerdings über den Liberalismus des Ministeriums freuen, an dessen Spitze der polnische Hocharistokrat und treue Katholik Graf Potocki steht. Jeder Unbefangene und Gerechte muß aber erkennen, daß der gedachte Vorwurf, insofern er auf die gesamte nationale Opposition Böhmens geschleubert wird, unbegründet, ja perfid ist. Reaktionärs gibt es bekanntermaßen in jeder Nationalität, auch in der deutschen, und sie haben unzweifelhaft das Recht und müssen in einem wirklich freien Staate auch die Freiheit haben, ihre Ueberzeugung zu bekennen und für die Geltendmachung derselben zu agiren. Die Liberalen aber haben das Recht und die Pflicht und müssen die Freiheit haben, der Reaktion entgegen zu arbeiten. Das ist eben der innere Kampf der politischen, geistigen, sozialen Entwicklung, wie er in allen Ländern naturgemäß vorkommt. In Böhmen handelt es sich aber zunächst nicht um die speziellen Postulate des Liberalismus, sondern vor allem zuerst um die staatsrechtliche Selbständigkeit des Königreichs Böhmen, und man hat es mit keiner andern Thatsache zu thun, als daß für die Erringung und Behauptung der staatsrechtlichen Selbständigkeit Böhmens das ganze böhmische Volk eine einzige Partei ist, wie Ein Mann dassteht. Geradefo war es auch in Ungarn, auch dort waren alle Parteien vereinigt in dem Kampfe um die historische Selbständigkeit des Stephansreiches, jeder andere prinzipielle Kampf war vertagt; nachdem aber die Selbständigkeit des Reiches errungen war, trennten sich sofort die politischen Parteien und führen nun den innern Entwicklungskampf. Genau daselbe wird auch in Böhmen eintreten.

Mit dem Anschein größerer Begründung wird als Grund der Nichtauflösung des böhmischen Landtages die bestimmte hartnäckige Verweigerung der Reichsrathsbeschickung angegeben. Auch das ist unrichtig. Die Frage der Reichsrathsbeschickung ist allerdings nicht bejaht, aber eben so wenig bestimmt verneint worden. Es konnte und durfte auch weder das Eine noch das Andere geschehen. Die Vertrauensmänner waren weder einzeln noch in Gemeinschaft berechtigt, auf diese Frage eine bejahende oder verneinende Antwort zu geben, sie mußten die Beantwortung dem kompetenten Landtage überlassen, und das haben sie gethan.

Graf Potocki selber gibt als Grund der Nichtauflösung des böhmischen Landtages an, „das Ministerium habe nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß bei einer Gesamterneuerung dieses Landtages die Beschickung des Reichsrathes jetzt schon zweifellos wäre.“ Das ist eine sonderbare Motivirung. Von den Ergänzungswahlen in den czechischen Bezirken kann Potocki unmöglich ein Resultat hoffen, welches die Beschickung zweifellos machen würde. Auch bei gänzlicher Erneuerung des Landtages würde die Reichsrathsbeschickung von Seite der Czechen jetzt, nachdem Graf Beust das Ausgleichsprogramm publizirt hat, ohne Zweifel verweigert werden. In Betreff der Czechen konnte also Graf Potocki

im voraus klar sein. Dagegen hat der jetzige Landtag den Reichsrath schon einmal beschickt und wird ihn ohne Zweifel wieder beschicken. Der von Potocki ausgesprochene Zweifel scheint sich also darauf zu beziehen, daß bei einer Gesamt-erneuerung des Landtages nicht mehr die jetzige Majorität in die Landtagstube kommen könnte, sondern eine andere, welche vielleicht ohne die Czechen die Beschickung des Reichsrathes verweigern möchte. Diese Befürchtung ist interessant und nicht ganz unbegründet. Von der eigentlichen deutschböhmisches Bevölkerung dürfte freilich leider noch nicht vorausgesetzt werden können, daß sie andere, d. i. weniger bezembristishe oder gar solche Deputirte wählen würde, welche mit den Czechen für die Selbstständigkeit Böhmens einstehen würden. Zwar sind gewiß nicht alle Deutschböhmen mit der Zwietracht- und Haxpolitik Herbst's einverstanden, aber ihre Wahlen würden demnächst doch noch vom Prager Kasino beherrscht werden und daher bezembristisch ausfallen. Dagegen ist es aber allerdings nicht ganz zweifellos, ob es jetzt wieder gelingen würde, aus der Gruppe der Großgrundbesitzer die verschiebbaren Figuren zu gewinnen, durch welche die jetzige Majorität des Landtages zu Stande gebracht worden ist. Durch diese Besorgniß offenbart sich aber auch die ganze Nichtigkeit des sogenannt konstitutionellen Verfahrens der Regierung in Böhmen.

Als ein Grund der Nichtauflösung und zugleich als Beweis für die reaktionäre Tendenz der nationalen Opposition wird von den Verfassungstreuen auch angeführt, daß diese Opposition die Reaktivierung der Wahlordnung vom Jahre 1848 verlangt hätte. Das ist unrichtig, es waltet da ein Mißverständniß. Es ist nicht die Reaktivierung der 1848er Wahlordnung verlangt worden, sondern die Adelspartei hat die Frage angeregt, ob nicht in der Adresse des als beschickt vorausgesetzten neuen Landtages die Reaktivierung des kaiserl. Patent's vom 9. April 1848 verlangt werden sollte. In diesem Patente sind nun allerdings auch Grundsätze einer Wahlordnung enthalten; ungleich wichtiger ist es aber, daß der Kaiser und König Ferdinand durch dieses Patent für Böhmen die Einsetzung verantwortlicher Centralbehörden in Prag mit einem ausgedehnten Wirkungskreise bewilligt hat. Da nun die präsumirte Adresse des neuen Landtages jedenfalls eine Antwort erhalten haben würde, so wäre gerade dadurch, daß in der Adresse das Petikum um Reaktivierung des Patent's vom 9. April 1848 enthalten gewesen wäre, für die Antwort des Monarchen die günstige Gelegenheit geboten worden, einen Akt der Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes zu konstatiren. Daß eine solche Anerkennung durch eine Manifestation der Krone geschehe, das haben die Vertrauensmänner pflichtgemäß als das entscheidend Wichtigste der ganzen Ausgleichsaktion bezeichnet. Dazu sollte dem Monarchen durch die Adresse Veranlassung gegeben werden, also in ganz konstitutioneller Weise. Wenn dann ein Akt der Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes erfolgt wäre, so würden die Deklaranten und die Adelspartei in ihrer Vereinigung gewiß bereit gewesen sein, Mittel und Wege zu finden, um der Regierung über

die Schwierigkeiten hinüber zu helfen, welche durch die thatsächlichen Verhältnisse gegeben und nicht wegzuleugnen sind.

Doch von einer Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes will auch Graf Potocki nichts wissen, so wenig wie Graf Beust und die Exzellenzen Giska, Herbst, Hasner. Ohne Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes gibt es aber keinen rechtlichen Ausgleich mit Böhmen. Also ist das Ministerium Potocki kein Ausgleichsministerium für Böhmen.

Es ist wirklich unbegreiflich, wie ein monarchisches, dem legitimen Herrscherrechte huldigendes Ministerium die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes perhorresciren kann. In diesem Staatsrechte wurzelt ja doch die Legitimität der Thronfolge Seiner Majestät des jetzt regierenden Kaisers in Böhmen. Es ist nicht denkbar, daß ein Monarch, welcher auf Grund der von seinem Vorgänger im Krönungsseide beschwornen Staatsakte den Thron von Böhmen bestiegen hat, diese rechtlichen Grundlagen seiner Succession auch nur einen Augenblick aufgeben wollte. Wenn, wie es wirklich der Fall ist, thatsächliche Verhältnisse es nothwendig machen, das bilaterale böhmische Staatsrecht, d. i. die gegenseitigen Rechte und Pflichten des Königreichs und des Königs mit andern Rechtsverbindungen in Einklang zu bringen, so kann die Aktion darüber doch offenbar zwischen dem Landtag und dem König neben dem Bestehenden und ohne vorläufige einseitige Antastung desselben stattfinden, und würde gerade die Verhandlung zwischen dem Könige und dem Landtage dahin führen, daß schließlich auch die Verständigung der Vertreter des Königreichs Böhmen mit den Vertretern der übrigen Königreiche und Länder über das gegenseitige Verhältniß und für die nothwendigen Interessen der Gesamtmonarchie erfolgen müßte.

Wahrlich der Ausgleich mit Böhmen, wäre, wenn auch schwierig, doch gewiß glücklich zu Stande gebracht worden, wenn man ihn nicht nach der schablonenhaften Doktrin, sondern nach den Weisungen des historischen Rechtes in Angriff genommen hätte. Wie die Sachen jetzt stehen, muß man eben abwarten, ob und wie Graf Beust seine Drohung, daß über die Widerspenstigen die Geschichte, die Gesetzgebung und die Staatsgewalt rücksichtslos hinweg gehen werden, in Erfüllung bringen wird.

Die fehlenden Faktoren in der europäischen Politik.

Es gibt in der großen Politik keine sichern Voraussetzungen und Berechnungen mehr. Wir leben im Zeitalter des Hazardirens, Improvisirens und der Ueberraschungen. Die alten, nach Prinzipien und Traditionen dauerhaft geschlossenen Allianzen sind aufgelöst, und es fehlt an auch nur einigermaßen sichern

Anhaltspunkten, um voraus kombiniren zu können, wie sich für eventuelle Fälle Bündnisse bilden, wie sich die Mächte gruppiren werden.

Wenn man diesen Zustand betrachtet, so erinnert man sich rückblickend an die sogenannte heilige Allianz. Das war ein gewissermaßen für die Ewigkeit geschlossenes Bündniß, da es auf die Grundsätze des Christenthums gegründet sein sollte, welche dauern werden bis an das Ende der Zeiten. Drei Staaten, die bedeutendsten Vertreter der drei kirchlichen Hauptformen des Christenthums, drei Potentaten, der erste als traditioneller Schirmherr der katholischen Kirche, der zweite als Hort des Protestantismus, der dritte als Cäsar-Papst der orientalischen Kirche verbanden sich, um die Weltgeschichte fortan nach den Grundsätzen des Christenthums zu lenken, allerdings des Christenthums, wie man es eben in der Staatskanzlei zu Wien und in den Kabinetten zu Berlin und Petersburg auffaßte. Merkwürdig war es, daß jener heiligen Allianz gerade der heilige Vater nicht beitrug, weil er sich selbstverständlich nicht mit dem preussischen Keger und mit dem russischen Schismatiker verbünden wollte. Auch Großbritannien trat der heiligen Allianz nicht bei; den praktischen Briten war dieses Bündniß zu nebelhaft, zu transcendent, es hatte keine greifbaren Punkte, keine profitablen Ziele.

Gleichwol kam der Grundsatz der heiligen Allianz in ganz Europa zur Geltung und beherrschte eine ziemlich lange Zeit hindurch den Welttheil. Der Hauptgrundsatz der heiligen Allianz war: Aufrechterhaltung des Bestehenden. Dieser Grundsatz wurde in folgender Weise religiös motivirt: Nichts geschieht ohne Gott, also war die legitime Staatenordnung ein Werk Gottes; die Störung, der Umsturz dieser Ordnung durch die französische Revolution und durch den Revolutionskaiser Napoleon I. aber ein gottloses Werk. Demnach war der Kampf gegen die revolutionäre Politik ein von Gott gebotener, und da die Allirten mit Gottes Hilfe die alte Ordnung der Dinge wieder hergestellt haben, so sind sie durch göttliches Gebot verpflichtet, diese Ordnung für immer aufrecht zu erhalten. Diesen Grundsatz segnete im allgemeinen natürlich auch der Papst, obwohl er der heiligen Allianz nicht beitrug, und obwohl der Kirchenstaat nicht vollständig in seinen vorigen Bestand restaurirt worden war. Auch Frankreich, gegen dessen politische Ausschreitungsgefahr die heilige Allianz speziell gerichtet war, handelte nach der Restauration der göttlich legitimen Ordnung genau und streng nach dem Grundsatz der Allianz, und selbst Großbritannien, welches ja für die Wiederherstellung der alten Ordnung einen so langen Kampf gekämpft, so große Opfer gebracht hatte, war unbeschadet seines einheimischen Konstitutionalismus in der auswärtigen Politik mit den drei absolutistischen Allirten vollkommen einverstanden, wenn auch nicht immer aktiv, so doch passiv.

So erweiterte sich die heilige Allianz zu der sogenannten Pentarchie, d. h. zur Herrschaft der fünf Mächte: Oesterreich, England, Frankreich, Preußen und Rußland. Es ist nicht blos Courtoisie, daß wir in diesem Fünfbunde Oesterreich zuerst nennen. Das Kaiserthum Oesterreich stand wirklich an der Spitze der

europäischen Politik, Wien war in der That die Bundeshauptstadt der Pentarchie, in der Staatskanzlei auf dem Ballplaze wurden die Zügel der europäischen Geschichte geführt.

Die Pentarchie beherrschte Europa bis zum Jahre 1848. Ihr Grundsatz war die göttliche Legitimität in der Anwendung auf die prinzipielle und territoriale Politik. Wie ein großer Philosoph sagte: „Was ist, ist vernünftig,“ so sagten die Pentarchen: „Was besteht, besteht kraft göttlichen Gesetzes.“ Diesem Grundsatz gemäß stellte Frankreich unter Zustimmung der vier andern Großmächte in Spanien mit Waffengewalt die legitime Ordnung her. Das gleiche vollbrachte unter gleichen Verhältnissen und mit gleichen Mitteln Oesterreich in Italien. Nach demselben Grundsatz stellten Oesterreich und Preußen, unterstützt durch russische Denkschriften und durch französische und englische Denunziationen in Deutschland mit Inquisitionsmitteln die legitime Ordnung her, selbst dort, wo sie blos in der Phantasie schwärmerischer Jünglinge gestört war. Ja, der Grundsatz der göttlichen Legitimität wurde ungeachtet der christlichen Tendenz der aus der heiligen Allianz hervorgegangenen Pentarchie sogar auf den türkischen Sultan ausgedehnt. Deshalb wurden die Griechen, als sie unter der Kreuzesfahne gegen die Herrschaft des Halbmondes die Waffen erhoben, von den Pentarchisten auf dem Kongreß zu Verona für Rebellen erklärt, selbst von Czar Alexander I., obwol dieser dem griechischen Freiheitsbunde angehört, ja denselben eigentlich gestiftet hatte.

Durch die französische Revolution des Jahres 1830 wurde die Pentarchie erschüttert, aber nicht gestürzt. Da die Franzosen dem vertriebenen König Karl X. den Vetter desselben, Ludwig Philipp „als beste Republik“ zum Nachfolger gaben, also die Herrschaft über Frankreich doch in der dazu Kraft göttlicher Anordnung prädestinirten Familie blieb, so beruhigten sich die pentarchischen Kabinete über die theilweise Trübung des strengen Legitimitätsprinzips und beeilten sich, den „Bürgerkönig“ der Franzosen anzuerkennen. Ludwig Philipp war dafür erkenntlich, indem er sofort den Grundsätzen der Pentarchie huldigte und ein eifriger Mitarbeiter, ein willfähriges Werkzeug derselben wurde. Einige Störung der alten legitimen Ordnung trat in Folge der Julirevolution doch ein. Das Königreich Griechenland mußte anerkannt werden, doch das entschuldigten die Pentarchen als das kleinere Uebel im Vergleich mit einem zu befürchtenden allgemeinen Umsturz der orientalischen Verhältnisse. Auch die Trennung Belgiens von Holland mußte anerkannt werden, darüber trösteten sich aber die Pentarchen mit dem bußfertigen Bekenntniß, daß das Königreich der vereinigten Niederlande in der That keine göttliche, sondern eine sehr willkürliche diplomatische Schöpfung gewesen. Die polnische Revolution dagegen wurde schon wieder mit großer Energie kraft des legitimen Prinzips niedergeschlagen, Frankreich und England rührten keinen Finger für das polnische Volk, Preußen und Oesterreich aber erleichterten dem russischen Czaren die Herstellung der legitimen

Ordnung in Polen. Auch in Italien, Spanien und Deutschland wurden die der alten Ordnung widerstrebenden Nachwirkungen der französischen Revolution mit Gewalt unterdrückt. In Deutschland blieb nur in einigen kleinern Staaten ein schwacher Scheinkonstitutionalismus.

Erst die Revolution des Jahres 1848 stürzte und sprengte die Pentarchie. Diese Revolution beschränkte sich nicht bloß auf Frankreich, sie verbreitete nach außen nicht bloß eine schwache Wellenbewegung, sondern sie trat im Centrum Europas sehr intensiv auf, sie erschütterte am meisten gerade die zwei mächtigsten Stützen der alten Ordnung, Oesterreich und Preußen. Allerdings wurde auch diese Revolution unterdrückt, und zwar auf allen Gebieten, die sie ergriffen hatte. Die parlamentarisch einheitliche Konstituierung Deutschlands mißlang, und es wurde der alte deutsche Bund wieder aufgerichtet. Preußen und Oesterreich restaurirten ihre Macht. In Frankreich triumphirte abermals die Monarchie, und Napoleon III. fungirte vorzugsweise als Bezwiner der Revolution, als „Retter der Gesellschaft.“ Rußland hatte den Triumph, von der Revolution verschont geblieben zu sein, und Oesterreich bei der Bezwingung der Magyaren mit Heeresmacht unterstützt zu haben. In Oesterreich gelangte wieder der Absolutismus zur Herrschaft, das ganze Reich wurde uniform centralisirt, und Oesterreich stand wieder dominirend an der Spitze Deutschlands. Aber es wiederholten sich doch nicht die Zustände, wie nach 1830, es kam nicht mehr das prinzipielle Einverständnis der Mächte zu Stande, es traten nicht mehr die früheren Macht- und Allianzverhältnisse ein. Das neue kaiserliche Frankreich war nicht mehr wie das der Julirevolution auf das Wohlwollen der andern Großmächte angewiesen, sondern trat mit dem ganzen Stolge der napoleonischen Traditionen auf, und die Mächte konnten nicht hoffen, an dem französischen Kaiserthum ein so willfähriges Werkzeug ihrer Politik zu haben, wie früher an dem restaurirten bourbon'schen und Julikönigthum. Das Bündniß zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland war in Folge der Revolution von 1848 wol nicht schon äußerlich, aber innerlich aufgelöst. Preußen war durch Oesterreich an der Ausführung eines kleindeutsch-großpreußischen Planes gehindert, es war in Olmütz gedemüthigt worden. Oesterreich selber war wieder vor Rußland gedemüthigt worden durch die Hilfe in Ungarn und durch die Art und Weise, wie der russische Feldherr diese Aktion auffaßte und darstellte. Fortan bestanden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Mitgliedern der ehemaligen heiligen Allianz nur mehr äußerlich. Von ganz besonderer Bedeutung war es, daß Großbritannien seine früher nie fehlende, stets imponirende, oft entscheidende Aktivität in der europäischen Politik während der Krisis der Jahre 1848 und 1849 theils ganz aufgegeben, theils, insofern es diplomatisch und agitatorisch thätig war, nicht für die alte, sondern für eine neue Ordnung der Dinge gewirkt hat.

Seit jener Zeit fehlen in der europäischen Politik die Faktoren, mit denen man früher sichere Berechnungen machen konnte. Durch die Anerkennung eines

Napoleon III. auf dem Kaiserthron Frankreichs haben die legitimen Mächte das Prinzip der Legitimität gänzlich aufgegeben, den Umsturz der alten vertragmäßigen Ordnung sanktionirt. Das Legitimitätsprinzip ist also nicht mehr ein Faktor der europäischen Politik. Früher konnte man mit Sicherheit darauf rechnen, daß die sämtlichen Mächte einmüthig für die konservativen Interessen einstehen würden. Auch England hat das stets gethan, obwohl es längst ein konstitutioneller Staat war. Die Engländer haben ihren Einfluß, ihre Macht zwar niemals dem Dienste des Absolutismus als solchem gewidmet, sie haben sich aber auch nicht berufen und verpflichtet gefühlt, für die konstitutionelle Freiheit Propaganda zu machen, andere Völker bei der Erringung dieser Freiheit zu unterstützen. Dagegen ist England bis zum Jahre 1848 immer für die konservativen Interessen in Betreff der territorialen Staatenordnung im Großen und des politischen Gleichgewichtes thätig und in dieser Beziehung der Bundesgenosse der andern konservativen Staaten gewesen, ganz ohne Rücksicht auf das innere Regierungssystem derselben. Ganz besonders ist England Jahrhunderte hindurch in dieser Richtung der natürliche konservative Allirte Oesterreichs gewesen. Dieses Einverständnis zwischen der großen britischen See- und der österreichischen Landmacht war ein wichtiger Faktor in der europäischen Politik, wie sich das in fast allen großen Epochen der Geschichte, namentlich im spanischen und österreichischen Erbfolgekrieg und in den langen Kämpfen gegen Frankreich gezeigt hat. Gerade im Jahre 1848 gab England aber die alte Allianz mit Oesterreich auf, obwohl dieses eben im Begriff stand, ein konstitutioneller Staat zu werden, was nach vulgär liberaler Ansicht für die konstitutionellen Engländer ein Grund hätte sein sollen, nun noch mehr als je zuvor werththätige Freunde der Oesterreicher zu sein. Doch England, welches gegen das Frankreich der ersten Revolution und gegen Napoleon I. einen unausgesetzten heftigen Kampf geführt hatte und während dieser ganzen Epoche mit Oesterreich treu im Bunde stand, war jetzt sofort mit der neuen französischen Republik auf gutem Fuße und dann der erste Staat, welcher den neuen Kaiser Napoleon III. glückwünschend anerkannte. Zur selben Zeit aber agitirte England in Italien gegen seinen alten Bundesgenossen Oesterreich, und seitdem hat dieses in keiner seiner vielen Kalamitäten sich einer freundschaftlichen Theilnahme von Seite der britischen Regierung erfreut.

Napoleon III. war von den Mächten zwar als Retter des konservativen Prinzips gepriesen und gefeiert worden, und er hat in Betreff des innern Regierungssystems tüchtig für die Reaktion gearbeitet, doch sein Ursprung, seine Traditionen und die Unsicherheit seines Thrones drängten und zwangen ihn, nach außen hin thätig zu sein, um die Franzosen zu beschäftigen und der Welt zu imponiren, und diese Thätigkeit mußte die alten Machtverhältnisse stören, obwohl Napoleon III. gelobt hatte, die durch europäische Verträge geschaffene Staatenordnung zu respektiren. So brach er die Gelegenheit vom Zaune, um

für die Türkei gegen Rußland ins Feld zu ziehen. Dabei offenbarte sich zuerst recht auffallend die Verrückung und Zersetzung der alten diplomatischen Verhältnisse. England, welches der unverföhnliche Feind und grausame Kerkermeister Napoleons I. und dabei der innigste Freund Rußlands gewesen war, zog jetzt als Sekundant Napoleons III. gegen Rußland zu Felde. Oesterreich, mit Rußland durch frühere Waffenbruderschaft verbunden, schloß sich jetzt den Westmächten an und machte durch seine bewaffnete Neutralität den Russen eine sehr nachtheilige Diversion. Preußen, der sonst stets mobile, keine Gelegenheit zum Hervortreten versäumende Militärstaat blieb passiv, und dafür drängte sich das kleine Piemont auf den Weltchauplatz, um auf diese Aktion später Großmachtsansprüche bauen zu können.

Noch überraschender war es, als Napoleon III. wenige Jahre darnach als Protektor der piemontesischen Prätensionen gegen Oesterreich auftrat, welches nichts als sein vertragsmäßiges europäisch garantirtes Recht wahren wollte. Von dem diplomatischen Attentat auf dieses Recht ging Napoleon mit einem Sprunge zum Befreiungskampfe für Italien über, und Oesterreich blieb ohne Bundesgenossen, weil eben die Sorge um die Konservirung der vertragsmäßigen Staatenordnung kein Faktor der europäischen Politik mehr war.

Darauf schritt das vergrößerte Piemont zur weiteren Realisirung der Befreiung Italiens, d. h. zum weitem Umsturz der alten vertragsmäßigen italienischen Staatenordnung. Napoleon aber billigte das, obwol dadurch nicht etwa bloß alte Verträge zerrissen wurden, sondern der ganz neue Züricher Vertrag, welchen Napoleon selber abgeschlossen hatte. Ebenso billigte es der Franzosenkaiser, daß Viktor Emanuel auch das Königreich beider Sicilien an sich riß, und zwar mit Hilfe der Revolutionspartei, welche der Napoleonide im eigenen Lande mit rücksichtslofter Strenge unterdrückt hatte. Frankreich aber glaubte sich mit Nizza und Savoyen entschädigt dafür, daß ein geeinigtes Königreich Italien als für die Zukunft gefährlicher Nebenbuhler am Mittelmeere entstand, während in der ganzen französischen Geschichte die Politik verzeichnet ist, Italien nicht zur Einigkeit gelangen zu lassen. Großbritannien aber, in früheren Zeiten stets als Rivale Frankreichs sehr stark in die italienische Politik verwickelt, sah diesem Schauspiel mit philosophischer Ruhe zu, obwol es nicht verkennen konnte, daß Frankreich als Protektor Italiens für lange Zeit im Stande sein könnte, das Machtgleichgewicht am Mittelmeere zu stören. Sämmtliche Großmächte nahmen den neuen italienischen Großstaat als ebenbürtigen gleichberechtigten Genossen auf, um recht auffallend zu zeigen, daß das Prinzip der Legitimität und das konservative Interesse an der vertragsmäßigen Staatenordnung nicht mehr Faktoren der europäischen Politik sind.

Bald darauf ging Preußen, welches in den vorausgegangenen Krisen passiv geblieben war, sich die freie Hand vorbehalten hatte, daran, von der Beseitigung des Prinzips der Legitimität und der vertragsmäßigen Ordnung seinerseits zu

profitiren. Den Zwiespalt, welcher in Folge der mit Oesterreich gemeinsam gegen Dänemark unternommenen Aktion ausgebrochen war, zum Anlaß nehmend, beantragte Preußen eine Reform der Bundesverfassung, durch welche Oesterreich aus Deutschland ausgeschlossen werden sollte. Als dieser Antrag von der Majorität des Bundestags abgelehnt wurde, erklärte Preußen den deutschen Bund für aufgelöst und griff gegen die Majorität desselben zum Schwerte. Es war natürlich, daß das nunmehr revolutionäre Preußen bei der Nachahmung der Politik Cavour's Italien zum Bundesgenossen hatte. Oesterreich und die zu ihm stehenden deutschen Staaten hatten keine Allirten. Frankreich, England und Rußland blieben bei einem Kampfe, der über eine hochwichtige Neugestaltung des Centrums von Europa entscheiden sollte, müßige Zuschauer. Erst dadurch, daß Oesterreich dem Franzosenkaiser durch die Abtretung Venetiens schmeichelte, ließ sich dieser bewegen, den Preußen ein Non plus ultra zuzurufen. Die neugestaltende revolutionäre Idee hatte nun auch in Deutschland über das Prinzip der Legitimität und der vertragsmäßigen Ordnung gesiegt. Preußen riß ein Königreich, ein Kurfürstenthum, drei Herzogthümer und eine freie Stadt an sich, machte die deutschen Staaten, welche seine Partei genommen, zu preussischen Vasallen, erklärte Oesterreich der althistorischen Stellung in Deutschland verlustig und gründete einen neuen deutschen Bund, mit dem König von Preußen als Bundesoberhaupt und Bundesfeldherrn an der Spitze und mit der offenkundigen Tendenz, wenigstens das ganze außerösterreichische Deutschland zu vereinen und dann ein neues hohenzoller'sches deutsches Kaiserreich aufzurichten.

So sieht man also, daß seit dem Jahre 1848 nicht mehr das legitime und konservative, sondern das revolutionäre Prinzip herrscht. Unsere Zeit ist durchaus und kontinuierlich revolutionär; nur geht die Revolution einstweilen nicht von unten, sondern von oben aus. Es machen Monarchen, selbst legitime, die sich von Gottes Gnaden nennen, Revolution. Sie glauben, dadurch das revolutionäre Prinzip in ihrer Gewalt zu haben, während sie doch nur Werkzeuge desselben sind und schließlich das Schicksal aller abgebrauchten Werkzeuge theilen werden. Es sind in dieser Periode wol auch ausnahmsweise Volkserhebungen vorgekommen. Die Polen hatten sich abermals gegen Rußland erhoben und sind aus den alten Ursachen abermals unglücklich gewesen. Bei diesem Revolutionskampfe kam ein Einverständniß zwischen Oesterreich, England und Frankreich zu Stande, aber es wurde daraus keine werththätige Allianz. Die drei Mächte beschränkten sich darauf, den Polen mit einer papierernen Kollektionnote zu Hülfe zu kommen. Rußland wies sie mit stolzer Entschiedenheit zurück, und die drei Großmächte überließen Polen seinem blutigen Schicksal. Wo es sich um ein wirkliches Volksrecht handelt, da herrscht in den alten Kabinetten noch die alte Politik; nur zur Erweiterung der Macht und Herrlichkeit der Throne greifen die Kabinettpolitiker ohne Bedenken zu revolutionären Mitteln. Auch das griechische Volk hatte sich erhoben, um vorerst wenigstens die Insel Kreta aus dem

Türkenjoch zu befreien. Da spielten eine Zeit lang Frankreich und Rußland griechenfreundliche Komödie, um schließlich den Halbmond triumphiren zu lassen. In Spanien und neuerlichst auch in Portugal haben nach alter Gewohnheit die Soldaten Revolution gemacht; das Resultat ist bis nun noch ein sehr klägliches.

Es herrschen jetzt in der europäischen Politik nicht historische, legitime, rechtliche, moralische Prinzipien, sondern nur Laune, Willkür, Zufall, Hab- und Herrschsucht, Gewalt. Die jetzige Staatenpolitik ist ganz prinzipien- und systemlos und daher auch ganz unberechenbar. Jeder Tag kann gewaltsame Ueberschungen bringen. Jeder Staat muß bewaffnet und verschanzt und beständig auf einen räuberischen Anfall gefaßt sein. Im Mittelalter herrschte das Faustrecht zwischen den Individuen; jetzt herrscht es zwischen den Staaten. Das ist ein schmachlicher, gefährlicher, verderblicher Zustand.

Wie kann abgeholfen, womit können die abhanden gekommenen festen Prinzipien der allgemeinen Politik ersetzt werden? Nur durch die Solidarität der Interessen der Völker. Glücklicherweise sind bereits starke Zeichen vorhanden, daß diese Solidarität der nationalen, sozialen und humanitären Völkerinteressen mehr und mehr zum Bewußtsein kommen. Ist dieses Bewußtsein einmal vollkommen klar und allgemein, dann wird es zu einer wahrhaft gerechten, freien und befriedigenden Gesamtpolitik führen.

Der Ausschuß Oesterreichs aus Deutschland.

Es ist begreiflich, daß die Deutschösterreicher es schmerzlich empfinden, von Deutschland getrennt zu sein, und daß sie diesen Schmerz mit dem entsprechenden Antheil von Zorn gelegentlich kund geben. Gelegenheit findet sich aber genug in dieser Zeit, wo es sich darum handelt, wie Oesterreich organisiert werden solle, damit die Deutschen in ihrer Nationalität gesichert seien. Um nun die Stellung, welche ihnen die Geschichte angewiesen hat, richtiger zu erkennen, sollten die Deutschösterreicher genauer das Verhältniß betrachten, in welchem sie früher zu Deutschland gestanden sind, in welchem sie jetzt stehen und künftig stehen können.

Die Geschichte zeigt das merkwürdige und charakteristische Faktum, daß Oesterreich, nachdem es kaum als Ostmark des deutschen Reiches gegründet worden war, auch schon mehr als jedes andere deutsche Land die Rolle eines selbstständigen Staates spielte. Die deutschen Kaiser selber ermächtigten Oesterreich dazu, indem sie den Regenten desselben frühzeitig Privilegien ertheilten, welche eine selbständige Landeshoheit gründeten, wie kein anderes deutsches Fürstenhaus sie besaß, so daß Oesterreich schon damals, also schon unter den Babenbergern in der That ein selbständiger Staat wurde. Die deutschen Kaiser erkannten

frühzeitig, daß Oesterreich, um im Interesse Deutschlands gegen Osten und Süden eine kräftige Rolle spielen zu können, nothwendig einen hohen Grad von Selbständigkeit haben mußte; ja es machte sich sehr bald die Voraussicht geltend, daß dieses Oesterreich sich in fortwährender Vergrößerung zu einem eigenen Reich entwickeln würde, was in der That auch schon unter den Babenbergern begann.

Noch deutlicher trat dieser Verus hervor, nachdem die großen Königreiche Böhmen und Ungarn mit den österreichischen Ländern unter demselben Herrscherhause vereinigt wurden. Von da ging es nicht mehr an, Oesterreich lediglich als einen Theil von Deutschland zu betrachten, und es wurde im politischen und gewöhnlichen Leben und in der Geschichte Gebrauch, Oesterreich neben Deutschland zu nennen. Dieses Verhältniß entwickelte sich so mächtig, daß die Deutschösterreicher selber von Deutschland wie vom Ausland sprachen, daß sie aus Oesterreich nach Deutschland, ins Reich hinaus reisten. Allerdings trugen die Beherrscher Oesterreichs Jahrhunderte hindurch die deutsche Krone und verwendeten ihre ganze Hausmacht, um die Rechte dieser Krone auszuüben und die Pflichten derselben zu erfüllen, und es entstand so die Redensart, daß Oesterreich an der Spitze Deutschlands stünde. In der That standen aber nur die Herrscher Oesterreichs an der Spitze Deutschlands, und Oesterreich diente ihnen nur als Mittel zur Behauptung dieser Stellung. Stetig ging der Prozeß vor sich, der aus den habsburgischen Hausländern ein eigenes selbständiges Reich bildete, und die Habsburger strebten mit vollem Bewußtsein nach diesem Ziele und mußten es thun, nicht nur weil die Königreiche Böhmen und Ungarn auf ihre Selbständigkeit eifersüchtig waren, sondern weil den Habsburgern alles daran gelegen war, in ihrer Hausmacht unabhängig zu sein, um diese Macht eben nach eigenem Ermessen für die Zwecke der Herrschaft in Deutschland verwenden zu können. Die Habsburger beherrschten Oesterreich nicht, weil sie deutsche Kaiser waren, sondern umgekehrt, sie konnten Deutschland beherrschen, weil sie als Herren der österreichischen Länder mächtiger waren als Deutschland. Daraus und aus den örtlichen, historischen und nationalen Verhältnissen der österreichischen Königreiche und Länder ergab sich die Nothwendigkeit, das habsburgische Besitzthum als selbständig für sich bestehend zu betrachten und demgemäß zu organisiren und zu verwalten. Dazu kam nach dem Eintritt der Kirchenspaltung noch die weitere faktische und geistige Trennung, die so weit ging, daß von der Zeit an Oesterreich nicht nur nicht mehr in Deutschland gedacht, sondern als der Gegensatz desselben betrachtet wurde. Die Trennung wurde in dem Maße vollständiger, in welchem Deutschland als Reich zerfiel, und die habsburgische Hausmacht sich zu einem eigenen Reiche vergrößerte und konsolidirte. So kam es, daß lange bevor ein Kaiserthum Oesterreich proklamirt wurde, die Welt die kaiserliche Würde, welche die Habsburger von Deutschland besaßen, auf die vereinigten Hausländer derselben übertrug. Die habsburgische Monarchie war das eigentliche Kaiserthum; es galt für das deutsche, war es aber nicht.

Nach der Auflösung des deutschen Reiches setzte sich dieses Scheinverhältniß fort. Oesterreich trat dem deutschen Bunde bei, kam dadurch aber durchaus nicht in eine nähere Verbindung mit Deutschland, als in der Kaiserzeit. Oesterreich beherrschte jetzt Deutschland als Präsidialmacht des Bundes, und die österreichischen Länder kamen zu Deutschland in keine andere Beziehung, als daß sie eben die Machtmittel für die Beherrschung desselben lieferten. Im übrigen waren sie von Deutschland mehr getrennt als je zuvor.

Durch die Katastrophe von 1866 hat die frühere Scheinverbindung Oesterreichs mit Deutschland, die zwitterhafte deutsche Stellung der habsburgischen Monarchie aufgehört. Jetzt ist die Trennung Oesterreichs von Deutschland eine entschiedene offene Thatsache, während sie früher wol thatsächlich bestand, jedoch diplomatisch und militärisch verhüllt war. Welches Verhältniß ist nun besser, das frühere oder das jetzige. Bei ruhiger richtiger Prüfung muß man sich für das jetzige Verhältniß entscheiden; doch ist es nicht das beste, es kann und soll besser, ja den gegebenen Umständen gemäß vollkommen gemacht werden.

An und für sich müssen es die Deutschösterreicher naturgemäß schmerzlich empfinden, von Deutschland getrennt zu sein. Diese Trennung ist jedoch in der That die Konsequenz ihrer eigenen und der allgemeinen deutschen Geschichte. Einerseits hat sich nun einmal die deutsche Nation nicht so geeinigt, wie andere Nationen, und sie wird sich auch gar niemals so uniform einigen, wie z. B. die Franzosen geeinigt sind. Eine solche Einigung liegt nicht im germanischen Wesen. Andererseits haben die Deutschösterreicher frühzeitig und im ganzen Verlauf ihrer Geschichte für den besondern Beruf, den sie als Ostdeutsche im Interesse Deutschlands zu erfüllen hatten und noch haben, eine eigene Sonderstellung einnehmen müssen. Sie sind niemals recht eigentlich in Deutschland drin gewesen, sondern stets neben demselben gestanden. Die politische Verbindung aber, in welcher während des habsburgischen Kaiserthums und während des deutschen Bundes die Deutschösterreicher mit Deutschland gewesen sind, war weder für sie, noch für die übrigen Deutschen erfreulich und heilsam. Die Deutschen „draußen“ waren durch diese Verbindung in ihrer Entwicklung gehemmt und gefesselt, und die Deutschösterreicher hatten davon nichts, als daß sie als Werkzeuge einer verhaßten Herrschaft ebenfalls gehaßt wurden. Sonst waren sie in allen Beziehungen des Lebens damals von Deutschland mehr getrennt als jetzt.

Man wird sagen, daß eben ein freies Oesterreich zu Deutschland gehören soll. Das hat sich aber schon im Jahre 1848 als unmöglich erwiesen und ist jetzt noch mehr unmöglich. Oesterreich kann nicht für einen Theil seines Gebietes und seiner Bevölkerung vom Auslande das Gesetz empfangen, es kann nicht für sich ein Ganzes und zugleich mit einem Theile ein Theil eines andern Ganzen sein. Eine solche Zwitterstellung war nur in der Zeit der Unfreiheit möglich und sie könnte auch nur durch Zwingherrschaft wieder hergestellt werden, würde aber unter den jetzigen Verhältnissen zur Auflösung Oesterreichs führen. Nun ist

aber die Erhaltung der habsburgischen Monarchie ein dringendes Interesse gerade Deutschlands, damit die nichtdeutschen Gebiete Oesterreichs nicht in ein fremdes System hineingezogen werden, sondern mit dem Kulturleben Deutschlands in freundlicher Verbindung bleiben. Diese Verbindung zu vermitteln, zu erhalten, immer inniger zu gestalten, ist der Beruf der Deutschösterreicher, den sie für Deutschland zu erfüllen haben und mit dem sie sich über die politische Trennung von demselben trösten können.

Die Deutschösterreicher sind von dem deutschen Staatenverein getrennt, nicht aber von der deutschen Nation; im Gegentheil, mit ihrem großen Muttervolke sind sie jetzt in allen Beziehungen des geistigen und sozialen Lebens inniger und freier verbunden als je zuvor. Doch auch eine politische Verbindung soll wieder gestaltet werden, und zwar soll das ganze habsburgische Reich in eine Verbindung mit Deutschland treten. Wir charakterisiren diese Verbindung wiederholt als ein inniges, festes, freies Kultur-, Schutz- und Trugbündniß zwischen einem frei förderirten Oesterreich und einem frei förderirten Deutschland. Das wird dann der große mitteleuropäische Völkerbund sein, der die Wage und das Schwert der Gerechtigkeit in seiner mächtigen Hand haben wird.

R u m ä n i s c h e s.

Wie alljährlich, feierten die Rumänen Siebenbürgens auch diesmal den 3/15. Mai, an welchem denkwürdigen Tage des Jahres 1848 die große rumänische Volksversammlung auf dem „Freiheitsfelde“ zu Blasendorf stattfand. Diese Versammlung von über 40.000 Köpfen, herbeigeeilt aus allen Ecken und Enden des Vaterlandes, schüttelte das Jahrhundert hindurch in Folge der unseligen Verlethung aller Mißgeschicke von den Rumänen getragene Sklavenjoch für immer ab, indem es die staatsrechtliche Gleichberechtigung der rumänischen Nation proklamirte; auch protestirte sie feierlich gegen den Versuch der gewaltthätigen Union Siebenbürgens mit Ungarn. Wir wollen frei sein im freien Vaterlande, rief tausendstimmig das rumänische Volk, welches die von der Versammlung gefaßten Beschlüsse mit seinem Eide besiegelte, um deren Befolgung und Wahrung für ewige Zeiten zu sichern. Man kann mit Recht behaupten, daß die Rumänen von jenem Tage die politische Auferstehung ihrer Nation datiren können.

Diese Wiedererwachung des durch Jahrhunderte unterdrückten Volksgeistes war auch diesmal für die Rumänen mehr noch als je Gegenstand einer erhebenden ernstesten Volksfeier. Fast an allen Orten Siebenbürgens, in vielen Städten und Dörfern Ungarns, ja selbst in Rumänien wurde der 15. Mai mit Te Deum, Versammlungen, Reden und Festtafeln festlich begangen. Keine

Feier hatte je eine vollsthümlichere Grundlage, der Bauer in seiner Hütte weiß ebenso gut und mit Enthusiasmus von jener großartigen Volksversammlung zu erzählen wie der Städter in seinem Salon, und keinen Knaben gibt es, der nicht einige Verse zur Erinnerung daran vorsingen könnte. Dennoch gibt es Leute, gibt es magharische Regierungsjournale, welche sich nicht entblöden, der Welt das rumänische Volk als mit allen Segnungen der neuen magharischen Aera zufrieden darzustellen und die ganze oppositionelle Bewegung auf „etliche Agitatoren“ zurückzuführen. Ist denn nicht jene Gedenkfeier, welche vom gesammten rumänischen Volke Siebenbürgens am 15. Mai begangen wurde, die größte Protestation desselben gegen die magharische Vergewaltigung? Wol gelang es der magharischen Regierung mit Hilfe der kaiserlichen Soldaten und Bach'schen Gendarmen, Siebenbürgen für den Augenblick lahmzulegen, wir fragen aber, wie viel Soldaten, Gendarmen und Honveds brauchte sie noch, um die sogenannten „etlichen Agitatoren“ unmöglich zu machen?

Wäre nicht auch der letzte rumänische Bauer des ihm gethanen Unrechts bewußt, so säßen jene Etlichen schon längst im Waizner Gefängnißhause.

Der Hermannstädter Korrespondent des „Pester Lloyd“ geht aber noch weiter, er findet, daß sogar einer von diesen „Etlichen“, und zwar ein hervorragender oppositioneller Führer der Siebenbürger Rumänen, nun plötzlich sich bewogen gefunden hätte, bei Gelegenheit jener Feier in Hermannstadt, seinen bis nun verborgen gehaltenen freundlichen Gefühlen und konziliatorischen Gedanken angesichts der Pester Regierung und der gegenwärtigen magharischen Verfassung unverholen Ausdruck zu geben. Offenbar wollte der Korrespondent des „Pester Lloyd“ den Herrn Macellariu in seinen Bericht über die Hermannstädter Feier derart verflechten, daß es schiene, als ob er eine Schwenkung zu Gunsten der magharischen Regierung gemacht hätte. Die Feier selbst stellt das Blatt als ein Verbrüderungsfest zwischen Rumänen und Honveds dar, was es aus dem Umstande folgert, daß einige Honvedoffiziere, die zufällig in einem anderen Theile des öffentlichen Gartens anwesend waren, zur Theilnahme an demselben eingeladen wurden. Nun, die rumänischen Berichte darüber erwähnen nichts davon. Die rumänischen Studenten von der Rechtsakademie in Hermannstadt arrangirten diese Festlichkeit, bei welcher sich die rumänische Intelligenz betheiligte. Ein reichhaltiges Programm wurde ausgeführt, Gesang, echt nationale und patriotische Reden und Deklamationen wurden gehalten. Später erschien auch Macellariu, wurde stürmisch begrüßt und hielt eine Rede, in welcher er aufforderte, man solle den in der 1848er Volksversammlung geleisteten Eid treu einhalten, auch solle man die dem Kaiserhause dabei gelobte Treue bewahren. Dieser Rede folgte stürmischer Beifall, und dann wurde noch des eingekerkerten Redakteurs Alexander Romanu gedacht, die Nationalhymne wurde gesungen u. s. w. Also alles dies geschah nach dem „Pester Lloyd“ zur Verherrlichung der magharischen Regierung und Verfassung. Macellariu forderte auf zur Einhaltung des

geleisteten Eides, und was enthielt dieser Eid, welchen die Rumänen mit ihrem Blute besiegelt haben? Er enthielt die Verdamnng der Feinde der rumänischen Existenz, der Gegner der Unabhängigkeit des siebenbürgischen Vaterlandes. Damit ist, glauben wir, genug gesagt worden, um die gegenwärtige politische Gesinnung des Herrn Macellariu beurtheilen zu können.

Fröhlichkeit und Zufriedenheit hat gewiß am 15. Mai unter den Rumänen nicht geherrscht. Manche Thräne wird aber bei Gelegenheit dieses Erinnerungsfestes auf den alten siebenbürgischen Boden gefallen sein. Das Volk sieht und fühlt den herannahenden Ruin des Landes bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Wirthschaft und es thut ihm wehe, denn es hat ihn unzähligemale mit seinem Blute gesättigt und mit seinem Schweiße getränkt.

Kleine kritische Chronik.

Vom 25. Mai bis 1. Juni.

U n g a r n.

Das Wichtigste, was wir über die Aktion der Regierung erfahren, ist, daß man hohen Orts zunächst gar nicht an den Ausgleich denkt, sondern vor allem nur so rasch als möglich einen wenigstens formal beschlußfähigen Reichsrath zu Stande bringen will, damit dieser dann sofort die Delegation wähle, und darauf ohne Verzug eben die beiden Delegationen einberufen werden können, um das Budget zu bewilligen. Diese Aktion hat Andrássy argirt, denn er fürchtete, daß durch die sofortige Inangriffnahme der Ausgleichsaktion der Zusammentritt der Delegationen vereitelt, und dies von der ungarischen Opposition zum Sturze des jetzigen Systems ausgenutzt werden könnte. Also aus Rücksicht auf Ungarn wird das, was diesseits so lebendiger nothwendig ist, wieder auf Monate hinaus verschoben! Graf Andrássy scheint allmächtig zu sein, wendet seine Macht aber in einer für Oesterreich-Ungarn höchst gefährlichen Weise an. Besonders seine kroatische Politik ist verderblich. Er will nun wirklich nicht den allverehrten Strossmayer, sondern den gewesenen Temeswarer Pfarrer Mihajlevic, der nicht in Kroatien geboren und nicht einmal der kroatischen Sprache mächtig ist, zum Erzbischof von Agram erheben. Das wird in Kroatien einen allgemeinen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Dem Grafen Andrássy verdankt auch die Grenze die neue bittere Erfahrung, daß eine Deputation, welche erbitten wollte, daß die Militärgrenze nicht wie eine rechtlose Sache behandelt würde, von Seiner Majestät nicht empfangen worden ist.

Die Verhandlungen des Grafen Potocki mit den Polen haben endlich ihr Ende erreicht. Die lange Dauer derselben ist schon ein Beweis, daß die galizischen Vertrauensmänner willfähriger und vertrauenseliger waren als die böhmischen. Das Ministerium hat aber auch wirklich einige Konzessionen gemacht. Die wichtigste darunter ist ein eigener Minister für Galizien. Dieses wichtigste ist aber thatsächlich doch das wichtigste. Es ist nichts als ein äußerliches Kompliment für Galizien. Was kann dieser Minister ohne Portefeuille, der im Ministerrathe selbstverständlich nur eine Stimme hat, seinem Lande nützen? Die entscheidend wichtigsten Postulate der Resolution sind nicht bewilligt. Es kommt nun darauf an, was der neue Landtag von Galizien sagen wird.

Im Widerspruche mit dem kategorischen Imperativ, welchen Graf Beust in Betreff des Ausgleichs ausgesprochen hat, kommen Zeichen vor, daß man auf Seite der Regierung die Verhandlungen mit der staatsrechtlichen Opposition Böhmens noch nicht für abgebrochen halte. Das mag seine Richtigkeit haben; ganz gewiß aber ist es, daß die böhmische Opposition ihrerseits die Nichtauflösung des Landtags als den Abbruch der Verhandlungen betrachtet und betrachten muß. Die Wiener Blätter, sowie auch Wiener Korrespondenten provinzieller und ausländischer Journale haben mit einem Anschein von Sicherheit erzählt, daß Dr. Franz Palachy nach Wien gekommen sei, um die Verhandlungen wieder anzuknüpfen, daß er den Grafen Potocky mehrmal besucht und sogar bei Seiner Majestät Audienz gehabt hätte. Wir können aus sicherster Quelle erklären, daß Palachy lediglich in seiner Eigenschaft als Mitglied der k. k. Akademie der Wissenschaften nach Wien gekommen ist, daß er kein Mitglied der Regierung besucht und von den Ministern nur den Baron Petrinó bei flüchtiger Begrüßung im Speisesaal des Hotels zur Stadt Frankfurt gesehen hat.

Dr. Rieger hat in Betreff der jedenfalls odiosen Memorandumsgeschichte erklärt, daß er weder dem Kaiser Napoleon noch einem französischen Minister eine Denkschrift überreicht habe. Die „Neue freie Presse“ bleibt jedoch bei ihrer Behauptung und kündigt die vollständige Veröffentlichung des Memorandums an. Das „Wiener Tagblatt“ brachte die Version, daß Rieger dem französischen Minister Roustier mündlich die Lage Böhmens und Oesterreichs geschildert hätte und von Roustier an einen Ministerialbeamten gewiesen worden wäre, welcher die Mittheilungen Rieger's aufgezeichnet und das Aktenstück dann an das auswärtige Amt in Wien gesendet hätte. Mag sich nun die Sache so oder so verhalten, jedenfalls ist die Veröffentlichung durch polizeilichen Mißbrauch des Vertrauens und in denunziatorischer Weise erfolgt. In den von der „Neuen freien Presse“ veröffentlichten Stellen kann nur ein mittelalterlicher Großinquisitor einen Hochverrath entdecken. Charakteristisch ist es, daß die Hochverrathsdenunciation am selben Tage, wie die kaiserlichen Patente, erschienen ist. Das scheint auf ein interessantes Einverständnis zwischen der Fichte-Casse und dem Ballplatz hin zu deuten. Man glaubte wol einen vernichtenden Schlag auf die böhmische Opposition zu führen; aber gesetzt auch, daß dieser Schlag wirklich vernichtend getroffen hätte, so doch nur einen einzelnen Führer des böhmischen Volkes, keineswegs aber dieses Volk selbst.

Die Wahlbewegung ist bereits lebhaft im Gange. Der Ernst der Situation wird allgemein erkannt. Es wird ein harter Kampf stattfinden zwischen den alten und neuen Verfassungstreuen. Die Männer der Fortschrittspartei haben einen Aufruf an die Wähler Niederösterreichs erlassen, welcher im allgemeinen das Gefühl echter Freisinnigkeit und wahrer Gerechtigkeit athmet. Wer wirklich allgemeine Freiheit will und im wahren Sinne des Wortes ein Volksfreund ist, muß diesen Grundsätzen zustimmen. In Betreff der staatsrechtlichen Verhältnisse der Königreiche und Länder zu einander und zum Gesamtreich ist das Schriftstück nicht klar. Doch es soll und darf ja auch nicht den Beschlüssen der kompetenten Faktoren präjudicirt werden. Zunächst kommt alles darauf an, daß die Deutschösterreichischen Männer wählen, welche aufrichtig und energisch den Ausgleich auf Grundlage allgemeiner Freiheit und Gleichberechtigung wollen. Diese Männer werden dann, so hoffen wir, in der Ausgleichsfrage die richtige Initiative geben.

Daß die Regierung das Wahlrecht der sogenannten Zehnguldenmänner nicht bewilligen will, und zwar aus Furcht vor den verfassungsthorodoxen Gegnern, deutlicher gesagt, aus Furcht vor der „Neuen freien Presse“, das ist unbegreiflich, muß tief beklagt und scharf getadelt werden.

niß der Unentbehrlichkeit dessen, was man 'ehedem mit Erbitterung von sich gewiesen, durch. Der Kostümschwindel gehört längst zu den überwundenen Standpunkten, deutsches Wissen tritt in sein Recht am Katheder; Wirthschaft, Handel und Gewerbe zollen der deutschen Kultur ihren Tribut; deutsche Literatur erweitert zusehends ihr Gebiet im Lande selbst, ja — die im ersten Siegesrausch im Jahre 1868/69 gegen das Häuflein Siebenbürger Sachsen erhobene Faust des magharischen Chauvinismus sank bald nieder, um sich zum brüderlichen (?) Handschlag des Friedens zu öffnen. Das sind selbstredende Thatfachen, die in Ansehung Böhmens gewiß um so schlagendere Beweisraft haben, als — man mag sagen was man will — die Feindseligkeit hier denn doch noch nicht so weit gebiechen, die streitenden Brüder sich nicht gegenseitig so Vieles und Schweres zu vergeben haben, als dies in Ungarn der Fall gewesen!“

Geschichtliche Beiträge.

zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

XV.

Thellung, Bruder- und Bürgerkrieg.

(Schluß.)

Die traurigen Ahnungen, mit denen Albrecht IV. die Augen geschlossen hatte, gingen nicht sofort nach seinem Tode in Erfüllung, vielmehr schienen für die österreichischen Länder bessere Zeiten einzutreten. Es übernahm nämlich der kräftige Herzog Wilhelm mit unbestrittenem Rechte als Ältester des Hauses die Oberregierung und die Vormundschaft über den siebenjährigen Herzog Albrecht V. Seine erste für Oesterreich sehr wohlthätige That war, daß er am 3. November 1404 mit dem Kaiser und König Wenzel sowie mit den Markgrafen Jobst und Prokop von Mähren Frieden schloß. Dabei wurde die Erbeinigung zwischen Böhmen und Oesterreich erneuert, und das Verhältniß war ein so inniges, daß Wenzel dem Herzog sechzig Mark Groschen wöchentlich auf die Silberwerke von Kuttenberg anwies. Durch diesen Frieden wurde den früher fast ununterbrochen stattgefundenen Grenzeinbrüchen zwischen Oesterreich, Böhmen und Mähren ein Ende gemacht, und genossen die Bewohner dieser Gegenden der lang ersehnten Ruhe.

Doch durch die Freundschaft mit Wenzel zog sich Wilhelm die Feindschaft Sigmunds von Ungarn zu. Sie äußerte sich dadurch, daß räuberische Schaaren aus Ungarn in Oesterreich einbrachen. Wilhelm warf sich ihnen entgegen, jagte sie

aus dem Lande, verfolgte sie bis auf ungarischen Boden, nahm sechzig der Häuptlinge gefangen und führte sie in Ketten nach Wien. Darüber erhob König Sigmund heftige Beschwerden, drohte mit Krieg und schloß mit Wilhelms Bruder, dem Herzog Leopold IV. zu Graz ein inniges Bündniß. Dabei zog sich Wilhelm durch die Rargheit, mit der er seine verwitwete Schwägerin, die Herzogin Johanna und seinen Mündel, den jungen Albrecht V. behandelte, den Schimpf zu, daß Sigmund der Herzogin-Witwe und ihrem Sohne Einkünfte im Betrage von 5400 Pfund Wiener Pfennigen zuwies. Sigmund that dies lediglich, um den Herzog von Oesterreich zu beschimpfen, denn er fühlte für die Herzogin Johanna, die eine Schwester seines Gegenkönigs Ladislaus von Neapel war und sich den Titel einer Königin von Ungarn anmaßte, durchaus keine Zuneigung.

Da Wilhelm die gefangenen Ungarn nicht frei geben wollte, so rückte Sigmund im Sommer des Jahres 1406 wirklich mit einem Kriegsheere gegen die Grenzen Oesterreichs, und mit ihm standen die eigenen Brüder Wilhelms im Bunde. Da dieser nun auch von dem trägen Wenzel keine Hilfe erwarten konnte, so entschloß er sich zur Nachgiebigkeit und schickte Friedensgesandte nach Preßburg. Als aber Sigmund bei den Verhandlungen in Drohworte ausbrach, erklärte ihm Reinprecht von Wallsee: „Nicht aus Ohnmacht hat Herzog Wilhelm uns des Friedens wegen gesandt, sondern nur um die Leiden des unschuldigen Volkes zu verhindern; wäre das anders, so würde ich selbst auf meine Kosten Jahr und Tag tausend Reiter unterhalten, und es sind mit mir Herren anwesend, die daselbe und mehr thun werden, weil sie mich an Macht und Reichthum übertreffen.“ Darauf wollten die Gesandten sich entfernen; Sigmund hielt sie jedoch zurück, und es kam wirklich ein ehrenvoller Frieden zu Stande. Mittlerweile war aber Herzog Wilhelm an einer heftigen Krankheit plötzlich gestorben, und es kamen für Oesterreich unglückliche Zeiten.

Unmittelbar vorher schon hatte das Haus Habsburg in seinen Stammlanden abermals schwere Verluste erlitten. Es ließ sich Herzog Friedrich, welcher Tirol und die Vorlande regierte, zu einem Kriege mit den Schweizern verleiten, deren Freiheitsfortschritte verführerisch auf die Tiroler einzuwirken begannen. So zog denn Friedrich den Thurgauer Edelleuten gegen die Appenzeller zu Hilfe, erlitt aber mehrere Niederlagen und verlor abermals einige Besitzungen. Er mußte am 6. Juli 1406 mit den Appenzellern und St. Gallern einen nachtheiligen Frieden schließen, auch kam er in die Nothwendigkeit den Tirolern, welche während seines unglücklichen Krieges nicht übel Lust gehabt hatten, das Beispiel der Schweiz nachzuahmen, bedeutende Konzessionen zu machen. Friedrich schätzte durch gesetzliche Bestimmungen die Bauern gegen die Willkür der Erbzins- und Gerichtsherren und gemeinsam mit seinem Bruder Leopold bestätigte er feierlichst den Tirolern alle ihre Rechte und Freiheiten. Besonders verpflichtete er sich, zum Burggrafen auf Tirol und zum Hauptmann an der Etzsch nur

Landeseingeborne zu ernennen und ohne Einwilligung der „Landleute, Ritter und Knechte“ keine Steuern auszusprechen. —

Herzog Wilhelm war ohne Nachkommen gestorben, und es hatte daher sein Bruder Leopold IV. als ältester Herzog unbestreitbar das Recht, die Oberregierung und die Vormundschaft über Albrecht V. zu übernehmen. Doch Leopold war im Herzogthum Oesterreich ob und unter der Enns sehr unbeliebt. Man verzieh es ihm nicht, daß er gegen seinen Bruder Wilhelm mit dem Ungar-könig Bündniß geschlossen, man fürchtete seine Herrsch- und Habsucht. Deshalb einigten sich die Stände zu einem merkwürdigen Akt, um die Selbständigkeit und Untheilbarkeit des Herzogthums Oesterreich ob und unter der Enns unter der Alleinregierung Albrechts V. zu wahren und sich selber während der vormundschaftlichen Regierung entscheidenden Einfluß zu verschaffen.

Am 6. August 1406, also drei Wochen nach dem Tode Wilhelms wurde in Wien von einer zahlreichen Versammlung der Stände beschloffen und urkundlich verkündet, daß nach dem Tode Wilhelms Herzog Albrecht V. der alleinige Herr der Lande ob und unter der Enns sei, und daß die Stände nur demjenigen als vormundschaftlichem Regenten gehorchen würden, den sie selber dazu gewählt.

Die Herzoge der Leopoldinischen Linie vernahmen diesen Beschluß der österreichischen Stände mit selbstverständlichem Mißvergnügen, und besonders erkannte Leopold darin mit Grund eine Verletzung des ihm nach den Hausgesetzen zustehenden Rechtes. Doch konnte er nicht daran denken, dem mächtigen ständischen Bunde mit Gewalt entgegen zu treten, zumal Sigmund von Ungarn mit Oesterreich Frieden geschlossen hatte und als Protektor des jungen Albrecht V. auftrat. Also erklärten die Herzoge Leopold und Ernst, nachdem ihr jüngster Bruder Friedrich die Sache ihnen ganz allein überlassen hatte, am 2. September 1406 ihre Annahme des ständischen Beschlusses und forderten die Stände zugleich auf, nach Gutdünken zu entscheiden, welchem von beiden die vormundschaftliche Regierung im Herzogthum Oesterreich übertragen und wie die Leopoldinischen Länder zwischen ihnen getheilt werden sollten.

Nun erwiesen sich die Stände den Herzogen gefällig, indem sie am 12. September erklärten, sie wollten auf die Wahl des Vormundes verzichten und es den beiden Fürsten überlassen, sich darüber und über die Theilung der Leopoldinischen Länder zu einigen. Die Stände machten aber von ihrer Macht Gebrauch, indem sie festsetzten, daß der künftige Vormund ohne Einwilligung der Stände kein Bündniß schließen, keinen Krieg führen, den Herzog Albrecht V. nicht verheiraten dürfte, überhaupt bei allen wichtigeren innern und äußern Angelegenheiten an den ständischen Beirath gebunden sein sollte. Abermals stellten die Stände fest, daß mit dem Ende der Vormundschaft Herzog Albrecht V. sofort die Alleinregierung des Herzogthums Oesterreich ob und unter der Enns in die Hand bekommen, und daß von diesem Momente an dem gewesenen Vor-

mund auch nicht einmal der Aufenthalt in Wien mehr gestattet sein sollte. Die Volljährigkeit Albrechts V. wurde für das vierzehnte Lebensjahr bestimmt, also für den 24. April 1411.

Schon am zweiten Tage darnach stellte Herzog Leopold den Ständen eine Urkunde aus, in welcher er erklärte, daß er nach Uebereinkommen mit seinem Bruder Ernst die vormundschaftliche Regierung übernehme und feierlich gelobe, allen Bestimmungen der Stände Folge zu leisten, also besonders zur Zeit der Volljährigkeit Albrechts V. diesem die Regierung im Herzogthum Oesterreich ob und unter der Enns sofort übergeben werde. Ausdrücklich fügte Leopold hinzu, daß im Falle, als er dieses Gelöbniß verletzen würde, die Prälaten, Herren, Ritter, Edellnechte und Städte ihm keinen Gehorsam mehr schuldig sein sollten. In Betreff der Länderteilung verglichen sich die drei herzoglichen Brüder in folgender Weise. Während der Dauer der vormundschaftlichen Regierung Leopolds im Herzogthum Oesterreich, regiert Ernst die Steiermark. Nach dem Ende der Vormundschaft fällt dieses Herzogthum an Leopold, und Ernst bekommt dafür Kärnten und Krain. Friedrich behielt Tirol und die Vorlande.

So schien alles friedlich ausgeglichen und sicher gestellt zu sein; aber schon im nächsten Jahre brach der Dämon der Zwietracht los. Zuerst entstand zwischen Leopold und Ernst ein Streit darüber, ob Wiener-Neustadt und Neunkirchen zu Oesterreich oder zu Steiermark gehören. Dieser Konflikt trat in charakteristischer Weise gleich ein, als Herzog Ernst nach den Ausgleichsverhandlungen von Wien nach Graz reiste, und die Neustädter ihn nicht durch ihre Stadt ziehen ließen. Nach längerem Streite wurde schiedsrichterlich entschieden, daß Neustadt und Neunkirchen abwechselnd zwei Jahre hindurch dem Herzog Ernst und dem Herzog Leopold gehören sollten.

Bald entstanden aber ernstere Konflikte. Herzog Leopold war von den Oesterreichern in vorhinein mit Abneigung und Mißtrauen betrachtet worden, und man unterzog daher sein Benehmen einer strengen Kritik. Sein herrischer Charakter gab Veranlassung zu manchen Klagen, und besonders verhaßt war sein Kanzler, Bischof Berthold von Freisingen, vormaliger Papst von St. Stephan. Bald verbreitete sich der Verdacht, daß Leopold treulos gegen seinen Mündel Albrecht V. handeln, die wirkliche Eigenherrschaft über das Herzogthum Oesterreich an sich reißen wollte. Es entstand große Aufregung unter den Prälaten und Landherren, und diese Stimmung benutzte Herzog Ernst um als Beschützer des jungen Albrecht nach Wien zu kommen und die vormundschaftliche Regentschaft zu erlangen. Ein großer Theil des Adels erklärte sich für Ernst, und als auch der Rath und die vornehmeren Bürger von Wien von Leopold abfielen, mußte sich dieser nach Wiener-Neustadt flüchten. Er war jedoch nicht gewillt, auf seine Stelle zu verzichten, sondern entschloß sich zum Bruderkriege. Der Kanzler Berthold sammelte bei Enzersdorf einen Heerhaufen, und nun wurde während des Winters von 1407 auf 1408 ein verderblicher Kampf dadurch

geführt, daß die Anhänger der beiden Herzoge gegenseitig die Güter verwaßten. Es trat eine Spaltung zwischen den Ständen und in der Bevölkerung ein. Die Prälaten und Landherren hielten in der Mehrzahl zu Ernst, während die Ritter dem Herzog Leopold anhiengen. In Wien waren die Patrizier für Ernst, die kleinen Bürger und das gemeine Volk für Leopold. Es kam zu gewaltthätigen Konflikten, so daß der Stadtrath sich veranlaßt sah, ein strenges Exempel zu statuiren, indem er fünf Führer des Volkes, einen Krämer, einen Schneider, einen Gärtler, einen Riemer und einen Waffenschmied greifen und am 5. Januar 1408 auf dem hohen Markte enthaupten ließ. Der gleichzeitige Chronist Thomas Ebendorffer schreibt: „Nie ist in Oesterreich eine solche Bewegung gewesen. Dem der Sohn mußte den Vater, der Blutsfreund den Blutsfreund, der Nachbar den Nachbar bekriegen, je nachdem er des einen oder des andern Prälaten oder Landherrn Vasall war.“ Nach entscheidungslosem Kampfe kamen die herzoglichen Brüder am 13. Januar 1408 in Korneuburg zusammen und schlossen Frieden, ohne jedoch die Streitpunkte ausgeglichen zu haben. Ernst kehrte nach Graz zurück, und Leopold zog unter dem Jubel des gemeinen Volkes in Wien ein, um die vormundtschaftliche Regierung fortzuführen. Bald begab er sich jedoch wieder in die Neustadt.

Schon vier Wochen nach dem Friedensschluß brach die Feindseligkeit wieder los. Veranlassung war, daß Friedrich von Wallsee, der Hofmeister des Herzogs Ernst in seiner Stube durch eine Pulverexplosion ums Leben kam. Auf die Kunde davon eilte Herzog Ernst nach Wien und trat mit der offenen Klage auf, daß sein treuer Diener ermordet worden sei, und zwar eben nur deswegen, weil er sein treuer Diener gewesen. Mehrere Landherren, Reinprecht von Wallsee an der Spitze, und auch Rath und Bürgerschaft von Wien nahmen sogleich wieder Partei für Ernst. Doch der Kanzler Leopolds hatte seine Kriegsmacht noch beisammen und es gelang ihm, die Mehrzahl der Stände theils einzuschüchtern, theils zu gewinnen. So kam es nicht zum Kampfe, sondern man hielt in Wiener Neustadt und St. Pölten Tagessatzungen, um die Differenzen auszugleichen und besonders die Wiener mit Herzog Leopold zu versöhnen. Als jedoch die Abgeordneten Wiens von St. Pölten heimkehrten, wurden sie bei Purkersdorf von einigen Rittern gefangen genommen und erst nach Erlegung von zweitausend Gulden frei gelassen. Man gab die Anstiftung dieser Gewaltthat dem Herzog Leopold und seinem Kanzler schuld, und wol nicht mit Unrecht, denn die Belagerten wurden nicht gestraft.

Mittlerweile war Leopold am 2. Juni 1408 in Krems mit Ernst zusammengekommen; die Brüder versöhnten sich scheinbar und verglichen sich dahin, die Vormundtschaft und die Einkünfte zu theilen. Darauf ging Ernst nach Graz zurück, Herzog Leopold aber zog mit seinem Kanzler nach Wien und verlangte, daß Behufs seines Einzuges die Bürger einen Theil den Stadtmauern niederreißen sollten. Das verweigerte jedoch der Stadtrath hartnäckig, und Leopold mußte sich bequemen, auf dem gewöhnlichen Wege in die Stadt zu gelangen. Bald aber fand er Gelegenheit, den Stadtrath und die Patrizier für ihre Anhänglichkeit an Ernst zu strafen. Der Stadtrath hatte während der Unruhen des Bruderkrieges große Rüstungen gemacht und dafür eine schwere Steuer auf den Weinschank gelegt. Das brachte die Bevölkerung Wiens in Wuth und sie überreichte dem Herzog Leopold eine Schrift, in welcher sie über die Erpressungen des Stadtrathes klagte und um Abhilfe bat. Darauf hin ließ Leopold den Bürgermeister Vorlauff und sechs vornehme Bürger in den Kerker werfen, und nach

kurzem Prozesse wurden am 7. Juli 1408 Vorlauff und zwei der Verhafteten auf dem Schweinmarkt hingerichtet, darauf ihre Güter eingezogen. Diese grausame Strenge erregte heftige Erbitterung, und Herzog Ernst trat abermals gegen den Bruder auf. Reinprecht von Wallsee erhob sofort wieder die Waffen gegen Leopold, und es schlossen sich ihm viele Landherren und auch böhmische, mährische und ungarische Edle an. Ein furchterlicher Bürgerkrieg verwüstete das Land und wurde erst am 13. März 1409 durch einen Schiedsspruch des Königs Sigmund von Ungarn geendet, kraft dessen der Kremsier Vertrag über die Theilung der Vormundschaft aufrecht bleiben sollte. Nun herrschte eine Zeit lang Ruhe.

Mittlerweile war der jugendliche Herzog Albrecht V., um ihn gegen die Gefahren des Bürgerkrieges und gegen die damals in Oesterreich grassirende Pest zu sichern, in das Schloß Starhemberg im Piestingthale gebracht worden. Es kam der 24. April 1411, und Herzog Albrecht sollte selbständig die Regierung in die Hand nehmen. Doch Leopold und Ernst machten keine Anstalt, ihm dieselbe zu übergeben, suchten vielmehr die Nothwendigkeit zu beweisen, den jungen Herzog reifer werden zu lassen, ihn bis zum sechzehnten Lebensjahre unter Vormundschaft zu behalten. Da bemächtigten sich Reinprecht von Wallsee und Konrad von Eckartsau des Schlosses Starhemberg und der Person des Herzogs Albrecht und führten denselben auf Umwegen sicher nach Eggenburg, wo sich die Prälaten, Herren, Ritter und Abgeordneten der Städte versammelten, um die weiteren Schritte zu berathen. Bevor sie noch einen Entschluß gefaßt hatten, kam die Nachricht von dem plötzlichen Tode des Herzogs Leopold. Er wurde in einem heftigen Zornausbruch über die Eggenburger Vorgänge vom Schläge getroffen, hinterließ keine Kinder und wurde vom Volke nicht betrauert. Auf die Kunde von diesem Todesfall brachen die Eggenburger Verbündeten sofort mit dem Herzog Albrecht V. nach Wien auf, und am 6. Juni hielt er unter allgemeinem Jubel seinen Einzug in die Stadt. Das Volk hoffte von dem Ende der vormundschaftlichen Regierung das Ende aller Leiden.

Diese Hoffnung ging jedoch nicht sofort in Erfüllung. Es waren nämlich auch die Herzoge Ernst und Friedrich nach Wien gekommen und beide verlangten nun, bis zur Mannbarkeit Albrechts wenigstens als Mitregenten anerkannt zu werden. Als dies streng abgewiesen wurde, verließen die beiden Herzoge Wien und schritten zu offenen Feindseligkeiten. Zunächst ließen sie durch Streifschaaren die Straßen in der Umgebung Wiens unsicher machen. Als aber Reinprecht von Wallsee baierische und böhmische Krieger in Sold nahm, standen die zwei Herzoge von ihrem räuberischen Verfahren ab und verglichen sich mit Albrecht V. dahin, die Schlichtung aller Differenzen dem Schiedsspruche des Königs Sigmund, der inzwischen deutscher Kaiser geworden war, zu überlassen.

Friedlich vereint zogen im September 1411 Albrecht V. und Ernst mit prächtigem Gefolge nach Preßburg, wo ein für Oesterreich sehr hoffnungsreiches Ereigniß stattfinden sollte. Am 4. Oktober huldigten die ungarischen Reichsstände der Prinzessin Elisabeth, einzigem Kinde Sigmunds als ihrer einstigen Beherrscherin, und am 7. Oktober verlobte Sigmund die künftige Königin von Ungarn mit dem Herzog Albrecht V. von Oesterreich. Wegen der Jugend des Brautpaares konnte die Ehe nicht sofort vollzogen werden. Sigmund schlichtete auch die Streitigkeiten der österreichischen Herzoge nach den Verträgen und Hausgesetzen.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz der Redaktion.

Herrn Dr. E. M. hier: Im jetzigen Momente von einem Wiener, der noch immer für den Herrn Reichskanzler Grafen Beust, als für den Retter Oesterreichs, für den einzigen Staatsmann schwärmt, welcher die von Feudalen, Ultramontanen, Sozialisten, Sozialdemokraten u. s. w. arg gefährdete Monarchie noch erhalten könnte, einen dies alles schwarz auf weiß demonstrierenden Brief zu empfangen, war für uns eine außerordentliche Ueberraschung, und wenn Sie uns die Ermächtigung geben, in werden wir Ihre merkwürdige Epistel in der nächsten Nummer als eine psychologische und politisch interessante Kuriosität abdrucken lassen. Einstweilen wollen wir uns nur mit dem zornigen Vorwurf beschäftigen, welchen Sie uns machen. Sie verdammen es als eine himmelschreiende parteiische Ungerechtigkeit, daß wir die Nichtauflösung des böhmischen Landtages tadelten und dabei gänzlich ignorirten, daß Graf Beust in seinem famosen Rundschreiben für die sämtlichen auswärtigen Kabinete die Auflösung aller Landtage ohne Ausnahme angekündigt hat, woraus Sie schließen, daß Graf Potocki die Nichtauflösung des böhmischen Landtages gegen Wissen und Willen des Herrn Reichskanzlers beschlossen und ihn dadurch vor Oesterreich, Europa, Amerika, Asien, Afrika und Australien kompromittirt habe. Darauf müssen wir bemerken, daß die Ihre Annahme — verzeihen Sie uns den Ausdruck — wahrhaft kindlich, um nicht zu sagen kindisch naiv ist. Wir erlauben uns, Ihnen die Versicherung zu geben, daß, sowie Graf Beust sein Circular nicht ohne Wissen und gegen den Willen des Grafen Potocki in die Welt geschickt hat, ebenso auch Graf Potocki die Nichtauflösung des böhmischen Landtages gewiß nur im Einverständniß mit dem Grafen Beust beschlossen hat. Diplomatische Politiker ändern eben ihre Ansichten sehr rasch und leicht je nach den augenblicklichen Umständen und Eindrücken, und es hat das Graf Beust während seiner kurzen österreichischen Laufbahn in eklatanter Weise bewiesen. Er ist in das Ministerium Belcredi eingetreten, obwol er wußte, daß dasselbe die Februarverfassung fixirt hatte. Er hat dann auch noch das kaiserliche Patent, welches den außerordentlichen Reichsrath einberief, unterzeichnet, bald darauf aber im Widerspruch mit dem kaiserlichen Manifest vom 20. September 1865, welches in Betreff des Ausgleichs mit Ungarn das gleichberechtigte Votum der nichtungarischen Länder vorbehalten hatte, diesen Ausgleich mit Ungarn einseitig abgeschlossen und durch ein bloßes Ministerialreskript den sogenannten ordentlichen Reichsrath einberufen unter dem Vorgeben, daß nach Vollendung des ungarischen Ausgleichs ein außerordentlicher Reichsrath gegenstandslos geworden wäre. Schließlich hat Graf Beust sich im offenen Parlamente zu dem ausgleichsfreundlichen Memorandum der Minorität des Bürgerministeriums bekannt, während er jetzt durch das Ministerium Potocki das ausgleichsfeindliche Memorandum der Majorität jenes Ministeriums ausführen will. Wir ersuchen Sie, geehrter verfassungstreuer Herr Doktor, diese Wandlungen einer Gelegenheitspolitik einigermaßen Ihrer juristischen Beachtung zu unterziehen, womit wir aber Ihrer individuellen Verehrung für den Herrn Reichskanzler Grafen Beust durchaus keinen Eintrag machen wollen.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: **Franz Schufelska.**
Die Redaktion befindet sich: **National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.**

Administration: Laborstraße Nr. 52.

Druck von R. v. Waldheim.

Die Reform.

No. 23.

Wien, den 9. Juni 1870.

IX. Jahrgang.

Die Politik des Grafen Julius Andrássy und der deutschen Falschliberalen.

Also zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten und den cisleithanischen Verfassungsoorthodoxen besteht ein Bündniß zur Aufrechterhaltung des Bestehenden, und diesem Bunde verdankt Oesterreich die sogenannte neue Aktion, welche das Resultat haben wird, daß nach abermaligem Verlust einiger kostbaren Monate die Verfassungsfrage noch viel verworrener und gefährlicher sein wird als jetzt.

Graf Andrássy kommt den Dezembristen bei der Wahlagitation in höchst erwünschter Weise zu Hilfe, indem er durch die Pester „Reform“ den Allarmruf ausstoßen läßt, daß die nationale und echt konstitutionelle Opposition in Kroatien, in der Militärgrenze, unter den österreichischen Serben und Rumänen im Bündniß mit der böhmischen, slovenischen und tirolischen Opposition den Zweck habe, der militärischen und absolutistischen Reaktion zu dienen. Das paßt den falschliberalen Verfassungsoorthodoxen ganz vortrefflich, sie können nun die Wähler mit dem Gespenst der Reaktion, des Absolutismus schrecken, wie sie es auch im Jahre 1867, als ein außerordentlicher Reichsrath beschickt werden sollte, gethan haben. Sie thun es denn auch recht con amore, indem sie von einer furchtbaren Verschwörung der Feudalen, Ultramontanen, Soldaten, Absolutisten und Nationalen phantasiren. Diese Verschwörung, sagen sie, habe schon mit dem Memorandum der Minorität des Bürgerministeriums begonnen, sei dann durch den Austritt der Tiroler, Polen, Krainer, Istrier, Görzer und Triestiner aus dem Reichsrathe in die Aktion gebracht worden und hätte unter dem Deckmantel einer Ausgleichspolitik das Ziel, nämlich den Sturz der konstitutionellen Regierung überhaupt, die Restauration des Absolutismus erreichen sollen.

Als Urheber und Leiter dieser entsetzlichen Verschwörung denunziren die Verfassungsoorthodoxen den Grafen Beust. Sie sagen, dieser sei schon bis ins Centrum seiner Position vorgebrungen gewesen, da habe sich ihm aber in der eilften Stunde Graf Andrássy entgegengeworfen und ihn vollends aus dem Felde geschlagen; also sei Graf Julius Andrássy der Retter Oesterreichs und der Freiheit.

Die Anklage, welche das Organ Andrássy's, die Pester „Reform“ gegen die nationale Opposition in den ungarischen Ländern schleudert, ist eine durch

und durch falsche Denunziation. Die Behauptung, daß die Kroaten, Grenzer, Serben, Rumänen, Slovaken gegen den Konstitutionalismus überhaupt und für den Absolutismus sich erheben wollen, ist eine Lüge. Diese Völker kämpfen im Gegentheil gerade für den echten Konstitutionalismus, indem sie gegen eine Verfassung Opposition machen, nach welcher die Majorität der Bevölkerung der Minorität unterthänig sein soll, was doch offenbar dem Begriff und Wesen des wahren Konstitutionalismus widerspricht; sie kämpfen nicht für den Absolutismus, da sie ja ihre Rechte und Freiheiten erringen und sichern wollen; sie kämpfen für ein Recht, für eine Freiheit, welche älter und heiliger sind, als aller moderne Konstitutionalismus, nämlich für das Recht der freien Individualität, für die Freiheit der nationalen Entwicklung.

Die Gegner weisen fälschlicherweise auf das Jahr 1848 zurück, wo der gleiche Kampf dieser Völker allerdings für die Zwecke der Reaktion, des Absolutismus ausgebeutet worden ist. Wer war aber schuld daran? Wahrlich nicht die Völker, welche gegen den separatistischen, herrschsüchtigen Maggharismus und für die Gleichberechtigung aller Völker in einem einigen Reiche die Waffen ergriffen, sondern die Maggharen, die eben durch ihre Herrschsucht, durch ihre Maggharisirungstendenzen den Kampf provoziert haben. Daß damals die Freiheit nicht bloß für die ungarischen, sondern für alle Länder wieder verloren ging, daran sind einzig und allein die Maggharen schuld, und es trifft sie dafür und für das fruchtlos vergossene Völkerblut der Fluch der Geschichte, und dieser Fluch wird sicher in Erfüllung gehen, wenn die Maggharen nicht von der Fortsetzung jener ungerechten brutalen Unterdrückungspolitik abgehen.

Wenn jener fürchterliche Racenkampf sich in unserer Zeit wiederholen sollte, so wäre es allerdings möglich, daß eine Partei denselben für reaktionäre Zwecke zu benutzen versuchen würde. Aber dieser Versuch könnte zum zweitenmal nicht gelingen, denn erstlich ist der Absolutismus in Oesterreich fortan überhaupt unmöglich, und dann werden sich die um ihre individuelle Freiheit kämpfenden Völker gewiß nicht noch einmal als Werkzeug der Reaktion mißbrauchen lassen, denn sie sind durch eine bittere Erfahrung gewarnt. Diese Völker sind durchaus nicht zwischen die Alternative gestellt, entweder den Pester parlamentarischen, oder einen Wiener nackten Absolutismus ertragen zu müssen. Sie wollen von beiden Gewalten frei sein, und sie werden diese Freiheit erringen. Genau in derselben Lage befinden sich die diesseitigen oppositionellen Völker. Die Gesamtheit der nationalen und staatsrechtlichen Opposition in der ganzen habsburgischen Monarchie ist aber viel freisinniger, sie will viel aufrichtiger und entschiedener die wahren Volksrechte zur Geltung bringen, als die jetzt herrschende deutsch-maggharische Partei. Wir sagen mit Nachdruck „Partei“, denn es sind weder alle Maggharen, noch alle Deutschen mit dem jetzigen System einverstanden; gerade die wahrhaft Freisinnigen und Gerechten unter diesen beiden Völkern sind es nicht.

Der magharische Theil der herrschenden Partei fürchtet eine Wiederholung der blutigen Ereignisse des Jahres 1848 u. s. f. und ist eifrig bemüht, auch den deutschen Theil mit dieser Furcht anzustecken, indem er als gewiß hinstellt, daß die Wiederholung jenes Kampfes auch zur Wiederholung des Absolutismus führen würde. Ungeachtet dieser Furcht ahmen jedoch die jetzigen magharischen Herrscher genau das Verfahren ihrer Vorgänger im Jahre 1848 nach, nämlich das Verfahren, welches den Racenkampf provoziert und dadurch den Sieg des Absolutismus möglich gemacht hat.

Das Organ Andrássy's sagt: „Das Kennzeichen der militärischen Reaction mit dem nach dem südlichen Theile des Reiches des heiligen Stephan gierigen Panславismus war stets die Militärgrenze, und wenn diese beiden Theile sich einmal verständigt haben, braucht man nicht mehr lange zu warten auf das Aufkommen der ungarischen Vendée.“ Das ist von dem Organe des ungarischen Ministerpräsidenten eine sehr merkwürdige Aeußerung, welche eine eingehende Kritik verdient. Erstlich wird jeder Unbefangene und Aufrichtige erkennen und zugestehen müssen, daß, wenn es in Oesterreich wirklich eine militärische Reactionspartei gibt, es doch zugleich absurd und perfid ist, diese österreichische militärische Reaction des Panславismus zu beschuldigen. Daß es in der österreichischen Armee Offiziere gebe, welche für den Panславismus, also für den Untergang Oesterreichs schwärmen, das kann kein verständiger Mensch glauben, kein ehrlicher Mensch glauben machen wollen. Ebenso absurd und perfid ist es, den Konflikt mit der Militärgrenze überhaupt so darzustellen, als ob es sich dort irgendwie um den Panславismus handeln möchte. Worauf bezieht sich denn die Opposition des Grenzvölkes? Dieses bewaffnete Volk will nicht magharisirt, es will nicht der jetzt über Kroatien herrschenden magharonischen Mißregierung unterworfen, es will überhaupt nicht wie eine willenlose Herde behandelt werden, die man nach Belieben dahin oder dorthin treiben, die man verschenken oder verkaufen könnte. Mit vollkommenem Konstitutionellen Rechte verlangt das Volk der Grenze, durch seine Vertreter gemeinsam mit den Vertretern von Zivilkroatien an der neuen Organisation in konstitutioneller Weise theilzunehmen. Wenn wirklich hohe Militärs dieses Streben des Grenzvölkes unterstützen, so thun sie es wahrlich nicht, um dem Panславismus zu dienen und Oesterreich dem Untergange zuzuführen, sondern im Gegentheil, um das Aufleben extremer slavischer Tendenzen zu verhüten, um Oesterreich zu erhalten. Die magharischen Herrscher mögen doch bedenken, daß in der Grenze bereits der verzweifelte Gedanke laut geworden ist: „Gehe wir uns magharisiren lassen, wollen wir lieber türkische Unterthanen werden!“ Wie traurig und gefährlich, wie tief beschämend auch dieser verzweiflungsvolle Gedanke einer Bevölkerung ist, die bisher unter allen Umständen treu zu Oesterreich gehalten hat, so muß man doch zugestehen, daß das Grenzvolk, daß überhaupt die Südslaven des Stephanreiches unter türkischer Herrschaft in ihrer Nationalität weniger bedroht sein würden, als unter

der Diktatur des magharischen Parlamentarismus. Die Pester „Reform“ straft sich selber Lügen, indem sie eine österreichische militärische Reaktion panslawistischer Tendenzen beschuldigt und zugleich von einem Aufflammen der ungarischen Vendée spricht, also die mögliche und bereits gefürchtete Wiederholung des Kampfes von 1848 mit jenem der französischen Vendée vergleicht. Die Vendée hat doch gewiß nicht für irgend etwas Unfranzösisches gekämpft, sondern nur für die Erhaltung des alten Frankreich, und ebenso haben die Kroaten, Serben, Slowaken, Rumänen und Siebenbürger Sachsen im Jahre 1848 nicht für antiösterreichische Tendenzen die Waffen geführt, sondern für die Erhaltung des alten Oesterreich. Die Gegner werden das Wort „alte“ hervorheben und behaupten, daß die genannten österreichischen Völker gleich den Vendéern gegen die konstitutionelle Freiheit und für die Reaktion, für das unbeschränkte Monarchenthum gekämpft hätten. Wenn nun dies in der Vendée wirklich der Fall gewesen wäre, so haben dagegen die genannten Völker des Stephansreiches in Wahrheit für die konstitutionelle Freiheit gekämpft, indem sie sich gegen die Vergewaltigung durch den Magharismus wehrten. Beide, die Vendéer und die genannten Völker der Stephanskronen kämpften gegen die revolutionären Terroristen, welche einseitig und eigenmächtig das allgemeine Gesetz diktirten. In einer Beziehung hatte der Kampf der Vendée allerdings einen hervorragend monarchischen Charakter: er galt nämlich der Befreiung des Königs, den die Pariser Terroristen zu einer willenlosen Figur gemacht hatten, um ihn endlich abzusetzen und aufs Schaffot zu führen. Die Erinnerung daran hätte wahrlich gerade das Organ des Grafen Julius Andrássy abhalten sollen, von einer ungarischen Vendée zu sprechen.

Das Werkzeug Andrássy's, Vanus Rauch sagte zu einer ihm huldigenden Deputation der Repräsentanz eines kroatischen Fleckens, „er wünsche, daß die ganze kroatische Nation sich in einer Idee vereinigen möchte; es seien aber Kundgebungen vorgekommen, welche eine Wiederholung der blutigen Ereignisse von 1848 als möglich erscheinen ließen.“ Nun, der Wunsch des Vanus ist bereits in Erfüllung gegangen; schon ist die ganze kroatische Nation in dem Entschlusse vereinigt, den Magharismus abzuwehren. Die echt nationale Partei ist darin von Anfang an vorangegangen; nun aber hat die magharische Regierung es dahin gebracht, daß auch in der Mehrzahl der Magharonen das kroatische Nationalgefühl wieder lebhaft erwacht und zornig empört ist. Selbst in dem jetzigen Landtage hat sich das kundgegeben; ein ganz besonderer Beweis dafür aber ist, daß die Stadt Agram, welche sich der Ausgleichspolitik gänzlich hingegen hatte, jetzt durch eine Deputation Seiner Majestät dem Kaiser und König eine mit mehrern hundert Unterschriften bedeckte Petition unterbreitet hat, in welcher über die tiefe Verletzung des kroatischen Nationalgefühles, über die Unterdrückung jeder konstitutionellen Freiheit, überhaupt über die gewaltthätige Mißregierung geklagt und um Abhilfe gebeten wird *).

*) Diese Agramer Deputation ist nicht als solche, sondern es sind die Mitglieder derselben

Die Einigung der ganzen kroatischen Nation ist vorzüglich durch die Behandlung der Militärgrenze herbeigeführt worden und durch die Gewaltmaßregeln, mit denen die maggharonische Herrschaft aus Anlaß der Jellacicfeier gegen das kroatische Nationalgefühl gefrevelt hat. Es ist auch wirklich empörend, daß die Maggharen, während sie das Andenken ihrer Helden und Märtyrer mit einer nach allen Seiten hin ganz rücksichtslosen Ostentation feiern, den andern Völkern ein Verbrechen daraus machen wollen, das Gleiche zu thun. Wenn wirklich Friede herrschen, gegenseitige Amnestie gewährt sein soll, so müßten die Maggharen ihre revolutionären Erinnerungsfeierlichkeiten unterlassen; dann könnten sie von den andern Völkern mit Recht das Gleiche verlangen. Wenn aber die Maggharen, welche damals die Besiegten waren, in demonstrativer Weise ihre Todtenfeste feiern, so müssen sich dadurch die damaligen Sieger zu Gegenemonstrationen aufgereizt fühlen, selbst wenn diese nicht schon durch das Nationalgefühl allein geboten wären.

Es gehört die unselige Verblendung der Maggharen dazu, etwas außerordentliches und unzulässiges darin zu finden, daß Generale das Andenken Jellacic's ehren, daß Soldaten dessen Statue mit Kränzen geschmückt haben. Wie die Slaven die Majorität der Bevölkerung Gesamtösterreichs bilden, so besteht eben auch die Mehrheit der österreichischen Armee aus Slaven, und es sind in derselben noch Soldaten, welche unter Jellacic gedient, und einige der Adjutanten desselben sind jetzt hervorragende Generale.

Was bezweckt die Pester „Reform“ mit der Aeußerung, daß „die kroatischen Demonstrationen merkwürdigerweise mit jenen Tagen zusammen fielen, in welchen die Nationalitäts-Phalange einen gemeinsamen Angriff auf die österreichische Verfassung und indirekt gegen die dualistische Organisation der Monarchie machten“? Wollte das Organ Andrassy's damit eine antikonstitutionelle Verschwörung denunziren, um die deutschen Falschliberalen täuschend ins Bockshorn zu jagen? Das scheint wirklich der Fall zu sein; deshalb wurde auch Graf Moriz Esterhazy als Schreckensgespenst heraufbeschworen. Merkwürdig! als im Jahre 1865 vorzüglich auf Anrathen dieses selben Grafen Esterhazy die Februarverfassung sistirt wurde, da jubelten die Maggharen und begrüßten den Grafen mit Eljens. Es ist begreiflich, weil natürlich, daß die Kroaten durch den momentan scheinbar günstigen Erfolg der böhmischen Opposition mit Hoffnung erfüllt wurden. Sie bauten diese Hoffnung auf das Prinzip allgemeiner Freiheit und Gleichberechtigung, also auf die Möglichkeit einer wahrhaft öster-

nur einzeln als Privatleute empfangen worden. Die Grenzdeputation aber, welche im Namen des gesamten Grenzvolkes, in Uebereinstimmung mit der Sisseler Repräsentation um die Anerkennung des konstitutionellen Rechtes des Grenzvolkes, durch seine Vertreter an der Bestimmung seines Schicksals theilzunehmen, bitten wollte, ist gar nicht empfangen worden. Der Reichskanzler und der Reichskriegsminister waren für den Empfang; Graf Andrassy aber machte seinerseits den Nichtempfang zur Cabinetsfrage.

reichischen Politik und dadurch der Erhaltung der Gesamtmonarchie. Worauf bauten aber im Jahre 1866 die Magyaren ihre Hoffnung, als sie mit Sehnsucht den Einmarsch der Preußen in Wien und Ungarn erwarteten? Es ist thöricht zu glauben und glauben machen zu wollen, daß im Stephansreiche keine nationale Opposition bestehen würde, wenn in Böhmen keine bestände. Die Böhmen sind im Jahre 1848 im Wiener Reichstag geseßen, und die Kroaten, Serben, Rumänen, Slovaken haben doch gegen den Magyharismus die Waffen erhoben. Gegenwärtig erkennen die Magyaren wol, daß ihre Nationalitäten mit den Böhmen u. s. w. gemeinsame Oppositionsgründe haben, und sie fürchten, daß die gesammte nationale und staatsrechtliche Opposition sich zu einer gemeinsamen Aktion vereinigen könnte; daraus folgern jedoch die Magyaren mit echter Despotenlogik, daß der nationalen Opposition weder dies- noch jenseits der Leitha eine Konzession gemacht werden dürfe. Nur die Polen möchten sie gern durch einige Gnadengeschenke gelodert sehen. Und auf diese Weise gedenkt und hofft man den Frieden zu erhalten!

Doch nein, die Magyaren scheinen nicht den Frieden, sondern je eher, je lieber den Kampf zu wollen, um mit Feuer und Schwert das dualistische Reichsgebäude zu befestigen. Das Organ Andrassy's kündigt den oppositionellen Völkern offen den Krieg an mit den Worten: „Verschiedene Interessen können ausgeglichen, entgegengesetzte Prinzipien jedoch nie friedlich ausgetragen werden. In jener Stunde, als sich in Oesterreich der Föderalismus Bahn bricht, ist auch die Existenz Ungarns bedroht.“ Nun wolan, thatsächlich bestehen zwischen den Nationalitäten des Stephansreiches und dem magyharischen, zwischen den Nationalitäten Cisleithaniens und dem deutschen Centralismus entgegengesetzte Prinzipien; wenn diese also nie friedlich ausgetragen werden könnten, so müßte die Austragung mit dem Schwerte versucht werden. Dabei fragt es sich eben, wer siegen wird, und ganz außer Frage steht es, daß Ungarns Existenz durch einen solchen Kampf weit gefährlicher bedroht sein würde, als durch eine föderative Organisation der Gesamtmonarchie. Gerade durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich hat sich ja der Föderalismus in Oesterreich Bahn gebrochen und die Folge davon ist doch offenbar nicht eine Bedrohung, sondern im Gegentheil die Anerkennung und Sicherung der selbständigen Existenz Ungarns. Die Magyaren haben ihrerseits mit Kroatien einen föderativen Ausgleich geschlossen, und wahrlich nicht darin liegt eine Bedrohung Ungarns, sondern nur darin, daß dieser Ausgleich nicht den richtigen, vollkommen gerechten föderativen Charakter hat.

Die Magyaren halten mit Stolz an ihrem Stephansreiche fest, wollen es für ewige Zeiten groß, blühend und mächtig machen. Die Politik aber, durch welche sie das erreichen zu können glauben, würde von dem heiligen Stephan, wenn er auferstünde, gewiß verdammt werden. Die Magyaren müßten den andern Völkern ihres Reiches gegenüber eine ganz andere Politik üben, wenn sie wirklich und aufrichtig die Lehren ihres heiligen Stephan befolgen wollten.

Ihre jetzige Politik erfreut sich bloß des Beifalles der deutschen falsch-liberalen, rabulistischen und terroristischen Verfassungsoorthodoxen. Diese huldigen servil dem „energischen“ Grafen Julius Andrássy; sie wollen lieber die magyarische Hegemonie über ganz Oesterreich ertragen, als daß sie sich mit ihren nicht-deutschen Reichsgenossen zum Zwecke wahrer Freiheit und Gleichberechtigung versöhnen und ausgleichen möchten. Das wuthschäumende und blutdürstige Wiener Organ dieser Falschliberalen und Pseudoösterreicher stößt folgenden kannibalischen Mordruf aus: „Die Aufgabe aller guten Geister dies- und jenseits der Leitha muß es nun sein, den reaktionären Apparat gründlich zu zerstören und die bei demselben mitwirkenden Kräfte total auszurotten!“ Nun wolan, mögen die deutschen und magyarischen Anbeter des asiatischen Centralisationsprinzips es versuchen, dies- und jenseits der Leitha die Majorität der Bevölkerung auszurotten. Sie zählen wol auch die Polen zu den „guten Geistern“, welche diese Blutarbeit vollbringen sollen!

Das bezeichnete Wiener Blatt verkündet auch triumphirend, daß „die ungarische Regierung, energisch und praktisch wie immer, die Reaktion schon an der Kehle gepackt, indem sie einen Befehl erwirkt hat, wornach in dem Gebiete des Militärkommandos von Peterwardein sämmtlichen Grenztruppen die Waffen abgenommen werden sollen.“ Nun, wenn dieses Verfahren gegen die nationale Opposition allgemein als Muster gelten soll, so wird man nicht bloß die sämmtlichen Grenztruppen, sondern den überwiegend größern Theil der ganzen österreichischen Armee entwaffnen müssen, denn die Mehrheit in dieser Armee theilt das Nationalgefühl der slavischen Völker, aus denen sie hervorgegangen ist und sich fortwährend erneuert.

Wenn die barbarische Gewaltpolitik deutscher und magyarischer Herrschaftsfanatiker nicht aufgegeben wird, so ist ein fürchterlicher Völkerkrieg unvermeidlich. In diesem Kampfe würde diese blutgierige Politik gewiß im Blute erstickt werden, es könnte dabei aber auch Oesterreich zu Grunde gehen. Raffen wir uns aber noch zu der Hoffnung auf, daß diese wilde, die Freiheit schändende, Anhänglichkeit an Oesterreich heuchelnde Politik an dem friedlichen Widerstande sowohl der opponirenden Völker, als auch der wahrhaft freisinnigen und gerechten, den Fortbestand der habsburgischen Monarchie aufrichtig und ehrlich wollenden Deutschen und Magyaren scheitern wird.

Die innere und äußere Haltung Rußlands.

Rußland spielt noch immer die Rolle des unheimlichen nordischen Riesen, wenigstens wird es von der westlichen Welt, zumal von der liberalen als solcher betrachtet. Die Liberalen kennen Rußland gegenüber keine andere Politik, als

dieses Reich, sobald sie nur seinen Namen hören, zu verspotten und zu beschimpfen, und sie thun das wahrlich weit weniger deshalb, weil sie das russische Regierungssystem hassen, als vielmehr, weil sie die russische Macht fürchten. Großer, fast ausgelassener Jubel herrschte in der liberalen Welt, als Rußland in der Krim besiegt war. Da triumphirte man: „Nun ist das Czarenreich bis zur Ohnmacht gedemüthigt, nun ist es bewiesen, daß der nordische Kolos auf thönernen Füßen gestanden, nun wird der asiatische Giebel nicht mehr mit seinen grimmigen Tagen auf Europa drücken können!“ Aber diese Jubelzeit war kurz, heutzutage blickt man schon wieder mit Angst und Grauen auf das kolossale Czarenreich und fürchtet, daß es nach Westen vorrücken, den europäischen und asiatischen Orient verschlingen, eine slavische Welt Herrschaft aufrichten werde. Und in der That, man hat Ursache, dieses Riesenreich zu fürchten, in welchem ein großes Volk, das zahlreichste der Welt, durch einen großen Nationalgedanken, durch religiöse Traditionen und Tendenzen und unter dem noch allmächtigen monarchischen Prinzip, unter unbefränkter, als göttlich verehrter Selbstherrschaft zu einer gewaltigen Einheit verbunden ist. Man hat Ursache dieses Riesenreich zu fürchten, zumal wenn man Regierung und Volk durch fortwährenden Spott und Schimpf beleidigt, zur Rache anfreizt.

Rußland hat sich, nachdem es die bittere Erfahrung gemacht, besiegt Frieden schließen zu müssen, mit merkwürdiger Resignation auf sich selbst zurückgezogen, um sich zu sammeln. Rußland war dazu keineswegs gezwungen. Es war durch die Niederlage in der Krim wahrlich nur die äußerste Haut des Riesenkörpers verletzt worden. Wenn Rußland nicht Frieden geschlossen, sondern sich zurückgezogen hätte, so wären die Franzosen und Engländer in arge Verlegenheit gekommen, es hätte ihrem Siege bei Sebastopol leicht im Innern Rußlands eine Niederlage folgen können, jener Napoleons I. ähnlich. Doch Rußland fühlte sich durch die Niederlage bei Sebastopol wirklich gedemüthigt, und da diese Demüthigung dem stolzen Nikolaus das Herz gebrochen hatte, so nahm der sanftere Alexander I. das schwere Geschick auf sich, bei seiner Thronbesteigung einen von siegreichen Feinden diktierten Frieden anzunehmen. Rußland zog sich auf sich selbst zurück, um eine Wiederholung dieses Geschickes unmöglich zu machen. Früher gewohnt, in allen europäischen Fragen in erster Reihe gehört zu werden und ein maßgebendes Wort auszusprechen, als Hort der europäischen Staatenordnung respectirt zu werden, verhielt es sich nun in der großen Politik ganz passiv und verwendete seine ganze Thatkraft auf seine innere Entwicklung. Es machte darin rasch große Fortschritte. Während der jüngsten Erhebung der Polen zeigte es sich, daß der nordische Kolos schon wieder auf sehr festen Füßen stand, und die drei diplomatisch intervenirenden Großmächte wichen vor dem starken und stolzen Selbstbewußtsein Rußlands scheu zurück.

Rußland schlug die Polen abermals nieder, und dieser Sieg über Polen und über die westliche Diplomatie trug nicht wenig dazu bei, die Erinnerung

an die Niederlage im Krimkriege in den Hintergrund zu drängen. Die innern Reorganisationsarbeiten wurden und werden rastlos und mit der vollen Energie eines autokratischen Staates fortgesetzt. Rußland hat seit 1856 auf allen Gebieten des Lebens große Fortschritte gemacht, es ist in einer Entwicklung begriffen, deren Resultate in nicht ferner Zeit Europa überraschen werden. Die öffentliche Meinung Europas widmet aber den russischen Reformen nur wenig Aufmerksamkeit, ja sie betrachtet und beurtheilt dieselben mit ostentativer Geringschätzung. Wie nach Verabredung bemühen sich die westlichen Journale die russischen Kulturvorschrötte todt zu schweigen, sie halten es für eine Pflicht des Liberalismus, in Rußland durchaus nichts lobenswerth zu finden. Sie alarmiren bloß von Zeit zu Zeit die Welt mit Nachrichten über die großen Rüstungen im Czarenreiche. Rußland rüstet nun allerdings sehr gewaltig und es baut auch seine Eisenbahnlinien zunächst vorzüglich für militärische Zwecke; aber es rüstet sich auch geistig und moralisch. Die Befreiung des Bauernstandes ist der großartigste Kulturakt, den unser Jahrhundert aufzuweisen hat. Aber wie wenig wurde dieser Akt beachtet, ja wie feindselig wurde er bemäfelt, verdächtigt und als Mißlungen dargestellt. Er ist aber nicht Mißlungen und er wird wesentlich beitragen, daß künftig, daß in kurzer Zeit ein ganz neues Rußland auf den Weltchauplay treten wird.

Eine viel schlimmere Niederlage als die bei Sebastopol hat Rußland durch die Mißachtung erlitten, in welcher es jetzt in der Welt steht. Welch ein Unterschied zwischen einst und jetzt, zwischen der feindseligen Verachtung, mit welcher jetzt Europa das russische Leben und Streben betrachtet, und der Begeisterung, mit welcher in frühern Zeiten alle Welt den Kulturaufschwung Rußlands gewürdigt und gefördert hat! Als Peter der Große, wenn auch in despotisch derber Art, seine Reformen durchführte, da war alle Welt seines Lobes voll. Auch die im Guten und Schlimmen genial gigantische Katharina II. wurde im philosophischen Zeitalter bewundert und gepriesen. Damals widmeten die edelsten Geister Europas und besonders Deutschlands dem russischen Reiche ihre wärmsten Sympathien und auch ihre Dienste. Als Alexander I. den russischen Thron bestieg, jubelte ihm ganz Europa entgegen. Auf diesen Czar dachtete Klopstock eine Ode! Der Dichter hört im Tempel der Menschlichkeit, der Mutter der Wohlfahrt Stimmen beseligter Geister. Eine dieser Stimmen sprach, daß der Name Alexander, wie sehr auch die Vorwelt und spätere Völker den macedonischen Alexander vergötterten, doch Schmach sei den Herrschern, die er benennt. Darauf kommt folgende Stelle:

Eine der Stimmen sprach:

„Der von der Ostsee bis gen Sina's
Ocean herrscht ein edler Jüngling.

Der hat des Namens Flecke vertilgt; der ist
Des Streiters am Granikus, bei Arbela,
Des Streiters in den Wäldern Issos,
Aber im schönern Kampf, Besieger.

Der hat geseh'n der heiligen Menschlichkeit
Erscheinung.“ Thaten folgten dem Blick! Nun scholl's
Von Melodien, und tausend Stimmen
Feierten Russiens Alexander.

So feierte der Sänger der Messiade die Thronbesteigung des russischen Czaren Alexander I. Und als die Russen, nachdem sie, wenn auch in echt scythischer Weise das Riesenheer Napoleons I. der Vernichtung überliefert hatten, aus ihren Grenzen hervorbrachen und alle Völker zum Befreiungskampfe aufriefen, da wurden sie, da wurden selbst ihre Kosaken als Freiheitbringer, als Retter Europas begrüßt.

Was ist nun die Ursache, daß Rußland seitdem in der öffentlichen Meinung Europas so tief herabgekommen ist? Es gibt mancherlei Ursachen, die wichtigste aber ist Polen. Durch die Art und Weise, wie Rußland Polen behandelt, hat es sich den Haß Europas zugezogen. Europa thut zwar nichts für Polen, es bewegt höchstens von Zeit zu Zeit die Schreibefinger und die Zunge für dieses unglückliche Volk, aber es haßt und verachtet Rußland als den Unterdrücker desselben. Der Besitz Polens gereicht also den Russen, selbst wenn er ihnen den größten materiellen Nutzen brächte, zum wahrhaft verderblichen moralischen Nachtheil; er ist ihnen aber auch materiell schädlich. Es fehlt nicht an Russen, welche das erkennen und zugestehen. Wir vernahmen von einem hochgestellten russischen Staatsmann folgende Aeußerung: „Wir Russen wissen und fühlen es, daß Polen eine beständig offene Wunde unseres Reiches ist. Wenn wir es nicht schon hätten; jetzt würden wir es schwerlich nehmen. Aber wir haben es einmal! Ja noch mehr, wenn wir uns Polens, d. h. des Theiles, welcher Kongresspolen genannt wurde, auf gute Art entledigen könnten, nämlich ohne Verletzung unserer Ehre und ohne Gefährdung unserer Sicherheit, so würde die Geneigtheit dazu schwerlich fehlen. Aber wir wissen ja, daß die Polen alles zurückverlangen, was jemals zu ihrem Reiche gehört hat, daß sie also über Volksstämme herrschen wollen, welche keine Polen, sondern Russen sind. Das kann und wird Rußland niemals zugeben. Die Polen geben ihre Ansprüche ebenfalls nicht auf. Wenn wir sie heute freigäben, so würden sie sich morgen nur umso heftiger gegen uns erheben. Wir müßten also nach wie vor kämpfen, und setzen daher den Kampf lieber ohne Unterbrechung fort. Es ist leider ein unseliges Verhängniß, daß der Kampf zwischen Russen und Polen ein Kampf auf Leben und Tod sein muß. Wir wollen und müssen ihn kämpfen. Wir müssen den Polonismus, wie er durch den Abel und Klerus und deren Anhang repräsentirt ist, ausrotten; das eigentliche Volk, namentlich die Bauern in Polen werden wir für uns gewinnen.“ — Der Russe hat recht, indem er diesen Kampf als ein unseliges Fatum bezeichnet. Die polnische Intelligenz wird ihn ebenfalls auf Leben und Tod führen.

Ueber die Furcht Europas vor einer unersättlichen Ländergier Rußlands lachen die Russen. Derselbe Gewährmann sagt darüber: „Wir haben, wie

Gott, Land genug; eher zuviel als zuwenig, deshalb haben wir uns auch unsers amerikanischen Besitzthums in profitabler Weise entledigt. Unsere Kräfte reichen wahrlich kaum aus, um auf unserm riesigen Gebiete den Beruf zu erfüllen, den uns die Vorsehung angewiesen hat. Wir denken besonders nicht daran, gegen Westen noch weiter vorzubringen, und ebenso wenig, uns dieses oder jenes slavische Volk einzuverleiben. Wir haben wahrlich an der Einverleibung Polens genug.

„Wir sind am wenigsten solche Utopisten, daß wir ein panslavisches Weltreich gründen wollten. Selbstverständlich hegen wir für jedes slavische Volk lebhafteste Sympathien und halten uns für berechtigt und verpflichtet, diese Sympathien in friedlicher Weise auch thatsächlich zu beweisen. Wir sind auch für den geistigen Zusammenhang aller slavischen Stämme, für die gemeinsame Kulturentwicklung derselben und wir thun unser Theil dazu, daß die große slavische Nation die ihr gebührende Achtung und Geltung erringe. Dazu sind wir berechtigt, und dasselbe thun ja auch die Deutschen, ja diese thun noch mehr, denn sie verrathen nicht übel Lust, uns unsere deutschen Ostseeprovinzen zu nehmen.

„In Asien sind wir leider gezwungen, fortwährend über unsere Grenzen hinauszuschreiten. Wenn Europa nur einigermaßen gerecht sein will, so wird es zugestehen, daß Rußland im nördlichen Asien einen großen und schwierigen Kulturberuf erfüllt. Um das aber zu können, müssen wir gegen die benachbarten halbwildern nomadisirenden, zum Theil räuberischen Stämme gesichert sein. Das zwingt uns nun leider zu immer weiteren Vorschritten, denn wenn wir einen dieser Stämme bezwungen haben, so werden wir wieder Nachbarn eines andern von gleicher Beschaffenheit und müssen uns nun gegen diesen sichern. Auf diese Weise sind wir nun allerdings schon bis an die Grenzen des eigentlichen China vorgeedrungen und wir werden wahrscheinlich auch noch bis an die Grenzen Indiens kommen müssen. Doch nicht in einem Fiebertraume kann es uns Russen einfallen, die Engländer in Indien beunruhigen oder gar sie daraus verdrängen zu wollen; im Gegentheile wünschen und hoffen wir, freundliche friedliche Nachbarn derselben zu sein und mit ihnen gemeinsam Asien der europäischen Kultur zu öffnen.

„Am meisten ist Rußland in Betreff der orientalischen Frage das Schreckensgespenst für Europa. Man imputirt ihm die Absicht, die jetzige Türkei verschlingen zu wollen, und beruft sich dabei auf das angebliche Testament Peters des Großen. Es sind nun allerdings nationale und kirchliche Traditionen vorhanden, nach welchen die Beherrscher Rußlands als Erben und Nachfolger der griechischen Kaiser erscheinen, berufen, ein neues orientalisches Kaiserreich herzustellen. Europa kann aber versichert sein, daß kein praktischer Politiker Rußlands an die Realisirung dieses historischen Traumes denkt. Alles, was uns das jetzt

türkenfreundliche Europa in dieser Beziehung vorwerfen kann, beschränkt sich darauf, daß wir unserntheils Feinde der Türken geblieben sind und bleiben werden. Zu dieser Feindschaft sind wir im Interesse der nationalen Freiheit, der europäischen Kultur, des Christenthums und der Humanität verpflichtet. Wir Russen können nicht Freunde der Türken sein, weil wir nicht wollen dürfen, daß die christlichen Völker der Türkei, die Nachfolger und Erben der natürlichen Herren dieser Länder, größtentheils unsere Stammes- und fast durchaus unsere Lebensgenossen, unter der gewalthätigen Fremdherrschaft der Mohamedaner bleiben sollen. Rußland hegt den lebhaften Wunsch, die christlichen Völker der Türkei befreit, in ihr natürliches und historisches Recht als Herren dieser Länder wieder eingesetzt zu sehen. In dem Streben darnach unterstützt Rußland diese Völker, wann und wie es kann, durch Wort und That und würde nöthigenfalls auch nicht anstehen, ihnen mit bewaffneter Hand zu Hilfe zu kommen. An die Herrschaft über diese Völker, an die Einverleibung derselben in sein Reich denkt Rußland nicht, denn es hat, wie gesagt, schon an der Einverleibung Polens genug und könnte sich unmöglich eine Täuschung darüber machen, daß ihm die Griechen, Rumänen, Serben u. s. w. dieselben Schwierigkeiten bereiten würden, wie die Polen.

„Am allerwenigsten strebt Rußland nach dem Besitze Konstantinopels; im Gegentheil müßte jeder verständige echte Nationalrusse diesen Besitz als ein Unglück für Rußland betrachten, weil durch denselben wahrscheinlich eine Spaltung des Reiches herbeigeführt, jedenfalls aber die Reinheit des nationalen Charakters desselben aufgehoben werden würde. Warum sollte also auf diese Gefahr hin Rußland nach dem Besitze Konstantinopels trachten? Etwa in Nachbetung der Phrase, daß der Besitzer Konstantinopels die Herrschaft der Welt in die Hand bekäme? Diese Phrase ist sehr lächerlich. Konstantinopel ist doch stets von jemand besessen worden; hat aber dieser Jemand jemals die Welt beherrscht? Haben es die griechischen Kaiser gekonnt? Konnten und können es die Türken? Ebenso wenig würden es die Russen können. Konstantinopel ist für den friedlichen Verkehr, für die Kulturverbindung zweier Welttheile ein höchwichtiger Punkt; zum Sitze einer Weltherrschaft ist es aber schon deshalb nicht geeignet, weil es zwischen zwei Meeren an einer schmalen Seefraße eingesperrt ist.“

Dies sind die authentisch mitgetheilten Äußerungen eines hochgestellten Russen. Sie bedürfen keines Kommentars und schildern die innern und äußern Verhältnisse Rußlands besser, als ein Nichtrusse es vermöchte. Sie verdienen aber auch in hohem Grade die Beachtung der europäischen, besonders der österreichischen Politiker.

Die Siebenbürger Sachsen.

Dieser merkwürdige Volksstamm, welcher seit sieben Jahrhunderten, weit vom deutschen Mutterlande entfernt und gefährlichen Völkerstürmen ausgesetzt, die deutsche Nationalität und Kultur treu und standhaft bewahrt hat, tritt jetzt wieder lebhafter in die politische Aktion. Unmittelbar nach dem ungarischen Ausgleich schienen die Siebenbürger Sachsen ganz betäubt und widerstandslos niedergebengt zu sein. Die Magyaren gingen sofort daran, auch diese Sachsen gleich den andern Völkern nicht nach ihrer Nationalität und nach ihren natürlichen und historischen Rechten zu schätzen, sondern sie bloß nach der Kopfszahl eben als Unterthanen des magyarischen Reiches zu behandeln. Diesseits der Leitha, wo die deutschen Verfassungstreuen doch für alles Deutsche eine so ängstliche Sorge hatten, ignorirte man das Schicksal der Siebenbürger Sachsen gänzlich, was wol seinen Grund auch in der Scham haben mochte, die man über die Art und Weise empfinden mußte, wie man diese deutschen Stammesgenossen behandelt hatte.

Die Sachsen in Siebenbürgen haben überhaupt in der neuen freien Zeit sehr bittere Erfahrungen gemacht. Sie hielten im Jahre 1848 treu zum Gesamtreich und erhoben sich gegen den Separatismus der Magyaren. Zum Lohn dafür verloren sie geradefo wie die Magyaren alle ihre alten Rechte und Freiheiten. Auch in der Schmerling'schen Freiheitsperiode hielten die Siebenbürger Sachsen treu zum Gesamtreich und sie schickten sogar ihre Deputirten in den Wiener Reichsrath. Zum Lohn dafür wurden sie durch die Ausgleichspolitik gänzlich dem Magyarismus preisgegeben; der deutsche Wiener Reichsrath und der allerdeutsche Verste fanden es nicht der Mühe werth, auch nur die allerkleinste Stipulation zu Gunsten der treuen Siebenbürger Deutschen zu machen.

Doch diese wackeren Deutschen haben sich in stürmischen Jahrhunderten selber geholfen und werden sich auch jetzt selber helfen. Es fehlte unter ihnen gleich in der ersten Zeit des niedererschlagenden Ausgleichs nicht an Männern, welche den Muth hatten, gegen den Magyarismus zu protestiren, und später find auch die lauen, passiven, wankelmüthigen Utilitätspolitiker durch die ganz rücksichtslosen Magyarisirungstendenzen des frühern ungarischen Ministers des Innern, Baron Wendheim in die Opposition gebracht worden.

Es scheint, daß die magyarische Regierung vor dieser deutschen Opposition einigermaßen Respekt bekommen hat, daß die Herren in Pest, namentlich der jetzige Minister des Innern Kajner, die Nothwendigkeit einsehen, den Sachsen doch einigermaßen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sie wenigstens glimpflicher zu behandeln. Die Magyaren müssen erkennen, daß die Magyarisirung der Sachsen ganz unmöglich ist, und dabei scheinen sie die Ansicht zu gewin-

nen, daß sie an diesen Sachsen, je mehr sie die nationale und municipale Selbstständigkeit derselben respektiren, eine umso festere Stütze gegen die Rumänen haben werden, deren nationales Aufstreben man in Pest mit großen Besorgnissen betrachtet. In der That haben die Sachsen von jeher mit den Magyaren gemeinsame Sache gemacht, wenn es sich um die Niederhaltung der Rumänen handelte; indeß darf man wol hoffen, daß diese Deutschen künftig in deutschem Rechtsgeföhle für die allgemeine Gleichberechtigung eintreten, oder wenigstens Agerweise begreifen werden, daß es für sie vortheilhafter ist, die Rumänen zu Bundesgenossen gegen den Magyarisumus zu haben, als in Gemeinschaft mit den Magyaren die Rumänen zu unterdrücken, um dann selber in gänzlicher Isolirung durch die magyarishe Uebermacht erdrückt zu werden.

Gegenwärtig sind die Siebenbürger Sachsen lebhaft durch die von der ungarischen Regierung in die parlamentarische Behandlung gebrachte Munizipalreform bewegt und mit Recht verlangen sie, daß angesichts dieser wichtigen Verfassungsaktion die sächsische Nationsuniversität unverzüglich einberufen werde. Das „Deutsch-siebenbürgische Wochenblatt“ motivirt dieses gerechte Verlangen in folgender Weise:

„Im künftigen Reichstag kommt nächsten das Gesetz über die Munizipal- und Gemeindeordnung zur Verhandlung. In demselben heißt es allerdings, daß die gegebenen Bestimmungen auf das Sachsenland keine Anwendung finden. Daß das jetzige Ministerium auch gewiß unseren besonderen Verhältnissen Rechnung tragen will, daran zweifeln wir nicht einen Augenblick; ob aber auch die Mehrheit des Reichstages ähnlich gesinnt ist, das ist eine andere Frage. Wie gut wäre es, wenn nun in dieser Zeit, bevor im Reichstag der endgiltige Beschluß gefaßt wird, unsere Nationsuniversität zusammenträte und nach Bedarf für uns einträte und einstände. Derartige Dinge wollen am besten gethan sein, bevor das Gesetz endgiltig angenommen und bestätigt ist. Gesezt den Fall, die Majorität des Reichstages, deren Anschauung unberechenbar ist, dehnte die Satzungen des neuen Munizipal- und Gemeindegesetzes trotz Gesetz und Recht auch auf das Sachsenland aus, wer würde für unser gutes Recht eintreten, wenn es die rechtmäßige gesetzliche Vertretung nicht thut? Wir hoffen zwar, daß ein Theil der sächsischen Reichstagsdeputirten seine Schuldigkeit thun wird, aber da wir nach den bisherigen Erfahrungen auf ein gemeinschaftliches Handeln Aller nicht rechnen dürfen, so ist natürlich, daß die in sich gespaltene Aktion von wenig Erfolg sein werde. Abgesehen von allem Andern aber hat das Sachsenland das unbestreitbare Recht, daß seine Vertretung jährlich einberufen werde, wenn es auch nicht zweimal geschieht, wie es früher üblich war. Wir dürfen daher wol fordern, daß unser Recht in Ehren gehalten und die Nationsuniversität baldigst einberufen werde. Die dazu nöthigen Vorarbeiten konnten in Jahr und Tag wol überall durchgeführt werden, und wenn es nicht geschah, so wird doch wol der Satz keine Geltung finden, daß es in dem Belieben dieses oder jenes

Stuhles, oder dieses und jenes Einzelwillens liege, wie lange das Recht des Ganzen brach liegen soll. Denn nach dem bisher befolgten System kann es möglicherweise noch Jahrzehnte so gehen, daß das Sachsenland thatsächlich seiner municipalen Rechte beraubt bleibt. Wir glauben daher, die Nation hat ein Recht auf den Zusammentritt ihrer Gesamtvertretung; sie hat dieses Recht für sich in Anspruch genommen durch die Resolutionen der neuconstituirten Stuhlsversammlungen; es bleibt nur noch übrig, daß die leitende Verwaltung ihre Pflicht und Schuldigkeit thue.“

Es ist erfreulich, magharische Stimmen zu vernehmen, welche dieses Verlangen der Sachsen befürworten. Andererseits ist es dringend nothwendig und eine nationale Pflicht, daß die Deutschösterreicher die Stammesgenossen in Siebenbürgen durch lebhafteste laute Sympathie unterstützen. Die Magyaren sprechen viel und schön von ihrer Freundschaft für das deutsche Volk. Nun, ihre deutschfreundliche Gesinnung wird durch die Art und Weise charakterisirt werden, wie sie die Siebenbürger Sachsen behandeln.

Vielleicht ist es manchen unserer Leser nicht uninteressant, wenn wir ihnen einiges über die Verhältnisse der sächsischen Nation in Siebenbürgern in Erinnerung bringen. Diese Deutschen sind in der ersten Hälfte des zwölften Jahrhunderts aus Niedersachsen und Flandern in Siebenbürgen eingewandert, und zwar auf den Ruf des Königs Geisa II. Man berief sie nicht bloß zur Kultivirung des Landes, sondern auch zur Vertheidigung desselben gegen die Einbrüche feindlicher Völker. Deshalb erhielt ihr Nationalstempel die Umschrift: „Ad retinendam coronam“ (zur Erhaltung der Krone). Sie erfüllten ihren Beruf in rühmlichster Weise und erhielten dafür große Freiheiten, die Garantie ihrer Nationalität und Selbstverwaltung unter einem von und aus dem Volke gewählten Nationalgrafen. Die Gerechtsame der Siebenbürger Sachsen sind vorzüglich in dem großen Freiheitsbriefe, der goldenen Bulle des Königs Andreas II. von 1224 enthalten. Von da an bestand die sächsische Nation in Siebenbürgen als einheitliche Genossenschaft und hatte für ihre Angelegenheiten eine eigene Vertretung, die Nationsuniversität. Im siebenbürgischen Landtage waren die Sachsen als eine der drei recipirten Nationen (Magyaren, Szekler, Sachsen) vertreten und sie theilten mit den zwei andern die Herrschaft über die nicht als Nation recipirte überwiegende rumänische Majorität der Gesamtbevölkerung des Großfürstenthums. Zur Zeit der Kirchenreformation nahmen die Siebenbürger Sachsen mit Eifer die lutherische Lehre an und sind treue und standhafte Befürworter derselben geblieben. Sie bewohnen den sogenannten königlichen Sachsengrund im Süden des Landes und nördlich noch den Distrikt Bistritz. Doch wohnen auf diesem Sachsengrunde auch zahlreich Rumänen. Die Sachsen haben ihr Gebiet vortrefflich kultivirt, blühende Dörfer und Städte gegründet. Sie sprechen einen Dialekt der nieder- oder plattdeutschen Sprache. Ihre Zahl beläuft sich nicht viel über 200.000 Seelen, neben 1,200.000 Rumänen und 535.000 Magya-

ren und Szeklern. Es ist ebenso merkwürdig, daß diese kleine Zahl Deutscher in dem entlegenen Gebiete und bei gänzlicher Isolirung ihre Nationalität rein behauptet, als es auffallend ist, daß sie sich im Laufe der Zeiten nicht untermäßig vermehrt hat. Die Ehen der Sachsen sind in auffallend geringem Maße fruchtbar, während sich doch sonst die „Schwabens“ im Stephansreiche sehr reich fortpflanzen. Es besteht der Vorwurf, daß die Sachsen freiwillig nicht nach zahlreicher Nachkommenschaft streben, um die Theilung der Güter zu verhüten. Jedenfalls ist diese sächsische Kolonie in Siebenbürgen eine der interessantesten, welche die deutsche Nation aufzuweisen hat.

Die Ultramontanen und die Dezembristen.

(Von einem Tiroler.)

Es wäre ein schweres Stück Arbeit, den Ultramontanismus von dem Vorwurfe reinigen zu wollen, daß er sich in der leidenschaftlichen Aufregung, welche die politischen und religiösen Kämpfe der neuesten Zeit hervorgerufen haben, lieber vom Papste regieren lassen möchte, als von dem Staate, dem er noch weltlichen Gesetzen angehört. Es fiele uns dies umso schwerer in dem Momente, wo man daran geht, das Haupt der katholischen Christenheit mit dem göttlichen Glanze der Unfehlbarkeit zu umgeben, die freilich nur einen dogmatischen Werth hat, und Diejenigen unberührt läßt, welche sich nicht entschließen können, daran zu glauben. Jener Vorwurf ist allerdings begründet und hat für Oesterreich eine verhängnißvolle, aber sehr lehrreiche Bedeutung. Unseren Regierungskünstlern ist es gelungen, die Sehnsucht der Slaven nach Rußland, der Deutschen nach Preußen u. s. w. zu erwecken; dieses Werk wäre unvollendet gewesen, wenn man nicht auch den Katholiken eine dringende Veranlassung gegeben hätte, ihr Blick von Oesterreich weg nach Rom zu richten.

Die Freunde der „Reform“ kennen das Mittel, welches anzuwenden sein wird, um die Interessen der verschiedenen Nationen Oesterreichs an die habsburgische Monarchie zu fesseln, u. zw. nicht auf dem Wege des Zwanges, der Vergewaltigung, sondern auf dem der wahren, von den Pseudoliberalen so oft eitel genannten Freiheit. Daselbe Mittel ist das einzige, um auch den Ultramontanismus für Oesterreich unschädlich zu machen. Man gewähre auch den Katholiken jene volle Freiheit, auf welche sie als Mitglieder der katholischen Kirchengemeinschaft Anspruch haben und machen, und sie werden sofort aus den Reihen der staatsrechtlichen Opposition verschwinden. Verträgt sich der Ultramontanismus mit der belgischen Konstitution, so wird wol auch Oesterreich daran nicht zu Grunde gehen müssen. Wer sich vor den Konsequenzen der Kirchenfri-

heit fürchtet, der hat kein Recht, Gewissensfreiheit zu predigen und sich einen Liberalen zu nennen. Wir müßten es zwar bedauern, wenn das vatikanische Konzil wirklich zur Erklärung schreiten würde, daß der Bischof von Rom infallibel sei, aber Angst könnten wir vor einem solchen Dogma keine haben, es wäre denn, daß die österreichische Regierung in kirchlicher Beziehung die Pfade des „Bürgerministeriums“ durchaus nicht verlassen wollte.

Angenommen, die Infallibilität sei Dogma, so ist sie alsdann ein Glaubenssatz, eine Lehre, zu deren Durchführung der Staat begreiflicherweise seinen Arm nicht leihen wird. Ist nicht schon längst verkündigt und geglaubt worden, daß der Felsen Petri über Nacht zusammenstürzen werde? Und doch steht er noch ziemlich fest, und hat manche Nacht und manchen Sturm überdauert. Warum traut man jetzt jener anderen Lehre eine größere Kraft zu? Gewiß nur darum, weil es noch immer mehr gläubige als ungläubige Katholiken gibt. Und nun kann der Fall eintreten, daß der unfehlbare Papst erklärt, dieses oder jenes Staatsgesetz vertrage sich nicht mit den Satzungen und dem Glauben der Kirche, und der Katholik sei daher in seinem, von Staatswegen freigesprochenen Gewissen an die Beobachtung dieses Gesetzes nicht gebunden. Aus bloßem Plaisir, etwa um zu zeigen, daß er auch noch da sei, wird der Papst — ein klugerer Diplomat als mancher Botschafter — so etwas schwerlich sagen, sondern wird vorkommenden Falls schwerwiegende kirchliche Gründe dazu haben und denen, die in ihm das Oberhaupt der Kirche (sei es nun unfehlbar oder nicht) erkennen und verehren, aus der Seele sprechen.

Was soll aber jetzt der Staatsbürger mit seinem „freien Gewissen“ anfangen? Er kann dem Staate gehorchen und den Fluch der Kirche riskiren, oder dem Papste folgen und es dem Staate überlassen, den Gesetzen mit Zwang Geltung zu verschaffen. Wünschenswerth sollte einer vernünftigen Regierung weder das Eine noch das Andere sein, denn Leute, die ohneweiters ihre religiöse Ueberzeugung preisgeben (von denen, die gar keine haben, ist hier nicht die Rede), sind in ihrer politischen Gesinnung kaum verlässlicher und werden wol auch nur so lange loyal sein, als dabei für sie ein Proffit herauschaut. Ein gewaltthätiges Einschreiten hingegen ist jedenfalls eine traurige Illustration zum Kapitel von der Gewissensfreiheit und kann unter Umständen zu ganz unberechenbaren Konflikten führen. Hat der Staat einmal A gesagt, so muß er nach bureaukratischer und advokatischer Logik freilich auch B sagen, wenn ihm nicht der politische Verstand etwa den guten Rath erteilt, es bei der ersten Dummheit bewenden zu lassen. Wir brauchen in dieser Beziehung keine konkreten Beispiele anzuführen, obwol es in Oesterreich an solchen nicht fehlt, weder auf kirchlichem noch auf dem eigentlich politischen Gebiete.

Das Beste wäre also ohne Zweifel, Gesetze, welche mit dem Gewissen treuer Katholiken im Widerspruche stehen, gar nicht zu geben, besonders dann nicht, wenn die Majorität der Staatsbürger aus Katholiken besteht, von denen

man im Allgemeinen billigerweise annehmen muß, daß sie ihrer Kirche aus Ueberzeugung angehören, und hinsichtlich deren bei dem jetzigen Wirrsal der politischen Verhältnisse in Oesterreich noch überdies zu bedenken ist, daß sie sich leicht bewegen finden könnten, eine Opposition, die von vielen aus wirklicher religiöser Ueberzeugung gemacht wird, wenigstens aus Politik zu verstärken.

Hochmuth kommt vor dem Falle! Je blinder der Reichsrath und die Regierung in Oesterreich gegen die Nothwendigkeit eines Ausgleichs mit den Nationalitäten waren, desto eifriger bemühten sie sich, auf dem Felde liberaler Gesetzgebung in Religionsfachen Vorbeerbäume zu pflanzen, und da sie dabei selbstverständlich auf die politische Opposition, in deren Reihen eben auch die Ultramontanen und alle frommen Katholiken gedrängt wurden, nicht die mindeste Rücksicht nahmen, so konnte es nach der Natur der Sachlage unmöglich anders kommen, als daß die Gesetzgeber für sich recht liberale Gesetze zuwegebrachten, und für die Minorität eine Freiheit schufen, welche von der Majorität als Zwang zurückgewiesen und für Niemanden recht lebendig wurde.

Unsere Liberalen mögen sich durch die imponirende Haltung, welche von vielen und auch österreichischen Kirchenfürsten gegenüber dem Infallibilitätsantrage im Konzile eingenommen wird, ja nicht zu Illusionen verleiten lassen. Die Frage über die Unfehlbarkeit des Papstes ist ein kirchenrechtlicher Streitfall, der nach jahrhundertelanger Diskussion jetzt zur Entscheidung kommen soll. Daß man aber Gott, d. h. dem Gewissen, mehr gehorchen müsse als den Menschen, das ist gar nie ein Thema der Meinungsdivergenz in der katholischen Kirche gewesen, und die katholischen Prälaten werden in dieser Beziehung wie Ein Mann einstehen für das Recht der Gewissensfreiheit gegenüber jeder Staatsgewalt, die es versuchen sollte, durch positive Gesetze etwas zu befehlen und zu erzwingen, was dem gläubigen Katholiken verboten ist. Der Staat hat nur die Wahl, entweder zu Ungunsten der katholischen Kirche Ausnahmsgesetze von den allgemeinen Freiheits- und Gerechtigkeitsprinzipien zu statuiren und das *placetum regium* einzuführen, oder, was ohne Zweifel das Vernünftigere ist, bei seiner Gesetzgebung auf die religiöse Ueberzeugung, auf das kirchliche Interesse der enormen Majorität seiner Bevölkerung die gebührende Rücksicht zu nehmen, und alles zu vermeiden, was geeignet wäre, einen Konflikt zwischen den Gesetzen des Staates und den Geboten der Religion hervorzurufen. Hätte man es in der gloriosen „neuen Ära“ unseres Reiches der Mühe werth erachtet, diesen Satz der politischen Gerechtigkeit und der einfachsten Klugheit zu beherzigen, so wäre es auf kirchlicher Seite wahrlich nie zu jenen beklagenswerthen, aber ganz erklärlichen Exzentritäten gekommen, die in dem Rufe gipfeln, daß sie ihre Gesetze vom Papste empfangen wollen. Man brauchte sich dann durch die Blicke, welche ein österreichischer Katholik nach Rom wendet, nicht mehr beängstigen zu lassen, als wenn er seine Augen zum Himmel erhebt, wo er seinen Gott sucht. Laßt ihm doch seinen Gott und die kindliche Ehrfurcht vor Denen, die er Gottes Stell-

vertreter und Diener nennt, und begnügt euch für euch selbst damit, keinen Gott und keine Priester zu brauchen. Wenn aber dann legislative Fragen religiösen Charakters zu lösen sind, so seid so billig, die Worte Derjenigen etwas gelten zu lassen, die für die Interessen der Religion besorgt sind, und nicht Derjenigen, denen es am liebsten wäre, wenn es überhaupt keine Religion gäbe, so wie es in der That für sie keine mehr gibt.

Schreiber dieser Zeilen weiß nichts von einem „katholischen Staate“, von einem „göttlichen Rechte“ und ähnlichen schönen Dingen. Aber das weiß er, daß in einem freien Staate nicht gerade die Katholiken zur Bevormundung, zur polizeilichen Inquisition und zur geistigen Tortur — alles im Namen der Freiheit — verurtheilt werden dürfen, und daß wenn es im Rechtsleben irgend etwas „Göttliches“ gibt, das allergöttlichste Recht darin besteht, in unseren Handlungen der Stimme des Herzens, des Gewissens, der Religion unbehinderten Ausdruck geben zu können.

Einen solchen Zustand herbeizuführen, hätten sich Regierung und Parlament nicht mit den berühmten konfessionellen Gesetzen abzumühen gebraucht, die unter anderen Zeitumständen oder in anderen Ländern vielleicht ganz unschädlich geblieben wären. Aber das Verhängniß wollte es, daß man bei uns, um einer gerechten Politik aus dem Wege zu gehen, desto eifriger und lärmender „in Freiheit machen“ mußte. Was Wunder, daß diese Freiheit so falsch ist wie die Politik, aus der sie hervorgegangen, und daß selbst die scheinbare Freiheit auf eben dem trügerischen Boden steht, auf welchem man bisher das österreichische Staatsgebäude aufrichten zu können glaubte, eine mit schönen Phrasen decorirte Zwingburg der Völker, die aber zu schlecht konstruirt war, um nicht einigen derselben das Entweichen aus dem „Hause der Abgeordneten“ möglich zu machen, und um nicht sogar die dem Hause treu gebliebenen zur Ueberzeugung zu bringen, daß auf dem bisherigen Boden und innerhalb der haufällig gewordenen Mauern des in der Eile errichteten Nothbaues die Freiheit, ja die Existenz Oesterreichs lebensgefährlich bedroht sei. Darum vor allem eine Gasse der Gerechtigkeit, und gleiches Recht für Alle!

Kleine kritische Chronik.

Vom 1. bis 8. Juni.

I n l a n d.

Die Wahlbewegung wird jetzt erst in den offiziellen Wählerversammlungen einen ernsthaften Charakter bekommen, wenn die Kandidaten auftreten und ihr politisches Glaubensbekenntniß ablegen werden. Bisher haben unter den Deutschen zunächst nur die verschiedenen Parteien und Cliquen unter sich selber agitirt, und es hat sich da

besonders in Wien eine große Uneinigkeit geoffenbart. Vorzugswelse drei Parteien ringen um die Palme der Freisinnigkeit und Staatsweisheit: die Alten, die Jungen und eine Mittelpartei, wels letztere den Verdacht wach gerufen hat, daß sie den Satz von der goldenen Mittelstraße nach dem Beispiele ihrer Vorgänger im materiellen Sinne auffassen wolle. Bei aller Verschiedenheit herrscht aber zwischen den drei Parteien leider eine verhängnißvolle Aehnlichkeit. Alle drei versprechen nämlich dem Volke alle möglichen Freiheiten und Erleichterungen, befinden sich aber in Betreff der entscheidend wichtigen Ausgleichsfrage gleichmäßig im Unklaren, indem sie sich lediglich auf die schon unter dem vorigen Regime abgebrauchte allgemeine Phrase beschränken, daß sie einen Ausgleich, die Versöhnung der Völker wünschen. Aus dieser Unklarheit geht leider klar hervor, daß keine dieser Parteien geneigt ist, einen staatsrechtlichen Ausgleich herbeizuführen, wie ihn die opponirenden Völker verlangen, und wie er nothwendig ist, wenn Oesterreich zu einer befriedigenden wahrhaft freien Organisation gelangen soll. Wir fürchten daher, daß die neue Aktion kein glücklicheres Resultat haben werde, als die frühere.

Besonders tief zu beklagen ist es, daß Wien sich noch immer nicht zu dem Bewußtsein der Stellung und Aufgabe erhebt, die es als Hauptstadt eines freien Völkerreiches einnehmen und erfüllen sollte. Wien läßt sich noch immer durch die Länshung schrecken, daß es bei einer föderativen Konstitution Oesterreichs zu einer bloßen Provinzialstadt herabsinken würde. Man hat diese Furcht auch zur Zeit kolportirt, als es sich um den Ausgleich mit Ungarn handelte. Damals prophezeiten die Centralisten, daß Wien von Buda-Pest überflügelt werden, ja daß in den Straßen Wiens Gras wachsen würde. Nun, was ist geschehen? Wien hat seit dem Ausgleich mit Ungarn einen großen Aufschwung genommen, weil durch diesen Ausgleich Oesterreich wenigstens nach einer Seite hin von einer schweren Schuld, von einer beständigen Angst und aus der die Lebensentwicklung hemmenden Ungewißheit und Unsicherheit befreit worden ist. Einen noch herrlicheren Aufschwung wird Oesterreich nehmen, wenn erst die ganze Monarchie auf Grundlage der wahren allgemeinen Freiheit und Gerechtigkeit dauernd fest konstituiert sein wird.

Von Bedeutung ist es, daß diesmal die Merikalen in den deutschen Ländern mit großer Energie und wohl organisiert in die Wahlaktion eintreten. Sie werden ohne Zweifel Resultate erzielen, zumal geheim gewählt wird. Dieser Wahlmodus kann wol hier und da den Liberalen zu gut kommen; allein an andern Orten werden gewiß auch viele Wähler, weil gegen die öffentliche Verspottung gesichert, in Merikalem und konservativem Sinne stimmen. Ueberhaupt dürfte die geheime Stimmabgabe für die verschiedenen Parteien überraschende Resultate ergeben.

Die Sozialdemokraten haben zu Pfingsten in Schönau bei Leobersdorf eine interessante Volksversammlung abgehalten. Diese Partei zeichnet sich durch muthige Energie und rücksichtslose Aufrichtigkeit aus. Sie verschmähst es, ihre Gedanken und Postulate in nichts sagende allgemeine Phrasen zu hüllen. So hat denn auch die Versammlung zu Schönau sich nicht genirt, den sogenannten verfassungsmäßigen Boden aufzugeben, indem sie erklärte, daß die bestehende Verfassung nicht geeignet sei, um auf Grundlage derselben den nothwendigen Ausgleich mit den opponirenden Völkern und wahre allgemeine Gleichberechtigung aller Staatsbürger herbeizuführen. Daher verlangte die Versammlung die Otkroyirung des allgemeinen Wahlrechtes und auf Grundlage dessen die Einberufung eines konstituirenden Reichstags. Man muß gesehen, daß die Sozialdemokraten den Nagel auf den Kopf treffen.

Kroatien soll also wirklich einen schweren, schmerzlichen Schlag erleiden. Es ist nicht Stroszmayer, sondern der ehemalige Honved-Feldkaplan, bisher ganz namenlose, nicht an

Kroatien flammende, nicht einmal der kroatischen Sprache mächtige magyarische Pfarrer Mihaljevic auf den erzbischöflichen Stuhl von Agram erhoben. Der Eindruck kann nur ein äußerst nachtheiliger sein, und selbst bei mildester Beurtheilung dieser Angelegenheit muß man sagen, daß die Regierung, wenn sie schon den Bischof Stroschmayer nicht wollte, doch gewiß unter dem eingebornen kroatischen Klerus einen Mann gefunden hätte, der des erzbischöflichen Stuhles würdig und dessen Erhebung wenigstens nicht eine so offen feindliche Zurückstoßung des kroatischen Volkes gewesen wäre.

N u s s l a n d.

Die Promulgirung des Dogma über die päpstliche Unfehlbarkeit steht demnächst bevor, ungeachtet die Mächte mehr oder weniger entschiedenen Protest eingelegt haben. Dieser polizeiliche Druck, den die hohe Diplomatie auf die Beschlüsse einer katholischen Kirchenversammlung ausüben zu dürfen glaubte, hat der bischöflichen Opposition gegen das neue Dogma gewiß mehr geschadet als genützt, und war es mit Bestimmtheit vorauszu sehen, daß die römische Kurie und die Majorität des Konzils gerade wegen der versuchten diplomatischen Pression und Einschüchterung nur umso unnachgiebiger auf ihrem Willen beharren würden. Frankreich soll gedroht haben, daß in dem Augenblick der Promulgirung des Unfehlbarkeitsdogma das Konkordat aufgehoben, die Trennung des Staates von der Kirche vollzogen werden und die französischen Truppen den Kirchenstaat verlassen würden. Wenn das wahr ist, so muß man bemerken, daß sich so etwas überhaupt und besonders in Frankreich leichter sagen, als thun läßt.

In Italien spukt fortwährend an vielen Orten die republikanische Revolution. Es hat den Anschein, als ob der Boden vorerst für eine allgemeine Explosion vorbereitet werden sollte. Der schweizerische Bundesrath erweist sich der italienischen Regierung gefällig, indem er eine strafgerichtliche Untersuchung wegen der revolutionären Zuzüge aus Tessin nach Italien angeordnet. Es wird nicht viel herauskommen.

Die Spanier wollten nun den greisen Espartero zum König machen; er war aber so klug und weise, diese Auszeichnung ganz entschieden abzulehnen. Die spanische Königsucherei wird nun schon hochkomisch. Uebrigens hat Spanien jetzt auch eine internationale Räubergeschichte. Zwei Engländer sind in der Nähe von Gibraltar auf spanischem Boden von Räubern abgefangen worden und sollen nun Lösegeld zahlen. Von diesem Vorfall machen jedoch die Journale kein Aufsehen, natürlich, weil Spanien mächtiger ist, als Griechenland.

Herder über Preußen und Oesterreich.

Jetzt, wo über Oesterreich und Preußen und das Verhältniß zwischen beiden so viel und so widersprechend gedacht und gesprochen wird, ist es von eigenthümlichem Interesse, die Gedanken zu lesen, welche ein so hoher und edler Geist wie Herder vor siebzig Jahren über die beiden Staaten niedergeschrieben hat. Man findet im elften Bande von Herder's Werken „Zur Philosophie und Geschichte“, im ersten Theile der „Abrastra“ einen Aufsatz: „Preussische Krone“. Herder hat denselben im Januar 1801 geschrieben, also zur Feier des Ablaufs des ersten Jahrhunderts des preussischen Königthums, denn am 15. Januar 1701 hatte sich der Kurfürst von Brandenburg und Herzog von Preußen Friedrich I.

zu Königsberg die preußische Königskrone aufs Haupt gesetzt. Herder schrieb den Aufsatz mit dem Gefühle eines gebornen, und zwar aus dem eigentlichen Preußenlande stammenden Preußen, also zum Lobe Preußens, zum wohlverdienten. Herder betrachtete die bewunderungswürdige großartige Entwicklung des preußischen Königreichs während des ersten Jahrhunderts seines Bestandes und sprach schließlich vom deutschen und europäischen Standpunkte aus über das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen ein für die Gegenwart und Zukunft bedeutungsvolles Urtheil. Es ist von hohem Interesse den Gedankengang des tiefen und weltumfassenden Geschichtsdenkers zu verfolgen.

Bekanntlich hat der größte Nachfolger des ersten Preußenkönigs, nämlich Friedrich II. über die Eitelkeit und Brunkucht seines Großvaters auch in Betreff der Aufsetzung der Königskrone leichtfertig gespottet. Darüber sagt Herder: „Seit Friedrich II. von des Großvaters Eitelkeit und Prachtliebe auch in Ansehung dieses Schrittes (der Königskrönung) französisch und jugendlich frei geschrieben, sind mehrere diesem Tone gefolgt, die die Erhebung Preußens zum Königreich nicht anders als eine Standeserhebung betrachtet haben; der Lage der Sache und dem Geiste der Zeit zuwider. Wäre die preußische Krone nur ein Schmuck der Eitelkeit in den Lüften gewesen, so wären ihr Scepter und Kriegsstab auch nur eitle Symbole geblieben. Nun aber, welcher Staat hat in einem Jahrhundert sich nicht nur so fest gehalten, sondern auch auf die Umbildung der Staatspflege in Europa so viel gewirkt als Preußen?“

Treffend gibt der große Geschichtsphilosoph die Gründe dieser merkwürdigen Entwicklung Preußens an; darunter zuerst „den Charakter der nordischen d. i. gothisch-deutschen Völker.“ Da heißt es: „Diesem Charakter gemäß betrachtete man die Regentschaft der Länder und was zu ihr gehört, weit mehr persönlich, als in den südlichen Monarchien. In diesen hing alles dem Reiche selbst und seinen Pairs an; der größte Monarch war der, der viele Kronen besaß, Welten, in denen die Sonne, wenn es ihr beliebte, auf- und untergehen konnte; er selbst, der hohe Gipfel, verschwand beinahe über diesem weit- und breitstreichenden Untergebäude. Im Norden war's anders. Heerführer hatten diese Länder erobert; Heerführer verwalteten und beschützten sie persönlich. In einem höheren Grade betrachtete man im Norden den Regenten als Haushalter seiner Staaten persönlich.“ Diese Bemerkung findet nun ganz besonders auf Preußen Anwendung, welches in der That durch das persönliche Regiment einer fast ununterbrochenen Reihe thatkräftiger Fürsten das geworden ist, was es zur Zeit Herders war und jetzt ist. Der große Kurfürst Friedrich Wilhelm, Vater des ersten Königs von Preußen, und der dritte König, Friedrich II. waren die hervorragendsten gewaltig schöpferischen Genies unter den preußischen Selbstherrschern; aber ganz richtig sagt Herder im allgemeinen: „Das ganze achtzehnte Jahrhundert hindurch hat die Persönlichkeit Preußens Könige in Krieg und Frieden begleitet. Bei Friedrich II. war sie so mächtig, daß man glaubte, er

führe den Krieg allein; in Gefängen und Erzählungen, im Wahn des Volkes war sein Name allwirkend. Auch in Verwaltung seiner Länder erkannte er sich selbst für den ersten Diener des Staates, für den Steuermann des Schiffes, der seinen Posten nie verlassen dürfe. Ohne Phrase, eigenthümlich hieß er in Europa der König.“

Der Moment, wo das brandenburgische Kurhaus die Königskrone aspirirte war eine Zeit, „da der Zusammenhang der Dinge Kronen erteilte. Wilhelm von Oranien machte den Anfang. Er rückte auf den Thron der drei britischen Reiche und bahnte dem Hause Hannover dahin den Weg; beide dem Hause Brandenburg nahe und oft verwandte Häuser. Kurfürst Friedrich August von Sachsen hatte seine Wahl zur polnischen Krone durchgesetzt; zwischen beiden zur Krone Gelangten stand Brandenburg-Preußen mitten inne. Wenn jetzt nicht, hieß es bei den damaligen Konjunkturen Europas, so vielleicht lange nicht, oder nimmer.“

Der Umstand, daß durch den Uebertritt des sächsischen Kurhauses „das Korpus der Evangelischen in Deutschland sein Haupt verloren“, veranlaßte wesentlich „die große Zustimmung der Protestanten, Reformirten und Lutherischen, zur preussischen Thronbesteigung, die ihnen ein glückliches Augurium schien. Brandenburg hatte sich auch seit der Reformation in Ansehung der Religionen ebenso wie als gerecht betragen. Ein milderer Protestantismus, als in manchen andern Gegenden hatte an den Ufern der Spree und Ober Plaz gegriffen; Reformirte und Lutherische wohnten unter bestimmten Gesetzen des Staates meistentheils ruhig nebeneinander. Durch Aufnahme der Flüchtlinge aus Frankreich hatte Friedrich Wilhelm vollends das Panier der Duldung in seinen Ländern gepflanzt. Daher schon unter ihm so manche Versuche zur Vereinigung beider Kirchen; daher auch in Sachen und Schriften der bessere Ton, die mildere Stimme der Geistlichen, worin die französischen Reformirten treffliche Beispiele gaben. Daher die willige Aufnahme so mancher anderswo Gebrückten und Verfolgten in den brandenburgischen Landen. Diesem Geist der Duldung und Aufklärung stimmte damals, wie immer, der bessere Theil der Menschheit wenigstens insgeheim bei; des alten Wustes im Dogmatistiren und Verfolgen war man müde.

„Dazu kam das neue Jahrhundert und der neue Kalender; Umstände, oder wenn man will, Nichtigkeiten, die in die Gemüther der Menschen unglaublich wirkten und der Erwartung einen neuen Schwung gaben. Man sehnte sich nach dem Jahre 1701 als nach einer neuen Epoche in Ordnung der Dinge zum Heil der Menschen. Mit Staunen sieht man die Gährung, die damals in Herzen, Seelen und Schriften wallte und sich in Vorschlägen und frommen Wünschen oder gar in Weissagungen, eifrigen Strafreden und Berechnungen der Strafe ausgoß. Von oben erwartete man Hilfe; unter dem Druck der Zeit, unter der Streitsucht der Mächtigen wie der Gelehrten sah man das tausendjährige Reich nahen; man wünschte und berechnete seine Ankunft. In einer solchen Krisis der Zeiten nahm Friedrich die Krone, die ihm bei seiner Geburt

prophezeit worden sein soll, zu der ihm die Ebräer aus der Raballa reiches Glück wünschten. Von Mitternacht, sprach man, kommt Geld, neues Glück der Zeiten. Und ist's nicht, obgleich auf andern Wegen, als man damals träumte, gekommen? Hat Preußen durch's Jahrhundert hin zum allgemeineren und milderen Licht Europas nicht mehr als jeder andere Staat seiner Größe beigetragen? Wenn nur durch Fleiß und Ordnung, durch Geschicklichkeit und Einsicht, durch Sparsamkeit und Geduld den Menschen gute Zeiten kommen können, wenn gegenseitige Verträglichkeit in Ansehung der Meinungen und Gottesdienste, Schutz der Unterdrückten und Verfolgten solche Zeiten vorbereiten, so hat diese Krone bisher nicht vergebens geglänzt. Da zur Königswürde auch Anstand und Schmutz gehört, so hat Preußens Krone sich um den nützlichsten bemüht, den Flor der Wissenschaften und Künste.“

Hier schildert nun Herder all das bewunderungswürdig Großartige, was in Preußen im Laufe eines Jahrhunderts auf dem Gebiete der wissenschaftlichen und schönen Kultur geleistet worden ist. Besonders hebt er die Gründung der königlichen Societät der Wissenschaften in Berlin hervor. „Zwei würdige Namen stehen auf ihrem Grundsteine, der Name der Königin Sophie und Leibniz. Des letztern Plan zu dieser Societät ist ebenso reich an wachsender Nutzbarkeit, als für die Wissenschaften umfassend *).“

Auf diese Schilderungen folgt die merkwürdige Schlussstelle: „Nach einem erprobten Jahrhundert ist also wol niemand, der nicht der preussischen Krone umso mehr Glück und Glanz wünschte, da sich ringsum während dessen die Lage der Dinge so sehr geändert hat. Rußland ist zu einer Macht gestiegen, die man damals nicht ahnte; verarmt ist Schweden, Polen verschwunden. Auch die west- und mittägliche Seite Europas hat sich wie sehr verändert. Dürfen wir da nicht der Vorsehung danken, daß sie, ehe menschliche Augen dessen Bedürfnis vorhersehen, in aller Stille einen Baum pflanzte, der ein Jahrhundert hin unter gewaltsamen Stürmen wachsen und dann, vereint mit Oesterreich (dessen natürlicher Bundesgenosse Brandenburg ist), ein Theil der Mittelmacht werden sollte, die das feste Land aller deutschen Völker sowol, als die nordischen Reiche vor Unterdrückung fremder Nationen und Sprachen mitzuschützen helfe. Wüßte diese Zwischenmacht nordwärts, Oesterreich südwärts, wie stünde es um Deutschland, das sodann westwärts die Kaufmannsnationen nie

*) Leibniz hatte sich bemüht, in Wien eine Akademie der Wissenschaften zu gründen. Er brang jedoch da nicht durch, und „es blieb dem jungen Königreich die Ehre des Anfangs.“ Damals war man in Oesterreich zu blöde, um auf wissenschaftlichem Gebiete voran zu gehen, und überließ Preußen den Vortritt; unter Metternich geschah dasselbe auf materiellem Gebiete. Da wurde Oesterreich von deutschen Patrioten aufgefordert, an die Spitze eines deutschen Zollvereins zu treten; doch Metternich erklärte eine deutsche Zollvereinigung für ein Stingespinnst, worauf Preußen die Sache in die Hand nahm und daraus unermessliche Vortheile zog.

retten werden. Feindlich ist daher die Politik derer, die Oesterreich und Preußen als ewige Nebenbuhler, als nie zu versöhnende Gegner betrachten. Der Zwist, der sie trennte, ist fast erloschen, und bald ist die Zeit zu hoffen, da zum gemeinsamen Wohle Europas, zur Aufrechthaltung der Deutschen und von Deutschen abstammenden Völker ein dringendes Interesse beide innig verbindet. Zu diesem der ganzen Menschheit erspriesslichen Zweck wird jedermann Preußen eine breitere tiefere Basis gönnen, damit die zum Wohle Europas nöthige Last seinen Unterthanen nicht zu drückend werde.“ Zu welch ernstern Betrachtungen über Gegenwart und Zukunft regen diese vor siebenzig Jahren ausgesprochenen Gedanken Herder's an! —

Poetisch interessant ist das Gemälde, welches Herder von der mythologischen Vorgeschichte des Preußenlandes gibt. „Als der Norden noch im Dunkel lag, war das Bernsteinland (Preußen) Asiaten und Griechen bekannt; von diesen ward es früh mit einer Fabel beehrt. Hier nämlich sank Phaeton, der das Ende der Laufbahn seines Vaters Apollo, den Ocean nicht erreichen konnte, gestürzt vom Sonnenwagen, in den Eridanus. Um ihn weinten seine Schwestern, die Heliaden (Sonnentöchter) und wurden in Palmbäume verwandelt. Auch als solche weinten sie am Strahl der Sonne goldene Thränen — den Bernstein, electrum. Nach diesen goldenen Thränen schifften die Phönizier weit und breit umher, über die Säulen des Hercules (Meerenge von Gibraltar) hinaus, das Zinnland (Britannien) vorüber, bis in den Eridanus, die Ostsee. Der Kostbarkeit dieses kostbaren und gesuchten Productes wegen, das man höher als Gold schätzte, breiteten sie Fabeln aus; die Griechen kleideten diese nach ihrer Art ein; so entsprang eine Reihe furchtbar schöner Gemälde. Im Sonnentempel besucht Phaeton seinen Vater, ihn ansehend mit seiner großen Bitte (ihn den Sonnenwagen vom Aufgang zum Untergang lenken zu lassen). Dieser verspricht und trauert, daß er versprochen. Freudig besteigt der Jüngling den Wagen, wild werden die Rösse auf der Mittagshöhe der Bahn; alle Ströme Europas, Po, Donau, Rhein brennen; die Erde und der Ocean fliehen; am Eridanus wird der Welt Ruhe geschenkt. Da spricht ein Hain auf mit fließendem Golde. Da wird Phaetons Freund Cygnus in einen Schwan verwandelt, der auf dem Eridanus schwimmt und seinen Freund beklagt. Welchem Nordlande weiheten die Griechen eine solche Fabel? Viele Sagen der Hyperboräer entsprangen daher, denn in dem Lande, wo Bernstein floss, mußten selige Götter oder glückselige Menschen wohnen. Denn der frühe Bernsteinhandel konnte nicht anders, als diese Gegend früh kultiviren. Ein Volk germanischen Stammes, wie Tacitus sagt, den Sueven ähnlich, wohnte hier, das sich Nestier nannte, den Ackerbau und allerlei Lebensarten trieb, ja auch, des Bernsteins wegen, die Wellen des Meeres nicht versäumte. Ihnen zur Seite wohnten die wilderen Finnen, welche späterhin durch sie kultivirt wurden. Da andere deutsche Stämme auf Krieg und Raub auszogen, saßen sie an der Seeküste arbeitsam ruhig. Zur Zeit der Wanderung der Nationen war Preußen die natürliche Grenze und Wegscheide

der Völker. Mochten sie aus Nordost hinab, oder zurückgedrängt aus Süden hinaufströmen, da sie meistens den Flüssen nachgingen, so fanden sie hier ihre Grenze, die Ostsee. Wollten oder konnten sie nicht hinüber, so mußten sie bleiben, oder sich an diesem Meerbusen wenden.

„Das einheimische Volk der Ostsee, das seinem Bernsteinlande treu blieb, gewann in diesem Zubrange der Nationen eine eigene Gestalt. Für sich selbst, nach dem einhelligen Zeugniß der Geschichtschreiber, war es ein sanftes mildes Volk, daß den Nothleidenden zu Hilfe kam und niemand anfeindete; nothgezwungen mußte es kriegerisch werden. Siehe da den unverkennbaren Charakter der alten preußischen Völker. Von der einen Seite kann es kaum eine sanftere Vorstellungsart in Sprache und Dichtung, als die Denkweise ihrer Antömmlinge, der sogenannten Litthauer und Letten geben; Idyllen sind ihre Lieder in eintönig sanften Melodien; eine Baum- und Landpoesie war ihre Religion und häusliche Lebensweise. Voll schmeichelnder Diminutiven ist ihre Sprache, ihr Charakter schlau, fein, milde. Gegen den Andrang der Feinde aber bildete sich in diesem friedlichen Staate eine Kriegsverfassung, die gegen Polen zuerst, dann fünfzig Jahre gegen den deutschen Orden mit fürchterlicher Gewalt stritt. Ihre Religion selbst war kriegerisch worden; der Krime, ihr Oberpriester, ein Mund ihrer Götter, war gegen Feinde ein grausamer Druid. Felsenfest hing die Nation an ihrer Religion und Sprache; härtere Kriege sind nie geführt worden, als in welchen Preußen für Freiheit, Sprache, Land und Verfassung stritt. Als im elften Jahrhundert von den Polen das Heiligthum der Preußen, Romowe zerstört ward, zog sich der Krime ins Innere von Litthauen und baute daselbst ein neues Romowe, bis Allups, der letzte Krime, im fünfzehnten Jahrhundert endlich erklärte, daß seine Götter ihm befohlen hätten, Christ zu werden, weil sie ihn nicht länger schützen könnten. Und fast ohne Beispiel ist die Leichtigkeit mit der sich die Reformation in Preußen einführte. Kaum hatte der Hochmeister sein Ordenskleid abgelegt, so stimmte ihm die Nation im Uebergang zum Lutherthum bei, als ob sie zu ihrem alten Glauben zurückkehrte, sie, die einst gegen das Christenthum so wild gekämpft hatte. Unter dem Orden war sie mürbe geworden; der evangelische Gottesdienst sang sich ihr ein.“

Herder schließt seine Schilderung der Kultur- und Machtentwicklung der Preußen mit folgenden Sätzen: „Ihr stiller Fleiß zeichnet sich aus durch Absicht und Ordnung. In dieser Oekonomie gingen der Nation ihre Regenten selbst vor; die Helden ihrer Geschichte verbanden mit thätiger Wirksamkeit Haus- haltung. So steht der große Kurfürst, so Friedrich II. da. Von den ältesten Zeiten an in den verschiedensten Perioden waren und blieben diese Völker arbeitende Bienen, wie sie schon Widewut (der Stifter der altpreußischen heidnischen Religion) nannte.“

Geschichtliche Beiträge.

zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

(Fortsetzung.)

XVI.

Albrecht V. wird König von Ungarn und Böhmen und deutscher Kaiser.

Bevor wir diese Glückserhebung des Hauses Habsburg schildern, müssen wir einer traurigen Episode gedenken, in welcher die Habsburger abermals große Verluste auf ihrem Stammgebiete gegen die schweizerischen Eidgenossen erlitten. Veranlassung dazu gab das große Schisma der Kirche, in welcher damals nicht weniger als drei Päpste zu gleicher Zeit regierten.

Um diesem Aergerniß ein Ende zu machen, drängten gewichtige Männer den Kaiser Sigmund, eine allgemeine Kirchenversammlung zu veranlassen. Der Kaiser forderte den Papst Johann XXIII. auf, ein Konzil zu berufen. Dieser, welcher diese Aufforderung gleich als seine Anerkennung wider die Gegenpäpste geltend machen konnte, ging darauf ein; nur verlangte er, daß die Kirchenversammlung in einer italienischen Stadt abgehalten werden sollte. Der Kaiser bestand aber auf einer süddeutschen Stadt, und so wurde denn das Konzil für den 1. November 1414 nach Konstanz ausgeschrieben.

Nun regierte in Tirol und den habsburgischen Vorlanden Herzog Friedrich, der Vetter Albrechts V. von Oesterreich, und dies gab Veranlassung, daß der Kaiser dem Papste, welcher auf deutschem Boden für seine Sicherheit fürchtete, die Erlaubniß gab, den Herzog Friedrich zum Begleiter und Beschützer zu wählen. Johann XXIII. that das, ernannte in Meran den Herzog Friedrich zum Gonfaloniere des heiligen Stuhles und empfing von ihm, der auf diese Würde stolz war, einen besondern Eid der Treue.

Die Kirchenversammlung von Konstanz hatte den Zweck, die Kirchenspaltung zu beseitigen und die hussitische Ketzerei zu unterdrücken. Das letztere glaubten die Väter im Einverständniß mit dem Kaiser Sigmund durch die Verbrennung Hussens zu erreichen; in ersterer Beziehung aber erhob sich das Konzil zu der hohen Stellung über dem Papstthum, indem es verlangte, daß die drei Päpste ab danken sollten. Johann XXIII. hoffend, dadurch seine Wiederwahl zu sichern, beeilte sich, am 1. März 1415 der päpstlichen Würde zu entsagen. Doch die Bevollmächtigten der beiden auf dem Konzil nicht anwesenden Gegenpäpste erklärten, behufs der Abdankung keine Vollmacht zu haben. Da nun das Konzil nicht zur Absetzung der beiden andern Päpste schritt, erkannte Johann XXIII., sich

getäuscht zu haben, und hielt sich nicht mehr an seine eigene Abdankung gebunden. Ebenso erkannte er aber die Nothwendigkeit, Konstanz zu verlassen, um die Auflösung der Kirchenversammlung herbeizuführen.

Er wandte sich an seinen Gonsaloniere, den Herzog Friedrich mit dem Verlangen, ihn bei der Flucht aus Konstanz zu unterstützen, denn Kaiser Sigmund hatte die Thore der Stadt mit starken Wachen besetzen lassen und den Befehl gegeben, keinen Prälaten hinauszulassen. Herzog Friedrich, der sich durch seinen Eid zu diesem Dienste für den Papst verpflichtet fühlte, kam mit glänzendem Gefolge nach Konstanz und veranstaltete vor den Thoren ein prächtiges Turnier. Während nun die allgemeine Aufmerksamkeit auf das ritterliche Schauspiel gerichtet war, ritt Johann XXIII. in der Kleidung eines Boten aus der Stadt und schiffte dann auf dem Rhein nach Schaffhausen, welche Stadt damals dem Herzog Friedrich unterthänig war.

Die Flucht des Papstes erregte in Konstanz große Beunruhigung, zumal er die Väter aufforderte, ihm nach Schaffhausen zu folgen. Das verhinderte jedoch der Kaiser, so daß nur wenige Prälaten, worunter aber der Erzbischof von Mainz sich nach Schaffhausen begaben. Das Konzil aber erklärte sich in Permanenz. Johann wurde aufgefordert, nach Konstanz zurückzukommen, und da er es verweigerte, der Ketzerei beschuldigt und sammt seinen Beschützern und Anhängern mit den schwersten Kirchenstrafen bedroht. Nun fühlte der Papst sich in Schaffhausen nicht mehr sicher und ritt in Begleitung Friedrichs eilig nach Freiburg.

Nun wendete sich der Zorn des Kaisers und des Konzils gegen Herzog Friedrich. Er wurde vor das Fürstengericht nach Konstanz geladen, und da er nicht Folge leistete, sprach Kaiser Sigmund am 30. März 1415 die Reichsacht über ihn aus, entband alle seine Untertanen und Vasallen aller Pflichten gegen ihn und forderte die Reichsstände auf, ihn zu bekriegen. Das Konzil belegte den Herzog mit dem Kirchenbann und forderte die Eidgenossen auf, sich der Besitzungen desselben zu bemächtigen. Die Schweizer verweigerten dies, weil sie den eben kurz vorher mit Friedrich geschlossenen Frieden nicht brechen wollten; als sie aber nun selber mit dem Kirchenbann bedroht wurden, griffen sie zu, und Friedrich verlor den größten Theil der Besitzungen Habsburgs in den Vorlanden.

Dies geschah, ohne daß Albrecht V. und Ernst sich ihres Betters annahmen; so sehr war der Gemeingeist im Hause Habsburg erloschen. In so harter Bedrängniß sagte Friedrich sich von Johann XXIII. los und bewarb sich um die Gnade des Kaisers. Der Gesandte Frankreichs war sein Fürsprecher, und auch unter den Reichsfürsten und Kirchenvätern regte sich einiges Mitleid für ihn. Da gewährte denn Kaiser Sigmund am 7. Mai 1415 im Barfüßerkloster zu Raubenthal dem gekrüppelten Herzog Begnadigung, that es aber auf eine das ganze Haus Habsburg demüthigende Weise. Als Herzog Friedrich, der Urenkel zweier deutschen Kaiser vor Sigmund kniete, sprach dieser zu den ihn umgebenden

fremden Gesandten: „Ihr Herren habt bisher geglaubt, die Herzoge von Oesterreich wären die größten Herren in den deutschen Landen; jetzt sehet ihr, daß ich ein größerer Herr bin als sie und ein Fürst über alle Fürsten.“ Hart und beschimpfend waren die Bedingungen der Begnadigung. Friedrich mußte alle seine Besitzungen ohne Ausnahme dem Kaiser übergeben, er mußte geloben, den Papst bis Pfingsten zu stellen, und dann selber als Geißel beim Kaiser zu bleiben, bis demselben alle herzoglichen Länder, Städte und Schlösser gehuldigt haben würden, widrigens alle dem Kaiser verfallen sein sollten.

Friedrich erfüllte seinerseits diese Bedingungen. Er stellte den Papst Johann XXIII., der nun vom Konzil abgesetzt wurde, er forderte seine Unterthanen und Vasallen auf, dem Kaiser zu huldigen, und begab sich als Geißel nach Konstanz. Dagegen erfüllte der Kaiser seine Zusagen nicht. Er betrachtete sich als Herrn der herzoglichen Besitzungen, forderte Kontributionen von denselben und verpfändete einige. Auch ließ Sigmund die Eidgenossen ihre Feindseligkeiten gegen das herzogliche Gebiet fortsetzen. Dabei befand Friedrich sich in der schlimmsten Lage. Er wurde noch immer wie ein Geächteter gemieden und war so gänzlich ohne Geldmittel, daß man ihm bald keine Lebensbedürfnisse mehr lieferte. Der Bischof von Trient erhob Klage gegen ihn, um das Gebiet des Bisthums von der Oberherrschaft Tirols zu befreien. Dazu erhielt Friedrich noch die Nachricht, daß sein Bruder Ernst nach Tirol gekommen sei und daselbst die Huldigung empfangen habe. So war Herzog Friedrich, welcher schon den Beinamen „mit der leeren Tasche“ hatte, in Gefahr, ein Herzog ohne Land zu sein. Da raffte er sich zu neuem Muthe auf. Verkleidet verließ er Konstanz und eilte nach Tirol, wo sich die Bauern sofort für ihn erklärten, während der Adel zu Herzog Ernst hielt. Schon war ein neuer Bruderkrieg zu befürchten; doch nach längeren zu Vöken und Innsbruck gepflogenen Verhandlungen versöhnten und verglichen sich am 1. Januar 1417 die beiden Brüder. Nun wurde aber Friedrich neuerdings mit der Reichsacht und mit dem Kirchenbann belegt. Doch nahmen der Kaiser und der neue Papst Martin V. die Sache nicht mehr sehr ernst. Es wurden Verhandlungen gepflogen, Sigmund und Friedrich kamen im Kloster zu Münsterlingen zusammen und versöhnten sich. Nach vollbrachter Bußübung wurde Friedrich auch vom Kirchenbanne befreit und am 8. Mai 1418 vom Kaiser feierlich belehnt. Doch die Eidgenossen blieben im Besitze der an sich gerissenen habsburgischen Güter. —

Mittlerweile hatte Albrecht V. im Herzogthum Oesterreich ob und unter der Enns kräftig und weise regiert und das Land sehr in Aufnahme gebracht. Leider wurde dieser glückliche Zustand verderblich gestört. In Böhmen wüthete nämlich der Hussitenkrieg. Wenzel war gestorben, und also Kaiser Sigmund jetzt auch König von Böhmen. Aber die Hussiten haßten ihn als den Mörder Hussens, sie schlugen die königlichen Truppen überall und bemächtigten sich des ganzen Landes. Sigmund mußte ein Heer aufbieten, um sich das Königreich Böhmen

zu erobern, und der Herzog von Oesterreich war ihm zur Hülfeleistung verpflichtet.

Im Juni 1420 brach Albrecht V. in Gemeinschaft mit dem Herzog Ernst im südlichen Böhmen ein und drang siegreich bis Prag vor, seinen Weg durch Grausamkeit gegen die Hussiten bezeichnend, deren er viele verbrennen ließ. Am 18. Juli wohnte er der Krönung Sigmunds in der Beitskirche auf dem Grabschm bei. Die eigentliche Stadt Prag war aber noch in der Gewalt der Hussiten, und da man Sigmund glauben machte, die Stadt würde ihm die Thore öffnen, wenn er die deutschen Truppen aus dem Lande schickte, so zogen die Oesterreicher und Meißner wirklich ab. Sigmund sah sich aber getäuscht.

Nach der Heimkehr Albrechts brach in Oesterreich eine fürchterliche Judenverfolgung aus. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die Frau des Rüstlers der Lorenzkirche bei der Stadt Enns an den sehr reichen Juden Ismael geweihte Hostien verkauft hätte, mit denen am jüdischen Osterfeste Spott getrieben werden sollte. Die Rüstlersfrau wurde durch die Folter zu einem Geständniß gebracht; der Jude Ismael, seine Gattin und einige mitangeklagte Israeliten hethueerten aber selbst unter den Folterqualen ihre Unschuld. Dessenungeachtet wurden an einem und demselben Tage alle Juden in ganz Oesterreich verhaftet und ihr Güter eingezogen. Die Aermern jagte man aus dem Lande; die Reichen wollte man durch Todesfurcht zur Annahme der Taufe zwingen. Manche fügten sich, andere, darunter auch Ismaels Gattin, gaben sich selber den Tod. Am 12. März 1421 wurden die Palästarrigen, hundert an der Zahl, Männer und Frauen auf einer Wiese in Erdberg bei Wien lebendig verbrannt!

Mittlerweile hatte Sigmund Böhmen wieder verlassen müssen und kam nach Oesterreich, wo er zu Seefeld den Herzog Albrecht V. belehnte und ihm alle Vorrechte und Freiheiten bestätigte. Es fand aber noch ein anderer wichtigerer Akt statt.

Albrecht war seit Jahren mit der einzigen Tochter und Erbin Sigmunds, der Prinzessin Elisabeth verlobt. Beide waren nun längst in dem Alter, daß die Ehe vollzogen werden konnte. Doch der Kaiser hatte damit immer gezögert. Jetzt verlangte Albrecht die Uebergabe seiner angelobten Brant, und Sigmund, welcher die Hilfe des Herzogs brauchte, willigte ein. Am 28. September 1421 kam der Ehevertrag zu Stande, in welchem Sigmund seinem Schwiegersohne für das Heiratsgut Elisabeths und zugleich für die Kriegskosten in Böhmen die Schlösser und Städte Budweis, Iglau, Jamnitz, Znaim und Pohorlitz verpfändete. Die wichtigste Bestimmung aber war folgende: Im Falle als Sigmund ohne Hinterlassung männlicher Erben mit Tod abginge, folgen ihm in Ungarn, Böhmen und Mähren seine Tochter Elisabeth und ihr Gemal Albrecht. Wenn Sigmund noch eine Tochter hinterließe, sollte Elisabeth zwischen Ungarn und Böhmen wählen, zu dem von ihr gewählten Lande aber jedenfalls Mähren erhalten. Dadurch war im voraus bestimmt, daß Elisabeth das Königreich Böhmen wählen müßte, weil vorausszusehen war, daß die Böhmen die Vereinigung Mährens mit Ungarn nicht zugeben würden. Eine verhängnißvolle Bestimmung bestand darin, daß Herzog Albrecht sich verpflichten mußte, seinen zu erhoffenden erstgeborenen Sohn dem Kaiser Sigmund, oder wenn dieser nicht mehr am Leben wäre, der Kaiserin Barbara, dem Grafen Hermann von Cilli und dem Palatin Nikolaus Gara zur Erziehung zu übergeben.

Am 19. April 1422 fand in der Stephanskirche zu Wien mit großem Gepränge die Vermählung Albrechts von Oesterreich mit der Kaiserstochter und

Erbin der Kronen von Böhmen und Ungarn statt. Eine große Hoffnung wurde dadurch dem Hause Oesterreich eröffnet, aber große Opfer waren bereits gebracht und mußten noch gebracht werden. Albrecht war verpflichtet, den Krieg gegen die furchtbaren Hussiten mit zu kämpfen, was dem Herzogthum Oesterreich viel Unheil brachte. Albrecht mußte Gut und Blut der Oesterreicher aufs äußerste anstrengen, um sich die Anwartschaft auf die Krone Böhmens zu verdienen. Sigmund ernannte ihn zum Statthalter von Mähren, und gleich nach den Honigmonden seiner Ehe brach Albrecht mit zwölftausend Mann in die Markgrafschaft ein und stellte daselbst die Ordnung her. Sigmund selbst hatte mit einem Heere von 80.000 Mann vor Ziska aus Böhmen weichen müssen, und eilte nach Ungarn, um neue Kriegerschaaren aufzubieten. Da Albrecht von seiner festen Stellung in Mähren aus den Kampf gegen die Hussiten mit Nachdruck führen konnte, so beehrte ihn Sigmund am 4. Oktober 1423 mit der Markgrafschaft Mähren als böhmischem Kronlehen.

Ungeachtet aller Anstrengung konnte Albrecht doch nur in Mähren die Oberhand behaupten, war jedoch nicht im Stande, in Böhmen festen Fuß zu fassen, ja konnte es nicht einmal verhindern, daß die Hussiten wiederholt verheerende Einbrüche in Oesterreich machten. Im Jahre 1426 bot Albrecht den zehnten Mann gegen die Hussiten auf, mußte aber einem fürchterlichen Ansturm derselben weichen, welche Nikolsburg und Feldsberg einäscherten und dann die Abteien Zwettel und Altenburg verwüsteten. Das Jahr darauf erlitten die Oesterreicher bei Zwettel eine schwere Niederlage, und um Pfingsten 1428 drangen zehntausend Hussiten bis Rußdorf bei Wien vor,kehrten aber mit reicher Beute wieder heim, ohne die Stadt selbst zu bedrohen. Mitten in diesem schweren Kriege sah Albrecht sich gezwungen, auch noch gegen widerspenstige Vasallen ins Feld zu ziehen. Die Lasten und Gefahren des Hussitenkrieges hatten in Oesterreich Unzufriedenheit erregt, und es verbanden sich mehrere Landherren unter Führung des obersten Marschalls und Schenken von Oesterreich, Otto von Meißau, um dem Herzog Geld und Mannschaft zu verweigern. Albrecht schritt rasch ein, ließ den Meißauer greifen und nach der Feste Gutenstein bringen. Im Jahre 1430 brachen die Hussiten abermals in Oesterreich ein. Im folgenden Jahre ergriff das gegen die Hussiten aufgebotene große Kreuzheer des deutschen Reiches bei Tepl vor Protop die Flucht, und Albrecht, der bis Raurzim vorgebrungen war, mußte nach Mähren zurückeilen, wo die nur scheinbar bezwungenen Hussiten auf die Kunde von dem Siege ihrer böhmischen Brüder zu den Waffen gegriffen hatten. Albrecht unterdrückte den Aufstand mit fürchterlicher Grausamkeit; er ließ an fünfhundert hussitische Ortschaften niederbrennen und die Einwohner größtentheils massakriren. Als aber darauf Protop der Kleine mit einer Rächerschaar nach Mähren kam, mußte Albrecht das Land verlassen. Bald darauf brach Protop Horn mit zehntausend Hussiten in Oesterreich ein und verheerte alles Land bis an die Donau. Und während Albrecht in solcher Bedrängniß war, schloß Herzog Friedrich von Tirol mit Ulrich von Rosenberg, dem Oberstburggrafen von Böhmen ein Uebereinkommen, um nach Sigmunds Tod die böhmische Krone zu erlangen.

Endlich wurde durch das Konzil von Basel und durch die Prager Kompaktate im Jahre 1433 dem fürchterlichen Hussitenkriege ein Ende gemacht. Die großen Führer der Hussiten waren gefallen, und es brach Uneinigkeit aus. Die gemäßigten „Kelsner“ trennten sich von den „Taboriten und Waissen“ und verbanden sich mit den Katholiken zur Unterdrückung der Schwärmer. Aber noch im Jahre

1432 hatten diese einen verwüstenden Einbruch in Oesterreich gemacht und den Herzog Albrecht gezwungen, ein Aufgebot und eine abermalige Hussitensteuer auszuschreiben. Umso größer war daher in Oesterreich die Freude über das Ende des schrecklichen Kampfes, durch welchen das Volk unsäglich gelitten, Herzog Albrecht aber sich die Nachfolge in Böhmen gesichert und zugleich seinen strengen Glaubenseifer befriedigt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz der Redaktion.

Mehreren Freunden in Wien: Sie tadeln es, daß ich das Memorandum Palach's in die „Reform“ aufgenommen, und sagen mir mit freundlichem Bedauern, daß ich mir dadurch bei den Deutschösterreichern und besonders in Wien „noch mehr geschadet habe.“ Ich bin Ihnen für Ihre Wohlmeinung sehr dankbar; erlaube mir jedoch folgende Bemerkungen. Ich habe das Memorandum Palach's veröffentlicht, weil ich mit dem tatsächlichen Inhalte desselben vollkommen einverstanden bin. Doch selbst wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, hätte ich mich doch verpflichtet gefühlt, einer politischen und wissenschaftlichen Notabilität von dem Range Franz Palach's diesen publizistischen Dienst zu erweisen, wobei ich mir selbstverständlich nur das Recht vorbehalten hätte, zur Wahrung meines Standpunktes das Schriftstück zu glossiren. Ich glaube sogar überzeugt sein zu dürfen, daß jedes andere Wiener Blatt, selbst das den Böhmen feindseligste, einem Manne wie Franz Palach gegenüber in gleicher Weise die journalistische Courtoisie beobachtet haben würde. Was aber Ihre bedauernde Bemerkung betrifft, daß ich mir durch diese Publikation „noch mehr“ geschadet habe, so ist es nur einmal während meiner ganzen ziemlich langen öffentlichen Laufbahn mein Schicksal, mir dadurch geschadet zu haben, daß ich immer das, was ich als Wahrheit und Recht erkannte, ohne alle persönliche Rücksicht bekannt und vertheidigt, und alles, was ich als Irrthum und Unrecht erkennen mußte, ebenso rücksichtslos verworfen und verdammt habe. Im Laufe eines Vierteljahrhunderts habe ich mir dadurch den verschiedenen Regierungen, von Metternich bis Schmerling, gegenüber sehr empfindlich geschadet und in den letzten fünf Jahren bin ich gar in die persönlich noch viel nachtheiligere Lage gekommen, durch den rücksichtslosen Ausdruck meiner Ueberzeugung vom wahren Rechte, von wahrer Freiheit mit den Ansichten und Tendenzen zuerst der Deutschösterreichler und jetzt auch der mit denselben für eine scheinliberale Gewaltherrschaft verbündeten Magyaren in Widerspruch zu gerathen. Jedenfalls hätte ich für meine persönlichen Verhältnisse viel besser gesorgt, wenn ich nach dem Beispiele der großen Mehrzahl der deutschösterreichischen und besonders der Wiener Politiker unter den verschiedenen Systemen immer hübsch mit dem Strome geschwommen wäre und verschiedene Fahnen in Bereitschaft gehabt hätte, um sie nach Umständen auf meinem Lebensschifflein aufzuhissen, und dann, wenn das Wetter ungünstig geworden, wenigstens meine eigene Glücksfracht im Trockenen zu haben. Indem ich Ihnen, geehrte Freunde, hiermit kund thue, daß ich mich über meine persönliche Stellung in dem lieben Oesterreich durchaus keiner optimistischen Täuschung hingabe, erlaube ich mir nur, Sie zu bitten, den einen nicht ganz unwichtigen Umstand Ihrer Beachtung zu würdigen, daß ich seit mehr als dreißig Jahren mit meinem Urtheil über die Verhältnisse Oesterreichs immer Recht behalten habe.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schufella.
Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 52.  Druck von H. v. Waldheim.

Die Reform.

No. 24.

Wien, den 16. Juni 1870.

IX. Jahrgang.

Trialismus im Innern und von Außen.

Die Verfassungstreuen spielen eine wahrhaft tragikomische Rolle. Während sie sich vor dem Föderalismus beständig wie vor dem leibhaftigen Gottseibeins bekreuzen, schreiten sie besonnen, aber entschieden auf föderalistischem Wege vorwärts. „Nur kein Föderalismus; der wäre die Auflösung Oesterreichs!“ schrien sie unter Schmerling, und acceptirten gleich darauf den Dualismus, der ein zweigliedriger Föderalismus ist. „Nur kein Föderalismus; der wäre die Auflösung Oesterreich-Ungarns!“ schreien jetzt abermals die Verfassungsoorthodoxen; sind aber bereits damit beschäftigt, einen Trialismus zu konstituiren, der eben ein dreitheiliger Föderalismus sein wird.

Es ist im Lager der Verfassungstreuen bereits abgemacht, daß die Deutschen, Magyaren und Polen die „Führung“ in Oesterreich übernehmen, d. h. alle andern Völker beherrschen werden. Galizien soll eine privilegierte Stellung bekommen; über die andern opponirenden Völker, namentlich über die Böhmen wird man einfach zur Tagesordnung übergehen. Man ist zwar noch immer geneigt, sie in den Verfassungshimmel aufzunehmen, falls sie als reumüthige Sünder an die Pforte kommen; wenn sie aber nicht kommen, nun so mögen sie draußen bleiben, es wird das den verfassungstreuen Herrschern vielleicht sogar lieber sein, weil sie dann in dem Glückseligkeitsstempel vor dem Schottenthore durch keine namhafte Opposition gestört und in der Lage sein werden, recht con amore die Herren zu spielen.

Bei dieser Trias-Politik wird vorausgesetzt, daß man der Polen schon ganz sicher sei, d. h. daß die Konzessionen, über welche die Majorität der galizischen Notabeln sich mit dem Grafen Potocki geeinigt hat, beiderseits Annahme finden werden. Von Seite des neuen Reichsrathes mag dies wahrscheinlich sein, ist aber noch nicht gewiß; ob aber der galizische Landtag gerade die wichtigsten Punkte der Resolution fallen lassen werde, ist in diesem Augenblicke noch ganz zweifelhaft.

Doch gesetzt auch, die privilegierte Stellung Galiziens wäre bereits als gegeben zu betrachten, nun so werden gegen den Trialismus, gegen die deutsch-magyarisch-polnische Herrschaft alle übrigen Völker dies- und jenseits der Leitha die entschiedenste und kräftigste Opposition machen. Diese Opposition wird also bestehen aus den Böhmen, Ruthenen, Kroaten, Rumänen, Serben, Slovaken,

Slovenen und Tirolern. Dieser Völkeroппosition werden sich unter den Deutsch-österreichern diejenigen zahlreichen Parteien anschließen, welche aus andern als nationalen Gründen mit der Verfassung Potocki's ebenso unzufrieden sein werden, wie sie es mit der Schmerling'schen und Beust'schen gewesen. Es wird also nach wie vor die große Majorität der Gesamtbevölkerung gegen die erkünstelte und aufgezwungene Verfassung in Opposition stehen.

Von diesem Blicke auf die innere Lage des dreigetheilten Reiches richten wir die Augen nach auswärts. Wir machen mit ernster Warnung darauf aufmerksam, daß sich draußen gegen unsern projektirten innern Trialismus, ebenfalls ein Trialismus bildet, der nicht mehr ein bloßes Projekt, sondern bereits eine genau formulirte Allianz zu sein scheint, nämlich ein Bündniß zwischen Rußland, Preußen und Italien.

Die privilegierte Konstituierung eines polnischen Königreichs in Oesterreich kann, ja muß von Rußland und Preußen als eine bedrohliche Demonstration betrachtet werden. Wenn Oesterreich auf Grundlage allgemeiner Gleichberechtigung föderativ konstituirung wird, so können Rußland und Preußen keine auch nur scheinbar begründete Einsprache erheben; ja sie können einer solchen Konstitution Oesterreichs gegenüber beruhigt sein, weil in der freien Föderation keine einseitige Nationaltendenz die Oberhand erlangen würde. Sollten aber die beiden Nachbarreiche dennoch grollen, so wären sie nicht zu fürchten, weil für ein frei föderirtes Oesterreich alle Völker desselben mit Gut und Blut einstehen würden. Wenn dagegen das polnische Element in Oesterreich demonstrativ privilegiert wird, so haben Rußland und Preußen wirklich Ursache, sich beunruhigt zu fühlen und Gegenmaßregeln vorzubereiten. Dies ist denn auch bereits in Ems geschehen.

Italien aber wird sich beeilen, dem Bunde zwischen Rußland und Preußen gegen Oesterreich als Dritter beizutreten; ja die preußisch-italienische Allianz besteht ohnehin noch ununterbrochen fort. Die Zustände in Italien sind schon jetzt sehr drohend. Bereits schwärmen italienische Freischärler an den Grenzen Tirols, bereits ist unser erster Kriegerhafen Vola alarmirt worden. Für den Augenblick leistet die Regierung von Florenz der österreichischen noch Freundschaftsdienste; lasset aber nur den großen Konflikt mit den Nordmächten zum Ausbruch kommen, so wird diese italienische Regierung mit Hast gegen Oesterreich auftreten, gerade schon deshalb, um die Nation von der republikanischen Richtung abzulenken, sie durch einen sehr populären Krieg zu beschäftigen, sie durch neue Eroberungen wieder eine Zeit lang zu befriedigen.

Diesem übermächtigen feindlichen Dreibunde gegenüber rechnet Oesterreich, eigentlich Graf Beust, auf die Hilfe Frankreichs. Doch es kann nicht von einem Bündnisse mit Frankreich, sondern nur mit Napoleon III. die Rede sein. Dieser Monarch ist aber erstlich sterblich, zweitens ist er auf seinem Throne nicht sicher, drittens ist er in seinen Entschlüssen ganz unberechenbar.

Doch gesetzt auch, Oesterreich wäre für einen Kampf mit Rußland, Preußen und Italien der Bundesgenossenschaft Frankreichs sicher; nun so würden die drei Allirten ebenfalls sehr wichtige Bundesgenossen haben; es könnte nämlich Preußen auf die lebhafteste Sympathie aller Deutschen, Italien auf die nicht minder lebhafteste Sympathie der Italiener in unsern Küstenländern und in Südtirol, Rußland aber auf die allerlebhafteste Sympathie der durch die deutsch-magyarisch-polnische Herrschaft tief verletzten und schwer bedrohten Slaven und Rumänen Oesterreichs nicht nur, sondern auch der benachbarten Länder der Balkanhalbinsel rechnen.

Das Resultat des Kampfes, welchen die neue Beust-Potocki'sche Trias-Politik in sehr nahe Aussicht bringt, könnte daher leicht das Ende Oesterreichs, Ungarns und Polens sein!

Der Lehrertag.

Die neunzehnte allgemeine deutsche Lehrerversammlung imponirte sowol durch zahlreichen Besuch, sowie durch eine demonstrative Freimüthigkeit, wie sie so recht für das jetzige Wien paßt. Es ist ein bedeutames Zeichen der Zeit, daß eine so große Versammlung von Lehrern aus verschiedenen Ländern sich in so demonstrativer Weise für Grundsätze und Institutionen erklärt, welche gegenwärtig noch in keinem deutschen Staate, ja im ganzen Umfange überhaupt noch nirgend zur Geltung gelangt sind, sondern größtentheils mit den noch bestehenden Gesetzen und Einrichtungen im Widerspruch stehen. Wenn man die außerordentlich scharfen Aeußerungen nicht bloß über den kirchlichen, sondern auch über den staatlichen Einfluß auf die Schule liest und dazu die Berichte von dem stürmischen, ja förmlich exaltirten Beifall, mit dem diese Aeußerungen aufgenommen wurden, so muß man staunen über den Fortschritt in der Emanzipation, über den rücksichtslosen Oppositionsmuth der Lehrer, die man bisher als sehr fügsame, devote und ängstliche Menschen zu betrachten gewohnt war.

Der Sektionschef im Unterrichtsministerium Herr v. Czedit hat die Versammlung im Namen der Regierung mit vielen Komplimenten begrüßt. Diese wurden aber in sehr sonderbarer Weise zurückgegeben, indem „unter lang andauerndem stürmischem Beifalle“ gesagt wurde, daß „die Minister, Ministerialrätthe, Schulrätthe, Landrätthe u. s. w. sich immer zu Dienern und Schleppträgern des Pfaffenthums hergegeben.“ Herr v. Czedit hat auch die Versicherung ausgesprochen, „daß die Aussprüche der Versammlung die größte Aufmerksamkeit bei der Regierung finden und von ihr mit vollstem Ernste gewürdigt werden würden.“ Wir glauben nun, daß die Regierung bei ernster Würdigung der Beschlüsse

3. B. über die Unabhängigkeit der Schule, über den Religionsunterricht in nicht geringe Verlegenheit kommen wird. Der Herr Sektionschef hat es gerühmt, daß die österreichische Regierung und Reichsvertretung „mit Energie für die Unabhängigkeit der Schule eingetreten seien“; aus den Aussprüchen der Versammlung muß jedoch die Regierung den Schluß ziehen, daß alles, was bei uns für die Unabhängigkeit der Schule geschehen ist, eigentlich noch gar nichts sei. Nach unsern jetzt bestehenden Staatsgesetzen steht die Ertheilung des Religionsunterrichtes der Kirche zu; nach dem Ausspruche der Versammlung aber soll der Religionsunterricht von den Lehrern ertheilt werden, und zwar nach einem bloß nach pädagogischen Grundsätzen verfaßten Lehrbuche, und solange diese Grundsätze nicht ausführbar sind, soll der Religionsunterricht von der Schule vollkommen ausgeschlossen sein! Herr v. Czébil pries mit Recht die deutschen Schulanstalten als Muster, weshalb man auch in Oesterreich bestrebt sei, sie hier einzubürgern; die Aussprüche der Versammlung verdammen aber auch die in Deutschland jetzt bestehenden Schuleinrichtungen und beantragen überhaupt solche, welche gegenwärtig noch nirgends bestehen. Unter diesen Umständen dürfte die Regierung in Folge ernster Würdigung wol dahin kommen, die Aussprüche dieser Lehrerversammlung eben Aussprüche sein und bleiben zu lassen.

Das Verdienst, zuerst einen ganz nebulösen unpraktischen Antrag gestellt zu haben, erwarb sich leider ein Wiener, nämlich Herr Köhler. Er sprach über „Lehrerbildung“ so gründlich, daß die Versammlung, welche sich nach Emotion sehnte, ungeduldig wurde, und der Vorsitzende dem Redner nur mit Mühe Gehör verschaffen konnte. Als Herr Köhler darauf, der herrschenden Stimmung Rechnung tragend, gegen die Hierarchie losdonnerte, den „Bauernstaat Norwegen“ pries (die Norweger werden sich wundern) und die Prophezeiung aussprach, daß „das Bildungswesen“ uns vom Acker- und Gottesgnadenthum befreien werde, errang er sich „stürmische Bravos“, schwächte aber den Beifall durch den Antrag, „daß an allen deutschen Hochschulen eine Lehranzel für das gesammte deutsche Bildungswesen zu errichten sei.“ Wir wären sehr neugierig, wie Herr Köhler dieses „gesammte deutsche Bildungswesen“ definiren möchte, um darnach einen Professor instruiren zu können, der das gesammte deutsche Bildungswesen vortragen sollte. Von der deutschthümehnden Tautologie, daß an allen deutschen Hochschulen das deutsche Bildungswesen docirt werden soll, wollen wir absehen. Es ist nun einmal eine sehr üble Gewohnheit der Deutschen, daß sie alles und jedes spezifisch und ausschließend deutsch haben wollen. Da gibt es eine spezifisch deutsche Treue und Redlichkeit, eine deutsche Tapferkeit, deutschen Fleiß, deutsche Weiblichkeit, deutsche Wissenschaft u. s. w. u. s. w. Kein anderes Kulturvolk gibt sich einer solchen nationalen Eitelkeit hin.

Ein sehr interessanter Vortrag war der des Schuldirektors Dr. Brüllow aus Berlin über Lehrerseminarien. Ausreichend viele solcher pädagogischen Pflanzschulen sind gewiß sehr wünschenswerth, ja ein Bedürfniß. Die Spitze des Vor-

trages war gegen das Internat, d. h. gegen die Einschließung, gegen das Zusammenleben der Kandidaten im Seminar gerichtet. Unfers Erachtens ging jedoch Dr. Brüllow zu weit, indem er seinen Vortrag mit dem Antrage auf gänzliche Beseitigung des Internates schloß, welcher Antrag auch einstimmig angenommen wurde. Das Richtige liegt wol auch hier in der Mitte; es soll das Internat nicht ganz beseitigt, aber auch das Externat, nämlich das Fürsichleben der einzelnen Seminaristen nicht ausgeschlossen sein. Bisher war das Internat bei den verschiedenen Seminarien die Regel, es wurden aber auch überall Externisten zugelassen. Es ist nicht zu leugnen, daß das Zusammenleben der Zöglinge in solchen Instituten manche Nachtheile hat; es dürfen aber auch die Vortheile nicht verkannt werden, zumal der wesentliche Umstand, daß die Verpflegung in einem Seminar für ärmere Kandidaten eine Wohlthat ist, so zwar, daß viele derselben widrigenfalls solche Anstalten gar nicht besuchen könnten. Eine lange Erfahrung beweist, daß aus diesen Seminarien viele sehr bedeutende Kräfte und echt pädagogische Charaktere hervorgegangen sind. Ganz entschieden ins modern liberale Extrem schweifte Dr. Brüllow aus, indem er behauptete, daß den Internisten in den Seminarien blinder Gehorsam, Knechtsinn und Unbulsamkeit gelehrt werden. Das liegt doch offenbar nicht an dem Internat, sondern an der Leitung der Seminarien. Ist aber diese Leitung in dieser Beziehung schlecht, so wird sie auch auf die Externisten nachtheilig wirken, weil diese doch auch den Unterricht, die Uebungen, die Benützung der Lehrmittel u. s. w. im Seminarium gemeinsam haben müssen und in ihrem Fortgange von den Leitern der Anstalt abhängig sind. Es wird daher der nachtheilige Eindruck einer unbulsamen und despotischen Leitung nicht dadurch paralysirt werden, daß die Externisten ihre freien Stunden außerhalb des Seminars zubringen und nach Belieben und Vermögen die Freuden des Lebens genießen können. Allerdings muß für das Zusammenleben in einem Seminar wie überhaupt in jedem ähnlichen Institute eine strenge Hausordnung und Disciplin herrschen; es ist aber nach dem bisherigen Urtheile aller echten und ernstern Pädagogen für junge Leute sehr nützlich, sich an regelmäßige Ordnung, pünktliche Zeitbenützung und Gehorsam zu gewöhnen, und sorgt ja auch jeder gewissenhafte Familienvater dafür, daß in seinem Hause solche Ordnung, solcher Gehorsam herrsche. —

Mit Spannung hatte man in einem großen Theile des Publikums die Verhandlungen über das Verhältniß der Schule zur Kirche erwartet. Man konnte in vorhinein überzeugt sein, daß die Sache im Sinne der unkirchlichen Zeitrichtung und besonders in für Wien lokalmäßiger Weise behandelt werden würde; durch die Debatten dürften aber wol die Hoffnungen selbst des radikalsten Kirchenfeindes übertroffen worden sein. Höchst charakteristisch ist es dabei, daß die Palme des extremsten, radikalsten und grimmigsten Liberalismus zwar nicht ein geborner Oesterreicher errungen hat, aber doch der Direktor des Wiener Pädagogiums, Herr Dittes. Man darf wol sagen, daß noch niemals in irgend

einem Staate, von was immer für einer Religion, ein in einem hervorragenden Amte fungirender Pädagog in solcher Weise gegen alles Kirchenthum überhaupt, gegen die Priesterschaft aller Religionen in Vausch und Bogen, ja gegen jede positive, auf Glaubenssätzen beruhende Religion gesprochen habe, wie Herr Dittes.

In der Debatte über die Seminarien betonte Herr Dittes die Nothwendigkeit der vollkommenen Emanzipation der Schule von der Kirche und verlangte, daß die Emanzipation nicht blos unten, sondern auch auf dem obersten Gipfel stattfinden solle. Herr Dittes beantragte daher, daß in allen Staaten das Unterrichtsministerium von dem Kultusministerium getrennt werden solle, weil bei der bisherigen Vereinigung der beiden Branchen „die fortschrittlichen Bestrebungen auf dem Gebiete des Unterrichtes stets durch die geistlichen Mitglieder des Ministeriums paralysirt und gehemmt würden.“ Es solle daher in den größeren Staaten ein eigenes Unterrichtsministerium gegründet, in kleinern Staaten aber das Unterrichtswesen dem Departement des Ministeriums des Innern einverleibt werden.

Gegen diese von der Versammlung mit stürmischem Beifall angehört und einstimmig angenommenen Anträge ließe sich an und für sich nichts einwenden, nur müßte ihrer Realisirung eine totale Aenderung in der Auffassung der Kultusangelegenheiten vorausgehen. Bisher werden nämlich ziemlich allgemein in allen Staaten Kultus und Unterricht gemeinsam als Mittel der Volkskultur betrachtet und daher auch gemeinsam von der Centralbehörde geleitet, welche eben mit der Sorge für die Kultur betraut ist. Abgesehen davon würde aber auch durch diese Anträge der Zweck des Herrn Dittes, nämlich die gänzliche Beseitigung jedweden kirchlichen Einflusses auf das Unterrichtswesen nicht erreicht werden. Herr Dittes ist es ja, welcher in einer andern Rede die Klage erhob, daß „die Minister, Ministerialräthe, Schulräthe u. sich immer zu Dienern und Schleppträgern des Pfaffenthums hergegeben.“ Um dies zu verhüten, müßte Herr Dittes im Stande sein, für das selbständige Unterrichtsministerium und für das Unterrichtsdepartement im Ministerium des Innern ganz neue, jedem geistlichen Einflusse unzugängliche Menschen zu erschaffen. Da er dies nicht kann, so geht die Konsequenz seiner Anträge eigentlich dahin, die Schule nicht blos von jedem kirchlichen, sondern auch von jedem bureaukratischen Einfluß zu befreien, sie gänzlich nur den Lehrern, Eltern, Gemeinden zu überlassen. Doch selbst dadurch wäre noch nicht im Sinne des Herrn Dittes geholfen. Die Erfahrung zeigt, daß auch Lehrer, Eltern und Gemeindevorstände für geistliche Einwirkungen empfänglich sind. Da nun Herr Dittes solche Einwirkungen ausnahmslos für schädlich hält, indem er sagt, „daß die Priesterschaft aller Völker und Zeiten ein Hemmschuh für die Volksbildung“ gewesen sei, so geht die äußerste Konsequenz seiner Anträge dahin, behufs der Befreiung des Unterrichtswesens von jedem geistlichen Einfluß, vorerst alles und jedes Kirchen- und Priesterthum d. h. jede positive Religion aufzuheben. Offenbar erst dann, wenn es gar keine Kirche,

keine Priesterschaft, keine positive Religion mehr gäbe, würden die Beamten des Unterrichtsministeriums, die Lehrer, die Eltern, die Gemeinden keinen geistlichen Einflüssen mehr ausgesetzt sein.

Mit dem Sage, daß die Priesterschaft aller Völker und Zeiten ein Hemmschuh für die Volksbildung gewesen, befindet sich der Direktor des Pädagogiums von Wien offenbar im Widerspruch mit der Geschichte, er hat mit diesem extremen Ausspruche jedenfalls, was man so sagt, das Kind mit dem Bade ausgegossen. Kein unbefangener Kenner der Kulturgeschichte wird in Abrede stellen, daß zu allen Zeiten die verschiedensten Religionen und deren Priester mehr oder weniger Mittel und Werkzeug der Kultur der Völker gewesen sind. Ganz besonders wird selbst der grimmigste moderne Feind der positivsten aller Religionen, nämlich des Christenthums, wenn er nicht unwissend oder gegen die Wahrheit verstockt ist, zu leugnen wagen, daß das Christenthum in ganz außerordentlicher Weise auch die profane Kultur der Menschheit gefördert, ja die ganze neue Kultur recht eigentlich geschaffen hat, und zwar in dem Maße, daß selbst die Waffen, welche die moderne Bildung jetzt gegen das Christenthum richtet, recht eigentlich aus christlichen Prinzipien geschmiedet sind. Das vom Christenthum zuerst und allein verkündete große Prinzip der individuellen Freiheit und Gleichheit ist das Hauptmovens aller modernen Freiheitsbestrebungen auf politischem, kirchlichem und sozialem Gebiete. Welch ein Thema! Doch Herr Dittes kennt und würdigt es gewiß selber.

Jedenfalls kennt er die Geschichte der Pädagogik genau und weiß daher, daß aus dem christlichen Klerus überhaupt zu allen Zeiten ganz vortreffliche, allgemein anerkannte und dankbar verehrte Volkslehrer auch in profanen Disziplinen, berühmte, Epoche machende Reformatoren auf pädagogischem Gebiete hervorgegangen sind. Es war daher doch gar zu sehr blos für den momentanen liberalen Anallekt gesprochen, indem Herr Dittes die Priesterschaft aller Völker und Zeiten in Vausch und Bogen als den Hemmschuh der Volksbildung bezeichnete. Er ist dadurch gegen viele seiner geistlichen Vorgänger undankbar geworden, welche seine Lehrer gewesen sind, auf deren Schultern er und seine modernen Kollegen stehen. Wenn ein Prachtgebäude vollendet wird, so geht es nicht an, nur diejenigen zu rühmen, welche den Sichel aufsetzen, jene aber zu verachten, welche den ersten Plan entworfen, den Grund gegraben, das Materiale herbeigeschafft, die Fundamente gelegt und den ersten Lichtbau vollbracht haben. Der Bildungsfortschritt der Menschheit muß überhaupt als ein zusammenhängender organischer Prozeß erkannt werden, und man darf daher diejenigen, welche in früheren Stadien gearbeitet haben, nicht vom Standpunkte der jetzt erreichten Bildungshöhe, sondern muß sie nach den Verhältnissen beurtheilen, unter denen sie ihren Theil der Arbeit vollbracht haben. Und aus was für Schulen ist denn die jetzige so hoch gebildete Menschheit hervorgegangen? Durchaus aus Schulen, welche vom Klerus geleitet oder doch beeinflusst waren. Dennoch hat die Mensch-

heit einen so hohen Grad der Bildung erreicht, wodurch doch wol bewiesen sein dürfte, daß die Priesterschaft im allgemeinen nicht ein Hemmschuh der Bildung ist.

Betrachten wir die Sache noch spezieller. Wenn wir nicht irren, ist Herr Dittes Protestant. Er wird daher wissen, daß der protestantische Klerus eine überaus zahlreiche Reihe der ausgezeichnetsten Pädagogen, Volkslehrer und Kultivatoren der Wissenschaften aufzuweisen hat. Johann Gottfried Herder z. B., der protestantische Prediger, Superintendent und Konsistorial-Präsident, hat gewiß für die Bildung des deutschen Volkes, der Menschheit großartig und erfolgreicher gewirkt, als einige tausend, um nicht zu sagen alle weltlichen Pädagogen zusammen genommen. Herr Dittes stimmt auch gewiß dem allgemeinen geschichtlichen Urtheile bei, daß sich in Folge der Kirchenreformation in den protestantischen Ländern ein ausgezeichnete Grad allgemeiner Bildung verbreitet hat. Nun ist es aber Herrn Dittes gewiß auch nicht unbekannt, in welcher energischen Weise sich der fromme strenggläubige Theologe und Prediger Dr. Martin Luther der Schulen überhaupt und besonders der Volksschule angenommen, welche genaue Vorschriften er über die Organisation und über die Leitung derselben durch die Seelsorger gegeben hat. Dieses Luther'sche System ist aber in der Hauptsache noch heutzutage in allen protestantischen Ländern und Gebieten in Geltung und Ausübung, und doch sind diese protestantischen deutschen Schulen allgemein als Musteranstalten anerkannt. —

Den Kulminationspunkt der Verhandlungen des neunzehnten deutschen Lehrertages bildete die Frage wegen des Religionsunterrichtes in der Volksschule. Die diesbezüglich gefaßten Beschlüsse gingen aber wahrlich über den höchsten Kulminationspunkt des modernen Liberalismus noch weit hinaus. Es wurde nämlich beschlossen, „daß der Religionsunterricht in den Volksschulen den weltlichen Lehrern zu überlassen sei, und daß dieser Unterricht nach einem lediglich nach pädagogischen Grundsätzen verfaßten Lehrbuche erteilt werden solle, welches allen Konfessionen entsprechen würde. Dieser Religionsunterricht solle aber kein obligater Gegenstand der Volksschule sein, sondern es allen Eltern freistehen, ihre Kinder an diesem Unterrichte theilnehmen zu lassen oder nicht. Solange diese Grundsätze nicht ausführbar seien, solle der Religionsunterricht von der Schule vollkommen ausgeschlossen sein.“

Das ist nun wahrhaftig das Non plus ultra des radikalsten und extremsten modernen Liberalismus, eigentlich Nihilismus. Die Lehrerversammlung war nach den Anträgen des Herrn Dittes wol noch so gütig, das Dasein und die Fortdauer der jetzt bestehenden Konfessionen, der römisch- und griechisch-katholischen, der augburgischen und helvetischen und der mosaischen anzuerkennen, aber es sollen die berufenen Diener dieser bestehenden Religionen den Unterricht in der speziellen Glaubenslehre und Disziplin, in den gottesdienstlichen Uebungen und Gebräuchen derselben durchaus gar nicht in den Volksschulen erteilen dürfen, sondern in diesen Volksschulen soll eine eigene, lediglich pädagogisch fabri-

zirte, allgemeine, allen Konfessionen entsprechende Religionslehre ausschließend von den weltlichen Lehrern vorgetragen werden! Es sollen also die Diener der verschiedenen Religionen gezwungen werden, es eben darauf ankommen zu lassen, ob die Eltern ihre Kinder zwar in diese oder jene Religionsgenossenschaft aufnehmen, sie aber dann in den Lehren derselben gar nicht, sondern in einer besonderen abstrakten, allen Konfessionen und daher gar keiner entsprechenden Religion, oder auch in gar keiner unterrichten lassen würden. Es ist leicht zu erkennen, daß in diesen Anträgen des Herrn Direktors des Wiener Pädagogiums eigentlich die Negation aller positiven Religion und die Hoffnung verborgen ist, daß durch dieses System eines Religionsunterrichtes alle bestehenden positiven Konfessionen nach und nach verschwinden, und dann nur eine einzige allgemeine Religion, nämlich die anthropologische, die Selbstvergötterung des Menschen, die Anbetung der Materie herrschen würden.

Wir wollen nicht verkennen, daß die Anträge des Herrn Dittes in einer wichtigen Beziehung wahrhaft freisinnig sind, darin nämlich, daß sie die neue pädagogische Religionslehre nicht zu einem obligaten Gegenstand der Volksschule machen wollen, sondern es den Eltern anheimstellen, ihre Kinder an diesem Religionsunterrichte theilnehmen zu lassen oder nicht. Damit ist den Eltern eigentlich eine doppelte Freiheit gewährt, nämlich erstlich die Freiheit, ihre Kinder ganz ohne Religionsunterricht aufwachsen zu lassen, dann aber auch die Freiheit, denselben den aus der Volksschule ausgeschlossenen speziellen Konfessionsunterricht durch die Geistlichen zu Hause oder in eigenen Konfessionsschulen zu verschaffen. In Betreff der erstern Freiheit wäre die Frage zu erörtern, ob Eltern, welche selber ohne Religion sind, deshalb das Recht haben, auch ihre Kinder zur Religionslosigkeit zu prädestiniren. Doch wir unterlassen diese Untersuchung, weil wir uns für die Praxis getrösten, daß es ohnehin gewiß nur sehr wenige solche Eltern geben wird. Durch die zweite Freiheit aber wird glücklicherweise die praktische Bedeutung der Anträge des Herrn Dittes größtentheils vernichtet; wenn sie an sich überhaupt eine reale Bedeutung hätten. Im Vertrauen auf den Verstand und die Gewissenhaftigkeit der Eltern, ja auf die menschliche Natur kann man überzeugt sein, daß in dem Falle, als die weltlichen Regierungen den fanatisch antikirchlichen und irreligiösen Beschlüssen dieses neunzehnten deutschen Lehrerkonziliums praktische Geltung gestatten möchten, dann gewiß die überwiegende Mehrzahl aller katholischen, protestantischen und israelitischen Eltern ihre Kinder nicht an dem pädagogischen konfessionslosen Religionsunterricht theilnehmen, sondern dieselben zu Hause oder in eigenen Schulen in der eigenen Religion durch die Geistlichen derselben unterrichten lassen würde. Der moderne Liberalismus verlangt dringend, ja gebieterisch konfessionslose Schulen, selbst dort, wo die verschiedenen Konfessionen unvermischt bestehen; ja er will die inmitten einer katholischen oder protestantischen Mehrheit lebenden Protestanten und Katholiken zwingen, ihre eigenen Konfessionsschulen aufzugeben, denn dieser Liberalismus ist im Wider-

sprache mit der ganzen Kulturgeschichte der Ansicht, daß die Lehren positiver Religionen mit dem Fortschritt der Bildung unvereinbar seien. Wenn aber solche Anträge wie die Dittes'schen zur Ausführung kämen, so wäre dies das Signal, die Aufforderung, der Zwang zur Gründung von konfessionellen Schulen, und hätte dann die religiöse Mehrheit der Staatsbürger unzweifelhaft das Recht, für ihre Konfessionsschulen die Schulfonds in Anspruch zu nehmen und für die konfessionslosen Schulen die Beisteuer zu verweigern.

Herr Dittes hat seine wahrhaft himmelftürmenden Anträge mit einer Rede motivirt, durch welche die Versammlung förmlich in einen liberalen Parnassus versetzt worden ist. Ein einziger Mann der zahlreichen Versammlung, nämlich der Superintendent Dr. Robert Schulze aus Gotha hatte den Muth auszusprechen, „daß die Volksschule des Religionsunterrichtes nicht entbehren könne, sonst würde man ihr die Seele entziehen, denn die Sittenlehre sei ohne Religion nicht denkbar.“ Er erfuhr Widerspruch und Zustimmung, Beifall und Zischen; aber die Dittes'schen Anträge wurden einstimmig angenommen. Das ist ein verhängnißvoll bedeutsames Zeichen der Zeit. Doch darf man wol überzeugt sein, daß selbst sehr viele der Lehrer, welche über die Rede des Herrn Dittes vor Entzücken außer sich geriethen, im stillen ganz anders denken und fühlen und vor einem Gesichte schauern mußten, zu welchem die Masse der ohne eigentlichen positiven Religionsunterricht gelassenen, lediglich mit anthropologischen, Darwin'schen, Vogt'schen Theorien und Hypothesen exaltirten Jugend heranwachsen würde. Mit Bestimmtheit aber kann man voraussagen, daß solchem extremen abstrakten Liberalismus eine nicht minder extreme reale Reaktion folgen wird *).

Kritische Streifzüge.

(Verspätete reichskanzlerische Einsicht.) Wir wollen die vielen ja allseitigen Angriffe auf den Grafen Beust nicht vermehren, besonders nicht diejenigen, welche sich auf dessen persönliche, zumal finanzielle Verhältnisse beziehen. Wir könnten schadenfrohe Befriedigung empfinden, indem wir den Staatsmann, dessen Gegner wir waren, gleich als nur das erste Gerücht auftauchte, daß er in den österreichischen Staatsdienst eintreten werde, nunmehr nach einer kurzen Periode der Vergötterung so heftig und allgemein verurtheilt sehen, und zwar am bittersten gerade von Denjenigen, denen er vorzugsweise zu Gefallen

*) Die Verhandlung über weibliche Bildung, der wir mit einem Interesse entgegen gesehen haben, welches nur schwach befriedigt worden ist, werden wir in der nächsten Nummer glossiren.

gehandelt, und die eine Zeit lang wahrhaft anbetend zu ihm aufgeblickt haben. Doch uns ergreift ein menschlich Nühren, indem wir das schnelle Verschwinden solcher Herrlichkeit betrachten, und wir erschrecken fast darüber, daß alles, was wir Herrn von Beust gleich vom Anfang an vorhergesagt haben, so genau in Erfüllung gegangen ist.

Heute beschäftigt uns die Nachricht, daß Graf Beust daran denkt, einen von uns längst gerügten Fehler zu corrigiren, den er bei der Konstituierung der österreichisch-ungarischen Ministerium=Dreifaltigkeit begangen hat, den Fehler nämlich, daß der Präsident des gemeinsamen Reichsministeriums, der Reichskanzler und gemeinsame Minister des Aeußern von den Berathungen über die innern Angelegenheiten gänzlich ausgeschlossen ist, ja von denselben nicht einmal in offizieller Weise in Kenntniß gesetzt zu werden braucht, sondern sie wie jeder schlichte und passive Staatsbürger erst aus den Zeitungen erfahren kann.

In einer Beziehung haben wir stets die Partei des Grafen Beust genommen, darin nämlich, daß wir ihn gegen diejenigen in Schutz nahmen, welche ihm jede Einmischung in die innern Angelegenheiten untersagten, jeden Versuch einer solchen Einmischung geradezu als einen Verfassungsbruch bezeichneten. Wir haben stets auf die Nothwendigkeit hingewiesen, daß in jedem Staate überhaupt, besonders aber in einem Reiche von der Zusammensetzung und Weltstellung der habsburgischen Monarchie der Minister des Auswärtigen auch auf die innere Politik den entsprechenden Einfluß haben müsse. Herr v. Beust hat es versäumt, sich diesen nothwendigen Einfluß verfassungsmäßig zu verschaffen und zu wahren. Er hat sich zum Reichskanzler machen lassen, ohne im Reiche selbst, in der einen wie in der andern Hälfte offiziell auch nur eine beratende Stimme zu haben. Er hat sich dadurch mit seiner Reichskanzlerschaft recht eigentlich in die Luft gestellt und nun wol schon genügend erfahren, daß diese Stellung buchstäblich unhaltbar ist.

Warum hat Graf Beust es versäumt, bei der Konstituierung Oesterreich-Ungarns und der Einsetzung des Ministeriums tripartitum eine Verfügung zu fassen, durch die ihm der nothwendige Einfluß auf die innere Politik gesichert worden wäre? Es war ihm damals ersichtlich darum zu thun, den Ausgleich mit Ungarn so rasch als möglich, buchstäblich im Handumdrehen zu Stande zu bringen, und deshalb hütete er sich sorgfältig und ängstlich vor allem und jedem, was in Ungarn irgendwie hätte Widerstand finden können. Dabei rechnete Beust jenseits der Leitha auf immerwährende Dankbarkeit und diesseits auf die Devotion des von ihm kreirten Ministeriums, welches ihn durch den Mund des Fürsten Karlos Auersperg als Vater begrüßt hatte. Graf Beust gefiel sich überhaupt in der Rolle des Vaters von Oesterreich und er hoffte, daß namentlich die von ihm bevorzugten Kinder niemals etwas thun oder lassen würden, ohne vorher den Rath des Vaters eingeholt zu haben. Ueberdies glaubte er in allzu großem Selbstvertrauen sich auf den allmächtigen Zauber seiner Persönlichkeit verlassen

zu können und überzeugt sein zu dürfen, daß seiner Unwiderstehlichkeit eben niemand widerstehen können werde. Er hat sich in allen diesen Beziehungen gründlich getäuscht. Gerade Fürst Auerberg ist zuerst gegen den Vater aufgetreten, zwar vor ihm gewichen, nicht aber ohne der Popularität des Reichskanzlers einen starken Stoß versetzt zu haben. Den rapiden, ganz dem magyarischen Diktator gehorhamen Ausgleich mit Ungarn hörten wir den Grafen Beust mit der Aeußerung entschuldigen: „Als ich nach Oesterreich kam, war Ungarn gar nicht da; jetzt haben wir es wieder.“ Nun ja, wir haben es, insofern es uns hat! Ungarn ist wieder da, zunächst für sich selbst, dann ein bißchen auch für das Gesamtreich; ganz und gar nicht aber für den Reichskanzler. Wahrlich, man könnte fast sagen, daß Graf Beust als sächsischer Minister des Aeußern mehr Einfluß auf Ungarn üben konnte, denn als österreichischer Reichskanzler. Ganz besonders aber mußten die Erfahrungen, die er in dem von ihm projektirten Eisleithanien gemacht hat, den Grafen überzeugen, daß er sich eine zwar glänzende, aber unhaltbare Stellung geschaffen. Er scheint auch wirklich zu dieser Ueberzeugung gelangt zu sein.

Wir schließen das aus einem Artikel der „Kölnischen Zeitung.“ Derselbe hat wol den Titel: „Des Grafen Beust Glück und Ende“; wir theilen aber die Meinung derer, welche annehmen, daß dieser Artikel von einem sehr guten Freunde Beust's herrühre, von einem ihm so sehr nahe stehenden Manne, daß man ihn leicht mit Beust selber identifiziren könnte, jedenfalls von jemand, der durchaus nicht das Ende des Glückes dieses Staatsmannes wünscht, sondern im Gegentheil die Restauration und möglichst lange Dauer dieses Glückes.

In dem genannten aus Wien nach Köln gelangten Artikel wird nun genau so, wie es die „Reform“ schon oft gethan hat, die Anomalie der Stellung geschildert, in welcher sich der gemeinsame Minister des auswärtigen und Präsident des gemeinsamen Reichsministeriums den beiden sogenannten Landesministerien gegenüber befindet. Der Wiener Korrespondent des Kölner Blattes tadelt und beklagt aber diese Stellung nicht bloß, sondern gibt auch Mittel zur Abhilfe an, indem er einen förmlichen Gesegentwurf mittheilt und zur verfassungsmäßigen Behandlung empfiehlt, nämlich: „§. 1. Der Präsident des gemeinsamen Ministeriums hat das Recht, Berathungen jedes der beiden Landesministerien, sofern dieselben Berathungen politischer oder anderer Fragen gelten, die in Beziehungen zu gemeinsamen Angelegenheiten stehen, beizuwohnen und an denselben — jedoch nicht an der Abstimmung — sich zu betheiligen. §. 2. Die Präsidenten jedes der beiden Landesministerien haben rücksichtlich der Berathungen des gemeinsamen Ministerrathes das gleiche Recht der direkten Theilnahme.“

Abgesehen davon, daß der Verfasser dieses Gesegentwurfes ein ziemlich schlechter Stylist ist, muß zugegeben werden, daß durch eine solche Ergänzung des Ausgleichsgesetzes dem jetzigen Uebelstande wenigstens einigermaßen abgeholfen

werden würde. Eine gründliche Abhilfe aber wäre es nicht, und eine solche ist bei der originellen dualistischen Verfassung überhaupt unmöglich.

Es fragt sich nun, ob ein solches Gesetz überhaupt und besonders ob es unter dem Grafen Beust und zu seinen Gunsten in beiden Reichshälften zur Annahme gebracht werden könnte. Wir bezweifeln beides. Im Jahre 1867 wären die Magyaren vielleicht dahin zu bringen gewesen, sich ein solches ministerielles Wechselverhältniß gefallen zu lassen. Als kleines Entgelt für so vieles, was sie in nicht gehoffter Weise erlangten, würden sie vielleicht überhaupt und namentlich gerade Herrn v. Beust, dem sie sich damals doch verpflichtet fühlten, diese kleine Konzession gemacht haben. Gegenwärtig aber dürften sie dazu schwerlich geneigt sein, und zwar besonders nicht dem Grafen Beust gegenüber. Dafür, daß der ungarische Ministerpräsident im gemeinsamen Ministerrath Sitz und beratende Stimme haben sollte, möchten die Magyaren wol sein, nicht aber für das gleiche Recht des Reichskanzlers in Betreff des ungarischen Kabinetts. Die diesseitigen Verfassungstreuen würden im Jahre 1867 das obige Gesetz gewiß mit Freuden votirt haben und sie möchten es auch wol jetzt noch thun, schwerlich aber zu Gunsten des Grafen Beust.

Der von Wien via Köln gemachte Verfassungsreformvorschlag kommt also sowol für die Sache als für den Grafen Beust zu spät. Doch selbst wenn dieses Gesetz jetzt auch wirklich noch von beiden Reichshälften angenommen würde, könnte dadurch die Stellung Beusts nicht mehr wesentlich und dauernd gebessert werden. Es ist zu spät!

(Böhmen und die Deakisten.) Es hatte eine Zeit lang den Anschein, als ob unter den Magyaren denn doch das Gefühl der Gerechtigkeit zum Durchbruch kommen möchte, um auch andern Völkern das zu gönnen, was sie, die Magyaren, errungen haben, und zwar nicht ohne Zuthun der andern Völker. Man muß es den Magyaren recht oft zu Gemüthe führen und ins Gewissen hineinreden, daß sie ihre jetzige Stellung nicht bloß der politischen Vornirtheit der Februaristen, nicht bloß der Galanterie des Herrn von Beust verdanken, sondern ganz vorzugsweise der nationalen und staatsrechtlichen Opposition in den diesseitigen Ländern. Die Magyaren würden sich gewiß nicht des hohen Grades ihrer jetzigen staatsrechtlichen Selbständigkeit erfreuen, wenn es gegen die Februarverfassung, gegen die Schmerling-Basser'sche Centralisation keine andere Opposition gegeben hätte, als die magyarische. Es schien nun wirklich, daß in Ungarn die Erkenntniß dieses Verhältnisses zur Geltung gekommen, daß die Magyaren, wenn schon nicht aus Gerechtigkeit und Freisinnigkeit, so doch wenigstens aus Klugheit aufhören würden, den gleichberechtigten Ansprüchen der andern Völker entgegen zu arbeiten, weil sie denn doch selbst bei einem nur geringen Maße politischen Verstandes einsehen mußten, daß ihre eigene Stellung solange unsicher bleibt, als die andern Völker unbefriedigt sind. Solange in der habsburgischen Monarchie nicht voll-

lommene Gleichberechtigung herrscht, so lange die Magyaren ein Privilegium genießen, durch welches alle andern Völker sich verletzt und zurückgesetzt fühlen, ein Privilegium, welches die Deutschösterreicher den Magyaren nur mit offenem Widerwillen gewährt haben; so lange können die Magyaren ihrer Errungenschaften nicht sicher sein. Dies zu erkennen, dazu gehört, wie gesagt, nur ein sehr geringer Grad von politischem Verstande.

Mit freudiger Hoffnung betrachteten daher die Freunde der allgemeinen Freiheit und Gleichberechtigung jedes Zeichen, welches auf solche bessere Erkenntniß der Magyaren hindeuten schien. Es kamen während der letzten Zeit unsers Bürgerministeriums und nach der Reichsrathskatastrophe viele solche Zeichen vor. Die magyarische Oppositionspartei, welche schon früher dem Prinzip des wahren Rechtes und der echten Freiheit gehuldigt hatte, verlangte nun immer entschiedener, daß den Böhmen, Polen u. s. w. ihr Recht werden sollte. Aber auch unter den Deklarierten ließen sich wenigstens ähnliche Stimmen vernehmen. Ganz besonders schienen die Magyaren sich endlich des innigen Zusammenhanges der Geschichte Böhmens und Ungarns zu erinnern und des Umstandes, daß das Königreich Böhmen genau mit denselben Rechten wie das Königreich Ungarn an die habsburgische Dynastie gekommen, also nicht einem Gesamtreiche und noch weniger irgend einem andern Volke dieses Reiches unterworfen worden sei. Da nun die deutschen Dezembristen das Recht Böhmens deshalb nicht anerkennen wollten, weil über dasselbe Jahrhunderte hinweggegangen wären, weil also diese Dezembristen Böhmen gegenüber die Verwirklichungstheorie geltend machten, so mußten sich die Magyaren bei nur einiger politischen Klugheit veranlaßt fühlen, für die Böhmen Partei zu nehmen, sowie diese unter Schmerling für Ungarn Partei genommen hatten. Denn wenn überhaupt der Verwirklichungstheorie praktische Geltung gegeben wird, so kommt es dann nicht auf die kürzere oder längere Zeit an, und wenn Böhmen sein Recht einmal durch eine Revolution verwirklicht hätte, so wäre dies in Ungarn zehnmal der Fall gewesen. Die Magyaren hatten daher alle Ursache, die Konsequenzen des Prinzips zu fürchten, und dies umso mehr, da die deutschen Verfassungstreuen unter Schmerling-Rasser auch Ungarn gegenüber ganz offen Bekenner der Verwirklichungstheorie und sehr geneigt waren dieselbe zu exekutiren, und diese Exekution nur deshalb unterlassen haben, weil ihnen die Macht dazu fehlte.

Bis zum Antritte des Ministeriums Potocki konnte man sich der freudigen Hoffnung hingeben, daß nunmehr die Magyaren für die wahre allgemeine Freiheit und Gleichberechtigung eintreten würden. Es war leider eine Täuschung. Als zwei Mitglieder der Minorität des ehemaligen Bürgerministeriums, Potocki und Laaffe an die Spitze eines neuen Kabinetts traten, als es den Anschein gewann, daß man nun mit Aufrichtigkeit und Ernst an einem wirklichen staatsrechtlichen Ausgleich arbeiten werde, und als nun die Böhmen ihrerseits die Sache wirklich aufrichtig und ernsthaft behandelten, sich nicht mit schönen Worten

und vagen Verheißungen etlicher administrativer KonzeSSIONen fördern ließen, sondern vor allem die Anerkennung ihres historischen Staatsrechtes verlangten, da zeigte es sich sofort, daß die Magyaren nach wie vor mit den deutschen Dezembristen gemeinsame Sache machen, daß sie wie diese auf dem usurpirten Herrschaftsstandpunkte bleiben und von diesem herab den andern Völkern höchstens einige Gnaden erweisen, keineswegs aber das volle Recht gewähren wollen. Wieder ergehen sich die Organe der Deßkisten unisono mit den deutschen Dezembristen in Verspottung und Verdamnung der staatsrechtlichen und nationalen Opposition und verkünden mit gewaltthätiger Herrschbegier, daß die Magyaren und Deutschen verbrüdert sein und bleiben werden, um die Slaven nicht aufkommen zu lassen. Die Deßkisten behaupten triumphirend, daß nunmehr auch die magyarische Oppositionspartei sich von den Nationalen, namentlich von den Böhmen abgewendet habe, daß überhaupt niemals mehr irgend eine magyarische Partei für die nationale Opposition, namentlich für die böhmische eintreten werde. Wir glauben das nicht; wenn es aber wahr wäre, nun so würde eben auch die magyarische Opposition den Untergang Oesterreich-Ungarns auf ihrem Gewissen haben.

Mit Freude vernehmen wir schon jetzt wenigstens eine magyarische Stimme gegen die deutsch-magyarische Gewaltpolitik. Graf Nikolaus Bethlen erhebt diese Stimme in seiner „diplomatischen Wochenschrift.“ Er schreibt den jetzigen innerlich und äußerlich gefährlichen Zustand Oesterreich-Ungarns vorzüglich der „polnischen Wirthschaft“ zu, gewiß nicht ganz mit Unrecht, aber auch nicht ganz mit Recht. Er sagt:

„Raum daß die polnische Emigration in Paris ihre Thätigkeit in Oesterreich zu entwickeln beginnt, so fühlen wir in ganz Oesterreich-Ungarn den Boden unter unsern Füßen erzittern. Die Czechen werden abgestoßen, ihr Staatsrecht wird geleugnet; die Kroaten werden gemaßregelt, weil sie das Andenken eines nationalen Mannes feiern; ein obskurer Pfarrer wird zum Erzbischof von Agram avancirt statt des in europäischem Rufe stehenden Stroszmayer und schließlich provoziert ein Schweizer aus Graubünden die kroatische Nation, indem er deren edelste Gefühle schonungslos verletzt.“

Hierauf weist Graf Nikolaus Bethlen warnend auf Rußland und Preußen hin und fährt dann fort:

„Graf Beust überliefert Oesterreich-Ungarn der Willkür des Kaisers Napoleon und uns Ungarn bringt er die Russen — wie es Kossuth voraussagte — vorzeitig auf den Hals. Noch ist es Zeit, auf diesem Abhang, der uns zum Verderben führt, stehen zu bleiben. Man gebe den Slaven Oesterreich-Ungarns (nicht auch den Rumänen?) jenen berechtigten Einfluß im Gesamtreiche, der ihnen gebührt. Man gebe Böhmen sein Recht, man stelle in Kroatien die nationale Partei ans Ruder.“

Wird diese Stimme des Grafen Nikolaus Bethlen eine Stimme in der Wüste bleiben? Es ist zu fürchten, denn die Verblendung der herrschenden deutsch-magyarischen Partei ist zu groß. Dieser Partei ist in ihrem dichten Panzer der Rabulisterei der freie Blick genommen und das wahre Rechtsgefühl erstickt.

Die Verfassungskrisis und die Armee.

In allen Blättern liest man von einer tiefen Verstimmung, welche sich der Armeekreise bemächtigt hat. Auch wir haben die Symptome davon wahrgenommen und halten es für unsere publizistische Pflicht, einer so auffallenden Erscheinung unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Seit Königgrätz doktort man hohen Ortes an der Armee herum, ohne doch bis heute die Schäden geheilt zu haben, woran sie in gefährlicher Weise krankt. Der Grund, warum die verschriebenen Rezepte nichts geholfen und im Gegentheile den Zustand des Patienten noch verschlimmert haben, ist nach den von uns gemachten Erfahrungen kein anderer, als der, daß einestheils der Kranke bloß die Rezepte, nicht aber die heilsamen Medikamente erhält, und daß andernteils von Seite der häufig wechselnden Doktoren nicht jene Mittel angewendet werden, welche das Uebel an der Wurzel fassen. Man wendet in altgewohnter Manier Palliativmittel an, wo nur eine Radikalkur zum Ziele führen kann — oder man verordnet eine ganze Reihe von wunderthätigen Maßregeln, die aber leider nicht wirken können, weil sie eben nur in Rezeptform auf dem Papiere stehen bleiben, und sich Niemand die Mühe gibt, sie in Fleisch und Blut übergehen zu lassen.

Dabei sind noch meistens die behandelnden Aerzte von einer gewissen Unfehlbarkeitsmanie erfüllt, so daß sie von keinem irdischen Wesen einen Rath annehmen wollen und sich einbilden, gerade nur ihr Mittel oder ihre Methode müßte sich bewähren, wobei sie in lächerlicher Selbstüberhebung darauf pochen, daß ja faktisch der Kranke noch nicht gestorben ist. Daß er aber auch nicht leben kann, wie er sollte und möchte, das begreifen sie in ihrer Alterweisheit nicht.

In neuester Zeit ist sogar eine Pause in den verschiedenen Heilversuchen eingetreten, und es scheint beinahe, als sollte nun die Hungertur an die Reihe kommen. So reich an organisatorischen Bestrebungen in Bezug auf das Heerwesen das Jahr 1869 war, so arm ist dessen Nachfolger, und gerade die wichtigsten Gesetze harren des Zauberwinkes, der sie ins Leben rufen soll. Allerdings trägt hieran zum Theile die heutige Lage des gesammten Reiches Schuld, indem nach der bestehenden Verfassung die Angelegenheiten der gemeinsamen Armee von den Vertretungskörpern in Wien und Pest endgiltig entschieden werden müssen.

-

Zwar tagt dermalen das ungarische Ober- und Unterhaus, ist aber mit Sorgen von ganz anderer Art vollauf beschäftigt, daß auf lange Zeit hinaus noch nicht daran zu denken ist, es werde die brennende Frage der Heeresreform an dieser Stelle in Angriff genommen werden. Das „Schmerling-Theater“ dagegen ist bis auf weiteres gesperrt, und wer kann sagen, wann es wieder mit neuer Dekorierung eröffnet wird? Allein, daß es so kommen mußte, haben doch nur die Weisen im grauen Hause selbst verschuldet, indem sie in gewohnter Langsamkeit mit den bloßen Vorbereitungen kostbare Jahre versplitterten, so daß sich inzwischen die Situation geändert hat, und das Stück ohne Umarbeitung nicht in die Szene gesetzt werden kann.

Seltzam ist es, daß man sogar dafür genügende Mäße fand, um eine 157 Druckseiten umfassende Broschüre unter dem Titel „Vorschriften über das Pferdewesen des k. k. Heeres“ zu emaniren, während das Sanitäts- und Justizwesen noch in den Windeln der Projekte schlummern. In solch efflatanter Weise hat das Ministerium der Welt gezeigt, wie hoch bei uns die wissenschaftliche Bildung, die wahre Intelligenz im Heere geachtet wird. Und nicht etwa die Aerzte und Richter allein leiden unter diesem heillosen Zaubersystem, sondern gewiß weit mehr die gesammte Armee. Beispielsweise bestehen noch immer die famosen Ehrengerichte, deren Beseitigung unausführbar oder doch eine neue Halbheit wäre ohne gründliche Reform der Armeejustiz, welche letztere in ihrer gegenwärtigen Verfassung nichts als ein Spielball in den Händen der militärischen Machthaber ist.

Um aber auf unser eigentliches Thema zu kommen, müssen wir uns klar machen, in welchem Zusammenhange die latente Verfassungskrisis mit jener totalen Umwandlung steht, die sich unleugbar im gemeinsamen Heere kundgibt. Schon die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hat einen bedeutsamen Umschwung zur Folge gehabt, dessen Konsequenzen sich täglich mehr geltend machen. Die Regierung mußte, ob sie wollte oder nicht, mit gewissen Vorurtheilen und veralteten Traditionen brechen und eine durchaus neue Bahn betreten, um nicht von der fortschreitenden Kultur überflügelt zu werden. Reformen aller Art wurden, wenn auch mit einigem Widerstreben, in den meisten Heereszweigen plötzlich eingeführt, nachdem man es durch eine endlos lange Zeit versäumt hatte, deren segensreiches Wirken naturgemäß vorzubereiten. Weil man aber auch hiebei nicht systematisch vorging, sondern fast nur ruckweise und von Fall zu Fall sich von der öffentlichen Meinung zu diesem oder jenem Zugeständniß drängen ließ, geschah es, daß man einerseits immer wieder um einen Schritt hinter den Forderungen der Zeit zurückblieb, andernteils aber das Ganze keine organische Gestaltung erhielt, sondern vielmehr eine unnatürliche Verquickung von altem und neuem darstellt. Zwischen diese einander widerstreitenden Bestrebungen in die Mitte gestellt, mußte nothwendig die Armee in ein gewisses Schwanken gerathen, das weder ihr selbst noch dem Staate zum Nutzen gereichen kann. Die

Disziplin wurde gelockert, weil es keine festen Normen gibt, nach denen dies oder jenes beurtheilt werden soll, ja im Gegentheile ein jeder Kommandant die Vorschriften nach seinem Belieben auslegt, so daß in Wahrheit heute mehr denn je der Willkür und Laune des Einzelnen Thür und Thor geöffnet ist. Trotz aller Versprechungen, daß von nun an nur dem Talente die Wege zu höheren Stellen offen stehen sollen, blüht das Protektionsunwesen ärger als je. Das bestehende Avancementsgesetz wird nicht befolgt, und ein neues soll erst kommen. Daselbe gilt vom Dienstreglement, welches bereits an vielen Stellen durchlöchert ist. Die Reorganisirung des Generalstabes, vorläufig beschlossen und erwartet, scheint ebenfalls ad graecas calendas vertagt zu sein. Auch ein neues Gebührenreglement, Heirats- und Pensionsnormale steht bevor, kann aber nicht zum Durchbruch kommen, bevor die Verfassungskrisis erledigt ist.

Es herrscht also eine Art von gemüthlicher Anarchie, welche durch die Uebergriiffe noch gesteigert wird, die einzelne Organe der neugeschaffenen Intendantz sich erlauben, worüber uns wunderbare Historien von glaubwürdiger Seite mitgetheilt wurden. In einem solchen Uebergangsstadium kann aber das Herrwesen so wenig gedeihen, als die Pflanze in unserem Klima unter einem endlosen Regen oder einem ewigen Sonnenbrand. Dazu kommt noch das auf den alten Stamm gepfropfte Reis des Landwehrinstitutes, welches den Neid und die Eifersucht der Linie in hohem Grade schon jetzt erregt, da es kaum im Entstehen begriffen ist.

Doch alle diese Momente wären nicht im Stande, den bewährten Geist der Truppe zu erschüttern und ihr Vertrauen in die Zukunft zum Wanken zu bringen. Was aber bis ins innerste Mark hinein seine allmächtige Wirkung äußert, ist das immer lebendiger werdende Bewußtsein, daß es mit all der Herrlichkeit ein rasches Ende nehmen wird und muß, in deren stolzen Träumen sich bisher die Mehrzahl der Armeegenossen sorgenlos gewiegt. In der Seele des einfachsten Troupiers dämmert allmählich der Gedanke auf, es müßte bald dahin kommen, daß der Zeitgeist den Regierungen ein donnerndes „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegenruft und sie kategorisch zwingt, ihre Militärmacht auf jenes Niveau herabzudrücken, das mit den Staatsfinanzen und dem Wohlstande der Völker im Einklange steht. Nicht die Menge der Bajonette und die Vortrefflichkeit der Geschosse bedingt in einer vielleicht nahen Zukunft die imponirende Größe des Staates, sondern von ganz anderen Faktoren wird es abhängen, um sich auf einer gewissen Höhe zu behaupten und mit anderen Staaten erfolgreich zu konkurriren. Diese Ueberzeugung hat sich trotz Sagenenerhöhung und Wartfreiheit selbst in solchen Kreisen ausgebreitet, wo man noch vor kurzem spöttisch lächelte, wenn von einer noch so unbedeutenden Herabminderung des Armeebudgets die Rede war. Auch die Orden und sonstigen Auszeichnungen, welche als Anerkennung für das tapfere Verhalten im dalmatinischen Feldzug verliehen wurden, machen nichts wett an dem trüben Gedanken, daß im Ganzen

genommen die Zeit des Säbels vorüber ist. In den jüngsten Tagen hat man sogar offen das Verlangen ausgesprochen, daß das Waffentragen außer Dienst sowol der Mannschaft als den Offizieren nicht ferner mehr gestattet und auf diese Art die Säbelherrschaft auch symbolisch abgeschafft werden soll. Mit den niedlichen Marschallstäben allein will sich aber die militärische Gentry nicht begnügen. So wird die Verstimmung leicht erklärbar, welche naturgemäß immer tiefer werden muß, je höher die Wogen der politischen Strömung gehen.

Die neueste Bewegung, welche, wenn auch nur erst in leisen Schwingungen, ganz Europa durchzittert, hat einen entschieden sozialen Charakter. Seit den Märztagen des Jahres 1848 ist es vielleicht zum ersten Mal in Oesterreich, daß das Bewußtsein des Staatsbürgerthums in die Massen bringt, und der feste Wille, ein freier Mensch zu werden, wie ein Lösungswort von Mund zu Mund geht. Da fühlt sich nun der Soldat so ziemlich isolirt gleich Einem, den die bürgerliche Gesellschaft aus ihren Kreisen verbannt hat. Er nimmt an den Wahlen und überhaupt am öffentlich politischen Leben keinen Theil, es wäre denn als Assistenz zur Verhütung von Wahlerzessen. Für ihn existirt keine Verfassung, weder jene, deren Vater sich Schmerling nannte, noch jene, bei deren Geburt Reichskanzler Beust die Pathenstelle vertrat. Und doch hat der Dualismus auch die Armee berührt, namentlich im Punkte der Nationalität. Indes Ungarn seine Landesfinder in die Heimat ruft, haben die anderen Königreiche und Länder in dieser Beziehung noch keinen Schritt gethan, und höchstens hier und da einzelne Gemeindevertretungen eine schwächterne Petition gewagt, damit das heimische Regiment in die Ergänzungs-Bezirksstation verlegt werde. Ja, in der ungarischen Landwehr ist auch die Kommandosprache ungarisch — der k. k. Landwehr dagegen hat man die sogenannte Armeesprache, nämlich das Deutsche oktroyirt.

„Wir wollen Charaktere!“ So lasen wir zu unserer Verwunderung erst neulich in einem militärischen Blatte. Wie sollen sich aber Charaktere bilden, und auf welche Art zur Geltung gelangen, wenn von allen Seiten dahin gewirkt wird, um das bißchen Muth und Festigkeit, das einzelne kräftigere Naturen aus dem allgemeinen Schiffbruche noch gerettet haben, gewaltsam zu vernichten? So lange das Recht des Einzelnen nicht besser geschützt ist, als es bis heute der Fall war, so lange wird und kann in der Armee kein wahres Leben beginnen.

Eine deutsche Stimme aus Mähren.

(Von einem notablen deutschen Mährer, dessen Namen wir gern veröffentlichen möchten, wenn wir nicht fürchten müßten, ihm dadurch in seiner öffentlichen Stellung zu schaden, erhielten wir nachfolgenden Brief. Wir theilen ihn der Sache wegen mit, und glauben überzeugt sein zu dürfen, daß die Freunde der „Reform“ dies dem Redakteur derselben nicht als Eitelkeit imputiren werden.)

Euer Wohlgeboren! Schon mehreremal ist in mir der Drang rege geworden, an Sie einige Worte zu richten, um die Sympathien auszusprechen, welche viele Deutsche in Mähren, die wahrhaft Oesterreich lieben und es zu erhalten wünschten, für Euer Wohlgeboren hegen wegen der so aufopfernden und ungerachtet so vieler Anfeindung dennoch so muthigen Vertheidigung einer allen Nationen gerecht werdenden Verfassung. Die letzte Nummer der „Reform“, und zwar die Korrespondenz „An mehrere Freunde in Wien“ macht den bisherigen Drang zur That.

Euer Wohlgeboren sind seit dem Erscheinen der „Reform“ männlich für die Rechte sämmtlicher Nationalitäten Oesterreichs eingetreten, haben die föderative Verfassung, die allein Bürgschaft für wahre Freiheit der Völker, für das geistige und materielle Wohl derselben gibt, in Schutz genommen, für dieselbe in Zeiten, die für die Föderalisten gefährlich waren, unerschrocken das Wort gesprochen. Viele, sehr viele Deutsche in Mähren theilen vollkommen Ihre Ansicht, bewundern Sie ob Ihres standhaften Auftretens, Ihrer Beharrlichkeit, selbst jetzt in den gleich schwer bedrängten Zeiten, „wo Sie sich noch mehr schaden“, wie Ihre Wiener Freunde behaupten.

Ja, auf dem Lande leben viele Deutsche mit gleich gerechter Gesinnung, wie Sie, hochgeehrter Herr Redakteur, auch diese Deutschen schaden sich, bleiben aber ihrer Gesinnung treu, weil selbe auf Gerechtigkeit, auf echt österreichischem Patriotismus basirt, und sie die Hoffnung nicht sinken lassen, daß die Gerechtigkeit denn doch einmal die Palme des Sieges davontragen wird.

Es ist Schade um Worte, hier auf dem Lande die sogenannten Verfassungstreuen zu einem andern, zu einem gerechten Sinne zu bekehren; sie alle hängen an ihren Führern im deutschen Kasino, diese wieder, wenn nicht an den „Bleisohlen“, so doch an ihren Sonder-Interessen; und wer da nicht mithält, wird aus der Reihe der Intelligenz unbarmherzig gestrichen (daher der große Anhang der fein wollenden Intelligenzen), deshalb ist keine Aussicht auf Versöhnung, keine Aussicht auf innern Frieden. Und das Resultat? Wer kann solches schon jetzt voraussehen! Es wird von Tag zu Tag schlimmer, jeder, ob er dieser oder jener Partei angehört, leidet in Orten von gemischter Bevölkerung in seinen geschäftlichen Verbindungen, von sozialen Verhältnissen ist gar nicht zu reden, es sind zwei feindliche Lager. Und immer noch keine rettende Hand, diesen unseligen Verhältnissen ein Ende zu machen! Wahrlich traurige Zustände in dem lieben Oesterreich. Die Föderation wird als ein Uebel erklärt; nun, von zwei Uebeln wähle man das kleinere, und das ist jedenfalls der Föderalismus, weil dieser von den zwei streitenden Parteien jeder Gleichheit und Gerechtigkeit spendet, während der Centralismus der Wiener Reichsraths-Elite und leider auch der Mehrzahl der Deutschen nur Herrschaft einerseits und Knechtschaft andererseits repräsentirt. Soll sich das Letztere, nachdem es unter dem sogenannten Bürgerministerium so ein klägliches Fiasko gemacht, abermals wiederholen? Rein, das

kann kein Oesterreicher mehr wünschen. Und doch, wer dieses tief gefühlte Bedürfnis offen hier zu Lande ausspricht, wird nicht als solcher, als Patriot, sondern als Gezeche, Ultramontaner, Feudaler, Reaktionär u. gebrandmarkt, verfolgt, und zwar mit einem Fanatismus, der selbst das Kind im Mutterleib nicht schonen möchte.

Wollen sich daher Euer Wohlgeboren trösten; uns Gleichgesinnten auf dem Lande geht es noch schlimmer. Allein das wird uns unter keinen Umständen von unserm Bewußtsein, gerecht zu handeln abbringen, vielmehr belebt uns die Hoffnung, daß sich bei unsern Stammesgenossen über kurz oder lang die Ueberzeugung Bahn brechen wird, daß in den deutschen Kasinos nicht das Heil zu suchen ist, sondern nur in einer gerechten Verständigung mit den Nationalitäten, die allein die wahre Freiheit und das materielle Wohl jedes Einzelnen begründen wird.

Entschuldigen Sie, daß ich diese Zeilen an Sie richte, allein ich hoffe, es dürfte Ihnen, wenn auch im geringen Maße, so doch zur Beruhigung dienen, daß Sie als Deutscher in Ihren Bestrebungen nicht allein stehen, sondern viele Ihrer Stammesgenossen an Ihrer Seite, wenn auch nicht mit demselben Eifer, für dieselbe gerechte, endlich unüberwindliche Sache mitkämpfen.

Mit dem Ausdruck u.

Aleine kritische Chronik.

Vom 8. bis 15. Juni.

J u l a n d.

Das Resultat der Wahlen in den verfassungstreuen Ländern, besonders in Niederösterreich läßt sich bereits mit ziemlicher Bestimmtheit voraussehen. Es werden einige neue Akteure auftreten, aber das alte Stück, die österreichische Tragödie wird wiederholt werden, eben nur mit theilweiser neuer Besetzung und Inszenirung. An schönen Monologen wird es nicht fehlen, die Alten und Jungen werden in möglichst freiklingenden Reden wetteifern, aber man wird doch nur eine ermüdende Variation alter Thematata hören. Vielleicht werden einzelne legislatorische „Schlager“ auf konfessionellem Gebiete vorkommen. In der Hauptsache aber, nämlich in der Verfassungsfrage wird alles beim Alten bleiben. Da stehen die Alten und die Jungen wirklich auf demselben Standpunkte und es war daher ganz überflüssig, daß sie sich so heftig gezankt und gegenseitig angefeindet haben. Beide stehen auf dem usurpirten Herrschaftsstandpunkte und wollen den opponirenden Völkern bloß einige gnädige Konzessionen machen, nicht aber ihr Recht anerkennen. Auf diese Weise kann der Ausgleich nicht zu Stande kommen, und es wird also das Resultat der Potocki'schen Episode abermals nur ein sehr gefährlicher Zeitverlust sein.

Eine Volksversammlung in Neustadt hat beschlossen, daß die Sozialdemokraten sich der Wahl enthalten sollen. Diese Partei handelt dadurch ihrem Prinzip gemäß

ganz konsequent. Auch im allgemeinen würde die Abstinenz heilsam sein, wenn allgemein ein konstituierender Reichsrath verlangt würde. Da aber daran nicht zu denken ist, so muß die herrschende Partei eben noch einmal Fiasko machen, bevor eine wirkliche Besserung eintritt.

Unter den Polen herrscht schon wieder die altherkömmliche Uneinigkeit. Der Antrag Smolka's, daß Galizien mit der übrigen staatsrechtlichen Opposition gemeinsame Sache machen solle, wurde von der Majorität der Rotabelnversammlung abgelehnt. Allem Anschein nach wird Galizien sich durch eine privilegierte Stellung für die Reichsrathspartei gewinnen lassen. Das wird aber wahrlich keine Rüglickeitspolitik sein, sondern für Oesterreich und Polen große Gefahren heraufbeschwören.

Ein höchst beklagenswerther Akt des Ministeriums Potocki ist die Auflösung des Wiener Vereins „zur Wahrung der Volksrechte.“ Das Wahlprogramm desselben wurde für staatsgefährlich gehalten. Wir sagen dagegen: Die Programme der Verfassungstreuen sind reichsgefährlich.

In Kroatien und in der Militärgrenze herrscht große Aufregung. Die ungarische Regierung weiß und fürchtet es; will aber nicht besänftigen, sondern schrecken. Das wird zu einem Ende mit Schrecken führen.

U n s l a n d.

Napoleon III. hat einen schlimmen Fehler begangen, indem er Soldaten und Mediziner, welche mit Rein gestimmt haben, bestrafen ließ. Durch solche Maßregeln hebt der Imperator den günstigen Eindruck des Plebiszits auf. Das kirikale Blatt „Le Monde“ beantwortet die Drohung, daß die französischen Truppen den Kirchenstaat verlassen werden, mit der Gegendrohung: „Auf die Revolution in Rom wird die Revolution in Paris folgen.“

Die türkische Regierung, die sich über die Verlegenheit, in welche Griechenland durch Räuber gebracht worden ist, gewiß sehr freute, hat jetzt selber eine ähnliche Räubergeschichte. Der französische Konsul in Erzerum ist ausgeraubt worden, und Frankreich fordert strenge Genugthuung. Das ist töthlich! Es werden arge Konflikte entstehen, wenn jede Regierung Genugthuung leisten soll, falls in ihrem Staate ein Ausländer bestohlen oder beraubt wird.

Luca Bucalovic hat an die Bewohner der Herzegowina ein offenes Schreiben gerichtet, in welchem er die Leiden seines Volkes schildert, glühenden Türkenhaß und die Hoffnung ausdrückt, daß ein Kampf Befreiung schaffen wird.

Der Kongreß von Nordamerika hat einen Centralisationsstreich gemacht, indem er beschloß, daß das amerikanische Staatsbürgerrecht fortan nicht mehr von jedem einzelnen Staate, sondern nur von der Centralregierung verliehen werden kann. Die „Neue freie Presse“ freut sich darüber und weist uns Föderalisten höhnisch auf dieses amerikanische Beispiel hin. Nun ja wol, die Herren in Washington sind durch den Sieg im Bürgerkriege übermüthig, herrschsüchtig geworden und bemühen sich, die Autonomie der einzelnen Staaten mehr und mehr zu beschränken. Das Resultat wird ein neuer Bürgerkrieg sein.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

XVI.

Albrecht V. wird König von Ungarn und Böhmen und deutscher Kaiser.

(Fortsetzung.)

Die Hoffnung Albrechts von Oesterreich, die Throne von Böhmen und Ungarn zu besteigen und auch die deutsche Kaiserkrone zu erlangen, ging unverhofft rasch in Erfüllung; ebenso unerwartet aber kam es, daß Albrecht sich der großen Herrlichkeit nur ganz kurze Zeit erfreute und daher die habsburgische Herrschaft über Böhmen und Ungarn noch nicht fest begründen konnte.

Nachdem Kaiser Sigmund und Herzog Albrecht durch feierliche Urkunden die genaue Befolgung der Prager Kompaktaten gelobt hatten, konnten sie am 23. August 1436 in Prag einziehen. Sigmund empfing die Huldigung der Stände und bestätigte dem Königreiche Böhmen alle Rechte und Freiheiten. Bei diesen Feierlichkeiten war Albrecht von Oesterreich als designirter Thronfolger von Böhmen zugegen. Doch die Anerkennung Sigmunds war keine allgemeine, und er mußte feste Plätze der Gegner, namentlich die Stadt Königgrätz mit Waffengewalt bezwingen. Darauf hielt er über die gewaltsam Unterworfenen ein strenges Gericht und beleidigte überhaupt im Widerspruch mit den Kompaktaten vielfach die Utraquisten, d. h. die Böhmen, welche das Abendmal unter beiderlei Gestalt (sub utraque) empfangen. Darüber wäre in Prag beinahe ein neuer Aufstand ausgebrochen, welchen Sigmund dadurch verhütete, daß er öffentlich bekannt machen, ja in allen Kirchen ausrufen ließ, die Utraquisten seien die echten ursprünglichen Christen.

Doch selbst diese demüthige Erklärung befriedigte die utraquistischen Magnaten nicht. Sie ertrugen zwar die Herrschaft Sigmunds, dachten aber mit Unwillen und Besorgniß an die Nachfolge Albrechts, der ihnen wegen der Grausamkeit, mit welcher er gegen die Hussiten verfahren, verhaßt war. Es bildete sich daher eine Verschwörung gegen die Thronfolge des Habsburgers. An der Spitze standen Georg von Podiebrad, Alois von Sternberg und Hinko von Lipa. Mit den Verschwornen machte aber Sigmunds eigene Gemalin, die Kaiserin-Königin Barbara, aus dem gräflichen Hause von Eilth gemeinsame Sache. Sigmund war von hinfälliger Gesundheit, während Barbara in üppiger Lebensfülle blühte und sinnlichem Genuße geneigt war. Ein frühzeitiger Tod Sigmunds war wahrscheinlich, und Barbara konnte den Gedanken nicht ertragen, dann von ihren

Thronen herabsteigen und in trauriger Witwenschaft leben zu sollen. Sie einigte sich also mit den Verschwornen dahin, daß sie nach Sigmunds Tode den jungen König von Polen, Wladislaw heiraten und dadurch die Kronen von Böhmen, Ungarn und Polen vereinigen sollte.

Kaiser Sigmund erhielt Kenntniß von den Umtrieben seiner Gemalin und erkannte die Nothwendigkeit denselben entgegen zu wirken. Er wagte jedoch nicht, in Prag offen einzuschreiten, weil die Kaiserin-Königin daselbst einen zu großen Anhang hatte. Die Krankheit Sigmunds hatte sich verschlimmert, und er benutzte dies, um den Wunsch zu erklären, vor seinem nahen Ende seine Tochter Elisabeth noch einmal zu sehen. Natürlich wäre es zweckmäßiger gewesen, daß Elisabeth nach Prag gekommen, als daß der kranke Kaiser nach Wien gereist wäre. Sigmund beharrte aber bei dem Entschlusse, seine Tochter zu besuchen, denn es lag ihm daran, seine Gattin aus Prag und Böhmen zu entfernen. So wurde denn die Reise angetreten, und die Kaiserin war sowol des Anstands wegen als auch aus Politik gezwungen, ihrem Gemal an der Seite zu bleiben. Der kranke Kaiser wurde in einer Sänfte getragen, und so gelangte der Zug unter großem Gepränge bis Znaim, wo sich der Zustand Sigmunds so verschlimmerte, daß er bleiben mußte.

Um nun die Realisirung der auf seinen Tod gebauten verrätherischen Pläne zu verhüten, ließ Sigmund seine Gemalin gefangen setzen und entbot seine Tochter Elisabeth und ihren Gemal Albrecht, sowie die vornehmsten böhmischen und ungarischen Magnaten nach Znaim. Auf seinem Todesbette empfahl Sigmund den versammelten Großen beider Reiche seine Tochter und seinen Schwiegersohn und gebot, denselben nach seinem Tode als ihren rechtmäßigen Herrschern zu gehorchen. Als er seine letzte Stunde nahe fühlte, ließ Sigmund sich auf einen Thronstuhl setzen, mit den kaiserlichen Insignien schmücken und starb am 11. Dezember 1437. Mit ihm erlosch der Mannsstamm des Hauses Luxemburg.

Es ist interessant, diesen Geschichtsmoment, in welchem sich die Gründung der jetzigen habsburgischen Monarchie vorbereitete und gleichsam vorzeichnete, genauer zu betrachten.

Sigmund hatte angeordnet, daß gleich nach seinem Tode Elisabeth und Albrecht sich persönlich nach Ungarn begeben sollten, um den Thron zu besteigen, während der Kanzler Graf Kaspar Schlick in Prag den letzten Willen des Kaisers und Königs zu verkünden angewiesen war. Beides geschah. Albrecht und Elisabeth zogen sofort nach Preßburg, indem sie die Leiche Sigmunds und die gefangene Gemalin desselben mit sich führten. Zuerst erfolgte die feierliche Beisetzung der Ueberreste des Kaisers und Königs, welche nach dessen letztwilliger Anordnung in Großwardein unter dem Altare des heiligen Ladislaus an der Seite seiner ersten Gemalin Maria bestattet wurden. Darauf huldigten die ungarischen Stände am 19. September 1437 Albrechten und Elisabethen als

ihren Königen, und am 1. Januar 1438 erfolgte die Krönung derselben in Stuhlweißenburg. Dabei mußte Albrecht versprechen, daß er im Falle, als er zum deutschen Kaiser erwählt werden sollte, diese Krone nicht ohne Zustimmung der ungarischen Stände annehmen würde. Charakteristisch ist es, daß Albrecht in der Voraussicht, daß er sich nicht viel in Oesterreich würde aufhalten können, für dieses Herzogthum am 9. Februar 1438 zu Ofen einen aus vierzehn Personen bestehenden Regentschaftsrath einsetzte. An der Spitze desselben standen die Bischöfe von Freisingen und Passau, dann der Landmarschall von Niederösterreich, Johann Graf von Schaumberg und der Landeshauptmann ob der Enns, Reinprecht von Wallsee.

Am 18. März 1438 wurde Albrecht in Frankfurt zum römischen König gewählt, und eine Gesandtschaft der Kurfürsten brachte ihm die Reichsinsignien nach Wien. Es ist bezeichnend, daß Albrecht sich längere Zeit sträubte, die deutsche Krone anzunehmen. Erst auf die Bitten seiner Vetterin sowie der österreichischen Prälaten und Landherren, und nachdem die Stände Ungarns ihre Einwilligung gegeben hatten, bestieg er als Albrecht II. den deutschen Thron.

Mittlerweile wurde die Nachfolge Albrechts in Böhmen von den utraquistischen Ständen angefochten. Als Graf Kaspar Schlick den letzten Willen Sigmunds in Prag verkündet hatte, riefen zwar die katholischen Stände, sowie die Städte Prag, Kuttenberg u. a. Albrecht als König von Böhmen aus, die utraquistischen Herren schlossen sich aber dem nicht an, sondern schickten Gesandte nach Preßburg, um Albrechten Bedingungen vorzulegen. Als diese abgelehnt wurden, versammelten sich die Utraquisten in Melnik, wählten den Prinzen Kasimir, Bruder des Königs Wladislaw von Polen, zum König von Böhmen und ordneten sofort eine Gesandtschaft nach Kraßau ab. Dasselbe thaten auch die katholischen Stände und Albrecht selber, um abzumahnen. Das war jedoch vergeblich, denn Kasimir nahm mit Zustimmung seines königlichen Bruders die Wahl an. Es war daher ein böhmischer Thronfolgekrieg zu fürchten.

Doch es traten nun dem extremen Schritte der Melniker Versammlung die Katholiken entgegen, und es schlossen sich ihnen auch mehrere Utraquisten an. Um den wichtigsten Einwand, welchen die Gegner Albrechts gegen dessen Thronbesteigung machten, daß er nämlich kraft eines Erbrechtes, also gegen das Wahlrecht der Nation den böhmischen Thron besteigen wollte, zu beseitigen, wurde ein Landtag abgehalten, und von demselben am 6. Mai 1438 Albrecht zum König von Böhmen gewählt. Am 25. Mai kam er mit einem Heere, bei welchem sich dreitausend ungarische Reiter befanden, in Jglau an, wo ihn die böhmischen Großen und Abgeordnete der Städte Prag, Kuttenberg, Gitschin u. a. erwarteten. Am 8. Juni bestätigte Albrecht urkundlich alle Rechte und Freiheiten des Königreichs Böhmen. Er nannte sich in der Urkunde einen „erwählten König von Böhmen“, erläuterte den Ausdruck aber dahin, daß er von den Herren, Rittern, Knechten und Städten und der ganzen Gemeinde seines Königreichs Böhmen „anerkannt worden kraft des Rechtes, das ihm nach allen früheren Verschreibungen und Bündnissen zugestanden; er wäre mit seiner Durchlauchtigsten Gemalin Elisabeth kraft „angeborenen Erbrechtes“ erwählt und genommen worden zum rechten Könige und Herrn von Böhmen.“ Darauf verspricht Albrecht in der Urkunde die Erfüllung der ständischen Forderungen: Er werde die Kompaktaten bei Kraft erhalten und für die Wahl eines Erzbischofs von Prag sorgen, welcher Priester weiße, um je nach ihrem Glauben das heil. Abendmal in einer oder beiderlei Gestalt zu spenden; er werde jeden Stand in Böh-

men, Mähren und Schlesien bei seinen Rechten und Freiheiten schützen; er werde Sorge tragen, daß der Krone entzogene Güter mit Beirath und Hilfe der Stände wieder erlangt werden; er werde keinem Ausländer Aemter und Schlösser in Böhmen anvertrauen, das Königreich nur nach dem Rathe Eingebornen regieren und auch nur durch solche die Verwaltung während seiner Abwesenheit führen lassen.

Nachdem Albrecht derart die böhmischen Stände befriedigt und ihrem Wunsche gemäß Sigmunds Witwe frei gelassen hatte, zog er nach Prag, wo er von seiner die Majorität bildenden Partei mit Jubel empfangen wurde. Am 29. Juli 1438 erfolgte die feierliche Krönung. Die feindlichen Utraquisten standen aber bei Rolin in Waffen, und es waren 5000 Polen zu ihnen gestoßen. Am 3. August brach Albrecht, durch meißnische und bairische Hilfstruppen verstärkt, gegen die Dissidenten auf, schlug und verfolgte sie bis Tabor, wo sie sich einschlossen und einige Wochen lang belagert wurden. Da erschien plötzlich Georg von Podiebrad, der nachmalige König von Böhmen, zum Entsatz und zwang Albrecht, die Belagerung aufzuheben und nach Prag zurückzukeilen. Die Polen, welche während der Einschließung in Tabor ihre Pferde aufgezehrt hatten, zogen in elendem Zustande heim, und bei ihrem Anblicke verzichtete König Wladislaw auf ferneren Kampf, ohne jedoch förmlich Frieden zu schließen. Auch die Utraquisten gaben den bewaffneten Widerstand auf, und so konnte Albrecht ruhig nach Schlesien ziehen, wo er am 18. November 1438 zu Breslau die Hulldigung empfing. Aus Schlesien eilte Albrecht nach Preßburg und dann nach Wien, von wo er eine Wallfahrt nach Maria-Zell unternahm, um für seine Glückserhebung zu danken.

Als er nach Wien zurückkam, fand er Briefe seiner Gemalin Elisabeth, die in Ungarn als Regentin geblieben war, worin er dringend aufgefordert wurde, in dieses Reich zu eilen, weil ein gewaltiges Türkenheer gegen die Donau anrückte, und viele Magyaren, über die Abwesenheit des Königs unwillig, mit einer neuen Königswahl drohten. Albrecht ordnete sofort eine große Kriegsrüstung an und eilte nach Ofen, wo er nun mit Jubel empfangen wurde und die Verheißung der Stände empfing, daß die Nation alle ihre Kräfte zur Abwehr des fürchtbaren ungläubigen Feindes aufbieten werde.

Diese Verheißung wurde jedoch schlecht erfüllt. Als es zum Ernst kam, verweigerten die Stände ein allgemeines Aufgebot, weil ein solches nach der ungarischen Verfassung erst dann berufen werden konnte, wenn ein Feind bereits den Boden Ungarns betreten hatte. Nun war aber Sultan Amurat mit 150.000 Mann bereits bis Semendria vorgebrungen. Gegen einen solchen Feind, welcher vor den Thoren Ungarns stand, konnte Albrecht nur mit Mühe und nachdem er fremde Söldlinge aufgenommen hatte, Ende Juli 1439 im Lager bei Szegebin 24.000 Mann sammeln. Mit dieser geringen Macht zog er an die Donau, konnte jedoch nicht daran denken, Semendria zu entsetzen, sondern mußte sich darauf beschränken, die Donau zu bewachen. Er schlug bei Salankemen einen türkischen Haufen, welcher sich über den Strom gewagt hatte, und zog dann zwei Monate lang in den sumpfigen Niederungen hin und her, um die Donau zu hüten, deren Ueberschreitung durch die Türken nach dem Falle Semendrias mit jedem Tage zu fürchten war. Um das Unglück voll zu machen, brachen im königlichen Lager Seuchen aus, was Veranlassung war, daß die Magyaren haufenweise davonliefen. Auch Verrath soll im Spiele gewesen sein; einige mit der Herrschaft des Habsburgers unzufriedene Magnaten sollen

dem türkischen Sultan Anträge gemacht, dieser aber edelmüthig Albrechten davon Kunde gegeben haben. Thatsache ist, daß sechs der vornehmsten Magnaten mit ihren Schaaren nächtlicher Weile das Lager ihres Königs verließen, worauf das Heer sich fast gänzlich auflöste, und Albrecht gezwungen war, nach Ofen zurückzukehren. Zum Glück sah auch Amurat sich gezwungen, in das Innere seines Reiches zurückzukehren.

In Ofen empfing Albrecht polnische Gesandte, welche eines Friedensschlusses wegen gekommen waren. Der Friede kam jedoch nicht zu Stande, denn der König von Polen verlangte, daß der Kaiserin-Witwe Barbara ihre ungarischen Besitzungen zurückgegeben werden sollten, was Albrecht abschlug, da er wußte, daß diese ehrgeizige, dem Hause Habsburg abgeneigte Frau verrätherische Pläne hegte. Die polnischen Gesandten reisten ab, und Albrecht begab sich nach Gran. Von da sandte er zwei Rätthe an den König von Polen, um neue Unterhandlungen anzuknüpfen.

Albrecht war aus dem türkischen Feldzug krank zurückgekehrt. Er sehnte sich nach Wien, wo er zu gesunden hoffte. Da er zum Reiten zu schwach war, trat er die Reise in einer Sänfte an. Unterwegs woltete er die Fieberhitze, die ihn quälte, durch den Genuß von Melonen kühlen; verschlimmerte aber dadurch seine Krankheit so sehr, daß er am 27. Oktober 1439 zu Reszmil starb, erst zweiundvierzig Jahre alt. Er hinterließ zwei Töchter, Anna und Elisabeth, und seine Gemalin in gesegneten Leibesumständen.

Große Hoffnungen gingen mit Albrecht V. zu Grabe, und über die Nachfolge in seinen Reichthümern waren verderbliche Kämpfe in Aussicht.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz der Redaktion.

Herrn J. A. N—nn in Fünfhaus: Sie schreiben mir, daß Sie den in der „Morgenpost“ enthaltenen Artikel „Schusella und Smolka“ mit Betrübnis und Jorn gelesen haben. Ich muß Ihnen gestehen, daß dies bei mir selber durchaus nicht der Fall gewesen ist. Im Gegentheil, mir haben einige Stellen des Artikels wirklich Vergnügen gemacht, und die andern wenigstens keinen Aerger verursacht. Es ist ja doch schon sehr freundlich von dem Verfasser des Artikels, daß er uns beiden Veteranen des österreichischen Entwicklungskampfes, meinem Freunde Smolka und mir „selbst heute noch nicht ein großes Talent“ abspricht. Das ist schon sehr viel von diesen verdammungssüchtigen Herren, welche gegen die päpstliche Infallibilität wüthen, während sie sich längst für infallibel erklärt haben, und zwar sie sich selber und mit Zustimmung einer nur kleinen blindgläubigen Minorität. Es wäre mir wahrlich nicht überraschend gewesen, wenn der Verfasser Smolka und mich für Dummköpfe, für Trottel erklärt hätte. Ich habe mich daher wirklich geschmeichelt gefühlt, in einem Leitartikel der „Morgenpost“ zu lesen, daß ich selbst jetzt noch ein großes Talent habe. Ein solches Zeugniß ist nicht zu verachten, zumal in Oesterreich, wo sich auf dem politischen Gebiete im größten Umfange und im höchsten Grade totale Talentlosigkeit breit macht. Nicht minder freundlich ist es von dem Verfasser, daß er doch unsere Vergangenheit anerkennt, indem er sagt: „Schusella und Smolka, das waren einst Namen von gutem Klang. Ganz Oesterreich begrüßte die beiden Männer als Vorkämpfer freiheitlicher Ideen.“ Ja wol, das waren schöne hoffnungsreiche Zeiten! Damals glaubte man, glaubten wenigstens Smolka und ich, daß alle Völker Oesterreichs gleichmäßig

für die wahre Freiheit, für allgemeine Gleichberechtigung begeistert wären. Wir wurden leider bald eines schlimmeren belehrt; haben aber unserntheils die Völker Oesterreichs eines bessern zu belehren gesucht. Die Folge davon ist, daß wir jetzt nicht mehr von ganz Oesterreich als Vorkämpfer der Freiheit begrüßt werden. Wer aber betrachtet uns nicht mehr als solche? Nur die herrschsüchtige dualistische Partei, welche eben nicht die allgemeine Freiheit will, sondern sich in einem egoistischen Freiheitsprivilegium brüsst. Diese Partei bildet aber glücklicherweise die Minorität Oesterreichs. Ich muß es ferner als eine Gunst der „Morgenpost“ betrachten, daß sie mich ungeachtet meines slavisch klingenden Namens doch wenigstens als einen gebornen Deutschen anerkennt, denn ich habe es wol schon erfahren, daß verfassungstreue Urgermanen, selbst solche, welche ungeachtet ihrer rein deutsch klingenden Namen nur drei Worte auszusprechen brauchen, um zu verrathen, daß sie geborne Slaven sind, daß die slavische Sprache ihre Muttersprache gewesen, mir meines Namens wegen die deutsche Rationalität ganz und gar abgesprochen haben.

Eine ganz außerordentliche Freundlichkeit beweist der Verfasser des „Morgenpost“-Artikels, indem er nicht bloß unsere Vergangenheit rühmend anerkennt, nicht bloß für die Gegenwart uns großes Talent nicht abspricht, sondern sogar die Möglichkeit zugibt, daß wir noch eine Zukunft haben könnten! Durch ein eigenes, ihm offenbar unheimliches Gefühl wird nämlich der Verfasser am Schluß seines Artikels zu dem elegischen Ausruf gebracht: „Bei uns ist alles möglich, und vielleicht prangen einst die Namen Schussekla und Smolla an der Spitze einer Ministerliste. Wir möchten es aber bezweifeln, daß dann das Glück, die Freiheit und der Friede ihren Einzug in Oesterreich halten werden.“ Der Verfasser eröffnet uns da eine Aussicht, die im neuen Oesterreich wahrlich keine angenehme ist. Ich sage dem Verfasser: Nicht wenn Smolla und ich Minister würden, aber sicher erst dann und nur dann, wenn die Prinzipien, die wir verkünden und vertheidigen, zur Geltung gelangen, werden Glück, Freiheit und Frieden ihren Einzug in Oesterreich halten. Das ist durch folgende Thatsachen erwiesen: Durch den einheitlich und zweitheilig parlamentarischen Centralismus haben die genannten drei Genien offenbar nicht ihren Einzug in, sondern ihren Auszug aus Oesterreich gehalten; vom Absolutismus kann nicht die Rede sein; bleibt also nur noch der Föderalismus übrig.

Für meinen persönlichen Theil bin ich dem Verfasser des „Morgenpost“-Artikels ganz besonders zu Dank verpflichtet dafür, daß er mich gegen jenes Mitglied des katholischen Kasino im 9. Bezirk in Schutz nahm, an dem ich einen ganz außerordentlich grimmigen Feind kennen gelernt habe. Dieser Herr (Klier, wenn ich nicht irre) sprach über mich das merkwürdige Urtheil, „daß ich immer den Mantel nach dem Winde gedreht habe, daß ich ein Mandat nur wünschte, um daraus Kapital zu machen und es dann wie eine ausgepreßte Zitrone den Wählern zu Füßen zu schleudern.“ Ich gestehe, daß mich dieses Urtheil sehr unangenehm berührt hat, aber hauptsächlich deshalb, weil ich es nicht begreifen konnte, wie ein Mitglied der katholischen Partei so himmelschreiende Lügen aussprechen konnte. Sauer sind mir die verschiedenen Mandate, mit denen ich bisher beehrt war, sauer ist mir mein ganzer politischer Beruf allerdings geworden, viel unangenehmer als konzentrirte Zitronensäure, und das ganze Kapital, welches mir meine Wirksamkeit eingebracht, besteht eben nur in sehr herben Erfahrungen. Ich danke daher dem Verfasser sehr dafür, daß er diesen ungerechten lieblosen Katholiken recht gründlich widerlegt hat. Und er that es so humoristisch, daß ich meine herzliche Freude daran hatte. Wie köstlich sagt er: „Es ist unrichtig, wenn man behauptet, daß Schussekla immer den Mantel nach dem Wind hänge. Im Gegentheil, er hängt immer den Mantel gegen den Wind. Er trägt Leinenkleider im Winter und einen

Pelz im Sommer.“ (Ich habe es leider noch nicht zum Besitz eines Pelzes gebracht, was Herr Klier gewiß nicht glauben wird.) Ja wol, dreißig lange Jahre hindurch bin ich stets gegen Wind und Sturm gegangen und gegen den Strom geschwommen. Das ist eine sehr unbehagliche und gefährliche Lebensreise; doch habe ich es auch erlebt, daß Wind und Strom umgekehrt und mir gefolgt sind! Der Verfasser geht in seinem Humor sehr weit. Er sagt: „Schufella ist reaktionär, weil alle Welt liberal ist.“ Das ist köstlich! Also wenn alle Welt reaktionär wäre, würde ich der einzige Liberale sein. Jedenfalls bezeichnet mich der schalkhafte Verfasser gegenwärtig, wo alle (österreichische) Welt liberal ist, als den einzigen Reaktionär. Nun da kann Oesterreich sich Glück wünschen, bei meiner Reaktion kann es sich ganz wohl befinden. Der Verfasser geht noch weiter, indem er mich als einen solchen obstinaten Disputirhans hinstellt, „daß ich in dem Augenblick, wo der Föderalismus siegt, für den Einheitsstaat schwärmen werde.“ Nun darauf müssen wir es eben erst ankommen lassen. Einen sehr ernsthaften Satz spricht der Verfasser aus, indem er sagt: „Schufella ist ein Opfer des Widerspruchs, der zwischen Oesterreich und der modernen Staatsidee besteht.“ Darin liegt Wahrheit und Irrthum. Wenn man unter der modernen Staatsidee den schein-konstitutionellen centralisirenden Parlamentarismus nach der Schablone versteht, so besteht zwischen diesem und Oesterreich allerdings ein unausgleichbarer Widerspruch, denn diese moderne Staatsform kann in dem habsburgischen Völkerrreiche nicht realisiert werden. Das Opfer dieses Widerspruches können die orthodoxen Verfassungstreuen und mit ihnen zugleich Oesterreich selber werden. Die wahre neue noch nicht moderne Staatsidee aber, welche von den freisinnigsten Männern aller Nationen verkündet wird, ist der Föderalismus. Er ist die Zukunft der freien Völker. Zwischen dieser neuen Staatsidee aber und Oesterreich besteht nicht nur kein Widerspruch, sondern es ist gerade die habsburgische Monarchie vorzugsweise berufen, diese Idee zu realisiren. Solang das nicht geschieht, können die Vertheidiger dieser Idee allerdings ein Opfer derselben werden, und ich bin es größtentheils schon geworden; nicht aber das Opfer eines Widerspruches zwischen der Idee und Oesterreich, sondern das Opfer des Widerspruches und Widerstandes derjenigen, welche diese Idee nicht begreifen können, oder sie nicht anerkennen, sondern mit Gewalt unterdrücken wollen. Das ist aber herkömmlich das Schicksal derer, welche für neue Ideen eintreten und die Realisirung derselben nicht erleben. —

Sie sehen also, lieber Freund, daß ich viele Ursache habe, mit dem Artikel der „Morgenpost“ ganz zufrieden zu sein. Selbst die feindseligen Stellen desselben sind schätzenswerth. Sie zeigen mir erstlich, daß ich sehr heftige Feinde habe. Und das ist gut. Im politischen Leben keine Feinde zu haben, heißt unbedeutend sein. Allgemeine Zustimmung, ausnahmslose Verehrung, überschwängliches Lob wirken überhaupt nachtheillich. Sie machen leicht eitel, ja übermüthig und dadurch ungerecht. Inviel Freundschaft verwehlicht; kräftige Feindschaft stählt den Charakter. Feindliche Angriffe führen zur Selbstprüfung, zur Erkenntniß und Ablegung von Irrthümern und Fehlern, aber auch zur Befestigung in der gewissenhaft erkannten Wahrheit, zur Standhaftigkeit in der Vertheidigung derselben. Aufrichtig gestanden, die heftigen Angriffe und Vorwürfe, denen ich ausgesetzt bin, lassen mich erkennen, daß ich in der Aufregung des Kampfes nicht selten wenigstens in der Form, vielleicht auch in der Sache selbst zu weit gegangen sein muß, weil es sonst doch wol nicht möglich wäre, mich so arg zu mißverstehen und zu mißdeuten.

Ich hätte mir daher den besagten Artikel still zu Gemüthe geführt, ohne öffentlich etwas darauf zu erwidern. Gegenerklärungen nützen da ohnehin nichts, sondern schaden vielmehr. Da ich jedoch aus Ihrem Briefe ersehe, daß meine Freunde sich

durch den Artikel unangenehm berührt fühlten, so will ich doch auf die feindlichen Stellen desselben einiges entgegenen.

Der Verfasser wirft mir zuerst in nationaler Beziehung vor, daß ich als geborner Deutscher die deutsche Fahne verlassen hätte, daß ich „allwöchentlich die Deutschen beschimpfe und alles herabsetze, was meinen Stammesgenossen lieb und theuer ist“, daß ich einen „czechischen Drahtbinder hoch über Göthe und Schiller stelle“; daß ich „das derbgeformte Eigenthum aller geistigen Größe der deutschen Nation vorziehe.“ Nun frage ich Sie, geehrter Freund, glauben Sie wirklich, daß es im gebildeten Oesterreich viele Menschen gibt, welche, wenn sie auch meine Gegner sind, glauben werden, daß ich ein so abscheulicher Verächter und Verräther des Deutschthums sei? Ich glaube es nicht, und von den Deutschen, welche die „Reform“ lesen, bin ich überzeugt, daß sie sagen müssen, der Verfasser des „Morgenpost“-Artikels habe die „Reform“ nie gelesen, oder sie nicht verstanden, oder er mache sich überhaupt kein Gewissen daraus, gegen einen politischen Gegner ganz falsche Beschuldigungen zu schleudern. Er widerspricht sich auch selber, denn er spricht mir ein sogar großes Talent nicht ab und beschuldigt mich dann einer Kampfmethode, durch welche ich doch offenbar die totalste Talentlosigkeit beweisen würde. Seine Methode, in der er es angemessen findet, von czechischen Drahtbindern, vom derbgeformten Eigenthum zu sprechen, diese das böhmische Volk beschimpfende Methode ahme ich allerdings nicht nach. Wahrlich, ich beschimpfe die Deutschen nicht, wol aber belämpfe ich die Politik, durch welche sie sich selber beschimpfen und Oesterreich zu Grunde richten, welches doch gerade auch im Interesse Deutschlands einen so großen Beruf zu erfüllen hätte. Es beschimpft den deutschen Charakter, es schändet die reine Idee der Gerechtigkeit und Freiheit, es ist der barbarische Gegensatz von Bildung und Humanität, daß die Deutschösterreicher die andern Völker beherrschen wollen. Es verräth einen kläglichen Mangel an Selbstbewußtsein, ein schimpfliches Verzweifeln an der Kraft der deutschen Rationalität, eine entehrende Furchtsamkeit, daß die Deutschen behaupten, sie müßten in Oesterreich herrschen, weil sie sonst unterdrückt und entnationalisirt werden würden. Ich meinstheils habe als Deutscher ein so sicheres und stolzes Bewußtsein, daß ich für die deutsche Rationalität im freiesten Wettkampfe mit allen andern Völkern nicht das allgeringste fürchte.

Sehr feindselig ist der Verfasser des „Morgenpost“-Artikels gegen mich auch in kirchlicher Beziehung. Er ist offenbar durch einen überraschend unfreundlichen Bericht im „Tagblatt“ über einen mich betreffenden Vorfall im katholischen Kasino des 9. Bezirkes angeregt worden. Ich wurde dort in überraschender Weise als Kandidat für die Landtagswahl aufgestellt. Der Verfasser in seiner liberalen Orthodoxie bezeichnet das als die „schlimmste Bestrafung meiner politischen Verirrungen“. Ich erkläre ihm dagegen, daß ich darin durchaus nicht eine Bestrafung einer Verirrung, sondern im Gegentheile eine höchst interessante Anerkennung meiner allseitig gerechten Richtung auch in kirchlicher Beziehung erblicke. Ich stimme zwar persönlich jenem Kasinomitgliede bei, welches erklärte, daß ich als Protestant unmöglich der Vertreter der streng katholischen Partei sein könne. Wenn ich dessenungeachtet nach dem Berichte von der Majorität der Versammlung als Kandidat aufgestellt wurde (ich selber empfing eine mit zwanzig Unterschriften versehene Einladung), so wird für mich der Werth dieser Einladung dadurch nicht vermindert, daß diese Wiener Bürger echte Katholiken sind, die sich dem vulgären Gespötte zum Troste offen als solche bekennen. Im Gegentheile dieser Umstand erhöht für mich den Werth der Einladung, denn es ist ein besonderes Zeichen von Vertrauen, wenn strenge Katholiken einen Protestanten mit ihrem Mandate beehren wollen in der Ueberzeugung, daß er ihre Rechte und Interessen gerecht, freimüthig und gewissenhaft vertreten würde. Daß bei diesem Anlaß ein katholischer Priester die

Äußerung machte, ich, der Protestant sei für die Katholiken unter den Gefährlichen der mindest Gefährliche, das ist wahrlich für die kirchlichen Zustände des überwiegend katholischen Oesterreich sehr charakteristisch. Diese geehrten katholischen Wiener Bürger haben sich aber zu meiner Nomination gewiß nicht durch die Hoffnung bewegen lassen, auf welche im „Tagblatt“ und in der „Morgenpost“ in ziemlich hämischer Weise hingedeutet worden ist, die Hoffnung nämlich, daß ich mich für eine etwaige Wahl oder schon für die Kandidatur durch den Uebertritt zur katholischen Kirche bedanken würde. Diese Herren sind zu gute Katholiken, als daß sie einen Religionswechsel aus solch einem äußern Grunde nicht verabscheuen müßten.

Der Verfasser des „Morgenpost“-Artikels will mich auch in kirchlicher Beziehung mit humoristischem Sarkasmus behandeln, welcher jedoch hier ganz und gar unpassend ist. Er sagt: „Die deutschen Liberalen haben wenig Begeisterung für Rom; Schufella sieht sich daher gezwungen, den Ultramontanismus zu verteidigen.“ Die deutschen Liberale mögen immerhin wenig, ja gar keine Begeisterung für Rom haben; aber sie haben deshalb nicht das Recht, Rom und die österreichischen Anhänger desselben fortwährend zu verspotten und zu beschimpfen. Es ist gar nicht notwendig, sich für Rom zu begeistern, aber man muß, wenn man auch nicht zur römischen Kirche gehört und nur in der Kulturgeschichte kein Ignorant ist, die hohe Bedeutung, den bewunderungswürdigen Einheitsorganismus, den durch neunzehn Jahrhunderte mächtigen Welt-einfluß der katholischen Kirche respektiren. Ich verteidige den Ultramontanismus nicht, aber ich anerkenne dessen Existenz und das Recht, die Freiheit dieser Existenz. Nach meinem Begriffe von einem wahrhaft freien Staate muß in einem solchen der Katholizismus und auch der als Ultramontanismus bezeichnete strengste Grad desselben daselbe Recht, dieselbe Freiheit haben wie der Protestantismus, Gracismus, Rosaismus, Liberalismus, Sozialdemokratismus u. j. w. Ich meinesheils respektire selbst die Freiheit des Nihilismus, obwohl ich ihn beklage. Ich bekämpfe aber jeden dieser Ismussen, insofern er sich den andern aufdringen, sie beherrschen oder gar unterdrücken will. Ich bin für allgemeine Kirchenfreiheit bis in die äußersten Konsequenzen. Die echte kirchliche Freiheit besteht aber darin, daß jede Kirche, jede Religionsgenossenschaft nach ihren eigenen Satzungen bestehen, sich entwickeln und wirken kann. Insofern die Satzungen der katholischen Kirche mit dem Souveränitätsrechte der Staaten in Kollision stehen, sind eben Konkordate notwendig. Solange die Staaten ihre Unterordnung unter die Kirche als zu Recht bestehend anerkannten, trat diese Nothwendigkeit selbstverständlich nicht ein; von dem Augenblicke aber, wo die Staaten sich von der Herrschaft der Kirche zu emanzipiren begannen, wurden rechtliche Vereinbarungen über die beiderseitige Kompetenz notwendig. Daher haben seit jener Zeit die verschiedensten Staaten mit Rom Konkordate abgeschlossen und selbst Napoleon I., der den Papst Pius VII. aus Rom fortgeschleppt hatte, sah sich gezwungen, mit dem gefangenen Papste ein Konkordat abzuschließen. Wenn Oesterreich sein jetziges Konkordat aufhebt, so wird alsbald die Nothwendigkeit eintreten, ein neues Konkordat abzuschließen, wenn nämlich zwischen Kirche und Staat ein friedliches Rechtsverhältniß bestehen, und nicht ein beständiger Kriegszustand herrschen soll.

Ich bin für allgemeine Gewissensfreiheit, also auch für die Freiheit des Gewissens der Katholiken. Das religiöse Gewissen gebietet aber, die Satzungen der Kirche, der man angehört, zu beobachten, wie man ja auch die Statuten jedes profanen Vereins beobachten muß, dessen Mitglied man ist und bleiben will. Wenn die katholische Kirche das Gewissen vieler ihrer Anhänger dadurch erleichtert, daß sie ihnen mancherlei Ungehorsam nachsieht, so habe ich dagegen natürlich nichts einzuwenden, aber ich tadle es, wenn die strengen Katholiken, welche die Satzungen ihrer Kirche genau befolgen,

deshalb verspottet, wol gar im öffentlichen Leben zurückgesetzt werden, ja wenn es diesen Katholiken von Staatswegen theilweise unmöglich gemacht wird, ihrem Gewissen zu folgen. Ich tadle diejenigen, welche, weil sie selber kein religiöses Bedürfnis haben, alle, die ein solches Bedürfnis noch empfinden und es befriedigen, gleichsam für vogelfrei erklären. Ich tadle ganz besonders diejenige Minorität der Bevölkerung Oesterreichs, welche nicht nur die katholische Kirche, sondern das Christenthum überhaupt mit christlichem Spotte verfolgt und höchstens nur noch die mosaische Religion respektirt und respektirt sehen will. Ich tadle diejenigen, welche zwar Katholiken sein und bleiben, sich aber von den Satzungen des Katholizismus nach Belieben einzelne ansuchen wollen, um nur diese zu beobachten, alle andern aber zu verwerfen, sich also einen eigenen Separat- und Privatkatholizismus zurecht machen wollen. Ich tadle ein solches Verfahren schon deshalb, weil es selbst in einem profanen Vereine nicht zulässig ist. Diejenigen, welche in Folge ihrer Geistes- und Gemüthsbeschaffenheit die wesentlichen Lehren des Katholizismus nicht mehr glauben, die wesentlichen Gebote desselben nicht mehr befolgen können, haben das Recht, die Freiheit, ja die Pflicht, aus dieser Kirche offen auszutreten; sie haben aber nicht das Recht, zu verlangen, daß die über die ganze Welt verbreitete einheitliche katholische Kirche sich nach ihnen richten solle, und sie verletzen das Prinzip der kirchlichen Freiheit, wenn sie den Staat anrufen, daß er die katholische Kirche zwingen solle, ihre Lehren und Satzungen nach dem wechselnden Geschmack des modernen Liberalismus zu reformiren. Ganz das Gleiche sage ich auch in Betreff der protestantischen, mosaischen, überhaupt jeder Religion. Mit kurzen Worten: Ich stehe auf einem höheren und freieren Standpunkte als all diese kirchenstürmenden Liberalen; ich stehe auf dem Standpunkte der nordamerikanischen Republik, in welcher sich alle möglichen Kirchen und Religionsgenossenschaften, vom strengsten Katholizismus bis zum Mormonismus, nach ihren eigenen Statuten vollkommen frei organisiren und bewegen können.

Schließlich fühle ich mich dem Verfasser des „Morgenpost“-Artikels zu Dank verpflichtet, indem er mir Veranlassung gegeben, mich über unsere wichtigsten Streitfragen Freunden und Feinden gegenüber ganz offen auszusprechen.

Mit Nr. 26 schließt das II. Quartal. Wir bitten die Erneuerung der Pränumerationen ehemöglichst zu veranlassen, damit Störungen in der Expedition vermieden werden.

Die W. Z. Abonnenten, welche die „Reform“ im Wege der F. F. Postanstalten beziehen, ersuchen wir um deutlich geschriebene Adresse und um Angabe der letzten Post.

Die Pränumerationen bitten wir, falls der Bezug nicht im Wege des Buchhandels stattfindet, einzuleiten:

Für Wien: Expedition, Schulerstraße Nr. 13.

Für die Provinz: Mit direkter Postversendung bei der unterzeichneten Administration, welche sich die Bestellungen franko erbittet.

Administration der „Reform“
in Wien, Laborstraße Nr. 52.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schusella.
Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 52. 
Druck von R. v. Waldheim.

Die Reform.

No. 25.

Wien, den 23. Juni 1870.

IX. Jahrgang.

Die Opposition in Oesterreich-Ungarn.

Die habsburgische Monarchie ist das Reich der Opposition kategorisch. Alle Völker stehen in Opposition, zugleich gegen einander und gegen die Regierung, und es herrschen alle Gattungen und Arten von Opposition: die nationale, staatsrechtliche, föderale, centralistische, bürokratische, autonomistische, kirchliche, irreligiöse und soziale. Dieser universale Oppositionszustand herrscht dies- und jenseits der Leitha; wir wollen aber zunächst und zumeist nur die diesseitigen Verhältnisse betrachten, denn in dem sogenannten Cisleithanien hat die Völkeroopposition einen Grad erreicht, welcher mit jedem Tage den Ausbruch einer Katastrophe befürchten läßt.

Es ist ein alter bekannter Satz, daß die Opposition nützlich und nothwendig ist. Man bewies diesen Satz mit einem physikalischen Grunde, indem man sagte: Die Opposition leistet Widerstand, und nur auf das, was Widerstand leistet, kann man sich auch stützen. Ganz richtig; wenn jedoch alles, durchaus alles Widerstand leistet, dann fehlt natürlich jede Stütze, man wird fortwährend überall zurück und endlich todt gestoßen.

Das ist das bemitleidenswerthe, aber wohlverdiente Schicksal des Ministeriums Potocki. Dasselbe hat nicht nur eine bloß provisorische, sondern überhaupt nur eine Schein-Existenz. Man kann in Wahrheit sagen, daß wir eigentlich gar kein wirkliches cisleithanisches Ministerium haben, sondern nur Geschäftsleiter für die maschinenartig laufenden Angelegenheiten. Von einer Leitung der Politik ist gar nicht die Rede. Was soll man auch für eine Politik leiten, wenn man gar keine hat! Die alte Politik hat ein klägliches Fiasco gemacht; man hatte aber nicht den Geist, nicht den Muth, ja gar nicht den Willen, eine neue Politik zu beginnen. Scheinbar verfuhr man gut konstitutionell, denn man appellirte an die Völker, als wollte man es ihnen anheim geben, ein neues System anzuzeigen. Doch das geschah nur zum Scheine, denn das wochenlang vorher berathene, abgefaßte und in alle Welt versendete Circular des Grafen Beust bewies, daß man lediglich einen Personen-, nicht aber einen Systemwechsel beabsichtigt hatte. Das Aktionsprogramm des neuen Cabinets ist das alte der frühern Regierung, nur mit etwas mehr liberalen Phrasen und gnädigen Verheißungen aufgeputzt.

Das Ministerium Potocki, eigentlich Beust-Potocki, hat ganz und gar keine Stütze. Die nationale und staatsrechtliche Opposition der Völker ist gegen

das neue Kabinet umso heftiger, d. i. heftiger als gegen das frühere erbittert, weil die Völker sich beim Amtsantritt Potocki's einer frohen Hoffnung hingeben hatten und sich alsbald bitter getäuscht sahen. Das frühere Ministerium hatte doch Eine Partei für sich, nämlich die deutsch-centralistische. Diese Partei hat aber ihre Sympathie durchaus nicht auf das neue Kabinet übertragen, obwohl die neuen Minister in der That nur Nachbeter und Nachtreter der alten sind und bloß die alte Politik fortsetzen. Doch die alte Reichsrathspartei hängt mit orthodoxer Treue an einem Personenkultus, sie will ihre Männer wieder am Ruder sehen, ja sie betrachtet den Ministerwechsel wirklich so, als ob die alten Minister nur einstweilen auf Urlaub gegangen wären und beim Beginn der politischen Saison sofort wieder in ihre Stellen einrücken würden. Ist ja doch das Unglaubliche geschehen, daß gerade die vereinigten industriellen und kaufmännischen Vereine Wiens den Dr. Brestel in erster Reihe als Kandidaten für die Hauptstadt aufgestellt haben. Die sogenannte junge deutsche Fortschrittspartei hegt für das neue Kabinet nicht die geringste Sympathie. Dieser Partei ist es vor allem nur um die Postulate des vulgären Liberalismus zu thun, sie will demokratische und freigeistige Prinzipien zur Geltung bringen und kann daher in einem Ministerium, an dessen Spitze ein polnischer und tren katholischer Hocharistokrat steht, kein Vertrauen haben. Kurz, durch den episodischen Ministerwechsel ist die Situation gar nicht geändert, namentlich nicht gebessert, sondern vielmehr arg verschlimmert worden.

Wird die Appellation an die Völker eine Besserung zur Folge haben? Gewiß nicht; das Aktionsprogramm des Grafen Beust macht es unmöglich. Betrachten wir die einzelnen Völker.

Aus den deutschen Wahlen wird ohne Zweifel für das Regierungsprogramm eine Majorität hervorgehen. Man wird zwar die Grafen Beust, Potocki, Laaffe und ihre Gehilfen desavouiren, aber ihre Politik acceptiren. Die Deutschen sind sehr produktiv gewesen in Verfertigung von Wahlprogrammen. Genau betrachtet, sind aber alle diese neuen Programme nichts als Variationen jenes alten Aktionsprogramms, welches zuerst von der Majorität des Bürgerministeriums aufgestellt und dann vom Grafen Beust mit einigen stylistischen Ausschmückungen abgeschrieben worden ist. Nicht nur Aufrechterhaltung der Dezemberverfassung, sondern eine Reform derselben, durch welche den Königreichen und Ländern selbst der geringe Grad staatsrechtlicher Selbständigkeit genommen werden soll, welchen ihnen die Februarverfassung gewährt hat! Dafür sollen die Königreiche und Länder durch „etwas mehr“ administrative Autonomie entschädigt werden. Das ist alles! Dafür wird die Majorität der Vertreter Deutschösterreichs in den Landtagen und im Reichsrathe sein, und es wird sich in diesem Kreise schwerlich eine nur irgend bedeutende Opposition bilden. Es gibt zwar eine deutsch-föderalistische Partei, sie hat sich aber theils die Sache noch nicht recht klar gemacht, theils hat sie noch nicht den Muth und die Selbstverleugung, der bes-

fern Erkenntniß gemäß zu handeln. So war es auch schon im Jahre 1867. Damals traten die deutschen Föderalisten mit einem sehr guten Programm auf; als es aber zum Ernst kam, erklärten sie sich doch für die Nichtbescheidung des außerordentlichen Reichsrathes. Durch das Schlagwort „Verfassungstreue“ werden bei den Deutschösterreichern alle bessern Gedanken, alle edleren Gefühle niederge schlagen. Und die siegestrunkenen Alten werden jetzt mit den alten Schlagworten noch grimmiger dreinschlagen, als früher, sie werden noch terroristischer das große Wort führen und jeden Widerspruch niederdonnern, sie werden die Neuen in scharfe Aufsicht und strenge Zucht nehmen, sie durch Verhimmelungen oder durch Bannflüche in der „Neuen freien Presse“ in ehrgeizige Verzüchtung oder in zähneklappernde Furcht versetzen. Der alten Reichsrathspartei ist es in der That nicht mehr um die Sache, sondern nur um persönliche Rechthaberei zu thun. Mit dem Bewußtsein, sachlich unrecht zu haben, eine unfeilsinnige, ungerechte, unmögliche Politik zu üben, will diese Partei wenigstens äußerlich recht behalten und wieder eine Zeit lang herrschen; sollte darüber Oesterreich zu Grunde gehen. Was kann man auch anderes von einer Partei erwarten, deren vornehmste Führer sich nicht scheuen haben, offen auszusprechen, daß ihnen an Oesterreich gar nichts mehr gelegen wäre, wenn es daselbst nicht nach ihrem Sinn und Willen ginge! —

Von den Böhmen, welche entscheidend an der Spitze der staatsrechtlichen Opposition stehen, brauchen wir nicht viel zu sagen. Wenn das böhmische Volk, nachdem man ihm nicht nur nicht das geringste Zeichen von Anerkennung gegeben, sondern es neuerdings in unerhörter Weise zurückgestoßen und aufs tiefste beleidigt hat, wenn das böhmische Volk nach dieser Erfahrung seinen Sinn geändert haben, wenn es jetzt nachgiebig und demüthig sein könnte, so verdiente es nicht nur geknechtet, sondern von der ganzen Welt verachtet zu werden. Doch an eine Sinnesänderung des slavischen Volkes in Böhmen und Mähren ist gar nicht zu denken, und wir glauben, daß selbst Graf Beust nicht so eitel sanguinisch ist, eine solche Sinnesänderung zu hoffen.

An die Polen tritt mit verhängnißvollem Ernste die Frage heran, ob sie der Regierung gegenüber abermals eine kleinliche, zaghafte, feilschende sogenannte Nützlichkeitspolitik befolgen und sich von den übrigen oppositionellen Völkern in exzessiver Hoffahrt trennen wollen. Von der Haltung der Polen hängt viel ab, doch nicht alles. Sie können den wahren allgemeinen Ausgleich abermals verzögern, ihn jedoch nicht dauernd vereiteln. Sie sind nicht im Stande, mit den Deutschen und Magyaren die Herrschaft über Oesterreich zu theilen, selbst wenn diese beiden herrschsüchtigen Stämme aufrichtig gewillt wären, sich den polnischen Dritten im Bunde gefallen zu lassen. Wenn die Polen nur den gewöhnlichsten politischen Verstand besitzen, so müssen sie erkennen, daß sich auch für sie die Situation gar nicht gebessert hat. Graf Potocki hat ihnen zwar etwas mehr Autonomie in Aussicht gestellt, als das frühere Cabinet und Parlament, aber

die Erfüllung der wichtigsten Postulate der galizischen Resolution ist nicht in Aussicht gestellt worden. Ueberdies hat Potocki blos zugesagt, daß die jetzige Regierung für die vereinbarten Konzessionen im Reichsrathe eintreten werde; es ist aber ungewiß, ob Graf Potocki in der Lage sein wird, das zu thun, weil es ungewiß ist, ob das jetzige Ministerium dem neuen Reichsrath gegenüber im Amte bleiben wird. Abgesehen davon ist es aber auch nichts weniger als gewiß, ob auch nur die von Potocki persönlich zugestandenen Konzessionen im Reichsrathe die nöthige Zweidrittelmajorität erlangen werden. Ueberdies denkt die Regierung zunächst gar nicht an irgend eine Ausgleichsaktion, sondern sie will eingestandenemmaßen nur so rasch als möglich einen wenigstens formell beschlußfähigen Reichsrath zusammen bringen, um dann die Delegationen wählen und fungiren zu lassen, weil dies ein ängstlich und drohend urgirtes Verlangen der ungarischen Regierung ist. Die Polen haben also die bestimmte Aussicht, wieder einige Monate in der Schwebe zu sitzen, um dann wieder zu derselben Ueberzeugung zu gelangen, die sich ihnen im vorigen Reichsrathe endlich aufgedrängt hat.

Daß die Tiroler an der Beust-Potockischen neuen Aera keine Freude haben können, ist wol klar. Für die Tiroler hat sich die Situation bedeutend verschlimmert, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß der neue Reichsrath und ein aus demselben hervorgehendes Ministerium in allen den Beziehungen, welche den Tirolern am Herzen liegen, noch viel rücksichtsloser vorgehen werden, als es unter dem früheren Regime geschehen ist. —

Die sämmtlichen Slovenen haben von der sogenannten neuesten Aera nichts zu hoffen, sondern das Schlimmste zu fürchten. Wenn die Slovenen jetzt in ihrer Opposition nachlassen möchten, so würden sie wahrlich den Spott verdienen, mit welchem die Verfassungstreuen die slovenische Nationalität begeistern. Die Slovenen erfüllen mit ihrer Opposition eine wahrhaft österreichische Pflicht, indem sie in unsern gefährlich exponirten Südländern einer verderblichen Politik entgegenarbeiten.

Besondere Aufmerksamkeit verdient Dalmatien. Dort dürfte jetzt die nationale Partei naturgemäß die Oberhand erhalten, es dürften die Vertreter der 400.000 Slaven, nicht wie bisher die Vertreter der 30.000 Italiener die Majorität des Landtags bilden. Die Haltung dieses Landtages ist dann leicht vorauszu sehen. --

Resumiren wir unsere Betrachtung. Für die sämmtlichen opponirenden Völker und Parteien hat sich die Situation durchaus nicht geändert, namentlich nicht gebessert, sondern im Gegentheil verschlimmert. Es muß also auch die Haltung dieser Völker und Parteien unverändert bleiben, ja sie muß noch energischer oppositionell werden. Daß die Böhmen durchaus keine Veranlassung haben, mit dem Ministerium Potocki und einem neuen dezembristischen Reichsrath in eine Aktion zu treten, ist an sich klar. In Betreff der übrigen Opposition aber muß das Urtheil lauten: Dieselben Gründe, durch welche die Tiroler, Polen, Slo-

venen, Görzer, Istrianer und Triestiner zum Austritt aus dem vorigen Reichsrath bewogen, ja gezwungen worden sind, dieselben Gründe sprechen auch gegen den Eintritt in den neuen Reichsrath. Wenn die opponirenden Völker und Parteien die Situation richtig erkennen und praktisch würdigen, so muß es geschehen, daß in dem neuen Reichsrathe die alten und jungen Verfassungstreuen ganz allein sitzen werden. Wenn das geschieht, so wird das zeitraubende, die Aufregung, den Unfrieden, die innern und äußern Gefahren steigerrnde Beust-Potocki'sche Intermezzo glücklicherweise ein rasches Ende nehmen. —

Von der nationalen und staatsrechtlichen Opposition in den Ländern der Stephanskronen wollen wir diesmal nicht ausführlicher sprechen. Wir rufen den herrschenden Magyaren nur wiederholt die Warnung zu: Euer Reich gleicht einem mit einer gefährlichsten Eruption drohenden Vulkan!

Ueber Konkordate.

(An einen Wiener Freund.)

Die Aeußerung, welche ich in der Redaktionskorrespondenz der vorigen Nummer über Konkordate gemacht habe, ist von manchen Lesern und auch von Ihnen, geehrter Freund, mißverstanden worden. Ich sagte dort: „Wenn Oesterreich sein jetziges Konkordat aufhebt, so wird alsbald die Nothwendigkeit eintreten, ein neues Konkordat abzuschließen, wenn nämlich zwischen Kirche und Staat ein friedliches Rechtsverhältniß bestehen, und nicht ein beständiger Kriegszustand herrschen soll.“ Daraus will man nun folgern, daß ich für die unveränderte Aufrechterhaltung des jetzigen Konkordates plaidire. Das ist jedoch durchaus nicht der Sinn meiner Worte, sondern ich habe nur mit Berufung auf die geschichtliche Erfahrung die Nothwendigkeit betont, welche für die Staaten eintritt, mit Rom rechtliche Vereinbarungen, d. i. Konkordate abzuschließen. Diese Nothwendigkeit ist aber in dem Wesen der katholischen Kirche und in ihrer ganz eigenen Organisation begründet, sie ist eine Folge des Unterschiedes, welcher zwischen dieser Kirche und allen andern Konfessionen besteht.

Die protestantischen Kirchen sind je in den einzelnen Staaten im vollsten Sinne Landeskirchen. Sie bestehen in jedem Staate real abgeschlossen für sich und für diesen einzelnen Staat. Sie stehen mit keinem auswärtigen Kircheninstitut in realem Zusammenhange, in einer Wechselwirkung von Rechten und Pflichten, sie sind wie alle profanen Korporationen durchaus nur dem Staate untergeordnet, unterstehen nur der Gesetzgebung des Staates, so zwar, daß in höchster Instanz die Staatsregierung selber diese Kirchen leitet und regiert. Luther hat seine Glaubensanhänger von der Herrschaft Roms befreit, sie aber

auch in Religionsangelegenheiten der weltlichen Herrschaft des Staates unterworfen. Luther selber hatte schon Ursache, mit diesem neuen Unterthänigkeitsverhältnisse in vieler Beziehung sehr unzufrieden zu sein, und bitter klagend rief er aus: „Von den Papisten haben wir uns frei gemacht, sind aber unter die Herrschaft der Juristen gekommen!“ Der Protestantismus ist nicht eine zusammenhängende einige Gesamtkirche, sondern er theilt sich in so viele von einander getrennte und oft sehr verschiedene Landeskirchen, als es eben Staaten gibt, in denen protestantische Gemeinden sich befinden. In jeder dieser protestantischen Landeskirchen ist der Landesfürst, oder die Landesfürstin wie z. B. die Königin Viktoria zugleich Kirchenoberhaupt. Das geht so weit, daß die Protestanten sogar einen katholischen Landesfürsten als ihr kirchliches Oberhaupt, als ihren obersten Bischof anerkennen. Mehr oder weniger ist dies alles auch bei der orientalischen griechischen und bei der mosaischen Religion der Fall.

Ganz anders ist das Verhältniß der römisch-katholischen Kirche. Sie ist eine über die ganze Welt verbreitete, einheitlich centralisirte Universalkirche, mit einem eigenen von allen Staaten unabhängigen Oberhaupte, welches aus der Wahl eines ebenfalls weltlich unabhängigen Kirchenkollegiums hervorgeht. Die katholische Kirche ist in keinem Staate eine für sich bestehende, abgeschlossene, nur diesem Staate angehörende und untergeordnete Landeskirche, sondern sie besteht in jedem Staate als Theil, als Glied des allgemeinen Kirchenorganismus, die einzelnen Staaten sind Provinzen des allgemeinen einigen Kirchenreiches. Man kann nicht sagen, die katholische Kirche befinde sich in diesem oder jenem Staate, sondern man muß sagen, daß alle Staaten, in welchen katholische Gemeinden bestehen, sich innerhalb des Organismus der katholischen Weltkirche befinden.

Dazu kommt noch der hochwichtige Umstand, daß die Statuten und Institutionen der katholischen Kirche aus Zeiten stammen, wo der Ausdruck, die Staaten seien Provinzen des kirchlichen Weltreiches, praktische, staatsrechtliche Bedeutung hatte, aus Zeiten, wo diese Kirche wirklich die Weltregierung führte, ein theokratisches Weltreich darstellte, aus Zeiten, wo die Staaten anerkanntermaßen der Kirche untergeordnet waren, wo die Monarchen sich als Vasallen des Papstes betrachteten und behandeln ließen, wo die Päpste Kronen verliehen und entzogen, wo selbst die Kaiser des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, nachdem sie von den Kurfürsten gewählt waren, die Bestätigung durch den Papst nachsuchen und erflehen, Obedienzschreiben nach Rom senden und eidlich geloben mußten, dem heiligen römischen Stuhle Vasallendienste zu leisten.

Aus diesem Wesen, aus dieser Organisation und Tradition der katholischen Kirche gehen für die Staaten dieser Kirche gegenüber größere Schwierigkeiten hervor als bei jeder andern. Von dem Augenblicke an, als die Staaten zum Selbstbewußtsein gelangten, als der Begriff der vollen Staatsouveränität nach Geltung rang, als die Staaten sich von der kirchlichen Herrschaft zu

befreien anfangen, traten Kollisionen mit der nicht minder selbstbewußten, souveränen, universalen Kirche ein. Diese Kollisionen führten zu langen und schweren Kämpfen, nicht blos geistigen, sondern auch blutigen. Lange schwankte und wechselte das Siegesglück. Große Kaiser unterlagen den Päpsten; aber auch nicht minder große Päpste wurden von Kaisern und Königen gebemüthigt. Welch eine große tragische Rolle spielt in der deutschen Geschichte der Kampf zwischen Kaiser und Papst!

Endlich gelangte man zur Erkenntniß, daß kein Theil den andern vollständig und für immer besiegen könne, man erkannte die Nothwendigkeit, sich zu vergleichen, um friedlich neben einander existiren und wirken zu können. Man schloß Verträge, Konkordate. Lange Zeit hindurch waren diese mehr für die Kirche, als für die Staaten günstig; diese mußten der Kirche mühsam einzelne Konzessionen abringen. In dem Maße aber, in welchem im Laufe der Zeit die Macht des Papstthums abnahm, die der Staaten aber anwuchs, wurden die Konkordate immer mehr Beschränkungen der frühern Herrschaft der Kirche. Sie mußte mehr und mehr nachgeben. Sie that es, doch immer mit Wahrung ihres souveränen Rechtes, ihres allgemeinen Prinzipes.

Die Nothwendigkeit, sich mit der katholischen Kirche vertragsmäßig zu vergleichen, ist in unserer Zeit nicht geringer, sondern stärker geworden. Die Staats-souveränität hat sich bis zur Vollendung entwickelt; die katholische Kirche hat aber das Bewußtsein und Gefühl ihrer Souveränität nicht aufgegeben und sie ist in diesem Bewußtsein und Gefühl mächtig, weil ihr so viele Millionen Menschen treu ergeben sind. Beide Theile verlangen Freiheit. Der Staat will von der Kirche, die Kirche will vom Staate frei sein. Jeder Theil wirft dem andern widerrechtliche Eingriffe in sein Gebiet vor. Wer soll, wer kann den Streit entscheiden?

Kirchliche Freiheit ist ein allgemeines Postulat. In der Anwendung auf die katholische Kirche tritt aber da die aus dem Wesen, der Organisation und Tradition derselben fließende Schwierigkeit hervor. Diese Kirche will wie jede andere nach ihren eigenen Satzungen frei sein, und sie hat dazu unzweifelhaft das Recht. Nicht minder aber hat der jetzige Staat auf seinem Standpunkte ein Recht, zur Kirche zu sagen: Manche deiner Satzungen verletzen meine Souveränität, du willst dich nicht in meinen besondern Organismus, ich aber soll mich in deinen allgemeinen hineinfügen und an deinem souveränen Oberhaupte soll ich einen gleichberechtigten Mitregenten im eigenen Lande haben. — Beide Theile haben mehr oder weniger Recht. Wenn aber beide unnachgiebig auf ihrem Rechte beharren, so müßte fortwährend Streit und Kampf herrschen, was doch gewiß beiden Theilen sehr nachtheilig wäre. Gewalt aber soll und darf nicht entscheiden, weil ja Freiheit die Parole ist.

Also muß man sich friedlich vergleichen, man muß das weltliche und das geistliche Gebiet, so viel als möglich trennen, und wo diese Trennung nicht

möglich ist, die gemeinsame Wirksamkeit genau normiren, man muß sich über die wechselseitigen Rechte und Pflichten auseinandersetzen, die beiderseitige Kompetenz klar stellen und über dies alles einen Vertrag schließen. Solche Verträge wurden bisher Konkordate genannt; man kann sie aber auch anders heißen, weil das Wort „Konkordat“ Vielen gar so fürchterlich klingt.

Die Nothwendigkeit solcher Verträge wird um so dringender, je mehr man eben die Trennung des Staates von der Kirche durchführen will. Dabei setzen wir aber voraus, daß unter dieser Trennung nicht die Trennung des Staates von der Religion verstanden werde, daß es den modernen Staaten noch nicht ganz gleichgiltig geworden sei, ob die Staatsbürger überhaupt noch eine Religion haben oder nicht.

Ebenso ungerecht als thöricht ist die Behauptung, man brauche auf die katholische Kirche gar keine Rücksicht mehr zu nehmen, man könne ihr aufbürden, was man will, weil sie ja in unserer Zeit schon ganz ohnmächtig sei. Diese Kirche ist noch sehr mächtig durch die große Zahl ihrer Anhänger und sie wird in dem Maße mächtiger, in welchem man das Gewissen dieser Anhänger verletzt. Thöricht ist die Hoffnung, daß es mit der katholischen Kirche ganz aus sein werde, wenn nur erst der Papst aus Rom vertrieben sein würde. Der Papst würde mächtig, ja mächtiger als jetzt sein, wenn er auch gar keinen bleibenden Wohnsitz mehr hätte. Die Macht des Papstthums hat der übermächtige Napoleon I. erfahren. Er ließ den Papst Pius VII. von Rom wegführen; aber auf der ganzen Reise feierte der Papst einen Triumph, indem das meilenweit herbeigeströmte Volk überall an der Straße kniete, um den päpstlichen Segen zu empfangen. Und wenn Pius IX. jetzt nach Oesterreich käme, so würden vor ihm, wie zu Josephs II. Zeit vor Pius VI., überall Tausende und Tausende auf den Knien liegen, um von ihm gesegnet zu werden. Pius VII. lebte als Gefangener in Fontainebleau, ganz isolirt und äußerlich machtlos. Napoleon suchte ihn durch Drohungen zu schrecken, durch Verheißungen zu gewinnen; beides vergeblich. Die kirchlichen Zustände Frankreichs geriethen in die ärgste Verwirrung, das katholische Gewissen des Volkes war in gefährlicher Aufregung; und so sah sich der gewaltige Imperator, vor dessen Machtwort Europa zitterte, genöthigt, mit dem gefangenen Papste ein Konkordat abzuschließen, um die erledigten Bisthümer besetzen und überhaupt den kirchlichen Frieden im Reiche herstellen zu können, wozu alle Macht des Kaisers nicht hinreichte, wozu er eben das Wort des Papstes brauchte.

Daher sei es wiederholt, daß, wenn das jetzige österreichische Konkordat aufgehoben wird, die Nothwendigkeit eintreten wird, es durch ein neues besseres zu ersetzen, vorausgesetzt, daß man zu der Kirche, welcher die große Mehrheit der Bevölkerung angehört, in einem friedlichen Rechtsverhältniß stehen, und nicht für ewige Zeiten mit ihr streiten und gewaltthätig kämpfen will.

Weibliche Bildung.

Die neunzehnte allgemeine deutsche Lehrerversammlung beschäftigte sich auch mit diesem vielbesprochenen, besonders in den liberalen Kreisen sehr modernen Thema. Die Verhandlung gewann ein besonderes Interesse dadurch, daß auch weibliche fachgenössische Mitglieder der Versammlung das Wort ergriffen. Wir müssen jedoch sagen, daß der ebenso wichtige als interessante Gegenstand gar zu modern oberflächlich behandelt worden ist. Die Männer, welche das Kapitel der weiblichen Bildung, der sogenannten „Frauenemanzipation“, der Befreiung der schöneren Hälfte des Menschengeschlechtes bearbeiten, sind dabei in der Regel allzu sehr von dem Gedanken beherrscht, daß es sich eben um das schöne Geschlecht handle, und deshalb betrachten sie gemeiniglich mehr die liebenswürdigen Persönlichkeiten, als die ernste Sache und befließen sich mehr einer ritterlich hübsigenden Galanterie, als der sachlichen Wahrheit und praktischer Tendenzen.

Es ist sehr vom Uebel, daß die Frage über weibliche Bildung vorherrschend so aufgefaßt wird, als ob es sich darum handelte, das weibliche Geschlecht aus dem Joche einer Sklaverei zu befreien. Es haben sich's weniger die Frauen selber eingebildet, als es ihnen vielmehr von Männern in den Kopf gesetzt worden ist, daß das weibliche Geschlecht von dem männlichen absichtlich unterjocht worden sei. Es macht in der That einen tragikomischen Eindruck, wenn Männer, nach süßem Beifall von lieblichen Augen und Lippen hühnend, gleichsam reumüthig und bußfertig bekennen, daß die Männer vom Anbeginn der Zeiten sich verabredet, ja gewissermaßen verschworen hätten, das weibliche Geschlecht in Sklaverei zu halten. Da es überdies in der Bibel heißt: „Er soll dein Herr sein!“ und da es zur modernen liberalen Aufklärung gehört, die Bibel zu verachten und zu verwerfen, so wird die Unterordnung des weiblichen Geschlechtes unter das männliche als ein widernatürliches und widerrechtliches, das Prinzip der menschlichen Freiheit und Gleichheit aufhebendes Verhältniß dargestellt. Daher ist es Mode geworden, im Widerspruch mit der sonstigen Galanterie die Frauen mit den Regersklaven zu vergleichen und von einer Frauenemanzipation zu sprechen, wie man von einer Sklavenemanzipation gesprochen hat.

Es ist merkwürdig, daß die modern Aufgeklärten, während sie nur die Natur allein als Lenkerin und Beherrscherin aller Dinge betrachten, gerade in Betreff des Verhältnisses des weiblichen Geschlechtes das Walten der Natur nicht erkennen, oder es nicht anerkennen wollen. Wer die Entwicklung des Menschengeschlechtes unbefangen betrachtet, der muß erkennen, daß das Verhältniß des weiblichen Geschlechtes in der Natur desselben begründet ist und sich daraus fortbildet. Und da erst durch die Vereinigung beider Geschlechter das ganze Bild der

Menschlichkeit vollendet ist, so hängen auch die Bildungs- und Lebensverhältnisse beider zusammen, bedingen und ergänzen sich wechselseitig, freilich stets mit dem Unterschiede, der eben in der Natur selber begründet ist. In dem Maße, als die Menschheit überhaupt gebildeter und freier wurde, ist das auch dem weiblichen Geschlechte zu Gute gekommen. Die Natur selber hat dafür gesorgt, daß die weibliche Bildung mit der männlichen in dem Maße und zu dem Zwecke gleichen Schritt hält, damit eben in jeder Epoche die Vereinigung beider Geschlechter das ganze Bild der Menschlichkeit darstelle. Eine Unterordnung findet dabei freilich statt, insofern nämlich das Weib im allgemeinen durch ihre Natur und durch ihren weiblichen Beruf auf die erhaltende und schützende Sorge des Mannes angewiesen ist. Durch diese in der Natur begründete Unterordnung wird aber die Weiblichkeit nicht verletzt. Der Schwache stützt sich naturgemäß auf den Starken. Die Schlingpflanze, welche sich mit ihren schönen Blüten an einem starken Baum hinaufrankt, hängt allerdings von diesem Baume ab; doch sie schmückt ihn dafür. (Solcher Schmuck kommt allerdings dem Baume manchmal theuer zu stehen, er saugt ihm Kräfte und Säfte aus; aber der Baum läßt sich den Schmuck doch gern gefallen.)

Die Unterordnung des Weibes unter den Mann ist überhaupt in der Regel nur eine äußerliche und dazu größtentheils nur eine scheinbare. Wenn das äußerlich schwächere Weib sich auf den äußerlich stärkeren Mann stützt, so findet andernteils auch wieder der Mann in gar vielen Fällen eine Stütze an der innern Stärke des Weibes. Die eigentliche Unterordnung ist in den meisten Fällen eine bloß scheinbare; in der Wirklichkeit findet eine ganz andere Ordnung statt. Wenn es in der Bibel heißt: Er soll dein Herr sein, so wissen es doch sehr viele, wenn nicht gar alle dieser Herren, daß man diesen Bibelspruch dahin ergänzen könnte: Er soll dein Herr sein; du aber wirst seine Herrin sein. Man nennt den Mann wol den König der Schöpfung; da kann man aber das Weib gewiß mit dem Parlament vergleichen, durch welches dieser König ganz außerordentlich beschränkt wird.

Es ist allerdings die Aufgabe, das Verhältniß des weiblichen Geschlechtes natur- und zeitgemäß fort zu entwickeln; nur wird man das nicht dadurch thun dürfen, daß man die Natur umkehrt. So etwas scheint aber wirklich in der Absicht derjenigen zu liegen, welche das weibliche Geschlecht so bilden wollen, daß es in allem und jedem dem männlichen Geschlechte nicht nur ganz gleich an die Seite, sondern sogar an die Stelle desselben treten könnte und sollte.

Es ist jetzt sichtlich das Bestreben, das Weib dem Manne ganz gleich zu machen. Wenn nun auch die Berechtigung, ja die Befähigung dazu nicht bezweifelt werden mag, so wäre eine solche Gleichstellung doch gegen die Natur und könnte daher nur nachtheilige Folgen haben, zumal für das weibliche Geschlecht selber. Wahrlich, die Frauen sündigen sehr gegen ihr eigenes Geschlecht, wenn sie sagen: Wir sind geradefo Menschen wie die Männer, wir haben dieselben

Wünsche und Bedürfnisse, dieselben Anlagen und Fähigkeiten wie sie, wir können und wollen daher alles thun, was die Männer thun! Wahrhaftig, durch eine solche Gleichstellung würde die Weiblichkeit in ihrem edlen und schönen, die Welt verklärenden Wesen verlegt, ja aufgehoben werden. Unsere Urmutter Eva wurde im Paradiese zum Genuß der verbotenen Frucht durch die Vorpiegelung der Schlange verführt: „Wenn Du von diesem Baume issest, wirst du wie Er, wirst Ihm gleich sein.“ Damals verführte die Eva den Adam zu dem verbotenen Genuße; gegenwärtig aber will der Mann das Weib zu einem vermessenem Genuße vom Baume der Erkenntniß verführen, indem er ihm zuruft: Ist von diesem Baume und du wirst wie ich, du wirst mir gleich sein. Wenn das geschähe, so würde dem Manne und dem Weibe selber das Paradies der Weiblichkeit verloren gehen.

Herr Janßen aus Bremen hat sich in der Lehrerversammlung in dieser Hinsicht sehr kräftig ausgesprochen, indem er sagte: „Der Mann bleibe Mann, das Weib bleibe Weib. Wir wollen keine Affen des Mannes.“ Galant war dieser Ausspruch nicht, aber wahr, und wir scheuen die Ungalanterie nicht, indem wir noch bedauernd hinzufügen, daß leider jetzt sehr viele Frauen und Jungfrauen ein Selbstenthum darein setzen, Affen der Männer zu sein, und zwar in der nachtheiligsten Weise, indem sie vorzugsweise die Unsitte der Männer nachäffen.

Mädchenschuldirektor Dr. Meiers aus Lübel hatte das Referat über „Frauenbildung.“ Er schilberte mit edler Wärme die Bedeutung des Weibes für die Familie, die Wirksamkeit der Hausfrau, der Mutter. „Durch den menschlichen Geist selbst muß das Wohl der Menschheit gefördert werden, aber die Eintheilung der Arbeit muß nach den Geschlechtern durchgeführt werden.“ Nun, dafür hat schon die Natur gesorgt. Gegenwärtig aber will man die Ordnung der Natur aufheben. Man will von einer Theilung der Arbeit nach Geschlechtern nichts mehr wissen; man verlangt, daß das weibliche Geschlecht auf allen Arbeitsgebieten mit dem männlichen konkurriren solle. (Nur für den Kriegsdienst requirirt man die Frauen noch nicht, obwol die Geschichte aller Zeiten und auch häusliche Erfahrungen beweisen, daß das weibliche Geschlecht viel kriegerischen Sinn besitzt.) Es gibt Schriftsteller, welche Nationalökonomien sein wollen und darüber klagen, daß bei dem bisherigen Verhältniß des weiblichen Geschlechtes die weibliche Arbeitskraft brach liege, wodurch der Nationalreichtum einen großen Schaden erlitt. Nun, freilich, die Arbeit, welche die Hausfrauen und Mütter vollbringen, läßt sich nicht nach Arbeitstagen und nach den Lohnsätzen schätzen, aber sie ist eben im vollsten Sinne des Wortes unschätzbar, sie ist auch nationalökonomisch von ganz unermäßigem Werthe. Ueberdies sind in dem ganzen arbeitenden Bürger- und Bauernstande die Frauen und Töchter eifrige, unentbehrliche Hilfsarbeiterinnen der Männer. Wie kann man also sagen, daß die weibliche Arbeitskraft brach liege?

Von der Versammlung mit galanter Begeisterung begrüßt, hielt Fräulein Auguste Warowik aus Berlin eine geistreiche Rede. Ebenso wahr als schön sagte sie: „Die Frau hat eine Kulturaufgabe zu erfüllen, die sich an die ganze Menschheit wendet, sie hat dies zu allen Zeiten zu thun. Die Existenz des menschlichen Geschlechtes ist eine wichtige Mission der Frau. Diese verlangt, daß sie diesen Beruf wohl ins Auge fasse.“ Vortrefflich! Also muß das weibliche Geschlecht zunächst und vor allem für diesen seinen Kulturberuf erzogen werden. Die Jungfrau muß zunächst die Bildung erlangen, um dem Manne auf den verschiedenen Stufen der Gesellschaft eine würdige verständnisinnige Gefährtin und Helferin, eine sorgsame Hausfrau zu sein, ihm, dem Staate, der Menschheit geistig und leiblich gesunde und tüchtige Sprößlinge zu erziehen. Die Frau soll die verhältnismäßige Bildung besitzen, um ihr eigenes und das Leben ihres Mannes geistig und gemüthlich zu verschönern. Sie soll auch die Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, um den Mann in seiner Wirksamkeit unterstützen, oder neben ihm selbständig erwerben, oder auch alleinstehend durch ihre eigene Arbeit ihre Existenz sichern zu können. Fräulein Warowik ist aber ganz „absolut“ gegen Dr. Meiers in Betreff der Theilung der Arbeit nach Geschlechtern. Das geehrte Fräulein sprach in dieser Beziehung aber doch nur eine schön klingende Phrase aus, indem sie sagte: „Dieselbe Arbeit, welche den Mann frei macht, macht auch das Weib frei.“ Das Fräulein wollte damit wol gewiß nicht sagen, daß die Frau jede Arbeit des Mannes verrichten könne, und daß deshalb keine Theilung der Arbeit nach Geschlechtern nothwendig sei. Doch wir wollen dies sogar zugeben und fragen nur, wie es dann um die Erfüllung des weiblichen Berufes stünde, von welchem die Existenz des menschlichen Geschlechtes abhängt? Wir wollen z. B. zugeben, daß eine Frau in jedem Fache der Wissenschaften sich die tiefsten umfassendsten Kenntnisse erwerben, auch eigene Schöpfungen hervorbringen, das Fach vom Ratheber dociren kann; gewiß aber würde sie daneben ihren Kulturberuf als Hausfrau und Mutter nicht entsprechend erfüllen können. Dann müssen wir noch fragen: Macht denn die Arbeit wirklich frei? Insofern allerdings, als sie dem Menschen die selbständige Existenz sichert; aber durch jede auf Erwerb gerichtete Arbeit wird man auch mehr oder weniger abhängig, unfrei. Eigentlich frei sind nur diejenigen, welche nicht arbeiten müssen. Glücklich in dieser Beziehung ist nur derjenige, welcher sagen kann: Ich lebe um zu arbeiten, aber ich muß nicht arbeiten, um zu leben. Die Männer tragen die Fesseln ihrer Berufsarbeiten, während die Frauen, welche eben bloß Hausfrauen sind, von solchen Fesseln frei sind und überdies die Männer an Rosenketten führen. Wenn die Frauen in die Geschäfte der Männer einträten, wenn sie in Komptoirs, Kanzleien, auf Lehrkanzeln säßen u. s. w., so würden sie in solchen Bedienstungen gewiß weniger frei sein, als wenn sie bloß Hausfrauen und Mütter sind. — Wir wissen aber, was Fräulein Warowik mit ihrem schönen Satze eigentlich sagen wollte. Sie wollte sagen, daß die

Frau durch ihre Arbeit frei sein soll von — dem Manne, daß das weibliche Geschlecht sich auf seine eigene Arbeitskraft verlassen können und nicht die „Versorgung“ durch einen Mann brauchen solle. Das ist sehr schön; aber für den Fall, als es allgemein und immer allgemeiner werden würde, müßten wir uns wieder die Frage erlauben, wie es dann mit der wichtigen weiblichen Mission stünde, von welcher die Existenz des menschlichen Geschlechtes abhängt?

Einen sehr gebiegenen Vortrag hielt Frau Isabella v. Santé, Instituts-
vorsteherin in Rudolfsheim bei Wien. In Betreff der Erwerbsbildung stimmte die geehrte Frau mit den Ansichten überein, welche wir oben entwickelt haben. Sie verlangte eine Verlängerung der Schulpflicht für Mädchen bis zum sechzehnten Jahre; was wol im allgemeinen nicht gut durchführbar sein dürfte. Frau v. Santé rief zum geistigen Kampfe für die Bildung und Freiheit des Weibes auf, perhorrescirte aber mit Recht die Anhäufung von Lehrgegenständen geringeren Nutzens für die weibliche Bildung, dies als einen Raub an Zeit bezeichnend, die für die „echte weibliche Ausbildung der Bestimmung der Gattin und Mutter“ vorbehalten werden müsse. In sehr ernster und treffender Weise schilderte sie die Kluft zwischen dem Manne und Weibe im realen Leben und kam zu dem Schlusse, daß „nur die physische und geistige Arbeit die Ehe glücklich mache, Unwissenheit aber und Langeweile die Stifterin vieler Laster seien.“ Zum Schluß tadelte Frau v. Santé mit gerechter Entrüstung den Mißbrauch, welcher „der Lehrerin im öffentlichen Schuldienste ein sogenannt freiwilliges, aber weil durch die Existenz bedingt, wol unfreiwilliges Eölibat auflegt; was eine Anomalie sei, da die Aufgabe der Erzieherin doch darin besteht, gute Mütter zu erziehen.“ Die vortreffliche Rede der Frau v. Santé wurde mit wohlverdientem allgemeinen Beifall aufgenommen.

Hierauf erlangten die leider sehr vagen Anträge des Fräuleins Auguste Warowik, nämlich „daß der Unterricht des weiblichen Geschlechtes in allen Richtungen vorbereitet werden, und das Mädchen mit klarem Denken und sittlichem Willen die Schule verlassen müsse, um in jede (?) Fachschule eintreten zu können,“ einstimmige Annahme. Ebenso wurden die Anträge Dr. Pollaks angenommen: „Einführung der Erziehungslehre an höhern Töchterschulen; Lehrturse für Kinderpflege.“ Sehr gut! „Absendung von Wanderlehrern für höheren Mädchenunterricht in den Provinzen.“ Solche Wanderlehrer werden wol nicht schaden, aber auch nicht viel nützen. Dr. Pollaks weiterer Antrag, „den Ehelösens nur Solchen zu erteilen, welche die Fortbildungsschule mit Fortgang besucht haben“, wurde mit Gelächter abgelehnt. Es ginge auch wirklich zu weit, von den Bräuten eine geistige Maturitätsprüfung zu verlangen.

Schließlich versäumte Herr Soukup aus Wien es nicht, der Zeitrichtung Rechnung zu tragen, indem er „die Aufhebung der klösterlichen Mädchenerziehung“ beantragte, was selbstverständlich angenommen wurde. Also den katholischen

Eltern, welche ihre Töchter in den der weiblichen Erziehung gewidmeten Frauenklöstern erziehen lassen wollen, soll dies von Staatswegen unmöglich gemacht werden! Und das nennt man Freiheit!

Handelspolitische Streifzüge.

(Handelsverträge mit Rom, Spanien, Portugal und Persien. Markenschutzkonvention mit Nordamerika. Regelung der Oktrois in Rumänien).

Durch den kommerziellen Friedensschluß mit England und durch die Vereinbarung der Handelsverträge mit Siam, China und Japan ist die Hauptaktion der österreichisch-ungarischen Handelspolitik zu Ende geführt. Es handelt sich jetzt im Wesentlichen nur noch darum, den durch die Verträge arg mitgenommenen allgemeinen Zolltarif einer zweckmäßigen Revision zu unterziehen, und für unsere Nationalen auch in solchen Staaten, zu denen Oesterreich bisher noch in keiner traktatmäßigen Beziehung stand, das Recht der meistbegünstigten Nation zu erlangen. Jene Zolltarifsrevision ist Sache der im österreichisch-ungarischen Zoll- und Handelsbündnisse vorgesehenen Zollkonferenz, welche trotz des Sträubens der ungarischen Regierung hoffentlich doch endlich, und zwar noch im Laufe dieses Jahres zusammentreten wird, wenn auch wahrscheinlich ohne die Intervention der Handelskammern, deren Abwesenheit in der Konferenz unsererseits allerdings weniger empfindlich sein wird, als auf Seite Ungarns, da sich sämtliche österreichische Handelskammern bereits mittelst schriftlicher Gutachten über die beabsichtigte Revision mehr oder minder ausführlich ausgesprochen haben.

Unter den Ländern, in welchen die Gleichstellung Oesterreichs mit der meistbegünstigten Nation anzustreben wäre, sind schon seit mehreren Jahren Spanien und Portugal, dann vor einiger Zeit einmal auch Rom genannt worden. Freilich auch Rußland, doch scheint mit diesem Staate in handelspolitischer Beziehung dormalen kein vernünftiges Wort gesprochen werden zu können. Was den Kirchenstaat betrifft, so ist wol mindestens schon ein halbes Jahr verstrichen, seit die päpstliche Regierung sich bereit erklärt hat, das österreichische Anerbieten eines Handelsvertrages anzunehmen; doch mittlerweile hat sich nichts vom Flecke gerührt, wahrscheinlich kann sich in Rom selbst die Leitung der Handelsangelegenheiten dem alles absorbirenden Einflusse des ökonomischen Konziis nicht entziehen, und man will erst die Dogmen in Sicherheit wissen, ehe man sich mit Vertragsartikeln abgibt. — Die Angelegenheit mit Spanien ist bekanntlich insoferne geordnet, als der mit großer Beharrlichkeit negotirte Handelsaktat am 24. März l. J. von den beiderseitigen Bevollmächtigten wirklich unterzeichnet wurde.

Aber die Sache scheint damit noch keineswegs erledigt, denn das Madri-der Cabinet ist hinterher erst recht in Sorge gerathen, daß die Cortes den spanischen Schutzzöllnern zu Liebe das ganze Vertragswerk umstoßen könnten, zumal die gesetzgebende Versammlung nicht blos den Handelsvertrag mit Oesterreich, sondern auch jenen mit Italien und Belgien zu votiren hat. Auch ist der im vorigen Jahre eingeführte spanische Zolltarif, auf den wir uns ein traktatmäßiges Recht geben ließen, keineswegs vor einer nachträglichen Revision gesichert, indem sich herausgestellt haben soll, daß einzelne Ansätze des Tarifs mit den gesetzlich fixirten Prinzipien über die zulässige Höhe der Zollsätze, auf denen eben der Tarif zu beruhen hat, nicht recht in Uebereinstimmung sind. Dem Vernehmen nach möchte nun die spanische Regierung die genannten drei Staaten am liebsten zu der KonzeSSION bewegen, daß zwar der Vertrag, so wie er geschlossen worden ist, auch angenommen werde, aber mit dem beiderseitigen Vorbehalte beliebiger Kündigung, welche die Wirkungen des Vertrags nach Ablauf einer einjährigen Frist ohne Rücksicht auf die stipulirte Vertragsdauer aufheben würde. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß es der spanischen Regierung viel schwerer fällt, diesen Vertrag bei den Cortes durchzubringen, als ihn in der Folge stabil zu erhalten, denn bei der politischen Lage Spaniens wird man daselbst binnen kurzer Zeit an ganz andere Dinge zu denken haben als an den Handelsvertrag mit Oesterreich, und deshalb glauben wir, daß unser Ministerium nichts außer Acht lassen sollte, um dem so mühsam zu Stande gebrachten Uebereinkommen praktische Geltung und Durchführung zu verschaffen. Indessen ist vielleicht in dem Augenblicke, wo wir dies schreiben, die Entscheidung, die wir natürlich nicht kennen, bereits getroffen.

Vor wenigen Tagen brachten einige Journale die Nachricht, daß nun auch der österreichisch-portugiesische Handelsvertrag zum Abschlusse gebiehen sei. Wir lasen diese Notiz nicht ohne Ueberraschung, da wir von den Hindernissen, auf welche dieser Vertrag sowol in Portugal als in Ungarn stieß, ziemlich genau unterrichtet sind. Es ist noch gar nicht lange her, daß in Oporto ein großes Meeting der Oppositionspartei stattfand, dessen Spitze gegen den Handelsvertrag mit der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichtet war und dem Ministerium so nahe an den Leib ging, daß es entschlossen schien, die Cortes nicht sobald mit der Vorlage des österreichischen Handelsvertrags zu behelligen. Und zur selben Zeit wurde diese Vertragsidee außerhalb Portugals von Niemanden entschiedener angefeindet als von Ungarn, ohne dessen Mitwirkung der Traktat ja nicht geschlossen werden kann. Die ostensiblen Gründe der ungarischen Opposition sollen zwar höchst seltsam gewesen sein, aber der Widerstand war fühlbar genug, und müßte höchstens mit Herrn v. Gorove aus dem Pester Handelsamte entschwunden sein. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nur bemerken, daß die Zeitungsnachricht, wonach die ungarische Abneigung gegen einen Vertrag mit Portugal in der „Tarifopposition Mehl“ gewurzelt habe, auf einem Irrthume

beruhe. Tarifpositionen konnten bei einem Vertrage, dessen Basis lediglich die beiderseitige Meistbegünstigung ist, überhaupt nicht zu einer ernsthaften Diskussion Anlaß geben; es wurde aber dem Kabinete Vissabon von Seite der k. u. k. Regierung der Wunsch ausgedrückt, daß Portugal, dessen Handelspolitik sich auf das Recht, verschiedene Einfuhrverbote zu erlassen, etwas zu Gute thut, zu Gunsten Ungarns auf das Recht, die Einfuhr von Getreide und Mehl zeitweilig zu untersagen, Verzicht leisten möge. Dazu ließ sich aber das portugiesische Ministerium in Anbetracht der dort herrschenden Vorurtheile und projektirten Finanzmaßregeln nicht herbei, und jetzt erst machte man in Pest aus dem Wunsche eine peremptorische Bedingung. Es soll uns herzlich freuen, wenn im Pesther Handelsamte plötzlich vernünftigeren Ansichten zur Geltung gekommen sind, aber selbst in diesem Falle scheint es uns fast unglaublich, daß der österreichisch-portugiesische Handelsvertrag mit Einemmale eine vollendete Thatsache geworden sei. Diese Nachricht bedarf erst einer Bestätigung.

Noch seltsamer berührte uns die Zeitungsnotiz, daß der Schach von Persien geneigt sei, mit Oesterreich einen Handelsvertrag einzugehen. Weiß der Schach von Persien denn nicht, daß ein solcher Vertrag schon unterm 17. Mai 1857 abgeschlossen wurde und bis zum 15. November 1882 (25 Jahre vom Tage der Ratifikationsauswechslung an) Gültigkeit hat? weiß der Schach von Persien nicht, daß eben dieser Vertrag den beiderseitigen Staatsangehörigen die Rechte der meistbegünstigten Nation verliehen hat? Aber freilich, wenn er dies vergessen haben sollte, so ist's ihm eben so ergangen, wie vor ein paar Jahren der Brüner Handelskammer, die sich im Interesse des österreichisch-persischen Handels sehr dafür erwärmte, daß Oesterreich endlich einmal einen Handelsvertrag mit Persien abschließen solle. Unmöglich ist es nun allerdings nicht, daß der Schach noch vor Ablauf des bestehenden Vertrages den Oesterreichern ganz neue Vortheile kontraktlich einräumen will, aber die Sache ist doch weder an sich sehr wahrscheinlich, noch auch, wenn sie sich bestätigen sollte, geeignet, sanguinische Hoffnungen rege zu machen. Der Succes der Ostindienfahrten des Lloyd erlaubt uns, ein bißchen skeptisch zu sein.

Auf einem festeren Grunde beruht die Nachricht, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika geneigt seien, mit Oesterreich-Ungarn eine Markenschutzkonvention zu vereinbaren; doch ist dasjenige, was wir über den Inhalt dieses amerikanischen Projectes zu erfahren vermochten, zu wenig, um ein Urtheil über den Nutzen, der daraus für Oesterreich zu erwarten wäre, zu ermöglichen. Amerika will dem österreichischen Fabrikanten oder Handelsmann den Schutz seiner Marke unter den üblichen Bedingungen insoweit gewähren, daß er berechtigt sein soll, vor den amerikanischen Gerichten im Falle unbefugter Nachahmung dieser Marke Schadloshaltung zu verlangen. Nach österreichischem Gesetze geht dieser Schutz bekanntlich viel weiter, und es wird sich also erst herausstellen, müssen, ob wir für die Verletzung des Markenrechtes in Amerika sonst nicht

zu fordern haben sollten, als eine Entschädigung, deren Zulässigkeit von gar vielen Vorfragen abhängt, die von der nordamerikanischen Regierung vorläufig mit Stillschweigen übergangen wurden. Jedenfalls dürfte Amerika ein viel größeres Interesse an dem Schutze seiner Fabrik- und Handelsmarken in Oesterreich haben, als unsere Industrie an dem Markenschutz in Nordamerika.

Mit aufrichtiger Befriedigung begrüßen wir eine Mittheilung, die uns über die Absicht der rumänischen Regierung zugeht, endlich an eine, der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechende Regelung des unseligen Otkroi-Unwesens Hand anzulegen. Unsere Leser wissen aus früheren Darstellungen der tatsächlichen Verhältnisse, wie viel und lang in Hinsicht auf die rumänischen Munizipalajisa gesündigt worden ist, und welch betrübende Rolle der Vertreter Oesterreichs dabei gespielt hat. Dank unserem Zusammengehen mit den Schritten anderer Mächte, ist die Otkroi-Frage endlich zu einem fast unentwirrbaren Knoten geworden und ist bis zu der Lächerlichkeit gediehen, daß man statt der bisherigen Akzisegebühren, insofern sie nicht auf Verzehrungsartikeln (Lebensmitteln u. dgl.) lasten, einen allgemeinen zweiperczentigen Zollzuschlag einführen, die Otkrois für die Verzehrungsgegenstände jedoch wie bisher, nur nach einem einheitlichen Tarife, den Municipalitäten zur Einhebung überlassen wollte. Das war die verkündete und von den Mächten theilweise sogar befürwortete „Regelung“ der Otkrois! Das neue Ministerium in Bukarest hat sich nun aber in einer an die Repräsentanten der fremden Staaten erlassenen Circulardepesche dahin ausgesprochen, daß es der rumänischen Kammer ein Gesetz vorlegen wolle, in welchem von dem Zollzuschlage keine Rede ist; daß die fremde Waare nicht schwerer belastet werden solle als die einheimische; daß jede Prohibitivtaxe zu entfallen habe, und nur die eigentlichen Verzehrungsobjekte einem Otkroi unterliegen sollen, für welches eine gemischte Kommission, worin der fremde Handelsstand vertreten sein wird, einen Tarif auszuarbeiten hat. Diese Grundsätze entsprechen — wenn wir nicht irren — ziemlich genau denjenigen, welche von den verschiedenen Leitern des österreichischen Handelsamtes seit acht Jahren mit mehr Konsequenz als Erfolg verteidigt wurden. Wir fügen nur den Wunsch bei, daß das Ministerium Carp mit seiner Gesetzesvorlage in der rumänischen Kammer so viel Glück haben möge wie bei den theilhaftigen Staaten des Auslands.

Korrespondenz der „Reform“.

Agram. (Die Arbeitseinstellung der Professoren.) Wol hieße es, Wasser ins Meer zu tragen, wollte man das Axiom beweisen, daß Hebung des materiellen Wohlstandes und geistiger Bildung Aufgaben sind, deren befrie-

bigende Lösung, die Menschheit besonders in unserem Jahrhundert von jenen Männern ermartet, welche sie zu ihren Führern zählt, mag die Staatsform monarchisch oder republikanisch sein. Ueberall ist erfreulicher Fortschritt unlängbar, und besonders in den letzten Jahrzehnten hat die Arbeiter- und Unterrichtsfrage vielfach die fähigsten Kapazitäten beschäftigt.

Und in unserem Vaterlande? Auch hier wurde einiges gethan — man hört sogar mitunter den Satz, daß keine Regierung für die Schulen so viel Erfreuliches geschaffen, als gerade unsere. Die Besprechung der allfälligen Verdienste, die Würdigung des Geleisteten im Verhältniß zu dem, was noch gethan werden müßte, wären Themen, über die so Manches gesagt werden könnte — aber davon vielleicht ein andermal — vorläufig beschränkt sich der Zweck dieser Zeilen nur darauf, die allerneuesten Vorfälle und das Verhältniß unserer Regierung zur Arbeiterfrage und zum Professorenstreik kurz und wahrheitsgetreu zu illustriren.

Unbestritten ist die Thatfache: unsere Arbeiter verlangen Schulen, während sie anderwärts mitunter Streiks machen — unsere Professoren verlassen die Schulen; während sie anderwärts fortwährend engagirt werden, machen sie bei uns Streiks. Fast wäre man versucht zu glauben, daß sie die Rollen gewechselt — nächstens werden wir's erleben, daß bei uns die Arbeiter Professoren, und die Professoren Arbeiter werden.

Da dies etwas paradox klingt, sind wir Aufklärung hierüber schuldig.

Als vor nicht gar langer Zeit unsere Arbeiter sich zu rühren begannen, — die intelligenteren waren zusammengekommen, hatten einiges Geld von ihrem mühseligen Verdienst zusammengethan, um einen Saal zu mietzen, einige Professoren der Rechtsakademie und des Gymnasiums hatten unentgeltliche Vorträge übernommen, da durfte es wol der „enragirteste Nationale“ erwarten, daß die Regierung das alles aufs Nachdrücklichste unterstützen werde. Es war eine Deputation, geführt von einem akademischen Professor, von der Regierung empfangen und das Gesuch um Bewilligung von außerordentlichen Vorlesungen angenommen worden.

Nach monatelangem Warten erhielten die Arbeiter schwarz auf weiß den Bescheid: „Es seien die bestehenden Sonntagschulen für die Bildung der Arbeiter mehr als hinreichend!“ — —

Wenn daher die alles verlästernden „mit dem Geifer der perfidesten Galle alle „Maßregelungen“ besudelnden“ Nationalen die Regierung beschuldigen, sie wolle die Arbeiter zu Professoren machen, so hat sie sich diesmal wol durch dieses „einzige“ Aktenstück glänzend reingewaschen vor den Augen aller „loyalen Patrioten“ und wieder einmal bewiesen, wie aus der Luft gegriffen derlei „Absurditäten“ sind.

Wie kommt es aber dann, daß die Professoren Streiks arrangiren? Entweder betrachten sie sich als Arbeiter, oder werden sie als solche betrachtet

und behandelt, und richten sich darnach. Wird sich auch diese „Absurbität“ so schlagend widerlegen lassen?

Als das Anstands- und Nationalgefühl des Professoren-Kollegiums und der studirenden Jugend des Agramer Gymnasiums durch den „charaktervollen Phantasten“ *) derart beleidigt wurde, daß auch aus pädagogischen Gründen — die Exzedenten, Gymnasialschüler — sollten dafür gestraft werden, woran ihr Lehrer in hervorragender Weise theilhaftig war, da erachtete es der Direktor und die Regierung unter ihrer Würde, ihnen auch nur die mindeste Satisfaktion — etwa einen Verweis — womit alles abgethan gewesen wäre, zu geben. Neun Professoren unterfertigten daher, nachdem sie über eine Woche gewartet, vom Direktor schnöde abgefertigt worden waren, ein Gesuch an die Regierung, in welchem um eine Untersuchung gegen Starčević demüthigst gebeten wurde. Der Sektionschef für Kultus und Unterricht erklärte sich damit einverstanden, nicht so das Präsidium, welches statt gegen Starčević durch einen Präsidialerlaß die Spezialuntersuchung gegen die Neun vom Direktor führen ließ. Empört durch dies Verfahren, hatte sich ein Zehnter den Neun angeschlossen, und diese Zehn unterfertigten nun am 23. Mai eine Deklaration an die Regierung des Inhalts, daß sie vom 1. Juni ab ihren Lehrpflichten nicht mehr nachkommen könnten, wenn bis dahin Starčević nicht vom Gymnasium entfernt sei. Sie glaubten zu diesem Schritte genöthigt zu sein durch den Umstand, daß der Sektionschef erklärt hatte, es sei dieser Präsidialerlaß ohne sein Wissen und Wollen verfügt, daß Starčević die Sitzung nicht verließ, obwol 17 von 20 Professoren dessen Entfernung verlangten und ihre Forderung zu Protokoll gaben, daß tiefe Spaltungen zwischen der Jugend entstanden waren durch Starčević' taktloses Benehmen in und außer der Schule.

Nachdem die Deklaration der Zehn dem Sektionschef eingehändigt worden war, erklärte er, selbe vollkommen zu billigen, und versprach Starčević' Entlassung binnen zwei, längstens drei Tagen zu erwirken. Diese wurde jedoch den Zehn erst am 1. Juni selbst, um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Morgens bekannt gegeben, während am 31. Mai der Direktor in ostentativster Weise Schritte gethan hatte, die aufs deutlichste bezeugten, er beabsichtige den Unterricht an der Anstalt auch ohne die Zehn weiterführen zu lassen. Am 2. Juni wurde hierauf der ganze Lehrkörper zum Sektionschef berufen, und dieser empfahl das Gymnasium und die Verantwortlichkeit und Haftung für Ordnung an demselben den Zehn, da der Direktor selbe nicht habe erhalten können. Konstatiren wir noch den Umstand, daß der Direktor den Zehn seine Freude darüber ausdrückte, daß die Affaire so glücklich geendet, und daß dies hauptsächlich seiner Verwendung zu verdanken sei!

Obwol nun Ordnung an die Anstalt wiederkehrte, somit die Affaire ihren

*) Urtheil der „Drau“ über Dr. juris David Starčević betreffs der Straßenlandale am 19. April und des verächtigten Pamphletes „An die Verehrer Jellacic“.

Abschluß gefunden hatte — so glaubte man wenigstens allenthalben — so war doch das Präsidium wieder anderer Meinung. Danus Rauch entließ nämlich am 9. Juni Jagić, Mitglied der südslavischen Akademie, weil er die Deklaration, der man durch Starčević' Entlassung nachgegeben, im Auftrage der Zehn verfaßt und unterfertigt, und Brateli, weil er sie unter- und abgeschrieben hatte. Man ärgerte sich, nachgegeben zu haben, und wollte auf diese Art schleunigst wieder den Fehler gut machen.

Von den acht noch übrigen Deklaranten erklärten nun fünf, jeder in einer separaten Eingabe, der Regierung, es hätten die zwei Entlassenen nur im Auftrage der Zehn gehandelt, seien somit als Werkzeug minder strafbar; man möge daher entweder die zwei rehabilitiren, oder allen dieselbe Strafe zuerkennen, indem sie befügten, bis ihnen nicht der Bescheid bekannt geworden sei, ihre Vorträge einstellen zu müssen. Die Regierung erhob hierauf in ihren Organen ein Gezeter über diese beispiellose Unbotmäßigkeit — es hätten die Fünf wenigstens bis zum Schluß des Schuljahres, aus Rücksicht für die unschuldige Jugend und die armen Eltern verbleiben und dann demissioniren können, da die Verlegenheit um Ersatzmänner dann keine so fatale Dimensionen angenommen hätte, daß man fast — Arbeiter zu Professoren machen mußte. Daß die Regierung, wenn sie schon um das Wohl der Jugend so väterlich besorgt ist, füglich mit der Entlassung der zwei bis zum Schlusse des Schuljahres hätte warten können, war aus dem Grunde nicht erwähnt worden, weil man denn doch anständigerweise nicht bekennen konnte, daß es Danus Rauch mit der Strafe für das „hungerleiderische Professorenpaar“ sehr eilig hatte, und daß man durch das äußerste Maß von Taktlosigkeit und innerem Hader zwischen der Unterrichtsektion und dem Präsidium die Zehn soweit gebracht hatte, daß sie wählen mußten zwischen Charakterlosigkeit und Demission, den zwei einzigen Auswegen, die man ihnen übrig gelassen. Zur Steuer der Wahrheit muß man schließlich noch gestehen, statt der sieben theils fehlenden Professoren sind vorläufig noch keine Arbeiter, sondern Juristen, der „charaktervollen“ Starčevićianischen Rechtsparteifraktion angehörend, substituiert worden.

Aus Siebenbürgen. Die Situation in Siebenbürgen hat sich nicht um ein Haar verändert. Noch ist der Ausnahmezustand in voller Blüte, noch stehen dem königlichen Kommissarius und Polizeichef von Siebenbürgen die k. k. Gendarmen jeden Augenblick zur Verfügung. Die nationale Opposition verharret standhaft in Passivität gegen die magyarische Regierung und den Pesther Reichstag. Ein dumpfes Grollen zieht sich hin durch die Reihen des Volkes von der nördlichsten Spitze bis zu dem südlichsten Abhange der transylvanischen Alpen.

Mittlerweile hat sich die rumänische Bewegung auf kirchlich-wissenschaftliches Gebiet verpflanzt. Kirche und Schule werden gleichmäßig durch Magyari-

strungsmaßnahmen bedroht. Wir haben einmal dessen erwähnt, daß die magharische Regierung nichts geringeres im Schilde führe, als die Fusionirung der griechisch-katholischen Kirchenprovinz in die römisch-katholische, nämlich in administrativer Beziehung. Seit ihrem Bestande bewahrt die griechisch-katholische Kirchenprovinz ihre Autonomie, und nun soll sie auch administrativ aufgehen in die römisch-katholische, zu Gunsten der magharischen Centralisation und des Primas von Ungarn. Und was bezweckt eigentlich dieser ganze Schwindel mit dem Katholiken-Kongreß und der sogenannten römisch-katholischen Autonomie? Was die Römisch-Katholischen anbelangt, so mag dieser Kongreß seine Berechtigung und sein Gutes haben, aber wenn er sich das Recht anmaßt, auch über die inneren griechisch-katholischen Angelegenheiten zu Rathe zu sitzen, so begeht er ein Attentat nicht nur auf die besondere Autonomie der griechisch-katholischen Provinz, sondern indirekt auf die Rumänen, als solche selbst. Denn geben die Rumänen die Autonomie ihrer Kirche, so geben sie sozusagen ihre kirchliche Provinz selbst auf, denn von jenem Augenblicke regiert nicht mehr der rumänische griechisch-katholische Metropolit und der griechisch-katholische Kongreß im Bereiche seiner Provinz, sondern Se. Exzellenz der Primas von Ungarn und die entschiedene Majorität der Römisch-Katholischen im sogenannten Katholiken-Kongresse über die entschiedene Minorität der Griechisch-Katholischen. Die Magharen haben dann eine zweite Auflage der Fusion Siebenbürgens mit Ungarn auf kirchlichem Gebiete. Kurz man strebt dahin, mit der Zeit den Rumänen statt des rumänischen ein magharisches Evangelium aufzutropfieren zu können.

Diesem höchst ungerechten ja himmelschreienden Anfinnen widersetzten sich denn auch die Rumänen in energischer Weise. Erstens wollten sie nichts von der Einladung zum Katholiken-Kongresse in Pest wissen, zweitens verlangten sie die Einberufung eines eigenen griechisch-katholischen Kongresses. Diese erfolgte bis jetzt nicht, weil es der ungarischen Regierung nicht gefiel, daß sie erfolge. Nun hat das griechisch-katholische Metropolitankonfistorium seinerseits auch entschieden gegen die Vergewaltigung protestirt und die Bewilligung zur Abhaltung eines griechisch-katholischen Kongresses gefordert. Die „Neue freie Presse“ hat diesen Schritt unrichtig als eine Lostrennung der griechisch-katholischen Kirche von der römischen bezeichnet. In administrativer Beziehung war die griechisch-katholische Provinz der Rumänen von der römischen beziehungsweise magharischen von jeher unabhängig. Diese Autonomie wollen nun die Rumänen auch fernerhin unverfehrt für sich behalten. So verhält sich diese Angelegenheit. Die griechisch nichtunirten Rumänen haben unterdessen ihr genehmigtes Kirchenstatut, nach welchem sie vor einigen Wochen ihre allgemeine Synode in Hermannstadt abhielten.

In wissenschaftlicher Beziehung, nämlich was die Gründung von Schulen, Vereinen u. s. w. anbelangt, ist die Thätigkeit unter den Rumänen nicht geringer. Darüber werden wir ein andermal sprechen; soviel müssen wir aber noch

hier erwähnen, daß an der Tagesordnung die Gründung einer rumänischen Rechtsakademie ist, für welche denn auch eifrig gesammelt, geschrieben und gesprochen wird.

Kleine kritische Chronik.

Vom 15. bis 22. Juni.

I n l a n d.

Da man nach den niederösterreichischen Wahlen auf das Wahleresultat in den andern deutschen Ländern und Gebieten schließen darf, so muß man schon jetzt sagen, daß die neue deutsche Vertretung der alten den Personen und der Sache nach ganz gleich sein wird. Die Deutschen werden es also noch einmal versuchen, das Unmögliche möglich zu machen. In allen Programmen und Wahlreden ist die Hauptsache, nämlich der Ausgleich, die Lösung der staatsrechtlichen Frage bloß mit oberflächlichen Phrasen abgefertigt worden. Es hatte den Anschein, als ob für die Niederösterreicher eben nur Niederösterreich existire, oder ihr politischer Horizont höchstens noch bis Linz und Graz reiche. Der Wahlkampf wurde so geführt, als ob die Existenz und das Heil Oesterreichs nur davon abhinge, daß vulgäre Liberale, und nicht sogenannte Klerikale gewählt würden. Weil nun die Klerikalen nur einige wenige Kandidaten durchgebracht haben, so blasen die Liberalen Siegesfanfaren und verkünden, daß alles gut sei. Die Wahlaktion bewies, daß die Deutschösterreicher ungeachtet aller gemachten Erfahrungen noch nicht zur richtigen politischen Erkenntniß gelangt sind.

Dem Siegesjubiläum der Verfassungsoorthodoxen gegenüber herrscht in Böhmen, Mähren, Galizien, unter den Slovenen, in Tirol und Dalmatien eine Bewegung, welche der Freude der Dejembristen wahrscheinlich sehr bald ein Ende machen wird. Die Aufrufe, welche die Böhmen, Slovenen und in Galizien die Demokraten mit Smolka erlassen haben, kündigen die energtischste Opposition an.

A u s l a n d.

Es ist bezeichnend, daß sich viele Journale, besonders französische und österreichische in merkwürdiger Uebereinstimmung, förmlich angestrengt haben, wegen der Gotthardbahn, bei welcher preussisches Geld stark engagirt ist, einen Konflikt zwischen Frankreich und Preußen in Aussicht zu stellen. Die Sache war an sich abgeschmackt und wurde von den Journalen offenbar nur benutzt, um das Publikum in Emotion zu versetzen. Nun hat der französische Minister des Aeußern, Herzog von Gramont dem müßigen Gerede ein Ende gemacht, indem er auf eine bezügliche Interpellation erklärte, Frankreich sei nicht berechtigt, sich in diese Bahngeschichte einzumischen, es habe keinen Grund zu Besorgnissen, weder für die Schweiz noch für sich selber; auch werde die neue Bahn jenen über den Simplon und Monte Genis keine nachtheilige Konkurrenz machen. Dagegen hat Oesterreich eine solche Konkurrenz zu fürchten, und, wie es heißt, bereitet die Regierung bereits einen Gesetzentwurf für eine Konkurrenzbahn vor. Nun, so wird es auch dem neuen Reichsrathe nicht an angenehmen Eisenbahnberatungen fehlen. Was nützen uns aber alle Konkurrenzbahnen, wenn sie so wenig zu verfrachten haben, so wenig wie die Lloydsschiffe, welche durch den Suez-Kanal nach Indien fahren! Was für Wunderdinge hat man von diesem Kanal für Oesterreich prophezeit; aber

der Lloyd, von der österreichischen Industrie im Stich gelassen, mußte die Indien-Fahrten einstellen!

Unsere Offiziden haben bei Besprechung der Gotthardbahnfrage sehr deutlich verrathen, daß bei uns ein gewisser Jemand sehr auf ein Zerwürfniß zwischen Frankreich und Preußen spekulirt. Dieser Jemand mag aber versichert sein, daß zwischen Paris und Berlin ein viel besseres Einverständniß besteht, als zwischen Wien und Paris. Jedenfalls ist für Napoleon III. Graf Bismarck eine sympathischere Person als Graf Beust.

Der aktive russische General Godejeff fährt fort, sich über Oesterreich öffentlich sehr unfreundlich auszusprechen. Nun vernimmt man, Graf Beust werde deswegen in Petersburg diplomatische Anträge halten. Wir können dem Herrn Reichskanzler die Antwort voraussagen. Die russische Regierung wird einfach auf die Pressfreiheit hinweisen, sie wird den Grafen Beust auffordern, gegen den General vor den Gerichten klagbar zu werden. Dabei wird das russische Kabinet gewiß auch nicht unterlassen, auf die maßlosen Beschimpfungen hinzuweisen, denen Rußland in der deutschen und magyarischen Presse fortwährend ausgesetzt ist.

Geschichtliche Beiträge.

zur Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

(Fortsetzung.)

XVII.

Radislaus Posthumus (der Nachgeborne).

Es ist merkwürdig, daß die Vereinigung der österreichischen Länder mit den Königreichen Ungarn und Böhmen sofort durch den frühzeitigen Tod Albrechts V. (II.) wieder in Frage gestellt wurde. Die Personal-Union unter dem Hause Habsburg blieb zwar noch eine Zeit lang aufrecht, aber nur unter heftiger Anfechtung nicht nur in Ungarn und Böhmen, sondern in den altösterreichischen Erblanden selber. Es folgte eine chaotische Periode, aus welcher nur zwei Momente hervorragen, nämlich der sachlich bedeutsame Beginn der ununterbrochenen Reihe deutscher Kaiser aus dem Hause Habsburg und dann die Ertheilung des Erzherzogstitels an die sämtlichen Mitglieder des Hauses durch den Kaiser Friedrich IV. (6. Januar 1453).

Kaiser Albrecht lag auf seinem Krankenlager zu Regensburg die Unruhen voraus, welche nach seinem Tode entstehen würden, da er keinen männlichen Erben, sondern nur die Hoffnung eines solchen hinterließ. Um nun den gefährdeten Uebeln so gut als möglich vorzubeugen, traf Albrecht vier Tage vor seinem Tode, nämlich am 23. Oktober 1439 eine letztwillige Anordnung, welche im

Wesentlichen folgendes enthielt: Würde die Kaiserin-Königin Elisabeth eine Tochter gebären, so sollte Herzog Friedrich V. von der ernestinischen steirischen Linie des Hauses Oesterreich erben, während in diesem Falle das freie Wahlrecht der Königreiche Böhmen und Ungarn in Geltung treten sollte. Würde aber die verwitwete Kaiserin eines Sohnes genesen, so sollte Herzog Friedrich, oder im Falle seines Todes der Älteste des Hauses gemeinsam mit Elisabeth die vormundtschaftliche Regierung führen, und zwar unter dem Beistande von neun Rathgebern, drei aus Ungarn, drei aus den böhmischen Kronländern, einen speziell aus der Stadt Prag und zwei aus Oesterreich. Man sieht aus dieser Verfügung, wie hoch Albrecht die Bedeutung des Königreichs Böhmen schätzte. Um aber auch dem Stolz der Ungarn zu genügen, sollte der neugeborene Erbe in Preßburg erzogen werden.

Der zur vormundtschaftlichen Regierung berufene Herzog Friedrich V. war als ältester Sohn des Herzogs Ernst des Eisernen von Steiermark nach dem Tode seines dem Kaiser Albrecht II. ins Jenseits vorausgegangenen Oheims Herzogs Friedrich IV. von Tirol der älteste Fürst des Hauses Habsburg. Er hatte einen Bruder, Albrecht VI. und Friedrich IV. von Tirol hatte einen minderjährigen Sohn Sigismund hinterlassen, dessen Vormund nach den Hausgesetzen ebenfalls Friedrich V. war.

Als Friedrich durch die Kaiserin-Witwe von dem Testamente Albrechts Kenntniß erhalten hatte, eilte er zunächst nach Berchtholdsdorf bei Wien, wo unter dem Voritze der Bischöfe von Freisingen und Passau ein österreichischer Landtag abgehalten wurde. Derselbe hatte sachgemäß zunächst nur die Verhältnisse Oesterreichs im Auge und faßte daher Beschlüsse, welche von dem Testamente Albrechts abwichen. Die Berufung Friedrichs V. zur vormundtschaftlichen Regierung wurde anerkannt, ja demselben bis zur Entbindung der Kaiserin überhaupt die Regierung über Oesterreich überlassen, jedoch ohne Erbhuldigung und unter der Verpflichtung über die Einkünfte Rechnung abzulegen. Für den Fall, als Elisabeth einen Sohn gebären würde, sollte Friedrich die vormundtschaftliche Regierung bis zum sechzehnten Jahre des Prinzen führen, jedoch mit einem Beirathe von zwölf Oesterreichern. Die Mitvormundschaft der Kaiserin überging der Landtag mit Stillschweigen. Am 1. Dezember 1439 nahm Friedrich die Beschlüsse des österreichischen Landtages an und gelobte feierlich, denselben gemäß die Regierung zu führen.

Nicht so günstig gestalteten sich die Verhältnisse in Ungarn und Böhmen. Die ungarischen Stände hatten zwar dem sterbenden Albrecht getreue Erfüllung seines Testamentes zugesagt; kaum aber war er todt, so drängten sie die königliche Witwe, sich mit dem König Wladislaw von Polen zu vermählen, um Ungarn und Polen zum Kampfe gegen die Türken zu vereinigen. Die bedrängte Frau gab nach, und es gingen Gesandte nach Polen, um dem König Wladislaw die Hand der verwitweten Königin und die Krone von Ungarn anzubieten. Doch

hatte Elisabeth den Vorbehalt gemacht, daß im Falle, als sie eines Sohnes genesen würde, die Vollmachten der Gesandtschaft als erloschen zu betrachten wären.

Am 22. Februar 1440 gebar Elisabeth wirklich einen Sohn, welcher Ladislaus getauft wurde und mit dem Beinamen der Nachgeborne, Posthumus in der Geschichte Oesterreichs, Ungarns und Böhmens eine kurze traurige Rolle spielte.

Die an den polnischen Hof gesandten ungarischen Magnaten ließen sich durch die Geburt eines Erbkönigs nicht irre machen, sondern setzten die Verhandlungen mit dem König Wladislaw fort, welcher endlich einwilligte, König von Ungarn zu werden, die Witwe Albrechts zu heiraten, und versprach, das Reich gegen die Türken zu vertheidigen, auch für den Fall, als er selber ohne männliche Erben sterben sollte, dem Ladislaus Posthumus die ungarische Krone zu verschaffen. Diesen das Testament Albrechts umstoßenden, das angeborne Recht seines Sohnes verletzenden Vertrag schlossen die ungarischen Gesandten gegen den ausdrücklich erklärten Willen Elisabeths eigenmächtig ab und kehrten mit den bezüglichen Urkunden nach Ungarn zurück. Elisabeth aber ließ sie ins Gefängniß werfen und erklärte den Vertrag für null und nichtig. Darüber brach in Ungarn sofort der Bürgerkrieg aus. Selbst in Ofen griff die polnische Partei zu den Waffen. Elisabeth aber begab sich nach Stuhlweißenburg, wo am 15. Mai 1440 der viermonatliche Ladislaus gekrönt wurde. Während nun die beiden Parteien sich bekriegten, kam der Polenkönig Wladislaw nach Ungarn und bemächtigte sich des größten Theiles des Landes. Elisabeth konnte sich nur in Niederrungarn durch ihre böhmischen Söldner unter Anführung der beiden Giskra's und Riczjan behaupten. König Wladislaw kam nach Ofen, bemächtigte sich durch List des Erzbischofs von Gran und des Palatins Gara, zwang sie, ihm den Eid der Treue zu leisten, und ließ sich dann am 21. Juli 1440 zu Stuhlweißenburg krönen. Da Elisabeth die eigentliche Königskrone mit sich genommen hatte, wurde Wladislaw mit dem Diadem geschmückt, welches sich an der Leiche Stephans des Heiligen befand.

Elisabeth verschlimmerte ihre Lage noch dadurch, daß sie das Testament Albrechts verletzte, indem sie die vormundschaftliche Regierung über Oesterreich nicht an den Herzog Friedrich, sondern an dessen unruhigen Bruder Albrecht übertrug. Dadurch entstand auch in Oesterreich schlimme Parteilung. Friedrich protestirte gegen die Verfügung Elisabeths, und seine Einsprache war von umso größerem Gewichte, da er am 2. Februar 1440 zu Frankfurt a. M. zum deutschen Kaiser gewählt worden war. Mit ihm begann die ununterbrochene Reihe der habsburgischen Kaiser.

Auch das Königreich Böhmen drohte für Ladislaus verloren zu gehen. Nach dem Tode Albrechts hatten zwar die böhmischen Stände das Testament desselben anerkannt und beschlossen, die Niederkunft der verwitweten Kaiserin-

Königin abzuwarten. Als jedoch Elisabeth den rechtmäßigen Thronerben Ladislaus geboren hatte, wollten die Böhmen dennoch zu einer Königswahl schreiten, indem sie behaupteten, daß ein Kind das Land nicht regieren könne, daß man einen Mannes bedürfe. Sie trugen die Wenzelskrone dem Herzog Albrecht von Baiern an. Doch dieser war ein sehr frommer und rechtlicher Mann; er prüfte die Sache gewissenhaft, und als er sich von dem unbestreitbaren Rechte Ladislaus' überzeugte, brach er die Unterhandlungen mit den böhmischen Ständen ab und ermahnte sie, dem rechtmäßigen Nachfolger Albrechts treu zu bleiben. Dies bewirkte, daß die böhmischen Stände sich nun an den Kaiser Friedrich IV. *) mit der Bitte wendeten, die vormundschaftliche Regierung über Böhmen zu übernehmen. Dieser lehnte es jedoch ab und forderte die Böhmen auf, das Königreich durch Männer aus ihrer Mitte bis zur Volljährigkeit des jungen Königs regieren zu lassen. Erst im Jahre 1441 schickte die vielbedrängte Elisabeth Gesandte nach Prag, denen es gelang, die feierliche Anerkennung Ladislaus' zu erwirken. Der Utraquist Heinrich Praczek von Bipa und der Katholik Meinhard von Neuhaus traten als Gubernatoren an die Spitze der vormundschaftlichen Regierung. Meinhard spielte neben Praczek eine untergeordnete Rolle und begnügte sich bald mit der Stelle eines Hauptmanns von Prag und Karlstein, während Praczek nun alleiniger Regent war. Als dieser im Jahre 1444 starb, folgte ihm der kräftige, bereits berühmte Georg von Podiebrad als oberster Statthalter und Gubernator des Königreichs Böhmen.

Mittlerweile befand sich die Kaiserin und Königin Elisabeth in der schlimmsten Lage. Es fehlte ihr namentlich so sehr an Geld, daß sie nicht einmal ihre persönliche Dienerschaft bezahlen konnte. Da sie vom Herzog Albrecht, den sie widerrechtlich zum Vormund ihres Sohnes gemacht hatte, keine Hilfe erhielt, so mußte sie sich mit dem Kaiser Friedrich versöhnen. Er ließ ihr am 3. August 1440 zweitausendfünfhundert Goldgulden, wofür sie ihm als Pfand die ungarische Krone übergeben mußte. Noch in demselben Monate übertrug sie ihm zu Paimburg in Gegenwart und mit Einwilligung des Herzogs Albrecht die Vormundschaft über den jungen Ladislaus, bei welcher Gelegenheit ihr der Kaiser gegen Schuldschein sechstausend Goldgulden vorstreckte. Schon im Herbst desselben Jahres mußte Elisabeth dem Kaiser ihre Wittwensitze in Oesterreich für neuntausend Gulden verpfänden. Endlich überlieferte sie auch ihren Sohn in die Hände Friedrichs. Das königliche Kind war damals in dem Felsenschlosse Forchtenstein in Pflege; der Kaiser ließ es aber nach Steiermark bringen. Das erregte in Ungarn, Böhmen und Oesterreich große Unzufriedenheit, denn man nahm den Kaiser Friedrich in Verdacht, daß er das königliche Kind gefangen hielt und die

*) Friedrich wird als Kaiser auch als III. bezeichnet, wobei man Friedrich den Schönen von Oesterreich, welcher gemeinsam mit Ludwig dem Baier die deutsche Krone getragen, nicht mitzählt.

Herrschaft über die Reiche desselben an sich reißen wollte. Auch den Herzog Sigismund, den Erben Tirols hielt Friedrich in Graz, worüber die Tiroler sehr zürnten.

Das Verfahren des Kaisers mit dem jungen König Ladislaus schädete der Kaiserin-Königin Elisabeth in Ungarn sehr und verschaffte dem Gegenkönig Wladislaw immer größeres Uebergewicht. Elisabeth ging daher den Kaiser flehentlich an, ihr den Prinzen Ladislaus und die Stephanskronen zurückzugeben; Friedrich blieb jedoch unerbittlich bei der Antwort, diese Rückgabe könnte erst dann stattfinden, wenn Elisabeth ihre Schulden bezahlt haben würde. Während nun in Ungarn der Bürgerkrieg fortwüthete, näherte sich ein türkisches Heer den Grenzen. Da kam der päpstliche Legat, Cardinal Julian nach Ofen, um zwischen Elisabeth und Wladislaw Frieden zu stiften. Es gelang ihm, beide zu einer Zusammenkunft in Raab zu bewegen, und es muß daselbst eine friedliche Uebereinkunft zu Stande gekommen sein, denn Elisabeth besuchte bald darauf den König Wladislaw in der Burg zu Ofen, und da soll die Vermählung des Herrscherpaares verabredet worden sein. Kaum war aber Elisabeth nach Gran zurückgekehrt, so starb sie plötzlich am Weihnachtstage 1442, wie man glaubt an empfangenem Gifte. Nun schien die Sache des jungen König Ladislaus in Ungarn ganz verloren zu sein; seine Partei behauptete sich aber unter der Führung des tapfern Böhmen Giska von Brandeis. Eine günstige Wendung trat für Ladislaus ein, als König Wladislaw am 10. November 1444 bei Varna in einer siegreichen Schlacht gegen die Türken seinen Tod fand.

Inzwischen waren auch in den österreichischen Ländern die Zustände sehr verworren. Zwischen Kaiser Friedrich und seinem Bruder Albrecht herrschte fortwährend Zwietracht, die Stände des Herzogthums Oesterreich waren unzufrieden, weil Friedrich den Erbfürsten Ladislaus nicht nach Wien brachte und auch die finanziellen Verfügungen des Testaments Albrechts II. nicht erfüllte; die Tiroler zürnten, weil ihnen Friedrich ihren Erbfürsten Sigmund vorenthielt. Es drohte ein allgemeiner Aufruhr auszubrechen, und in Niederösterreich kam es wirklich zu einem Akt der Empörung. Der mächtige Freiherr Ulrich Eysinger von Eysing stellte an Friedrich hohe Geldforderungen, die er aus dem Testamente Albrechts II., dessen Günstling und Hiebmeister (Finanzminister) er gewesen, herleitete. Als Friedrich die Forderungen nicht erfüllte, verschwor Eysinger sich mit hundertfünfzig Landherren und kündigte am 12. Mai 1441 vom Schlosse Schratenthal aus dem Kaiser förmlich den Gehorsam auf. Mit diesem empörten Abel verbanden sich die noch von Albrecht II. angeworbenen fremden Söldner, welche Friedrich nicht entlassen hatte, aber auch nicht bezahlte. Um den drohenden Sturm zu beschwören, verglich sich Friedrich mit Eysinger und übernahm die Bezahlung der Söldner auf die jährlichen Landeseinkünfte. Dann eilte er ins deutsche Reich hinaus.

Erst in Nürnberg fiel es dem Kaiser ein, daß er Oesterreich ohne Regierung gelassen; er ernannte daher für das Herzogthum vierundzwanzig Landverweser, die Bischöfe von Freisingen und Passau an der Spitze. Am 17. Juni 1442 wurde Friedrich zu Aachen mit der Krone Karls des Großen geschmückt und eröffnete dann in Frankfurt einen Reichstag. Von da ging er über Straßburg und Breisach nach Zürich und mischte sich da in den Streit der Stadt mit den Eidgenossen über die Toggenburg'sche Erbschaft, was abermals einen für das Haus Habsburg nachtheiligen Krieg zur Folge hatte. Auf der Heimreise erfuhr Friedrich in Tirol die kälteste Aufnahme und bittere Vorwürfe. Anfangs Februar 1443 war er wieder in seiner geliebten Neustadt.

Mittlerweile war in Oesterreich ein schlimmes Ereigniß eingetreten. In dem im April 1443 in Krems abgehaltenen Landtage war nämlich Herzog Albrecht gegen seinen kaiserlichen Bruder mit der Klage aufgetreten, daß dieser ihm seinen Antheil an den Erbländen vorenthalte. Da die Stände sich nicht einmischen wollten, griff Albrecht im Bunde mit dem Grafen Ulrich von Sittich zu den Waffen, um sich Krain zu erobern. Da bot der Kaiser gegen den Bruder ein Heer von 13.000 Mann auf, und der Krieg hatte ein Ende. Friedrich war mild und versöhnte sich mit Albrecht und Ulrich.

In Böhmen herrschte der Gubernator Georg von Podiebrad fast schon mit königlicher Machtvollkommenheit. Doch brachte es Kaiser Friedrich dahin, daß Georg und die böhmischen Magnaten im Jahre 1445 die Anerkennung des jungen Ladislaus urkundlich erneuerten. In Ungarn herrschte nach der Unglückschlacht von Varna große Verwirrung. Am 7. Mai 1445 beschloßen die Reichsstände auf dem Felde Ragos, für den Fall, als König Ladislaw (dessen Tod man wirklich oder scheinbar nicht für gewiß hielt) bis zum nächsten Dreieinigkeitssonntag nicht erscheinen würde, Ladislaus als König anzuerkennen, wofern er mit der heiligen Krone nach Ungarn käme und daselbst bliebe. Man unterhandelte mit Friedrich, der aber von der Herausgabe des Königs und der Krone von Ungarn nichts wissen wollte. Dennoch respektirten die Ungarn das Erbrecht des unschuldigen Knaben, schritten zu keiner neuen Wahl, sondern ernannten am 5. Juni 1446 den berühmten Johann Hunyadi zum Gubernator des Reiches.

Den Tirolern mußte Friedrich ihren längst regierungsfähig gewordenen Erbfürsten Sigmund im Jahre 1445 ausliefern, weil sie sehr ernstlich gedroht hatten, denselben mit bewaffneter Hand zu holen. Doch mußte Sigmund an den Kaiser und an den Herzog Albrecht schwere Geldopfer bringen, um in sein väterliches Erbe eingesetzt zu werden.

Während der Unterhandlungen mit Ungarn waren ungarische Grenzzüchter räuberisch in Niederösterreich eingefallen. Friedrich beschwerte sich in Ofen und erhielt die Antwort, er möge die Räuber selber strafen. Er ließ sich das gesagt sein, brach sofort auf, drang bis Güns vor, zerstörte mehrere Burgen und ließ über achtzig Räuber aufknüpfen. Nun erklärte man das aber in Ungarn für einen Friedensbruch, und Hunyadi brach in Oesterreich ein. Durch Schreiben suchte er Wien für sich zu gewinnen, indem er vorgab, er führe nicht gegen Oesterreich, sondern nur gegen die Person Friedrichs Krieg. Doch Wien blieb treu, und nachdem die Ungarn das Land bis gegen Wien arg verwüstet hatten, dann aber wegen des strengen Winters nach Hause zogen, kam ein Waffenstillstand zu stande.

Immer ungestümer wurde nun das Verlangen der Oesterreicher, Böhmen und Ungarn nach ihrem Erbfürsten Ladislaus. Er sollte nach Wien, nach Ofen, nach Prag kommen und da überall bleiben. Die Unmöglichkeit, allen Dreien zu willfahren, gab Kaiser Friedrich als Grund an, den jungen König und Herzog in Graz behalten zu müssen. Fortwährend wurde darüber fruchtlos verhandelt. Da verband sich im Herbst 1451 der Enghinger zu Nikolsburg mit den Liechtensteinen und andern Landherren, um mit Gut und Blut nicht zu ruhen und zu rasten, bis ihr Erbherr Ladislaus in Wien residire. Eine zweite zahlreichere Versammlung wurde in Wollersdorf gehalten, welche Abgeordnete in die Reichstadt schickte, um den Kaiser um Ladislaus zu bitten. Da Friedrich eine abschlägige Antwort gab, ließen ihm die Stände wissen, daß sie demnächst in Wien einen

Landtag halten und ihm nur dann treu bleiben würden, wenn Ladislaus in die Hauptstadt käme. Friedrich lehnte sich nicht darnach, sondern trat seinen Römerzug an und nahm Ladislaus mit sich nach Italien.

Nun versammelten sich am 12. Dezember 1452 die Stände überaus zahlreich in Wien, und es schloß sich auch die Stadt dem Adel an, worin rasch alle andern Städte nachfolgten. Die Stände bemächtigten sich gänzlich der Regierungsgewalt und ernannten Ulrich den Ehzinger zum obersten Hauptmann. Diesem Beispiele folgten zu Wels die obderennsischen Stände. Auch Graf Ulrich von Eilly schloß mit den österreichischen Ständen und mit dem ungarischen Gouvernator ein Bündniß, welchem auch ein großer Theil der böhmischen Stände beitrug, um die Befreiung des jungen Ladislaus aus der Gewalt seines Vormundes zu bewirken.

Um das alles kümmerte Kaiser Friedrich sich nicht, sondern zog mit seinem Mädel und in Begleitung seines ihm diesmal treuen Bruders Albrecht nach Italien, um gekrönt und mit seiner Braut, der portugiesischen Prinzessin Leonore vermählt zu werden. Am 15. März 1452 empfing Friedrich in Rom die eiserne Krone. Tags darauf wurde er vom Papste selbst mit Leonoren getraut, und am 19. März erfolgte die Krönung des kaiserlichen Paares. Während einer Lustreise nach Neapel, welche Friedrich mit seiner Gattin machte, blieb Ladislaus unter der Obhut des Bischofs Aeneas Piccolomini in Rom zurück, wo ein Versuch gemacht wurde, den jungen König zu entführen, was jedoch die Wachsamkeit des Bischofs vereitelte. Ein zweiter Versuch scheiterte auf der Rückreise in Florenz. Ende Juni 1452 war Friedrich wieder in der Neustadt.

Die österreichischen Stände hatten aber vor dem nunmehr vom Papste gekrönten Kaiser keine größere Ehrfurcht als früher. Sie verharren im Aufbruch und verlachten die Befehle, zur Pflicht zurückzukehren. Als der Kaiser einen Herold nach Wien sandte, um den Stadtrath vor den kaiserlichen Richterstuhl zu fordern, beschenkte man den Boten mit seidenen Kleidern und Goldmünzen, gab ihm aber gar keine Antwort. Als darauf der Kaiser Notare nach Wien und in andere Städte schickte, um die päpstliche Bannbulle, welche er für den äußersten Nothfall mitgebracht hatte, zu verkünden, wurden diese Notare mißhandelt. Nun riß dem langmüthigen Kaiser die Geduld und er ließ durch den treuen Rüdiger von Starhemberg Truppen sammeln. Bevor jedoch die Rüstung vollendet war, berannte der Ehzinger die Neustadt und hätte sich derselben wol bemächtigt, wenn nicht der riesenstarke steierische Ritter Andreas Baumkircher den Andrang der Feinde gegen das Thor so lang abgehalten hätte, bis es geschlossen werden konnte.

Es war die äußerste Gefahr eines allgemeinen Abfalles und Aufstandes vorhanden. Da eilten der Erzbischof von Salzburg und die Bischöfe von Freisingen und Regensburg in die Neustadt, um Frieden zu vermitteln. Es wurde längere Zeit fruchtlos unterhandelt, bis sich endlich der Kaiser zur Nachgiebigkeit bequimte. Am 1. September 1452 kam zwischen Friedrich und den Aufständern ein Vertrag zu stande, der im wesentlichen folgende Bestimmungen enthielt: Die Verbündeten ziehen unverzüglich von der Neustadt ab. König Ladislaus wird am 4. September dem Grafen Ulrich von Eilly, seinem Großonkel übergeben und bleibt bis zum 11. November außerhalb der Mauern Wiens. An diesem Tage erscheinen Abgeordnete der Stände von Böhmen, Mähren, Schlesien, Ungarn und Oesterreich zu Wien und setzen mit dem Herzog

Albrecht, mit dem Herzog Ludwig von Baiern, mit dem Markgrafen Karl von Baden und mit den Bischöfen von Salzburg, Regensburg und Freisingen wegen der Regierung für den erst zwölfjährigen Ladislaus das Nöthige fest. Sollte man sich an diesem Tage nicht einigen können, so bliebe Ladislaus einstweilen in der Obhut des Grafen Ulrich von Cilly.

Kaiser Friedrich genehmigte diesen ihn wahrhaft demüthigenden Vertrag. Am 4. September wurde Ladislaus, der sich in Berchtholdsdorf befand, von vier kaiserlichen Rätthen dem Grafen Ulrich von Cilly übergeben, der ihn nicht eingeholt, sondern bei dem steinernen Kreuze vor dem Wiener-Thore der Neustadt mit einer starken Reiterschaar erwartet hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Erklärung.

Meine Einladung zur Kandidatur für den neunten Bezirk ist so viel besprochen worden, daß ich eine offene Erklärung darüber für nothwendig halte. Nicht die häßlichen Bemerkungen einiger Journale bewegen mich dazu, sondern die Dankbarkeit, die ich den hochgeehrten Herren Wählern, welche mich durch ihr Vertrauen auszeichneten, schuldig bin, und dann überhaupt die Rücksicht auf jene verehrlichen Bürger des neunten Bezirkes, die in der Erwartung, mich auftreten zu sehen, getäuscht worden sind.

Gleich nach der Auflösung der Landtage wurde ich von einzelnen Wählern in freundlicher Weise gefragt, ob ich nicht kandidiren wollte. Ich habe diese geehrten Herren selbstverständlich nicht nach ihrer religiösen Richtung beurtheilt und gesondert; weiß aber von einigen gewiß, daß sie nicht zur streng kirchlichen Partei gehören. Meine Antwort lautete, daß ich mich vielleicht zur Kandidatur entschließen könnte, falls eine ansehnlichere Zahl von Wählern es wünschen würde.

Darauf wurde ich in einer öffentlichen Versammlung des katholisch-politischen Vereins im neunten Bezirk als Kandidat vorgeschlagen und von der Majorität als solcher aufgestellt und empfing eine mit zwanzig Unterschriften versehene schriftliche Einladung. Welche besondere ausgezeichnete Bedeutung diese Einladung für mich hat, habe ich bereits dankbar ausgesprochen. Meine Antwort lautete, daß ich mir die Sache recht ernstlich und gewissenhaft überlegen wollte.

Am Frohnleichnamstage beehrten mich mehrere Wähler mit einem Besuche, von denen einige sich ausdrücklich als nicht zum katholischen Verein gehörend bezeichneten. Diese hochgeehrten Herren gaben mir die freundliche Versicherung, daß ich im neunten Bezirke noch in gutem Andenken stünde, daß viele Wähler meine Kandidatur und Wahl wünschten, wobei die Herren es besonders betonten, daß meine Wahl einen guten Eindruck auf die opponirenden Völker machen würde, deren Zutrauen ich besitze. Nach längerer Unterredung fühlte ich mich nicht im Stande, schon eine entscheidende Antwort zu geben; ich blieb bei dem

Versprechen, mir die Sache über Nacht recht reiflich zu überlegen und am andern Tage frühzeitig meinen Entschluß bekannt zu machen.

Das Resultat der reiflichsten gewissenhaften Ueberlegung, die mir recht schwer geworden ist, war der Entschluß, nicht zu kandidiren, und ich habe dies Freitag Vormittags, wie ich glaubte noch rechtzeitig, brieflich bekannt gegeben. Mittlerweise waren aber im neunten Bezirk bereits Plakate angeschlagen, welche meine Kandidatur für den Abend ankündigten. Es müssen also jene geehrten Herren nach der Unterredung mit mir meine Kandidatur als sicher vorausgesetzt haben, und in Folge dieses Mißverständnisses sind sehr viele Bürger des neunten Bezirkes in ihrer Erwartung getäuscht worden, was ich lebhaft bedauere.

Die Motive meines dankbar ablehnenden Entschlusses sind von selbst klar. Erstlich konnte ich mich selber nicht der Hoffnung hingeben, bei der Wahl durchzudringen. Ich hätte wol höchstens nur eine nachtheilige Versplitterung der Stimmen veranlassen können, so daß vielleicht ein zweiter Wahlgang nothwendig geworden wäre. Nun ist es aber bekanntlich schon früher mein unangenehmes Schicksal gewesen, den lieben neunten Bezirk in außerordentlicher Weise oft durch Wahlaufregung zu belästigen.

Auch hätte ich auf der Tribüne nur das wiederholen können, was ich in einer Reihe von Jahren allwöchentlich geschrieben habe und schreibe. Ich bekämpfe die jetzt bestehende, theils absolutistisch, theils parlamentarisch im Wege der Kontumazierung oktroyirte Verfassung, weil sie nach meinem Begriffe von Recht und Freiheit diesen Prinzipien widerspricht, indem sie nach einer Seite Rechtsprivilegien ertheilt, nach andern Seiten hin eine Rechtsvorenthaltung involvirt. Ich konnte mir nicht mit der Hoffnung schmeicheln, daß es mir gelingen würde, die Majorität der Wähler zu meinen Ansichten zu bekehren.

Aber die Möglichkeit meiner Wahl auch vorausgesetzt, konnte ich mir keine erspriechliche Wirksamkeit in Aussicht stellen. Ich mußte voraussehen, daß ich im Landtage gerade so wie im Jahre 1861 in Betreff der Verfassungsfrage ganz isolirt dastehen, und daß die Wiener Koterie abermals alles mögliche aufbieten würde, mich nicht in den Reichsrath gelangen zu lassen. Die Verfassungspartei ist in ihren Ansichten und Tendenzen zu eigensinnig starr, zu orthodox verdammungsfähig, zu terroristisch herrschgierig, und auch die neue etwas freisinnigere Fraktion dieser Partei steht in Betreff der Hauptsache, nämlich in der staatsrechtlichen Frage, auf einem Standpunkte, auf welchem nach meiner Ueberzeugung ein befriedigender Ausgleich mit den opponirenden Völkern nicht möglich ist. Ein einzelner Mann, selbst wenn er übermenschliche Begabung hätte, kann darin nichts ändern. Die Geschehnisse müssen sich erfüllen. Die Verfassungspartei muß noch einmal mit dem Kopf an die Mauer der Unmöglichkeit anrennen. Dann werden Ereignisse die Aenderung, will's Gott, die Besserung herbeiführen.

Franz Schuselka.

Offener Dank.

Ich erhielt aus Semlin folgendes Telegramm und sage für die darin ausgesprochene freundliche Erinnerung an mich und gütige Anerkennung meines Wirkens auch für die nach Gleichberechtigung strebenden Nationalitäten in den Ländern der Stephanskrone den hochgeehrten Semliner Bürgern meinen herzlichsten Dank.

„Semlin. Schusella, Hôtel National, Leopoldstadt, Wien.

„Die bei der Grundsteinlegung zum Ringhofen versammelten zahlreichen Bürger bringen Ihnen ein begeistertes Hoch aus für Ihr Wirken im Interesse der Freiheit und für die Vertheidigung der Rechte aller Völker.

„Im Auftrage derselben und mit Freuden theile ich Ihnen dieses mit.
Ivic, Advokat.“

Aus Frankstadt in Mähren ging mir folgendes Telegramm zu:

„Dr. Schusella, Nationalhôtel, Wien.

„Die Wahlversammlung Frankstadts beschloß einstimmig, Euer Wohlgebornen die Kandidatur für Frankstadt, Freiberg, Fulnek hochachtungsvoll anzutragen. Wollen wegen Annahme Ihre Willensmeinung bekannt geben.

Kostelink, Bürgermeister.“

Nach der Verfassung ist die Annahme dieser Kandidatur unmöglich, und kann ich der hochgeehrten Wahlversammlung Frankstadts nur für die mir erwiesene seltene Auszeichnung meinen innigsten Dank aussprechen, was auch telegraphisch bereits geschehen ist.

Aus Starckenbach in Böhmen lief folgendes Telegramm ein:

„Redaktion Reform, Wien.

„Dreißigtausend versammelte Laboriten auf dem Meeting bei Starckenbach rufen dem wackern Patrioten Schusella ein dreifaches Hoch! Schaller.“
Mit herzlichstem Danke das Gelöbniß unerschütterlicher Ausdauer!

Franz Schusella.

Mit Nr. 26 schließt das II. Quartal. Wir bitten die Erneuerung der Pränumerationen ehemöglichst zu veranlassen, damit Störungen in der Expedition vermieden werden.

Die W. L. Abonnenten, welche die „Reform“ im Wege der k. k. Postanstalten beziehen, ersuchen wir um deutlich geschriebene Adresse und um Angabe der letzten Post.

Die Pränumerationen bitten wir, falls der Bezug nicht im Wege des Buchhandels stattfindet, einzuleiten:

Für Wien: Expedition, Schulerstraße Nr. 18.

Für die Provinz: Mit direkter Postversendung bei der unterzeichneten Administration, welche sich die Bestellungen franko erbittet.

Administration der „Reform“

in Wien, Laborstraße Nr. 52.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schusella.
Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 52.

Druck von R. v. Waldheim.

Die Reform.

No. 26.

Wien, den 30. Juni 1870.

IX. Jahrgang.

Die Sieger bekommen Angst.

Ja wahrhaftig, die sieghaften Verfassungstreuen gerathen in Aengsten; unmittelbar nach ihrem vermeintlichen Siege erstickt ihnen der Siegesjubel in der Kehle! Das ist für die arme, angeblich wieder aus dem Feld geschlagene, an die Wand gedrückte Opposition eine köstliche Erscheinung.

Was fürchten denn die Verfassungstreuen? Sie fürchten nicht das, was wirklich zunächst zu fürchten ist, sondern ihr ängstlicher Blick ist in die fernere Zukunft gerichtet.

Sie fürchten nicht, daß der neue Reichsrath gar nicht zu Stande kommen könnte, oder doch wieder nur ein Kumpfparlament sein wird. Letzteres wünschen die Verfassungstreuen vielleicht gar. Wenn nur ein formal beschlußfähiger Reichsrath zusammen kommt, dann mögen die gar zu widerhaarigen Völker und Parteien draußen bleiben, es können dann die Verfassungstreuen umso ungenirt kontumaziren.

Die Dezembristen gerathen in Angst wegen der Wahlreform, wegen der Einführung direkter Reichsrathswahlen; sie erschrecken vor dem, was sie selber als ihre höchste politische Weisheit, als das unfehlbar rettende Universalmittel gepriesen haben. Sie fürchten aber auch in dieser Beziehung nicht das, was wirklich zu fürchten ist, sondern etwas ganz anderes.

Sie fürchten nicht, daß die opponirenden Völker die projektirte Wahlreform nicht annehmen werden, weil durch dieselbe die Königreiche und Länder selbst den geringen Grad staatsrechtlicher Selbständigkeit verlieren sollen, den ihnen selbst Schmerling und Rasser zu gewähren die Güte hatten. Die Dezembristen setzen voraus, daß die opponirenden Völker nicht so klug seien, die Tendenz eines aus direkten Wahlen hervorgehenden Centralparlamentes zu erkennen, die Tendenz nämlich, die Landtage niederzudrücken, sie nach und nach ganz zu beseitigen, oder ihnen doch nur die Bedeutung von Departementsräthen zu lassen. Die Verfassungstreuen schwärmen theoretisch für ein österreichisches Volkshaus, ohne zu bedenken, daß es kein einiges österreichisches Volk gibt; sie wollen alle die verschiedenen Völker in einem direkt gewählten Centralparlamente zusammenschmelzen, ohne zu bedenken, daß diese Völker schon gegen die geringere Verschmelzung durch die jetzige Verfassung in heftigster Opposition stehen, daß die Böhmen in diesen Schmelztiiegel gar nicht hineinzubringen waren, und daß die Tiroler, Polen, Slovenen, ja selbst die Triestiner aus demselben hinausgesprungen sind.

Die Verfassungstreuen fürchten auch nicht das, was wirklich nicht bloß zu fürchten, sondern mit Bestimmtheit vorauszusehen ist, nämlich daß, weil nun einmal die Majorität der Gesamtbevölkerung Oesterreichs nicht deutsch ist, die Deutschen in einem aus direkten freien Wahlen hervorgehenden Centralparlamente in der Minorität sein, mit vielen ihrer speziellen Anliegen von dem Votum Nichtdeutscher abhängen würden, von denselben nach Belieben majorisirt werden könnten. Ueber diese sichere Gefahr trösteten sich die Verfassungstreuen mit der stolzen Hoffnung, daß sie, was ihnen an Zahl fehlt, durch die Kraft des deutschen Geistes, durch überwältigende Weisheit, durch unwiderstehliche Freisinnigkeit u. s. w. ersetzen werden. Sie hoffen das, obwol sie selbst unter der jetzigen, künstlich zu Gunsten des deutschen Elementes gestalteten Wahlordnung wiederholt die entgegengesetzte Erfahrung gemacht haben.

Was aber die Dezembristen wirklich fürchten, das ist, daß in einem aus direkten Wahlen hervorgehenden Parlamente der Ultramontanismus eine impetirend zahlreiche Vertretung, ja vielleicht gar die Majorität erlangen könnte. Mit dieser Furcht sind die Verfassungstreuen zunächst durch die steirischen Landwahlen erfüllt worden, und da noch mehrere solche Erfahrungen in Aussicht stehen, so steigert sich ihre Angst. Und siehe da, das Hauptorgan der Verfassungsoorthodoxen, welches selber mit der Wahlreform sehr viel Parade gemacht und über die jetzt bestehende Filtrirmethode weiblich gespottet hatte, dankt jetzt dem lieben Herrgott, daß durch dieses Filtrirsystem der ultramontane Strom doch erst durch die Landtage geleitet und geläutert wird, so daß er nur in angemessener Verdünnung und Reinigung in den Reichsrath gelangen kann. — Wie aber dann, wenn die aus der freien Volkswahl hervorgehenden ultramontanen Elemente unmittelbar in den Reichsrath strömen würden? Ein entsetzlicher Gedanke! Da die Verfassungstreuen doch so bescheiden sind, zu erkennen, daß es ihnen bis zur Zeit der ersten direkten Reichsrathswahlen noch nicht gelungen sein wird, die Mehrheit der Bevölkerung Oesterreichs aus der katholischen Kirche oder gar aus aller positiven Religion herausgespottet zu haben, so denken sie mit Grauen an eine Zukunft, wo ein Parlament, dessen Majorität aus wahren Katholiken, oder doch aus Menschen bestünde, die selber noch Religion haben, oder wenigstens die Religion anderer respektiren, die Gesetzgebung in Händen haben würde!

So kommen denn die Verfassungstreuen beständig mit sich selber in Widerspruch. Sie wollen alle Völker terrorisiren und kommen endlich dahin, daß sie vor sich selber, vor ihren eigenen Gedanken erschrecken. Sie haben sich in ein Labyrinth verrannt und glaubten an der Wahlreform den Ariadnesfaden gefunden zu haben. Kaum aber beginnen sie diesen Faden zu spinnen, so ergreift sie die angstvolle Ahnung, daß dieser Faden für sie, wenn nicht ein Galgenstrick, so doch eine Fessel werden könnte.

Glossen zu einigen Wahlreden.

Es sind sehr viele und sehr schöne Wahlreden gehalten worden, aber einen neuen, den besonderen Verhältnissen Oesterreichs entsprechenden Gedanken hat man nicht vernommen. Die ganze Wahlbewegung hatte den Charakter, als ob die staatsrechtlichen Verhältnisse Oesterreichs vollkommen geordnet wären, als ob dieses Oesterreich ein Einheitsstaat wäre, in welchem es wie in jedem andern lediglich darauf ankommt, möglichst freisinnige Männer in die Vertretung zu bringen, um die allgemeinen konstitutionellen Rechte zu behaupten, die gewöhnliche staatsbürgerliche Freiheit weiter und weiter zu entwickeln. Es war in der ganzen Bewegung nicht eine Spur von der Erkenntniß zu bemerken, daß Oesterreich eine politische Aufgabe zu lösen hat, so ungewöhnlich und schwierig, wie es noch niemals in irgend einem Staate der Welt der Fall gewesen ist. Die Kandidaten, Wahlagitatoren und Wähler Niederösterreichs benahmen sich so, als ob dieses Erzherzogthum für sich allein da stünde, ein Staat wie Baiern oder Württemberg wäre. Wenn dies der Fall wäre, so könnte man die Wahlbewegung als ganz korrekt bezeichnen. Da aber Niederösterreich nur ein Theil, da Wien die Hauptstadt des habsburgischen Völkerreiches ist, so muß das Urtheil lauten, daß in der ganzen, doch so lebhaft erregten Bewegung kein auch nur annähernd richtiger, wahrhaft staatsmännischer Reichsgebanke kund gegeben worden ist. Man benahm sich so, als ob die Ereignisse der letzten neun Jahre gar nicht stattgefunden hätten.

Wir wollen dessenungeachtet einige Aeußerungen glossiren, und beginnen dabei mit dem Herrn Dr. Rudolf Brestel, gegen dessen Wahl wir nichts einzuwenden haben, wenn sie nur nicht auch den Wiedereintritt dieses Mannes ins Ministerium zur Folge hat. Als Oppositionsmann ist Dr. Brestel überhaupt und auch auf finanziellem Gebiete sehr zu schätzen; als reformirender Finanzminister aber hat er die Hoffnungen, welche seine Freunde seit dem Jahre 1848 auf ihn gesetzt, durchaus nicht erfüllt.

Dr. Brestel hat in seiner Kandidatenrede einen Satz ausgesprochen, der zwar schon früher auch von Anderen gehört worden ist, jetzt aber gewissermaßen zum neuen Schlagwort der verfassungstreuen Partei gemacht wurde. Dieser Spruch lautet: „Festhalten an der Verfassung im Geiste der Versöhnung!“ Die Versammlung im Börsensaale hat diesen Spruch mit großem Beifall aufgenommen. Auch wir würden ihm zustimmen, wenn wir ihn in folgender Weise näher erklären dürften: „Festhalten an dem konstitutionellen Prinzip, an den konstitutionellen Rechten und Freiheiten; aber Versöhnung mit den opponirenden Völkern durch Befriedigung der berechtigten Ansprüche derselben, also durch Aenderung der jetzt bestehenden Verfassung in Betreff der Konstruktion des Reiches.“ Versteht Dr. Brestel seinen Spruch in diesem Sinne? Leider nein! Seine Worte

„im Geiste der Versöhnung“ sind nichts als eine schön klingende Phrase, lediglich geeignet, den Beifall einer Versammlung hervorzurufen, welche eben gewohnt ist, die Politik nicht nach Prinzipien des Rechtes, sondern nur nach oberflächlichen Schlagworten zu behandeln.

Dr. Brestel will die jetzt bestehende Verfassung ganz besonders in Betreff der Reichskonstruktion festhalten, denn er will innerhalb des Reiches kein besonderes Staatsrecht irgend eines Landes, keine selbständige Stellung eines einzelnen Volkes anerkennen und gewähren. Gerade gegen diese Reichskonstruktion ist aber die immer zorniger werdende Opposition der Völker gerichtet. Wie will nun Dr. Brestel diese Völker versöhnen, wenn er sie in dieses Kaserne- und Klosterartige Reichsgebäude hineinzwingen will. Wir brauchen mit Vorbedacht diese Epitheta, denn ein zentralisirter uniformer Staat gleicht in der That einer Kaserne und einem Kloster darin, daß in demselben keine selbständige Individualität, kein freies Eigenleben gestattet wird.

Hofft etwa Dr. Brestel die opponirenden Völker bloß durch süße liebliche Reden in das bezembriftische Verfassungsgebäude hineinzulocken? Das scheint nicht in seinem Charakter zu liegen. Eigentlich bekennt er sich zu dem Schmerling'schen: „Wir können warten!“ Er will, daß man sich um die renitenten Völker gar nicht kümmern, ohne Rücksicht auf sie fortregieren solle; dann würden sie mit der Zeit schon mürbe werden. Zur Beschleunigung des Ermüßungsprozesses möchte Dr. Brestel wol auch einige Mittel anwenden, um die opponirenden Völker theils anzulocken, theils zu schrecken. Er möchte ihnen wol einige Konzessionen machen, aber nur vom Standpunkte einer usurpirten Herrschaft herab mit der Erklärung: „Eigentlich sollt ihr die Verfassung annehmen, wie wir sie in unserer Weisheit und nach unserm Geschmade gemacht haben, Ihr habt durchaus nicht das Recht, für Euch etwas Besonderes zu verlangen; doch wir wollen gnädig sein und Euch dies und das noch gewähren. Dafür müßt Ihr aber ohne weiters in unser Haus hereinkommen und hübsch gehorsam den Platz einnehmen, den wir Euch angewiesen haben.“ Nebst solcher Lockung möchte Dr. Brestel wol auch dafür sein, den renitenten Völkern hier und da einige mehr oder weniger sanfte Gewalt anzuthun, sie die Ungnade der Regierung empfinden zu lassen. Kurz, Dr. Brestel stellt sich recht eigentlich auf einen väterlichen Standpunkt, er ist der Ueberzeugung, daß seine Partei berechtigt und berufen sei, die Völker Oesterreichs als Kinder zu betrachten und zu erziehen, und zwar als böse widerspenstige Kinder, gegen die man nebst guten Worten auch schlimme Mittel anwenden muß. Dazu braucht man bekanntlich viel Geduld, und Dr. Brestel hat sich in seiner Rede auch als ein sehr geduldiger Politiker ausgesprochen. Er machte kein Hehl daraus, daß es mit der Versöhnung, wie er sie versteht, sehr langsam gehen werde. Er sagte, man müsse vor allem fest stehen, immer fest stehen und dann nur sehr langsam und vorsichtig, Schritt für Schritt weiter zu kommen trachten. Nun, weiß Gott, vorausgesetzt, daß

die opponirenden Völker so lang Geduld haben werden, wie Dr. Brestel, könnte dieser Prozeß der Versöhnung sehr lange dauern, ja endlos sein, d. h. niemals zur wirklichen Versöhnung führen. Es ist aber auch zu fürchten, daß die Völker früher die Geduld verlieren würden, als Dr. Brestel!

Da dieser Herr Exminister eine so langwierige Zuwartungspolitik empfiehlt, so wundert es uns nicht, daß er die Versammlung im Börsensaale mit der Prophezeiung regalirte, daß wir Oesterreicher noch viel größere Lasten tragen werden müssen, als die uns bisher februaristisch und dezembristisch auferlegten. Ja wol, eine Politik, unter welcher die große Mehrheit der Bevölkerung unzufrieden ist, eine Politik des permanenten Provisoriums, in welchem niemand weder seiner selbst noch der öffentlichen Ordnung sicher ist, sondern stets den Ausbruch gefährlicher Katastrophen befürchten muß, eine solche Politik ist kostspielig, denn man muß da beständig gegen innere und äußere Gefahren gerüstet sein, wozu man nicht bloß eine große Armee, sondern auch einen großen bureaukratischen Apparat braucht. Zudem fehlt in einem Staatshaushalte wie in einem Familienhaushalt, wo Unfrieden, Feindschaft, Gewaltthätigkeit herrschen, auch der Segen Gottes. Es glückt und gedeiht in einem solchen Haushalte nichts, es reichen keine Mittel aus, es lastet eben ein Fluch auf allem und jedem.

Wir wollen dem Dr. Brestel nicht unrecht thun. Er ist wol zu gutmüthig, um gegen die opponirenden Völker eigentlich gewaltthätig verfahren zu wollen. Dann ist ihm aber etwas sehr unangenehmes passirt, indem er, um uns Oesterreicher über die noch zu erwartenden größeren Lasten zu trösten, auf das Beispiel der Nordamerikaner hinwies, welche zur Führung des großen Bürgerkrieges Steuerlasten auf sich genommen haben, wie sie noch nirgends in der Welt vorgekommen. Das ist ein ominöses Beispiel! Unwillkürlich drängt sich der Gedanke auf, daß Dr. Brestel ebenfalls unwillkürlich von der Ahnung ergriffen worden sei, die Politik seiner Partei könnte ebenfalls zu einem Bürgerkrieg führen. Das ist in der That nicht unmöglich. Die nordamerikanische Union hat den Bürgerkrieg nur mit äußerster Noth überstanden, sie ist in die größte Gefahr der Auflösung gerathen; wenn irgend eine europäische Macht die Secessionisten unterstützt hätte, so würden sie gesiegt haben. Oesterreich würde einen auch nur ähnlichen Bürger- und Völkerkampf aus innern und äußern Gründen schwerlich überstehen. —

Noch weiter als Dr. Brestel geht Dr. Felber. Er antwortete auf die Interpellation, wie er den Ausgleich mit den Völkern bewerkstelligen wollte? lakonisch und kategorisch: „Durch Festhalten an der Verfassung!“ Es ist zum Staunen, daß gerade die graduirten deutschen Rechtsfreunde eine solche Politik gewaltthätiger Diktatur üben wollen. Dr. Brestel ist nicht Jurist, sondern Doktor der Philosophie, es ist daher begreiflich, daß er sich ein ideales Oesterreich vorphilosophirt und in dieser Schwärmerei den Blick verliert für das historisch gewordene und thatsächlich vor Augen stehende Oesterreich. Dr. Felber aber ist

Doktor Juris und praktischer Jurist und sollte daher doch wissen, daß derjenige, welcher für sich selber ein Geschenk annimmt, dadurch nicht das Recht erhält, Andere zu verurtheilen, daß sie dasselbe Geschenk ebenfalls annehmen müssen. Wenn es sich um einen privatrechtlichen gleichen Fall handeln möchte, würde Dr. Felder gewiß im Sinne des wahren Rechtes urtheilen. Er würde gewiß nicht behaupten, daß jemand für einen andern selbständigen eigenberechtigten Menschen ohne dessen Auftrag oder Zustimmung einen gültigen Vertrag abschließen könne. Weil es sich aber nicht um private Individuen, sondern um ganze Völker handelt, erklärt Dr. Felder das Recht für Unrecht und das Unrecht für Recht. Er stellt die ebenso unlogische als unjuristische Behauptung auf: Wir Deutscher haben die Verfassung angenommen, dadurch ist sie zu einem Vertrage geworden; also muß dieser Vertrag auch von allen andern Völkern beobachtet werden. —

Dr. Hoffer hat einen verfassungstreuen Witz gemacht, welcher viel Beifall fand. Ein Gegenredner hatte den ungleichen Ausgleich mit Ungarn getadelt. Da sagte Dr. Hoffer: „Allerdings sind wir durch den ungarischen Ausgleich unverhältnißmäßig belastet worden und zu mancherlei anderem Schaden gekommen; eben deshalb aber muß uns dieser Ausgleich zur warnenden Lehre sein andern Völkern gegenüber, welche ebenfalls auf ihr historisches Staatsrecht pochen, ebenfalls historisch-politische Individualitäten sind.“ Nun allerdings, die mit Ungarn gemachte Erfahrung sollte lehrreich sein für die Verfassungstreuen, aber nicht in dem Sinne des Herrn Dr. Hoffer, sondern im gerade entgegengesetzten. Auch den Ungarn gegenüber sind die Deutschen eigensinnig und hartnäckig auf dem Boden der Verfassung gestanden und haben verlangt, daß die Ungarn auf diesen Boden kommen müßten, dann erst könnte und wollte man mit ihnen verhandeln. Die Ungarn sind aber nicht gekommen, und die Folge davon war, daß die Deutschen ihren eigenen Boden unter den Füßen verloren. Hätten die Deutschen unter Schmerling die Initiative des Ausgleichs ergriffen, oder hätten sie später sich wenigstens nicht gegen den außerordentlichen Reichsrath aufgelehnt, so würde man gewiß ein günstigeres Verhältniß zu Ungarn erreicht haben. Die Deutschen haben aber aus der ungarischen Erfahrung nichts gelernt und benehmen sich jetzt gegen Böhmen gerade so wie früher gegen Ungarn. —

Dr. Dinsfl hat eine fulminant verfassungstreue und urteutonische Kandidatenrede gehalten. Herr Dr. Dinsfl ist ein sehr biederer Mann und ein Politiker korrekt nach Rotteck und Welcker. Wenn er in den Dreißiger Jahren z. B. in der bairischen Kammer solche Reden gehalten hätte, würde ihn ganz Deutschland bewundert haben, und zwar umso mehr, weil er damals in Gefahr gewesen wäre, eingesperrt zu werden, während jetzt solche freisinnige Reden, wie Dr. Dinsfl sie gern hält, durch hohe und höchste Privilegien geschützt sind. „Festhalten an der Verfassung,“ rief Dr. Dinsfl aus; „sie ist der Stab, an dem das gebrochene Oesterreich neu sich stärkte!“ Kein glückliches Gleichniß: das gebrochene Oester-

reich, auf einen Stab gestützt! Aber es gehören besondere Augen dazu, um Oesterreich durch die jetzt bestehende Verfassung neugestärkt zu sehen. Gewöhnliche Augen sehen das Gegentheil, sie sehen, daß Oesterreich durch diese Verfassung im buchstäblichen Sinne des Wortes ge- und zerbrochen ist. Doch der gute Dr. Dinsfl dachte eben nur an Unterösterreich. Dieses erfreut sich der bestehenden Verfassung und fühlt sich durch diese Freude neu gestärkt, wenigstens zu sehr freisinnigen und ganz ungefährlichen Reden. Aber wie sieht es denn in Böhmen, Mähren, Galizien, Krain, Tirol, Istrien u. s. w. aus? Hat sich auch dort das gebrochene Oesterreich an dem Stabe der jetzigen Verfassung neu gestärkt? Dr. Dinsfl rief aus: „Was deutsch ist in Oesterreich, muß deutsch bleiben!“ Ganz gewiß; aber eben so entschieden und mit vollkommen gleichem Rechte sagen die Slaven: „Was slavisch ist in Oesterreich, muß slavisch bleiben!“ Dr. Dinsfl beklagte die Trennung Oesterreichs von den Stammesbrüdern. „Neben das österreichische Banner ist das deutsche gepflanzt; aber nie darf man daneben die Banner kleiner Föderativstaaten pflanzen.“ Das ist erstlich ganz unrichtig. Das eigentliche deutsche Banner, nämlich das schwarz-roth-goldene ist noch gar nicht aufgepflanzt, und neben dem österreichischen und preussisch-deutschen Banner flattern die Banner von Baiern, Württemberg und Baden, und im deutschen Nordbunde, welcher eben eine Föderation ist, sind die Banner der kleinen Föderativstaaten Sachsen, Mecklenburg, Weimar, Oldenburg, Koburg u. s. w. aufgepflanzt. Doch wir wissen schon, Dr. Dinsfl hat es zunächst nur den Böhmen, Polen, Slovenen u. s. w. verboten, ihre kleinen Föderativfähnlein aufzupflanzen. Der Bürgermeister von Krems kann ein solches Verbot immerhin aussprechen; wie aber wenn ihm die genannten Völker nicht gehorchen, wenn sie ihre Fähnlein doch aufpflanzen? Wird der Herr Bürgermeister von Krems gegen dieselben dann die Driflamme des Reichskrieges entfalten? Wie denn aber, wenn ihm die Armee, wenn ihm namentlich die slavischen Regimenter nicht gehorchen? Wird er dann etwa preussische Regimenter kommen lassen? Nun, in diesem Falle würden auf der andern Seite gewiß russische Regimenter erscheinen.

Auch Dr. Rechbauer hat in Graz eine Kandidatenrede gehalten von großem, in alle deutschen Gauen Oesterreichs reichenden Eindrucke. Neues hat aber Dr. Rechbauer nicht gesagt, außer daß er mit merkwürdiger Offenherzigkeit, wir möchten fast sagen, mit steierischer Naivetät erzählte, wie es zugegangen, als man ihn ins Ministerium ziehen wollte, und er auch geneigt war, seine Person auf dem Altar des Vaterlandes zum Opfer zu bringen. Aber es wurde sein Programm, dessen schriftliche (!) Bestätigung von Seite der Krone er verlangte, nicht angenommen. Daraus ersieht man in tröstlicher Weise, daß wenigstens damals die Czechen noch nicht definitiv zum politischen Tode verurtheilt waren. Denn das Aktionsprogramm Rechbauers für den Ausgleich besteht bekanntlich darin, daß Galizien eine ganz besondere selbständige Stellung erhalten; das böhmische Staatsrecht aber in gar keiner Weise anerkannt werden, sondern alles,

was vormalß zum deutschen Bunde gehört hat, einheitlich parlamentarisch verschmolzen werden sollte. Mit den beiden Herzogthümern Aufschwitz und Sator würde Dr. Rechbauer wol den Polen ein Präsent machen. Diesmal motivirte er sein Todesurtheil über das Königreich Böhmen wenigstens nicht mehr mit der Verwirklichungstheorie, mit der Verjährung eines Nationalrechtes, sondern nur damit, daß durch die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes die Deutschböhmen in die äußerste Gefahr gerathen würden. Das ist eine merkwürdige Politil von einem Doktor der Rechte. Also wenn durch die Anerkennung eines wirklichen Rechtes des Einen ein Anderer vielleicht möglicherweise irgendwie gefährdet werden könnte, soll das Recht des Ersten nicht anerkannt, sondern unterdrückt werden, anstatt daß man es dem Zweiten überlasse, sich gegen die etwaige Gefahr zu schützen, und ihn dabei unterstützen könnte. Also weil in einem autonomen Königreich Böhmen die Deutschböhmen als Minorität sich vielleicht in einer oder der andern Beziehung genirt fühlen könnten, sollen die Tschechen, die Majorität, für politisch todt erklärt werden! Das ist gerade so, als ob Jemand zu einem Andern sagen möchte: Damit du mich nicht vielleicht einmal stoßen oder kneifen kannst, schlage ich dich lieber gleich todt! — Der Plan des hieberten deutsch-national-liberalen Dr. Rechbauer ist übrigens nicht ohne Raffinerie. Wenn Galizien eine selbständige der ungarischen gleiche oder auch nur ähnliche Sonderstellung bekäme, so wären dann in dem übrigen, in dem eigentlichen Cisleithanien die Slaven nicht mehr in der Majorität, und es könnten dann die Böhmen und Slovenen durch beständige Majorisirung niedergehalten und nach und nach politisch todt gemacht werden. Das ist der Plan des Rechbauer'schen Trialismus. Es wäre das aber keine Rechts-, sondern eine brutale Gewaltpolitil, es wäre die Brechung des althistorischen, selbst unter dem Absolutismus anerkannten Rechtes des Königreichs Böhmen, es wäre der Bruch der bilateralen oft heilig beschwornen Verträge zwischen der böhmischen Nation und der regierenden Dynastie. Diese Politil könnte nur mit Gewalt, ja wahrscheinlich nur mit Waffengewalt durchgeführt werden und sie würde kein Rechts- und Friedensverhältniß, sondern einen beständigen Gewalt- und Kriegszustand schaffen. —

Herr v. Kaiserfeld hat ebenfalls zu seinen Wählern gesprochen, zwar nicht als Kandidat, sondern nur, um, wie er mit elegischer Betonung sagte, zu zeigen, daß er ein gutes Gewissen habe. Der wackere Mann ist offenbar durch die Angriffe, denen er in jüngster Zeit ausgesetzt gewesen, hart getroffen und tief verlegt. Er war während seiner allerdings nur erst neunjährigen politischen Wirksamkeit durch allzu viel Lob, welches sich bis zu serviler Vergötterung steigerte, verwöhnt und mußte sich daher durch den plötzlichen Gegensatz sehr schmerzlich berührt fühlen. Er wußte es eben noch nicht, daß es keinen hoffärtigeren, lieblosen, grausameren Despoten gibt, als die öffentliche Meinung in ihrer launenhaften Wankelmuthigkeit. Zwar das Urtheil der nationalen Gegner alterirte das

Gemüth des Herrn v. Kaiserfeld nicht, nach dieser Seite hatte er das allerstolze Bewußtsein der Infallibilität und Allmacht; aber auf einen Tadel von seiner eigenen Partei, als deren Prophet er wahrlich angebetet worden war, hatte er sich als politischer Neuling nicht gefaßt gemacht, und durch diesen momentan sehr rücksichtslos bitteren Tadel ist Herr v. Kaiserfeld offenbar tief verletzt, ja sogar in seinem Selbstbewußtsein bedeutend erschüttert worden. Wenn aber das Parteiansehen des Herrn von Kaiserfeld wirklich wesentlich gelitten hatte, so hat er sich durch seine jüngste Expektoration in diesem Kreise gewiß vollständig rehabilitirt. Diese jüngste Rede des slovenischen Adoptivsohnes der deutschen Nation war nicht nur wie jede frühere höchst sorgfältig ausgearbeitet, sondern sie war auch überhaupt und besonders im Vergleich mit den unmittelbar vorausgegangenen Aeußerungen des rasch und leicht berühmt gewordenen steierischen Staatsmannes sehr gemäßigt und vulgär österreichisch-loyal. Er lobte mit großer Emphase den früheren Reichsrath, das Ministerium des Parlamentes, überhaupt die Wirksamkeit des Parlamentarismus. Man kann ihm das nicht übel nehmen, ihm sogar einige parteiische Uebertreibung nachsehen. Er versöhnt ja selber darüber durch den elegischen Ton, welchen er in seiner Rede vorherrschend läßt. Herr v. Kaiserfeld, der sich selber als einen hervorragenden Kämpfer der parlamentarischen Periode bezeichnet, ist offenbar von der Ueberzeugung, von dem Gefühle gedrückt, daß all die von ihm gepriesene parlamentarische Thätigkeit in der Hauptsache nichts genützt hat. Es ist keine Einigung und Befriedigung der Völker, keine Konsolidirung des Reiches, keine Sicherheit der öffentlichen Zustände erreicht worden. Kaiserfeld beklagt dies schmerzlich, erkennt aber nicht die wahre Ursache. Er sieht immer noch nicht ein, oder will es wenigstens noch nicht bekennen, daß der Konstitutionalismus nach der Schablone für die habsburgische Monarchie nicht paßt, daß dieses so exzeptionell eigenthümliche Reich nicht wie jeder andere Staat konstituiert werden kann. Kaiserfeld erklärt unsere Uebelstände aus einem andern Grunde und er sprach da einen Passus, den wir auszeichnen müssen, weil er in betäubender Weise zeigt, in welchen Starrsinn, in welche Verblendung, in welche Hoffart die theoretischen Politiker gerathen.

Kaiserfeld sagte: „Wie eine Wirthschaft zu Grunde gehen muß, in welcher der Hausherr immer seine Wirthschaftssysteme wechselt, in welcher er heute seine Wiesen in Acker und morgen diese wieder in etwas anderes in verkehrter Weise umgestaltet, heute Rinder, morgen an deren Stelle Schafe und übermorgen wieder Rinder einstellt; wie eine Wirthschaft zu Grunde gehen muß, in welcher der Hausherr immer dem Troke seines Gefindes nachgibt: ebenso muß auch ein Staatswesen nach und nach zu Grunde gehen, dessen fundamentale Gesetze immer in Frage gestellt und verändert, dessen Verfassungsgrundlagen, immer untergraben und zwischen entgegengesetzten Systemen hin- und hergeworfen, niemals sich befestigen können. Das aber ist das Los unsers Oesterreichs seit zwei-

undzwanzig Jahren, und es steht auch heute wieder vor einem neuen Experimente.“ So charakterisirte Herr v. Kaiserfeld unser Oesterreich.

Es ist nun ein sehr unschönes und besonders ein sehr unkonstitutionelles Gleichniß, die habsburgische Monarchie mit einer Landwirthschaft, den konstitutionellen Kaiser mit einem landwirthlichen Hausherrn, die Königreiche und Länder mit Wiesen und Aedern, die Völker mit Rindern und Schafen oder, insofern sie doch als Menschen anerkannt werden, mit dem Gefinde des Hausherrn zu vergleichen. Herr v. Kaiserfeld hat sich in diesem Gleichniß offenbar sehr gefallen, aber in dieser Selbstgefälligkeit übersah er, daß sein absolutistisches, patriarchalisches Gleichniß nicht einmal mehr auf das jetzige Rußland und vielleicht nur noch auf China paßt. Und wenn Kaiserfeld es wagt, die opponirenden Völker Oesterreichs mit einem trogigen Wirthschaftsgefinde zu vergleichen, und es beklagt und tadelt, daß der Hausherr immer dem Troge dieses seines Gefindes nachgibt, so vergift er ganz, daß er auch die Deutschösterreicher als trogiges Gefinde bezeichnen müßte, denn auch sie haben sich in offenem Troge gegen den außerordentlichen Reichsrath aufgelehnt, und der Hausherr hat diesem Troge seines deutschen Gefindes nachgegeben, was wirklich zu beklagen ist, weil es für das eigentliche Oesterreich große Nachtheile herbeigeführt hat.

Wenn Kaiserfeld es beklagt und tadelt, daß in Oesterreich seit zweiundzwanzig Jahren kein festes System beharrlich aufrecht erhalten worden sei, so ist das ganz unrichtig. Der Absolutismus, welcher auf die Revolution folgte, ist ein sehr festes System gewesen, welches längere Zeit sehr beharrlich und energisch durchgeführt und herrschend erhalten worden ist, und dieses System hat mehrere Jahre hindurch gewaltig imponirt, alle Völker haben sich demselben gefügt, und am devotesten gerade die Deutschen, dieses System hat jedenfalls wenigstens klare Zustände geschaffen, in denen jedermann wußte, wie er daran sei, jenes System hat das Ideal der Centralisten realisirt, nämlich die ganze Monarchie uniform geeinigt. Hätte also Herr v. Kaiserfeld, weil er ein solcher Feind des Systemwechsels ist, vielleicht gewünscht, daß jenes absolutistische System beharrlich aufrecht erhalten worden wäre? Es gibt allerdings Oesterreicher, die es bedauern, daß dies nicht geschehen ist.

Nach der Beseitigung des Absolutismus wurde ein Fundamentalgesetz für die ganze Monarchie oktroyirt. Diese Oktroyirung einer Verfassung war ein Akt des Absolutismus und daher ein Widerspruch in sich selbst. Denn das konstitutionelle Regime kann nicht einseitig diktiert; es muß durch bilaterale Verträge festgestellt werden. In dem Augenblicke, wo ein Monarch den Absolutismus aufgibt, fordert die Konsequenz des konstitutionellen Prinzips, daß mit den Völkern über die neue Regierungsform paktirt werde. Dies ist umso unerlässlicher in einem Staate, dessen Völker neben den allgemeinen Menschen- und Bürgerrechten, noch besondere historische Staatsrechte besitzen.

Nun haben aber einzig und allein die Deutschösterreicher die Februarver-

fassung unbedingt angenommen, und dadurch ist sie für dieses einzelne Volk ein verfassungsmäßiges Gesetz geworden. Die Deutschösterreicher waren aber doch gewiß nicht berechtigt, das Februargesetz auch für alle andern Völker anzunehmen, demselben auch für diese Völker den Charakter eines bilateralen Vertrages zu geben. Das konnte nur durch diese Völker selber geschehen. Nun haben aber die Ungarn die Februarverfassung unbedingt abgelehnt, und die Böhmen, Polen, Slovenen stellten sich auf den Boden jener Verfassung nur mit der ausdrücklichen Bedingung, daß dieselbe allgemein durchgeführt würde und zu diesem Zwecke modifizirt werden müßte. Diese allgemeine Durchführung ist unmöglich gewesen, und in Folge dessen haben sich die Böhmen gänzlich von der Februarverfassung losgesagt. Es war also diese Verfassung niemals zu einem allgemeinen verfassungsmäßig rechtskräftigen Fundamentalgesetz geworden. Daher war es nicht ein Irrthum, oder gar bloß Laune und Willkür des Hausherrn, daß er das februaristische Wirthschaftssystem aufgegeben hat, sondern das war eine gebieterische Nothwendigkeit. Hat ja doch Kaiserfeld selber, obwol er sich als einen konsequent beharrlichen Politiker bezeichnet, schließlich seine Stimme für die Anerkennung des ungarischen Staatsrechtes erhoben.

Nachdem er sich aber durch diesen Akt der Gerechtigkeit berühmt gemacht hatte, fiel er sofort aus der Konsequenz des Rechtes und Freisinnes und wollte und will nun die Dezemberverfassung fest gehalten und allgemein durchgeführt sehen und wagt es, die dagegen opponirenden Völker mit einem trohigen Gefinde zu vergleichen, und verlangt, daß der Hausherr dem Troke dieses Gefindes nicht nachgeben solle. Was jedoch von der Februarverfassung galt, das gilt auch von der Dezemberverfassung, nämlich daß nicht der Monarch allein und auch nicht ein einzelner Volksstamm oder gar nur eine Partei eines Volksstammes gemeinsam mit dem Monarchen den andern Völkern eine Verfassung aufkotrohiren können. Auch die Dezemberverfassung könnte nur durch allseitige Verträge ein wirklich rechtskräftiges Verfassungsgesetz werden. Nun haben aber die Böhmen diese Dezemberverfassung in vorhinein ganz unbedingt abgelehnt, und die Polen, Slovenen und Tiroler haben dieselbe nur bedingungsweise und mit genau formulirten Modifizirungspostulaten angenommen. Es ist also auch die Dezemberverfassung bis zu diesem Augenblicke noch nicht ein allgemein verfassungsmäßig rechtskräftiges Fundamentalgesetz geworden, und es wird daher nicht ein Irrthum oder gar bloß Laune und Willkür des Hausherrn sein, wenn er das dezembriistische Wirthschaftssystem aufgibt, sondern es wird abermals die gebieterische Nothwendigkeit eintreten, es zu thun.

Der Jurist Kaiserfeld wird gegen unsere Rechtsausführung schwerlich mit einer Widerlegung aufkommen können; den Politiker, den Staatsmann aber fragen wir, welche Mittel er denn vorschlagen und bieten könnte, um seine starre Systemkonsequenz durchzuführen? Mit welchen Mitteln hätte man denn die Februarverfassung gegen den Trok des ungarischen und kroatischen Gefindes

durchführen können? Und mit welchen Mitteln möchte denn Herr v. Kaiserfeld die Dezemberverfassung gegen den Troß des böhmischen, mährischen, polnischen, slovenischen, tirolischen Gefindes durchführen?

Schließlich wollen wir noch einen Passus aus der Rede Kaiserfelds illustriren. Er sagte: „Ich bin ein zäher Politiker, und wahr ist es, ich bin aus einem spröden Holze, aus welchem man nicht jede beliebige Figur zu schnitzen vermag.“ Vortrefflich! Diese Eigenschaft sei hoch in Ehren! Aber da Kaiserfeld auf dieselbe offenbar stolz ist, so muß er die gleiche Eigenschaft auch an andern respektiren, und zwar nicht nur an Individuen, sondern umso mehr an ganzen Völkern. Völker haben bekanntlich eine viel zähere Natur, als Individuen und sie sind aus so sprödem Stoffe, daß selbst die gewaltigsten Werkzeuge aus ihnen nicht beliebige Figuren formen können. Die Böhmen z. B. haben anerkanntermaßen eine so zähe Natur und sind aus einem so harten Stoffe, daß im Laufe von Jahrhunderten eine ganze Reihe von Staatskünstlern, welche aus diesem böhmischen Stoffe eine beliebige Figur modelliren wollten, daran zu schanden geworden sind. Und wer kennt nicht den zähen Charakter der Polen und besonders der felsenfesten Tiroler! Konnte sich doch Kaiserfeld überzeugen, daß seine slovenischen Stammesgenossen, deren Dasein er kaum anerkennen wollte, aus so sprödem Stoffe sind, daß sie sich durchaus nicht in eine solche deutsche Figur ummodeln lassen, wie es an Kaiserfeld-Blagotinzel selber geschehen ist. Schließlich mußte er sogar erfahren, daß selbst seine Steirer von so sprödem Stoffe sind, daß sie sich von dem bisher fast vergötterten Manne nicht zu einer ihm beliebigen Figur zuschneiden lassen wollen.

Einiges über Gewählte und Nichtgewählte und über die Bedeutung der Wahlen.

Wie es vorauszusehen war und auch vorausgesagt wurde, ist die Siegesfreude der Verfassungstreuen alten und neuen Schlages alsbald sehr gedämpft worden durch die Nachricht über das Wahlresultat in Steiermark und Mähren. Es werden aus Böhmen, Tirol, Krain, Dalmatien, wahrscheinlich auch aus Oberösterreich und Galizien gleiche oder doch sehr ähnliche Nachrichten einlaufen. Es wird der Wiener Herrschaftskoterie sehr nachdrücklich die Erkenntniß aufgenötigt werden, daß Wien nicht das Reich ist. Die Publizisten und Redner dieser Koterie brüsteten sich wirklich in dem Glauben, daß das ganze Reich sich nach ihnen richten würde. Nachdem die Alten und die Jungen je ihre liebsten Kandidaten durchgebracht hatten und in den Landbezirken Niederösterreichs nur drei Klerikale gewählt worden waren, brachen die in politischer Kurzsichtigkeit alliierten

Komités und Redaktionsbureaus in das Triumphgeschrei aus: „Es ist gut, wir haben in der heißen Wahlkampf geschlagen, die Verfassung ist gesichert, der Föderalismus ist aus dem Felde geschlagen, die Schwarzen sind zu Schanden geworden!“ Der deutschen Länder glaubten die Wiener Herren ganz sicher zu sein, die Böhmen, Tiroler und Slovenen verspotteten sie nur und von den Polen setzen sie voraus, daß dieselben in herkömmlicher Weise wieder schwankend und inkonsequent, oder doch uneinig sein werden. Also sahen sie im Geiste schon die neue verfassungstreue Majorität des Reichsrathes, sahen die direkten Volkshauswahlen bereits eingeführt u. s. w. Aber schon am dritten Tage darnach, stießen dieselben Leute den Angstruf aus: „Die Verfassung wird gefährdet, der Föderalismus ist im Anzuge, die schwarze Reaktion erhebt ihr fürchterliches Schlangenhaupt!“

Bei nur einigermaßen geringerem Eigendünkel hätte die Wiener Koterie erkennen müssen, daß ihr Wille nicht einmal in Niederösterreich überall maßgebend ist. Es sind daselbst einige Männer gewählt worden, deren Namen in keiner Kandidatenliste zu lesen waren. Die Bevormundung durch Centralkomités ist gerade den Deutschen am meisten unbehaglich, denn sie widerspricht einem Hauptzuge des deutschen Charakters, nämlich dem stark ausgeprägten Individualismus, durch welchen gerade die Deutschen vorzugsweise für den Föderalismus bestimmt sind. Die deutschen Wähler werden sich von der Bevormundung durch Centralkomités mehr und mehr emanzipiren, sie werden endlich dahin kommen, selbst solche Männer zu wählen, welche gar nicht als Kandidaten genannt worden und aufgetreten sind. Die Wiener Koterien haben sich schon diesmal mit ihren Kandidaturen geradezu lächerlich gemacht. Wirklich lächerlich war es z. B. daß ein Wiener Komité in Krems Platze anschlagen ließ, um den Kremsern die Wahl des Dr. Dinsl zu empfehlen! Aber diesen Wiener Herren stecken bei all ihrer ostentativen Freisinnigkeit doch, wie wir schon oft gesagt haben, absolutistische Gelüste im Blute. Sie treten recht eigentlich als Erben und Nachfolger der Absolutisten auf, indem sie alles und jedes von Wien aus leiten wollen und den eiteln Wahn hegen, daß in Wien alle politische Weisheit, überhaupt alle Bildung konzentriert sei, und daher die Wiener berechtigt und berufen wären, die Bewohner der Landstädte, Flecken und Dörfer wie Kinder am Gängelbände zu führen.

In dem Augenblicke, wo wir dies schreiben, ist nur das Wahleresultat aus den Landbezirken Mährens und der Steiermark bekannt. In Mähren sind nicht nur alle alten Deklaraten wiedergewählt worden, sondern es sind sogar zwei neue nationale Deputirte durchgedrungen. In Steiermark sind die Liberalen gegen die Klerikalen stark in der Minorität geblieben, und es haben die Slovenen ihren Platz behauptet. Es ist gewiß, daß in Böhmen und Krain die Klerikalen ihre Stellung behaupten, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß auch in Galizien die Föderalisten wenigstens bedeutend hervortreten, und daß die Liberalen in Oberösterreich und Salzburg Verluste erleiden werden. In den kleinen Küstenländern

wird ohne Zweifel der Stand der Parteien unverändert, also für die nationale Opposition günstig bleiben. In Dalmatien werden höchst wahrscheinlich die Slaven die Majorität erlangen und dann selbstverständlich die allgemeine nationale Opposition verstärken. Wer es also nicht schon vorher gewußt hat, der muß doch jetzt schon einsehen, daß das Wahlresultat in Niederösterreich und Wien durchaus nicht eine irgend entscheidende Bedeutung hat.

Deffenungeachtet ist dieses Wahlresultat interessant, sowol hinsichtlich der Wieder- und Neugewählten als der Durchgefallenen, und dann auch wegen der Prinzipien, für und gegen welche gekämpft wurde. Sehr charakteristisch ist es, daß in der City von Wien die beiden Exminister Brestel und Giskra mit großer Majorität gewählt worden sind. Zur Zeit, da Dr. Giskra sich noch im aufsteigenden Ruhme und Glücke befand, wo er in günstigster Weise allgemein populär war und für ein rettendes Staatsgenie gehalten wurde, erlangte er ein Mandat für Wien nur von einer verhältnißmäßig kleinen Minorität der Citywähler, und wurde jene Wahl mit auffallender Gleichgiltigkeit, ja gewissermaßen mit einem widerstrebenden Gefühle vor- und aufgenommen; jetzt aber, nachdem Giskra so heftigen Angriffen und Vorwürfen ausgesetzt gewesen, wo er die auf ihn gesetzten Hoffnungen jedenfalls nur sehr unvollständig erfüllt und einen großen Theil seiner günstigen Popularität verloren hat, wo ihn wahrlich niemand mehr für ein staatsmännisches Genie halten kann, wo er seine frühere Ruhmeshöhe schwerlich wieder erreichen, gewiß aber nicht mehr übersteigen wird, selbst wenn er noch einmal Minister werden sollte, jetzt ist er in der innern Stadt mit großer Majorität und recht eigentlich mit demonstrativem Eklat gewählt worden! — Dr. Brestel hat es klugerweise vermieden, in seinem frühern oder in einem andern Landwahlbezirke aufzutreten, er wurde aber als besonders bevorzugter, als erster Mann gerade von Denjenigen auf den Schild erhoben, welche früher über seine Finanzpolitik die bittersten Klagen geführt, die wegwerfendsten Urtheile gesprochen hatten. Mit diesen Bemerkungen wollen wir jedoch nicht gesagt haben, daß diese beiden Exminister nicht hätten gewählt werden sollen. Ihre Wahl entspricht dem allgemeinen konstitutionellen Usus.

Daß auch Herr Kuranda mit Auszeichnung wiedergewählt wurde, ist begreiflich. Warum sollte man ihn auch nicht gewählt haben? Kuranda ist in all den verschiedenen Aeren Oesterreichs ein Glückskind. Er feierte und feiert mit sehr geringer Mühe große Triumphe, er erreichte und erreicht mit sehr gewöhnlichen Mitteln außerordentliche Zwecke. Ebenso interessant als erfreulich ist es, daß in der innern Stadt, wo ungeachtet aller stattgefundenen nivellirenden Veränderungen noch immer ein starker Citystolz herrscht, Herr Nikola, also doch ein schlicht bürgerlicher Geschäftsmann gewählt worden ist. Das Bürgerthum kann das in der That als eine Errungenschaft betrachten. Nikola ist ein Charakter, welcher die allgemeinste Hochachtung verdient, die auch wir ihm zollen,

obwol er in der staatsrechtlichen Frage und gegenwärtig auch im vulgären Liberalismus unser Gegner ist. —

Ein ganz besonderes und speziell für Wien sehr charakteristisches Aufsehen machte der Wahlkampf im Bezirk Neubau. Einer der ersten und entschieden der originellste Held des februaristischen und dezembristischen Reichsrathes ist ungeachtet aller, im österreichischen Verfassungsleben noch nicht dagewesenen Wahlagitation erlegen; der im neuösterreichischen Parlamentarismus stereotyp gewordene Julius Alexander Schindler ist von einem im eigentlich politischen Leben ganz neuen Menschen, von einem Dr. Schrant besiegt worden. Wie es heißt, bewirbt sich Schindler nun um ein Mandat für Salzburg, wo er als Besitzer der prächtigen Domäne Leopoldskron, d. i. als Besiggnachfolger des Königs Ludwig I. von Baiern in ausgezeichnete Weise wählbar ist. Ob das eigentliche Volk von Salzburg, welches trotz Gnitscher und Konforten nicht minder streng katholisch ist als die Tiroler, den satirischen Kirchenspötter Schindler wählen möchte, ist sehr zweifelhaft; als Großgrundbesitzer aber könnte Schindler immerhin Aussicht haben. Die Schindler'sche Wahlgeschichte hat eine soziale Bedeutung. Schindler ist hauptsächlich deshalb nicht gewählt worden, weil er sich in den wenigen Jahren seiner parlamentarischen Laufbahn einen unverhältnißmäßigen Reichtum erworben hat. Dies wurde ihm in bitterster Weise zum Vorwurf gemacht, und zwar auch von Leuten, welche die konstitutionelle Schwindelzeit ebenso gierig zu ihrem Privatvortheil ausgebeutet haben. Wenn Schindler im Parlamente auch genau so gewirkt hätte, wie er es gethan, wenn er nur nicht so reich geworden wäre, oder mit seinem Reichtum nicht geprunckt, wenigstens nicht einen königlichen Landsitz an sich gebracht hätte, so wäre er gewiß wieder gewählt worden, und wenn er das Beispiel, welches aus einem andern Grunde Dr. Brestel gegeben hat, nachgeahmt, d. h. in der innern Stadt kandidirt hätte, so würde ihm sein finanzielles Glück wahrscheinlich gar nicht geschadet, sondern genützt haben. Sind ihm ja doch auch auf dem Neubau die wohlhabenderen und reichen Wähler in sehr großer Zahl treu geblieben, so daß seine Gegner einen schweren Kampf zu bestehen hatten. Von der wohlhabenden Bourgeoisie, von der reichen Gentry werden Politiker, die es mit ihrer Ueberzeugungstreue und angestrengten Arbeit „zu nichts bringen“, sondern „arme Schlucker“ bleiben, gar nicht respektirt, im günstigsten Falle als unpraktische Schwärmer bemitleidet. In Betreff Schindlers sagt man in diesen Kreisen: „Wäre er nicht dumm gewesen, wenn er die Gelegenheit nicht benutzt hätte? Haben es andere nicht ebenfalls gethan, und sogar mehr als er? Würde es nicht auch jeder von uns selber thun?“ — Um den Dr. Schrant aber sind wir ernstlich besorgt. Seine Anhänger thun ihm des Guten zuviel an, sie stellen ihn als anzubetenden Götzen auf, nachdem sie den frühern, eine Zeit lang nicht minder fanatisch verehrten Götzen weggeworfen haben. Eine solche Exaltation kann naturgemäß nicht von Dauer sein, ja sie schlägt gewöhnlich, namentlich bei den Wienern, in das äußerste Gegentheil um.

Mag Dr. Schrant wirklich ein neuer Aristides sein und bleiben wollen, es wird ihm schwer werden, dem Scherbengericht zu entgehen.

Auch der Wahlkampf im neunten Bezirke hatte eine soziale Bedeutung. Es wurde da der in jeder Wahlperiode mehrfach ausgesprochene Voratz, kein Doktoren, d. i. keine Advokaten zu wählen, ausgeführt. Dem Dr. Hoffer konnte niemand etwas vorwerfen, was für seine Wiederwahl nachtheilig gewesen wäre. Der Vorwurf, daß er mit den Wählern nicht verkehrt habe, worunter wol auch zu verstehen ist, daß er nicht Mitglied des demokratischen Vereins geworden, dessen Obmann Herr Böblich ist, dieser Vorwurf konnte doch gewiß nicht entscheidend wirken. Man wollte eben noch einen eigentlichen Bürger in den Landtag bringen. Es ist ein eigenes Verhängniß, daß die beiden früheren Vertreter des neunten Bezirkes, obwol wiederholt (der erste gar fünfmal) gewählt, doch auf ihrem Landtagsfige nicht warm werden konnten. Mag Herr Böblich sich hüten, daß es ihm nicht ebenso geht.

Im Wahlkampfe auf der Wieden kam sogar das sozial-demokratische Prinzip mit ins Spiel. Allerdings wurde auch auf dem Neubau gegen Dr. Schrant die Waffe gebraucht, daß er ein „Arbeiterkerl“ sei; auf der Wieden aber hat Prof. Held, wie seine eigenen Anhänger sagen, hauptsächlich deshalb nicht die Majorität erlangt, weil er durch seine sozialdemokratischen Tendenzen vielen Wählern „antipathisch“ geworden. Interessant ist es, daß sein siegreicher Gegner im Jahre 1848 als Arbeiterführer figurirt hat. In seinen jetzigen Verhältnissen kann Dr. Willner freilich kein Sozialdemokrat sein. Dafür proklamirte er sich aber als Deutschen kategorisch, obwol, wie man uns sagt, der Accent, mit welchem er deutsch spricht den gebornen Slaven verräth. Wir unserntheils werden jedenfalls schon ganz zufrieden sein, wenn Dr. Willner nicht den guten gesunden österreichischen Nebenfaß durch künstliche Weine verdrängt.

Biel bedauert wird es, daß Dr. Kaiser kein Mandat erhalten hat. Daran war die Verfassungspartei nicht gefaßt, sonst würde sie gewiß Vorsorge getroffen haben. Aber es hatte in der That den Anschein, als ob dem Dr. Kaiser in dem Landbezirke, aus welchem er stammt, wo er begütert ist, das Mandat auf Lebenszeit gesichert wäre. Daß ihn seine Wähler fallen ließen, ist ein bedeutames Zeichen. Die Verfassungstreuen können von Glück sagen, daß das Gleiche diesmal nicht schon an vielen Orten geschehen ist. —

Eine noch traurigere, ja eine tief erschütternde Erfahrung für die Verfassungspartei war es, daß in Steiermark Kaiserfeld in seinem bisherigen Wahlbezirk eine Niederlage erlitten, und zwar eine eklatante, indem er nur 12 Stimmen gegen 111 erhielt. Er wird allerdings irgendwo anders gewählt werden, und ist es in dem Augenblick, wo wir dies schreiben, wol schon; aber die Erfahrung, die er in seinem alten Bezirk gemacht, ist jedenfalls von lehrreicher Bedeutung. Höchst unangenehm, ja peinlich ist es den Verfassungstreuen, daß in Steiermark Professor Maassen, der strenge Katholik und entschiedene Föderalist gewählt

wurde. Die Dezembristen haben Ursache, beunruhigt zu sein, denn Professor Maaßen wird gewiß einen sehr energischen Kampf führen und mit sehr tüchtigen Waffen. Wir kennen den Mann aus der Zeit, wo er in Jena Jura studirte und Burschenschaftler war. —

Da der auf Mittwoch fallende Feiertag uns nöthigt, das Blatt früher abzuschließen, so können wir die weiteren Wahlresultate nicht besprechen. Wir werden es in der nächsten Nummer thun, falls sich erhebliche Veranlassung dazu findet. Heute wollen wir nur noch kurz die Bedeutung besprechen, welche in der Wahlbewegung der deutschen Länder vorherrscht.

Die Verfassungstreuen alten und jungen Schlags sind übereingekommen, der Bewegung einen vorherrschend kirchlichen Charakter zu geben. Beide benehmen sich so, als ob es sich hauptsächlich nur um einen Kampf zwischen dem Liberalismus und Ultramontanismus handeln möchte. Die eigentliche Hauptsache und Hauptaufgabe, nämlich die gerechte und freisinnige Lösung der staatsrechtlichen Frage ignoriren sie oder gehen mit vagen Phrasen darüber hinweg. Dabei tritt vorzüglich bei den Alten die alte Perfidie hervor, die staatsrechtliche Opposition mit der Klerikalen gänzlich zu identifiziren, was jetzt schon so weit geht, daß das Organ der Alten den Satz aufstellt: „Jeder Föderalist ist ein Ultramontaner und ein jeder Ultramontane ein Föderalist.“ Diese Lüge der Alten, der die Jungen, wenn auch nicht zustimmen, so doch nicht widersprechen, wird auf die allerdings unleugbare Thatsache gegründet, daß die Föderalisten für die Zwecke des staatsrechtlichen Kampfes mit den Klerikalen Hand in Hand gehen. Das ist aber auch in Ungarn der Fall gewesen, und doch war dort, wie der Augenschein zeigt, gewiß nicht jeder Vertheidiger des historischen ungarischen Staatsrechtes zugleich ein Ultramontaner. Wie kann man aber z. B. gegen die böhmische staatsrechtliche Opposition den Vorwurf wagen, daß sie ultramontan sei, während doch ein illustres Mitglied dieser Opposition, der Kardinal-Erzbischof Fürst Schwarzenberg zugleich ein hervorragendes Mitglied der Konzilsopposition gegen das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit ist und vom böhmischen Klerus zahlreiche Zustimmungsadressen empfängt. Allerdings erheben sich die Klerikalen jetzt zum konstitutionellen Kampfe, und sie haben dazu gewiß das Recht und sie sind zu diesem Kampfe durch das Treiben der Antikirchlichen herausgefordert. Die wirklichen Katholiken sind lange passiv geblieben, ja sehr viele sind es noch, weil sie schwach und zaghaft genug sind, die öffentliche Verhöhnung zu scheuen. Je cynischer aber die Antikirchlichen diese Verhöhnung des katholischen Kultus fortsetzen, je brutaler sie das religiöse Gefühl und den Korporationsgeist der Katholiken verletzen, desto allgemeiner wird die katholische Opposition werden. Schon jetzt haben die Klerikalen Erfolge errungen, über welche die Verfassungstreuen entsetzt sind, und zwar in einem Zeitpunkte, der für die wahren Katholiken sehr ungünstig ist, weil ein den Antikirchlichen für ihre Wahlagitacion sehr gelegen gekommener und von ihnen auch maßlos ausgebeuteter Umstand,

nämlich das Unfehlbarkeitsdogma, viele sonst treue Katholiken verstimmt und unsicher macht. Dessenungeachtet aber haben die Klerikalen, wie gesagt, gerade jetzt bedeutende Erfolge errungen. Wenn aber die Verfassungstreuen fortfahren, gerade die Unkirchlichkeit als Stedenpferd zu gebrauchen, um damit alles, was den Katholiken ehrwürdig und heilig ist, niederzureiten, so werden sich endlich alle Katholiken zur Opposition erheben, und es wird sich dann zeigen, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung noch gut katholisch ist, und zwar nicht bloß auf dem Lande, sondern auch in den Städten und namentlich auch in Wien selber *).

Kritische Streifzüge.

(Ein Beitrag zur maggarischen Kulturgeschichte.) Wir haben schon oft die „diplomatische Wochenschrift“ des Grafen Nikolaus Bethlen zitiert, theils wegen ihrer wirklich freisinnigen und gerechten Tendenzen in der Nationalitätenfrage, theils wegen ihrer primitiven originellen Offenherzigkeit in allgemeinen politischen Fragen. In der jüngsten uns zugekommenen Nummer des Bethlen'schen Organs finden wir aber einen Artikel, welcher wahrlich das Non plus ultra maggarischer Naivetät ist. Wir sind zwar überzeugt, daß die große Mehrzahl der Maggharen diesen Artikel desavouiren wird, er ist aber mit einem in der Geschichte Ungarns vielgenannten gräßlichen Namen unterzeichnet und ist daher für ein Volk, welches das stolze, großartige Bestreben hat, ein nationales Reich zu gründen, jedenfalls von interessanter Bedeutung. Der Artikel hat die Ueberschrift: „Die Juden in Pest“ und lautet wörtlich folgendermaßen:

„Das „Vaterland“ hat vor Kurzem über die Juden in Wien einen Artikel veröffentlicht, der von unserer Seite, die wir, als Enkel der protestantischen Rebellen, denn doch keine Juden sind, eine Erwiderung verdient. Das Blatt meint, auf jedem Gebiete (sei es Politik, Literatur, Kunst, Handel oder Industrie) nehmen die Juden in Wien eine hervorragende Stellung ein und ihr Einfluß ist in Wien überall maßgebend. „Man möge daher — sagt das „Vaterland“ — die Juden aus Wien hinauswerfen.“ Wenn die Partei des „Vaterland“ je ans Ruder kommt und ihre Drohung effektuiren wollte, so bitten wir, alle aus Wien hinausgeworfenen Juden uns nach Pest zu überschicken.

„Die Juden sind durch ihr Talent und ihre Thätigkeit ein bedeutender Faktor der Zivilisation geworden und wir können sie in Pest brauchen. In Pest

*): Das jüngste Frohnleichnamsfest war geeignet, die Antikirchlichen über die Kirchliche Bestimmung des eigentlichen Volkes von Wien aufzuklären.

selbst finden wir zwei Städte. Der eine Theil von Pest gleicht einer europäischen Handelsstadt — es ist die Stadt der Juden. Der andere gleicht einem großen Dorfe der Wüste — es ist die Stadt der Magyaren. Alles, was in Pest als ein Werk der Zivilisation, als ein Zeichen der europäischen Kultur betrachtet werden kann, ist durch jüdischen Geist oder durch jüdisches Geld zu Stande gebracht worden. Würde es in Pest keine Juden geben, so würde die Landeshauptstadt auf dem Niveau des großen Debreczin's stehen, und die reichen Grundbesitzer und Komitatshelden würden in ihrem eigenen Reichtum, ihrem eigenen Staub und Roth erstickten.

„Noch vor zehn Jahren war die ungarische Presse beinahe frei von Juden, denn der Wirkungskreis der ungarischen Presse war so beschränkt, daß die paar Parteiblätter von ihren eigenen Partei-Anhängern mit Artikeln leicht versehen werden konnten. Es gab keine eigentliche Journalistik, nur eine Sammlung von Partei-Reden und Partei-Außerungen. Sobald man die ungarische Journalistik auf das Niveau jener von andern zivilisirten Nationen erheben wollte, war man gezwungen, ein halbes Duzend Juden zu importiren, damit die Trägheit in der Technik der Blätter theilweise beseitigt und die journalistischen Formen entwickelt werden.

„Den armen Juden von Pest verdanken wir unsern schönsten Kampf bei den letzten Wahlen, wo es hieß einen großen nationalen Dichter zu ehren und die Macht der Kunst und Wissenschaft über die Macht des Geldes zu erheben. Ein armer Poet wurde gewählt, und ein reicher Minister unterlag. Auf welches Gebiet des öffentlichen Lebens wir auch sehen, überall finden wir die Juden emsig arbeiten und gegen den alten Geist der Finsterniß im Kampfe begriffen.

Das „Vaterland“ hat Recht, wenn es die Juden scheut, denn es sind die ärgsten Feinde der Thun's, Clam's und Apponyi's. Wir kennen die Energie jenes ungarischen Minister-Präsidenten in spe, der täglich auf den Knien durch die Zimmer rutscht, um seine Andacht zu verrichten.

„Daß dieser Geist des Aberglaubens in Ungarn nicht Wurzel fassen kann, das verdanken wir nur den Juden, die rastlos das Pfaffenthum bekämpfen, während die Protestanten sich nur um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern; sie können sich nicht auf den höhern Standpunkt der Gesamt-Interessen der Menschheit und des Fortschrittes emporschwingen.

„Pest ist heute weder eine deutsche, noch eine ungarische, sondern eine jüdische Stadt, und wir freuen uns dessen im Interesse der Magyaren und der Zivilisation. Wir bitten das „Vaterland“ um alle eventuell hinausgeworfenen Juden. „Mehr Juden — mehr Licht.“ — Graf Nikolaus Bethlen.“

Dieser mit einem historischen Grafennamen unterzeichnete Artikel eines in Pest erscheinenden Journals macht eigentlich alle kritischen Bemerkungen überflüssig, denn er kritisiert sich wahrhaft vernichtend selber. Wahrlich, im ganzen Verlauf der Weltgeschichte ist noch niemals irgend einem Volke ein so klägliches

Armuthszeugniß ausgestellt worden. Wenn Graf Nikolaus Bethlen mit diesem feinen Artikel wirklich die Gesinnung und das Gefühl des magharischen Volkes ausgesprochen hätte, so würden wir uns natürlich nicht erlauben, dagegen irgend etwas einzuwenden. Wir glauben jedoch, daß kein echter Maghare diesem Artikel eines magharischen Grafen historischen Namens beistimmen, sondern jeder sich durch diesen Artikel in seinem nationalen Ehrgefühl tief verletzt fühlen muß. Wir sind aber auch überzeugt, daß die Juden selber sich über diese ihnen zu Theil gewordene Huldigung nicht freuen werden. Sie können zwar in dieser Beziehung sehr viel vertragen und sind in neuester Zeit überhaupt und besonders in Oesterreich-Ungarn an Ueberschätzung, ja an servile Verehrung gewöhnt; aber Graf Bethlen hat gar zu viel aufgetragen. Man merkt die Absicht und wird verstimmt.

(Fadejeff, Oesterreich und Rußland). Mit einer gewissen Hergensenerleichterung brachten die Tagesblätter die Nachricht, der russische General Fadejeff, welcher sich so angelegentlich mit den Verhältnissen Oesterreichs beschäftigt und so ungenirt die gefährliche Lage desselben schildert, sei in Ungnaden pensionirt worden. Unsere Offiziösen ermangelten nicht, darin eine ganz besondere Rücksicht der russischen Regierung auf Oesterreich zu erkennen; einige gehen so weit, zu behaupten, die Entlassung des schriftstellenden Generals sei eine Folge der sehr ernststen Beschwerden und Klagen, welche Graf Beust in Petersburg erhoben.

Es ist nun allerdings wahr und sollte gebührend anerkannt werden, daß die russische Regierung im Widerspruche mit der Stimmung des russischen Volkes sich gegen Oesterreich stets sehr rücksichtsvoll benommen hat. Sie bewies das in einer viel wichtigeren als der Fadejeff'schen Angelegenheit, sie bewies es in dem verhängnißvollen Jahre 1866. Damals verlangte die öffentliche Meinung in Rußland sehr laut, daß die Gelegenheit benutzt werden sollte, um für die österreichische „Undankbarkeit“ Rache zu nehmen, und die russische Armee freute sich schon auf einen Feldzug nach Galizien und Ungarn. Aber die russische Regierung widerstand der Versuchung, sie benutzte die Verlegenheit Oesterreichs nicht, sie wollte nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Das war eine sehr dankenswerthe Enthaltksamkeit. Die Lage Oesterreichs in dem Doppelkriege mit Preußen und Italien wäre außerordentlich verschlimmert worden, wenn Rußland sich mit Preußen und Italien auch nur so alliirt hätte, wie Oesterreich im russisch-türkischen Kriege mit den Westmächten. Wenn Rußland auch bloß in bewaffneter Neutralität an der Grenze Galiziens eine schlagfertige Armee aufgestellt hätte, so wäre schon dadurch die Lage Oesterreichs sehr verschlimmert worden. Man muß daher anerkennen, daß die russische Regierung sich damals mit Unterdrückung bitterer Erinnerungen und im Widerspruch mit der Stimmung ihres Volkes und Heeres gegen Oesterreich freundschaftlich benommen hat.

Was nun den General Fadejeff betrifft, so mögen diplomatische Naturen sich immerhin getröstet und sogar geschmeichelt fühlen, indem sie glauben, dieser politisch-militärische Schriftsteller sei aus besonderer Rücksicht für Oesterreich pensionirt oder entlassen worden. Es möge dies dem diplomatischen Scheine zu Liebe sogar wirklich geschehen sein; aber thöricht ist die Annahme, daß dieser russische General bei seiner Regierung wirklich in Ungnade gefallen wäre, weil er Dinge geschrieben, durch die man sich in Oesterreich beunruhigt oder doch unangenehm berührt fühlte. Es unterliegt im Gegentheil nicht dem allergeringsten Zweifel, daß General Fadejeff sich durch seine Schriften das Wohlgefallen seiner Regierung erworben hat, und seine einstweilige Entlassung aus dem Militärdienste eine Belohnung, nicht aber eine Bestrafung ist. Fadejeff kann in der Friedenszeit mit seiner Feder viel nützlicher für Rußland wirken als mit dem Degen, und es erleichtert seine Beobachtungen, wenn er des aktiven Militärcharakters entkleidet ist. Ja, man würde es in Petersburg wahrscheinlich gern sehen, daß man anderswo und besonders in Oesterreich wirklich so naiv wäre zu glauben, Fadejeff sei ungnädig entlassen worden.

Hat denn aber Oesterreich wirklich Ursache, sich durch die Schriften dieses russischen Publizisten verletzt zu fühlen? Wir leugnen es. Gesezt auch, Rußland sei ein Feind Oesterreichs, und Fadejeff theile natur- und pflichtgemäß diese Feindschaft, so ist es doch wahrlich nicht das Schlimmste, was man von einem Feinde erfahren kann, wenn derselbe seine Gedanken und Absichten offen kund gibt. Es ist ein alter Satz, daß man vom Feinde lernen soll, und das gilt besonders für die Politik. Nun, aus den Schriften Fadejeffs kann man in Oesterreich wirklich lernen. Man sollte allerdings keine fremden Lehrmeister brauchen, denn die Zustände und Gefahren, welche Fadejeff schildert, sind so evident, daß jeder, der Augen hat, sie sehen muß.

Kleine kritische Chronik.

Rom 22. bis 29. Juni.

I n l a n d.

Die weiteren Wahlen sind so ausgefallen, wie es vorauszusehen war. In Oberösterreich haben die Klerikalen einen bedeutenden Erfolg errungen, und ist sogar Weiß v. Starckenfels gewählt, was den Liberalen großen Aerger und auch einige Furcht einflößt. Bei den städtischen Wahlen in Mähren und Steiermark haben die Dzembrisken die Oberhand erhalten und werden selbstverständlich noch durch die Handelskammerwahlen verstärkt. In Krain haben nach den bisherigen Berichten die Nationalen überall gestegt und sie werden ohne Zweifel im Landtag wieder naturgemäß die Majorität bilden. In Oberösterreich, Mähren und Steiermark stehen dem Anschein nach die Verhältnisse so, daß die Großgrundbesitzer für die eine oder andere Seite entscheiden werden. Deshalb

blicken auch die Wiener Wortführer der Degembristen mit einem höchst unbehaglichen, aus Furcht und Hoffnung gemischten Gefühle auf die Großgrundbesitzer, welche sie sonst ziemlich gering schätzen, und stehen sie an, ja doch um Gotteswillen, verfassungstreu zu wählen.

In ihrer Angst haben sie auch wortreiche Besprechungen des Umstandes gebracht, daß Seine Majestät der Kaiser in der Eigenschaft als oberösterreichischer Großgrundbesitzer den Grafen Falkenhayn zur Stimmabgabe bevollmächtigt haben. Da nun Graf Falkenhayn entschieden zur klerikalen Partei gehört, so ventilirten die Journale die Frage, ob Seine Majestät klerikal wähle oder nicht. Uns widerstrebt es, in diesem Gegenstand tiefer einzudringen. Unseres Erachtens muß man entweder eine Verfassungsbestimmung durchbringen, vermöge welcher der Monarch gar kein Wahlrecht hätte, oder man muß es sich gerechter- oder wenigstens anständigerweise gefallen lassen, daß der Kaiser sein Wahlrecht nach seiner eigenen freien Ueberzeugung ausübe. Die sehr undemokratische Zudringlichkeit, mit welcher ein Wiener Blatt verlangt, daß die von Seiner Majestät Gewählten speziell genannt werden sollten, muß aufs entschiedenste getadelt werden.

Dr. Giskra hat auch in Brünn wieder einmal eine Rede gehalten. Er wollte eigentlich dort nicht kandidiren, da er ja in Wien gewählt ist und sich, wie er versicherte, einem von ihm eingenommenen Posten gern ganz hingibt. Da ihn aber die Brünnner durchaus haben wollen, so wird er von der schreienden Anomalie der gepriesenen Verfassung Gebrauch machen und in zwei Landtagen sitzen. Es wird also der Mann, welcher nach seiner Aussage gewohnt ist, sich einem Posten ganz hinzugeben, zwei Landtagsposten und fünf oder sechs Verwaltungsrathsposten einnehmen, wozu nach dem Wunsch seiner Verehrer noch ein Ministerposten kommen soll. Aber freilich, wer sich so maßlos selbst loben kann, wie Dr. Giskra Excellenz es in Brünn gethan hat, der muß viel ertragen und vertragen können. Im Evangelium steht in Betreff einer Sünderin, die gekleinigt werden sollte, der schöne Spruch: „Wer sich keiner Sünde bewußt ist, werfe den ersten Stein auf sie.“ Dr. Giskra, welcher ebenfalls vieler Sünden beschuldigt worden ist, nahm sich nicht den schönen Bibelspruch zur Richtschnur, sondern im Gegentheil, nachdem er selber mit größtem Pathos alle seine Tugenden und Großthaten aufgezählt hatte, apostrophirte er die Versammlung mit einer Reihe von Fragen, damit sie ihm bezeuge, daß er niemals in irgend einer Beziehung gesündigt hätte. Natürlich jubelten ihm seine Brünnner Freunde das Zeugniß zu, daß er ohne Fehl und Makel, daß er der Mensch und Staatsmann in der reinsten und höchsten Vollkommenheit sei. Und dieser fürchterliche Gott des Brünnner zweiten Wahlbezirkles sprach das allmächtige Wort aus: „Ich werde föderalistische Einrichtungen in Oesterreich niemals zugeben!“ Entsetzlich! Nun ist es aus mit uns Föderalisten! Selbst wenn Seine Majestät sich entschließen wollten, föderalistische Einrichtungen zu gewähren, wie sie ja schon den Ungarn gewährt worden sind — Dr. Giskra wird es niemals zugeben. Es ist zum Verzweifeln!

Die Journale beschäftigen sich viel mit einer Purifizirung und Erneuerung des Ministeriums Potocki und dabei verlangen sie, daß Männer gewählt werden sollen, durch welche das Vertrauen der Bevölkerung wiederhergestellt würde. Sehr gut; aber es fragt sich nur, welche Bevölkerung gemeint ist. Die Wiener Journale verstehen darunter lediglich ihre eigene Partei; sie wollen die Männer am Ruder sehen, welche dieser Partei angenehm sind. Gerade zu diesen Männern hat aber die große Mehrheit der Gesamtbevölkerung kein Vertrauen.

Der Ungar Mihailovic ist also wirklich Erzbischof von Agram. Selbst die Unionspartei kündigt einen Krieg durch Interpellationen an. Sie wird zunächst auf Grund

des bestehenden Ausgleichsgesetzes den Banus interpelliren, wieso ein Nichtkroate zur höchsten geistlichen Würde des Königreiches erhoben werden konnte. Der neue Erzbischof wird in Kroatien eine sehr unbehagliche Stellung haben.

A u s l a n d.

Die Einweihung der Todtenstätte zu Solferino hat Anlaß zu einer förmlichen Verbrüderungsdemonstration zwischen Oesterreich und Italien gegeben. Es ist aber in der That niemand davon recht erbaut gewesen. Wir unsererseits bezweifeln nicht die Aufrichtigkeit der momentanen Gesinnung, wir wünschen, daß Oesterreich niemals mehr den Frieden Italiens stören möge; wir können uns aber nicht der sanguinischen Hoffnung hingeben, daß Italien seinerseits in allen Fällen dieselbe freundliche Haltung beobachten werde.

In Frankreich herrscht selbst jetzt noch nicht Freiheit wie in Oesterreich; die Bürgermeister werden dort nach wie vor nicht gewählt, sondern von der Regierung ernannt. Interessant ist das Gesuch, welches das Haus Orleans an den gesetzgebenden Körper gerichtet hat, um nach Frankreich zurückkehren zu können, ja auch die konfiszirten Güter zurückzuerlangen. Das bringt den Kaiser Napoleon abermals in eine unangenehme Verlegenheit. Es heißt, der Beschluß werde lauten, die milde Maßregel sei jetzt noch nicht an der Zeit. Nun, wenn es jetzt noch nicht angeht, das Heimatsrecht der Orleaniden anzuerkennen, so wird es noch sehr lange nicht angehen.

Die Königin Isabella hat endlich zu Gunsten ihres Sohnes Don Alfonso abgedankt und sie will sich für ihre Person sogar für immer aus Spanien verbannen. Im Momente hat Prinz Alfonso noch nicht viel Chancen, wenn aber die Spanier noch lange keinen andern König finden, so wird Don Alfonso wahrscheinlich doch auf den spanischen Thron hinaufwachsen.

Geschichtliche Beiträge.

Der Geschichte der Entwicklung der österreichischen Staatsidee.

XVII.

Ladislaus Posthumus (der Nachgeborne).

(Fortsetzung.)

Der junge König und Herzog Ladislaus betrat die Neustadt nicht, sondern wurde von Ehzinger wieder nach Berchtoldsdorf gebracht. Dem Vertrage gemäß sollte er vor dem 11. November 1452 nicht nach Wien kommen. Diese Zwischenzeit war für die Erfüllung der Friedensbedingungen, namentlich zur Zurückgabe der Schlösser bestimmt, welche die Auführer dem Kaiser und seinen Anhängern genommen hatten. Doch Ehzinger erfüllte diese Bestimmungen nicht, sondern führte den jungen Monarchen schon am 13. September nach Wien, wo derselbe mit Jubel empfangen wurde und zugleich mit seiner Schwester Elisabeth

die Burg seiner Väter bezog. Kaiser Friedrich erhob durch drei Gesandte Protest gegen den Vertragsbruch, und so entbrannte nach kaum geschlossenem Frieden sofort wieder unseliger Streit.

Ladislaus, der zwölfjährige Fürst wurde nun ganz von dem Grafen Ulrich von Eßly und von Eßpinger beherrscht. Nach deren Willen schrieb er für den 11. November 1452 einen österreichischen Landtag aus, welcher in dem Streite mit dem Kaiser entscheiden sollte. Mittlerweile war aber der Erzbischof von Gran, in Begleitung anderer Magnaten und gefolgt von zweitausend Reitern nach Wien gekommen, um dem jungen König zu huldigen, ihm reiche Geschenke zu bringen und ihn, wo möglich gleich nach Ungarn zu führen. Ladislaus empfing die ungarische Deputation in Gegenwart der österreichischen Großen und der kaiserlichen Gesandten. Nach der Empfangsfeierlichkeit beriethen sich die Oesterreicher und Ungarn je untereinander über die Antwort, welche den kaiserlichen Gesandten zu geben wäre. Der junge König stand zwischen den beiden Gruppen einsam an einem Fenster. Da wandte er sich plötzlich zu der ungarischen Gruppe und rief aus: „Da ich ein Ungar bin, will ich bei Euch bleiben!“ Die Ungarn jubelten und verbreiteten sofort den königlichen Ausspruch durch viele Briefe im ganzen Stephansreiche. Es blieb aber eben nur ein Ausspruch, es war nicht daran zu denken, daß Ladislaus mit den ungarischen Magnaten in das Stephansreich hätte ziehen können; denn die Oesterreicher würden den so mühsam errungenen Besitz ihres Landesfürsten selbst mit den Waffen vertheidigt haben.

Bald darauf kamen böhmische Gesandte mit vierhundert Reitern in Wien an, ohne jedoch Geschenke zu bringen und devote Huldigung zu leisten. Sie stellten vielmehr das strenge Verlangen, daß Ladislaus nach Böhmen kommen, die Kompaktaten und alles von den Königen Sigmund und Albrecht Bewilligte bestätigen, den utraquistischen Kothyczana zum alleinigen Erzbischof von Prag einsetzen und alle Anordnungen der Gubernatoren aufrecht erhalten müßte, widrigenfalls die böhmische Nation sich einen andern König wählen würde. Auf Geheiß seiner beiden Herren bewilligte Ladislaus alle diese Forderungen und versprach am 24. Juni 1453 nach Iglau zu kommen, um von da von den böhmischen Großen nach Prag zur Krönung geführt zu werden. Es ist charakteristisch, daß der königliche Knabe von den böhmischen Forderungen nur die das Kirchenthum betreffende mit Unwillen aufnahm, indem er ausrief: „Wenn die Böhmen mich zu ihrem König haben wollen, so seien sie meines Glaubens!“ Die böhmischen Gesandten jubelten selbstverständlich nicht über diesen Ausspruch des jungen Königs, verbreiteten denselben aber im ganzen Königreiche, und er hat viel dazu beigetragen, das böhmische Volk gegen die habsburgische Herrschaft einzunehmen.

Inzwischen drängte die Nothwendigkeit, erstlich mit dem Kaiser einen Ausgleich zu bewirken und dann fest zu stellen, unter wessen Leitung Ladislaus stehen und wo er residiren sollte. Die Ungarn waren sehr erzürnt darüber, daß Ladislaus früher nach Böhmen als nach Ungarn gehen sollte. Hunyady eilte

daher in Begleitung der Erzbischöfe von Gran und Kolocza, der Bischöfe von Erlau, Raab, Großwardein und Siebenbürgen, des Palatins Gara, vieler Magnaten und Abgeordneten der Komitate und Freistädte nach Wien, um an dem für den 11. November 1452 ausgeschriebenen Landtage theilzunehmen. Zu demselben Zwecke langten auch ständische Deputationen aus Böhmen, Mähren und Schlesien an. Es trafen auch einige als Vermittler geladene deutsche Reichsfürsten ein. Den Kaiser Friedrich vertraten der Bischof von Siena, Aeneas Piccolomini, der Dr. Niederer und noch einige Rätthe.

So wurde denn damals in Wien ein gemeinsamer österreichisch-böhmisch-mährisch-schlesisch-ungarischer Landtag gehalten, recht eigentlich ein Ausgleichslandtag. Leider ging das Ausgleichswerk sehr mühselig von statten und gelangte nur unvollkommen zur Ausführung. Man konnte sich gleich anfangs nicht über den Gegenstand einigen, welcher zuerst in Behandlung kommen sollte. Die vermittelnden deutschen Reichsfürsten verlangten, daß zuerst über die Leitung und den Aufenthalt des jungen Königs und Herzogs Verfügung getroffen werden sollte. Dagegen machten aber die kaiserlichen Gesandten geltend, daß vor allem andern die Ansprüche des Kaisers befriedigt werden müßten. Da man sich nicht einigen konnte, wurde der Landtag für einige Zeit vertagt. Darüber waren die böhmischen Abgeordneten unwillig und reisten nach Hause.

Als der Landtag wieder eröffnet wurde, behaupteten die Oesterreicher, es sei die für die Unterhandlung bestimmte Zeit abgelaufen, und in Abwesenheit der böhmischen, mährischen und schlesischen Abgeordneten könne man überhaupt nichts Giltiges beschließen. Nach langem heftigen Streiten kam man wenigstens zu dem Beschlusse eines Vorschlags für den Ausgleich mit dem Kaiser. Dieser verwarf aber die Bedingungen. Endlich gelang es dem Erzherzog Albrecht, zwischen den österreichischen und ungarischen Ständen einen Vertrag zu Stande zu bringen. Nach diesem sollte Oesterreich dem Kaiser 30.000 Gulden zahlen und die von den Auführern besetzten Schlösser herausgeben. Von den Ungarn sollte Kaiser Friedrich 50.000 Gulden empfangen, dafür aber die Stephanskrone ausliefern. Kaiser Friedrich, der sich in der Neustadt aufhielt, genehmigte den Vertrag. Nun sollte auch Ladislaus dies thun. Dieser hatte aber dem Grafen Ulrich von Cilly, der sich absichtlich von Wien entfernt hatte, das Versprechen gegeben, in dessen Abwesenheit nichts zu unterschreiben; und der königliche Knabe hielt Wort, wie sehr auch Erzherzog Albrecht und die Gesandten in ihn drangen. Auch nach der Rückkehr Ulrichs wurde die Bestätigung des Vertrages unter mancherlei Vorwänden unterlassen, und so hatte denn der gemeinsame Landtag eigentlich gar kein Resultat. Umso mehr bemächtigte sich nun Ulrich von Cilly des jungen Monarchen, und man wirft diesem eigennützigen und herrschsüchtigen Grafen sogar vor, daß er den Jüngling zu bösen Lüsteu verführt habe, um ihn leiblich und geistig schwach zu machen. Ulrich wurde allerdings bald darauf durch Ehzinnger gestürzt, mußte alle seine Aemter niederlegen und unter Verwünschungen und

Steinwürfen des Volkes Wien verlassen; doch der bedauernswerthe Ladislaus kam dadurch nicht unter eine bessere Leitung.

Um den Ungarn seine Vorliebe zu zeigen, begab Ladislaus sich vor der böhmischen Krönungsfahrt zuerst im Februar 1453 nach Preßburg, wo er mit größtem Jubel empfangen wurde und alle Rechte und Freiheiten des Königreiches beschwor. (Gekrönt als König von Ungarn war Ladislaus schon als viermonatliches Kind geworden, und damals hatte Graf Ulrich von Cilly für ihn den Eid geleistet.) Die Böhmen grollten über die Bevorzugung der Ungarn und wurden noch unwilliger, als Ladislaus die festgesetzte Frist, den 24. Juni 1453 verstreichen ließ, ohne nach Iglau zu kommen. Er begab sich vielmehr im September dieses Jahres noch einmal nach Preßburg und brach erst dann nach Böhmen auf. Vor der Abreise übertrug er die Verwaltung Oesterreichs bis zu seinem zwanzigsten Jahre zwölf Anwälten, von denen je drei aus den vier Ständen, Prälaten, Herren, Rittern und Städten gewählt werden sollten, und ernannte den Wolfgang von Wallsee zum obersten Hauptmann ob und unter der Enns.

In Böhmen wurde Ladislaus sehr kühl empfangen. Doch erfolgte nach vorausgegangener Beschwörung der Rechte und Freiheiten des Königreiches am 28. October 1453 die Krönung. Einen unangenehmen Eindruck machte es, daß Ladislaus sich nicht von dem utraquistischen Erzbischof Rokycana, welcher selbstverständlich die päpstliche Bestätigung nicht erhalten hatte, sondern von dem Erzbischof von Gran krönen und salben ließ. Am 15. März 1454 wurde in Prag ein Landtag gehalten, auf welchem Georg von Podiebrad für weitere sechs Jahre als Gubernator bestätigt, die obersten Landesämter für eben diese Zeit besetzt und zehn Herren und acht Ritter zu Rätthen des Gubernators ernannt wurden. Ladislaus verweilte ein volles Jahr in Prag, während er sich in Preßburg nur sehr kurz aufgehalten hatte. Es gelang ihm aber nicht, die Zuneigung der Böhmen zu gewinnen. Die Hauptursache war, daß Ladislaus bei jeder Gelegenheit seinen Abscheu vor dem Glauben und dem Gottesdienste der Utraquisten öffentlich zu erkennen gab. Im November 1454 reiste Ladislaus in Begleitung des Gubernators und vieler Großen nach Breslau. Am 6. Februar 1455 war er wieder in Wien.

Es ist bemerkenswerth, daß sowol die Ungarn als die Böhmen sich Wien als die regelmäßige Residenz ihres Königs gefallen ließen. Der Grund war jedoch, daß weder Georg von Podiebrad, noch Johann Hunyadi sich nach der Gegenwart des Königs sehnten, weil sie in dessen Abwesenheit fast unbeschränkt regieren konnten.

Mittlerweile hatte Ulrich von Cilly sich bei Ladislaus wieder in Gunst gesetzt und den Gykinger gestürzt. Er hielt einen prachtvollen Einzug in Wien, wo ihn nun dasselbe Volk, welches ihn vor kurzem mit Flüssen und Steinwürfen vertrieben hatte, mit Jubel empfing. Der herrschsüchtige Mann begann sofort wieder seine Ränke. Sein Ehrgeiz ging jetzt dahin, auch den Johann Hunyadi

zu stürzen und an seiner Stelle Gubernator von Ungarn zu werden. Hunyadi fühlte sich durch die Feindschaft Ulrichs so bedroht, daß er auf dem Landtage, welchen Ladislaus im Januar 1456 zu Ofen hielt, nur mit sicherem Geleite und mit einer starken Leibwache erschien. Er blieb aber dem König treu und ließ sogar seinen jüngern Sohn Mathias unter die Edelknaben desselben aufnehmen.

Es nahte nun eine große Türkengefahr. Sultan Mohamed II. hatte nämlich am 29. Mai 1453 Konstantinopel erobert, und es war zu fürchten, daß sich nun die Türkenmacht im wilden Strome nach Norden wälzen werde. Ganz Europa zitterte, aber es geschah nichts kräftig Gemeinsames zur Abwehr der furchtbaren Gefahr. Auf zwei deutschen Reichstagen und auf einem dritten, welchen Kaiser Friedrich bequemilichkeitshalber nach Wiener Neustadt berufen hatte, wurde über einen großen Kreuzzug gegen die Türken verhandelt; es blieb jedoch beim Reden und Versprechen.

Selbst in Ungarn, welches zunächst bedroht war, herrschte Lauheit. Erst als die Nachricht kam, daß die Türken bereits in Bulgarien und Serbien eingebrochen, wurde ernsthafter gerüstet. Ladislaus selber war nach Ofen geeilt und erließ von da ein dringendes Schreiben an den Papst Calixt III., damit derselbe alle christlichen Mächte zum Kampfe gegen die Feinde des Christenthums aufrufen möchte. Doch auch die Stimme des Papstes fand wenig Gehör, und es zogen nur einzelne kleine Schaaren den Ungarn zu Hilfe. Diese selbst waren durch die Nähe der Gefahr und durch die feurigen Kreuzpredigten des Franziskaners Johannes Capistranus zu den Waffen gerufen worden. Hunyadi übernahm den Oberbefehl, um den Türken, welche schon gegen Belgrad anrückten, entgegen zu ziehen. Er bedung sich die Begleitung seiner beiden Söhne, Ladislaus und Mathias, und daß der König vor dem Ausgang des Krieges Ofen nicht verlassen sollte. Die erste Bedingung erfüllte König Ladislaus, indem er den Edelknaben Mathias, der sich eigentlich als Geisel bei Hofe befand, zu seinem Vater abgehen ließ. Darauf aber ging der König auf den treulosen Rath des Grafen Ulrich von Cilly nach Wien zurück. Nun geriethen die Rüstungen ins Stocken, so daß Hunyadi in Szegedin nur ein kleines Heer sammeln konnte, während Mohamed II. bereits mit großer Uebermacht Belgrad belagerte. Doch rückte Hunyadi, von dem begeisterten Capistranus begleitet, muthig in den heiligen Kampf. Am 14. Juli 1456 gelang es ihm, nachdem er die türkische Flottille geschlagen und zerstreut hatte, in Belgrad einzudringen. Alle Stürme der Türken wurden abgeschlagen, und am 23. Juli sah Mohamed, der selber verwundet worden war, sich genöthigt, die Belagerung Belgrads aufzuheben und den Rückzug anzutreten. So war Ungarn für diesmal gerettet; leider starb aber der heldenmüthige Retter Hunyadi schon am 11. August zu Semlin am Lagerfieber, und am 23. Oktober folgte ihm Capistranus in den Tod.

Auf die Nachricht von dem Tode des großen Gubernators eilte König Ladislaus nach Ofen. Ihm folgte Ulrich von Cilly und wurde nun wirklich zum

Statthalter in Ungarn ernannt. Mittlerweile hatte Hunyady's Sohn, Ladislaus in Belgrad das Kommando übernommen. Er ließ die Festungswerke ausbessern, da ein neuer Angriff der Türken zu fürchten war. Ulrich von Cilly aber erregte in dem Könige den Verdacht, daß die Hunyaden die wichtige Grenzfestung für sich behalten wollten. Um dies zu verhindern, zog Ladislaus mit fünfzehnhundert ungarischen Reitern und viertausend deutschen Kriegern nach Belgrad. Ladislaus Hunyady empfing den König mit Ehrfurcht, ließ ihn und den Grafen Ulrich mit den ungarischen Begleitern einziehen, schloß aber vor den deutschen Kreuzfahrern die Thore und rechtfertigte dies durch die Erklärung, daß es gegen die Reichsgesetze wäre, fremde Truppen in eine Grenzfestung einzulassen. Der König, nun recht eigentlich Hunyady's Gefangener machte gute Miene zum bösen Spiele. Für den Grafen Ulrich von Cilly aber wurde der Aufenthalt in Belgrad, wo er die Hunyady's stürzen zu können gedacht hatte, verderblich.

Er hatte an seinen Schwiegervater, den Fürsten Georg Brankovich von Serbien geschrieben, daß er ihm nächsten zwei Kugeln senden werde, mit denen gut zu spielen wäre. Der Brief wurde von den Ungarn aufgefangen, und sie deuteten die zwei Kugeln auf die Köpfe der beiden Brüder Hunyady. Dies entflammte den Haß, welchen die Ungarn gegen den herrschsüchtigen Grafen ohnehin hegten, noch mehr. Während König Ladislaus am 11. November 1456 in der Messe war, erhielt Ulrich die Einladung zu einer Versammlung der Ungarn und er folgte derselben, obwohl er nichts Gutes ahnte. Er begab sich bewaffnet und gepanzert in das Gemach des Ladislaus Hunyady, der selber unbewaffnet, aber von mehreren bewaffneten Ungarn umgeben war. Man hielt dem Grafen den Brief an den Fürsten von Serbien vor, und er leugnete, denselben geschrieben zu haben. Es entstand ein heftiger Streit, und im Verlauf desselben wurde Graf Ulrich von Cilly niedergesäßelt.

König Ladislaus vernahm den Mord seines Oheims mit scheinbarer Gleichgültigkeit und benahm sich gegen die Hunyady's so freundlich, daß ihm Ladislaus und Mathias sorglos nach Ofen folgten. Kaum aber daselbst angelangt, ließ der König die beiden Brüder verhaften, unter dem Vorwande, sie wären verschworen, ihn dem türkischen Sultan auszuliefern; was jedenfalls eine Lüge war, denn wenn die Hunyady's eine solche frevelhafte Absicht gehabt hätten, so wäre ihnen die Ausführung in Belgrad, wo sich der König ganz in ihrer Gewalt befand, sehr leicht gewesen, und sie hätten ihn daher gewiß nicht nach Ofen zurückkehren lassen. Ohne Prozeß wurde der ältere Bruder, Ladislaus in der Burg zu Ofen bei Fackelschein enthauptet, der jüngere Mathias aber in die Feste Gutenstein in Niederösterreich gebracht. Die Kunde von dieser an den Söhnen des großen Gubernators verübten Gewaltthat erbitterte den größten Theil der ungarischen Nation. Die Witwe Hunyady's, Elisabeth aus dem Hause Szilaghi rief sofort ihre zahlreichen Anhänger zu den Waffen, und es entbrannte ein wilder Bürgerkrieg.

König Ladislaus aber eilte nach Wien zurück und beschäftigte sich damit, unter den Prinzessinen Europas eine Braut zu suchen. Seine Wahl fiel auf Margarethe, die Tochter Karls VII. von Frankreich. Nun entstand aber die Streitfrage, in welcher Hauptstadt die Vermählung gefeiert werden sollte. Die Oesterreicher waren für Wien, die Böhmen für Prag, die Ungarn für Ofen. Plötzlich erschien Georg von Podiebrad mit achthundert auserlesenen Reitern an der Donau, wo er ein Lager aufschlug und den König wissen ließ, er hätte ~~mit ihm~~ mit ihm zu verhandeln. Auf den Befehl, nach Wien zu kommen, ant-

wortete Georg, er traue der Stadt nicht, wobei er offenbar auf das Schicksal der Söhne Hunyadi's hindeutete. Auch wollte er sein Anliegen nicht einem Botschafter, sondern nur dem König persönlich mittheilen. Ladislaus gab nach und begab sich in das Lager des böhmischen Gubernators, der ihm nun erklärte, daß die Vermählung in Prag stattfinden müsse. Der König wollte nicht einwilligen, und nachdem man vier Tage lang gestritten hatte, brach Georg von Podiebrad zornig auf, um nach Böhmen zurückzukehren. Jetzt fürchtete Ladislaus den Abfall des mächtigen Gubernators von Böhmen, sandte ihm Eilboten nach und bewilligte, was er zuvor hartnäckig verweigert hatte.

Um die Böhmen ganz zu beruhigen, verlegte Ladislaus im September 1457 sein Hoflager nach Prag. Er wurde daselbst mit Jubel empfangen, beleidigte aber bald wieder die Utraquisten. Am 9. Oktober ging die feierliche Brautwerbegeandtschaft aus Prag nach Frankreich ab, und schon wurden große Vorbereitungen zu den Vermählungsfeften gemacht. Doch ein tragisches Schicksal hatte es anders beschossen.

Am Abend des 22. November 1457 genoß König Ladislaus Rüben und Bier. („Rüben, welche bei den Böhmen sehr süß sind,“ heißt es in der lateinischen Chronik des Aeneas Sylvius Piccolomini.) Nach diesem sonderbaren Nachtmale fühlte der König Leibschmerzen, ging aber sorglos zu Bette. In der Nacht wurden die Schmerzen heftiger. Zweimal weckte der leidende König seinen Kämmerling. Dieser begnügte sich aber damit, den Monarchen zu trösten, daß es im Schlafe schon besser werden würde. So ertrag denn der gutmüthige und schwere König seine Schmerzen still bis zum Morgen. Da wurden endlich die Leibärzte gerufen, welche Ladislaus aus Wien mitgebracht hatte. Sie erklärten sofort, daß der König dem Tode nahe sei. Nun kam der Gubernator, Georg von Podiebrad an das Schmerzenslager des königlichen Jünglings. Ladislaus ermahnte ihn, Böhmen gerecht zu regieren, und verlangte das Versprechen, daß die nach Prag mitgekommenen Oesterreicher und Ungarn frei und unbehelligt heimkehren könnten. Georg versprach es und tröstete weinend den sterbenden König. Nun kamen die Priester mit den Sterbesakramenten. Der König war sehr andächtig gottergeben. Er hielt eine geweihte Kerze in der Hand, heftete den Blick auf das Kreuzifix, betete laut das Vaterunser und hauchte nach den Worten: „Erlöse uns vom Uebel“, die Seele aus. Er war erst achtzehn Jahre alt. Seine Leiche wurde in der St. Veitskirche auf dem Grabschcin neben seinem Urgroßvater Karl IV. und seinem Großoheim Wenzel beigesetzt.

Die nach Wien zurückgekehrten Leibärzte erklärten, daß sie an dem König sofort Zeichen einer Vergiftung erkannt, jedoch aus Furcht geschwiegen hätten; ja sie sagten aus, Ladislaus selber hätte ihnen zugeflüstert, daß er vergiftet sei, sie jedoch ermahnt, nichts zu sagen, damit nicht auch sie ermordet würden. Der Stadtrath legte den Aerzten Stillschweigen auf, um nicht die Böhmen gegen Wien aufzureizen. Die Vergiftung ist durch nichts erwiesen, und erscheint der Verdacht nach allen Umständen, besonders nach dem Charakter und Benehmen Georgs von Podiebrad als ungerechtfertigt.

Mit Ladislaus Posthumus erlosch die albertinische Linie des Hauses Oesterreich, und die Vereinigung Ungarns und Böhmens unter dem Scepter Habsburgs war wieder in Frage gestellt. Das Schicksal schien es nicht zu wollen, daß diese wiederholt begonnene Vereinigung dauernd festen Bestand erhielt.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz der Redaktion.

Aus Anlaß der in Folge eines Vorfalles im katholisch-patriotischen Kasino des neunten Bezirkes entstandenen Polemik, erhielt ich folgenden Brief:

Alsergrund, 22. Juni 1870.

Hochgeehrtester Herr! Die im Feuilleton des „Tagblattes“ mir in den Mund gelegten Worte sind dem Inhalte wie dem Wortlaute nach gänzlich unrichtig. Eine Berichtigung unterließ ich auf Zureden meiner Freunde, nicht ahnend, daß die „Morgenpost“ und auch Sie, geehrter Herr, diese Worte aufgreifen würden. Was den Artikel der „Morgenpost“ betrifft, so wäre ich allerdings bereit, denselben in manchen Punkten zu unterschreiben, muß aber dagegen Ihren Ausspruch, daß dieses obgenannte Blatt Sie gegen mich, den ungerechten und lieblosen Katholiken in Schutz genommen hat, auf das entschiedenste zurückweisen.

Ich sagte in der damaligen Sitzung des Kasino nicht, daß Sie, geehrter Herr, den Mantel nach dem Wind drehen; ich müßte Sie dann ja im entgegengesetzten Lager finden, sondern meine Worte waren in Kürze folgende: Herr Schusella ist ein Mann der Opposition und geht stets mit derselben. Es ist allerdings richtig, daß Herr Schusella der patriotischen Partei, wie die Sachen jetzt stehen, nützen könne und werde, da eben durch diese Partei die nationale Opposition verstärkt wird; allein man müsse sich auch dessen verschern, daß, wenn über kurz oder lang ein vernünftiger Ausgleich mit den Nationalen zu Stande käme, Herr Schusella die patriotische Partei nicht wie eine ausgepreßte Orange unter den Tisch werfe. Was die Worte bezüglich Ihres Glaubensbekenntnisses anbelangt, so gebe ich Ihnen mein Ehrenwort, daß ich erst in jener Sitzung des Kasino aus den Worten, die ein geistliches Mitglied gesprochen, erfahren habe, daß Sie, geehrter Herr, Protestant sind, und hätte ich es damals schon gewußt, wahrlich ich wäre gewiß der letzte gewesen, der daraus Kapital geschlagen hätte.

Daß meine Worte Ihre werthe Person nicht im geringsten verdächtigten, daß Sie darob in den Augen der Herren des Kasino nicht um ein Haar verloren, zeigte die große Majorität, die Ihre Kandidatur wünschte. Das Ganze war meinerseits eine freie Meinungsäußerung, die mir unter allen Umständen gestattet sein muß. Wunder nimmt es mich, daß jener Herr vom Kasino, den Sie, geehrter Herr, nach seiner Aussage gefragt haben sollen, wer jene Vorwürfe gegen Sie geschleubert hat, daß dieser Herr nicht ein Wort der Berichtigung hatte, da er als Schriftführer des Vereins am besten wissen soll, was gesprochen worden ist; es müßte denn sein, daß obgenannter Herr, der nach meiner Ueberzeugung zu den fanatischen Verehrern Ihrer werthen Persönlichkeit gehört, in der leisesten Gegenbemerkung schon eine Inkrimination erblickt.

Angeichts dieser Unterlassungssünde von Seite des Schriftführers Herrn Dertl bin ich bereit, auf Ihren Wunsch die Zeugenschaft für meine Worte von sämmtlich damals anwesenden Mitgliedern des katholisch-patriotischen Kasino beizubringen; denn Ihnen, hochgeehrter Herr, solche Invektiven ins Gesicht zu schleudern, davor schützt mich meine Bildung. Tief bedauern muß ich daher, daß Sie, geehrter Herr, den Worten jenes Mannes, der das Vertrauen des Kasino dahin

mißbraucht, um entstellende Feuilletons ins „Tagblatt“ zu schreiben, glaubend, mich als einen grimmigen Feind Ihrer Person erklären.

Um gütige Verwendung dieser Zeilen dringend ersuchend, zeichne ich mich in ausgezeichnetester Hochachtung ergebenster
Heinrich Klier.

Hochgeehrter Herr Klier!

Ich verzichte auf jede weitere Erklärung und Zeugnenschaft. Ihre sehr offenen Worte genügen mir vollkommen und ich nehme daher alle harten Ausdrücke, die ich in irriger Voraussetzung gebraucht habe, gern zurück.

Hochachtungsvoll

Franz Schusella.

Von einem ehemaligen höheren Staatsbeamten, dessen Namen zu nennen ich leider nicht ermächtigt bin, erhielt ich folgenden Brief, den ich veröffentliche, auf die Gefahr hin, von meinen Feinden der Unbescheidenheit bezichtigt zu werden. Wer aber wie ich seit einer Reihe von Jahren in Wien so maßlosen bösen Angriffen ausgesetzt ist, dem werden Gerechte und Billige es nicht verargen, wenn er seinem ihm befreundeten Leserkreise zeigt, daß es denn doch auch in Wien Männer gibt, welche besser von ihm denken und ihn durch den Ausdruck dieser Gesinnung zu trösten suchen. Der Brief, für den ich dem hochgeehrten Schreiber innig danke, lautet:

„Auch ich gehöre zu denjenigen, welche die Wahlversammlung des IX. Bezirkes am 17. d. M. nur deshalb besuchten, weil man auf Grund der allenthalben angeschlagenen Plakate hoffen konnte, Sie als Kandidaten zu hören und durch das lebendige Wort das bestätigt zu finden, was ich seit Jahren in Ihrer trefflichen Zeitschrift bewundere: Eiserne Konsequenz in Vertretung einer als richtig erkannten und einzig und allein zum Heile Oesterreichs führenden politischen Meinung.

Ich war Ohrenzeuge desjenigen, was Sie in einer der ersten Sitzungen des Landtages 1861 zu Gunsten der Ungarn und überhaupt bezüglich der österreichischen Verfassungsverhältnisse sagten, und so wie Ihre prophetischen Worte bezüglich Ungarns in Erfüllung gegangen sind — nur leider zu spät; so müssen auch alle übrigen Nationalitäten Oesterreichs zu ihrem Rechte gelangen, mit dessen Anerkennung allein der Bestand Oesterreichs möglich gedacht werden kann.

Ich achte die Gründe, welche Sie von der voreilig verlautbarten Kandidatur abhielten, weil Sie — solange Ihr Eintritt in den Reichsrath nicht gesichert ist — Ihre Kraft nur versplittert hätten; um so sicherer darf man wol darauf rechnen, Sie dann als Kandidaten begrüßen zu können, sobald direkte Reichsrathswahlen ins Leben treten. Hoffentlich gehört das Wort „Föderalismus“ bis dahin nicht mehr zu den verpönten, das man vielleicht nur deshalb nicht aussprechen darf, weil wir bereits faktisch mitten im Föderalismus drinnen sind.

Nachdem man Sie neuestens damit zu verdächtigen sucht, als zählten Sie Ihre Anhänger und Verehrer nur unter den Klerikalen, so erlauben Sie mir wol die Versicherung, daß ich dieser Partei nicht angehöre, wol aber jene hohe Unparteilichkeit bewundere, die Sie bei jeder Gelegenheit in kirchlichen Sachen selbst auf die Gefahr hin walten lassen, — daß Neid und Mißgunst hieraus Waffen gegen Sie schmieden könnte.

Hochachtungsvoll zc.

Offener Dank.

Ich habe über das Resultat der Wahlen in den Landbezirken und Städten Mährens mehrfach telegraphische Nachrichten erhalten, die ich nicht rechtzeitig veröffentlichen konnte, weil ich leider nur eine Wochenschrift redigire. Ich konnte daher diese Nachrichten nur für mich selber als mich hoch ehrendes Zeichen der Sympathie dankbar zur Kenntniß nehmen. Aus Trebiß, wo die Nationalen einen besonders erfreulichen Sieg errungen, erhielt ich folgendes Telegramm:

„Franz Schusella, Nationalhotel, Wien.

„Die in Trebiß beim Banke versammelten Wähler von Trebiß und Großmeseritsch in Mähren bringen, nachdem sie siegreich ihren auf dem Boden der Deklaration stehenden Kandidaten Ignaz Prerovsky mit enormer Majorität durchgesetzt, den gerechten Deutschen insgesammt und dem ersten unter ihnen, Franz Schusella, ein donnerndes Hoch.“

Dr. Hansl

Indem ich für mich persönlich den innigsten Dank ausspreche, füge ich den sehnächtigen Wunsch bei, daß die in dem Telegramm geoffenbarte Gesinnung bald auch bei der Mehrheit der Deutschösterreicher herrschend werden möge.

Franz Schusella.

Mit vorliegender Nummer schließt das II. Quartal. Wir bitten die Erneuerung der Pränumerationen ebensolichst zu veranlassen, damit Störungen in der Expedition vermieden werden.

Die P. T. Abonnenten, welche die „Reform“ im Wege der k. k. Postanstalten beziehen, ersuchen wir um deutlich geschriebene Adresse und um Angabe der letzten Post.

Die Pränumerationen bitten wir, falls der Bezug nicht im Wege des Buchhandels stattfindet, einzuleiten:

Für Wien: Expedition, Schulerstraße Nr. 13.

Für die Provinz: Mit direkter Postversendung bei der unterzeichneten Administration, welche sich die Bestellungen franko erbittet.

Administration der „Reform“

in Wien, Laborstraße Nr. 52.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Franz Schusella.
Die Redaktion befindet sich: National-Hotel, Leopoldstadt, Laborstraße.

Administration: Laborstraße Nr. 52.

Druck von H. v. Waldheim.



This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.